

Hinweis

Aus rechtlichen Gründen fehlen in der digitalisierten Version des Bandes alle Abbildungen.

Diese finden Sie in der beim Verlag sowie im Buchhandel erhältlichen Druckfassung.

Jüdisches Leben zwischen Ost und West
Neue Beiträge zur jüdischen Geschichte in Schlesien

Hamburger Beiträge
zur Geschichte der deutschen Juden
Für die Stiftung Institut für die Geschichte der deutschen Juden
herausgegeben von
Andreas Brämer und Miriam Rürup
Bd. XLIV

Jüdisches Leben zwischen Ost und West

Neue Beiträge
zur jüdischen Geschichte in Schlesien

Herausgegeben von
Andreas Brämer, Arno Herzig und
Krzysztof Ruchniewicz



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung
der Freunde und Förderer des Leo Baeck Instituts e.V.,
der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts,
der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung
und der Behörde für Wissenschaft und Forschung
der Freien und Hansestadt Hamburg

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institut

Lektorat: Jutta Mühlberg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2014
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

Umschlagbild unter Verwendung der folgenden Abbildungen:

Der Innenraum der Synagoge in Görlitz, 2011, Foto: Jerzy K. Kos.

Rabbiner Manuel Joël, undatiert, Foto: N. Raschkow Jr.,

Quelle: Schwadron Portrait Collection, The National Library of Israel.

Die Synagoge in Beuthen, erbaut 1868/69, Archiv Muzeum w Gliwicach,
aus den Beständen des »Willa Caro« Museums in Gleiwitz.

Lithografien: SchwabScantechnik, Göttingen

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN 978-3-8353-1015-5

Inhalt

ANDREAS BRÄMER, ARNO HERZIG, KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ Einleitung	9
---	---

ARNO HERZIG Prolog	17
---------------------------------	----

I Zur politischen Geschichte der Juden

ROLAND GEHRKE Zwischen Diskriminierung und Emanzipation. Die »bürgerlichen Verhältnisse der Juden« als Verhandlungsgegenstand der schlesischen Provinziallandtage (1825-1847)	31
---	----

KNUT BERGBAUER »Tote auf Urlaub ...«. Bernhard Schottländer und Ernst Eckstein, zwei jüdische Sozialisten aus Breslau	60
---	----

JULIA CARTARIUS Juden in Oberschlesien, 1921-1945	79
--	----

KAI KRANICH Die bürgerliche Entrechtung. Die Aberkennung von Doktorgraden und die Folgen für Juden am Beispiel der Universität Breslau	102
--	-----

II Juden in der Wirtschaft

ARNO HERZIG Schlesiens Juden im Übergang von der Privilegien- zur Marktwirtschaft (um 1800)	123
---	-----

BEATA DUDEK Das Wirtschaftsleben der Juden in Schlesien – die Städte Beuthen/OS und Glogau	138
--	-----

INGO LOOSE	
Die Juden in der Wirtschaft Schlesiens von der Reichsgründung 1871 bis zur Schoah	156

III Jüdische Geschichte von innen

ANDREAS BRÄMER	
Ist Breslau »in vielfacher Beziehung Vorort und Muster für Schlesien«? Religiöse Entwicklungen in den jüdischen Gemeinden einer preußischen Provinz im 19. Jahrhundert	217
KIRSTEN HEINSOHN	
Deutsche Juden in Oppeln 1871-1944	259
MICHAEL A. MEYER	
Leo Baeck und Schlesien	282
KNUT BERGBAUER	
Jüdische Jugendbewegung in Breslau 1912-1938	287

IV Rund ums Buch

JAN DOKTÓR/MAGDALENA BENDOWSKA	
Der jüdische Buchdruck in Schlesien bis 1742	305
URSZULA BONTER	
Die Breslauer Verlagsbuchhandlung von Salo Schottlaender. Eine jüdische Verlagsgründung in der frühen Phase des modernen Antisemitismus	327

Vier Lebensbilder jüdischer Autoren aus Schlesien

HANS OTTO HORCH	
Ephraim Moses Kuh (1731-1790)	340
HANS-GERD WINTER	
Alfred Kerr (1867-1948)	347
HANS-HARALD MÜLLER	
Arnold Zweig (1887-1968)	354

MICHAEL SEGNER	
Walter Meckauer (1889-1966)	361

V Architektur und Bildende Künste

MAŁGORZATA STOLARSKA-FRONIA	
Jüdische Künstler aus Breslau – eine Einleitung	371

MAGDALENA PALICA	
Von Delacroix bis van Gogh. Jüdische Kunstsammlungen in Breslau	390

JERZY KRZYSZTOF KOS	
Schlesische Synagogen. Bestandsaufnahme einer zerstörten Baugattung	407

MACIEJ ŁAGIEWSKI	
Der alte jüdische Friedhof in Breslau	446

VI Nach der Katastrophe – Juden in Schlesien seit 1945

MAŁGORZATA RUCHNIEWICZ/KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ	
Das neue jüdische Leben in Polen – Juden in Niederschlesien nach 1945	473

WINFRIED IRGANG	
Historiografie der Forschungen zur Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien	503

WINFRIED IRGANG	
Neuere deutsche Forschungen zur Geschichte der Juden in Schlesien seit den 1990er-Jahren	521

Farbabbildungen	547
Abkürzungsverzeichnis	572
Auswahlbibliografie zur jüdischen Geschichte in Schlesien	575
Abbildungsverzeichnis	613

Autorinnen und Autoren	617
Personenregister	621
Ortsregister	633

Andreas Brämer
Arno Herzig
Krzysztof Ruchniewicz

Einleitung

Die im Jahr 2005 erstmals publizierte Quellenübersicht, die genaue Informationen über die umfangreichen polnischen Archivbestände zur Geschichte der Juden in Schlesien bereithält,¹ war für Professor Dr. Michael A. Meyer (Hebrew Union College, Cincinnati, Ohio), internationaler Präsident des Leo Baeck Institutes, der Anlass, anzuregen, sich eingehender mit der Geschichte der Juden in dieser ehemaligen preußischen Provinz zu befassen und die Forschungsergebnisse einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Seinen Appell aufgreifend schlossen sich insgesamt neun polnische und 14 deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (sowie Michael A. Meyer selbst) – finanziell unterstützt von der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung – in einem Forschungsverbund zusammen. In einer Reihe von Teilprojekten befassten sie sich mit unterschiedlichen Aspekten dieser Thematik, die sie auch auf insgesamt drei Tagungen zur Diskussion stellten. Die vorliegende Sammlung von Aufsätzen präsentiert nun die Ergebnisse ihrer Forschungsanstrengungen.

Der vorliegende Band erhebt keinen Anspruch darauf, eine Gesamtdarstellung zur Geschichte der Juden in Schlesien zu bieten, vielmehr soll es darum gehen, ausgewählte kulturelle, politische, religiöse, soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte dieser Vergangenheit aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem 19. und 20. Jahrhundert, der Zeit also, in der die schlesische Judenheit in der deutsch-jüdischen Geschichte eine wichtige Rolle spielte. In diesen beiden Jahrhunderten durchliefen die schlesischen Juden einen eindrucksvollen Akkulturationsprozess, der mit dem Wandel von einer Religionsgemeinschaft zur (teilweise) säkularen Kulturgemeinde einherging. In den schlesischen Städten entstand ein jüdisches Milieu, dem sich durchaus auch die jüdischen Konvertiten über Generationen hinweg verbunden fühlten. Über die Bedeutung der schlesischen Juden für die kulturelle Entwicklung des deutschen Bürgertums liegen bereits wichtige Untersuchungen vor.²

- 1 Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der Juden in polnischen Archiven, Bd. 2: Ehemalige preußische Provinz Schlesien, bearb. v. Claudia Nowak/Sabine Rüdiger-Thiem, München 2005; umfangreiche Archivbestände niederer Provenienz zur schlesisch-jüdischen Geschichte wurden zudem erfasst in Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer, Bd. 6/1: Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«, bearb. v. Barbara Welker, München 2001.
- 2 Manfred Hettling/Andreas/Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003; Till van

Die Historikerinnen und Historiker, die sich mit der Geschichte und Kultur der schlesischen Juden befassen, knüpfen an eine große Tradition an. Die Dozenten am Breslauer Rabbinerseminar Heinrich Graetz, Markus Brann und Israel Rabin sowie die Historiker Joseph Landsberg und Ludwig Oelsner haben wichtige Quellenarbeiten und Forschungen vor allem zur Geschichte der schlesischen Judenheit im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit vorgelegt. Ihre Ergebnisse sind noch heute grundlegend. Nach der Schoah knüpfte der am Breslauer Jüdisch-Theologischen Seminar ausgebildete Rabbiner und Historiker Bernhard Brillung im Institutum Judaicum Delitzschianum in Münster (Westfalen) mit seinen Publikationen an diese Tradition an. In seiner bibliografischen Kommentierung in diesem Band weiß Winfried Irgang von der Intensivierung der Forschung zur Geschichte der Juden in Schlesien zu berichten, die sich vor allem nach der Wende vollzog und den Bemühungen von deutschen und polnischen Wissenschaftlern gleichermaßen geschuldet ist. Verglichen mit der Forschungslage zur deutsch-jüdischen Geschichte in anderen Regionen gilt es hier aber noch einige Lücken zu schließen.

Der vorliegende Sammelband widmet sich folgenden Themenbereichen:

- I Zur politischen Geschichte der Juden
- II Juden in der Wirtschaft
- III Jüdische Geschichte von innen
- IV Rund ums Buch
- V Architektur und Bildende Künste
- VI Nach der Katastrophe – Juden in Schlesien seit 1945

Eingebettet in diese Gliederung wird die problematische Entwicklung der schlesischen Juden von einer allenfalls geduldeten und randständigen Minderheit zu einer Kerngruppe des schlesischen Bürgertums vorgestellt, sodann die Verdrängung und Vernichtung dieser Gruppe thematisiert. Der Band befasst sich zudem mit dem Neubeginn der jüdischen Geschichte in dem seit 1945 polnischen Schlesien.

I Zur politischen Geschichte der Juden

Die politische Gleichstellung bzw. Integration in die Bürgergesellschaft fiel den Juden in Schlesien nicht in den Schoß. Bis zur Revolution von 1848/49 blockierten wichtige Institutionen wie der Schlesische Provinziallandtag oder bürgerliche Vereine die volle rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung, wie Roland Gehrke in seinem Beitrag, *Zwischen Diskriminierung und Emanzipation: Die »bürgerlichen Verhältnisse der Juden« als Verhandlungsgegenstand der schlesi-*

Rahden, Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000.

schen Provinziallandtage (1825-1847), aufzeigt. Doch ermöglichte das aktive und passive Wahlrecht seit den Stein-Hardenbergschen Reformen eine Mitwirkung in den Stadtparlamenten, die vor allem von den Juden in Oberschlesien wahrgenommen wurde. Nach der Reaktionsphase der 1850er-Jahre waren politische Aktivitäten vor allem in den liberalen Parteien möglich, später dann auch in den sozialdemokratischen.³ Die zunehmende Politisierung der schlesischen Juden korrespondierte mit einem kulturellen Engagement, das die Juden in Breslau und anderen schlesischen Städten zu einer wichtigen Säule des Bürgertums machte. Die Leistungen, die sie in Kultur, Politik und Wissenschaft erbrachten, wurden vom nichtjüdischen Bürgertum allerdings nicht immer gebührend honoriert. Nicht nur das. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden jüdische Bürger angegriffen, sogar, wie der engagierte Sozialist Bernhard Schottländer, von den Freikorps ermordet. Dies verdeutlicht der Beitrag von Knut Bergbauer, »*Tote auf Urlaub ...*«. *Bernhard Schottländer und Ernst Eckstein. Zwei jüdische Sozialisten aus Breslau*. Nach 1933 begannen systematische Ausgrenzung und Beraubung, 1941 schließlich die Deportationen in die Vernichtungslager. Dort wurden über 50 000 schlesische Juden ermordet.

Unter dem Titel *Juden in Oberschlesien, 1921-1945* befasst sich Julia Cartarius mit dem Sonderstatus der Juden als Minderheit in Oberschlesien. Diesen Sonderstatus hatten die Juden in Oberschlesien durch das Genfer Abkommen des Völkerbundes von 1922 erhalten und er galt in den Gebieten, in denen auf Beschluss des Völkerbundes eine Abstimmung über die nationale Zugehörigkeit durchgeführt worden war, in deren Folge nach dem Ersten Weltkrieg Oberschlesien in einen deutschen und einen polnischen Teil aufgeteilt wurde. Nach Ablauf des Abkommens 1937 trafen im deutschen Teil Oberschlesiens auch die dort lebenden Juden alle Schikanen des NS-Regimes. Im polnischen Teil geschah dies nur kurz danach, als die deutschen Truppen 1939 in Polen einrückten.

Nach der »Gleichschaltung« 1933 brachte die Akademikerschaft der Universität Breslau dem NS-Regime keinerlei Widerstand entgegen, wie Kai Kranich in seinem Beitrag, *Die bürgerliche Entrechtung. Die Aberkennung von Doktorgraden und ihre Folgen für Juden am Beispiel der Universität Breslau*, zeigt, sondern leistete vielfältige Gefolgschaft, was sich vor allem in den Depromotionen ehemaliger jüdischer Promovierter zeigt. Hier beugte man sich der menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie und dokumentierte damit auch in der Akademikerschaft virulenten Antisemitismus.

3 Der Breslauer Ferdinand Lassalle (1825-1864) gehörte zu den Mitbegründern der Sozialdemokratie. Der aus Tarnowitz stammende Max Kayser (1853-1888) war der erste jüdische Reichstagsabgeordnete der deutschen Arbeiterbewegung. Beide liegen auf dem jüdischen Friedhof Lohestraße in Breslau begraben.

II Juden in der Wirtschaft

Der Ausschluss der Juden aus der vormodernen Gesellschaft sowie der allmähliche Emanzipationsprozess im 19. Jahrhundert bestimmten deren wirtschaftliche Entwicklung, wobei sich beide, wirtschaftlicher Aufstieg und Emanzipation, gegenseitig bedingten. Die Gleichstellung als »Wirtschaftsbürger« in der Stein-Hardenbergschen Reformära verlangte eine Umstellung in dem sich nun entwickelnden kapitalistischen Wirtschaftssystem, so die Analyse in dem Beitrag von Arno Herzig, *Schlesiens Juden im Übergang von der Privilegien- zur Marktwirtschaft (um 1800)*. Lokalstudien wie die von Beata Dudek, *Das Wirtschaftsleben der Juden in Schlesien – die Städte Beuthen/OS und Glogau*, zeigen den allmählichen Aufstieg in wohlhabende und anerkannte Positionen des Bürgertums. Erlebte das jüdische Bürgertum Schlesiens seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Höhepunkt im Kaiserreich, so deutet sich zur Zeit der Weimarer Republik ein allmählicher wirtschaftlicher Niedergang an, wie dies der Beitrag von Ingo Loose, *Die Juden in der Wirtschaft Schlesiens von der Reichsgründung 1871 bis zur Shoah*, eingehend darstellt. Nicht nur die sogenannten Ostjuden, die sich in Schlesien niederließen, sondern auch bis dahin wohl situierte Bürger waren auf die jüdische Sozialfürsorge angewiesen. An den Konkursen in mittelständischen Unternehmen waren jüdische Gewerbetreibende überproportional beteiligt. Nach der einschneidenden Zäsur von 1933 versuchten die jüdischen Gewerbetreibenden – zumindest bis 1937 – mit allen möglichen Verteidigungs- und Auswegstrategien ihre Unternehmen zu halten. Danach, noch vor dem Novemberpogrom 1938, konnten sie dem sich verschärfenden »Arisierungs«-Druck nicht mehr standhalten und wurden zum Verkauf gezwungen. Ab 1939 gab es keine jüdischen Unternehmer mehr in Schlesien.

III Jüdische Geschichte von innen

Auch das jüdische Leben in Schlesien durchlief während des 19. und 20. Jahrhunderts einen vielfältigen Wandel, der nicht zuletzt die religiöse Kultur in den Synagogengemeinden erfasste. Mit dem Erstarken des Reformjudentums, das sich im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts als Bewegung formierte und anstrebte, den empfundenen Widerspruch zwischen einem bürgerlichen Lebensstil und der traditionellen Religionsausübung durch eine Neubestimmung des theologischen Standorts und eine Veränderung der Frömmigkeitspraxis aufzulösen, befasst sich der Beitrag von Andreas Brämer, *Ist Breslau »in vielfacher Beziehung Vorort und Muster für Schlesien«? Religiöse Entwicklungen in den jüdischen Gemeinden einer preußischen Provinz im 19. Jahrhundert*. Dabei geht Brämer der Vermutung nach, dass die schlesischen Juden auf der Suche nach einer bürgerlichen Konfession einen moderaten Modernisierungskurs beschritten, der auch im Zusammenhang mit der geografischen Lage der Provinz zwischen Ost und West zu erklären ist. Zudem sucht der Aufsatz den Nachweis zu führen, dass

sich in Breslau zwar seit 1840 zunächst radikalere Reformideen Bahn brachen, langfristig jedoch auch hier eine gemäßigte Spielart des progressiven Judentums den Sieg davontrug, die im 1854 gegründeten Jüdisch-Theologischen Seminar auch eine institutionelle Heimat fand.

Thematisch enger fokussiert sind die Beiträge von Kirsten Heinsohn, *Deutsche Juden in Oppeln 1871-1944*, und Michael A. Meyer, *Leo Baeck und Schlesien*, die beide die jüdische Vergangenheit der Stadt Oppeln in den Blick nehmen. Heinsohn widmet ihre Aufmerksamkeit der Entwicklung der jüdischen Kultusgemeinde in der Zeit des Kaiserreichs bis zu deren nachhaltiger Zerstörung während des Holocaust. Mithilfe eines beziehungs geschichtlichen Ansatzes arbeitet sie heraus, wie tief die sozialen und kulturellen Wurzeln der Juden in ihrer Heimat reichten, bis die Nationalsozialisten seit 1933 dieser Zugehörigkeit ein jähes und gewalttätiges Ende bereiteten. Mit ihrer These, Oppeln stehe als exemplarische Geschichte für die Integration der Juden in Deutschland insgesamt, widerspricht die Autorin zugleich irreführenden Versuchen, die jüdische Religionsgemeinde der oberschlesischen Regierungsbezirkshauptstadt mit dem Begriff des Shtetls zu umschreiben. Dass der wohl bedeutendste Repräsentant des deutschen Judentums im 20. Jahrhundert, der Rabbiner und Gelehrte Leo Baeck, von 1897 bis 1907 als Rabbiner in Oppeln amtierte, ist zwar kein Geheimnis, doch wird sein Wirken in der Regel eher mit Berlin in Verbindung gebracht. In seinem Beitrag thematisiert Meyer dieses schlesische Jahrzehnt, um zugleich dafür zu werben, sich eingehender mit diesem Teil von Baecks Biografie zu befassen.

Der letzte Aufsatz dieses Abschnitts stammt aus der Feder von Knut Bergbauer, *Jüdische Jugendbewegung in Breslau 1912-1938*, der seinen Blick nach Breslau richtet, sich dort aber weniger mit religiösen Fragestellungen oder dem Gemeindeleben befasst, sondern die Infrastruktur der jüdischen Jugendbewegung zwischen 1912 und 1938 ausleuchtet. Diese Bünde, so unterschiedlich sie auch in ihrer religiösen und politischen Ausrichtung gewesen sein mögen, prägten die Jugendjahre vieler junger Breslauer Juden, bis sie in den 1930er-Jahren zur Selbstauflösung gezwungen wurden oder dem Verbot zum Opfer fielen.

IV Rund ums Buch

Die Breslauer Jahrmärkte, die von zahlreichen jüdischen Händlern besucht wurden, dienten auch als Umschlagplätze für jüdische Literatur, für deren Produktion jüdische Druckereien in Schlesien sorgten. Dabei galt es, sowohl die innerjüdische als auch die christliche Zensur zu berücksichtigen. Der Beitrag von Jan Doktór und Magdalena Bendowska, *Der jüdische Buchdruck in Schlesien bis 1742*, verdeutlicht, welche wichtige Bedeutung jüdischen Druckereien in diesem Prozess zukam. Bei den jüdischen Verlegern des 19. Jahrhunderts ging es nicht mehr um jüdische, sondern um deutschsprachige Literatur, wie der Beitrag von Urszula Bonter, *Die Breslauer Verlagsbuchhandlung von S. Schottlaender. Eine jü-*

dische Verlagsgründung in der frühen Phase des modernen Antisemitismus, darlegt. Obgleich Salo Schottlaender nun im liberalen Zeitalter publizierte, hatte auch er mit der katholischen Zensur zu kämpfen, die nach recht antisemitischen Einstellungen ausgeübt wurde. Seine Geschäftspraktiken waren nicht unumstritten. Bedeutenden Autoren wie Theodor Fontane und Paul Heyse verhalf er zum Erfolg, doch vermochte er sie nicht zu halten.

Die Beiträge, in denen jüdische Autoren vorgestellt werden, spiegeln die akkultorative Entwicklung der Juden in Schlesien. Von dem ersten deutschsprachigen jüdischen Dichter im ausgehenden 18. Jahrhundert, dem Breslauer *Ephraim Moses Kuh*, den Hans Otto Horsch vorstellt, führt der Weg mit *Alfred Kerr*, dessen Leben Hans-Gerd Winter porträtiert, und *Arnold Zweig*, mit dem sich Hans-Harald Müller befasst, hin zur international anerkannten Elite der deutschsprachigen Dichtung des 20. Jahrhunderts. Mit der Biografie von *Walter Meckauer* thematisiert Michael Segner das Schicksal eines Exilanten sowie dessen Versuch eines Neuanfangs nach 1945.

V Architektur und Bildende Künste

Künstler, Sammler und Mäzene

Einhergehend mit der Emanzipation und Verbürgerlichung des Judentums im 19. Jahrhundert kam in Schlesien, vor allem in Breslau, die jüdische Kunstszene zur Blüte. Geprägt wurde sie von Künstlern, die in ihrem Œuvre insbesondere Szenen des jüdischen Lebens festhielten. Vielfach unterstützt von jüdischen Mäzenen, dies zeigt der Beitrag von Magdalena Palica, *Von Delacroix bis van Gogh. Jüdische Kunstsammlungen in Breslau*, vertraten sie moderne Stilrichtungen und zählten als Schüler von Otto Mueller zur Avantgarde der schlesischen Kunstszene. Dazu zählten Ludwig Meidner, Heinrich Tischler und Isidor Aschheim, deren Leben und Wirken Małgorzata Stolarska-Fronia in ihrem Beitrag, *Jüdische Künstler aus Breslau*, neben weiteren vorstellt.

Synagogenbau

Die Synagogenarchitektur, die Jerzy K. Kos in seinem Beitrag, *Schlesische Synagogen. Bestandsaufnahme einer zerstörten Baugattung*, analysiert, spiegelt in ihren unterschiedlichen Phasen die wechselvolle Geschichte der schlesischen Juden wider. Die mittelalterlichen Synagogen – soweit erhalten – wurden nach dem Capistrano-Pogrom und der Vertreibung der Juden im 15. Jahrhundert aus fast allen schlesischen Städten in christliche Kirchen umgewandelt. Die Synagogen, die im 18. Jahrhundert nach der allmählichen Wiederzulassung von Juden entstanden, waren – von der Zülzer Barocksynagoge abgesehen – recht unscheinbar.

Erst im 19. Jahrhundert kam es zu einer reichen Entfaltung des Synagogenbaus in Schlesien. Das wohl architektonisch bedeutendste jüdische Gotteshaus, die in den 1820er-Jahren von Carl Ferdinand Langhans geschaffene Breslauer Synagoge zum Weißen Storch, blieb ein Unikat. Alle übrigen Synagogen präsentieren sich als Varianten der auch sonst in Deutschland bevorzugten Synagogenbaustile. Der aus Schlesien stammende Architekt Edwin Oppler schuf die an romanische Dome erinnernden Kuppelsynagogen, so seine wohl bedeutendste Synagoge Am Anger in Breslau. Damit knüpfte er an einen Synagogentypus an, die der Hamburger jüdische Architekt Albert Rosengarten entwickelt hatte. In Oberschlesien bevorzugten die Auftraggeber die sowohl in Berlin wie in Böhmen und Ungarn vorkommenden Doppelturmsynagogen. Im 20. Jahrhundert entstand in Schlesien nur noch eine Synagoge, nämlich die 1911 in Görlitz erbaute moderne Synagoge, die heute noch steht. Wie im deutschen Westen auch befanden sich die schlesischen Gebethshäuser der Voremanzipationszeit weitgehend auf Innenhöfen, während mit fortschreitender Emanzipation die Synagogen an den großen Straßen und Plätzen das Stadtbild mitprägten. Von nur wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden die schlesischen Synagogen im Novemberpogrom 1938 zerstört. Die wenigen noch erhaltenen Synagogen – die Storchensynagoge in Breslau, die Synagogen in Oppeln, Reichenbach und Görlitz – sind letzte architektonische Zeugen für das einst bedeutende schlesische Judentum.

Als bedeutende jüdische Baudenkmäler können auch die Friedhofsmonumente gelten, die Maciej Łagiewski in seinem Beitrag, *Der alte jüdische Friedhof in Breslau*, vorstellt. Als wichtigstes jüdisches Kulturdenkmal der schlesischen Judenheit überdauerte der jüdische Friedhof an der Breslauer Lohestraße die Zerstörungen durch die NS-Herrschaft wie auch die der anschließenden stalinistischen Ära. Seit den 1980er-Jahren liebevoll restauriert, gilt dieser Friedhof zu Recht als Pantheon der Breslauer Juden. Auf ihm liegen namhafte Persönlichkeiten des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens dieser Stadt, deren Wirkungskreis sich allerdings nicht nur auf Breslau erstreckte, begraben. Die Grabdenkmäler und Mausoleen zeigen zahlreiche stilistische Entfaltungen und zeugen von der Akkulturation und Säkularisierung der schlesischen Judenheit. Die hier ruhenden historischen Persönlichkeiten wie Ferdinand Lassalle, Heinrich Graetz oder Markus Brann verdeutlichen prägnant die Bedeutung der schlesischen Judenheit für die deutsch-jüdische Geschichte.

VI Nach der Katastrophe – Juden in Schlesien seit 1945

Mit der Schoah endete die deutsch-jüdische Geschichte in Schlesien. Die wenigen ehemaligen Mitglieder der deutsch-jüdischen Gemeinschaft in Schlesien, die aus den Konzentrationslagern zurückkamen, mussten 1945/46 Schlesien verlassen. Polnische Juden bildeten nun gemäß den staatlichen Ansiedlungsplänen Gemeinden in mehr als 43 niederschlesischen Städten mit den Schwerpunkten in

Reichenbach/Dzierżoniów (16 000 Menschen), Breslau/Wrocław (15 000 Menschen) und Waldenburg/Wałbrzych (10 000 Menschen). Mit beinahe 100 000 jüdischen Menschen allein in Niederschlesien verzeichnete Schlesien 1946 die höchste Zahl jüdischer Einwohner in seiner Geschichte. Mit welchen kulturellen und politischen Problemen die polnisch-jüdische Minderheit in Schlesien zu kämpfen hatte, analysiert eingehend der Beitrag von Małgorzata Ruchniewicz und Krzysztof Ruchniewicz, *Das neue jüdische Leben in Polen – Juden in Niederschlesien seit 1945*. Ihre Darstellung reicht bis in die Jetztzeit. Die polnisch-jüdischen Neuankömmlinge in Schlesien, die sich deutlich von den noch dort lebenden deutschen Juden distanzierten, wurden in den ersten Jahren durch ausländische jüdische Organisationen, vor allem das American Jewish Joint Distribution Committee (Joint), unterstützt. In ihren politischen wie religiösen Anschauungen war diese jüdische Gemeinschaft sehr komplex, doch entfaltete sie ein reges kulturelles, aber auch religiöses Leben. Die meisten Gemeinden verloren jedoch nach 1948 ihre Mitglieder durch Migration. Etwa vier Jahrzehnte später, im Jahr 1983, lebten nur noch 400 bis 500 Juden in dieser Region. Die jüdische Gemeinde in Breslau/Wrocław bildet heute mit 300 Mitgliedern eine der größten Gemeinden Polens. Zu ihren kulturellen Leistungen zählt u. a. die langwierige Instandsetzung der Synagoge Zum Weißen Storch, die nicht nur das religiöse, sondern durch zahlreiche Veranstaltungen unter der Leitung der Künstlerin Bente Kahan auch das kulturelle Zentrum der Juden in Schlesien bildet. Im kollektiven Gedächtnis der Stadt ist heute auch das kulturelle Erbe der einstigen deutsch-jüdischen Einwohner fest eingeschrieben.

Eine Reihe von Personen hat die Entstehung und Drucklegung dieses Bandes unterstützend begleitet. Wir danken insbesondere Katrin Antweiler, Hannes Beier, Jürgen Hensel, Annabelle Lienhart, Anna Menny, Jutta Mühlenberg, Viola Rautenberg-Alianov, Christine Schatz, Stefanie Schüler-Springorum, Jonas Stier, Michael Studemund-Halévy, Lukas Uwira, Dagmar Wienrich und Maximilian Zilken.

Die Herausgeber

Prolog

Schon um 1200 gab es in Breslau eine jüdische Zentralgemeinde mit einem eigenen Friedhof, zu einer Zeit also, als in Norddeutschland, nördlich der Linie Dortmund–Magdeburg, noch keine jüdischen Gemeinden existierten. In Glogau blieb vom Mittelalter bis in die Neuzeit eine jüdische Gemeinde bestehen, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung (1484–1500). Neben Frankfurt am Main, Prag und Worms war damit die schlesische Gemeinde Glogau eine der wenigen Gemeinden im Alten Reich, in der Juden vom Mittelalter bis in die 1940er-Jahre ununterbrochen ansässig waren. Erst nach den Hardenbergischen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts konnten sich in den meisten schlesischen Städten nach einer Unterbrechung von über 400 Jahren wieder jüdische Gemeinden bilden. In Breslau entfaltete sich nach der Vertreibung von 1453 jüdisches Leben bereits wieder im 17. Jahrhundert.¹

Seit dem ausgehenden 12. Jahrhundert erlebte Schlesien unter den Piastenherzögen einen dynamischen Entwicklungsprozess, der durch den inneren Ausbau des Landes, ausgeführt durch Neusiedler, darunter auch jüdische Zuwanderer, bestimmt wurde. Die sogenannten Lokatoren, die die Neuankömmlinge in Schlesien im Auftrag des Herzogs oder der in dieser Zeit entstehenden Klöster ansiedelten, benötigten Kapital, das ihnen jüdische Händler zur Verfügung stellten. Die Verpfändung von Dörfern und Kleinstädten in Schlesien an jüdische Geldleiher begegnet häufiger in den Quellen. Sie sind ein Beleg für diesen Geldtransfer.² Im ausgehenden 12. und im 13. Jahrhundert entstanden acht jüdische Gemeinden in den neu gegründeten Städten, bis 1350 folgten weitere in 16 Städten.³ Die jüdischen Einwohner Schlesiens waren im 13. und 14. Jahrhundert in das gesellschaftliche Leben integriert. Sie verfügten über Grundbesitz und nahmen am gesellschaftlichen Leben teil. Dem stellte sich allerdings die Breslauer Kirche entgegen, die gemäß den Bestimmungen des Laterankonzils von 1215 das in Schlesien wohl noch nicht stark gefestigte Christentum gegen ein selbstbewusstes Judentum glaubte schützen zu müssen. Während die Bestimmungen des Laterankonzils von 1215 nördlich der Alpen aber kaum irgendwelche Wirkungen gezeigt hatten, drängte unter der Leitung des päpstlichen Legaten Guido eine Breslauer Provinzialsynode 1267 auf eine Segregation der

1 Alfred Haverkamp (Hrsg.), *Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen*, 3 Teile, Hannover 2002, Kartenteil, S. 300; Markus Brann, *Geschichte der Juden in Schlesien (I)*, Breslau 1896, S. 6 ff., Anhang II, S. VI–XIII; Bernhard Brilling, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens. Entstehung und Geschichte*, Stuttgart 1972, S. 38 ff.; Franz D. Lucas/Margret Heitmann, *Stadt des Glaubens. Geschichte und Kultur der Juden in Glogau*, Hildesheim/Zürich/New York 1991, S. 9 ff.; Marcin Wodziński, *Hebrasjkie inskrypcje na Śląsku XIII–XVIII wieku*, Wrocław 1996.

2 Brann, *Geschichte der Juden*, S. 5, 37 (Anm. 2).

3 Ebd., S. 25 f.

Juden, damit – wie es hieß – »das Christvolk [...] nicht durch den Aberglauben und die Unsitten der jüdischen Nachbarn befleckt werde«. ⁴ Die Piastenherzöge schätzten die Bedeutung der jüdischen Einwohner allerdings objektiver ein. Nach dem Vorbild seines Oheims, des böhmischen Königs Ottokar II., erließ Herzog Heinrich IV. (Reg. v. 1270-1290) in Breslau ein Statut, das die Juden allein der Rechtsprechung des Herzogs unterstellte, ihnen den Geldhandel auf Pfänder, Schuldbriefe, Grundstücke und lebendes Inventar zugestand, ihre Heiligtümer für unverletzlich erklärte und – wie bereits 1237 Kaiser Friedrich II. – sie gegen die perverse Anklage des Genusses von Menschenblut zu kultischen Zwecken in Schutz nahm. ⁵ Andere Piastenherzöge – Schlesien war nach dem Tod Herzog Heinrichs II. 1241 in mehrere Herzogtümer aufgeteilt worden – folgten diesem Beispiel mit ähnlichen Statuten, darunter auch Herzog Bolko II. von Schweidnitz (Reg. v. 1326-1368). ⁶

Nicht in Breslau, sondern in Schweidnitz entstand das bedeutendste geistliche jüdische Zentrum Schlesiens im Mittelalter. ⁷ Die bis dahin unabhängigen schlesischen Piastenherzogtümer waren im Verlauf des 14. Jahrhunderts als Lehen an die böhmische Krone gekommen, ausgenommen das Herzogtum Schweidnitz-Jauer, das erst nach dem Tod der Herzogin Agnes (1392) an Böhmen fiel. Obwohl es auch in Breslau im Zuge der Pestpogrome 1349 zu einem Pogrom gekommen war, dem 60 Familienoberhäupter zum Opfer fielen, hatte Kaiser Karl IV. als böhmischer König in seinen Kronlanden die Juden weitgehend zu schützen versucht und die Ratsherren von Breslau angewiesen, die Mörder zu bestrafen. Allerdings nahm er den größten Teil des jüdischen Besitzes für die böhmische Krone in Beschlag. Auch wurde, bis auf Schweidnitz (Jauer), in den schlesischen Herzogtümern – wie bereits im Westen – das Geleitrecht nun nur noch auf Zeit verliehen. ⁸

Nach den Pestpogromen hatten die alten jüdischen Zentren am Rhein, Main und an der Donau ihre Bedeutung eingebüßt, die geistlichen Zentren des Judentums lagen nun im Osten, in Prag, Nikolsburg, Wien und einigen anderen Gegenden. Dazu zählte auch die jüdische Gemeinde Schweidnitz, wo es eine bedeutende Jeschiwa gab, in der bedeutende zeitgenössische Rabbiner, darunter Rabbi Israel Isserlein lehrten oder lernten. ⁹ Für das Herzogtum hatte

4 Ebd., S. 11.

5 Ebd., S. 15, Anhang I, S. I-V. Das Judenrecht Herzog Heinrichs IV. ist nicht erhalten. Markus Brann vermutet, »dass die verlorene Breslauer Urkunde ziemlich den gleichen Wortlaut mit der Glogauer [von 1299; A. H.] gehabt haben wird«. Ebd., S. I.

6 Herzog Bolko II. von Schweidnitz erließ das Judenedikt am 6. Dezember 1328. Ebd., S. I.

7 Ebd., S. 33.

8 Ebd., S. 51 ff.

9 Ebd., S. 89 f.; Moritz Güdemann, Geschichte des Erziehungswesens und der Kultur der Juden in Deutschland während des XIV. und XV. Jahrhunderts, 3 Bde., Wien 1880, 2., m. einem Nachtrag vermehrte Aufl., Amsterdam 1966, Bd. 2, S. 21; Israel Jacob Yuval, Magie und Kabbala unter den Juden in Deutschland des ausgehenden Mittel-

die letzte noch von der böhmischen Krone unabhängige Herzogin Agnes 1370 ein Friedensinstrument für die jüdischen Untertanen erlassen, das als eine der frühesten Judenordnungen gelten kann, die überliefert ist. Diese griff insofern auch in innerjüdische Belange ein, als sie verfügte, dass die Synagoge nicht durch die Gemeinde geschlossen werden dürfe, es sei denn, dies würde durch die sogenannten Viere bestimmt. Dies waren die vier von der Gemeinde gewählten Vorstandsmitglieder. Zudem wählte die Gemeinde auch ihren »Bischof«. Dies bedeutete eine Stärkung des Gemeindevorstandes gegenüber den ortsansässigen Gelehrten. Dem jüdischen »Bischof« und seinen Beisitzern unterstand auch das jüdische Gericht, das gemäß jüdischem Recht in Fragen des Ehe- und Erbrechts sowie im Zivilprozess jüdischer Parteien entschied. Die »Judenordnung« der Herzogin Agnes enthielt auch die Neuerung, dass die Gemeinde die Anteile der an die Herzogin abzuführenden Steuersummen selbst unter sich bestimmen konnte.¹⁰

Die mittelalterliche Blütezeit der schlesischen Gemeinden endete mit dem sogenannten Capistran-Pogrom. Auf Einladung des Breslauer Bischofs Peter Nowak hielt sich der bekannte italienische Prediger und Franziskanermönch Johann Capistran über ein Jahr (von Februar 1453 bis Mai 1454) in Breslau auf, um anschließend seine Predigtstätigkeit in Krakau fortzusetzen. Während dieser Zeit fand in Breslau auf Veranlassung des böhmischen Königs Ladislaus Posthumus ein Hostienschändungsprozess statt, der mit der Verbrennung von 41 Gemeindegliedern und der Vertreibung der übrigen Juden aus der Stadt endete. Ihre Güter wurden zugunsten der böhmischen Krone eingezogen. Capistran, der sich in seinen Predigten scharf gegen den jüdischen Wucher wandte, hat dieses Pogrom nicht initiiert, aber als Prozessberater legitimiert.¹¹

Der Kampf um die Reform der Kirche, für die Capistran nach den sogenannten Reformkonzilien von Konstanz und Basel antrat, richtete sich auch gegen sogenannte Christumörder, die Juden. So stellte es zumindest Capistran dar, durch die Konzilsbeschlüsse war diese Interpretation nicht gedeckt. Wenn auch der Besitz der vertriebenen Juden an die königliche Kammer ging, so war die Stadt Breslau, die bei den Juden hoch verschuldet war, ihre Gläubiger los. Der Rat hatte deshalb den Hostienfrevelprozess nicht vor dem geistlichen Gericht

alters, in: Karl E. Grözinger (Hrsg.), *Judentum im deutschen Sprachraum*, Frankfurt a. M. 1991, S. 173-189, hier S. 173 ff.

¹⁰ Ludwig Oelsner (Hrsg.), *Schlesische Urkunden zur Geschichte der Juden im Mittelalter*, Wien 1864, S. 73-76; Rościśław Żerelik, *Dzieje Śląska do 1526 roku*, in: Marek Czapliński/Elżbieta Kaszuba/Gabriele Waś/Rościśław Żerelik, *Historia Śląska*, Wrocław 2002, S. 14-114, hier S. 82 ff.; Muzeum Dawnego Kupiectwa (Hrsg.), *Dzieje Świdnicy w Datch*, Świdnica 2009, S. 23.

¹¹ Brann, *Geschichte der Juden*, S. 115 ff.; Heidemarie Petersen, *Die Predigtstätigkeit des Giovanni Capistrano in Breslau und Krakau 1453/54 und ihre Auswirkungen auf die dortigen Judengemeinden*, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit*, Hamburg 2003, S. 22-29, hier S. 24 ff.

angestrengt, sondern vor dem eigenen Gericht, aber Capistran als Prozessberater hinzugezogen. Die schlimmste Folge dieses Prozesses von 1453, infolgedessen 41 Breslauer Juden auf dem Scheiterhaufen ermordet wurden, war die Vernichtung der meisten jüdischen Gemeinden in der Folgezeit, da auch andere jüdische Gemeinden nach den »Geständnissen« der Gefolterten an dem Hostienfrevl beteiligt gewesen sein sollten.¹² Dies betraf auch die Gemeinde Schweidnitz, wo zehn jüdische Männer und sieben jüdische Frauen ebenfalls 1453 auf dem Scheiterhaufen ermordet wurden. König Ladislaus Posthumus, der zu den großen Judenhassern des Mittelalters zählt, gewährte den schlesischen Städten, die vielfach nach den Hussitenkriegen in einer Krise steckten, großzügig das Privilegium *de non tolerandis Judaeis*, das Privileg, keine Juden aufnehmen zu müssen, sodass nicht nur Breslau und Schweidnitz, sondern auch in Jauer, Liegnitz und Brieg die jüdischen Gemeinden untergingen. Die Synagoge in Schweidnitz wurde wie zuvor schon die in Jauer (1438) in eine Kirche umgewandelt. Durch die bildlichen Darstellungen des Hostienfrevls in Kirchen wurde die angebliche Schuld der Juden im kollektiven Gedächtnis auch in den folgenden Jahrhunderten immer wieder aktualisiert, so durch ein Bild, das die Jesuiten 200 Jahre nach dem Pogrom in der Schweidnitzer Pfarrkirche anbringen ließen und das heute noch in der Taufkapelle der jetzigen Kathedrale zu sehen ist. Ein ähnliches Bild befand sich auch in Glatz am Ort des angeblichen Geschehens in der Böhmisches Straße/ul. Czeska.¹³

Waren die jüdischen Gemeinden Schlesiens weitgehend von den Pestpogromen verschont geblieben, so traf sie nun 100 Jahre später die Vernichtung durch das sogenannte Capistran-Pogrom, sodass in der Folgezeit, im 16. und 17. Jahrhundert, nur noch jüdische »Inseln« in Schlesien existierten. Das Judentum in Schlesien ging jedoch nicht – wie in zahlreichen anderen Territorien des Alten Reiches – völlig unter. Ausschlaggebend dafür waren kaiserliche Privilegien, die einzelnen Adelsfamilien, aber auch jüdischen Familien, in dem oberschlesischen Städtchen Zülz bzw. in Glogau verliehen wurden.¹⁴

Aus fast allen schlesischen Herzogtümern waren die Juden bis zum Ende des 16. Jahrhunderts vertrieben worden oder aber von selbst fortgezogen. Einen kulturellen Höhepunkt erlebte die schlesische Judenheit jedoch noch in der

12 Brann, Geschichte der Juden, S. 125 ff.

13 Ebd., S. 137 ff. Das Bild aus der Schweidnitzer Kathedrale stammt aus dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts, siehe dazu Dzieje Świdnicy, S. 28. Zum Glatzer Bild siehe Tamara Włodarczyk/Anna Juraszek/Sonia Kierzkowska, Przewodnik po Świecie Kłodzkiej Zydów, Wegweiser durch die Welt der Glatzer Juden, Kryżowa 2007, S. 12. Zur Konstruktion der Legende in Glatz siehe Arno Herzig, Konfession und Heilsgewissheit. Schlesien und die Grafschaft Glatz in der Frühen Neuzeit, Bielefeld 2002, S. 137 ff.

14 Brann, Geschichte der Juden, S. 186 ff., 206 ff.; Lucas/Heitmann, Stadt des Glaubens, S. 51 ff.; Jörg Deventer, Die Juden in Glogau im frühneuzeitlichen Konfessionalisierungsprozess, in: Hertling/Reinke/Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause?, S. 30-45; Israel Rabin, Die Juden in Zülz, in: Johannes Chrzyszcz, Geschichte der Stadt Zülz in Oberschlesien. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Zülz 1926, S. 117-163.

Die Synagoge in Oels wurde Ende des 14. Jahrhunderts erbaut und stellt das älteste jüdische Bauwerk in Schlesien dar. Nach der Vertreibung der Juden aus der Stadt 1535 diente das Bauwerk als Arsenal, seit 1695 als evangelische Kirche; undatiert

ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Herzogtum Oels. Hier hatte Herzog Karl I. Podiebrad 1529 dem jüdischen Buchdrucker Chajim Schwarz aus Prag die Errichtung einer Druckerei erlaubt. Es war die erste jüdische Druckerei im Alten Reich, ausgenommen von Prag, in der 1530 als erster jüdischer Druck der sogenannte Oelser Pentateuch entstand, der auf seinem Titelblatt das Podiebradwappen und Segenswünsche für die Herzogfamilie zeigt. Die Druckerei wurde allerdings 1535 durch ein Unwetter zerstört, sodass sich in der Folgezeit die jüdische Gemeinde auflöste, nachdem Chajm Schwarz bereits 1533 nach Augsburg übersiedelt war. Die Oelser Synagoge aber blieb als einzige spätmittelalterliche Synagoge in Schlesien erhalten. Sie wurde zunächst als Zeughaus genutzt, 1695 aber in die heute noch existierende Salvatorkirche umgewandelt.¹⁵

Seit 1526 waren die Habsburger als böhmische Könige die Oberherren Schlesiens. Deren widersprüchliche Politik gegenüber den Juden im 16. Jahrhundert gefährdete selbst die Existenz der jüdischen Gemeinde von Prag, der damals wohl bedeutendsten jüdischen Gemeinde im Alten Reich. Doch vergaben die Habsburger im Zusammenhang von Verpfändungen auch einzelne Privilegien an Adlige, die das Recht enthielten, Juden zu dulden oder anzusiedeln, so bei der Verpfändung der oberschlesischen Stadt Zülz 1562 an den Grafen Georg Christoph von Proskau, der – wie auch seine Rechtsnachfolger – die Juden als

15 Brann, *Geschichte der Juden*, S. 167ff. Siehe dazu auch den Beitrag von Jan Doktór und Magdalena Bendowska in diesem Band.

wichtigen Wirtschaftsfaktor in seinem Besitz benötigte. Neben Glogau war Zülz die Stadt, in der sich in der Frühen Neuzeit ein bedeutendes jüdisches Leben entwickelte.¹⁶ Doch auch in diesen beiden Städten gab es immer wieder Ausweisungsedikte, die aber nicht durchgeführt wurden. Den Bestand der zweiten jüdischen Gemeinde in Schlesien während der Frühen Neuzeit, Glogau, das an der Oder und damals an einer großen Handelsstraße lag, sicherte ein Privileg, das Kaiser Rudolf II. 1598 der Sippe des Israel Benedikt verliehen hatte. Geschützt wurde diese Sippe durch den einflussreichen Georg Freiherr von Schönaiach-Carolath, der sich wiederholt beim Kaiser für die Glogauer Juden eingesetzt hatte. Das Privileg blieb auch in den folgenden Jahrzehnten gültig, als vom städtischen Rat immer wieder der Abzug der Juden gefordert wurde und sich auch der schlesische Fürstentag für die Vertreibung aussprach. Auf Drängen des Kaisers musste der Rat 1636 den Juden Grundstücke innerhalb der Stadtmauern zubilligen, die nahe am königlichen Schloss und dem Dominikanerkloster lagen. Nach einem erneuten Vertrag von 1668 zwischen Judenschaft und Rat wurde das Aufenthaltsrecht der Juden in der Stadt Glogau nicht mehr infrage gestellt.¹⁷ Die Zülzer Juden erhielten 1699 von Kaiser Leopold I. ein vorteilhaftes Handelsprivileg, das sie den christlichen Kaufleuten gleichstellte und ihnen den Handel in ganz Schlesien und Böhmen ermöglichte.¹⁸

Die Gemeinden Zülz und Glogau tradierten das jüdische Leben in Schlesien im ausgehenden 16. und 17. Jahrhundert, auch wenn sie im Organisationsplan der Frankfurter Rabbinerkonferenz von 1603 nicht aufgeführt wurden.¹⁹ Die jüdische Gemeinde Zülz verfügte im 17. Jahrhundert über eine hölzerne Synagoge, seit 1774 über eine steinerne im Stil des sogenannten Jesuitenbarocks errichtet. Um diese Zeit (1782) hatte Zülz mehr jüdische (1061) als christliche Einwohner (961). Bedeutende Rabbiner wirkten bereits im 17. Jahrhundert in dieser Gemeinde. Aus dem 17. Jahrhundert stammt der noch heute existierende jüdische Friedhof in Zülz.²⁰

Im 17. Jahrhundert kam es, vor allem infolge des Chmielnicki-Pogroms (1648/49) zu vereinzelt jüdischen Niederlassungen in Oberschlesien, die aber nur von temporärer Existenz waren. Dauerhaft war dagegen die jüdische

16 Rabin, Juden in Zülz, S. 141 ff.

17 Brann, Geschichte der Juden, S. 206; Deventer, Juden in Glogau, S. 36 ff.

18 Chrzyszcz, Geschichte der Stadt Zülz, S. 31.

19 Dies ist vermutlich dadurch zu erklären, dass in Streitfällen für die Glogauer Gemeinde das Posener Rabbinat und für die Zülzer Gemeinde das Krakauer Rabbinat zuständig waren. Die Zuordnung dieser beiden schlesischen Gemeinden im Frankfurter Organisationsplan, der die Zuordnung der Gemeinden zu den damaligen Rabbinatssitzen festlegte, entfiel also. Marcus Brann, Geschichte des Landrabbinats in Schlesien. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen, in: Jubelschrift zum 70. Geburtstag des Professors Dr. Heinrich Graetz, Breslau 1887, ND Hildesheim/New York 1973, S. 218-278, hier S. 222. Zur Frankfurter Rabbinerkonferenz siehe Arno Herzig, Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2001, S. 95 f.

20 Rabin, Juden in Zülz, S. 141 ff.

Der Friedhof in Zülz (Biała Prudnicka) aus dem 17. Jahrhundert ist der älteste noch erhaltene jüdische Friedhof in Schlesien; 2012

Gemeinde in der Landgemeinde Langendorf bei Tost, die 1691 und 1694 neben Zülz in den Visitationsberichten der Breslauer Diözese als jüdische Niederlassung genannt wird. Doch lebten in einzelnen Gemeinden Oberschlesiens bereits im 17. Jahrhundert jüdische Familien, die sich auf kein Privileg berufen konnten, aber von den lokalen Behörden geduldet, ja sogar gefördert wurden.²¹

Trotz des Privilegs *de non tolerandis Judaeis* für Breslau von 1455 entfaltete sich auch in dieser Stadt seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert wieder jüdisches Leben, auch wenn sich der Breslauer Magistrat dagegen sträubte. Unter dem Druck der Habsburger Oberherren musste er 1697 in einer städtischen Judenordnung 13 jüdischen Familien ein unbegrenztes Niederlassungsrecht einräumen. Bei dieser Gruppe handelte es sich primär um Münzlieferanten, Ärzte, Goldschmiede

21 Brann, Landrabbinat, S. 219. So lebte im 17. Jahrhundert in Myslowitz die Familie des 1628 aus Prag eingewanderten Juden Wolf Popper. Dessen Urenkel, Salomon Marcowicz, war um 1700 der bedeutendste Grundbesitzer des Ortes. 1695 erhielt er das Bürgerrecht und leistete den Bürgereid. Er wurde sogar in städtische Kommissionen berufen. Ebd., S. 219 (Anm. 3); Johannes Czakai, Oberschlesisches Landjudentum. Zum jüdischen Leben in Oberschlesien am Beispiel von Leschnitz im 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Schlesische Geschichtsblätter. Zeitschrift für Regionalgeschichte Schlesiens 37 (2010), S. 73-90, hier S. 75.

und Edelsteinschleifer, die unter Protektion des Kaisers standen.²² Während der Messezeit durften sich auch die sogenannten Schammesse in Breslau aufhalten. Das waren die Funktionäre auswärtiger Judenschaften, so von Zülz und Glogau, vor allem aber polnischer Städte.²³ In kleinen Betstuben durften sie zu ihren Gebeten zusammenkommen, aber keinen synagogalen Gottesdienst verrichten, was 1700 durch die Denunziation eines getauften Juden zu einem Konflikt führte, da dieser Konvertit behauptete, die Schammesse und ihre Gemeinden würden reguläre Gottesdienste abhalten. In einem Gutachten, das deshalb dem Hebräisch-Professor am Magdalenen-Gymnasium, Daniel Springer, in Auftrag gegeben wurde, wies dieser nach, dass es sich bei den Betstuben nicht um Synagogen handele.²⁴ Als aus dem saisonalen Niederlassungsrecht ein ständiges wurde, bildeten diese Betstuben eine der Wurzeln der künftigen jüdischen Gemeinde in Breslau, die aufgrund ihrer Herkunft in ihren Traditionen stark divergierte. Eine weitere Wurzel des neuzeitlichen Breslauer Judentums bildete die Judenschaft, die sich außerhalb des Kompetenzbereichs des protestantischen Breslauer Magistrats auf dem Gebiet der geistlichen Stifter der Stadt bildeten. Vor allem beim Matthias-Stift entstand eine (Quasi-)Gemeinde mit einem eigenen Rabbiner, der sich in dieser Funktion von dem Prälaten des Stifts bestätigen ließ. Zudem besaß diese Gemeinde eine eigene Chewra Kadisha, wenn auch keinen eigenen Friedhof. Ihre Toten mussten sie auf dem Zülzer Friedhof bestatten.²⁵ Trotz der heftigen Proteste des Breslauer Magistrats wuchs während der Habsburgerzeit die Zahl der Breslauer Juden ständig an, sodass 1726 auf dem städtischen Gebiet des Magistrats 755, auf geistlichem Gebiet 502 jüdische Einwohner lebten. Problematisch wurde dies, als der kaiserliche Oberamtsdirektor Graf Johann Anton von Schaffgotsch mit dem Magistrat übereinkam, die Zahl der jüdischen Einwohner zu reduzieren, woraufhin es zu einer Vertreibung eines Teils der nicht-privilegierten Breslauer Juden kam, sodass am Ende der Habsburger Herrschaft 1742 in der Stadt und in den Vorstädten nur noch 900 jüdische Einwohner lebten.²⁶

22 Bernhard Brillling, Zur Geschichte der Juden in Breslau. Die ersten in Breslau wohnenden Juden 1697-1707, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau (JSFUB) 12 (1967), S. 126-143; die Namen finden sich auf S. 128 ff.; ders., Geschichte der Juden zu Breslau (1702-1725), in: JSFUB 16 (1971), S. 88-126; Leszek Ziątkowski, Die Geschichte der Juden in Breslau, übers. v. Barbara Kocowska, Wrocław 2000, S. 17 ff.; Arno Herzig, Die Juden in Breslau im 18. Jahrhundert, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause?, S. 46-62, hier S. 47 ff.

23 Brann, Landrabbinat, S. 226 ff.

24 Siehe dazu Bernhard Brillling, Aus der Vergangenheit der Breslauer Juden. Über den jüdischen Gottesdienst in Breslau vor 200 Jahren, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 8 (1931), Nr. 9.

25 Archiwum Państwowe we Wrocławiu (APWr), Księstwa Wrocł. Rep. 16, Sygn. 309, S. 29 ff.; Brann, Landrabbinat, S. 240.

26 Bernhard Brillling, Geschichte der Juden in Breslau von 1454-1702, Stuttgart 1967, S. 72; Hermann Markgraf, Die Geschichte Breslaus nach ihren Namen, Breslau 1896, S. 225 f.

Nach der Eroberung Schlesiens durch den preußischen König Friedrich II. änderte sich die restriktive Politik gegenüber den Juden nicht grundsätzlich, doch ermöglichte das Edikt vom 6. Mai 1744 die Errichtung einer offiziellen jüdischen Gemeinde in Breslau. Durch die Einzelprivilegierungen des Königs für die Judenschaften in den zugelassenen schlesischen Städten – die von Zülz ist nicht überliefert – entfielen für diese die Bestimmungen des preußischen Judenedikts von 1750. Für Breslau schränkte das Edikt von 1744 aber – im Gegensatz zu Glogau – die Kompetenzen des Rabbinats erheblich ein, sodass dieses nur noch für Ehe- und Erbrechtsfragen zuständig war, nicht jedoch für innerjüdische Streitfälle, was vor allem den Protest der polnischen jüdischen Gemeinden in Breslau hervorrief. Das Edikt reduzierte zudem die Zahl der Breslauer Juden auf 12 Familien, gestattete aber die Anmietung eines Saals für die Synagoge und den Erwerb eines Grundstücks für einen Friedhof.²⁷ Auch wenn nun ein Vorsteher-Gremium eingerichtet wurde, was von staatlicher Seite vermutlich eher unter fiskalischen Aspekten geschah, und der Rabbiner als »königlich geordneter Landrabbiner« über den Kultus zu bestimmen hatte, entstand im 18. Jahrhundert aufgrund der unterschiedlichen Herkunft der Gemeindemitglieder keine einheitliche Gemeinde in Breslau. Es gab schließlich 20 Synagogen inklusive Klausssynagogen und die »Landschul im Pockeyhof«, in der der Landrabbiner fungierte. Diese konnte kaum als Hauptsynagoge gelten.²⁸ Hinzu kam die soziale Divergenz. Zwar galt das Revidierte Generalreglement von 1750 mit seiner sozialen Klassifizierung der Juden in Preußen in der Provinz Schlesien nicht, aber es war doch 1754 für Breslau eine Judenordnung erlassen worden,

- 27 Die »wirklichen polnischen Handelsjuden« blieben davon ausgenommen. Sonst aber galt, dass »alle und jede in der Stadt Breslau oder deren Vorstädten sich aufhaltenden Juden, wess Alters, Stands und Geschlechts, oder unter wessen Schutz, Protection und Gerichtsbarkeit dieselben auch immer sein mögen, aus gedachter Stadt und Vorstädten mit all ihrem Anhang, Weib, Kind, und was ihnen zugehören mag, sich hinweg begeben, und keineswegs weiter finden und betreten lassen sollen«; Brann, Landrabbinat, S. 245f. Siehe auch Herzig, *Juden in Breslau*, S. 51ff. Zu der nicht recht überschaubaren Situation nach dem Ausweisungsdekret siehe Anna-Margarete Brenker, *Aufklärung und Sachzwang. Realpolitik in Breslau im ausgehenden 18. Jahrhundert*, Hamburg/München 2000, S. 234-272.
- 28 Zu den zehn Schammessen und ihren Gemeinden siehe Herzig, *Breslau*, S. 201 (Anm. 9). Ein Bild der Breslauer »Landschul« (Landessynagoge) ist abgedruckt in Maciej Łagiewski, *Breslauer Juden 1850-1944*, Wrocław 1996, Abb. 8. Zum Landrabbiner, der damals 300 Seelen zählenden »Landgemeinde« einschließlich der Breslauer Gemeinde wurde Bendix Ruben Gompertz ernannt, dessen Familie aus dem zu Preußen gehörenden Wesel am Niederrhein stammte. Gompertz hatte anlässlich der Huldigung Friedrichs II. als neuen schlesischen Landesherrn am 7. November 1741 ein Huldigungsgedicht auf Hebräisch und Deutsch verfasst, dessen Druckexemplar mit dem preußischen Adler über Palmenzweigen schwebend versehen war. Die Texte sind abgedruckt in Brann, *Landrabbinat*, S. 243f. Zur Landgemeinde Breslau zählten mit Ausnahme der Gemeinden Zülz und Glogau alle Juden in Schlesien. 1746/47 waren es 70 jüdische Familien, 1753/54 zählte die »Landjudenschaft« in Niederschlesien 656 Seelen, in Oberschlesien 1854 Seelen; Brann, *Landrabbinat*, S. 248 (Anm. 1).

die die jüdischen Einwohner »aus Rücksicht auf die Handelsinteressen« in Generalprivilegierte, Privilegierte, Tolerierte, Schutzgenossen und sogenannte Fixentrysten mit unterschiedlichen Rechten einteilte. Zur letzteren Gruppe zählten alle Juden aus den Judengemeinden von Zülz, Fürstenberg und Hundsfield, die gegen ein fixes Entreegeld Breslau für längere Zeit besuchen durften.²⁹ Seit dem Siebenjährigen Krieg (1756-1763) erhielten vor allem die Münz-Entrepreneure, die weitgehend aus Berlin kamen, sowie deren Nachkommen den Status von Generalprivilegierten. Das bedeutete, sie wurden den christlichen Kaufleuten nahezu gleichgestellt. In der preußischen Wirtschaftsstrategie kam den Juden in Schlesien primär die Funktion zu, Handel mit »dem Osten« zu betreiben und die brandenburgischen Industrieprodukte abzusetzen.³⁰

Auf den oberschlesischen Adelssitzen und Standesherrschaften hatten sich schon in habsburgischer Zeit jüdische Pächter niedergelassen, die für den Adel Landhandel, aber auch die Branntweinproduktion betrieben und vielfach einen Status als Quasi-Hoffaktoren genossen. In ihren Funktionen als Gutsinspektoren, Pächter, Branntwein- und Bierproduzenten, Müller, Bäcker und Schäferverwalter unterschieden sich die schlesischen Landjuden in ihrer Sozialstruktur deutlich von den übrigen Landjuden in Deutschland. Friedrich II. versuchte nach der Eroberung Schlesiens diese Entwicklung zu steuern und die Tätigkeiten der Landjuden durch Verbote zu unterbinden. Dagegen protestierten jedoch die Stände in den Fürstentümern Oppeln und Ratibor. Nach ihrer Darstellung war durch diese Verbote der Landhandel zusammengebrochen, da die armen Landproduzenten auf ihren Produkten wie Honig, Wolle, Flachs und Garn sitzen blieben, zumal die nächsten Jahrmärkte 70 bis 100 Kilometer entfernt lagen. Friedrich II. war jedoch weder mit seinem Versuch, die Juden in Breslau auf die wirklichen Handelsjuden zu reduzieren, noch damit, die oberschlesischen Landjuden in ihrer Tätigkeit zu beschränken, erfolgreich. 1780 bestimmte der König deshalb per Gesetz, dass alle Juden das flache Land zu verlassen hätten und sich in den Städten niederlassen sollten. Doch das Edikt wurde kaum beachtet, da der Adel an seiner Durchführung nicht interessiert war. Die Zahl der oberschlesischen Dorfjuden nahm zu und betrug 1791 ca. 2000 Seelen. Das waren 21 Prozent der gesamten schlesischen Judenheit (ca. 9000 Seelen). Das Gros der schlesischen Juden, ca. 60 Prozent, lebte damals in den ehemaligen konzessionierten Städten Breslau (27 %), Glogau (20 %) und Zülz (11 %), die

29 F. G. Adolf Weiß, *Chronik der Stadt Breslau von der ältesten bis zur neuesten Zeit, Breslau 1888*, S. 105f. Die Oberaufsicht führte eine Judenkommission, die aus städtischen Beamten und zwei Kaufleuten bestand. 1776 hielten sich 17 Generalprivilegierte, 19 Privilegierte, 152 Tolerierte, 34 Fixentrysten und 62 Privatbediente und Gemeindebeamte mit ihren Familien in der Stadt auf; Brenker, *Aufklärung und Sachzwang*, S. 250. Davon abweichende Zahlen nennt Leszek Ziątkowski, *Roswój liczebny ludności Zydowskiej we Wrocławiu w latach 1742-1914*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 46 (1991) 2, S. 169-189, hier S. 171.

30 Herzig, *Juden in Breslau*, S. 52f. Siehe dazu auch den Beitrag von Arno Herzig in diesem Band.

übrigen ca. 20 Prozent verteilten sich auf andere schlesische Städte, wobei sich die meisten Städte auch in preußischer Zeit gegen ihre Aufnahme sträubten, sodass in diesen die Zahl der jüdischen Einwohner kaum mehr als zwei Prozent der Gesamteinwohner betrug. Erst durch die Hardenbergschen Reformen um 1810 wurden die Juden in Schlesien zu freien Wirtschaftsbürgern mit freiem Niederlassungsrecht.³¹

31 Arno Herzig, Landjuden – Stadtjuden. Die Entwicklung in den preußischen Provinzen Westfalen und Schlesien im 18. und 19. Jahrhundert, in: Monika Richarz/Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte, Tübingen 1997, S. 91-108, hier S. 98 ff.; Brann, Landrabbinat, S. 220 f.; Selma Stern, Der preußische Staat und die Juden, T. 3: Die Zeit Friedrichs des Großen, 2. Abt.: Akten, 2. Halbbd., Tübingen 1991, S. 1159; Markus Brann, Die schlesischen Judenheit vor und nach dem Edikt vom 11. März 1812, in: Jahresbericht des jüdisch-theologischen Seminars Fraenckelsche Stiftung für das Jahr 1912, Breslau 1913, Beilage, S. 3-44. In der Auseinandersetzung zwischen dem Herzog von Oels-Bernburg und der königlichen Kammer 1765 um seinen Brennmeister Meyer Joachim beförderte der Herzog diesen zu »meinem Hoffaktor«. Meyer Joachim zahlte 127 Rt Pacht; APWr, Księstwa Olśnicke, Nr. 997, S. 55 ff. Am 8. März 1780 erschien eine königlich (gedruckte) Verordnung, »daß die von Adel auf ihren Gütern sich weiterhin keiner Juden bei ihren Ökonomien und Wirtschaftsangelegenheiten bedienen, sondern die in Schlesien tolerirten Juden sich lediglich mit dem Commercio und Handlung beschäftigen sollen«; APWr, Księstwa Olśnicke, Nr. 997, S. 66 ff.

I Zur politischen Geschichte der Juden

Zwischen Diskriminierung und Emanzipation

Die »bürgerlichen Verhältnisse der Juden« als Verhandlungsgegenstand der schlesischen Provinziallandtage (1825-1847)

»Im Namen von 28 Tausend jüdischen Staatsbürgern der Provinz Schlesien, so wie sicherlich auch im Sinne des erleuchteten Theils ihrer christlichen Mitbürger, erscheinen die gehorsamst Unterzeichneten, um der hohen Versammlung der Schlesischen Provincial-Stände den tiefgefühltesten Dank auszudrücken, für den Ernst mit welchem Dieselbe auf dem letzten Landtage den mangelhaften Rechtszustand der Juden in unsrem Vaterland erwogen und für die gewichtige Fürsprache mit welcher Sie diese Angelegenheit vor den Thron gebracht hat. Mit Stolz haben wir die Vertreter unsrer Provinz unter der Zahl derjenigen fünf Stände-Versammlungen erblickt, in denen endlich das in dem deutschen Volksbewußtsein so lange unterdrückte Rechtsgefühl zur thatkräftigen Hinwegräumung eines Jahrhunderte alten Unrechts erwacht ist.«¹

Derart überschwänglich liest sich die Einleitung einer »Gehorsamsten Petition«, mit der sich »die Vorstände und Mitglieder sämtlicher israelitischen Gemeinden Schlesiens« im Februar 1847 an die zuvor gewählten Abgeordneten des neunten schlesischen Provinziallandtags wandten, die im Frühjahr in Breslau zu ihren Beratungen zusammentreten sollten. In ihrem Gesuch artikulierten die Petenten zum einen den Dank dafür, dass die schlesischen Parlamentarier auf dem zurückliegenden Landtag von 1845 – in einem Atemzug mit den im Text nur indirekt erwähnten Landtagen der Provinzen Brandenburg, (Ost- und West-)Preußen, Rheinland und Westfalen – einer Verwirklichung der bereits 1812 im Zuge der Stein-Hardenbergschen Reformen zugesagten Emanzipation der preußischen Juden das Wort geredet hatten. Zum anderen gaben sie darin aber auch der Erwartung Ausdruck, dass der kommende schlesische Landtag seine Beschlusslage nochmals bekräftigen möge, da den Juden »wohlerworbene und gewährleistete Rechte« nach wie vor »grundlos vorenthalten« würden.²

Der scheinbare Enthusiasmus, in den die Autoren ihre Dankesschuld gegenüber den schlesischen Abgeordneten gekleidet hatten, kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine vollständige, d. h. eine noch über das Edikt von

1 Gehorsamste Petition der Vorstände und Mitglieder sämtlicher israelitischen Gemeinden Schlesiens, die Gleichstellung der Juden mit ihren christlichen Mitbürgern in den bürgerlichen und politischen Rechten betreffend, Breslau 1847 (unpag. Druckfassung aus dem Bestand der Berliner Bibliothek der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, Sign. Na 562), [S. 1].

2 Ebd.

1812 hinausgehende Emanzipation zuvor tatsächlich nur von den rheinischen Provinzialständen beantragt worden war, dass also auch das so sehr gelobte Gesuch des schlesischen Landtags zur künftigen Rechtsstellung der preußischen Juden von 1845 letztlich halbherzig und in sich widersprüchlich geblieben war, wie im Einzelnen noch zu zeigen sein wird. Andererseits steht dieses Gesuch auffallend mit einem Forderungskatalog in Kontrast, den die Parlamentarier des Oderlandes im Rahmen ihrer ersten Sitzungsperiode Ende 1825 aufgestellt hatten und der auf eine weitreichende rechtliche und ökonomische Diskriminierung der schlesischen Juden abzielte.

Um den Stellenwert der Judenpolitik im Kontext der schlesischen Landtagsverhandlungen im Folgenden herauszuarbeiten, ist es zunächst erforderlich zu klären, um was für eine Art von Parlamenten es sich bei den schlesischen Provinziallandtagen handelte und welchen Einfluss diese auf den Gang der Politik in Preußen konkret ausüben konnten. Daran anknüpfend wird aufgezeigt, welche Motive in den Debatten des Landtags über die jüdischen Angelegenheiten aufscheinen und welche konkreten Interessenlagen daraus abgeleitet werden können, welche Wandlungen im Betrachtungszeitraum diesbezüglich zu erkennen sind und welche Gründe sich hierfür benennen lassen.

Die Provinziallandtage in Preußen

Als Friedrich Wilhelm III. von Preußen am 5. Juni 1823 per Gesetz verkünden ließ, es sollten »Provinzial-Stände in Unserer Monarchie in Wirksamkeit treten«,³ war die restaurative Politikwende im Preußen der Ära nach den Befreiungskriegen längst vollzogen. Der preußische Staatskanzler Karl August von Hardenberg, der bis zuletzt für eine wirkliche Parlamentarisierung des Gesamtstaates geworben hatte, war sieben Monate zuvor gestorben; an seiner Stelle war die preußische Verfassungspolitik in die Hände einer vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm geleiteten Kommission gelegt worden, die sich schließlich auf ein streng konservatives und auf die Interessen des Großgrundbesitzes zugeschnittenes Repräsentationsmodell geeinigt hatte. In den acht preußischen Provinzen wurden jeweils Provinziallandtage eingerichtet, die höchstens alle zwei Jahre für wenige Wochen zusammentreten sollten.⁴

3 Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten, Berlin 1823, S. 129 f., hier S. 129.

4 Das Standardwerk zum provinzialständischen Parlamentarismus in Preußen ist unverändert Herbert Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf 1984 (zur Genese der Provinzialstände Gesetze siehe S. 151-209); eine Zusammenstellung der wichtigsten Beschlüsse der einzelnen Landtage bietet Werner Schubert, Preußen im Vormärz. Die Verhandlungen der Provinziallandtage von Brandenburg, Pommern, Posen, Sachsen und Schlesien sowie – im Anhang – von Ostpreußen, Westfalen und der Rheinprovinz (1841-1845), Frankfurt a.M. u.a. 1999; speziell zu den schlesischen Landtagen arbeitete erstmals – und in der inhaltlichen Tendenz sehr kritisch – Willy

Bereits der Terminus »Provinzialstände« suggerierte eine Anknüpfung an altständische Vertretungsformen, wie sie gerade in Schlesien eine reiche, nach 1740 freilich unterbrochene Tradition besaßen.⁵ Definiert waren diese neuen »Stände« allerdings nicht länger nach geburtsrechtlichen Kriterien; Voraussetzung sowohl des passiven als auch des aktiven Wahlrechts war vielmehr der Grundbesitz. Konkret waren in Schlesien fortan Grundbesitzer in vier verschiedenen Klassen repräsentiert: erstens die in Person vertretenen Fürsten und Standesherrn (mit zusammen zehn Stimmen im Landtag), zweitens die Rittergutsbesitzer (36 Abgeordnete), drittens städtische Grundbesitzer (30 Abgeordnete) und viertens schließlich die über eigenen Grund und Boden verfügenden Bauern (16 Abgeordnete). Unter Berücksichtigung, dass auch unter den neuen gesetzlichen Bedingungen im Durchschnitt neun von zehn Vertretern der schlesischen Ritterschaft adelig waren, wird deutlich, dass die grundbesitzende Aristokratie über annähernd die Hälfte der Stimmen und damit über eine faktische Sperrminorität in der Ständeversammlung verfügte. Die besitzlosen Unterschichten in Stadt und Land blieben vom Parlament ohnehin ausgeschlossen, doch galt dies ebenso für Beamte, Freiberufler und Akademiker, sofern sie nicht seit einer gesetzlich genau festgeschriebenen Frist selbst Grundbesitzer waren (was in der Praxis kaum vorkam).⁶

Klawitter, *Der erste Schlesische Provinziallandtag im Jahre 1825*, Breslau 1909; ders., *Die politische Entwicklung der schlesischen Provinziallandtage*, in: *Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens* 59 (1925), S. 1-28; neuere Darstellungen liegen von polnischer Seite vor mit Tomasz Kruszewski, *Sejm prowincjonalny na Śląsku (1824-1933)*, Wrocław 2000 (unter vollständiger Negierung der jüdischen Thematik im Landtag); von deutscher Seite mit Roland Gehrke, *Landtag und Öffentlichkeit. Provinzialständischer Parlamentarismus in Schlesien 1825-1845*, Köln/Weimar/Wien 2009; siehe auch ders., *Parlamentarismusforschung*, in: Joachim Bahlcke (Hrsg.), *Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 235-265; ders., *Das isolierte Parlament. Zur parlamentarischen Praxis der schlesischen Provinziallandtage zwischen Restauration und Revolution (1825-1845)*, in: ders. (Hrsg.), *Aufbrüche in die Moderne. Frühparlamentarismus zwischen altständischer Ordnung und monarchischem Konstitutionalismus 1750-1850. Schlesien – Deutschland – Mitteleuropa*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 205-240; ders., *Ständische Selbstinszenierung und sozioökonomische Interessenpolitik. Der Adel auf den schlesischen Provinziallandtagen 1825-1845*, in: Jan Harasimowicz/Matthias Weber (Hrsg.), *Adel in Schlesien, Bd. 1: Herrschaft – Kultur – Selbstdarstellung*, München 2009, S. 393-412.

5 Siehe Norbert Conrads, *Die schlesische Ständeversammlung im Umbruch – vom altständischen Herzogtum zur preußischen Provinz*, in: Peter Baumgart (Hrsg.), *Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen*, Berlin/New York 1983, S. 335-364.

6 Gehrke, *Landtag und Öffentlichkeit*, S. 100-106; zur konkreten sozialen Zusammensetzung der Landtage bis 1845 siehe ebd., S. 158-166. Faktisch war im schlesischen Parlament vor allem die lokale Obrigkeit auf drei verschiedenen Ebenen repräsentiert: Während unter den Abgeordneten des zweiten Standes (Ritterschaft) Landräte, Landesälteste und Landschaftsfunktionäre dominierten, waren es im dritten Stand (Städte) Bürgermeister, Ratsherren und Stadtverordnetenvorsteher, im vierten Stand (Land-

Die Kompetenzen der Provinziallandtage in Preußen waren überaus spärlich – insbesondere im Vergleich mit den seit 1818/19 in den süddeutschen Bundesstaaten existierenden konstitutionellen Kammerparlamenten. Über wirkliche Entscheidungsbefugnisse verfügten die Landtage lediglich in einigen spezifischen Bereichen der Provinzialverwaltung – im schlesischen Fall des Taubstummfonds, der Feuerversicherungsgesellschaften sowie der drei »Irrenhäuser« der Provinz in Leubus, Brieg und Plagwitz –, ansonsten hatten sie zu den ihnen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfen lediglich unverbindliche Gutachten abzugeben. Das Petitionsrecht wiederum war durch die Klausel eingeschränkt, dass Gesuche im Landtag nur dann als verabschiedet galten und der Regierung damit offiziell zur Kenntnis gelangten, wenn sie unter den Abgeordneten eine Zweidrittelmehrheit gefunden hatten.⁷

Aber ganz unabhängig davon, wie die Parlamentarier ihre Arbeit konkret verrichteten – durch eine äußerst rigide Geheimhaltungspraxis war sichergestellt, dass die Öffentlichkeit kaum etwas darüber erfuhr. Weder wurde ein Protokoll veröffentlicht, noch waren Zuschauer zu den Landtagssitzungen zugelassen. Eine zeitnahe Presseberichterstattung konnte unter diesen Bedingungen nicht einmal ansatzweise stattfinden; in den Buchhandel gelangten stattdessen lediglich kursorische Ergebniszusammenfassungen in geringer Auflage, und das auch erst bis zu anderthalb Jahre nach Landtagsschluss.⁸ Erst nach dem Thronwechsel von 1840 wurden die Zügel etwas gelockert, indem die preußische Presse auf der Grundlage gedruckter, wenngleich anonymisierter Verhandlungsprotokolle nun relativ ausführlich über das Geschehen im Landtag berichten und der parlamentarischen Handlungsebene im öffentlichen Bewusstsein somit einen gewissen Stellenwert verschaffen konnte.⁹

Wenn im Folgenden dargelegt wird, welche Stellungnahmen die schlesischen Landtage zur Frage der rechtlichen und der gesellschaftlichen Stellung der Juden in Preußen abgaben und welche Wirkung sie damit entfalteten, so ist dem zweierlei vorauszuschicken: Erstens bestanden die Provinzialstände zwar auch über die Zäsur von 1848/49 hinaus fort,¹⁰ doch sahen sie sich angesichts der Einrichtung eines gesamtpreußischen Zweikammerparlaments anschließend auf ihre wenigen regionalen Verwaltungsaufgaben beschränkt, während die »große« Politik – und darunter eben auch die Judenpolitik – sie nicht länger tangierte. Diese Ausführungen werden sich daher auf den Zeitraum von 1825 bis 1847 be-

gemeinden) hingegen die Inhaber ländlicher Verwaltungsämter, also v. a. Erb- und Gerichtsschulzen.

7 Ebd., S. 121-128; für Preußen insgesamt siehe Obenaus, *Parlamentarismus*, S. 189-193.

8 Gehrke, *Landtag und Öffentlichkeit*, S. 152-154.

9 Ebd., S. 286-298.

10 In ihrer Gestalt als neuständische Grundbesitzerrepräsentation wurden die Provinzialstände im Mai 1851 noch einmal reaktiviert und fielen erst der preußischen Verwaltungsreform von 1875 zum Opfer. Von da an bestanden die Provinziallandtage aus (indirekt gewählten) Abgeordneten der Stadt- und Landkreise. Siehe Kruszewski, *Sejm prowincjonalny*, S. 181-252.

schränken. Zweitens ist es wichtig festzuhalten, dass im Landtag ausschließlich *über* die Juden debattiert wurde, aber keinesfalls *mit* ihnen. Bereits die genannte Kronprinzenkommission hatte sich darauf festgelegt, die Standschaft nicht allein an den Grundbesitz, sondern zusätzlich an die »Mitgliedschaft in einer der beiden christlichen Kirchen« zu binden, Juden aus dem parlamentarischen Leben also auch dann auszuschließen, wenn sie »naturalisiert«, d. h. im rechtlichen Sinne preußische Staatsbürger, waren. Genauso fand der Passus dann auch Eingang in das Provinzialständegesetz für die Provinz Schlesien vom 27. März 1824.¹¹ Auch hiermit sandte die provinzialständische Verfassung von 1823/24 also ein restauratives Signal aus, indem sie erkennbar hinter das Emanzipationsedikt vom 11. März 1812 zurücktrat. Die Regelung hatte die absurde Konsequenz, dass die jüdischen Abgeordneten in den Stadtverordnetenversammlungen, die als Wahlkollegien der Städte fungierten und zu denen Juden gemäß der Steinschen Städteordnung von 1808 zugelassen waren, bei der Wahl der Landtagsabgeordneten ihr Wahlrecht verloren.¹²

Doch handelte es sich bei dieser Entscheidung keineswegs nur um ein regierungsamtliches Oktroi, vielmehr hatte bereits eine aus 15 adeligen Rittergutsbesitzern und sechs Stadtbürgern zusammengesetzte schlesische Notabelnversammlung, die im Frühjahr 1822 um ihre Meinung zur Zusammensetzung und den Kompetenzen der künftigen Provinzialstände gefragt worden war,¹³ den Ausschluss der Juden von der Standschaft nahezu einstimmig befürwortet. Lediglich der Justizrat Ferdinand Freiherr von Reinersdorff hatte dort die abweichende Ansicht vertreten, dass die »mosaische Religion [...] nichts mit der Moral streitendes« enthalte, und davor gewarnt, dass »die Versammlung, wenn sie die Juden bloß ihrer Religion wegen ausschließen wolle, in einen mit den ehemaligen Verfolgungen religiöser Meinungen ähnlichen Fehler verfallen dürfte«.¹⁴ Reinersdorffs Stimme blieb freilich ungehört.

Hardenbergs Edikt zur rechtlichen Gleichstellung der Juden

In ihrer Frühphase hatten es die Landtage der einzelnen Provinzen vor allem mit den Auswirkungen der preußischen Reformgesetze aus der Stein-Hardenberg-Ära zu tun, die zunächst oft reine Absichtserklärungen geblieben waren und

11 § 5 des Gesetzes, abgedruckt bei K[arl] F[riedrich] Rauer (Hrsg.), Die ständische Gesetzgebung der Preussischen Staaten, Bd. 1: Text der ständischen Gesetze, Bd. 2: Systematische Darstellung der ständischen Gesetzgebung, Berlin 1845, hier Bd. 1, S. 116.

12 So der staatsrechtliche Kommentar von Rauer, Ständische Gesetzgebung, Bd. 2, S. 238.

13 Die Protokolle dieser Notabelnversammlung, die vom 6. bis zum 14. Mai 1822 in Berlin tagte, finden sich abgedruckt bei Richard Roepell, Zur Geschichte der ersten Einrichtung der heutigen Provinzialstände Schlesien, in: Uebersicht der Arbeiten und Veränderungen der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur im Jahre 1846, Breslau 1847, S. 276-312.

14 Ebd., S. 281; siehe auch ebd., S. 301-303, 306.

deren konkrete Umsetzung erst nach 1820 durch eine Vielzahl von Ausführungsgesetzen geregelt wurde. Dies galt auch für das bereits erwähnte, von Staatskanzler Hardenberg gegen vielerlei Kritik durchgesetzte »Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preußischen Staate« vom 11. März 1812.¹⁵ Dessen erster Paragraph proklamierte: »Die in Unsern Staaten jetzt wohnhaften, mit General-Privilegien, Naturalisations-Patenten, Schutzbriefen und Konzessionen versehenen Juden und deren Familien sind für Einländer und Preußische Staatsbürger zu achten.« Mit seiner erkennbaren Schwerpunktsetzung auf dem wirtschaftlichen beziehungsweise gewerblichen Bereich fügte sich das Edikt nahtlos in die allgemeine Reformkonzeption Hardenbergs. Die darin ausgesprochene Zusicherung, die einheimischen Juden könnten künftig »gleiche bürgerliche Rechte und Freiheiten mit den Christen genießen« (§ 7), bezog sich auch auf die Zulassung zu akademischen Lehr- und Schul- sowie zu Gemeindeämtern (§ 8). Die Zulassung auch zu »ändern öffentlichen Bedienungen und Staats-Ämtern« hingegen war ausdrücklich unter den Vorbehalt der künftigen Gesetzgebung gestellt (§ 9).

Trotz dieser Einschränkung hatte sich Hardenberg mit seinem emanzipativen judenpolitischen Konzept gegen konservativere Tendenzen innerhalb der Reformbürokratie durchgesetzt, die auf eine sittliche »Verbesserung« der Juden als notwendige Voraussetzung einer späteren rechtlichen Gleichstellung beziehungsweise auf ihre absolute Anpassung bei Aufgabe der eigenen Identität, letztlich also auf Konversion abzielten.¹⁶ Erleichtert worden war dieser Schritt durch den Umstand, dass sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Preußen infolge der im Tilsiter Frieden von 1807 auferlegten Gebietsabtretungen stark verringert hatte: Statt 2,3 Prozent im Jahr 1803 betrug er 1811 gerade noch 0,7 Prozent.¹⁷ Das entsprach in etwa dem jüdischen Bevölkerungsanteil Schlesiens,

15 Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten, Berlin 1812, S. 17f.; auch abgedruckt bei Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 1: *Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850*, Stuttgart u. a. ³1978 [Tübingen ¹1949], S. 45-47.

16 Die Entstehungsgeschichte des Emanzipationsedikts sowie die zwischen 1807 und 1812 diskutierten unterschiedlichen judenpolitischen Konzeptionen werden detailliert beleuchtet bei Annegret H. Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847*. Mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869, Berlin 1987, S. 39-61; Albrecht A. Bruer, *Geschichte der Juden in Preußen (1750-1820)*, Frankfurt a.M./New York 1991, S. 257-305; Hans-Werner Hahn, *Judenemanzipation in der Reformzeit*, in: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hrsg.), »Freier Gebrauch der Kräfte«. Eine Bestandsaufnahme der Hardenberg-Forschung, München 2001, S. 141-161, hier S. 142-154; Horst Fischer, *Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert*. Zur Geschichte der staatlichen Judenpolitik, Tübingen 1968, S. 20-31.

17 Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, S. 62. Vor allem die im Zuge der zweiten und dritten Teilung Polens 1793/95 von Preußen annektierten Gebiete, die 1807 dann dem Großherzogtum Warschau zugeschlagen wurden, wiesen einen prozentual hohen jüdischen Bevölkerungsanteil auf.

der 1816/17 bei 0,8 Prozent lag, regional allerdings divergierte: Während in den niederschlesischen Regierungsbezirken Liegnitz und Breslau jeweils deutlich weniger als ein Prozent der Bevölkerung dem jüdischen Glauben anhing, waren es im Regierungsbezirk Oppeln annähernd zwei Prozent.¹⁸

Mit dem territorialen Zuwachs, den Preußen auf dem Wiener Kongress von 1814/15 erzielen konnte, wuchs sein jüdischer Bevölkerungsanteil erneut auf 1,2 Prozent an,¹⁹ während die Homogenität der preußischen Judenheit, die trotz aller sozioökonomischen Unterschiede auf einer gemeinsamen rechtlichen Entwicklung unter der Herrschaft der Hohenzollern beruht hatte, dadurch abnahm.²⁰ Gemäß Artikel 16 der Bundesakte von 1815²¹ blieben die in den einzelnen Bundesstaaten bereits geltenden jüdenrechtlichen Regelungen nur dann in Kraft, wenn sie bereits vor der französischen Besetzung gegolten hatten, während alle unter französischer Herrschaft erlassenen Bestimmungen zur Rechtsstellung der Juden aufgehoben wurden; Ausgestaltung und Durchführung der Judenemanzipation blieben damit primär eine Angelegenheit der Einzelstaaten des Deutschen Bundes.²²

Sein ursprüngliches Vorhaben, das preußische Judenrecht auf der Grundlage des Edikts von 1812 zu vereinheitlichen, musste Hardenberg unter dem Druck des konservativen Flügels der Bürokratie wieder aufgeben. Das Emanzipationsedikt galt damit weiterhin nur in den Stammprovinzen Brandenburg, Preußen, Pommern und Schlesien, während in den neuen Provinzen zunächst ältere, aus vorpreußischer Zeit stammende Regelungen in Kraft blieben.²³ Der ausbleibenden Vereinheitlichung folgte ein inhaltliches Zurückrudern auf dem Fuß: Auf keinem anderen Politikfeld machte sich der Trend zur Restauration so früh und nachhaltig bemerkbar wie auf demjenigen der Judengesetzgebung. Namentlich auf Initiative des Innenministers Kaspar Friedrich von Schuckmann wurde die im Emanzipationsedikt immerhin angedeutete Zulassung jüdischer Untertanen zum Staatsdienst im Juni 1816 kategorisch untersagt. Noch im selben Jahr erfolgte der Ausschluss jüdischer Gutsbesitzer auch vom Patronatsrecht (d. h. von

18 Michael Brenner/Stefi Jersch-Wenzel/Michael A. Meyer, *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 2: Emanzipation und Akkulturation 1780-1871, München 1996, S. 59 (mit Tabelle), 71. Bis 1848 stieg der jüdische Bevölkerungsanteil Schlesiens leicht auf 1,1 Prozent.

19 Hierzu trug insbesondere das Großherzogtum Posen bei, das 1816/17 mit 6,4 Prozent die proportional mit Abstand größte jüdische Minderheit aller acht preußischen Provinzen aufwies. Siehe Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer, *Deutsch-jüdische Geschichte*, Bd. 2, S. 59.

20 Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, S. 107.

21 Abgedruckt bei Huber (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 1, S. 89 f.

22 Beata Dudek, *Juden als Stadtbürger in Schlesien. Glogau und Beuthen im Vergleich 1808-1871*, Hamburg 2009, S. 89 f.

23 Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, S. 108 f.; Bruer, *Geschichte der Juden*, S. 325 f.

der Ausübung obrigkeitlicher Funktionen der Gutsherrschaft),²⁴ womit bezüglich des späteren generellen Ausschlusses der Juden von der Provinzialstandtschaft bereits ein Präjudiz geschaffen worden war. 1822 schließlich wurde jüdischen Universitätsabsolventen auch die Universitätslaufbahn endgültig verschlossen.²⁵

Unter dem ideologischen Leitgedanken des »christlichen Staates«²⁶ wurde das Emanzipationsedikt als solches zwar nicht infrage gestellt, inhaltlich jedoch zunehmend ausgehöhlt und entgegen der Intention Hardenbergs »in eine Vor-schußleistung uminterpretiert, derer sich die Juden durch die Taufe als würdig zu erweisen hatten«²⁷. Im Kontext dieser restaurativen Politikwende in Preußen nach 1815 war der Ausschluss der preußischen Juden von den Landtagen insofern konsequent, als mit den Provinzialständergesetzen von 1823/24 die von Hardenberg favorisierte Vision einer auf ökonomischer Chancengleichheit beruhenden Staatsbürgergesellschaft endgültig aufgegeben und durch ein traditionales begründetes Ständemodell ersetzt worden war. In diesem konnte es nach Überzeugung seiner Schöpfer für Juden keinen Platz geben.²⁸

Die Judenpolitik des ersten schlesischen Provinziallandtags

Die schlesischen Provinzialstände versammelten sich erstmalig am 2. Oktober 1825²⁹ im Breslauer Zwingergebäude, dem Sitz einer kaufmännischen Korporation, die dem Landtag einige ihrer Räumlichkeiten zur Miete überlassen hatte. Es ist im Übrigen bezeichnend für die mangelnde Verwurzelung des Landesparlaments im politischen Gefüge und im öffentlichen Bewusstsein der Provinz, dass es den Abgeordneten bis 1845 nicht gelang, die Finanzierung und Fertigstellung eines eigenen Plenargebäudes sicherzustellen. Während diesbezüglich seit 1837 mehrere Landtagskommissionen erfolglos einander abwechselten, flossen die benötigten Spenden nur äußerst spärlich; bezugsfertig wurde das Breslauer Ständehaus erst 1846.³⁰

24 »Verordnung wegen Verwaltung des Patronats-Rechts über christliche Kirchen auf solchen Gütern und Grundstücken, die sich im Besitz jüdischer Glaubensgenossen befinden« v. 30.8.1816, in: Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten, Berlin 1816, S. 207.

25 Bruer, Geschichte der Juden, S. 330-332.

26 Siehe Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, S. 146-149.

27 Bruer, Geschichte der Juden, S. 339.

28 Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, S. 150 f.

29 Konkret tagten die schlesischen Provinzialstände im Untersuchungszeitraum zu den folgenden Terminen: Erster Landtag v. 2. Oktober bis 22. Dezember 1825; zweiter Landtag v. 13. Januar bis 2. März 1828; dritter Landtag v. 14. Februar bis 4. April 1830; vierter Landtag v. 13. Januar bis 24. Februar 1833; fünfter Landtag v. 29. Januar bis 4. April 1837; sechster Landtag v. 28. Februar bis 4. Mai 1841; siebter Landtag v. 5. März bis 5. Mai 1843; achter Landtag v. 9. Februar bis 13. April 1845.

30 Gehrke, Landtag und Öffentlichkeit, S. 135-139.

Ansicht des Zwingergebäudes in Breslau, das zwischen 1825 und 1845 unter anderem die schlesischen Provinziallandtage beherbergte; undatiert

Die königliche Proposition, mit der die Abgeordneten des ersten schlesischen Landtags dazu aufgefordert wurden, sich über die »Regulierung der bürgerlichen Verhältnisse der Juden« gutachtlich zu äußern, war als Schritt hin zu der angestrebten Vereinheitlichung der Judengesetzgebung konzipiert, hatte zugleich jedoch den Charakter einer Meinungsumfrage über die seit Verkündung des Edikts von 1812 in den Provinzen gemachten Erfahrungen. Dass diese Erfahrungsberichte angesichts der wirtschaftlichen Krise und der verbreiteten Abwehrhaltung gegen die Liberalisierungsinitiativen der Reformzeit kaum positiv ausfallen würden, war von vornherein zu erwarten gewesen. Seit 1815 hatte sich in Preußen schichten- und ständeübergreifend eine Stimmung Bahn gebrochen, die das wachsende Unbehagen über den Wegfall sozialer Bindungen und Sicherheiten mit Vorliebe auf die außerhalb der traditionellen Gesellschaft stehenden Juden projizierte.³¹ In den Gutachten aller acht Landtage schlug sich entsprechend eine Haltung nieder, die vordergründig eine ethische und soziale »Erziehung« der Juden im Sinne der Mehrheitsgesellschaft einforderte, primär

31 Eine Übersicht über die maßgeblichen Motive des deutschen Antisemitismus in Restauration und Vormärz bietet Eleonore Sterling, *Judenhaß. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland 1815-1850*, Frankfurt a.M. 21969 [München 1956 unter dem Titel: *Er ist wie Du. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland (1815-1850)*].

jedoch auf die Abwehr unerwünschter wirtschaftlicher Konkurrenz abzielte.³² Es verwundert kaum, dass gerade der borussische Leithistoriker und maßgebliche Akteur des berüchtigten »Berliner Antisemitismusstreits« von 1879 bis 1881, Heinrich von Treitschke, in der Rückschau verständnisvoll äußerte, die Motive für die von den Provinzialständen geforderten Beschränkungen hätten keineswegs in »christlich-germanischer Schwärmerei [...], sondern [in] der wirtschaftlichen Bedrängung des Landvolks«³³ gelegen. In diesem Kontext, so bilanziert Herbert Obenaus, kam der Judenproblematik auf den ersten Provinziallandtagen »eine geradezu integrierende Funktion«³⁴ zu.

Wie in den anderen preußischen Provinzen hatte sich auch die jüdische Bevölkerung Schlesiens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ökonomischer Hinsicht längst diversifiziert: Die niederschlesischen Juden waren vor allem im Kleinhandel sowie in den gesellschaftlich eine Außenseiterposition begründenden Erwerbszweigen des Geldwechsels beziehungsweise der Geld- und Pfandleihe verankert. In der Metropole Breslau allerdings hatten zahlreiche jüdische Kaufleute als sogenannte »Handelsjuden« den wirtschaftlichen Aufstieg in die gehobene Kaufmannschaft geschafft und damit zumindest ansatzweise eine soziale Akzeptanz durch die christliche Mehrheitsgesellschaft gefunden. In Oberschlesien wiederum, das, wie gezeigt, einen deutlich höheren jüdischen Bevölkerungsanteil aufwies als Niederschlesien, hatten die Juden als Pächter von Bierbrauereien und Branntweinbrennereien sowie im Bereich des fahrenden Hausierhandels eine faktische Monopolstellung erlangt.³⁵ Diese Verhältnisse sind bei einer kritischen Analyse des Gutachtens des ersten schlesischen Landtags von 1825 im Blick zu behalten.

32 Eine Übersicht über die Stellungnahmen der Landtage zur Judenfrage findet sich bei Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, S. 153-158 (zu Schlesien siehe insb. S. 155).

33 Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 1-3, Leipzig 91927 [Berlin 1879-1894], hier Bd. 3, S. 371.

34 Obenaus, Parlamentarismus, S. 218.

35 Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer, Deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 2, S. 69-72; Arno Herzog, Landjuden – Stadtjuden in Schlesien und Westfalen, in: Johannes Hoffmann/Frank Golczewski/Helmut Neubach (Hrsg.), Arno Herzog. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte Schlesiens und der Grafschaft Glatz. Gesammelte Aufsätze zum 60. Geburtstag, Dortmund 1997, S. 14-36, hier S. 27-29; Leszek Wiatrowski/Stanisław Zyga, Żydzi na Śląsku w XIX i na początku XX wieku. Struktura demograficzna, działalność gospodarcza, naukowa i kulturalna, in: Krystyn Matwijowski (Hrsg.), Z dziejów ludności żydowskiej na Śląsku, Wrocław 1991, S. 5-31, hier S. 18-27; Stefi Jersch-Wenzel, Die Juden als Bestandteil der oberschlesischen Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: dies. (Hrsg.), Deutsche – Polen – Juden. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Beiträge zu einer Tagung, Berlin 1987, S. 191-209; speziell zur Herausbildung eines jüdischen Bürgertums in der Metropole Breslau siehe Till van Rahden, Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000, S. 42-51.

Nach eigener Aussage hatten die Abgeordneten die Auswirkungen des Emanzipationsedikts »einer unbefangenen Prüfung« unterzogen, deren Ergebnis vernichtend ausfiel:

»Die unsittlich einseitige Richtung des Judenwesens, welche frühere Bedrückung zum Theil entschuldigen mochte, wurde nicht zum Bessern gelenkt gefunden, die Aussöhnung mit den christlichen Staatsbürgern, die Erweckung des Gemeingeistes und Bürgersinns, das Ergreifen gemeinnütziger Erwerbszweige wurde vermißt, dagegen der Hang, durch Wucher und Schacher unerlaubten Gewinn zu suchen, im Schankgewerbe den Unverstand des leichtsinnigen Landmanns zu benutzen, und durch Umgehung der Staatsauflagen sich beim Handel in Vortheil gegen den christlichen Kaufmann zu setzen, nicht vermindert erachtet.«³⁶

Auf der Grundlage dieses Befundes entwarfen die Abgeordneten ein insgesamt 23 Paragraphen umfassendes Bündel konkreter Maßnahmen zur »Umbildung« und »Entjudung« der jüdischen Schlesier, die auf eine nahezu vollständige Rücknahme der im Edikt von 1812 ausgesprochenen wirtschaftlichen Gleichstellung und religiös-kulturellen Selbstverwaltung abzielten.³⁷ Zunächst schlug das Gutachten massive Eingriffe in das jüdische Erziehungs- und Kultuswesen vor: So sollten jüdische Religionsgelehrte künftig nur noch dann als Gemeinderabbiner angestellt werden dürfen, wenn sie mehrere Jahre lang eine deutsche Universität besucht und dort unter anderem »Moral-Philosophie« belegt hatten. Um die Einhaltung dieser Bedingungen kontrollieren zu können, sollte – analog zum Prozedere der Landratswahl – das letzte Wort künftig bei einer Regierungskommission liegen, die unter drei von der jeweiligen Gemeinde vorgeschlagenen Kandidaten einen auszuwählen hatte. Ferner forderte der Landtag, den jüdischen Unterricht fortan ausschließlich in deutscher Sprache zu erteilen und die dabei verwendeten Lehrmittel einer regelmäßigen Kontrolle zu unterziehen, während jüdische Kinder in kleineren, entlegenen Orten von vornherein auf die örtliche christliche Schule geschickt werden sollten.³⁸

Die wirtschaftlichen Vorschläge wiederum zielten passgenau auf jene Gewerbe ab, in denen Juden – insbesondere in Oberschlesien – traditionell stark vertreten waren und als potenzielle Konkurrenz empfunden wurden. So forderte der Landtag nicht nur »die gänzliche Untersagung alles Hausirhandels«, sondern

36 Das Gutachten des Landtags ist abgedruckt bei J[ohann] D[aniel] F[riedrich] Rumpf (Hrsg.), Landtags-Verhandlungen der Provinzial-Stände in der Preussischen Monarchie, zweite Folge, Berlin 1828, S. 21-24, hier S. 21. Inhaltszusammenfassungen des Gutachtens bieten Klawitter, Provinziallandtag, S. 77-79; detaillierter Franz D. Lucas/Margaret Heitmann, Stadt des Glaubens. Geschichte und Kultur der Juden in Glogau, Hildesheim/Zürich/New York ²1992 [1991], S. 146-150 (allerdings mit falscher Jahresangabe »1824«, die so auch von Dudek, Juden als Stadtbürger, S. 91, übernommen wird).

37 Siehe Lucas/Heitmann, Stadt des Glaubens, S. 147.

38 Rumpf, Landtags-Verhandlungen, zweite Folge, S. 22.

auch ein striktes Kaufverbot für Branntweinbrennereien und eine allgemeine Niederlassungsbeschränkung für jüdische Kaufleute und Gewerbetreibende in den Städten.³⁹ Über den schon 1816 verfügten Ausschluss vom Patronatsrecht hinaus sollte ein Eindringen vermögender Juden in die ländlichen Eliten dauerhaft abgewehrt werden, indem ihnen der Kauf beziehungsweise die Pacht von Rittergütern, Erb- und Gerichtsscholtiseien ebenso untersagt wurde wie die Anstellung christlichen Gesindes – lediglich für die Anstellung einer Amme sollte diesbezüglich eine Ausnahme gemacht werden dürfen.⁴⁰ Im Zuge der Landtagsdebatte waren sogar noch schärfere Anträge zur Sprache gekommen: So hatte eine Minderheit von 16 Abgeordneten für den Vorschlag gestimmt, es Juden generell zu untersagen, mehr als ein Grundstück zu erwerben; und immerhin 29 Ständevertreter hatten in einem Separatvotum gegen den Mehrheitsbeschluss protestiert, jüdischen Untertanen die Zusammenlegung von Bauerngütern zu gestatten.⁴¹

Dass der König im Landtagsgutachten abschließend darum ersucht wurde, die Provinz Schlesien generell vor weiterer jüdischer Zuwanderung zu schützen – und zwar nicht nur vor solcher aus dem Ausland, sondern auch aus der unmittelbar benachbarten Provinz Posen –,⁴² erscheint vor dem Hintergrund dieser Beschlusslage nur folgerichtig und illustriert den regional begrenzten Interessen- und Argumentationshorizont der schlesischen Parlamentarier.⁴³ In dem vormals zum Königreich Sachsen gehörenden Teil der Oberlausitz, der 1815 infolge der Grenzziehung des Wiener Kongresses an Preußen gefallen und dem schlesischen Provinzialverband zugeschlagen worden war, bedurfte es solcher Appelle gar nicht. Hier galt die alte kursächsische Judenordnung weiter, derzufolge die Niederlassung von Juden nur mit landesherrlicher Genehmigung möglich war und Juden weder Grundbesitz erwerben durften noch Zutritt zu den Jahrmärkten hatten. Obwohl auf dieser Grundlage zu Beginn der 1820er-Jahre gerade einmal vier jüdische Familien in der Oberlausitz ansässig waren, ein jüdisches »Problem« also im Grunde nicht existierte, weigerten sich die für die Oberlausitz gewählten Landtagsabgeordneten, dem Mehrheitsbeschluss

39 Der Vorschlag, dass in den mittleren und größeren Städten Schlesiens künftig nur noch jeder elfte Kaufmann jüdischen Glaubens sein solle, veranlasste Klawitter, Provinziallandtag, S. 78 (Anm. 2), zu der sarkastischen Bemerkung: »Nach dieser Bestimmung hätte es sicherlich in den kleinen Städten bald keinen jüdischen Kaufmann mehr gegeben.«

40 Rumpf, Landtags-Verhandlungen, zweite Folge, S. 22 f.; Herzog, Landjuden, S. 31 f.; siehe auch Klawitter, Provinziallandtag, S. 77 f. (Anm. 1), der auf ein abweichendes Separatvotum in der Frage nach der Beschäftigung christlicher Ammen verweist: Darin hatte der Abgeordnete Freiherr von Kloch und Kornitz (Ritterschaft) ausgeführt, es sei ja bekannt, dass jüdische Mütter ihre Kinder in den meisten Fällen durch Ammen aufziehen ließen, »damit sie selbst nur recht viel deren gebären können«. Er müsse sich daher vor der »Theilnahme an solchen Beschlüssen [...] verwehren«.

41 Ebd., S. 78.

42 Rumpf, Landtags-Verhandlungen, zweite Folge, S. 23 f.

43 Siehe Klawitter, Provinziallandtag, S. 79.

beizutreten.⁴⁴ Sie plädierten damit für die Fortdauer eines rechtlichen Zustands, gegenüber dem die Vorschläge des Landtags zur künftigen Stellung der Juden als geradezu moderat erscheinen mussten.

Wurden die geforderten Diskriminierungen primär mit der Alterität der jüdischen Bevölkerung und deren negativen Folgen begründet, so listete das Gutachten immerhin auch eine Reihe potenzieller Ausnahmeregelungen auf: Solche Juden, die sich in »einer Wissenschaft oder freien Kunst«, durch die »Etablierung von Fabriquen und Manufacturen«, durch den mindestens zehnjährigen Betrieb »eines nützlichen Handwerks« oder aber durch »besondere patriotische Handlungen« verdient gemacht hätten, hätten »einen Anspruch auf Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern« erworben und sollten daher auf königliche Anordnung hin von den geforderten Diskriminierungen ausgenommen werden können. Es sei nämlich zu berücksichtigen, »daß viele jüdische Individuen sich von der volkstümlichen Befangenheit bereits losgerissen haben, und jetzt und später ihrer sittlichen und staatsbürgerlichen Ausbildung voreilen«.⁴⁵ Auch hier verrät sich also ein letztlich ökonomistisches Motiv, das durchaus im Blick behielt, dass eine ausnahmslose Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben der Provinz im Einzelfall einen auch für die christliche Mehrheitsbevölkerung fühlbaren Schaden anrichten konnte.

Selbst die seit 1832 im sächsischen Leipzig erscheinenden »Jahrbücher der Preußischen Provinzial-Stände«, die sich immer wieder eine deutlich artikulierte Kritik sowohl an der Politik der preußischen Regierung als auch an den Beschlüssen der Provinziallandtage erlaubten,⁴⁶ machten sich die Interpretation zu eigen, dass sich die von den einzelnen Landtagen 1824/25 geforderten Maßnahmen im Grunde gar nicht gegen die Juden als solche richteten, sondern vielmehr gegen deren vermeintlich schädliche ökonomische Aktivität:

»Mit dem Handelsmann kommt man in öftere Berührung, und da in vielen Gegenden die Juden lediglich und meist arme hausirende Handelsleute sind, so kann man es nicht anders als natürlich finden, daß die Stände sie beschränkt wissen wollen: nämlich eigentlich nicht sie, sondern die übeln Folgen des *niedern Gewerbes*.«⁴⁷

Unter Anspielung auf die viel radikaleren Forderungen der sächsischen Stände nach einem vollständigen Ausschluss der Juden aus dem wirtschaftlichen und

44 Siehe Lucas/Heitmann, *Stadt des Glaubens*, S. 146.

45 Rumpf, *Landtags-Verhandlungen*, zweite Folge, S. 23.

46 Herausgegeben wurden die »Jahrbücher« in der Form von Quartalshäften von dem aus Niederschlesien gebürtigen Juristen Johann Daniel Ferdinand Neigebaur und widmeten entsprechend den schlesischen Angelegenheiten besondere Aufmerksamkeit. Allerdings wurde das Periodikum nach lediglich zwei Jahrgängen 1834 schon wieder eingestellt. Siehe Obenaus, *Parlamentarismus*, S. 406f.; Gehrke, *Landtag und Öffentlichkeit*, S. 154-156.

47 [Anonym], *Die Emancipation der Juden*, in: *Jahrbücher der Preußischen Provinzial-Stände* 2/3 (1834), S. 270-274, hier S. 270f. (Hervorh. i. Orig.).

gesellschaftlichen Leben äußerte der anonyme Autor gerade für die Stellungnahme der schlesischen Abgeordneten einiges Verständnis:

»Ganz anders verlauten die Anträge Schlesiens, wo die meisten Erfahrungen sich darbieten können. Hier wird schon ein Unterschied aufgestellt und nur die allgemeine und vollständige Wirkung der zeitherigen Emancipation verabredet, auch nicht auf Unterdrückung aller, sondern lediglich auf Beschränkung der hinter der Zeit zurückgebliebenen Juden angetragen.«⁴⁸

Aus all dem lässt sich das Motiv herauslesen, den Juden in Schlesien und anderswo die volle Gleichstellung für den Fall in Aussicht zu stellen, dass sie ihr »jüdischsein« gleichsam abgelegt hatten. Auch wenn es im Gutachten des schlesischen Landtags nicht explizit ausgesprochen wurde, musste vor dem Hintergrund des zeitgenössischen judenpolitischen Diskurses jedem Leser klar sein, dass es letztlich auf die Konversion zum Christentum abzielte, die in den Augen der Provinzialstände allein der erfolgreiche Abschluss des eingeforderten »Erziehungsprozesses« sein konnte.

In der Summe spricht aus dem Gutachten des ersten schlesischen Landtags zur Judenpolitik ebenso wie aus zahlreichen anderen Beschlüssen, die die schlesischen Provinzialstände zwischen 1825 und 1837 fassten, ein tief sitzendes Unbehagen angesichts der beobachteten Lockerung traditionaler Bindungen, Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse. Eine besonders augenfällige Koinzidenz ergibt sich aus den Debatten, die der erste Landtag 1825 zum Thema Gewerbefreiheit führte. Die zugrunde liegenden Reformgesetze vom 2. November 1810 beziehungsweise vom 7. November 1811,⁴⁹ die eine nahezu unbeschränkte gewerbliche Freizügigkeit proklamiert hatten, brachen fundamental mit der hergebrachten korporativen Wirtschaftsordnung und erwiesen sich angesichts der erheblichen sozialen Verwerfungen, die sie anfangs zur Folge hatten, als ähnlich unbeliebt wie Hardenbergs Edikt zur rechtlichen Gleichstellung der Juden. Während die preußische Regierung in Kenntnis der allgemeinen Stimmungslage die Frage der Gewerbefreiheit in den Propositionsdekreten, die sie den jeweils ersten Provinziallandtagen zwischen 1824 und 1827 vorlegen ließ, bewusst aussparte, fanden in sechs von acht Provinzen solche Petitionen breite Mehrheiten, die sich explizit gegen die Gewerbefreiheit richteten und überwiegend von den Repräsentanten der Städte ausgingen.⁵⁰ In Schlesien richteten

48 Ebd., S. 271f.; zur judenpolitischen Beschlussfassung der sächsischen Provinzialstände siehe Gerhard Segler, *Der erste Provinziallandtag der Provinz Sachsen im Jahre 1825*, Halle (Saale) 1931, S. 37f.

49 Gesetze »über die Einführung einer allgemeinen Gewerbe-Steuer« und »über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe«, abgedruckt bei Ludwig von Rönne (Hrsg.), *Die Verfassung und Verwaltung des Preußischen Staates, siebter Theil: Die Gewerbe-Polizei des Preußischen Staates*, Bd. 1, Breslau 1851, S. 85-89 u. 89-99.

50 Obenaus, *Parlamentarismus*, S. 217, spricht in diesem Kontext von »einer restaurativen Welle von erheblicher Stärke«; siehe ebd., S. 486; speziell zu Schlesien siehe Gehrke, *Landtag und Öffentlichkeit*, S. 222-224.

sich entsprechende Gesuche nicht nur auf die Neubildung zugangsbeschränkter Korporationen, sondern artikulierten ebenso die Forderung, den »fahrenden« Hausier- und Viktualienhandel in den Städten gänzlich zu untersagen.⁵¹ Besonders in diesem Punkt ergibt sich ein unübersehbarer Zusammenhang mit den Beschlüssen, die die Abgeordneten zeitgleich zum Komplex der bürgerlichen Verhältnisse der Juden fassten: Die Bedrohung der eigenen ökonomischen Existenz, wie sie gerade die Inhaber städtischer Kleingewerbe und Handwerke in den 1820er-Jahren vielfach verspürten, erhielt in Gestalt der jüdischen Minderheit in Schlesien gleichsam ein Gesicht.

Waren die Mehrheitsverhältnisse im Landtag in dieser Frage 1825 also eindeutig, so wurden die Abgeordneten gleichwohl auch mit Widerspruch konfrontiert. Als Mittlerinstanz zur Staatsregierung trat dem Provinziallandtag der Landtagskommissar gegenüber, der an den Sitzungen selbst zwar nicht teilnahm, der nach Landtagsschluss aber die gesammelten Beschlüsse der Abgeordneten entgegennahm und diese vor der Weiterleitung an das Ministerium mit einem jeweils eigenen – zustimmenden oder auch ablehnenden – Gutachten versah. Die Person des Kommissars war in aller Regel mit derjenigen des Oberpräsidenten der jeweiligen Provinz identisch: Im schlesischen Fall standen damit alle acht Provinziallandtage des Untersuchungszeitraums unter der Aufsicht Friedrich Theodor (von) Merckels.⁵² An dem judenpolitischen Votum seines Landtags von 1825 ließ Merckel, der selbst einem moderaten Liberalismus gegenüber durchaus aufgeschlossen war, in seinem Begleitgutachten kein gutes Haar: Die sattsam bekannten, aus wirtschaftlichen und sozialen Ängsten gespeisten Klagen gegen die Juden seien darin »mit den grellsten Farben geschildert« worden. Zwar sei eine Mehrheit unter den schlesischen Juden in der Tat gesellschaftlich kaum integrierbar, doch sei von dem Sammelsurium aus religiösen Vorurteilen und scheinwissenschaftlichen Argumenten, wie es die Abgeordneten in ihrem Gutachten präsentiert hätten, erst recht kein Heil zu erwarten.⁵³

Ungeachtet der strikten Abschottung des Provinziallandtags von der politischen Öffentlichkeit ließen es auch die unmittelbar Betroffenen an einer Reaktion nicht fehlen. Der in Pleß als Hauslehrer und Gemeindefunktionär tätige Abraham Muhr,⁵⁴ der im oberschlesischen Judentum eine führende Rolle

51 Klawitter, Provinziallandtag, S. 102-104.

52 Der 1827 in den Adelsstand erhobene Merckel hatte sein bereits zwischen 1816 und 1820 ausgeübtes Amt 1825, kurz vor Beginn des ersten Landtags, wieder angetreten, nachdem der 1824 zum Oberpräsidenten berufene Moritz Haubold von Schönberg ins Außenministerium gewechselt und der ihm zunächst gefolgte Hans Graf von Bülow überraschend gestorben war; siehe Peter Baumgart, Schlesien als preußische Provinz zwischen Annexion, Reform und Revolution (1741-1848), in: Gerd Heinrich/Friedrich-Wilhelm Henning/Kurt G. A. Jeserich (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815-1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, S. 833-876, hier S. 868-870.

53 Lucas/Heitmann, Stadt des Glaubens, S. 145 f.; Klawitter, Provinziallandtag, S. 79.

54 Der in Berlin gebürtige, 1805 dann nach Pleß gekommene Muhr (1781-1847) war ein Anhänger der jüdischen Aufklärung und unterstützte später die reformorientierte re-

einnahm, verfasste 1827 eigens eine Denkschrift, die er an den Marschall des schlesischen Landtags, Heinrich Fürst zu Anhalt-Köthen-Pleß, adressierte.⁵⁵ Unter Verwendung von statistischem Material, das ihm die Vorsteher der jüdischen Gemeinden in Oberschlesien zur Verfügung gestellt hatten, listete Muhr darin nicht weniger als 1300 jüdische Familienoberhäupter auf und unterteilte sie nach ihren beruflichen Tätigkeiten. Der Umstand, dass sich darunter nicht wenige Stadtverordnete, Bezirksvorsteher, selbstständige Handwerker, Gutsbesitzer, approbierte Ärzte, Lehrer und auch eine ganze Reihe aktiver Soldaten befanden, galt ihm als schlagender Beweis für die positive Entwicklung, die das gemeinhin ja als besonders problematisch angesehene oberschlesische Judentum seit Verkündung des Edikts von 1812 genommen habe⁵⁶ – ein Befund, der an der Beschlusslage der schlesischen Provinzialstände natürlich nichts änderte.

Umgekehrt vermochte das Gutachten des schlesischen Landtags aber auch die Judenpolitik der preußischen Staatsregierung nicht nennenswert zu beeinflussen. Wie den Ständen der übrigen Provinzen sagte der König auch den Schlesiern in seinem am 2. Juni 1827 veröffentlichten Landtagsabschied lediglich zu, ihre Einwände bei den weiteren Beratungen zu berücksichtigen.⁵⁷ Die Unbestimmtheit dieser Antwort spiegelte die fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Regierung wider, die um die grundlegende Frage kreisten, welcher Stellenwert dem Edikt von 1812 im Rahmen der künftigen Gesetzgebung noch einzuräumen sei.⁵⁸ Eine am 8. August 1830 ergangene Kabinettsordre bekräftigte noch einmal, dass das Edikt »nur in denjenigen Provinzen, in welchen es bei seiner Erlassung publicirt worden, gelten [...] soll«.⁵⁹ Das komplizierte Nebeneinander verschiedener Regelungen blieb damit bestehen; die Bemühungen um ein für ganz Preußen geltendes Judengesetz kamen bis zum Thronwechsel des Jahres 1840 zum Stillstand.

ligiöse Richtung des Breslauer Rabbiners Abraham Geiger. Im Zuge der Neuordnung der jüdischen Verhältnisse in Preußen durch Friedrich Wilhelm IV. wurde Muhr 1840 einer der Führer der oberschlesischen »Judenschaft«. Zu ihm siehe Marcus Brann, Abraham Muhr. Ein Lebensbild, in: Festschrift zum siebenzigsten Geburtstage Martin Philippons, hrsg. v. Vorstand der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums, Leipzig 1916, S. 342-369.

55 Der vom König ernannte Landtagsmarschall leitete die Sitzungen des Parlaments und musste per Gesetz stets den »oberen« Ständen – den Fürsten und Standesherrn oder der Ritterschaft – entstammen. Heinrich zu Anhalt-Köthen-Pleß saß in dieser Funktion den schlesischen Landtagen von 1825, 1828 und 1830 vor. Siehe Gehrke, Landtag und Öffentlichkeit, S. 116-121.

56 Dudek, Juden als Stadtbürger, S. 91f.

57 Rumpf, Landtags-Verhandlungen, zweite Folge, S. 47f.

58 Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, S. 159; Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer, Deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 2, S. 48.

59 »Allerhöchste Kabinettsordre, über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in den neuen und wieder erworbenen Provinzen«, in: Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten, Berlin 1830, S. 116.

Die Judenpolitik der schlesischen Landtage in den 1840er-Jahren:
Brüche und Kontinuitäten

Eine regierungsamtliche Vorlage zu diesem Problemkreis hatten die schlesischen Abgeordneten nach 1825 nicht wieder zu begutachten, stattdessen wurden Fragen der Judenpolitik erst nach 1840 wieder in Form von Petitionen an den Landtag herangetragen. So hatte sich der erste Landtag nach dem Thronwechsel mit einem Gesuch des für Sagan und Bunzlau gewählten Kaufmanns Höpfe auseinanderzusetzen, die das provinzialständische Wahlkriterium der Mitgliedschaft in einer der christlichen Kirchen als »für die jetzige Zeit zu intolerant« geißelte: »Gerade der Mann müsse doppelt achtbar sein, welcher als Israelit vom Vertrauen christlicher Mitbürger zur Vertretung des Landes berufen werde.«⁶⁰ Dass der Antrag ganze sieben Befürworter fand,⁶¹ zeigt freilich, wie massiv die Vorbehalte gegenüber einer verfassungsrechtlichen Gleichstellung der Juden nach wie vor waren.

Ein vorsichtiges Abrücken der schlesischen Stände von ihrer Beschlussfassung des Jahres 1825 zeichnete sich demgegenüber im ökonomischen Bereich ab: Eine 1843 von Mitgliedern des Breslauer Schneidergewerks eingebrachte Petition, es den jüdischen Kleiderhändlern künftig zu untersagen, Kleidungsstücke auf Bestellung zu fertigen und sich so »die Ausübung eines förmlichen Schneidergewerbes anzumaßen«, wurde im Plenum mit der Begründung abgelehnt, das Gesuch richte sich nicht etwa gegen einen gewerblichen Missbrauch generell, sondern explizit nur gegen Juden, und sei daher keiner Beachtung wert.⁶² Der aus einer ökonomischen Konkurrenzsituation heraus gerade im Schneiderhandwerk virulenten Judenfeindlichkeit – schließlich waren die pogromartigen Breslauer Unruhen vom September 1830 von Angehörigen eben dieser Berufsgruppe ausgegangen⁶³ – hatten die Abgeordneten diesmal eine Absage erteilt.

60 Verhandlungen des sechsten Provinzial-Land-Tages des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Ober-Lausitz, Preußischen Antheils, nebst dem von Seiner Majestät dem Könige darauf erteilten Allerhöchsten Landtags-Abschiede v. 6.8.1841, Breslau [1842] (Protokollteil), S. 165 (24.4.1841).

61 Ebd., S. 170 (26.4.1841).

62 Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtages des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Ober-Lausitz, Preußischen Antheils, nebst dem von Seiner Majestät dem Könige darauf erteilten Allerhöchsten Landtags-Abschiede v. 30.12.1843, Breslau 1844 (Protokollteil), S. 241 (11.4.1843). Das genaue Abstimmungsergebnis ist im Protokoll nicht vermerkt.

63 Eine Gruppe von Schneider- und Tischlergesellen hatte am 27. September 1830 versucht, die Kleiderlager jüdischer Kaufleute und die großen Möbelmagazine in Breslau zu stürmen, war vom Militär jedoch daran gehindert worden. Siehe Heinrich Volkmann, Protestträger und Protestformen in den Unruhen 1830-1832, in: ders. (Hrsg.), Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Opladen 1984, S. 56-75; Stefan Rohrbacher, Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815-1848/49), Frankfurt a. M./New York 1993, S. 165; ders., Deut-

Generell geriet die judenpolitische Diskussion in Preußen nach dem Thronwechsel wieder in Bewegung. Der neue Monarch Friedrich Wilhelm IV. setzte sich lebhaft für eine Neuordnung der jüdischen Verhältnisse in Preußen ein, worunter er freilich keineswegs die volle Emanzipation verstanden wissen wollte. Als Ausgangspunkt skizzierte der König in einer Kabinettsordre vom 13. Dezember 1841 die »Anerkennung jener religiösen und nationalen Einheit und desjenigen Sonderbetriebes der Juden in den christlichen Ländern, der davon die natürliche Folge ist.«⁶⁴ Auf dieser Grundlage sollten die Juden orts- und bezirksweise zu besonderen korporativen Verbänden, den »Judenschaften«, zusammengefasst werden und das Recht erhalten, künftig Vertreter dieser Korporationen in die christlichen Gemeinderepräsentationen zu entsenden. Damit erwies sich der neue Kurs »als der Versuch Friedrich Wilhelms IV., die jüdische Minorität gemäß seinen verfassungspolitischen Vorstellungen von einem christlich-ständischen Staat in die Monarchie einzubinden.«⁶⁵ Gerade in der Provinz Schlesien war dieser Ansatz freilich mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert: In der Breslauer jüdischen Gemeinde war es durch die seit 1838 ausgetragene »Geiger-Tiktin-Kontroverse« zu einer folgenreichen Spaltung in einen liberal-reformistischen und einen orthodox-konservativen Flügel gekommen,⁶⁶ mit der die Ausbildung verschiedener Lager im deutschen Judentum ihren Anfang nahm. Der Staat sah sich von nun an also verschiedenen potenziellen Ansprechpartnern innerhalb der jüdischen Minderheit Schlesiens gegenüber, was die Lage erheblich komplizierte.

Unumstritten war der judenpolitische Kurs Friedrich Wilhelms IV. ohnehin nicht – im Gegenteil bildete diese Materie nur ein einzelnes Steinchen in einem ganzen Mosaik von Themen, die die beständig stärker werdende bürgerlich-liberale Opposition in Preußen zur Mobilisierung nutzte. Deren wichtigstes war

sche Revolution und antijüdische Gewalt (1815-1848/49), in: Peter Alter (Hrsg.), Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999, S. 29-47; Christoph Kampmann, Emancipation and Violence. On the Interpretation of the Anti-Jewish Riots in the German »Vormärz«, in: Richard Bonney (Hrsg.), Religion and Politik in Deutschland und Großbritannien. Religion and Politics in Britain and Germany, München 2001, S. 63-93; zum Phänomen speziell des »Handwerker-Antisemitismus« siehe Arno Herzig, Judenhaß und Antisemitismus bei den Unterschichten und der frühen Arbeiterbewegung, in: Ludger Heid/Arnold Paucker (Hrsg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992, S. 1-18, hier S. 8-10.

64 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStA PK), I. HA Rep. 84a Nr. 11951, Bl. 121-123, hier Bl. 121.

65 Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, S. 252.

66 Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer, Deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 2: Emanzipation und Akkulturation 1780-1871, S. 148-150, 154-158, 166-168, 175 f.; Andreas Gotzmann, Der Geiger-Tiktin-Streit – Trennungskrise und Publizität, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mittel-europäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 81-98; siehe auch den Beitrag von Andreas Brämer in diesem Band.

zweifellos die Verfassungsfrage: Der Umstand, dass das von Friedrich Wilhelm III. im Mai 1815 gegebene Versprechen einer Parlamentarisierung Preußens auch ein volles Vierteljahrhundert später noch unerfüllt geblieben war, erreichte nach dem Thronwechsel auch die Provinziallandtage. Ein Antrag der Breslauer Stadtverordnetenversammlung auf sofortige Verleihung einer »reichsständischen Verfassung«, auf dem sechsten schlesischen Landtag im Frühjahr 1841 durch die für Breslau gewählten Abgeordneten Friedrich Klocke, Johann Gottfried Tschocke und Carl August Milde eingebracht, fand zwar lediglich acht Fürststimmen, löste am Berliner Hof aber trotzdem erhebliche Verstimmung aus und hätte den für September 1841 anlässlich der Hundertjahrfeier der Inkorporation Schlesiens in den preußischen Staat geplanten Breslaubesuch des Königs beinahe platzen lassen.⁶⁷ Der Vorfall markiert den zögerlichen Beginn einer weltanschaulichen Fraktionierung unter den schlesischen Abgeordneten. Ergebnis dieses Prozesses war zunächst eine gemäßigt liberale Gruppe im Landtag, als deren informeller Wortführer Milde agierte und die sich schrittweise auch über den parlamentarischen Handlungsrahmen hinaus politisch-institutionell vernetzte.⁶⁸

Die erwähnten Zugeständnisse, die Friedrich Wilhelm IV. 1840/41 in Bezug auf die Öffentlichkeitspraxis der Provinziallandtage gemacht hatte, spielten hierbei eine entscheidende Rolle. Zwar waren die politischen Kompetenzen der Landtage nicht im Mindesten erweitert worden, doch hatte sich ihre öffentliche Wahrnehmung jetzt grundlegend verändert. Der oppositionelle Breslauer Journalist Moritz Elsner etwa hatte den gewählten Abgeordneten kurz vor der Eröffnung des siebten schlesischen Landtags von 1843 ins Stammbuch geschrieben:

»Darum, meine Herren Deputirten von Stadt und Land, erwartet von Euch die Provinz den *Muth einer Meinung und der Vertretung* derselben! Die Stimmung der Provinz bürgt Euch, daß diesmal kein Wort *ungehört*, aber auch kein beharrliches Schweigen *unbemerkt* bleiben wird.«⁶⁹

Elsner hatte damit einer jäh gestiegenen Erwartungshaltung des bürgerlichen Spektrums an »seine« Abgeordneten Ausdruck verliehen und den Landtag indirekt zum Zielobjekt politischer Einflussnahme von außen erklärt. Im Umgang mit einem Parlament, in dem sie selbst qua Gesetz nicht repräsentiert sein durften, sollten sich schon wenig später auch die schlesischen Juden dieser Strategie bedienen. Den Anfang machte der jüdische Breslauer Stadtgerichtsrat Heinrich Simon, der im Frühjahr 1844 in einem Artikel in der *Schlesischen*

67 Einzelheiten zur Affäre um den »Breslauer Reichsständeantrag« von 1841 finden sich in Gehrke, Landtag und Öffentlichkeit, S. 345-351.

68 Siehe ebd., S. 396-400.

69 Moritz Elsner, Was können und dürfen wir unter Andern von unserer bevorstehenden Provinzial-Stände-Versammlung erwarten?, in: Leopold Schweitzer (Hrsg.), Bestrebungen und Leistungen Breslauer Publicisten in den Jahren 1842, 1843 und 1844. Sechzig Aufsätze von Dr. Ottomar Behnsch, Dr. Moritz Elsner, Carl August Milde, Friedrich von Sallet, Dr. Leopold Schweitzer, August Semrau, Dr. Julius Stein und Norbert Werner, Breslau/Oppeln 1844, S. 59-67, hier S. 59 f. (Hervorh. i. Orig.).

Zeitung gegen ein neues Disziplinargesetz für Richter protestiert hatte und eine hierauf gegründete Schrift ein knappes Jahr später an sämtliche für das Frühjahr 1845 terminierten Provinziallandtage mit der Aufforderung versenden ließ, sich der Sache anzunehmen.⁷⁰ Und tatsächlich legte der schlesische Landtag bei nur einer Gegenstimme eine Verwahrung gegen das Gesetz ein.⁷¹

An der Spitze der oppositionell-liberalen Verfassungsbewegung in Preußen marschierte der schlesische Landtag indes nicht; diese Rolle fiel vielmehr den rheinischen Provinzialständen zu, die während ihrer Sitzungsperiode von 1843 mit großer Mehrheit die Einrichtung einer preußischen Nationalrepräsentation forderten.⁷² Und es war derselbe rheinische Landtag von 1843, der erstmals offen gegen den judenpolitischen Kurs der Regierung rebellierte. Den Abgeordneten hatten mehrere, von namhaften Persönlichkeiten aus dem Großbürgertum unterstützte Petitionen auf eine vollständige rechtliche Gleichstellung der Juden mit der christlichen Mehrheitsgesellschaft vorgelegen, deren Annahme durch eine breite parlamentarische Mehrheit in Preußen zu diesem Zeitpunkt ein Novum darstellte.⁷³ Die übrigen Landtage setzten das Thema während der Sitzungsperioden vom Frühjahr 1845 ebenfalls auf die Agenda, gaben sich in ihrer Haltung aber insgesamt zurückhaltender als die Rheinländer.⁷⁴ Am weitesten wagte sich dabei noch der Landtag der Provinz Preußen vor. Gestützt auf nicht

70 Heinrich Simon, *Die Preußischen Richter und die Gesetze vom 29. März 1844*, Leipzig 1845 [1845]. Bezeichnenderweise war die Schrift »den Ständen der Provinzen des Preußischen Staates ehrerbietigst gewidmet«. Siehe Joseph Wicke, *Heinrich Simons Kampf gegen das Disziplinargesetz vom 29. März 1844*, Breslau 1912, S. 13, 52 f. Zu Simons Biografie siehe Johann Jacoby, *Heinrich Simon. Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk*, Bd. 1-2, Berlin 1865.

71 *Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Ober-Lausitz, Preußischen Antheils, nebst dem von Seiner Majestät dem Könige darauf ertheilten Allerhöchsten Landtags-Abschiede v. 27.12.1845*, Breslau 1846 (Protokollteil), S. 202 f., 205 (13.3.1845).

72 Gustav Croon, *Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874*, Düsseldorf 1918, ND 1974, S. 121-127; Gregor Berghausen, *Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845*, Köln 1994, S. 130-142; siehe aus zeitgenössisch-liberaler Perspektive und sehr detailliert David Hansemann, *Die politischen Tagesfragen, mit Rücksicht auf den Rheinischen Landtag*, Aachen 1846, S. 38-68.

73 Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, S. 294-300; Croon, *Provinziallandtag*, S. 107-114. Eine Quellenedition zur Behandlung der Judenfrage durch den Landtag der Rheinprovinz bietet Dieter Kastner (Bearb.), *Der Rheinische Provinziallandtag und die Emanzipation der Juden im Rheinland 1825-1845. Eine Dokumentation*, T. 1-2, Köln 1989.

74 Während die brandenburgischen Stände sich lediglich auf eine vage Kompromissformel einigen konnten, erkannte der Landtag der Provinz Posen mehrheitlich keine Notwendigkeit einer vollständigen Judenemanzipation. In Sachsen und Pommern wiederum verfehlten Anträge auf Verbesserung der rechtlichen Verhältnisse der Juden die gesetzliche Zweidrittelmehrheit. Eine entsprechende Übersicht bietet Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, S. 313-318; speziell zu Brandenburg siehe Thomas Hildebrandt, *Die Brandenburgischen Provinziallandtage von 1841, 1843 und 1845 anhand ausgewählter Verhandlungsgegenstände*, Frankfurt a. M. u. a., S. 267-276.

weniger als 56 verschiedene Petitionen, die mit unterschiedlicher Argumentation eine vollständige rechtliche und politische Gleichstellung der Juden forderten, befassten sich die ost- und westpreußischen Abgeordneten auch mit einer grundlegenden Neuordnung des jüdischen Kultuswesens.⁷⁵ Dass die Landtage ungeachtet ihrer dürftigen Kompetenzen für die öffentliche Debatte zum Thema Judenemanzipation die Rolle eines Katalysators spielen konnten, hatten längst auch prominente Juden erkannt. Der Königsberger Arzt Johann Jacoby, dessen regierungskritische Broschüre *Vier Fragen beantwortet von einem Ost-Preussen* ihm 1841 einen Prozess wegen Hochverrats eingebracht hatte,⁷⁶ regte in einem Schreiben vom Herbst 1844 ein koordiniertes, über die Provinzgrenzen hinausgreifendes Vorgehen zur Vertretung jüdischer Interessen an:

»Unsere Sache muß an sämtliche im Jahre 1845 zusammentretenden Provinzialstände gebracht werden. Dürfen wir auch nur von wenigen, vielleicht nur noch von den preußischen Provinzialständen [außer den rheinischen; R. G.], ein entschieden günstiges Votum erwarten, so dürfen wir doch diesen Umweg nicht scheuen und haben schon viel gewonnen, wenn [sich] eine bedeutende Minorität für uns ausgesprochen hat.«⁷⁷

Als wäre es der direkte Adressat dieser Aufmunterung gewesen, entschloss sich das Breslauer »Ober-Vorsteher-Kollegium hiesiger Israeliten-Gemeinde« dazu, nunmehr selbst aktiv zu werden. Dem achten Landtag von 1845 übersandte das Gremium eine Petition mit der Forderung, »daß nicht nur die im Edikte vom 11. März 1812 den jüdischen Bewohnern der alten Provinzen zuertheilten [...] Rechte vollkommen wieder hergestellt, sondern auch im Allgemeinen den Juden der preußischen Monarchie vollkommene bürgerliche Gleichstellung mit den christlichen Unterthanen huldvoll zugestanden werde«.⁷⁸ Der zuständige Ausschuss des Landtags empfahl zwar mit neun gegen zwei Stimmen die Ablehnung des Gesuchs und berief sich dabei auf die Leitprinzipien des »christlichen Staates«,⁷⁹ stellte zugleich aber den Vorschlag zur Diskussion, wenigstens die den

75 Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, S. 309-311; Werner Schubert (Hrsg.), Der Provinziallandtag des Königreichs Preußen von 1841, 1843 und 1845, Bd. 1-3, Vaduz 1992 [ND d. Ausg. v. Danzig/Königsberg 1841-1845], Bd. 1, S. XXX (Vorwort des Hrsg.), Bd. 3 (Protokollteil), S. 356-362; Bd. 3 (Landtagsabschied), S. 14 f.

76 [Johann Jacoby], *Vier Fragen beantwortet von einem Ost-Preussen*, Straßburg ²1841 [Mannheim ¹1841]. Der Text verstand sich als ein Aufruf an den im Frühjahr 1841 bevorstehenden siebten preußischen Landtag, die Konstitutionalisierung Preußens als ein selbstverständliches Recht einzufordern. Vom Vorwurf des Hochverrats sprach der Appellationssenat des preußischen Kammergerichts Jacoby später übrigens frei.

77 Jacoby an Moritz Veit, 13.9.1844, abgedruckt bei Edmund Silberner (Hrsg.), Johann Jacoby, Briefwechsel 1816-1849, Hannover 1974, Nr. 265, S. 256 f., hier S. 257.

78 Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages (Protokollteil), S. 265 (19.3.1845).

79 »Die Majorität aber spricht sich gegen den Antrag aus, weil unser Staat wesentlich auf die christliche Religion basirt ist, es mithin gegen dessen Begriffe streiten würde, wollte man die Juden vollständig emancipiren und ihnen den Zutritt zu allen Aemtern eröffnen.« Ebd., S. 266.

Juden im Emanzipationsedikt vom 11. März 1812 zugesicherten Rechte in vollem Umfang wiederherzustellen.⁸⁰

Die daraufhin am 19. März 1845 im Plenum geführte Aussprache verlief tatsächlich in einem ganz anderen Meinungsklima als noch zwanzig Jahre zuvor, offenbarte zugleich jedoch eine Kluft zwischen den Befürwortern einer sofortigen und voraussetzungslosen Judenemanzipation sowie denjenigen, für die eine völlige rechtliche Gleichstellung weiterhin nur als Fernziel vorstellbar war. Für die volle Emanzipation wurde ganz allgemein ins Feld geführt, sie »werde nothwendig aus dem Standpunkte der Humanität, der Philanthropie, welche die Gleichheit aller bedinge«.⁸¹ In direkter Reaktion auf die Stellungnahme des Ausschusses wurde aber auch argumentiert, »ein christlicher Staat sei ein solcher, dessen Mehrzahl Christen sind, dieser Begriff ändere sich also nicht durch die Emanzipation, welche die Einheit und Reinheit des christlichen Glaubens [...] sicher nicht bedrohen werde«.⁸² Schon angesichts des numerischen Verhältnisses sei kein Massenansturm von Juden auf höhere Staatsämter zu erwarten, während Beispiele aus anderen Ländern – konkret genannt wurden England, Frankreich, Holland, Belgien und die Vereinigten Staaten – zeigten, dass jüdische Abgeordnete, Anwälte, Offiziere, Verwaltungsbeamte und Bürgermeister die ihnen anvertrauten Positionen zur allgemeinen Zufriedenheit ausfüllten.⁸³

Demgegenüber wurde mit allerlei praktischen Einwänden davor gewarnt, »daß die Emanzipation sofort aus dem grünen Baume geschnitzt [...] werde«.⁸⁴ So müsse die Rechtsentwicklung im übrigen Deutschland abgewartet werden, wohingegen eine sofortige rechtliche Besserstellung der Juden in Schlesien unweigerlich eine Masseneinwanderung ihrer noch immer vielfach diskriminierten Glaubensbrüder aus dem benachbarten Russisch-Polen zur Folge haben werde:

»Denn in Polen seien die Juden noch gedrückt, wie sie es im 13ten und 14ten Jahrhunderte in Deutschland waren; dadurch werde, wenn dort wieder ein neues Gesetz auf die Juden drücke, in unserer Provinz wieder aller Schmutz und alle Sündhaftigkeit von dort deponirt, wie solche in jenen Zeiten geherrscht habe.«⁸⁵

Zudem stehe »nach mehr als tausendjähriger Erfahrung« fest, dass die Juden nach wie vor streng an ihrer Nationalität festhielten, sich der Assimilation an die deutsche Mehrheitsgesellschaft also verweigerten:

80 Dies wurde im Ausschuss mit sieben gegen vier Stimmen befürwortet, ebd.

81 Ebd., S. 267.

82 Ebd., S. 268.

83 Ebd., S. 265 f.

84 Ebd., S. 267.

85 Ebd.

»Vollständige Emanzipation werde erst dann eintreten können, wenn Ehebündnisse zwischen Christen und Juden geschlossen werden dürfen, und somit das bisher ausschließliche Fortpflanzen der Race [sic] in sich aufhört.«⁸⁶

Es spricht für sich, dass in einem Parlament, das sich sonst nicht scheute, als Interessenvertretung einer sozialen Elite zu agieren und einen sittlich-moralischen Erziehungsanspruch gegenüber den unteren Schichten einzufordern, auch die Berufung auf »Volkes Stimme« dazu erhalten musste, eine volle Gleichstellung abzuwehren:

»Der Landtag sei berufen, des Volks Gesinnung auszusprechen; bei der vorliegenden Frage dürfe man sich aber nicht verhehlen, dass es keinen günstigen Eindruck auf das Volk machen würde, wenn Juden Richter, wenn sie Vorgesetzte sein sollten. [...] Die Masse des Volks sei noch keineswegs auf dem freisinnigen Standpunkte, um die Emanzipation zu wünschen, wie sich auch besonders da herausgestellt habe, wo Juden Rittergutsbesitzer geworden sind: gerade diese Abneigung zeige, dass die Emanzipation noch nicht zeitgemäß ist.«⁸⁷

Quer durch alle Stände hindurch verfügten die Zögerer am Ende über die stärkeren Bataillone: Die ursprüngliche Petition der Breslauer jüdischen Gemeinde verfiel ebenso deutlich der Ablehnung wie der von der Ausschussminderheit formulierte Antrag, die volle Emanzipation der Juden zumindest unter der Bedingung zu befürworten, »daß sie auf die, durch ihre Religion gebotenen Gebräuche Verzicht leisten, insofern diese gegen die für Christen gegebenen Staatsgesetze verstoßen.« Der Antrag der Ausschussmehrheit auf volle Wiederherstellung des Edikts von 1812 hatte hingegen mit 57:25 Stimmen Erfolg.⁸⁸ Die auf dieser Grundlage formulierte Landtagspetition vom 26. März 1845 zielte in der Sache in erster Linie auf einen erleichterten Zugang von Juden zum Staatsdienst sowie eine Revision des Paragraphen 89 der Revidierten Städteordnung von 1831, der Juden die Ausübung des Bürgermeisteramts verwehrte. Zwar berief sich der Text in hehren Worten auf den »Geist der Humanität«, den das Hardenbergsche Edikt atme, betonte ansonsten aber noch einmal ausdrücklich, dass eine zukünftige »Emanzipation des Judenthums vorzugsweise von diesem selbst ausgehen«⁸⁹ müsse.

Anders als noch zwanzig Jahre zuvor reagierte Oberpräsident und Landtagskommissar Merckel diesmal ausgesprochen freundlich auf die Beschlussfassung der schlesischen Stände. In seinem fünf Wochen später abgefassten Begleit-

86 Ebd., S. 266.

87 Ebd., S. 267 f.

88 Ebd., S. 266 (Zitat) u. 269.

89 GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 523d Nr. 38 Bd. 1, Bl. 389-390v, Zitat Bl. 389v; in Abschrift auch vorhanden ebd., Rep. 77 Tit. 30 Nr. 85 Bd. 4, Bl. 92 f.; in gekürzter Fassung abgedruckt bei Eduard Bleich (Hrsg.), Der Erste Vereinigte Landtag in Berlin 1847, Bd. 1-4, Berlin 1847, ND Vaduz 1977, Bd. 4, S. 55.

gutachten, das verglichen mit dem eher knapp gefassten Text der Petition auffallend detailliert gehalten war, befürwortete er das zurückhaltende Votum des Landtags mit dem Hinweis auf die in der Breslauer Gemeinde virulenten Spaltungstendenzen (also die erwähnte »Geiger-Tiktin-Kontroverse«), die er als Zeichen der »Unreife« wertete; bevor an ein umfassendes Emanzipationsgesetz zu denken sei, müssten »diese Wirren und Konflikte im Judenthum [erst] völlig ausgähren«. ⁹⁰ Es erscheint immerhin bemerkenswert, dass im preußischen Vormärz, also in einer Epoche, die wie kaum eine andere von gesellschaftlichen Diversifizierungs- und Pluralisierungsphänomenen sowie der beginnenden Ausbildung eines politischen Parteiensystems geprägt war, gerade den Juden eben diese Tendenz zur Pluralisierung zum Vorwurf gemacht wurde.

Im Ergebnis war der schlesische Landtag von 1845 seiner schon von den Zeitgenossen konstatierten »Mittelposition« zwischen Beharrung und Aufbruch ⁹¹ auch auf dem Gebiet der Judenpolitik gerecht geworden, indem er sich zwar von seiner auf konsequente Diskriminierung setzenden Beschlussfassung des Jahres 1825 abgewandt hatte, dabei aber auf halbem Wege stehen geblieben war. Dass die große Mehrheit der schlesischen Parlamentarier, anders als zwei Jahrzehnte zuvor, 1845 immerhin zu gewichtigen rechtlichen Zugeständnissen an die jüdische Bevölkerung bereit war, ist freilich kaum auf den Einfluss aufgeklärter Diskurse zurückzuführen, die schon angesichts der sozialen Zusammensetzung der Abgeordneten und der unten ihnen latent vorherrschenden antiintellektuellen Grundstimmung im Landtag generell nicht geführt wurden. Vielmehr spiegelt sich darin der Umstand, dass das dem Thema Gewerbefreiheit innewohnende Konfliktpotenzial mittlerweile abgenommen hatte und den Landtag nach 1840 auch kaum noch beschäftigte. Bald drei Jahrzehnte nach Einführung der gewerblichen Freizügigkeit hatten sich die größten Verwerfungen des Transformationsprozesses erheblich abgeschwächt. Besonders in den Städten war seit Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 eine allgemeine wirtschaftliche

⁹⁰ Gutachten v. 30.4.1845, GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 30 Nr. 85 Bd. 4, Bl. 84-91v, Zitate Bl. 86; in Abschrift ebd., Rep. 77 Tit. 523d Nr. 38 Bd. 1, Bl. 391-402v. Merckels Position selbst war zu diesem Zeitpunkt freilich längst unsicher geworden. Nur wenige Tage nach Abfassung des genannten Gutachtens, am 16. Mai 1845, musste er aufgrund eines irreparablen Vertrauensverlusts der Staatsregierung in seine Person als Oberpräsident seinen Hut nehmen.

⁹¹ Siehe Karl Nauwerck, Uebersicht der wichtigeren Abstimmungen der Preußischen Provinziallandtage 1841, 1843 und 1845, Berlin 1845, S. 31: »Die Provinzen lassen sich in drei Gruppen sondern, von denen die erste [konservative, R. G.] aus Sachsen, Brandenburg, Pommern besteht, die zweite aus Westphalen, Schlesien, die dritte [liberale, R. G.] aus Posen, Preußen, Rheinprovinz. Die zweite Gruppe hat eine mittlere und vermittelnde Natur, jedoch so, daß sich Westphalen mehr zur ersten, Schlesien mehr und stärker zur dritten neigt.« Nauwercks Einschätzung wird in der Forschung letztlich geteilt von Obenaus, Parlamentarismus, S. 569; Robert M. Berdahl, *The Politics of the Prussian Nobility. The Development of a Conservative Ideology 1770-1848*, Princeton 1988, S. 322.

Erholung zu beobachten,⁹² die das Bedrohungsszenario einer jüdischen gewerblichen Konkurrenz in zunehmend milderem Licht erscheinen ließ.

Abermals sehr zurückhaltend gestaltete sich der für die vier preußischen Kernprovinzen sowie das Großherzogtum Posen gleichlautend ergangene königliche Landtagsabschied vom 27. Dezember 1845: Nur vage wurde darin angekündigt, eine Zulassung von Juden zu akademischen Lehr- und Bürgermeisterämtern werde »bei der bevorstehenden legislativen Beratung über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden näher erwogen«, zugleich aber apodiktisch klargestellt, es sei »nicht unser Wille, die Juden zu Ämtern zu befähigen, welche ihnen eine obrigkeitliche Gewalt über Unsere christlichen Unterthanen gäben.«⁹³

Die »Gehorsamste Petition« der jüdischen Gemeinden von 1847

Es illustriert die gestiegene öffentliche Bedeutung des schlesischen Landtags, dass dessen judenpolitische Debatte vom März 1845 in der jüdischen Presse sorgsam registriert und der Umstand, dass die Provinzialstände sich in dieser Frage überhaupt bewegt hatten, durchaus hoffnungsvoll aufgenommen worden war.⁹⁴ Die zweifellos wichtigste Reaktion aus den Reihen des schlesischen Judentums war jedoch die eingangs schon zitierte »Gehorsamste Petition« vom Februar 1847, unterschrieben von insgesamt 23 Deputierten der jüdischen Gemeinden des Oderlandes.⁹⁵ Der Text wies nicht nur den im Landtagsabschied erneut ausgesprochenen Ausschluss der Juden von jeder »obrigkeitlichen Gewalt« als widersprüchlich zurück.⁹⁶ Vielmehr liest er sich auch wie eine punktgenaue Widerlegungsschrift zu den in der Landtagsdebatte vom März 1845 gegen eine vollständige Judenemanzipation vorgebrachten Argumenten und liefert so ein gutes Beispiel für die längst eingespielte Interaktion zwischen Parlament und politischer Öffentlichkeit. Die »Vorstellung von einer noch existierenden ›jüdischen Nationalität‹«, die in Wahrheit längst in der deutschen Mehrheitsgesellschaft aufgegangen sei,⁹⁷ wurde darin ebenso scharfer Kritik unterzogen wie der »in neuerer Zeit so sehr mißbrauchte Scheinbegriff des ›christlichen Staates‹«:

92 Gehrke, Landtag und Öffentlichkeit, S. 225.

93 Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages (Übersichtsteil), S. 207.

94 Allgemeine Zeitung des Judenthums, 21.4.1845, Nr. 17, S. 245-247.

95 Dudek, Juden als Stadtbürger, S. 95 f. Für Beuthen, Tarnowitz und Groß Strehlitz hatte der Bankier Moritz Friedländer, der als Gründer und Finanzier des Beuthener Hochofenwerks »Friedens-Eisenhütte« in der sonst von hochadeligen Magnaten dominierten oberschlesischen Montanindustrie eine wichtige Rolle spielte, unterschrieben.

96 »Gehorsamste Petition«, [S. 3]: Es wurde argumentiert, dass auch Magistrate und Hochschullehrer bei der Versehung ihrer Ämter eine solche »obrigkeitliche Gewalt« ausübten, womit der entsprechende Passus des Abschieds im Widerspruch zu dem Edikt von 1812 stehe.

97 Ebd., [S. 4].

»So lange also unsere modernen Staaten sich nicht in vollkommen christliche Theocraten verwandelt haben, wo die Gränzen des Göttlichen und Weltlichen, des Staatlichen und Kirchlichen zusammengefallen sind, so lange dürfen sie nicht in dem umfassenden Sinne für ›christliche‹ gehalten werden, daß zu jeder Verrichtung einer noch so weltlichen Funktion im Staatsorganismus die Weihe und Beglaubigung der Taufe erforderlich wäre.«⁹⁸

Was die von einigen Abgeordneten ins Feld geführten Vorbehalte in der breiten Bevölkerung angeht, appellierten die jüdischen Gemeinden in geschickter Weise an das parlamentarische Selbstverständnis:

»Oder spricht etwa *die* glänzende Thatsache gegen die Volksthümlichkeit unsrer Sache, daß von *acht* Provincialstände-Versammlungen des Vaterlandes, *fünf*, und zwar nicht nur der an sich bedeutendsten, sondern auch der mit jüdischen Einwohnern am dichtesten bevölkerten Provinzen, mehr oder minder ausgedehnte Anträge auf die Gleichstellung der Juden gemacht haben? Sind die Stände nicht auch die *moralischen*, wie die rechtlichen Repräsentanten des Volks; sind ihre Sympathien nicht der Ausdruck des allgemeinen Volkswunsches?«⁹⁹

Der neunte schlesische Provinziallandtag, an den die Petition eigentlich gerichtet war, fand dann nicht, wie ursprünglich vorgesehen, im Frühjahr 1847 in Breslau statt, vielmehr wurden seine Abgeordneten auf der Grundlage eines am 2. Februar 1847 verkündeten königlichen Patents zum Vereinigten Landtag nach Berlin einberufen. Dieses neue Organ war im Grunde nichts anderes als eine temporäre Zusammenkunft aller acht Provinziallandtage unter einem Dach.¹⁰⁰ Ein im Staatsministerium erarbeiteter Entwurf einer allgemeinen Judenordnung für Preußen bildete dabei einen wesentlichen Beratungsgegenstand der Versammlung.¹⁰¹ Beide Kurien, in die der Vereinigte Landtag unterteilt war – die »Herrenkurie« (Prinzen des königlichen Hauses, Fürsten und Standesherrn) sowie die »Kurie der drei Stände« (Ritterschaft, Städte und Landgemeinden) – debattierten die künftige Rechtsstellung der Juden in

98 Ebd.

99 Ebd., [S. 5] (Hervorh. i. Orig.).

100 Die insgesamt 609 Abgeordneten – darunter 106 aus Schlesien – versammelten sich erstmalig am 11. April 1847 im »Weißen Saal« des Berliner Schlosses und tagten bis zum 26. Juni, insgesamt also knapp elf Wochen. Neuere Gesamtdarstellungen hierzu liegen vor von Peter Eickenboom, *Der preußische erste Vereinigte Landtag von 1847*, Bonn 1976 (aus rechtshistorischer Perspektive); Johannes Gerhardt, *Der Erste Vereinigte Landtag in Preußen von 1847. Untersuchungen zu einer ständischen Körperschaft im Vorfeld der Revolution von 1848/49*, Berlin 2007 (aus primär kulturgeschichtlicher Perspektive).

101 Zur Behandlung der Judenfrage auf dem Vereinigten Landtag siehe Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, S. 340-342, 345-368; Fischer, *Judentum, Staat und Heer*, S. 177-188.

Preußen in großer Ausführlichkeit.¹⁰² Erwähnenswert ist dabei eine Replik des bäuerlichen Abgeordneten Tobias Krause, im Hauptberuf Gerichtsschulz in Wachsdorf (Kreis Sagan), der selbst für eine völlige Gleichstellung der preußischen Juden eintrat:

»Wenn ein geehrtes Mitglied aus Sachsen uns mit sehr *mittelalterlichen* Tendenzen unterhalten hat, so glaube ich, daß die Juden eben so dieses Mittelalter mit der Muttermilch eingesogen haben und eben so heute noch zur Durchführung bringen, und wenn wir die Juden immer nur auf einen Fleck hindrängen und sagen, du kannst das und jenes nicht werden, so werden sie sich stets dem Handel widmen, dadurch natürlich zur Bevortheilung mancher Christen.«¹⁰³

Mit dem »geehrten Mitglied aus Sachsen« hatte Krause niemand anderes gemeint als den für die sächsische Ritterschaft gewählten Gutsbesitzer Otto von Bismarck.

Auf weitere schlesische Stimmen in der Debatte kann hier nicht näher eingegangen werden, erwähnt sei aber, dass die schlesischen Abgeordneten ihr halberherziges Votum zur Judenpolitik von 1845 auch auf dem Vereinigten Landtag insgesamt bestätigten: Die Einführung der Zivilehe zwischen Juden und Christen befürworteten sie mit deutlicher (55:12 Stimmen) und die Zulassung von Juden zu den ständischen Institutionen immerhin noch mit knapper Mehrheit (35:33 Stimmen), während sie den Zutritt von Juden zu höheren Staatsämtern ebenso verwarfen wie deren völlige Gleichstellung mit den christlichen Staatsbürgern in allen Rechten und Pflichten (33:36 bzw. 28:39 Stimmen).¹⁰⁴

Das auf der Grundlage des Landtagsgutachtens in Teilen nochmals modifizierte »Gesetz über die Verhältnisse der Juden« vom 23. Juli 1847¹⁰⁵ nahm die von Friedrich Wilhelm IV. ursprünglich favorisierte Zusammenfassung der jüdischen Bevölkerung in »Judenschaften« insofern zurück, als die – jetzt als »Synagogengemeinden« bezeichneten – korporativen Verbände nurmehr für die Regulierung des Kultus- und Unterrichtswesens zuständig sein sollten. Die ersehnte rechtliche Gleichstellung oder auch nur die volle Wiederherstellung des Emanzipationsedikts von 1812 indes blieben aus, eine Sonderstellung der Juden zum preußischen Staat blieb damit bestehen: Zwar kamen sie fortan in den Genuss von Freizügigkeit und Gewerbefreiheit und wurden zu akademischen

102 Bleich (Hrsg.), Der Erste Vereinigte Landtag, Bd. 4, S. 1702-1970 (Debatte der Drei-Stände-Kurie: 14. bis 19. Juni 1847); ebd., S. 1984-2003, 2034-2119 (Debatte der Herrenkurie: 14. bis 17. Juni 1847).

103 Ebd., S. 1866f. (Hervorh. i. Orig.). Krause hatte sich bereits auf den schlesischen Landtagen von 1843 und 1845 einen Namen als scharfer Kritiker gutsherrlicher Privilegien gemacht.

104 Die Angaben sind errechnet auf Grundlage der bei Bleich (Hrsg.), Der Erste Vereinigte Landtag, Bd. 1, S. 985-1033, wiedergegebenen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen im Vereinigten Landtag.

105 Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten, Berlin 1847, S. 263-268.

Lehrämtern unter der Bedingung zugelassen, dass die Statuten der jeweiligen Hochschule ihrer Berufung nicht entgegenstünden. Vom Wahlrecht zu den Kreis- und Landtagen blieben sie jedoch ebenso ausgeschlossen wie von der Kandidatur zu Bürgermeister- und Gemeindevorsteherämtern. Zudem galt das Gesetz ausdrücklich nicht für die Juden des Großherzogtums Posens – also für immerhin rund zwei Fünftel der jüdischen Bevölkerung Preußens insgesamt –, denen auf der Grundlage der dortigen Judenordnung von 1833 Freizügigkeit und Gewerbefreiheit auch weiterhin versagt blieben.¹⁰⁶ Eine endgültige rechtliche Gleichstellung der preußischen Juden mit der christlichen Mehrheitsbevölkerung sprach erst gut zwei Jahrzehnte später die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes aus.

Resümee

Abschließend seien die vorstehenden Darlegungen und wesentlichen Erkenntnisse noch einmal thesenartig zusammengefasst:

Erstens: In den judenpolitischen Wünschen und Forderungen des ersten schlesischen Landtags von 1825 machte sich – ähnlich wie in den anderen Provinzen – eine vor allem ökonomisch motivierte Argumentation bemerkbar, die aus einem tiefen Unbehagen gegenüber den Folgen der in Preußen 1811 dekretierten Gewerbefreiheit gespeist war und primär auf die Abwehr unliebsamer gewerblicher Konkurrenz abzielte. Zwar sollte man sich davor hüten, darin bereits automatisch einen Ausdruck von Antisemitismus zu erkennen, wenn die potenziellen Konkurrenten im konkreten Fall Juden waren; doch bedienten die Abgeordneten sich gängiger antisemitischer Kollektivstereotypen, wenn sie, wie zitiert, *dem* »Judenwesen« eine »unsittlich einseitige Richtung« sowie den »Hang zu Wucher und Schacher« ankreideten. Die in diesem Kontext immer wieder eingeforderte »Umerziehung« der Juden als Voraussetzung einer späteren Gleichstellung zielte letztlich auf vollständige Assimilation durch Konversion.

Zweitens: Für das Jahr 1845 lässt sich unter den schlesischen Abgeordneten ein Meinungswandel feststellen, indem eine deutliche Mehrheit zumindest für die Rückkehr zur Rechtslage des Jahres 1812 votierte, sich aber nicht zu der Forderung nach voller rechtlicher Gleichstellung durchringen konnte. Im parlamentarischen Gesamtpanorama der preußischen Monarchie nahm Schlesien damit eine Mittelposition ein: Während auf den Landtagen Brandenburgs, Pommerns, Sachsens und Posens die alten antijüdischen Reflexe stärker wirksam blieben, gingen die Beschlüsse der preußischen und westfälischen Stände über diejenigen der Schlesier hinaus. Eine vollends bedingungslose Gleichstellung indes forderte allein der rheinische Landtag.

106 Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, S. 368–372.

Drittens: In den Debatten im Umfeld des achten schlesischen Landtags von 1845 ist eine neue Form der Interaktion zwischen Parlament und politischer Öffentlichkeit zu bemerken, in der sich Befürworter wie Gegner einer vollständigen Judenemanzipation gleichermaßen auf die vermeintliche Volksmeinung beriefen. Zugleich trat hier ein zunehmend selbstbewusstes schlesisches Judentum in Aktion, das den Landtag trotz dessen geringer Entscheidungsbefugnisse ganz gezielt als Bühne zur Artikulation der eigenen rechtspolitischen Forderungen nutzte.

Knut Bergbauer

»Tote auf Urlaub ...«

*Bernhard Schottländer und Ernst Eckstein,
zwei jüdische Sozialisten aus Breslau*

Am 23. Juni 1920, vormittags gegen 10 Uhr, spülte die Oder, nahe der Dampferanlegestelle Oswitz bei Breslau, einen menschlichen Körper ans Ufer.

»Da die Leiche den Namen Schottländer im Oberhemdkragen und in dem Taschentuch die Buchstaben B. S. führt, wurde die Mutter des vermissten Studenten und Redakteurs der unabhängigen ›Schlesischen Arbeiter-Zeitung‹ benachrichtigt, die [...] die Kleidungsstücke als die des Vermissten anerkannte.«¹

Die Idee, die Lebensläufe Bernhard Schottländers und Ernst Ecksteins miteinander in einen Zusammenhang zu bringen, war zunächst dem Umstand geschuldet, dass die Recherche zu Ecksteins Biografie bis auf wenige Eckdaten kaum verwertbare Informationen zum Vorschein brachte.² Als dann Schottländer ins Blickfeld geriet, eröffneten sich über die Verbindung beider Biografien weitere Perspektiven auf das Leben (und Sterben) jüdischer Sozialisten aus Breslau. Stand der Tod des einen am Anfang der Weimarer Republik, markierte der des anderen, wenige Wochen nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten, definitiv das Ende dieser Periode in der Geschichte Deutschlands und Breslaus. Außerdem waren es ähnliche Landsknechtsnaturen, die für den Mord bzw. den Tod der beiden verantwortlich waren: Freikorpsoldaten und SA-Männer, wobei sich gerade in der Person des ehemaligen Freikorpskämpfers und schlesischen SA-Führers (aber auch Breslauer Polizeipräsidenten 1933) Edmund Heines beide Varianten prototypisch verbanden.

Was zunächst nur als eine mögliche verbindende Konstruktion erschien, entwickelte im Verlauf der Recherche ein »Eigenleben«. Ein Erinnerungssplitter des ehemaligen Kommunisten Hans Jäger lieferte dafür erste Hinweise. Dieser hatte im Moskauer Exil den Breslauer Kommunisten Kurt Nixdorf getroffen, der ihm (auch) über einen Zirkel berichtete, dem dieser in Breslau angehört hatte:

- 1 Verschiedene Nachrichten, u. a. Die Leiche Schottländers gefunden, in: Schlesische Zeitung, 24.6.1920.
- 2 Die Recherche wurde durch meine Kollegin Prof. Stefanie Schüler-Springorum ange-regt. Ursprünglich war nur ein Vortrag über Ernst Eckstein geplant, als das Projekt mich zunehmend zu interessieren begann. Frau Schüler-Springorum hat zu jedem Zeitpunkt die Ergebnisse der Recherche aufmerksam beobachtet, kommentiert und auch selbst eigene Ideen eingebracht. Ich danke ihr herzlich für ihre Unterstützung.

»Er [Nixdorf; K. B.] [...] kam aus dem sozialistischen Kreis, dessen Angehörige verschiedene Schicksale hatten. Da war Schottländer, der beim Kapp-Putsch umkam und aus der Oder gefischt wurde; Eckstein von der SAP, der 1933 von den Nazis ermordet wurde [...], Fritz Sternberg, der nach dem Kriege in Deutschland zahlreiche Bücher über weltpolitische, wirtschaftliche und militärische Fragen schrieb, und Dagobert Lubinski, der [...] von der KPD zur KPO ging und von den Nazis umgebracht wurde.«³

Letzte Gewissheit darüber, dass es eine direkte Verbindung zwischen beiden Biografien gab, lieferte Ernst Eckstein in einem Artikel, den er 1930 aus Anlass des achtzigsten Geburtstags von Eduard Bernstein verfasst hatte. Bernstein war den Breslauer Sozialisten immer eng verbunden gewesen, 15 Jahre auch als Reichstagsabgeordneter des Bezirkes:

»Während des Krieges war Eduard Bernstein getreu den von ihm früher gepredigten Idealen friedlicher Verständigung der Völker zur USPD gegangen. Nach dem Umsturz kam er zur Mutterpartei zurück und gehörte zunächst [...] beiden Parteien an. [...] Die sozialistische Studentengemeinschaft, die nach der Revolution aus einem Verschwörerzirkel Teil der Arbeiterbewegung geworden war, lud ihn zum politischen Referat nach Breslau ein. [...] Diese erste Versammlung mit einem Referat Eduard Bernsteins kam im Januar 1920 zustande. [...] In der Versammlung polemisierte als geistiger Führer der Breslauer USP gegen ihn der im Kapp-Putsch ermordete Bernhard Schottländer. Es war ein Genuss dieser Diskussion zweier Männer, eines alten und eines jungen, deren einziges Denken und Fühlen dem Fortschritt der Arbeiterbewegung galt, beizuwohnen.«⁴

Zwei Monate nach dieser Veranstaltung war Bernhard Schottländer tot. Im folgenden Jahr, 1921, verließ der überwiegende Teil die Breslauer USP und trat der KPD bei. Nach allem was bekannt ist, wäre vermutlich auch Schottländer mit dieser Entscheidung einverstanden gewesen. Gerade 1930, als Ecksteins Artikel erschien, stand es denkbar schlecht um das Verhältnis zwischen der KPD und der SPD, deren Führer Eckstein in Breslau war. Umso bemerkenswerter ist daher die anerkennende Würdigung Schottländers. Sie kann vor allem aus der Person Bernhard Schottländers und ihren Zusammentreffen als sozialistische Studenten erklärt werden, auch wenn sich ihre (politischen) Lebenswege bald trennen sollten. Ernst Eckstein war der Gedanke der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung immer ein wichtiges Anliegen. So ist seine Würdigung Schottländers

3 [Hans Jäger], Marx Engels Verlag und Marx Engels Institut, in: Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe, Hamburg 2001, S. 380f. Dagobert Lubinski war der Großvater der (Historiker-)Kollegin Annette Leo, die eine eindrucksvolle, vor allem die letzten Lebensjahre umfassende Biografie über Lubinski verfasst hat; Annette Leo, Briefe zwischen Kommen und Gehen, Berlin 1991.

4 Dr. Ernst Eckstein, Eduard Bernsteins Beziehungen zur Breslauer Parteiorganisation in der Nachkriegszeit, in: Volkswacht, 6.1.1930.

wahrscheinlich auch dieser Idee und der angestrebten Überwindung der Spaltung zuzuschreiben. Es ist ein tragischer Moment in der Biografie Ecksteins, dass dieser, nach seinem Ausschluss aus der SPD 1931 und der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), von den Sozialdemokraten immer wieder als »Spalter« angegriffen wurde, während er den Kommunisten als besonders heimtückischer »Sozialfaschist« jenseits der SPD galt.

Bernhard Schottländer wurde am 9. Juni 1895 als Sohn Moritz Schottländers und seiner Frau Anna, geb. Danziger, in Breslau geboren. »Er stammte aus der jüdischen Bourgeoisie, aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie, die aber [nicht; K. B.] in dem Geiste des Feilschens und des Schachers aufgegangen war«, wusste der schon erwähnte Kurt Nixdorf in einem Gedenkartikel, der nicht frei von antisemitischen Stereotypen ist, zu berichten. »Vor allem durch den Einfluss seiner Mutter, einer hochgebildeten Frau, lernte der junge Schottländer die geistigen Schätze kennen, die das deutsche Bürgertum in seine historische Rumpelkammer gestellt hatte.«⁵

Wichtig ist es zu erwähnen, dass viele der Informationen über die Persönlichkeit Schottländers zeitnahen Erinnerungen entstammen, die immer wieder auch einer politischen Funktionalisierung dienen sollten. Sie sind dennoch wichtig – auch wenn die Verfasser nicht bekannt sind – weil sie sehr oft eine persönliche Wertschätzung sowie eine persönliche Verbundenheit, gespeist aus einer intimen Kenntnis seiner Person, durchscheinen lassen:

»Schottländer ist als Kind viel krank gewesen. Sein Leiden trieb ihn früh zur Innenschau. Sie machte ihn, da er von edler Art war, nicht zum verhärteten Egoisten, sondern erhöhte und verfeinerte sein Mitgefühl mit allen Leidenden.«⁶

»Er hat schon als Gymnasiast versucht, das geistige Leben seiner Mitschüler zu beeinflussen und hat die Bildungsfähigsten in einem Schülerverein mit Namen »Kronos« um sich versammelt. Aus dieser Keimzelle entwickelten sich dann kurz vor dem Kriege die ersten Ansätze einer freiheitlichen Jugendbewegung, insbesondere durch die Gründung des ersten Breslauer Sprechsaals, in dem die Gedanken der freien Schulgemeinde (Wyneken) und der ersten selbstständigen Schülerzeitschrift, des »Anfang«, lebendig wurden.«⁷

Das Umfeld zwischen Schülerbewegung, Schulreformbewegung und den Freistudenten wurde in Breslau vor allem durch Fritz Salomon repräsentiert. Der ehemalige Schüler der Freien Schulgemeinde Wickersdorf war schon vor dem Ersten Weltkrieg mit Walter Benjamin bekannt und zeitweise Freistudent in

5 Kurt Nixdorf, Dem Gedenken Bernhard Schottländers, in: Schlesische Arbeiter-Zeitung, 20.3.1926.

6 al., Zum Gedenken Bernhard Schottländers, in: Volkswacht, 25.6.1920.

7 Zum Gedenken Bernhard Schottländers, in: Volkswacht, 13.3.1930.

München gewesen. Sein späterer Schwager Siegfried Bernfeld agierte in Wien zwischen Schulreform, Freistudenten und jüdischer Jugendbewegung. In diesem Netzwerk bewegte sich sehr wahrscheinlich auch Schottländer, der hier eine erste Politisierung erlebte. Zu Kriegsbeginn begann er mit dem Philosophiestudium, zunächst in seiner Heimatstadt Breslau. Vermutlich war er wegen einer Gehbehinderung nicht kriegsdiensttauglich. Ein Briefkontakt mit dem Anarchisten und Pazifisten Gustav Landauer in den Jahren 1915/16 lässt aber auch erahnen, dass er die Kriegsbegeisterung seiner Generation ohnehin nicht teilen konnte.⁸ Aus diesen Jahren ist auch seine Mitgliedschaft im zionistischen »Kartell jüdischer Verbindungen« nachweisbar.⁹ Für einen jungen Mann aus einer alteingesessenen Familie, die sich eher deutsch-national als zionistisch orientierte, war das eine bedeutsame Entscheidung. 1916 oder 1917 wechselte Schottländer an die Universität Heidelberg. Hier begann er, der durch den Heeresdienst vieler jüdischer Studenten darniederliegenden zionistischen Verbindung neues Leben einzuhauchen. Für die Kartellzeitschrift berichtete er darüber:

»Auch Herrn Rabinkoff haben wir aufgesucht und gebeten, uns – wie im letzten Semester – einen Kursus über jüdische Ideengeschichte zu geben; [...]. Von Herrn Rabinkoff haben wir erfahren, daß hier eine große hebräisch-jüdische Bibliothek besteht, die von russisch-jüdischen Studenten angelegt worden ist; gegenwärtig hat Nachum Goldmann die Verwaltung über sie, dh den Schlüssel zu ihr.«¹⁰

Auch der damalige Philosophiestudent und spätere Religionshistoriker Gershom Scholem war Salman Rabinkoff zu dieser Zeit begegnet:

»Der Jude Heidelberg in jenen Jahren war weder der anti-zionistische Rabbiner der Stadt noch einer ihrer jüdischen Professoren, die assimiliert, konvertiert oder Halbjuden waren, davon gab es dort sehr viele, sondern ein fünfunddreißigjähriger Gelehrter, der zurückgezogen lebte und von den wenigen, die ein lebendiges jüdisches Wort suchten, in seinem bescheidenen Zimmer mit Eifer aufgesucht wurde. Ich spreche von Salman Rabinkow, der

8 Briefe Gustav Landauer an Bernhard Schottländer, Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, NL Landauer.

9 Aktivmeldung im S. S. 1917, in: Der jüdische Student (Mai 1917) 15.

10 Bernhard Schottländer, Heidelberg, in: Der jüdische Student (November 1917) 6-9, S. 77 f. Nachum Goldmann war 1936 Gründer und später langjähriger Präsident des jüdischen Weltkongresses. Salman Rabinkoff, »Chabad Chassid und Sozialist«, war während und nach dem Ersten Weltkrieg Inspirator und Mentor einer Reihe jüdischer Studenten, die später einen gewissen Bekanntheitsgrad erreichten, u. a. des Psychoanalytikers und Philosophen Erich Fromm und des Pädagogen und Religionsphilosophen Ernst Akiva Simon. Siehe auch Peter Honigmann, Jüdische Studenten zwischen Orthodoxie und moderner Wissenschaft. Der Heidelberger Talmudistenkreis um Salman Baruch Rabinkow, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 3 (1992), S. 85-96.

für alle, denen es vergönnt war, ihn in seiner Abgeschlossenheit zu besuchen, eine unvergessliche Gestalt blieb.«¹¹

Aber Schottländer ist nicht nur dem Kreis der zionistischen Studenten in seiner Heidelberger Zeit zuzuordnen. Bei Max Weber studierte auch Ernst Toller, um den sich ein Kreis junger Pazifisten formiert hatte. »Student und Studentinnen sind versammelt, [...]. Endlich begegne ich Freunden. Junge Menschen die wissen, dass die ›große Zeit‹ eine elend kleine Zeit ist«, schrieb Toller in seiner *Jugend in Deutschland*; er fuhr fort, sie »[...] klagen den Krieg an und seine sinnlosen Opfer, haben nur den Wunsch, im Wust der Lüge die Wahrheit zu erkennen.«¹²

Tollers Kreis wurde schnell zerschlagen, aber man versuchte neue Fäden zu knüpfen – unter anderem zu Gerhard Scholem in Jena. Tollers Emissär bei Scholem – wahrscheinlich auf dem Heimweg nach Breslau – hieß Bernhard Schottländer, wie Scholem sich in den 1980er-Jahren erinnern sollte.¹³

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges radikalisierte sich die Haltung vieler junger Pazifisten und Schottländer war einer von ihnen. Aber dies blieb nicht ohne Widerspruch. Eine Reaktion darauf ist in den Heften der zionistischen Studenten zu finden:

»Die HaCherut [die Verbindung, der Schottländer in Breslau angehörte; K. B.] berichtet gleichzeitig über die scharfen Gegensätze, die in Breslau dadurch zutage getreten sind, daß B[undes]br[uder] Schottländer (Hacherut) sich in extrem sozialistischem Sinn betätigt, während andere Bundesbrüder dadurch veranlasst wurden, sich für seine Relegation von der Universität auszusprechen.«¹⁴

Dies war sicher, neben den unterschiedlichen politischen Haltungen, auch dem Umstand geschuldet, dass man sich als Jude und Zionist an der Breslauer Universität ohnehin schon in einer Minderheitenposition befand. Nun kam das Verdikt hinzu, auch noch radikaler Sozialist oder, wie es damals hieß, »Bolschewist« zu sein. Ernst Eckstein hat auch deshalb später von einem »Verschwörerzirkel« an der Universität im Ersten Weltkrieg geschrieben.¹⁵ Aus diesem Zirkel entstand nach Kriegsende die »Sozialistische Studentengemeinschaft«, deren Kopf der Philosophiestudent Bernhard Schottländer wurde.¹⁶ Wohl schon vor Kriegsende war er, wie sein Freund Ernst Toller, der Unabhängigen Sozial-

11 Gershom Scholem, Von Berlin nach Jerusalem, Frankfurt a. M. 1994, S. 80 (Hervorh. i. Orig.).

12 Ernst Toller, Eine Jugend in Deutschland, Leipzig 1990, S. 70.

13 Gershom Scholem, Briefe 3: 1971-1982, München 1999, S. 228.

14 Vom Präsidium. Breslau, in: Der jüdische Student, Neue Folge (1919) 1.

15 Dr. Ernst Eckstein, Eduard Bernsteins Beziehungen zur Breslauer Parteiorganisation in der Nachkriegszeit, in: Volkswacht, 6.1.1930.

16 Die Breslauer Studentenschaft gegen den Bolschewismus, in: Schlesische Zeitung, 1.3.1919.

demokratischen Partei (USPD) beigetreten, die sich gegen die »Burgfriedenspolitik« von der SPD abgespalten hatte. Der »Spartakusbund« (die Gruppe »Internationale«) um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatte in Breslau kaum Anhänger. Aber auch die USPD hatte zunächst, glaubt man der sozialdemokratischen *Volkswacht*, Anlaufschwierigkeiten. Auf der ersten öffentlichen USPD-Versammlung am 6. November 1918 forderten die Teilnehmer einen sofortigen Frieden und als Endziel die »Sozialistische Republik«. Eine einmütige Entschließung der Versammlung machte sich für die sofortige Entlassung Rosa Luxemburgs aus der Haft stark.¹⁷ Diese befand sich seit 1917 im Gefängnis in der Breslauer Kletzschkaustraße. Zwei Tage nach dieser Versammlung öffneten sich für Luxemburg am 8. November 1918 die Tore der Haftanstalt. Da alle Verbindungen nach Berlin unterbrochen waren, kam sie in der Familie des USPD-Aktivistens und Funktionärs der Binnenschiffergewerkschaft Robert Schlich unter. Und hier fanden sich dann auch alle Interessierten ein, um sie zu sehen und reden zu hören. Auch Bernhard Schottländer konnte sich unter diesen Besuchern befunden haben. Der Versuch Rosa Luxemburgs, auf der »Revolutionsversammlung« der SPD am 10. November in der Jahrhunderthalle zu reden, wurde von Paul Löbe, dem damaligen SPD-Führer in der Stadt, zurückgewiesen. So reiste Rosa Luxemburg noch am selben Tag nach Berlin.

Die »Novemberrevolution« war in Breslau in aller Ruhe verlaufen, neben den Arbeiter- und Soldatenräten hatte sich ein »Volksrat« konstituiert, alle Räte dominierte die SPD.

Der Aufstand des »Spartakusbundes« in Berlin, die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg blieben in Breslau zunächst ohne erkennbare Wirkung. Dies änderte sich am 12. Februar 1919. Während einer Demonstration für die Freilassung zweier USPD-Funktionäre vor dem Landgericht kam es zu kleineren Auseinandersetzungen zwischen »Sicherheitswehr« und Demonstranten. Dann begann die Wehr in die Menge zu schießen, wobei 16 Menschen starben. Die *Volkswacht* schrieb, es sei »ein schwarzer Tag«.¹⁸ Da die »Sicherheitswehr« dem sozialdemokratischen Soldatenrat Voigt unterstellt war und die *Volkswacht* sich darum bemühte, den Demonstranten eine Mitschuld anzulasten, vertiefte sich der Bruch zwischen den – ohnehin unzufriedenen – Linkssozialisten und der SPD spürbar.

Bereits im Januar 1919 war damit begonnen worden, für die zunächst »Freiwilligenverbände« genannten Freikorps zu werben, deren Ziel es sein sollte, Schlesien gegen einen imaginierten »Polen-Einfall« zu schützen. Auch in der Breslauer *Volkswacht* sprach man sich für diese Unternehmen aus. Eine besonders intensive Mobilisierung fand an der Universität statt, wo die Freikorps großen Zuspruch fanden und Studenten, die sich einem Verband angeschlossen hatten, in den Genuss von Vergünstigungen kamen. Die Freikorps mobilisierten immer auch nach innen, richteten sich also gegen den »Bolschewismus« und

17 Unabhängige und Regierungssozialisten, in: Schlesische Zeitung, 7.II.1918.

18 Ein schwarzer Tag. Unruhen in Breslau, in: Volkswacht, 13.2.1919.

alles, was mit diesem in Verbindung gebracht wurde. Umso mehr Mut stellte Bernhard Schottländer unter Beweis, als er bei der ersten Werbeveranstaltung der gerade gegründeten »Antibolschewistischen Liga« im Januar 1919 als Gegenredner auftrat.¹⁹ Die Hochachtung, die viele linkssozialistische Arbeiter für ihn empfanden, hing mit diesem Mut zusammen, zumal auch deutlich war, dass Schottländer einer körperlichen Auseinandersetzung kaum gewachsen sein würde. Aber vor allem die Art, wie er ernsthaft und uneigennützig alles der »sozialistischen Sache« widmete und dafür sogar sein eigenes Geld einsetzte, nötigte Respekt ab. Mit 50 000 Reichsmark, die wahrscheinlich aus der Erbschaft seines im November 1918 verstorbenen Vaters stammten, finanzierte Schottländer die Herausgabe der *Schlesischen Arbeiter-Zeitung*. Als Redakteur organisierte er zudem deren Erscheinen: »Halb rührend, halb komisch wirkte die Pietät mit der er sich vor den anwesenden Arbeitern, Mitglieder der USP, beugte. Als Vertreter der unterdrückten Klasse trugen sie für ihn den Heiligenschein«, hieß es später über ihn. Der Autor erinnerte sich weiter:

»In Privatgesellschaften wurde es eine Zeitlang Mode den ›Bolschewisten‹ Schottländer einzuladen. All das konnte ihn nicht in seinem selbst gewählten Weg beirren. [...] Er begeisterte nicht, aber immer trugen seine Worte das Gepräge persönlicher Reinheit, völliger Hingeebenheit und einer rührenden Ehrlichkeit gegen sich selbst.«²⁰

Zusätzlich war Schottländer noch Vorsitzender der Breslauer jüdisch-sozialistischen Organisation »Poale Zion«, in der sich vor allem Juden aus Osteuropa organisiert hatten. Schon im April 1919 sprach deren wichtigster Vertreter in Deutschland, Salman Rubaschow,²¹ in der Lessingloge über den »[...] jüdischen Sozialismus und die jüdische Renaissance«.²² Der Breslauer Zweig von »Poale Zion« war nicht besonders groß, aber es fällt auf, dass Bernhard Schottländer sehr bewusst zu seiner jüdischen Herkunft stand. In seinem Herkunftsmilieu, dem deutsch-jüdischen Bürgertum, wurden die sogenannten Ostjuden kritisch beäugt. Waren sie zudem Sozialisten, schien die Kluft unüberbrückbar. Allerdings stand Schottländer mit seiner Haltung nicht allein. Zur selben Zeit engagierte sich in Berlin der USPD-(und spätere SPD-)Abgeordnete Oskar Cohn für den »Poale Zion«.

Seit Sommer 1919 berichtete die *Arbeiter-Zeitung* über die zunehmenden Aktivitäten des Freikorps Aulock. Dieses hatte in Oberschlesien das russische Kriegsgefangenenlager Lamsdorf besetzt und den sozialistischen Soldatenrat der Wachmannschaften vertrieben. Es kursierten Gerüchte über Misshandlungen. Aber das Freikorps wurde auch protegirt – insbesondere vom Generalkom-

19 Gegen den Bolschewismus, in: *Schlesische Zeitung*, 22.1.1919.

20 al., Dem Gedenken Bernhard Schottländers, in: *Volkswacht*, 25.6.1920.

21 Unter dem Namen Salman Schasar war Rubaschow von 1963 bis 1973 israelischer Staatspräsident.

22 Versammlungsanzeige, in: *Jüdische Volkszeitung*, 28.3.1919.

mando in Breslau. Die kritischen Berichte der *Arbeiter-Zeitung* vergaßen die Aulock-Soldaten nicht, galten diesen doch Sozialisten ohnehin als Vaterlandsverräter und die »Dolchstoß-Legende« fand in ihren Kreisen weitestgehende Anerkennung. Von daher verwundert es nicht, dass sich das Freikorps Aulock den Kapp-Putschisten im März 1920 bedingungslos zur Verfügung stellte.

Auf einem Treffen der Putschgegner am 13. März 1920 im Fürstensaal trat Schottländer vehement für die Bewaffnung der Arbeiter ein. Er konnte sich jedoch mit seiner Forderung nicht durchsetzen. Abends ging er mit anderen Unterhändlern der Arbeiterparteien zum Breslauer Generalkommando, um sich Klarheit über die Haltung des schlesischen Militärs zum Putsch zu verschaffen.

»Im Vorzimmer des Generals tröstete man uns mit eiligen Angelegenheiten [...]. Empört verließen wir, ohne die Unterredung erreicht zu haben, das Gebäude, als im Hof einer der Deputierten ruft: Man hat Schottländer zurückbehalten! Vier Soldaten hatten von hinten her in den Kreis gegriffen, den jungen Kommunisten Schottländer – einen ruhigen, anständigen und gebildeten Menschen – herausgegriffen und zurückgeführt. Unser Versuch, sofort zurückzugehen und Schottländer mit uns zu nehmen, wurde durch eine Abteilung Soldaten die mit gefällten Bajonetten gegen uns vorgingen verhindert.«²³

Paul Löbe, der sich damit sieben Jahre später an die Ereignisse im März 1920 in Breslau erinnerte, ist 1927 Reichstagspräsident und ein mächtiger Mann. Zwar gesteht er seine damalige Hilflosigkeit freimütig ein, es gibt aber keinen Hinweis, dass er – als Konsequenz daraus – alles in seiner Macht Stehende unternommen hätte, um die Mörder Schottländers vor Gericht zu bringen.

Denn drei Tage nach seiner Verhaftung im Generalkommando wurde Bernhard Schottländer dort von Soldaten abgeholt. Einem Überstellungsbefehl gemäß sollte er in die Carlowitzer Kaserne gebracht werden, doch dort kam er nie an. Er war nicht der Einzige in Breslau, der in diesen Märztagen spurlos verschwand, mindestens fünf weitere Menschen wurden während des Putsches verschleppt. Im April 1920 wurde die Leiche des vermissten USP-Genossen Ernst Demmich aus der Oder geborgen, im Juni fand man Schottländer, alle anderen blieben für immer verschwunden.

Bernhard Schottländer wurde am 25. Juni 1920 auf dem jüdischen Friedhof Lohestraße beigesetzt. Obwohl das Datum nicht öffentlich bekannt gegeben worden war, nahmen 2000 Arbeiter an der Trauerfeier teil. Drei Tage später folgte eine große Trauerdemonstration der Breslauer Arbeiterschaft. Auch die jüdische Gemeinschaft Breslaus, die den politischen Aktivitäten Schottländers zum großen Teil kritisch gegenübergestanden hatte, zeigte sich berührt und war beeindruckt von der großen Solidarität der Arbeiter. Aber vor allem waren die antisemitischen Motive der Mörder überdeutlich zum Vorschein getreten.

23 Paul Löbe, Zwei Festgenommene, in: Berliner Tageblatt, 16.1.1927.

Der Redakteur der *Jüdischen Volkszeitung* und spätere Essener Rabbiner Hugo Hahn stellte wenig später fest: »So muss es aber kommen, wenn man von gewissen Kreisen aus nicht aufhört, die Massen zu Pogromen [...] anzustacheln. [...] Wie lange soll noch das wilde Tier herumgehen und Menschen fressen?«²⁴

Während des Kapp-Putsches war deutlich geworden, dass sich viele Studenten der Universität den Freikorps angeschlossen und an den Kämpfen beteiligt hatten. Im Mai 1920, Bernhard Schottländer war verschleppt, aber noch nicht gefunden worden, hatten diese »schwarz-weiß-roten« Studenten eine Veranstaltung gegen das »internationale Kosmopolitentum der Jetztzeit« angekündigt, die auch in der *Volkswacht* bekannt gegeben wurde. Über die Ereignisse am Rande dieser Versammlung berichtete die deutschnationale *Schlesische Zeitung*:

»Von sozialdemokratischer Seite war gegen die Versammlung des Hochschulrings [deutscher Art; K. B.] ein Sprengversuch gemacht worden. Abends gegen 7³/₄ Uhr versammelten sich auf dem Universitätsplatz eine große Menge Arbeiter unter der Führung des bekannten sozialdemokratischen Studenten Eckstein. Sie wollten in das Gebäude eindringen. [...] Herbeigerufene Sicherheitswehr konnte am Schluß der Versammlung Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und den Studenten verhüten.«²⁵

Eine Woche später kam es auf der Schweidnitzer Straße zu Auseinandersetzungen zwischen Couleurstudenten und Arbeitern. Gegen Ernst Eckstein wurde nach den Ereignissen an der Universität ermittelt, er trat von seinem Amt als Vorsitzender der sozialistischen Studenten zurück. Doch damit hörten die Bedrohungen gegen Eckstein nicht auf:

»Zu einem unerhörten Zwischenfall kam es am Dienstag, den 18. d. M. [Mai 1920; K. B.] bei Beginn eines juristischen Kollegs. Ein sehr schneidiger Herr [...] stellte an die Kommilitonen die Anfrage, ob sie mit dem »semitischen, sozialistischen Studenten« Eckstein, [...] den Hörsaal teilen wollen.«²⁶

Der eintreffende Professor Helfritz, bekennender Deutschnationaler, verwies jedoch nicht den Provokateur, sondern Eckstein des Hörsaals.

Im Wahlkampf zur Reichstagswahl, Anfang Juni 1920, kam es schließlich zum »Showdown«. An einer Wahlkampfveranstaltung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) am 2. Juni im Konzertsaal nahmen auch SPD-Anhänger teil und es entwickelten sich lautstarke Wortwechsel. Gegen das »Deutschland, Deutschland über alles« der Veranstalter stimmten deren Gegner »Die Internationale« an.

24 Dr. H.[ugo] H.[ahn], Das Gesetz vom Erschlagenen, in: *Jüdische Volkszeitung*, 2.7.1920.

25 Die deutsche Studentenschaft und das neue Deutschland, in: *Schlesische Zeitung*, 13.5.1920.

26 Die kappistische Universität, in: *Volkswacht*, 22.5.1920.

»Gegen 8 1/2 [...]«, so berichtete die *Schlesische Zeitung*, »[...] kam es dann zur Katastrophe. Man sah im Mittelteile des Saales inmitten einer Anzahl verdächtiger Gestalten das zähnefleischende Gesicht des Genossen Eckstein auftauchen. Die Gruppe drängte auf den Vorstandstisch zu. [...] Stühle flogen durch die Luft, erschreckte Frauen schrien laut auf, die Genossen brüllten, kurz es entstand im Augenblick ein wilder Tumult.«²⁷

Die Auseinandersetzungen im Saal wurden durch die Sicherheitspolizei beendet, setzten sich jedoch, glaubt man der deutschnationalen Presse, auf der Straße fort:

»Und immer ist dabei der Genosse Eckstein, eine der Zierden des ›Republikanischen Führerbundes‹, passender Roter Führerbund genannt. [...] Wer, wie Herr Eckstein, Prügelkolonnen in die Versammlungen politischer Gegner führt, dem dürfte wohl am wenigsten gelegen sein, die Demokratie zu schützen, wie es der Rote Führerbund vorgibt.«²⁸

Zehn Wochen nach dem Kapp-Putsch gaben dessen Verursacher und Claqueure vor, die Demokratie verteidigen zu wollen. Anfang Juli wurde Ernst Eckstein wegen eines Artikels in der *Volksmacht* sowie der Beteiligung an der Demonstration vor der Universität vom Universitätssenat zur »Androhung der Entfernung von der Universität« verurteilt. Monate später folgte wegen der Auseinandersetzungen auf der DNVP-Versammlung ein Verfahren vor dem Landgericht, das später eingestellt wurde. Die Ereignisse an der Universität oder, wie es nun hieß, der »Fall Eckstein«, veranlassten die sozialdemokratische *Volksmacht* zu einer deutlichen Stellungnahme:

»Da ist der Student Eckstein, Sozialist und Jude, zwei Eigenschaften, die ihn für einen alkoholgetränkten ›deutschen‹ Jüngling vogelfrei erscheinen lassen, selbst wenn er taub, stumm und blind wäre. Diese drei Sinne fehlen ihm aber nicht, sondern er besitzt sie in stärkerem Maße wie manch reinrassiger Arier. [...] Und er spricht! Er spricht als Sozialist, er spricht als Jude.«²⁹

Ernst Eckstein kam am 21. Februar 1897 in Breslau zur Welt. Der Vater war früh gestorben, die Mutter arbeitete, um den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen, als Köchin in der jüdischen Volksküche. Zur Familie gehörte noch ein jüngerer Bruder Ernst Ecksteins. Ein Schulfreund erinnerte sich, dass die Familie in einer bescheidenen Dachgeschosswohnung wohnte.³⁰ Das fiel besonders auf, denn die meisten Mitschüler Ecksteins auf dem Gymnasium kamen aus wohlhabenden Elternhäusern. Und Eckstein musste sich, auch als Jude, gegen deren Majorität behaupten.

Ende August 1914 wurde Eckstein zum Militär einberufen, am 5. September 1914 ermöglichte ihm die »Notreifeprüfung«, das Abitur abzulegen. Er blieb

27 Wahlkampf mit Stuhlbeinen, in: *Schlesische Zeitung*, 3.6.1920.

28 Der Versammlungsputsch, in: *Schlesische Zeitung*, 3.6.1920.

29 Der Fall Eckstein, in: *Volksmacht*, 5.7.1920.

30 Herbert Urban, Dr. Eckstein ... zu Tode gefoltert, in: *Der Sozialdemokrat*, 28.3.1947.

während des gesamten Ersten Weltkrieges »im Felde«, wie es damals hieß, mit Ausnahme seiner Verwundungen 1915 in den Karpaten und im Mai und September 1918 in Frankreich. Ende Januar 1919 wurde Ernst Eckstein demobilisiert. Zu diesem Zeitpunkt lebte er als Student und Soldatenrat in Breslau und gehörte, wie bereits erwähnt, zur »Sozialistischen Studentengemeinschaft« an der Universität. Auch wenn ihn sein erster größerer öffentlicher Auftritt im Mai/Juni 1920 als »radikal« erscheinen lassen mag, bestanden bereits Unterschiede in seiner und der politischen Orientierung von Bernhard Schottländer. Eckstein fühlte sich eindeutig der sozialdemokratischen Partei, wenn auch deren sozialistischem Flügel, zugehörig.

Gegen den SPD-Flügel, der mit dem Namen Gustav Noske verbunden ist und bereit war, Reichswehr und Freikorps gegen »Unruhen von links« einzusetzen, hatte sich der »Republikanische Führerbund« (RFB; nicht zu verwechseln mit dem 1924 gegründeten kommunistischen Rotfrontkämpferbund) gegründet, dem Eckstein in Breslau angehörte. Der RFB wurde dort am Jahresende 1919 gegründet, vor allem um Einfluss auf die im Aufbau befindlichen Einwohnerwehren zu gewinnen.

Ein Jahr später hatte sich diese Hoffnung vor allem durch die Ereignisse des Kapp-Putsches als nicht tragbar erwiesen. Anlässlich einer RFB-Veranstaltung gegen die Einwohnerwehren des Bayrischen Forstrats Georg Escherich (Orgesch), der damaligen Speerspitze der reaktionären Wehrverbände, erläuterte Eckstein seine Haltung:

»Nach dem Gedankengange des Redners ist es das Verhängnis der deutschen Revolution, dass sie im tiefsten Grunde keine Revolution war. Der Waffenfrage ist um die Wende der Jahre 1918 und 1919 keine Bedeutung beigemessen worden, und so kam es, dass die Waffen alle in den Besitz der Reaktion übergingen. Infolge der Gleichgültigkeit der republikanischen Schichten wurde die Reichswehr reaktionär, und als Reserve für die zwei großen Ziele des nationalistischen Offizierskorps: Revanchekrieg und Wiedererrichtung der Monarchie, entstand Orgesch, d. i. das bewaffnete reaktionäre Bürgertum.«³¹

Nur ein paar Monate später beschloss der RFB, damals noch gemeinsam von SPD und USPD getragen, seine Waffen abzuliefern. Der Versuch, im Folgejahr mit einem »Republikanischen Selbstschutz« an den RFB anzuknüpfen, scheiterte schließlich auch daran, dass das Bündnis mit der KPD, der sich die Mehrheit der Breslauer USPD angeschlossen hatte, nun nicht mehr existierte.

In den folgenden Jahren wurde Ernst Eckstein zu einem der wichtigsten Funktionäre der Breslauer SPD. Als Versammlungsleiter und Versammlungsredner veröffentlichte er immer wieder auch Beiträge in der *Volkswacht*. Seine bestimmenden Themen behandelten Wehrfragen bzw. Antikriegsmanifestationen, die Rolle des Politikers und der Politik sowie die Geschichte der Breslauer Parteiorganisation. Anlässlich der Kampagne für die Fürstenenteignung 1926

31 R. F. B., Gegen Orgesch [Organisation Escherich; K. B.], in: *Volkswacht*, 4.9.1920.

erinnerte er daran, dass sich der deutsche Kronprinz im nahen Oels einquartiert hatte, eine Art Majestätsbeleidigung.³² Mit besonderer Hingabe widmete er sich den jungen Genossen der »Sozialistischen Arbeiterjugend« (SAJ), auch weil er die Bedeutung der Jugendarbeit erkannt hatte.³³ Aber er unterstützte genauso die Bemühungen, den § 218 abzuschaffen, wie auch Initiativen für eine »neue Erziehung«. Hier fand er vor allem die Unterstützung der Stadtverordneten Clara Zils, die in der Breslauer SPD die »Frauenfrage« auf die Tagesordnung setzte. 1924 oder 1925 heirateten beide. Clara Zils-Eckstein muss eine bemerkenswerte Frau gewesen sein. Als sie im Februar 1931 nach längerer Krankheit in einem Schweizer Sanatorium starb, erinnerte Ecksteins Freund und SPD-Stadtratskollege, der Philosophieprofessor Siegfried Marck, dass »etwas vom Geiste Rosa Luxemburgs [...] in ihre lebendig« gewesen sei.³⁴ Clarissa, wie sie von Freunden genannt wurde, kam aus einer westpreußischen Landarbeiterfamilie. Als Hausangestellte besuchte sie abends Fach- und Fortbildungsschulen und kam schließlich, nachdem sie eine Zeit als Angestellte in der Berliner *Vorwärts*-Expedition gearbeitet hatte, als Frauensekretärin der SPD nach Breslau. Hier wurde sie für die Arbeiterwohlfahrt ebenso wichtig wie für die Einrichtung eines Montessori-Kindergartens. Zu ihrem ersten Todestag würdigte die Frauenbeilage der *Volkswacht* ihre Verdienste noch einmal ausführlich.³⁵ Zu diesem Zeitpunkt galt Ernst Eckstein – als »Spalter« – schon längst als *Persona non grata* in der Breslauer SPD.

Doch zurück zur Mitte der zwanziger Jahre, als Ernst Eckstein Vorsitzender der Breslauer SPD war. Fragen des Rechts, die er immer wieder in die Parteidiskussion einbrachte, waren nicht nur seinem politischen Interesse geschuldet, sondern auch seiner Profession. Nach dem Jurastudium hatte er sein Referendariat in der Kanzlei von Eugen Bandmann, einem Stadtverordneten der SPD, absolviert und am 26. Dezember 1924 wurde er als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Breslau zugelassen. Im Frühjahr 1930 kam seine Zulassung als Notar hinzu, mit einer Kanzlei in der zentral gelegenen Gartenstraße. Natürlich hatten viele Prozesse, an denen er beteiligt war, mit seinen politischen Überzeugungen zu tun. Zum Beispiel verteidigte er sozialistische Jugendliche oder er unterstützte als Nebenkläger Opfer deutschnationaler (und später nationalsozialistischer) Überfälle. Im Mordfall Felix Doktor, einem SPD-Genossen, der 1926 von dem Stahlhelmangehörigen Magiera erschossen worden war, und bei dem Eckstein die Nebenklage vertrat, hatte seine politische Initiative ein Nachspiel. Nachdem Magiera wegen angeblicher Notwehr aus der Haft entlassen worden war, wandte

32 Ernst Eckstein, Das Fürsteneignungsgesetz – keine Verfassungänderung, in: *Volkswacht*, 3.2.1926.

33 Siehe auch Franz Walter, »Republik, das ist nicht viel«. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2011 (zur Breslauer SAJ insbes. S. 268 ff.).

34 Siegfried Marck, Clara Zils-Eckstein zum Gedenken, in: *Volkswacht*, 21.2.1931.

35 Zu Clara Zils-Ecksteins Todestag, in: *Volkswacht*, 17.2.1932.

sich Eckstein offensiv an die Öffentlichkeit. Daraufhin musste er sich einem Ehrengerichtsverfahren vor der Rechtsanwaltskammer stellen. Eher ungewöhnlich für seine juristische Praxis war hingegen die Vertretung von Paul Schieweck, einem Doppelmörder, der 1930 zum Tod verurteilt wurde.³⁶

Bei den Stadtverordnetenwahlen 1924 hatte die SPD Eckstein noch auf einen aussichtslosen 51. Platz gesetzt, was angesichts seines Einsatzes in und für die Partei verwunderlich anmutet. 1928 hatten sich die Verhältnisse jedoch verändert: Der neue linke Ortsvorstand unter Eckstein hatte die alte Wahlliste verworfen und eine Reihe lang gedienter Gewerkschafts- und Reichsbannerführer von der Liste gestrichen. Eine Palastrevolution, die von der deutschnationalen und kommunistischen Presse hämisch begleitet wurde. Am 5. März 1928 wurde auf einer Versammlung im Gewerkschaftshaus vor 3000 Mitgliedern heftig und mit harten Bandagen um die Liste gestritten. Darüber berichtete die *Schlesische Arbeiter-Zeitung*:

»Als bei der Abstimmung über Ziegler Eckstein eine Mehrheit feststellt, kommt der Tumult auf den Höhepunkt. Voigt, Vogel, Alexander stürmen nach vorne, laut ›Schieber‹ brüllend. Man will Eckstein die Glocke entreißen. Vergebens sucht Mache sich Gehör zu verschaffen. Der edle Schumann ruft Eckstein zu: ›Judenjunge, wenn du nicht leiten kannst, dann verdrücke dich!«³⁷

Man könnte die antisemitische Bemerkung für einen Zufall halten, in der Hitze der Auseinandersetzung herausgerutscht, wäre da nicht ein Rundschreiben des Bezirksausschusses der freien Gewerkschaften vom Oktober desselben Jahres, zitiert in der deutschnationalen *Schlesischen Zeitung*:

»Wenn es ein Professor [S. Marck; K. B.] in einer Parteiversammlung wagen kann, über die Gewerkschaftsangestellten loszuziehen und von Bonzokratie zu sprechen, so liefert uns das den Schlüssel für die ganze unverantwortliche Bildungs- und Erziehungsarbeit von dieser Seite. Daß nach solchen Leistungen auch sofort der Begriff Judokratie entsteht und mit Berechtigung offen ausgesprochen wird, ist kein Wunder. [...] Wir dürfen unsere Partei von ein paar jüdischen Akademikern, die noch nie proletarisches Leben kennen gelernt und kein Verständnis für die mühevollen Tagesarbeit im Existenzkampf der Arbeiter haben, nicht zerschlagen lassen.«³⁸

Solche Worte könnten auch in einer nationalsozialistischen Versammlung gefallen sein, vermerkte der Autor des Artikels mit großem Vergnügen. Ernst Eckstein wurde, nachdem sich seine Liste durchsetzen konnte, Stadtverordneter der SPD. Zu dieser Zeit fühlte er sich schon länger der innerparteilichen Gruppe um die Zeitschrift *Klassenkampf* zugehörig, die große Teile der Parteilinken repräsentierte.

36 Zweimal zum Tode verurteilt, in: Volkswacht, 18.II.1930.

37 Der Kampf um die Mandate, in: Schlesische Arbeiter-Zeitung, 6.3.1928.

38 Sozialdemokraten unter sich, in: Schlesische Zeitung, 21.II.1928.

Die Auseinandersetzungen um das »Wehrproblem« im Vorfeld des Magdeburger Parteitages der SPD von 1929 verdeutlichen die Spannungen in der Partei. Auf dem vorausgegangenen mittelschlesischen Parteitag im Februar erklärte Eckstein: »Eine Verpflichtung das Vaterland zu schützen, erkennen wir nicht an. Wir haben Pflichten nur unserer Klasse, der Arbeiterklasse gegenüber.«³⁹ Dem konnte natürlich nur eine Minderheit, zumal bei den Funktionären der Partei, zustimmen. Einen Kandidatenplatz, der Eckstein 1930 für die Reichstagswahl angeboten wurde, lehnte dieser ab, um seine Funktionen in Breslau nicht zu vernachlässigen. Bei den Wahlen im Herbst 1930 legten erstmalig die Nationalsozialisten entscheidend zu und wurden nun zu einem ernst zu nehmenden Gegner.

Ernst Eckstein, 1930

Ein Jahr später, Ende September 1931, musste sich die SPD erst einmal internen Problemen stellen. Zunächst wurden die Parteilinken Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld unter dem Vorwurf des »Bruchs der Fraktionsdisziplin« aus der SPD ausgeschlossen. Beide waren mit Eckstein befreundet und in der Vergangenheit oft auf Kundgebungen in Breslau zu hören gewesen. Zudem stammte Seydewitz' Frau Ruth aus dem Kreis der Breslauer Jungsozialisten. Wenig später folgte der Ausschluss Ernst Ecksteins, insgesamt achtzig Prozent der Breslauer SPD-Funktionäre verließen nun ihre Partei. Sie wurden fortan nur noch als »Spalter« bezeichnet und konstituierten sich wenig später als »Sozialistische Arbeiterpartei« (SAP) neu. SAP-Anhänger sicherten sich zudem eine eigene Infrastruktur, indem sie Material aus SPD-Büros mitnahmen. Eine Vorgehensweise, die die Auseinandersetzungen verschärfte:

»Im Altertum zündete Herostratus in Ephesus den Tempel der Diana an, um sich berühmt zu machen«, schrieb R. Darf in der *Volkswacht*. Er fuhr fort: »Er verübte damit zwar eine Kulturschande, aber er hat doch erreicht, dass sein Name bis auf den heutigen Tag nicht erloschen ist. Solch ewigen Ruhm wird Ernst Eckstein nicht ernten. Er hat zwar in dem stolzen Bau der deutschen Sozialdemokratie einen Stubenbrand entfacht, der aber den Bau nicht gefährden konnte.«⁴⁰

39 Um das Wehrproblem, in: *Volkswacht*, 18.2.1929.

40 R. Darf, Die Herostraten, in: *Volkswacht*, 6.10.1931.

Der Verfasser des Artikels konnte freilich nicht ahnen, dass seine Brandmetapher, wenn auch unter anderen Vorzeichen, nur eineinhalb Jahre später Realität werden sollte und dabei nicht viel vom »stolzen Bau der SPD« übrig bleiben würde.

Es ist müßig, im Nachhinein alle Einzelheiten dieses Zwistes zu erörtern, aber es bleibt festzustellen, dass der Bruch bald nicht mehr reparabel war. Zudem befand sich die SAP, wie auch andere linkssozialistische oder rechtskommunistische Kleinorganisationen, im Spannungsfeld zwischen SPD und KPD, die sich beide ihrerseits heftig bekämpften. Es gab zwar in der SAP Sympathien für die KPD, aber deren bedingungslose Treue der Moskauer Führung gegenüber und ihre Forderung nach einer Selbstaufgabe der SAP ließen keinen Spielraum für gemeinsames Handeln. Und dabei wäre das, angesichts des Aufstiegs der NSDAP, mehr als notwendig gewesen.

Die *Sozialistische Arbeiter-Zeitung*, das Zentralorgan der SAP, vermeldete am 6. August 1932:

»Heute morgen wurde auf den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei, Rechtsanwalt und Stadtverordneten Genossen Ernst Eckstein ein feiger faschistischer Mordanschlag verübt. Um 0.50 Uhr, nachdem Gen. Eckstein von einer großen Mitgliederversammlung der Partei aus der Stadt in seine in Zimpel, Meisenweg 14, gelegene Wohnung nach Hause gekommen war und sich zu Bett begeben hatte, wurde von der Straße durch das Fenster eine Eierhandgranate in sein Schlafzimmer geworfen.«⁴¹

Dass bei diesem Anschlag lediglich Sachschaden entstand, ist auf die Beschaffenheit der Handgranate zurückzuführen, war aber vermutlich nicht beabsichtigt. Als Täter wurden SA-Männer aus Breslau-Zimpel ermittelt, die Initiative für das Attentat ging jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit von dem »Braunen Haus« in Breslau aus, die Drahtzieher kamen wohl aus dem Umfeld des schlesischen SA-Führers Edmund Heines.

Am 30. Januar 1933 kam die NSDAP an die Macht, am 27. Februar brannte der Reichstag. Nur wenige Tage später, am 1. März, meldete die *Schlesische Zeitung*: »Eine große Anzahl von Funktionären der KPD und der SAP wurde verhaftet, darunter der Führer der Breslauer SAP, Rechtsanwalt Dr. Ernst Eckstein.«⁴²

Alle Häftlinge wurden zunächst ins Polizeipräsidium gebracht. Über deren Behandlung dort gibt es keine verlässlichen Berichte. Auf jeden Fall wurde Ernst Eckstein bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 12. März als einziger Kandidat der SAP erneut gewählt. Die Partei erhielt noch einmal 4088 Stimmen. Am 30. März wurde Edmund Heines, ehemaliger Fememörder und Gegner Ecksteins, zum Breslauer Polizeipräsidenten ernannt. Zehn Tage später beantragte Eckstein aus der Haft seine Wiederezulassung als Rechtsanwalt. Zu

41 Faschistischer Mordanschlag auf Ernst Eckstein, in: *Sozialistische Arbeiter-Zeitung*, 7.8.1932.

42 Haussuchungen in Breslau, in: *Schlesische Zeitung*, 1.3.1933.

dieser Zeit scheint er noch Hoffnung auf eine Freilassung gehabt zu haben. Aber eine Zeitungsmeldung vom 9. April, einen Tag vor diesem Antrag, wies bereits in eine andere Richtung:

»Die Frage der Unterbringung der festgenommenen Kommunisten, von denen etwa 200 voraussichtlich in Haft behalten werden, wird schon Anfang nächster Woche gelöst sein. Gegenwärtig ist man an der Strehleiner Chaussee in der Nähe des Bahndammes von Dürrgoy mit der Errichtung eines Konzentrationslagers beschäftigt [...]«.43

Für den Aufbau des Lagers wurden die Häftlinge aus dem Polizeipräsidium herangezogen.

Irmgard Enderle, Frau des Führers der nun illegalen SAP in der Stadt, hatte davon erfahren und Ernst Eckstein noch mindestens einmal gesehen:

»Jeden Morgen wurde er jetzt auf einem Leiterwagen vom Polizeigefängnis nach dem im Aufbau begriffenen Konzentrationslager Dürrgoy gefahren. Ich stand mit seiner Freundin an einer Straßenecke wo er vorbeikommen musste. Weder er noch wir wagten zu winken. Edmund Heines, berühmter Polizeipräsident von Breslau [...] hatte Eckstein an einem Abend persönlich begrüßt und ihn in der Hoffnung gewiegt, dass er freigelassen würde. Das erzählte er seiner Mutter, als sie ihn im Gefängnis besuchte.«44

An diesem Punkt hören die Gewissheiten auf. Ein Gerücht besagt, Eckstein habe sich beim Tragen von Baumstämmen, wahrscheinlich Telegrafmasten für den Bau des KZ, schwer am Kopf verletzt; ein anderes, er sei in das KZ Oels gebracht worden und dort schwer misshandelt worden. Es sind keine Berichte aus dem Polizeigefängnis überliefert, die von Folterungen Ecksteins berichten, und wahrscheinlich hätte sich dies bei seiner »Prominenz« herumsprochen.

Aus dem »Volkshaus« Oels, das von der SA beschlagnahmt worden war, sind hingegen Berichte über Folterungen bekannt. Auf jeden Fall muss Ernst Eckstein zwischen Mitte April und Anfang Mai 1933 etwas erlebt haben, das seinen Lebenswillen zutiefst erschütterte. Bei der »Eröffnung« des KZ Dürrgoy am 28. April, die auch in der Presse bekannt gegeben wurde, scheint Eckstein nicht anwesend gewesen zu sein. Die *Schlesische Tagespost* berichtete von einer plötzlichen »Erkrankung«,45 eine andere Zeitung sprach deutlicher von einem Selbstmordversuch.46

Auch die offizielle Todesmeldung spricht von einem Selbstmord: Ernst Eckstein habe mit Veronal einen Selbstmordversuch unternommen und sei darauf-

43 Große Erfolge der Kommunisten-Razzia, in: *Schlesische Zeitung*, 9.4.1933.

44 Irmgard Enderle, Breslau 1932/33, in: Anne-Marie Fabian (Hrsg.), *Arbeiterbewegung und Erwachsenenbildung. Festschrift für Walter Fabian zum 75. Geburtstag*, Köln 1977, S. 199-204, hier S. 201.

45 Bonzen hinter Stacheldraht, in: *Schlesische Tagespost*, 30.4.1933.

46 Das Breslauer Konzentrationslager, in: *Breslauer Neueste Nachrichten*, 29.4.1933.

hin ins Allerheiligenhospital eingeliefert worden. Wegen einer »Störung seiner Geistesfähigkeit« sei er danach in die »Heilanstalt für Nerven- und Gemütskranke« in der Breslauer Einbaumstraße gebracht worden, wo er am 8. Mai 1933 verstarb. Als Todesursache wurde eine aus der Veronalvergiftung resultierende Nervenentzündung angegeben.⁴⁷ Im Juli 1933 wurde der Arbeiter Alfred Seidel von einem Breslauer Sondergericht zu einem Jahr Haft verurteilt, weil er einen Tag nach Ecksteins Tod öffentlich geäußert hatte, dieser sei erschlagen worden. Der für diese Verhandlung zugezogene medizinische Sachverständige gab außer der Vergiftung noch eine Lungenentzündung und Bronchitis als Ursachen für den Tod Ernst Ecksteins an. Schon einen Tag nach Ecksteins Tod wurde die Nachricht in der Presse des Auslandes verbreitet, längere Darstellungen folgten.⁴⁸

In der von der Mutter geschalteten Todesanzeige heißt es: Ernst Eckstein habe »ausgelitten«.⁴⁹ Darüber hinaus enthielt die Anzeige auch den Hinweis auf die Beerdigung am 11. Mai auf dem Gräbschener Friedhof.

»Immerhin konnte zu diesem Zeitpunkt noch eine Bestattung auf dem Friedhof stattfinden«, erinnert sich Hans Pischner, damals jugendlicher Augenzeuge, »Tausende waren gekommen. Max Rausch [ein SAP-Sekretär, der gerade aus dem KZ entlassen worden war; K. B.] sprach die Gedenkworte. Danach sangen die vielen Menschen, meine Mutter und ich waren ebenfalls dabei – man bedenke, wann das geschah – die ›Internationale‹. Auf dem Grab durfte kein Grabstein aufgestellt werden, aber jeder Eingeweihte wusste, wo es sich befand. Stets konnte man auf ihm frische Blumen finden.«⁵⁰

Der Solidaritätsfonds der illegalen SAP benannte sich nach Eckstein, wie auch Breslau in den illegalen Zirkularen der Partei von da an »E-Stadt« hieß.

Die Erinnerung an Bernhard Schottländer wurde nach 1945 lediglich innerhalb eines kleinen Kreises schlesischer Kommunisten wach gehalten. Ernst Eckstein hingegen geriet nach dem Ende des Nationalsozialismus nicht ganz in Vergessenheit. Breslau hieß nun Wrocław, die ehemaligen schlesischen Sozialisten, die nun in Ost- oder Westdeutschland lebten, beschäftigten sich zunächst mit ihrem persönlichen Neuanfang. Der Versuch, für Ernst Eckstein eine Gedenkfeier in Erfurt zu organisieren, scheiterte am »Nein« der ehemaligen SAP-Genossen aus dem Westen, die den Ost-Organisatoren deren enge Verbindung zur SED vorwarfen. Man fürchtete, Eckstein würde zu deren Legitimierung instrumentalisiert werden. Diese Befürchtung war unbegründet, wie man heute weiß, denn in der SBZ/DDR bestand kaum Interesse an ihm. Anfang der 1950er-Jahre war

47 Bundesarchiv, R 3001/54854, S. 56.

48 So zum Beispiel im *Prager Tageblatt* und in der *Wiener Arbeiter-Zeitung*.

49 Todesanzeige Dr. Ernst Eckstein, in: *Breslauer Neueste Nachrichten*, 10.5.1933.

50 Hans Pischner, *Premieren meines Lebens*, Berlin 1986, S. 108.

Das Grab von Ernst Eckstein, vermutlich Mai 1933

man dort damit beschäftigt, frühere »Abweichler« aus Partei und Funktion zu drängen.

Es fällt auf, dass in den überlieferten Artikeln und Berichten keine Stellungnahme Ecksteins zu seiner jüdischen Herkunft zu finden ist. Es gibt aber auch keine Äußerung, in der er sie kleinredet oder verleugnet. Wahrscheinlich wusste er, dass seine Herkunft in Breslau bekannt war. Vielleicht hatte es auch keine Bedeutung für ihn, trotz oder wegen aller antisemitischen Angriffe. Es heißt, Eckstein habe für die Breslauer jüdische Gemeinschaft keine Rolle gespielt. Aber zumindest sein Tod wurde, man schaue in die Tagebücher Willy Cohns oder Walter Tausks, auch als Angriff auf einen Juden und Sozialisten wahrgenommen. Und man sollte auch auf sein Umfeld schauen: Sein jüngerer Bruder Theodor wählte einen anderen Weg. Er, der schon früh dem »Blau-Weiss« beigetreten war, wurde später einer der Führer in der zionistischen Jugendbewegung Breslaus. Schon wenige Wochen nach dem Tod seines Bruders, im Sommer 1933, emigrierte er nach Palästina.⁵¹

Es liegt eine sehr warme und persönliche Darstellung zum Leben Ernst Ecksteins vor, das Manuskript stammt von Lion Feuchtwanger. Der Tenor des Textes kann für beide – Ernst Eckstein und Bernhard Schottländer – gelten:

51 Gespräch mit Elly Freund, Bat Yam (Israel), 9.3.2011.

»Dieser Mensch so zart und friedlich von Gehabe, war im Kampf der wildeste Draufgänger, der vor der größten persönlichen Gefahr nicht zurückscheute. Sein Begriff von Heldentum war genau der entgegengesetzte wie der seiner Gegner. Der Hass der Afterrevolutionäre musste sich also mit der gleichen Kraft auf ihn konzentrieren wie die Liebe der wahren Revolutionäre; denn er war in jedem Sinne das Haupt der Arbeiterschaft seiner Stadt. Ihn treffen hieß diese Arbeiter treffen.«⁵²

52 Lion Feuchtwanger, Ernst Eckstein, Feuchtwanger Memorial Library, Special Collections, University of Southern California.

Juden in Oberschlesien, 1921-1945

In der Grenzregion Oberschlesien am östlichen Rand des Deutschen Reiches existierte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine blühende jüdische Gemeinde, deren Wurzeln bis ins Mittelalter zurückreichten. Die wechselvolle Geschichte der Region, in der deutsche und polnische Gebietsansprüche aufeinandertrafen, spiegelt sich auch in der Geschichte der oberschlesischen Juden.

Als Folge des Ersten Weltkrieges wurde das östliche Oberschlesien 1922 aufgrund einer Volksabstimmung vom Deutschen Reich abgetrennt. Ein Teil der jüdischen Bevölkerung Oberschlesiens fand sich auf polnischem Territorium wieder. Die auf deutschem Gebiet verbleibenden Juden sahen sich trotz ihres in der Abstimmungszeit bewiesenen Patriotismus schon in der Weimarer Republik mit einem zunehmenden Antisemitismus konfrontiert, der nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 zur Staatsmaxime wurde. Während die Juden im übrigen Deutschen Reich nach 1933 der Verfolgung und Entrechtung weitgehend schutzlos ausgeliefert waren, gelang es der jüdischen Bevölkerung in Oberschlesien jedoch, sich unter Berufung auf ein zwischen Polen und Deutschland 1922 in Genf unterzeichnetes Minderheitenschutzabkommen gegen die nationalsozialistische antijüdische Politik zur Wehr zu setzen. Dieser Erfolg bedeutete allerdings nicht mehr als eine Atempause. Nachdem das sogenannte Genfer Abkommen 1937 seine Geltung verlor, konnten auch die Juden in Deutsch-Oberschlesien den sich zunehmend verschärfenden Maßnahmen der Nationalsozialisten nicht mehr entgehen. Nach dem Überfall auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann, wurden der östliche Teil Oberschlesiens und weitere polnische Gebiete dem Deutschen Reich angegliedert und zu einer neuen Provinz Oberschlesien zusammengefasst. Damit fielen die im polnischen Oberschlesien verbliebenen deutschen Juden und eine große polnisch-jüdische Gemeinde in den Herrschaftsbereich der Nationalsozialisten. Deutsche und polnische Juden Oberschlesiens wurden in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet.

Dieser Beitrag gibt zunächst eine Übersicht über die jüdische Beteiligung am sogenannten Abstimmungskampf 1921, stellt dann die Entwicklung der jüdischen Gemeinde im deutschen Teil der Region dar und setzt dabei einen Schwerpunkt auf die Erlangung und die Durchsetzung der jüdischen Minderheitenrechte in Oberschlesien. Es wird nicht nur das Vorgehen der jüdischen Aktivisten sowie die konkrete Bedeutung des Minderheitenschutzes für die Lebenswelt der oberschlesischen Juden analysiert, sondern auch immer wieder die Haltung der örtlichen NS-Funktionäre beleuchtet, die sich dem jüdischen Minderheitenschutz vehement widersetzen.

Abstimmung und Teilung Oberschlesiens 1921/22

»Es bewegte sich nun Alles auf die Abstimmung am 20. März 1921 zu [...]. Die Leitung der Abstimmung in Kattowitz hatte eine dreiköpfige Kommission mit [...] meinem Vater als von allen deutschen Parteien ernannten deutschen Vertreter. [...] Auch alle in Oberschlesien geborenen aber nicht mehr wohnhaften Personen sollten am Geburtsort abstimmungsberechtigt sein, und die ganze Familie kam, die nach Berlin gezogen war, ein unbekannter Verwandter aus München meldete sich auch. Unser Haus war voll von Familienbesuch [...]. Aber in der Atmosphäre der Abstimmung war das keine Zeit, ein schönes Wiedersehen mit der Familie zu feiern.«¹

So beschreibt Walter Grünfeld, Sohn einer deutsch-jüdischen Familie aus der oberschlesischen Industriestadt Kattowitz, den »Abstimmungskampf« im Jahr 1921, der der oberschlesischen Teilung vorausging.²

Grünfelds Erinnerungen sind exemplarisch für die Haltung der jüdischen Bevölkerung Oberschlesiens, die fast einmütig für den Verbleib Oberschlesiens im Deutschen Reich eintrat. Der »Abstimmungskampf«, so wie der ihm vorausgegangene Erste Weltkrieg, gab den oberschlesischen Juden die Gelegenheit, ihren Patriotismus und ihre tiefe Verbundenheit mit der deutschen Kultur unter Beweis zu stellen. Viele oberschlesische Juden nahmen führende Stellungen in den auf deutscher Seite mit dem Abstimmungskampf betrauten Komitees ein, kämpften in den Reihen des Selbstschutzes oder, sofern sie nicht mehr in Oberschlesien wohnhaft waren, reisten aus dem ganzen Deutschen Reich ins oberschlesische Abstimmungsgebiet, um ihre Stimme für Deutschland abzugeben. Das Ergebnis der Abstimmung am 20. März 1921 ergab 59,6 Prozent der Stimmen für Deutschland, 40,4 Prozent für Polen. Aufgrund dessen wurde Oberschlesien geteilt.³

1 Walter Grünfeld, Rückblicke. Kapitel 3: Kindheit und Frühe Jugend, online unter: The Project Gutenberg E-Book, copyright by Frank Dekker, 1998, www.gutenberg.org/cache/epub/7049/pg7049.html [21.4.2012].

2 Nach dem Ersten Weltkrieg erhob der neu entstandene polnische Staat bei den Pariser Friedensverhandlungen Anspruch auf die deutsch-polnische Grenzregion Oberschlesien. Die Siegermächte entschlossen sich, mithilfe einer Volksabstimmung festzulegen, ob die Region bei Deutschland verbleiben oder Polen zugesprochen werden solle. Zu diesem Zweck wurde Oberschlesien besetzt und seine Verwaltung einer »Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission« übergeben. Der Volksabstimmung ging ein Propagandakrieg voraus, der nicht nur in Oberschlesien, sondern auch im Deutschen Reich und in Polen große Beachtung fand. Überschattet wurde das Plebiszit durch gewaltsame kriegsähnliche Zusammenstöße zwischen polnischen Insurgenten und dem deutschen Selbstschutz, die während des dritten polnischen Aufstandes ihren Höhepunkt am 21. Mai 1921 im »Sturm auf den Annaberg« erreichten.

3 Zum Abstimmungskampf und der Beteiligung der deutschen Juden siehe u. a. Peter Maser/Adelheid Weiser (Hrsg.), Juden in Oberschlesien, T. 1: Historischer Überblick, Jüdische Gemeinden, Berlin 1992, S. 45 ff.

Um die vielfältigen Probleme, die die willkürliche Grenzziehung mit sich brachte, zu beheben, schlossen Deutschland und Polen einen vom Völkerbund garantierten Vertrag. Das am 15. Mai 1922 für eine Dauer von 15 Jahren unterzeichnete »Genfer Abkommen« regelte die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Modalitäten.⁴ Darüber hinaus enthielt es Bestimmungen zum Schutz der deutschen und polnischen Minderheiten in dem geteilten Gebiet. Aber auch jüdische Minderheitsrechte wurden explizit benannt.⁵ Um die praktische Durchführung des Minderheitenschutzes zu gewährleisten, setzte der Völkerbund die »Gemischte Kommission für Oberschlesien« in Kattowitz ein, in der zwei deutsche und zwei polnische Staatsvertreter unter dem Vorsitz des vom Völkerbund ernannten Präsidenten Dr. Felix Calonder⁶ deutsche und polnische Minderheitsbeschwerden verhandelten und beileigten. Ein deutsches und ein polnisches Minderheitenamt arbeiteten der Gemischten Kommission zu und versuchten, eingehende Minderheitsbeschwerden schon im Vorfeld zu erledigen, um die Anrufung der internationalen Instanz zu vermeiden.⁷

Die Entwicklung der jüdischen Gemeinde im deutschen Teil Oberschlesiens, 1922-1932

Die Abtrennung des östlichen Teils des oberschlesischen Abstimmungsgebietes am 15. Mai 1922 riss die jüdische Gemeinschaft Oberschlesiens auseinander. Zwölf der im 1888 gegründeten »Verband der Synagogen-Gemeinden der Provinz Oberschlesien« (SGV) zusammengefassten Gemeinden befanden sich nach

- 4 Die willkürliche Grenzziehung trennte oft die Rohstoffförderung von den weiterverarbeitenden Betrieben oder riss Produktionsanlagen einfach auseinander. Darüber hinaus verlor die Region auch wichtige Absatzmärkte, siehe Konrad Fuchs, Vom deutschen Krieg zur deutschen Katastrophe, in: Norbert Conrads (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Schlesien, Berlin 1994, S. 553-692, hier S. 622 ff.
- 5 Im Artikel 71 der Genfer Konvention heißt es: »Die Juden dürfen nicht gezwungen werden, irgendwelche Handlungen vorzunehmen, die eine Verletzung ihres Sabbat in sich schließen, und sie dürfen keine Entrechtung erleiden, wenn sie sich weigern, am Sabbat vor den Gerichten zu erscheinen oder Rechtshandlungen vorzunehmen.« Siehe J. P. Warderholt [das ist Felix L. Calonder, J. C.], Das Minderheitenrecht in Oberschlesien. Die Stellungnahmen des Präsidenten der Gemischten Kommission in der Zeit von Juni 1922 bis Juni 1929, Berlin 1930, S. 22. Dieser Passus war ursprünglich Teil des zwischen Polen und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges am 28. Juni 1919 geschlossenen Minderheitenschutzvertrages. Die die jüdische Minderheit in Polen betreffenden Passagen wurden wörtlich in das Genfer Abkommen übernommen und deshalb mit dessen Unterzeichnung für beide Staaten bindend. Ihr Vorhandensein unterstützte die Argumentation der jüdischen Minderheitsaktivisten 1933.
- 6 Dr. Felix Ludwig Calonder (*1863 in Schuls, gest. 1952 in Zürich) war Schweizer Altbundesrat und Bundespräsident.
- 7 Zur Gemischten Kommission siehe Georg Weissmann, Die Durchsetzung des jüdischen Minderheitsrechtes in Oberschlesien, 1933-1937, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 6 (1963) 22, S. 154-198, hier S. 178 f.

der Abtretung Ostoberschlesiens in Polen, eine Gemeinde, Hultschin, fiel an die Tschechoslowakei. Auch die zwei vom SGV unterhaltenen oberschlesischen Wohlfahrtsanstalten, das Jüdische Waisenhaus in Rybnik⁸ und die Kinderheilstätte in Jastrzemb, befanden sich nun auf polnischem Gebiet.⁹

In Deutschland verblieben 23 Gemeinden¹⁰ mit insgesamt knapp 10 000 Mitgliedern.¹¹ Der weitaus größte Teil von ihnen, ca. 88 Prozent, lebte in den Städten Oberschlesiens – vor allem in den im deutschen Teil des oberschlesischen Industriegebietes gelegenen Großstädten Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg, in geringerem Maße aber auch in Ratibor, der Provinzhauptstadt Oppeln und Neisse. Die restlichen rund zwölf Prozent verteilten sich auf die 17 Landgemeinden.¹² Die Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung Deutsch-Oberschlesiens entsprach der des gesamten Deutschen Reiches. Auch in Oberschlesien waren Juden vorwiegend im Handel und in den freien Berufen tätig. In seinen Erinnerungen an seine Heimatstadt Gleiwitz erwähnt der Rechtsanwalt Erich Schlesinger viele jüdische Fabrikunternehmen, Warenhäuser, Geschäfte, Arztpraxen und Rechtsanwaltsbüros.¹³

Die Teilung des Abstimmungsgebietes stellte die Bevölkerung Deutsch-Oberschlesiens vor große Herausforderungen. Die Wirtschaft war durch den Verlust eines Großteils des Industriegebietes stark geschwächt und eine große Zahl von Flüchtlingen aus dem östlichen Teil Oberschlesiens begünstigte eine hohe Arbeitslosigkeit und drastische Wohnungsnot.¹⁴ Ein Problem waren auch die nach der Teilung in Deutsch-Oberschlesien zurückgebliebenen illegal agierenden bewaffneten Selbstschutzverbände. Republikfeindlich, antipolnisch und antisemitisch eingestellt, schafften sie »ein Klima latenter Selbst- und Lynchjustiz

8 Georg Wiener, Zur fünfzigsten Wiederkehr des Gründungstages des Verbandes der Synagogen-Gemeinden der Provinz Oberschlesien 1938. Ein Rückblick, Leo Baeck Institute, Georg Wiener Collection, AR 4275/M. 162.253, S. 13.

9 Ebd., S. 10.

10 Davon lagen die Gemeinden Neisse, Grottkau und Neustadt/OS außerhalb des Abstimmungsgebietes, siehe Maser/Weiser, Juden in Oberschlesien, T. 1, S. 69.

11 Im Jahr 1928 waren es 9557, siehe Siegmund Reis, Die Juden in Oberschlesien, in: Die Provinz Oberschlesien 3 (1928), S. 578 f.

12 1928 zählte die jüdische Gemeinde Beuthen 3574 Mitglieder, Gleiwitz 2021 und Hindenburg 1140. Gefolgt wurden die Gemeinden des Industriegebiets von der jüdischen Gemeinde der Stadt Ratibor mit 706 Seelen. Die jüdische Gemeinde der Provinzhauptstadt Oppeln hatte 536 Mitglieder, die außerhalb des Abstimmungsgebietes liegende Stadt Neisse 340. Die Landgemeinden hatten zusammen insgesamt 1230 Mitglieder, siehe Reis, Juden in Oberschlesien, S. 578 f.

13 Erich Schlesinger, Geschichte der Juden in Gleiwitz 1933-1945, Leo Baeck Institute Jerusalem, Document Archive, Sign. 236, S. 3.

14 Noch 1937 zeigte eine statistische Untersuchung, dass der deutsche Teil Oberschlesiens die Folgen der Teilung nicht überwunden hatte und wirtschaftlich und sozial hinter dem Rest des Reiches zurückblieb, Hans-Otto von Borcke, Die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Westoberschlesien nach der Teilung, Berlin 1937, S. 127 ff.

sowie radikaler politischer Gewalt«. ¹⁵ So kam es während des von der Inflation geprägten Krisenjahres zu pogromartigen Ausschreitungen im deutschen Teil Oberschlesiens. Am 5. Oktober 1923 und in den darauffolgenden Tagen machten in Beuthen mit Knüppeln bewaffnete Banden von jungen Männern Jagd auf die jüdische Bevölkerung und verletzten mehr als 20 Personen zum Teil schwer. ¹⁶

Am 15. November 1923 setzte die deutsche Regierung durch die Einführung der Rentenmark der Hyperinflation ein Ende. Zur Stabilisierung der Währung und der Wirtschaft, die daraufhin langsam einsetzte, war das Deutsche Reich unter anderem auf den Import von Edelmetallen angewiesen. Eine Akte aus dem Regierungspräsidium Oppeln beweist, dass auch Oberschlesien als Grenzland zu Polen hier eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Das Dokument vermittelt darüber hinaus einen Eindruck vom Zusammenleben deutscher und polnischer Juden in Oberschlesien, sowie von der zwiespältigen Haltung der deutschen Behörden gegenüber der jüdischen Bevölkerung. ¹⁷ Eine Devisenrazzia, die am 14. November 1923 in der Wechselstube des deutsch-jüdischen Edelmetallimporteurs Arnold Wiener in Beuthen stattfand und bei der in einem Hinterzimmer mehrere polnisch-jüdische angebliche Devisen- und Silberschmuggler festgenommen wurden, veranlasste die Handelskammer Oppeln zu einer scharfen Replik auf das Vorgehen der Verwaltungsbehörden. Die Handelskammer betonte die große wirtschaftliche Bedeutung des Imports russischer Silbermünzen über die oberschlesische Grenze, der mit Billigung der Zollbehörden im Geheimen stattfand und ganz in der Hand von »Ostjuden« lag. Den »reichsdeutschen« Kaufmann Arnold Wiener verteidigte die Handelskammer gegenüber den Vorwürfen der Polizei, die ihm unterstellte, mit den polnisch-jüdischen Devisenschmugglern gemeinsame Sache zu machen. Sie legte Wert auf die Feststellung, dass »Wiener wie die anderen Silberaufkäufer mit zweifelhaften Elementen zusammenarbeiten muss, wenn die Silbereinfuhr in Gang gehalten werden soll«. ¹⁸ Mit der Überwindung der Inflation stabilisierte sich auch die politische und wirtschaftliche Lage in Oberschlesien und damit die der jüdischen Gemeinden. ¹⁹

Der Breslauer Willy Cohn, dessen Erinnerungen und Tagebücher immer wieder einen Einblick in den Lebensalltag der oberschlesischen Juden geben,

15 Guido Hitze, Carl Ulitzka (1873-1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen, Düsseldorf 2002, S. 664.

16 Cornelia Hecht, Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003, S. 168 ff.

17 Arnold Wiener – Beuthen, Archiwum Państwowe w Opolu (APwO), Bestand Regierungspräsidium Oppeln, Abteilung I, Nr. 9219.

18 Ebd., S. 24 ff.

19 1924 verfügte der SGV über einen Etat von 960 Goldmark, im Jahr 1925 waren es schon 6700, im Jahr 1926 12 764 und im Jahr 1927 sogar 19 390 Mark, siehe Georg Wiener, Zur fünfzigsten Wiederkehr des Gründungstages des Verbandes der Synagogengemeinden der Provinz Oberschlesien 1938. Ein Rückblick, Leo Baeck Institute, Georg Wiener Collection, AR 4275/M. 162.253, S. 17.

beschreibt ihre Situation vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten als »materiell gut [...]«. ²⁰ Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass auch die oberschlesischen Juden, wie die Juden im restlichen Deutschen Reich, »zu Beginn der Weimarer Republik bereits eine demographisch und wirtschaftlich im Rückzug begriffene Minderheitsgruppe« darstellten. ²¹ Die Großgemeinden Deutsch-Oberschlesiens, die ein reges Gemeinde- und Vereinsleben vorweisen konnten, trotzten dem Niedergang noch. Die Landgemeinden schrumpften jedoch durch Landflucht und niedrige Geburtenraten zu »Zwerggemeinden«, die »nicht leben und nicht sterben können«, wie ein zeitgenössischer Kommentator beklagte. ²² Um diese Entwicklung aufzufangen, bezogen die Kleingemeinden Finanzhilfen vom SGV und dem Landesverband der preußischen Synagogengemeinden. Auch das seit 1915 nicht mehr existierende Bezirksrabbinat rief der SGV neu ins Leben. Von Groß-Strehlitz aus betreute Rabbiner Dr. Gerson Feinberg ab 1930 als »Wanderrabbiner« die kleinen Gemeinden der Provinz und unterstützte die örtliche jüdische Bevölkerung darin, wenigstens ein Minimum an organisiertem jüdischem Gemeindeleben zu erhalten. ²³

Die Endphase der Weimarer Republik wurde sowohl durch die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise als auch durch die zunehmende Radikalisierung der deutschen Politik geprägt. 1932 fand in Oberschlesien der sogenannte Potemba-Prozess statt, bei dem ein Sondergericht in Beuthen am 22. August 1932 fünf Nationalsozialisten wegen der brutalen Ermordung eines polnischen Kommunisten zum Tode verurteilte. Im Zuge von Protesten gegen das Urteil kam es wieder zu antijüdischen Ausschreitungen. ²⁴ Doch auch jenseits vom gewaltbereiten Antisemitismus der Extremisten gab es Anzeichen dafür, dass

20 Willy Cohn, *Verwehte Spuren. Erinnerungen an das Breslauer Judentum vor seinem Untergang*, hrsg. v. Norbert Conrads, Köln/Weimar/Wien 1995, S. 391.

21 Avraham Barkai, *Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik*, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart/Bonn 1986, S. 330-346, hier S. 330. Die statistische Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Oberschlesien glich der im restlichen Deutschen Reich. Wie diese erreichte sie ihren Höchststand um 1880 und sank danach stetig. Kurzzeitig war, anders als im restlichen Deutschen Reich, ein Anstieg der oberschlesischen Juden zu verzeichnen. Dieser war aber nur auf den Zuzug deutscher Juden aus dem nun polnischen Ostoberschlesien zurückzuführen. Siehe Georg Wiener, *Zur fünfzigsten Wiederkehr des Gründungstages des Verbandes der Synagogen-Gemeinden der Provinz Oberschlesien 1938. Ein Rückblick*, Leo Baeck Institute, Georg Wiener Collection, AR 4275/M. 162.253, S. 33.

22 Reis, *Juden in Oberschlesien*, S. 587 f.

23 Georg Wiener, *Zur fünfzigsten Wiederkehr des Gründungstages des Verbandes der Synagogen-Gemeinden der Provinz Oberschlesien 1938. Ein Rückblick*, Leo Baeck Institute, Georg Wiener Collection, AR 4275/M. 162.253, S. 20.

24 Weissmann, *Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts*, S. 195. Weissmann erwähnt hier, dass oberschlesische Zionisten schon anlässlich dieser Ausschreitungen erwogen, den Minderheitenschutz des Genfer Abkommens in Anspruch zu nehmen, aber von der Mehrheit des Beuthener Gemeindevorstands, die sich dem »assimilierten« Centralverein zugehörig fühlte, überstimmt wurden.

die gesellschaftliche Stellung der jüdischen Bürger schon vor 1933 zu erodieren begann: 1931 bewarb sich Ernst Königsfeld um die Mitgliedschaft in der Gleiwitzer Casinogesellschaft, ihm wurde jedoch vom Vorsitzenden bedeutet, dass die Chancen für seine Aufnahme aufgrund seiner jüdischen Herkunft schlecht stünden. Als die anderen jüdischen Mitglieder des Clubs daraufhin mit ihrem Austritt drohten, übte der angesehene Altbürgermeister Miethe Druck auf die nichtjüdischen Mitglieder aus, für Königsfelds Aufnahme zu stimmen, die daraufhin doch erfolgte. Unter diesen Umständen legte Königsfeld allerdings keinen Wert mehr auf eine Mitgliedschaft. »Ein oder zwei Male bin ich [...] hingegangen«, erinnerte er sich. »Inzwischen war es aber auch schon 1932 geworden, und ich bin nicht mehr hingegangen. Anfang 1933 ist der Club sowieso sofort aufgelöst worden.«²⁵

»Im Jahre 1933 zeigten sich bald pöbelhafte Exzesse gegen einzelne Juden. So wurde Dr. Ochs [der Gemeinderabbiner; J. C.], als er eines Tages aus der Synagoge kam, blutig geschlagen und mehrere andere Juden gelegentlich misshandelt. Einer Reihe von Angestellten wurde gekündigt, die Praxis von den jüdischen Rechtsanwälten und Ärzten ging rapide zurück, durch Boykott wurden alle Geschäfte schwer geschädigt.«²⁶

So schilderte Erich Schlesinger die Zustände in Gleiwitz in den ersten Wochen nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933.

Die Einforderung von Minderheitenrechten in den Jahren 1933 bis 1937

Neben den politischen Gegnern der Nationalsozialisten²⁷ waren auch die Juden Oberschlesiens schon im Februar und März 1933 Zielscheibe brutaler Übergriffe örtlicher NSDAP-Anhänger. Während das NS-Regime durch scheinbar legale Maßnahmen seine Macht konsolidierte und ganz Deutschland politisch gleichschaltete,²⁸ nahm die Parteibasis die sogenannte »nationale Revolution«

25 Interview mit Ernst G.H. Königsfeld, London, 24.4.1978, Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA HD), B. 2/16 (Lustig), Nr. 28, S. 69 f.

26 Schlesinger, Juden in Gleiwitz, S. 3. Dr. Samuel Ochs (*1886 in Zborowo, gest. 1942 in London) war in Gleiwitz von 1916 bis zu seiner Emigration nach Großbritannien im Jahr 1939 als Rabbiner tätig.

27 Eine der vielen Gewalttaten gegen politische Gegner in Oberschlesien war der Angriff auf den bekannten Zentrumsführer Prälat Carl Ulitzka (*1873 in Jaroniow, gest. 1953 in Berlin). Nach einer Großkundgebung des Zentrums in Gleiwitz am 9. März 1933 lauerten ihm SA-Männer auf und schlugen ihn nieder; siehe Hitze, Carl Ulitzka, S. 1098 f.

28 Auch in Oberschlesien übernahm die NSDAP Anfang des Jahres 1933 die Stadtparlamente und -verwaltungen. So wurde zum Beispiel der »alte Kämpfer« Max Fillusch (*1896 in Warmunthau, gest. 1965 in Hannover) zum kommissarischen Oberbürgermeister und Staatskommissar der Stadt Hindenburg ernannt, siehe Der Oberschlesische Wanderer, 1./2.4.1933, Nr. 78. Auch höhere Verwaltungsbeamte der Provinz Ober-

zum Anlass, ihre antijüdischen Ressentiments endlich ungesühnt in die Tat umzusetzen. Die sogenannten Einzelaktionen – Gewalt und antijüdischer Boykott – waren auch in Oberschlesien motiviert von einer Mischung aus antisemitischer Ideologie und handfesten wirtschaftlichen Interessen. Auch persönliche Motive spielten eine Rolle. Der jüdische Landgerichtsrat Dr. Leibuscher aus Ratibor beispielsweise wurde vom neu ernannten Landeshauptmann Josef Adamczyk mehrfach öffentlich bedroht und verleumdet, weil er 1931 als Beisitzer an einem Prozess beteiligt gewesen war, in dem Adamczyk und andere Mitglieder der NSDAP zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Nach einer Kundgebung in Peiskretscham, bei der Adamczyk gegen den »Judenbengel« Leibuscher gehetzt hatte, wurden im Haus von Leibuschers Mutter mehrere Fenster eingeschlagen.²⁹

Bemüht um die wirtschaftliche und politische Stabilisierung Deutschlands, war die nationalsozialistische Regierung in Berlin besorgt, dass die antisemitischen Übergriffe der Basis zu negativen Reaktionen aus dem Ausland führen könnten und untersagte »Einzelaktionen« gegen die jüdische Bevölkerung. Um die ungezügelte Aggression ihrer Anhänger in geordnete Bahnen zu lenken, plante sie eine reichsweite, von den örtlichen NSDAP-Stellen durchgeführte Boykottaktion.³⁰

Am Samstag, dem 1. April 1933 postierten sich SA- und SS-Männer auch in den Orten Oberschlesiens vor jüdischen Warenhäusern und Praxen jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte. Der Boykott war das Signal und der Auftakt für die systematische Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.³¹ Im Dunstkreis der »Boykottaktion« fühlten sich auch viele obereschlesische Behörden dazu angeregt, nun gezielt gegen Juden vorzugehen. So verbot beispielsweise die Stadtverwaltung in Gleiwitz jüdischen Ärzten und Krankenschwestern des städtischen Krankenhauses zum 1. April 1933 den Zutritt zu ihren

schlesien wurden bald durch NSDAP-treue Kandidaten ersetzt. Der dem Zentrum zugehörige Dr. Hans Lukaschek (*1885 in Breslau, gest. 1960 in Freiburg), der seit 1929 Oberpräsident von Oberschlesien war, wurde im Mai 1933 durch Gauleiter Helmuth Brückner (*1896 in Peilau, Schlesien, gest. 1954), Gründer der schlesischen NSDAP, abgelöst. Polizeipräsident des obereschlesischen Industriegebiets in Gleiwitz wurde der ehemalige Freikorpskämpfer und schlesische SA-Führer Hans Ramshorn (*1892 in Mittelwalde, gest. 1934 bei Breslau), der während des sogenannten »Röhm-Putsches« ermordet wurde.

- 29 Beschwerde des Rechtsanwaltes Dr. Leibuscher wegen seiner Versetzung in den Ruhestand durch das Landgericht, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 422, S. 4.
- 30 Schon am 28. und 29. März führten lokale NS-Aktivisten Boykottaktionen in allen drei Städten des obereschlesischen Industriegebietes durch. Diese »Einzelaktion« wurde auf Befehl aus Berlin abgebrochen und erst am 1. April im Rahmen des deutschlandweiten Boykotttages wieder aufgenommen, um »eine Verzerrung der Aktion« zu verhindern, siehe *Der Oberschlesische Wanderer*, 30.3.1933, Nr. 76.
- 31 Avraham Barkai, *Vom Boykott zur »Entjudung«*. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1993, S. 32.

Arbeitsplätzen,³² in Hindenburg wurde sieben jüdischen Pächtern städtischer Gewerbeflächen anlässlich des Boykotts fristlos gekündigt,³³ und der Beuthener Magistrat ordnete am 1. April die Einführung separater Badezeiten für Juden im städtischen Schwimmbad an.³⁴

Doch nicht nur die von Nationalsozialisten beherrschten städtischen Gremien nahmen den Aprilboykott als Startschuss für antijüdische Aktionen wahr, sondern auch private Unternehmen. Die Gleiwitzer Filiale des Deutschen Familien-Kaufhauses (Defaka) entließ schon am Vorabend der groß angekündigten »Boykottaktion« alle dort beschäftigten »Nichtarier«, darunter den kaufmännischen Angestellten Franz Bernheim, dessen Name für ein zeitweiliges Abweichen der Geschichte der deutschen Juden Oberschlesiens von der bekannten Abwärts-spirale jüdischer Existenz im nationalsozialistischen Deutschland steht.³⁵

Um dies zu verstehen, muss man über die Grenzen Oberschlesiens hinaus schauen. Auf der Suche nach einem Weg, die antijüdische Politik der NS-Regierung vor einem internationalen Gremium zur Sprache zu bringen, war das zionistisch dominierte Comité des Délégations Juives³⁶ auf die 1922 für das oberschlesische Abstimmungsgebiet abgeschlossene Genfer Konvention gestoßen. In Zusammenarbeit mit oberschlesischen Zionisten arbeitete der dem Comité verbundene tschechische Rechtsanwalt Dr. Emil Margulies³⁷ eine Petition aus, die am Beispiel Oberschlesiens das Vorgehen der NS-Regierung gegen die deutschen Juden dokumentierte. Unterschrieben wurde sie schließlich von Franz Bernheim, der nach seiner Entlassung nach Prag emigrierte und auf den die NS-Regierung dadurch keinen direkten Zugriff hatte. Am 17. Mai ging die sogenannte Bernheim-Petition beim Völkerbund in Genf ein.³⁸ Um eine ausgiebige Diskussion der NS-Judenpolitik vor dem Völkerbund zu verhindern, gab der

32 Beschwerde des Sanitätsrats Dr. Weissenberg aus Gleiwitz an den Magistrat in Gleiwitz wegen der Kündigung des Vertragsverhältnisses als Säuglingsfürsorgearzt und Leiter der Säuglingspflegeschule, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 539.

33 Der Oberschlesische Wanderer, 5.4.1933, Nr. 81.

34 Beschwerde des Synagogengemeinde-Verbandes in Gleiwitz in Sachen Eugen Weissmann in Beuthen und der Benutzung der Badeanstalt, APwO, Bestand Oberpräsidium Oppeln, Nr. 546, S. 18 f.

35 Zur Person Franz Bernheims und seiner Entlassung aus dem Defaka siehe Philipp Graf, Die Bernheim-Petition 1933. Jüdische Politik in der Zwischenkriegszeit, Göttingen 2008, S. 133 ff.

36 1919 in Paris gegründet, hatte sich das »Comité« schon bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg für die Belange jüdischer Minderheiten in Mittel- und Osteuropa eingesetzt. Siehe Erwin Viefhaus, Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert, Würzburg 1960, S. 89 ff.

37 Dr. Emil Margulies (*1877 in Sosnowiec, gest. 1943 in Tel Aviv) war ein prominenter zionistischer Aktivist und Vorsitzender der Jüdischen Partei der Tschechoslowakei von 1925-1935.

38 Eine Abschrift der Petition findet sich in APwO, Bestand Oberpräsidium Oppeln, Nr. 528, S. 20 ff. Das Original ist abgedruckt bei Graf, Bernheim-Petition, S. 303 ff.

deutsche Gesandte von Keller daraufhin eine Erklärung ab, in der er versicherte, dass »selbstverständlich die internationalen Verpflichtungen, die Deutschland übernommen habe, den Vorrang vor der internen deutschen Gesetzgebung hätten. Wenn in Oberschlesien die Bestimmungen des Genfer Abkommens verletzt worden sein sollten, so sei dies irrtümlich durch nachgeordnete Beamte geschehen, die infolge falscher Auslegung der Gesetze gehandelt hätten.«³⁹

Dennoch kam es zu einer ausgiebigen Debatte der Bernheim-Petition im Völkerbundsrat, in der die Ratsmitglieder die NS-Politik gegenüber den deutschen Juden scharf verurteilten. Deutschland wurde am 6. Juni 1933 verpflichtet, den Juden des oberschlesischen Abstimmungsgebiets wieder ihre vollen staatsbürgerlichen Rechte zuzugestehen und sie für das erlittene Unrecht zu entschädigen.⁴⁰ Die deutsche Regierung, die befürchtete, durch Nichtanerkennung der jüdischen Minderheitsrechte die deutschen Minderheiten im Ausland zu gefährden, signalisierte Kooperationsbereitschaft.⁴¹

Auch wenn es dem Comité nicht gelungen war, die Lage der jüdischen Bevölkerung im ganzen Deutschen Reich zu verbessern, bestand nun, mit der Resolution des Völkerbundes und der Zusage von Keller, zumindest für das oberschlesische Abstimmungsgebiet Hoffnung auf eine positive Veränderung. Am 11. Juni traten die Vertreter der oberschlesischen Juden in Gleiwitz zusammen und wählten einen sogenannten Aktionsausschuss, der sicherstellen sollte, dass die Zusage der deutschen Regierung auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wurde.⁴² Eingeladen hatte der SGV, der sich damit als politische Vertretung der jüdischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien etablierte.⁴³ Der Wahl des Aktionsausschusses gingen schwierige Verhandlungen voraus, da viele oberschlesische Juden, die sich dem »assimilierten« Judentum zurechneten, die Bernheim-Petition nicht unterstützten. Anders als die Zionisten lehnten sie es empört ab, jüdische Minderheitenrechte einzufordern. Sie definierten sich als loyale deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens und waren nicht bereit, an eine internationale Instanz zu appellieren. Wie die Wahl des Aktionsausschusses darlegt, siegte jedoch schließlich unter dem Eindruck der fortdauernden antisemitischen Übergriffe und der fortschreitenden Entrechtung auch der oberschlesischen Juden der

39 Ebd., S. 214.

40 Ebd. S. 217 ff. Die Klage Bernheims wurde an die Gemischte Kommission in Kattowitz verwiesen und dort verhandelt. Im Zuge des Verfahrens versuchten die deutschen Behörden zu argumentieren, dass die Gründe für Bernheims Entlassung nicht in seiner jüdischen Herkunft, sondern in angeblich schlechten Arbeitsleistungen und in seiner kommunistischen Einstellung zu finden seien. Dies gelang ihnen jedoch nicht überzeugend. 1935 wurde Bernheim mit 3500 RM für seine Entlassung entschädigt. Siehe APwO, Bestand Oberpräsidium Oppeln, Nr. 528, sowie APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 377.

41 Weissmann, Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts, S. 190.

42 Zur Entstehung und Arbeit des »Aktionsausschusses« siehe ebd., S. 161 ff.

43 Damit nahm er die Position ein, die der Polenbund als Vertretung der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien und der Deutsche Volksbund als Vertreter der deutschen Minderheit im polnischen Oberschlesien besaß.

Pragmatismus. Die personelle Zusammensetzung des Aktionsausschusses trug den schwierigen Umständen seiner Entstehung Rechnung. Den Vorsitz übernahm der Gleiwitzer Ehrenbürger, Justizrat Arthur Kochmann, der als Vorsteher des SGV und der Gleiwitzer jüdischen Gemeinde sowie als aktives Mitglied des Centralvereins unter den oberschlesischen Juden hohes Ansehen genoss.⁴⁴ Geschäftsführer wurde der Beuthener Rechtsanwalt und überzeugte Zionist Dr. Weissmann, der schon als Verbindungsmann des Comités in Oberschlesien an der Vorbereitung der Bernheim-Petition beteiligt gewesen war.

Trotz einiger Fortschritte – so wurden am 21. Juni 1933 die Reichsministerien angewiesen, das Berufsbeamtenengesetz und sämtliche andere gegen sogenannte Nichtarier erlassenen Gesetze in Oberschlesien nicht anzuwenden⁴⁵ – zeichnete sich für den Aktionsausschuss bald ab, dass die deutsche Regierung ihre internationalen Verpflichtungen zwar anerkannt hatte, aber nur begrenztes Interesse daran hatte, die Lage der oberschlesischen Juden tatsächlich zu verbessern. Vor allem zeigte sie wenig Initiative, die lokale NS-Anhängerschaft in Partei und Verwaltung für ihre permanenten Über tretungen des Genfer Abkommens zur Verantwortung zu ziehen.

Auch zur Zusammenarbeit mit dem Aktionsausschuss zeigte die Regierung wenig Bereitschaft. Mehrere Vorsprachen in Berlin und eine erneute Eingabe in Genf brachten keine reale Verbesserung der Lage, sondern gefährdeten stattdessen zeitweilig die Legitimation des SGV als Gesamtvertretung der oberschlesischen Juden.⁴⁶ Im November 1933 beschloss der Aktionsausschuss, nicht weiter auf die Kooperation der deutschen Regierung zu hoffen, sondern den offiziellen Weg der Minderheitsbeschwerde über das deutsche Minderheitenamt und die Gemischte Kommission in Kattowitz einzuschlagen. Deren Präsident Calonder hatte schon vor der Eingabe der Bernheim-Petition, anlässlich des Boykotts vom 1. April, gegenüber der deutschen Regierung erklärt, für jüdische Minderheits-

44 Arthur Kochmann (*1864 in Gleiwitz, gest. 1943 in Auschwitz) war preufischer Landtagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und Gleiwitzer Ehrenbürger.

45 Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg ²1996, S. 32.

46 Am 18. November 1933 schrieb Staatssekretär Grauert vom Preufischen Innenministerium an den Oberpräsidenten in Oppeln: »Ich muss es grundsätzlich ablehnen, weiterhin mit dem Verband zu arbeiten, nachdem er sich bereits zweimal während schwebender Verhandlungen an internationale Instanzen gewandt [...] hat. [...] Ich bitte, sich meinem Vorgehen anzuschließen und Eingaben des Synagogen-Gemeinde-Verbandes grundsätzlich zurückzuweisen.« Siehe APwO, Bestand Oberpräsidium Oppeln, Nr. 631, S. 1 ff. Dieser Versuch scheiterte jedoch am Widerstand des Oberprasidiums in Oppeln, das eine weitere Zusammenarbeit mit dem SGV befürwortete, da es andernfalls eine Über schwemmung der Behörde mit Einzelklagen und eine größere Zahl von Beschwerden bei internationalen Instanzen befürchtete.

beschwerden zuständig zu sein.⁴⁷ Als »alter Schweizer Liberaler und überzeugter Anhänger des Toleranzprinzips«⁴⁸ erwies er sich im Laufe der nächsten Jahre als unschätzbare Verbündeter der jüdischen Minderheit. Auch wenn seine Urteilsprüche keine bindende Kraft hatten, besaßen sie dennoch viel Gewicht, da die deutsche Regierung negative Stellungnahmen, die Aufmerksamkeit auf die anti-jüdische Politik gelenkt hätten, um jeden Preis vermeiden wollte. Mit viel diplomatischem Geschick gelang es Calonder, die Belange der jüdischen Minderheit zu unterstützen. So bot seine Auffassung, dass Parteiorgane im nationalsozialistischen Deutschland nach dem im Dezember 1933 erlassenen »Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat« quasi-behördlichen Charakter besäßen, den oberschlesischen Juden die Möglichkeit, sich per Minderheitsbeschwerde auch gegen antisemitische Maßnahmen nichtstaatlicher Stellen zur Wehr zu setzen.⁴⁹

Bis 1937 gingen ungefähr 150 jüdische Minderheitsbeschwerden bei der Gemischten Kommission ein, darunter vom SGV stellvertretend für die jüdische Gemeinschaft geführte Kollektivbeschwerden, aber auch eine große Anzahl von Einzeleingaben, mit denen sich jüdische Oberschlesier gegen Diskriminierungen und Benachteiligungen wehrten.⁵⁰

Eine der ersten Kollektivbeschwerden, die der SGV bei Präsident Calonder einreichte, betraf das Verbot des rituellen Schächtens: Vom 1. April 1933 an wurde das Schlachten nach jüdischem Ritus in Oberschlesien unmöglich gemacht. Zuerst erschienen vom Boykott beflügelte übereifrige Nationalsozialisten in den städtischen Schlachthäusern, bedrohten die jüdischen Schächter und entwendeten ihnen die Schächtmesser.⁵¹ Schon am 5. April 1933 wurden diese Einzelaktionen durch ein lokales Schächtverbot,⁵² einen Monat später durch ein deutschlandweites Gesetz⁵³ offiziell legitimiert. In den auf die Minderheitsbeschwerde folgenden Verhandlungen versuchte die deutsche Seite, den Minderheitenschutz auszuhebeln, indem sie sich auf das antisemitische Scheinargument berief, Schächten sei Tierquälerei und verstoße deshalb gegen die guten Sitten und die öffentliche Ordnung.⁵⁴ Dass die deutsche Argumentation keinen Erfolg

47 Art. 585 des Genfer Abkommens räumte dem Präsidenten das Recht ein, auf eigene Initiative bei einem Staatsvertreter vorstellig zu werden, wenn er Verstöße gegen das Genfer Abkommen bemerkte, Philipp Caspar Mohr, *Kein Recht zur Einmischung? Die politische und völkerrechtliche Reaktion Großbritanniens auf Hitlers »Machtergreifung«* und die einsetzende Judenverfolgung, Tübingen 2002, S. 40 f.

48 Weissmann, *Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts*, S. 170.

49 Ebd.

50 Ebd., S. 178.

51 Beschwerde des Synagogengemeinde-Verbandes der Provinz OS wegen des Verbotes des rituellen Schächtens, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 408/409, S. 1 f.

52 *Der Oberschlesische Wanderer*, 5.4.1933, Nr. 81.

53 Walk (Hrsg.), *Sonderrecht für die Juden*, S. 15.

54 Art. 66, Abs. 2, der Genfer Konvention verfügte: »Alle Einwohner [...] sollen das Recht auf freie private und öffentliche Ausübung jeden Bekenntnisses, jeder Religion oder Weltanschauung haben, deren Betätigung nicht mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten unvereinbar ist.« Siehe Warderholt, *Minderheitenrecht*, S. 20.

hatte, beweist ein Schreiben des deutschen Staatsvertreters Graf Matuschka an das deutsche Minderheitenamt:

»Die Sache ist leider nicht so gut gelaufen, wie ich ursprünglich dachte. [...] Am meisten Eindruck machten anscheinend auf den Präsidenten die Ausführungen der polnischen Mitglieder, dass das Schlachtgesetz monatelang vor dem eigentlichen Tierschutzgesetz ergangen und im Zuge der um dieselbe Zeit in Kraft gesetzten antisemitischen Ariegesetzgebung erlassen worden sei. Daraus ergebe sich, dass die Gründe für das Gesetz nicht in tierschützerischen Motiven, wie ich ständig betonte, sondern in antisemitischen Tendenzen läge.«⁵⁵

Das Ergebnis der Verhandlungen war eine am 15. August 1934 geschlossene Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und dem SGV, die das rituelle Schächten von Großvieh an den Schlachthöfen Beuthen und Gleiwitz gestattete.⁵⁶ Obwohl eine Schächtquote festgelegt wurde, die sicherstellen sollte, dass nur der Bedarf der oberschlesischen Juden an koscherem Fleisch gedeckt werde, beweisen diverse Gerichtsverhandlungen in den folgenden Jahren, dass jüdische und nichtjüdische Fleischer und Fleischhändler koscheres Fleisch aus Oberschlesien exportierten und damit Juden im restlichen Deutschen Reich mit koscherem Fleisch versorgen konnten.⁵⁷

Doch nicht nur das Schächten wurde in Oberschlesien wieder möglich. Auch andere Minderheitsrechte wurden mit Erfolg erstritten: Jüdische Sportvereine, denen Stadtverwaltungen im Zuge des Aprilboykotts die Nutzung öffentlicher Turnhallen untersagt hatten, konnten wieder Sport treiben.⁵⁸ Die von der Gestapo verhängte polizeiliche Anmeldepflicht für Sitzungen und Veranstaltungen jüdischer Vereine wurde zurückgezogen.⁵⁹ Staatliche Subventionen für die oberschlesischen Synagogengemeinden⁶⁰ und die landwirtschaftliche Ausbildung

55 Beschwerde des Synagogengemeinde-Verbandes der Provinz OS wegen des Verbotes des rituellen Schächtens, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 408/409, S. 130f.

56 Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und dem SGV, Das rituelle Schächten von Großvieh v. 15.8.1934, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 408/409, S. 144 ff.

57 Beschwerde des Polenbundes in Sachen des Minderheitsangehörigen Antoni Skapczyk aus Ostroppa, Krs. Gleiwitz, wegen seiner Entlassung aus den Oberschlesischen Hüttenwerken, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 412.

58 Beschwerde des Synagogengemeinde-Verbandes der Provinz OS wegen Entziehung der Turnhallen von jüdischen Turn- und Sportvereinen, APwO, Bestand Oberpräsidium, Nr. 532.

59 Beschwerde des Synagogengemeinde-Verbandes der Provinz OS wegen Anordnung polizeilicher Anmeldung von Sitzungen und Versammlungen jüdischer Vereine, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 526.

60 Beschwerde des Synagogengemeinde-Verbandes der Provinz OS wegen Nichtgewährung von Staatszuschüssen für Zwecke der Erziehung, der Religion und der Wohlfahrt, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 407. Zwischen 1933 und 1937 erhielten die jüdischen Gemeinden des Abstimmungsgebietes so insgesamt 150 000 Reichsmark für

jüdischer Jugendlicher wurden erkämpft.⁶¹ Aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet stammende jüdische Studenten der Rechtswissenschaften und der Medizin erhielten ihre Approbation.⁶² Sogenannter Rassenkundeunterricht und antisemitische Lehrbücher waren nicht erlaubt⁶³ und sogar der Verkauf der antisemitischen Hetzpublikation *Der Stürmer* war im gesamten oberschlesischen Abstimmungsgebiet verboten.⁶⁴ Aber vor allem wurden die 1933 erlassenen antijüdischen Gesetze für Oberschlesien rückgängig gemacht und die Durchführung weiterer diskriminierender gesetzlicher Maßnahmen ausgesetzt, wie sie vor allem mit den 1935 erlassenen sogenannten Nürnberger Gesetzen⁶⁵ im restlichen Deutschland ergriffen wurden. Damit war es den jüdischen Aktivisten also gelungen, in Oberschlesien ein Stück Verfassung und Rechtssicherheit aus der Zeit der Weimarer Republik wieder einzuführen und zu erhalten.

Trotz dieser Erfolge war das tägliche Leben der oberschlesischen Juden unter der NS-Herrschaft jedoch alles andere als unbeeinträchtigt. Der Kampf gegen Boykott und antisemitische Hetze glich einer Sisyphusarbeit. Kaum war ein Teilerfolg errungen, zeigte sich an anderer Stelle schon wieder ein Verstoß gegen die Rechte der Minderheit. Eine Veröffentlichung der Ortsgruppe Gleiwitz des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes zeigt, gegen welche Gesinnung die jüdischen Aktivisten zu kämpfen hatten:

»Augen auf, deutsche Volksgenossen« [...] Die Juden sind nach der Genfer Entscheidung im Falle Bernheim als Minderheit in Oberschlesien anerkannt worden. [...] Jüdische Rabulistik hat also mithilfe ihrer internationalen Verbindungen für Oberschlesien einen Ausweg gefunden. [...] An Euch, deutsche Volksgenossen, wird es liegen, den Juden die gehörige Antwort zu geben. Ein wahrer Deutscher darf keinem jüdischen Rechtsanwalt seinen Prozess anvertrauen und bei keinem jüdischen Arzt seine Heilung suchen, da er dadurch das Judentum stärkt und das Deutschtum schädigt.«⁶⁶

religiöse, wohlthätige und erzieherische Zwecke vom deutschen Staat, mehr als während der Weimarer Republik.

- 61 Erst fand die Ausbildung bei oberschlesischen Bauern, später auf dem zu diesem Zweck eingerichteten Hachschara-Lehrgut Ellguth bei Neustadt/OS statt, siehe Weissmann, Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts, S. 175.
- 62 Beschwerde von Hans Bandmann, Kand. Med. aus Gleiwitz, wegen Verweigerung der Bestallung als Arzt, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 726.
- 63 Beschwerde des Synagogengemeinde-Verbandes in Gleiwitz über das eingeführte Heise-Hüber-Rechenbuch in OS, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 700.
- 64 Beschwerde des Synagogengemeinde-Verbandes der Provinz OS wegen Verbreitung der judenfeindlichen Zeitschrift »Stürmer«, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 495.
- 65 Die am 15. September 1935 erlassenen »Nürnberger Gesetze« bestanden aus dem sogenannten Reichsbürgergesetz, das Juden die staatsbürgerlichen Rechte entzog, und dem »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«, mit dem die Eheschließung und der Geschlechtsverkehr zwischen Juden und »Ariern« unter Strafe gestellt wurde. Die »Nürnberger Gesetze« legten außerdem verbindlich fest, wer im nationalsozialistischen Deutschland als »Jude«, »Halbjude« und »Vierteljude« galt.
- 66 Judenfrage, APwO, Bestand Oberpräsidium Oppeln, Nr. 343, S. 57.

Tatsächlich war der wirtschaftliche Boykott trotz des Minderheitenschutzes ein sehr effektives Mittel, um gegen die jüdische Bevölkerung Oberschlesiens vorzugehen. Betrieben wurde er nicht nur von Parteistellen und Privatpersonen, sondern in großem Maße auch von den örtlichen Verwaltungen, die kaum mehr Aufträge an jüdische Firmen vergaben und jüdische Firmen und Geschäfte damit in den finanziellen Ruin trieben.

Angehörige der jüdischen Minderheit beschwerten sich über diese Benachteiligung sowohl beim Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien als auch beim Minderheitsamt, konnten aber oft nicht viel erreichen. So legte Fritz Waldmann, Inhaber einer Installationsfirma, die vor 1933 ausschließlich für Behörden tätig gewesen war, 1934 eine Minderheitsbeschwerde ein, weil die Stadtverwaltung Gleiwitz ihm seit April 1933 keinen Auftrag mehr erteilt hatte. Das Minderheitsverfahren zog sich über Jahre hin, ohne dass sich an diesem Zustand etwas änderte. Alle Waldmann gegenüber gemachten Zusagen erwiesen sich als leere Versprechungen. Der konsequenten Auftragsverweigerung, die, wie aus der Akte hervorgeht, vor allem darauf zurückzuführen war, dass der Gleiwitzer Oberbürgermeister Meier Druck auf die ihm unterstellten Beamten ausübte, war auch durch das Minderheitsverfahren nicht abzuwenden. Schließlich wurde das Verfahren 1937 geschlossen, ohne dass Waldmann zu seinem Recht gekommen wäre.⁶⁷

Gelegentlich war es sogar nötig, sich über die Behörden zu beschweren, die direkt für die Durchsetzung des Minderheitenschutzes zuständig waren. Das oberschlesische Oberpräsidium, dem der schlesische Gauleiter Helmuth Brückner vorstand, wies in mehreren Veröffentlichungen auf die Einhaltung des Minderheitenschutzes hin.⁶⁸ Dennoch hielt Oberpräsident Brückner am 25. März 1934 in Oppeln eine Rede, in der er wirtschaftspolitische Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung ankündigte. In einer Beschwerde über diesen Vorfall konstatierte Rechtsanwalt Weissmann:

»Diese Verletzung [des Genfer Abkommens; J. C.] wiegt um so schwerer, als die bei so feierlichem Anlasse vor vielen Tausenden von Menschen gefallene Äußerung aus dem Munde des Oberpräsidenten herrührt, also des Leiters der obersten Verwaltungsbehörde im Abstimmungsgebiete, welcher gemäß Artikel 150 Absatz 1a G. K. in besonderem Masse dazu berufen ist, die Rechte der Minderheiten, also auch der jüdischen Minderheit, zu wahren.«⁶⁹

67 Beschwerde des Kaufmanns Fritz Waldmann aus Gleiwitz wegen Nichterteilung von Aufträgen durch Behörden, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 547, S. 4a.

68 So zum Beispiel am 14. Juni und 8. August 1934; siehe Weissmann, Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts, S. 195f. Auch in dem von Brückner unterzeichneten Gaubefehl 14/34 wurden die oberschlesischen Parteistellen und angeschlossenen Gruppierungen mit Nachdruck zur Einhaltung des Genfer Abkommens aufgerufen, APwO, Bestand Regierung Oppeln, Abteilung I, Nr. 2011, S. 385.

69 Beschwerde von Georg Hecht aus Hindenburg wegen Arbeitsentlassung, APwO, Bestand Minderheitsamt, Nr. 643, S. 217f.

Angesichts solch eindeutiger Signale der örtlichen Behörden verwundert es nicht, dass die oberschlesischen Nationalsozialisten sich über den jüdischen Minderheitenschutz, den sie als Provokation empfanden, oft einfach hinwegsetzten. Bestärkt wurden sie von dem Bewusstsein, dass ein Verstoß gegen das Genfer Abkommen meist keine nennenswerten Folgen nach sich zog.

Das galt nicht nur für den sogenannten stillen Boykott, der auch die oberschlesischen Juden in die wirtschaftliche Verarmung trieb, sondern auch für lautstarke antisemitische Hetze, die den Alltag der oberschlesischen Juden überschattete. Im Juli 1935 beschwerte sich Präsident Calonder über die »gegen die jüdische Minderheit im deutschen Teil des ehemaligen Abstimmungsgebietes gerichteten Kundgebungen in Form von Hassgesängen und judenfeindlichen Veröffentlichungen [...]«.70 Anlass war die im Vorfeld der »Nürnberger Gesetze« auch in Oberschlesien einsetzende verstärkte Hetze gegen sogenannte Rassenschänder, die ihren Höhepunkt in der öffentlichen Misshandlung der Frisörin Charlotte Teichgräber in Beuthen fand, die mit einem Juden verlobt war.⁷¹

Die »Nürnberger Gesetze«, mit denen die deutschen Juden ihre Bürgerrechte verloren, wurden am 15. September 1935 veröffentlicht.⁷² Auch wenn sie im oberschlesischen Abstimmungsgebiet nicht gültig waren, entging natürlich auch den oberschlesischen Juden die volle Tragweite dieser diskriminierenden Gesetzgebung nicht. Einen Monat später, anlässlich des Simchat Tora-Festes⁷³ im Oktober 1935, erging eine Mitteilung Justizrat Kochmanns an die jüdische Gemeinde Gleiwitz, die anschaulich macht, unter welchem Druck der jüdische Alltag in Oberschlesien trotz des Genfer Abkommens stand und wie die oberschlesischen Juden dennoch versuchten, jüdisches Leben aufrechtzuerhalten und Stärke aus ihrer jüdischen Identität zu ziehen:

70 Verantwortlich machte er dafür vor allem die örtliche SA, SS und die Polizei; Juden, APwO, Bestand Regierungspräsidium Oppeln, Abteilung I, Nr. 2011, S. 399.

71 Die Kattowitzer Zeitung »Polska Zachodnia«, die die Vorgänge jenseits der Grenze genau beobachtete und oft hämisch kommentierte, beschrieb den »Fall Teichgräber« am 25. Juli 1935 wie folgt: »Am vergangenen Dienstag erregte ein origineller Demonstrationszug durch die Straßen Beuthens eine ungeheure Sensation. In der Mitte der Bahnhofstraße ging, begleitet von mehreren Dutzend uniformierten Hitlerleuten, ein junges, gut aussehendes, weinendes Mädchen, das an der Brust eine Tafel mit folgender Aufschrift trug: »Eine jüdische Kokette«. Der abasierte Kopf dieser jungen Frau war mit Teer beschmiert. [...] Der an das Mittelalter erinnernde Umzug kam bis auf den Ring, wo erst dort die Polizei einschritt, das Mädchen aus den Händen der Hitlerleute entgegennahm und die Menge auseinandertrieb. [...] Wie aus den Pressenachrichten bekannt ist, ist das nicht der erste Vorfall in dem hitlerischen Deutschland.« APwO, Bestand Oberpräsidium Oppeln, Nr. 788, dt. Übersetzung v. 29.7.1935.

72 Siehe Anm. 66.

73 Das Mitte September bis Anfang Oktober stattfindende Simchat Tora (Fest der Thora-freude) markiert Ende und Beginn des jährlichen Zyklus der Lesung der fünf Bücher Moses im Gottesdienst. Die Thorarollen werden aus dem Thoraschrein genommen und mit Tanz und Gesang durch die Synagoge getragen. Die Kinder tragen Fähnchen mit einer Abbildung der Thora.

»Die Umzüge an dem Vorabend und Morgengottesdienst des Simchas-Thaurot-Festes sollen in der hier üblichen Weise auch in diesem Jahr erfolgen. Es sollen sich also auch die Kinder an den Umzügen beteiligen. Da wir befürchten, dass die Kinder, wenn sie ihre Fahnen offen auf der Straße tragen, belästigt werden könnten, wollen Sie dafür sorgen, dass die Fahnen, die von den Kindern mitgebracht werden, in Papier verpackt sind oder schon vorher in der Synagoge abgegeben werden.« Kochmanns Aufruf endet mit den Worten: »Beim Ausgang der Feiertage geben wir der Hoffnung Ausdruck, dass die Weihe der Feiertage Ihnen die Kraft und den Stolz gegeben hat, alles das, was ein hartes

Arthur Kochmann, ca. 1930

Geschick uns gegenwärtig auferlegt, geduldig zu ertragen.«⁷⁴

Weder der wirtschaftliche Boykott, noch die täglichen Schikanen, Diskriminierungen und Bedrohungen ließen sich also durch Minderheitsbeschwerden umfassend abstellen. Dennoch muss hervorgehoben werden, dass im oberschlesischen Abstimmungsgebiet Unrecht noch nicht zum allgemeingültigen Recht erhoben war, dass es hier die Möglichkeit gab, sich aktiv gegen die NS-Verfolgung zur Wehr zu setzen. Dies hatte Auswirkungen auf das alltägliche Leben der jüdischen Bevölkerung. Anlässlich einer Vortragsreise nach Oberschlesien notierte Willy Cohn in seinem Tagebuch: »Es fällt einem immer wieder auf, dass die jüdischen Menschen in O/S ihren Kopf viel freier tragen können.«⁷⁵

Mit der Außerkraftsetzung des Genfer Abkommens am 15. Juli 1937 fand jedoch die besondere Stellung der oberschlesischen Juden ihr Ende. Schon im Jahr 1935 fanden erste Vorarbeiten zum Ablauf des Abkommens statt. Während die jüdischen Aktivisten eine Verlängerung des Minderheitenschutzes über 1937 hinaus anstrebten,⁷⁶ wurde diese Option von zuständigen Regierungsstellen schon 1935 in Zweifel gezogen. In einem Memorandum heißt es:

»Die jüdische Minderheit wird in der Zukunft wohl ausgeschaltet werden können, da die zutreffende Neuregelung in unmittelbarer Verhandlung mit

74 Mitteilung Justizrat Kochmann an die jüdische Gemeinde Gleiwitz, Archiwum Żydowski Instytut Historyczny (AŻIH), Bestand Gemeinde Gleiwitz, Nr. 69, S. 117.

75 Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941, hrsg. v. Norbert Conrads, Bd. 1, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 130.

76 Weissmann, Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts, S. 181 ff.

Polen erfolgen würde im Gegensatz zu den Verhandlungen über das Genfer Abkommen von 1922, das unter der Führung und dem Druck des Völkerbundsrates [...] beschlossen wurde.«⁷⁷

Bei einer Vorsprache im Innenministerium in Berlin am 17. Februar 1937 bat Dr. Weissmann darum, antisemitische Zwischenfälle im Zusammenhang mit dem Ablauf des Genfer Abkommens in Oberschlesien zu verhindern. Er verwies auf Anzeichen dafür, »dass bestimmte Kreise an der Judenschaft Rache nehmen wollen, weil sie sich seit 1933 zur Minderheit bekannt habe.«⁷⁸

Auch die deutschen Behörden wollten im Hinblick auf das »internationale Ansehen«⁷⁹ des Deutschen Reiches Ausschreitungen in Oberschlesien um jeden Preis vermeiden. In dem Bewusstsein, dass die Weltöffentlichkeit in diesen Tagen nach Oberschlesien schaute,⁸⁰ wurden Vorkehrungen für einen reibungslosen Ablauf des 15. Juli 1937 getroffen.⁸¹ Der Regierungspräsident in Oppeln instruierte örtliche NS-Organisationen, ihren Mitgliedern jede »Einzelaktion« gegen die jüdische und polnische Minderheit strengstens zu untersagen.⁸² Ein »Führerstab« aus SA- und SS-Führern, Kreisleitern, HJ- und NSKK-Funktionären sowie eines Vertreters der Staatspolizei Oppeln musste sich ab dem 14. Juli 1937 für einige Tage in Gleiwitz aufhalten, um im ständigen Kontakt mit dem Polizeipräsidenten sofort handlungsbereit zu sein.⁸³ Auch die Landräte, Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten des ehemaligen Abstimmungsgebiets wurden aufgefordert, sich bereit zu halten.⁸⁴ In einer Besprechung am 9. Juli 1937 forderte der Regierungspräsident die oberschlesische Presse auf, ihren Beitrag zu einem ruhigen Verlauf des 15. Juli zu leisten und »Nachrichten über etwaige Zwischenfälle [...] sorgfältig zu prüfen und, soweit erforderlich, in möglichst unauffälliger Form zu bringen.«⁸⁵ Auch ein 24-stündiges Verbot des Ausschanks und Verkaufs von Branntwein im Industriegebiet wurde als Maßnahme »zur wirksamen Verhütung von Einzelaktionen« verhängt.⁸⁶ Angesichts solcher Vorkehrungen endete das Genfer Abkommen am 15. Juli 1937 dann tatsächlich ohne größere Zwischenfälle.

77 Genfer Vertrag v. 15.5.1922, APwO, Bestand Oberpräsidium Oppeln, Nr. 320, S. 318.

78 Ablauf des Genfer Abkommens, Bd. II, APwO, Bestand Regierungspräsidium Oppeln, Abteilung I, Nr. 2095, S. 61.

79 Ebd., S. 57.

80 Laut einer vom Innenministerium zitierten Aussage des Mitglieds der Gemischten Kommission, Graf Matuschka, hatte vor allem die englische Öffentlichkeit großes Interesse an der Art, wie die Juden Oberschlesiens nach dem 15. Juli 1937 behandelt werden würden, siehe ebd.

81 Dabei galt das Augenmerk nicht nur dem gewaltsamen Vorgehen gegen Juden, sondern auch gegen Angehörige der polnischen Minderheit. Auch eine etwaige Massenflucht deutscher Minderheitsangehöriger aus Ostoberschlesien wurde befürchtet. Ebd., S. 383.

82 Ebd., S. 337.

83 Ebd., S. 272.

84 Ebd., S. 331.

85 Ebd., S. 319.

86 Ebd., S. 389 ff.

Knapp zwei Wochen später kam es in Beuthen jedoch zu pogromartigen Ausschreitungen,⁸⁷ in deren Verlauf mehrere jüdische Geschäfte und Geschäftsinhaber angegriffen wurden, die Beuthener kleine Synagoge beschädigt und die in einem Nebenraum untergebrachte Kleiderkammer der jüdischen Winterhilfe geplündert wurde.⁸⁸ Auch in anderen Orten Oberschlesiens kam es in den Monaten nach Ablauf des Genfer Abkommens zu antijüdischen Aktionen, wenngleich sie auch nicht Ausmaße wie die in Beuthen annahmen.⁸⁹ Die ober-schlesischen Behörden schrieben die Eskalation der Lage den ober-schlesischen Juden selbst zu, die immer noch glauben würden, Sonderrechte für sich in Anspruch nehmen zu können und deren »dreiste[s] Auftreten« eine Provokation der Bevölkerung bedeute.⁹⁰ In einer Presseerklärung, die nach den Ereignissen in Beuthen auch im Jüdischen Gemeindeblatt erscheinen musste, wurden die ober-schlesischen Juden aufgefordert, sich »mit aller Deutlichkeit klar [zu] machen, dass die im übrigen Deutschland bestehenden Gesetze und Bestimmungen seit dem 15. Juli im vollen Umfange auch in Oberschlesien gelten«.⁹¹

Die antijüdische Gesetzgebung trat automatisch in Kraft. Ein am 30. Juni 1937 erlassenes »Gesetz über die Maßnahmen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet« regelte die Entlassung jüdischer Beamter, Ärzte und Rechtsanwälte, die spätestens bis zum Jahresende erfolgen musste.⁹² Unter Berufung auf §16 dieses Gesetzes wurde auch damit begonnen, ober-schlesische Juden auszubürgern, die ihre deutsche Staatsbürgerschaft nach dem 9. November 1918

87 Ebd., S. 531.

88 Ebd., S. 577 f.

89 Nicht nur in Beuthen, auch in Gleiwitz und Hindenburg kam es laut Justizrat Arthur Kochmann zu »Belästigungen« von Juden; siehe Justizrat Arthur Kochmann an Dr. Leo Brauer, 29.7.1937, AŽIH, Gmina Gliwice, Nr. 119. Laut Brauers Antwort vom 30. Juli 1937 wurden auch in Ratibor und Klausberg Geschäftsschilder und Schaufenster beschmiert; ebd. Zu Klausberg siehe auch APwO, Bestand Regierungspräsidium Opatowitz, Abteilung I, Nr. 2095, S. 592. Am 3. August blockierten vier Männer den Eingang vom Kaufhaus Leschziner in Gleiwitz und erklärten Kunden, die fällige Raten bezahlen wollten, sie bräuchten Juden keine Schulden zurückzuzahlen, Polizeipräsident in Gleiwitz an Regierungspräsidenten v. 3.8.1937, APwO, Bestand Regierungspräsidium Opatowitz, Abteilung I, Nr. 2012.

90 Polizeipräsident für das ober-schlesische Industriegebiet an Justizrat Arthur Kochmann v. 10.8.1937, AŽIH, Gmina Gliwice, Nr. 161.

91 Ablauf des Genfer Abkommens, Bd. II, APwO, Bestand Regierungspräsidium Opatowitz, Abteilung I, Nr. 2095, S. 587 f.

92 Veröffentlicht im Reichsgesetzblatt I, 2.7.1937, Nr. 76. Durch das am 5. Januar 1938 erlassene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet und die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Maßnahmen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet vom 15. Januar 1938 wurde der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmungen für einen Teil der Betroffenen (v. a. sogenannte jüdische Mischlinge) allerdings noch einmal für ein Vierteljahr verschoben, siehe Walk (Hrsg.), Sonderrecht für die Juden, S. 211 f.

erhalten hatten, eine Maßnahme, die im Rest des Deutschen Reiches schon seit 1933 durchgeführt worden war.⁹³

Auch die behördliche und privat betriebene Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben wurde nun völlig ungehindert und massiv betrieben. Ein Beispiel von vielen ist die massenweise erfolgte Schließung von Lokalen jüdischer Gastwirte durch den Polizeipräsidenten des oberschlesischen Industriegebietes in Gleiwitz, die Mitte August 1937 eingeleitet wurde. Unter dem Vorwand hygienischer Mängel, der politischen Unzuverlässigkeit und mit dem Verweis auf marginale Vorstrafen oder kleine rechtliche Vergehen wurde Juden die Schanklizenz entzogen und ihre wirtschaftliche Existenz ruiniert.⁹⁴ So hörte mit dem Ablauf des Genfer Abkommens der »Naturschutzpark« Oberschlesien, wie das ehemalige Abstimmungsgebiet von oberschlesischen Juden ironisch genannt wurde,⁹⁵ buchstäblich über Nacht auf zu existieren. Viele Juden flohen ins Exil. Am 24. Oktober notierte Willy Cohn: »Es hat sich viel in Beuthen seit diesem Sommer geändert, und es sind viele abgewandert.«⁹⁶

Die Radikalisierung der Verfolgung und die Zerstörung der jüdischen Gemeinden

Die Zurückbleibenden erlebten die Radikalisierung der NS-Judenpolitik, die mit dem Jahr 1938 auch über die oberschlesischen Juden hereinbrach. Mit einer Flut von Gesetzen und Verordnungen wurde im gesamten Deutschen Reich der endgültige Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft vorbereitet. Die »Arisierung« jüdischer Firmen war in vollem Gange. Außerdem stieg die Gewaltbereitschaft gegenüber der jüdischen Bevölkerung deutlich an.⁹⁷ Für die oberschlesischen Juden, die kurz zuvor noch als gleichberechtigte Bürger die Möglichkeit gehabt hatten, sich zumindest formalrechtlich aktiv gegen Diskriminierungen zur Wehr zu setzen, muss die

93 1938 wurde 84 oberschlesischen Juden die Staatsbürgerschaft entzogen, darunter dem Gleiwitzer Rabbiner Dr. Ochs; Nachweisung über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit, APwO, Bestand Regierungspräsidium Oppeln, Abteilung I, Nr. 11169, S. 1 ff.

94 Julia Cartarius, Schutz und Verfolgung. Die Oberschlesischen Juden in den Jahren 1933-1938, in: Heike Müns/Matthias Weber (Hrsg.), »Durst nach Erkenntnis [...]«. Forschungen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Zwei Jahrzehnte Immanuel-Kant-Stipendium, München 2007, S. 119-138, hier S. 132 ff.

95 Cohn, Kein Recht, Bd. I, S. 162: »Die oberschlesischen Juden haben auf dem Wege über die Gemischte Kommission in Genf mancherlei erreichen können und man spricht hier vom Naturschutzpark.« Auch Georg Weissmann spricht vom »Naturschutzgebiet Oberschlesien«, ders., Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts, S. 189.

96 Cohn, Kein Recht, Bd. I, S. 482.

97 Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein, Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 4: Aufbruch und Zerstörung, 1918-1945, München 2000, S. 211 ff.

Erfahrung der plötzlichen Handlungsunfähigkeit besonders traumatisch gewesen sein. Ilse Chayes berichtet von einem Besuch in Gleiwitz, den sie vor ihrer Auswanderung 1938 unternahm und vermittelt eine Stimmung von lähmender Depression:

»Wir wollten irgendwo hingehen. Aber wohin konnte man denn schon gehen? Bloß ins Jüdische Vereinshaus. Das war das trübste Erlebnis, das ich hatte. Da saßen die verängstigten Juden zusammen und wollten sich irgendwie ein bisschen aufheitern; aber es war nicht möglich. Wir saßen zusammen mit Dr. Hugo Schlesinger. Da fragte ich den Dr. Schlesinger: ›Wie ist es mit der Praxis?‹ Da sagte er: ›Praxis? Ach ja, ich erinnere mich.«⁹⁸

Im Zuge der sogenannten Polenaktion⁹⁹ wurden am 28. und 29. Oktober 1938 Tausende polnischer Juden aus dem ganzen Reichsgebiet in Sonderzügen nach Oberschlesien verschleppt, um dort über die grüne Grenze abgeschoben zu werden. Eine große Zahl Juden, die keine Pässe besaßen, wurden auf Anweisung des Polizeipräsidenten in Gleiwitz in der Beuthener Synagoge untergebracht, wo sie vom Jüdischen Hilfsverein gepflegt und auf dessen Kosten wieder in ihre Heimatorte zurücktransportiert wurden. In einem »vorläufigen Erfahrungsbericht« zog der Polizeipräsident in Gleiwitz eine generell positive Bilanz dieser ersten großen Deportation von Juden aus dem Deutschen Reich, die aufgrund der reibungslosen Zusammenarbeit von Polizei, Gestapo, SD, SS und Reichsbahndirektion sehr erfolgreich verlaufen sei. Für einen noch reibungsloseren Ablauf zukünftiger Aktionen wusste er allerdings noch einige Anregungen zu geben.¹⁰⁰

Nur wenige Wochen nach der Abschiebung der polnischen Juden erschütterte der »Novemberpogrom« die deutschen Juden und verdeutlichte ihnen auf schmerzhafteste Weise, dass ein Verbleib im NS-Deutschland buchstäblich lebensgefährlich war.¹⁰¹ Auch in den Städten und Orten Oberschlesiens brannten am 9. November 1938 die Synagogen. Als Dr. Ernst Königsfeld aus Gleiwitz mitten in der Nacht vom Gleiwitzer Kantor über den Brand der Synagoge informiert wurde, floh er mit seinem Freund Dr. Ludnowsky aus der Stadt. Nach einer Zwischenstation in Oppeln, wo sie Zeuge des Synagogenbrandes wurden, und einigen Tagen, in denen sie, immer in der Angst, verhaftet zu werden, ziellos durch die Dörfer zogen, fuhren sie schließlich nach Berlin. Dort gelang es ihnen, eine Visumsempfehlung der englischen Botschaft zu erhalten. Zurück in Oberschlesien wurden sie in der Bahnhofsgaststätte in Oppeln von der Gestapo überrascht, jedoch aufgrund der Visumsempfehlung nicht verhaftet.¹⁰² Dr. Königsfeld war einer der wenigen oberschlesischen Juden, die nach dem

98 ZA HD, B. 2/16 (Lustig), Nr. 30, S. 165.

99 Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein, Deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 4, S. 214.

100 Juden – allgemein, APwO, Bestand Regierungspräsidium Oppeln, Abteilung I, Nr. 12466, S. 288 ff.

101 Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein, Deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 4, S. 215 f.

102 ZA HD, B. 2/16 (Lustig), Nr. 28.

Novemberpogrom der Verhaftung entgehen konnten. Der Großteil der jüdischen Männer wurde ins KZ Buchenwald gebracht, wo sie monatelang unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten wurden.¹⁰³

Die Brutalität des Novemberpogroms führte den deutschen Juden ihre nun vollständige Recht- und Schutzlosigkeit erschreckend deutlich vor Augen. Waren schon 1938, unter dem Eindruck der Verschärfung der NS-Judenpolitik, 40 000 Menschen ausgewandert, flohen 1939 nach dem Novemberpogrom noch einmal 78 000.¹⁰⁴ Die in Deutschland Verbliebenen waren den zunehmend restriktiven gesetzlichen Maßnahmen ausgesetzt, die nach dem Novemberpogrom erlassen wurden und den wirtschaftlichen Ruin und die soziale Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung besiegelten.

Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit dem von der SS fingierten Überfall angeblicher polnischer Insurgenten auf den Gleiwitzer Radiosender.¹⁰⁵ Nach dem sogenannten Septemberfeldzug wurde ein Teil des polnischen Staatsgebietes, darunter der 1922 Polen zugesprochene östliche Teil des oberschlesischen Industriegebietes, dem Deutschen Reich eingegliedert. Mit dieser Gebietserweiterung vergrößerte sich auch die jüdische Bevölkerung Oberschlesiens, da in den besetzten Gebieten polnisch-jüdische Gemeinden existierten. Während die polnischen Juden Ostoberschlesiens und mit ihnen die nach der Teilung Oberschlesiens in Polen verbliebenen deutschen Juden dem »Ältestenrat der jüdischen Kultusgemeinden in Ost-Oberschlesien« mit Sitz in Sosnowitz unterstellt waren und wie der Rest der polnischen Juden in von der deutschen Verwaltung eingerichteten Gettos leben mussten¹⁰⁶, waren die deutsch-oberschlesischen Juden der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland unterstellt. Deren von Justizrat Arthur Kochmann geleitete Bezirksstelle in Gleiwitz spielte eine zunehmend wichtige Rolle im Leben der spätestens 1939 völlig verarmten und gesellschaftlich weitgehend isolierten oberschlesischen Juden. In enger Fühlung mit der Zentrale in Berlin und unter strenger Aufsicht der örtlichen Gestapo betreute Kochmann die noch verbliebenen oberschlesi-

103 Erich Schlesinger berichtet ausführlich über seine Gefangenschaft in Buchenwald, Schlesinger, Juden in Gleiwitz, S. 5 ff.

104 Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein, Deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 4, S. 227.

105 Siehe Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997, S. 491.

106 Zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Ostoberschlesiens siehe Sybille Steinbacher, »Musterstadt« Auschwitz, Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000. Zur Ausbeutung der Arbeitskraft der jüdischen Bevölkerung Ostoberschlesiens wurde ein Netz von Zwangsarbeitslagern errichtet, das unter dem Namen »Organisation Schmelt« den »fremdvölkischen Arbeitseinsatz« organisierte. Tausende von Juden aus Oberschlesien und später aus ganz Europa wurden in den der SS unterstellten Schmelt-Lagern ausgebeutet; Wolf Gruner, Jewish Forced Labour under the Nazis, Economic Needs and Racial Aims, 1938-1944, New York 2006, S. 214 ff.

schen Gemeinden und ihre Mitglieder.¹⁰⁷ Als ehemaliger engagierter Fürsprecher für jüdische Minderheitsrechte war Justizrat Kochmann nun gezwungen, die Gratwanderung zu vollführen, so gut es ging im Sinne der jüdischen Gemeinschaft zu wirken, dabei aber die Befehle der »Aufsichtsbehörde« auszuführen. Diese wurden im Schatten des Krieges immer unmenschlicher und reichten von abendlicher Ausgangssperre und der Einrichtung bestimmter Einkaufsstunden über die Abgabe von Radiogeräten, Schreibmaschinen, Pelzen und Haustieren, bis hin zur Zwangskennzeichnung mit dem sogenannten Gelben Stern, der verordneten Unterbringung in sogenannten Judenhäusern, Zwangsarbeit und schließlich zur Deportation in die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager.¹⁰⁸ Die deutsch-jüdische Gemeinschaft, die noch im westlichen Oberschlesien verblieben war, wurde im Mai und Juni 1942 auf Anordnung der Gestapo und unter erzwungener Mitwirkung der jüdischen Funktionäre vor Ort in das nur 50 Kilometer entfernte Vernichtungslager Auschwitz deportiert und ermordet.¹⁰⁹

Zurück blieben, abgesehen von einigen Funktionären der örtlichen Reichsvereinigung, die zu einem späteren Zeitpunkt deportiert wurden, nur einige sogenannte »privilegierte« Juden, die durch einen »arischen« Ehepartner von der Deportation verschont worden waren.¹¹⁰ Die einst große und traditionsreiche jüdische Gemeinschaft Oberschlesiens fiel, trotz der durch die erfolgreiche Berufung auf das Genfer Abkommen erkämpften Atempause, der völligen Vernichtung anheim.

107 Als Nachfolgeorganisation der Reichsvertretung eines von Leo Baeck geleiteten freiwilligen Zusammenschlusses jüdischer Organisationen und Gemeinden zum Zweck der jüdischen Selbsthilfe organisierte die Reichsvereinigung die Wohlfahrtspflege, das Fürsorgewesen, die Auswanderung, das Schulwesen und die Kulturarbeit. Sie hatte ihren Hauptsitz in Berlin mit Zweigstellen im ganzen Deutschen Reich und stand unter der Aufsicht der Gestapo, deren Direktiven sie weitergeben und ihre Durchsetzung garantieren musste. So wurde die Reichsvereinigung zunehmend zum ausführenden Organ der Judenpolitik des NS-Staates. Diese Entwicklung brachte ihre Funktionäre, die weitgehend schon in der Reichsvertretung und den Verwaltungen der jüdischen Gemeinden tätig gewesen waren, in eine sehr schwierige Handlungssituation und in tiefste moralische Bedrängnis. Siehe Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein, *Deutsch-jüdische Geschichte*, Bd. 4, S. 330 ff.

108 Zu den zunehmend restriktiven antijüdischen Maßnahmen siehe Walk (Hrsg.), *Sonderrecht für die Juden*.

109 Zur letzten Phase der Judenverfolgung in Oberschlesien siehe Julia Cartarius, *Jewish Persecution in Western Upper Silesia, 1933-1943*, University College London, Mag.-Arb., London 2003.

110 Schlesinger, *Juden in Gleiwitz*, S. 8f.

Die bürgerliche Entrechtung

Die Aberkennung von Doktorgraden und die Folgen für Juden am Beispiel der Universität Breslau¹

»Herbert Stranz ist deutscher Reichsangehöriger, Dr. med., verheiratet und Jude. [...] Auf Grund [...] seine[r] Rassenzugehörigkeit bedingte[n] Gegnerschaft zum Nationalsozialismus ist ohne weiteres anzunehmen, dass er im Auslande jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um zum Schaden des Deutschen Reiches tätig zu werden.«²

Dieses Urteil eines Breslauer Gestapobeamten hatte für den Betroffenen und seine Familie weitreichende Folgen. Die Beschuldigung führte für Herbert Stranz nicht nur zum Entzug seiner Staatsangehörigkeit, sondern auch zum Verlust seines Doktorgrades, den er am 17. Februar 1914 an der medizinischen Fakultät der Universität Breslau erlangt hatte. Ein solches Vorgehen stellte während des Nationalsozialismus keine Ausnahme dar, sondern entwickelte sich zu einem Massenphänomen mit einer unrühmlichen Spitzenleistung der Universität Breslau. Weit über 200 ehemalige Breslauer Doktoren verloren nicht nur ihr persönliches Hab und Gut, sondern auch ihre wissenschaftlich erarbeiteten Bildungspatente und damit rechtmäßig geführte akademische Würden. Ihr einziges »Verbrechen« lag darin, dem staatlichen Terror in Deutschland entfliehen zu wollen.

Die schrittweise Entrechtung der Juden traf jedoch jene am härtesten, denen nicht die Flucht ins Ausland gelang. Ihre Schicksale begannen mit Strafverfolgungen, entschieden sich weiter über Zuchthausstrafen nebst Depromotion und endeten in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten.

Im November 2011 feierte die Universität Breslau den zweihundertsten Jahrestag der Vereinigung der Viadrina und des Jesuitenkollegs und damit die Gründung der modernen Universität nach Humboldtschen Idealen. Während dieses Jubiläums wurde auch die unrühmliche Rolle der Universität Breslau thematisiert, welche diese in der Zeit des Nationalsozialismus gespielt hatte. Auch

1 Der vorliegende Aufsatz beruht auf den Ergebnissen der Magisterarbeit des Autors von 2009; siehe Kai Kranich, *Anpassung im Nationalsozialismus. Die Universität Breslau und die Aberkennung von Dokortiteln*, Wrocław 2012 (inklusive einer Namensliste aller betroffenen Personen). Der Beitrag erscheint in abgeänderter Form ebenfalls im Protokollband der internationalen wissenschaftlichen Konferenz »Die Universität Breslau in der europäischen Kultur des 19. und 20. Jahrhunderts«.

2 Zit. nach Alfred Konieczny, *Pozbawienie niemieckich Żydów-emigrantów stopni doktorskich Uniwersytetu Wrocławskiego w latach 1938-1942*, in: *Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi* 17 (1994), S. 287-321, hier S. 305.

wenn es nicht explizit so kommuniziert wurde, gehört diese zerstörerische Episode doch zur Geschichte der heutigen Uniwersytet Wrocławski, die sich diesem Erbe stellen muss. Wenn sich die heutige Universität dazu entschließen könnte, damaliges – nicht von ihr zu verantwortendes – Unrecht durch einen symbolischen Akt der Rehabilitierung verfolgter Akademiker wiedergutzumachen, wäre dies ein positives Zeichen.³

Zur Geschichte der Aberkennung von Doktorgraden während des Nationalsozialismus ist in den letzten Jahren eine Reihe von Publikationen an deutschsprachigen Hochschulen entstanden, die mit einer Rehabilitierung der meisten Opfer einherging.⁴ Die wissenschaftliche Aufarbeitung kann, zumindest was die Rahmenbedingungen, die Einordnung in den Kontext der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik und teilweise auch die Auswirkungen für die Betroffenen angeht, als gut dokumentiert bezeichnet werden.⁵ Das Anliegen des vorliegenden Aufsatzes ist es, den aktuellen Forschungsstand zu skizzieren und vor allem auf die besonderen Umstände an der Universität Breslau einzugehen.⁶

Breslau als bedeutender Ort jüdischen Geisteslebens

Um zu verstehen, welche Folgen die Aberkennung des Doktorgrades hatte und warum davon besonders viele jüdische Personen betroffen waren, ist ein Exkurs über die Bedeutung des akademischen Grades bzw. der Doktorwürde hilfreich. Wie Jens Blecher in seiner Arbeit zum Promotionswesen an der Juristischen Fakultät der Universität Leipzig richtig feststellt, »finden sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts immer wieder Beispiele, die das angestammte Gleichsetzungsrecht vor allem der juristischen Dokorate mit dem persönlichen Adelstand

3 Erste Ansätze dazu gibt es, vgl. Michael Kunze/Kai Kranich, Die vergessenen Doktoren von Breslau, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21.7.2013, Nr. 29, S. 10.

4 Zuletzt am 13. Juni 2012 an der Universität Hannover, früher bereits an den Universitäten Berlin (Humboldt-Universität), Bonn, Erlangen, Frankfurt am Main, Freiburg, Gießen, Göttingen, Greifswald, Halle (Saale), Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Leipzig, Marburg, München, Münster, Rostock, Tübingen, Wien und Würzburg.

5 Das jüngste Werk mit einem detaillierten Forschungsüberblick zu allen bestehenden und ehemaligen Hochschulen in Deutschland ist Christian-Alexander Wäldner, Die Technische Hochschule Hannover und der Entzug akademischer Titel in der NS-Zeit. Ergebnisse hannöverscher Vorgänge unter der Berücksichtigung des Falles Walter Dux, Berlin 2012.

6 Die Recherchen zu der Technischen Hochschule Breslau in dieser Frage können als abgeschlossen betrachtet werden. Bei dem einzigen dokumentierten Fall handelt es sich um die Aberkennung des Ehrendokortitels des früheren preußischen Wohlfahrtsministers Heinrich Hirtsiefer aus dem Jahre 1934. Für diesen Hinweis danke ich Christian-Alexander Wäldner und dem Universitätsarchiv Erlangen. Siehe Universitätsarchiv Erlangen, A1, 3a Nr. 974.

betonen.«⁷ In dem Streben nach sozialem Aufstieg und einer Annäherung an die adligen Vorbilder, die ihre besondere Herkunft bereits in Namenszusätzen nachweisen konnten, war für Bildungsbürger der Doktorgrad das geeignete Mittel, ihren Namen aufzuwerten. Dies galt insbesondere für deutsche Juden im 19. und 20. Jahrhundert. Der Erwerb von Bildungspatenten wurde von ihnen als eine Strategie des sozialen Aufstiegs strebsam verfolgt. Der Verbürgerlichungsprozess war das »deutsche Modell der Bewältigung der Moderne«, zu dem auch die Promotion zählte.⁸ Die Universitäten und Hochschulen wurden von einem proportional hohen Anteil jüdischer Studenten besucht. Man versuchte, »so ›bürgerlich‹ wie nur irgend möglich zu leben bzw. zu wirken. Bürgerlichkeit war – zugespitzt formuliert – auch in den Augen der ›Anderen‹ geradezu zur jüdischen Lebensnorm geworden« und wurde nicht zuletzt auch als Eintrittskarte genutzt, um in angesehene Kreise des Bürgertums einzuheiraten.⁹

In der jüdischen Bildungs- und Geistesgeschichte war Breslau ein besonderer Ort. Die Gründung der dritten jüdischen Reformschule 1791 nach Berlin und Prag spricht für die Bedeutung der Odermetropole.¹⁰ Ihr folgten weitere Einrichtungen nach, wie zum Beispiel das europaweit bekannte Jüdisch-Theologische Seminar Fraenckel'scher Stiftung. In Breslau gelang es damit erstmals, neben einem evangelischen und einem katholischen Universitätslehrstuhl der Theologie, auch ein bedeutendes Rabbinerseminar im Umfeld der Hochschule zu etablieren. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass ein Studium für praktizierende Juden in der Odermetropole verlockend war. Konnte man doch an diesem Ort nicht nur zum Dr. phil. promoviert werden (und sich damit den Weg in das Bürgertum ebnen), sondern ebenfalls eine weithin anerkannte Rabbinerausbildung erhalten. Arnold Lewkowitz und Max Vogelstein zum Beispiel, denen 1939 bzw. 1940 ihre Titel von der Universität Breslau aberkannt wurden, beschränkten diesen Bildungsweg.

Kurz vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten waren 6,7 Prozent der Studenten in Breslau jüdischen Glaubens. Damit gab es in Breslau die fünftgrößte jüdische Studentengemeinde im Deutschen Reich.¹¹ Der Vergleich mit dem Reichsdurchschnitt, der bei 3,8 Prozent lag, hebt die exponierte Stellung

7 Jens Blecher, Das Promotionswesen an der Juristenfakultät. Vom mittelalterlichen Promotionsprivileg zum Promotionsrecht im modernen Verfassungsstaat, in: Thomas Henne (Hrsg.), Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933-1945, Leipzig 2007, S. 35-49, hier S. 37.

8 Simone Lässig, Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert, Göttingen 2004, S. 671.

9 Ebd., S. 668f.

10 Ebd., S. 116.

11 Die Zahlen entsprechen der konfessionellen Zusammensetzung der Universität Breslau im Jahre 1930. Die Technische Hochschule Breslau erreichte mit 3,3 % immatrikulierten jüdischen Studenten Platz zwei im reichsweiten Vergleich. Siehe dazu Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995, S. 495.

Breslau hervor.¹² Neben einer Aggressivität gegenüber polnischen bzw. anderen slawischen Studenten fiel der reichsweit anzutreffende, latente und offene Antisemitismus auch unter den Breslauer Studenten auf fruchtbaren Boden. In der Wahrnehmung der judenfeindlich wie rassistisch geprägten Studenten hatte die Universität Breslau einen besonderen »Makel«: Die schlesische Bildungseinrichtung wurde als »eine der drei am meisten verjudeten Universitäten angeprangert«.¹³ Zusätzlich und besonders demütigend für jene Kreise muss der Umstand gewesen sein, dass sich jüdische Studierende in Breslau »immerhin stark genug fühlten, um zur handgreiflichen Abwehr übergehen zu können«.¹⁴ Obwohl nicht intendiert, sagt die höchste Quote von Depromotionen etwas über das rege, jüdisch geprägte Geistesleben in Niederschlesien aus.

Eine Mischung aus Radikalität und Provinzialität, in Verbindung mit den sozialen, politischen wie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der späten 1920er-Jahre, führte an der Universität Breslau zu einem reichsweit einmaligen Fall. 1932 zielten antisemitische Studentenunruhen auf den jüdischen Juraprofessor Ernst Cohn.¹⁵ Die damaligen Begebenheiten sind bei Helmut Heiber ausführlich beschrieben. Er hebt hervor, dass es sich bei den Ausschreitungen um die Berufung Cohns an die Universität Breslau und nach dessen Äußerungen über ein mögliches Asyl für Leo Trotzki in Deutschland um die ersten rassistisch motivierten Unruhen an einer deutschen Universität handelte, in deren Folge ein Ordinarius vom Unterricht beurlaubt wurde, noch bevor die Nationalsozialisten die Macht übernahmen. Darüber hinaus waren die Proteste gegen Cohn die einzigen, welche lokal begrenzt und spontan einsetzten und damit nicht vom Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) aus Berlin gesteuert wurden.¹⁶

Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen christlichen und jüdischen Studierenden vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten bildete sich auch in der Zusammensetzung der Professorenschaft ab. Wie die Untersuchung von Michael Grüttner und Sven Kinas zeigt, war Breslau von dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums überproportional betroffen. Zwar konnten die beiden Autoren keine genauen Zahlen veröffentlichen, jedoch geben ältere Quellen 68 vertriebene Wissenschaftler (21,9 %) für die Universität

12 Die Zahl ist zit. nach Marcus Holtz, Rahmenbedingungen an der Universität Würzburg für die Depromotionen im Dritten Reich, in: Universität Würzburg (Hrsg.), *Die geraubte Würde. Die Aberkennung des Doktorgrads an der Universität Würzburg 1933-1945*, Würzburg 2011, S. 14-43, hier S. 35.

13 Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, T. 1: *Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz*, München 1991, S. 151.

14 Ebd.

15 In den Universitätsakten ist der Fall ausführlich dokumentiert, Universitätsarchiv Breslau (UABr), st8, Bl. 1-50. Arno Herzog: *Der »Fall Cohn« und die Gleichschaltung der Universität Breslau 1932/33*, in: Rainer Sachs (Hrsg.), *Amator Scientiae. Festschrift für Dr. Peter Ohr*, Wrocław 2004, S. 359-368.

16 Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, T. 1, S. 115.

Breslau an – was im reichsweiten Vergleich Rang vier entspricht.¹⁷ Ihre Nachforschungen an anderen Universitäten ergaben aber, dass die Anzahl der verfolgten Wissenschaftler meist höher lag als bisher angenommen, sodass auch für die Universität Breslau von einem größeren Personenkreis ausgegangen werden muss. Im reichsweiten Durchschnitt waren 18,6 Prozent des Lehrpersonals von der nationalsozialistischen Vertreibungspolitik betroffen.¹⁸ Diese Relationen verdeutlichen zweierlei: Zum einen wurde die Berufungspolitik in Breslau bis zum Ende der Weimarer Republik in religiösen und politischen Fragen anscheinend toleranter als an anderen Hochschulen gehandhabt, wofür beispielsweise die 1932 zwar umstrittene aber erfolgte Berufung des jüdischen Professors Cohn spricht. In dieses Bild passt ebenso die anfänglich fehlende offizielle Unterstützung der Breslauer Professorenschaft für die NSDAP im *Völkischen Beobachter* vom 29. Juli 1932.¹⁹ In dem darin enthaltenen »Bekennntnis« von 51 Professoren für den Nationalsozialismus fehlen Breslauer Lehrkräfte völlig. Zum anderen konnte aber mit dem Verschwinden jüdischer wie opponierender Wissenschaftler der Machtanspruch der Nationalsozialisten an der Universität fast reibungslos durchgesetzt werden.

Von dem Ausschluss missliebiger Personen an den Breslauer Hochschulen hing nicht zuletzt auch der Ausbau zum »kulturelle[n] Bollwerk [...] in der Hauptstadt des bedrohten deutschen Ostens« ab.²⁰ Die Bedrohung ging aber weniger von den im Aufschwung befindlichen östlichen Nachbarn aus, sondern vielmehr von der eigenen preußischen Regierung. Nachdem Anfang der dreißiger Jahre die Pädagogische und die Kunsthochschule in Breslau geschlossen worden waren, sollte mit der Zusammenlegung der Technischen Hochschule und der Universität eine weitere Sparmaßnahme durchgeführt werden. Anfang Januar 1933 wurde die Vereinigung beider Hochschulen beschlossen, aber schon vier Monate später revidierte der Gauleiter von Südhannover-Braunschweig und neu ernannte kommissarische preußische Kultusminister Bernhard Rust diese Entscheidung wieder. Er begründete seinen Entschluss mit den Worten: »Wenn unser politisches Aufmarschgebiet im Osten« liege, müsse dort auch »unser kulturpolitisches Aufmarschgebiet« sein.²¹ Besonders der neu ernannte Universitätsrektor Gustav Adolf Walz witterte Morgenluft und wollte mit der

17 Edward Y. Hartshorne, *The German Universities and National Socialism*, London 1937, S. 37f.

18 Michael Grüttner/Sven Kinas, *Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933-1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007) 1, S. 123-186, hier S. 136.

19 Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, T. 2, Bd. 1: *Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen*, München 1992, S. 16-19.

20 Undatierter Entwurf einer Pressemitteilung der Rektoren der Universität (Bernhard Porschmann) und der Technischen Hochschule (Erich Waetzmann) Breslau zur Zusammenlegung beider Hochschulen. Die Pressemitteilung wurde am 10. Februar 1932 veröffentlicht. UABr, TH 145, Bl. 6 und UABr, TH 148, Bl. 138.

21 Zit. nach Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, T. 2, Bd. 1, S. 186.

Festakt anlässlich des 125-jährigen Bestehens der Universität Breslau in der Aula Leopoldina, 1936

Erhebung Breslaus zur Reichsuniversität nicht mehr nur eine Hochschule unter vielen leiten, sondern *die* Universität *des* Nationalsozialismus.²²

Die Pervertierung der Promotionsordnung

Promotionsordnungen einzelner Hochschulen sahen bereits vor 1933 die Möglichkeit der Aberkennung von Doktorgraden vor (beispielsweise der Universitäten in Bonn, Erlangen, Jena, Köln, Leipzig und München). Gerade in einer Zeit, als das Ansehen des Doktorgrades aufgrund seiner Massenerscheinung Gegenstand gesellschaftlicher wie politischer Kritik wurde, trafen die Fakultäten derartige Regelungen, um »das Ansehen der Doktorwürde zu schützen«.²³ Wie

22 Was nicht heißen soll, dass sich die »Nazifizierung« der Universität Breslau in besonderem Maße vollzog. Es gibt auch Beispiele wie das der Evangelisch-Theologischen Fakultät, die Formen von Widerstand aufzeigen. Siehe dazu Kai Kranich, »Wenn die Vorgänge, die sich in dieser Fakultät abgespielt haben, geduldet werden, erleben wir die offene nationalsozialistische Sabotage.« Die Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Breslau (1933-1935) zwischen Widerstand, Opposition und Dissens, in: GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte 9 (2011), S. 113-136.

23 Thomas Brix, Die normativen Grundlagen der Depromotion und das Verfahren, in: Thomas Henne (Hrsg.), Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933-1945, Leipzig 2007, S. 51-72, hier S. 51.

ein Gutachten der Juristischen Fakultät der Universität Breslau verdeutlicht, erachteten es nicht alle Fakultäten für notwendig, die Aberkennung von Doktorgraden in die Promotionsordnung aufzunehmen.²⁴ In Breslau argumentierte man, für den Fall einer erschlichenen Promotion stehe im deutschen Verwaltungsrecht »über den Widerruf der sogenannten begünstigenderen Verwaltungsakte« ein ausreichendes Instrumentarium zur Verfügung, um Qualität von Titel und Würde zu schützen.²⁵

Bis 1933 ist an der Universität Breslau kein Verfahren überliefert, das eine Aberkennung eines Ehrentitels oder einer Doktorwürde anstrebte. Die Nationalsozialisten nutzten nach ihrer Machtübernahme die bereits vorüberlegten und teilweise institutionalisierten Handlungsanweisungen über die Aberkennung von Doktorgraden, um sie zu einem Werkzeug ihrer eigenen Motive zu machen. Wie Peter Chroust darlegt, ging es dabei weniger um eine Qualitätssicherung oder einen Schutz der »Ehre des Titels«.²⁶ Primär ermöglichte diese Neuinterpretation der akademischen Würde den »symbolischen Ausschluss aus der scientific community« auch über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus und war ein Beitrag zu der von Bernhard Rust, der 1934 zum Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung aufstieg, avisierten »völkischen Wissenschaft«.²⁷ Positive Nebeneffekte für die Nationalsozialisten ergaben sich durch die daraus resultierenden Möglichkeiten, unliebsame Personen und Lehrmeinungen über die Grenzen der Hochschulen hinaus zu vertreiben und einen Eliteaustausch zu befördern. Insbesondere der letztgenannte Punkt verschaffte einigen Akademikern unerwartete Karrierechancen, indem sie Zugang zu Arztpraxen, Anwaltskanzleien, Professuren und beruflichen Stellungen erhielten, die zuvor von jüdischen oder anderen verfolgten Personen besetzt waren. Die nationalsozialistische Politik demonstrierte mit den Depromotionen ihre uneingeschränkte Herrschaft über die deutschen Hochschulen, wie Chroust festhält. Die Logik ihrer Weltanschauung pervertierte die ursprüngliche Idee der Aberkennung von Titeln und degradierte sie zu einem Instrument des Feldzugs gegen rassistisch wie politisch »unwürdige« Personen.

Eine zentrale Rolle für die Depromotionen an den deutschen Hochschulen während des Nationalsozialismus spielte das »Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit« vom 17. Juli 1933. Dieses Gesetz richtete sich gegen jene Personen, die mit der Flucht ins Ausland der politisch motivierten Verfolgung durch die Nationalsozialisten entgehen konnten. An den Hochschulen löste es eine Welle von Aberkennungen aus, die allein an der Universität Breslau zu über 270 Depromotionsverfahren

24 »Begründung zu der neuen Fassung der Bestimmungen über die Entziehung der Dr. Würde«, undat. Entwurf, UABr, P45, Bl. 10 f.

25 Ebd., Bl. 11.

26 Peter Chroust, Die bürokratische Verfolgung. Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen 1933-1945 im Kontext der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, Gießen 2006, S. 21-23.

27 Ebd., S. 21.

führte. Bereits die erste Ausbürgerungsliste ließ die Deutsche Studentenschaft im Kreis Bayern zu dem Schluss kommen, dass das Verhalten der »Landesverräter« unvereinbar mit der Würde eines deutschen akademischen Grades sei.²⁸ Der bayerische Staatsminister Hans Schemm forderte daraufhin die Rektoren der bayrischen Hochschulen auf, eine Änderung der Promotionsordnungen »alsbald zu veranlassen«, da bisher ein Entzug des Doktorgrades aufgrund des Verlustes der Staatsbürgerschaft nicht möglich sei.²⁹ Rust nahm sich dieses Anliegens ebenso an, schien es doch seinem langfristigen Bemühen zur reichsweiten Vereinheitlichung des Prüfungswesens und der gesamten institutionellen Ordnung der Universitäten an sich zu dienen. Mit seinem Runderlass vom 2. November 1933 an die preußischen Hochschulen ordnete er an, die Änderung der Promotionsordnungen diesbezüglich vorzunehmen.³⁰ Dieser Erlass war eine Ergänzung zu der bereits am 4. Oktober 1933 verfassten Aufforderung, alle zukünftigen Promotionen der Ortspolizeibehörde des Titelträgers anzumelden, damit Personen, die »wegen einer ehrenrührigen Handlung« verurteilt wurden, der Doktorgrad entzogen werden konnte.³¹ Damit sollte ein Mechanismus geschaffen werden, auch denjenigen Personen ihren Titel zu entziehen, denen nicht die Ehrenbürgerrechte aberkannt worden waren bzw. die strafrechtlich nicht belangt werden konnten. Am 16. Dezember 1933 wurde in Breslau der aus Berlin beordnete neue »Führerrekter« Gustav Adolf Walz offiziell im Senat eingeführt. In dieser Versammlung, die jedem Senatsmitglied die eigene Ohnmacht bei der Besetzung des Rektors vor Augen führte, wurde ebenfalls eine Änderung der Promotionsordnung beschlossen.³² Bereits in der darauffolgenden Sitzung, am 26. Januar 1934, legte Professor Johannes Nagler von der Juristischen Fakultät einen Bericht vor, der von allen Fakultäten angenommen wurde. Nach den Gesichtspunkten Professor Naglers »muß[te]« der Doktorgrad obligatorisch entzogen werden, sofern die Staatsangehörigkeit aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 aberkannt worden war.³³ Gleiches galt auch bei Erschleichung von Titeln. Diese beiden Richtlinien entsprachen den grundlegenden Anforderungen durch das Kultusministerium. Der fakultative Entzug des Doktorgrades sollte erfolgen können, wenn sich ein »deutscher Volksgenosse der deutschen Volksgemeinschaft oder der verliehenen Würde unwürdig erwiesen hat, wie z. B.

28 Stefanie Harrecker, Degradierete Doktoren: Die Aberkennung der Doktorwürde an der Ludwig-Maximilians-Universität München während der Zeit des Nationalsozialismus, München 2007, S. 33-36.

29 Schreiben von Schremm an die Rektoren der bayrischen Hochschulen v. 3.10.1933, Abschrift, UABr, P45, Bl. 3f.

30 Runderlass des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die preußischen Universitätskuratoren v. 8.11.1933, Abschrift, UABr, P45, Bl. 1.

31 Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die preußischen Universitätskuratoren v. 4.10.1933, UABr, P45, Bl. 6.

32 Tagesordnung für die Senatssitzung am 16.12.1933, UABr, s18, Bl. 175.

33 »Begründung zu der neuen Fassung der Bestimmungen über die Entziehung der Dr. Würde«, undat. Entwurf, UABr, P45, Bl. 10f., hier Bl. 10.

infolge ehrenrührigen oder kriminellen Verhaltens«. ³⁴ Ziel dieser unbestimmten Formulierung sollte es sein, die Würde des Doktorgrades über die »spärlichen Vorschriften des Strafgesetzbuches« hinaus zu »schützen«. ³⁵ Der rassistische Geist seines Gutachtens wird im zweiten Teil deutlich: Besonders müsse die Würde der Titelträger geprüft werden, wenn diese zwar deutsche Staatsangehörige, »aber nicht deutscher Volksgenosse der Rasse und der Art nach« seien. ³⁶ Es bedürfe, so Nagler, keiner Anhörung, wenn die Betroffenen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besäßen. Dabei müsse aber, ganz im Sinne der Ostland-Universität, unterschieden werden, ob es sich »um Volksgenossen oder Volksfremde« handle. ³⁷ Diese rassistische Zusatzregel ist so nur für Breslau überliefert. Nicht alle Hochschulen handelten so prompt, sodass sich das Kultusministerium veranlasst sah, reichsweit einen eigenen Zusatzparagrafen durchzusetzen. Anders als in Breslau wurde jedem Betroffenen – »soweit es tunlich erscheint« – eine Anhörung und die Möglichkeit eines Einspruchs gegen das Urteil beim Ministerium gewährt. ³⁸ Im Gegensatz zu dem ersten Erlass und den Vorüberlegungen aus Bayern tauchte die eigentliche Motivation in der Neufassung der Promotionsordnung nicht wieder auf. Die Aberkennung aufgrund von Expatriierung wurde den Universitäten aber dennoch vorgeschrieben, denn »der deutschen Doktorwürde erweist sich in jedem Falle auch als unwürdig, wer [...] der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden ist. Es bedarf daher besonderer Bestimmung hierüber in den Promotionsordnungen nicht.« ³⁹ Auch eine rassistische bzw. staatsbürgerliche Unterteilung der Verfahren (und Anhörungsrechte), wie sie in Breslau vorab überlegt worden waren, finden in der Verordnung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung keinen Widerhall. Trotzdem ist anzunehmen, dass die Überlegungen aus Breslau in Berlin auf Wohlwollen gestoßen sind. Wie Stefanie Harrecker betont, hing das verstärkte Interesse des Regimes an der Aberkennung von Dokortiteln damit zusammen, dass sich dies mit einem Kernelement der nationalsozialistischen Ideologie verband: »den Begriff der Ehre, den die Nationalsozialisten [...] mit einem eigenen, rassenideologischen Sinngehalt versahen«. ⁴⁰ Der Begriff der »Unwürdigkeit« ließ ausreichend Raum für Interpretationen, um etwa strafrechtlich Verurteilten, wie etwa politisch Verfolgten, den akademischen Titel abzuerkennen. Eine besondere Aufnahme eines rassistischen Paragrafen bedurfte es daher in den Promotionsordnungen nicht.

34 Ebd., Bl. II.

35 Ebd.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Durchführungsverordnung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Universität Breslau v. 17.7.1934, Abschrift, UABr, P45, Bl. 8 f.

39 Ebd.

40 Harrecker, Degradierete Doktoren, S. 40.

Dimension der Aberkennung von Doktorgraden

Sabine Happ ermittelte über die Auswertung aller Rundschreiben der Universitäten untereinander insgesamt 1702 Fälle, in denen Personen der Doktorgrad entzogen wurde.⁴¹ Diese Zahl muss aber nach dem bisherigen Stand der Forschung als unvollständig angesehen werden.⁴² Auch wenn bereits 1933 Doktorgrade entzogen wurde, so erfolgte die erste Depromotion in Breslau erst 1936. Innerhalb der dann folgenden acht Jahre verloren so viele Personen ihre in Breslau erlangten akademischen Würden wie sonst nirgendwo im Deutschen Reich. Nur in Wien kam es in noch kürzerer Zeit zu mehr Aberkennungen von Doktorgraden.⁴³

Tabelle 1: Gründe für die Aberkennungen von Doktorgraden an der Universität Breslau

Begründung	Anzahl der Aberkennungen
Abtreibung	1
Beleidigung des Führers/ Verfassen staatsfeindlicher Schriften	1
Devisenvergehen	2
Heimtücke	2
Hochverrat	3
Homosexualität	3
Plagiat	5
Rassenschande	5
Reichsfluchtsteuerhinterziehung	8
Verlust Staatsangehörigkeit	214
Sonstiges (Betrug, Untreue, Meineid)	10
Unbekannt	8
Gesamt	262

- 41 Sabine Happ, Politische und nicht politisch motivierte Aberkennung von akademischen Graden. Eine Auswertung der Rundschreiben deutscher Universitäten in der NS-Zeit, in: dies./Ulrich Nonn, Vielfalt der Geschichte – Lernen, Lehren und Erforschen vergangener Zeiten. Festgabe für Ingrid Heidrich zum 65. Geburtstag, Berlin 2004, S. 283-296, hier S. 292.
- 42 Beispielsweise kommt Christian-Alexander Wäldner auf insgesamt 2622 Fälle; ders., Die Technische Hochschule Hannover, S. 24.
- 43 Herbert Posch, »Würdig« und Recht? Aberkennung der Doktorate im Nationalsozialismus – Nichtigerklärung der Aberkennung, in: Herbert Posch/Friedrich Stadler, »... eines akademischen Grades unwürdig«. Nichtigerklärung von Aberkennungen akademischer Grade zur Zeit des Nationalsozialismus an der Universität Wien, Wien 2005, S. 25-50, hier S. 26.

Mit den Degradierungen an der Universität Breslau hat sich bereits Alfred Konieczny beschäftigt. Er nennt in seinem Aufsatz eine Zahl von 211 Depromotionen.⁴⁴ Anhand eines erneuten Aktenstudiums im Universitätsarchiv Breslau und durch einen Abgleich mit weiteren Quellen konnte diese Zahl aktualisiert werden: Während des Nationalsozialismus standen an der Universität Breslau insgesamt 273 Doktorate zur Debatte.⁴⁵ Zwei Personen stellten sich als Betrüger heraus, die einen an der Universität Breslau erworbenen Titel unrechtmäßig führten. Neun beschuldigte Akademiker verteidigten ihren Doktorgrad; vier davon hatten aus formalrechtlichen Gründen damit auch Erfolg. In den anderen fünf Fällen ist der Ausgang nicht bekannt. Da bei diesen eine Depromotion nicht ausgeschlossen werden kann, waren demnach bis zu 267 Personen von der Aberkennung ihres akademischen Grades betroffen (davon erhielt nur Dr. Fritz Rosenberg später seinen Titel aus bisher unbekanntem Gründen zurück). Tabelle 1 zeigt die Verteilung der Gründe für Depromotionen anhand der 262 abgeschlossenen Verfahren. Deutlich ist, dass über drei Viertel der Aberkennungen aufgrund von Ausbürgerungen vorgenommen wurden. Bei den meisten dieser Betroffenen handelte es sich um Juden.

Aberkennungen aufgrund von Ausbürgerungen

Der eingangs erwähnte Herbert Stranz verlor seinen Doktorgrad wie 214 andere Akademiker aus Breslau infolge des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit. Grundlage war das 1933 beschlossene »Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit« durch das 39 006 Personen ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren.⁴⁶ Das Gesetz zielte in zwei Richtungen, wie Hans Georg Lehmann ausführt: Auf der einen Seite war es ein Instrument zur Bestrafung all jener, die sich auf der Flucht vor dem nationalsozialistischen Terror befanden und denen unterstellt wurde, »Gräuelpropaganda« zum Schaden des Deutschen Reiches im Ausland zu betreiben (Strafexpatriation). Auf der anderen Seite entledigte man sich mit dem Widerruf der Staatsangehörigkeit vor allem der jüdischen Bürger, die während der Weimarer Republik die Staatsangehörigkeit erlangt hatten und vor denen sich der nationalsozialistische Staat meinte, rassistisch bedingt schützen zu müssen (Sicherungs-expatriation). Für Herbert Stranz bedeutete der Verlust der Staatsangehörigkeit nicht nur die Aberkennung seines Doktorgrades. Mit seiner Staatenlosigkeit war auch der Verlust seiner Legitimationspapiere verbunden und damit auch

44 Konieczny, *Pozbawienie niemieckich*, S. 298.

45 Davon betroffen waren 272 Personen, da Franz Karl Gassmann zwei Doktorgrade an der Universität Breslau erworben hatte.

46 Hans Georg Lehmann, *Acht und Ächtung politischer Gegner im Dritten Reich. Die Ausbürgerung deutscher Emigranten 1933-45*, in: Michael Hepp (Hrsg.), *Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen*, München 1985, S. 9-23, hier S. 14.

der Verlust aller Schutzrechte. Dies traf vor allem die weniger prominenten Exilanten, weil sie schwerer eine neue Staatsangehörigkeit erhielten und so in einem »permanenten Ausnahmezustand« leben mussten.⁴⁷ Weitere Folgen dieses »staatlich legalisierten Unrechts« waren die Beschlagnahmung des Vermögens und der Ausschluss aus dem Erbrecht.⁴⁸ Mit der Eintragung in das Strafregister wurden die Expatriierten auf die gleiche Stufe wie Schwerverbrecher gestellt und dies wurde, wie bei Herbert Stranz geschehen, auch auf die Familienangehörigen ausgeweitet. Denn »seine Ehefrau sowie Kinder billigen sein Verhalten, da sie seinen Wohnsitz teilen.«⁴⁹ Lehmann resümiert: »Das perfekt ausgeklügelte System der Rechtsbeugung verfolgte den Zweck, die geächteten Emigranten aller menschlichen Existenzgrundlagen zu berauben, um sie nachträglich zu vernichten.«⁵⁰ Die Verfolgung im Ausland beschränkte sich nicht nur auf die formaljuristische Entrechtung. Wie die Aberkennung des Doktorgrades zeigt, sollte der Wiedereintritt in die wissenschaftliche wie soziale Welt des Gastlandes ebenso erschwert werden. Aktuelle Untersuchungen zum Auswärtigen Amt legen dar, wie Beamte angehalten wurden, die im Ausland lebenden Deutschen zu überwachen und geächteten Personen den Zugang zur örtlichen deutschen Gemeinde zu verwehren.⁵¹ In öffentlichen Steckbriefen wurde sogar zum Mord an missliebigen Exilanten aufgerufen.⁵²

Die Universität Breslau hatte keinen Einfluss darauf, welche Personen aufgrund des Verlustes der Staatsangehörigkeit auch ihren Doktorgrad verlieren mussten. In das Bild einer willkürlichen Politik des Nationalsozialismus passt daher auch, dass nicht ein bestimmtes Gericht über die Expatriierungen entschied, sondern die Gestapo die Personenlisten erstellte und sie den jeweiligen Innenministerien zum Vorschlag brachte. Welche Kriterien dabei angewandt wurden, ist unbekannt. Sicher ist aber, dass letztendlich Heinrich Himmler, Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, und seine Sicherheitsbehörden über die Ausbürgerung befanden. Mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (Vermögensentziehung wegen Emigration und Verlust der Staatsangehörigkeit) begann die »kollektive-automatische Massenausbürgerung der Juden«.⁵³

Trotzdem war die Universität Breslau in den Entscheidungsprozess eingebunden, musste doch der Dekane-Ausschuss über jede Aberkennung einen formalen Beschluss fassen, der an alle Hochschulen und weitere Behörden versandt wurde. Sehenden Auges entledigte man sich so in Breslau wie an den meisten

47 Ebd., S. 15.

48 Ebd., S. 12.

49 Zit. nach Konieczny, *Pozbawienie niemieckich*, S. 305.

50 Lehmann, *Acht und Ächtung*, S. 14.

51 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Mosche Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010, S. 177.

52 Lehmann, *Acht und Ächtung*, S. 17.

53 Ebd., S. 14.

anderen deutschen Hochschulen vieler Persönlichkeiten, die im politischen, religiösen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leben exponierte Stellungen eingenommen und die Reputation der Universität Breslau in der Welt gemehrt hatten.

Arthur Guttman ist ein Beispiel dafür: Der Sohn einer jüdischen Fabrikantenfamilie aus Breslau promovierte am 26. Mai 1908 zum Dr. phil. an der dortigen Universität und wurde zu einem bedeutenden deutschen Chemiker im Bereich der Verwendung von Hochofenschlacke für die Bauindustrie.⁵⁴ Er »trug erheblich dazu bei, den Eisenportlandzement zu etablieren« und hatte eine Professur an der Technischen Hochschule in Aachen inne. Mit der Machtübernahme der NSDAP verlor er seinen Posten und die Lehrbefugnis.⁵⁵ Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gelang es der Familie, nach London zu emigrieren. Die Strafexpatriierung erfolgte im Oktober 1941, und die Universität Breslau beschloss die Aberkennung des Doktorgrades im Dekane-Ausschuss am 9. Februar 1942. Seine Bedeutung für die Wissenschaft und Wirtschaft untermauerte Arthur Guttman auch noch im Exil: Von 1938 bis zu seinem Tode 1948 »wurden mehrere britische Patente unter seinem Namen veröffentlicht«.⁵⁶

Selbst bei ehemaligen Breslauer Kollegen, die aufgrund ihrer jüdischen Abstammung nicht mehr wissenschaftlich arbeiten konnten und von daher ins Exil gezwungen wurden, unterschrieb der Dekane-Ausschuss ohne erkennbaren Unwillen den Depromotionsbeschluss. Dazu zählte neben dem Leiter der Nervenklinik an der Universität, Siegfried Fischer, auch der aus einer Bildungsbürgerfamilie stammende Philosoph Siegfried Marck, der als »studierter Jurist in Breslau einen philosophischen Lehrstuhl innehatte und häufiger mit rechtsphilosophischen Vorlesungen von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät beauftragt worden war«.⁵⁷ Die Liste der Opfer aus dem Breslauer Bildungsbürgertum lässt sich weiter fortsetzen, und es ist erkennbar, welche Verluste dies für Schlesien bedeutete. Auch die Kriminalisierung des Schwiegersohns des Nobelpreisträgers Paul Ehrlich, Ernst Schwerin, der im Ersten Weltkrieg stellvertretender Vorsitzender des Hanf-Kriegsausschusses gewesen war und als angesehener Bürger in Breslau lebte, wurde nicht infrage gestellt. Neben ihm verloren noch weitere jüdische wie anderweitig missliebige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Breslaus ihren Doktorgrad. Neben dem Mathematiker Hermann Kober und dem Orientalisten Joseph Schacht befanden sich auch viele jüdische Geistliche darunter. Hierzu zählen die Rabbiner Albert Kahlberg, Arnold Klein, Hermann Schreiber und der in der späteren Bundesrepublik zum Landesrabbiner von Württemberg berufene Fritz Elieser Bloch. Weitere Persönlichkeiten auf der Liste der Depromovierten der Universität Breslau sind

54 Zu seinem Leben siehe Andreas Ehrenberg, Arthur Guttman: Forschung für den Eisenportlandzement, in: Beton-Informationen (2009) 1/2, S. 15-24.

55 Ebd., S. 20.

56 Ebd., S. 23.

57 Thomas Ditt, »Stoßtruppfakultät Breslau«. Rechtswissenschaft im »Grenzland Schlesien« 1933-1945, Tübingen 2011, S. 47.

der Theologe Paul Tillich, der Schriftsteller Walter Meckauer, der Gründer der »Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer in Israel« Wilhelm Freyhan und der Reichsjustizminister von 1919, Otto Landsberger.

All den namentlich Genannten ist gemein, dass sie an der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau ihren Doktorgrad erworben haben. Diese Gruppe macht »nur« 11 Prozent aller Depromovierten aus. Fortgesetzte Untersuchungen zu den 267 Biografien von Betroffenen können bestimmt weitere herausragende Persönlichkeiten und ihre Lebenswege bekannt machen.

Aberkennungen aufgrund von strafrechtlichen Urteilen

In einem Zusammenhang mit den Expatriierungen stehen die Strafprozesse aufgrund von Devisenvergehen und Reichsfluchtsteuerhinterziehung. Letzteres betraf insbesondere Juden, die dem NS-Terror durch Flucht zu entgehen versuchten und ihr Vermögen im Vorfeld ihrer Ausreise ins Ausland transferierten. An der Universität Breslau wurde zwei Personen aus diesem Grunde der Titel entzogen.⁵⁸ Im Falle Artur Herrmanns wird die Verbindung von »Unwürdigkeit« mit rassistischen Elementen bei den Entscheidungen des Dekane-Ausschusses der Universität Breslau deutlich.⁵⁹ So heißt es in dem Gutachten des Universitätsrichters Hermann Spieler:

»Dieses Verhalten des Herrmann zeigt, dass es sich bei ihm um einen Emigranten handelt. Alle diese ausgewanderten Juden, die ihre steuerlichen Verpflichtungen nicht eingehalten haben, sind nicht würdig, noch fürderhin einen deutschen akademischen Grad zu tragen.«⁶⁰

Im Gegensatz zu dem Verlust des Doktorgrades infolge von Expatriierungen stellen die Aberkennungen aufgrund von strafrechtlichen Urteilen eine weitaus kleinere Gruppe dar. Wie das Beispiel von Artur Herrmann nahelegt, ging diesen Depromotionen ein weitaus komplexeres Verfahren mit Gutachten, Anhörungen und Einspruchsmöglichkeiten voraus, das auch der Universität einen höheren Grad an Entscheidungsfreiheit einräumte. Hinzu kommt, dass alle Verfahren nach gerichtlichen Verurteilungen eingeleitet wurden und so zumindest den Anschein von Legalität bewahrten. Trotzdem stehen rassistische wie politische Motive bei den Gerichtsentscheidungen und späteren Beschlüssen des Dekane-Ausschusses im Vordergrund. Die Folgen dieses nationalsozialistischen Unrechts konnten (im Gegensatz zu den ins Ausland geflüchteten Straf-

58 Es handelt sich um Artur Herrmann und Kurt Sternberger.

59 Siehe dazu die Ausfertigung des Senatsbeschlusses der Universität Breslau v. 20.7.1939 und den beigelegten Brief des Universitätsrichters an den Rektor der Universität Breslau v. 27.7.1939, UABr, s280, Bl. 95 f.

60 Brief des Universitätsrichters an den Rektor der Universität Breslau v. 27.7.1939, UABr, s280, Bl. 95.

expatrierten) noch existenzieller sein: Sie waren dem Repressionsapparat völlig schutzlos ausgeliefert und bezahlten dies in manchen Fällen mit dem Leben.

Dass Plagiate eine Aberkennung des Doktorgrades nach sich ziehen, ist heute wie damals bekannt und richtig gewesen. In den beiden überlieferten Fällen an der Universität Breslau sind die Argumente der Prüfer jedoch infrage zu stellen. Bei den betroffenen Personen handelte es sich um Erich Beyer und Rolf Bie, die beide in den Unterlagen der Universität als Juden geführt wurden. Besonders bei Letzterem ist die Juristische »Stoßtruppfakultät« erleichtert, dass der Betroffene jüdischer Abstammung sei, wie ein Gutachten von Professor Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven nahelegt.⁶¹ Grund hierfür war nicht die Möglichkeit einer schnellen Aburteilung, sondern der Umstand, dass Bie als Jude Deutschland wahrscheinlich längst verlassen hatte und das Depromotionsurteil nicht anfechten würde. Schließlich würde im Falle einer Revisionsverhandlung es zu »unvermeidlichen Erörterungen kommen, die für die Fakultät nicht frei von Peinlichkeiten wären [...] da im Ministerium ohnehin ein sehr ungünstiges Urteil über die von der Fakultät [...] früher [...] geübte Promotionspraxis besteht.«⁶² Im Falle von Erich Beyer wurde in der Veröffentlichung des Beschlusses zur Aberkennung des Doktorgrades gleich vollständig auf den Vorwurf des Plagiiens verzichtet, sondern nur bekannt gegeben, dass es sich um einen »jüdischen Emigranten« handle.⁶³ Eine weitere Begründung der Depromotion war offensichtlich unnötig.

Auch andere Straftaten wie Abtreibung oder Verstoß gegen das Opiumgesetz waren bereits vor 1933 und noch in der Bundesrepublik eine strafbare Handlung. Was aber passieren konnte, wenn man mit dem Gesetz in Konflikt geriet und Jude war, zeigt das Beispiel von Rudolf Jaffé und Theodor Wolfarth. Ersterer wurde am 3. August 1938 durch das Schwurgericht Stettin wegen gewerblicher Abtreibung zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Nach einer entsprechenden Mitteilung an die Universität Breslau, an der Jaffé am 10. August 1921 an der Medizinischen Fakultät promoviert worden war, nahm der Dekane-Ausschuss unverzüglich die Aberkennung des Doktorgrades vor. Im Protokoll der Sitzung des Dekane-Ausschusses vom 8. Dezember 1938 versäumten die Beteiligten nicht, auf die »mosaische« Abstammung von Jaffé hinzuweisen.⁶⁴ Ähnlich erging es Theodor Wolfarth, der

61 Zu dem Begriff »Stoßtruppfakultät« siehe ausführlich Ditt, »Stoßtruppfakultät Breslau«.

62 Gutachten von Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven v. 5.3.1940, UABr, P45, Bl. 56-60, hier Bl. 59.

63 Bekanntgabe des Depromotionsbeschlusses durch den Rektor der Universität Breslau an sämtliche Hochschulen in Deutschland v. 19.12.1938, UABr, P45, Bl. 54.

64 Bekanntgabe des Depromotionsbeschlusses durch den Rektor der Universität Breslau an sämtliche Hochschulen in Deutschland v. 16.12.1938, UABr, P45, Bl. 191 und Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses der Universität Breslau, der für die Entziehung des Dokortitels bestimmt worden war, v. 8.II.1938, UABr, s280, Bl. 2-5.

wegen »fortgesetzter Rasseschändung in fünf Fällen« seinen Titel verlor.⁶⁵ Die Martyrien von Rudolf Jaffé und Theodor Wolfarth endeten 1942 mit dem Tod in einem Konzentrationslager.⁶⁶

Akademiker, die solche Verbrechen beim Namen nannten, wurden im Inland unter dem Vorwand der Heimtücke strafrechtlich belangt. Berthold Heinrich war so ein mutiger jüdischer Bürger, der 1938 gegenüber norwegischen Besuchern zu verstehen gab:

»Norwegen solle froh sein, dass man dort von einer Bande wie der SA verschont geblieben sei. Den Juden gehe es in Deutschland schlecht. Sie leben wie in einem Gefängnis, denn fast jeder zweite Mensch auf der Straße sei ein Kriminalbeamter.«⁶⁷

Trotz widersprüchlicher Zeugenaussagen wurde Heinrich aufgrund des §2 des Heimtückegesetzes zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Dekane der Universität Breslau unternahmen keine Anstrengungen, den Fall selbst zu prüfen und von ihrer theoretischen Handlungsautonomie im Promotionswesen Gebrauch zu machen, sondern stellten rückgratslos fest: »Dieser Gerichtsentscheidung [mit einem eigenen Urteil; K. K.] entgegenzutreten, besteht weder ein Anlass noch die (für eine so weittragende, in ihren politischen Folgen schwer absehbare Stellungnahme unerlässliche) Grundlage.«⁶⁸ Damit war die Aberkennung des Doktorgrades von Berthold Heinrich entschieden, der, nunmehr in seiner Aussage bestätigt, noch vor der Aushändigung des Depromotionsbescheides aus Deutschland floh.⁶⁹

Je geringer die Zugriffschancen für den NS-Staat auf die Emigranten waren, umso wichtiger wurde die Schützenhilfe der Universitäten, um eine Antwort auf die »Gräuelpropaganda« aus dem Ausland zu geben. Emil Ludwig, ein deutscher Schriftsteller mit jüdischen Wurzeln, exponierte sich mit seinen NS-kritischen Schriften und stand im Mittelpunkt der Überwachungen des Auswärtigen Amtes.⁷⁰ Ursache hierfür war sein Buch »Mord von Davos« aus dem Jahre 1936, in dem Ludwig Stellung für David Frankfurter bezog, der den NSDAP-Landesgruppenleiter in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, umgebracht hatte. Einem Hinweis der Breslauer Gestapo folgend wurde am 2. Dezember 1936 auf der Fakultätssitzung der Juristischen Fakultät über Ludwig verhandelt, der dort

65 Schreiben des Dekans der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau an Theodor Wohlfarth v. 7.2.1938, UABr P45, Bl. 534 f.

66 Siehe The Central Database of Shoah Victims' Names, Yad Vashem, <http://www.yadvashem.org/wps/portal> [4.1.2012].

67 Gutachten des Dekans der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau an den Rektor v. 11.12.1939, UABr, P45, Bl. 168 f., hier Bl. 168.

68 Ebd., Bl. 169.

69 Brief aus dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Kurator der Universität und der Technischen Hochschule Breslau v. 8.2.1940, UABr, s280, Bl. 246.

70 Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit, S. 81.

1904 zum Dr. jur. promoviert worden war.⁷¹ Das Ergebnis der Besprechungen ist jedoch nicht überliefert. Ein anderer, gut dokumentierter Fall zeigt aber, wie die Universität Breslau in die nationalsozialistische Propagandamaschinerie involviert war: Kardinal Mundelein aus Chicago war ein Mann der deutlichen Worte und der Tat. Ersteres verschaffte ihm ein offenes Ohr beim amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Letzteres die Anerkennung der Universität Breslau. Für seine aufopferungsvolle Hilfe für Not leidende Deutsche nach dem Ersten Weltkrieg empfing er am 15. Dezember 1921 die Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Breslau. Umso mehr mussten Mundelein die politischen Veränderungen in Deutschland nach 1933 erschrecken. In einer Rede vor katholischen Nachwuchsführungskräften am 18. Mai 1937 in Chicago sagte er:

»Ihr werdet vielleicht fragen, wie eine Nation von 60 Millionen Menschen, intelligenten Menschen, sich in Furcht und Knechtschaft einem Ausländer unterwerfen kann, einem österreichischen Tapezierer, und – wie mir gesagt wird – einem schlechten dazu.«⁷²

Angesichts der politischen Brisanz dieses Falles ging die Universitätsführung vorsichtig vor: Über drei Jahre zog sich der intern geführte Prozess, der neben dem »Reichserziehungsministerium«, dem Auswärtigen Amt, dem Reichsminister für Kirchliche Angelegenheiten und dem Reichspropagandaministerium auch drei Rektoren beschäftigte. Selbst der »Führer« und Reichskanzler Adolf Hitler nahm Kenntnis von den Anschuldigungen gegen seine Person und ließ in einem Gespräch mit dem Augsburger Weihbischof Franz Xaver Eberle verlautbaren, dass ihn die Verunglimpfungen persönlich nicht berührten. »Wenn es aber gegen Deutschland geht [...], verstehe er keinen Spaß.«⁷³ Die Ehrendoktorwürde wurde Kardinal Mundelein aberkannt, die letztendliche Veröffentlichung des Beschlusses aber behielt sich das Reichspropagandaministerium vor, um »im politisch wirkungsvollsten Augenblick schlagartig« zu handeln.⁷⁴ Die Universität fügte sich diesem Verlust an Autonomie, indem sie selbst erklärte, mit dem Depromotionsbeschluss »den maßgeblichen Ministerien ein Instrument geliefert [zu haben], das als politische Waffe nach Gutdünken verwertet werden kann«.⁷⁵

71 Protokoll der Sitzung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau v. 2.12.1936, UABr, P2, Bl. 178.

72 Brief des Dekans der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Breslau an den Rektor v. 3.11.1937, UABr, s285, Bl. 42.

73 Zit. nach Karl-Joseph Hummel, Gebremste Offensive, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.3.2007, Nr. 77, S. 7.

74 Brief des Auswärtigen Amtes an das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 21.3.1939, Abschrift, UABr, s285, Bl. 1.

75 Brief des Rektors der Universität Breslau an das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 26.11.1937, UABr, s285, Bl. 15.

Schlussbemerkungen

Die Depromotionen korrespondieren, wie auch andere Maßnahmen an den deutschen Hochschulen, mit der bis zur Vernichtung führenden Entrechtung von Juden und anderen unerwünschten Personen in Deutschland. Die Universität Breslau half als ein Werkzeug nationalsozialistischer Propaganda mit, die antisemitische Politik über Europa hinauszutragen. Dabei unternahm die Hochschulleitung nichts gegen eine Entmachtung auf dem Gebiet ihres ureigenen Promotionsrechts, was zweifelsohne zu der hohen Anzahl von Betroffenen beitrug. Sie zeigte sich an keiner Stelle milde gegenüber ihren früheren Absolventen und ließ, soweit es sich um jüdische Bürger handelte, niemals einen Zweifel an der eigenen antisemitischen Linientreue aufkommen. Die Zerstörung des jüdischen und deutsch-jüdischen Geisteslebens in Breslau war nachhaltig und die Hochschulleitung half willfährig mit, die menschenverachtende nationalsozialistische Ideologie in die Tat umzusetzen.

Das Beispiel der Universität Breslau zeigt paradigmatisch, wie sich eine Institution im Umfeld einer Weltanschauungsdiktatur historische Schuld aufbürdete. Als eigenständig agierender Akteur war sie kein Opfer ferngesteuerter Instrumentalisierung durch die Politik, sondern leistete im Bereich der akademischen Würden einen Beitrag an dem nationalsozialistischen Terror und der »arbeitsteiligen Judenverfolgung«.⁷⁶ Es ist nun, nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Verbrechen, an der Zeit, eine Rehabilitierung der Opfer vorzunehmen.

76 Klaus-Dietmar Henke, *Die Dresdner Bank 1933-1945: Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft*, Oldenburg 2006, S. 225.

II Juden in der Wirtschaft

Schlesiens Juden im Übergang von der Privilegien- zur Marktwirtschaft (um 1800)

In der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Privilegiengesellschaft waren die Juden beruflich weitgehend auf Handel und Geldleihe beschränkt. An den frühneuzeitlichen Höfen war eine kleine Elite als Faktoren und Agenten tätig. Jahrhundertelange Erfahrung im Geld- und Warenhandel prädestinierte die jüdischen Kaufleute für die kapitalistische Wirtschaft des Industriezeitalters. Privilegien, aber auch Einschränkungen, entfielen durch die Hardenbergschen Wirtschaftsreformen um 1810. Auf dem weitgehend freien Markt waren die Juden nun gleichberechtigte Konkurrenten neben den christlichen Kaufleuten. Der freie Markt, die beginnende Industrialisierung sowie die sich herausbildende bürgerliche Gesellschaft erforderten neue Praktiken und Einstellungen. Es galt nun nicht mehr nur, mit der Geldleihe relativ übersichtliche, wenn auch riskante, Geschäfte zu tätigen, sondern sich durch Investitionen in die Infrastruktur, vor allem den Eisenbahnbau, und in die Industrialisierung in neuen Marktlogiken zu behaupten.¹

Wie verhielten sich nun die jüdischen Kaufleute und Finanziere Schlesiens in diesem Übergangsprozess? Nutzten ihnen die Erfahrungen, die sie in der friderizianischen Privilegienwirtschaft, also seit ca. 1740, sammeln konnten? Friedrich II. hatte die jüdischen Kaufleute Schlesiens als Akteure für den Osthandel eingeplant, zudem sollten sie für den Absatz der Berliner bzw. brandenburgischen Manufakturprodukte sorgen und wohl auch die schlesische Protoindustrie unterstützen. Seit dem Siebenjährigen Krieg ernannte der preußische König auch in Breslau Generalprivilegierte mit der Bestimmung, »daß sie als christliche Bankiers angesehen und gleiche Freiheiten mit anderen christlichen Kaufleuten in ihren rechtlichen Angelegenheiten vor und außer Gericht genießen sollen«.² Zu den ersten Breslauer Generalprivilegierten zählten u. a. auch Berliner Generalprivilegierte wie Daniel Itzig (1762). Aus Breslau kamen Moses Heimann (1764) und der Landrabbiner und Bankier Joseph Jonas Fraenckel (1764), dieser »wegen seiner guten Vermögensverhältnisse und seiner Handelsbeziehungen nach Russland, Polen und Litauen«, wohin er Zeug, Leinen, auch Seidenmanufaktur-Erzeugnisse lieferte. Zudem erklärte sich Fraenckel im Zuge der Privilegierung bereit, den schlesischen Fabrikanten Vorschüsse auf Wolle und Geld zu geben. Das Generalprivileg galt auch für die Kinder der Generalprivilegierten, musste

- 1 Manfred Hettling/Andreas Reinke, Handlungslogiken und Sinnkonstruktionen: Juden im Breslau der Neuzeit, in: dies./Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 7-21, hier S. 14 f.
- 2 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStA PK), I. HA Rep 46 B Nr. 203a, o. Pag.: Breslau, 18.10.1765; Breslau, 29.3.1764; 12.6.1764; Potsdam, 7.6.1769; Berlin, 3.2.1777.

Der Judenplatz (nach 1824 Karlsplatz) in Breslau, 1730; »Der Juden Sammel Platz oder Tandemarkt gegen der Sieben Radebrücken, von theils aus Schertz der Juden Boerse genannt«.

aber vom Empfänger bezahlt werden. Im Fall von J.J.Fraenckel betrug die Summe 4000 Rt. Auch die übrigen Generalprivilegierten erhielten Auflagen für die Förderung der schlesischen Industrie, zudem sollten sie für den Export der Berliner Porzellanmanufaktur sorgen.³ 1774 gab es nach den Akten der jüdischen Gemeinde Breslau elf Generalprivilegierte, von denen der Bankier Moses Hei[y]mann eine Summe in Höhe von 164 Rt in die Gemeindegasse zahlte. Doch gab es auch einige Generalprivilegierte, die keine Abgaben zu zahlen hatten, da sie offenbar über keine Einkünfte verfügten.⁴

3 Archiwum Państwowe we Wrocławiu (APWr), Arch. Giełdy Kupieckiej sygn. 414: Potsdam, II.6.1764.

4 Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem (CAHJP), GA S 136/9 Fasc. 4. In der Beschwerde der Breslauer Kaufmannsältesten Hielscher, Opitz und Thomson gegen die Generalprivilegierung des Daniel Kuh und gegen den Detailhandel des Rabbiners Fraenckel werden 19 Generalprivilegierte bzw. deren Faktoren für Breslau aufgeführt. Von diesen kamen nur sieben aus Breslau. Diese sind: Joseph Jonas Fraenckel, seine Tochter Edel Fraenckel als Descendentin (Nachkomme); die Descendenten Bliemele Fränkelin, Moses Meyer, Hanna Meyeriin verehelichte Schoefftel Wolff auf Grund der Generalprivilegierung ihres Bruders Lippmann Meyer aus Berlin (Gen. Priv. v. 17.6.1769); Meyr Benjamin Levi (Gen. Priv. 1771). Moses Heymann wird hier »aus Barbi in Sachsen« aufgeführt. Es ist davon auszugehen, dass die von auswärts Kommenden zumindest zeitweilig in Breslau lebten. Selma Stern, Der Preußische Staat und die

Nach dem Tod Friedrichs II. 1786 nahmen die Ernennungen zu Generalprivilegierten für Breslau erheblich zu, sodass sich der Direktor der Preußischen Seehandlung Carl Gustav Struensee 1791 darüber beschwerte. Nach seiner Einschätzung zeichneten sich die schlesischen Juden nicht gerade durch Errichtung nützlicher Fabriken oder den Export inländischer Produkte aus.⁵ Widerstand erfuhren die Breslauer Generalprivilegierten besonders vonseiten der dortigen Kaufmannschaft, die sich nicht nur gegen die Gleichstellung wehrte, sondern vor allem gegen das Recht, dass auch die Kinder der Generalprivilegierten Handlungen errichten durften.⁶ Die Breslauer Kaufmannschaft befürchtete, dass die 400 Handlungshäuser der Breslauer Kaufmannschaft bald zugrunde gerichtet würden. Selbstbewusst setzten die Breslauer Generalprivilegierten dagegen, dass es an der Bequemlichkeit der Breslauer Kaufleute liege, die sich im Gegensatz zu den Generalprivilegierten nicht um Investitionen in das heimische Fabrikgeschäft kümmerten. Dagegen würden sich die Generalprivilegierten durch Fabriken und auswärtigen Handel nützlich machen.⁷

Was den Osthandel betraf, so besaßen die Breslauer Generalprivilegierten wie auch die Schutzjuden über die sogenannten Schamesse die besseren Handelsmöglichkeiten für die Ostländer. So gab es in Breslau Schamesse, das meint die ständigen Handelsvertreter einzelner Städte, von Wolhynien, Litauen, Krotoschin, Lemberg, Lublin, Posen und Polnisch Lissa, aber auch aus Zülz und Glogau, den beiden Städten also, in denen bereits im 17. Jahrhundert jüdische Gemeinden existieren durften. Sie alle verfügten über eigene Synagogen.⁸ Etwas mag sicher an den Vorwürfen der Breslauer Kaufmannschaft von 1777 stimmen, dass nämlich »die Makler ihnen sowohl die ankommenden polnischen und russischen Waren und Güter zuerst zuwiesen als auch die Rückladungen von ihnen nehmen« würden.⁹

Lassen sich die Erfolge im Handel und im Fabrikwesen im Einzelnen nicht genau nachweisen, so liegen aufgrund von Gerichtsakten Informationen über den Geldhandel vor, wenngleich natürlich auch hier Lücken bestehen. Die Geldgeschäfte bezogen sich primär auf Anleihen der zumeist adligen schlesischen Großgrundbesitzer. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: So lieb z. B. der Glogauer Schutzjude Moses Hirsch Caro am 4. Juni 1798 dem Freiherrn von Salis 6000 Rt auf dessen Gut Löwenstein mit allem Zubehör zu fünf Pro-

Juden. Bd. 3, T. 2, Abteilung: Akten, 2. Halbbd., Tübingen 1971, S. 1329 f.; ebd., Bd. 3, T. 1: Darstellung, S. 108 ff., 312 ff.

5 GStA PK, I. HA Rep. 46. B Nr. 203a: Berlin, 12.11.1791.

6 Stern, Der Preußische Staat, Bd. 3, T. 2/2, S. 1328 ff.

7 Ebd., S. 1336 ff.; Daniel Itzig und Ephraimsche Erben am 25.3.1777. In ihrem Memoire werfen die Verfasser der Breslauer Kaufmannschaft »Religionseifer« vor. Hieraus stammt auch die Aufzählung der Fabriken, die die Breslauer Juden betreiben: Blech-, Hämmer-Affinerien, Wachs-Bleichen, holländische Mühlen etc.

8 CAHJP, GA S 136/9 Fasc. 2: Breslau 17.2.1778.

9 Stern, Der Preußische Staat, Bd. 3, T. 2/2, S. 1328 ff.; GStA PK, I HA. Rep. 96 A 4v: Breslau, 16.7.1801.

zent Zinsen. Dass Caro zur Hälfte an diesem Geschäft auch eine Frau, nämlich das Eheweib des Raphael Salomon, geb. Wolf, beteiligt hatte, zeugt von der Vernetzung in Geldgeschäften. Bis zum 30. Januar 1801 waren Darlehen und Zinsen zurückgezahlt, dies erfolgte aber nicht immer so direkt.¹⁰ Unter den Kreditnehmern finden sich bekannte schlesische Adelsgeschlechter wie die Grafen Henckel von Donnersmark, von Lichnowsky, von Strachwitz, von Stillfried, von Goetzen oder die Freiherren von Knobelsdorf und von Saurma.¹¹

Der Kreditrahmen einzelner jüdischer Geldleiher lag in der Regel bei einer Summe von bis zu 6000 Rt, der Zinssatz betrug fünf oder sechs Prozent. Bei höheren Anleihen, so 1798 bei einer Anleihe von 110 000 Rt auf das Gut Nieder-Panthenau, schlossen sich 31 Darlehengeber zusammen, darunter der Breslauer Generalprivilegierte Lippmann Meyer mit 18 300 Rt sowie 2631 Rt rückständigen Zinsen.¹² Doch gab es auch Einzeldarlehen von 20 000 Rt, ohne dass die Schuldverschreibung eine Beteiligung von mehreren Gläubigern aufweist – wie etwa im Fall des Breslauer Handelsjuden Michael Salomon Freyhan, der diese Summe zu fünf Prozent an den Freiherrn von Kottwitz verlieh.¹³ Die Schuldsumme wurde auf dessen Güter Neobschütz und Ober-Peilau im Kreis Münsterberg eingetragen. Als Sicherheiten galten fast ausschließlich hypothekarische Einschreibungen auf die Güter der betreffenden Adligen. Lombardisierung auf Produkte zur Förderung der Landwirtschaft kamen nicht vor.

Die Geldgeschäfte mit dem Adel führten bisweilen zu eigenartigen Aufträgen wie im Falle des Reichsgrafen Maximilian von Plettenberg-Mietingen, mit dem der Breslauer Handelsjude Abraham Henschel sowie dessen Geschäftspartner, der Ratiborer Handelsjude Elias Isaac Guttmann, beauftragt wurden. Die Wiener Schulden des Grafen betrugen die enorme Summe von 801 350 Gulden, was 534 000 Rt entsprach. In »angestrengten Bemühungen und unnachgelassener Sorgfalt« – so bestätigte der Wiener Notar von Heinke – gelang es Henschel in einer Zeit von drei Jahren (1800-1803) die Summe auf 235 172 Gulden (156 781 Rt) herunterzuhandeln. Das bedeutete, die Gläubiger erhielten nur 30 Prozent ihrer verliehenen Summe. Die Spesen (Reisen, Bestechungsgelder etc.) in Höhe von 27 830 Rt, die die beiden Agenten für ihre Tätigkeit in den Jahren 1800 bis 1805 in Rechnung stellten, blieb der Graf ihnen jedoch schuldig.¹⁴

Die Geschäfte der Agenten Henschel und Guttmann veranschaulichen die Risiken, mit denen jüdische Finanzagenten um 1800 zu rechnen hatten. Trotz aller Vorsicht war bei der prekären Situation, in der sich die schlesischen Adligen aufgrund des sogenannten Güterschachers zu dieser Zeit befanden, nicht im-

10 APWr, Księstwo Ziębickie (Münsterberg), Nr. 175, S. 172 ff.

11 APWr, Księstwo Ziębickie (Münsterberg), Nr. 88, S. 275 f.; Nr. 93, S. 46.

12 APWr, Księstwo Swidn.-Jaw., Nr. 31, S. 246.

13 APWr, Księstwo Ziębickie, Nr. 175, S. 49.

14 Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Österreichisches Staatsarchiv (HHStA ÖstA), Obere Registratur, K 347, Nr. 7. Ich danke Tobias Schenk für seine Hilfe.

mer mit Geschäftserfolgen zu rechnen.¹⁵ Diese Vorsicht bestimmte auch die Geschäftspraktiken des damals bedeutendsten Breslauer Bankunternehmens, nämlich das der Familie Kuh, die über ein Vermögen von 350 000 Rt verfügte. Diese Familie war bereits im 17. Jahrhundert in Breslau ansässig, und zwar unter den Juden auf »St. Matthiae Gut«, also außerhalb des Machtbereichs des Breslauer Magistrats unter dem Schutz des Prälaten des Matthiasstifts.¹⁶ Daniel Kuh sen., dessen Nachkommen 1777 den Generalprivilegiertenstatus erhielten, war 1744 Vorsteher der jüdischen Gemeinde. Das Generalprivileg von 1777, das für den (verstorbenen) Daniel Kuh und dessen Descendenten ausgestellt war, enthielt die Auflage, eine Wachsbleiche in Breslau anzulegen. Inwieweit diese realisiert wurde, muss offenbleiben.¹⁷ Seine fünf Enkel, Söhne des Abraham Kuh, Zacharias, Lazarus, Daniel, Meyer und Israel betrieben als Hofagenten primär Bankgeschäfte. Wie riskant die Geschäfte waren, wird deutlich bei einem Kredit von ca. 12 000 Rt, den das Bankgeschäft Daniel Kuh 1764 dem Grafen Leopold von Goetzen gewährt hatte. Der Graf bzw. sein Kurator konnten die Zinsen von sechs Prozent nicht zahlen. Die Firma bekam bei dem Tod des hochverschuldeten Grafen nur 80 Prozent des Darlehens zurück. Dies war insofern unangenehm, als der Breslauer jüdische Arzt Dr. Koreff, der mit Güttel, einer Tochter der Familie Kuh verheiratet war, an dem Darlehen mit beteiligt war.¹⁸ Die Enkel, die die Firma unter der Bezeichnung Gebr. Kuh weiterführten, gerieten dagegen häufig mit dem Breslauer Fiscal, der sie für Wucherer hielt,

15 Johannes Zierkusch, *Schlesische Wirtschaftsgeschichte von der Germanisierung des Landes bis zum 19. Jahrhundert*, in: Franz Kampers (Hrsg.), *Schlesische Landeskunde*, Bd. 1, Leipzig 1913, S. 169-191, hier S. 184.

16 Arno Herzig, *Die Juden Breslaus*, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause?*, S. 46-52, hier S. 49. Nach eigenen Angaben aus dem Jahr 1776 lebte die Familie seit 112 Jahren, also seit ca. 1664, in Breslau. Dem widerspricht die Breslauer Kaufmannschaft 1777 mit der Behauptung, dass Daniel Kuh 1739 auf sechs Jahre zum Handel mit Juwelen und alten Kleidern in Breslau privilegiert worden sei. Vorher habe die Familie nicht einmal in Breslau wohnen dürfen. Stern, *Der Preußische Staat*, Bd. 3, T. 2/2, S. 1329. Die Kaufmannschaft hat insofern recht, als dass das Stift St. Matthias nicht zur Stadt, d. h. zum Kompetenzbereich des Stadtrats gehörte. Als Descendenten des Daniel Kuh, der 1748 verstarb, erbaten dessen Nachkommen 1776 von König Friedrich II. das Generalprivileg mit dem Angebot, in Breslau eine Wachsbleiche und eine Tuchfabrik anzulegen. Johann Heinrich Casimir Carmer als Chefpräsident sämtlicher Regierungen in Schlesien unterstützte den Antrag, u. a. mit dem Hinweis auf das Vermögen der Familie, das nachweislich 350 000 Rt betrug. Ebd., S. 1322 ff.

17 GStA PK, I. HA Rep. 46 B Nr. 203a: Berlin, 3.2.1777. Zudem sollte er für 500 Rt »Porcellan zum auswärtigen Debit aus unser Berliner Fabrik übernehmen«. Zum Porzellanexportzwang für Juden in Preußen siehe Tobias Schenk, *Wegbereiter der Emanzipation. Studien zur Judenpolitik des »Aufgeklärten Absolutismus« in Preußen (1763-1812)*, Berlin 2010, S. 260 ff.

18 APWr, Miasta Wrocławia, Nr. 6062, *Acta in causa Gebr. Kuh und Dr. med. Koreff contra den Goetzeschen curatorem bonorum v. Tschischwitz [...] in puncto getanem Darlehen [...] (1764-1770)*, o. Pag.; Emanuel Zimmer: *Albendorf, sein Ursprung und seine Geschichte bis zur Gegenwart*, Breslau 1898, S. 189 ff.

in Konflikt.¹⁹ Eine anonyme Denunziation warf ihnen 1802 vor, »den größten Teil des schlesischen Adels durch ihren Wucher ruiniert« zu haben.²⁰ Der Fiscal Brassert bezichtigte sie, neben den sechs Prozent Zinsen von den Darlehensnehmern zu hohe Proxenetica, also Maklergebühren, zu verlangen. So beschuldigte er sie, für zwei Darlehen im Wert von ca. 12 000 Rt die enorme Gebühr von 1800 Rt verlangt zu haben, ein andermal bei einer Hypothek von 37 000 Rt dem betroffenen Grafen von Stillfried nur 20 000 Rt ausgezahlt zu haben. Vom Landesältesten von Knobelsdorf hätten sie für den Vorschuss von 20 000 Rt für eine Nacht 800 Rt Provision verlangt.²¹ Die von diesem angeblichen Wucher Betroffenen hatten allerdings keine Anzeige gestellt. Dennoch kam der Hoffiscal Brassert ähnlich wie der anonyme Denunziant 1802 in seinem Bericht an den König recht voreingenommen zu dem Schluss: »Übrigens ist es bekannt, dass ein großer Teil durch die widerlichen Behandlungen der Juden, deren Unverschämtheit keine Grenzen hat, schon bis zum Bettelstab gebracht worden ist.«²² In der Verhandlung wurden die Gebrüder Kuh aber »ab instantia« freigesprochen. Das war kein eindeutiger Freispruch, wogegen sie bei der nächsten Instanz Einspruch erhoben.

Die Gerichtsverhandlungen zeigen in mehreren Fällen, in die die Gebrüder Kuh verwickelt waren, welche Geschäftspraxis sie für die Finanztransaktionen aufgebaut hatten. Die Firma betrieben die vier Brüder Zacharias, Lazarus, Daniel sowie Israel, der als Kassierer fungierte. Abgesichert waren sie durch Pfandbriefe und Hypotheken. Neben den Geldgeschäften betrieben sie aber auch Handel. So führte 1777 der Breslauer Magistrat im Namen der Breslauer Kaufmannschaft Beschwerde darüber, dass Zacharias Kuh die jüdischen Makler und Schamasse tyrannisiere, sodass keiner von diesen mehr mit der christlichen Kaufmannschaft Handel treiben wolle.²³ Nach dem Tod von Lazarus und Zacharias betrieb als Hauptverantwortlicher Daniel Kuh die Firma weiter. Ihm arbeiteten eine Reihe von Agenten zu, so Loebel Joseph Asch, Lazarus Löser, Isaac Gad sowie die Handelsjuden Landsberger und Heimann. Diese fädelten die Geschäfte ein und vermittelten die potenziellen Kreditnehmer an die Firma Kuh. Dabei kassierten die Agenten die berüchtigten Proxenetica (Maklergebühren), während die Gebrüder Kuh dergleichen wohl nicht verlangten – zumin-

19 GStA PK, I. HA Rep. 46 B Nr. 155dd (nicht durchgängig pag.): Acta das Gesuch der Gebrüder Kuh um Niederschlagung der gegen sie veranlassten fiscalischen Untersuchung betr. (1793-1804). 1791 wurde ihnen vorgeworfen, statt erlaubten 5 Prozent Zinsen bei allen Abzügen mitgerechnet 13 $\frac{1}{3}$ Prozent Zinsen auf ein Darlehen von 1200 Rt genommen zu haben.

20 GStA PK, I. HA Rep. 46 B Nr. 155dd (nicht durchgängig pag.): anonym, 7.8.1802; sowie Eingabe des Daniel Kuh gegen die Beschuldigungen v. 25.7.1802.

21 GStA PK, I. HA Rep. 46 B Nr. 155dd (nicht durchgängig pag.): 5.1.1800.

22 GStA PK, I. HA Rep. 46 B Nr. 155dd (nicht durchgängig pag.): Brassert an den König, 9.9.1802.

23 Stern, Der Preußische Staat, Bd. 3, T. 2/2, S. 1360 f. Zacharias war wie schon sein Großvater Daniel und sein Vater Abraham Vorsteher der jüdischen Gemeinde.

dest konnte ihnen das gerichtlich nicht nachgewiesen werden.²⁴ In der Firma arbeitete auch der Schwager der Gebrüder Kuh, Isaias Moses Ries, der sein und seiner Familie Vermögen in das Geschäft eingebracht hatte, aber als stiller Teilhaber über keine Geschäftsdispositionen verfügte. Vermutlich über seine Frau Philipine Kuh verfügte auch er über das Generalprivileg.²⁵ Um 1805 muss Daniel Kuh zum Christentum übergetreten sein. Er nannte sich nun (demonstrativ) Christian Daniel Kuh.²⁶ Auch die Nachkommen der Familie Kuh, die im 19. Jahrhundert sowohl im ökonomischen wie im politischen Leben Schlesiens eine wichtige Rolle spielten, waren Christen. Das Bankgeschäft führten nach 1815 Friedrich Wilhelm Kuh und Heinrich August Kuh weiter.²⁷ Interessanter-

24 GStA PK, I. HA. Rep. 46. B Nr. 150 dd: 9.9.1802. Zu den Kunden der Firma Kuh gehörte 1796 auch der Vater des Dichters Joseph von Eichendorff, Adolph von Eichendorff, der durch Güterspekulation schließlich seinen gesamten Besitz verlor. Von den Agenten der Gebr. Kuh kaufte der Breslauer jüdische Arzt Dr. Isaac Warburg eine Hypothek über 11 000 Taler auf das Gut Lubowitz. Siehe Günther Schiwy: Eichendorff. Der Dichter in seiner Zeit. Eine Biographie, München 2000, S. 31f. Isaac Jeremias Warburg (1743-1818) lebte seit 1771 in Breslau. Seit 1776 hatte er den Status eines Schutzgenossen, seit 1790 den eines Stammnumeranten. Er war Mitglied der aufgeklärten Taschengassengesellschaft sowie des Schulkollegiums der Königlichen Wilhelmschule. Siehe Anne-Margarete Brenker, Aufklärung als Sachzwang. Realpolitik in Breslau im ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg/München 2000, S. 74, 258, 333; Norbert Conrads, Die familiäre und kulturelle Herkunft Karl Ludwig von Zanthos aus dem jüdischen Breslau, in: Annemarie Röder (Hrsg.), Karl Ludwig von Zanth. Der Erbauer der Wilhelma in seiner Zeit, Stuttgart 2012, S. 17-30, hier S. 23 f.

25 GStA PK, I. HA. Rep. 46. B Nr. 150 dd: 6.2.1800.

26 In einer Eingabe am 25. Juli 1802 (GStA PK, I. HA. Rep. 46. B Nr. 150 dd) hatte sich der Hofagent Daniel Kuh über die im Zusammenhang mit seinem Namen verwendete Bezeichnung Jude beschwert: »So unbedeutend auch in den Augen eines jeden Unbefangenen der in dem Urteil der 2. Instanz beigefügte Ausdruck Jude sein muss, da nach meinen und den Begriffen eines jeden aufgeklärten Menschen die Verschiedenheit niemandem zum Vorwurf gereicht, noch ihn deshalb auf irgend eine Art herabsetzen kann, so auffallend muss mir doch dieser vorgefundene Ausdruck in dem Erkenntnis sein, indem dazu gar keine Veranlassung noch ein Grund abzusehen ist, da ich durch das beigefügte Prädikat Hofagent und meinen Vornamen hinlänglich charakterisiert bin [...]«. Mit dem Namen Christian Daniel Kuh wird er in dem gemeinsamen Erbvertrag der Gebrüder, »dem Königlichen Hofagenten Bürger Israel Kuh an einem und dem Königlichen Hofagenten Bürger und Kaufmann Christian Daniel Kuh [...]« vom 25. Februar 1805 aufgeführt; APWr, Miasta Wrocławia, Nr. 15944, Bl. 14 ff. Wie die *Schlesischen Provinzialblätter* im Februar 1804 (Bd. 39, S. 192) mitteilten, war »eine der ersten jüdischen Familien« am 10. Februar »zur christlichen Religion« übergetreten. Dabei handelte es sich um Simon Kuh d. J., der bei der Taufe durch den Senior Menzel den Namen Friedrich Wilhelm erhielt. Seine Ehefrau erhielt den Namen Juliane Helene und die zehn Monate alte Tochter den Namen Wilhelmine Auguste. Es handelt sich hierbei um einen weiteren Zweig der Familie Kuh.

27 Hans Schneider, E. Heimann. 100 Jahre eines Breslauer Privatbankhauses, Breslau 1919, S. 8. Friedrich Wilhelm (ehemals Simon) Kuh war 1804 konvertiert (s. Anm. 26). Ein Heinrich August Kuh wird 1813 in dem Testament des Israel Kuh als »mein Schwester-sohn« geführt.

weise führte die Konversion von Christian Daniel Kuh nicht zu einem Bruch mit seinem jüdisch geliebten Bruder Israel. Dieser setzte in seinem Testament 1813 seinen »geliebten Bruder Christian Daniel Kuh« als Erben ein.²⁸

Auch andere Generalprivilegierte vernetzten sich familiär und sorgten dafür, dass ihre Angehörigen ebenfalls den Vorzugsstatus als Generalprivilegierte bekamen. So der Generalprivilegierte Juda Veit Singer für seinen Schwiegersohn Sina Veitel und die weiteren Familienangehörigen, nämlich Salomon David jr. sowie Esaias Levin Joachim. Ferner Lion Wulff für seinen Sozium Michael Levin Bromberger. Desgleichen Israel Marcus für seinen Schwiegersohn Abraham Gotteiner sowie der Landrabbiner Joseph Jonas Fraenckel für seine Familie und auch Lippmann Meyer für seine Geschwister.²⁹ Nicht alle Generalprivilegierten, die für Breslau und Schlesien ein Generalprivileg besaßen, wohnten in Breslau. Vielfach waren es Berliner oder Potsdamer Generalprivilegierte, die durch Verwandte in Breslau ihre Geschäfte ausführen ließen. 1785 waren von 22 Breslauer Generalprivilegierten neun auswärtige.³⁰

Inwieweit integrierten sich die jüdischen Kaufleute in das soziale Leben der Stadt? Die Generalprivilegierten waren weitgehend der Aufklärung verpflichtet und gehörten den jüdischen Aufklärungsgesellschaften an.³¹ Durch Stiftungen, die sowohl Juden wie Christen berücksichtigten, demonstrierten sie ihre Absicht, sich für die Gesamtgesellschaft zu engagieren. So errichtete Daniel Kuh 1798 eine Foundation, aus der – wie die Berlinische Zeitung meldete – christliche wie jüdische Arme mit jährlich 820 Rt unterstützt wurden.³² Auch Israel Kuh errichtete ein Legat, das Juden wie Christen berücksichtigte.³³ Ein Engagement für die Integration in die Breslauer Gesellschaft beweisen auch die Anstrengungen des Gemeindeältesten und Generalprivilegierten Lippmann Meyer, der eine Stiftung für Handwerker (1816) errichtete und der sowohl an den Schulplänen für die Friedrich-Wilhelm-Schule wie auch an der von Friedrich Albert Zimmermann und Johann Gottlieb Schummel initiierten neuen Judenordnung für Schlesien beteiligt war.³⁴ Auch an den Verhandlungen um das Hardenbergsche Emanzipationsgesetz nahm als Vertreter des Breslauer Vorsteherkollegiums ein Generalprivilegiertes, nämlich Abraham Gotteiner, teil. Die Vorsteher der Breslauer Gemeinde trafen sich am 14. März 1811 in Berlin mit dem Geheimen Staatsrat Johann August Sack. Sie gaben Sack eine präzise

28 APWr, Miasta Wrocławia, Nr. 15944, Bl. 14 ff.

29 APWr, Gieldy Kupiecki sygn. 413, S. 7 f.

30 Brenker, Aufklärung als Sachzwang, S. 252 f.

31 Ebd., S. 287 ff.

32 Königlich Privilegierte Berlinische Zeitung, 155. Stück, 27.12.1798.

33 APWr, Miasta Wrocławia, Nr. 15944, fol. 1 ff.: Testament v. 25.2.1802.

34 Brenker, Aufklärung als Sachzwang, S. 252, 255, 258. Als »Wohltäter« des jüdischen Philosophen Salomon Maimon, der sich in den 1780er-Jahren als Student und Hauslehrer in Breslau aufhielt, wird von diesem auch Lippmann Meyer aufgeführt. Salomon Maimons Lebenserinnerungen von ihm selbst geschrieben und herausgegeben von Karl Philipp Moritz. Neuherausgabe von Zwi Batscha, Frankfurt a. M. 1995, S. 196.

Analyse der schlesischen Judenschaft mit ihren Zentralorten Breslau, Glogau und Zülz sowie der »Landjudenschaft«, die »teils in kleinen Städten, teils auch auf Dörfern als arrendatores wohnen«. Die von den »hohen Staats-Behörden« geplanten Verbesserungen sollten den »bisherigen Druck« beseitigen, unter dem die Gemeinden litten. Dazu zählten insbesondere die Sonderabgaben wie die Toleranzgefälle, die jährlich nach den ökonomischen Verhältnissen der einzelnen Juden klassifiziert wurden, sowie das eingeschränkte Wohnrecht der sogenannten Stammnumeranten.³⁵

Als Integrationsbemühungen sind auch die Versuche einzelner Generalprivilegiierter zu werten, nach 1800 den Breslauer Bürgerstatus zu erreichen. Bereits 1805 wird Israel Kuh als Bürger bezeichnet.³⁶ Eine Debatte zwischen Kaufmannschaft und Magistrat lösten 1809 die Anträge von Lippmann Meyer, Michael Schlesinger und Isaias Moses Ries auf das Breslauer Bürgerrecht aus.³⁷ Die Ältesten der Kaufmannschaft waren darüber »höchst unzufrieden«. Interessanterweise erwiesen sich in diesem Fall Bürgermeister und Magistrat als Befürworter der jüdischen Antragsteller, indem sie darauf hinwiesen, dass weder das Allgemeine Preußische Landrecht noch die Städteordnung den Bürgereid für Juden verbieten. Den Juden, die aufgrund ihrer Privilegien zum Hausbesitz berechtigt seien, stehe sowieso das Bürgerrecht zu.³⁸

Trotz aller Privilegien, über die die Generalprivilegierten verfügten, und unbeschadet der aufgeklärten schlesischen Judenordnung von 1790 lebten besonders die Breslauer Schutzgenossen unter prekären Bedingungen. Zwar waren sie für ein bestimmtes Gewerbe konzessioniert, doch ihre Kinder mussten, wenn sie das 16. Lebensjahr erreicht hatten, die Stadt verlassen. Allerdings kam diese Regelung nur selten zur Anwendung.³⁹ Die Breslauer jüdische Gemeinde verfügte um 1811 über eine vorbildliche soziale Infrastruktur mit einer eigenen Kranken- sowie Armen-Verpflegungsanstalt, für die die Gemeinde jährlich 6000 Rt aufbrachte. Für die Fundierung der Friedrich-Wilhelm-Schule hatten die begüterten Juden Kapitalien zur Verfügung gestellt, von deren Zinsen die Schule neben einem Gemeindegeld unterhalten wurde. Desgleichen unterstützten Mitglieder der Generalprivilegierten-Familie Fraenckel die 1801 gegründete »Industrieschule für israelitische Mädchen«. Aus einem Stiftungsfonds wurde den Kindern jüdischer Nicht-Vermögender das Schulgeld bezahlt, sodass auch diese

35 Ismar Freund, Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen, Bd. 2: Urkunden, Berlin 1912, S. 433-444.

36 Siehe Anm. 26.

37 APWr, Arch. Giełdy Kupieckiej sygn. 417, fol. 1ff.

38 APWr, Arch. Giełdy Kupieckiej sygn. 417, fol. 3-7. Rat und Bürgermeister von Breslau an die Ältesten der Kaufmannschaft (Breslau, 16.2.1809): »Diejenigen Juden, welche auf Grund ihrer Privilegien oder Concessionen zum Hausbesitz berechtigt sind und wirklich Häuser besitzen, haben schon dadurch das Bürgerrecht erlangt und die Bürgerpflicht durch Ausstellung der Reservalien übernommen [...]«

39 Freund, Emanzipation der Juden, S. 433 ff.

»in mehreren wissenschaftlichen Gegenständen und Moral« unterrichtet werden konnten.⁴⁰ Die Eingabe der Breslauer Judenschaft an den Geheimen Rat Sack, betreffend die Emanzipation der Juden, von 1811 bietet eine nüchterne Analyse der Zustände der Breslauer Juden in dieser Zeit. Sie beweist, dass die jüdische Organisation im Kleinen mit den bürgerlichen Leistungen der Gesamtgemeinde durchaus mithalten konnte, wenn sie diesen nicht sogar überlegen war. Dies war sicher auch dem guten ökonomischen Status der jüdischen Kaufleute in Breslau geschuldet.⁴¹

Anders stellte sich dagegen die Situation in Glogau dar, »das kein sonderlicher Handelsplatz« war, wie es 1811 in einer Eingabe an die Regierung heißt.⁴² Zudem hatte die jüdische Gemeinde 1807 erheblich unter der französischen Besetzung zu leiden. So musste sie Kontributionskosten in Höhe von 36 770 Rt aufbringen. Zwar wurden die Kosten auf die ca. 300 Familien aufgeteilt. Doch der größte Teil der reichen Juden hatte Glogau um 1800 verlassen, obgleich sie in dieser Stadt jede Art von Handel treiben durften.⁴³ Allerdings bot der Glogauer Markt nicht sehr viele Chancen, sodass die Bessergestellten sich entweder im Hirschberger Gebiet bzw. in Breslau niedergelassen hatten. Die Kontributionslasten mussten deshalb zum größten Teil durch Kredite aufgebracht werden. Zwar schossen die begüterten Glogauer Kaufleute Jacob Wolff Levy, Benjamin Fraenkel, Jacob David Meyer und der Generalprivilegierte und Hoffaktor Raphael Abraham Lichtenstaedt 10 000 Rt in Pfandbriefen vor, forderten diese aber bereits 1811 zurück. Ein Kredit von 5000 Rt zu sechs Prozent Zinsen und einen über 8000 Rt zu fünf Prozent Zinsen musste die Gemeinde deshalb bei einem schlesischen Adligen, dem Grafen von Schlabrendorf, bzw. beim Domstift, das 1810 an den Staat fiel, aufnehmen.⁴⁴ Die Gemeindevorstände Raphael Loebel Munk und Joel Meyer baten deshalb Staatskanzler Hardenberg, eine Kommission einzusetzen, die die Schulden auf die Gemeindeglieder aufteilen sollte. Offenkundig war der Vorstand dazu nicht in der Lage.⁴⁵ Die französische Besetzung Glogaus, die von 1806 bis 1814 andauerte, bewirkte wohl auch, dass die neue preußische Städteordnung von 1808, die auch Juden das Bürgerrecht und den Erwerb von Häusern ermöglichte, ohne größere Widerstände der übrigen Bürger durchgeführt wurde. Doch nicht alle Juden wurden Bürger. Es gab auch den Status des sogenannten Schutzverwandten, der von den bürgerlichen Rechten und dem Grundstückserwerb ausgeschlossen blieb.

40 Marcus Brann, Die Juden in Schlesien, in: *Schlesische Landeskunde* 1 (1913), S. 133-139, hier S. 137.

41 Freund, *Emanzipation der Juden*, S. 433 ff.

42 Ebd., S. 440.

43 Franz D. Lucas/Margarete Heitmann, *Stadt des Glaubens. Geschichte und Kultur der Juden in Glogau*, Hildesheim/Zürich/New York 1991, S. 107 ff.

44 Archiv der Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum« (CJA), 3349 Nr. 16, Gemeinde Glogau: Die Gemeindeältesten an Staatskanzler v. Hardenberg, 26.3.1816.

45 CJA, 3349 Nr. 16, Gemeinde Glogau: Die Gemeindeältesten an Staatskanzler v. Hardenberg, 26.3.1816.

Zu diesen zählten auch die armen Juden, die in Glogau nach 1812 ca. ein Drittel der jüdischen Einwohner ausmachten. Die Juden aber, die das Bürgerrecht erwarben, besaßen nicht nur das aktive, sondern auch das passive Wahlrecht. So wurde bereits bei der ersten Kommunalwahl am 17. August 1809 der jüdische Kaufmann Raphael Löbel Munk in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt.⁴⁶ Bald folgten bei Nachwahlen 1810 weitere jüdische Bürger in den Stadtrat. Trotz der neuen Rechte gab es jedoch auch nach 1809 Vorbehalte der Glogauer Bürgerschaft, die sich gegen den Zuzug neuer jüdischer Einwohner sowie gegen die freie Wohnungswahl in der Stadt richteten. Nur einem kleinen Teil der Glogauer Juden gelang nach 1809 der Aufstieg in die wohl situierte Bürgerklasse. Die 300 jüdischen Familien, die es 1816 in Glogau gab, »lebten größtenteils in dürftigen Umständen«, wie es in einer weiteren Eingabe der jüdischen Gemeinde an die Liegnitzer Bezirksregierung heißt. Insgesamt hätten ca. 130 jüdische Familien nach 1812 Glogau verlassen. Aus der einstmaligen reichen Gemeinde war bis 1830 eine arme Gemeinde geworden, die ihren sozialen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte.⁴⁷

Anders war dagegen die Situation in Breslau, wo die Neuorientierung nach 1811 zwar langsam, aber stetig verlief. Es blieb zunächst das geschäftliche Engagement in den traditionellen Handelssparten, der Textil- und Möbelbranche. Aber auch der Geldhandel wurde von einigen jüdischen Kaufleuten in traditioneller Art weitergeführt. Das bedeutete, man verlieh Geld auf der Basis von Hypotheken-Instrumenten. Vielfach handelte es sich um die Weiterführung alter Geschäftsabschlüsse, die schon vor 1810 getätigt worden waren.⁴⁸ Auch der Osthandel spielte weiterhin eine Rolle. Die Textil- und Möbelprodukte konnten nun in großen Kleider- und Möbelmagazinen angeboten werden. Die Breslauer Schneider und Tischler sahen sich deshalb in ihren Geschäften beeinträchtigt,

46 Lucas/Heitmann, Stadt des Glaubens, S. 121, 177 f.

47 Ebd., S. 177 f.

48 So verliehen die Breslauer Kaufleute Marcus Baer (Makus Bär) Friedenthal und Lazarus Kroh 15 000 Rt am 20. September 1817 auf das Gut Schurgast bei Falkenberg. Allerdings handelte es sich hier um ein Geschäft, das auf das Jahr 1809 zurückging; APWt, Księstwo Raciborskie, Nr. 51, fol. 275. Beziehungsweise verlängerte 1832 der ehemalige Breslauer Handelsjude Michael Salomon Freyhan eine Schuldverschreibung von 20 000 Rt auf die Güter Neobschütz, Ober-Peilau und Gaumitz, die dem Freiherren Kottwitz gehörten; APWt, Księstwo Raciborskie, Nr. 175, fol. 49. In traditioneller Art heißt es: Der »jüdische Handelsmann« Küwer Rosenthal leiht am 26. Juni 1811 Franz Xaver Garnier 2000 Rt auf das Gut Surawa bei Oppeln zu sechs Prozent. Desgleichen lieh »der jüdische Handelsherr Samuel Friedländer zu Noldau« am 27. Januar 1812 ebenfalls an Garnier 1100 Rt zu sechs Prozent, bzw. der »jüdische Negotiant Jacob Philipp Silberstein« aus Brieg 1000 Rt zu fünf Prozent an Carl Christian von Tschowitz auf dessen Freigut Rosenberg bei Beuthen/Oder; APWt, Księstwo Raciborskie, Nr. 93, fol. 318 ff. Der »jüdische Handelsmann Salomon Barnick« aus Ratibor verlieh am 14. Januar 1812 3600 Rt zu sechs Prozent an den Landesältesten Heinrich von Knobelsdorff auf dessen Güter; Księstwo Ziębickie, Nr. 175, fol. 287. Es gab aber auch umgekehrt Anleihen jüdischer Handelsleute bei schlesischen Adligen.

weshalb sie diese Lager 1830 gewaltsam stürmten. Der Widerstand gegen die geschäftliche Etablierung der Juden wurde in Breslau nun nicht mehr allein von der Kaufmannschaft, sondern auch von den Handwerkern getragen.⁴⁹

Interessanterweise gehören die ehemaligen Generalprivilegierten nun kaum zu den führenden Kaufleuten der Stadt. Soweit sie nicht konvertiert waren wie die Familien Kuh oder Ries, tauchen sie unter den führenden Geschäftsleuten nach 1815 nicht mehr auf – mit Ausnahme der Enkel des 1764 privilegierten Bankiers und Landrabbiners Joseph Jonas Fraenckel, Jonas und David Fränckel. Sie waren die Söhne von dessen Tochter Edel, die mit Joel Wolff Fränckel, dem Sohn des Berliner Oberlandesrabbiners, verheiratet war.⁵⁰ Die Enkel engagierten sich vor allem im Osthandel und brachten es zu großem Reichtum, den sie als Junggesellen in großzügige Stiftungen für die öffentliche Wohlfahrtspflege, aber auch für jüdische Institutionen vergaben. Die Förderung jüdischer Institutionen der Brüder Fränckel, für das Hospital, ferner die 1811 gegründete Industrieschule für Mädchen sowie besonders für das Jüdisch-Theologische Seminar, dienten ebenfalls dem Verbürgerlichungsprozess der Juden.⁵¹ Die Juden sollten in ihrer Bildung, ihrem sozialen Status, aber auch in ihrer Religion den übrigen Breslauern gleichrangig gegenüberstehen.

An die Stelle der alten jüdischen Wirtschaftselite traten nun um 1800 jüdische Newcomer, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die Breslauer Wirtschaftselite aufstiegen. Doch dominierten im Handel und Bankgeschäft die nichtjüdischen Firmen Eichborn, Ritter & Co., Löbbecke sowie Gerhard & Co. Diese betrieben neben den Bankgeschäften Kommissionshandel und Speditionsgeschäfte.⁵² Beteiligt waren die führenden Breslauer Firmen – was für Breslau besonders wichtig war – auch am Wollhandel. Die bedeutendsten jüdischen Newcomer, die bald zu den führenden Kaufleuten Breslaus gehören sollten, wa-

49 Robert Bürkner/Julius Stein, *Geschichte der Stadt Breslau von ihrer Gründung bis auf die neueste Zeit*, Bd. 2, Breslau 1851, S. 220.

50 Aufgrund der Eingabe der Breslauer Kaufmannschaft war die Firma Fränckel um 1776 in eine Krise geraten, doch hatte sich das Handelshaus gegen Ende des 18. Jahrhunderts unter der Leitung von Joseph Jonas Fraenckels Tochter Edel wieder konsolidiert. Die Firma wurde unter dem Namen Edel Fraenckel und Söhne geführt. Israel Rabin, Jonas Fränckel, in: Friedrich Andreae/Max Hippe/Paul Knötel/Otfried Schwarzer (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 3: Schlesien des 17. bis 19. Jahrhunderts, Breslau 1928, S. 195–202, hier S. 195. An der Firma war offensichtlich auch die Tochter Jette Fränckel beteiligt. Als Enkelin des verstorbenen Landrabbiners Joseph Jonas Fränckel erhielt sie am 27. April 1795 als »Descendentin« das »General-Schutz- und Handlungsprivilegium mit allen Rechten sich hier zu etablieren«. Zugleich erhielt sie das Recht, den Breslauer »Stamm Numeristen« David Elias Pulvermacher zu ehelichen. APWf, Archivum Gieldy Kupieckiej, Nr. 414, S. 285.

51 Rabin, Jonas Fränckel, S. 199 f.

52 Gerhard Webersinn, Gustav Heinrich Ruffer. Breslauer Bankherr – Pionier des Eisenbahngedankens – Förderer schlesischer Wirtschaft, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 11 (1996), S. 154–196, hier S. 166; Schneider, E. Heimann, S. 7 ff.

ren Moritz Isaac Caro (1792-1860)⁵³ und Elkan (Ernst) Heimann (1798-1867)⁵⁴, Joseph Prinz (1791-1865)⁵⁵ sowie Herschel und Jacob Alexander.⁵⁶ Caro war führend im Eisenbahnwagen- und Maschinenbau und gründete 1807 in Breslau einen Eisengroßhandel, der 1842 mit der Firma Eduard Lindner fusionierte. 1848 erwarb Caro in der Nähe von Gleiwitz ein kleines Hüttenwerk, das über seinen Sohn Robert Caro (1819-1875) zu einem erfolgreichen Unternehmen aufstieg.⁵⁷ In Breslau engagierte sich Robert Caro auch im Eisenbahnwagenbau und bei der Maschinenbauanstalt, deren Aufsichtsratsvorsitzender er war. Im Gegensatz zu den Juden in Westdeutschland engagierten sich die jüdischen Unternehmer in Schlesien auch in der Schwerindustrie. Bereits 1840 hatten der Bankier Moritz Friedländer aus Gleiwitz, Simon Levy aus Beuthen/OS und David Löwenfeld aus Breslau das Kokshochofenwerk Friedenshütte in Beuthen/OS gegründet, das allerdings bereits 1851 an den schlesischen Magnaten Graf Renard ging.⁵⁸ Doch innovativ vermochten die jüdischen Newcomer in den Industriezweigen zu wirken, die auch ihren Handel seit altersher bestimmt hatten, nämlich im Destillier- und Textilgewerbe. Seit dem Dreißigjährigen Krieg hatten die großen Standesherrschaften rechts der Oder Juden angesiedelt, die auf ihren Gütern als Inspektoren, Pächter, Müller, Bäcker, Schäfereiverwalter, Dorfkaufleute, in erster Linie aber als Schankwirte, Brauer und Schnapsbrenner tätig waren. Damit unterschieden sich die oberschlesischen Juden in ihrer Sozialstruktur von allen Juden im übrigen Deutschland. Schon Friedrich II. versuchte die Branntweinverpachtung an Juden zu verhindern, war damit aber nicht erfolgreich, da sich der Adel dagegen sträubte, auf die »Hoffaktoren« zu verzichten. 1810 weist Innenminister Graf Dohna in einem Bericht an König Friedrich Wilhelm III. missbilligend auf die Praxis der Branntweinverpachtung an jüdische Pächter hin. Viele dieser Pächter gründeten selbst Branntweimbrennereien und Brauereien.⁵⁹

53 Marciej Łagiewski, *Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau*, Berlin 1999, S. 154 f.; ders., *Breslauer Juden 1850-1944*, Wrocław 1996, Nr. 300.

54 Jüdisches Museum Frankfurt am Main, PSR A 017, Nr. 43: Elkan, Sohn des Mordechai Nathan Heymann und dessen Frau Gittel Hirsch London, geb. 13. Mai 1798, beschnitten worden d. 20 [Mai 1798; A. H.] in der Glogauer Schul [der Glogauer Synagoge in Breslau; A. H.] durch Juda Nathan Hausmann und Israel Molling. Gerhard Webersinn, Heimann, Ernst, in: *Neue Deutsche Biographie*, hrsg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 8, Berlin 1969, S. 270 f.; Łagiewski, *Pantheon*, S. 157 f.

55 Ebd., S. 139.

56 Ebd.

57 Beata Dudek, *Juden als Stadtbürger in Schlesien. Glogau und Beuthen im Vergleich 1808-1871*, Hamburg 2009, S. 174; Konrad Fuchs, *Zur Rolle des schlesischen Judentums bei der wirtschaftlichen Entwicklung Oberschlesiens*, in: ders., *Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens 1871-1945*, Dortmund ²1991, S. 209-222, hier S. 218.

58 Dudek, *Juden als Stadtbürger*, S. 169 ff.

59 Arno Herzog, *Landjuden – Stadtbürger. Die Entwicklung in den preußischen Provinzen Westfalen und Schlesien im 18. und 19. Jahrhundert*, in: Monika Richarz/Reinhard Rürup (Hrsg.), *Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Ge-*

Die Bedeutung jüdischer Textilfabrikanten verdeutlicht die Entwicklung des Textilunternehmers Meyer Kauf[f]mann in Breslau. Dieser fasste die dezentralisierte Leinenproduktion in Schlesien zu größeren Produktionsstätten zusammen. Deren Produkte setzte er auf den Messen in Frankfurt (Oder) und Breslau ab. Seinem Sohn Salomon gelang der endgültige Durchbruch zum Industriellen, als er nach dem Besuch der Londoner Weltausstellung 1851 die Betriebe mechanisierte. Durch sein expandierendes Unternehmen machte er die schlesische Textilindustrie wieder konkurrenzfähig.⁶⁰

Der Durchbruch in den innovativen Bankgeschäften des 19. Jahrhunderts gelang als erstem jüdischen Unternehmer in Breslau Elkan (Ernst) Heimann. Auch er entstammte nicht der Breslauer Kaufmannselite. Der Vater Wolf Heimann war etwa 1780 von Brieg nach Breslau eingewandert und hatte hier (auf der Karlstraße) ein Getreide- und Sämereigeschäft betrieben.⁶¹ Der Sohn Ernst (Elkan), der das Magdalenengymnasium besucht und seine Lehrjahre in Braunschweig und Magdeburg absolviert hatte, eröffnete 1819 in Breslau ein kleines Geldwechselgeschäft.⁶² Der Geldwechsel mit polnischen Kaufleuten, die den Breslauer Wollmarkt besuchten, brachte das Geschäft in die Höhe. 1825 betrug der Umsatz bereits 301 281 Taler, davon allein 105 163 zur Wollmarktzeit.⁶³ Der eigentliche Aufstieg zu einem der führenden Banken Breslaus gelang dann durch das Eisenbahnaktiengeschäft in den 1840er-Jahren.⁶⁴ Zu Konkurrenten der nichtjüdischen Bankenkreise wurden ferner das 1818 von Joseph Prinz gegründete Bankhaus Prinz und Marck jr. sowie das 1833 etablierte Bankhaus der Gebrüder Herschel und Jacob Alexander.⁶⁵

Breslaus Juden, aber auch die anderer schlesischer Städte etablierten sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schnell in der bürgerlichen Gesellschaft, auch wenn ihnen die bürgerliche Gleichstellung bis 1869 noch verwehrt blieb.

schichte, Tübingen 1997, S. 91-107, hier S. 98 f.; Dudek, Juden als Stadtbürger, S. 178 f.; Johannes Czakai, Oberschlesisches Judentum. Zum jüdischen Leben in Oberschlesien am Beispiel von Leschnitz im 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Schlesische Geschichtsblätter. Zeitschrift für Regionalgeschichte Schlesiens 37 (2010), S. 73-90, hier S. 77 ff.

60 Monika Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1945, 3 Bde., Bd. I: Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1871, Stuttgart 1976, S. 306-316 (Salomon Kauffmann; Auszug aus: Salomon Kauffmann: Firma Meyer Kauffmann [1891-1896]).

61 Schneider, E. Heimann, S. 1 ff.; Webersinn, Heimann, S. 270; CJA, Bestand Breslau: Hochzeit- und Sterbebücher der Gemeinde Breslau, Nr. 36 IdNr. 1187; Nr. 59 IdNr. 1210; Nr. 14 IdNr. 1165.

62 In seiner Heiratseintragung vom 27. Januar 1821 wird er als »hiesige[r] Bürger und Wechsler Elkan Heymann, Junggeselle und hier gebürtig« geführt. Er heiratete Johanna Friedländer aus Groß Wiese bei Neustadt/OS, deren Vater Joseph Friedländer dort Destillateur war. CJA, Bestand Breslau: Hochzeit- und Sterbebücher der Gemeinde Breslau, Nr. 14 IdNr. 1165, Bl. 39.

63 Schneider, E. Heimann, S. 12 ff.

64 Ebd., S. 56.

65 Łagiewski, Breslauer Juden, Nr. 318-325.

Das Bankgebäude von
E. Heimann am Ring 33/34
in Breslau hundert Jahre
nach Bestehen der Firma,
1919; im Hintergrund sind
die Türme der Magdalenen-
kirche zu sehen.

Sie engagierten sich durch Stiftungen auf sozialem wie auf kulturellem Gebiet, so die Familien Caro, Fraenckel und Heimann oder in Schweidnitz der ehemalige Hoflieferant Wolf Lohnstein, der nach der Säkularisation 1810 das Dominikanerkloster erwarb und an seiner Stelle eine Stiftung für Juden und Christen errichtete.⁶⁶ Die neue bürgerliche jüdische Elite bestimmte das Vereinsleben der Städte mit und pflegte in ihrem Privatleben einen bürgerlichen Lebensstil. Im Wirtschaftsleben prägten sie neue Kommunikationsformen wie die tägliche Börsenversammlung, die Ernst Heimann 1834 einführte.⁶⁷ Die jüdischen Geschäftsgründungen, die nach 1815 in Breslau erfolgt waren, etablierten sich nach 1850 in bester Geschäftslage am Ring und bewiesen damit den Aufstieg einer neuen Wirtschaftselite, die Breslaus Geschäftsleben entscheidend prägte.⁶⁸

66 Horst Adler, Materialien zu einer Geschichte der Juden in Schweidnitz im 19. und 20. Jahrhundert, in: Tägliche Rundschau 100 (April-Juni 1991), Nr. 2, S. 16-23, hier S. 16.

67 Schneider, E. Heimann, S. 53.

68 Siehe dazu den Beitrag von Ingo Loose in diesem Band.

Das Wirtschaftsleben der Juden in Schlesien – die Städte Beuthen/OS und Glogau

Zum Ende des 18. Jahrhunderts fristete die Mehrheit der preußischen Juden mit einer Tätigkeit im Kleinhandel ein ärmliches Dasein als Kleinhändler. Der Handel war seit dem Mittelalter der für die Juden zugängliche Berufszweig, während sie vom zünftigen Handwerk wie auch vom Ackerbau ausgeschlossen waren. Nur ein kleiner Prozentsatz der jüdischen Berufstätigen war im unzünftigen Handwerk tätig.¹ Die Reformen in der Judengesetzgebung zu Beginn des 19. Jahrhunderts hoben die beruflichen Beschränkungen de facto auf. Das Streben nach Erfolg wurde zu einer treibenden Kraft, und für viele Juden eröffneten sich nun Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs. Vor allem die industrielle Entwicklung im 19. Jahrhundert schuf günstige Rahmenbedingungen für jüdische Bürger, die ihre gesellschaftliche Stellung verbessern wollten. Insbesondere in Oberschlesien, wo es ab Mitte des 19. Jahrhunderts einen starken wirtschaftlichen Aufschwung gab, nahmen Juden am Erstarken der oberschlesischen Industrie früh Anteil.

Die Stadt Beuthen/OS

Die wirtschaftliche Entwicklung der oberschlesischen Stadt Beuthen hängt mit den reichen Bodenschätzen der Region (Silber-, Blei-, Zink- und Eisenerze sowie Steinkohle) zusammen. Bereits im 13. Jahrhundert wurde Silber und Blei abgebaut. Nach Ende des Dreißigjährigen Krieges kam es zu einem fast vollständigen Niedergang des Bergbaus, der dann unter preußischer Herrschaft, zunächst mit dem Eisen- und Zinkbergbau, wieder vorangetrieben wurde. Mit der Erschließung der Kohleschätze entwickelte sich Beuthen im 19. Jahrhundert zum Mittelpunkt des oberschlesischen Industriebezirks. Die ersten Kohlegruben entstanden in der Umgebung von Beuthen bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts.² Seit 1779 unterstanden die oberschlesischen Bergwerke der Aufsicht des preußischen Bergwerksdirektors Friedrich Wilhelm Graf von Reden (1752-1815), der sich um die Wiederbelebung und Neuorganisierung der Bergwerksindustrie verdient machte. Zu seinen engsten Mitarbeitern zählte der Jude Isaak Salomon,

1 Monika Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1871*, New York 1976, S. 33.

2 Siehe Konrad Fuchs, *Aus Wirtschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte Schlesiens vom 18. bis 20. Jahrhundert*, Dortmund 1990, S. 159 f.

der an der Erschließung und Inbetriebnahme vieler Gruben in der Umgebung von Beuthen beteiligt war.³

Mit Beginn des 17. Jahrhunderts hatten sich in Beuthen vereinzelt Juden niedergelassen. In dieser Zeit gehörte die Stadt zur Standesherrschaft Beuthen-Tarnowitz, die sich im Besitz der Grafen Henckel von Donnersmarck befand. Die jüdische Siedlungsgeschichte Beuthens im 17. und 18. Jahrhundert ist eng mit dem Einfluss dieser Familie verbunden. Im Jahr 1656 erteilte Graf Georg Friedrich Henckel von Donnersmarck (1611-1671) den Juden, die aus dem Königreich Polen nach Oberschlesien migrierten, ein Generalprivileg für den Aufenthalt in der Stadt Beuthen. Von diesem Zeitpunkt an kann von einer kontinuierlichen jüdischen Ansiedlung in Beuthen gesprochen werden, die Bildung einer Gemeinde erfolgte jedoch erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts.

Zunächst waren die Juden in Dörfern der Umgebung überwiegend als Schankpächter tätig.⁴ Die Mehrzahl der Juden in der Stadt hingegen waren als Krämer und Händler mit Material- und Leinwandwaren – die sogenannten Koberjuden (Kober: schlesischer Dialektausdruck für Koffer) – tätig.⁵ Gegen Ende des Jahrhunderts lebten in Beuthen drei Tuchhändler (Aaron Löbel, Isaac Löbel und Abraham Böhm), zwei Honig- und Wachshändler (Aaron Wolf und Josef Aaron), ein Tabak- und Lederhändler (Berle Mayer) sowie ein Kleinhändler (Jacob Samson), der mit Schmalz und anderen Artikeln handelte.⁶ Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war dann ein nicht geringer Teil der jüdischen Bevölkerung auch im Handwerk tätig. Im Jahr 1811 lebten insgesamt 255 Juden in Beuthen, von denen 61 berufstätig waren. Die meisten von ihnen betätigten sich im Handel (62,3 Prozent der jüdischen Erwerbstätigen); aber 8,2 Prozent der Juden verdiente sich seinen Lebensunterhalt als Handwerker (zwei Schuhmacher, ein

3 Isak Salomon war ein Bergbauingenieur aus Brabant (Belgien), der im Jahr 1790 bedeutsame Steinkohlenschichten um das Dorf Zabrze herum fand, wo ein Jahr später das erste staatliche Bergwerk für den Steinkohlenabbau in Oberschlesien, die Königin-Luise-Grube, geöffnet wurde (die älteste Kohlengrube in Oberschlesien). Siehe Ezechiel Zivier, *Geschichte der Juden in Beuthen* (Nach einem Vortrag des fürstl. Pleß'chen Archivars Dr. Zivier), in: *Aus dem Beuthener Lande. Mitteilungen der heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft im Beuthener Land 1* (1924), S. 6f.

4 Arno Herzig zufolge waren die schlesischen Landjuden vor allem als Schankwirte, Brauer und Schnapsbrenner tätig. »Dadurch hatten die schlesischen Landjuden eine Sozialstruktur, die sich deutlich von der der übrigen Landjuden in Deutschland abhob.« Arno Herzig, *Landjuden – Stadtjuden. Die Entwicklung in den preußischen Provinzen Westfalen und Schlesien im 18. und 19. Jahrhundert*, in: *Monika Richarz/Reinhard Rürup* (Hrsg.), *Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte*, Tübingen 1997, S. 91-107, hier S. 98.

5 Siehe Bernhard Brillung, *Die ersten Juden Oberschlesiens* (Manuskript), Jüdisches Museum Frankfurt a. M. (JMF) – Archiv, Brillung Nachlass, Sig. SB 1164.

6 Jan Drabina, *Ludność żydowska w przedindustrialnym Bytomiu (do początków XIX wieku)*, in: *Studia Judaica. Biuletyn Polskiego Towarzystwa Studiów Żydowskich* 8 (2005) 1-2, S. 53-64, hier S. 62.

Schlosser, ein Weber und ein Glaser).⁷ In den folgenden Jahrzehnten stieg die Zahl der jüdischen Handwerker in Beuthen auf 15 bis 20 Prozent an.⁸ Der relativ hohe Anteil jüdischer Handwerker war für eine oberschlesische Stadt in dieser Zeit nicht ungewöhnlich. Im Regierungsbezirk Oppeln, zu dem die Stadt Beuthen gehörte, lag der Anteil der jüdischen Handwerker an der Gesamtzahl der jüdischen Erwerbstätigen im Jahr 1855 bei über 14 Prozent. Zum Vergleich waren im selben Jahr im Regierungsbezirk Breslau 10,4 Prozent und im Regierungsbezirk Liegnitz nur 9,5 Prozent der erwerbstätigen Juden im Handwerk beschäftigt.⁹ Vor allem durch die Zuwanderung von Juden aus den kongresspolnischen und galizischen Grenzgebieten im Laufe des 19. Jahrhunderts erhöhte sich die Zahl der jüdischen Handwerker in den oberschlesischen Städten.

Ebenfalls bemerkenswert ist der relativ hohe Anteil der jüdischen Schank- und Gastwirte sowie von Pächtern und Besitzern von Branntweinbrennereien und Brauereien in Beuthen. Noch während des 19. Jahrhunderts blieben viele Beuthener Juden diesem traditionell jüdischen Berufszweig in Oberschlesien treu. Aus mancher jüdischen Schankwirtschaft entwickelte sich im Laufe der Zeit eine Brauerei. Bereits 1835 lebten in der Stadt zwei jüdische Brauereieigentümer, Jacob Sorauer und Michael Rechnitz.¹⁰ Für das Jahr 1861 wird Löbel Rechnitz als Besitzer einer Bierbrauerei in Beuthen erwähnt, vermutlich handelt es sich um einen Sohn von Michael Rechnitz, der die Brauerei von seinem Vater übernommen hatte.¹¹

Zwischen 1804 und 1880 stieg die Einwohnerzahl Beuthens um etwa das Zwölfwache und die Stadt entwickelte sich von einer kleinen Ortschaft zu einem Zentrum des oberschlesischen Industrierevierts. An dieser ökonomischen Erfolgsgeschichte hatten die Beuthener Juden in verschiedenen Berufsfeldern

7 Archiwum Państwowe w Katowicach (APK), Akten der Stadt Beuthen, 645/I m. Byt./3126: Verzeichnis der Juden der Stadt Beuthen mit Berufsangaben. Erstellt zu steuerlichen Zwecken und genehmigt durch die Steuer- und Polizeideputation des Notariats in Breslau, 15.1.1811.

8 Der prozentuale Anteil der jüdischen Handwerker war bis zum Jahr 1843 angestiegen. Unter den 85 stimmbfähigen jüdischen Bürgern befanden sich insgesamt 15 Handwerker (17,6%): vier Schneider, drei Bäcker, drei Konditoren, ein Tischler, ein Fleischer, ein Schlosser, ein Sattler und ein Gerber. APK, Akten der Stadt Beuthen, Sig. 645/I m. Byt./18, S. 8-15.

9 Siehe Stefi Jersch-Wenzel, Die Juden als Bestandteil der oberschlesischen Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Deutsche – Polen – Juden. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 191-209, hier S. 201 (Tabelle III).

10 APK, Akten der Stadt Beuthen 645/I m. Byt./17: Wahl der Stadtverordneten, deren Vorsitzenden und Protokollführer, 1834-1842. Für das Jahr 1835 wurde Jacob Sorauer als Brauereieigentümer und für das Jahr 1836 Michael Rechnitz als Brauereibesitzer genannt.

11 Beuthener Stadt-Blatt, 11.12.1861, Nr. 50, S. 214; Hugo Solger, Der Kreis Beuthen in Oberschlesien mit besonderer Berücksichtigung der durch Bergbau und Hüttenbetriebe in ihrem hervorgerufenen eigenthümlichen Arbeiter- und Gemeinde-Verhältnisse mit Benutzung amtlicher Quellen geschildert, Breslau 1860, S. 334 f.

maßgeblichen Anteil. Das Gros der jüdischen Erwerbstätigen in Beuthen bestritt seinen Lebensunterhalt weiterhin im Handel. Nach dem Emanzipationsedikt von 1812 gelang vielen Kleinhändlern der Aufstieg zum mittelständischen Kaufmann, der mit Gegenständen des täglichen Bedarfs handelte oder verschiedene Dienstleistungen anbot. Im Jahr 1852 gründete zum Beispiel Rosalie Löwenthal eine private Badeanstalt in Beuthen, zu der auch eine Dampfwäscherei gehörte. Die dazu benötigte Apparatur wurde aus Paris geliefert. Ein Jahr später eröffnete der aus Gleiwitz stammende jüdische Fabrikant M. Freund eine Filiale seines Färbegeschäftes in Beuthen, das später von dem ansässigen Kaufmann M. Dresdener übernommen wurde.¹² 1854 baute Michael Guttman eine Dampfmühle in Beuthen. Diese Mühle mit vier Mahlgängen wurde durch eine Dampfmaschine mit 26 Pferdestärken betrieben und arbeitete effizienter als manch andere Dampfmaschinen, die zu dieser Zeit in den oberschlesischen Gruben oder Hütten verwendet wurden. Im Jahr 1862 eröffnete Guttman außerdem eine dampfbetriebene Bäckerei mit fünfzehn Angestellten. Die Bäckerei war die erste ihrer Art nicht nur in Beuthen, sondern im gesamten oberschlesischen Gebiet.¹³ In den 1870er-Jahren übernahm Michael Guttmans Sohn Loebel das väterliche Geschäft. Neben ihm gab es noch einen weiteren jüdischen Mühlenbesitzer in Beuthen, den Kaufmann Hirschel Richter, der sein Geschäft in der Krakauer Straße betrieb.¹⁴ Im Jahr 1860 befand sich darüber hinaus in Beuthen eine Buch- und Schreibmaterialienhandlung mit einem Lehrling,¹⁵ die dem jüdischen Bürger Wilhelm Förster gehörte und sich in der Gleiwitzer Straße vis à vis vom Rathaus befand.¹⁶ Für das Jahr 1876 ist zudem ein weiterer jüdischer Buchhändler, Marcus Parl, erwähnt.¹⁷

Beuthen hatte sich also im Laufe des 19. Jahrhunderts zum Gewerbe- und Handelszentrum des oberschlesischen Industriereviere entwickelt und von daher konzentrierte sich dort auch das oberschlesische Bankgeschäft. Die bedeutendsten jüdischen Bankiersfamilien waren die Familien Sohrauer (Sorauer) und Friedländer. Das Vermögen dieser Familien bildete die Grundlage für spätere Investitionen beim Erwerb von Gruben und Hüttenwerken im gesamten oberschlesischen Industriegebiet.

Die Friedländer waren neben den Sohrauern die zwei Beuthener Kaufmannsfamilien, die bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts ein beträchtliches Vermögen erworben hatten. Jacob und Marcus Sohrauer sowie Joel und Simon

12 Siehe Waclaw Długoborski, Bytom. Zarysy rozwoju miasta, Warszawa/Kraków 1979, S. 158.

13 Ebd.

14 Wohnungs- und Geschäftsanzeiger der Stadt Beuthen O.S.: für das Jahr 1876, Erster Jahrgang, S. 223.

15 Siehe Solger, Kreis Beuthen, S. 334.

16 Beuthener Stadt-Blatt, 11.12.1861, Nr. 50, S. 217.

17 Wohnungs- und Geschäftsanzeiger der Stadt Beuthen 1876, S. 223.

Friedländer zählten zu den wohlhabenden Bürgern der Stadt.¹⁸ Die beiden Familien belieferten den gesamten Beuthener Landkreis mit Kolonialwaren und Textilien, die sie aus Breslau bezogen, und mit der damals schon populären Bunzlauer Keramik. Zu Vermögen kamen sie vor allem durch ihre Tätigkeit als Heereslieferanten während der Befreiungskriege (1812-1814), speziell durch die Lieferungen von Bier und Lederwaren. Bereits im Jahr 1805 besaß Simon Friedländer (1774-1841) eine Lederfabrik in der Stadt.¹⁹ In den 1830er-Jahren gründete er das erste Bankhaus in Beuthen. Darüber hinaus war er Besitzer der Neubeuthener Eisengruben und Inhaber einer Weinstube in seinem am Ring gelegenen Haus.²⁰ Simon Friedländer war mit Madlene, geb. Böhm, verheiratet und hatte zwei Kinder, Moritz (gest. 1861) und Anna. Moritz Friedländer arbeitete bei seinem Vater zunächst als Buchhalter, bevor er das familiäre Bankgeschäft übernahm. Als angesehenes Bankier vergab er nicht nur an Kaufleute und Handwerker Kredite, sondern er stand auch in Geschäftsbeziehungen zu Großindustriellen – unter anderem galt er als finanzieller Berater von Karl Godulla.²¹ Sein Sohn, Dr. jur. Otto Friedländer, der das Bankhaus später von seinem Vater übernahm, zählt nach Meinung von Werner E. Mosse zu den wichtigsten Bankiers in Schlesien.²²

In den 1880er-Jahren entstand ein weiteres jüdisches Bankinstitut in Beuthen, die Hepner & Co. Bank, die später als die Oberschlesische Bank AG lokale und

- 18 In dem Verzeichnis der gewerbetreibenden Juden von 1811 wird Jacob Sohrauer als Schankwirt, Marcus Sohrauer als Handelsjude, Simon Friedländer als Destillateur und Joel Friedländer als Handelsjude erwähnt. APK, Akten der Stadt Beuthen, 645/I m. Byt./3126: Verzeichnis der Juden der Stadt Beuthen mit Berufsangaben. Erstellt zu steuerlichen Zwecken und genehmigt durch die Steuer- und Polizeideputation des Notariats in Breslau, 15.1.1811.
- 19 APK, Akten der Stadt Beuthen, 645/I m. Byt./3125: Akten betr. Juden, u. a. die jüdischen Betriebe, S. 24: Ertheilung einer Concession zur Anlegung einer Lederfabrique v. 21.9.1805.
- 20 J. Bruch, Beuthener Erinnerungen, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 4 (1916), S. 47; Jerzy Jaros, Tajemnice górnośląskich koncernów, Katowice 1988, S. 97.
- 21 Karl Godulla wurde 1781 in Makoschau (Kreis Zabrze) geboren. Seit 1801 arbeitete er für den Grafen Carl Ludwig von Ballestrem. 1808 wurde er Verwalter der Ballestremischen Landgüter in Ruda. Sein wirtschaftlicher Aufstieg begann mit der Gründung der Zinkhütte Karl, die im Jahre 1825 die größte Zinkhütte Europas war (Godulla besaß 44 % der Anteile). Er ging in die Geschichte ein als der oberschlesische Zinkkönig. Im Laufe seines Lebens gründete er zahlreiche Gruben. Godulla starb 1848 in Breslau. Moritz Friedländer hatte vermutlich schon in den 1830er-Jahren als finanzieller Berater von Godulla gearbeitet. Wie gut das Verhältnis der beiden war, zeigt sich daran, dass die 1840 von Godulla gegründete Grube Jenny nach der ältesten Tochter von Moritz Friedländer benannt wurde. Siehe ausführlich zu Karl Godulla Robert W. Borowy, Wczoraj – dziś – jutro ... Kopalnia Katowice-Kleofas, Katowice 1997, S. 173-199.
- 22 Werner Eugen Mosse, Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Elite 1820-1935, Oxford 1987, S. 101.

regionale Bedeutung erlangte und schließlich im Jahr 1910 in der Deutschen Bank aufging.²³

Die Stadt Beuthen hatte ihre rasche Entwicklung in erster Linie dem Bergbau zu verdanken. Seit etwa Anfang der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts nahm in Oberschlesien das Bürgertum die führende Position in der Schwerindustrie ein. Das Monopol für den oberschlesischen Kohlebergbau befand sich anfänglich in der Hand des preußischen Staates und des Adels. Aber mit dem Wegfall der Beschränkungen auf Abbaugenehmigung zur Errichtung einer Grube (sogenannte Mutungsbeschränkung) begann 1821 in Oberschlesien die Phase der privaten Bergwerks- und Hüttengründungen.²⁴ Für Oberschlesien ist besonders kennzeichnend, dass dieser Wirtschaftszweig in erheblichem Umfang vom jüdischen Bürgertum mitgetragen wurde. In dem noch kaum erschlossenen oberschlesischen Industriegebiet boten sich der jüdischen Bevölkerung Möglichkeiten des wirtschaftlichen Aufstiegs. Erleichtert wurde deren Einstieg in die Schwerindustrie durch die Tatsache, dass in Oberschlesien eine starke Nachfrage nach Investoren bestand und der neue wirtschaftliche Zweig noch nicht von einer etablierten christlichen Wirtschaftselite beherrscht wurde. Aus Söhnen jüdischer Schank- und Gastwirte und Händler wurden oberschlesische Großindustrielle. Dies gilt zunächst für die Familie Friedländer, die, wie bereits erwähnt, eine führende Position in der Finanzwirtschaft erreichte. Schon Simon Friedländer pachtete Förderungsrechte an Eisenerzen bei Beuthen und war Besitzer der Grube Magdalena und Otto.²⁵ In den Jahren 1820/21 beteiligte er sich mit anderen jüdischen Kaufleuten (Heymann, Loewy, Rechnitz und Mannheimer) am Bau der Zinkhütte Klara.²⁶ Sie alle stammten aus der Stadt Beuthen. Vor allem Simon Loewy (Levy, Löwi, Leowi) spielte neben Friedländer eine wichtige Rolle bei der Erschließung zahlreicher Gruben und Hütten.

Loewy kam mit seiner Frau und fünf Kindern im Jahr 1813 nach Beuthen, seine Frau Michele, geb. Sohrauer, stammte aus Beuthen, er selbst aus der niederschlesischen Stadt Brieg.²⁷ Simon Loewy lebte bis Anfang der sechziger Jahre (bis zu seinem Tode) als Bankier und Grubenbesitzer in Beuthen. Um 1835 begann er mit dem Abbau der Galmeivorkommen auf dem Gebiet des Beuthener Schwarzwaldes. Ferner beteiligte er sich an den Kohlegruben Otilia und Sara,

23 Siehe Konrad Fuchs, Jüdisches Unternehmertum in Schlesien, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994) (Schlesien), S. 71-94, hier S. 90, 94 (Anm. 66).

24 Siehe Konrad Fuchs, Zur Rolle des schlesischen Judentums bei der wirtschaftlichen Entwicklung Oberschlesiens, in: Zeitschrift für Ostforschung 28 (1979), S. 270-283, hier S. 275.

25 Jaros, Tajemnice górnosłaskich koncernów, S. 97.

26 Siehe Długoborski, Bytom, S. 184; Alfons Perlick, Zur Geschichte der Firma Friedländer, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 15/16 (1954/55), S. 39-44, hier S. 40.

27 APK, Akten der Stadt Beuthen, Sig. 645/I m. Byt./3127: Verzeichnis der Juden, die zwischen September 1812 und 1824 nach Beuthen kamen.

Die Friedens-Eisenhütte in Beuthen kurz nach ihrer Inbetriebnahme im Jahr 1840

die ebenfalls beide im Schwarzwald lagen.²⁸ Im Jahr 1838 gründete er zusammen mit dem Berliner Fabrikanten Franz Anton Egells (1788-1854)²⁹ und dem Direktor des Breslauer Bergbauamtes Graf Detlev von Einsiedel die Eintrachtshütte.

Seit etwa Anfang des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich die Berg- und Hüttenwerksindustrie im Beuthener Stadtwald, dem sogenannten Schwarzwald (u. a. Vorkommen von Kohle und Eisenerzen). Hier befanden sich zu Beginn der 1840er-Jahre neun Gruben und drei Hüttenwerke. Moritz Friedländer und Simon Loewy besaßen Anteile an vier dieser Bergwerke (Gut Glück, Lithandra, Louise und Sara) sowie an einer Hütte (Klara). Mit dem Gedanken, im Schwarzwald eine Eisenhütte zu errichten, verkauften sie die meisten ihrer Anteile an Gruben und Hüttenwerken und begannen am 6. Juni 1840 mit dem Bau eines eigenen Hüttenwerks; die Baukosten betrugen 50 000 Taler. Neben Friedländer und Loewy beteiligte sich der aus Breslau stammende jüdische Kaufmann David

28 Am Bau der Kohlegruben Otilia (1830) und Sara (1836) beteiligten sich außer Loewy auch Vincent von Hochberg und die Stadt Beuthen. Siehe Jerzy Jaros, *Słownik historyczny kopalń węgla na ziemiach polskich*, Katowice 1984, S. 83 (Otilia) u. 93 (Sara).

29 Franz Anton Egells besaß in Berlin eine Fabrik mit Bergbaumaschinen und belieferte das Ruhrgebiet und auch Oberschlesien. Er ließ sich später in Beuthen nieder. Siehe Lothar Baar, *Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution*, Berlin 1966, S. 120, 142.

Löwenfeld. Noch im Jahr 1840 wurde die Eisenhütte fertiggestellt, die unter dem Namen Friedens-Eisenhütte (kurz Friedenshütte) den Betrieb aufnahm.

Hauptinhaber der Friedenshütte war Moritz Friedländer. Er kaufte zunächst die Hälfte, später sogar drei Viertel des gefördert Eisenerzes auf und konnte somit die Preise und Bedingungen für den Verkauf diktieren. 1848 hatten die Teilhaber David Löwenfeld und Simon Loewy ihre Anteile an Moritz Friedländer abgetreten, der jedoch seinerseits am 12. August 1851 das Hüttenwerk zusammen mit seinen Bergbaurechten auf dem Gebiet des Schwarzwalds für 120 000 Taler an den Grafen Andreas Maria Renard (1795-1874) veräußerte. Renard wiederum investierte in das Hüttenwerk, das in den nachfolgenden Jahren weiter wuchs.³⁰ Moritz Friedländer besaß außerdem von 1842 bis 1866 Anteile an der Kohlengrube Paulinensglück, die 1838 bei Kattowitz ihre Förderung aufgenommen hatte. Im Jahr 1841 gründete er mit Simon Loewy die Zinkhütte Beuthen, die schließlich 1851 an Gustav Kramst verkauft wurde.³¹ In derselben Zeit wurden auf Initiative von Moritz Friedländer mit Beteiligung der Fürstin Sulkowska in Rossberg bei Beuthen die Heinitz Grube und die Kohlegrube Simonwunsch, so benannt zu Ehren seines Vaters Simon Friedländer, in Betrieb genommen.³² Der Bankier und Industrielle Moritz Friedländer beschäftigte in seinen Gruben und Hütten mehrere Hundert Arbeiter und sein Gesamtvermögen betrug im Jahr 1854 geschätzte 200 000 Taler.³³

Seit etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden in Oberschlesien Aktiengesellschaften gegründet, die über einen Kreis von Anlegern das notwendige Kapital für die umfangreichen Investitionen aufbrachten. Auf Initiative Friedländers wurde im Jahr 1856 eine Aktiengesellschaft zum Zwecke der Errichtung eines Hüttenwerks gegründet. Die Schlesische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft Vulkan erhielt am 14. April 1856 die königliche Genehmigung.³⁴ Das Bestehen der Aktiengesellschaft wurde auf 50 Jahre, das Kapital auf eine Million Taler festgesetzt. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft bestand aus sieben ordentlichen und drei stellvertretenden Mitgliedern, darunter befanden sich neben Moritz Friedländer drei jüdische Bürger aus Beuthen: Simon Loewy, Karl Knoblauch und Michael Guttman.

Die beiden Söhne von Moritz Friedländer, Otto und Emanuel, beteiligten sich wie auch schon ihr Großvater und ihr Vater an der Entstehung von Industrieanlagen in Oberschlesien. Otto Friedländer übernahm das Bankgeschäft der Familie in Beuthen und wurde später Mitglied des Magistrats. Emanuel Fried-

30 Siehe zur Friedenshütte Henryk Rola, *Huta Pokoju*, Katowice 1989, S. 9-13 (Geschichte der Friedenshütte von den Anfängen bis Ende des 19. Jahrhunderts), S. 193 f. (Chronik der Friedenshütte).

31 Jerzy Jaros, *Słownik historyczny hut cynku na ziemiach polskich*, Katowice 1986, S. 2.

32 Siehe Długoborski, *Bytom*, S. 184; Jaros, *Tajemnice górnośląskich koncerów*, S. 98.

33 Mosse, *Jews in the German Economy*, S. 102, 172.

34 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GSta PK), 2841 Rep. 120 (M) A XII 7 Nr. 79: Schlesische Bergwerk- und Hütten-Aktien-Gesellschaft Vulkan mit dem Domicil in Beuthen 1855-1870, Bl. 31 (Statuten).

länder lebte in Gleiwitz und war dort seit 1866 als Handelsberater und seit 1873 als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gleiwitzer Diskontbank tätig. Ferner war er Mitbegründer und langjähriges Mitglied der Handelskammer in Gleiwitz. Im März 1866 wurde ihm der Titel eines Königlichen Kommerzienrates verliehen.³⁵ In den 1850er-Jahren gründete er in Gleiwitz die erste Kohlengroßhandlung in Oberschlesien (die Firma Emanuel Friedländer & Co.); er galt als der ober-schlesische Kohlenkönig. Sein Vermögen wurde im Jahre 1865 auf 120 000 bis 150 000 Taler geschätzt.³⁶ Neben Caesar Wollheim (1814-1889), der seine Karriere als Vertreter der Firma Emanuel Friedländer & Co. in Berlin begann, gehörte Friedländer zu den erfolgreichsten Kohlegroßhändlern in Deutschland.³⁷

Im Jahr 1864 erwarb Otto Friedländer als Bevollmächtigter der Familie Friedländer bei Beuthen die Kohlefelder Moritz, Emil und Hugo. Bald danach begann die Erschließung der Gruben Prittwitz und Mauve. In der Grube der Familie Friedländer (Teilhaber waren Otto, Emanuel und Emil) wurden 10 000 Tonnen Kohle jährlich gefördert, sie beschäftigte 1868 unter anderem einen Obersteiger, drei Steiger sowie 78 weitere Bergbaufacharbeiter. 1870 wurde die Grube um die Kohlefelder Rossberg und Heinitz erweitert, die sich bis dahin im Besitz des Grafen Hugo Henckel von Donnersmarck (1811-1890) befunden hatten. Schon ein Jahr später erfolgte eine weitere Vergrößerung und Modernisierung der Grube (1874 Montage einer Wasserpumpe, 1878 Einbau von elektrischer Beleuchtung und 1879 Installation von Fließbändern, die das erste Mal in einer ober-schlesischen Grube eingesetzt wurden). Für die Erweiterung (11,5 Hektar) zahlten die Friedländer 16 107 Taler, 23 Silbergroschen und 4 Pfennige. Vermutlich wegen der Gründerkrise und der einhergehenden wirtschaftlichen Stagnation, von der besonders stark die Schwerindustrie betroffen war, setzte eine rasche Verschlechterung ein, sodass das Grubengelände nach und nach verkauft werden musste, bis schließlich im Jahr 1890 die Grube an die Firma Georg von Giesche Erben ging.³⁸

Die Entwicklung des ober-schlesischen Bergbaus förderte gleichzeitig die Entstehung diverser anderer Industriezweige. Vor allem im Holz- und Metallhandel waren Beuthener Juden führend beteiligt. Die ober-schlesische Holzindustrie ist fest mit dem Namen Sigismund Goldstein (1842-1913) verbunden. Sigismund Goldstein war mit Johanna, geb. Perl (1849-1922), verheiratet. Die Familie Perl war eine alteingesessene, wohlhabende Beuthener jüdische Familie. Im Jahr 1882

35 Siehe Benon Nitsche, *Geschichte der Stadt Gleiwitz*, Gleiwitz 1886, S. 347, 388.

36 Mosse, *Jews in the German Economy*, S. 172.

37 Siehe zu Caesar Wollheim Fuchs, *Jüdisches Unternehmertum*, S. 87f.; siehe auch Konrad Fuchs, *Jüdische Unternehmer im deutschen Groß- und Einzelhandel dargestellt an ausgewählten Beispielen*, in: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.), *Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1992, S. 177-195, hier S. 183f.

38 Siehe Helena Witecka, *Kopalnia węgla kamiennego »Rozberek«*. *Zarysy dziejów 1824-1984*, Katowice 1985, S. 41-48; Jaros, *Słownik historyczny kopalń*, S. 9; ders., *Tajemnice górnośląskich koncernów*, S. 98f.

errichtete Sigismund Goldstein in Beuthen das größte Sägewerk im Deutschen Kaiserreich (mit neun Horizontalbandsägen, auch Gatter genannt, und einer kompletten Fass- und Kistenfabrik), das in die gesamte Welt lieferte.³⁹

Den Eisenwaren- und Metallhandel in Beuthen vertrat der bereits erwähnte Karl Knoblauch, der im Jahr 1858 seine Firma am Ring Nr. 4 errichtet hatte. Einige Zeit später ging die Firma Knoblauch in den Besitz ihres Geschäftsführers August Krügler über. 1897 erwarb der Materialenverwalter Simon Mucha das komplette Unternehmen.⁴⁰

Die zahlreichen jüdischen Kaufleute, Bankiers, Fabrikanten und Industrielle hatten einen wesentlichen Anteil an der Entfaltung der noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts unscheinbaren Stadt Beuthen, die sich im Laufe der Zeit zum Zentrum der oberschlesischen Industrie entwickelte. Einige jüdische Beuthener Geschäftsleute, die zu Wohlstand gelangten, zählten zur prominenten ökonomischen Oberschicht der Stadt. Sie nahmen häufig eine führende Stellung in der Kultus- sowie in der Stadtgemeinde ein.

Die Stadt Glogau

Durch die rechtliche Gleichstellung der preußischen Juden boten sich auch der jüdischen Bevölkerung im niederschlesischen Glogau neue Aufstiegsmöglichkeiten. Neben Handel und Gewerbe waren viele Glogauer Juden im Bank- und Finanzwesen sowie im Verlagswesen tätig, sie alle trugen zum Aufbau und zur Blüte des wirtschaftlichen Lebens ihrer Heimatstadt bei.

In Glogau ist die Anwesenheit von Juden seit Ende des 13. Jahrhunderts nachgewiesen. Nach der Vertreibung der Juden aus Schlesien 1588 erteilte Kaiser Rudolf II. im Jahr 1598 dem jüdischen Kaufmann Benedikt Israel und seiner Familie das Wohn- und Handelsrecht für das Fürstentum Glogau. Das Privileg wurde von den nachfolgenden Herrschern bestätigt und erweitert und sicherte somit die dauerhafte jüdische Existenz in der Stadt sowie den Ausbau der jüdischen Gemeinde.

Seit den Befestigungsarbeiten im 17. Jahrhundert stand die Glogauer Wirtschaft fast drei Jahrhunderte lang unter dem hemmenden Einfluss einer Festung, die jede großzügige räumliche und wirtschaftliche Entwicklung verhinderte.

39 Hermann Goldstein, Zur Geschichte der Oberschlesischen Holzindustrie A. G. Beuthen OS., in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 19/20 (1958/59), S. 54-57; ders., Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 24 (1962), S. 98 f., zu Sigismund Goldstein, S. 98, ders. Aus der Geschichte der seit 1722 in Oberschlesien ansässigen Familie Goldstein, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 21/22 (1960/61), S. 82-86.

40 Siehe Ludwig Schwede, Geschichte der Großhandelsfirma August Krügler's Nachfolger 1858-1945, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 21/22 (1960), S. 158-160.

Auch die zu Anfang des 19. Jahrhunderts erfolgende Verlegung des Regierungssitzes nach Liegnitz brachte der Stadt erhebliche Nachteile. Nach den Befreiungskriegen bestimmte die Garnison weiterhin das Wirtschaftsleben der Stadt und verhinderte jeglichen Aufschwung in Handel und Gewerbe. Erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts, einhergehend mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes⁴¹ und der Anlegung der Rüstervorstadt, mit der noch vor der Freigabe des Festungsterains 1859 begonnen wurde, erlebte die Stadt einen allmählichen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Anschluss Glogaus an die Hauptbahnstrecke Berlin–Breslau wurde im Jahr 1846 vollendet. Da der Bahnhof damals noch außerhalb der Festungsmauern lag, richteten zwei Glogauer Juden, der Posthalter Isidor Jacob und der Spediteur Goldschmidt, einen regelmäßigen Droschkenverkehr vom und zum Bahnhof ein.⁴² Um 1884 wurde mit der Anlegung des Breslauer Viertels die alte Wallbefestigungsanlage auch im Osten überschritten, und die Stadt Glogau verlor fast vollständig ihren Festungscharakter.⁴³

Die Glogauer Juden waren im Laufe der Jahrhunderte vor allem als Kaufleute und Vermittler im Handel mit Polen tätig. Im 17. Jahrhundert gab es unter der jüdischen Bevölkerung Glogaus auch Handwerker. Für das Jahr 1686 ist bei einer Revision der jüdischen Häuser das Haus von Löbel dem Goldschmied aufgelistet. 1727 wurde neben Löbel auch Jacob Moyses als Goldschmied erwähnt. In der preußischen Zeit arbeiteten in Glogau weitere jüdische Goldschmiede, 1746 übten sechs Juden diesen Beruf aus, und zum Ende des 18. Jahrhunderts (1794/95) lebten in Glogau drei Juden, die als Goldschmiede ihren Lebensunterhalt verdienten.⁴⁴

Die meisten Glogauer Juden waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts hauptsächlich als Kauf- und Handelsleute tätig.⁴⁵ Die Aufgaben im Handel lagen im Export, vor allem der heimischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Umgebung von Glogau, und im Import von Bedarfsartikeln, hier vor allem von Genussmitteln wie Wein, Tabak und Kolonialwaren. Im Jahr 1811 war Heymann Levysohn Besitzer einer »Specerey-Handlung« und 1820 einer »Material- und

41 Mit dem Bau der Eisenbahnlinie, die am linken Oderufer bei Glogau verlaufen sollte, wurde 1843 begonnen. Siehe Vossische Zeitung, 20.II.1843, Nr. 272.

42 Siehe Julius Blaschke, Geschichte der Stadt Glogau und des Glogauer Landes, mit 84 Bildern, Karten und Plänen, Glogau 1913/Hannover 31986, S. 498.

43 Siehe Janusz Chutkowski, Dzieje Głogowa, Legnica 1991, S. 45 f.; Blaschke, Stadt Glogau, S. 518 f.

44 Bernhard Brillling, Jüdische Goldschmiede in Schlesien (Manuskript), JMF – Archiv, Brillling Nachlass, Sig. SB 1155.

45 In dem Brief der Ältesten der Judengemeinde an die Regierung in Liegnitz vom 20. April 1812 heißt es: »... Besonders indem der Größte Theil der Gemeinde aus Händlern besteht.« Diese kurze Erwähnung bestätigt, dass die jüdische Bevölkerung Glogaus zu Anfang des 19. Jahrhunderts vorwiegend im Handel tätig war. Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem (CAHJP), Synagogen-Gemeinde Glogau, S. 41/4, fol. 2-3; Die Ältesten der jüdischen Gemeinde Glogau an die Regierung Liegnitz, die Durchführung der Wahlen u. a. betreffend, 20.4.1812.

Weinhandlung«. ⁴⁶ Im selben Jahr gab es in Glogau zwei jüdische Rauchwarenhändler: Getzel Isaac und Michel Ansel Cohn. ⁴⁷ Ein wichtiges landwirtschaftliches Erzeugnis Glogaus war die Herstellung von Spiritus. ⁴⁸ Im Jahr 1811 lebten in der Stadt zwei jüdische Destillateure, Süß Joel Levy und Jacob Beer Cohn. ⁴⁹ 1820 starb Jacob Beer Cohn, und sein Sohn Nathan Beer Cohn übernahm die Destillateur-Firma. ⁵⁰

Während des 19. Jahrhunderts unterlag die Berufsstruktur der Glogauer Juden keiner grundsätzlichen Veränderung. Nach wie vor war die Mehrzahl der Juden als Kaufleute tätig. Vor dem Emanzipationsedikt waren sie vorwiegend Kleinhändler gewesen. Daneben formierte sich eine kleine Schicht wohlhabender jüdischer Handelsleute. Der sozio-ökonomische Aufstieg vom Kleinhändler zum mittelständischen Kaufmann lässt sich auch am Beispiel von Glogau beobachten. In der Stadt entstanden im Laufe des 19. Jahrhunderts zahlreiche Ladengeschäfte verschiedener Art, und das Warenangebot der dortigen jüdischen Kaufleute war vielfältig. Unter anderem handelten sie mit Kolonialwaren, Genussmitteln, Möbeln und Textilien. Insbesondere in der aufblühenden Textilbranche waren die Glogauer Juden prominent vertreten. Sie gründeten im Laufe des 19. Jahrhunderts auch zahlreiche Textil- und Bekleidungsengeschäfte, von denen sich manche zu selbstständigen mittelständischen Unternehmen entwickelten und noch Anfang des 20. Jahrhunderts erfolgreich bestanden. ⁵¹ Die Textil- und Konfektionsgeschäfte wurden in Glogau fast ausschließlich von Juden betrieben. Im Jahr 1811 verdienten vier Glogauer Juden ihren Lebensunterhalt im Textilhandel: der Tuchhändler Samuel Löbel Landsberger, der Leinwandhändler und Besitzer eines Lagers mit Damenbekleidung J. D. Löwenstein, der Besitzer eines Modegeschäftes Salomon Prager sowie der Schnittwaren-

46 Niederschlesischer Anzeiger 3 (29.11.1811), Nr. 48; und Niederschlesischer Anzeiger 12 (14.4.1820), Nr. 15.

47 Niederschlesischer Anzeiger 12 (8.9.1820), Nr. 36.

48 Siehe Eberhard Schramm (Bearb., hrsg. v. Glogauer Heimatbund e.V.), Glogau – Gewerbe, Handel, Handwerk, Industrie, Hannover 2001, S. 9.

49 Bekanntmachungen: »Im jüdischen Viertel, in dem Haus No. 30 dem Juden und Destillateur Süß Joel Levy gehörig, der Synagoge gegenüber, sind zu Michaelis Etagen zu vermieten.«, in: Niederschlesischer Anzeiger 3 (26.7.1811), Nr. 30; Bekanntmachungen: »Beym Destillateur Jacob Beer Cohn auf der langen Gasse No. 5. sind auf kommende Weihnachten die 1. und 2te Etage zu vermieten.«, in: Niederschlesischer Anzeiger 3 (6.9.1811), Nr. 36.

50 Todesanzeige des Destillateurs Jacob Beer Cohn, in: Niederschlesischer Anzeiger 12 (27.4.1820), Nr. 17.

51 In ganz Schlesien waren Juden in der Textilbranche stark vertreten. Zu den bedeutendsten Unternehmen in der Textilindustrie gehörte die 1824 ursprünglich als Schnittwarengeschäft in Schweidnitz gegründete Firma Meyer Kauffmann und spätere Meyer Kauffmann A.-G., die in vielen oberschlesischen Städten ihre Webereien betrieb. Von großer Bedeutung war auch die Leinwandfirma von Samuel Fränkel in Neustadt Oberschlesien. Siehe Kurt Schwerin, Die Juden in Schlesien. Aus ihrer Geschichte und ihrem Beitrag zu Wirtschaft und Kultur, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 19 (1980), Nr. 56/57, S. 1-84, hier S. 40 f.; Fuchs, Jüdisches Unternehmertum, S. 74 f.

händler Löbel Mannheimer.⁵² Neun Jahre später waren in Glogau zwei jüdische Tuchwarenhändler tätig: Samuel Ezechiel Cohn und Abraham Isaac Prager.⁵³ Eine Leinwand- bzw. Tuchhandlung besaßen im Jahr 1838 folgende Glogauer Juden: Abraham Isaac Prager, M. Lilienhain, Simon Rosenstiel, Joseph Prager und J. Weinstein.⁵⁴ Außerdem gab es die Galanteriehandlung von W. Lilienhain und ein Damen- und Putzwarengeschäft von E. Wolff Wiener.⁵⁵ 1850 gründete der Leinwandhändler Simon Rosenstiel mit dem jüdischen Kaufmann Berliner die Rosenstiel & Berliner Leinwand-, Tuch- und Bettfederhandlung.⁵⁶ Um 1820 hatte David Scheier ein kleines Konfektionsgeschäft eröffnet, das sich zu einem Warenhaus entwickelte und von seinen Söhnen Julius und Hugo Scheier weitergeführt wurde, jedoch schließlich 1928 an die Firma Leonhard Tietz (1849-1914)⁵⁷ übergang.⁵⁸ Im Jahr 1859 siedelte Valentin Kronheim nach Glogau über und gründete dort sein erfolgreiches Putz- und Textilgeschäft, das später von Max Kronheim als Hut- und Modegeschäft geleitet wurde.⁵⁹ Eine weitere erwähnenswerte Firma ist die J. L. Lazarus Textil- und Großhandlung, die bereits auf das Jahr 1797 zurückging und bis in die 1930er-Jahre als Lazarus, Witwe & Söhne bestand.⁶⁰

52 Samuel Löbel Landsberger und J.D. Löwenstein, in: Niederschlesischer Anzeiger 3 (6.9.1811), Nr. 36; Salomon Prager, in: Niederschlesischer Anzeiger 3 (11.10.1811), Nr. 41; Löbel Mannheimer, in: Niederschlesischer Anzeiger (4.12.1811), Nr. 50.

53 Samuel Ezechiel Cohn, in: Niederschlesischer Anzeiger 12 (14.7.1820), Nr. 28; Abraham Isaac Prager, in: Niederschlesischer Anzeiger 12 (8.9.1820), Nr. 36.

54 M. Lilienhain, Simon Rosenstiel und Joseph Prager, in: Intelligenzblatt des Niederschlesischen Anzeigers 30 (20.11.1838), Nr. 15; J. Weinstein, in: Intelligenzblatt des Niederschlesischen Anzeigers 30 (8.5.1838), Nr. 37.

55 W. Lilienhain, in: Intelligenzblatt des Niederschlesischen Anzeigers 30 (3.4.1838), Nr. 27; E. Wolff Wiener, in: Intelligenzblatt des Niederschlesischen Anzeigers 30 (8.5.1838), Nr. 37.

56 Niederschlesischer Anzeiger 42 (8.1.1850), Nr. 4.

57 Leonhard Tietz eröffnete am 14. August 1879 das erste deutsche Warenhaus in Stralsund, später folgten dann weitere. Nach seinem Tod 1914 führte sein Sohn Alfred Leonhard Tietz das Geschäft weiter. Siehe Nils Busch-Petersen, Leonhard Tietz (1849-1914). Fuhrmannssohn und Warenhauskönig. Von der Warthe an den Rhein, Berlin 2010.

58 Siehe Schramm (Bearb.), Glogau, S. 10; Franz D. Lucas/Margret Heitmann, Stadt des Glaubens. Geschichte und Kultur der Juden in Glogau, Hildesheim/Zürich/New York 1991, S. 324.

59 Lucas und Heitmann (ebd., S. 324) erwähnen, dass Valentin Kronheim im Jahr 1850 sein Geschäft eröffnete. Da aber nach den Angaben in »Nachweisung über die persönlichen Verhältnisse der in der Synagogengemeinde Glogau beamteten Gemeinde Mitglieder pro 1867« Kronheim erst seit 1859 in Glogau wohnhaft war, sind die Datierungen bei Lucas und Heitmann falsch. Siehe Archiv der Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum« (CJA), 1.75 A Gl 3, Nr. 4, 3098: Wahl und Einführung der Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter, pro 1867, S. 175 (Repräsentantenstellvertreter Valentin Kronheim, Kaufmann, geb. 1838, seit 1859 in Glogau).

60 Bernhard Gertkemper, Die jüdische Gemeinde, in: Glogauer Heimatbund e. V. (Hrsg.), Das war Glogau. Stadt und Land an der Oder 1913-1945, Hannover 1991, S. 296-307, hier S. 297; Lucas/Heitmann, Stadt des Glaubens, S. 324.

Die Wirtschaftstätigkeit der Glogauer Juden erstreckte sich auch auf das Bankwesen.⁶¹ Das Engagement der Juden im entstehenden privaten Bankgewerbe war groß. Das älteste jüdische Bankhaus der Stadt bestand seit 1778 und war im Besitz von Samuel Hirsch Bamberger. Nach seinem Tod hatten seine Witwe und seine Söhne das Bankhaus weitergeführt und 1866 an den jüdischen Unternehmer Caro verkauft.⁶² Drei weitere jüdische Bankiers, Emmanuel Landsberger, Wilhelm Lehfelder und Leopold Kempner, waren ebenfalls in Glogau tätig. Emmanuel Landsberger wurde am 11. Dezember 1833 in Hirschberg geboren und kam im Alter von fünf Jahren nach Glogau. Seit 1864 engagierte er sich in den Gremien der jüdischen Gemeinde, zuerst als Protokollführer der Repräsentanten und Mitglied des Vorstands, dann als Vorsteher der Repräsentanten und ab 1877 als erster Vorsitzender des Gemeindevorstands.⁶³ Auf seine Initiative geht die Erbauung der neuen Synagoge (1892) und der Friedhofshalle zurück. Landsberger wirkte auch aktiv in der kommunalen Selbstverwaltung mit, zunächst als Mitglied der städtischen Kommissionen, dann als Stadtverordneter, Stadtverordnetenvorsteher und schließlich als Stadtrat. In diesen Ämtern setzte er sich unter anderem für die territoriale Erweiterung der Stadt ein. Ferner trug Landsberger entscheidend zum Aufbau des Glogauers Bankwesens bei.⁶⁴ Das Bankhaus Landsberger wurde im Jahr 1858 gegründet und war in Personalunion mit der Getreidefirma Levy & Landsberger verbunden. Die Getreidefirma feierte am 12. September 1908 das 50-jährige Geschäftsjubiläum. 1914 starb Emmanuel Landsberger in seiner Heimatstadt Glogau.⁶⁵

Weitere bedeutende Bankiers aus Glogau waren Wilhelm Lehfelder (Bankhausgründung 1852) und Leopold Kempner (Bankhausgründung 1860).⁶⁶ Leopold Kempner wurde am 8. August 1817 in Leobschütz geboren und ließ sich 1840 in Glogau nieder. Seit 1855 gehörte er der Repräsentantenversammlung der Gemeinde an und wurde 1858 zum Stellvertreter des Vorstands gewählt.⁶⁷ Kempner führte den Titel eines Kommerzienrats und gehörte der Stadtverordnetenversammlung an. Wilhelm Lehfelder, wie Leopold Kempner Kommerzienrat, war Eisenbahndirektor und Rittergutsbesitzer. Lehfelder besaß seit den fünfziger Jahren insgesamt drei Rittergüter in der Umgebung von Glogau und war damit

61 Siehe hierzu umfassend Rolf Walter, Jüdische Bankiers in Deutschland bis 1932, in: Mosse/Pohl (Hrsg.), Jüdische Unternehmer, S. 78-99.

62 Blaschke, Stadt Glogau, S. 493.

63 CJA, 1,75 A Gl 3, Nr. 4, 3098, pro 1867, S. 174; pro 1870, S. 191.

64 Glogauer Bankgeschichte, in: Schramm (Bearb.), Glogau, S. 13; Blaschke, Stadt Glogau, S. 493.

65 Todesanzeige für Emmanuel Landsberger, in: Im deutschen Reich 20 (März 1914), Nr. 3, S. 132.

66 Siehe Mosse, Jews in the German Economy, S. 101.

67 CJA, 1,75 A Gl 3, Nr. 4, 3098: Wahl und Einführung der Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter S. 173; Nachweisung über die persönlichen Verhältnisse der in der Synagogengemeinde Glogau beamteten Gemeinde Mitglieder pro 1867, S. 190 (pro 1870).

der erste jüdische Rittergutsbesitzer im Regierungsbezirk Liegnitz.⁶⁸ Das Bankwesen gehörte zu denjenigen Betätigungsfeldern, auf denen Glogauer Juden sich intensiv und erfolgreich engagierten, und die jüdischen Bankiers leisteten einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau des Glogauer Bankwesens.

Im Gegensatz zu den im Geld- und Warenhandel tätigen Juden spielten die jüdischen Handwerker im wirtschaftlichen Leben der Stadt vermutlich nur eine geringe Rolle. Neben der großen Gruppe der Kaufleute und Handelsleute widmete sich nur ein kleiner Teil der Glogauer Juden den handwerklichen Berufen. Wie groß der Anteil der jüdischen Handwerker an der Gesamtzahl der erwerbstätigen Glogauer Juden war, lässt sich anhand der vorhandenen Quellen nicht feststellen. Im Jahr 1838 war ein jüdischer Tischlermeister, W. Lehmann, in der Stadt tätig. Er besaß außer einer Tischlermeisterwerkstatt auch ein Möbelmagazin.⁶⁹ Im selben Jahr befand sich in Dominikanergrund Nr. 559 die Werkstatt des »Opticus und Mechanicus S. Schlesinger«.⁷⁰ In dem Nachweis »über die persönlichen Verhältnisse der in der Synagogengemeinde Glogau beamteten Gemeinde Mitglieder pro 1867« wird ein einziger Handwerker, der Klempnermeister Louis Peisach, erwähnt.⁷¹ Von den insgesamt dreißig Mitgliedern der Gemeindeversammlung waren 21 Kaufleute (davon 13 direkt aus Glogau), zwei Buchhändler, ein Antiquar, ein Königlich Professor, ein Kommerzienrat, drei Ärzte und schließlich der erwähnte Klempnermeister.⁷² Die berufliche Zusammensetzung der Mitglieder des Vorstandes zeigt deutlich den hohen Anteil an kaufmännischen Berufen und bekräftigt die Annahme, dass die Glogauer Juden im 19. Jahrhundert vorwiegend als Kauf- und Handelsleute tätig waren.

Bei einer Betrachtung der Berufsstruktur der Glogauer Juden muss auch die Tätigkeit der jüdischen Buchhändler Erwähnung finden. Nach 1815 waren Juden von sämtlichen Obrigkeitsämtern und dem Offizierskorps ausgeschlossen. Der Buchhandel und das Verlagswesen gehörten somit zu den wenigen Branchen, die intellektuellen und akademisch gebildeten Juden offenstanden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in ganz Preußen, vor allem in der Hauptstadt Berlin, zahlreiche Buchhandlungen, Leihbibliotheken und Verlagshäuser, die von Juden gegründet wurden. Eine Anzahl von jüdischen Verlagen hatte ihren Sitz in Schlesien oder wurde dort gegründet. So der Verlag von Wilhelm

68 Manfred Jehle (Hrsg.), Die Juden und jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz. Bd. 1: Die Enquête des Ministeriums des Inneren und der Polizei über die Rechtsverhältnisse der Juden in den preußischen Provinzen 1842-1843. Berlin, Provinzen Brandenburg, Preußen, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen, München 1998, S. 287. Aus der Stadt Beuthen ist kein jüdischer Rittergutsbesitzer bekannt.

69 Intelligenzblatt des Niederschlesischen Anzeigers 30 (1.6.1838), Nr. 44.

70 Intelligenzblatt des Niederschlesischen Anzeigers 30 (12.4.1838), Nr. 30.

71 Louis Peisach ist vermutlich mit dem 1812 in die Staatsbürgerliste aufgenommenen Jacob Wolff Peisach verwandt. JMF – Archiv, Brillling Nachlass, Sig. SB 1106: Schlesien, Staatsbürgerliste 1812 Reg. Dep. Breslau und Glogau.

72 CJA, 1,75 A Gl 3, Nr. 4, 3098: Wahl und Einführung der Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter, S. 172 f.

Levysohn in Grünberg, von M. & H. Marcus und von Priebatsch in Breslau sowie von Carl Heymann in Glogau.⁷³ Der bis heute bestehende Carl Heymann Verlag hat seine Wurzeln dort. Carl Heymann wurde als Sohn des Buchhändlers und Antiquars Maximilian Heymann am 29. November 1793 in Glogau geboren.⁷⁴ Im Alter von dreizehn Jahren trat Carl in das Geschäft seines Vaters ein. 1815 eröffnete er am Glogauer Paradeplatz ein Antiquariat in Verbindung mit einer Leihbibliothek. Im Jahr 1821 folgte dann eine Buch- und Kunsthandlung, aus der später das Verlagshaus entstand, das er bis zu seinem Tode im Jahr 1862 leitete. Am 1. Oktober 1835 übersiedelte Carl Heymann mitsamt seiner Familie und dem Verlag in die preußische Hauptstadt. In Berlin erfolgte eine umfangreiche Vergrößerung des Verlages, der sich vor allem mit juristischen Veröffentlichungen in ganz Preußen einen Namen machte. Die Heymannsche Buchhandlung in Glogau wurde nach der Übersiedlung Carl Heymanns nach Berlin von H. Prausnitz weitergeführt und befand sich an Ecke Lange Gasse und Mühlgasse.⁷⁵

Ein anderer aus Glogau stammender bedeutender Verleger war Friedrich Wilhelm Levysohn (1815-1871). Er wurde als Sohn von Heymann Levysohn in Glogau geboren. Seine Verlagslaufbahn begann jedoch in der nordwestlich von Glogau gelegenen niederschlesischen Stadt Grünberg, wo sein Vater Anteile am Haus und an der Buchdruckerei von Martin Wilhelm Siebert besaß. Wilhelm Levysohn wurde zunächst Mitarbeiter an Sieberts *Grünberger Wochenblatt*, dann Redakteur, bis er 1842 mithilfe seines Vaters 1842 sowohl die Druckerei als auch den Verlag erwarb.⁷⁶

Im Jahr 1867 werden als Mitglieder des Gemeindevorstandes von Glogau zwei Buchhändler (Hirsch Reisner, Moritz Hollstein) und ein Antiquar (Isaac Zedner) genannt.⁷⁷ Neben ihrer Tätigkeit in der jüdischen Gemeinde bekleideten sie verschiedene Ämter in der Stadtverordnetenversammlung.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts gelang vielen jüdischen Bürgern der Aufstieg in die wirtschaftliche Oberschicht Glogaus. Aufgrund ihres geschäftlichen Erfolges und gesellschaftlichen Engagements fanden sie Anerkennung unter ihren jüdischen und christlichen Mitbürgern. Die Berufsstruktur der Glogauer Juden unterlag keiner grundsätzlichen Veränderung. Sie waren hier wie schon seit Jahrhunderten vorwiegend im Handel beschäftigt. Dies ist für eine jüdische Ge-

73 Siehe Schwerin, Juden in Schlesien, S. 55f.

74 Siehe ausführlich zum Leben und Wirken von Carl Heymann Erik Lindner, Carl Heymann. Lebensbilder eines Verlegers, Köln 1996; sowie Lucas/Heitmann, Stadt des Glaubens, S. 430-435 (Lebensbilder).

75 Intelligenzblatt des Niederschlesischen Anzeigers 30 (30.1.1838), Nr. 9.

76 Zu Wilhelm Levysohn siehe Lucas/Heitmann, Stadt des Glaubens, S. 444-448 (Lebensbilder); Ursula Schulz, Wilhelm Levysohn (1815-1871). Ein schlesischer Verleger und Politiker, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 14 (1969), S. 75-137.

77 CJA, 1,75 A Gl 3, Nr. 4, 3098: Wahl und Einführung der Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter, S. 172f.

meinde des 19. Jahrhunderts durchaus charakteristisch. Im Vergleich mit einer anderen deutschen Gemeinde dieser Zeit lässt es sich veranschaulichen: Nach Jacob Toury lag der Anteil der jüdischen Handelsleute in der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 1824 bei 71,6 Prozent und im Jahr 1854 sogar bei 80,7 Prozent.⁷⁸ Kennzeichnend für die Stadt Glogau ist auch die hohe Präsenz von jüdischen Buchhändlern, Verlegern und Bankiers.

Schlussbetrachtung

Aus einem Vergleich der Berufsstruktur der Beuthener und Glogauer Juden im Laufe des 19. Jahrhunderts ergibt sich folgendes Bild: Eine große Zahl der erwerbstätigen Juden in den beiden Städten war im Handel beschäftigt. Dabei lag der Anteil der im Handel tätigen Juden in der Stadt Glogau höher als in der Stadt Beuthen. Knapp die Hälfte der erwerbstätigen Juden in Beuthen war im Geld- und Warenhandel tätig, daneben gab es eine recht hohe Zahl von jüdischen Handwerkern, Gast- und Schankwirten sowie Betreibern von Branntweinbrennereien und Brauereien. Die beruflichen Aktivitäten der Juden in der Stadt Glogau entsprachen der vieler anderer jüdischer Gemeinden dieser Zeit. Hier war die überwiegende Zahl der Juden im Geld- und Warenhandel tätig.

Bereits seit den 1830er-Jahren investierten Beuthener Juden in den Bergbau und die Verhüttung der Bodenschätze. Manche dieser Gruben und Hütten entwickelten sich aus bescheidenen Anfängen im Laufe der Zeit zu Großunternehmen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Juden in Beuthen und Glogau bis etwa 1850 ihren Lebensunterhalt vor allem in kleinen Familienbetrieben verdienten. Als Kauf- und Handelsleute boten sie verschiedene Waren des alltäglichen Bedarfs an, als Handwerker stellten sie einfache Konsumgüter her. Mit der raschen Industrialisierung seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden in Glogau aus kleinen jüdischen Textil- und Konfektionshandlungen größere Warenhäuser und Firmen. Mit dem Anschluss Glogaus an das Eisenbahnnetz entwickelte sich die Stadt zu einem Handels- und Gewerbezentrum und nach und nach kam es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, an dem die jüdische Bevölkerung maßgeblich partizipierte. Zeitgleich entwickelte sich die Stadt Beuthen aufgrund der Rohstoffvorkommen zu einem Zentrum der Montanindustrie. Die Finanzierung der ersten jüdischen Industrieunternehmen beruhte auf Familienkapital, z. B. der jüdischen Familie Friedländer.

Im oberschlesischen Beuthen wie im niederschlesischen Glogau waren Juden seit Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend gesellschaftlich integriert. Viele von ihnen schafften bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Sprung in das Klein- sowie mittlere Bürgertum. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

⁷⁸ Jacob Toury, *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation*, Düsseldorf 1977, S. 369.

lebten in den beiden Städten einige jüdische Persönlichkeiten, die sogar zum gehobenen Bürgertum gezählt werden können. Die Beuthener und Glogauer Juden hatten am Aufbau und an der Blüte des wirtschaftlichen Lebens ihrer Stadt einen großen Anteil, der wirtschaftliche Aufschwung in den beiden Städten war nicht zuletzt auch ihr Verdienst.

Die Juden in der Wirtschaft Schlesiens von der Reichsgründung 1871 bis zur Schoah

Die Wirtschaft Schlesiens von 1871 bis zum Ersten Weltkrieg

Die schlesischen Juden erlebten im 19. Jahrhundert und insbesondere im Kaiserreich seit 1871 einen erstaunlichen Aufschwung in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.¹ Das ökonomische Wohlergehen einer wachsenden Zahl von Juden wiederum war eine der zentralen Grundvoraussetzungen für den tief greifenden Wandel, der sich in anderen Lebensbereichen der jüdischen Minderheit zeigte. In kulturell-religiöser Hinsicht war Schlesien mit seiner Provinzhauptstadt Breslau seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eines der wichtigsten Siedlungsgebiete der deutschen Judenheit – vor allem mit der Gründung des Jüdisch-Theologischen Seminars 1854, der Breslauer Einheitsgemeinde, dem schlesischen Synagogenbau und dem Wirken des Rabbiners Abraham Geiger und des Historikers Heinrich Graetz sowie der Existenz zahlreicher bedeutsamer jüdischer Gemeinden.² Breslau blieb daneben untrennbar mit dem Aufkommen der »Wissenschaft des Judentums« im deutschsprachigen Raum verbunden und brachte darüber hinaus eine Reihe bedeutsamer jüdischer Persönlichkeiten hervor: Max Born, Willy Cohn, Norbert Elias, Fritz Haber, Alfred Kerr, Ferdinand Lassalle und viele andere.³

Der genannte Aufschwung, den die Juden in Schlesien besonders seit den Stein-Hardenbergschen Reformen und dem preußischen Emanzipationsgesetz vom 11. März 1812 erlebten, lässt sich – wenn auch nur als ein Teil des Ganzen – in der wirtschaftlichen Entwicklung der Region, seiner Bevölkerung insgesamt und seiner jüdischen Minderheit im Besonderen nachzeichnen. In gewisser

- 1 Arthur Prinz, *Juden im Deutschen Wirtschaftsleben 1850-1914. Soziale und wirtschaftliche Struktur im Wandel 1850-1914*, bearb. und hrsg. v. Avraham Barkai, Tübingen 1984; Helmut Neubach, *Im Kaiserreich (1871-1918). Vielfalt und Blüte der Wirtschaft*, in: Winfried Irgang/Werner Bein/Helmut Neubach (Hrsg.), *Schlesien. Geschichte, Kultur und Wirtschaft*, Köln 1995, S. 185-191; Konrad Fuchs, *Vom deutschen Krieg zur deutschen Katastrophe (1866-1945)*, in: Norbert Conrads (Hrsg.), *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Schlesien*, Berlin 1994 (durchges. u. auf den neuesten Stand gebr. Aufl. 2002), S. 554-693; Arno Herzig, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, in: Joachim Bahlke (Hrsg.), *Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 159-173.
- 2 Bernhard Brillung, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens. Entstehung und Geschichte*, Stuttgart u. a. 1972, S. 38-45.
- 3 Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit*, Hamburg 2003; siehe auch Kerstin von der Krone, *Wissenschaft in Öffentlichkeit. Die Wissenschaft des Judentums und ihre Zeitschriften*, Berlin/Boston 2012.

Hinsicht kommt die Wirtschaftsgeschichte dabei einer Gesamtgeschichte nahe, denn sogar die kulturelle Blüte basierte zu wesentlichen Teilen auf der wirtschaftlichen Prosperität der Gemeindemitglieder. Obwohl sich dieser enge Zusammenhang in der folgenden sozioökonomischen Skizze nur andeuten lässt – und selbst dies mit starkem Fokus auf Breslau –, so kommt er doch besonders sinnfällig auch im Untergang der jüdischen Gemeinden in Schlesien nach 1933 zum Ausdruck, als die sukzessive Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen durch die Nationalsozialisten beantwortet wurde durch gemeinsames soziales Handeln der jüdischen Gemeinschaft, als eine »Bewährung im Untergang«.⁴

Breslau besaß als Handels- und Messestadt seit dem Mittelalter eine zentrale Brückenfunktion nach Ostmittel- und Osteuropa und zog damit jüdische Kaufleute an, die in größerer Zahl recht frühzeitig das Aufenthaltsrecht in der Stadt erlangten – die Erteilung von Wohnrechten erfolgte im 18. Jahrhundert bereits mit dem Kalkül, dass die Juden in der grenznahen Provinz den Handel mit Polen und Russland fördern sollten.⁵ Während der Regierungszeit Friedrichs II. (1740–1786) lebten schätzungsweise bereits 2000 Juden in der Stadt.⁶ Die jüdische Gemeinschaft in Schlesien erfuhr zwischen 1800 und der Reichsgründung 1871 einen grundlegenden Wandel, denn nach 1812 begann nicht nur die jüdische Bevölkerung Breslaus zu wachsen, vielmehr erlangten die Juden mit der Zeit auch eine steigende Bedeutung für den Handel und die übrige Wirtschaft der Stadt und ihres schlesischen Hinterlandes – in religiöser Hinsicht waren die Juden nach wie vor nicht gleichberechtigt mit den Christen, in ihrer Berufswahl jedoch waren sie nun zumindest *de jure* frei. Nach dem sukzessiven sozioökonomischen Wandel der jüdischen Minderheit im 18. Jahrhundert⁷ begann sich spätestens seit den 1840er-Jahren langsam, aber stetig eine jüdische Wirtschaftselite in mehreren schlesischen Städten herauszubilden. Aus den Generalprivilegierten und ihren Nachkommen waren zwischenzeitlich gleichberechtigte Bürger geworden, endgültig 1869 mit dem *Bundesgesetz über die Gleichberechtigung der Konfessionen* des Norddeutschen Bundes. Der Emanzipation war eine über die Jahre sich verstärkende Teilhabe am Wirtschaftsleben vorangegangen, die sich nicht mehr nur auf die früheren Tätigkeitsfelder der jüdischen Minderheit wie den Geldverleih beschränkte, sondern sich im Zuge der Industrialisierung in Deutschland und insbesondere in Schlesien seit den 1870er-Jahren auch auf eine Reihe anderer Berufssparten ausweitete.⁸

4 Ernst G. Lowenthal (Hrsg.), *Bewährung im Untergang*. Ein Gedenkbuch, London/Stuttgart 1965.

5 Konrad Fuchs, *Jüdisches Unternehmertum in Schlesien*, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 71–94, hier S. 71 f.

6 Brillling, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens*, S. 38–45, hier S. 40.

7 Siehe auch den Beitrag von Arno Herzig in diesem Band.

8 Eine Gesamtgeschichte der schlesischen Juden im 19. und 20. Jahrhundert ist nach wie vor ein Desiderat. Für Breslau siehe Maciej Łagiewski, *Wrocławscy Żydzi*, Wrocław 1994 (dt. Ausg.: *Breslauer Juden*, übers. v. Stefan Kiedroń, Wrocław 1996); ders., *Wrocławscy Żydzi 1850–1944*. Zapomniany rozdział historii. Wydanie trzecie, poszerzone, Wrocław

Die wirtschaftliche Dynamik im Europa des 19. Jahrhunderts mit seiner Industrialisierung und der infolgedessen wachsenden Mobilität des regionen- und länderübergreifenden Handels machte sich unverkennbar auch in der demografischen Entwicklung der Bevölkerung bemerkbar. Zwar vermehrte sich die jüdische Bevölkerung im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1910 von 512 000 auf 615 000 Menschen, ihr relativer Anteil an der reichsdeutschen Gesamtbevölkerung sank jedoch im gleichen Zeitraum von 1,25 Prozent (1871) auf 0,95 Prozent (1910). Die schlesischen Juden nahmen allerdings an dieser Entwicklung seit 1880 nicht mehr teil. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatte sich die Zahl der schlesischen Juden kontinuierlich erhöht und von 11 500 (1803) auf 52 682 (1880) nahezu verfünffacht. Die wirtschaftlich günstigere Lage war hierfür ebenso maßgeblich wie die Zuwanderung aus dem russischen Teilungsgebiet Polens sowie die Senkung der Kindersterblichkeit. Nach 1880 jedoch kehrte sich der Trend um, und die Zahl der schlesischen Juden sank kontinuierlich auf knapp über 40 000 am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Während die Zahl der Juden im Regierungsbezirk Breslau stagnierte und die Abwanderung durch Zuzug vor allem aus den kleineren schlesischen Landgemeinden aufgefangen wurde, ging die sinkende Zahl schlesischer Juden praktisch allein auf das Konto der Regierungsbezirke Liegnitz und Oppeln.⁹ Analog ging auch in vielen schlesischen Städten der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung zurück, in Beuthen beispielsweise zwischen 1871 und 1900 von 11,6 auf 3,8 Prozent. Dieser Anteil konnte sich in den folgenden Jahren – 1929 zählte die Gemeinde 3485 Mitglieder – »auf dieser Höhe nur durch starke Einwanderungen aus Gebieten des jetzigen polnischen Staates erhalten«¹⁰. Breslaus Einwohnerzahl verfünffachte sich zwischen 1840 und 1905 beinahe und betrug Anfang des 20. Jahrhunderts über 470 000 Einwohner, was nicht zuletzt mit der guten Anbindung der Provinzialhauptstadt mit dem übrigen Reich und mit der daraus resultierenden wirtschaftlichen Attraktivität zusammenhing.¹¹ Auch hier hielt das Bevölkerungswachstum der Juden mit dem der Gesamtbevölkerung nicht Schritt, immerhin aber konnte sich die Zahl der Breslauer Juden zwischen 1871 und 1890 von 13 916 auf 17 754 steigern und bis 1925 auf 23 240 beinahe verdoppeln.¹² In demselben Zeitraum hatte sich gleichwohl ihr relativer Anteil

2010; Leszek Ziątkowski, *Dzieje Żydów we Wrocławiu, Wrocław 2000* (dt. Ausg.: *Die Geschichte der Juden in Breslau*, übers. v. Barbara Kocowska, Wrocław 2000).

9 Brillling, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens*, S. 17. Zu Oppeln siehe den Beitrag von Kirsten Heinsohn in diesem Band.

10 Stefan Behr, *Der Bevölkerungsrückgang der deutschen Juden*, Frankfurt a.M. 1932, S. 47. Zu Beuthen siehe den Beitrag von Beata Dudek in diesem Band; siehe auch Beata Dudek, *Juden als Stadtbürger in Schlesien. Glogau und Beuthen im Vergleich 1808-1871*, Hamburg 2009.

11 Konrad Fuchs, *Schlesiens Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur 1850-1914*, in: ders., *Gestalten und Ereignisse aus Schlesiens Wirtschaft, Kultur und Politik*, Dortmund 1992, S. 97-103.

12 Herbert Philippsthal, *Die jüdische Bevölkerung Breslaus*, in: *Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt* 8 (1931), Nr. 4, S. 52; Nr. 5, S. 67f.; Nr. 7, S. 98.

an der Stadtbevölkerung von 7,2 Prozent (1862) bzw. 6,7 Prozent (1871) auf 4,2 Prozent (1925) verringert – mithin auf einen geringeren Prozentsatz als im Jahre 1810 (4,8%). Nur ein vergleichsweise kleiner Teil von ihnen stammte aus Polen. Zwischen 1881 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurden nur knapp über 3400 polnische Juden in der Stadt registriert, weshalb der Einfluss jüdischer Immigranten aus Polen in Schlesien nicht überschätzt werden sollte.¹³ Viele der erst später so bezeichneten »Ostjuden« gehörten allerdings »zu den Trägern des vor dem ersten Weltkriege immer wichtiger werdenden Handels- und Industrieverkehrs zwischen Deutschland und den Ostländern. Sie spielten eine wichtige Rolle beim Import von Eisen, Holz, Leder und Pelzwaren aller Art und halfen mit bei der Erschließung neuer Märkte für die deutsche Industrie durch den Export von landwirtschaftlichen Maschinen und technischen Bedarfsartikeln nach Russland.«¹⁴

Welcher Art aber war das wirtschaftliche Engagement der schlesischen Juden im Kaiserreich? Und welche Entwicklung nahm es innerhalb der Entwicklung der Region? Es waren vor allem vier Sparten, in denen Juden bevorzugt ihre berufliche und wirtschaftliche Existenz suchten, namentlich im Bereich der Finanzen, der Industrialisierung, des Handels und des Handwerks. Während es naturgemäß nur sehr wenige, aber herausragende schlesische Juden gab, die im Finanzsektor tätig waren, war traditionell vor allem der Handel der wichtigste berufliche Schwerpunkt der jüdischen Minderheit, in wachsendem Umfang auch die Industrie, wohingegen sie auch in Schlesien nur in einem sehr geringen Umfang in der Landwirtschaft tätig waren.

Im Banken- und Finanzsektor waren schlesische Juden bis weit in das 19. Jahrhundert hinein vor allem im Anleihe- bzw. Hypothekengeschäft mit adligen Großgrundbesitzern tätig gewesen, das heißt sie beliehen Ländereien gegen einen entsprechenden Zinsaufschlag. Diese – modern gesprochen – Finanzdienstleistungen waren der Schlüssel zum Erfolg mehrerer jüdischer Bankiers in Schlesien und dies umso mehr, als der schlesische Adel im Prozess der Frühindustrialisierung eine entscheidende Rolle spielte.¹⁵

Gleichwohl waren Juden im Kreditsektor alles andere als dominant. Vor allem das traditionsreiche, bereits 1728 gegründete Bankhaus Eichborn & Co. gehörte zu den preußischen Hofbankiers und verfolgte daneben einen prononciert antijüdischen Geschäftskurs. Konkurrenz erwuchs ihm allerdings im 19. Jahrhundert vor allem durch drei jüdische Bankiers: Der bedeutendste von ihnen war Ernst Heimann (1798-1867), der 1819 am Ring in Breslau eine Wechselstube errichtete, deren Erfolg in den folgenden Jahren vor allem auf dem Handel mit Kongresspolen basierte. Heimann stieg in den 1840er- und

13 Norman Davies/Roger Moorhouse, *Die Blume Europas. Breslau – Wrocław – Bratislava. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt*, München 2002, S. 381 f.; Leszek Ziątkowski, *Ludność żydowska we Wrocławiu w latach 1812-1914*, Wrocław 1998, S. 181.

14 Shalom Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten*, Tübingen 1959, S. 25.

15 Siehe den Prolog in diesem Band.

1850er-Jahren durch sein umsichtiges geschäftliches Engagement im Woll- und Zinkhandel, insbesondere aber im Eisenbahnbau und dem mit ihm zusammenhängenden Effektenmarkt zu einer der wichtigsten Bankhäuser Breslaus auf; zugleich gehörte Ernst Heimann zu den Mitbegründern der Breslauer Wertpapierbörse sowie der Handelskammer.¹⁶ Fast zeitgleich, nämlich 1818, hatte Joseph Prinz (1791-1865) mit seinem Compagnon Moritz Marck (1796-1851) das Wechselgeschäft und Bankhaus Prinz & Marck Jr. gegründet, dessen Aufstieg sich ähnlich wie Ernst Heimann der Industrialisierung in Schlesien verdankte und das seit den 1850er-Jahren von Albert Marck (1828-1886), später von Eugen Marck (1858-1912), geführt wurde. Wie die meisten zu Wohlstand gekommenen Juden auch war Joseph Prinz philanthropisch und in der Wohlfahrtspflege aktiv und gehörte namentlich zu den ersten Kuratoren der Fraenckel'schen Stiftung.¹⁷ Als dritte jüdische Bankiersfamilie müssen schließlich die Gebrüder Herschel und Jacob Alexander (1808-1896) genannt werden, die ihre Geschäfte 1833 als Bank Alexander am Königsplatz begannen. Die Bank Alexander blieb in den folgenden Jahrzehnten in Familienbesitz,¹⁸ wohingegen das Bankhaus Kuh im 19. Jahrhundert durch die vorangegangene Konversion von Daniel Kuh bereits als christlich anzusehen war.¹⁹

Ein wirtschaftlicher Wandel hatte in Oberschlesien bereits im 18. Jahrhundert eingesetzt und hing vor allem mit dem Adel zusammen. Lange Zeit vorherrschend blieb das Autarkieprinzip, auf jedem Adelslandgut wurden sowohl Lebensmittelprodukte hergestellt als auch Heiz- und Baumaterialien, Leinen, Tuche etc. Besitzer größerer Güter wirtschafteten auch für den Absatz, führten einen Warenhandel in Landwirtschaft und Forstwirtschaft ein, weshalb auch Oberschlesien trotz der Industrialisierung bis in das 20. Jahrhundert hinein seinen ländlichen Charakter behielt. Gleichwohl waren die hier ansässigen Magnaten von Anfang an »berufene Unternehmer«.²⁰

Die entscheidende Zäsur für die weitere industrielle und allgemein wirtschaftliche Entwicklung Schlesiens war der in den 1840er-Jahren einsetzende Eisenbahnbau. Mit der Eröffnung zweier Strecken, Breslau–Ohlau (1842) und Breslau–Liegnitz (1844), war gleichsam das Startsignal gegeben worden. Aus den Geldverleihern und Adelsfinanziers von einst wurden nun Bankiers und

16 Gerhard Webersinn, Heimann, Ernst, in: Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 8, Berlin 1969, S. 270 f.; Łagiewski, Wrocławscy Żydzi 1850-1944, S. 174 f.

17 Ebd., S. 176 f.

18 Ebd., S. 178 f.

19 Daniel Kuhs Vorfahr, Ephraim Moses Kuh, inspirierte später Berthold Auerbach zu seinem Roman: Dichter und Kaufmann. Ein Lebensgemälde aus der Zeit Moses Mendelssohn's, 2 Bde., Stuttgart 1840.

20 Konrad Fuchs, Entwicklung und Bedeutung des Wirtschafts- und Industripotentials Schlesiens unter besonderer Berücksichtigung Oberschlesiens 1740-1945, in: Hans Rothe (Hrsg.), Ostdeutsche Geschichts- und Kulturlandschaften, T. 1: Schlesien, Köln/Wien 1987, S. 65-85, hier S. 69.

Investoren, die sich vor allem bei Infrastrukturmaßnahmen, allem voran beim Eisenbahnbau, und der Finanzierung der schlesischen Industrialisierung hervortaten. Das sich rasch ausdehnende Eisenbahnnetz (als Transporteur und als Abnehmer) vergrößerte binnen weniger Jahre das Absatzgebiet der schlesischen Industrie um ein Vielfaches und ermöglichte einen steilen Produktionsanstieg.²¹ Auch wenn Oberschlesien agrarisch geprägt blieb, so war es doch die Berg- und Hüttenindustrie, die der Region rasch ihr Gepräge gab und vor allem auf Abbau, Verarbeitung und Veredelung von Steinkohle und Eisen-, Zink- und Bleierzen beruhte.²²

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchsen in den oberschlesischen Revieren sowohl der Steinkohlenbergbau als auch die Eisenproduktion um ein Vielfaches; um 1900 betrug die oberschlesische Steinkohlenproduktion 25 Prozent der reichsweiten Erzeugung, die Roheisenproduktion sogar zwei Drittel der Gesamtroheisenmenge im Deutschen Reich.²³ Analog wuchs auch die Zahl der Arbeiter im Kohlenbergbau von knapp 7500 Personen im Jahr 1852 auf knapp 70 000 im Jahr 1900. Der Beschäftigtenanteil in der Industrie insgesamt wuchs von 23 Prozent (1867) auf 42 Prozent (1895) und schließlich sogar auf 49 Prozent (1907).²⁴ Abgesehen von Breslau und einer Reihe mittlerer und Kleinstädte Niederschlesiens mit einer nennenswerten jüdischen Bevölkerung nahm dementsprechend vor allem Oberschlesien für jüdische Industrieunternehmer eine besondere Rolle ein. Ihr Engagement in der Montanindustrie setzte sich zum Teil bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg fort.

Als *pars pro toto* für diese jüdischen Unternehmer seien Moritz Friedländer sowie Robert Caro genannt.²⁵ Als der Gleiwitzer Bankier Moritz Friedländer zusammen mit seinen zwei Compagnons Simon Levy aus Beuthen sowie David Löwenfeld aus Breslau 1840 das Kokshochofenwerk Friedens-Eisenhütte in Beuthen gründete, so stellte dies das früheste nachweisliche Industrieengagement jüdischer Bürger in der oberschlesischen Industrie überhaupt dar. Mit dem Aufstieg der Aktiengesellschaften nach 1871 ging auch der weitere Aufstieg der Familie einher: »Eine für Oberschlesien wichtige jüdische Unternehmerpersönlichkeit wurde Fritz Friedländer, der ein Kohlenimperium errichtete und nach seiner Übersiedlung nach Berlin in den Adelsstand erhoben wurde.«²⁶

21 Ebd., S. 72.

22 Siehe Robert Parzer, Oberschlesische jüdische Unternehmer zwischen Schutzbestimmungen des Völkerbundes und nationalsozialistischem Vernichtungswillen, Freie Universität Berlin, Mag.-Arb., Berlin 2011, S. 19 ff.

23 Michał Lis, Górny Śląsk. Zarys dziejów do połowy XX wieku, Opole 2001, S. 109 f.

24 Ebd., S. 110 f.

25 Fuchs, Jüdisches Unternehmertum in Schlesien, S. 71-94; ders., Zur Rolle des schlesischen Judentums bei der wirtschaftlichen Entwicklung Oberschlesiens, in: Zeitschrift für Ostforschung 28 (1979), S. 270-283; Toni Pierenkemper, Jüdische Industrielle in Oberschlesien im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 32 (1991), S. 197-220.

26 Parzer, Oberschlesische jüdische Unternehmer, S. 22. Siehe zu Fritz Friedländer Alfons Perlick, Oberschlesische Berg- und Hüttenleute. Lebensbilder aus dem oberschlesi-

Daneben wurde die Familie Caro in der Sparte der Eisenproduktion und Erzverhüttung ebenfalls weit über die Grenzen von Schlesien hinaus bekannt. Den Grundstein hatte Moritz Isaac Caro (1792-1860) bereits 1807 mit der Gründung einer Eisengroßhandlung in Breslau gelegt. 1848 gründete sein Sohn Robert Caro (1819-1875) im Gleiwitzer Revier die Herminenhütte,²⁷ und die expandierenden Unternehmen der Familie konzentrierten sich in den folgenden Jahren auf das oberschlesische Gebiet. 1886 wurden diese Unternehmungen in der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Actiengesellschaft unter Robert Caros Sohn Oscar Caro (1852-1931) zusammengefasst und stellten damit eines der bedeutendsten deutschen eisenproduzierenden Unternehmens dar.²⁸

Ganz allgemein erfolgte die Gründung von Aktiengesellschaften, wie z. B. 1853 die AG für Bergwesen und Zinkhüttenindustrie, oftmals auf Basis von Privatunternehmen, wohingegen staatliche Unternehmen besonders in der darauffolgenden Gründerzeit rasch an Bedeutung verloren.²⁹

Im Sektor der metallverarbeitenden Industrie ragt vor allem die Linke-Hofmann-Werke AG in Breslau heraus. Ihr Aufstieg zu einer der größten Maschinen-, Waggon- und Lokomotivenfabrik weltweit verdankt sie wesentlich zwei jüdischen Unternehmern. Hervorgegangen waren die Linke-Hofmann-Werke aus mehreren Waggon- und Maschinenfabriken, die in Breslau und anderen Orten in Schlesien seit 1833 entstanden waren: die »Maschinenbau-Anstalt Breslau« (1833), gegründet von dem Breslauer Bankier C. H. Ruffer und der Preußischen Seehandlung, dann die »Waggonfabrik von Gottfried Linke« (1839) sowie die »Eisenbahnwagenbau-Anstalt Gebrüder Hofmann« (1856). Insbesondere die Waggonfabrik Gottfried Linkes (1792-1867) expandierte sehr stark und wurde 1871 durch ein Finanzkonsortium unter Leitung des bereits genannten Kommerzienrates Robert Caro in die »Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau« umgewandelt. Caro wurde zugleich erster Aufsichtsratsvorsitzender der neuen Gesellschaft, die sich in den folgenden Jahren schließlich die Maschinenbau-Anstalt (1897) und die Waggonfabrik Gebr. Hofmann (1912) einverleibte und zur größten Waggon-, Lokomotiven- und Maschinenfabrik des Kontinents aufstieg, die – erneut umbenannt in »Linke-Hofmann-Werke, Breslauer AG für Eisenbahnwagen-, Lokomotiv- und Maschinenbau« – an zahlreichen Standorten in und außerhalb Schlesiens mehrere Tausend Arbeiter und Angestellte beschäftigte (1913: 6500, 1924: 50 000).³⁰

schen Industrieviertel, Kitzingen a. M. 1953, S. 82 f.; Konrad Fuchs, Zur Bedeutung des oberschlesischen Judentums. Ursachen und Wirkungen, in: ders., Gestalten und Ereignisse aus Schlesiens Wirtschaft, Kultur und Politik, Dortmund 1992, S. 74-91, hier S. 80 ff.

27 Perlick, Oberschlesische Berg- und Hüttenleute, S. 79-81; Fuchs, Zur Bedeutung des oberschlesischen Judentums, S. 78 ff.

28 Parzer, Oberschlesische jüdische Unternehmer, S. 23.

29 Lis, Górný Śląsk, S. 108.

30 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStA PK), XVII. HA., Nr. 920, Bl. 18: Zeitungsausschnitte »Breslau von A bis Z«, Hans-Henning Zabel, Linke, Gott-

Der zweite Schwerpunkt jüdischer Unternehmertätigkeit in der Industrie Schlesiens lag in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Im Laufe des 19. Jahrhunderts erlangte in Breslau, aber auch in zahlreichen kleineren Städten Niederschlesiens mit zum Teil bedeutenden jüdischen Gemeinden, die Textil- und Kleiderfabrikation eine herausragende Bedeutung. Dabei handelte es sich um eine Branchenspezifika, die über Jahrzehnte hinweg bis in die Zeit des Nationalsozialismus noch vorherrschend blieb, auch nachdem die Textilindustrie ihre Funktion als Leitsektor längst eingebüßt und schwere Krisen sowie seit den 1840er/50er-Jahren einen langsamen, aber kontinuierlichen Niedergang parallel zum Aufstieg der benachbarten Schwer- und Rohstoffindustrie durchlebt hatte.³¹ Gerhart Hauptmanns Drama *Die Weber* (1892) über den Aufstand der schlesischen Weber 1844 hat diesen Niedergang (wenn auch ohne konkreten jüdischen Bezug) eindrucksvoll in Szene gesetzt.³² Jüdische Unternehmer werden oftmals mit Modernität in Verbindung gebracht, aber gerade der Sektor von Textilproduktion und -vertrieb zeigt auch die Grenzen eines solchen Ansatzes auf.

Eine besondere Bedeutung, ja nachgerade Dominanz entwickelte die Salomon Kauffmann Textilfabrik. Der Unternehmer Meyer Kauffmann (1796-1871) hatte 1841 in Schweidnitz eine erste Textilfabrik errichtet und unterhielt zugleich ein größeres Warenlager in Breslau. Die Stoffe wurden zunächst von Hand gewebt, als Erster in Schlesien jedoch schaffte Meyer Kauffmann bereits 1852 eine mechanische Weberei an; als sein ältester Sohn Salomon Kauffmann (1824-1900) die Geschäfte übernahm, expandierte und modernisierte dieser das Unternehmen kontinuierlich weiter, konzentrierte die Produktionsstätten und bewegte sich weg von der Heimarbeit. Die Weber als quasi-selbstständige Lohnarbeiter zu Hause wichen auch und gerade in der Textilindustrie einer wachsenden Industriearbeiterschaft, was deren Lebensbedingungen jedoch nicht unbedingt verbesserte. Salomon Kauffmann holte sich daneben betriebswirtschaftliche Ideen in England und vermochte die Produktivität der schlesischen Textilindustrie insgesamt zu verbessern – auch wenn dies den sukzessiven Abstieg der Textilbranche als industriellen Leitsektor nur verlangsamen, aber nicht abwenden konnte.³³ Die Textilindustrie war als Leitsektor bereits in den 1890er-Jahren von der Metall verarbeitenden Industrie abgelöst worden, ein wenig

fried, in: *Neue Deutsche Biographie*, hrsg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 14, Berlin 1985, S. 630 f.; Łagiewski, Wrocławscy Żydzi 1850-1944, S. 169.

31 Curt Frahe, *Die Textilindustrie im Wirtschaftsleben Schlesiens*, Tübingen 1905.

32 Hauptmann betrieb umfangreiche Studien und stützte sich vor allem auf Alfred Zimmermann, *Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. Gewerbe- und Handelspolitik dreier Jahrhunderte*, Breslau 1885.

33 Siehe Salomon Kauffmann, *Firma Meyer Kauffmann (1891-1896)*, in: Monika Richartz (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1871*, Nördlingen 1976, S. 306-316.

besser konnte sich die Bekleidungsindustrie halten.³⁴ Immerhin beschäftigte die M. Kauffmann Textilwerke AG 1924 noch immer 3400 Arbeitnehmer und unterhielt mehrere Niederlassungen in ganz Schlesien.

Ganz allgemein war mit der Industrialisierung auch der Zuwachs an Großbetrieben verbunden. Die Zahl der Kleinbetriebe mit bis zu maximal fünf Beschäftigten sank zwischen 1882 und 1907 von knapp 96 auf knapp 90 Prozent, die mittleren und Großunternehmen nahmen demgegenüber von 3,7 auf 8,9 Prozent respektive 0,4 Prozent auf 1,3 Prozent zu.³⁵ Viele jüdische Selbstständige machten diese Entwicklung jedoch nicht oder nur in geringem Maße mit, Klein- und mittlere Betriebe mit nur wenigen Beschäftigten blieben die Regel. Wie der Soziologe und Sohn der Stadt Breslau Norbert Elias in einem autobiografischen Gespräch noch Jahrzehnte später erinnerte, gehörte sein Vater zu dem klassischen jüdischen Unternehmertyp, der in den 1880er-Jahren in Breslau zu Aufstieg und Wohlstand fand:

»Rund herum standen große Häuser, eines davon gehörte meinem Vater, ein Geschäftshaus, das bis zur nächsten Straße durchging; eigentlich waren es zwei Häuser. Es lag genau im Zentrum, Ring 16, ich erinnere mich bis heute, die Nummer war Ring 16.

Dort hatte mein Vater seine Firma. Er war in der Textilbranche, wie viele Juden, hatte wahrscheinlich um 1880 oder 85 begonnen und wurde dann von dem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland mitgetragen. Es war eine Art Fabrik, aber hauptsächlich Handarbeit und relativ wenige Maschinen – vielleicht 30 Leute, auch Schneider, die Kleidung für den Großhandel herstellten.«³⁶

An der Wende zum 20. Jahrhundert war praktisch kein jüdischer Schwerindustrieller in Schlesien übrig geblieben. Dies ist aber nicht als ein Niedergang der jüdischen Industrie- und Finanzelite im ausgehenden 19. Jahrhundert aufzufassen. Im Rahmen des ökonomischen Wachstums waren Aktiengesellschaften entstanden oder Unternehmen fusioniert. Einzig die nach 1871 aufkommenden Universalbanken wie etwa die Deutsche Bank setzten dem Privatbanksektor schwer zu und führten zu Konzentrations- und Übernahmewellen, was zeigt, wie vergänglich ökonomischer Erfolg war und wie wenig aussagekräftig allein das Kriterium jüdischer Unternehmersdynastien für die Wirtschaftsgeschichte der jüdischen Minderheit insgesamt ist. Insofern ist zu fragen, ob eine ökonomische Elite auch eine bürgerliche Elite darstellt bzw. wie sich das Verhältnis zwischen dem Wirtschafts- und einem Bildungsbürgertum beschreiben lässt. Wichtiger dürfte die Industrialisierung für den bürgerlichen Aufstieg der schlesischen Juden vor allem dort gewesen sein, wo sie eine erhebliche Zahl neuer

34 Hans-Peter Ullmann, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Frankfurt a. M. 1995, S. 99 f.

35 Ebd., S. 100.

36 Norbert Elias, *Über sich selbst*, Frankfurt a. M. 1996, S. 12.

Arbeits- und Betätigungsfelder eröffnete. Dies wiederum bedeutete auch für den schlesischen Handel einen wichtigen Impuls.

Die günstige Lage namentlich der Stadt Breslau sorgte in der 1867 einsetzenden und wesentlich vom Eisenbahnbau und der Montanindustrie ausgehenden Gründerzeit dafür,³⁷ dass viele Berliner Unternehmer, aber auch solche aus dem österreichischen und russischen Teilungsgebiet des seit 1795 von der Landkarte verschwundenen Polen in Breslau eine Niederlassung eröffneten. Umgekehrt war der Osten des Landes (besonders die Provinzen Posen und Schlesien) im Kaiserreich ein wichtiger Startpunkt vieler jüdischer wie nichtjüdischer Unternehmer, die ihre Tätigkeit von Posen, Lissa, Breslau, Oppeln, Beuthen und Gleiwitz später auf Berlin und andere Großstädte ausdehnten oder sie dorthin verlagerten, beispielsweise die Weinkellerei M. Kempinski & Co., die erst in späteren Jahren ins Hotelfach wechselte.³⁸ Das dichter werdende Eisenbahnnetz erhöhte zudem die Warenmobilität und schuf damit ganz neue Möglichkeiten und Chancen für die Entwicklung des Handels. Insbesondere im Handelssektor lassen sich die Kontakte jüdischer Händler in Schlesien mit Osteuropa weit zurückverfolgen, denn das System der jüdischen Handelsvertreter (Schamessa) aus so namhaften Städten wie Lemberg, Lublin, aber auch aus anderen Städten der preußischen Ostprovinzen wie Posen und Glogau, hatte sich bereits zu Zeiten der Breslauer Generalprivilegierten als ökonomisch effektiv und einträglich erwiesen.³⁹ Diese Warenströme nahmen zwar nicht ausschließlich, aber doch in signifikantem Ausmaß den Weg über Breslau und trugen dort zum Aufstieg der Stadt und ganz Schlesiens bei.

Eine zweite wichtige Entwicklungstendenz lag in dem Aufkommen der Kaufhäuser, von denen es in Schlesien, besonders aber in Breslau, gleich mehrere traditionsreiche Häuser gab und die überwiegend mit Textilwaren begonnen hatten oder auf diese spezialisiert waren. Hierzu zählten das Leinenhaus von Eduard Bielschowsky (1826–1893), das bereits 1818 gegründete Pelzkonfektionshaus L. A. Gottstein & Söhne, das sich auch nach dem Ersten Weltkrieg noch immer in Familienbesitz befand, die Firma Louis Lewy jr., die 1861 gegründet worden war und ihren Aufstieg dem Export exklusiver Damenmäntel nach Russland und England verdankte, schließlich auch das Kaufhaus Rudolf Petersdorff, dessen 1927 eröffneter Neubau an der Ohlauer Straße von Erich Mendelsohn stammte und die Modernität der Warenhäuser auch architektonisch unterstrich. Das größte und bekannteste Kaufhaus in Breslau war jedoch das der Gebrüder Arthur und Georg Barasch, die zuvor aus Bayern nach Schlesien gekommen waren. Sie eröffneten 1904 am Ring 32 ein prächtiges Gebäude im Sezessionsstil, das »Warenhaus Gebrüder Barasch«, dessen beleuchteter,

37 Ullmann, *Das Deutsche Kaiserreich*, S. 60.

38 Elfi Pracht-Jörns, *M. Kempinski & Co.*, hrsg. v. d. Historischen Kommission zu Berlin, Berlin 1994.

39 Siehe den Beitrag von Arno Herzig in diesem Band.

sechseinhalb Meter im Durchmesser umfassender Globus auf dem Dach zum Wahrzeichen des Kaufhauses wurde.⁴⁰

Die wenigen Warenhäuser und jüdischen Großhändler waren jedoch durchaus kein repräsentativer Querschnitt durch die Lebenswirklichkeit der schlesischen Juden. Was Robert Parzer jüngst für Oberschlesien hervorgehoben hat, dass nämlich einerseits die Forschungs- und Quellenlage zu kleinen und mittleren Handels- und auch Handwerksbetrieben als »disparat zu bezeichnen« sei und dass andererseits die wenigen vorhandenen Hinweise auf die wirtschaftliche Lage mittlerer Gewerbebetriebe für die Mitte des 19. Jahrhunderts »ein düsteres Bild« ergebe,⁴¹ lässt sich *mutatis mutandis* auf die gesamte schlesische Provinz übertragen.

Zwar waren Juden bis weit in das 20. Jahrhundert hinein überwiegend im Handel beschäftigt und dort – ebenfalls überwiegend – als selbstständige Unternehmer tätig, aber bei der großen Mehrheit dieser Betriebe und Unternehmen handelte es sich um kleine Einpersonen- bzw. kleinere Familienbetriebe. Umgekehrt war ihr Anteil an allen selbstständigen Kaufleuten sehr groß – ihr Anteil betrug in Breslau im Jahre 1906 etwa die Hälfte der gesamten Kaufmannschaft.⁴² Hinter dieser Zahl (51,1 % im Jahr 1907) stand gleichwohl eine fallende Tendenz der vorangegangenen Jahrzehnte: Im Jahr 1882 hatte der Anteil der jüdischen Arbeitsbevölkerung im Handel noch 67 Prozent betragen.⁴³

Dementsprechend waren es die jüdischen Händler und Kaufleute, die sogar ein prominentes Motiv des literarischen Antisemitismus in Schlesien abgaben: Namentlich Gustav Freytags Kaufmannsroman *Soll und Haben* (1855) gehört mit seinen zahlreichen Auflagen zweifellos zu den meistgelesenen und zugleich umstrittensten Romanen des Kaiserreichs.⁴⁴ Freytag schuf für die Handlung seiner Figuren im Wesentlichen drei deutlich voneinander getrennte Lebenswelten: die Welt der adligen Landbesitzer, die bürgerliche Welt der Kaufleute und Stadtbewohner und schließlich die Welt der Juden. Sieht man einmal von den antisemitischen Stereotypen des Romans ab, so war gerade die von Freytag betonte Kluft zwischen den jüdischen Emporkömmlingen und der bürgerlichen Welt Breslaus bereits beim Erscheinen des Romans der Tendenz nach längst nicht mehr aktuell und in späteren Jahren dann praktisch vollkommen verschwunden.

Skizziert man dementsprechend den wirtschaftlichen Erfolg einiger weniger jüdischer Unternehmer in Schlesien, so ist das Augenmerk darauf zu richten, in welcher Lage sich die schlesischen Juden insgesamt befanden. Eine weit verbreitete These besagt, dass die jüdische Minderheit in weit überdurchschnittlichem

40 Łagiewski, Wrocławscy Żydzi 1850-1944, S. 180 ff.

41 Parzer, Oberschlesische jüdische Unternehmer, S. 24.

42 Till van Rahden, Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000, S. 63.

43 Ziątkowski, Dzieje Żydów we Wrocławiu, S. 81.

44 Martin Gubser, Literarischer Antisemitismus. Untersuchungen zu Gustav Freytag und anderen bürgerlichen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1998.

Maße an Wohlstand gewann, mithin auf der sozioökonomischen Leiter in das Bürgertum aufstieg. Aber was bedeutete dies?

Zwar besaß das deutsche Judentum praktisch kein Proletariat und kein Bauerntum, aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehörte die Mehrheit der Juden noch immer eher den unteren Mittelschichten an. Tatsächlich hat Werner Mosse nur einige wenige Dutzend jüdische Unternehmerfamilien im Kaiserreich identifiziert, dazu eine nur unwesentlich größere Subelite.⁴⁵ Ganz ähnlich betonte auch Avraham Barkai (allerdings für Westdeutschland), dass viele in Städten lebende Juden bis Ende des 19. Jahrhunderts ein eher unterdurchschnittliches Steueraufkommen besaßen.⁴⁶ Verlässliche Zahlen liegen mit Bezug auf Schlesien dank der Studie Till van Rahdens zumindest für Breslau vor.

Anhand von Statistiken lässt sich demnach leicht nachweisen, dass die Gruppe der schlesischen Juden allgemein und besonders in den Städten ihren Wohlstand im Kaiserreich in der Tat kontinuierlich vermehrte, was jedoch nur bedingt mit Reichtum gleichzusetzen ist, sondern zunächst nur ein Relationsverhältnis zum wirtschaftlichen Wohlergehen der Gesamtbevölkerung beschreibt. Analog zur wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichstellung im Deutschen Reich prosperierten die schlesischen Juden wie die Juden insgesamt in Deutschland und hatten Erfolg. Wirtschaftlicher Aufstieg zeichnete sich auch in zunehmendem Wohlstand der Jüdischen Gemeinden ab, Oppeln ist hierfür ein ebenso gutes Beispiel wie Breslau selbst.

Am allgemeinen, durchaus eindrucksvollen Befund lässt van Rahden keinen Zweifel:

»Schaut man nur auf die Großgruppe des gehobenen Bürgertums, ergibt sich 1876 und 1906 ein eindrucklicher Kontrast. Gemessen am Beruf gehörten 1876 über 40 % der Breslauer Juden dem gehobenen Bürgertum an, aber nur 10 % der Protestanten und nur 5 % der Katholiken. Dreißig Jahre später betrug der Anteil der Berufsgruppe des gehobenen Bürgertums unter den Breslauer Juden fast 60 %, unter den Protestanten aber immer noch gut 10 % und unter den Katholiken etwas über 7%. [...].

Zu Beginn des Kaiserreichs waren fast 90 % aller Breslauer Juden, die dem gehobenen Bürgertum angehörten, Wirtschaftsbürger, Kaufmänner und Kaufleute stellten unter den jüdischen Wirtschaftsbürgern mit über 80 % den Löwenanteil. Jüdische Unternehmer und Fabrikanten gab es dagegen kaum;

45 Werner E. Mosse, *Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Élite 1820-1935*, Oxford 1978, S. 87-95; siehe ders., *The German-Jewish Economic Élite 1820-1935. A Socio-cultural Profile*, Oxford/New York 1989.

46 Avraham Barkai, *Jüdische Minderheit und Industrialisierung. Demographie, Berufe und Einkommen der Juden in Westdeutschland 1850-1914*, Tübingen 1988, S. 62-70, 136-165, zit. nach Shulamit Volkov, *Die Erfindung einer Tradition. Zur Entstehung des modernen Judentums in Deutschland*, München 1992, S. 21 f.; ebenfalls abgedruckt in: *Historische Zeitschrift* 253 (1991), S. 603-628.

ihr Anteil am jüdischen Wirtschaftsbürgertum betrug nur gut 2% und lag damit kaum über dem der jüdischen Bankiers mit knapp 2%.⁴⁷

Ungeachtet jedoch der hinter dem Reichsdurchschnitt zurückbleibenden wirtschaftlichen Kennzahlen Schlesiens erlebten die schlesischen Juden im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einen ökonomischen und sozialen Aufstieg, der in Niederschlesien vor allem an den Erfolg von Textilfabriken und dem Textilhandel bzw. eine Reihe namhafter Handelshäuser gebunden war. Jüdische Bankiers wie Heimann, Mendelsohn, Landsberger und Perls sowie herausragende Unternehmer(-familien) wie Pringsheim sowie die bereits genannten Caro, Friedländer und Bielschowsky werden in der Retrospektive zwar nicht zu Unrecht in einem »Pantheon der Breslauer Juden« zusammengefasst.⁴⁸ Aber es war die Gruppe der vielen kleinen selbstständigen jüdischen Unternehmer, die den Aufstieg schafften bzw. erst schufen. Berücksichtigt werden muss hierbei allerdings auch die Problematik des Bürgertumsbegriffs: Es handelt sich um eine sehr differenzierte Gruppe, bei der es nur bedingt weiterführt, mit einem Modell von Inklusion und Exklusion zu arbeiten, da die Bedingungen und Faktoren, die über eine Zugehörigkeit zum Bürgertum – Bildungsbürgertum wie Wirtschaftsbürgertum – entschieden, in der Forschung nach wie vor umstritten sind.⁴⁹ Den von M. Rainer Lepsius geprägte Begriff des »sozialmoralischen Milieus« wollte dieser zwar nur auf die soziale Basis einer politischen Partei bezogen wissen, aber die Frage nach nichtwirtschaftlichen, vielmehr religiösen und tradierten kulturellen Komponenten einer Gruppenzugehörigkeit lässt sich im Verbürgerlichungsprozess der jüdischen Minderheit nicht so ohne weiteres außer Acht lassen.⁵⁰ Das führt so weit, dass die Assimilations- bzw. Integrationstheorie in Bezug auf die jüdische Minderheit im Kaiserreich durchaus infrage gestellt worden ist – namentlich von Jakob Katz und Shulamit Volkov:

»Die verbreitete Ansicht, daß die Juden in der Zeit der Assimilation – oder, neutraler, der kulturellen Anpassung – sich in ihre Umgebung integrierten, erfordert eine gewisse Korrektur. Wir sprechen hier nicht von Integration, sondern von dem Entstehen einer jüdischen sozialen Gruppe, die einer ähnlichen nichtjüdischen Gruppe parallel war. Im Blick auf Einkommen, Lebensstil, politische Überzeugung und ähnliches gehörten die Juden zur Mittelschicht. Aber diese Bestimmung zeigt nur ihren Platz innerhalb der

47 Van Rahden, *Juden und andere Breslauer*, S. 55.

48 Maciej Łagiewski, *Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau*, Berlin 1999, S. 11.

49 Manfred Hettling, *Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz von 1860 bis 1918*, Göttingen 1999, S. 11 ff.; Ullmann, *Das Deutsche Kaiserreich*, S. 48 f.

50 M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur*, in: ders., *Demokratie in Deutschland*, Göttingen 1993, S. 25-50.

gesellschaftlichen Hierarchie an, nicht jedoch den Grad ihrer Vermischung auf der – gleichen – Ebene ihrer Klassen.«⁵¹

Dementsprechend erscheint nicht ganz klar, inwieweit die bürgerliche Lebensweise einer wachsenden Zahl schlesischer Juden mit deren Integration in die deutsche Gesellschaft gleichgesetzt werden kann oder ob nicht vielleicht lediglich Lebensstile adaptiert und imitiert wurden, deren Ausleben jedoch nicht mit, sondern parallel zur Mehrheitsgesellschaft stattfand:

»Wer dem Bürgertum angehören wollte, mußte über ein bürgerliches Einkommen verfügen – das war das Moment des rein Ökonomischen –, mußte darüber hinaus aber, das war entscheidend, sich der Zumutung einer bürgerlichen Lebensführung unterwerfen, um sich der ständischen Ehre des Bürgers erfreuen zu können.«⁵²

Immerhin haben van Rahden und Hettling auch eine erstaunliche Integration der Breslauer Juden im Vereinswesen nachweisen können⁵³ – ausgerechnet dort also, wo sich ungeachtet der rechtlichen und bürgerlichen Gleichstellung antijüdische Ressentiments länger hielten als anderswo oder sich gar neue Exklusionsmechanismen eines modernen Antisemitismus in den 1870er- und 1880er-Jahren erst entwickelten. Allerdings ist Vorsicht geboten hinsichtlich der Übertragbarkeit dieser Befunde für Breslau auf andere schlesische, vor allem kleinere Städte mit jüdischen Gemeinden.

Die Attraktivität einer bürgerlichen Lebensführung zeigte sich ferner in der hier aus Platzgründen nicht weiter auszuführenden, gleichwohl wachsenden politischen Partizipation von Juden. Viele der genannten Juden waren nicht nur aktiv in ihren Synagogengemeinden, sondern zeigten auch ein großes Engagement für allgemeine gesellschaftliche Belange, namentlich in der städtischen und Kommunalpolitik, etwa als Stadtverordnete, die sich zu einem großen Teil aus dem Wirtschaftsbürgertum, um 1900 dann auch in steigendem Maße aus dem Bildungsbürgertum rekrutierten.⁵⁴ In Oberschlesien, wo die Juden in Städten wie Gleiwitz und Beuthen die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung stellten, kam es im Zuge des (wirtschafts-)bürgerlichen Wohlergehens auch frühzeitig – erstmals bereits in den 1820er-Jahren – zur Wahl von Juden in repräsentative Ämter.⁵⁵

51 Jacob Katz, *Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700-1933*, München 1989, S. 244; siehe Shulamit Volkov, *Die Erfindung einer Tradition*, in: *Historische Zeitschrift* 253 (1991), S. 603-628.

52 Van Rahden, *Juden und andere Breslauer*, S. 41.

53 Ebd., S. 101 ff.; Hettling, *Politische Bürgerlichkeit*, S. 89 ff.

54 Für Breslau siehe ebd., S. 89-105, hier insb. S. 92 f.; siehe zum jüdischen Bildungsbürgertum allgemein Uffa Jensen, *Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005.

55 Parzer, *Oberschlesische jüdische Unternehmer*, S. 21.

Eben dieser Wandel im Verhältnis zwischen Wirtschafts- und Bildungsbürgertum kennzeichnet auch die Berufsstatistik der schlesischen Juden. Bereits die erste den jüdischen Unternehmerpionieren nachfolgende Generation, erst recht aber die zweite Generation, zeigte eine Tendenz zur Akademisierung, d. h. zum Wechsel in das Bildungsbürgertum und in bestimmte Berufszweige wie Medizin, Journalismus, allgemein in die Wissenschaften, andere freie Berufe, aber auch Jura, wobei Juden noch immer nur die Karriere selbstständiger Rechtsanwälte, nicht aber der Aufstieg im verbeamteten Gerichtswesen offenstand. Ohne wirtschaftliches Risiko war der Einstieg in das Bildungsbürgertum bzw. akademische Berufe nicht, weil hier auch in Schlesien nicht selten eine Lücke zwischen den finanziellen Spielräumen einerseits und den Erfordernissen einer bürgerlichen Lebensweise andererseits klappte: »Gut ein Viertel der bürgerlichen Berufsgruppen und Einkommensklassen in Breslau war jüdisch. Aber die Mehrheit der Breslauer Juden verfügte über kein Einkommen, das einen bürgerlichen Lebensstil ermöglichte; viele Breslauer Juden, besonders alleinstehende Frauen, waren arm.«⁵⁶

Ein Argument für die starke Position der schlesischen Juden im Bürgertum ist die eindrucksvolle Vielzahl sozialer Wohlfahrtseinrichtungen, ihre über jüdische Empfänger oftmals hinausgehenden Adressaten und Empfänger ein Zeichen für die Integration der Spender und Mäzene. Bereits zum Zeitpunkt des Emanzipationsedikts von 1812 hatte die jüdische Gemeinde in Breslau ein vorbildlich organisiertes Gemeinwesen besessen, das von den vermögenden Mitgliedern finanziert wurde oder mit großzügigen Legaten ausgestattet worden war. Dementsprechend ist die ebenso komplexe wie eindrucksvolle Vielzahl von Wohlfahrtseinrichtungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – von Kinder-, Waisen- und Pflegeheimen über Schulen und Krankenhausneubauten bis zu Altenheimen und zur Beerdigungsbrüderschaft⁵⁷ – ein integraler Teil einer Wirtschaftsgeschichte der schlesischen Juden. Das Archivmaterial der Breslauer Synagogengemeinde im Jüdischen Historischen Institut in Warschau, im Geheimen Preußischen Staatsarchiv Berlin oder im Centrum Judaicum, ebenfalls in Berlin, ist voll von entsprechenden Unterlagen, beispielsweise von der Israelitischen Krankenverpflegungsanstalt, der Beerdigungsgesellschaft in Breslau und anderen Institutionen wie etwa die Gesellschaft der Brüder, für die es Hunderte

56 Van Rahden, *Juden und andere Breslauer*, S. 34. Im Jahr 1895 waren 10,5 % der weiblichen Bevölkerung beruflich tätig, allerdings nur 8,7 % der Jüdinnen; 12 Jahre später (1907) arbeiteten insgesamt schon 13,4 % aller Frauen und 15 % aller Jüdinnen. Angaben nach Ziątkowski, *Dzieje Żydów we Wrocławiu*, S. 81.

57 Ziątkowski, *Dzieje Żydów we Wrocławiu*, S. 91-93; Andreas Reinke, *Judentum und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Das jüdische Krankenhaus in Breslau 1726-1944*, Hannover 1999; Roland B. Müller, *Das Breslauer Schulwesen in der Weimarer Republik*, Dresden 2003, insb. S. 71 ff.

von Spendern gab, die den wohlthätigen jüdischen Institutionen Schenkungen überschrieben, diese zu Erben bzw. Empfängern von Legaten machten.⁵⁸

Wirtschaftliche Prosperität hatte also weithin sichtbare Folgen und Konsequenzen für das soziale und nicht zuletzt auch für das kulturelle Leben, man denke nur an das Mäzenatentum, an dem die genannten Unternehmerpersönlichkeiten und ihre Familien einen entscheidenden Anteil besaßen. Namen wie Julius Schottländer, Bertha Schottländer, Simon Pfeffer, Isidor Alexander, Heinrich Heimann, Clara Marck, Fedor Pringsheim, Max Perls, Salomon Kauffmann, Richard Leuchtag, Adolf Schwerin, Alfred und Max Hamburger und viele andere standen in Breslau und darüber hinaus nicht nur für herausragendes soziales Engagement innerhalb der jüdischen Gemeinschaft, sondern auch für eine rege Anteilnahme am Gemeinwesen und der Kultur der Stadt.⁵⁹ Den kulturellen Beitrag der schlesischen Juden fasste Norbert Elias in der Rückschau wie folgt zusammen:

»Das Komische an der Situation war ja, daß sich die jüdische Gesellschaft in besonderem Maße als Träger der deutschen Kultur verstand. Und es war auch in gewisser Weise wahr, daß sich ohne das jüdische Mäzenatentum die Orchesterkonzerte, das Lobe-Theater und all die anderen Theater nicht hätten halten können. Eine sehr merkwürdige Situation: politisch waren die Juden Außenseiter, und zugleich waren sie Träger des deutschen Kulturlebens.«⁶⁰

Die ökonomische und rechtliche Emanzipation der Juden im Kaiserreich – mit hin ihre größere »Sichtbarkeit« – hatte ihren Preis: Aus den latent und tatsächlich diskriminierten Juden mit einem mehrheitlich wirtschaftlichen Nischendasein war eine für nichtjüdische Unternehmer ernst zu nehmende Konkurrenz erwachsen, die im Verbund mit dem Verblasen eines religiös motivierten Antijudaismus einem ökonomisch und später zudem rassistisch-biologistisch argumentierenden »modernen Antisemitismus« Auftrieb verlieh.⁶¹ Der Antisemitismus im Kaiserreich, aber auch sein Gegenstück – ein gewachsenes jüdisches Selbstbewusstsein – führten erst vergleichsweise spät zur Bildung von Gemeindebünden und -vertretungen, so im Falle der oberschlesischen Gemeinden erst 1888, wohingegen die Gründung des Verbandes der Synagogengemeinden der

58 Mirosława Lenarcik, For the Well-being of the Family and the Community. Jewish Foundations in Breslau, in: Andreas Ludwig/Kurt Schilde (Hrsg.), Jüdische Wohlfahrtsstiftungen. Initiativen jüdischer Stifterinnen und Stifter zwischen Wohltätigkeit und sozialer Reform, Frankfurt a. M. 2010, S. 55-78; dies., A Community in Transition. Jewish Welfare in Breslau-Wrocław, Opladen/Farmington Hills, MI 2010.

59 Ziątkowski, Dzieje Żydów we Wrocławiu, S. 87 ff.

60 Elias, Über sich selbst, S. 27.

61 Zum Begriff und Phänomen siehe Helmut Berding, Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, insb. S. 120 ff.; zu Antisemitismus in Breslau siehe Olaf Blaschke, »Das Judentum isoliren!« Antisemitismus und Ausgrenzung in Breslau, in: Hettling/Reinke/Conrads, In Breslau zu Hause?, S. 167-184; siehe auch ders., Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1999.

Provinz Niederschlesien (Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz) sogar erst 1897 erfolgte.⁶² Der unselige Konnex zwischen sozialem Aufstieg, bürgerlicher Gleichstellung der Juden und dem Antisemitismus schuf eine Gemengelage, die ihre fatalen Folgen erst nach dem Ersten Weltkrieg entfalten sollte.

So unzweifelhaft und eindrucksvoll die Entwicklung der schlesischen Judenheit im 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg auch ist, so müssen sich die Analysen der wirtschaftlichen Rolle der Juden dennoch weitgehend auf Vermutungen oder aber auf wenige bekannte Persönlichkeiten stützen, da zu anderen Aspekten, insbesondere zur Frage der jüdisch-nichtjüdischen Kontakte und Wechselwirkungen in Schlesien, zu wenige Quellen vorliegen.⁶³ Auch die Frage nach dem Beitrag der schlesischen Juden zum wirtschaftlichen Aufstieg der schlesischen Provinz insgesamt im Kaiserreich und später in der Weimarer Republik lässt sich auf dem derzeitigen Forschungsstand nicht verlässlich beantworten und muss zukünftigen Forschungen vorbehalten bleiben.⁶⁴ Das allgemeine Bild jüdischen Wohlstandes sollte zudem nicht den Blick verstellen beispielsweise auf die Armut der oberschlesischen Juden, zu der ebenfalls noch keine substantielle Forschung vorliegt. Darüber hinaus lassen rein wirtschaftliche Parameter wie Steueraufkommen, Erwerbstätigkeit, Sparrate etc. keine unmittelbaren Rückschlüsse auf Phänomene wie Integration, Assimilation oder Akkulturation der jüdischen Minderheit zu. Schließlich werden bei einem Fokus auf wenige herausragende jüdische Unternehmer bzw. Unternehmerfamilien weitere eminent wichtige Faktoren oftmals vergessen: die allgemeine demografische Entwicklung, die arbeitende jüdische Bevölkerung, das heißt die wachsende Zahl der Arbeiter und Angestellten, Fragen der Frauenerwerbstätigkeit und nicht zuletzt die wachsende Mobilität bzw. Fernwanderung, die Schlesien nicht mehr nur als Brückenregion zwischen Ost und West auswies, sondern rasch Teil eines größeren Wirtschaftsraums werden ließ – sowohl hinsichtlich des Warenverkehrs als auch mit Blick auf die Binnenmigration, seit den 1890er-Jahren auch von jenseits der Ostgrenze des Deutschen Reiches.⁶⁵ Viele der genannten Entwicklungsstränge wurden jedoch mit einem Male zunichte gemacht: Der Erste Weltkrieg bedeutete für die schlesische Grenzregion nicht nur ökonomisch eine Katastrophe, vielmehr zeigten seine längerfristigen Folgen nur wenige Jahre später, dass der Aufstieg, die Prosperität und die errungene gesellschaftliche Position der jüdischen Minderheit alles andere als selbstverständlich waren.

Hatte Norbert Elias in der Rückschau über die Zeit vor 1914 davon gesprochen, man habe sich nicht vorstellen können, »daß die Welt je anders sein würde«,⁶⁶ so wurde die Welt während des Krieges und der auf ihn folgenden 25 Jahre eine gänzlich andere – mit den furchtbarsten Konsequenzen nicht nur

62 Brillig, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens, S. 14.

63 Siehe van Rahden, Juden und andere Breslauer, S. 31 (Anm. 55).

64 Ebd., S. 66.

65 Ullmann, Das Deutsche Kaiserreich, S. 106.

66 Elias, Über sich selbst, S. 21.

für die schlesischen oder deutschen, sondern für die europäischen Juden. Insgesamt betrachtet beschreibt van Rahden für die Zeit des Kaiserreichs bis zum Ersten Weltkrieg ein hohes Maß an Integration der jüdischen Minderheit.⁶⁷ 1914 schien es, als seien auch die Juden ein untrennbarer Teil Deutschlands und der Deutschen geworden. Misst man jedoch den Erfolg von Integration an ihrer Unumkehrbarkeit, dann erscheint eine solche These nicht unproblematisch – in Bezug auf die Assimilierer ebenso wie für die Assimilierten.⁶⁸ Die Jahre des Weltkrieges zeigten rasch die Grenzen der Emanzipation und der Akzeptanz der nichtjüdischen Mehrheit:

»Jede soziale Gruppe verstand sich selbst als diejenige, welche vom Krieg am härtesten betroffen war, und empfand deshalb die Verteilung der Lasten, was Einberufungen, Einkommen oder Versorgung betraf, als höchst ungerecht. Diese Selbsteinschätzungen verdichteten sich im schillernden Gegenbild des ›Kriegsgewinners‹. Sie ließen vor allem aber den Antisemitismus an der ›Front‹, etwa in Form der berüchtigten ›Juden­zählung‹ von 1916,⁶⁹ und in der ›Heimat‹ so scharf hervortreten, daß alle Hoffnungen der jüdischen Minderheit zerrannen, ihr Einsatz im Krieg würde von der nichtjüdischen Mehrheit mit einem Ende der Diskriminierung honoriert.«⁷⁰

Einzelne Branchen und Unternehmer mochten im Rahmen der Kriegswirtschaft von mehr Aufträgen profitieren – insgesamt gesehen jedoch stellte der Erste Weltkrieg und ebenso seine längerfristigen Folgen auch eine ökonomische Katastrophe dar. Gerade für die im Handel tätigen Juden, für die die Kontakte nach Osteuropa ein wichtiger Schlüssel zum unternehmerischen Erfolg gewesen waren, bedeuteten die Umwälzungen im ehemals russischen Teilungsgebiet Polens, in den Generalgouvernements Warschau und Lublin, oftmals das wirtschaftliche Aus.

Die ökonomische Lage der schlesischen Juden in der Weimarer Republik

»Hatten Sie je das Empfinden«, wurde Norbert Elias, der seine Kindheit und Jugend in Breslau verlebte, in einem lebensgeschichtlichen Interview gefragt, »eine persönliche Niederlage erlitten zu haben, oder war es für Sie nur die Niederlage des Kaisers? [...] ›Die nicht-jüdischen deutschen Mittelklassen waren überaus verbittert, auch die jungen Leute. Von mir dagegen weiß ich zumindest das Eine genau, daß ich in keiner Weise verbittert war. Ich war

67 Van Rahden, *Juden und andere Breslauer*, S. 14 ff.; siehe ders., *Word and Actions: Re-thinking the Social History of German Antisemitism, Breslau 1870-1914*, in: *German History* 18 (2000), S. 413-438.

68 Siehe Blaschke, »Das Judentum isolieren!«, S. 167-184.

69 Jacob Rosenthal, »Die Ehre des jüdischen Soldaten«. *Die Juden­zählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen*, Frankfurt a. M./New York 2007.

70 Ullmann, *Das Deutsche Kaiserreich*, S. 252.

erleichtert – aber das entsprach der eigenartigen Situation eines Juden in Deutschland.«⁷¹

Die Kriegsniederlage und Kapitulation, die Nachkriegsordnung und die Regelungen des Versailler Friedensvertrages sowie die territoriale Neugliederung der Provinz Schlesien infolge der drei Schlesischen Aufstände 1919-1921 bedeuteten eine schwere ökonomische Zäsur für die ganze Region. Dem 123 Jahre nach der dritten Teilung wiedererstandenen polnischen Staat sollten nach dem Willen der Alliierten die polnischsprachigen Teile Schlesiens zugesprochen werden, auch wenn die Grenzziehung von 1922 bedeutete, dass auf beiden Seiten der Grenzen eine jeweils starke polnische bzw. deutsche Minderheit zurückblieb. Das zur Regelung bzw. Kontrolle dieses schwelenden Konflikts zunächst für 15 Jahre verabschiedete Genfer Oberschlesien-Abkommen von 1922 sah Schutzrechte für die jeweilige deutsche bzw. polnische Minderheit vor. In Westoberschlesien waren es nach der nationalsozialistischen Machtübernahme oftmals Juden, die beim Völkerbund in Genf Beschwerde gegen ihre Diskriminierung einlegten (siehe unten).

Die bereits genannte Brückenfunktion, die Schlesien nach Polen, Russland und allgemein nach Ostmitteleuropa und dem Balkan besessen hatte,⁷² konnte die Region nach 1918 nicht mehr in dem früheren Maße wiedergewinnen. Schlesien wurde zu einer Art »Zonenrandgebiet«. Dementsprechend verschlechterten sich die strukturellen Voraussetzungen für jüdische Unternehmer vor allem im Handelsbereich durch die neuen Grenzen, den Wegfall der Provinz Posen⁷³ sowie durch den in Schlesien rasch sich intensivierenden Antisemitismus in ähnlicher Weise wie auch in anderen Gebieten der Weimarer Republik.

Die Stadt Breslau als niederschlesische Provinzhauptstadt zählte nach der Volkszählung von 1933 knapp über 20 000 Juden (entsprechend 3,2 Prozent der Stadtbevölkerung). Der Höchststand wurde 1925 mit 23 240 Juden (entsprechend 4,2 % der Stadtbevölkerung) erreicht. Die Zahl der Juden in Niederschlesien betrug 5900 (ohne Breslau); in Oberschlesien lebten knapp über 10 000 Juden.⁷⁴

71 Elias, Über sich selbst, S. 39.

72 Vor allem der deutsch-russische Handelsvertrag Anfang der 1890er-Jahre sorgte in Schlesien für einen Aufschwung in Handel und Industrie. Hermann Freymark, Schlesiens Bedeutung für deutsche Wirtschaft und Kultur, Breslau 1926, S. 16.

73 Konrad Fuchs, Zum wirtschaftlich-sozialen Beziehungsgeflecht zwischen den preußischen Provinzen Schlesien und Posen vom 19. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Matthias Weber/Carsten Rabe (Hrsg.), Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesiensforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag, Würzburg 1998, S. 417-434; Ingo Loose, Feindbild Preußen-Deutschland? Inklusions- und Exklusionsprozesse in den Anfangsjahren der Zweiten Polnischen Republik am Beispiel der Region Wielkopolska, 1918-1925, in: Dieter Bingen/Peter Oliver Loew/Kazimierz Wóycicki (Hrsg.), Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremdbilder und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich 1900 bis heute, Wiesbaden 2007, S. 49-65.

74 Brillung, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens, S. 44.

Die meisten jüdischen Gemeinden in Schlesien erwiesen sich in der Grenzfrage als entschiedene Anhänger des Verbleibs beim Deutschen Reich und sahen zugleich das ökonomische Risiko, das aus der neuen Randlage zu erwachsen drohte. So versandte das Berliner Büro für Statistik der Juden im Frühjahr 1919 Fragebögen an sämtliche Gemeinden, »um gegen die Losreißung deutscher Gebietsteile im Osten, namentlich in Oberschlesien, zu wirken«, und begründete dies in ihrem Begleitschreiben damit, »dass auch die jüdische Bevölkerung Ihrer Gemeinde für das deutsche Wirtschaftsleben sowohl als auch für die deutsche Kultur im Osten von Bedeutung ist«.75

Neben den Problemen der neuen Wirtschaftsstruktur der Region waren es jedoch auch direkte Kriegsfolgen, von denen die schlesischen Juden betroffen waren. War es in der Grenzregion schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zu einer signifikanten Migration osteuropäischer Juden nach Deutschland gekommen, so verstärkte sich die Zahl der Flüchtlinge durch die Pogrome in Osteuropa unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges, von denen der Pogrom in Lemberg im November 1918 der bekannteste ist. Dementsprechend bezogen sich frühe Formen der jüdischen Arbeitsvermittlung zunächst noch auf die sogenannten Ostjuden.76 Allerdings war bereits frühzeitig auch ein Jüdisches Arbeitsamt in Berlin eingerichtet worden, das aus der Mitte Dezember 1918 gegründeten »Berufsfürsorgestelle für jüdische Soldaten« hervorgegangen war.77 »Die Hilfstätigkeit war damit aus einer Angelegenheit der Armenfürsorge zu einer Aufgabe der Sozialpolitik geworden; sie galt nicht mehr der Linderung eines einzelnen Notstandes, sondern der Bekämpfung einer Volksnot.«78

Mitte der 1920er-Jahre waren in Breslau etwa 30 000 Gewerbebetriebe, das heißt gewerbesteuerpflichtige Betriebe, ansässig.79 Legt man an diese Zahl 30 000 den Prozentsatz der in Breslau lebenden Juden an der gesamten Stadtbevölkerung an, so würde man für die Mitte der 1920er-Jahre zunächst von etwa 1260 Gewerbebetrieben im Eigentum von Juden ausgehen können. Tatsächlich dürfte die Zahl wegen der generell höheren Zahl von Selbstständigen innerhalb der jüdischen Bevölkerung sowie der ebenfalls recht hohen Zahl von Einpersonnenbetrieben deutlich größer gewesen sein und vielleicht etwa 2000 betragen haben, auch wenn man hier auf Schätzungen angewiesen bleibt, da die Handelsregisterakten nicht erhalten sind.

75 ŽIH, 106/III, o. Pag.: Büro für Statistik der Juden, Berlin, Dorotheenstraße 52, an den Vorstand der Synagogengemeinde [Beuthen] v. 23.3.1919 (Eilt sehr!!). Siehe Avraham Barkai, Die Juden als sozioökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik, in: ders., Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Hamburg 1998, S. 95-110.

76 Siehe ŽIH, 105/144, passim: Betreuung von in Deutschland befindlichen Ausländern im Ersten Weltkrieg durch die Breslauer jüdische Gemeinde (1914-1920).

77 ŽIH, 112/103: Tätigkeitsbericht des Jüdischen Arbeitsamtes v. 30.9.1919.

78 Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880-1940, S. 139; siehe auch ebd., S. 139 ff.

79 Die Belastung durch die Breslauer Gewerbebesteuer, in: Schlesiens Handwerk und Gewerbe I (17.4.1926), Nr. 16, S. 1.

Wer sich in den 1920er-Jahren auf einem der eindrucksvollsten Marktplätze des Reiches, dem Breslauer Ring, umsah, gewann eine Vorstellung von dem immensen Beitrag, den jüdische Unternehmer für die kulturelle wie wirtschaftliche Bedeutung der Stadt geleistet hatten und tagtäglich leisteten:

»Von den vier Seiten des Breslauer Ringes war eine Seite, die westliche, der alte Paradeplatz, wegen ihrer größeren Entfernung von der Hauptverkehrsader geschäftlich nicht beliebt. Auf allen drei anderen Seiten aber dominierten jüdische Geschäfte. Auf der Südseite war zunächst ein christlicher Konzern: Grund im ›Goldenen Becher‹. Dann folgte das Leinenhaus von Stein und Koslowski, das Uniformgeschäft von Dr. Mayer und die Bank meines Verwandten Felix Lyon. – Auf der Westseite waren ursprünglich im ersten Viertel bis zum Hintermarkt nur jüdische Geschäfte: das Spielwarengeschäft von Fränkel, das Kinderbekleidungsgeschäft von Kreutzberger und das Warenhaus Barasch. Später änderte sich das Bild: Barasch dehnte sich aus, und das Haus meiner Wankelschule wurde durch die Zentrale der Diskontogesellschaft ersetzt. Fränkel und Kreutzberger zogen auf die zweite Front der Westseite zwischen Hintermarkt und Albrechtstraße. Ecke Albrechtstraße und Schmiedebrücke war das große Pelzhaus von Breslauer. – Auf der Nordseite war das zweistöckige Posamentierwarenhaus meines Onkels Louis Cohn, des Vaters des Studienrates Willy Cohn, unter dem Namen Geschwister Trautner. Dahinter war die Buchhandlung von Priebatsch unter dem Namen ›Scola et scientia‹.«⁸⁰

Eine erste Krise der schlesischen Juden stellte sich gleichwohl früher ein, als ein Blick auf die allgemeine Geschichte der Weimarer Republik vermuten lassen würde.⁸¹ Bei einer Durchsicht der Jahrgänge des Breslauer Jüdischen Gemeindeblattes seit 1924 fällt auf, dass erste Anzeichen für eine Krise bei jüdischen, vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schlesien und insbesondere in Breslau sich bereits Mitte der 1920er-Jahre deutlich abzuzeichnen begannen. Es ist bekannt, dass die Zahl der Fälle von Unternehmensliquidationen in diesen Jahren – vor allem im Mittelstand – deutlich anstieg, was zeigt, dass die schlesischen und allgemein deutschen Juden sich bereits vor 1933, aber auch schon vor 1929 in einer wirtschaftlich problematischen Lage befanden.⁸²

80 Walter B. Goldstein, Das jüdische Breslau zur Assimilationszeit (1806-1933), in: Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel 38 (September 1975), S. 10 f.

81 Siehe auch den Literaturüberblick bei Avraham Barkai, Zur Wirtschaftsgeschichte der Juden in Deutschland. Historiographische Quellen und Tendenzen vor und nach 1945, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 20 (1991), S. 195-214.

82 Marek Maciejewski, Silesian Nazi Nationalism and Anti-Semitism 1921-1933, in: Marcin Wodziński/Janusz Spyra (Hrsg.), Jews in Silesia, Cracow 2001, S. 141-158; zum Konkurs der Firma Trautner, die sich im Besitz der Familie Cohn befand, siehe Willy Cohn, Verwehte Spuren. Erinnerungen an das Breslauer Judentum vor seinem Untergang, hrsg. v. Norbert Conrads, Köln/Weimar/Wien 1995, S. 629.

Markante Beispiele für diesen Befund sind die Diskussion über berufliche »Umschichtung« sowie die im Falle jüdischer Arbeitnehmer überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, die von den Betroffenen und den jüdischen Wohlfahrtsorganisationen vor allem auf den Einfluss von Antisemitismus bei der Arbeitsplatzvergabe zurückgeführt wurde.⁸³ Es ging nun schon längst nicht mehr oder nicht mehr nur um die »Ostjuden« und ihre materiellen Nöte, als vielmehr um die Sozialfürsorge sämtlicher betroffenen Gemeindemitglieder, und deren Zahl stieg mit dem allgemeinen Niedergang des jüdischen Bürgertums kontinuierlich. Zugleich lässt sich aber auch ein Wandel der Synagogengemeinde ausmachen, die ihren Charakter als eine mehr oder minder ausschließliche Religionsgemeinschaft verlor und den einer Kulturgemeinde annahm. Die Tradition der Einheitsgemeinde mag dabei hilfreich gewesen sein, im Angesicht der wachsenden Bedrohung Solidarität und Einheit nach innen zu suchen. In gewissem Sinne war auch die Gründung des Gemeindeblattes 1924 ein Schritt in diese Richtung gewesen, nämlich auch diejenigen formalen Gemeindemitglieder zu erreichen, die dem jüdischen Leben möglicherweise etwas ferner standen, etwa die Synagogen nur noch an den hohen Feiertagen besuchten.

Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 und der Bankenkrise 1931 gab es dann zwei schwere Erschütterungen, die insbesondere die berufliche Neuorientierung vieler schlesischer Juden besonders vordringlich machten. Ganze Branchen standen schon vor der Weltwirtschaftskrise vor dem Ruin wie z. B. der Altmetallhandel.⁸⁴ Besonders dramatisch entwickelte sich die Situation jedoch nach der Weltwirtschaftskrise, die die Juden stärker traf als die nichtjüdische Bevölkerung und die Breslauer Juden stärker als die übrige Breslauer Bevölkerung: »Die Konkurse mehren sich erschreckend. Die Zahlungseinstellungen betragen ein Vielfaches der offiziellen Konkurse. Am schwersten sind die Geschäftszweige betroffen, die das Hauptarbeitsgebiet des jüdischen gewerblichen Mittelstandes und des jüdischen Grosskaufmanns waren. Darum sind Juden an den Zusammenbrüchen in unverhältnismässiger Zahl beteiligt.«⁸⁵ Das Breslauer Jüdische Gemeindeblatt veröffentlichte nun in fast jeder Ausgabe auf der Titelseite Aufrufe an jüdische Arbeitgeber zu solidarischer Arbeitsplatzvergabe oder Auftragserteilung: »Lassen Sie bei Neueinstellungen von Arbeitskräften jeder Art auch jüdische Arbeitnehmer in Konkurrenz treten und helfen Sie damit, die große Erwerbslosigkeit innerhalb unserer Gemeinde zu mildern. Fragen Sie auch bei Ihren Lieferanten

83 Siehe z. B. Gründung der Arbeitsnachweis-Gemeinschaft, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 3 (1926), Nr. 1, S. 3; Felix Simenauer, Berufsumschichtung!, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 7 (1930), Nr. 4, S. 60; Hans Herzfeld, 12 Sätze zur Lage der deutschen Juden, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 10 (1933), Nr. 5, S. 1 f.; Alfred Hirschfeld, Vom jüdischen Mittelstand, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 11 (1934), Nr. 10, S. 1 f.

84 Eine »sterbende« jüdische Branche, in: Jüdische Zeitung für Ostdeutschland, 20.4.1928.

85 ZfH, 105/151, Bl. 543-545, Bl. 543: Aufruf der Synagogengemeinde Breslau zur Einrichtung eines Jüdischen Notstandsfonds, o. D. [September 1930].

Werbeanzeigen im Breslauer Jüdischen Gemeindeblatt, 1926

und Handwerkern, die Sie beliefern, ob bei ihnen auch jüdische Arbeitnehmer beschäftigt sind.«⁸⁶

Die Branchen und Berufszweige, die in den Jahrzehnten zuvor den Juden Wohlstand und sozialen Aufstieg gebracht hatten, erwiesen sich nun angesichts der globalen Krise als nicht mehr zeitgemäß, vielmehr als besonders anfällig und stark übersetzt. Es mehrten sich dementsprechend die Rufe nach möglichen Alternativen, selbst wenn diese nicht von heute auf morgen erreichbar waren. Auf einer Versammlung der »Arbeitsnachweisgemeinschaft jüdischer Organisa-

86 Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 8 (1931), Nr. 6, S. 81.

tionen Schlesiens« im November 1930 versuchte ein Redner die erforderlichen Schritte zu umreißen:

»Nunmehr ergreift Herr Lachs das Wort zu seinem Vortrage: ›Die Jüdische Wirtschaftskrisis.‹ Redner betont, dass die gegenwärtige Krise nicht nur eine jüdische Krise, sondern eine Krise der Weltwirtschaft ist, die aus der Rationalisierung und Mechanisierung der Wirtschaft resultiert. Die Schwerkraft der deutschen Juden in wirtschaftlicher Beziehung hat im Handel gelegen, der in der Vorratswirtschaft der Vorkriegszeit die Vorräte, die von den Fabriken, der Landwirtschaft produziert wurden, mit finanziell starken Händen aufgefangen und in den Konsum übergeleitet hat.«⁸⁷

Durch die Abtretung deutscher Gebiete, so Lachs weiter, seien viele Juden aus dem »Wohlstand der Vorkriegszeit herausgerissen worden«. Dies habe zu einem starken Zuzug in die (Groß-)Städte geführt, was wiederum den Antisemitismus auf dem Lande verstärkt habe, da die ortsansässige jüdische Bevölkerung, die als Korrektiv hätte wirken können, immer öfter gefehlt habe oder zahlenmäßig zu unbedeutend gewesen sei. Lachs forderte daher die Rückkehr der Juden aus den Großstädten auf das Land und eine gleichzeitige Abkehr vom Handel bzw. von einer Tätigkeit zwischen Erzeuger und Konsument, die in modernen Zeiten ihre Daseinsberechtigung verloren hätte. Handwerker und Siedler würden gebraucht, aber auch »Berufe wie Reichswehrsoldat, Post- und Eisenbahnbeamte oder Sipo«:

»Vor allem aber muss verhindert werden, dass die Position der Juden auf dem Lande und in der Kleinstadt noch weiter geschwächt wird, und bewirkt werden, dass jede aufgegebene Stellung wieder durch Juden besetzt wird. Gefördert werden muss auch der Zusammenhalt der Familien in der Kleinstadt. Die Familie muss wieder ein geschlossener Wirtschaftskörper werden, damit nicht wie bisher der Sohn oder die Tochter in der Grossstadt verelenden, während die Eltern in der Kleinstadt zugrunde gehen. Schliesslich empfiehlt Redner noch ein zentralisiertes jüdisches Wirtschaftsamt.«⁸⁸

Gegen die Landflucht gab es freilich kein wirksames Rezept. Auch waren nicht alle der genannten Schwierigkeiten im Falle jüdischer Arbeitnehmer und Unternehmer immer und überall von Antisemitismus affiziert, auch wenn dessen Anteil nicht immer klar auszumachen ist. Am ehesten war dies noch in der Provinz außerhalb der Großstädte relevant, wo für Juden die Ausweichmöglichkeiten naturgemäß geringer waren als in den Großstädten mit zugleich großen jüdischen Gemeinden. Vor allem im grenznahen Schlesien – besonders allerdings in Oberschlesien – hatte die Jüdische Arbeiter- und Wanderfürsorge alle Hände

87 ZfH, 105/954, Bl. 272-278, Bl. 273 f.: Protokoll der Vertreterversammlung der Arbeitsnachweisgemeinschaft jüdischer Organisationen Schlesiens am 19.11.1930 (gez. Eugen Samson).

88 Ebd., Bl. 274.

voll zu tun, um die Anfragen und Inanspruchnahmen bewältigen zu können.⁸⁹ »Die Gefahren des antijüdischen Boykotts, insbesondere in den Klein- und Mittelstädten, waren umso größer, je mehr die jüdischen Kaufleute – gleich ihren an dem Boykott interessierten nichtjüdischen Konkurrenten – von der allgemeinen Wirtschaftskrise betroffen wurden.«⁹⁰ Die in Breslau herausgegebene *Jüdische Zeitung für Ostdeutschland* begann seit Mitte 1931 Listen jüdischer Firmen unter der Überschrift »Wo Juden erwünscht sind« zu publizieren,⁹¹ was zeigt, dass die allgemeine Krise eine unheilvolle Verbindung mit antisemitischen Tendenzen eingegangen war.

»Es gibt viele Tausende junger gesunder Menschen mit guter Schulbildung, die infolge Zusammenlegung einer großen Anzahl von kaufmännischen und sonstigen Betrieben, ich erinnere nur an das Bankfach, arbeitslos geworden sind und auf Jahre hinaus keine Aussicht haben, in derselben Branche Beschäftigung zu finden. Was soll aus diesen Menschen werden? Wer von ihnen hat den Mut, Kragen und Halbschuhe abzulegen und in die Werkstatt oder den Maschinenraum zu gehen, um noch einmal von vorn anzufangen. Und doch ist dies der einzige Weg, der ihnen übrig bleibt, wenn sie nicht schon in jungen Jahren dauernd Wohlfahrtseinrichtungen zur Last fallen wollen.«⁹²

Allgemein war also der Aufruf an jüdische Arbeitgeber, Juden einzustellen, bereits seit Mitte der 1920er-Jahre deutlich und immer häufiger zu vernehmen. Es ist daher unschwer zu erkennen, dass es bereits in jener Zeit zu einer Entflechtung jüdischer und nichtjüdischer Gewerbetätigkeit kam,⁹³ ganz allgemein zu einer Infragestellung der bereits abgeschlossen geglaubten Emanzipation und Gleichberechtigung. Solch frühe Formen der Desintegration auf jüdischer Seite führten jedenfalls zu einer Reihe von Ausweichstrategien, worunter die bereits genannten Angebote zur Berufsumstrukturierung zu nennen wären, aber auch ganz allgemein alle die Aktivitäten, die zuvor nicht zu den Aufgaben der Jüdischen Gemeinden gehört hatten. Mithilfe bei der Arbeitssuche war aber auch für die Gemeinden das Gebot der Stunde, denn jeder vermittelte jüdische Arbeitnehmer entlastete das Gemeindebudget in der Wohlfahrtspflege.⁹⁴ Jüdische

89 ŽIH, 112/118, Bl. 165-168: Jüdische Arbeiter- und Wanderfürsorge für Oberschlesien, Beuthen O.-S. Kurze Übersicht über die Tätigkeit des Provinzialverbandes für jüdische Arbeiter- und Wanderfürsorge in der Provinz Oberschlesien im Jahre 1931 v. 4.5.1932.

90 *Jüdische Zeitung für Ostdeutschland* v. 19.6.1931; zit. nach Joseph Walk, *Die »Jüdische Zeitung für Ostdeutschland« 1924-1937. Zeitgeschichte im Spiegel einer regionalen Zeitung*, Hildesheim/New York 1993, S. 55.

91 *Jüdische Zeitung für Ostdeutschland* v. 17.7.1931.

92 Felix Simenauer, *Berufsumschichtung!*, in: *Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt* 7 (1930), Nr. 4, S. 60.

93 *Ist der jüdische Arbeitsnachweis notwendig?*, in: *Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt* 3 (1926), Nr. 6, S. 80f.; *Mittelstandshilfe und Mittelstandsnot*, in: *Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt* 7 (1930), Nr. 6, S. 94.

94 Verena Hennings, *Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 2008, S. 77ff.; siehe Lenarcik, *A Community in Transition*.

Arbeits- und Berufsfürsorge besaß somit, wie Angelika Kipp überzeugend herausgearbeitet hat, neben dem sozialen Ziel zunehmend auch eine Abwehrfunktion.⁹⁵ Nachdem die auf die soziale Betreuung der Ostjuden abgestellten Einrichtungen der jüdischen Berufsberatung bereits 1925 zur »Vereinigten Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise« zusammengeschlossen worden waren,⁹⁶ führten die Breslauer und andere jüdische Gemeinden einen zentralen Arbeitsnachweis für ihre Mitglieder ein, mit dem nicht nur der weit über Reichsdurchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit allgemein begegnet werden sollte, sondern explizit auch der besonderen Lage der Juden.⁹⁷ Als besonderes Problem erwies sich dabei das Gebot der Sabbatruhe für gläubige Juden, auch wenn viele assimilierte jüdische Gewerbetreibende sich daran nicht mehr uneingeschränkt gebunden fühlten bzw. wegen der allgemeinen Krise nicht mehr festhalten konnten, sowie »bei einer außerordentlichen Anzahl von Arbeitgebern die Tendenz«, »jüdische Arbeitnehmer nicht zu beschäftigen.«⁹⁸

Insgesamt konnte die »Arbeitsnachweismgemeinschaft jüdischer Organisationen Schlesiens« 1930 nach vierjährigem Bestehen auf eine recht erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken, denn sie hatte eigenen Angaben zufolge 1800 bis 2000 Stellen vermitteln können – zum überwiegenden Teil, in späteren Jahren dann so gut wie ausschließlich, bei jüdischen Firmen und Unternehmen.⁹⁹ Bei knapp über 20 000 Breslauer Juden und einer entsprechend geringeren Zahl an Erwerbstätigen (10 519 im Jahre 1925¹⁰⁰), von denen noch einmal die Selbstständigen abgezogen werden müssten, ist dies zweifellos eine sehr hohe Zahl, die die Virulenz der Exklusion der Juden aus der deutschen Wirtschaft selbst vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise eindrucksvoll verdeutlicht.

Eine weitere Station auf dem Weg zu einer Zweiteilung des Wirtschaftssektors nach dem Kriterium jüdisch/nichtjüdisch war die Entstehung eines genuin »jüdischen Kreditwesens« bis hin zur Gründung einer »Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe«, die sogar im Handelsregister eingetragen war. Insgesamt war der Prozess der Dissimilation der Breslauer Juden bereits am Vorabend der nationalsozialistischen »Machtergreifung« viel weiter fortgeschritten, als dies in der Forschung bislang angenommen worden ist, auch wenn insgesamt die Unterlagen zur vorangegangenen ökonomischen Verflechtung jüdischer und

95 Angelika Kipp, *Jüdische Arbeits- und Berufsfürsorge in Deutschland 1900-1933*, Berlin 1999.

96 Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland*, S. 141.

97 Direktor Glaser, *Gründung der Arbeitsnachweis-Gemeinschaft*, in: *Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt* 3 (1926), Nr. 1, S. 3.

98 *Ist der jüdische Arbeitsnachweis notwendig?*, in: *Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt* 3 (1926), Nr. 6, S. 80f.

99 *ŽIH*, 105/954, Bl. 272-278, Bl. 272: Protokoll der Vertreterversammlung der Arbeitsnachweismgemeinschaft jüdischer Organisationen Schlesiens am 19.11.1930 (gez. Eugen Samson).

100 Philippsthal, *Die jüdische Bevölkerung Breslaus*, S. 98.

nichtjüdischer Wirtschaftstätigkeit (besonders außerhalb Breslaus) in ohnehin nur geringem Ausmaße vorhanden waren.

Fragt man vor diesem Hintergrund also nach den Handlungsspielräumen und Optionen jüdischer Unternehmer und Gewerbetreibender im Frühjahr 1933, so wird klar, dass ihr Handeln in der sich anschließenden Phase direkter Verfolgung ohne den skizzierten mehrjährigen Vorlauf wirtschaftlichen Niederganges in Breslau, viel stärker aber noch in den kleineren und mittleren Städten Schlesiens, nicht angemessen zu verstehen ist.¹⁰¹ Zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang aber auch die in den letzten Jahren der Weimarer Republik wachsende politische Radikalisierung sowie der massiv zunehmende Antisemitismus, der in Schlesien auch in manifester Gewalt wie Überfällen auf Juden auf der Straße sowie einer Reihe von Friedhofsschändungen zum Ausdruck kam.

Die schlesischen Juden nach 1933:

Grenzen und Möglichkeiten wirtschaftlicher Tätigkeit bis zum Holocaust

Auch nach der nationalsozialistischen »Machtergreifung« waren das deutsche Selbstverständnis und die Identität der schlesischen (und der reichsdeutschen) Juden zunächst nicht grundsätzlich beeinträchtigt, wurden doch die Nationalsozialisten und Deutschland sorgsam voneinander getrennt, auch wenn diese Differenzierung in den folgenden Monaten und Jahren immer schwerer fiel. Viele richteten ihre Hoffnungen darauf, dass der Nationalsozialismus sich nicht an der Macht würde halten können und nur eine vorübergehende Episode sein würde, und handelten ähnlich wie der Breslauer Lehrer und Historiker Willy Cohn »nach der Philosophie des ›Als ob‹«, das heißt so taten, »als ob das alles nicht vorhanden wäre«.¹⁰²

101 Siehe Esra Bennathan, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, 2. rev. u. erw. Aufl., Tübingen 1966, S. 87-134; Uziel O. Schmelz, Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 8 (1982), S. 31-72; zeitgenössisch Alfred Marcus, Die wirtschaftliche Krise des deutschen Juden. Eine soziologische Untersuchung, Berlin 1931; Jakob Lestschinsky, Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums. Aufstieg, Wandel, Krise, Ausblick, Berlin 1932; Herbert Kahn, Umfang und Bedeutung der jüdischen Einzelhandelsbetriebe innerhalb des gesamten deutschen Einzelhandels. Hauptergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung, Berlin 1934 (vervielfältigt); ders. (unter Mitwirkung von W. Ansbach), Die jüdischen Handwerker in Deutschland. Eine Untersuchung auf Grund statistischer Unterlagen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Berlin 1936 (vervielfältigt).

102 Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941, 2 Bde., hrsg. v. Norbert Conrads, Köln/Weimar/Wien 2006, ²2007, Bd. 1, S. 14 (27.2.1933).

»Der Großteil der Breslauer Juden versuchte sich einzubilden, dass nach wie vor fast alles seinen beinahe gewohnten Gang ging, zwar mit Einschränkungen hier und da, zugegeben, doch fast immer noch solchen, die sich ertragen ließen. Abgesehen von einigen Schwarzsehern, die man am liebsten schnitt, beherzigte man jetzt beinahe allgemein den erst kürzlich geäußerten Ratschlag Dr. Vogelsteins, des lebensklugen Rabbiners der liberalen Gemeinde: »Machen wir uns nichts vor! Wollen wir Juden in Deutschland existenzfähig bleiben, müssen wir uns für die zunehmend rüde Zeit 'ne Elefantenhaut zulegen können!«¹⁰³

In der Rückschau stellte sich den Überlebenden die Frage, wie es zusammen passte, dass die jüdische Assimilation und Integration in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg weiter entwickelt war als in den meisten anderen europäischen Staaten,¹⁰⁴ während es nur wenige Jahre später dasselbe Land war, das eben diese Integration nicht nur rückgängig machte, sondern anschließend sogar zur systematischen Ermordung der Juden schritt. Stellte 1933 tatsächlich die zentrale Zensur dar, und welche Relevanz hatte die bereits vor 1933 einsetzende Desintegration? Die deutsch-jüdische Koexistenz, die Gershom Scholem einige Jahrzehnte später als eine »unfaßbare Illusion von einem ›im Kern unzerstörbaren deutsch-jüdischen Gespräch‹« bezeichnete,¹⁰⁵ hatte Chefredakteur Robert Weltsch auf den Spalten der *Jüdischen Rundschau* schon kurz nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten und wenige Tage vor dem Aprilboykott 1933 als »Einbildung« gekennzeichnet, bei der die deutschen Juden in »einer völlig fiktiven und wirklichkeitsfremden Welt« lebten.¹⁰⁶ Dennoch gilt hervorzuheben, dass es insbesondere jüdische Unternehmer waren, die jüdisches Leben in Schlesien auch in den Jahren nach 1933 wesentlich gestalteten, ja finanziell überhaupt erst möglich machten.

103 Wolfgang Hadda, Knapp davongekommen. Von Breslau nach Schanghai und San Francisco. Jüdische Schicksale 1920-1947, hrsg. v. Erhard Roy Wiehn, Konstanz 1997, S. 44f.

104 Walter Laqueur, Heimkehr. Reisen in die Vergangenheit. Begegnungen mit Schlesien und dem Utopia der Jugendzeit, Berlin 1964, S. 25.

105 Gershom Scholem, Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Gespräch, in: ders., *Judaica* 2, Frankfurt a. M. 1982, S. 7-11 (Erstdruck in: Auf gespaltenem Pfad. Zum neunzigsten Geburtstag von Margarete Susman, hrsg. v. Manfred Schlösser, Darmstadt 1964, S. 229-232); siehe ders., Noch einmal: das deutsch-jüdische ›Gespräch‹, in: ders., *Judaica* 2, S. 12-19.

106 Robert Weltsch, Deutsche Juden und Palästina, in: *Jüdische Rundschau* v. 28.3.1933, zit. nach ders., Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck. Eine Aufsatzreihe der »Jüdischen Rundschau« zur Lage der deutschen Juden, Nördlingen 1988, S. 39-43, hier S. 39. Zur Wirkung der von Weltsch publizierten Aufsatzreihe siehe Kurt Jakob Ball-Kaduri, Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbericht, Frankfurt a. M. 1963, S. 91f.

Diskriminierung und Ausgrenzung der Juden in Schlesien

Historiker haben zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die Verfolgungsgeschichte in den einzelnen Städten sehr deutlich von dem allgemeinen Bild auf Reichsebene unterscheiden konnte.¹⁰⁷ Ähnliches gilt auch für Breslau und Niederschlesien festzuhalten. Für eine Regionalanalyse reicht es daher auch nicht aus, sich die diskriminierenden Verordnungen anzusehen, die im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurden, um die Spezifika des Verfolgungsdruckes der jeweiligen jüdischen Gemeinschaft herauszuarbeiten.¹⁰⁸

Die »Machtergreifung« der Nationalsozialisten bedeutete auch in Schlesien einen tiefen Einschnitt, in erheblichem Maße auch für das jüdische Erwerbsleben und Unternehmertum.¹⁰⁹ Die Juden waren von Anfang an einem erheblichen Gewaltpotenzial ausgesetzt, für das neben dem Boykott von Läden und Firmen jüdischer Eigentümer am 1. April 1933 zahlreiche andere Aktionen der Nazis standen, auf die die jüdische Gemeinschaft in irgendeiner geeignet erscheinenden Weise reagieren musste.

Abschließende Klarheit darüber, dass sie keine Zukunft in Deutschland haben würden, hätten auch die schlesischen Juden spätestens mit dem Aprilboykott erhalten können.¹¹⁰ Eine solche These ist aber wohl nur eine anachronistische Projektion des Historikers. Weil nämlich der Boykott nur einen Tag lang dauerte, glätteten sich die Wogen der Bestürzung und Entrüstung recht bald. Auch dem Sturm der SA auf die Breslauer Börse folgte bald wieder ein vermeintlich »normaler« Betrieb auch mit jüdischen Händlern.¹¹¹ Werner Ansorge (Jahrgang 1920), dessen Vater in Breslau einen kleinen Kolonialwarenhandel (Fa. Salo Redlich) betrieb, konnte sich später an den Boykott insbesondere deshalb gut erinnern, weil er kurz darauf als 13-Jähriger seine Bar Mitzwa in der Breslauer Neuen Synagoge feierte.¹¹² Und dennoch stellen Ansorges Erinnerungen ein seltenes Zeugnis dar, dass ein jüdischer Unternehmer schon 1933 die Schrift an der

107 Wolf Gruner, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933-1945, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995, S. 229-266, hier S. 229.

108 Für Breslau siehe grundlegend Abraham Ascher, Community under Siege. The Jews of Breslau under Nazism, Stanford, Cal. 2007.

109 Günter Plum, Wirtschaft und Erwerbsleben, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 31993, S. 268-313.

110 Arno Herzig, Die NS-Zeit in Breslau im Spiegel der jüdischen Memorialliteratur, in: Mark H. Gelber/Jakob Hessing/Robert Jütte (Hrsg.), Integration und Ausgrenzung, Berlin/New York 2009, S. 269-282.

111 Archiwum Akt Nowych w Warszawie (AAN), Ambasada RP w Berlinie, Nr. 716, Bl. 36: Bieżące sprawozdania gospodarze Konsulatu RP we Wrocławiu (gez. Konsul Stefan Bratkowski) z dnia 18 marca 1933 r.: Wznowienie czynności na giełdzie wrocławskiej po sobotnich ekscesach.

112 Werner Ansorge, Meine ersten achtzig Jahre. Von Breslau nach Israel, hrsg. v. Roland Müller, Würzburg 2011, S. 19.

Wand erkannte, seinen Betrieb veräußerte und Deutschland mit seiner Familie so rasch wie möglich verließ.¹¹³

Gleichwohl war die jüdische Wirtschaftstätigkeit zunächst nur in begrenztem Umfang betroffen; diese Phase dauerte mit Einschränkungen sogar bis 1937. »In diesem Zeitraum gab es noch deutliche Bestrebungen, die Wirtschaft möglichst störungsfrei zu halten, die sich im Sinne eines gewissen Schutzes für die jüdische Geschäftstätigkeit auswirkten.«¹¹⁴ Diesem Befund ist für die Verordnungen und Gesetze auf Reichsebene zwar zuzustimmen, doch muss er ergänzt und präzisiert werden einerseits durch die jeweilige besondere Situation auf Landes- und Regionalebene und andererseits durch das allgemeine antisemitische Klima insbesondere ab 1933, das jenseits der unmittelbar in die Wirtschaft eingreifenden Bestimmungen und Maßnahmen dafür sorgte, dass sich auch die jüdischen Unternehmer von Beginn der NS-Herrschaft an – und wie gezeigt worden ist, auch schon in den Jahren davor – unter erheblichem Druck befanden.

In den schlesischen Kleinstädten und Dörfern stellte sich die Situation jüdischer Geschäftsinhaber nach dem Aprilboykott noch sehr viel schwieriger dar als in Breslau selbst. Auf dem Lande, wo jeder jeden kannte und in der Regel auch jeder eine Vorstellung davon hatte, welcher Unternehmer und Gewerbetreibende Jude war oder nicht, fiel es den Ortsgruppen der NSDAP bzw. den SA-Stürmen sehr viel leichter, den Boykott auch über den 1. April 1933 hinaus durchzusetzen und die »arische« Kundschaft davon abzuhalten, weiterhin in Geschäften jüdischer Inhaber einzukaufen. Zudem konnten die jüdischen Gewerbetreibenden in Kleinstädten einen solchen Ausfall der Kundschaft sehr viel weniger kompensieren als in Großstädten wie Breslau. Hinzu kamen die vielen diskriminierenden und einschüchternden Maßnahmen der Nationalsozialisten, sodass es sehr rasch zu Abwanderungen jüdischer Familien aus den Kleinstädten, vor allem nach Breslau, zum Teil nach Berlin und nicht zuletzt nach Eretz Israel kam: das jüdische Leben in den niederschlesischen Landgemeinden verkümmerte zusehends.¹¹⁵

Informationen über Betriebe und Unternehmen jüdischer Eigentümer müssen von den Nationalsozialisten in Schlesien bereits lange vor 1933 gesammelt worden sein und wurden in den darauffolgenden Monaten und Jahren allenfalls systematisiert. Als beispielhaft hierfür können die von der Gauleitung Schlesien publizierten zwei Verzeichnisse »jüdischer Geschäfte in Breslau« gelten, wobei sich in den Archivunterlagen noch eine Reihe ähnlicher Listen finden lässt. Die beiden Verzeichnisse erfassen in einer branchenmäßigen Ordnung ca. 1300 jüdische Handelsbetriebe. Ablesen lässt sich an diesen Listen auch, welche zentrale Rolle die bereits genannte Textil- und Konfektionsindustrie in den 1930er-

113 Als eine weitere, wenn auch später (1936) erfolgte Emigrationsgeschichte siehe Moritz Neumann, *Im Zweifel nach Deutschland. Geschichte einer Flucht und Rückkehr*, Springe 2005.

114 Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg*, Frankfurt a. M. 1996, S. 200.

115 Siehe Cohn, *Kein Recht*, Bd. I, S. 69 (17.8.1933), 83 (27.9.1933), 121 (10.1.1934).

Jahren in Niederschlesien noch immer spielte. In einem Verzeichnis der 33 »bekanntesten jüdischen Firmen in Breslau« sind allein 19 der Textil- und Bekleidungsbranche zuzuordnen.¹¹⁶

Insgesamt lässt sich zum Zeitpunkt der »Machtergreifung« allein für Breslau eine Zahl von ca. 2500 jüdischen Unternehmen annehmen, wobei für die 1930er-Jahre insgesamt ein sukzessiver Wechsel von Selbstständigkeit in die abhängige Arbeit angenommen werden muss. Die Zahl der Selbstständigen an der jüdischen Bevölkerung war entsprechend der allgemeinen Tendenz im Deutschen Reich auch in Breslau überproportional hoch. Die meisten von ihnen, 1925 knapp 2400 Personen (von 10 519 jüdischen Erwerbstätigen), waren im »Waren- und Produkthandel« tätig, daneben weitere fast 400 Selbstständige in der »Schneiderei und Kleiderherstellung«.¹¹⁷ Auch

Teilverzeichnis der jüdischen Geschäfte in Breslau, 1936

die jüdischen Angestellten waren überwiegend im Handel (1844 Personen) sowie in der Textilindustrie (317) tätig gewesen. »In der öffentlichen Verwaltung wirkten 34 Juden in höheren Stellen und 74 als Angestellte oder mittlere Beamte.«¹¹⁸

Da es sich bei dem »Waren- und Produkthandel« überwiegend um kleinere oder Kleinstbetriebe handelte, wirkten sich die Boykottmaßnahmen und insgesamt sich verschlechternden Rahmenbedingungen in diesem Sektor besonders stark aus. Andererseits waren es gerade die selbstständigen jüdischen Unternehmer, die sich mit der Emigration schwer taten. Demgegenüber dürften es vor allem Frauen gewesen sein, die wegen ihrer geringeren Berufstätigkeit eher eine Emigration befürworteten (so auch bei Willy Cohn), wohingegen jüdische Männer im Berufsleben dazu tendierten, ihre erreichte Position, das soziale Ansehen sowie die ökonomische Situation um beinahe jeden Preis zu verteidigen.¹¹⁹

116 Jüdische Geschäfte in Breslau. Teilverzeichnis I, Breslau 1936, unpag. Liste zwischen den Seiten 15/16. Siehe Ramona Bräu, »Arisierung« in Breslau: Die »Entjudung« einer deutschen Großstadt und deren Entdeckung im polnischen Erinnerungsdiskurs, Saarbrücken 2008, S. 39 f.

117 Philippsthal, Die jüdische Bevölkerung Breslaus, S. 98.

118 Ebd.

119 Marion Kaplan, Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien im Nationalsozialismus, Berlin 2001; siehe Claus Füllberg-Stolberg, Sozialer Tod – Bürgerlicher Tod – Finanztod. Finanzverwaltung und Judenverfolgung im Nationalsozialismus, in:

»Die Jungen, die noch keine Existenz, kein Geschäft oder Praxis aufzugeben haben, die unverheiratet und kinderlos sind, haben es leichter.«¹²⁰

In jenen Jahren müssen die genannten »Proskriptionslisten«, die auf einen Boykott der jüdischen Unternehmer und Gewerbetreibenden abzielten, massenhaft verbreitet gewesen sein,¹²¹ und doch würde es zu kurz greifen, wollte man den Listen tatsächlich eine besonders effektive Wirkung unterstellen, zumal die Nationalsozialisten möglichst lange versuchten, legalistisch vorzugehen, gerade auch in Bezug auf die Juden nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. In Breslau lebten 1933 ca. 3000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit.¹²²

Insgesamt dürften die Handwerker die geringsten Möglichkeiten gehabt haben, sich den Herausforderungen des antisemitischen Boykotts und erst recht der nationalsozialistischen Repressionen erfolgreich zu stellen. Sie setzten daher – wie bereits lange vor 1933 – stark auf Werbung und Appelle an die jüdische Öffentlichkeit und fanden dabei die Unterstützung seitens der Synagogengemeinde, aber auch der Presse wie des Gemeindeblattes und der *Jüdischen Zeitung für Ostdeutschland*.

Auch wenn die jüdische Bevölkerung in Breslau zwischen 1925 und 1933 um über zehn Prozent abnahm, so lässt sich für das Jahr 1933 keine demografische Zäsur feststellen, wie man sie für die Zeit der nationalsozialistischen »Machtergreifung« hätte erwarten können. Dies ist nur zum Teil auf die kompensatorisch wirksame Zuwanderung aus kleineren Städten der Umgebung – Brieg,

Verzeichnis der bekanntesten jüdischen Firmen in Breslau, 1936

Katharina Stengel (Hrsg.), Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 31-58, hier S. 39 f.

120 Ball-Kaduri, Leben der Juden in Deutschland, S. 60 f.

121 AAN, Ambasada RP w Berlinie, Nr. 872, Bl. 60-62: Konsulat RP w Wrocławiu (gez. Konsul Michał Czudowski) do Ambasady RP w Berlinie z dnia 5 października 1937 roku w sprawie: stosunki żydowsko-niemieckie na Śląsku Dolnym: »Am gefährlichsten sind für die Juden die massenhaft verbreiteten Listen mit Adressen jüdischer Läden und Firmen.«

122 Siehe Ingo Loose, Das Schicksal polnischer Juden in Breslau und Niederschlesien nach 1933, in: Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer in Israel 82 (2007), S. 10 f., 19.

Liegnitz, Glogau, Beuthen, Schweidnitz u. a. – zurückzuführen,¹²³ zum anderen aber auf die unter dem Reichsdurchschnitt liegende Emigration schlesischer Juden. 1937 lebten noch immer 16 665 Juden (2,7%), das heißt Mitglieder der Synagogengemeinde, in der Stadt; 1939 waren es immerhin noch 10 309 Juden.¹²⁴ Eine Momentaufnahme für 1936 verzeichnete 392 Wegzüge (169 im Inland, 146 ins Ausland, 77 ohne Angabe), 62 Zuzüge, zumeist aus Schlesien. »Charakteristisch waren ferner die zunehmende Vergreisung der jüdischen Bevölkerung, die große Zahl der Ledigen (ein Drittel) und der hohe Anteil der weiblichen Hausangestellten (20 Prozent) an den Berufstätigen.«¹²⁵

Zwar war Breslau für damalige Verhältnisse eine Großstadt, aber letztlich doch nicht groß genug, um für die jüdische Bevölkerung eine Anonymität wie etwa in Berlin zu bieten, die es dem Einzelnen ermöglicht hätte, Diskriminierungen im Alltag aus dem Wege zu gehen. Wie sich Werner Ansoerge erinnert, war in der Nachbarschaft bekannt, wer Jude, Katholik oder Evangelischer war.¹²⁶ Immerhin jedoch war die drittgrößte jüdische Gemeinde groß genug, um jüdischen Unternehmern und Ladenbesitzern die Möglichkeit zu bieten, das Fernbleiben nichtjüdischer Kunden – sei es aus Überzeugung, sei es aus mangelnder Zivilcourage oder Furcht – wenigstens zum Teil und auch nur in einigen Branchen durch eine verstärkte Ausrichtung auf die jüdischen Breslauer zu kompensieren.

Gesondert zu erwähnen ist schließlich die bereits genannte Gruppe der schätzungsweise 3000 staatenlosen Juden bzw. solcher mit polnischer Staatsangehörigkeit.¹²⁷ Sie hatten den bilateralen Handelsbeziehungen mit Polen in der Weimarer Republik ihren Stempel aufgedrückt, auch wenn es speziell zu ihnen bislang noch keine Forschung gibt. Um die Wahrnehmung ihrer Belange vor und auch nach 1933 kümmerten sich das polnische Konsulat in Breslau sowie der Reichsverband polnischer Juden (Ortsgruppe Breslau).¹²⁸

123 Um die Kleingemeinden. Hauptversammlung des Verbandes der Synagogen-Gemeinden der Provinz Niederschlesien, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 11 (1934), Nr. 19, S. 1; Um die jüdischen Mittel- und Kleingemeinden. Hauptversammlung des Verbandes der Synagogen-Gemeinden der Provinz Niederschlesien, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 12 (1935), Nr. 12, S. 2 f.

124 Walk, »Jüdische Zeitung für Ostdeutschland«, S. 119.

125 Jüdische Zeitung für Ostdeutschland v. 19.2.1937, zit. nach Walk, »Jüdische Zeitung für Ostdeutschland«, S. 128.

126 Ansoerge, Meine ersten achtzig Jahre, S. 24.

127 Siehe Karol Jonca, *Polityka narodowościowa Trzeciej Rzeszy na Śląsku Opolskim 1933-1940*, Katowice 1970; Henryk Chałupczak, *II Rzeczpospolita a mniejszość polska w Niemczech*, Poznań 1992.

128 Yfaat Weiss, *Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933-1940*, München 2000; dies., *Polish and German Jews between Hitler's Rise to Power and the Outbreak of the Second World War*, in: *Leo Baeck Institute Year Book 44* (1999), S. 205-223; Przemysław Burchard, *Pamiętki i zabytki kultury żydowskiej w Polsce*, Warszawa 1990, S. 186. Aufschluss hierüber geben beispielsweise die Akten der polnischen Botschaft in Berlin

Allerdings wurde die Unterscheidung von deutschen Juden und jüdischen Ausländern mit der Verkündung der Nürnberger Gesetze 1935 weitgehend bedeutungslos; allein der ausländische Pass half nichtdeutschen Juden noch eine Zeitlang, sich mithilfe konsularischer Interventionen ein wenig länger über Wasser zu halten, aber auch dies fand spätestens mit dem Novemberpogrom ein jähes Ende.¹²⁹

Jüdische Abwehrstrategien

Die Geschichte der deutschen Juden nach Hitlers »Machtergreifung« ist durchaus nicht nur eine von Opfern. Der Fokus auf die nationalsozialistische Judenvernichtung zwischen 1941 und 1945 lässt häufig außer Acht, dass Juden während der 1930er-Jahre keineswegs nur die Objekte diskriminierender Gesetze und perfiden Terrors waren; vielmehr zeigte die jüdische Gemeinschaft in Deutschland im kulturellen, aber auch und gerade im wirtschaftlichen Bereich Widerstand, versuchte im Rahmen des Möglichen den Verfolgungsmaßnahmen zu entgehen bzw. diese abzumildern, kurz: Juden waren auch Akteure, deren Handlungsstrategien als Einzelpersonen und im Rahmen der Gemeinden für eine bestimmte Zeit einen beachtlichen Erfolg zeitigten.

Angesichts des ideologischen und faktischen Machtmonopols und der frühen Absichtserklärungen der NS-Führung, die teilweise deutlich vor 1933 zu datieren sind, überrascht und beeindruckt die Hartnäckigkeit, mit der viele jüdische Unternehmer ihre Existenz – wenn auch unter zunehmend schwierigeren Bedingungen – bis 1937 und teils weit in das Jahr 1938 hinein aufrechterhalten konnten. Das allein schon ist ein bemerkenswerter Befund, der allerdings auch seine tragische Seite hat: Wären die Verteidigungs- und Ausweichstrategien jüdischer Gewerbetreibender und Unternehmer weniger erfolgreich gewesen, als sie es waren, dann wäre mit einiger Sicherheit auch die Zahl der Ausreisewilligen – buchstäblich »um jeden Preis« – größer gewesen.

Trotz der ungleich dramatischeren Bedingungen, unter denen auch die schlesischen Juden nach dem 30. Januar 1933 lebten, erwiesen sich die bereits genannten jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen auch nach der »Machtergreifung« zunächst als wirksame Mittel, auch wenn der Anlass ihrer Tätigkeit ungleich

sowie des Konsulats in Oppeln: AAN – Ambasada RP w Berlinie/Konsulat RP w Opolu; Czesław Łuczak (Hrsg.), *Grabież polskiego mienia na Ziemach Zachodnich Rzeczypospolitej »wcielonych« do Rzeszy 1939-1945*. Wydawnictwo źródłowe, Poznań 1969, S. 255-264.

129 Wolfgang Wippermann, Probleme und Aufgaben der Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen, Polen und Juden, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), *Deutsche – Juden – Polen. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*, Berlin 1987, S. 1-47, hier S. 29 f.

weitreichender und riskanter war als zuvor in der Weimarer Republik.¹³⁰ So konnte der »Arbeitsnachweis« zwischen 1933 und 1936 monatlich zwischen 50 und 100 Personen vermitteln, wobei das Gros der Stellen auf männliche, später zunehmend auf weibliche kaufmännische Angestellte und Hausangestellte (inkl. Sprechstundenhilfen, Krankenpflegerinnen u. a.) entfiel.¹³¹ Vor allem die Nürnberger Gesetze, in deren Folge viele Juden ihre »arischen« Hausangestellten entlassen mussten, erleichterte hier vorübergehend die Unterbringung weiblicher Stellensuchender. Anfang 1937 waren nicht weniger als zwanzig Prozent aller berufstätigen Breslauer Juden als Hausangestellte tätig.¹³² Erschwerend kam auch die allgemeine Arbeitslosigkeit in Schlesien hinzu; 1936 machte sie in Breslau mit über 10 Prozent noch immer die reichsweit höchste Quote aus,¹³³ sodass Eigeninitiativen schon von daher recht enge Grenzen gesetzt waren.

Die Beratungsstelle der Synagogengemeinde Breslau und die Abteilung Berufsausbildung und Berufsumschichtung der Reichsvereinigung unterstützten im Jahre 1937 monatlich weit über 150 Menschen in Breslau, die sich von dem Erlernen eines neuen Berufes größere Chancen bei der Auswanderung, aber auch (noch) in Deutschland selbst erhofften.¹³⁴ Auch wenn dies angesichts von ca. 17 000 Mitgliedern der Breslauer Synagogengemeinde auf den ersten Blick eine geringe Zahl zu sein scheint, so waren doch die Kriterien, die Bedürftige erfüllen mussten, um eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, mittlerweile sehr restriktiv (und die Unterstützungsbeträge gering), sodass die Zahl der tatsächlich Not leidenden Breslauer Juden sicherlich um ein Vielfaches höher war.

Hierbei handelte es sich in erster Linie um Aktivitäten der Gemeinden selbst. Es ist daher unverständlich, wenn in der Literatur die Behauptung aufgestellt wurde, »weniger als die Hälfte der sehr stark assimilierten Juden Breslaus praktizierten noch ihre frühere Religion« und dass die meisten »sich nicht einmal mehr als Juden« ansahen.¹³⁵ Wie aus den Mitgliederzahlen jedoch hervorgeht,

130 Siehe allgemein Clemens Vollnhals, *Jüdische Selbsthilfe bis 1938*, in: Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945*, S. 314-411.

131 *ŽIH*, 105/954, passim: Monatliche Statistiken des Arbeitsnachweises jüdischer Organisationen Schlesiens.

132 *Jüdische Zeitung für Ostdeutschland*, 19.2.1937. Der jüdische »Arbeitsnachweis« wurde am 1. Januar 1937 von den Arbeitsämtern eingestellt. Da die Arbeitsämter, in deren Aufgabenfeld die Vermittlung jüdischer Stellensuchender nun wieder fiel, an einer solchen Vermittlung so gut wie kein Interesse hatten, war es der Eigeninitiative jedes Einzelnen überlassen, sich um eine Arbeit zu bemühen. Siehe *ŽIH*, 105/954, Bl. 13-17: Reichsvertretung der Juden in Deutschland – Rundschreiben Nr. 54 v. 11.2.1937 betr. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung von Juden; Walk, »*Jüdische Zeitung für Ostdeutschland*«, S. 125.

133 Davies/Moorhouse, *Die Blume Europas*, S. 429.

134 *ŽIH*, 105/119, Bl. 18-27: Beratungsstelle der Synagogengemeinde Breslau an die Reichsvertretung der Juden in Deutschland – Berufsausbildung und Berufsumschichtung –, Berlin, v. 17.1.1938 betr. Abrechnung Dezember 1937.

135 Davies/Moorhouse, *Die Blume Europas*, S. 449.

waren es die Gemeinden und die Synagogen, an die sich die bedrückte jüdische Bevölkerung in den 1930er-Jahren zahlreich wandte.¹³⁶

Wenn Justizrat Arthur Kochmann von der Gemeinde in Gleiwitz 1935 davon sprach, die Juden müssten »endlich zu der Erkenntnis kommen, dass wir ja alle eine grosse Familie bilden und dass es unsere Pflicht ist, jedem Gliede der Familie unsere Hilfe zuteil werden zu lassen«,¹³⁷ dann bezog sich das einerseits explizit auch auf Gewerbetreibende und deutet andererseits einen gänzlich neuen Aspekt an, nämlich den eines sich entwickelnden, später dann mehr oder minder abgeschlossenen jüdischen Wirtschaftssektors bzw. allgemeiner gesprochen: jüdischer Abwehrstrategien, die man in der vorliegenden Literatur zu den »Arisierungen« nach wie vor vergeblich sucht.¹³⁸

Die von Diskriminierung, Terror und Verfolgung betroffenen jüdischen Handwerker, Kaufleute, Unternehmer bzw. Anteilseigner (z. B. Aktionäre) besaßen im Prinzip zwei Optionen: 1.) die Liquidation, das heißt die Auflösung ihres Besitzes bzw. Verflüssigung des Kapitals und 2.) den Verkauf des Geschäftes, des Unternehmens oder der Aktien. Welchen Weg der jüdische Unternehmer einschlug, hing ganz wesentlich von seiner persönlichen Situation ab, aber auch von der Geschäftssparte, in der er tätig war, von dem *standing*, das er besaß, und nicht zuletzt davon, wie er die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nach 1933 einschätzte. Neben die politische Zwangslage trat jedoch die anhaltende Stagnation der für Breslau besonders wichtigen Textilindustrie, was für Juden die Möglichkeit zu wirtschaften nur weiter einengte. Wenngleich à la longue also die eine oder andere Variante zwingend eintrat, so entwickelten jüdische Unternehmer doch eine Reihe von Strategien, um die Liquidation oder den Verkauf zu verhindern bzw. zu verzögern oder doch in für sie mehr oder minder akzeptable Bahnen zu lenken. Jüdische Unternehmer konnten einerseits versuchen, durch Änderungen der Rechtsform, Beteiligungsverhältnisse oder auch des Leitungspersonals das Etikett bzw. Stigma einer »jüdischen Firma« loszuwerden. Eine zweite wichtige Option bestand andererseits darin, das Geschäftsprofil anzupassen, indem man die Handelspartner, Produktpalette oder auch die Ausrichtung auf eine bestimmte Kundenklientel veränderte, das heißt also sich von solchen Kontakten fernzuhalten versuchte, bei denen eine

136 Zu den Mitgliederzahlen der Synagogengemeinde siehe Der Haushalt der Synagogen-Gemeinde. Sitzungen der Gemeindevertretung vom 7. und 12. April, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 15 (1938), Nr. 8, S. 1 f.

137 ŽIH, 112/7, Bl. 179-184, Bl. 180, 184: Jahresbericht der Wirtschaftshilfe der Synagogengemeinde Gleiwitz für die Zeit v. 1. Mai 1934-30. April 1935, gez. Justizrat Arthur Kochmann (Hervorh. i. Orig.). Zu Kochmann siehe Lowenthal (Hrsg.), Bewährung im Untergang, S. 102.

138 Siehe Ingo Loose/Christoph Kreutzmüller/Benno Nietzel, Nazi Persecution and Strategies for Survival. Jewish Businesses in Berlin, Frankfurt a.M., and Breslau, 1933-1942, in: Yad Vashem Studies 39 (2011) 1, S. 31-70; Benno Nietzel, Handeln und Überleben. Jüdische Unternehmer aus Frankfurt am Main 1924-1964, Göttingen 2012; Christoph Kreutzmüller, Ausverkauf. Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930-1945, Berlin 2012.

Konformität mit dem politischen System des Nationalsozialismus zu erwarten bzw. zu befürchten stand.¹³⁹ Allerdings konnte auch versucht werden, sich durch Regierungsaufträge unentbehrlich zu machen. So beschrieb beispielsweise Hans Stargardter (geb. 1927) rückblickend ein Gespräch aus seinem Breslauer Elternhaus: »Ich erinnere mich, dass mein Vater sagte: ›Sie werden uns nichts tun. Die Regierung macht Geschäfte mit uns.‹ Die Ziegeleien verkauften der deutschen Luftwaffe Ziegelsteine zum Bau unterirdischer Flugzeughallen. Sie würden uns nichts tun. Das war die Einstellung. Und natürlich kamen die Leute, die am längsten warteten, niemals raus [...].«¹⁴⁰

Diese beiden Anpassungsoptionen liefen in der Praxis oftmals auf die Wahl zweier unterschiedlicher Geschäftsstrategien hinaus, und zwar entweder a) die bestmögliche Tarnung oder b) das offene Bekenntnis und zugleich ein offensives Werben um eine jüdische Kundschaft. Hierbei konnte natürlich in dem Fall, dass die Tarnungsstrategie sich als gescheitert erwies, zur zweiten Strategie übergegangen werden – und durch die erwähnten Listen, Denunziationen, Erwähnung in der NS-Presse wie dem *Stürmer* war dies in der Regel auch nur eine Frage der Zeit.

Auf der Kapitalseite kam es zur Gründung einer Reihe von Hilfskassen, Darlehensvereinen und jüdischen Genossenschaftsbanken, um jüdischen Unternehmern insbesondere des Mittelstandes die Hilfe zu gewährleisten, derer sie sich seitens des nichtjüdischen Kreditsektors nicht mehr sicher sein konnten. Was sich in Ostmitteleuropa schon vor dem Ersten Weltkrieg herausgebildet hatte, nämlich ein ethnisch diversifiziertes Kreditssystem,¹⁴¹ begann sich nun auch in Deutschland zu entfalten. Neben den zahlreichen *Chewrot Gemilut Chassadim* der Gemeinden beispielsweise der Provinz Posen dienten gerade die jüdischen Genossenschaftsbanken in Polen hierfür als Vorbild.¹⁴² Vor allem die im Februar 1933 gegründete jüdische Genossenschaftsbank »Iwria« erhielt eine rasch wachsende Bedeutung.¹⁴³

139 Ludolf Herbst, Banker in einem prekären Geschäft. Die Beteiligung der Commerzbank an der Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit im Altreich (1933-1940), in: ders./Thomas Weihe (Hrsg.), Die Commerzbank und die Juden 1933-1945, München 2004, S. 74-137, hier S. 75 f.

140 Zit. nach Davies/Moorhouse, Die Blume Europas, S. 458.

141 Siehe Rudolf Jaworski, Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871-1914), Göttingen 1986, S. 112 f.

142 Abraham Prowalski, Spółdzielczość żydowska w Polsce odrodzonej, in: Ignacy Schiper/Arjeh Tartakower/Aleksander Hafftko (Hrsg.), Żydzi w Polsce odrodzonej. Działalność społeczna, gospodarcza, oświatowa i kulturalna, T. 2, Warszawa 1933, S. 590-617.

143 Die jüdische Genossenschaftsbank gegründet!, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 10 (1933), Nr. 2, S. 5; Die »Volksbank Wratislawia eGmbH« änderte später die Firma in »Genossenschaftsbank »Iwria« eGmbH in Breslau«; siehe Georg Kareski, Jüdische Genossenschaftsbanken, in: Jüdische Zeitung für Ostdeutschland (Jüdische Volkszeitung) [Breslau] 42 (9.8.1935), Nr. 30; Walter Lux, Jüdische Genossenschaftsbanken, in:

und in der zweiten Hälfte 1934 waren reichsweit immerhin 45 jüdische Darlehenskassen tätig.¹⁴⁴

Aus dem Aspekt der frühen Desintegration bereits deutlich vor 1933 resultiert die Frage nach der unfreiwilligen inneren Autarkie der jüdischen Gemeinschaft nach der »Machtergreifung«. Einen Anhaltspunkt hierfür bieten erneut die bereits genannten vielfältigen Listen und Verzeichnisse, die über jüdische Gewerbebetriebe im Umlauf waren und die, sofern sie jüdischer Provenienz waren, »positive Listen« genannt werden können. Zumindest für Breslau verhält es sich nämlich so, dass sowohl Juden als auch die Nationalsozialisten Listen veröffentlichten, die im Kern mehr oder minder identisch waren, wenn auch eine diametral entgegengesetzte Absicht verfolgten: Dort hieß es »Kauft bei Juden«, hier »Kauft *nicht* bei Juden«. Schon von daher hielt sich die Kreativität nationalsozialistischer>Listenerstellung in vergleichsweise engen Grenzen. Das Personal des Gauwirtschaftsberaters brauchte einfach nur den Reklameteil sowie den sog. »Bezugsquellen-Nachweis« aus dem Gemeindeblatt abzuschreiben – wie erwähnt finden sich in ihm Listen jüdischer Firmen (»Wo Juden erwünscht sind«) bereits lange vor der »Machtergreifung«. In unmittelbarer Reaktion auf den Aprilboykott der Nationalsozialisten hatte das Breslauer Gemeindeblatt darüber informiert, dass in seinem Anzeigenteil »jeder jüdische Gewerbetreibende die Gelegenheit« habe, »sich für sehr wenig Geld seinen Glaubensgenossen zu empfehlen«¹⁴⁵. Darüber hinaus rief die Breslauer Synagogengemeinde in einem Neunpunkteprogramm zu Zurückhaltung, Besonnenheit und Hilfsbereitschaft auf und appellierte insbesondere an den nun mehr ganz unabdingbaren Gemeinnsinn der Gemeindeglieder.¹⁴⁶

Nach 1933 häuften sich zudem Gewerbelisten als Beilagen zum Gemeindeblatt: Handwerker, Einzelhandelsgeschäfte, Ärzte u. a.¹⁴⁷ Man mag darüber spekulieren, ob die jüdischen oder die nationalsozialistischen Listen »effektiver« waren oder ob diese Verzeichnisse gleichsam als eine Art Findbuch, das heißt Adressliste, für den Novemberpogrom fungierten. In jedem Falle aber hatten beide Listentypen einen separierenden Effekt, ohne dass dabei in Abrede gestellt

Jüdische Zeitung für Ostdeutschland (Jüdische Volkszeitung) [Breslau] 43 (17.4.1936), Nr. 15, S. 5 f.

144 Zwei Jahre jüdische Darlehnskassen, in: Jüdische Zeitung für Ostdeutschland (Jüdische Volkszeitung) [Breslau] 12 (15.1.1935), Nr. 1, S. 2; Ludwig Batzner, Zur Arbeit der jüdischen Darlehnskassen II, in: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik 4 (1934/35), S. 275-280. Siehe Albert Fischer, Jüdische Genossenschaftsbanken im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006) 3, S. 417-432.

145 Tätige Hilfe, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 10 (1933), Nr. 4, S. 2.

146 Notzeit, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 10 (1933), Nr. 4, S. 1 f.

147 Zentralverband jüd. Handwerker Deutschlands e. V., Ortsgruppe Breslau, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 14 (1937), Nr. 1, S. 8; Laut Beschluß der Reichsärztekammer für Schlesien sind zur ärztlichen Behandlung nur für Juden vorläufig zugelassen, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 15 (1938), Nr. 20, S. 12.

werden kann, dass es nach wie vor vielfältige Kontakte zur nichtjüdischen Umwelt bis hin zu unerschrockenen »arischen« Kunden gab.

Besonders aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die zahlreichen Annoncen und Reklamen selbst. Die gewerblichen Anzeigen im Gemeindeblatt geben unübersehbar den Fortgang des Antisemitismus und der NS-Judenverfolgung wieder. Finden sich in den 1920er-Jahren sehr wohl auch zahlreiche Inserate nichtjüdischer Unternehmer und Geschäfte, so wurden die Anzeigen nach 1933 sehr rasch zum Spiegelbild eines mehr und mehr abgeschlossenen, innerjüdischen Wirtschaftssektors, dessen Leistungsangebot sich zunehmend und später notgedrungen am Bedarf und der Zahlungsfähigkeit der jüdischen Gemeinschaft orientierte.

»Arisierungen« jüdischen Eigentums in Schlesien

Die nationalsozialistische Bedrückungspolitik führte auch in Schlesien trotz vielfältiger Gegenwehr zu einer starken Schrumpfung der Berufsmöglichkeiten für Juden und in der Folge zur allgemeinen Pauperisierung der jüdischen Gemeinden. Firmen und Ladengeschäfte jüdischer Inhaber boten den nationalsozialistischen Akteuren von SA-Abteilungen bis hin zum Gauwirtschaftsberater dabei sichtbare und deshalb besonders betroffene Ziele. Und so kam es bereits nur wenige Tage nach dem 30. Januar 1933 zu Überfällen auf Läden, zu Lösegelderpressungen jüdischer Unternehmer durch SA und vor allem zu Warenhausschließungen.¹⁴⁸ Es waren auch SA-Truppen, die am 11. März 1933 das Breslauer Gerichtsgebäude stürmten und jüdische Anwälte, Staatsanwälte und Richter gewaltsam aus dem Gebäude vertrieben. Zahlreichen Breslauer jüdischen Ärzten, die in städtischen Krankenhäusern arbeiteten, wurde am 28. März die Kündigung ausgehändigt, sodass der Boykott am 1. April bereits inmitten einer Reihe von antijüdischen Verfolgungsmaßnahmen stand. Vom Boykott und dem damit verbundenen, anhaltenden Druck, dem sich jüdische Gewerbetreibende auch in der Folgezeit ausgesetzt sahen, führt ein direkter Weg zu den sich in der jüdischen Presse häufenden Verkaufsanzeigen für Wohnungen, aber auch für Geschäfte, wenn es sich nicht gar um Hinweise auf Räumungsverkäufe, Geschäftsaufgaben und Liquidationen handelte. Wer mit der Emigration zunächst gezögert hatte, geriet durch die Folgen des Boykotts rasch in Zahlungsnot und konnte die mit einer Auswanderung der eigenen Familie verbundenen Kosten nicht mehr aufbringen, ohne das Vermögen – in späteren Jahren buchstäblich die letzte Habe – zu Schleuderpreisen zu veräußern. Aus der Perspektive der jüdischen Gemeinschaft waren die Konsequenzen der ersten Monate nationalsozialistischer Herrschaft für die jüdischen Arbeitnehmer jedoch mindestens ebenso bedeutsam: Die entlassenen Mediziner, Lehrer und Juristen bildeten nur den Anfang für eine ganze Entlassungswelle.

¹⁴⁸ Zu den vielfältigen »Aktionen« siehe Ziątkowski, *Dzieje Żydów we Wrocławiu*, S. 104.

Das Schicksal jüdischer Unternehmer und ihrer Betriebe wird oftmals unter dem Begriff der »Arisierung« zusammengefasst.¹⁴⁹ Grundlegende Schwierigkeiten resultieren jedoch bereits aus dem Terminus selbst. Was soll er bedeuten? »Arisierung« ist nicht nur vorbelastet als ein zeitgenössisch nationalsozialistischer Begriff mit rassistisch-rassistischer Definitionsgrundlage,¹⁵⁰ er bezeichnet auch in der Forschung höchst unterschiedliche Konzepte. Diese changieren zwischen der engeren Definition, die sich auf den Verkauf von Unternehmern an »arische« Privatpersonen bezieht, und einem sehr weiten Konzept, das allgemein die Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft umfasst. Noch problematischer ist, dass der Begriff der »Arisierung« implizit davon ausgeht, dass die jüdische Bevölkerung nicht eigentlich integraler Bestandteil der deutschen Bevölkerung war, und ferner in der Regel nur den Prozess als nationalsozialistische Maßnahme von Behörden, Parteidienststellen und Einzelpersonen fokussiert. Bei dieser Sichtweise fehlt die jüdische Perspektive weitgehend, was dazu führt, dass die Optionen, Reaktionen und Handlungsspielräume jüdischer Unternehmer gar nicht erst ins Blickfeld geraten.¹⁵¹

Wie allerdings die genauen Liquidations, Tarnungs- bzw. Arisierungsprozesse in Breslau und Schlesien nach 1933 aussahen, liegt bei dem heutigen Forschungsstand noch teilweise im Dunkeln,¹⁵² ebenso das Zahlenverhältnis liquidierter Betriebe zu verkauften Betrieben. Außer Zweifel steht immerhin, dass die Liquidation die weitaus häufigere Form der Geschäftsaufgabe war, was dazu beigetragen haben mochte, dass sich spätestens 1935 in der zionistischen Presse das Stichwort von der »Liquidation des deutschen Judentums« findet.¹⁵³ Für das Handwerk stellte die Liquidation den Regelfall dar, im Einzelhandel war sie ebenfalls häufig, lediglich im Großhandel und der Industrie waren Verkäufe

149 Franciszek Połomski, Die »Arisierung« des jüdischen Vermögens in Schlesien 1933-1945, in: Friedrich-Carl Schultze-Rhönhof (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumentation einer Tagung in Breslau, Hannover/Münster 1995, S. 67-74; siehe grundlegend Bräu, »Arisierung« in Breslau.

150 Der Begriff »Jude« bezieht sich im Folgenden auf die Definition, wie sie in den sogenannten Nürnberger Rassengesetzen festgelegt wurde (Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre v. 15.9.1935, RGBl. I, 1935, S. 1146; Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz v. 14.11.1935, RGBl. I, 1935, S. 1333, insb. § 5), um die Gruppe der von den antijüdischen Maßnahmen der Nationalsozialisten betroffenen Personen vollständig erfassen zu können. Dies bezieht sich *cum grano salis* auch auf den Zeitraum zwischen 1933 und 1935. Abraham Margalioth, The Reaction of the Jewish Public in Germany to the Nuremberg Laws, in: Yad Vashem Studies 12 (1977), S. 75-107.

151 Eine andere Perspektive bietet Avraham Barkai, Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt a. M. 1988.

152 Hervorzuheben ist allerdings die Untersuchung von Ramona Bräu, die einen vorzüglichen Überblick mit einer Reihe von Beispielen bietet; dies., »Arisierung« in Breslau.

153 Jüdische Existenz – heute [Vortrag von Joachim Prinz], in: Jüdische Zeitung (Jüdische Volkszeitung) 42 (17.5.1935), Nr. 18.

häufiger anzutreffen,¹⁵⁴ das heißt hier hatte man es am ehesten mit »Arisierungen« im üblichen Wortgebrauch zu tun. Aber gerade in diesem Bereich gab es oft staatliche bzw. parteiliche Ingerenzen bzw. eine zentrale Rolle der Industrie- und Handelskammern, weshalb bei Verallgemeinerungen große Vorsicht geboten ist.¹⁵⁵ Allerdings fielen nicht nur Firmen und Geschäfte der Zerstörung jüdischer Wirtschaftstätigkeit zum Opfer, sondern – mit verheerenden Auswirkungen auf die gesamte jüdische Minderheit – auch Stiftungen wie in Breslau beispielsweise das Stiftungswesen der Familie Julius Schottländers.¹⁵⁶ Im Frühjahr 1938 befanden sich noch 28 Stiftungen im Eigentum von Juden, die als zu »arisierende« Objekte galten.¹⁵⁷

Gerade bei Kapitalgesellschaften waren die Möglichkeiten, die Stigmatisierung »jüdisch« loszuwerden, durchaus unterschiedlich. So war beispielsweise das traditionsreiche Leinenhaus Bielschowsky in Breslau – nach vorangegangenen wütenden Beschimpfungen seitens der Nationalsozialisten¹⁵⁸ – bereits im Oktober 1935 »arisch« geworden, indem Emanuel Bielschowsky samt den noch verbliebenen jüdischen Angestellten aus der GmbH ausschied.¹⁵⁹ Den noch verbliebenen, teils langjährigen jüdischen Angestellten wurde vom neuen Inhaber dann zum April 1936 gekündigt.¹⁶⁰ Die Vorgeschichte dieser Entwicklung reichte jedoch in das Jahr 1934 zurück. Demnach fühlte sich die Familie Bielschowsky bereits in der ersten Jahreshälfte 1934 »durch die Verhältnisse in Schlesien zu stark behindert«, »das Geschäft in der bisherigen Weise fortzuführen«, und bot ihr Textilhaus für 800 000 RM an.¹⁶¹

Besonders früh gerieten auch Unternehmer ins Visier der Begehrlichkeiten, die als Kunstsammler eine besondere Beute versprachen: Max Silberberg beispielsweise war als Miteigentümer der in Breslau ansässigen Firma Weissenberg, eines Zulieferers für die Stahlindustrie, bereits 1934 aus dem Unternehmen

154 Zur parallelen Entwicklung der niederschlesischen Industrie siehe Yaman Kouli, Wissen und nach-industrielle Produktion. Das Beispiel der gescheiterten Rekonstruktion Niederschlesiens 1936-1956, Stuttgart 2014, Kap. II.

155 Nicht überzeugend daher Połomski, Die »Arisierung« des jüdischen Vermögens in Schlesien 1933-1945, S. 67; ders., Prawo własności, S. 7.

156 Siehe Bräu, »Arisierung« in Breslau, S. 71-75.

157 Ziątkowski, Dzieje Żydów we Wrocławiu, S. 109 f.; Lenarcik, For the Well-being of the Family and the Community, S. 59 f., 64-68.

158 Ein Herd staatsfeindlicher Umtriebe. Aufsehenerregende Verhaftungen im Leinenhaus B. – Schamlose Beleidigungen des Reichskanzlers und der NSDAP, in: Schlesische Zeitung, 23.9.1933, Nr. 483, zweiter Bogen. Den Hinweis auf diesen Artikel verdanke ich Knut Bergbauer.

159 Leinenhaus Bielschowsky G.m.b.H., Breslau, in: Jüdische Zeitung 42 (11.10.1935), Nr. 39; siehe allgemein: Die wirtschaftlichen Folgen der jüdischen Geschäftsverkäufe, in: Jüdische Zeitung 42 (8.11.1935), Nr. 43. Siehe Bräu, »Arisierung« in Breslau, S. 57 ff.

160 Cohn, Kein Recht, Bd. 1, S. 286 (9.10.1935).

161 Stiftung Warburg-Archiv, Berliner Chef-Protokolle, Fachnummer 165, Archivnummer 850: Berliner Protokoll v. 6.7.1934. Den Hinweis auf diese Akte verdanke ich Christoph Kreuztmüller.

gedrängt worden. Infolge der Weltwirtschaftskrise hatte Silberberg bereits 1932 einen Teil seiner bedeutenden Kunstsammlung veräußern müssen und sah sich kurz darauf gezwungen, auch die verbleibenden Werke seiner Sammlung als »nichtarisches Eigentum« zu veräußern. 1935 wurde die Sammlung in mehreren Auktionen verkauft, und seine Bilder fanden in den Wirren der Kriegs- und Nachkriegsjahre den Weg in zahlreiche Museen und Galerien weltweit.¹⁶²

Das Geschenkartikelhaus Gerson Fränkel mit über hundertjähriger Tradition wurde im November 1936 an den Betriebsführer eines Breslauer Konkurrenzgeschäfts verkauft.¹⁶³ Die Pflichtmeldungen über Handelsregisteränderungen zeigen daneben zahlreiche Wechsel der Rechtsform, vor allem zugunsten von Kommanditgesellschaften. Besaß ein Unternehmen mehrere Filialen, zog der jüdische Eigentümer sich verschiedentlich auf eine reduzierte Zahl oder gar eine einzige Filiale zurück und veräußerte die übrigen.¹⁶⁴ Dies war beispielsweise der Fall bei dem bekannten Kaufhaus Gebr. Barasch, dessen Kapitalanteile im Herbst 1936 an zwei ehemalige Mitarbeiter des Karstadt-Konzerns verkauft wurden,¹⁶⁵ wobei die jüdischen Eigentümer die Filialen in Gleiwitz und Beuthen fortführten, das heißt im Geltungsbereich der Genfer Oberschlesien-Konvention, dessen Sonderregelungen jedoch bereits wenige Monate später erloschen. In zahlreichen Fällen blieben vormals jüdische Unternehmer Eigentümer der jeweiligen Immobilien, was ihnen durch die Mietzahlungen ein Auskommen weit über den Novemberpogrom hinaus ermöglichte, praktisch bis zum Zeitpunkt ihrer Deportation in die Vernichtung.

Je früher jedoch ein jüdischer Unternehmer sich zum Verkauf seines Betriebes entschloss, desto eher konnte er damit rechnen, erstens einen Käufer zu finden und zweitens einen Preis zu erzielen, der nach Maßgabe der Dinge akzeptabel war. Bei nur zwei beteiligten Parteien waren zudem die Möglichkeiten für ein »Agreement« bzw. einen »Goodwill« größer. Im Laufe des Prozesses schaltete sich jedoch eine Reihe von Behörden und Dienststellen in das Verfahren ein, die die Spielräume nicht nur des jüdischen Verkäufers, sondern auch des sogenannten »arischen« Käufers sukzessive einschränkten. Noch immer findet sich in der Forschung die These, das Gros der »Arisierungen« sei bis 1938 rechtlich mehr oder minder einwandfrei gewesen und habe erst mit den wachsenden Ingerenzen

162 Anja Heuss, Die Sammlung Max Silberberg in Breslau, in: Andrea Pophanken/Felix Billeter (Hrsg.), Die Moderne und ihre Sammler. Französische Kunst in deutschem Privatbesitz vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Berlin 2001, S. 311-326; Davies/Moorhouse, Die Blume Europas, S. 455; Bräu, »Arisierung« in Breslau, S. 78 f. Siehe den Beitrag von Magdalena Palica in diesem Band.

163 Besitzwechsel bei Gerson Fränkel, in: Jüdische Zeitung (Jüdische Volkszeitung) 43 (6.11.1936), Nr. 42.

164 Besitzwechsel, in: Jüdische Zeitung (Jüdische Volkszeitung) 43 (3.7.1936), Nr. 26 (Klausner Schuhwarenhausegesellschaft Breslau).

165 Besitzwechsel Gebr. Barasch, in: Jüdische Zeitung (Jüdische Volkszeitung) 43 (30.10.1936), Nr. 41; Besitzwechsel bei Barasch, in: Schlesische Volkszeitung, 7.11.1936, dritter Bogen. Den Hinweis auf diesen Artikel verdanke ich Knut Bergbauer. Bräu, »Arisierung« in Breslau, S. 40-42.

staatlicher Stellen, vor allem des Gauwirtschaftsberaters, einen Zwangscharakter angenommen.¹⁶⁶ Während die Zäsur des Jahres 1938 – und zwar nicht nur hinsichtlich des Novemberpogroms, sondern auch wegen der zahlreichen Verordnungen und sonstigen Maßnahmen in den Frühlings- und Sommermonaten – evident ist, bedarf die These der Rechtskonformität der vorangegangenen Geschäftsverkäufe jüdischer Unternehmer einer kritischen Überprüfung. Insgesamt erscheint es wenig sinnvoll, bis 1937 von »freiwilligen Arisierungen« und ab 1938 von »Arisierungen von oben« zu sprechen.¹⁶⁷ Vielmehr muss man von Anfang an eine Zwangssituation annehmen, die jedoch im Einzelnen spezifische Züge hatte und in der jüdische Unternehmer und Gewerbetreibende noch eine Zeit lang – was nicht mit Freiwilligkeit zu verwechseln ist – eine Handlungsinitiative und Beharrungskräfte im Sinne der skizzierten Abwehrstrategien besaßen. In Breslau steht namentlich der Polizeichef Edmund Heines für eine vom ersten Tag der »Machtergreifung« an bestehende massive Gewalt, angesichts derer das Kriterium der »Freiwilligkeit« jeden analytischen Sinn verliert.¹⁶⁸ Der schleichende Prozess der Pauperisierung lässt sich vor allem im Falle von kleineren und mittleren Geschäftsinhabern gut nachzeichnen: Dem Umsatzrückgang nach 1933 folgte der Umzug vom Stammgeschäft in einen kleineren Laden in einer weniger zentralen Lage, schließlich der Umzug des Geschäfts in die Privatwohnung, bis schließlich das Gewerbe ganz aufgegeben werden musste.

Bis Mai 1938 verfügte der Oberfinanzpräsident Schlesien gleichwohl über keine vollständige Datengrundlage über die in seinem Zuständigkeitsbereich noch lebenden Juden nach Rassezugehörigkeit, da diese aus den Steuerakten nicht zu ersehen war: »Ich bitte«, so das Oberfinanzpräsidium an den Regierungspräsidenten in Breslau, »um möglichst baldige Auskunft, ob und gegebenenfalls welche Unterlagen dort für die Feststellung der Juden vorhanden sind, vielleicht in Form einer Kartei über Juden, wie sie beispielsweise der Herr Polizeipräsident in Berlin vor einiger Zeit angelegt hat. Ich wäre ferner für Mitteilung dankbar, ob etwa dort vorhandenes Material den Finanzämtern zugänglich gemacht werden könnte.«¹⁶⁹

Diese Anfrage ist deshalb überraschend, weil die Breslauer Jüdische Gemeinde ihre Mitgliederkartei während der Weimarer Republik mithilfe der Polizeibehörde auf dem Laufenden gehalten hatte. Diese Zusammenarbeit war nach der

166 Ziątkowski, *Dzieje Żydów we Wrocławiu*, S. 109.

167 Polomski, *Die »Arisierung« des jüdischen Vermögens in Schlesien*, S. 68f.

168 So konnte beispielsweise der Breslauer Rechtsanwalt Alfons Lasker seinen Beruf länger ausüben als dies jüdischen Anwälten im Nationalsozialismus gestattet war, weil er im Rahmen eines langwierigen Rechtsstreites der Magnatenfamilie Henckel von Donnersmarck unentbehrlich war. Klaus Harpprecht, Vorwort, in: Anita Lasker-Wallfisch, *Ihr sollt die Wahrheit erben. Die Cellistin von Auschwitz. Erinnerungen*, Reinbek 42002, S. 7–38, hier S. 11. Siehe Tausk, *Breslauer Tagebuch*, S. 37f.

169 Jüdisches Museum Frankfurt am Main (JMF), Nr. 9966, Bl. 1: Oberfinanzpräsident Schlesien (gez. Dr. Haußmann) an Regierungspräsidenten Breslau v. 17.5.1938 betr. Feststellung von Juden in Bezug auf ihre Rassezugehörigkeit.

nationalsozialistischen »Machtergreifung« seitens der Behörden beendet und ersetzt worden durch die Einrichtung der Abteilung für Binnenmigration bei der Reichsvereinigung. Anders gesagt gab es nur in bedingtem Maße eine zentral gesteuerte und systematisch organisierte Verdrängung der schlesischen Juden aus der Wirtschaft. Vielmehr gerieten jüdische Unternehmer wegen ihrer Prominenz oder aus anderen Gründen in das Visier bzw. den Fokus von Konkurrenten oder Konjunkturrittern, wobei für Schlesien kaum von »Arisierungen« als einem gesamtgesellschaftlichen Prozess gesprochen werden kann.¹⁷⁰

Das geringe direkte Engagement des Staates bei den konkreten Verkaufsverhandlungen etc. änderte sich allerdings im Jahr 1938. Die Aktivitäten zielten im Frühling und Frühsommer 1938, das heißt vor dem zitierten Schreiben des Oberfinanzpräsidenten, eindeutig auf die Wirtschaft. Nachdem im April eine Meldepflicht für Vermögen von Juden eingeführt¹⁷¹ und mit der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz erstmals überhaupt definiert worden war,¹⁷² was in nationalsozialistischer Diktion als »jüdischer Gewerbebetrieb« zu gelten hatte, ging die erste Durchführungsverordnung vier Wochen später daran, den Verwaltungsbehörden aufzugeben, vollständige Verzeichnisse jüdischer Gewerbebetriebe zu erstellen, wobei »auf die Vollständigkeit der Verzeichnisse« »besonders Bedacht zu nehmen« war. In die »Ermittlungen« sollten auch alle jüdischen Gewerbebetriebe nochmals einbezogen werden, »deren frühere jüdische Inhaber nach außen bereits ausgeschieden sind, bei denen aber die Vermutung naheliegt, daß sie die Betriebsführung trotzdem noch beherrschen (Tarnungen)«. ¹⁷³ Zweiinhalb Monate später konnte der Regierungspräsident in Schlesien dem Reichswirtschaftsminister eine Vollzugsmeldung geben: »Die Verordnung betreffend Anlegung von Verzeichnissen über jüdische Gewerbebetriebe ist im Wesentlichen durchgeführt. Es kommen etwa 1600 Betriebe für die Stadt Breslau und 200 für die übrigen Orte des Bezirks in Betracht.«¹⁷⁴ Auf diese für Sommer 1938 offenkundig stark überhöhte Zahl wird gleich noch zurückzukommen sein.

In dem Maße, in dem die Ingerenzen von Partei und Behörden wuchsen, wuchs zugleich die Tendenz, die Konditionen für den jüdischen Unternehmer systematisch zu verschlechtern. Seit April 1938 war der Verkauf bzw. die Verpachtung für jüdische Unternehmer genehmigungspflichtig.¹⁷⁵ Eine immense

170 Frank Bajohr, »Arisierung« als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und »arischer« Erwerber, in: Irmlud Wojak/Peter Hayes (Hrsg.), »Arisierung« im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a. M./New York 2000, S. 15-30.

171 VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden v. 26.4.1938, RGBl. I, 1938, S. 414.

172 Dritte VO zum Reichsbürgergesetz v. 14.6.1938, RGBl. I, 1938, S. 627.

173 JMF, Nr. 9967, Bl. 1-3: Durchführung zur Dritten VO zum Reichsbürgergesetz – RdErl. d. RMdI v. 14.7.1938 [Abschrift aus MinBl. des RMdI 1938, S. 1152].

174 JMF, Nr. 9967, Bl. 24: Regierungspräsident (Berichterstatte Regierungsrat von Natzmer) an Reichswirtschaftsminister v. 30.9.1938 betr. Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe.

175 VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden v. 26.4.1938, RGBl. I, 1938, S. 415.

Rolle spielte dabei auch die Länge des Genehmigungsverfahrens, an deren Ende oftmals ein sehr viel schlechterer Erlös stand als zu Beginn der Verkaufsverhandlungen, ohne dass dies notwendig auf die Initiative des Erwerbers zurückzuführen war.

Allerdings dürfte bis 1938 in der Tat die überwiegende Mehrheit jüdischer Unternehmen in Breslau bzw. Schlesien bereits in der einen oder anderen Form »abgewickelt« worden sein. Darauf deuten die wenigen bislang verfügbaren Zahlen hin. So lagen der Industrie- und Handelskammer Breslau für das Jahr 1938 im Bereich des Einzelhandels gerade einmal 77 »Anträge auf Arisierung« vor, denen 670 Anträge auf Neueröffnung und weitere 670 Anträge auf Übernahme nichtjüdischer Einzelhandelsgeschäfte gegenüberstanden.¹⁷⁶ Ein von Juden angeblich dominierter Handelssektor, wie ihn etwa *Der Stürmer* in einer regelmäßigen Rubrik »Brief aus Breslau« beschwor, sieht zweifellos anders aus. Insgesamt bestanden zum Zeitpunkt des Novemberpogroms in Breslau noch »288 jüdische Einzelhandelsgeschäfte«, von denen bis zum Jahresende 280 liquidiert und lediglich acht (sic!) »arisiert« wurden.¹⁷⁷ Dies deutet darauf hin, dass das überwiegende Gros dieser Geschäfte zuvor eine Bedeutung nur mehr allein für die jüdische Bevölkerung gehabt hatte, es also aus nationalsozialistischer Perspektive keinen Grund bzw. kein gesteigertes ökonomisches Interesse gab, diese Unternehmen fortzuführen. Der Novemberpogrom ist insofern eine äußerst wichtige Eskalationsstufe, als hiervon offenbar nur noch jüdische Unternehmer auf einem Subsistenzniveau betroffen waren, die mit »legalen« Maßnahmen gar nicht mehr zu treffen waren. Noch im Mai 1937 hatte der zuständige Breslauer Gauamtsleiter der Deutschen Arbeitsfront, von Streitschwerdt, im *Stürmer* von 2000 jüdischen Geschäften in Breslau gesprochen.¹⁷⁸ Wäre diese Angabe auch nur einigermaßen korrekt, dann ist der Schwerpunkt der Verdrängung jüdischer Unternehmer also in der zweiten Jahreshälfte 1937 bzw. ersten Jahreshälfte 1938 zu suchen. Ein Vergleich etwa mit zeitnahen Berichten zum »Stand der Arisierungen im Gau Wien«¹⁷⁹ deutet allerdings darauf hin, dass das überwiegende Gros jüdischer Gewerbetätigkeit 1938 bereits nicht mehr existierte. Darauf deutet auch ein Schreiben von Streitschwerdts, in dem er dem Regierungspräsidenten Mitte August 1938 mitteilte, dass das 1937 herausgegebene Verzeichnis jüdischer Geschäfte in Breslau für die Anlage des Verzeichnisses jüdischer Gewerbebetriebe (lt. Dritter VO zum Reichsbürgergesetz) nur noch bedingt

176 Aus der Tätigkeit der Einzelhandelsvertretung bei der Industrie- und Handelskammer Breslau, in: *Der Südosten* 17 (1938/39), Nr. 18 v. 9.12.1938, S. 564 f., hier S. 565.

177 Aus dem Tätigkeitsbericht der Industrie- und Handelskammer Breslau im Jahre 1938. Sitzung des Kammerbeirats am 6.2.1939, in: *Der Südosten* 17 (1938/39), Nr. 23 v. 17.2.1939, S. 709-712, hier S. 711.

178 Siehe Talmudjuden in Schlesien, in: *Der Stürmer*. Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit 15 (Mai 1937), Nr. 22; siehe von Streitschwerdt, Breslauer Brief, in: *Der Stürmer* 15 (Januar 1937), Nr. 5.

179 Stand der Arisierungen im Gau Wien, in: *Der Südosten* 17 (1938/39), Nr. 23 v. 17.2.1939, S. 734 f.

geeignet sei, »da ein Großteil der darin aufgeführten Firmen heute schon arisiert sein dürfte«. ¹⁸⁰

Mit der schon nach dem Novemberpogrom erlassenen Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938¹⁸¹ und mit der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938¹⁸² wurde die weitere Tätigkeit jüdischer Unternehmer und Arbeitnehmer weitestgehend untersagt und ihre Betriebe unterlagen einer Zwangsliquidation bzw. einem Zwangsverkauf, in dessen Folge 1939 – in einigen wenigen Fällen erst 1940 – die letzten jüdischen Unternehmen in Deutschland ihr Ende fanden.

Die Juden in Westoberschlesien vor und nach Ablauf des Genfer Oberschlesien-Abkommens

In Oberschlesien (Oppelner Schlesien) lebten zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen »Machtergreifung« 9200 Juden (entsprechend 0,62% der Bevölkerung) in über 20 Gemeinden, von denen Beuthen, Gleiwitz,¹⁸³ Hindenburg, Ratibor, Oppeln¹⁸⁴ und Neiße die wichtigsten waren.¹⁸⁵ Die Spezifik Oberschlesiens hing mit dem völkerrechtlichen Status zusammen, den das Gebiet (auf deutscher wie polnischer Seite) mit Abschluss des deutsch-polnischen Abkommens (Genfer Konvention) vom 15. Mai 1922 erhalten hatte. Das Abkommen mit einer vorläufigen Gültigkeit von 15 Jahren sollte die Kontinuität des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern sowie einen Minderheitenschutz gewähren, das heißt die problematische Grenzziehung in ihren wichtigsten Folgen abmildern.¹⁸⁶ Zwar war beim Minderheitenschutz hauptsächlich an

180 JMF, Nr. 9967, Bl. 18: Deutsche Arbeitsfront, Gauverwaltung Schlesien, Fachabteilung Der Deutsche Handel (gez. v. Streitschwerdt), an Regierungspräsident Breslau v. 16.8.1938.

181 VO zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben v. 12.11.1938, RGBl. I, 1938, S. 1580.

182 VO über den Einsatz jüdischen Vermögens v. 3.12.1938, RGBl. I, 1938, S. 1709.

183 Julia Cartarius, The Jewish Community of Gleiwitz, 1933-1943, in: Żydzi gliwiccy. Materiały z konferencji, Muzeum w Gliwicach, 17-18 listopada 2005, Red. Bożena Kubit, Gliwice 2006, S. 183-201.

184 Maciej Borkowski, By nie przepadali w mroku ... Opolscy Żydzi 1812-1938, in: Opolscy Żydzi 1812-1938, Opole 1998, S. 11-42; Edward Mendel, Studia nad stosunkami społecznymi i politycznymi w Opolu w latach 1933-1939, Opole 1988.

185 Zum Folgenden siehe jetzt sehr detailliert und kenntnisreich Parzer, Oberschlesische jüdische Unternehmer, passim.

186 Willy Weichselbaum, Der Rechtsschutz der Juden in Deutsch-Oberschlesien nach dem Genfer Abkommen von 1922, Dresden 1935; Ball-Kaduri, Leben der Juden in Deutschland, S. 185-199; Stanisław Rogowski, Ochrona praw mniejszości żydowskiej na Górnym Śląsku w latach 1933-1937 w świetle zasad międzynarodowej ochrony mniejszości, in: Krystyn Matwijowski (Hrsg.), Z dziejów ludności żydowskiej na Śląsku, Wrocław 1991, S. 53-75; Adelheid Weiser, Der Schutz der jüdischen Rechte in

die Deutschen und Polen im jeweils anderen Teil Oberschlesiens gedacht, das Abkommen bezog jedoch auch die jüdische Bevölkerung explizit mit ein. Nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten 1933 waren die oberschlesischen Juden von diskriminierenden Maßnahmen bis zum Auslaufen des Abkommens 1937 zumindest formal ausgenommen. Besaß dieses Gebiet also die Funktion eines Ausweichgebietes für jüdische Unternehmer? Und welche Zäsur stellte das Ende des völkerrechtlichen Sonderstatus Mitte Mai 1937 für die oberschlesischen jüdischen Unternehmer dar?

Der Breslauer Historiker Willy Cohn hatte bei Besuchen im völkerrechtlichen »Naturschutzpark« Oberschlesien wiederholt den Eindruck, dass »die jüdischen Menschen in O/S ihren Kopf viel freier tragen können«. ¹⁸⁷ Und in der Tat besaßen »alle seit dem 1.4.1933 erlassenen und zukünftigen Gesetze und Verordnungen, insoweit sie Ausnahmebestimmungen für Personen nicht-arischer Abstammung enthalten, im oberschlesischen Abstimmungsgebiet keine Geltung«. ¹⁸⁸ Dies betraf explizit und insbesondere Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen, »die eine wirtschaftliche Schlechterstellung der jüdischen Bevölkerung gegenüber der nichtjüdischen zum Gegenstand haben«. Auch hier musste der Regierungspräsident von Oppeln der Mixed Commission beim Völkerbund in Genf trotz ursprünglich anderer Absichten beflissen mitteilen, dass diese Beschlüsse »ohne weiteres der rechtlichen Wirksamkeit« entbehren. ¹⁸⁹

Dies war jedoch eine ambivalente Errungenschaft, weil sie zunächst hartnäckig erkämpft werden musste und weil ihre praktische Gültigkeit nur allzu oft hinter der völkerrechtlichen Theorie zurückblieb. Neben den jüdischen Beamten im Staatsdienst bekamen dies vor allem die jüdischen Unternehmer zu spüren. Verstöße, mit denen die Nationalsozialisten die Bestimmung in unzähligen Fällen verletzten, waren wiederholt Gegenstand von Protesten beim Völkerbund in Genf (beginnend mit der sog. Bernheim-Petition von Mai 1933). ¹⁹⁰ Zuvor hatte der jüdische Kaufhausangestellte Franz Bernheim in Reaktion auf seine Kündigung über das »Comité des Délégations Juives« beim Völkerbund eine offizielle Petition eingelegt. In der Folge waren Deutschland im oberschlesischen Abstimmungs-

Oberschlesien unter dem Mandat des Völkerbundes 1933-1945, in: Schultze-Rhonhof (Hrsg.), *Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 37-53.

187 Cohn, *Kein Recht*, Bd. 1, S. 130 (5.2.1934); S. 129 (4.2.1934); S. 162 (4.10.1934).

188 Archiv des Völkerbundes, Genf, C 778: Bekanntmachung des Oberpräsidenten Nr. 336 v. 8.8.1934, in: *Amts-Blatt der Regierung zu Oppeln*, Stück 32 v. 11.8.1934, S. 198.

189 Archiv des Völkerbundes, Genf, C 781 Schwarz: Undatierte Aktennotiz betr. Anwendung der Genfer Konvention auf jüdische Bevölkerung im oberschl. Abstimmungsgebiet.

190 Siehe Georg Weissmann, *Die Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts in Oberschlesien 1933-1937*, in: Leo Baeck Institute Bulletin 6 (1963), Nr. 22, S. 148-198; Philipp Graf, *Die Bernheim-Petition 1933. Jüdische Politik in der Zwischenkriegszeit*, Göttingen 2008; Leszek Jodliński, *Petycja Bernheima. Zwycięstwo Dawida nad Goliatem*, in: *Żydzi gliwicy. Materiały z konferencji*, S. 219-254; siehe Nathan Feinberg, *Die Bernheim-Petition*, Jerusalem 1958 (hebräisch).

gebiet sämtliche antijüdischen Diskriminierungsmaßnahmen einschließlich des Berufsbeamtengesetzes und später der Nürnberger Rassegesetze untersagt.

Dennoch sollte man die Interventionsmöglichkeiten des Völkerbundes in der Retrospektive nicht überschätzen. Die Berichte des polnischen Konsuls in Oppeln für die Botschaft in Berlin und das Warschauer Außenministerium, aber auch die Berichte des Synagogengemeinden-Verbandes der Provinz Oberschlesien für die Jahre 1933 und 1934 lassen nämlich keinen Zweifel daran, dass die jüdische Bevölkerung und ebenfalls die nichtjüdischen Polen auch im Abstimmungsgebiet unter erheblichem Druck der tagtäglichen Schikanen und Diskriminierungen standen.¹⁹¹ Dabei ist hervorzuheben, dass nach 1933 das Interesse der Nationalsozialisten am Erhalt des Genfer Oberschlesienabkommens nur in der Befürchtung lag, dass die Lage der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien eine Verschlechterung erfahren könnte. Internationale Rücksichtnahmen dürften hierbei – zumal nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund Mitte Oktober 1933 – keine Rolle mehr gespielt haben. Immerhin gab es in Oppeln ein eigens für Interpellationszwecke eingerichtetes »Minderheitsamt«.¹⁹² Ein Blick auf die ebenfalls der Aufsicht des Völkerbundes unterstehenden Freien Stadt Danzig zeigt jedoch, dass dort seit Sommer 1933 die NS-Gewaltherrschaft faktisch dieselbe Entwicklung nahm wie im Altreich.¹⁹³

Für viele Juden in Westoberschlesien kam eine Inanspruchnahme des Minderheitenschutzes aber nicht so ohne weiteres infrage, zumal da mit dem Völkerbund in Genf eine ausländische Instanz an der Klärung dieses als »innerdeutsch« empfundenen Problems beteiligt war. Und so musste Robert Weltsch in der *Jüdischen Rundschau* bereits im Juni 1933 richtigstellen:

»Über nichts sind so viele Mißverständnisse und Irrtümer im Umlauf, wie über das Problem der Minderheiten. In weiten Kreisen meint man z. B., wer sich zu einer Minderheit bekennt, verzichte damit auf die bürgerliche Gleichberechtigung oder »unterstelle sich« dem Völkerbund statt seiner eigenen Regierung. Es kann aber davon keine Rede sein. Vielmehr dient die Gesetzgebung über Minderheiten einzig und allein dazu, die volle Gleichberechtigung der Angehörigen einer Minderheit sicherzustellen.«¹⁹⁴

191 Siehe Wojciech Wrzesiński, *Antypolska polityka władz hitlerowskich na Śląsku opolskim w latach 1933-1939 w świetle raportów konsulów polskich*, Wrocław 1970.

192 Siehe Franciszek Połomski, *Niemiecki Urząd do Spraw Mniejszości 1922-1937*, Wrocław/Warszawa/Kraków 1965.

193 Siehe Ingo Loose, *Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939-1945*, München 2007, insb. S. 30-42; Grzegorz Berendt, *Polityka ekonomiczna Senatu Wolnego Miasta Gdańska wobec ludności żydowskiej (1933-1939)*, in: *Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi* 23 (2000), S. 199-230; Ernst Sodeikat, *Die Verfolgung und der Widerstand der Juden in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1945*, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 8 (1965), Nr. 30, S. 107-149.

194 Robert Weltsch, *Nach der Genfer Debatte*, in: *Jüdische Rundschau* v. 13.6.1933; zit. nach ders., *Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck*, S. 110-118, hier S. 114.

Das Auslaufen der Genfer Konvention im Sommer 1937 diente den Nationalsozialisten als willkommenen Zeitpunkt, um zunächst die jüdischen Unternehmer polnischer Staatsangehörigkeit durch eine Reihe von repressiven Maßnahmen zur raschen Aufgabe ihrer Betriebe zu zwingen.¹⁹⁵ Dass in Oberschlesien die Juden von den antisemitischen Gesetzen und Verordnungen zwischen 1933 und 1937 verschont geblieben waren – wenn auch nicht vom Antisemitismus der nichtjüdischen Bevölkerung –, war den Nationalsozialisten naturgemäß ein Dorn im Auge gewesen, und so nahm sich denn die einschlägige Presse wie *Der Stürmer* und *Das Schwarze Korps* vor und besonders nach Ablauf der Genfer Konvention dieser Thematik nachgerade genüsslich an:

»Das oberschlesische Reichsgebiet hatte von jeher das zweifelhafte Vergnügen, bevorzugtes Betätigungsfeld der Mischpoche zu sein. Unter dem Schutz des Genfer Abkommens entwickelte sich ein Zustrom galizischer Schieber, der das gesamte Geschäftsleben überschwemmte und eine Unzahl deutscher Existenzen abwürgte, die der meistens getarnten Verfilzung der ostgalizischen Judensippe nicht gewachsen waren. Im schmierigen Kaftan hielt man – von Sosnowice oder Czenstochau kommend – Einzug, um mit ›Tagesgeschäften‹ in Glycerinseife, polnischer Butter und Salvarsan anzufangen und dann bald mit der rasseignen Behendigkeit als ›Kaufmann‹ im Handelsregister zu landen. Von den Genfer Bestimmungen begünstigt, erschob man sich eine Vormachtstellung, der die deutsche Geschäftswelt wehrlos gegenüberstand, zumal man sich mehr und mehr in die Anonymität von ›Gesellschaften‹ verkroch.«¹⁹⁶

Dementsprechend kam es kurz darauf in einer Reihe oberschlesischer Städte zu Ausschreitungen, Übergriffen auf jüdische Kaufleute sowie zu Sachbeschädigungen an Synagogen und auf jüdischen Friedhöfen.¹⁹⁷ Allerdings erfuhr auch die Lage der nichtjüdischen Polen im Oppelner Schlesien 1938 eine drastische Verschlechterung, die nichts anderes als eine massive Diskriminierung darstellte.¹⁹⁸

195 Für viele Händler bedeutete beispielsweise die Verweigerung von Wiedereinreisevisa für polnische Juden trotz des deutsch-polnischen Vertrages über den kleinen Grenzverkehr das wirtschaftliche Aus; siehe AAN, Ambasada RP w Berlinie, Nr. 874, Bl. 1f.

196 Mißverständene Wirtschaftsfreiheit, in: *Das Schwarze Korps*, Folge 37 (16.9.1937), S. 12.

197 ŻIH, 112/119, o. Pag.: Justizrat Kochmann an Rechtsanwalt und Notar Dr. Leo Brauer, Ratibor, v. 29.7.1937; ŻIH, 112/161, o. Pag.: Dr. Leo Brauer an Justizrat Kochmann v. 30.7.1937; ŻIH, 112/161, o. Pag.: Vorstand des Synagogengemeinden-Verbandes der Provinz Oberschlesien (gez. Kochmann) an Landrat des Kreises Tost-Gleiwitz in Gleiwitz v. 1.9.1937 (Abschrift).

198 Siehe hierzu AAN, Ambasada RP w Berlinie, Nr. 1893, 198-208: Konsulat RP w Opolu (gez. Jan Małczyński) do Ambasadora RP w Berlinie z dnia 20 września 1938 r. w sprawie antypolskich wystąpień na Śląsku Opolskim – Zestawienie wystąpień antypolskich na Śląsku Opolskim za miesiące czerwiec, lipiec i sierpień 1938 r.

Die schlesischen Juden nach dem Novemberpogrom 1938
und im Zweiten Weltkrieg

Walter Laqueur, prominenter Sohn Breslaus, hat einmal das Jahr 1938 als das »dramatischste und spannungsreichste Jahr in der europäischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts« bezeichnet.¹⁹⁹ Zweifellos stellte der November 1938 für die deutschen Juden vor der Schoah die einschneidendste Zäsur dar, denn in diesem Jahr erreichte die Vernichtung ihrer ökonomischen und sozialen Existenz auch in Schlesien ihren praktischen Abschluss.

Vorangegangen war einige Monate zuvor das sogenannte Märzgesetz in Polen, das eine Überprüfung der Pässe aller im Ausland lebenden polnischen Staatsbürger vorsah. Hintergrund war der »Anschluss« Österreichs und die Befürchtung in Warschau, dass viele polnische Juden in Österreich in berechtigter Angst vor den Nationalsozialisten nach Polen würden zurückkehren wollen. Das Märzgesetz wurde von den Nationalsozialisten aufmerksam registriert und als ein Hinweis darauf verstanden, dass der diplomatische Rückhalt für die polnischen Juden schwand. Schließlich nutzte die NS-Führung das Märzgesetz Ende Oktober 1938 als Vorwand für eine erste Kollektivausweisung, bei der die Nationalsozialisten erste Erfahrungen mit den Deportationen einer größeren Menschengruppe sammelten.²⁰⁰ An diesem Tage wurden die Betroffenen aus Berlin, Leipzig, Breslau und dem gesamten Reichsgebiet – insgesamt ca. 17 000 Personen, davon etwa 1500 Breslauer Juden – verhaftet, an die polnische Grenze gebracht und dann gewaltsam zum Grenzübertritt gezwungen.

Nach dem Pogrom am 9./10. November 1938 konnte kein Zweifel mehr daran bestehen, zu welchen Gewaltexzessen die Nationalsozialisten gegen Juden fähig waren.²⁰¹ Fast unmittelbar nach Eintreffen des Befehls zum Losschlagen wurden in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zahlreiche Synagogen in ganz Schlesien angezündet, allein in der Stadt Breslau wurden beinahe 2500 Juden verhaftet und anschließend in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert.²⁰² Auch in den folgenden Tagen kam es zu vereinzelt antijüdischen Übergriffen, vor allem aber auch zu Plünderungen durch die Ortsbevölkerung, sogar auf so belebten Straßen wie der Kaiser-Wilhelm-Straße in Breslau.²⁰³

199 Laqueur, Heimkehr, S. 42.

200 Siehe Jerzy Tomaszewski, *Preludium Zagłady. Wygnanie Żydów polskich z Niemiec w 1938 r.*, Warszawa 1998 (dt. Ausg.: *Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938*, übers. v. Victoria Pollmann, Osnabrück 2002).

201 Ascher, *Community under Siege*, S. 166 ff., 204 ff.; Konrad Kwiet, *Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 545-659.

202 Siehe AAN, *Ambasada RP w Berlinie*, Nr. 875, Bl. 139-141: *Konsulat RP we Wrocławiu (gez. Leon Koppens) do Ministerstwa Spraw Zagranicznych z dnia 16 listopada 1938 w sprawie: Akcja antyżydowska na terenie Śląska (Tajne)*.

203 Kenneth James Arkwright, *Jenseits des Überlebens. Von Breslau nach Australien*, hrsg. v. Katharina Friedla u. Uwe Neumärker, Berlin 2011, S. 140; Hadda, Knapp davongekommen, S. 75.

Der für Breslau zuständige SS-Kommandeur Friedrich Katzmann berichtete detailliert über die Zerstörungen an Synagogen und Gebäuden der jüdischen Gemeinde, aber auch über die vollständige Zerstörung von mehr als 500 Geschäften, zehn Gaststätten und zahlreichen weiteren jüdischen Firmen, nach Berlin.²⁰⁴

Auch im vormaligen Abstimmungsgebiet verlief der Novemberpogrom wie andernorts im Reich auch.²⁰⁵ In seiner *Gleiwitzer Tetralogie* hat der Schriftsteller Horst Bienek dies am Beispiel seiner Heimatstadt treffend wiedergegeben:

»Feuer und Geräusche und der unerklärliche Drang nach Zeugenschaft hatte die Menschen aus den Wohnungen eilen lassen, aus allen Richtungen strömten sie in die Wilhelmstraße, um zu beobachten, wie die SA-Trupps Schaufensterscheiben zertrümmerten, in Läden eindringen, Waren auf die Straßen schleuderten und Feuer anzündeten. Auch Montag war hingegangen und hatte zugesehn und auf diese Weise erfahren, welche Geschäfte Juden gehörten, er hatte es vorher nicht gewußt: das Kaufhaus Barasch und das Seidenhaus Weichmann, Schuh-Wolff und das Textilhaus Karpe, das Wäschegeschäft Bielschowsky, der Weinladen Tropolowitz und das Bekleidungs-haus Markus.«²⁰⁶

Vor allem auch die großenteils profanierten Friedhöfe in Oberschlesien boten nach dem Pogrom ein schwer beschreibbares Bild der Verwüstung, bei dem selbst die Särge in den wenigen Gruften (wie beispielsweise auf dem Friedhof in Tost) gewaltsam aufgebrochen worden waren.²⁰⁷

Allerdings war die Frage, ob generell alle jüdischen Geschäfte geschlossen werden sollten, bis zum Novemberpogrom noch nicht geregelt worden. Darauf weist auch die von Hermann Göring am 12. November 1938 im Reichsluftfahrtministerium einberufene Arbeitssitzung hin, in der Göring unter anderem ausführte, die Fortexistenz jüdischer Geschäfte hänge davon ab, »wieweit diese jüdischen Geschäfte einen verhältnismäßig großen Verkehrsumsatz haben. Wenn das der Fall ist, ist das ein Zeichen dafür, daß das deutsche Volk, obwohl es ein jüdisches Geschäft ist, einfach gezwungen ist, dort zu kaufen, weil ein Bedürfnis vorliegt. Wenn wir die gesamten jüdischen Geschäfte, die jetzt zu sind, noch vor Weihnachten schließen wollten, kämen wir in die Bredouille.«²⁰⁸ In der Praxis

204 Davies/Moorhouse, *Die Blume Europas*, S. 421.

205 Siehe AAN, Ambasada RP w Berlinie, Nr. 875, Bl. 102-104; Konsulat RP w Opolu (gez. Jan Małczyński) do Ambasady RP w Berlinie z dnia 12 listopada 1938 w sprawie przebiegu ekscesów antyżydowskich na Śląsku Opolskim (Tajne).

206 Horst Bienek, *Die erste Polka*, München ⁴1986, S. 166.

207 ŻIH, 112/161: Bezirksstelle Oberschlesien der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Gleiwitz, an Reichsvereinigung, Berlin, v. 30.6.1940 betr. Friedhofsbeschädigungen.

208 Stenografische Niederschrift eines Teils der Besprechung über die Judenfrage im RLM am 12.11.1938, 11 Uhr, in: IMG, Bd. 38, S. 499-540 (PS-1816); zit. nach Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, *Die Kristallnacht*, Hamburg 1993, S. 147.

jedoch war es nach dem Novemberpogrom Juden nicht mehr möglich, ihre Geschäfte und Unternehmen weiterzuführen.²⁰⁹

Nach der Zerstörung der Gewerbetätigkeit schlesischer Juden kam unmittelbar ihr Immobilienbesitz an die Reihe. Im Sommer 1939 konnte der schlesische Oberpräsident berichten:

»Der jüdische Grundbesitz ist bereits zum größten Teil in arische Hände überführt worden. Besonders der Grundbesitz in den Landkreisen. Es sind bereits etwa 1700 Genehmigungen zu Grundstücksverkäufen erteilt. In den Landkreisen sind nur noch ganze wenige Grundstücke in jüdischen Händen. In der Stadt Breslau sind noch etwa 1000 Grundstücke in jüdischem Besitz. Dieser Besitz wird laufend weiter veräußert, sodaß zu erwarten ist, daß in etwa 1 Jahr der größte Teil dieser Grundstücke in deutsche Hände überführt worden ist.«²¹⁰

Bekanntlich wurden den Juden die Kosten, die nach dem Novemberpogrom aus dem Abbruch der Synagogen und anderer Gebäude etc. resultierten, in Rechnung gestellt. Neben der sogenannten »Sühneleistung« nutzten die Ortsbehörden den Pogrom jedoch auch dazu, den Synagogengemeinden auch noch ihr letztes Eigentum wegzunehmen. So bot etwa der Bürgermeister von Landsberg in Oberschlesien der Synagogengemeinde in Gleiwitz an, die Abbruchkosten für die ausgebrannte Synagoge und ein Nachbargebäude zu übernehmen, sollte diese der Stadt zwei Gebäude und den Jüdischen Friedhof als Eigentum überschreiben, was zeigt, wie schnell auch die unteren Behördeninstanzen einen Konnex zwischen Pogrom und »Arisierung« herzustellen vermochten.²¹¹

Das allein den Breslauer Juden geraubte Vermögen war keine Petitesse: Der Sicherheitsdienst der SS schätzte es auf zwischen 70 und 120 Millionen Reichsmark, von dem den rechtmäßigen Eigentümern einige Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges praktisch nichts mehr geblieben war. Im Gegenteil: Die Verarmung hatte in der Zwischenzeit schon so sehr um sich gegriffen, dass bei der Wiedereröffnung des gemeindeeigenen Wohlfahrtsamtes im Dezember 1938 weit über 8000 Gemeindemitglieder auf Wohlfahrtsunterstützungen angewiesen waren.

Im Februar 1939 registrierten die nationalsozialistischen Behörden noch immer 23 Synagogengemeinden in der Provinz Niederschlesien, wobei allerdings

209 Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens v. 3.12.1938, RGBl. I, 1938, S. 1709.

210 JMF, Nr. 9964, Bl. 12: Oberpräsident an Regierungspräsidenten Breslau v. 18.7.1939 betr. Belastung von Grundbesitz durch polnische Juden; Berichterstatter Regierungsrat von Natzmer.

211 ŽIH, 112/31, Bl. 746f.: Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde, Landsberg, an den Synagogengemeindeverband für Oberschlesien in Gleiwitz v. 29.11.1938 betr. Polizeiliche Massnahmen.

die meisten von ihnen nur noch wenige Mitglieder zählten.²¹² Unmittelbar nach dem Überfall auf Polen befand sich bereits am 4. September 1939 die gesamte Woiwodschaft Schlesien unter deutscher Kontrolle,²¹³ Ostoberschlesien wurde Ende Oktober 1939 an das Reich angeschlossen und der Regierungsbezirk Katowitz gebildet.

Mitte 1940 lebten noch ca. 8-9000 Juden in Breslau, denen nach der Verordnungsflut von 1938 und 1939 jegliches Wirtschaften unmöglich gemacht worden war. 1939 und 1940 muss es aber seitens der mittlerweile zu einem eingetragenen Verein umgewandelten Synagogengemeinde sowie einiger jüdischer Handwerker Bemühungen gegeben haben, für die Versorgung der Breslauer Juden wenigstens so etwas wie eine – wenn auch noch so kärgliche – Grundversorgung wieder zuzulassen.

Aus den Anträgen jüdischer Handwerker – darunter viele, wenn nicht mehrheitlich Frauen –, aber auch aus den Bemühungen der Jüdischen Gemeinde, für möglichst viele Juden eine Gewerbeerlaubnis zu erlangen, spricht die ganze Verzweiflung, mit der die Betroffenen versuchten, zu arbeiten und für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, aber auch die Dienstleistungsbereitschaft für die jüdische Gemeinschaft. Der Existenzkampf war längst zu einem Überlebenskampf geworden, die in den Akten erhaltenen Anträge an den Regierungspräsidenten bzw. die Industrie- und Handelskammer sprechen von der Absicht zu emigrieren, die Arbeit also nur als vorübergehende Zwischenlösung zu betrachten.

Zu Zugeständnissen waren die nationalsozialistischen Behörden nur dort bereit, wo es ihren eigenen Zielen nützlich zu werden versprach. Ende Juli 1940 mochte die Industrie- und Handelskammer Breslau »das Bedürfnis einer gewerblichen Betätigung von Juden für Juden in gewissem Umfange bejahen, insbesondere für die Zwecke der Auswanderung. Wir stellen daher anheim, einem bis zwei der jüdischen Bewerber die Genehmigung zur Ausführung von Schreibmaschinen- und Vervielfältigungsarbeiten für Juden zu erteilen.«²¹⁴ Nach dem Emigrationsverbot wurde einigen wenigen jüdischen Gewerbetreibenden eine Tätigkeit erlaubt, und zwar nur solche handwerklichen Arbeiten, »bei denen eine körperliche Berührung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer erfolgt«. Vorgesehen waren nach den Vorstellungen der Handwerkskammer Breslau fünf jüdische Damenschneider, sechs Friseure, fünf Herrenschneider, acht Schuhmacher, ein Wäschereibetrieb, ein Wäscheschneider sowie ein Korsettmacher. Die Handwerkskammer betonte zugleich, dass diese Vorschläge »selbstverständlich« berücksichtigen würden, »dass die Juden bezüglich der Ausführungsmöglichkeiten für handwerkliche Arbeiten nicht besser gestellt sein

212 JMF, Nr. 9966, Bl. 31: Regierungspräsident an Oberfinanzpräsidenten Schlesien v. 10.2.1939 betr. noch bestehende Synagogengemeinden in Schlesien.

213 Lis, Górný Śląsk, S. 181-202.

214 JMF, Nr. 9969, Bl. 3: Industrie- und Handelskammer Breslau an Regierungspräsidenten v. 30.7.1940 betr. Zulassung der Betätigung von Juden.

dürfen als unsere Volksgenossen.«²¹⁵ Was auf den ersten Blick als ein – wenn auch minimales – Entgegenkommen aussehen könnte, erweist sich bei näherer Betrachtung rasch als eine weitere der zahllosen Diskriminierungen gegen Juden. Die Zulassung jüdischer Handwerker war nämlich verbunden mit der Auflage an die Synagogengemeinde, bekannt zu machen, dass in den sieben genannten Handwerken »die Juden von nun ab arische Betriebe dieser Art nicht mehr in Anspruch nehmen dürfen.«²¹⁶

Aber selbst in dieser Zeit höchster Bedrückung und Not gab es noch Nichtjuden, für die es eine Selbstverständlichkeit war, auch weiterhin für ihre jüdischen Bekannten, Freunde oder auch Geschäftspartner einzustehen und ihnen zu helfen. So konnte Willy Hadda sein jüdisches Altenheim lange über den Kriegsbeginn hinweg fortführen:

»Trotz sich verschärfender Knappheit von Lebensmitteln und Kleidung, das Altersheim, wir Haddas, sowohl Verwandtschaft wie Freunde spürten kaum etwas davon. Denn Arnold Ewers, Geschäftsführer der Kolonialwarenhandlung Stiebler, blieb nach wie vor eine zuverlässige Verbindung. Nach frühzeitigem Einziehen in die Armee Proviantmeister geworden, betrieb er nun neben dem Kolonialwarengeschäft auch noch unter der Hand regen Handel mit Requiriertem; ab und zu, nach drei und fünfmaligem Klingeln des Telefons stand dann einen Halbttag später in dämmriger Morgenstunde ein Lastwagen vor der Lothringer 18, dessen durch den Hintereingang klammheimlich eingeschleusten Kohlsäcke Fisch und Fleischkonserven enthielten, kondensierte Milch, Würste, Obst, Marmelade nebst Unterwäsche und Strümpfen. Was sonst alles für Juden fast gänzlich ausfiel, Ariern rationsweise zustand, Obst oft nur Frontsoldaten.«²¹⁷

Zwar war auch nach dem deutschen Überfall auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges Emigration nicht gänzlich unmöglich geworden, aber nun, als man keinen deutschen Juden mehr von der Emigration überzeugen musste, waren die Formalitäten noch umfangreicher und die ohnehin wenigen Aufnahmeländer noch schwerer zu erreichen: »Niemand wollte uns jetzt noch: staatenlose, durch zwangsweises Verschleudern unseres Besitzes und Sonderabgaben verarmte und seelisch gebrochene Juden.«²¹⁸ In dem Maße jedoch, in dem die Emigration schließlich unmöglich wurde, erwies sich die Arbeit als Präludium des Holocaust: die letzten geduldeten Gewerbebetriebe wurden geschlossen,

215 JFM, Nr. 9969, Bl. 4-5: Handwerkskammer Breslau an Regierungspräsident v. 19.8.1940 betr. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben v. 12.11.1939.

216 Ebd., hier Bl. 5.

217 Hadda, Knapp davongekommen, S. 101.

218 Ebd., S. 116. Der Familie Hadda gelang noch kurz vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion die Flucht, nachdem die Reichsvereinigung das von Willy Hadda geführte Altenheim übernommen und ihm und seiner Familie die Ausreisepapiere besorgt hatte.

als ihre jüdischen Betreiber entweder in Durchgangslagern wie Tormersdorf, Grüssau und Riebzig interniert oder in Konzentrations- bzw. Vernichtungslager deportiert wurden.

Der Holocaust bedeutete für die schlesischen Juden und für das jüdische Leben in Schlesien das Ende. Laut der Volkszählung im Deutschen Reich von Mai 1939 hatten noch immer über 11 000 Juden allein in Breslau gelebt; noch stärker geschrumpft waren die Gemeinden in (West-)Oberschlesien, wo beispielsweise in Gleiwitz im Herbst 1939 noch 777 Mitglieder, in Hindenburg 459, in Opateln 259, insgesamt 2070 Juden gezählt wurden.²¹⁹ Von diesen überlebten nur wenige den Krieg und den Holocaust, überwiegend Juden, die in sogenannter privilegierter Mischehe lebten oder sich als »Mischlinge«, wie beispielsweise Karla Wolff,²²⁰ in den letzten Monaten des Krieges hatten verstecken können.²²¹

Die schlesischen Juden waren nur mehr hilflose Opfer der nationalsozialistischen Willkürpolitik: Im September 1941 wurden sie aus dem gesamten Breslauer Stadtgebiet in einer konzertierten Aktion in einige wenige sogenannte Judenhäuser in der Umgebung der Storchensynagoge in der Wallstraße zusammengedrängt, Ende des Jahres wurden dann einige Hundert Personen in drei eigens dafür eingerichtete Sammellager in Grüssau, Tormersdorf und Riebzig deportiert, um die Provinzhauptstadt schneller »judenfrei« zu bekommen.

Den Auftakt zu den Deportationen in die Vernichtung bildete der erste Transport vom 25. November 1941 – über 1000 Breslauer Juden, darunter Willy Cohn und der Breslauer Kaufmann Walter Tausk, wurden nach Kaunas (Kovno) deportiert und dort kurz nach ihrer Ankunft erschossen.²²² Insgesamt 15 Transporte aus der gesamten schlesischen Provinz folgten in den kommenden Monaten nach Riga, Sobibór, Theresienstadt (dorthin über 2800 Menschen, von denen nur schätzungsweise 200 überlebten²²³); 1942 dann auch in das nahe gelegene Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, das nur 65 Kilometer von Gleiwitz entfernt lag. Der letzte Transport mit Juden verließ Breslau im April 1944;²²⁴ von den meisten der Opfer blieben nur in großem Umfang die Vermögenserklärungen erhalten, die die betroffenen schlesischen Juden verschiedentlich noch wenige Tage vor ihrer Deportation hatten ausfüllen müssen.

219 ŽIH, 112/15 o, Bl. 17: Undatierte Notiz [September 1939] der Bezirksstelle Gleiwitz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

220 Karla Wolff, Ich blieb zurück. Erinnerungen an Breslau und Israel. Mit einem Geleitwort von Uwe Neumärker, hrsg. u. m. einem Nachwort versehen v. Ingo Loose, Berlin 2012.

221 Siehe Katharina Friedla, Ego-Dokumente als Quellen zu Lebenswelten der Breslauer Juden, http://www.bkge.de/download/Friedla_Egodokumente.pdf [2.1.2014].

222 Zur Deportation und dem Mord an den Breslauer Juden siehe Ziątkowski, *Dzieje Żydów we Wrocławiu*, S. 110 f., dort ist auch eine Liste der einzelnen Transporte »nach dem Osten«, Auschwitz und Theresienstadt, zu finden.

223 Brillling, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens*, S. 43.

224 Erhard Roy Wiehn, Ein schwerer Abschied fast schon leichtgemacht (Einleitung), in: Hadda, Knapp davongekommen, S. 9-12, hier S. 10.

Die Zerstörung der zahlreichen niederschlesischen jüdischen Landgemeinden war praktisch abgeschlossen. Zwar lebten Juden im Herbst 1942 noch immer in 33 Ortschaften Niederschlesiens (bzw. im Zuständigkeitsbereich der Staatspolizei[leit]stelle Breslau), aber insgesamt handelte es sich nur noch um 121 Personen, davon allein 49 im landwirtschaftlichen Ausbildungsgut Groß Breesen, sodass von jüdischen Gemeinden selbst im weitesten Wortsinne schon lange nicht mehr die Rede sein konnte. Analoge Zahlen weisen für das Gebiet der Staatspolizei(leit)stelle Kattowitz (für fünf Altreichskreise) 185 Juden in 9 Ortschaften (davon 77 in Gleiwitz und 51 in Beuthen), schließlich für Oppeln insgesamt 174 Juden in 32 Orten (davon 41 in Neiße und 20 in Leobschütz) aus.²²⁵ Auch aus Oberschlesien fuhren im Sommer 1942 die Deportationszüge in die Vernichtungslager, die letzten Transporte erfolgten hier Ende Februar (Gleiwitz) sowie Anfang März und am 20. April 1943 (Oppeln). Die 14-jährige Karla Wolff erlebte den Abtransport der letzten Breslauer Juden als unmittelbare Zeugin mit: »27. Februar 1943: Ich weiß gar nicht mehr, wie es begann. Aber plötzlich wussten es alle – das ist der Tag der vollkommenen Liquidierung der Jüdischen Gemeinde. Das ist der letzte Abschnitt. [...] Am nächsten Tag kamen die Lastautos. Stundenlang wurden die Menschen mit ihrem armseligen Rucksack oder Koffer verladen. Manche winkten sehnsüchtig, manche blickten nicht zurück – die Gesichter verschwanden.«²²⁶

Fortan gab es offiziell kein jüdisches Leben mehr in Schlesien. Und dennoch lebten noch immer viele Juden in Schlesien. Namentlich in Oberschlesien hatte der durch Einberufungen bedingte Arbeitskräftemangel zu einem massiven Zwangsarbeitereinsatz geführt, der durch den ehemaligen Breslauer Polizeipräsidenten Albrecht Schmelt als »Sonderbeauftragter des Reichsführers SS für fremdvölkischen Arbeitseinsatz in Oberschlesien« koordiniert wurde. Die nach ihm benannte »Organisation Schmelt« unterhielt Dutzende von Arbeitslagern in Schlesien. Als der Statistiker Richard Korherr Reichsführer SS Heinrich Himmler im März 1943 über den Stand der Judenvernichtung informierte (Korherr-Bericht), verzeichnete er für Breslau 2451 Juden, für Schlesien jedoch 50570 Juden allein in den Schmelt-Lagern. Zu diesem Zeitpunkt wurden Juden schon längst nicht mehr der eigentlichen Bevölkerung zugerechnet.²²⁷

225 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), R 8150/29, Bl. 5, 18, 53, 83: Orte mit unter 100 Juden nach Staatspolizei(leit)stellen.

226 Wolff, Ich blieb zurück, S. 79, 81. Die zur Deportation bestimmten Menschen wurden noch einige Tage in drei Sammellagern in der Stadt (Storch-Synagoge, Saal der Gesellschaft der Freunde, Schießwerder) festgehalten. Am 4. März 1943 ging ein Transport mit 1405 Breslauer Juden nach Auschwitz ab, zugleich wurden Anfang April auch die Sammellager Tormersdorf, Grüssau und Riebnig aufgelöst. Von den 1405 Deportierten wurden in Auschwitz-Birkenau 809 Menschen sofort vergast.

227 Instytut Pamięci Narodowej (IPN), GK 317/874, Bd. 9, Bl. 83. Zu den Lagern der »Organisation Schmelt« siehe auch Ann Kirschner, Salas Geheimnis. Die Geschichte meiner Mutter, Frankfurt a. M. 2008.

Abschließende Überlegungen

Die historische Forschung kann sich den überzeugenden Argumenten von Till van Rahden und Manfred Hettling anschließen, dass die Integration der Breslauer bzw. allgemein der schlesischen Juden zwischen 1860 und 1929 in eindrucksvoller Weise gelang. Allerdings bleibt man dabei auf Analysebegriffe wie Integration, Akkulturation o.ä. angewiesen, deren hermeneutische Reichweite unterschiedlich bewertet werden kann. Rein ökonomische Parameter zeigen einen Aufstieg, ein Gleichziehen, oft sogar ein erfolgreicherer Agieren als der Bevölkerungsdurchschnitt, später dann einen Abstieg, der in der Vernichtung endete. Ein Beweis für eine gelungene Integration ist wirtschaftliches Wohlergehen für sich genommen jedoch nicht. Auch van Rahden merkt kritisch an, dass es keine »den Ansprüchen der neueren Sozial- und Kulturgeschichte genügende Darstellung des Ausmaßes und der Grenzen der jüdischen Integration in die deutsche Gesellschaft« gebe.²²⁸ Zudem war das jüdische »Erfolgsmodell« binnen weniger Monate vollständig aufhebbar, ja bereits unter den »demokratischen« Bedingungen der Weimarer Republik schwer zu erschüttern.

Dennoch sind die Charakteristika der Epoche unübersehbar. Die jüdische Minderheit in ganz Schlesien absolvierte einen eindrucksvollen wirtschaftlichen Aufstieg, der wiederum sichtbare Konsequenzen für das soziale und das kulturelle Leben besaß – und in Reaktion darauf vermutlich auch für antisemitische Krisenphänomene der nichtjüdischen Bevölkerung. Das erhaltene Aktenmaterial lässt es für die Weimarer Republik und die NS-Zeit ohne Weiteres zu, verstärkt eine innerjüdische Perspektive zu berücksichtigen bzw. einzunehmen, was die bekannten Befunde etwa zu der Entwicklung der Krise in den 1920er-Jahren oder zu den »Arisierungen« im Nationalsozialismus wesentlich differenzieren kann.

Bei der vorangegangenen, wenn auch gerafften und in vielen Punkten notgedrungen unvollständigen Gesamtschau wirtschaftlichen Handelns der schlesischen Juden sticht vor allem ein Aspekt hervor, der sich gleichsam wie ein roter Faden durch die Jahrzehnte zieht: Die Wohltätigkeit, die als Mitzwah im Judentum geboten ist, schlug sich im Kaiserreich in zahlreichen Stiftungen und Legaten sowie in der finanziellen Unterstützung bedürftiger Juden (und auch Nichtjuden) nieder. Diese Hilfsstätigkeit unterlag später einem Wandel und wurde in der Weimarer Republik und erst recht im Nationalsozialismus »aus einer Angelegenheit der Armenfürsorge zu einer Aufgabe der Sozialpolitik«²²⁹. Jüdische Unternehmer wurden zunehmend in diese Sozialpolitik eingebunden bzw. banden sich selbst ein. Hilfskassen, Genossenschaftsbanken, Beratungsvereine etc. waren dennoch Initiativen der Gemeinde, und das heißt: das Ergebnis gemeinschaftlicher Anstrengungen. Schon von daher muss der von Davies und Moorehouse vertretenen These, die Mehrheit der Breslauer Juden hätte in den

228 Van Rahden, *Juden und andere Breslauer*, S. 29.

229 Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland 1880-1940*, S. 139.

1930er-Jahren mit der Synagogengemeinde nichts mehr zu tun gehabt, eine deutliche Absage erteilt werden.²³⁰

Die in Schlesien wie auch andernorts im Deutschen Reich lebenden Juden hatten allen bemerkenswerten Anstrengungen zum Trotz letztlich keine Chance. Das bedeutet aber nicht, dass es sich gar nicht erst lohnt, diese Anstrengungen in ihrer Vielfalt, ihrem betriebswirtschaftlichen Kalkül und ihrem sozialpolitischen Erfolg zu untersuchen. Präzise Forschung, die die tatsächliche Komplexität und Nichtdeterminiertheit der Entwicklung in den 1920er- und 1930er-Jahren erfasst, könnte ein weiterer, wenn auch kleiner Schritt zur Beantwortung der Frage sein, warum die Integration der Juden in Deutschland trotz eines vielversprechenden Aufstiegs im Kaiserreich und den ersten Jahren der Weimarer Republik letztlich scheiterte.

Die Rolle des jüdischen Unternehmers und Gewerbetreibenden ist in dieser Geschichte des deutschen Judentums keine unbedeutende. Niemand Geringeres als Leo Baeck fasste 1938 die zentrale Position der jüdischen Unternehmer und Geschäftsleute für das Wohlergehen der jüdischen Gemeinschaft gleichsam idealtypisch zusammen:

»Inmitten der Grundgestalten des jüdischen Menschen steht der jüdische Kaufmann, er ist ein Ahne von uns allen geworden. [...] Sein Eigenes hat er geben können. Er hat das jüdische Menschentum vor der äußeren Isolierung bewahrt; in Tagen der Abschließung hat er Wege geöffnet von drinnen nach draußen und von draußen hinein, so daß der Jude aus der Gasse in das Land sah. Er hat vor einer inneren Verkapselung geschützt; in einem Bereich abstrakten Denkens und messianischer Phantasie hat er für Wirklichkeiten und Ausführbarkeiten den Sinn wacherhalten, so daß sich Bet ha-Midrasch [das Lehrhaus; I. L.] und Leben erkannten.«²³¹

230 Davies/Moorehouse, *Die Blume Europas*, S. 449.

231 Leo Baeck, *Der jüdische Kaufmann*, in: *Almanach des Schocken Verlages auf das Jahr 5699*, Berlin 1938/39, S. 61 f., hier S. 61.

III Jüdische Geschichte von innen

Ist Breslau »in vielfacher Beziehung Vorort und Muster für Schlesien«^{1?}

Religiöse Entwicklungen in den jüdischen Gemeinden einer preußischen Provinz im 19. Jahrhundert

Die Bemühungen der deutschen Juden im 19. Jahrhundert, ihren Glauben als bürgerliche Konfession zu gestalten, sind in der neueren historiografischen Literatur vielfach gewürdigt worden. Dabei bilden Studien mit einer regionalen Ausrichtung bislang die Ausnahme.² Der vorliegende Aufsatz macht es sich zur Aufgabe, Grundlinien des religiösen Wandels in einer Provinz im Osten der preußischen Monarchie nachzuzeichnen. Die Hinwendung zu Schlesien beruht auf der Annahme, dass die dort beheimateten Jüdinnen und Juden ihren öffentlichen Kultus auch in dem Bewusstsein eines gemeinsamen Zusammenhalts organisierten. Der engere territoriale Zuschnitt gründet zudem auf der Vermutung, dass die schlesische Judenheit zwar ebenfalls einen Prozess der Verbürgerlichung durchlief, wie dieser für Deutschland insgesamt typisch war, dass die Modernisierung der religiösen Institutionen aber zumindest teilweise durchaus spezifische Merkmale aufwies, die sich vor allem auf die Grenzlage zwischen Ost- und Westeuropa beziehen lassen. Dabei gilt es zu fragen, ob die Hypothese, dass die geografische Mittelstellung die schlesisch-jüdische Gemeinschaft auch für eine religiöse Vermittlungsposition prädestinierte, einer Überprüfung standhält. Ein besonderes Augenmerk richtet sich auf die jüdische Großgemeinde in Breslau, deren intellektuelle Strahlkraft weit über die Grenzen der Provinz reichte. Zugleich gilt es, auch die Frage nach dem religiösen Leben in den übrigen Gemeinden der drei Regierungsbezirke (Liegnitz, Breslau und Oppeln) nicht zu vernachlässigen, um zu zeigen, welche Gesamttendenz beobachtet werden kann.

Die Anfänge des religiösen Wandels

In der Provinz Schlesien, die im Osten an die polnischen Gebiete Russlands und im Süden an die der Habsburger Monarchie grenzte, organisierten sich die Juden während des 18. Jahrhunderts in vier als Zwangsgemeinschaften geordneten Gemeindeverbänden. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt,

1 Allgemeine Zeitung des Judenthums (AZJ) 27 (1863), S. 308.

2 Zu Sachsen-Meiningen und Sachsen-Weimar-Andernach siehe Gabriele Olbrisch, Landrabbinat in Thüringen 1811-1871. Jüdische Schul- und Kultusreform unter staatlicher Regie, Köln/Weimar/Wien 2003.

übten diese eine Kontrollfunktion nach innen aus, vertraten aber zugleich die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der Obrigkeit. Die Breslauer, Glogauer und Zülzer Judenschaft sowie die »ober- und niederschlesische Stadt- und Landjudenschaft« wurden erst aufgelöst, als am 11. März 1812 das *Edikt, betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preussischen Staate* in Kraft trat.³

Zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert siedelten die etwa 10 000 schlesischen Juden noch überwiegend auf dem Land und in den kleineren Städten, wo sich die traditionelle Lebenswelt, geprägt vom täglichen, wöchentlichen und jährlichen Rhythmus der religiösen Praxis, noch weitgehend uneingeschränkt entfalten konnte. Insbesondere die Speisegesetze, die Sabbatruhe und der jüdische Festkalender wirkten, wie überall im deutschen Sprachraum, nachhaltig als soziokulturelle Barrieren zur nichtjüdischen Umwelt.⁴

Die größte Synagogengemeinde mit mehr als 2500 Frauen, Männern und Kindern existierte in der Metropole Breslau, die als Drehscheibe für den Handel mit Ostmitteleuropa eine starke Anziehungskraft auf auswärtige Juden ausübte. Auch hier sprach sich eine Mehrheit der Mitglieder gegen jegliche Modernisierung in Kultus und Erziehung aus, zumal sich der konservative Einfluss der polnisch-russischen Nachbarschaft spürbar geltend machte. Die Geschicke der *Kehilla* bestimmte freilich vor allem die kleine Zahl der Generalprivilegierten, die sich zur lokalen Wirtschaftselite zählen durften. Unter ihnen traten einige Männer als Förderer der jüdischen Aufklärung in Erscheinung, die seit den 1770er-Jahren insbesondere von Berlin ausging, aber auch in Breslau für die Erweiterung einer säkularen jüdischen Sphäre warb. Breslaus Status als wichtige Zweigstelle der *Haskala* wurde zudem durch die Tatsache unterstrichen, dass hier seit 1795 die Zeitschrift der Bewegung, der hebräische *HaMeassef*, erschien.⁵

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts beschränkte sich die religiöse Modernisierung der jüdischen Gemeinde auf kleine, aber durchaus wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens. Dass sich die Wertewelt allmählich zu wandeln begann, veranschaulicht etwa die Gesellschaft der Brüder, die im April 1780 von »einige[n] in der jüdischen Religion mehr aufgeklärte[n] junge[n] Leute[n]« gegründet worden war.⁶ Dieser vereinsartige Zusammenschluss organisierte schon

3 Bernhard Brillung, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens. Entstehung und Geschichte, Stuttgart u. a. 1972, S. 13; siehe Edikt, betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preussischen Staate, 11.3.1812, in: Ismar Freund, Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen, 2 Bde., Bd. 2: Urkunden, Berlin 1912, S. 455-459.

4 Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer, Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 2: Emanzipation und Akkulturation 1780-1871, München 1996, S. 96-106.

5 Siehe ebd.; Shmuel Feiner, *Haskala – Jüdische Aufklärung. Geschichte einer kulturellen Revolution*, Hildesheim/Zürich/New York 2007, S. 410 et passim; Andreas Kennecke, »HaMe'assef« – die erste hebräische Zeitschrift, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 12 (2001), S. 171-188.

6 Marcus Brann, Geschichte der Gesellschaft der Brüder. Festschrift zur Jahrhundertfeier am 21. März 1880, Breslau [1880], S. 15.

bald eigene Gottesdienste, die auch Nichtmitgliedern offenstanden, in denen die Betenden aber mit einem strengen Katalog von Anweisungen konfrontiert wurden, durch die die bürgerlichen Ordnungsvorstellungen zur Geltung kommen sollten.⁷ Seit 1796, als die Gesellschaft eine neue Gebetsstätte bezog, konnten die Besucher zu besonderen Anlässen auch religiöse Vorträge in deutscher Sprache hören. Durch Belehrung und Erbauung suchten diese Gottesdienste den gewandelten Ansprüchen der – vermutlich meist männlichen – Teilnehmer Rechnung zu tragen, ohne jedoch ansonsten Veränderungen der Liturgie stattzugeben. Die Gesellschaft der Brüder gestaltete ihren Kultus im überlieferten Rahmen des Religionsgesetzes, sodass auch Mitglieder, die für ihre besonders rigorose Frömmigkeit bekannt waren, keinen Anstoß nahmen.⁸

Führende Mitglieder der Gesellschaft der Brüder wirkten auch für eine Erneuerung auf dem Gebiet des jüdischen Unterrichts. Gefördert von den Breslauer Lokalbehörden öffnete 1791 die Wilhelmsschule genannte jüdische Knabenanstalt ihre Pforten, in der die *Maskilim* das Beispiel vorausgegangener christlicher Musterschulgründungen aufgriffen sowie der Berliner jüdischen Freischule nacheiferten. Die jüdischen Aufklärer hegten die Hoffnung auf eine grundlegende Umgestaltung des Erziehungswesens, soweit in diesem das »Lernen« lediglich als Aneignung einer normativen Überlieferung ausgelegt wurde. Schulunterricht sollte demnach nicht mehr vornehmlich eine traditionsstabilisierende Funktion erfüllen, sondern praktische Fähigkeiten zur Bewältigung des säkularen Alltags vermitteln und die Jugend mit Grundkenntnissen europäischer Bildung ausstatten. Durch ihren massiven Protest gegen die Reformschule verdeutlichte die konservative Gemeindemehrheit, dass sie die curricularen und pädagogischen Neuerungen als illegitimen Eingriff in die überlieferte Gesellschaftsordnung ablehnte. Insbesondere die anfängliche Weigerung der Wilhelmsschule, den Unterricht des Talmud unter rabbinische Aufsicht zu stellen, schürte das Misstrauen.⁹

7 Die Festschrift der Gesellschaft vermerkte dazu 1880: »Das Durcheinanderschwirren der betenden Stimmen und die Lebhaftigkeit orientalischer Gesticulation, welche auf deutschem Boden stets befremdlich und abstossend erscheinen mussten, wurden schon an der ersten Andachtstätte der Gesellschaft mit Energie bekämpft und unterdrückt.« Ebd., S. 17.

8 Ebd., S. 39.

9 Zur Wilhelmsschule siehe u. a. Andreas Reinke, Zwischen Tradition, Aufklärung und Assimilation. Die Königliche Wilhelmsschule in Breslau 1791-1848, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 43 (1991), S. 193-214; siehe auch Peter Dietrich, Die Rolle des preußischen Staates bei der Reform des jüdischen Schulwesens. Handlungsstrategien der preußischen Verwaltung gegenüber der jüdischen Freischule in Berlin (1778-1825) und der Königlichen Wilhelmsschule in Breslau (1791-1848), in: Britta Behm/Ingrid Lohmann/Uta Lohmann, Jüdische Erziehung und aufklärerische Schulreform. Analysen zum späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, New York/München/Berlin 2002, S. 167-212. 1801 wurde auch eine Mädchenindustrieschule gegründet; siehe dazu: Marcus Brann, Geschichte der Anstalt während des ersten Jahrhunderts ihres Bestehens,

Von einer Säkularisierung solcher Lebensbereiche, die vormalig durch das Religionsgesetz geordnet wurden, zeugte ebenfalls der Streit um die frühe Beerdigung, in dem *Maskilim* und Traditionalisten außerhalb Schlesiens bereits seit den 1770er-Jahren die Klänge kreuzten.¹⁰ In der Synagogengemeinde Breslau entbrannte die Auseinandersetzung erst relativ spät, sorgte aber seit 1794 für erhebliche Unruhe. Verlangte das jüdische Sakralrecht, dass die Beerdigung eines Toten so schnell wie möglich, also im Idealfall noch am Sterbetag erfolgen müsse, so wussten sich die jüdischen Aufklärer in Breslau in ihrem Widerstand gegen diesen Brauch mit den preußischen Behörden einig. Dabei ging es vordergründig darum, durch eine Wartezeit der Gefahr der Bestattung eines Scheintoten zu begegnen. Eine wichtige Rolle spielten darüber hinaus aber auch sowohl der Kampf um die Deutungsmacht in religionsgesetzlichen Fragen als auch der Wunsch, bisherige kulturelle Unterschiede einzuebneten.

Für eine dreitägige Wartezeit bis zur Beisetzung eines Leichnams sprach sich die Neue Beerdigungs-Gesellschaft aus, die sich 1798 in Konkurrenz zur alten *Chewra Kadischa* (d. h. Heilige Beerdigungsbruderschaft) konstituierte. Ihren Mitgliedern war es aber nicht nur um die Durchsetzung einer medizinisch gebotenen Vorsichtsmaßnahme zu tun, sondern auch darum, den Umgang mit den Toten insgesamt »auf eine anständigere und dem Hauptzweck angemessenere Art« zu regeln. Gegen das frühe Begräbnis argumentierte ferner die dritte Beerdigungsgesellschaft, die etwa zur selben Zeit gegründet wurde und die sich weitgehend aus Angehörigen der Gesellschaft der Brüder zusammensetzte. Bereits wenige Monate später wurde der Streit zugunsten der Aufklärer entschieden. Im September 1798 intervenierte die preußische Obrigkeit und unterwarf die Bestattungspraxis der Juden behördlicher Kontrolle. Ein Zirkularreskript verfügte ein grundsätzliches Verbot der frühen Beisetzung, das für sämtliche Provinzen galt.¹¹

Die Geschichte der Gesellschaft der Brüder veranschaulicht, dass diese einflussreiche Gruppe überlieferte Frömmigkeitsmuster zwar auf den Prüfstand stellte, ohne sich aber einen radikalen Umsturz der überlieferten Ordnung auf die Fahnen zu schreiben. Dass die »Freunde« bei der Erneuerung der religiösen Ausdrucksformen einen eher moderaten Kurs beschritten, veranschaulicht auch das Jahr 1812: Nachdem die Juden in den preußischen Provinzen Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und Schlesien durch das Märzdekret zu »Einländern und Preußischen Staatsbürgern« erklärt worden waren, setzte eine anonyme Broschüre erhitzte Diskussionen in Gang, deren Verfasser, der Berliner jüdische Stadtrat und radikale Aufklärer David Friedländer (1750-1834), einer konsequenten »Umformung« und Eindeutschung des synagogalen Gottesdienstes

in: 100. Jahresbericht über die Industrieschule für israelitische Mädchen, Breslau 1901, S. 3-35.

10 Siehe z. B. Daniel Krochmalnik, Scheintod und Emanzipation. Der Beerdigungsstreit in seinem historischen Kontext, in: *Trumah* 6 (1997), S. 107-149.

11 Siehe dazu ausführlich Andreas Reinke, Judentum und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Das jüdische Krankenhaus in Breslau 1726-1944, Hannover 1999, S. 97-104.

das Wort sprach.¹² Aus Schlesien meldeten sich mindestens drei Stimmen zu Wort, die von unterschiedlichen Positionen aus gegen Friedländers radikalen Reformvorstoß argumentierten. Salomon Pappenheim (1740-1814) gehörte als Rabbinatsassessor in Breslau zu den wenigen Vertretern der *Haskala*, die ein religiöses Amt bekleideten, doch blieb er zeitlebens ein Gegner liturgischer Veränderungen.¹³ Eine Replik auf Friedländer verfasste auch Abraham Muhr (1781-1847) aus Pless. Muhr, der als Wortführer der oberschlesischen Juden auch die Anerkennung der Behörden genoss, war Reformen grundsätzlich zugeneigt, wandte sich jedoch gegen Friedländer, dessen Vorschläge ihm zu weit gingen.¹⁴ Für die »Brüdergesellschaft« meldete sich deren Vorsitzender Benjamin Levin Dohm (1754-1825) zu Wort, der auch als Syndikus der Kultusgemeinde arbeitete sowie zum Schulkollegium der Wilhelmschule gehörte. Dohm warnte davor, das hebräische Gebet komplett preiszugeben, da eine solche Maßnahme das Gros der Gläubigen entfremden müsse. Allerdings räumte er ein, dass Kanzelvorträge und musikalische Begleitung ebenso zu einer würdigeren Gestaltung des Gottesdienstes beitragen könnten wie die Übertragung einzelner Gebete.¹⁵

Zaghafte Modernisierungstendenzen

Die Breslauer jüdische Gemeinde sah sich als Organ der Selbstverwaltung lange Jahre nicht in der Lage, den Kultus ihrer zentralen Zuständigkeit zu unterwerfen. Zwar gab es ein größeres Bethaus – die sogenannte »Landschule« oder Lan-

- 12 David Friedländer, Ueber die durch die neue Organisation der Judenschaften in den Preußischen Staaten nothwendig gewordene Umbildung 1) ihres Gottesdienstes in den Synagogen, 2) ihrer Unterrichts-Anstalten und deren Lehrgegenstände und 3) ihres Erziehungs-Wesens überhaupt. Ein Wort zu seiner Zeit, Berlin 1812; siehe auch Moritz Stern, Beiträge zur Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heft 6, Berlin 1934, S. 18-25; Mordechai Eliav, Jüdische Erziehung in Deutschland im Zeitalter der Aufklärung und Emanzipation, Münster/New York/München 2001, S. 83 f.
- 13 Salomon Pappenheim, Freymüthige Erklärung über die Kritik des Gottesdienstes der Juden und deren Erziehung der Jugend, Breslau 1813; es sei an dieser Stelle angemerkt, dass der Aufsatz vielfach auf biografische Informationen aus dem von Carsten Wilke bearbeiteten Rabbinerlexikon zurückgreift, ohne diese aber in jedem Einzelfall nachzuweisen: Michael Brocke/Julius Carlebach (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 1: Die Rabbiner der Emanzipationszeit in den deutschen, böhmischen und großpolnischen Ländern 1781-1871, bearb. v. Carsten Wilke, München 2004.
- 14 [Abraham Muhr], Jerubaaal oder über die religiöse Reform der Juden in preußischen Staaten, Breslau 1813; siehe M. Brann, Abraham Muhr. Ein Lebensbild, o. O. u. J., S. 27-36.
- 15 Benjamin Levin Dohm, Etwas zum Schutz des angegriffenen Gebrauchs der ebräischen Sprache bei den Gebeten der Juden in den Königl. Preussischen Staaten, Breslau 1812; Michael A. Meyer, The Orthodox and the Enlightened. An Unpublished Contemporary Analysis of Berlin Jewry's Spiritual Condition in the Early Nineteenth Century, in: Leo Baeck Institute Year Book 25 (1980), S. 101 f.; Ludwig Geiger, Geschichte der Juden in Berlin, Berlin 1871, Bd. 2, S. 217 f.

dessynagoge im Pokoyhof zwischen Antonien- und Wallstraße – sowie kleinere Synagogen und Betstuben in großer Zahl, die sich jedoch sämtlich in privater Hand befanden. Sie existierten entweder in landsmannschaftlicher Trägerschaft, wurden von religiösen und sozialen Vereinigungen unterhalten oder befanden sich im Besitz einzelner Gemeindemitglieder bzw. Familien. Eine Synagoge hingegen, die ausreichend Platz geboten hätte, um wenigstens einem Großteil der in Breslau beheimateten Juden als religiöse Versammlungsstätte zu dienen, fehlte zunächst.¹⁶ Die Behörden betrachteten diese Vielfalt mit Misstrauen, da sie eine obrigkeitliche Kontrolle erschwerte. Mit seiner Forderung, dass eine Gemeindesynagoge gebaut werden solle und die etwa 20 Betstuben zu schließen seien, vermochte sich das preußische Innenministerium 1819 allerdings nicht durchzusetzen. Dabei spielte wohl auch die Tatsache eine Rolle, dass das Emanzipationsedikt von 1812 den Gemeinden den vormalig privilegierten Status als Zwangskörperschaft des öffentlichen Rechts vorenthielt, indem es sie zu bloßen Privatvereinen herabdrückte. Zudem blieben »die nöthigen Bestimmungen wegen des kirchlichen Zustandes« einer späteren Regelung vorbehalten, die jedoch nicht erfolgte.¹⁷

Wie überall in Preußen hatte die jüdische Kultusreform in Schlesien während der restaurativen Phase nach dem Wiener Kongress einen schweren Stand. Der Monarch, Friedrich Wilhelm III. (1770-1840), sprach sich grundsätzlich gegen Neuerungen im Gottesdienst der Synagoge aus, von denen er glaubte, sie trügen zu einer Destabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung bei. Dem privaten Reformtempel, der sich 1815 in Berlin konstituierte, war deshalb auch nur ein vorübergehender Erfolg beschieden. Für Breslau war der Tempel insofern ein wichtiger Referenzpunkt, als hier unter anderem Carl Siegfried Günsburg (1788-1860) als deutscher Kanzelredner wirkte. Günsburg, der seine Kindheit und Jugend in Schlesien verbracht hatte, gab 1817/18 gemeinsam mit Eduard Kley (1789-1867) *Die deutsche Synagoge* heraus, ein zweibändiges Reformgebetbuch, das »zum Gebrauche der Gemeinden, die sich der deutschen Gebete bedienen«, konzipiert war.¹⁸ 1819 verlegte Günsburg seinen Wohnsitz nach Breslau, wo er

16 Siehe Leszek Ziątkowski, *Die Geschichte der Juden in Breslau*, aus dem Polnischen übers. v. Barbara Kocowska, Wrocław 2000, S. 71-76; Brann, *Geschichte der Gesellschaft*, S. 9; Andreas Gotzmann, *Der Geiger-Tiktin-Streit. Trennungskrise und Publizität*, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit*, Hamburg 2003, S. 81-98, hier S. 84.

17 § 39, Edikt, betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preussischen Staate, 11.3.1812, in: Freund, *Emanzipation der Juden*, Bd. 2, S. 459; Harold Hammer-Schenk, *Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. 1, Hamburg 1981, S. 55.

18 Eduard Kley/Carl Siegfried Günsburg (Hrsg.), *Die deutsche Synagoge, oder Ordnung des Gottesdienstes für die Sabbath- und Festtage des ganzen Jahres zum Gebrauche der Gemeinden, die sich der deutschen Gebete bedienen*, 2 Bde., Berlin 1817/18; Eduard Kley stammte aus dem schlesischen Wartenberg, später besuchte er die Wilhelmschule sowie das Gymnasium in Breslau. In Hamburg reüssierte Kley als Schulleiter und Pre-

an das Vorbild des sogenannten Beerschen Tempels anzuknüpfen versuchte und unter den Gemeindegliedern für eine Neugestaltung der Gebetspraxis warb.

Günsburg, an der Berliner Universität zum Doktor der Philosophie promoviert, handelte in der Überzeugung, dass die Juden auch im Bereich des Kultus Zeichen für die kulturelle Verbürgerlichung setzen müssten. Sein Vorhaben, in der schlesischen Hauptstadt eine Gebetsversammlung mit deutschen Elementen einzurichten, fand unter den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde einige Unterstützung, zumal sich der Wunsch nach »erbaulichen Vorträgen und Reden in der Landes-Sprache« bereits 1816 artikuliert hatte, als Abraham Tiktin (1764-1820) zum Rabbiner berufen wurde.¹⁹

Rabbiner Abraham Tiktin, undatiert

Mit einer Liste, die insgesamt 106 Namen von Familienvätern und Gemeindegliedern verzeichnete, »welche den deutschen mosaischen Gottesdienst wünschen«, wusste Günsburg seinem Antrag bei den Behörden Nachdruck zu verleihen.²⁰ Berlin allerdings wollte von einem weiteren jüdischen Gebetsort in Breslau nichts wissen. Die Regierung sistierte deshalb 1821 die Eröffnung des bereits angemieteten Betlokals und untersagte Günsburg, »gottesdienstliche Versammlungen in Privattempeln oder Privathäusern zu halten«.²¹

diger des Neuen Israelitischen Tempelvereins; siehe auch Michael A. Meyer, Antwort auf die Moderne. Geschichte der Reformbewegung im Judentum, Wien/Köln/Weimar 2000, S. 75-88.

- 19 Aus dem Gemeindeprotokoll, 10.3.1816, zit. in Zweiter Bericht des Ober-Vorsteher-Collegii an die Mitglieder der hiesigen Israeliten-Gemeinde über die gegenwärtig vorliegenden Rabbinate-Angelegenheiten, Breslau 1842, S. 20.
- 20 Geheimes Staatsarchiv Berlin Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA Rep. 76 III Sekt. 15 Tit. XVI Nr. 2 Sekten- und Judensachen; Breslau; Das israelitische Kultus- und Schulwesen sowie die Errichtung neuer und Erhaltung schon bestehender Synagogen, Bd. I 1819-1825, fol. 37f.; im weiteren Verlauf der Verhandlungen stellte Günsburg sogar die Behauptung auf, dass lediglich eine Minderheit von etwa 240 Familien die Fortsetzung des hebräischen Gottesdienstes wünsche, während 300 jüdische Haushalte dem deutschen Gottesdienst zuneige; C. S. Günsburg an das Konsistorium sowie die Königliche Regierung in Breslau, 26.7.1821, GStA PK, I. HA Rep. 76 III Sekt. 15 Tit. XVI Nr. 2 Sekten- und Judensachen; Breslau; Das israelitische Kultus- und Schulwesen sowie die Errichtung neuer und Erhaltung schon bestehender Synagogen, Bd. I: 1819-1825, fol. 78f.
- 21 Siehe das Schreiben Günsburgs an Staatskanzler Hardenberg, 27.7.1822, GStA PK, I. HA Rep. 76 III Sekt. 15 Tit. XVI Nr. 2 Sekten- und Judensachen; Breslau; Das israelitische Kultus- und Schulwesen sowie die Errichtung neuer und Erhaltung schon bestehender Synagogen, Bd. I: 1819-1825, fol. 83f.

Wie weit Günsburgs Reformpläne reichten, ob er eine komplette Abkehr vom hebräischen Gebet beabsichtigte oder ob sich der Ritus lediglich an den erklärten Vorbildern Berlin, Hamburg und Wien ausrichten sollte, in denen das hebräische Element auch weiterhin einen hohen Stellenwert behielt, bleibt unklar. Angesichts seines Hinweises, dass sich in dem und durch den liturgischen Formenwandel auch eine inhaltliche Annäherung an das Christentum vollziehe, stellt sich zudem die Frage, welche Bedeutung Günsburgs Bekenntnis zur religiösen Leitkultur der Mehrheitsgesellschaft zukommt. Seine Äußerungen im Schriftverkehr mit dem Staatskanzler hätten, wären sie an die jüdische Öffentlichkeit gelangt, zweifelsohne einen Aufschrei des Protests ausgelöst. Günsburg verfolgte aber ohne Zweifel ein taktisches Kalkül, indem er den hegemonialen Diskurs aufgriff und bestätigte. Definierte er hingegen eine ideologische Plattform, dann zielte der deutsche Gottesdienst weniger auf eine moderne bürgerliche Konfessionalität denn auf eine Preisgabe jüdischer Identität:

»Ich wage es zu behaupten, daß die Berliner Israeliten welche seit so vielen Jahren ausübende Theilnehmer des deutschen Gottesdienstes sind, Christen im Geiste sind, wenn sie gleich nicht in der Gesellschaft dafür anerkannt werden, und glücklich würden auch wir Israeliten in Breslau uns schätzen, wenn uns gleichfalls eine solche Annäherung wie unsern Berliner Glaubensgenossen gestattet werden möchte und wenn auch wir durch den deutschen Gottesdienst uns unsern christlichen Glaubensbrüdern im Geiste und in der Wahrheit nähern dürften.«²²

Unbeschadet solcher Beteuerungen gelang es Günsburg nicht, die Vorbehalte des Staatsministeriums auszuräumen. Auch seine Bitte, dass die Breslauer Gemeinde gegenüber den Berliner Juden nicht benachteiligt werden dürfe, lief ins Leere. Eine Kabinettsordre des Königs vom 9. Dezember 1823 verfügte die endgültige Schließung des Berliner Tempels. Sie bildete fortan die Grundlage der Politik in allen Provinzen des preußischen Staates, wo nur noch jüdische Gottesdienste stattfinden sollten »nach dem hergebrachten Ritus ohne die geringste Neuerung in der Sprache und in den Ceremonien, Gebeten und Gesängen, ganz nach dem alten Herkommen«²³.

In den allermeisten schlesischen Land- und Kleinstadtgemeinden, wo das jüdische Leben ohnehin noch in den überlieferten Bahnen verlief, bedurfte es eines solchen Erlasses durchaus nicht, der aber in Breslau auf Jahre jegliche Kultusreform blockierte. Religiöse Veränderungen vollzogen sich hier

22 Carl Siegfried Günsburg an Staatskanzler Hardenberg, 27.7.1822, in: GStA PK, I. HA Rep. 76 III Sekt. 15 Tit. XVI Nr. 2 Sekten- und Judensachen; Breslau; Das israelitische Kultus- und Schulwesen sowie die Errichtung neuer und Erhaltung schon bestehender Synagogen, Bd. I: 1819-1825, fol. 83 f.; siehe dort auch zahlreiche weitere Dokumente.

23 Bernhard Brillung, Typoskript, Jüdisches Museum Frankfurt am Main, Brillung Archiv, SB 1169; Orient 1 (1840), S. 222; Israelit des 19. Jahrhunderts (IdnJ) 5 (1844), S. 139; Michael A. Meyer, The Religious Reform Controversy in the Berlin Jewish Community, 1814-1823, in: Leo Baeck Institute Year Book 24 (1979), S. 139-155.

vermutlich in einer wachsenden Zahl jüdischer Haushalte, in denen sich ein bürgerlicher Lebensstil entwickelte und die religiöse Gesetzestreue weniger rigore Form annahm. In den religiösen Institutionen der Gemeinde passierte hingegen nur wenig, sieht man etwa ab von der Tatsache, dass die Neue Beerdigungsgesellschaft 1817 bei der Bestattung der Toten erstmalig Särge verwendete. Der Widerstand der Orthodoxie gegen eine Annäherung an die Gebräuche der Mehrheitsgesellschaft blieb in diesem Fall wirkungslos.²⁴

In der Regel allerdings lag das Deutungsmonopol in Fragen der religiösen Praxis beim dreiköpfigen Rabbinatskollegium. Es befand sich fest in der Hand gestandener Talmudgelehrter, deren berufliches Selbstverständnis noch tief in der traditionellen Gesellschaft wurzelte. Neben den Beisitzern Jakob Falk (1760-1838) und Ascher Landau (gest. 1843) amtierte Salomon Tiktin (1791-1843), der 1821 – zunächst interimistisch – die Nachfolge seines verstorbenen Vaters Abraham als Breslauer Oberrabbiner angetreten hatte. Tiktin, dessen Anstellung 1823 von der Regierung bestätigt wurde, setzte die religiös-konservative Familientradition konsequent fort. Während die Gemeinde allmählich neue Erwartungen an ihre Rabbiner herantrug, indem etwa die Predigt in deutscher Sprache »als Vermittlungsmedium bürgerlicher Leitbilder und Normative« (Simone Lässig) breiten Zuspruch erhielt, orientierte sich Tiktin konsequent am alten Rollenmodell, wenn er sich vornehmlich als ritualgesetzliche Autorität verstand.

Rabbiner Salomon Tiktin, undatiert

Von der Tatsache, dass das Obervorsteher-Kollegium 1826 ein neues Statut erließ, das dem Rabbiner erstmalig regelmäßige erbauliche Vorträge zur Pflicht machte (»immer von vier zu vier Wochen in der vorzüglichsten und geräumigsten Synagoge«), zeigte sich Tiktin zeitlebens unbeeindruckt. Aufforderungen der Ältestenvorsteher, seinen Predigtaufgaben nachzukommen, wusste er stets mit dem Hinweis auf die Kabinettsordre von 1823 zu begegnen.²⁵ Aber auch andere Gelehrte durften nicht auf die Duldung oder gar Zustimmung des Oberrabbiners rechnen, wenn sie ihre homiletischen Fähigkeiten in den Breslauer Bethäusern unter Beweis stellen wollten. Als der orthodoxe Prediger Salomon

24 Ludwig Geiger, Aus den Kinderjahren der Reformbewegung, in: *Liberales Judentum* 1 (1908), S. 44-47.

25 Statuten der Synagogen-Gemeinde Breslau, Breslau 1826, in: Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem (CAHJP), D/Br3/18 Acta des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde Breslau betr.; siehe Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 84 f.

Plessner (1797-1883) 1821 zeitweilig in seine Geburtsstadt Breslau zurückkehrte, wurde er durch ein einstweiliges Verbot der Polizei daran gehindert, Kanzelvorträge in deutscher Sprache zu halten. Plessner hätte, so die Auskunft des schlesischen Konsistoriums vom 12. Juli 1821, eine »Erlaubnis des Rabbinate einholen müssen, er hat eine solche Genehmigung aber nicht erhalten.«²⁶ Nicht der Gemeindevorstand, sondern der Rabbiner galt der Obrigkeit als maßgebliche Entscheidungsinstanz und verlässlicher Partner einer konservativen Religionspolitik.

Während der 1820er-Jahre fand die Idee, ein zentrales öffentliches Bethaus für die Breslauer Jüdinnen und Juden zu errichten, zahlreiche Fürsprecher, doch überwog weiterhin die Opposition, die vermutlich nicht zuletzt von den Betreibern der privaten Betstuben ausging, aber auch mit den religiösen Meinungsunterschieden innerhalb der jüdischen Gemeinde sowie mit den zu erwartenden finanziellen Belastungen zusammenhing. Der Neubau in der Antoniusstraße, die sogenannte »Synagoge Zum Weißen Storch«, war zwar auf einem Hinterhofgrundstück platziert, er gehörte jedoch aufgrund seiner beeindruckenden, klassizistisch geprägten Formgebung zu den bedeutendsten jüdischen Sakralbauten im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts.²⁷ Realisiert werden konnte das Projekt jedoch nur, weil Jakob Silberstein, ein wohlhabender jüdischer Bürger der Stadt, in die Bresche sprang, die notwendigen Geldmittel aufbrachte und das Gebäude in eigener Verantwortung errichten ließ. Verpachtet an die Gesellschaft der Brüder, diente es dieser seit der Fertigstellung als repräsentative Gebetsstätte.²⁸

Die Einweihungszeremonie des Bethauses im April 1829 veranschaulicht, dass die Breslauer Juden zwar auf der Schwelle zu einer neuen Ära ihrer Geschichte standen, dass aber die konservativen Gegner aus der Gemeinde weitreichende modernisierende Maßnahmen noch zu verhindern wussten, solange sie sich des Rückhalts durch die Obrigkeit versichern konnten. So hatte Rabbiner Tiktin, der das hebräische Einsegnungsgebet sprach, erfolgreich gegen den Plan einer Eröffnungspredigt in deutscher Sprache interveniert.²⁹ Immerhin gelang es der Gesellschaft der Brüder, eine neue Synagogenordnung zu verabschieden, mit der sie einen bürgerlichen Werthimmel über der Storchsynagoge zu spannen wusste. Den Gottesdienstbesuchern wurden »Verhaltensmaaßregeln« an die Hand gegeben, die auf die konsequente Durchsetzung von Pünktlichkeit, Disziplin, Ordnung, Zurückhaltung, Anstand und Würde zielten. Weiter gehende

26 Schreiben des Konsistoriums an Salomon Plessner, 12.7.1821, GStA PK, I. HA Rep. 76 III Sekt. 15 Tit. XVI Nr. 2, Bd. I: 1819-1825, fol. 158.

27 Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 56f.; siehe zudem den Beitrag von Jerzy Kos in diesem Band.

28 Brann, Geschichte der Gesellschaft der Brüder, S. 43; siehe Ziątkowski, Juden in Breslau, S. 76.

29 Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 85; Ludwig Geiger weiß allerdings davon zu berichten, dass Tiktin eine deutsche Eröffnungsrede gestattet habe, diese jedoch von den Behörden untersagt worden sei; Ludwig Geiger, Abraham Geiger. Leben und Lebenswerk, Berlin 1910, S. 51.

Kulturreformen, also maßgebliche Eingriffe in die Liturgie des Gottesdienstes, blieben freilich vorerst noch ausgeschlossen.³⁰

Die Auseinandersetzung zwischen Salomon Tiktin und Abraham Geiger (Geiger-Tiktin-Streit)

Während der 1830er-Jahre begann die grundsätzliche Ablehnung Berlins gegenüber den Modernisierungstendenzen im religiösen Judentum einer aufgeschlosseneren Haltung zu weichen. Nach 1836 konnten erstmals Rabbinatsposten in preußischen Synagogengemeinden mit (zumeist promovierten) Akademikern besetzt werden, die bei ihren Anstrengungen, das Judentum als »bürgerliche Konfession« zu gestalten, aber durchaus unterschiedliche Wege einschlugen.³¹ Der erste studierte jüdische Geistliche in Schlesien war Ascher Sammtter (1807-1887), dem die Universität Jena 1837 den Dokortitel der Philosophie verliehen hatte, bevor er im selben Jahr als Prediger, Rabbiner und Religionslehrer nach Liegnitz (Niederschlesien) kam. Sammtter hielt regelmäßige Kanzelreden und führte die Konfirmation als *rite de passage* für Mädchen und Jungen ein. Ansonsten aber trat er, im Einklang mit der konservativen Grundhaltung der jüdischen Kultusgemeinde, nicht als Reformers in Erscheinung.³²

In Breslau verschärften sich die Spannungen zwischen den religiösen Lagern. Das Obervorsteher-Kollegium, in dem eine Mehrheit sich dem gehobenen Bürgertum zurechnete und bereits von einer streng frommen Lebensführung abgerückt war, versuchte seit 1834 den Druck auf den Oberrabbiner zu erhöhen, der aber weiterhin weder predigte noch seinen Aufsichtspflichten in den jüdischen Schulen nachkam. Die Orthodoxie galt den progressiven Juden als »polnisches Element«, dem sie die eigentliche Schuld an einer vermeintlich um sich greifenden Verwahrlosung des Glaubens und »abschreckend laxen Moralität« der Jugend zuwiesen.³³ Im Dezember 1837 brachten Gemeindeglieder ein Zirkular in Umlauf, das die baldige Anstellung eines »öffentlichen Lehrers

30 Synagoge-Ordnung der Gesellschaft der Brüder zu Breslau, Breslau 1829.

31 Carsten Wilke, »Den Talmud und den Kant«. Rabbinerausbildung an der Schwelle zur Moderne, Hildesheim/Zürich/New York 2003, S. 493.

32 AZJ 3 (1839), S. 686f.; siehe auch Moritz Peritz, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Liegnitz. Ein Beitrag zur Hundertjahrfeier am 27. November 1912, Liegnitz 1912; zur jüdischen Konfirmation allgemein siehe Mordechai Eliav, Jüdische Erziehung.

33 Siehe die Korrespondenz zwischen Obervorsteher-Kollegium und Rabbiner Tiktin, in: Bericht des Ober-Vorsteher-Colegij an die Mitglieder der hiesigen Israeliten-Gemeinde über die gegenwärtig vorliegende Rabbinats-Angelegenheit, Breslau 1842, S. 5-9; siehe auch Wilhelm Freund, Die Rabbinats-Assessor-Wahl zu Breslau im Jahre 1838, Breslau 1838, S. 3; ders., Entwurf einer zeitgemäßen Verfassung der Juden in Preußen, Breslau 1842, S. 54; Orient 2 (1841), S. 231f.; sowie Andreas Brämer, Rabbiner und Vorstand. Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Deutschland und Österreich (1809-71), Wien/Köln/Weimar 1999.

des Gotteswortes« anmahnte. Ein solcher könne der Tendenz zum religiösen Indifferentismus mit deutschen Kanzelreden entgegenwirken:

»Die Nothwendigkeit erbaulicher Religionsvorträge in unserm Tempel tritt von Tag zu Tag entschiedener und dringender hervor. In dem Grade, als die Kenntniß der heiligen Sprache abgenommen, hat sich die Wirksamkeit unserer Gebete auf Herz und Gemüth vermindert, und unsere Gottesverehrung ist zu einem rein mechanischen Formelwesen herabgesunken, unwürdig der hohen geistigen Bildung der Gegenwart, unwürdiger noch der erhabenen Lauterkeit unserer geheiligten Religion.

Aus dieser tiefen Versunkenheit unseres Gottesdienstes giebt es nur einen Rettungsweg: Die Anstellung eines wissenschaftlich gebildeten und von wahrer Religiosität durchdrungenen Mannes, der uns an den Sabbath- und Festtagen das Gotteswort lehre, der uns mit dem Wesen des reinen Judenthums bekannt mache, der durch begeisterte und begeisternde Rede unsere Herzen zu Gott erhebe, und so unsere Andacht zu einer wahrhaft gottgefälligen gestalte.«³⁴

An Unterstützern dieses Appells mangelte es nicht: Binnen kurzer Zeit bekundeten 120 Breslauer jüdische Hausväter durch ihre Unterschrift, dass sie nötigenfalls sogar eine Erhöhung ihrer Gemeindebeiträge akzeptieren wollten, um das Gehalt des Predigers aufzubringen. Motor dieser Initiative war der promovierte Altphilologe Wilhelm Freund (1806-1890). Um konservativen Vorbehalten im Vorwege zu begegnen, wurde Freund nicht müde zu betonen, dass »durch die Anstellung des Gemeinderedners nicht die geringste Veränderung in dem hergebrachten Ritus vorgenommen werden sollte«. Auch die Stellenausschreibung, die das Obervorsteher-Kollegium im März 1838 veröffentlichte, benannte neben wissenschaftlicher Bildung auch gründliche talmudische Kenntnisse und »strenge Religiosität« als wichtigste Auswahlkriterien. Der Vorstand sicherte Salomon Tiktin schriftlich zu, dass er keine »Verletzung der Wesentlichkeit des bisher üblichen Gottesdienstes« zulassen werde, sondern einen Kandidaten suche, der aufgrund seines Lebenswandels den religiösen Maßstäben des Oberrabbiners entspreche. Jeglichen Verdacht, dass etwa die Berufung eines Kultusreformers geplant sein könnte, suchten die Ältesten mit Nachdruck auszuräumen.³⁵

Tiktin war sich durchaus im Klaren über die Tragweite der Pläne, zumal der Gemeindevorstand die ursprüngliche Idee verwarf, den Prediger ohne rabbinische Entscheidungsbefugnisse zu bestellen. Stattdessen fasste er den Beschluss, diesem als Dajan (Assessor) Mitspracherechte im Rabbinerkollegium einzuräumen. Zu diesem Zweck sollte der erkrankte Rabbinatsbeisitzer Ascher Landau

34 Zit. bei Freund, Rabbinats-Assessor-Wahl, S. 5f.; siehe auch L. Geiger, Abraham Geiger, S. 54.

35 Obervorsteher-Kollegium an den Rabbiner Salomon Tiktin, 23.2.1838, in: Entgegnung auf den Bericht des Ober-Vorsteher-Collegiums der hiesigen Israeliten-Gemeinde über die Rabbinats-Angelegenheit an die Mitglieder, Breslau 1842, S. 4; siehe auch Freund, Rabbinats-Assessor-Wahl, S. 7, 14; die Ausschreibung erschien in AZJ 2 (1838), S. 185.

bei Bezug des vollen Gehalts in den Ruhestand verabschiedet werden. Die orthodoxe Fraktion der Breslauer Juden konnte einen solchen Austausch nur als Fanal für einen fundamentalen Wandel im religiösen Selbstverständnis der Breslauer Gemeinde betrachten. Durch diese Weichenstellungen wurden die traditionell geprägten Strukturen in den Institutionen der Religionsgemeinde grundsätzlich infrage gestellt.³⁶

Beim Obervorsteher-Kollegium gingen insgesamt acht Bewerbungen ein, von denen das von Wilhelm Freund geleitete Wahlkomitee aber keine einzige in Erwägung ziehen wollte. Inoffiziell hatten auch Salomon Herxheimer (1801-1884, Bernburg), Samuel Holdheim (1806-1860; Frankfurt [Oder]), Ludwig Philippson (1811-1889; Magdeburg) und Abraham Geiger (1810-1874;

Rabbiner Abraham Geiger, etwa 1860

Wiesbaden), sämtlich promovierte Vertreter des neuen Rabbinate, auf Nachfrage der Suchkommission ihr Interesse an einer Berufung nach Breslau bekundet. Freund besondere Sympathie galt dem ebenso brillianten wie energischen Geiger, dem er sich in Freundschaft verbunden fühlte. Wenn er ihn trotzdem anfänglich nicht offiziell zur Liste der Bewerber hinzufügte, so handelte er lediglich aus taktischer Vorsicht. Freund fürchtete nämlich, das gesamte Vorhaben zu gefährden, falls die »Strenggläubigen« unter den Breslauer Juden erfuhren, dass auch Geiger, der als progressiver Theologe bereits von sich reden gemacht hatte, ebenfalls als Kandidat gehandelt wurde.³⁷

Umso wichtiger war es, dass sich Geiger persönlich in der Gemeinde präsentieren. Während die übrigen Interessenten es ablehnten, der Einladung zu einer Probepredigt Folge zu leisten, nahm Geiger, der seine Stellung als Rabbiner in Hessen-Nassau im Juni 1838 aufgegeben hatte, weite Umwege in Kauf, um auf einer Rundreise durch Deutschland auch die schlesische Metropole zu besuchen. Auf diese Weise verschaffte er sich gegenüber seinen Konkurrenten einen entscheidenden Vorteil.³⁸

36 Freund, Rabbinate-Assessor-Wahl, S. 8f.; nach dem Tod Jakob Falks am 24. Juni 1838 war auch der zweite Beisitzerposten des Breslauer Rabbinate vakant.

37 Siehe Wilhelm Freund an Salomon Herxheimer, 23.2.1838, CAHJP, P46/25.

38 Ludwig Geiger (Hrsg.), Abraham Geiger's Leben in Briefen, Berlin 1878, S. 95, 108; Freund, Rabbinate-Assessor-Wahl, S. 9f. Vermutlich hatte ihm Wilhelm Freund den Vorschlag gemacht, durch seine Reiseplanungen den Anschein zu erwecken, dass der

Rabbiner Tiktin und seinen Anhängern gelang es nicht, Geigers Gastpredigt zu verhindern, zu der am 21. Juli etwa 2000 Männer und Frauen (von insgesamt etwa 5500 Gemeindegliedern) die Storchsynagoge der Brüdergesellschaft füllten. Bei der jüdischen Religionsgemeinde hinterließ der charismatische Kanzelredner einen ausnehmend positiven Eindruck. Mit seinem »gottesdienstlichen Vortrag« in deutscher Sprache gab er den Hoffnungen auf einen religiösen Neuanfang Nahrung, sodass sich die Entscheidungsträger schnell einig wurden. Als es wenige Tage nach dem Auftritt Geigers zur Abstimmung kam, sprach sich das Wahlgremium mit großer Mehrheit für dessen Anstellung als Rabbinatsassessor und zweiter Rabbiner aus. Unter den 57 Abstimmenden – darunter die zwölf Mitglieder des Obervorsteher-Kollegiums, zehn Gelehrte sowie 35 zugewanderte Männer, die eine jährliche Gemeindesteuer in Höhe von mindestens sechs Talern entrichteten – votierte lediglich eine Person gegen Geigers Berufung. Kein Stimmrecht besaßen hingegen die ärmeren, nicht zu Abgaben veranlagten Klassen, unter denen wenig akkulturierte Zuwanderer aus Posen (»den ehemals polnischen Landesteilen«) vermutlich die Majorität stellten.³⁹

Abraham Geiger war erst 22 Jahre alt gewesen, als er, unmittelbar nach der Promotion, den Ruf nach Wiesbaden erhalten hatte, wo er alsbald mit Vorstößen zu einer Reform des Gottesdienstes die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog. Sowohl in der klassischen jüdischen Literatur zu Hause als auch mit außergewöhnlichen wissenschaftlichen Talenten gesegnet, orientierte er sich an den ethischen Idealen des prophetischen Judentums, die er neben dem Monotheismus zu den unveränderlichen Bestandteilen jüdischer Frömmigkeit rechnete. Die religiöse Form hingegen betrachtete er stets als ein historisches Phänomen. Das Religionsgesetz galt ihm also nicht als ewig verbindliche und unveränderliche Norm göttlicher Herkunft, sondern lediglich als Trägerin des Geistes, die sich als solche auch in der Zeit verändern könne und müsse.⁴⁰ Geigers religiöse Weltanschauung kam in der *Wissenschaftlichen Zeitschrift für jüdische Theologie* ausführlich zur Sprache, die der junge Rabbiner seit 1835, gemeinsam mit »einem Vereine jüdischer Gelehrter« herausgab. Auch seine Breslauer Probepredigt brachte den entschiedenen Modernisierungswillen auf den Punkt, wenn er das Publikum zwar ermahnte, die Hülle des Glaubens nicht vorschnell zu vernachlässigen, ihm jedoch vor allem die Bewahrung des Glaubens ans Herz legte. Die

Aufenthalt in Breslau nicht im Zusammenhang mit einer Bewerbung stand; siehe W. Freund an S. Herzheimer, 4.4.1838, CAHJP, P46/25.

39 Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 87; Freund, Rabbinats-Assessor-Wahl, S. 10, 33; Abraham Geiger, Gottesdienstlicher Vortrag gehalten in der großen Synagoge zu Breslau am Sabbathe Matthot Maß'e 5598 (21. Juli 1838), Breslau 1838; § 70, Statuten 1826, CAHJP, D/Br3/18; siehe auch AZJ 3 (1839), S. 285 f.; Brann, Geschichte der Gesellschaft, S. 45; zu den Bevölkerungszahlen siehe Jacob Toury, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871, Düsseldorf 1977, S. 34.

40 Meyer, Antwort auf die Moderne, S. 144-150; zu Geiger siehe auch Ken Koltun-Fromm, Abraham Geiger's Liberal Judaism, Bloomington, Ind. 2006, sowie die bei ihm genannte Literatur.

Formen, als Träger des religiösen Geistes, in denen dieser sichtbar werde, seien dem Wandel unterworfen: »[...] wenn sie den Geist nicht mehr in sich tragen, [sind] sie der Frömmigkeit nicht mehr nütze.«⁴¹

Dass die Rabbinerwahl kein alltägliches Geschehen dokumentierte, sondern ihr eine eminente Symbolkraft innewohnte, deren Wirkung sich weit über die Grenzen der Stadt hinaus entfaltete, wussten sowohl jene Männer, die Geigers Weg nach Breslau bereiteten, als auch die »altgläubige« Protestfraktion. Wilhelm Freund stilisierte die Berufung des jungen Theologen als geistige und religiöse Erhebung der Gemeinde, die auch den übrigen jüdischen Synagogengemeinden Schlesiens (und Posens) den Weg weise und deshalb die Unterstützung der Obrigkeit verdiene. Zugleich bestritt er, dass der designierte Prediger und Assessor »durch die Landesgesetze verbotenen Neuerungen seine Zustimmung geben würde«⁴². Auch das Obervorsteher-Kollegium verwies auf den Statusgewinn des jüdischen Breslau, das sich, fern von »polnischer Gesinnung«, vielmehr zur Höhe der Zeit aufgeschwungen habe:

»Unsere Gemeinde war durch einen veränderten socialen und intellectuellen Geist herausgetreten aus ihrer frühern geistigen Isolirung, sie war in einen engen Verband getreten mit den Schwestergemeinden zu Berlin und Königsberg; sie hatte in dieser Verbindung eine preußische Bedeutung erlangt, während sie in den letzten 20 Jahren kaum noch eine schlesische gehabt hatte.«⁴³

Die Zuversicht, dass der gewählte Kandidat seine neue Stelle als Seelsorger der Breslauer Israelitengemeinde binnen Kurzem antreten können werde, war allerdings verfrüht. Zwar war Geiger vertraglich nicht mehr an die Wiesbadener jüdische Kultusgemeinde gebunden, als Ausländer musste er aber zunächst die preußische Staatsbürgerschaft erwerben. Tiktin und seine Anhänger, die Traditionalisten unter den Breslauer Juden, wussten immer wieder mit Widersprüchen und Beschwerden zu intervenieren, um die Berufung des progressiven Geistlichen anzufechten und dessen Einbürgerung zu verzögern. Gegenüber den Regierungsstellen versuchte Tiktin aber letztendlich vergeblich, mit seinem Protest Gehör zu finden. Während Abraham Geiger im Dezember 1839 auf allerhöchsten Befehl des Königs naturalisiert wurde und seine Stelle wenig später antrat, erhielten seine Gegner aus Berlin den abschlägigen Bescheid, dass die Regierung erst dann Maßnahmen ergreifen könne, wenn Geiger in Zukunft »wirklich unerlaubte Neuerungen vornehmen sollte«⁴⁴.

Dass Geigers Theologie vom traditionellen Standpunkt abwich, konnte kein Zweifel bestehen. Seine Reformposition vertrat der neue Nebenrabbiner sowohl

41 Geiger, Gottesdienstlicher Vortrag, S. 13.

42 Freund, Rabbinats-Assessor-Wahl, S. 29 f., 34.

43 Bericht des Ober-Vorsteher-Colegii, S. 12 f.

44 Zweiter Bericht des Ober-Vorsteher-Collegii, S. 28-34; Freund, Rabbinats-Assessor-Wahl, S. 20-27; AZJ 4 (1840), S. 30, 65 f.; siehe Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 88; Meyer, Antwort auf die Moderne, S. 167.

in der Synagoge als auch in der *Wissenschaftlichen Zeitschrift für jüdische Theologie*, ohne aber seiner Vision eines modernisierten Judentums sogleich Taten folgen lassen zu können.⁴⁵ Im Gegenteil achtete Geiger auf eine streng religiöse Lebensführung, durch die er nicht zuletzt den Zweifeln an seiner Frömmigkeit begegnen wollte. Überdies gestalteten sich gottesdienstliche Veränderungen schwierig, weil eine Gemeindegynagoge noch immer nicht existierte und Geiger regelmäßig in der Storchsynagoge predigte, in der er als Gast aber keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gottesdienstordnung nehmen konnte.⁴⁶

Obwohl das Wahlkomitee 1838 seine Entscheidung für Geiger mit dem Wunsch verknüpft hatte, dass dieser zunächst keine religiösen Rechtsfragen verhandeln möge, damit die Gemeinde Gelegenheit erhalte, sich ein Bild von dessen religiöser Überzeugung zu machen, bestand der junge Geistliche nachdrücklich auf seine traditionellen Rechte als Rabbiner. Tiktin hingegen ging davon aus, dass Geiger weder befähigt noch geeignet sei, ein religiöses Amt zu bekleiden. Er weigerte sich daher, konkrete Kasualien gemeinsam mit seinem Beisitzer zu erörtern. Durch die Kompromisslosigkeit auf beiden Seiten entstand eine Pattsituation: Das Rabbinatsgericht konnte fortan nicht mehr zu Verhandlungen zusammentreten.⁴⁷

Im Verlauf seiner Bemühungen, den religiösen Frieden unter den Breslauer Juden wiederherzustellen, arbeitete das Obervorsteher-Kollegium einen Teilungsplan aus, nach dem die Gemeinde zwei gleichberechtigte religiöse Verbände unter ihrem Dach einrichten wollte, denen jeweils ein Rabbiner zugeordnet sein würde. Dass der Vorstand den Entwurf wenig später zunächst wieder zu den Akten legte, hing vermutlich auch mit der Reaktion der beiden Rabbinatsvertreter zusammen. Tiktin verwarf die Idee, die Gemeindeglieder auf zwei Kultusgesellschaften zu verteilen, weil sie ihm nicht anders als eine De-facto-Anerkennung seines liberalen Konkurrenten ausgelegt worden wäre. Aufschlussreich ist, dass auch Geiger seine Zustimmung nur widerwillig erteilt hatte, obwohl die Umbildung mit einer Aufwertung seiner Stellung einhergehen sollte. Privatim äußerte er wiederholt die Auffassung, dass sich die Konfrontation in Breslau bedenklich zuspitze, sodass eine Spaltung in naher Zukunft wahrscheinlich sei. Mit größtmöglicher Gelassenheit erörterte Geiger das Szenario eines solchen Schismas, das er sogar als heilsamen Fortschritt betrachtete. Eine paritätische Trennung auf Augenhöhe, wie sie das Reorganisationskonzept der Gemeinde vorsah, war mit einer solchen Trennung aber eben nicht gemeint – Geiger erwartete vielmehr eine Absonderung der Orthodoxie, durch die eine notwendige

45 A. Geiger, Die letzten zwei Jahre. Sendschreiben an einen befreundeten Rabbiner, Breslau 1840; AZJ 4 (1840), S. 30, 65 f.; Orient 1 (1840), S. 19 f.; siehe auch A. Geiger, Die zwei verschiedenen Betrachtungsweisen: Der Schriftsteller und der Rabbiner, in: Wissenschaftliche Zeitschrift für jüdische Theologie (WZJT) 4 (1839), S. 321-333.

46 Zweiter Bericht des Ober-Vorsteher-Collegii, S. 36 f.

47 Meyer, Antwort auf die Moderne, S. 167; Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 88 f.; siehe auch Geiger, Ansprache an meine Gemeinde, Breslau 1842; Bericht des Ober-Vorsteher-Collegii, S. 11 f.

Voraussetzung für eine Gesamtreform des Judentums geschaffen würde. Da dem gesetzestreuen Judentum die Fähigkeit zur Selbsterneuerung abgehe, sei es, vergleichbar mit dem Katholizismus im Christentum, dem Untergang geweiht.⁴⁸

An ihren Tiefpunkt gelangte die innergemeindliche Krise im April 1842, als sich die religiösen Spannungen erstmals auch in physischer Gewalt entluden. Anlässlich eines Begräbnisses trafen Anhänger der beiden Fraktionen auf dem jüdischen Friedhof zusammen, wo die Konfrontation eskalierte – es kam zu Handgreiflichkeiten, die sogar einen Polizeieinsatz auslösten. Das Obervorsteher-Kollegium, dem seit 1841 ausschließlich Reformer angehörten, nutzte den Skandal wenige Tage später als Vorwand, um sich des langjährigen Gemeindeführers zu entledigen: Trotz der ungeklärten Schuldfrage wurde Salomon Tiktin seines Amtes enthoben, während Abraham Geiger de facto zum ersten Rabbiner der Gemeinde aufstieg.⁴⁹

Der Geiger-Tiktin-Streit, der im Grunde bereits vor der Wahl Geigers entbrannt war, zog auch in der nichtjüdischen Bevölkerung sowie außerhalb der Stadt Breslau eine beträchtliche Aufmerksamkeit auf sich. Sogar die neunte Auflage der *Brockhaus-Realencyklopädie* widmete Abraham Geiger einen eigenen Artikel, dessen Autor sich auch über die gemeindlichen Auseinandersetzungen ausließ.⁵⁰ Sowohl die Reformer als auch die Orthodoxie verbreiteten eigene Versionen der Vorgänge. Mit gedruckten Broschüren sowie in der jüdischen und nichtjüdischen Presse suchten sie die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, den religiösen Gegner aber als ungläubigen Ketzer, bzw. als polnischen Fanatiker zu diskreditieren.⁵¹ Auf einen »Bericht des Ober-Vorsteher-Collegii« reagierte Tiktin wenig später mit seiner »Darstellung des Sachverhältnisses«, in deren Anhang er auch die unterstützenden Zuschriften Posener und (ober-)schlesischer Amtsbrüder abdruckte. In ihren Gutachten kamen diese Vertreter des »altgläubigen« Judentums übereinstimmend zu dem Urteil, dass Geigers Schriften den Offenbarungskontext der mündlichen Lehre leugneten und ihr Verfasser das Religionsgesetz grundsätzlich infrage stelle. Diese »Wiederkäuung längst aufgetischter Karaitischer Gerichte« disqualifiziere Geiger, ein rabbinisches Amt auszuüben, das ihm zwangsläufig Entscheidungen wider seine häretischen Überzeugungen abverlange. Zudem werde der junge Geistliche auch für den religiösen Frieden in den übrigen schlesischen Gemeinden zur Gefahr: »Und

48 Siehe Tiktin, Darstellung des Sachverhältnisses, S. 17-19; Geiger, Ansprache an meine Gemeinde, S. 13; A. Geiger an Leopold Zunz, 4.3.1841; an Bertold Auerbach, 18.4.1842; an Moritz Abraham Stern, 25.8.1843, in: L. Geiger (Hrsg.), Abraham Geiger's Leben in Briefen, S. 155 f., 161, 169.

49 AZJ 6 (1842), S. 368-372; Idnj 3 (1842), S. 112, 115 f.; Orient 3 (1842), S. 129 f., 146 f.; Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 89; Marcus Brann, Die schlesische Judenheit vor und nach dem Edikt vom 11. März 1812, in: Beilage zum Jahres-Bericht des jüdisch-theologischen Seminars für das Jahr 1912, Breslau 1913, S. 28 f.

50 Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die gebildeten Stände. Conversations-Lexikon, Bd. 6, Leipzig 9/1844, S. 29.

51 Eine kluge Analyse liefert Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit.

der Pesthauch der Geigerschen Meinungen, wird endlich auch aus der Hauptstadt in die Provinz dringen, wird auch diese anstecken, und in zwei erbitterte Partheien spalten.«⁵²

Auch der Gemeindevorstand wusste sich auf der Suche nach Unterstützung rabbinischer Expertise zu versichern. 1842/43 veröffentlichte er eine zweibändige Sammlung von Gutachten, deren Verfasser – unter ihnen kein einziger Schlesier –, sich übereinstimmend »für die Verträglichkeit der freien Forschung mit dem Rabbineramt« aussprachen und damit Geigers historische Annäherung an das Judentum als nicht nur legitimen, sondern einzig plausiblen Standpunkt bestätigten.⁵³ Die Breslauer Provinzialregierung hingegen missbilligte das Vorgehen des Obervorsteher-Kollegiums gegen ihr religiöses Oberhaupt, dessen Suspendierung sie widerrief. Zur Wiederherstellung der ursprünglichen Verhältnisse kam es trotzdem nicht – im März 1843 starb Salomon Tiktin nach kurzer schwerer Krankheit.⁵⁴

Brüche und Kontinuitäten

Die Freizügigkeit, die mit dem Emanzipationsedikt von 1812 einhergegangen war, wirkte sich auch auf die jüdischen Bevölkerungszahlen der gesamten Provinz aus. 1843 lebten in Schlesien 28 606 Jüdinnen und Juden – damit hatten sich die Zahlen seit 1803, also im Verlauf von 40 Jahren, mehr als verzweieinhalbfacht, nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderung aus Posen.⁵⁵ Wenig spektakulär verlief der religiöse Wandel in den schlesisch-jüdischen Gemeinden außerhalb Breslaus. Amtliche Enquêtes des Innen- sowie des Kultusministeriums aus den frühen 1840er-Jahren berichten, dass die Hinwendung zur deutschen Sprache in den meisten Synagogen nur geringe Fortschritte machte, vielmehr der »kirchliche

52 S[alomon] A. Tiktin, Darstellung des Sachverhältnisses in seiner hiesigen Rabbinats-Angelegenheit, Breslau 1841; Orient 3 (1842), S. 217–220; siehe Bericht des Ober-Vorsteher-Collegii; A. Geiger, Das Verhältniß des natürlichen Schriftsinnes zur thalmudischen Schriftdeutung. Eine Skizze, in: WZJT 5 (1842–1844), S. 53–81, siehe außerdem Zweiter Bericht des Ober-Vorsteher-Collegii; David Deutsch/Israel Deutsch, Rücksprache mit allen Gläubigen des rabbinischen Judenthums über die jüngst erschienene Broschüre, betitelt: Ansprache an meine Gemeinde von Dr. Abraham Geiger, Breslau 1842; Entgegnung auf den Bericht.

53 Rabbinische Gutachten über die Verträglichkeit der freien Forschung mit dem Rabbineramt, 2 Bde., Breslau 1842/43.

54 Wilke, »Den Talmud und den Kant«, S. 584 f.; Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 92 f.; siehe Manfred Jehle (Bearb.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz, Bd. 1, München 1998, S. 275 f.

55 Brillling, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens, S. 17; 1816 waren es 16 476; 1849 bereits 32 339, siehe Stefi Jersch-Wenzel, Die Juden als Bestandteil der oberschlesischen Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: dies. (Hrsg.), Deutsche – Polen – Juden. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Beiträge zu einer Tagung, Berlin 1987, S. 194; siehe auch ebd., S. 195 f.

Zustand [...] sehr im Argen« liege. Besonders die Juden Oberschlesiens, die als strenge Hüter der jüdischen Tradition galten, standen bei den Behörden in der Kritik. Die Regierung des Oppelner Bezirks bemängelte vor allem die fehlende bürgerliche Bildung der religiösen Funktionsträger in den Synagogengemeinden:

»[...] im hiesigen Departement befindet sich für die bedeutende Anzahl der jüdischen Glaubensgenossen unter den vorhandenen 22 Rabbinern nicht ein einziger Rabbiner, welcher auch nur die für einen gewöhnlichen Elementarschullehrer ausreichende Schulbildung genossen, noch weit weniger höhere wissenschaftliche Kenntnisse sich zu erwerben bemüht hätte, vielmehr beschränkt sich ihr ganzes Wissen auf das mechanische Geplapper der hebräischen Sprache und auf einen noch dazu unverdauten und natürlich desto abergläubischer ausgeprägten Gedächtnißkram des Talmud, welchen sie gewöhnlich in den Abrichtungsanstalten in Ungarn pp sich einüben.

Die Mehrzahl jüdischer Gemeinden des Departements sucht sogar ihr religiöses Bedürfnis durch die noch unwissenderen sogenannten Schächter zu befriedigen, welche der Jugend die hebräische Sprache, das mechanische Auswendiglernen des Talmud einprägen und die Erwachsenen in den Bethäusern mit Geplär zu erbauen sich abquälen.«⁵⁶

Obwohl die Orthodoxie in Schlesien noch während der gesamten ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Majorität der jüdischen Gläubigen stellte, fanden an einzelnen Orten durchaus Reformvorstöße statt, bei denen häufig einflussreiche Laien die Initiative ergriffen. So hatte Pless (Oberschlesien) dank den Bemühungen Abraham Muhrs bereits 1835 den Neubau einer Synagoge realisieren können, in der fortan die ästhetischen Maßstäbe des zeitgenössischen Bürgertums zur Geltung kamen. Zu diesem Ziel wurden die Beter erstmals einer strengeren Disziplin unterworfen, darüber hinaus unterstützte ein Knabenchor den Kantor und eine Reihe von »nachtalmudischen Zutaten«, vermutlich Pijutim, wurden gestrichen, um die Zahl der Gebete zu reduzieren und den Gottesdienst zu straffen. Um eine radikale Abkehr vom hebräischen Ritus war es Muhr aber durchaus nicht zu tun.⁵⁷ Auch im unweit gelegenen Ratibor (Oberschlesien) verschaffte sich der Wunsch nach einer »zeitgemäßen« Gebetspraxis seit den späten 1830er-Jahren Ausdruck. Hier kam der Rabbiner Simon Löwe (gest. 1881), ein Talmudist alten Schlages, der Gemeindeführung entgegen, die einen geregelten Gottesdienst und regelmäßige Predigten wünschte. Dabei orientierte sich der Vorstand aber nicht am Breslauer Vorbild, sondern richtete den Blick nach Dresden, wo sich Oberrabbiner Zacharias Frankel (1801-1875) als moderater Erneuerer bereits einen Namen gemacht hatte.⁵⁸

56 Jehle (Bearb.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden, S. 294.

57 Brann, Abraham Muhr, S. 53-56; Orient 5 (1844), S. 257f.

58 Siehe CAHJP, D/Ra 1/20 Ratibor, 1840-1847; sowie AZJ 12 (1848), S. 686f.

In der Synagogengemeinde Glogau (Niederschlesien), die auf eine Geschichte von mehreren Jahrhunderten zurückblickte, traf das neu gewählte Ältestenkollegium 1838 erstmals Vorkehrungen, um die Filialgottesdienste zu schließen, den Gottesdienst in der Hauptsynagoge zu ordnen sowie um Gebet und Gesang zu verschönern. Alle Veränderungen sollten aber erfolgen, ohne Spaltungen unter den Gemeindegliedern zu riskieren. In einer gedruckten Synagogenordnung aus dem Jahr 1850 wurde betont, dass der Vorstand »nach sorgfältiger Vergleichung und genauer Prüfung der Synagogenordnungen solcher Gemeinden, die dem religiös-conservativen Standpunkt treu geblieben, mit schonungsvoller Pietät gegen gesetzlich Altgebräuchliches zu Werke gegangen ist«⁵⁹. Auch der 1839 neu bestellte Lehrer beteiligte sich an dem Projekt einer gemäßigten religiösen

Rabbiner Zacharias Frankel, ca. 1870

Neuausrichtung. Heymann Arnheim (1796-1869), Mitarbeiter sowohl an der von Leopold Zunz (1794-1886) herausgegebenen Bibelübersetzung als auch an der von Geiger herausgegebenen *Wissenschaftlichen Zeitschrift*, warb mit deutschen Kanzelvorträgen sowie mit konfirmationsähnlichen Bar Mitzwa-Feiern für eine bürgerliche Konfessionalität, die unter den Glogauer Juden breiten Rückhalt fand.⁶⁰

Brieg (Mittelschlesien), Leobschütz, Lublinitz, Neiße, Neustadt, Oppeln, Peisketscham, Rosenberg, Rybnik (sämtlich Oberschlesien) und Schweidnitz (Niederschlesien) sind weitere Beispiele für jüdische Gemeinden, in denen noch vor der Jahrhundertmitte eine Reorganisation der Synagoge auf die Tagesordnung rückte.⁶¹ Dass fast überall gemäßigte Reformprojekte zum Tragen kamen,

59 Synagogen-Ordnung für die israelitische Gemeinde zu Gross-Glogau, Glogau 1850, S. 16.

60 Beata Dudek, Juden als Stadtbürger in Schlesien. Glogau und Beuthen im Vergleich 1808-1871, Hamburg 2009, S. 300-308; Bekanntmachung des Vorstands der Geschichte Glogau, 18.3.1838, Archiv der Stiftung »Neue Synagoge – Centrum Judaicum« (CJA), 1,75 A Gl 3 Glogau, Nr. 24, fol. 5; siehe AZJ 1 (1837), S. 331f.; AZJ 2 (1838), S. 317f., 526; AZJ 3 (1839), S. 321; Orient 2 (1841), S. 298.

61 Siehe AZJ 9 (1845), S. 344f.; AZJ 11 (1847), S. 104, 625f.; AZJ 12 (1848), S. 412f., 686f.; Israelitische Annalen 3 (1841), S. 119; IdnJ 6 (1845), S. 119; IdnJ 9 (1848), S. 135; Orient 6 (1845), S. 228f., 248, 411; siehe auch A. Muhr, Zu den jüdischen Zuständen Oberschlesiens, in: Zur Judenfrage in Deutschland (ZJD) 2 (1844), S. 284-286.

sich aber keine radikale Abkehr von der überlieferten Frömmigkeitspraxis vollzog, bestätigt auch das Beispiel Gleiwitz, wo 1848 Dr. Hirsch Hirschfeld (1811-1884) den Posten des Gemeinderabbiners übernahm, nachdem der greise Vorgänger, der »mit seinen Ideen selbst einem frühern Jahrtausende keine Schande gemacht haben würde«, mit einer finanziellen Entschädigung seines Postens enthoben worden war.⁶² Hirschfeld war zwar mit der Tochter Salomon Egers (1786-1852) verheiratet, der als Rabbiner und Leiter einer Talmudhochschule (Jeschiva) in Posen ein streng traditionelles Judentum vertrat, dessen Schwiegersohn gehörte jedoch zu den Gefolgsleuten Zacharias Frankels, von dem er 1842 auch ein Rabbinatsdiplom erhalten hatte.⁶³

Die liberale jüdische Presse berichtete zum Teil wohlwollend, zum Teil aber auch mit Häme über die innergemeindlichen Entwicklungen der Provinz Schlesien. In der Kritik standen nicht nur Gemeinden, die noch fest an den alten Überlieferungen festhielten, sondern auch jene Vertreter des alten Rabbinats, die, etwa durch homiletische Vorträge in deutscher Sprache, durchaus den gewandelten Erwartungen ihrer Gemeinden Rechnung zu tragen suchten, diesen aber infolge der kulturellen Barrieren nicht gerecht werden konnten. Auch Lewin Landsberg (1799-1876), seit 1839 religiöses Oberhaupt der traditionsreichen Gemeinde Zülz (Oberschlesien), gehörte zu diesen Figuren des Übergangs, deren Synagogenvorträge als »ein Mittelding zwischen Deraschah [d. h. traditioneller talmudischer Vortrag; A. B.] und Predigt« wahrgenommen wurden:

»Der Rabbiner ist ein Mann aus der alten Schule mit aufgepfropften fremden, schönwissenschaftlichen Reisern, eine polnische Zunge mit deutscher Sprache, eine von jenen Zwittergestalten, mit welchen das benachbarte Herzogthum Posen unsre Provinz bevölkert hat, und von denen man eigentlich nicht weiß, ob sie mehr der deutschen oder polnischen Gattung angehören. In seinen rednerischen Funktionen macht dieser Mann nun freilich in probabili ignorantia manchen Schnitzer, und das mag ihm wol auch meistens hinderlich sein, dem festgedrehten Fortschritt, der ihm für's Judenthum nothwendig scheint, Vorschub zu leisten.«⁶⁴

Zu den wichtigsten Vertretern des oberschlesischen Rabbinats zählten Israel Deutsch (1800-1853) und David Deutsch (1810-1873), die sich auch öffentlich gegen Geigers Berufung nach Breslau äußerten. Aus diesem Grund sahen sich die Brüder den Anwürfen der Breslauer Reformfraktion ausgesetzt, die sie als ungebildete Anhänger eines modernefeindlichen Stabilismus abstempelte.⁶⁵ Ein Blick auf ihre Biografien indes veranschaulicht, dass sie durchaus keinen radi-

62 Siehe AZJ 6 (1842), S. 229; Jeschurun 1 (1854/55), S. 104f.

63 AZJ 12 (1848), S. 226f., 477, 686; AZJ 13 (1849), S. 233f.

64 AZJ 12 (1848), S. 413; siehe IdnJ 6 (1845), S. 119; Israel Rabin, Die Juden in Zülz, in: Johannes Chrzyszcz, Geschichte der Stadt Zülz in Oberschlesien. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Zülz 1926, S. 117-163.

65 Siehe z. B. Zweiter Bericht des Ober-Vorsteher-Collegii, S. 38; Orient 3 (1842), S. 217-220; David Deutsch/Israel Deutsch, Rücksprache mit allen Gläubigen, S. 8.

kalen Traditionalismus propagierten, sondern für eine moderate, der Moderne zugewandte Orthodoxie eintraten. Ein solch gemäßigter Standpunkt ging auch mit der Anerkennung der Vorzüge bürgerlicher Bildung einher, die sie selbst aber lediglich durch autodidaktische Bemühungen hatten erwerben können. Wie sein zehn Jahre älterer Bruder Israel in Zülz geboren, bekleidete David Deutsch seit 1838 das Amt des Gemeinderabbiners in Myslowitz (Mysłowice, Oberschlesien), wo er bald mit deutschen Predigten von sich reden machte. Bereits ein Jahr zuvor hatte er eine deutsche Übersetzung des Propheten Habakuk publiziert, die mit einem hebräischen Kommentar versehen war. Auch in Sohrau, wo er 1845 die Rabbinatsgeschäfte übernahm, unterschied sich David Deutsch deutlich von seinen Vorgängern, »ebenso tüchtige[n] wie kenntnisreiche[n] Talmudgelehrte[n] [...], bei denen das Profanwissen zurücktrat.«⁶⁶

Davids Bruder Israel wusste mit Bekenntnissen zur Landessprache ebenfalls Zeichen von einiger Symbolkraft zu setzen. 1835, sechs Jahre nach seiner Berufung als Rabbiner nach Beuthen (Oberschlesien), setzte Israel Deutsch seine Forderung durch, dass der Gemeindevorstand seinen »jüdischen Contract« durch einen Vertrag »in deutschen Schriftzügen« ergänzte.⁶⁷ Seine erste Predigt in deutscher Sprache hielt er im Oktober 1840 anlässlich der Inthronisation des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. Die Deutung, dass Israel Deutsch hier eine radikale Neudeutung des religiösen Judentums präsentierte, die ihn in die Nähe von Abraham Geiger rückte (Hans-Michael Haussig), hält einer Überprüfung nicht stand. Dennoch markierte die Rede eine Zäsur, die auch der Vorstand der Gemeinde als solche auslegte, als er den Text wenig später in Druck gab. In ihrem Vorwort beschrieben die Ältesten die Veröffentlichung als erfreulichen Beleg, »daß auch in unsrer Gegend, die man so gern als unempänglich für das Bessere verrufen möchte, das wahrhaft Gute gefördert und anerkannt wird.«⁶⁸

Bemerkenswerte Zeugnisse einer durchaus selbstkritischen orthodoxen Gläubigkeit enthalten Israel Deutschs freundschaftliche Briefe an Abraham Muhr, der sich ja in Pless für eine Reform der Synagoge stark machte. In dieser privaten Korrespondenz aus den 1830er-Jahren bekannte sich der Verfasser nach-

66 So kennzeichnet ihn sein Sohn und Nachfolger Immanuel Deutsch, *Chronik der Synagogen-Gemeinde Sohrau O/S. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Kleingemeinden Oberschlesiens*, Magdeburg 1900, S. 9 f.; siehe auch *Israelitische Annalen* 1 (1839), S. 94 f.

67 Vertrag der Gemeinde Beuthen mit dem Rabbiner Israel Deutsch, 5.8.1835, CJA, 1, 75 A Be 4 Beuthen Nr. 4.

68 Siehe Hans-Michael Haussig, *Ein Fest der Freude und des Dankes. Zur Huldigungsrede von Rabbiner Israel Deutsch anlässlich der Inthronisation des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV.*, in: Arno Herzig/Hans Otto Horch/Robert Jütte (Hrsg.), *Judentum und Aufklärung. Jüdisches Selbstverständnis in der bürgerlichen Öffentlichkeit*, Göttingen 2002, S. 178-193; Huldigungs-Rede gehalten am 15. Oktober 1840 vom Herrn Rabbiner Israel Deutsch in der Synagoge zu Beuthen O/S, herausgegeben von den Gemeinde-Vorstehern daselbst, Breslau 1841, S. 3; siehe außerdem Markus Kopfstein, *Geschichte der Synagogen-Gemeinde in Beuthen O.-S.*, Beuthen O/S 1891, S. 34.

drücklich zur jüdischen Offenbarung, die sich aber nicht auf Dogmatisches, sondern vornehmlich auf das Zeremoniell beziehe. Den Versuch der Reform im 19. Jahrhundert, das Judentum von der religiösen Praxis zu trennen, bezeichnete er als Fehlentwicklung unter paulinisch-christlichem Einfluss. Das Religionsgesetz bezeichne sowohl ein nationales Bindemittel nach innen als auch ein religiöses Trennmittel nach außen, das die notwendige Aufgabe erfülle, die Juden in einer Zeit der Assimilation kenntlich zu machen.⁶⁹ Veränderungen der Gestaltung seien aber sowohl notwendig als auch möglich, solange das Heilige, d. h. die auf göttlichen Ursprung zurückzuführenden Elemente der Religion, unangetastet blieben:

Rabbiner Israel Deutsch, 1855

»Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß in neuerer Zeit auch manches Gute und Bessere angestrebt wurde, manche Mißbräuche wurden scharf gerügt und auf deren Abschaffung gedrungen, man war bemüht, die Würde des öffentlichen Gottesdienstes herzustellen und dergl. Hätte man sich damit begnügt und wäre man mit frommem Sinn beflissen gewesen, nur wirkliche Mißbräuche abzustellen, und nur gesetzlich erlaubte Verbesserungen einzuführen, so hätte sich sicherlich das Bessere leicht Bahn gebrochen und wäre geräuschlos zur Ausführung nach und nach gekommen, wie aber überall Extreme nur wieder Extreme erzeugen, so flößt auch hier das rücksichtslose destruktive Bestreben der Neologen nur Furcht und Mißtrauen ein, und so klammerte man sich andererseits krampfhaft an das Alte an, man fürchtete durch die geringste Nachgiebigkeit Alle gefährdet, somit standen und stehen Neologismus und Stabilismus geharnischt und unerbittlich kämpfend einander gegenüber. Die Radikal-Reformer haben daher, weit entfernt, der Form zu dienen, ihr nur mächtige Hindernisse in den Weg gelegt.«⁷⁰

69 Israel Deutsch an Abraham Muhr, 24.4.1838, in: »Zera Jisra'el«. Proben aus dem literarischen Nachlasse des Herrn Israel Deutsch s. A., Rabbiners zu Beuthen O./S. herausgegeben von dessen Brüdern Abraham Deutsch, Rabbinats-Assessor zu Gleiwitz/David Deutsch, Rabbiner zu Sohrau O./S., Gleiwitz 1855, S. 32 f.

70 Israel Deutsch, Aufsatz zur Beantwortung verschiedener Fragen, betr. die Kultusverhältnisse der Juden, CAHJP, D/Be2/18 Beuthen, fol. 11 f.; zit. bei Kopfstein, Geschichte der Synagogen-Gemeinde in Beuthen, S. 38.

Deutschs Tadel machte auch vor den Traditionalisten nicht halt, deren polnischen – d.h. Posener – Vertretern er einen verhängnisvollen Einfluss auf die religiöse Gegenwart zuschrieb. Zugleich allerdings wusste er die radikale Verweigerung jeglicher Veränderung als Abwehrhaltung gegen die Grenzüberschreitungen der Reformen zu deuten und so auch partiell zu rechtfertigen. Heilbringende Neuerungen müssten von der Orthodoxie selbst ausgehen, der es freilich noch an Männern mit wissenschaftlicher Bildung fehle. Es sei deshalb der kommenden Generation vorbehalten, »das ins Werk zu richten, was wir nur als frommen Wunsch betrachten müssen«. In seiner eigenen Gemeinde, so Deutsch, sei er bemüht, »Leben und Sinn für das Anständige zu wecken. Mehr zu thun, halte ich vorläufig [...] für schädlich.«⁷¹

In seinen Briefen bezog Deutsch auch Stellung zu den Breslauer Vorgängen vor und nach Geigers Ankunft in der schlesischen Hauptstadt. Seine Opposition gegen die Wahl des Wiesbadener Rabbiners war genährt von der Befürchtung drohender Spaltungen, ohne dass er den *status quo ante* der Kultusgemeinde idealisierte. Im Gegenteil befürwortete Deutsch sowohl die Anstellung eines *Darschan* für Vorträge im »jüdischen Jargon« als auch die Berufung eines deutschen Predigers, die angepasst an die Erwartungen ihrer jeweiligen Klientel das Bedürfnis nach religiöser Unterweisung befriedigen sollten. Salomon Tiktin empfahl er, einen modernen Kanzelredner nicht grundsätzlich zu boykottieren, solange dieser einen »ächt religiöse[n]« oder zumindest gemäßigten Standpunkt vertrete. Obwohl Israel Deutsch – gemeinsam mit seinem Bruder und sieben weiteren oberschlesischen Kollegen – Tiktin in einer Solidaritätsadresse beisparg, distanzierte er sich von dessen unbedingtem Widerstand gegen jede Kultusreform. Diese sei ohnehin nicht aufzuhalten und werde, »wie jede religiöse Seuche«, ungefährlicher, je mehr sie sich einbürgere.⁷²

Das Zerwürfnis in der Breslauer Synagogengemeinde und die Installation zweier gleichberechtigter Kultusverbände

Nach dem Tode Salomon Tiktins konnte Abraham Geiger seine Stellung zunächst weiter festigen, da der »altgläubige« Widerstand gegen den Reformtheologen zwar nicht nachließ, die Gemeindeführung sich aber weigerte, Tiktins Sohn Gedaljah (1808-1886) als Nachfolger seines Vaters einzusetzen. Auch die preußische Regierung sah sich nicht mehr in der Pflicht, dem traditionstreuen Judentum ihre besondere Protektion zu gewähren. Friedrich Wilhelm IV. hatte bereits im November 1842 seinen Standpunkt dargelegt, dass die Obrigkeit in den internen Auseinandersetzungen der Breslauer jüdischen Gemeinde keine Partei ergreifen dürfe. Ihm persönlich, so der Monarch in einer Kabinettsor-

71 I. Deutsch an A. Muhr, 11.9.1839, 12.11.1839, in: »Zera Jisra'el«, S. 61-63, 70.

72 I. Deutsch an A. Muhr, 24.12.1838, 22.11.1842, in: »Zera Jisra'el«, S. 48f., 100; siehe AZJ 8 (1844), S. 536.

dre, könne eine eventuelle Spaltung »ganz gleichgültig« sein. Zwar beriefen die Vorsteher von elf Breslauer Betstuben Gedaljah Tiktin 1844 zu ihrem religiösen Oberhaupt, doch stellten das Kultusministerium sowie das Innenministerium in einem gemeinsamen Reskript klar, dass der Gewählte aus seiner Ernennung durchaus keine Anstellung in der Gesamtgemeinde ableiten dürfe, die nämlich für die zweite Rabbinerstelle zunächst eine Konkurrenz ausschreiben müsse. Der Aufforderung der Breslauer Behörden freilich, vorläufig keine religiösen Funktionen mehr auszuüben, kam Tiktin nicht nach. Sein regelmäßiges Gehalt zahlte ihm eine gesetzestreue Klientel, die ihren Protest gegen die Reformpolitik des Vorstands zunehmend auch durch eine Verweigerung der Gemeindebeiträge Nachdruck verlieh.⁷³

Unter den übrigen jüdischen Breslauern jedoch genoss Geiger während der frühen 1840er-Jahre Rückhalt und hohe Anerkennung. Sowohl die Gründung einer Religionsschule als auch die Einrichtung eines jüdischen Lehr- und Lesevereins gingen auf seine Initiative zurück. Großen Zuspruch sowohl beim männlichen als auch beim weiblichen Publikum fanden vor allem seine regelmäßigen Predigten in hochdeutscher Sprache.⁷⁴ Als Kanzelredner stellte Geiger nicht nur seine rhetorische Meisterschaft unter Beweis, sondern er nutzte die Synagoge zugleich als Forum, um sein religiöses Weltbild zu erläutern. Sein dezidiert Reformstandpunkt kam jedoch in der Storchsynagoge erst seit 1844 zum Tragen, nachdem die Gesellschaft der Brüder die Verantwortung für das Gebetshaus an einen neu entstandenen Synagogenverein übergeben hatte.

Während der folgenden Jahre machte es sich Geiger zur Aufgabe, seine Vorstellungen eines zeitgemäßen Kultus »allmählich, doch mit keinen zu kleinen Schritten« in die Tat umzusetzen.⁷⁵ Einzelne Maßnahmen, etwa die Einführung von Chor und Responsorien, die Abschaffung des Verkaufs von Ehrenfunktionen, das deklamatorische Vorlesen aus der Bibel, das Verbot des lauten Betens oder die Anweisung zum Versöhnungstag, auf das Küssen von Gebetsschal und Tora zu verzichten, sich nicht auf die Brust zu schlagen sowie keinen Kittel

73 Kabinettsordre (Kopie), 11.11.1842, in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Abt. I Sekt. 34 Tit. 30 Gen. Nr. 128, Die Organisation des Kultus- und Unterrichtswesens der Juden, 1842-1848; Ministerialreskript vom 26.10.1844, in: AZJ 8 (1844), S. 718 f.; auch in IdnJ 5 (1844), S. 412 f.; siehe auch AZJ 7 (1843), S. 352 f.; AZJ 11 (1847), S. 181; IdnJ 6 (1845), S. 70; Orient 5 (1844), S. 370; außerdem Gedaljah Tiktin, Beitrag zur Beantwortung der von Seiten der Königl. hohen Behörden vor kurzem an sämtliche israelitische Gemeinden des preußischen Staates gerichteten, den jüdischen Kultus betreffenden Fragen, Breslau 1843, S. 16 f.; Michael A. Meyer, Rabbi Gedaljah Tiktin and the Orthodox Segment of the Breslau Community (1845-54) (hebr.), in: Shlomo Simonsohn/Tacob Toury (Hrsg.), Michael. On the History of the Jews in the Diaspora, Bd. 2, Tel Aviv 1973, S. 92-107; Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 93.

74 Siehe Jehle (Bearb.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden, Bd. 3, S. 957 f.; Brann, Geschichte der Gesellschaft, S. 47; Orient 3 (1842), S. 74; Orient 5 (1844), S. 203 f.; Orient 6 (1845), S. 149.

75 Geiger an David Honigmann, 19.3.1845, in: L. Geiger (Hrsg.), Abraham Geiger's Leben in Briefen, S. 180.

(Totengewand) zu tragen, zielten auf die Durchsetzung einer bürgerlichen Ästhetik, Ordnung und Disziplin. Durch die Einführung deutscher Gebete und Gesänge, aber auch durch die Lesung des Estherbuches zu Purim in deutscher Sprache, verlor das Hebräische weiter an Bedeutung, während die Verwendung der Landessprache auch den Akkulturationsbemühungen der Breslauer Jüdinnen und Juden Rechnung trug. Der dreijährige Torazyklus, die gekürzte Haftara (Prophetenlesung) sowie die Streichung einzelner Verse, Gebete, Psalmen oder Pijutim bezeichneten weitere Neuerungen, durch die es Geiger gelang, den durch Chor und Predigt zunächst verlängerten Gottesdienst zu straffen. Zudem erfand der Breslauer Rabbiner auch bei den *rites de passage* manche neue Tradition. Mit Konfirmationen für Mädchen, der aktiven Einbindung der Braut bei der Hochzeitszeremonie, Eheschließungen in den drei Wochen vor dem 9. Av, der Trauung einer kinderlosen Witwe ohne vorausgegangene Chalitza-Zeremonie oder der Einsegnung unbeschnittener Knaben setzte sich Geiger über Bräuche hinweg, die in der Orthodoxie als heilig galten. Zahlreiche Reformen des Sabbat- und Feiertagsgebets folgten einer theologischen Logik: Durch die Streichung des *Kol Nidre* am Jom Kippur, die Umformulierung einzelner Segenssprüche und Gebetspassagen, die von der christlichen Umwelt als anstößig ausgelegt werden konnten, oder die »Abschaffung aller Stellen, welche den Wunsch nach Wiederherstellung des Opferdienstes ausdrücken«, sollte sich die Synagoge als Versammlungsort präsentieren, an dem die universale Botschaft des prophetischen Judentums zur Geltung kam.⁷⁶

Geigers Reformkurs traf auf den erwarteten Widerspruch des gesetzestreuen Judentums, erzeugte aber selbst unter erklärten Gegnern des Traditionalismus ein geteiltes Echo. Viele jüdische Breslauer Bürger wünschten ein Ende der innergemeindlichen Religionsstreitigkeiten, von dem die Gemeinde sich aber immer weiter entfernte. Auch die Vorgänge um die Neubesetzung des vakanten zweiten Rabbinerpostens spiegelten den Wunsch einer gemäßigten Fraktion, zu einem Ausgleich zu gelangen. Dass Tiktin das Angebot des Obervorsteher-Kollegiums ausschlug, in die Stelle einzutreten, verwundert nicht, da er andernfalls die bevorrechtete Stellung seines Reformkollegen anerkannt hätte, der mittlerweile auf die Position des ersten Rabbiners aufgerückt war. Der Vorstand schrieb deshalb eine Konkurrenz aus, bei der jüdische Geistliche, die »gründliche rabbinische Gelehrsamkeit, strenge Religiosität, wissenschaftliche Bildung und unbescholtenen Lebenswandel« nachweisen konnten, zur Bewerbung aufgefordert waren.⁷⁷

Die Mehrheit der Stimmen vereinte Hirsch Bär Fassel (1802-1883) auf sich, ein Absolvent der renommierten Pressburger Jeschiva, der in Mähren zu den ersten

76 Ebd.; L. Geiger, Abraham Geiger, S. 120 f.; AZJ 8 (1844), S. 364-367, 478, 705 f.; AZJ 10 (1846), S. 629 f., 666; AZJ 11 (1847), S. 181; IdnJ 6 (1845), S. 46, 140 f.; Orient 7 (1846), S. 332; Orient 8 (1847), S. 132 f.; Literaturblatt des Orients (LdO) 7 (1846), S. 357; Der Treue Zions-Wächter (TZW) 1 (1845), S. 114 f., 147; TZW 3 (1847), S. 223.

77 AZJ 8 (1844), S. 717.

deutsch predigenden Rabbinern gehört, aber im Geiger-Tiktin-Streit einen vermittelnden Standpunkt vertreten hatte.⁷⁸ Die Hoffnung indes, dass Fassel die Parteien werde einen können, erfüllte sich nicht. Von Breslauer Anhängern eines radikalen religiösen Fortschritts angefeindet, zog der Proßnitzer Rabbiner 1846 seine Kandidatur zurück. Zudem hatte auch Tiktins Gefolgschaft die Wahl boykottiert, um die Berufung ihres religiösen Anführers zu erzwingen. Eine Wiederannäherung der Parteien rückte vorerst erneut in weite Ferne.⁷⁹

Zusätzlich komplizierten sich die religiösen Angelegenheiten der Breslauer Synagogengemeinde, als im April 1845 eine anonyme Gruppe von »Reformfreunden« auf den Plan trat, die sich mit einer radikalen Programmatik Gehör zu verschaffen suchte. Mit ihrem Bekenntnis gegen den Talmud, dem Votum gegen Sabbat- und Speisegesetze sowie der Forderung, den Glauben an einen persönlichen Messias aufzugeben, suchten die Laien erklärtermaßen ein Zeichen für die Integrationsfähigkeit der Juden zu setzen. Indem sie sich unumwunden gegen die positive Formenwelt traditioneller jüdischer Gläubigkeit wandten, brachten die Breslauer Radikalen auch den Gemeinderabbiner in Verlegenheit, der sich zu einer Stellungnahme gezwungen sah. Darin bekundete Geiger zwar die Absicht, »auf dem bisher von mir befolgten Wege des allmählichen Fortschritts fort[zufahren]«, zugleich reagierte er jedoch mit Wohlwollen auf die »Erklärung achtbarer israelitischer Gemeinde-Mitglieder«, von der er annahm, dass sie in der Gemeinde auf breite Zustimmung traf. Auch der Aufforderung des Obervorsteher-Kollegiums, den Irritationen, die seine Aussagen in der Gemeinde auslösten, durch eine genaue Darlegung seines Standpunkts zu begegnen, wollte Geiger nicht nachkommen. Mit der Begründung, als Rabbiner müsse er über den Parteien stehen, enthielt er sich weiterer öffentlicher Erklärungen.⁸⁰

Dass ehemalige Förderer Geigers in zunehmender Zahl von ihrem geistlichen Hirten abzurücken begannen, zeigte sich während dessen Abwesenheit im Juli 1845, als der Breslauer Rabbiner in seine Geburtsstadt Frankfurt am Main reiste. In der Mainmetropole wurde die zweite Konferenz jüdischer Reformgeistlicher ausgerichtet, als deren gewählter Vizepräsident Geiger wesentlichen Einfluss auf den Verlauf der Debatten nahm. Auch Zacharias Frankel aus Dresden beteiligte sich an dieser Zusammenkunft deutscher Rabbiner, die er jedoch unter Protest verließ, nachdem die versammelten Theologen mehrheitlich gegen die objektive Notwendigkeit der hebräischen Sprache im Gottesdienst der Synagoge votiert

78 Das rabbinische Judenthum. Ein aberverlangtes, aber ungedrucktes Votum an das israel. Obervorsteher-Collegium zu Breslau, in: LdO 4 (1843), S. 65-71, 81-85, 97-103, 113-120; siehe Rabbinische Gutachten.

79 AZJ 9 (1845), S. 100-102, 318 f.; IdnJ 6 (1845), S. 23, 76, 140-142; Orient 6 (1845), S. 1 f., 82 f., 291 f., 402 f., 410 f.; Orient 7 (1846), S. 31 f., 82, 88 f.

80 AZJ 9 (1845), S. 236-239, 264-266, 299, 318 f.; IdnJ 6 (1845), S. 129-134, 159 f.; Orient 6 (1845), S. 128-130; siehe auch AZJ 10 (1846), S. 249; siehe auch Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 94.

hatten.⁸¹ Frankels konservatives Unbehagen gegenüber einem beschleunigten Reformtempo fand Unterstützung auch in Kreisen, die Veränderungen im jüdischen Kultus gar nicht grundsätzlich verwarfen, sondern durchaus für einen moderaten Fortschritt eintraten. In den folgenden Wochen erreichten den Dresdner Oberrabbiner eine Reihe von Zuschriften, und es waren nicht zuletzt schlesische Synagogengemeinden, die in solchen Adressen ihre Solidarität zum Ausdruck brachten.⁸²

Die Tatsache, dass ausgerechnet Breslau, vorgesehen als Austragungsort der dritten Rabbinerkonferenz, ebenfalls ein Dankschreiben an Frankel richtete, blieb in der jüdischen Presse nicht unkommentiert. Die *Allgemeine Zeitung des Judenthums* – herausgegeben von Rabbiner Ludwig Philippson in Magdeburg, der ebenfalls zu den Teilnehmern der Frankfurter Tagung gehört hatte – ging davon aus, dass sich Frankels Parteigänger Heinrich Graetz (1817-1891) als Initiator und Verfasser die meisten Unterschriften nur »mit List und Intrigue« verschafft hatte. Hingegen verkündete der gemäßigt liberale *Orient* euphorisch, das Einvernehmen über den Austritt Frankels habe »die beiden religiösen Extreme der Stablen und Progressisten einander angenähert«. In seinem Tagebuch greift Graetz die Episode auf. Nicht ohne Stolz beschreibt er dort, wie es ihm – mit einiger Mühe – gelungen war, auch Gefolgsleute Geigers dazu zu bewegen, ihren Namen unter die Solidaritätsadresse zu setzen.⁸³

Wie aber reagierte Abraham Geiger? Durch das Schreiben sah der Reformtheologe seine Bindung an die Gemeinde auf eine harte Probe gestellt. Nach seiner Rückkehr machte er seinem Unmut in zwei polemischen Predigten Luft. Anknüpfend an die biblische Erzählung von der Anbetung des Goldenen Kalbes, verglich er die eigene Enttäuschung mit der des Religionsstifters Moses am Sinai, der nach vierzigjähriger Abwesenheit mit dem Abfall der Israeliten und dem Anblick des Götzen konfrontiert wird. Die Adresse an Frankel deutete Geiger als schweren Affront und Vertrauensbruch, für den allein die Breslauer Juden die Verantwortung trugen. Er mochte nicht einsehen, dass er selbst es war, der sich mehr und mehr von den Gläubigen entfernte.⁸⁴

Auch in der Zeit danach sollte die Gemeinde nicht zur Ruhe kommen. In der schlesischen Metropole sorgten die Reformfreunde noch einmal kurzzeitig für öffentliches Aufsehen, als sie im März 1846 den Versuch unternahmen,

81 AZJ 9 (1845), S. 577-580, 593-594, 640-641; siehe auch Brämer, Rabbiner Zacharias Frankel. Wissenschaft des Judentums und konservative Reform im 19. Jahrhundert, Hildesheim/Zürich/New York 2000, S. 225-246; Protokolle und Aktenstücke der zweiten Rabbiner-Versammlung abgehalten zu Frankfurt am Main vom 15ten bis zum 28ten Juli 1845, Frankfurt a. M. 1845.

82 AZJ 9 (1845), S. 675; *Orient* 6 (1845), S. 313 f., 321 f., 369 f.

83 AZJ 9 (1845), S. 532 f., 577-580, 593 f.; *Orient* 6 (1845), S. 277-279, 281 f.; Heinrich Graetz, Tagebuch und Briefe, hrsg. u. m. Anmerkungen versehen v. Reuven Michael, Tübingen 1977, S. 151; möglich ist, dass auch der Korrespondentenbeitrag im *Orient* aus Graetz' Feder stammt.

84 *Orient* 6 (1845), S. 292.

sich als »Genossenschaft für Reform im Judenthum« zu konstituieren. Auch in Berlin hatte sich kurz zuvor ein Verein gleichen Namens gegründet, auf dessen Vorbild sich die schlesischen Radikalreformer ausdrücklich beriefen.⁸⁵ Anders als in Breslau, wo die intellektuellen Laien zwar massive Kritik am Zustand des religiösen Judentums äußerten, jedoch keinen positiven Gestaltungswillen von Dauer entwickelten, festigte die Berliner Genossenschaft binnen Kurzem ihre organisatorischen Strukturen. Unzufrieden mit der Gestaltung des Kultus in den Gemeindegemeinden, veranstaltete der Reformverein vor allem eigene Gottesdienste, für deren Leitung ihnen Abraham Geiger als Wunschkandidat galt. Zu diesem Ziel entsandte die Reformgenossenschaft im März zwei Deputierte nach Breslau, die Geiger ein konkretes Angebot unterbreiteten.⁸⁶

Geiger, entschlossen, seine Reformvorstellungen konsequenter als bisher umzusetzen, mochte die Offerte, als Rabbiner der Genossenschaft in die preußische Hauptstadt zu wechseln, nicht rundweg ablehnen. Glaubte er doch, durch den Ruf sei die günstige Gelegenheit gekommen, seinen Standpunkt gegenüber dem Obervorsteher-Kollegium besser zur Geltung zu bringen. In einem Schreiben, das er wenige Tage nach dem Besuch aus Berlin verfasste, drohte er dem Vorstand mit Kündigung, sollten seine Anstrengungen, das Judentum konsequent von seiner »mißgestalteten Form« zu befreien, weiterhin von jenen sabotiert werden, die er eigentlich auf seiner Seite geglaubt hatte:

[...] ich habe stets mit der vollsten Entschiedenheit auf den wunden Fleck in unseren gegenwärtigen religiösen Verhältnissen hingewiesen, ich habe mich nie mit jenen Einzelheiten begnügt, die eine zeitweilige Neugier befriedigen, durch den Schein von Belebung eine kurze Zeit anziehen können. [...] Manches ist auch hier geschehen und der gänzlichen Erkaltung ist vorgebeugt worden. Aber die Zeit pocht immer ernster und dringender, der Geist hat sich wieder in jene Gedanken des inneren Menschen versenkt, und auch den denkenden Juden treibt es, aus seiner Zwitterhaftigkeit herauszukommen. Da muss der Mann des Berufs sicherlich auch erregt und freudig eingreifen, und mit verdoppeltem Eifer habe ich nun auf die Aufgabe der Gegenwart aufmerksam gemacht. Da zeigte sich aber leider, wie verderblich unsere bereits in Fäulniß übergehenden Verhältnisse gewirkt haben; nicht bloss die Gewohnheit und das Vorurtheil, sondern auch die Unklarheit und Unentschiedenheit kämpfen mächtig gegen ein solches ernstes Verfahren an. Den Meisten ist die Religion nicht das tiefste und heiligste Lebenselement, nicht eine lebendige Ueberzeugung, die sie freudig bekennen und die sie auch in allen Institutio-

85 AZJ 10 (1846), S. 249; LdO 7 (1846), S. 275-280; IdnJ 7 (1846), S. 133 f.; siehe auch Meyer, Antwort auf die Moderne, S. 195.

86 Rabbiner in Berlin war Michael Sachs (1808-1864), der in der Frage der Gottesdienstreform, ähnlich wie Zacharias Frankel, einen gemäßigten Standpunkt vertrat; Margit Schad, Rabbiner Michael Sachs. Judentum als höhere Lebensanschauung, Hildesheim/Zürich/New York 2007; siehe zur Reformgenossenschaft Meyer, Antwort auf die Moderne, S. 191-196.

nen verwirklicht sehen wollen, nein, sie ist ihnen ein Gegenstand diplomatischer Kunst geworden, über den sie klug hin und her accordiren. Den Mann, welcher in wahrer religiöser Ueberzeugung sein eigenstes Wesen und seinen Beruf erkennt, muss ein solches Treiben wahrhaft anekeln, wie man vornehm Religion, etwas, was ja nicht zu viel, zugestutzt für Andere will, sich selbst darüber hoch erhaben dünkt; in jener Kühle, in jener Abgestumpftheit für ein warmes religiöses Wesen, das man so leichten Kaufes dahin giebt, erblicke ich einen schlimmeren Feind, als in dem Irrthum und dem Aberglauben. Dieser schlimmere Geist ist in unserer Gemeinde entstanden.«⁸⁷

In den folgenden Wochen stellte der Theologe auch in Predigten und Vorträgen (»Von wem sollen Reformen ausgehen?«) nachdrücklich klar, dass, um die jüdische Religion zu erhalten, entschiedeneren Maßnahmen als bislang in Breslau erfolgt ergriffen werden müssten. Dabei verwies Geiger auch auf die Reformgenossenschaft, die er überall dort als Vorbild empfahl, wo es der Gesamtgemeinde nicht gelang, sich auf eine konsequente Umgestaltung des Kultus zu verständigen. Unbeschadet seines Lobs erteilte er aber am Ende Berlin eine Absage. Dass er seiner bisherigen Wirkungsstätte weiter die Treue hielt, mochte auch mit der zurückgezogenen Kandidatur Rabbiner Hirsch Bär Fassels zusammenhängen, von dem er befürchten musste, dass dieser sich als »Hemmschuh« der Modernisierung erweisen würde. Nach der Absage durfte Geiger also zumindest die Zuversicht hegen, als religiöses Oberhaupt der Breslauer Juden vorerst weiter ohne rabbinische Konkurrenz agieren zu können.⁸⁸

Im Juli 1846 trat in Breslau die dritte Rabbinerversammlung zusammen, die Abraham Geiger mit großer Stimmenmehrheit zu ihrem Präsidenten wählte.⁸⁹ Bei seinen Reformkollegen stand der 36-Jährige als theologischer Vordenker in höchstem Ansehen. In der Gemeinde hingegen wuchs die Unzufriedenheit. Jüdische Presseorgane unterschiedlicher religiöser Ausrichtung berichteten übereinstimmend, dass Geiger unter den Mitgliedern weiter an Rückhalt einbüßte. Durch seine Reformappelle begab er sich immer mehr in Widerspruch auch zu jenen Hausvätern, die sich ursprünglich für seine Berufung nach Schlesien eingesetzt hatten. Prominentestes Beispiel dieser gemäßigten Fraktion war Wilhelm Freund, der wie kein anderer Geiger den Weg nach Breslau geebnet hatte. Folgt man der Argumentation Freunds, der seinen vormaligen Intimus in Wort und Schrift heftig attackierte, dann hatte Geiger sich zwar ursprünglich einer gemäßigten und besonnenen Erneuerung der Religion verschrieben, mittlerweile aber das »historisch-positive Judenthum« hinter sich gelassen, um sich der

87 A. Geiger an das Obervorsteher-Kollegium, 19.3.1846, in: L. Geiger (Hrsg.), Abraham Geiger's Leben in Briefen, S. 188-191; siehe AZJ 10 (1846), S. 202 f.

88 AZJ 10 (1846), S. 216, 234-237; Orient 7 (1846), S. 118 f., 134-137; TZW 2 (1846), S. 127.

89 A. Geiger, Vorläufiger Bericht über die Tätigkeit der dritten Versammlung deutscher Rabbiner, Breslau 1846; ders., Die dritte Versammlung deutscher Rabbiner. Ein vorläufiges Wort zur Verständigung, Breslau 1846; Protokolle der dritten Versammlung deutscher Rabbiner abgehalten zu Breslau vom 13. bis 24. Juli 1846, Breslau 1847.

»genossenschaftliche[n] Glaubensrichtung« anzuschließen. Die große Mehrheit der Breslauer Juden, so Freund, habe Geiger inzwischen ihr Vertrauen entzogen, dem er auch die Verantwortung für die krisenhafte Gesamtentwicklung der Kultusgemeinde anlastete.⁹⁰

Welches Maß an Schuld Geiger an den innergemeindlichen Verfallserscheinungen trifft, ist schwer zu entscheiden. War es doch das Obervorsteher-Kollegium gewesen, das den Reformrabbiner gegen den ausdrücklichen Willen einer orthodoxen Klientel nach Breslau berufen hatte. Tatsache ist, dass sich die finanzielle Situation der Gemeinde allmählich zuspitzte, indem eine zunehmende Zahl von Mitgliedern ihre Kultussteuerbeiträge zurückhielt, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. 1848 herrschten, so berichtete die *Allgemeine Zeitung des Judenthums*, sogar anarchische Verhältnisse, als vermutlich auch jüdische Hausväter ihre Zahlungen einstellten, die hierfür keine religiösen Argumente geltend machen wollten.⁹¹

Bis 1849 gelang es jedoch der Gemeindeleitung, die verfeindeten Fraktionen unter einem Dach zu vereinen. Grundlage für die Reorganisation war das *Gesetz über die Verhältnisse der Juden* vom Juli 1847, das die Regierungen anwies, für die Gründung von Synagogengemeinden (Judenschaften) Sorge zu tragen, die zur Regelung ihrer Vermögensverhältnisse die Rechte juristischer Personen erhalten sollten. Nachdem zunächst der Gedanke verworfen worden war, die Einheitsgemeinde aufzulösen, um in Breslau zwei Synagogenbezirke einzurichten, beschloss die Generalversammlung sämtlicher selbstständiger Mitglieder, dass sich die Gemeindeverwaltung zukünftig auf die Ordnung der finanziellen Verhältnisse sowie die Wohltätigkeitsanstalten beschränken sollte. Die religiösen Angelegenheiten hingegen wurden an zwei koordinierte und gleichberechtigte Kultusverbände delegiert, denen jeweils ein Rabbiner sowie eigene Synagogen und Religionsschulen zugeordnet waren.⁹²

90 [Wilhelm Freund], Sendschreiben der großen Mehrzahl der Mitglieder der Breslauer Israeliten-Gemeinde an Herrn Rabbiner Dr. Geiger, Breslau 1846; [ders.], Zweites Sendschreiben der großen Mehrzahl der Mitglieder der Breslauer Israeliten-Gemeinde an Herrn Rabbiner Dr. Geiger, Breslau 1846; [ders.], Drittes Sendschreiben der großen Mehrzahl der Mitglieder der Breslauer Israeliten-Gemeinde an Herrn Rabbiner Dr. Geiger, Breslau 1846; [ders.], Sendschreiben der großen Mehrzahl der Mitglieder der Breslauer Israeliten-Gemeinde an sich selbst, Breslau 1846; [ders.], Zweites Sendschreiben der großen Mehrzahl der Mitglieder der Breslauer Israeliten-Gemeinde an sich selbst, Breslau 1846; AZJ 10 (1846), S. 234; Orient 7 (1846), S. III f.; siehe auch Adresse der großen Mehrzahl der Mitglieder der Breslauer Israeliten-Gemeinde an Herrn Dr. Wilhelm Freund, Breslau 1846; Die Breslauer Israeliten-Gemeinde in ihrem Zerfalle und Verfall. Eine Stimme aus der Gemeinde, Breslau 1846.

91 AZJ 12 (1848), S. 446; siehe dazu A. Geigers Gegendarstellung AZJ 12 (1849), S. 477 f.; siehe auch TZW 2 (1846), S. 439.

92 Siehe das Gesetz über die Verhältnisse der Juden, 23.7.1847, in: Freund, Emanzipation der Juden, Bd. 2, S. 501-520; AZJ 11 (1847), S. 678; AZJ 18 (1854), S. 388; Orient 10 (1849), S. 77 f., 137 f.; TZW 3 (1847), S. 366; TZW 4 (1848), S. 141, 303; TZW 5 (1849), S. 7, 24, 39; A. Geiger an Bernard Wechsler, 13.18.09.1848, in: L. Geiger (Hrsg.),

Endgültig zementiert wurde dieses zunächst provisorische Organisationsmodell mit dem neuen Gemeindestatut von 1856, das die alten Satzungen von 1826 ersetzte. Für Geiger hatte dieser Umbau in zweifacher Hinsicht Konsequenzen. Er wirkte fortan nurmehr als Seelsorger der Reformfraktion, während Gedaljah Tiktin als Rabbiner der orthodoxen »Cultus-Commission« eine ihm ebenbürtige Stellung einnahm. 1853 bekannten sich 648 Mitglieder und deren Familien zum liberalen Rabbiner – eine Mehrheit von 945 jüdischen Hausvätern votierte für Tiktin und eine streng gesetzesstreuende Praxis in den religiösen Institutionen.⁹³

Zacharias Frankel und seine gemäßigte Religionsreform

Die Breslauer Vorgänge seit 1845 veranschaulichen, dass Zacharias Frankels »Vermittlungstheologie« unter den Gemeindemitgliedern breiten Zuspruch erfuhr. In Wort und Schrift bekannte sich der Dresdner Rabbiner zu einem moderaten Fortschritt, der aus seiner religiösen Weltanschauung des »positiv-historischen« Judentums hervorging. Die normative Gültigkeit der – vor allem in Talmud und Kodizes niedergelegten – mündlichen Rechtstradition fußte, so Frankel, auf deren historischer Autorität. Bei der Auslegung der religiösen Weisung in der Geschichte handelte es sich demnach nicht um eine strenge Rekonstruktion des göttlichen Willens, sondern um eine selbstständige und kreative Erweiterung jener Weisungen, die Moses am Sinai offenbart worden waren. Dass die Tradition als Lebensäußerung menschlicher Existenz keine absolute Gültigkeit beanspruchen konnte, verlieh der religiösen Reform ihre Berechtigung. Die Überlieferung berufe sich jeweils auf das religiöse Bedürfnis der Gesamtheit, welche über die Geltung der gesetzlichen Auslegungen bestimme. Frankel selbst sprach zurückhaltenden Modernisierungsmaßnahmen das Wort, die sich auf den Gottesdienst, zuweilen aber auch auf die religiöse Praxis außerhalb der Synagoge bezogen. Unbeschadet solcher Ideen bestand er auf der zentralen Bedeutung des jüdischen Religionsgesetzes. Mit seinen theologischen Überlegungen, die er vor allem in seiner *Zeitschrift für die religiösen Interessen des Judenthums* formulierte, legte Frankel das ideologische Fundament zu einer konservativen Strömung, die die zeitgenössische Polarität von Reformjudentum und Orthodoxie als Verlust deutete und um der Einheit willen die sich verschärfenden Gegensätze zu überbrücken suchte. Dieses Prinzip des Zusammenhalts sollte auch im Alltag der Gemeinden Priorität erhalten.⁹⁴

Abraham Geiger's Leben in Briefen, S. 195-198; Meyer, Rabbi Gedaljah Tiktin; Reinke, Judentum und Wohlfahrtspflege, S. 124 f.

93 Brann, Die schlesische Judenheit, S. 30-32; Brillling, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens, S. 41 f.; L. Geiger, Abraham Geiger, S. 94; Gotzmann, Geiger-Tiktin-Streit, S. 98; Auszüge aus dem Statut von 1856, in: AZJ 22 (1858), S. 79 f.

94 Siehe z. B. Z. Frankel, Anzeige und Prospectus einer Zeitschrift für die religiösen Angelegenheiten des Judenthums, Berlin 1843; siehe auch Brämer, Rabbiner Zacharias

Frankels Bemühungen, die Religionsreform in gemäßigte Bahnen zu lenken, wurde auch in der übrigen Provinz Schlesien mit Anerkennung honoriert, die ihm insbesondere seine gesetzestreuen Amtskollegen zollten. Die oberschlesische Dankadresse, die ihm nach seinem Austritt aus der Frankfurter Rabbinerversammlung zugeht, trug die Unterschriften von insgesamt acht Gemeinderabbinern: Neben den Gebrüdern Deutsch hatten auch Jacob Caro (gest. 1847; Lublinitz), Löbel Fernbach (Nikolai), L. Karfunkel (Rybnik) und Abraham Lewysohn (1805-1860; Peiskretscham) im Einverständnis mit ihren Gemeinden bzw. in deren Namen das Schreiben unterzeichnet. Ohne vorherige Rücksprache hatten sich überdies Elias Landsberg (1800-1879; Loslau) sowie Simon Löwe (gest. 1881; Ratibor) der Solidaritätsadresse angeschlossen. In ihrem Schreiben wurden die orthodoxen Geistlichen nicht müde, Frankel als Heilsbringer zu huldigen, der für die jüdische Tradition in die Bresche sprang:

»In dieser traurigen Lage, bei dieser düstern Aussicht, ist es für jeden, der es mit seinem Gotte treu meint, eine höchst erfreuliche und trostreiche Erscheinung, wenn erleuchtete, beredete Männer von ebenso anerkannter Gelehrsamkeit, wie ungeheuchelter Frömmigkeit für das rabbinische Judenthum, für das mit Blut besiegelte Erbe unserer Väter, muthig in die Schranken treten.

Zu diesen, leider nicht genug zahlreichen, hochgeachteten Männern zählt Israel vornämlich auch Sie, Hochwürdiger Herr mit Stolz.

Wohl haben Sie schon oft dem rabbinischen Judenthum kräftig das Wort geredet, haben sich schon manches Verdienst um dasselbe erworben; jedoch Ihr kräftiges Auftreten bei der diesjährigen Rabbiner-Versammlung, Ihre muthige Entschiedenheit bei Ihrem Austritte aus derselben haben nunmehr diesen Verdiensten die Krone aufgesetzt. Das Herz eines jeden rechthgläubigen Israeliten schlägt Ihnen daher hochachtungsvoll und freudig entgegen und wir können nicht umhin, Ihnen hiermit unseren innigsten Dank, unsere Anerkennung und unsere Sympathie für diesen so kräftigen und muthigen Schritt ergebenst darzubringen und an den Tag zu legen.

[...] So lange wir Männer Ihresgleichen, Hochwürdiger Herr, zu den unsrigen zählen, ist Israel, Gott Lob, nicht verwaist.«⁹⁵

Ob die oberschlesischen Rabbiner Frankels Auffassung einer geschichtlichen, d. h. außerhalb eines unmittelbaren Offenbarungskontexts stehenden, Tradition nicht kannten oder diese schlichtweg nicht zur Kenntnis nehmen wollten, ist nicht eindeutig zu ermitteln. Einige der unterzeichnenden Gelehrten unterstützten Frankel auch, als dieser wenig später mit der Idee einer Theologenversammlung an die Öffentlichkeit trat, die ausdrücklich als Gegenveranstaltung zu den jährlichen Reformrabbinerkonferenzen konzipiert war. Besonders Israel

Frankel S. 157-176; Ismar Schorsch, Zacharias Frankel and the European Origins of Conservative Judaism, in: *Judaism* 30 (1981), S. 344-354.

95 *Orient* 6 (1845), S. 313 f.; siehe *AZJ* 9 (1845), S. 675; *Orient* 6 (1845), S. 369-371, 378 f.

und David Deutsch wurden nicht müde, in der Öffentlichkeit für dieses Projekt zu werben. Weitere schlesische Rabbiner, unter ihnen auch Gedaljah Tiktin in Breslau, sagten ihre Teilnahme zu. Die Zustimmung für das Projekt manifestierte sich sogar in verschiedenen schlesischen Komitees, die sich um freiwillige Beiträge zur Unterstützung der Konferenzteilnehmer bemühten. Sowohl die liberale als auch die orthodoxe jüdische Presse begegneten dieser Annäherung allerdings mit Unverständnis. Angesichts der massiven Agitation gegen die »quasi-orthodoxe« Theologenversammlung musste Frankel seinen Plan am Ende aufgeben, ohne dass jedoch seine Verbindung zur Provinz Schlesien auf Dauer abbriss.⁹⁶

Schon wenige Jahre später rückte der konservative Theologe erneut in das Blickfeld der schlesischen jüdischen Öffentlichkeit. Bereits 1846 war Jonas Fraenckel (geb. 1773), Breslauer Unternehmer und langjähriger Präses im Obervorsteher-Kollegium der jüdischen Gemeinde, unverheiratet verstorben und hatte ein Vermögen hinterlassen, das in seiner Heimatstadt als Kapitalstock in eine wohltätige Stiftung fließen sollte. Das Problem des Qualifikationserwerbs religiöser Funktionsträger im Blick, verfügte er zudem, dass die Summe von 100 000 Taler für ein Seminar »zur Heranbildung von Rabbinern und Lehrern« bereitgestellt werden sollte. Seine Bemühungen, Fraenckels letztem Willen Rechnung zu tragen, sah das Stiftungskuratorium 1854 von Erfolg gekrönt, als das »Jüdisch-Theologische Seminar« in der Wallstraße seinen Lehrbetrieb aufnahm. Als Gründungsdirektor lenkte fortan Zacharias Frankel die Geschicke dieser ersten modernen Rabbineranstalt im deutschen Kulturbereich.⁹⁷

Warum die Testamentsvollstrecker Abraham Geiger, der sich seit vielen Jahren für eine systematische Professionalisierung des Rabbinerberufs eingesetzt hatte⁹⁸, nicht in die Planungen des Seminars einbezogen, erklärt sich aus den Vorgängen während der 1840er-Jahre. Fraenckel hatte als Mitglied des Vorstands maßgeblichen Anteil an der Berufung Geigers gehabt, dem er sogar eine jährliche Gehaltszulage aus der Privatschatulle bezahlte. Allerdings finden sich Hinweise darauf, dass auch er zu jener Gruppe jüdischer Hausväter gezählt hatte, die den Radikalisierungstendenzen des Reformrabbiners mit zunehmender Skepsis begegneten. Die Kuratoren Jakob Levy (gest. 1852) und Löbel Milch (1798-1864), die gemeinsam mit Fraenckel viele Jahre im Obervorsteher-Kollegium aktiv

96 AZJ 10 (1846), S. 7-9, 53 f., 730; Orient 7 (1846), S. 237, 291-293, 295, 413 f.; Orient 8 (1847), S. 3; Orient 8 (1847), S. 3, 5-8, 50 f., 55 f., 62-64, 73, 117-120, 124 f.; TZW 2 (1846), S. 370; TZW 3 (1847), S. 81-83, 329 f.; Brämer, Rabbiner Zacharias Frankel, S. 250 f.

97 Zum Seminar siehe z. B. Marcus Brann, Geschichte des Jüdisch-Theologischen Seminars (Fraenckelsche Stiftung) in Breslau. Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum der Anstalt, Breslau 1904; Andreas Brämer, Die Anfangsjahre des Jüdisch-Theologischen Seminars – Zum Wandel des Rabbinerberufs im 19. Jahrhundert, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause?, S. 99-112.

98 A. Geiger, Die Gründung einer jüdisch-theologischen Facultät, ein dringendes Bedürfnis unserer Zeit, in: WZJT 2 (1836), S. 1-21; ders., Über die Errichtung einer jüdisch-theologischen Facultät, Wiesbaden 1838.

waren, distanzierten sich noch deutlicher als dieser von Geiger, dessen Richtung »ihn unfähig macht[e], eine vollwichtige Rabbinatswürde zu erteilen«. Die ideale Besetzung für den Direktorenposten glaubten sie in Frankel gefunden zu haben, dem der Ruf eines herausragenden Gelehrten auf dem Gebiet der Wissenschaft des Judentums vorausseilte. Zudem fügte sich dessen religiöse Vermittlungsposition harmonisch in die Verhältnisse der Breslauer Synagogengemeinde ein. Als designierter Leiter verstand es der moderate Reformler, seine formalen und inhaltlichen Vorstellungen zeitgemäßer theologischer Ausbildung zur Geltung zu bringen. In einer »Pflanzstätte für Rabbiner [...] welche den Beruf haben, auf dem Boden des positiven und historischen Judenthums fortzubauen«, war folglich für Geiger kein Platz, dem diese Nichtberücksichtigung die »schwerste Enttäuschung« bereitete.⁹⁹

Das Jüdisch-Theologische Seminar übte große Anziehungskraft aus auf Rabbinatskandidaten, von denen etwa ein Drittel aus der Provinz Schlesien selbst stammte.¹⁰⁰ Beim Reformjudentum hingegen stand das Jüdisch-Theologische Seminar von Anfang an in der Kritik, weil es, wie Abraham Geiger anlässlich der ersten Abschlussprüfungen 1862 polemisch formulierte, lediglich rabbinische Zwitterwesen hervorbringe. Ihre ebenso einseitige wie unzeitgemäße Gelehrsamkeit auf dem Gebiet des Sakralrechts suchten diese durch die Qualifikation als Kanzelredner zu übertünchen.¹⁰¹ Auch das gesetzestreue Judentum in Deutschland äußerte massive Vorbehalte, denen sich die schlesische Orthodoxie aber bemerkenswerterweise nicht anschloss. Einzelne Beispiele veranschaulichen vielmehr eine aufgeschlossene Haltung. David Deutsch in Sohrau etwa hatte sich, ausgehend von der Erkenntnis, dass die traditionelle Talmudhochschule (Jeschiva) den Ansprüchen der Gegenwart nicht mehr genüge, bereits 1847 für eine Verwissenschaftlichung der rabbinischen Berufsausbildung ausgesprochen.¹⁰² Mit seiner Entscheidung, seinen Sohn Immanuel (1847-1913) das Septennium des Breslauer Seminars (1868-1875) durchlaufen zu lassen, bestätigte er seine liberale Denkungsart. Wie nah Gedaljah Tiktin zu Frankel stand, ist nicht eindeutig zu ermitteln. Im Unterschied zu seinem Vater war er aber kein radikaler Gegner der Kultusreform, sondern billigte vor allem solche Maßnahmen, die zu einer Verschönerung des Gottesdienstes beitragen. Seit 1884 besuchte sein

99 Siehe Idnj 7 (1847), S. 69 f.; Orient 7 (1846), S. 45 f.; TZW 2 (1846), S. 127; TZW 3 (1847), S. 181; Israel Rabin, Jonas Fränckel, in: Schlesische Lebensbilder, Bd. 3: Schlesien des 17. bis 19. Jahrhunderts, Sigmaringen 1985, S. 199; L. Geiger, Abraham Geiger, S. 130; sowie die akribisch recherchierte Analyse bei Wilke, »Den Talmud und den Kant«, S. 669-681; außerdem Andreas Brämer, Abraham Geiger und Zacharias Frankel – Vergengungen und Konfrontationen, in: Christian Wiese/Walter Homolka/Thomas Brechenmacher (Hrsg.), Jüdische Existenz in der Moderne. Abraham Geiger und die Wissenschaft des Judentums, Berlin/Boston 2013, S. 113-131.

100 Hugo Weczerka, Die Herkunft der Studierenden des Jüdisch-Theologischen Seminars zu Breslau 1854-1938, in: Zeitschrift für Ostforschung 35 (1986), S. 88-138.

101 Abraham Geiger, Die Rabbiner der Gegenwart, in: Jüdische Zeitschrift für Wissenschaft und Leben (JZWL) 1 (1862), 165-174.

102 Orient 8 (1847), S. 6.

Enkel Salomon (geb. 1863) das Jüdisch-Theologische Seminar, das dieser 1890 als ordniertes Rabbiner verließ.¹⁰³

Personelle Veränderungen

1854, das Jahr der Seminareröffnung, war für die religiöse Geschichte des Breslauer Judentums auch in anderer Hinsicht bedeutsam. In diesem Jahr veröffentlichte Abraham Geiger sein *Israelitisches Gebetbuch*, das vor allem die bereits in der Storchsynagoge erfolgten liturgischen Veränderungen abbildete, sich jedoch ansonsten betont gemäßigt präsentierte und die Dominanz der Heiligen Sprache im Gottesdienst nicht infrage stellte. Sein Siddur zielte auf breite öffentliche Anerkennung, für die der Herausgeber freilich von einer konsequenten Abbildung seines theologischen Kosmos Abstand nehmen musste.¹⁰⁴ Ob Geiger die Früchte seines Erfolgs genießen konnte, ist zudem mehr als zweifelhaft. Wenige Monate zuvor hatte der preußische König Tiktin den Titel eines schlesischen Landrabbiners verliehen, mit dem zwar keine Amtsbefugnisse einhergingen, der jedoch als politisches Signal einigen Symbolwert besaß. Innerhalb eines Jahres musste Geiger also gleich zwei Demütigungen hinnehmen, die ihm seinen Aufenthalt in der schlesischen Hauptstadt nachhaltig verleidenen.¹⁰⁵

Neun Jahre später verließ Geiger Schlesien und übernahm das Rabbinat in Frankfurt am Main, wo er auch der Verwirklichung seines Lebensstraums, einer jüdisch-theologischen Fakultät, näher zu kommen hoffte. Der Wechsel in seine Geburtsstadt sorgte für einige Irritationen, insbesondere weil er sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, seinen langjährigen Weggefährten, Rabbiner Dr. Leopold Stein (1810-1882), aus dessen Stellung gedrängt zu haben. Tatsächlich war Stein, Seelsorger der liberalen Großgemeinde in der Mainmetropole, nach Auseinandersetzungen mit dem Ältestenvorstand 1862 von seinem Amt zurückgetreten. Allerdings hatte er diesen Schritt in der Zuversicht getan, dass ihn die Gemeinde erneut berufen werde, sofern seine Berufskollegen Solidarität bezeugen und von einer Bewerbung Abstand nehmen würden. Geiger war es aber so wichtig,

103 AZJ 10 (1846), S. 700 f.; AZJ 19 (1855), S. 260; Meyer, Rabbi Gedaljah Tiktin, S. 95.

104 *Israelitisches Gebetbuch für den öffentlichen Gottesdienst im ganzen Jahre, mit Einschluß der Sabbathe und sämtlicher Feier- und Festtage*. Geordnet und mit einer neuen deutschen Bearbeitung versehen von Dr. Abraham Geiger, Rabbiner der Israeliten-Gemeinde in Breslau, Breslau 1854; A. Geiger, Grundzüge und Plan zu einem neuen Gebetbuche, Breslau 1849; Meyer, Antwort auf die Moderne, S. 269 f.; Jakob J. Petuchowski, *Prayerbook Reform in Europe. The Liturgy of European Liberal and Reform Judaism*, New York 1968; ders., Abraham Geiger, the Reform Jewish Liturgist, in: ders. (Hrsg.), *New Perspectives on Abraham Geiger. An HUC-JIR Symposium*, New York 1975, S. 42-54.

105 TZW 10 (1854), S. 27, 35; Meyer, Gedaljah Tiktin, S. 94 f.; Ludwig Geiger, Abraham Geiger, S. 169; siehe auch J. Kastan, *Breslauer Erinnerungen (Aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts)*, in: *Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur* 26 (1925), S. 64.

Breslau zu verlassen, dass er Steins ausdrücklichen Bitten kein Gehör schenkte. Er überwarf sich mit seinem Duzfreund, als er nach wechselvollen Verhandlungen dem Frankfurter Werben nachgab und seine Wahl zum religiösen Oberhaupt der Israelitischen Religionsgemeinde annahm.¹⁰⁶

Nach dem Weggang Geigers, der durchaus enttäuschte Anhänger in großer Zahl zurückließ, gewann das positiv-historische Judentum in Breslau weiter an Fahrt. In der Erwartung, dass er sich für eine dauerhafte Befriedung der jüdischen Gemeinde einsetzen werde, berief die liberale Kultuskommission Dr. Manuel Joël (1826-1890) als Nachfolger. Joël war in der Gemeinde kein Unbekannter mehr: Bis dato hatte er seinen Lebensunterhalt als Dozent am Jüdisch-Theologischen Seminar bestritten, wo er unter anderem zu Themen der jüdischen

Rabbiner Manuel Joël, undatiert

Religionsphilosophie las, die homiletischen Fächer lehrte und sich als begnadeter Prediger einen Namen gemacht hatte. In einem Gespräch mit dem Kommissionsvorstand präsentierte sich der Seminarlehrer als idealer Kandidat, indem er für »die gemäßigte Reform und de[n] besonnene[n] Fortschritt« in den Grenzen des positiven Judentums plädierte. Deutlich inspiriert von Zacharias Frankels religiösem Weltbild sprach sich Joël zudem dafür aus, dass auch berechtigte Reformen nur durchführbar seien, sofern sie den Gesamtzusammenhang der Gemeinde nicht zu zerreißen drohten. Seine moderaten Ansichten trafen auf uneingeschränkte Zustimmung – ohne Gegenstimmen setzte sich Joël gegen die Konkurrenz durch.¹⁰⁷

106 Dr. Geiger und sein Abgang von hier nach Frankfurt am Main. Ein Wort zur Orientierung für die Mitglieder der Breslauer Israeliten-Gemeinde, Breslau 1863; Robert Liberles, Leopold Stein and the Paradox of Reform Clericalism, 1844-1862, in: Leo Baeck Institute Year Book 27 (1982), S. 275-277; L. Geiger, Abraham Geiger, S. 168-174.

107 Im Gespräch waren zwei weitere Bewerber: Ludwig Philipppsons Schwiegersohn Dr. Tobias Cohn (1826-1904), liberaler Prediger in Potsdam, und der konservative Dr. Abraham Stein (1818-1824), Rabbiner in Danzig; AZJ 27 (1863), S. 308f., 618, 650; AZJ 28 (1864), S. 85f., 549; Israelit 10 (1869), S. 470f.; Adolf Eckstein, Joël als Seminarlehrer und seine Wahl zum Rabbiner in Breslau, in: Monatschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums (MGWJ) 70 (1926), S. 320-324; Caesar Seligmann, Rabbiner Dr. Manuel Joël zu seinem hundertjährigen Geburtstage 19. Oktober 1926.

Nach seinem Amtsantritt 1864 ruhten die Hoffnungen auf Joël, dass dieser sich nicht nur für eine Aussöhnung der liberalen Fraktion mit den gemäßigten Reformern einsetzen, sondern auch einer Wiederannäherung der beiden Kultuskommissionen den Weg ebnen werde. Und in der Tat sprechen die weiteren Entwicklungen für eine spürbare Entspannung der innergemeindlichen Konflikte. Noch im selben Jahr fasste die Gemeinde den Beschluss, am Schweidnitzer Stadtgraben eine »Neue Synagoge« zu errichten, bei deren Grundsteinlegung im Oktober 1866 Tiktin erstmals gemeinsam mit Joël auftrat. »Beide sprachen versöhnlich«, wusste die *Allgemeine Zeitung des Judenthums* zu berichten.¹⁰⁸ Auch bei der Einweihung des fertiggestellten Baus im September 1872 nahm der orthodoxe Landrabbiner keinen Anstoß daran, die religiöse Zeremonie (an einem Sonntag) zusammen mit Joël abzuhalten – unbeschadet der Tatsache, dass Orgelmusik in dem neuen Gotteshaus erscholl und dieses, ein freistehender Kuppelbau im romanischen Stil, als Gebetsstätte der liberalen Kultuskommission genutzt werden sollte. Tiktin selbst predigte fortan in der Storchsynagoge, die nach einem aufwendigen Umbau »von demjenigen Theile der jüdischen Gemeinde benutzt [wurde], welche den Reformen abgeneigt ist«¹⁰⁹.

In seiner Schrift *Zur Orientirung in der Cultusfrage*, die 1869 erschien, bekannte sich Joël zum »Prinzip der Vermittlung«, das er auch zur Geltung zu bringen suchte, als er 1872, im Auftrag der Gemeinde, Geigers Gebetbuch in revidierter Fassung neu herausgab. Ausgehend von dem Standpunkt, dass dem Judentum als einheitliche Körperschaft auch ein ethnisches Moment innewohne, glaubte er, dass die Majorität der Juden, ungeachtet einer Meinungsvielfalt in Glaubensfragen, nicht »an ein Auseinandergehen und an eine Trennung« denke. Der Siddur verdeutlichte Joëls Bereitschaft zu Kompromissen, durch die er die Einheit zu festigen suchte. An seiner Vorlage von 1854 revidierte er zwar wichtige Details, doch hielt er an der theologischen Grundtendenz fest, mit der sich der liberale Teil der Gemeinde ja im Verlauf von fast zwei Jahrzehnten vertraut gemacht hatte. Zugleich suchte er aber den Erwartungen konservativer Beter Rechnung zu tragen, indem er dort, wo sein Vorgänger Eingriffe in den hebräischen Text vorgenommen hatte, in kleinerer Schrift auch die traditionelle Version der Gebete aufnahm.¹¹⁰ Von seinem orthodoxen Amtsbruder sind

Sein Leben und seine Persönlichkeit, in: ebd., S. 305-315; Max Freudenthal, Manuel Joël und die Kultusfrage, in: ebd., S. 330-347.

108 AZJ 30 (1866), S. 775; Ziátkowski, Juden in Breslau, S. 77.

109 AZJ 36 (1872), S. 830; AZJ 37 (1873), S. 684; AZJ 38 (1874), S. 249 f.; Programm für die Einweihungs-Feier der Gemeindegynagoge in Breslau den 29.9.1872, CAHJP, D/Br3/55; Brillling, Die jüdischen Gemeinden, S. 42; siehe auch Israelitische Wochenschrift (IWS) 2 (1871), S. 27.

110 IWS 3 (1872), S. 20 f.; Adolf Eckstein, Die Entstehungsgeschichte des Joël'schen Gebetbuches, in: MGWJ 63 (1919), S. 210-226; Max Freudenthal, Manuel Joël und die Kultusfrage, in: MGWJ 70 (1926), S. 330-347; David Ellenson, The Israelitische Gebetbücher of Abraham Geiger and Manuel Joël, in: Leo Baeck Institute Year Book 44 (1999), S. 143-164; Ismar Elbogen, Der jüdische Gottesdienst in seiner geschichtlichen

keinerlei kritische Äußerungen über dieses Vorgehen überliefert. Im Gegenteil – der *Israelit*, den der Mainzer Rabbiner Dr. Markus Lehmann (1831-1890) als »Central-Organ für das orthodoxe Judentum« herausgab, polemisierte sogar 1875 gegen Tiktin, dass dieser Joëls Reformen nicht nur abgesegnet habe, sondern diese zum Teil auch in der Storchsynagoge eingeführt worden seien.¹¹¹

Historischer Kontext und Bewertung

Nimmt man, auf das Zeitalter der Emanzipation zurückschauend, die religiösen Institutionen des schlesischen Judentums in den Blick, dann vollzog sich ein progressiver Wandel, der besonders seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts an Schwung gewann und bei dem auch die geografische Lage als Puffer zum Tragen kam. Steven Lowenstein hat nachgewiesen, dass sich die Reform als Bewegung zunächst im Westen und Süden Deutschlands etablieren konnte. Namentlich die Zuwanderung aus Posen, einer industriell rückständigen Region, in der die jüdische Religionsreform sich schwertat, Fuß zu fassen, wirkte sich bremsend auf das Tempo der Kultusmodernisierung in Schlesien aus.¹¹² Weder erfolgten die Veränderungen in den Synagogengemeinden abrupt noch zielten sie auf einen radikalen Bruch mit der Überlieferung, sondern sie geschahen im Einklang mit einer jüdischen Bevölkerung, die sich allmählich akkulturierte und auf der Suche nach bürgerlichen Ausdrucksformen ihres Glaubens eher pragmatisch als ideologisch verfuhr. Das Religionsgesetz prägte nurmehr Teile des Alltags, ohne dass seine Gültigkeit aber prinzipiell infrage gestellt wurde. Die jüdischen Gläubigen richteten ihr Augenmerk deshalb vor allem auf die äußerlichen Gestaltungsmerkmale des Gottesdienstes. Wenn sich die Forderung Gehör verschaffte, dass Ordnung, Disziplin, Schönheit und Würde Einzug in die Gotteshäuser halten müssten, spielten theologische Gesichtspunkte häufig nur eine nachgeordnete Rolle. Werte, die in der bürgerlichen Gesellschaft hochgehalten wurden, sollten auch in den liturgischen Handlungen zur Geltung kommen, um eine konsequente Neuformulierung jüdischer Glaubensvorstellungen war es den schlesischen Jüdinnen und Juden indes meist nicht zu tun.

Weniger organisch als vielmehr dialektisch verlief die Entwicklung in der schlesischen Hauptstadt, wo die königliche Kabinettsordre von 1823 zunächst der Gottesdienstreform einen Riegel vorschob, die aber im Breslauer jüdischen Bürgertum bereits einflussreiche Fürsprecher hatte. Erst als Preußen, wo das jüdische

Entwicklung, Frankfurt a. M. 1931, S. 429; Petuchowski, Prayerbook Reform, passim; siehe auch Manuel Joël, Zur Orientierung in der Cultusfrage, Breslau 1869.

111 *Israelit* 16 (1875), S. 270.

112 Steven M. Lowenstein, The 1840s and the Creation of the German-Jewish Religious Reform Movement, in: Werner E. Mosse/Arnold Paucker/Reinhard Rürup (Hrsg.), Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History, Tübingen 1981, S. 255-297, hier S. 266; siehe Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848. Entwicklungsprozesse einer polnischen Judenheit unter preußischer Herrschaft, Hamburg 1997, S. 216-236.

Erziehungswesen unter staatlicher Ägide einen bemerkenswerten Modernisierungsprozess durchlief, auch seine jüdische Kultuspolitik liberalisierte, konnte die Synagogengemeinde neue Wege einschlagen: 1838/40 setzte diese ein deutliches Zeichen ihres Erneuerungswillens, als sie Abraham Geiger auf den Stuhl des zweiten Rabbiners berief. Innerhalb der progressiven Gemeindefraktion, die den jungen selbstbewusst auftretenden Geistlichen wie einen Heilsbringer willkommen hieß, fand dessen Reformprogramm aber durchaus keine ungeteilte Zustimmung. Vielmehr kündigten manche Anhänger der ersten Stunde ihrem Rabbiner nach und nach die Gefolgschaft auf, je mehr sie nämlich realisierten, dass Geiger durchaus nicht bei der Einführung eines »geregelten« Gottesdienstes mit deutscher Predigt und Chorgesang haltmachte, sondern auf eine inhaltliche Revision der traditionellen Gebetstexte abhob, sofern diese nämlich dem Wunsch der Juden nach einer bürgerlichen Integration zu widersprechen schienen. Der Reformtheologe, glaubten sie, trage durchaus eine Mitschuld, wenn der religiöse Parteienkonflikt in eine Spaltung zu münden drohte. Der Wille, den Gesamtzusammenhang des Breslauer Judentums zu bewahren, mündete in das neue Statut, das zwei teilautonome Kultusverbände unter dem gemeinsamen Dach der Synagogengemeinde installierte. Einen wichtigen Schritt aufeinander zu gingen Reform und Orthodoxe aber vor allem, nachdem die liberale Kultuskommision 1863 Manuel Joël zum Nachfolger Geigers bestimmt hatte. Joël, von Zacharias Frankel 1854 an das Jüdisch-Theologische Seminar berufen, übertrug dessen »Vermittlungstheologie« auf die Realität der Breslauer Verhältnisse. Mit Nachdruck arbeitete er auf eine Synthese hin, in der sowohl das progressive Lager als auch die gesetzestreue Fraktion im Hegelianischen Sinne »aufgehoben« wurden.

Welche Wirkung das Breslauer Beispiel während der Amtszeit Geigers auf den Verlauf und das Tempo der Kultusmodernisierung in den übrigen jüdischen Kultusgemeinden hatte, lässt sich kaum exakt bemessen, doch darf man diesen Einfluss vermutlich nicht überbewerten. Als sich der Rittergutsbesitzer Mendel Berliner in Zülz 1845 öffentlich vom rabbinischen Judentum lossagte, berief er sich ausdrücklich auf die Ideen der Breslauer Reformfreunde, doch war ihm mit seinem Versuch, Gleichgesinnte zu rekrutieren, kein Erfolg vergönnt.¹¹³ Dr. Adolph M. Wiener (1812-1895), seit 1853 Rabbiner in Oppeln, trat an seinem Wirkungsort entschieden für die Reform des Kultus ein, bei der er ihm Geiger und dessen Gebetbuch vielfach als Wegweiser dienten. Aber wie sein Vorbild auch musste Wiener die Erfahrung machen, dass sich Teile der jüdischen Gemeinde, denen die Neugestaltung zu weit ging, gegen ihren gewählten Seelsorger stellten. 1872 berichtete das Organ der religiösen Mittelpartei, die *Israelitische Wochenschrift*, dass sich aus dieser Opposition eine orthodoxe Separatgemeinde formiert habe, über die uns freilich keine weiteren Informationen vorliegen.¹¹⁴

113 AZJ 9 (1845), S. 344f.; Orient 6 (1845), S. 228f., 411.

114 Siehe AZJ 24 (1860), S. 693f.; Israelit 13 (1872), S. 724; IWS 3 (1872), S. 216; Adolf Wiener, Die Opfer- und Akedagebete. Ein Beitrag zur Orientierung in der Cultusfrage, Breslau 1869; CJA, I, 75 A Op 1 Oppeln Nr. 22, passim.

Es ist interessant zu lesen, dass die *Allgemeine Leipziger Zeitung* Geigers Berufung auch im Zusammenhang mit den Modernisierungstendenzen in den christlichen Kirchen einordnete.¹¹⁵ Ob aber die Breslauer Entwicklungen, bzw. die religiöse Pluralisierung des schlesischen Judentums insgesamt, auf konkrete katholische oder evangelische Einflüsse zurückgehen, erscheint fraglich. Bei den Protestanten verliefen die Trennlinien zum einen zwischen Unierten und Altlutheranern, die sich dem vom König dekretierten Zusammenschluss mit den Reformierten verweigerten. Aber auch der Streit zwischen fundamentalistischer Orthodoxie und liberalem Rationalismus lässt sich eher als parallele Entwicklung beschreiben, zumal die jüdische Reform den empfundenen Widerspruch eines bürgerlichen Lebensstils und traditioneller Religionsausübung in erster Linie durch eine Veränderung der religiösen Praxis aufzulösen strebte, der Neubestimmung des theologischen Standorts aber zum Teil nur sekundäre Bedeutung beimessen wollte. Immerhin stimmt es, dass sowohl in der protestantischen Kirche – hier sei auch auf das Beispiel der »Lichtfreunde« verwiesen, die in Schlesien hohen Zulauf hatten – als auch im Judentum religiöser und politischer Liberalismus meist Hand in Hand gingen. Die überlieferten Quellen legen aber zugleich die Vermutung nahe, dass jüdische und evangelische Liberale kaum oder gar nicht miteinander kommunizierten, sondern eine kritische Distanz wahrten. Wie alle übrigen Reformer auch vermied es Abraham Geiger geflissentlich, sich ausdrücklich auf kirchliche Vorbilder zu beziehen, um den progressiven Wandel stattdessen aus der jüdischen Tradition selbst herzuleiten. Dass die jüdischen religiös Liberalen über die Entwicklungsprozesse und Auseinandersetzungen innerhalb der protestantischen Kirche informiert waren, kann aber ebenfalls als wahrscheinlich angenommen werden.¹¹⁶

Auch die Einflüsse des Katholizismus auf die religiösen Entwicklungen in den schlesischen Synagogengemeinden müssen als gering veranschlagt werden. Die katholische Kirche Schlesiens ließ nach 1840 ihre vormaligen liberalen Neigungen hinter sich und orientierte sich fortan ultramontan. Allenfalls ist der jüdischen Wochenzeitung *Der Orient* zuzustimmen, wenn diese 1845 den jüdischen »Reformfreunden« eine ideologische Nähe zum Deutschkatholizismus unterstellte, einer Bewegung, die, anknüpfend an die Kritik am katholischen Reliquienkult, in Schlesien just zu dieser Zeit zahlreiche Anhänger um sich scharte und in der Gründung von autonomen Gemeinden mündete. Diese neue »Kirche« formulierte einen radikalen Protest gegen die strikte Dogmatik sowie weitere Kernelemente des traditionellen Katholizismus.¹¹⁷ Den Führer und Mitbegründer der Bewegung, den exkommunizierten Kaplan Johannes Ronge (1813-1887), als Vorbild für Abraham Geiger zu präsentieren, war aber eher der

115 Zit. in AZJ 3 (1839), S. 65f.

116 Siehe Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen »Deutschen Doppelrevolution« 1815-1845/49, München 1987, S. 459-469.

117 *Orient* 6 (1845), S. 128, 132, 321; siehe Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 474-476.

Polemik geschuldet, zumal der jüdische Reformtheologe dem Katholizismus insgesamt die Erneuerungsfähigkeit absprach.¹¹⁸

Eine Provinz, deren jüdische Gemeinden insgesamt einen eher zurückhaltenden Reformkurs steuerten, bot den idealen Resonanzboden für Zacharias Frankels positiv-historische Glaubenswelt, die dieser im Breslauer Jüdisch-Theologischen Seminar auch institutionell verankerte. Dass sich Schlesien, nicht zuletzt unter dem Einfluss der Rabbineranstalt, weiterhin als Bastion eines gemäßigten Fortschritts entwickelte, veranschaulicht auch ein Verzeichnis, das uns zu den Rabbinern in den schlesischen Synagogengemeinden vorliegt. Die Liste, vermutlich stammt sie aus den späten 1880er-Jahren, nennt die Namen von insgesamt 17 Rabbinern, die außerhalb von Breslau amtierten. Neben drei liberalen und drei orthodoxen jüdischen Geistlichen werden neun rabbinische Gelehrte aufgeführt, die als Absolventen dem Jüdisch-Theologischen Seminar zugeordnet werden können. Diese Rabbiner genossen als Vertreter der sogenannten »Breslauer Schule« das Vertrauen ihrer Kultusgemeinden, in denen sie sich dafür einsetzen konnten, die Ideen der religiösen Mittelpartei noch fester zu verankern.¹¹⁹

- 118 Die Reformverwirrung in der israelitischen Gemeinde in Breslau. Angeblich herbeigeführt durch den Widerspruch des Dr. Geiger mit sich selbst, in: Literaturblatt des Orients 6 (1845), S. 276; siehe auch Wolfgang Leesch, Die Geschichte des Deutschkatholizismus in Schlesien (1844-1852) unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Haltung, Breslau 1938 (antisemitisch!); Arno Herzig, Schlesien. Das Land und seine Geschichte in Bildern, Texten und Dokumenten, Hamburg 2008, S. 138-140; Werner Marschall, Geschichte des Bistums Breslau, Stuttgart 1980, S. 132 f.; Hellmut Eberlein, Schlesische Kirchengeschichte, Goslar 1952, passim.
- 119 Liberale Rabbiner: Dr. Siegfried Freund (1829-1915, Görlitz), Dr. Simon Friedmann (1849-1924, Lublinitz), Dr. Adolph Wiener (1812-1895, Oppeln); orthodoxe Rabbiner: Dr. Jakob Cohn (1843-1916, Kattowitz) Dr. Salomo Chodowski (1850-1907, Oels), Dr. Hirsch Jaffé (1818-1898, Myslowitz); Ehemalige Hörer des Jüdisch-Theologischen Seminars: Dr. Max Biram (1853-1916, Hirschberg), Dr. Markus Brann (1849-1920, Pless), Dr. Immanuel Deutsch (1847-1913, Sohrau), Dr. Salomon Fried (1847-1906, Ratibor), Dr. Wilhelm Münz (1856-1917, Gleiwitz), Dr. Moritz Peritz (1856-1930, Liegnitz), Dr. Benjamin Rippner (1842-1898, Glogau), Tobias Samter (1838-1900, Waldenburg) sowie Dr. Jakob Bassfreund (1850-1919; Tarnowitz), der sich allerdings ausdrücklich als orthodox verstand; nicht zuzuordnen sind Blumenfeld (Schweidnitz) und Dr. Samter (Grünberg); siehe das Verzeichnis sämtlicher Rabbiner in Deutschland (1887/88?), CJA, 1, 75 A Be 4 Beuthen Nr. 39.

Deutsche Juden in Oppeln 1871-1944

In der biografischen Rückschau vieler Menschen spielt die Erinnerung an die Heimatstadt und die eigene Kindheit eine zentrale Rolle. Der Geburtsort mit seinen besonderen Prägungen, die im Elternhaus vermittelten Werte sowie das soziale Umfeld werden in der Regel als gestaltende Kräfte in der Herausbildung der eigenen Persönlichkeit dargestellt, sowohl in positiv gestimmten Erinnerungen wie auch in Berichten über negative Erlebnisse. Autobiografische Schriften von deutschen Juden und Jüdinnen, die die Verfolgungen der Jahre 1933 bis 1945 im Exil überlebt haben, thematisieren darüber hinaus immer auch die Frage nach dem Miteinander von Juden und Nicht-Juden in ihrer Geburtsstadt.¹ Dabei werden die eigenen Erinnerungen in der Regel auf zweierlei Weise in die Struktur der Erzählung integriert: entweder als Beleg für ein gemeinsames soziales Leben, das durch das nationalsozialistische Regime zerstört worden sei, oder als Hinweis auf soziale oder kulturelle Differenzen und einen latenten, aggressiven Antisemitismus, der seit 1930 immer stärker die deutsche Gesellschaft prägte. Es ist evident, dass beide Erzählstrukturen im Sinne einer autobiografischen Wahrheit ihren Sinn, ihre »eigene« Wahrheit haben; offen bleibt jedoch, inwieweit Selbstzeugnisse als historische Belege dienen können. Dieses Problem hat für die Geschichte der Juden in Europa im 20. Jahrhundert eine besondere Relevanz, denn zum einen sind (auto-)biografische Rekonstruktionen oft die einzigen Quellen, die eine jüdische Familie nach der Schoah hinterlassen hat. Zum anderen sind biografische Forschungen und eine allein auf das Judentum konzentrierte Kultur- und Geistesgeschichte sehr lange die Basis der Disziplin jüdischer Geschichte gewesen. Eine gesellschaftshistorische Ausrichtung von jüdischer Geschichte ist demgegenüber sehr viel stärker an Strukturen und Prozessen in der Entwicklung einer jüdischen Minderheit in Deutschland interessiert; sie fragt von diesem Standpunkt aus nach dem Zusammenleben von Juden und Nicht-Juden. Auch dabei spielen autobiografische Zeugnisse eine gewisse Rolle, denn diese werden mit sozial-, politik- und wirtschaftshistorischen Untersuchungen verbunden, dienen aber oft nur als Zitatenschatz zur Illustration.

In diesem kurz skizzierten Problemfeld steht auch der folgende Beitrag zur Entwicklung der Jüdischen Gemeinde im schlesischen Oppeln in der Zeit des Kaiserreichs bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Einleitend werden zwei autobiografische Erinnerungen an Oppeln vorgestellt, um die dort zum Ausdruck kommende retrospektive Wahrnehmung von religiösen und kulturellen

1 Siehe Monika Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1945, 3 Bde., Bd. 1: Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1871, Stuttgart 1976; Bd. 2: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, Stuttgart 1979; Bd. 3: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, Stuttgart 1982.

gesellschaftlichen Differenzen anzusprechen. Dann wird eine kurze Darstellung der Stadt in wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive gegeben, bevor die Entwicklung der Jüdischen Gemeinde bis 1943 in den Blick genommen wird. Dabei wird auch auf die Folgen des Minderheitenschutzes, der mit dem Versailler Vertrag bis 1937 in Schlesien galt, hingewiesen. Die Untersuchung wird geleitet von der Frage, welche Gemeinsamkeiten und Differenzen es zwischen der jüdischen und der nichtjüdischen Bevölkerung gegeben hat und wie das gesellschaftliche Miteinander zu bewerten ist. Diese Frage am Beispiel einer Gemeinde zu thematisieren, ist eine von mehreren möglichen Herangehensweisen an dieses Problemfeld, die es zudem erlaubt, unterschiedliche Quellen in die Betrachtung miteinzubeziehen – aber es bleibt sehr schwierig, eine eindeutige Antwort zu finden.

Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Oppeln liegen nur wenige Veröffentlichungen vor.² Eine wichtige Quelle, neben den Archivalien im Archivum Państwowe w Opolu,³ befindet sich im Nachlass von Georg Wiener, einem jüdischen Genealogen, der möglicherweise mit dem liberalen Rabbiner der Gemeinde Adolf Wiener verwandt war. Georg Wiener schrieb in den vierziger Jahren, im Exil in Bolivien, anhand seiner Aufzeichnungen aus dem Stadtarchiv eine kurze Geschichte der Jüdischen Gemeinde, die aber nicht veröffentlicht wurde.⁴ Eine zweite zentrale Quelle ist die Festschrift des Oppelner Journalisten Alfred Steinert anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Synagoge 1922.⁵ Für die neuere Literatur ist auf zwei Publikationen zu verweisen: Zum einen auf das von Peter Maser und Adelheid Weiser erstellte Handbuch *Juden in Oberschlesien*, in dem auch die Oppelner Gemeinde behandelt wird,⁶ zum anderen auf die

2 Siehe Johannes Schellakowsky (Hrsg.), Quellen und Literatur zur Geschichte der Stadt Oppeln, Würzburg 1995, S. 49-52; Hugo Weczerka, Juden in Schlesien. Ein Literaturbericht, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 47 (1998), S. 70-81; Margret Heitmann/Andreas Reinke (Hrsg.), Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien, München 1995.

3 Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der Juden in polnischen Archiven, Bd. 2: Ehemalige preußische Provinz Schlesien, bearb. v. Claudia Nowak/Sabine Rüdiger-Thiem, München 2005, S. 314-370.

4 Leo Baeck Institute Archives (LBI Archives), ME 703b: Georg Wiener, Geschichte der Jüdischen Gemeinde Oppeln O/S. Von ihren Anfängen bis zu ihrer Vernichtung, o. O. 1943/48. Georg Wiener war 1922 stellvertretender Vorsitzender der Gemeinde; siehe Alfred Steinert, Geschichte der Juden in Oppeln. Fest- und Gedenkschrift der Oppelner Synagogengemeinde zur Erinnerung an das fünfundzwanzigjährige Bestehen der neuen Synagoge, Oppeln 1922, S. 35.

5 Steinert, Juden in Oppeln.

6 Peter Maser/Adelheid Weiser, Juden in Oberschlesien, T. 1: Historischer Überblick. Jüdische Gemeinden (I.), Berlin 1992, S. 135-139. Siehe dazu auch Friedrich-Carl Schultze-Rhondorf (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1995; Kurt Schwerin, Die Juden in Schlesien. Aus ihrer Geschichte und ihrem Beitrag zu Wirtschaft und Kultur, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 19 (1980), Nr. 56/57, S. 1-84.

Dissertation von Maciej Borkowski über die Jüdische Gemeinde 1812 bis 1944.⁷ Schließlich bietet das Internetportal des Museums für die Geschichte der polnischen Juden in Warschau, »Projekt Virtuelles Shtetl«⁸, einen ausführlichen Bericht über die Gemeinde in Oppeln, der auf der Arbeit von Maciej Borkowski basiert.

Oppeln – »Meine Geburtsstadt«⁹

In Oppeln standen die Elternhäuser von Ruth Seydewitz, geb. Lewy (1905-1989), und Eva Reichmann, geb. Jungmann (1897-1998). Die beiden Frauen aus bürgerlichen jüdischen Familien wählten unterschiedliche Lebenswege: Ruth Lewy absolvierte eine Ausbildung zur Schneidermeisterin und wurde bereits in jungen Jahren Mitglied der SPD. Als Gasthörerin an der Universität Breslau bildete sie sich autodidaktisch weiter. Nach ihrer Heirat mit dem gelernten Buchdrucker und Journalisten Max Seydewitz 1928 nahm auch Ruth Seydewitz journalistische Tätigkeiten für parteinahe Zeitschriften auf. 1933 floh das Ehepaar erst in die Tschechoslowakei, dann nach Holland und schließlich nach Schweden. Ruth Seydewitz hatte sich 1931 der neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angeschlossen, 1942 dann der Kommunistischen Partei. Nach Ende des Krieges kehrte das Ehepaar nach Deutschland zurück. Die Schriftstellerin Ruth Seydewitz arbeitete in Ost-Berlin zunächst im Verlag und begann dann eine politische Laufbahn in der Deutschen Demokratischen Republik, u. a. 1946 als Mitbegründerin des Demokratischen Frauenbundes Deutschland, Leiterin der Pressestelle der sächsischen Landesregierung, Mitglied des Sächsischen Landtages 1948 bis 1952 und in den sechziger Jahren als Mitglied der SED-Leitung im Deutschen Schriftstellerverband.¹⁰

Eva Jungmann studierte nach dem Abitur in Breslau und Heidelberg Nationalökonomie und schloss ihr Studium mit einer Promotion ab. Von 1924 bis 1938 arbeitete sie als Referentin für den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Berlin. 1930 heiratete sie den Juristen Hans Reichmann, mit dem sie 1938, nach seiner Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen, über Holland nach England floh. Das Ehepaar blieb auch nach Kriegsende in London. Eva Reichmann baute zusammen mit Alfred Wiener die »Wiener Library«

7 Maciej Borkowski, Gmina żydowska w Opolu w latach 1812-1944, Opole 2009.

8 Z. B. unter <http://www.szetel.org.pl/de/city/opole> [5.9.2012]. »Das ›Virtuelle Shtetl‹ ist ein Portal über jüdische Lokalgeschichte. [...] Das Virtuelle Shtetl schildert die Geschichte der polnischen Juden, die sich in großem Maße in den Städtchen (jiddisch: Shtetl) abspielte.« Zit. nach www.szetel.org.pl/de/cms/das-projekt [5.9.2012].

9 Ruth Seydewitz, Alle Menschen haben Träume. Meine Zeit – mein Leben, Berlin ²1978, S. 17. Ich danke Knut Bergbauer für den Hinweis auf diese Autobiografie.

10 Biografische Daten zu Ruth Seydewitz nach Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Ruth Seydewitz, Inhaltsübersicht, http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/nachlass/nachlass_s/seydewitz-ru.htm [4.9.2012].

auf, eine Sammlung zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Shoah. Sie studierte ein zweites Mal an der London School of Economics und publizierte ihre Dissertation zur Geschichte des Antisemitismus in Deutschland 1950 unter dem Titel »Hostages of Civilisation« bzw. 1954 »Flucht in den Hass«. In den sechziger bis in die achtziger Jahre hinein besuchte die Wissenschaftlerin regelmäßig die Bundesrepublik, um Vorträge über die Geschichte der deutschen Juden zu halten oder an Diskussionen teilzunehmen.¹¹

Beide Frauen verbrachten ihre bürgerlich und jüdisch geprägte Kindheit in Oppeln. Dabei fällt auf, dass beide ihre Familien als überaus integriert und anerkannt darstellen. Ruth Seydewitz schildert beispielsweise ihren Vater als toleranten Mann,

Ruth Seydewitz, 1931

»der fleißig und gewissenhaft seinen Beruf als Kaufmann ausübte, für Frau und Kinder sorgte, der sich als Anhänger des liberalen Bürgertums für sehr fortschrittlich hielt und sich trotz oder gerade wegen seines jüdischen Glaubens besonders stolz als Deutscher fühlte«.¹²

Weder in der Schule noch in ihrem alltäglichen Leben erinnert sich Ruth Seydewitz an antisemitische Ausgrenzungen: »Wir lernten und spielten miteinander«. Ihr Vater stand ebenso wie alle anderen Verwandten der jüdischen Familie »von morgens bis abends« im eigenen Laden am »Ring«, dem zentralen Markt der Stadt, gegenüber dem Rathaus.¹³ Ruth Seydewitz verweist in ihrer Erzählung auf den spezifischen Charakter Oppelns als »Beamtenstadt«, als Sitz der Provinzregierung. Diese herausgehobene Stellung der Stadt zeigte sich auch in einer eigenen sozialen Struktur: den bürgerlichen Schichten der Beamten und Kaufleute standen kleinbäuerliche Familien, Landarbeiter und eine größere Anzahl an Industriearbeitern gegenüber. Diese wiederum waren im Geschäft der Familie Lewy »weniger beliebt«, denn sie sprachen ein »Gemisch von polnisch und deutschen Worten und man bezeichnete sie verächtlich als »Wasserpollacken«¹⁴. Ruth Seydewitz spricht den hier thematisierten deutsch-polnischen Gegen-

11 Kirsten Heinsöhn, Eva Gabriele Reichmann, in: Hiram Kümper (Hrsg.), *Historikerinnen. Ein biobibliographisches Lexikon für den deutschen Sprachraum*, Kassel 2009, S. 170-174.

12 Seydewitz, *Alle Menschen*, S. 21.

13 Ebd., S. 12, 19.

14 Ebd. S. 19.

satz gleich zu Beginn ihres Berichtes über »meine Geburtsstadt« an. Sie verweist darauf, dass sie in der Schule nicht gelernt habe,

»daß Oppeln wie ganz Oberschlesien ein Teil des früher Polen geraubten Gebietes war, auf das Polen mit Recht Anspruch erhob und das nach dem zweiten Weltkrieg deshalb wieder polnisch wurde«. ¹⁵

Diese Sichtweise auf das historisch sehr belastete Verhältnis zwischen Deutschen und Polen prägt auch die Darstellung von Seydewitz über ihre Kindheit in Oppeln. Sie thematisiert in diesen Passagen eine soziale und kulturelle Fremdheit zwischen den

Eva Reichmann, undatiert

Deutschen, zu denen sie auch die jüdischen Familien rechnet, und den Polen, die als sozial und politisch untergeordnete Gruppe vorgestellt werden.

Auch Eva Reichmann äußert sich zu diesen Themen, betont allerdings stärker den jüdischen Hintergrund ihrer Kindheit. In Interviews aus den 1980er-Jahren berichtete sie, dass sie in einem »assimilierten Elternhaus« mit »starker jüdischer Tradition« aufgewachsen sei. ¹⁶ Sie sprach damit eine wichtige Erfahrung an, nämlich die, in einer religiös liberalen Gemeinde erzogen worden zu sein. So zeigte sie sich tief beeindruckt von ihrer religiösen Erziehung bei Leo Baeck, der von 1897 bis 1907 als Rabbiner in Oppeln tätig war. ¹⁷ Weiter berichtete sie, dass sie das Leben ihrer Familie und ihrer Gemeinde als eng verbunden mit nichtjüdischen Familien wahrgenommen hatte. Zumindest aus der Sicht der Familie von Adolf Jungmann, dem Vater von Eva, trifft diese Aussage wohl zu. Der Großvater beantragte 1867 das Niederlassungsrecht in Oppeln, um als

15 Ebd. S. 17.

16 Eva Reichmann, »Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck«, in: Hajo Funke, Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil, Frankfurt a. M. 1989, S. 311-335; auch abgedruckt unter dem Titel Deutsche, Linke, Juden, in: Ästhetik und Kommunikation 14 (1983) 51, S. 51-70. Siehe auch Zeugen des Jahrhunderts. Transkript des Gespräches zwischen Hans Lamm und Eva Reichmann am 4. bis 6.2.1981 in London, ZDF Produktion Nr. 6351/0827, Archivnr. 0012521501.

17 Eva Reichmann, Die Juden in Oppeln. Kindheitserinnerungen an Rabbiner Dr. Baeck (1968), in: dies., Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz. Zeugnisse einer tragischen Begegnung, Heidelberg 1974, S. 257-260. Siehe auch den Beitrag von Michael A. Meyer in diesem Band.

Lehrer und Schächter für die Gemeinde tätig zu werden.¹⁸ Er kam mit Frau und acht Kindern nach Oppeln, darunter auch Adolf, der damals acht Jahre alt war. Adolf Jungmann (1859-1920) steht mit seinem weiteren Werdegang idealtypisch für den beruflichen und sozialen Aufstieg der Juden im 19. Jahrhundert:¹⁹ Er wurde ein angesehener Rechtsanwalt und gründete eine kleine Familie mit nur drei Kindern, Otto (geb. 1891), Elisabeth (geb. 1894) und Eva (geb. 1897). Die Mädchen besuchten die evangelische Volksschule und später ein Mädchenlyzeum, der Sohn war Absolvent des Burggymnasiums und wurde später ebenfalls Rechtsanwalt in Oppeln. Adolf Jungmann war in der Jüdischen Gemeinde aktiv, als Mitglied im Repräsentantenkollegium der Jüdischen Gemeinde und zeitweise als Vorsteher, und er war von 1908 bis 1919 als Stadtverordneter in der Kommunalpolitik tätig.²⁰ Die Familie war eng befreundet mit der Familie von August Neugebauer, einem katholischen Politiker, der von 1904 bis 1928 Oberbürgermeister der Stadt war. Agnes Jungmann (1866-1942), die Mutter Evas, arbeitete ehrenamtlich im städtischen Wohlfahrtsausschuss zur Unterstützung der öffentlichen Speiseanstalten der Stadt mit und gehörte zu den führenden Personen des Vaterländischen Frauenvereins in Oppeln, einem großen nationalen Frauenverein, der sich die Einrichtung von Lazaretten im Krieg und die Versorgung durchreisender Truppen mit Lebensmitteln zur Aufgabe machte.²¹

All diese Hinweise sprechen ebenso wie die Autobiografie von Ruth Seydewitz von einer überaus gelungenen Integration der jüdischen bürgerlichen Familien in eine überwiegend katholische Beamtenstadt. Aber wie Seydewitz macht auch Reichmann darauf aufmerksam, dass der eigentliche soziale und mentale Gegensatz in der Stadt zwischen Deutschen und Polen verlaufen sei. In den nicht gesendeten Passagen eines Fernsehinterviews äußerte sie sich entsprechend enttäuscht von ihren Eltern bzw. von ihrem sehr idealisierten Vater, der zwar selbst polnisch und auch »wasserpolnisch« sprach, es aber seinen Kindern verboten hatte, diese Sprache(n) zu lernen.²² Die hier zum Ausdruck kommende Abgrenzung gegen die polnische Sprache und Kultur wurde in den Erinnerungen Reichmanns noch verstärkt durch ein bewusstes Deutschtum der jüdischen Familien – auch dies ein Thema, das bei Ruth Seydewitz schon anklang:

18 Archiwum Państwowe w Opolu (APO), Akta miasta Opole 22, 2442: Acta betreffend die Annahme des Lehrers Loebel Jungmann bei der hiesigen jüdischen Gemeinde, 1867.

19 Simone Lässig, *Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2004.

20 APO, 22 Akta miasta Opole, 555: Mitglieder-Verzeichnis des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung der Commissionen und Deputationen der Bezirks-Vorsteher und Schiedsmänner, 1912-1936.

21 M. Wessinhage-Okon, *Toleranz – ihr Lebensmotto*, in: *Oppelner Heimatblatt* 48 (1997), Nr. 4 u. 5.

22 Transkript des Gespräches zwischen Hans Lamm und Eva Reichmann am 4. bis 6.2.1981 in London, ZDF Produktion Nr. 6351/0827, Archivnr. 0012521501, S. 90.

»Hans Lamm: [...] Man blickte eigentlich etwas herab auf die polnischen Juden.

Eva Reichmann: Ja, etwas verächtlich, und die waren ja damals noch unter dem Joch des Zarismus. Also, man blickte mit einem gewissen Mitleid, aber auch mit einem starken Differenzgefühl, mit einem großen Gefühl des Unterschiedes der dieses Judentum von unserem Judentum trennte.«²³

»Unser Judentum« meinte im Falle der Oppelner Gemeinde wohl auch die Überzeugung, dem liberalen Judentum anzugehören, und nicht der Orthodoxie zuzuneigen, die als Ausdruck des östlichen Judentums galt. In der Darstellung beider Frauen vermischen sich auf diese Weise die nationalen und religiösen Zugehörigkeiten und konstituieren eine sich gegenseitig abgrenzende Gruppenidentifikation: Hier die deutschen, liberalen, bürgerlichen und erfolgreichen Juden, dort die polnischen, orthodoxen und armen Juden.²⁴ Die »Heimatstadt« der jüdischen Familien wurde also von diesen selbst als deutsche Ortschaft wahrgenommen, und sie selbst verstanden sich als Träger der deutschen Kultur, nicht einer polnischen oder gar einer jüdischen, transnationalen Kultur.

Trifft diese Selbstwahrnehmung staatsrechtlich auf jeden Fall zu, denn Oppeln bzw. Schlesien waren im 19. und 20. Jahrhundert Teil des preußischen Staatsgebietes, so wäre doch kulturell eine Verbindung zwischen polnischen und deutschen Juden denkbar gewesen. Diese wurde aber offenbar bewusst nicht gesucht. Schon in den Selbstzeugnissen von Ruth Seydewitz und Eva Reichmann wird also eine wichtige Facette der jüdischen Geschichte in Oppeln deutlich: Sie ist Teil einer bürgerlichen und deutsch-national geprägten Aufstiegs Geschichte im 19. Jahrhundert.

Oppeln: eine katholische Verwaltungsstadt

Im 19. und 20. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges gehörte Oppeln zu Preußen und damit ab 1871 zum Deutschen Reich.²⁵ Seit 1816 war Oppeln Zentrum des preußischen Regierungsbezirks Oppeln, seit 1919 dann auch Sitz der Verwaltung der Provinz Oberschlesien. Arno Herzig charakterisiert die Stadt als »beschauliches Verwaltungszentrum«²⁶, in dem entsprechend der amtlichen Funktion zahlreiche Beamtenhäuser im Stadtbereich sowie 1818/19 bzw. noch einmal 1863 ein neues Rathaus erbaut wurden. Zugleich war Oppeln eine Stadt, in der durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes seit 1844 auch der

23 Ebd., S. 91.

24 Zur Geschichte und Semantik dieser Abgrenzung gegen die »Ostjuden« siehe Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918-1933*, Hamburg 1986.

25 Oppeln, in: Heinz Stooß/Peter Johaneck (Hrsg.), *Schlesisches Städtebuch*, Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 317-323.

26 Arno Herzig, *Schlesien. Das Land und seine Geschichte in Bildern, Texten und Dokumenten*, Hamburg 2010, S. 162.

Aufbau von Industrie möglich geworden war. Nach den 1870er-Jahren hatte ein starkes Bevölkerungswachstum eingesetzt, als Oppeln zu einem regionalen Verkehrsmittelpunkt und damit zu einem kleinen Handelszentrum wurde. Um 1800 hatte Oppeln rund 2300 Einwohner, in der Jahrhundertmitte dann ca. 7000, aber an der Wende zum 20. Jahrhundert beherbergte die Stadt etwa 30000 Menschen.²⁷ Diese Veränderung wurde durch die weitere Entwicklung der Industrie begleitet. Neben der Eisenindustrie und dem Eisenhandel etablierte sich die Zementproduktion als ein wichtiger Zweig des Baugewerbes. 1857 wurde die erste Zementfabrik gebaut, in den folgenden Jahren kamen weitere dazu, bis 1924 insgesamt acht Produktionsanlagen aufgebaut worden waren. Die Besitzer hatten sich schon 1893 zu einer gemeinsamen Zentralverkaufsstelle zusammengeschlossen, konnten also eine gewisse Monopolstellung in der Bauwirtschaft aufbauen. Da die Arbeiter dieser wachsenden Industrien überwiegend aus dem näheren Umkreis geworben wurden, vergrößerten sich auch die Einwohnerzahlen der umgebenden Dörfer. Die Arbeiter behielten noch lange eine bäuerliche Existenzweise bei, bildeten also kein verarmtes, städtisches Industrieproletariat, das in Mietskasernen in der Stadt leben musste.²⁸ 1923/24 waren alles in allem 272 Betriebe aller Größen in Oppeln angesiedelt, darunter als größte Industriezweige – neben der Zementherstellung – die Zigarrenindustrie, der Holzhandel und die Textilindustrien. In diesen und anderen neun Gewerbebereichen arbeiteten 5078 Menschen, knapp 12 Prozent der Bevölkerung, als abhängig Beschäftigte.²⁹ Die Mehrheit der Erwerbstätigen war demnach in Verwaltung, Handel und den freien Berufen zu finden, also in Erwerbszweigen, die auch von der jüdischen Bevölkerung mehrheitlich ausgeübt wurden. Trotz eines industriellen Aufschwungs entsprach das Stadtbild Oppelns insgesamt immer dem Typus eines Verkehrs- und Verwaltungszentrums innerhalb einer ländlichen Region.

Die katholische Bevölkerung war in Oppeln ganz klar in der Mehrheit, Protestanten und Juden ebenso deutlich in der Minderheit: 1925 waren von etwa 42000 Einwohnern rund 33000 katholisch, also etwa 78 Prozent der Bevölkerung. Der evangelischen Konfession gehörten 20 Prozent an, ungefähr 1,4 Prozent waren jüdisch.³⁰

Auch die politischen Verhältnisse in Oppeln waren bis 1933 eindeutig vom katholischen Zentrum (Z) sowie von starken linken und rechten Parteien geprägt: Bei den Stadtgemeindewahlen 1924 konnte das Zentrum 40,5 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, gefolgt von der konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) mit 22,8 Prozent und den Kommunisten mit 16,4 Prozent. Alle anderen Parteien blieben unter der Zehnprozent-

27 Paul Steinert, *Die Stadt Oppeln. Eine stadt- und verkehrsgeographische Studie*, Breslau 1925, S. 42.

28 Ebd., S. 43 ff.

29 Ebd., Tabelle: Gewerbliche Betriebe, Stand 1923, S. 72.

30 Zahlen nach Oppeln, *Schlesisches Städtebuch*, S. 319; »Virtuelles Schtetl«, Opole, Demographie, <http://www.sztetl.org.pl/de/article/opole/6,demografie> [5.9.2012].

marke, so auch die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP 8,1%), die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (SPD 4,4%), die antisemitische Deutschsoziale Partei (4,0%), die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP 2,9%) und die Polnische Katholische Volkspartei mit 0,8 Prozent.³¹ Diese politische Gestaltung der Stadt hielt sich bis 1929. In diesem Jahr bestimmte wiederum das Zentrum als stärkste Fraktion (18 Sitze), die DNVP als zweitstärkste Fraktion (10 Sitze) und die KPD mit wenigen Abgeordneten (4 Sitze) als dritte Kraft die Stadtverordnetenversammlung.³² In diesem Jahr war aber erstmals auch ein Vertreter der NSDAP gewählt worden – dies zeigte auch in Oppeln einen politischen Wandel an. Bei den übergeordneten Wahlen, etwa zum Reichstag, hielt sich das Zentrum im Stadtkreis Oppeln während der Republik bis November 1932 immer als dominierende Partei. Bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 konnte dann die NSDAP erstmals vergleichbar viele Stimmen wie das Zentrum gewinnen, bei der Novemberwahl war die absolute Zahl der Wählerstimmen dann aber schon wieder unter den Wert des Zentrums gesunken. Da die Wahlstimmen für die SPD und KPD in etwa gleich blieben, die konservative DNVP und die liberalen Parteien aber erheblich verloren, lässt sich vermuten, dass die NSDAP aus diesen Kreisen ihre neuen Wähler rekrutieren konnte.³³

Die politische Landschaft in Oppeln war also deutlich konservativ und katholisch ausgerichtet, flankiert allerdings von einer relativ starken kommunistischen Partei. Die Vertretung der polnisch-orientierten Bevölkerung konnte kaum politisch gestaltend auf die Stadt einwirken. Dies hatte sich auch während der Volksabstimmung gemäß des Versailler Vertrages 1921 deutlich gezeigt: es gab 21000 Stimmen für den Verbleib beim Deutschen Reich und nur 1100 Voten für den Anschluss an Polen.³⁴

Die Geschichte der liberalen Jüdischen Gemeinde von 1812 bis 1933

In dieser, ökonomisch von Handel und Verwaltung geprägten und politisch konservativ und katholisch ausgerichteten Stadt, etablierte sich im 19. Jahrhundert eine Jüdische Gemeinde. Erst im späten 18. Jahrhundert war die Ansiedlung von Juden wieder erlaubt worden. Zuvor galt seit 1564 ein Privileg für Oppeln, dass Juden in der Stadt nicht toleriert wurden. Dieses Privileg suchte die Stadtverordnetenversammlung auch noch nach dem Emanzipationsedikt 1812 in

31 APO, 1191, Rejencja Opolska I, 7524: Die Wahl der Stadtverordneten und dabei vorgekommene Differenzen zu Oppeln, 1819-1924.

32 APO, 22 Akta miasta Opole, 456: Chronik der Stadt Oppeln für die Zeit vom 1.4.1923 bis 31.3.1932. Die SPD hatte zwei Sitze, die Mittelstandspartei ebenfalls, die NSDAP und die DVP je einen Sitz.

33 Zahlen für Stadtkreis Oppeln nach Zusammenstellung aus der Statistik des Deutschen Reiches 1920 bis 1935 in http://www.gonschior.de/weimar/php/ausgabe_gebiet.php?gebiet=1261 [5.9.2012].

34 Oppeln, Schlesisches Städtebuch, S. 319.

Anspruch zu nehmen, um die Zustimmung zur Erteilung des Bürgerrechtes an zwölf wohlhabende Juden nicht geben zu müssen. Die preußische Verwaltung verwarnte den Bürgermeister daraufhin und im Februar 1814 konnten diese Männer dann doch den Bürgereid leisten, darunter sechs, die aus dem Ort Zülz nach Oppeln eingewandert waren.³⁵ 1816 wurden unter den rund 4000 Einwohnern schon 98 Jüdinnen und Juden gezählt (2,4%), 1840 waren es 404 Gemeindemitglieder, 1861 dann 590. Insgesamt wuchs die Gemeinde schneller als die Gesamtbevölkerung, sodass um 1860 der jüdische Bevölkerungsanteil in der Stadt Oppeln etwa 6,5 Prozent betrug. Erst um die Jahrhundertwende sank der Anteil sehr deutlich auf rund zwei Prozent ab, um 1930 dann auf ein Prozent und weniger.³⁶

Die Gemeindemitglieder waren vorrangig Kaufleute oder Fabrikanten, z. B. baute Isaac Münster seit 1839 eine erste Zigarrenproduktion auf, eröffnete Marcus Friedländer 1824 eine Brauerei oder betrieb die Familie Marcus schon seit 1761 eine Pfundlederfabrikation (Sohlenfabrik). Auch gab es jüdische Lehrer und Ärzte in der Stadt, seit 1832 den ersten mit Bernhard Friedländer. Zur Vorbereitung der ersten Gemeindewahlen nach dem Gesetz zur Bildung von Synagogenbezirken 1847 wurde eine Liste der wahlfähigen Juden im Kreis Oppeln erstellt. Aus dieser geht hervor, dass von den in der Stadt Oppeln 97 Berechtigten über 50 kaufmännisch tätig waren; sie handelten vor allem mit Getreide, Holz und Wein. Sechs Männer waren Fabrikanten, je vier waren Brauereibesitzer, Destillateure, Schankwirte oder Rentiers. Es gab drei jüdische Ärzte und je zwei Buchhalter, Bäcker und Klempner. Nur je einmal gab es die Berufsbezeichnung Bankier, Goldarbeiter, Schneider, Konditor, Schumacher, Färber, Buchbinder, Graveur (alle als Meister), Lehrer, Schächter und Musiker.³⁷ Anhand der Angaben zur Steuerermittlung in der Gemeinde zeigt sich, dass 1855 im Synagogenbezirk Oppeln die deutliche Mehrheit zur dritten, unteren Steuerklasse gehörte (51 Männer), aber immerhin 29 Steuerzahler zur ersten und zweiten Klasse. In den folgenden vier Jahren sank dann der Anteil der Beiträger zur unteren Klasse, die oberen nahmen leicht zu. Diese wenigen Daten für die Mitte des 19. Jahrhunderts belegen, dass eine große Zahl jüdischer Familien ökonomisch erfolgreich und in den wichtigen Industrie- wie Handelsbereichen vertreten war. Diese Integration zeigte sich auch in den politischen Organen der Wirtschaft: Der geheime Kommerzienrat und Inhaber eines Erz- und Metallhandels Louis Grünfeld war sowohl Vorstandsmitglied der Gemeinde als auch lange Jahre stellvertretender Vorsitzender der Handelskammer Oppeln. David Goldstein, Generaldirektor der Oberschlesischen Holzindustrie AG, war ebenfalls längere Zeit Mitglied der Handelskammer.³⁸ Eine Trennung der Lebensbereiche von

35 LBI Archives, ME 703b: Wiener, Jüdische Gemeinde Oppeln, S. 2.

36 »Virtuelles Shtetl«, Opole, Demographie, <http://www.szetel.org.pl/de/article/opole/6,demografie> [5.9.2012].

37 APO, Landratsamt Oppeln 2, 678: Synagogen, Gemeinden im Kreise Oppeln I, 1847-1887, Nachweisung der wahlfähigen Juden, 24.10.1853, S. 32-46.

38 Schwerin, Juden in Schlesien, S. 39, 52.

Juden und Christen entlang sozialer oder wirtschaftlicher Differenzen ist für die Zeit vor 1933 nicht zu erkennen.

Viele jüdische Familien waren also Teil des ökonomischen Lebens der Stadt – die Gemeinde und ihre wohlhabenden Mitglieder wurden aber bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts politisch und gesellschaftlich nicht gleichermaßen anerkannt, wie der zuvor geschilderte Vorgang zum Bürgerrechtseid belegte.³⁹ Erst 1855 erhielt die Gemeinde das Korporationsrecht und erst nach der Jahrhundertmitte etablierten sich immer mehr jüdische Männer auch in der Oppelner Politik und Gesellschaft.⁴⁰ Dazu seien einige Beispiele herausgestellt: Einer der bekanntesten Repräsentanten der Gemeinde, der Rentier Julius Pringsheim, war von 1899 bis zu seinem Todestag 1917 Stadtrat, also Mitglied des geschäftsführenden Magistrates. Dieses politische Ehrenamt übten auch der Brauereibesitzer Siegfried Friedländer von 1888 bis 1899 aus, der Kaufmann Max Friedländer von 1902 bis 1920 und der Zigarrenfabrikbesitzer Oppler im Jahr 1888. Auch unter den 36 (teilweise 39) Stadtverordneten sind sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik mehrere jüdische Männer zu finden.⁴¹ Auch im kommunalpolitischen Bereich wurden demnach die angesehenen männlichen Mitglieder der Gemeinde nach der Jahrhundertmitte stetig integriert. Die politische Zusammenarbeit von Juden und Katholiken in den städtischen Gremien baute auf gemeinsamen lebensweltlichen Erfahrungen und vor allem übereinstimmenden Interessen als Industrielle, Händler oder Freiberufler auf. Da im Zeitalter der Honoratiorenpolitik die einzelne Persönlichkeit viel mehr bedeutete als ein Parteibuch, konnten ökonomisch erfolgreiche und sozial angesehene Juden eben auch zentrale Positionen der kommunalen Selbstverwaltung erreichen.

Diese Anerkennung von Einzelnen und der wachsende Wohlstand der Gemeindemitglieder zeigten sich auch im Aufbau der Gemeinde und ihrer traditionellen Einrichtungen. Ein eigener Friedhof wurde seit 1816 unterhalten und ausgebaut. In den Jahren 1850 bis 1875 finanzierte die Gemeinde mit Unterstützung der Stadt eine eigene Schule, bis diese aus Kostengründen aufgegeben werden musste und die Kinder auf die evangelische Volksschule übergingen. Der jüdische Religionsunterricht wurde ab 1890 von dem jeweiligen Rabbiner angeboten.⁴²

1840/41 konnte eine eigene Synagoge, die durch Aktien von Gemeindemitgliedern finanziert worden war, eröffnet werden. Die Einweihung übernahm der bekannte liberale Rabbiner Abraham Geiger aus Breslau und damit zeigte

39 Steinert, *Juden in Oppeln*, S. 33.

40 APO, 2 Landratsamt Oppeln 1743-1943, 678: Synagogen, Gemeinden im Kreise Oppeln I (1847-1887): Statut der Synagogen-Gemeinde zu Oppeln, § 3.

41 Alle Angaben nach APO, 22 Akta miasta Opole, 555: Mitglieder-Verzeichnis des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung, der Commissionen und Deputationen, der Bezirks-Vorsteher- und Schiedsmänner, 1912-1936.

42 Steinert, *Juden in Oppeln*, S. 35-41; LBI Archives, ME 703b: Wiener, Jüdische Gemeinde Oppeln, S. 6-8.

Rabbiner Dr. Felix Goldmann, Oppeln,
undatiert

Dr. Felix Goldmann, 1920

die Gemeinde öffentlich, dass sie sich dem Reformjudentum zuordnete.⁴³ 1843 wählte die Gemeinde ihren ersten eigenen Rabbiner, Salomon Cohn. Auf ihn folgte für 38 Jahre 1857 Alfred Wiener, der die Gemeinde nachhaltig prägte. Alle seine Nachfolger blieben nur eine kurze Zeit in Oppeln; die meisten zog es schnell weiter in eine größere Stadt. Dies gilt für den Nachfolger Wieners, Hermann Vogelstein, ebenso wie für Leo Baeck, der die Gemeinde 1897 bis 1907 als Rabbiner betreute. Ihm folgte bis 1917 Felix Goldmann, »ein eifriger Vertreter des C.-V.-Gedankens«⁴⁴, dann bis 1927 David Braunschweiger, der eigentlich der konservativen Richtung angehörte, mit dem aber nach Aussagen von Georg Wiener keine Differenzen in religiösen Fragen entstanden. Nur je zwei Jahre blieben Dr. Pfingst und Dr. Hohenstein in Oppeln, bis 1931 Hans Hirschberg das Amt des Rabbiners bis zu seiner Flucht in die USA 1938 übernahm.⁴⁵

Um 1890 hatte die Gemeinde den personellen und ökonomischen Höhepunkt ihrer Geschichte erreicht, rund 700 Juden und Jüdinnen lebten in Oppeln. Eine neue, repräsentative Synagoge wurde aus eigenen Mitteln im Stadtzentrum errichtet, um dem wachsenden Bedarf der Gemeinde gerecht

43 Zur Entwicklung des liberalen Judentums in Deutschland siehe Michael A. Meyer, *Antwort auf die Moderne. Geschichte der Reformbewegung im Judentum*, Wien/Köln/Weimar 2000; zu den religiösen Entwicklungen in den schlesischen Synagogengemeinden siehe den Beitrag von Andreas Brämer in diesem Band.

44 LBI Archives, ME 703b: Wiener, Jüdische Gemeinde Oppeln, S. 10.

45 Ebd., S. 10 f.

Blick in die Synagoge
in Oppeln, undatiert

zu werden.⁴⁶ Rabbiner Leo Baeck weihte als erste Handlung in seinem neuen Amt den Neubau ein. Eine ganze Reihe von Vereinen und seit 1911 auch eine Loge boten den Juden und Jüdinnen in Oppeln Gelegenheit, sich aktiv an der Gestaltung der Gemeinde zu beteiligen, darunter auch zionistische Gruppen sowie der Centralverein.

Aus der Sicht einer Jubiläumsschrift von 1922 setzte sich diese sehr positive Entwicklung der Gemeinde ungebrochen fort. Der Autor schätzte sogar, dass die Gemeinde schon bald über tausend Mitglieder haben werde, begünstigt durch »die Zuwanderung zahlreicher Juden aus Ostoberschlesien nach dem deutschen Oberschlesien«.⁴⁷ Diese Hoffnung bezog sich auf die politische Situation in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg, hatten doch die alliierten Sieger im Versailler Vertrag bestimmt, dass in mehreren Teilen des Deutschen Reiches Volksabstimmungen über die nationale Zuordnung des Gebietes erfol-

46 Ebd.; Maser/Weiser, Juden in Oberschlesien.

47 Steinert, Juden in Oppeln, S. 42.

Das Redaktionsgebäude der Opperler Zeitung, während die Resultate der Volksabstimmung in Oberschlesien erwartet werden, Opperln 1921

gen sollten, so auch 1921 in der preußischen Provinz Schlesien. Diese Abstimmung betraf die zukünftige Grenze zwischen dem Deutschen Reich und der neu bzw. wieder geschaffenen Republik Polen. In den Vorbereitungen zu dieser Volksabstimmung in ausgewählten Teilen Oberschlesiens kam es zu intensiven und teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern beider Lager.

Die Abstimmung am 20. März 1921 erfolgte in einer nationalpolitisch extrem aufgeladenen Stimmung. Knapp 60 Prozent der Stimmberechtigten optierten für das Deutsche Reich und rund 40 Prozent für Polen, bei einer Wahlbeteiligung von fast 98 Prozent.⁴⁸ Der Abstimmung folgten weitere gewalttätige Auseinandersetzungen, bis am 15. Mai 1922 das »Deutsch-Polnische Abkommen über Oberschlesien«, das sogenannte Genfer Abkommen unterzeichnet wurde. Mit Beschluss des Völkerbundes wurde der stark industriell und bergbauorientierte Teil Oberschlesiens (»Ostoberschlesien«) der Republik Polen zugesprochen. Die beiden Vertragsstaaten verpflichteten sich, nationale Minderheiten in ihren Staatsgebieten zu schützen. Dennoch kam es in der aufgeladenen

48 Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann (Hrsg.), Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 118.

Atmosphäre der Jahre 1921 und 1922 zu Fluchtbewegungen von West nach Ost bzw. von Ost nach West.⁴⁹

Die jüdische Bevölkerung Oberschlesiens hatte offenbar mehrheitlich für die deutsche Seite optiert – entsprechend ihrer sozialen und wirtschaftlichen Stellung in den Städten.⁵⁰ Nach dem Teilungsbeschluss erwarteten deshalb viele zeitgenössische Beobachter, so auch Paul Steinert in Oppeln, dass viele jüdische Familien aus dem polnischen Oberschlesien in den deutschen Bereich übersiedeln würden. Wie groß dieser Anteil an neuen Stadtbewohnern in Oppeln war, lässt sich allerdings nicht sagen. Doch kann der Zustrom nach Oppeln nicht sehr groß gewesen sein und war wohl nur ein temporäres Phänomen. Es ist zu vermuten, dass viele Familien in größere Städte mit besseren Erwerbsmöglichkeiten weiterzogen. Die positive Perspektive des Jahres 1922 stellte sich später als eindeutige Fehldiagnose heraus, denn um 1930 hatte die Gemeinde nicht mehr als 600 Mitglieder, von denen wohl aber die Mehrheit nach wie vor ökonomisch und gesellschaftlich integriert war. So wie in der Familie Jungmann hatten sich auch in anderen Familien die Söhne, die nicht im Handel tätig wurden, in die freien Berufe des Anwalts und Notars oder des Arztes orientiert. Die demografische Situation der deutschen Juden, die von einer langsamen, aber stetigen Schrumpfung der Bevölkerungsgruppe gekennzeichnet war,⁵¹ zeigte sich deutlich auch in Oppeln. Das hatte mit der Überalterung und der geringeren Geburtenrate der jüdischen Minderheit zu tun, es spielten aber auch regionale Gründe eine Rolle, denn viele jüngere Menschen – wie auch Eva Jungmann – zogen aus beruflichen Gründen in die Großstadt, vor allem nach Berlin. Zudem trugen die Jahre der Inflation 1922 und 1923 sowie die Weltwirtschaftskrise seit 1929 dazu bei, dass viele jüdische Familien im Deutschen Reich einen Teil ihres Vermögens und damit ihre Altersabsicherung verloren. Damit setzte langsam ein Verarmungsprozess auch der Gemeinden ein, da zeitgleich die Zahl der Gemeindemitglieder sank und die vorhandenen Mitglieder weniger Steuern zahlen konnten. In Oppeln hatte die Gemeinde deshalb schon von 1928/29 bis 1931 Probleme, die Stelle des Rabbiners dauerhaft zu besetzen. Außerdem entstand

49 Bernard Linek, Deutsche und polnische nationale Politik in Oberschlesien 1922-1989, in: Kai Struve/Philipp Ther (Hrsg.), Die Grenzen der Nationen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit, Marburg 2002, S. 137-168, hier S. 147 f.; Albert S. Kotowski, Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939, Wiesbaden 1998, S. 52-54.

50 Dies wird in der Literatur eher vermutet als belegt. Einzelne biografische Beispiele, wie das von Herbert Weichmann, bilden den Hintergrund für diese Vermutungen, siehe Anneliese Ego, Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896-1948, Hamburg 1998, S. 68.

51 Siehe allgemein zur demografischen und sozialen Entwicklung in der Republik Avraham Barkai, Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart 1986, S. 330-346; Esra Bennathan, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932, Tübingen 1964, S. 87-131.

eine zionistisch-orthodox orientierte Opposition gegen die liberale Ausrichtung der Gemeinde; diese kritisierte, die Gemeindemitglieder wüssten zu wenig über Ritus und Praxis des jüdischen Glaubens.⁵² Dass die Oppelner Gemeinde nun im Gegensatz zu ihrer Aufbauphase in den 1840er Jahren nicht mehr zur liberalen Avantgarde gehörte, zeigte sich auch darin, dass sie erst 1931 den Gleichheitsgrundsatz der Weimarer Verfassung in den eigenen Statuten umsetzte und Frauen das aktive wie passive Wahlrecht zusprach. Zugleich wurden mit diesen Statuten auch kleinere, umliegende Gemeinden in den Synagogenbezirk Oppeln aufgenommen, darunter Gogolin, Malapane (Ozimek), Groschowitz (Groszowice) und andere.⁵³ Oft war die Selbstständigkeit dieser kleinen Gemeinden in den zwanziger Jahren aber aufgrund rasch sinkender Gemeindemitgliederzahlen schon Makulatur.⁵⁴ Die Gemeinde der Stadt Oppeln wie auch der gesamte Synagogenbezirk entwickelten sich also nach dem Ersten Weltkrieg nicht weiter, sondern stagnierten bzw. gingen schon vor 1933 in einen Schrumpfungsprozess über. Bis zu diesem Jahr lebte wohl aber die Mehrheit der Gemeindemitglieder in Oppeln noch in dem Selbstverständnis, uneingeschränkt zur deutschen Gesellschaft und Kultur zu gehören – trotz eines in der Republik wachsenden Antisemitismus, der sich in der Zunahme antijüdischer Vorurteile, Angriffe auf jüdische Persönlichkeiten und zahlreicher Schändungen jüdischer Friedhöfe zeigte. Die Presseorgane der jüdischen Gemeinden und Vereine berichteten regelmäßig über all diese Vorfälle.⁵⁵

Die Jüdische Gemeinde in Oppeln in den Jahren 1933 bis 1944

Vor dem Hintergrund eines virulenten, oft gewalttätigen Antisemitismus erstaunt die erstmalige Wahl eines NSDAPlers in die Stadtverordnetenversammlung Oppelns im Jahr 1929 eigentlich nicht – diese Wahl zeigte vielmehr den allgemeinen, antiliberalen Stimmungswandel der deutschen Gesellschaft auch in Oppeln an. Die wenigen Dokumente der Gemeinde oder ihrer Vertreter aus dieser Zeit belegen, dass ein ausgeprägter, katholisch motivierter Judenhass in

52 Ausführlich zur Gemeinde in den zwanziger Jahren Borkowski, *Gmina żydowska*, S. 78-83, 115-118.

53 Maser/Weiser, *Juden in Oppeln*, S. 139.

54 Siehe Briefe des Gemeindevorstandes Karlsruhe 1929 über den vergeblichen Versuch, eine Versammlung zur Vorstandswahl einzuberufen – es erschien immer nur eine Person, APO, 2 Landratsamt Oppeln 1743-1943, 680, S. 205-253.

55 Allgemein dazu Martin Liepach, *Das Krisenbewusstsein des jüdischen Bürgertums in den »Goldenen Zwanzigern«*, in: Andreas Gotzmann/Rainer Liedtke/Till van Rahden (Hrsg.), *Juden, Bürger, Deutsche. Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800-1933*, Tübingen 2001, S. 395-417; Moshe Zimmermann, »Die aussichtslose Republik«: Zukunftsperspektiven deutscher Juden vor 1933, in: ders., *Deutsch-jüdische Vergangenheit: Der Judenhaß als Herausforderung*, Paderborn 2005, S. 238-257, zuerst in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* 1 (1990), S. 152-183. Für Schlesien, insbes. Breslau, siehe Herzog, *Schlesien*, S. 198 f.

Oppeln nicht zu beobachten war; eher ist ein Rückzug der Gemeinde auf sich selbst schon Ende der zwanziger Jahre zu konstatieren, der aber nicht notwendigerweise eine Reaktion auf Antisemitismus gewesen sein muss. Immerhin kaufte die Gemeinde noch ein größeres Grundstück von der Stadt, um den Friedhof erweitern zu können – ein Plan, der aber nicht mehr realisiert werden konnte.⁵⁶

Wie in allen anderen Gebieten des Deutschen Reiches vollzogen die neuen nationalsozialistischen Machthaber auch in der Provinz Schlesien ihr Programm der Gleichschaltung gesellschaftlicher Einrichtungen, des Terrors gegen politische Gegner und der Durchsetzung eines staatlich organisierten Rassismus, der sich gegen »Fremde« und alle Juden richtete.⁵⁷ Der Boykott gegen Geschäfte von jüdischen Inhabern am 1. April 1933 manifestierte den wohl entscheidenden Bruch in der deutsch-jüdischen Lebenswelt. Mit dieser Aktion wurde offenbar, dass die bis dahin erfahrene Integration in die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft zerbrach – so zeigt es sich auch in den Erinnerungen von Georg Wiener. Für ihn ist aus der Rückschau erkennbar, dass mit diesem Tag die insgesamt positive Entwicklung der Gemeinde in Oppeln zu einem Ende gekommen war.⁵⁸ Für den Historiker Maciej Borkowski dagegen stellt sich die Geschichte der Gemeinde in drei Phasen dar, deren mittlerer Teil von 1855 bis 1928 andauerte und die dann ab 1929 in eine Periode des (gewaltsamen) Niedergangs einmündete.⁵⁹ Aus dieser Perspektive, die die innerjüdische Entwicklung stark berücksichtigt, erscheinen die Jahre der Verfolgung ab 1933 als eine Fortführung einer schon vorhandenen negativen Tendenz. Schließlich kann auch eine dritte Periodisierung diskutiert werden: Der Boykotttag im April 1933 führte nämlich auch dazu, dass das internationale Comité des Délégations Juives Beschwerdeführer in Oberschlesien finden konnte, die vor dem Völkerbund in Genf für die Einhaltung der Minderheitenschutzregelungen des Genfer Abkommens von 1922 eintraten. Damit konnte den Juden und ihren Gemeinden in Oberschlesien bis zum Auslaufen des Abkommens am 15. Juli 1937 eine Rechtsstellung gesichert werden, die sich von der Situation im Reich unterschied.⁶⁰ Allerdings spielte

56 Siehe Opole, <http://www.sztetl.org.pl/de/> (Fußnote 69) [10.9.2012].

57 Allgemein dazu Avraham Barkai/Paul Mendes-Flohr/Steven M. Lowenstein, *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 4: Aufbruch und Zerstörung 1918-1945, München 1997.

58 LBI Archives, ME 703b: Wiener, Jüdische Gemeinde Oppeln, S. 9.

59 Borkowski, *Gmina żydowska*, S. 168-169. Die erste Phase dauerte demnach von 1812 bis 1855 (Entwicklung der Selbstständigkeit), die zweite von 1855 bis 1928 (»Blüte«), die dritte von 1929 bis 1944 (innere Krise und Zerstörung).

60 Siehe dazu Adelheid Weiser, *Der Schutz der jüdischen Rechte in Oberschlesien unter dem Mandat des Völkerbundes (1933-1937)*, in: *Schultze-Rhondorf, Geschichte der Juden in Schlesien*, S. 37-53; Georg Weissmann, *Die Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechtes in Oberschlesien 1933-1937*, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 6 (1963), Nr. 22, S. 154-198. Allgemein zum Minderheitenrecht in Europa Carole Fink, *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews, and international Minority Protection, 1878-1938*, Cambridge 2004, insb. S. 267-358; Philipp Graf, *Die Bernheim-Petition 1933. Jüdische Politik in der Zwischenkriegszeit*, Göttingen 2008;

diese Regelung den neuen Machthabern auch unmittelbar in die Hände: Juden, Gemeinden und Vereine, die sich bis dahin als Teil der deutschen Gesellschaft verstanden hatten, wurden durch die Anwendung des Genfer Abkommens nun als nationale Minderheit definiert und damit den Polen in den deutschen Teilen Oberschlesiens gleichgestellt. Eine solche Selbstbeschreibung hatte die Mehrheit der deutschen Juden bis dahin stets abgelehnt. Als der Zionist Oskar Cohn (1869–1934) zur Nationalversammlung in Weimar 1919 nationale Minderheitenrechte für die Juden in Deutschland gefordert hatte, wurde er von vielen Seiten angegriffen, gerade von jüdischer Seite. Nun, nach dem politischen Umsturz 1933, erhofften sich viele einen zumindest vorübergehenden Schutz durch den Minderheitenstatus. Auch in Oppeln zeigte sich allerdings, dass Rechtsposition und soziale Praxis nicht unbedingt übereinstimmen müssen.

Die Beschwerdeführer vor dem Völkerbund konnten im Mai und Juni 1933 erfolgreich durchsetzen, dass sich das Deutsche Reich verpflichtete, gemäß dem Genfer Abkommen den Rechtszustand wiederherzustellen, der vor dem 30. Januar 1933 in Oberschlesien gegolten hatte. Damit wurden alle antijüdischen Maßnahmen der Nationalsozialisten in diesem Teil des Reiches für ungültig erklärt.⁶¹ Dies betraf etwa Entlassungen von Angestellten auf der Grundlage eines »Arierparagrafen« oder auch die Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 oder die einschränkenden Maßnahmen für Freiberufler. Die deutsche Regierung hatte sich nicht gegen diese Verpflichtung gewehrt, weil sie selbst Interesse an einer Schutzregelung mit Blick auf die deutsche Minderheit in Polen und der Tschechoslowakei hatte. Formell zeigte sich die Regierung bereit, den Rechtszustand zu korrigieren, faktisch tat sie dies nur, sobald die in einem Aktionsausschuss zusammengeschlossenen jüdischen Verbände in Oberschlesien öffentlichen Druck über Eingaben oder Beschwerden beim Völkerbund organisierten. Der an diesen Aktionsausschuss beteiligte Zionist Georg Weissmann berichtete in der Rückschau, dass sich im Alltag jedoch kaum eine Änderung zeigte: Juden wurden auf der Straße angegriffen, ihre Geschäfte weiter boykottiert, Wiedereinstellung von Entlassenen verweigert und jüdische Vereine zahlreichen Zwangsmaßnahmen unterworfen.⁶² Die erlassenen Anweisungen und »Befehle« der Behörden bzw. der Partei hielten sich auf dem Papier an international geltendes Recht, doch hatte dies so gut wie keine Konsequenzen.⁶³ Zu den wenigen positiven Auswirkungen gehörte jedoch zum einen eine besondere Rechtsposition für

Arno Herzig, Die Bernheim-Petition für die Rechte der jüdischen Minderheit in Oberschlesien und die Haltung des Völkerbundes 1933, in: Prague Papers on the History of International Relations I (2010), S. 174–179.

61 Siehe Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien v. 8.8.1934, abgedruckt bei Weissmann, Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts, S. 196.

62 Ebd., S. 162, 167–169, 172–179.

63 Siehe dazu APO Rejencja Opolska I, 1960: Boykott, 1935–1941. Die Beschwerden jüdischer Kaufleute, die in dieser Akte dokumentiert sind, führten in keinem Fall zur Verurteilung oder Verwarnung.

oberschlesische Juden, die es ihnen erlaubte, Beschwerden und Wiedergutmachungsforderungen an die Provinzregierung zu richten.⁶⁴ Zum anderen konnte bei einzelnen Maßnahmen zumindest ein Aufschub erreicht werden, etwa hinsichtlich des seit 1. Mai 1933 im Reich geltenden Schächtverbots oder der »Nürnberger Gesetze« von 1935.⁶⁵ Die teilweise erfolgte Aufhebung des Schächtverbotes war die einzige Maßnahme, die 1934 zu einer Vereinbarung zwischen dem Minderheitenamt in Oppeln als Vertreterin des Reiches und dem Synagogenverband der Provinz führte.⁶⁶ In dieser wurde ausdrücklich das Schächten von Großvieh in bestimmten Schlachthöfen erlaubt. Ein Schächter der Gemeinde sollte die Aufsicht führen, während das Geflügel weiterhin in der Gemeinde durch den Schächter selbst geschlachtet werden sollte. In den folgenden Jahren setzten die Behörden die Gemeinden in Oberschlesien jedoch immer weiter unter Druck. So wurde über die Frage gestritten, wer überhaupt schächten dürfe, bis im August 1936 eine Verfügung herausgegeben wurde, dass nur »arische« Fleischer auf Schlachthöfen schächten dürften. Außerdem wurde über die Genehmigung der Räume zum Schächten und vor allem über die Frage diskutiert, ob die Gemeinden einen unerlaubten Handel mit geschächtem Fleisch in andere Gebiete des Reiches betrieben. Gegen diesen Handel gingen die Behörden seit Herbst 1936 gezielt und drastisch vor, unter anderem mit einer rigorosen Kontingentierung. Bis zum März 1937 nahmen die Kontrollen und Einschränkungen so zu, dass offiziell kein geschächtes Fleisch mehr zur Verfügung stand, nach dem Auslaufen des Genfer Abkommens wurden dann einige Personen sofort wegen illegaler Schlachtung angeklagt.⁶⁷ Diese Beispiele zeigen, dass selbst internationale Aufsicht und Abkommen nicht dazu beitragen konnten, die Lage der deutschen Juden nach 1933 zu beeinflussen – sie waren der Willkür der Parteiorganisationen und dem staatlichen Ausgrenzungsprozess einigermaßen schutzlos ausgeliefert. Und doch ist der kurze Zeitraum von 1933 bis 1937 für das Selbstverständnis der Betroffenen im Reich und in Oberschlesien nicht unwichtig, hatte man doch zumindest versucht, sich zu behaupten und gegen Willkür zu wehren.⁶⁸

64 Ca. 220 Beschwerden sind im Archiwum Państwowe w Opolu überliefert, z. B. APO 6086 Nr. 563: Beschwerde des Synagogengemeindeverbandes der Provinz Oberschlesien wegen Ausschließung von nichtarischen Firmen von allen direkten und indirekten Holzlieferungen, 1933.

65 Verfügung des Oberpräsidenten zu Oppeln v. 29.10.1935, abgedruckt bei Weissmann, Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts, S. 196.

66 APO Rejencja Opolska I, 13875: Schächtungen in Oberschlesien, 1929-1938: Vereinbarung 15. August 1934; auch abgedruckt bei Weissmann, Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts, S. 197f.

67 Ebd.

68 So ordnet auch Georg Weissmann diese Jahre ein: Es handele sich »um ein wichtiges Kapitel der Geschichte der deutschen Juden, und zwar das *einzig*e, in welchem diese nicht lediglich Objekt, sondern in der Lage waren, ihr Recht auch von der Hitler-Regierung zu fordern«. Ebd., S. 154 (Hervorh. i. Orig.). Demgegenüber fällt auf, dass Georg Wiener diesen Zeitraum nicht ausdrücklich thematisiert.

Die Gemeinde in Oppeln war daher trotz des besonderen Rechtszustandes in Oberschlesien allen Drangsalierungen und Verfolgungen genauso ausgesetzt wie alle anderen Gemeinden im Reich auch. Am 1. April 1933 wurden Geschäfte mit jüdischen Inhabern durch SA- und SS-Truppen boykottiert, die zuvor »geschlossen auf den Ring« marschiert waren.⁶⁹ In den folgenden Tagen suchte die NSDAP alle weiteren Ausschlussmaßnahmen in Behörden und staatlichen Einrichtungen fortzusetzen. Konnte man die Betroffenen nicht nach »rassischen« Gesichtspunkten entlassen, dann wurden diese zu »politisch Unzuverlässigen« erklärt. Die Repräsentantenversammlung der Gemeinde verschob im Frühjahr 1933 die anstehenden Etatberatungen und ermächtigte den Vorstand, Entscheidungen für die Gemeinde ohne weitere Befragung der Gemeindevertretung treffen zu können. Der Vorstand berief außerdem eine Gemeindeversammlung ein, um eine »grundsätzlich neue jüdische Politik« vorzustellen:

»Es wurde eine Wirtschaftsberatungsstelle gegründet, die regelmässig tagt. Verschiedene Kurse (Schneiderei, Sprachkurse) wurden eingerichtet. Die hebräischen Sprachkurse sind besonders gut besucht. Die zionistische Ortsgruppe richtete eine Beratung für Auswanderer ein, die viel in Anspruch genommen wurde. Die Jugend reagierte, indem sie sich zusammenschloss. [...] Die Gemeinde will sich der Jugend besonders annehmen, insbesondere die Berufsumschichtung fördern.«⁷⁰

Die »neue jüdische Politik« der Oppelner Gemeinde erwies sich als zionistisch orientierte Selbstbehauptung, die auf Umschulung der Jugend und Auswanderung setzte – dies war ein deutlicher Bruch mit dem traditionellen Selbstverständnis der Gemeinde, das den akuten politischen Umständen geschuldet war. Die schon seit Ende der zwanziger Jahre virulenten Spannungen zwischen Zionisten und »CV-lern« in der Gemeinde waren damit zugunsten der ersten Gruppe entschieden worden. Auch aus der Sicht von Georg Wiener waren dies notwendige Entscheidungen. Eine ganze Reihe von Familien konnte noch vor den Deportationen emigrieren, unter ihnen auch die Familie von Otto Jungmann, der bis zu seiner Ausreise nach Brasilien im Gemeindevorstand arbeitete.⁷¹ Die von Georg Wiener genannten Repräsentanten der Gemeinde wanderten alle nicht nach Palästina, sondern nach Südamerika oder in die USA aus.

In der Pogromnacht 1938 wurde die 1897 erbaute Synagoge total niedergebrannt und dreizehn Gemeindevertreter verhaftet. 1939 waren noch etwa 280 Juden in Oppeln ansässig.⁷² Nach den weiteren gesetzlichen Einschränkungen für Juden, die das wirtschaftliche und soziale Leben zum Erliegen brachten, begannen dann im November 1942 die Deportationen. Vor den Transporten aus

69 Oppelner Zeitung, 1.4.1933, zit. nach Borkowski, Gmina żydowska, S. 132.

70 Jüdische Zeitung für Ostdeutschland – Jüdische Volkszeitung (1933), Nr. 21, zit. nach Borkowski, Gmina żydowska, S. 133 f.

71 LBI Archives, ME 703b: Wiener, Jüdische Gemeinde Oppeln, S. 12.

72 Borkowski, Gmina żydowska, S. 169.

Die brennende Synagoge in Oppeln, 1938

der Provinzhauptstadt wurden alle betroffenen Personen aus Oppeln und Umgebung in einem Übergangslager, dem sogenannten Bullenkeller, gesammelt. Bis zum 20. Januar 1944 erfolgten mehrere Deportationen aus Oppeln nach Theresienstadt, darunter befanden sich 85 Juden und Jüdinnen aus Oppeln.⁷³ 35 Gemeindemitglieder starben in Theresienstadt, die meisten aber in Auschwitz, so auch der Partner von Otto Jungmann, Rechtsanwalt Harry Wolff, der bis zu seiner Deportation 1943 im Gemeindevorstand aktiv gewesen war.⁷⁴ Genaue Angaben über Überlebende liegen nicht vor.

73 Angaben nach Borkowski, *Gmina żydowska*, S. 126-128. In den Fußnoten zu diesen Seiten führt Maciej Borkowski Namen und Geburtsdaten vieler Deportierten auf. Hier wird deutlich, dass vor allem Ältere (Jahrgänge vor 1890) und wenige Kinder zu den Deportierten aus Oppeln gehörten, die Jahrgänge nach 1890 bis 1920, also die Zwanzig- bis Fünfzigjährigen, tauchen dort nicht auf. Dies lässt den Schluss zu, dass die Gemeinde seit der letzten Emigrationswelle 1938/39 vor allem noch aus Senioren bestand. Erwerbsfähige Personen waren entweder schon mit ihrer Familie ins Ausland geflohen oder in eine größere Stadt gegangen. Die Mutter von Eva Reichmann, geborene Agnes Roth, wurde im Alter von 76 Jahren am 7. September 1942 aus Berlin nach Theresienstadt deportiert und ist dort am 20. September gestorben. Sie war nicht zusammen mit den Familien ihrer Kinder emigriert, sondern war zu Verwandten nach Berlin gezogen.

74 LBI Archives, ME 703b: Wiener, *Jüdische Gemeinde Oppeln*, S. 12; *The Encyclopedia of Jewish Life before and during the Holocaust*, Bd. 2, New York 2001, S. 939.

Nach Kriegsende hat sich in Oppeln keine vergleichbare neue jüdische Gemeinde etablieren können. Die Geschichte der Jüdischen Gemeinde wurde 1944 beendet. Georg Wiener berichtete 1948, dass angeblich 4000 polnische Juden in Oppeln angesiedelt worden seien, die sich um den Friedhof kümmern würden. Die Stadt gleiche »einer galizischen Kleinstadt, auf dem Ring stehen Bauernwagen, an denen die Pferde gefüttert werden«. Die Stadt habe nun einen »polnischen Charakter«. ⁷⁵

Harry Wolff, etwa 1930

Oppeln – eine exemplarische Geschichte

Die Entwicklung der Jüdischen Gemeinde ist ebenso wie die geschilderten biografischen Einzelfälle recht typisch für die Geschichte der Juden in Deutschland bis 1944. Die Integration in die nichtjüdische Gesellschaft der Stadt nach 1850 und bis 1930 kann als gelungen bezeichnet werden, obwohl der rapide Bruch 1933 auch die Fragilität der Zugehörigkeit demonstriert. Die Gemeinde und ihre Mitglieder haben sich offensichtlich und bis 1933 unangefochten als Teil der deutschen Gemeinschaft in Oberschlesien verstanden. In der politisch aufgeheizten Atmosphäre der Jahre 1921 und 1922 optierten viele Juden und Jüdinnen in Oberschlesien für die deutsche Seite, entsprechend ihrer ökonomischen und sozialen Stellung. ⁷⁶ Nach 1933 wurden trotz des zeitweiligen Schutzes durch das Genfer Abkommen die Gemeinde und ihre Einrichtungen systematisch zerstört, ihre Mitglieder vertrieben und viele später ermordet. Die nationalsozialistische Verfolgungspolitik führte in letzter Konsequenz zu einer Angleichung des Status von deutschen und polnischen Juden – beide Gruppen galten als Minderheit, die zu vertreiben war. Während aber ein Teil der deutschen Juden nach 1933 noch aus Deutschland fliehen konnte, war dieser Weg für die Juden in Polen und Russland mit dem deutschen Überfall 1939 bzw. 1941 versperrt.

75 LBI Archives, ME 703b: Wiener, Jüdische Gemeinde Oppeln, S. 12, 21. Er bezog seine Informationen aus einem Brief einer Bekannten.

76 Siehe etwa Bericht über die Unterstützung von jüdischen Abstimmungsberechtigten, in: Allgemeine Zeitung des Judentums 85, 18.3.1921, Nr. 6: Oberschlesische Abstimmung, S. 63f..

Sozial und kulturell hatten sich die Juden in Oppeln als Deutsche und als nicht vergleichbar mit ihren polnischen Glaubensbrüdern empfunden. Diese Wahrnehmung spiegelt sich in den Erinnerungen von Ruth Seydewitz und Eva Reichmann und auch die Schlusssätze des Berichtes von Georg Wiener aus dem Jahr 1948 zeigen diese mentale Distanz sehr deutlich. Insofern ist die Einordnung der Oppelner Gemeinde als Teil eines »Schtetls«, wie sie vom Museum für die Geschichte der Polnischen Juden in Warschau vorgenommen wird, historisch problematisch.⁷⁷ Der Begriff Shtetl weckt Assoziationen, die dem Charakter der historischen Gemeinde nicht entsprechen. Die Gemeinde und ihre Mitglieder waren weder orthodox geprägt noch sozial oder ökonomisch diskriminiert; die Ausgrenzung setzte erst mit der nationalsozialistischen Machtübernahme ein. Erst ab diesem Zeitpunkt griffen die jüdischen Organisationen selbst auf die juristische Sonderstellung einer Minderheit zurück, um sich zu schützen und zu wehren. Die exemplarische Geschichte der Gemeinde in Oppeln ist daher wohl angemessen in zwei Phasen beschrieben: auf einen länger dauernden sozialen Aufstieg und eine gesellschaftliche Integration zwischen 1855 und 1933 folgte ein kurzer Abschnitt bis 1944, in dem das jüdische Leben in Oppeln und die Gemeinde nachhaltig zerstört wurden.

77 Projekt »Virtuelles Shtetl«.

Leo Baeck und Schlesien

Das Interesse des Leo Baeck Instituts an einer neuen Studie polnischer und deutscher Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen über die Geschichte der Juden in Schlesien beschränkt sich nicht auf den intrinsischen Wert des Projekts. Vielmehr verbrachte Rabbiner Leo Baeck, nach dem das Institut benannt ist, einen bedeutenden Teil seines Lebens in Schlesien. Leo Baeck war nicht nur ein führender liberaler Rabbiner und Gelehrter des Judentums, sondern amtierte während der Zeit des Nationalsozialismus auch als Vorsitzender der Reichsvertretung der Deutschen Juden. Viel ist geschrieben worden über sein heldenhaftes Führungsverhalten in Berlin bis zu seiner eigenen Deportation nach Theresienstadt (Terezín) im Januar 1943 sowie über sein wundersames Überleben dort bis zur Befreiung zweieinhalb Jahre später.¹ Über seine Zeit in Schlesien ist weitaus weniger bekannt. Der vorliegende Beitrag skizziert das Leben Leo Baecks in Schlesien und fasst einige Ausführungen über sein zehnjähriges Rabbinat in Oppeln (Opole) zusammen.

Leo Baeck wurde 1873 in Lissa (Leszno), Posen (Poznań), unweit der schlesischen Grenze geboren. Er entschloss sich, Rabbiner zu werden und kam im Alter von 18 Jahren nach Breslau, um am konservativen Jüdisch-Theologischen Seminar jüdische Religion und gleichzeitig an der dortigen Universität Philosophie zu studieren. In Breslau hatte über zwanzig Jahre lang Abraham Geiger, der die Grundlagen der jüdischen Reformbewegung legte, als Rabbiner amtiert. In Breslau fand auch im Jahr 1846 die dritte Tagung nichtorthodoxer Rabbiner statt. Für das liberale wie auch für das konservative Judentum in Deutschland war die Breslauer Gemeinde führend. Baeck blieb jedoch nur zwei Jahre in dieser Stadt. Als junger Mann war er zu der Ansicht gelangt, dass zu einer ordentlichen rabbinischen Ausbildung auch Studien an Lehrinstituten gehören mussten, an denen alternative Perspektiven zur jüdischen Religion gelehrt wurden. Also reiste er nach Berlin, wo er sich sowohl an der liberalen Hochschule für die Wissenschaft des Judentums als auch an einer orthodoxen Jeschiwa einschrieb. Nach seiner Ordination als Rabbiner kehrte der junge und völlig mittellose Baeck nach Schlesien zurück, um voller Dankbarkeit eine Rabbinerstelle in der Stadt Oppeln anzutreten – nicht weit von seiner Familie in Lissa entfernt, wo sein Vater als Rabbiner tätig war.

Als Baeck 1897 in Oppeln sein Amt antrat, hatte sich die Bezirkshauptstadt Oberschlesiens in eine Industrie- und Verkehrsstadt mit etwa 15 000 Einwohn-

1 Siehe zum Beispiel Albert H. Friedlander, *Leo Baeck: Teacher of Theresienstadt*, New York 1968; Leonard Baker, *Days of Sorrow and Pain: Leo Baeck and the Berlin Jews*, New York 1978; sowie Georg Heuberger/Fritz Backhaus (Hrsg.), *Leo Baeck 1873-1956*. Aus dem Stamme von Rabbinern, Frankfurt a. M. 2001.

nern verwandelt,² und die jüdische Bevölkerung war auf ungefähr 750 Menschen angewachsen. Die Juden waren 1565 aus der Stadt verjagt worden, und noch im späten 18. Jahrhundert besaß Oppeln wie manche andere Städte das Recht, Juden die Niederlassung zu verweigern. Dennoch ist ungefähr 50 Jahre nach Beginn der preußischen Herrschaft im Jahre 1742 eine kleine Gemeinde von 24 Personen bezeugt. Die Emanzipation der Juden von Oppeln kam wie für die übrigen preußischen Juden durch das Edikt von 1812. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Umgang zwischen den Juden und Christen in Oppeln bemerkenswert freundlich geworden.³ Joachim Prinz, der später als Rabbiner in Berlin große Popularität genoss und dann führend in der Bürgerrechtsbewegung in Amerika mitwirkte, verbrachte seine Kindheit in Oppeln. In einem Lebensrückblick berichtet er, dass er nie ein böses Wort gegen Juden gehört habe. Auch hebt er hervor, dass, wenn eine Trauergemeinde, ob christlich oder jüdisch, durch die Straßen der Stadt zog, die eine religiöse Gemeinschaft dem Verstorbenen der anderen stets Respekt bezeugte.⁴ Als Baeck in Oppeln ankam, bestand die jüdische Gemeinde fast ausschließlich aus mittelständigen Existenzen mit relativ wenigen armen Menschen. Viele Juden waren Ärzte und Rechtsanwälte, andere hatten bedeutende Positionen im Handelswesen inne. Als eine der größeren Gemeinden in Oberschlesien machte es sich die Gemeinde Oppeln zur Aufgabe, die kleineren zu unterstützen, welche durch den Fortzug leistungsfähiger Mitglieder ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten.

Religiös gesehen war die Gemeinde eindeutig liberal. Bereits 1842 hatte der bedeutendste Rabbiner des deutschen liberalen Judentums, der Breslauer Rabbiner Abraham Geiger, ihre erste im klassizistischen Stil gehaltene Synagoge geweiht. Nur wenige Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Oppeln hielten sich an die Speisegesetze. In der neuen Synagoge, die 1897 Rabbiner Baeck mit einer beeindruckenden Festpredigt und der »Entzündung der ewigen Lampe« kurz nach seiner Ankunft geweiht hatte, gab es eine Orgel, und die Gottesdienste wurden durch einen gemischten Chor bereichert.⁵ Allerdings mussten Männer und Frauen, wie es selbst in liberalen Synagogen in Deutschland bis in die Weimarer Zeit üblich blieb, auch weiterhin getrennt sitzen. Wie so viele andere jüdische Bethäuser des 19. Jahrhunderts war auch dieses ein Backsteingebäude im neoromanischen, im Innern aber maurischen Baustil. Es befand sich auf einem kleinen Hügel oberhalb eines Sees, dem sogenannten Mühlgraben, und seine mit dem Davidstern gekrönte Kuppel thronte über weiten Teilen der Stadt. Als Rab-

2 Alfred Steinert, *Geschichte der Juden in Oppeln*, Oppeln 1922, S. 33; Rachel Heuberger, »Weshalb soll der Mensch nur eine Richtung haben?«. Leo Baecks Studium und Rabbinertätigkeit in den Jahren 1891 bis 1912, in: Heuberger/Backhaus (Hrsg.), *Leo Baeck 1873-1956*, S. 26-43, hier S. 34.

3 Bernhard Brillung, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens*, Stuttgart 1972, S. 8.

4 Joachim Prinz, *Rebellious Rabbi. An Autobiography – The German and Early American Years*, hrsg. v. Michael A. Meyer, Bloomington, Ind. 2008, S. 19.

5 Steinert, *Juden in Oppeln*, S. 38; Peter Maser/Adelheid Weiser, *Juden in Oberschlesien*, T. 1: *Historischer Überblick. Jüdische Gemeinden (I)*, Berlin 1992, S. 137.

biner wurde Baeck mit dem Respekt bedacht, der einem Geistlichen gebührte. Wenn er den Raum betrat, war es üblich, ganz so wie unter Christen und ihren Pastoren, dass jedermann aufstand und wartete, bis der Rabbiner sprach.⁶ Wie Rabbiner in anderen Städten war Baeck auch für den Religionsunterricht für die jüdischen Schüler am dortigen Gymnasium zuständig. Seine Stelle als Lehrer war jedoch ungewöhnlich, da er als ein reguläres Mitglied des Lehrerkollegiums angesehen wurde, und, wenn seine Kollegen abwesend waren, säkulare Fächer wie Rechnen und Rechtschreiben unterrichten musste.⁷ In Oppeln fand Baeck auch seine Ehefrau. Einem nichtjüdischen Zeitgenossen nach soll »[d]iese Frau Dr. Baeck [...] die schönste Frau von ganz Oppeln [gewesen] sein«.⁸

Was jedoch Leo Baecks Jahrzehnt in Oppeln eine größere Bedeutung zukommen lässt, nicht nur in Bezug auf die schlesisch-jüdische Geschichte, sondern auch im größeren Kontext auf die europäisch-jüdische Geschichte und auf das europäisch-jüdische Gedankengut, sind seine literarischen Arbeiten. Diese waren nur möglich, wenn er nicht allzu sehr damit beschäftigt war, seinen Aufgaben als Lehrer, Prediger und Seelsorger nachzukommen. Während seiner Jahre in Oppeln entwickelte Leo Baeck manche der Grundideen, die seine Philosophie sein Leben lang kennzeichneten und als Grundlage für seine mutige Führungsposition im nationalsozialistischen Deutschland dienten.

1905 veröffentlichte Leo Baeck, der auf dem Titelblatt als »Rabbiner in Oppeln« genannt wurde, die erste Ausgabe seines wichtigsten Werkes, *Das Wesen des Judentums*. Dieser Band, der stark unter dem Einfluss des deutsch-jüdischen neo-kantianische Philosophen Hermann Cohen stand, stellte ein religiöses Judentum dar, das sich auf Vernunft und auf die Moralität der hebräischen Propheten gründete. Der göttliche Imperativ, nach seinem eigenen Gewissen zu handeln, war nicht nur für den damals 30-jährigen Baeck, sondern auch später für sein Leben und für seine berufliche Laufbahn bestimmend. Zur selben Zeit begann Baeck auch den fundamentalen Grundsatz hervorzuheben, an dem er sein Leben ausrichtete: das Pflichtgefühl, das ihn veranlasste, bis 1943 in Berlin zu bleiben und sich um die stets größer werdenden Bedürfnisse der deutsch-jüdischen Gemeinde zu kümmern. In seiner Abschiedspredigt in Oppeln sagte er 1907: »Menschen kommen und gehen, aber die Pflicht bleibt, die Pflicht, die die Antwort gibt auf alle Fragen und Zweifel des Lebens. Sie ist das Feststehende und das Gewisse in dem Wechsel der Tage und der Verhältnisse.«⁹

In Oppeln übte Leo Baeck auch Toleranz gegenüber Ansichten, die sich von den seinen unterschieden, ob sie nun von Juden oder Christen vertreten wurden. Im Jahre 1897 war der Erste Internationale Zionistenkongress in

6 Prinz, *Rebellious Rabbi*, S. 19-21.

7 Friedrich Kaminsky, *Kindheitserinnerungen an Leo Baeck*, in: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, 20.5.1960.

8 Ebd.

9 »Abschieds-Predigt des Herrn Rabbiner Dr. Leo Bäck. Gehalten in der Synagoge zu Oppeln am 1. Oktober 1907«, in: Michael A. Meyer (Hrsg., in Zusammenarbeit mit Bärbel Such), *Leo Baeck Werke*, Bd. 6: Briefe, Reden, Aufsätze, Gütersloh 2003, S. 52.

Basel zusammengekommen und hatte damit sowohl liberalen als auch orthodoxen deutschen Rabbinern, die ihre Loyalität Deutschland gegenüber demonstrieren wollten, den Anlass gegeben, sich gegen den Kongress auszusprechen. Auf die 98 Rabbiner, die so einen Protest befürworteten, kamen nur zwei, die dagegen waren. Einer von ihnen war Baeck. Obwohl er selbst zu dieser Zeit, politisch gesehen, kein Zionist war, verfocht er doch freie Meinungsäußerung innerhalb der Jüdischen Gemeinde. In religiöser Hinsicht vertrat er die Auffassung, dass in einem Judentum, welches, wie er glaubte, keine Dogmen besitze, sich keine Gruppe als orthodox bezeichnen könne, »denn wo es keine Dogmen gibt, gibt es auch keine Orthodoxie«. Was Juden voneinander unterscheiden mochte, war die Einhaltung religiöser Rituale. Als liberaler Jude glaubte Baeck nicht, dass Rituale von Gott geboten waren, sondern er war der Auffassung, dass jede Religion Verkörperung und Versinnbildlichung verlange. Zeremonien, so meinte er, waren »die Sprache, in welcher religiöse Gedanken zum Ausdruck gelangen. Aber sie müssen auch in der Tat zu uns sprechen, uns etwas sagen.«¹⁰ Gerade diese pluralistische Einstellung zu politischen und religiösen Angelegenheiten machte Baeck für viele zu dem annehmbarsten Kandidaten, als 1933 entschieden werden musste, wer die deutschen Juden führen solle. Ähnlich beharrte Baeck auf einen Dialog mit Vertretern des Christentums, da seiner Ansicht nach nur die Auseinandersetzung mit anderen Glaubensrichtungen dem Individuum ermöglichte, seinen eigenen Glauben zu definieren. »Nur durch die Berührung

Leo Baeck, 1898

Rabbiner Leo Baeck, Oppeln, um 1900

10 »Orthodox oder ceremoniös?«, in: ebd., S. 29.

mit anderen Religionen wird überhaupt die Anregung dazu geboten, das eigene Religionssystem theoretisch auszubilden.«¹¹

Schließlich schrieb Baeck 1905, dass jüdisches Leben am besten in mittelgroßen Gemeinden florieren könne. In größeren Städten könne man rechtens nur von einer jüdischen Vereinigung sprechen, aber nicht von einer Gemeinde im eigentlichen Sinne. Auf der anderen Seite seien sehr kleine Gemeinden nicht aufrechtzuerhalten, da sie nicht genug Mitglieder hätten, um die notwendigen Einrichtungen zu tragen. Die ideale jüdische Gemeinde sei also mittelgroß: groß genug, um einen Kern interessierter Mitglieder zu bilden und klein genug, so dass jede Person sich dazugehörig und den anderen Gemeindegliedern verpflichtet fühle.¹² Für Leo Baeck war Oppeln ganz eindeutig so eine Gemeinde. Er sah sich nicht als Rabbiner, der über seiner Gemeinde stand, sondern als einer, der Teil von ihr war. Dort, in Oppeln, spürte er »Glück und Befriedigung«¹³.

Man ist oft geneigt, Leo Baeck fast ausschließlich mit Berlin in Verbindung zu bringen. Vielleicht ist fortan seinen formativen und wichtigen Jahren in der schlesischen Stadt Oppeln mehr Beachtung zu schenken.

11 Rezension zu »Der Kalam in der Jüdischen Literatur« von Martin Schreiner, in: ebd., S. 26.

12 »Gemeindeleben«, in: ebd., S. 43-46.

13 »Abschieds-Predigt«, in: ebd., S. 51.

Jüdische Jugendbewegung in Breslau 1912-1938

»An einem Frühlingstag des Jahres 1933 hielt mich ein Junge, den ich flüchtig aus der Schule kannte, auf der Straße an und fragte, ob ich nicht am nächsten Sonntag mit auf eine Wanderung kommen wollte, die er und ein Dutzend Freunde unternähmen. [...] Wir mussten wohl [an diesem Sonntag; K. B.] an die 30 Kilometer gelaufen sein, ich kam am frühen Abend nach Hause, verschwitzt, verstaubt und sehr glücklich.«¹

Diese Art der Initiation traf wohl auf Tausende junger Menschen zu, die in der Folge eines solchen Erlebnisses Mitglied in der Jugendbewegung wurden. Im vorliegenden Fall, und damit ist auch schon eine Besonderheit vermerkt, handelte es sich um ein Mitglied eines Bundes der jüdischen Jugendbewegung aus der schlesischen »Hauptstadt« Breslau.

»Wir verbrachten unsere Zeit mit Wandern, Gesprächen und Sitzen am abendlichen Lagerfeuer – doch eine solche einfache Aufzählung kann überhaupt keinen Eindruck davon vermitteln, was dies für einen Jungen oder ein Mädchen meines Alters bedeutete. Sie kann weder das herrlich freie Leben noch die Freundschaften beschreiben, noch einen Sonnenaufgang oder den Geruch des Waldes nach einem Regen. Wir waren in einem ganz eigenen Reich, unserem Reich, weit entfernt von den Zwängen und Einmischungen einer feindlichen Welt.«²

Die Welt des nationalsozialistischen Deutschlands, Schlesiens und Breslaus, wie sie der zwölfjährige Walter Laqueur im Jahr von Hitlers »Machtergreifung« erlebte und schilderte, stand jungen Juden feindlich gegenüber. Da war der Schritt, sich in eigenen jüdischen Organisationen und Bündnissen zu organisieren und damit Oasen der Selbstbestimmung zu schaffen, nachvollziehbar. Das forcierte Herausdrängen von jüdischen Jugendlichen aus allen anderen Organisationen beschleunigte diesen Prozess noch.

Aber es war auch das individuelle Erlebnis der Jugendbewegung, das 37 Jahre nach den ersten Wanderungen Steglitzer Schüler und 20 Jahre nach dem sogenannten Meißnertag der Freideutschen Jugend 1913, noch immer Jugendliche anzog und band. Junge Juden waren schon seit vielen Jahren in den Bündnissen des »Wandervogels« gewandert, hatten Lieder des »Zupfgeigenhansels« mitgesungen und auf Heimabenden Stefan George und Rainer Maria Rilke rezitiert, als vor dem Ersten Weltkrieg die Frage nach einer speziellen jüdischen Jugendbewegung immer dringlicher wurde. Zwar hatten sich bereits 1909 eine Reihe jüdischer Jugendvereine im »Verband der jüdischen Jugendvereine« zu-

1 Walter Laqueur, *Wanderer wider Willen. Erinnerungen 1921-1951*, Berlin 1995, S. 97.

2 Ebd., S. 98.

sammengeschlossen, aber es gab keine, die in Form und Idee den Bündnissen des Wandervogels entsprochen hätten – eben Jugendbewegung waren. Im Januar 1911 wurde auch im Breslauer *Jüdische[n] Volksblatt* über die Idee einer jüdischen Jugendbewegung nachgedacht:

»Viel zu wenig gewürdigt von dem intensiven Interesse der großen jüdischen Öffentlichkeit reift eine neue große und für die Zukunft höchst bedeutungsvolle jüdische Organisation heran: die unserer Jugend. [...] Auch in Breslau, wo eigentlich die Wiege der jüdischen Jugendbewegung gestanden, die aber aus verschiedensten Gründen nicht in die Flut des jüdischen Lebens überführt werden konnte, hat sich vor wenigen Wochen ein jüdischer Jugendverein gebildet, nachdem die Anregung dazu bereits vor einigen Jahren von der Lessingloge ausgegangen war. Heute zählt dieser unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Sam. Nothmann – Breslau stehende Jugendbund bereits 170 Mitglieder [...].«

Was folgt ist eine Warnung:

»Wer von parteilichen Gesichtspunkten aus die Fackel der Zwietracht in die Jugendvereine hineinzutragen sich anschickt, wer diese Stätte besten jüdischen Strebens zum Tummelplatz politischer oder religiöser Parteikämpfe machen wollte, würde sich an dieser hoffnungsvollen jüdischen Jugendvereinigung schwer vergehen.«³

Das war auch die Linie des Verbandes der jüdischen Jugendvereine, der von Anfang an auf seiner Neutralität bestanden und diese den Mitgliedsvereinen auch angetragen hatte. Angesichts einer personellen Dominanz von »Central-Verein« und »Bnei Brith«-Logen im Vorstand handelte es sich um eine nachvollziehbare Haltung. Die Mahnung richtete sich hier vor allem gegen die Initiative der »Zionistischen Vereinigung« unter der neuen Führung von Kurt Blumenfeld (1884-1963), Jugendvereine in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Aber ein jüdischer Jugendverein war eben noch keine jüdische Jugendbewegung, wie der Verfasser des Artikels implizierte. In den Vereinen waren Erwachsene federführend, die mit jungen Juden Ausflüge machten – geordnet, sittsam und pädagogisch wertvoll. Ein dramatischer Ausflugsbericht aus dem oberschlesischen Königshütte kann dies illustrieren: »Gegen 40 Mitglieder des hiesigen jüdischen Jugendbundes unternahmen am Sonntag nachmittag in einem Gesellschaftsautomobil einen Ausflug nach Gieschewalde.« Es kam zu einem Unfall mit einer Straßenbahn: »7 Insassen des Automobils stürzten auf die Straße; 2 junge Damen, Fräulein Rosenbund und Fräulein Cohn, gerieten dabei unter die Räder der Strassenbahn und erlitten einen Beinbruch.«⁴ Man war »junger Herr« und »Fräulein«, siezte sich und wahrte auch sonst alle

3 Die jüdische Jugendbewegung, in: Jüdisches Volksblatt. Unabhängiges Organ für die Interessen von Gemeinde, Schule und Haus, Breslau, 13.1.1911.

4 Aus den Jugendvereinen, in: Jüdisches Volksblatt, 18.8.1911.

erforderlichen Umgangsformen. Auch die ersten Wanderungen der jüdischen Jugendbewegung unterschieden sich darin nicht, zumindest jene, an denen Eltern beteiligt waren.

Die bürgerliche Jugendbewegung in Deutschland war Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden, nachdem zunächst Steglitzer Gymnasiasten zu ersten gemeinsamen Wanderfahrten aufgebrochen waren. Diese Idee fand zahlreiche Nachahmer, für die sich – wenig später – die Bezeichnung »Wandervogel« durchzusetzen begann. Es war eine Gemengelage aus Zivilisationskritik, Lebensreformideen, jugendlichem Aufbruch und der Sehnsucht nach verloren geglaubten »besseren alten Zeiten«, die, neben dem unmittelbaren Erlebnis der Wanderung und der »Heimabende«, der entstehenden Jugendbewegung starken Auftrieb und Strahlkraft gaben. Ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkrieges trafen sich Jugendbewegte, Lebensreformer und Abstinenzler zum »Ersten Freideutschen Jugendtag« auf dem Hohen Meißner bei Kassel, der zum sinnstiftenden Ereignis, auch für viele nachfolgende Generationen von Jugendlichen, wurde. Im Rückblick waren aber hier auch schon viele der kommenden Brüche erkennbar, denn obwohl sich die Jugendbewegung als apolitisch verstand, waren zu gleicher Zeit große Teile empfänglich für nationalistische und völkische Ideen oder hielten Ausschlüsse aus antisemitischen Motiven für legitim. Nach Ende des Ersten Weltkrieges, in den viele Wandervögel begeistert gezogen (und gefallen) waren, begann die »Bündische« Phase der Jugendbewegung. Die Bünde stellten deutlicher ihr Selbstverständnis heraus, nach innen und nach außen. Die Idee eines Ordens, erkennbar an Kluft, Liedern oder Ritualen, dem nicht jeder angehören sollte und konnte, wurde nun stilprägend.⁵

Es waren die schon erwähnten Funktionäre der »Zionistischen Vereinigung« um Kurt Blumenfeld, die 1912 den ersten Bund der jüdischen Jugendbewegung auf den Weg brachten. Am Rande des zionistischen Delegiertentages, Ende Mai in Posen, trafen sich zionistische Studenten und Wandervögel, um einen zionistischen Wanderbund zu gründen, der sich in der Folge »Blau-Weiß« nannte. In Breslau existierte schon der »Wanderverein 1907«, dessen Jugendabteilung nun zur örtlichen Basis der ersten jüdischen Jugendbewegung in Deutschland wurde.

5 Die wahrscheinlich beste und lesbarste Darstellung zur Jugendbewegung ist, obwohl sie schon vor über 50 Jahren entstand: Walter Laqueur, *Die Deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie*, Köln 1962; daneben: Thomas Koebner/Rolf-Peter Janz/Frank Trommler (Hrsg.), »Mit uns zieht die neue Zeit«. *Der Mythos Jugend*, Frankfurt a. M. 1985; zum 100. Jubiläum des Meißner-Tages wurde vom 26. September 2013 bis 19. Januar 2014 im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg eine Ausstellung gezeigt, deren Begleitband auch den Stand der Forschung repräsentiert: G. Ulrich Großmann/Claudia Selheim/Barbara Stambolis (Hrsg.), *Aufbruch der Jugend. Deutsche Jugendbewegung zwischen Selbstbestimmung und Verführung*, Nürnberg 2013; aktuelle Forschungsüberblicke enthält auch das »Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung«, das seit 2004 als »Neue Folge« unter dem Titel »Historische Jugendforschung. Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung« erscheint.

Joseph Marcus, ein junger Rechtsreferendar aus Breslau, war ihr erster Führer. Man wanderte zunächst noch nach Geschlechtern getrennt und bemühte sich darum, die Eltern einzubeziehen.⁶ Als Kassenverwalter, und wahrscheinlich auch aus Gründen der Reputation, hatte man den bekannten Industriellen Lippmann Bloch gewonnen. Franz Meyer, späterer Führer im Breslauer Wanderbund »Blau-Weiß« (und ab 1933 Generalsekretär der Zionistischen Vereinigung für Deutschland), war durch seine Großmutter in den Wanderbund gekommen.

»Die Eltern haben ja nie eine Ahnung gehabt, was wir da eigentlich getrieben haben. Aber bald stellte sich heraus, dass auch die erste Breslauer Führergeneration [...] gar nicht mehr gewusst hatte, was sich da eigentlich bei uns tat. Denn sehr bald begann die Zeit der inneren Revolution [...]. Wir begannen unseren eigenen Lebensstil zu entwickeln.«⁷

Die Zeit der jungen Juden teilte sich von nun an in die Zeit vor und die Zeit im Wanderbund. Meyer erzählte über das »Vorher« und »Nachher«:

»Alles war nach außen sehr ordentlich. Jedes Kind wusste sehr genau, was es anziehen musste und wie es sich benehmen sollte. Und dann kam plötzlich jemand und riss diese Kinder aus ihren Elternhäusern heraus und sagte ihnen genau das Gegenteil von dem, was sie zu Hause gehört hatten, wie auch immer die sogenannte jüdische Einstellung dieser Eltern gewesen sein möge. Dass Jude-sein etwas bedeutete, was man nicht vorsichtig aussprechen und mit Sorgfalt gegen die Umwelt abschirmen müsse, sondern etwas, das man natürlich und frei bekennt [...] das war eine ganz neue Sache.«⁸

Hieraus ist auch die besondere Anziehungskraft der jüdischen Jugendbewegung zu erklären. Man stellte sich, wie im Wandervogel, gegen die Segnungen der modernen Welt für ein Leben in »innerer Wahrhaftigkeit« (wie es wenig später auf dem Hohen Meißner formuliert wurde), war sich aber immer auch der jüdischen Herkunft bewusst, oft bewusster als die Elterngeneration.⁹

1913 gab es dann einen Fall von Antisemitismus im Wandervogel, der die Frage nach einer spezifischen jüdischen Jugendbewegung zu neuer Aktualität verhalf und gleichzeitig dem im Entstehen begriffenen »Blau-Weiß« enorme Legitimation und Auftrieb gab. Einem Mädchen im sächsischen Zittau war der Eintritt in eine örtliche Gruppe des Wandervogels mit dem Hinweis auf ihre jüdische Herkunft verweigert worden. Cora Berliner (1890-1942), Journalistin und

6 Elternausflug in Breslau, in: Blau-Weiß-Blätter (1913), Nr. 5.

7 Franz Meyer, Der Breslauer Bund, in: 50 Jahre Blau-Weiß, Naharia 18-19. Mai 1962, S. 10.

8 Ebd.

9 Die beste Überblicksdarstellung zur jüdischen Jugendbewegung bietet immer noch: Hermann Meier-Cronmeyer, Jüdische Jugendbewegung, in: Germania Judaica 8, Neue Folge 27/28 (1969) 1/2; als Forschungsüberblick siehe die Sammelrezension: Knut Bergbauer, Jüdische Jugendbewegung in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Shoah, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau (2000), Nr. 41, Heft 2, S. 23-36.

Geschäftsführerin des Verbands der jüdischen Jugendvereine, griff den Fall im *Berliner Tageblatt* auf.¹⁰ Von einigen Führern des Wandervogels wurde daraufhin eindeutig Stellung bezogen und diese hieß: »Der Wandervogel – deutsch«. Damit wandten sich die Autoren gegen die jüdischen Mitglieder und Anwärter des Wandervogels. Der überwiegende Teil der Bünde verhielt sich indifferent oder sah sich als »asemitisch«, eine Haltung, die von den Juden in den Bünden ebenso als Verrat an den vormals gemeinsamen Idealen gedeutet werden musste. Nur eine Minderheit der Wandervogel-Führer stellte sich schützend vor die Angegriffenen. Auf einem Elternabend des Breslauer Wanderbundes »Blau-Weiß« beschäftigte sich auch der »Oberführer« Joseph Marcus mit dem Thema:

»Den Wandervogel hält er [Marcus; K. B.] an und für sich für nicht-antisemitisch. Es gibt nur heute so viele antisemitische Führer im Wandervogel, daß schon deshalb Eltern ihre Kinder nicht dorthin schicken dürften. Aber auch die nichtantisemitischen Wandervogelführer wüßten nicht, was sie mit den jüdischen Kindern, die eine von der ihren so himmelweit verschiedene Erziehung mitbrächten, anfangen sollten. Darum hätten die schlesischen Wandervogel, die zum größten Teil Nichtantisemiten seien, dennoch den im Wandervogel aufgetauchten Antisemitismus nicht bekämpft. Sie hätten nur eine Erklärung gegen den unanständigen Ton der Antisemiten abgegeben, nicht aber gegen die sachliche Stellung dieser Wandervogel protestiert.«¹¹

Aber es waren gerade schlesische Wandervogel, die sich, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, in die Debatte mischten und in einer neuen Zeitschrift namens *Pachantei* gegen die antisemitischen Angriffe Stellung nahmen. Auch die *Jüdische Volkszeitung* aus Breslau befasste sich mit dem Thema. Es ging also spürbar um mehr als bloß um eine interne Angelegenheit jüdischer Wandervogel:

»Wir Juden müssen uns dafür bedanken, irgend einen unserer wanderfrohen Glaubensgenossen durch ein antisemitisches Scherbengericht der Ablehnung seiner Aufnahme, nur weil er Jude ist, aussetzen zu lassen. Wir fühlen uns als Staatsbürger und Deutsche absolut ebenbürtig und lehnen es ab, unsere Jugend antisemitischen Gelüsten preiszugeben.«¹²

Und weil sie sich als Deutsche und Juden fühlten, oder jüdische Deutsche, bestand wenige Monate später für die große Mehrheit kein Zweifel daran, sich

10 Siehe dazu und zum Folgenden Andreas Winnecken, Ein Fall von Antisemitismus. Zur Geschichte und Pathogenese der deutschen Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Köln 1991.

11 Wanderverein 1907 in Breslau, in: Blau-Weiß-Blätter (1913/14), Nr. 10.

12 Antisemitismus und Wandervogelvereine, in: Jüdische Volkszeitung (JVZ), Breslau, 24.4.1914. Die JVZ war die unmittelbare Nachfolgezeitschrift des »Jüdischen Volksblattes«. Sie erschien Mitte der 1920er-Jahre unter dem Titel »Jüdische Zeitung für Ostdeutschland«, später als »Jüdische Zeitung«; siehe Joseph Walk, Die »Jüdische Zeitung für Ostdeutschland« 1924-1937, Zeitgeschichte im Spiegel einer regionalen Zeitung, Hildesheim/Zürich/New York 1993.

freiwillig für den beginnenden Krieg, der einmal Weltkrieg heißen sollte, zu melden. Darunter befanden sich viele »Blau-Weiße«, auch aus Breslau. Ein zeitgenössischer Bericht spricht davon, dass auf ihrem letzten gemeinsamen Heimabend noch über den Frieden gesprochen worden sei, während die Sonderblätter auf dem Nachhauseweg schon die Meldung über den Krieg verbreiteten. Also zogen als deutsche Patrioten auch junge Zionisten »ins Feld« und starben den »Heldentod«, darunter die Breslauer »Blau-Weiß«-Führer Rudi Danziger und Ludwig Franz Meyer. »Am 10. Oktober [1915] haben wir die Leiche von Ludwig Franz Meyer nach Gnesen überführt«, schrieb sein Freund Martin Nothmann:

»Sein Blick geht nach Osten, nach den Feldern, die sein Blut gefordert haben, nach dem Lande, das seinen Brüdern Schmach bereitet wie kein anderes auf Erden, an dem er Rache nehmen wollte für Homel, Kischiniew und Bialystok, sein Blick geht nach Osten, auch nach jenem Lande, das er Zeit seines Lebens mit der Seele suchte und nicht mehr sehen sollte.«¹³

In diesem Nachruf wird die Ambivalenz der Gefühle deutlich. Einerseits wollten die jungen »Blau-Weißen« die Erinnerung an die russischen Pogrome aufrechterhalten, andererseits sollte das erlebte Judentum in den Städten und Shtetln Polens und Russlands gewürdigt werden. Besonders die »Judenanzählung« im Heer 1916 stellte die Frage nach der eigenen Identität und dem Platz in der deutschen Gesellschaft erneut und dringlicher. Nachdem die männlichen Führer eingezogen worden waren, übernahmen die Mädchen alle wichtigen Funktionen im Bund »Blau-Weiß«. Es blieb eine kurze Episode, aber gerade in dieser Frühphase der Formierung des Bundes war es von großer Wichtigkeit, dass der Bund auch während des Krieges bestand.

Das Aufrechterhalten des Gruppenlebens gilt aber nicht nur für den Bund »Blau-Weiß«, denn mitten im Krieg und kurz nach dessen Ende entstanden eine Reihe weiterer Bünde der jüdischen Jugendbewegung. Da waren zunächst die »Kameraden«, zu der sich einige jüdische Wander-, Sport- und Jugendbünde zusammenschlossen. Die Gründung erfolgte 1916 und die erste Gruppe bildete sich ebenfalls in Breslau. Nach einer Zeit des Suchens und Findens lautete der Name letztlich offiziell »Kameraden. Deutschjüdischer Wanderbund«. Die Mitglieder kamen, ähnlich dem »Blau-Weiß«, aus dem etablierten Breslauer jüdischen Bürgertum und in diesem Fall aus dem Umfeld des Central-Vereins (deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, CV). Der CV repräsentierte die Majorität der Juden in Deutschland und bekämpfte den aufkommenden Zionismus meist entschieden. Deshalb können die »Kameraden« auch politisch als eine Gegengründung zum »Blau-Weiß« (zionistisch orientiert) verstanden werden. Initiatoren des Bundes waren die Brüder Josef und Erich Hirschberg, Söhne des CV-Vorsitzenden Justizrat Hirschberg. Nachdem beide zum Wehrdienst einberufen worden waren, übernahm Edith Peritz die Führung. Erich

13 Martin Nothmann: Ludwig Franz Meyer, in: Blau-Weiß-Blätter (1915), Nr. 4.

Markowicz, der von Anbeginn an dazugehörte, hatte eigene Gründe, die Mitgliedschaft in diesem Bund zu wählen.

»Es ist wichtig zu bemerken, dass mein sel. Vater, Ludwig M. ein glühender Zionist war. [...] Dies war für mich der wesentliche Grund mich nicht dem ›Blau-Weiß‹ anzuschliessen. [...] Die Ideologie war sehr einfach: Wir wollten ›Deutschtum‹ und ›Judentum‹ miteinander verknüpfen, [...] fühlten uns als eine Art ›deutscher Stamm‹, ähnlich den Bayern Sachsen [...] Wenig kümmerte uns der ›jüdisch-politische Betrieb‹, obwohl wir als ›Kind des Central-Vereins‹ angesehen wurden, liessen wir uns nicht in diese Sphäre ein, überhaupt als ›Jugendbewegte‹ lehnten wir ›Gemeindebetrieb‹ und politische Tätigkeit ab.«¹⁴

Aber die »Kameraden« blieben nicht die einzige Neugründung. Aus den Agudas Jisrael Jugendgruppen, der orthodoxen Jugend, entstand 1918 mit »Esra« ein orthodoxer Jugendbund der jüdischen Jugendbewegung. Führer des Breslauer Bundes wurde Isi Simonsohn, dessen Bruder Max Simonsohn ein bekannter Breslauer Rabbiner war. Aus den Wandergruppen des Verbands der jüdischen Jugendvereine entstand der »Jungjüdische Wanderbund« (JJWB). Die Entwicklung zum Jungjüdischen Wanderbund richtet auch den Fokus auf eine Problematik, die für das Verständnis der jüdischen Jugendbewegung von Bedeutung ist: die Dynamik der Bünde. Aus einem Jugendverein konnte in relativ kurzer Zeit ein Bund der Jugendbewegung entstehen; Bünde konnten andererseits aber auch Formen von Vereinen annehmen. Suska Döpp erweckt in ihrer Arbeit über die jüdische Jugendbewegung in Köln, in der anhand eines Längsschnittes die Jugendbewegung in einer einzigen Stadt analysiert wird, den Eindruck, jüdische Jugendbewegung und Jugendvereine seien deckungsgleich.¹⁵ Ihr vorrangiges Ziel sei die Jugendpflege im Sinne der jüdischen Gemeinde gewesen. Es gab aber vielmehr innerhalb der Vereine und Bünde eine Reihe von Unterschieden und viele verschiedene Optionen. Sie vereint, dass sie alle das organisierte jüdische Jugendleben repräsentierten.

In Breslau bestanden, neben den bereits genannten, folgende jüdische Jugendvereine und Jugendbünde während der Weimarer Republik: Agudas Jisroel Jugendorganisation, Jüdisch liberaler Jugendverein Abraham Geiger (auch als Ili bekannt), Jugendbund des CV, Jüdischer Jugendbund, Jünglingsverein bzw. Mädchenclub des Jüdischen Frauenbundes, Arbeitsgemeinschaft zionistischer Mädchen, Zionistischer Mädchenbund Rahel (revisionistisch), Jung Juda (Schüler), Soziale Gruppe (Bnei Brith), Kadimah (Pfadfinderbund); Nachfolger des »Blau-Weiß«, Brith Haolim (aus der Praktikantenschaft des »Blau-Weiß«; später Zusammenschluss mit dem JJWB), Brith Hanoar Schel Zeire Misrachi (orthodox-zionistisch), Betar (Brith Trumpeldor; revisionistisch; auch als Na-

14 E[rnst] Markowicz, Die Kameraden (1979), Leo Baeck Institut Jerusalem (LBI Jerusalem), Bestand Markowicz (Hervorh. i. Orig.).

15 Suska Döpp, Jüdische Jugendbewegung in Köln 1906-1938, Münster 1997.

tionale Jugend Herzlia), Jüdischer Pfadfinderbund (JPB), Bochorow-Jugend (Poale Zion), Makkabi Hazair, Jugendabteilung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF).

Nach dem Ende der »Kameraden« 1932 entstanden hieraus: Werkleute, Schwarzes Fähnlein, Freie Deutsch-Jüdische-Jugend (FDJJ). Schon seit 1925 gab es die »Greifen«, die gänzlich eigenständig agierten.

Hinzuzuzählen sind darüber hinaus die überbündischen Gruppen: Hechaluz, Bachad (religiös), Ausschuss für national-jüdische Jugend/Nationaljüdischer Jugendring, Ortsausschuss der jüdischen Jugendverbände und allen gemeinsam ein Jüdisches Jugendheim. Nach 1933 entstanden: Vortrupp, Bar Kochba Hazair, Verein junger Zionisten (Iwria), Habonim (entstanden aus JJWB/Brith Haolim und Kadimah; eventuell auch JPB), Bund deutsch jüdischer Jugend (BdJJ; aus Ili und Schwarzem Fähnlein; später erzwungene Umbenennung in Ring, Bund jüdischer Jugend).

Die Vielzahl der Bünde repräsentierte sowohl ein breites Spektrum politischer oder religiöser Orientierungen als auch jugendbündischer Organisationsansätze. Entsprechungen aus dem Bereich der deutschen (nichtjüdischen) Jugendbewegung lassen sich leicht finden. Dazu muss man aber anmerken, dass es sich hierbei nicht um einen »Abklatsch« der Jugendbewegung handelte, sondern diese Gründungen aus den inneren Bedürfnissen und Bedingungen der jüdischen Jugendbewegung entstanden waren.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges begann auch im Breslauer »Blau-Weiß« ein Neuanfang. Martin Bandmann, aus der neuen Führergeneration, berichtete zweieinhalb Jahre nach Kriegsende darüber:

»Es ist noch gar nicht so lange her, daß der Breslauer Bund spottschlecht war. Er hatte weder Kern noch Gliederung. Von Zügen konnte nicht gesprochen werden. Alles hockte friedlich und vertraut zusammen. Es war jener Sommer 1918, wo die alten Führer im Felde waren, die Schülerführer aber zu jung und zu schwach, um sich Rat zu wissen. Man wanderte natürlich, machte Heimabende; aber alles was geschah, entbehrte eines inneren Zusammenhangs und Planes. Überdies herrschten in der Führerschaft, deren Arbeit völlig unfruchtbar und hemmend war, die Mädchen. Was sie beförderten war nur jene Satttheit und Selbstgenügsamkeit, die immer dort sich dumpf ausbreitet, wo neue Antriebe und Ideen fehlen. [...] Man machte wieder regelrechte Züge auf, man warf die Mädchen aus der Führerschaft hinaus, was aber nur die Zweiteilung des Bundes in einen Jungen- und Mädchenbund zur Folge hatte.«¹⁶

Nach einer Phase der Stagnation, so Bandmann, sei dann mit dem Neuaufbau begonnen worden. Auch die alten Führer seien inzwischen nicht mehr als geeig-

¹⁶ Martin Bandmann, *Leben und Aufgaben eines Blau-Weiß-Bundes*, in: *Blau-Weiß-Blätter*, Führerzeitung (Jan./Febr. 1921), Nr. 4/5.

net erachtet worden. Also sei noch einmal neu nach dem Sinn und dem Weg des Bundes gefragt worden. Mit einer Straffung der Organisation, einer größeren Bedeutung der Führerschaft und neuen Erziehungsaufgaben sollte dann ein Neuanfang gelingen. Der »Breslauer Bund« nahm nun und in den folgenden Jahren entscheidenden Einfluss auf den sich neu formierenden »Blau-Weiß«. Nach dem Bundestag 1919 in Sachsenheim wurden die Ziele des Bundes von Benno Cohn neu formuliert:

»Blau-Weiß hat mit einem Programm, mit einer Tendenz überhaupt mit jüdischer Politik [...] nicht das geringste zu tun. Blau-Weiß versucht nicht, seiner Jugend ein Rezept zu übermitteln, mit dem sie an den kranken Körper des Judentums zu Heilungszwecken herantritt, aber eine Theoretik die seinen Menschen für die schwersten Vereinsdebatten taktfest macht. Blau-Weiß ist die Stelle, wo Judentum nichts Gewesenes und nichts Gewordenes darstellt, sondern ewig noch werdendes, nach Bildung Ringendes, dessen Gestaltung in der Gestaltung und Menschwerdung des Einzelnen, des Juden begründet ist, und wo Judentum nicht lebensentleertes Begriffssystem (national oder religiöses Gebilde) ist, sondern Aufgabe, die der Erfüllung durch uns harret.«¹⁷

Martin Bandmann sagte in seinem Referat auch schon etwas über neue Formen, die für den Bund interessant werden könnten: die Boy-Scout-Bewegung, also das Pfadfindertum.¹⁸ Diese Vorstellungen waren nicht nur ein spezifisches Merkmal in der jüdischen Jugendbewegung, auch die Bünde des Wandervogels kamen zu ähnlichen Überlegungen. Es war die »Bündische Phase« der Jugendbewegung. Beim »Blau-Weiß« kulminierte diese 1922 auf dem Bundestag in Prunn. Als sogenannte »Prunner Armee« (so das Selbstverständnis des »Blau-Weiß« nach dem Bundestag) verlangte der Bund nun nichts weniger und mehr als das ganze Leben der jugendlichen Mitglieder für den Bund und die Unterordnung unter die Führerschaft. Es gab heftige Kritik an diesen weitreichenden Beschlüssen, aber auch zahlreiche Missverständnisse über deren Sinn. Zugleich formierten sich oppositionelle Gruppen im »Blau-Weiß«, die als Reaktion auf die Beschlüsse austraten und unter anderem »Brith Haolim« gründeten. Ein eigenes »Blau-Weiß«-Projekt, die »Karlsruher Werkstätten« in Palästina, sollte die Arbeit des Bundes in den folgenden Jahren vorantreiben, beschleunigte aber, nach deren Niedergang, dessen Ende. Im Frühjahr 1927 löste sich der »Blau-Weiß« auf, die verbliebenen Mitglieder hofften nun als »Kadimah« (hebr. Vorwärts), mit eindeutig pfadfinderischen Formen und Inhalten, dass alles vorwärts gehen möge.¹⁹

17 Benno Cohn, Blau-Weiß, in: Jüdische Volkszeitung, 5.9.1919.

18 Bandmann, Leben und Aufgaben (Anm. 16).

19 Zum »Blau-Weiß« und speziell zum »Breslauer Bund« siehe die hervorragende und kenntnisreiche Darstellung von Jörg Hackeschmidt, Die Erfindung einer jüdischen Nation, Hamburg 1997.

Gegen alle Unkenrufe, vor allem vonseiten der »Blau-Weiß«-Konkurrenz, verzeichneten die »Kameraden« schon in den ersten Jahren ihres Bestehens regen Zulauf. Was denn das »Jüdische« an ihnen sei, mussten sie anderen und auch sich selbst immer wieder erklären. In den Mitteilungsblättern, auf Heimabenden und Bundestagen wurde um jeden Begriff gerungen. Gegen die Jugendvereine, auch die jüdischen, mit ihren Partikularinteressen, brachte Martin Goldner, Breslauer Führer der »Kameraden« 1920, mit Vehemenz den Bund als Leben und Lebensstil in Stellung. Damit unterschied er sich nicht sehr vom »Blau-Weiß«:

»Gewiß äußerlich sind auch wir nur ein Verein. Aber seht nur hin, lernt uns begreifen, Bewegung, Neuwelt sind wir, und nur wer von ihr gepackt, wer auf ihr heimisch, gehört zu uns. Weltanschauung ist uns »Kamerad« sein und Freisein des Körpers und des Geistes. Keine Fessel ist uns hierbei das Judentum, sondern Stütze und Wegweiser hinüber zur Neuwelt. [...] Darum auch wandern und singen wir, nicht nur um stark zu sein an Kraft des Körpers, sondern auch um frei zu sein und rein in der Seele. Freude ist Wandern und Freiheit, Bedürfnislosigkeit, Selbsterziehung, Bescheidenheit. Der Sprung ist's aus der steifen Welt der Schablone ins Neuland der Natürlichkeit und Wahrhaftigkeit.«²⁰

Auch Max Staub, der ebenfalls zu dieser Zeit »Kamerad« in Breslau war, reichten laue Lüftchen nicht:

»Sturm läuten will ich. Klingen sollen davon die Ohren den Eltern, die sagen, die Kameraden seien ihnen »nicht fein genug« und deshalb ihren Kindern beim Eintritt Schwierigkeiten machen. Gott sei Dank, die Wanderkameraden sind nicht fein, sie gehören nicht in den Rahmen der »feinen« Gesellschaft. Aber habt ihr schon einmal die Augen euer heranwachsenden Söhne geprüft, wenn sie von Fahrt kamen, und dieselben Augen, wenn sie von einem Ball kamen.«²¹

Natürlich darf bei aller Wortgewalt nicht übersehen werden, dass der Aufstand gegen das Überkommene, wie es die jüdische Jugendbewegung verstand, noch immer im Rahmen ihrer (bürgerlichen) Herkunft und Herkunftsfamilien stattfand. Es war nicht so sehr ein Bruch, als erst einmal ein Auf-Bruch. Auf dem Bundestag 1921 im bayerischen Metzlersreuth schlossen sich die verschiedenen Jugend-, Sport- und Wandervereine, die sich bisher schon als »Kameraden« verstanden hatten, zu einem gemeinsamen »Deutsch-Jüdischen Wanderbund« zusammen.²² Aber es war noch ein langer Weg, bis man sich auf dem Bundestag

20 Martin Goldner, Wir (die jüdische Jugendbewegung), in: Kameraden, Verbandszeitschrift des Jugendverbandes jüdischer Deutscher (1920), Heft 9.

21 Max Staub, Sturm, in: Kameraden (1920), Heft 6-8.

22 Bernhard Trefz, Jugendbewegung und Juden in Deutschland. Eine historische Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung des »Deutsch-Jüdischen Wanderbundes Kameraden«, Frankfurt a. M. 1999; Stefanie Schüler-Springorum, Jugendbewegung und Politik. Die deutsch-jüdische Jugendgruppe »Schwarzer Haufen«, in: Tel Aviver

in Wittgenborn (1924) zu der Formel durchringen konnte, der Bund sei »Jugendbewegung der Menschen deutsch-jüdischer Art«. Und selbst diese Formel wurde angegriffen. Besonders von der jungenschaftlichen Richtung um den Wiesbadener Jurastudenten Ernst Wolff und den Breslauer Philosophiestudenten Lothar Hecht. Wolff kam 1928 als Referendar für einige Zeit nach Breslau und wurde auch hier für sein Charisma bewundert. »Der Ring«, wie sich diese Strömung nannte, wird oft auf seine »deutschnationalen« Ambitionen reduziert. Sein Kern war aber eher an einer bündischen und pfadfinderischen Option der Jugendbewegung orientiert.

Neben dem »rechten« »Ring« bestimmten noch zwei andere Strömungen die Geschehnisse der »Kameraden«. Die größte und einflussreichste hieß »Kreis« und war vor allem mit der Person von Hermann Gerson verbunden. Seine Nähe zu Martin Buber bestimmte auch die von ihm vertretene Programmatik, »Jüdisch« mit einem gewissen Hang zur Mystik, verbunden mit pädagogischen Einflüssen. Ab 1925 begann dann auch der »Einfall« der Politik in die »Kameraden«. In Ostpreußen hatten Max Fürst und Hans Litten schon zwei Jahre zuvor damit begonnen, sich intensiver mit dieser Option zu befassen. Und Politik hieß zu dieser Zeit für viele junge Juden: Sozialismus. Die Strömung nannte sich »Schwarzer Haufen« (SH) und sammelte im Laufe der nächsten Jahre Interessierte an vielen Orten für ihre Ideen. Nach heftigen Auseinandersetzungen kam es 1927 auf dem Führertag in Merseburg zum Bruch, der SH wurde ausgeschlossen. Aber da waren die Diskussionen um politische Haltungen und politisches Handeln schon nicht mehr aus dem Bund herauszuhalten. Aufmerksame Beobachter konnten sie in Folge in den »Götzen« oder im Berliner »Roten Fähnlein« ausmachen, selbst ein Theoretiker des »Kreis«, Sergey Racusin, hatte gute Kontakte zur linkssozialistischen SAP (Sozialistische Arbeiterpartei). Es gab aber noch eine weitere Gruppe innerhalb der »Kameraden«, die man nicht so sehr als Richtung, denn als Separatzusammenschluss bezeichnen muss. Diese war, mit rund 100 Mitgliedern, nur in Breslau aktiv:

»Im Vorfrühling 1926 trafen sich Hans, Tom, Dick, Hans Schlamm und Peter Gerson mit mir am Wasserturm und wir gründeten gemeinsam einen neuen Zug der Breslauer »Kameraden«, erinnerte sich dessen Führer Alfred Laurence, früher Lomnitz, fünfzig Jahre später. »Ich hatte knapp zwei Jahre vorher für mich diesen Jugendbund »entdeckt«, mit allem »Drum und Dran« gut und liebenswert befunden [...] Bald wurde »orange-lila-hecktgrau« unsere eigene Trikolore für Hemd, Halstuch und Fahrtenhose und nach einer schönen Ferienfahrt nach Löwenberg und der Burg Greifenstein wurden aus den »Aalen« [der erste Name der Gruppe; K. B.] die »Greifen«.«²³

Jahrbuch für deutsche Geschichte 28 (1999), S. 159-209; Knut Bergbauer/Stefanie Schüler-Springorum, »Wir sind jung, die Welt ist offen ...«. Eine jüdische Jugendgruppe im 20. Jahrhundert, Berlin 2002.

23 Liebe Freunde, Brief von Alfred Laurence, 1.3.1976, Archiv des Kibbutz Hazorea, 30045/2.

Die »Greifen« bestanden auch nach dem Ende der »Kameraden« 1932 weiter, ihre verbliebenen Mitglieder gingen dann 1937 weitgehend in den »Werkleuten«, dem Nachfolgebund des »Kreises«, auf. Sonst scheint es bei den »Kameraden«, wie in den meisten Bündeln der jüdischen Jugendbewegung in Breslau, immer die Chance eigenständiger Entwicklungen gegeben zu haben. Als drittgrößte jüdische Gemeinschaft Deutschlands – zudem in Randlage – war man nicht immer darauf angewiesen, sich am Gesamtbund zu orientieren. So war die Rede davon, Breslau sei lange »Leidenskind« der »Kameraden« gewesen.²⁴ Aber zu dem Zeitpunkt, an dem dies ausgesprochen wurde, wurde damit schon auf die Vergangenheit angespielt, denn mit Walter Blass und später Max-Otto Katz kamen ab 1929 Bundesführer der »Kameraden« wieder aus Breslau. Damit einher ging auch eine engere Bindung an den Gesamtbund. Ein Jahr vor der nationalsozialistischen »Machtergreifung« ließen sich die verschiedenen Ansichten über den weiteren Weg der »Kameraden« nicht mehr in Übereinstimmung bringen und der Bund löste sich auf.

Aus den vormaligen Strömungen entstanden neue Bünde, deren kurzlebigster die sozialistische »Freie Deutsch-Jüdische-Jugend« war. Deren Führer, aber auch viele der Mitgliederinnen und Mitglieder, waren parallel in sozialistischen Gruppen organisiert, wie etwa der Kommunistischen Jugend-Opposition (KJO), und stellten sich relativ schnell auf die Illegalität um.²⁵

Die jungenschaftliche Richtung, also der frühere »Ring«, nannte sich nun »Schwarzes Fähnlein« (SF), stand dem »Reichsbund jüdischer Frontsoldaten« (RjF) nahe, unterhielt aber auch Kontakte zu Naumanns »Verband nationaldeutscher Juden«. Die Schriftleitung ihrer Zeitschrift *Der Fahmenträger* hatte der Breslauer Günter Holzmann inne. Als es zum Streit über die Rolle des Judentums im Bund kam, spaltete sich »Die Blaue Schar« unter Paul Yogi Mayer, die engere jüdische Bezüge für notwendig hielt, ab und schloss sich im Sommer 1934 dem »Bund deutsch-jüdischer-Jugend« (BdJJ) an.

Im Zusammenhang mit dem »Schwarzen Fähnlein« (und auch weil es in der unmittelbaren Nachbarschaft Breslaus gelegen war) muss noch auf das Auswandererlehrgut Groß-Breesen bei Trebnitz verwiesen werden. Dieses war 1936 von der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« (RV) initiiert und von dem Pädagogen Curt Bondy bis zu dessen Emigration 1939 geleitet worden. Das SF war zwar schon Ende 1934 verboten worden, aber die Gruppen wanderten illegal weiter, wie sich der Berliner Werner Angress erinnerte.²⁶ Groß Breesen bildete für eine ganze Reihe ehemaliger SFler, darunter einige Breslauer, ein neues Refugium. Dort konnten Fachkenntnisse und entsprechende Zertifikate erworben werden, die die Möglichkeit boten, Deutschland verlassen zu können.

24 Berichte aus dem Bund, in: Kameraden (1930), Heft 15/16.

25 Antje Dertinger hat den Geschichten einiger Mitglieder der Breslauer Gruppe, die von Widerstand, Exil und Tod handeln, ein Buch gewidmet, siehe dies., *Weisse Möwe, Gelber Stern*, Bonn 1987.

26 Siehe Werner T. Angress, ... immer etwas abseits. Jugenderinnerungen eines jüdischen Berliners 1920-1945, Berlin 2005.

Es war der Versuch, gegenüber den »Hachschara«-Stellen der Zionisten, also der »Tauglichmachung« junger Juden durch handwerkliche oder landwirtschaftliche Ausbildungen, eine nichtzionistische Alternative anzubieten. Aber während die Zionisten mit der Allija nach Palästina eine konkrete Perspektive anbieten konnten, hatten die Groß-Breesener enorme Schwierigkeiten, eine gemeinsame Auswanderung nach Südamerika und den USA zu organisieren; auch wenn diese einer größeren Gruppe auf Umwegen schließlich gelang.

Die letzte und größte Fraktion der »Kameraden«, die aus dem »Kreis« hervorging, bildeten die »Werkleute«. Diese »jüdische« Richtung des Bundes hatte sich in ihren ersten Manifesten zunächst gegen die Gefahr einer »roten Assimilation«, also dem Übergang junger Juden zu sozialistischen und kommunistischen Organisationen, gewandt. Sie unternahm schon in den ersten Monaten der NS-Herrschaft erste Schritte, sich auch dem bis dahin bekämpften Zionismus zu öffnen. Letzlich bedeutete das, dass schon im Frühjahr 1933 von den »Werkleuten« die Auswanderung des Bundes nach Palästina beschlossen wurde, mit der Idee, dort einen eigenen Kibbuz zu gründen. Schon im Januar 1934 ging eine erste Gruppe der »Werkleute« dorthin, weitere folgten.²⁷

Das Jahr 1933 stellte in der jüdischen Jugendbewegung in Deutschland, wie auch in der jüdischen Gemeinschaft, eine entscheidende Zäsur dar. Während Organisationen wie der »Jüdische Kulturbund« oder die Sportvereine »Makkabi« oder »Schild« Erwachsenen temporäre Möglichkeiten boten, der Bedrückung zu entfliehen, wurden die Bünde der Jugendbewegung für viele Jugendliche zu einer neuen Heimat. Die wachsende Bedeutung der jüdischen Jugendbewegung wird bei einem Blick auf die Demografie des »Hechaluz« von 1933 deutlich. Der »Hechaluz« (hebr. Pionier), als deutsche Sektion einer weltweiten Organisation, bestand seit 1922, hatte aber bis dato nur ein Schattendasein geführt. In ihm (und später auch in seinem religiösen Pendant, dem »Bachad«) sammelten sich alle, die sich auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiten wollten. Er war ein »Überbund«, das heißt, man blieb Mitglied im eigenen Bund, gehörte aber über den Bund hinaus auch dem »Hechaluz« an. Daneben gab es noch sogenannte Stam-Chaluzim, Einzelmitglieder, die keinem Jugendbund angehörten. Jedoch hatten die Bünde die gewichtigste Stimme im »Hechaluz«. Er organisierte vor allem »Hachschara«-Stellen oder in den Städten Bate Chaluz (Pionierhäuser) für berufliche Ausbildungen. Zudem stellte er die meisten der begehrten Handwerkerzertifikate aus, die die Ausreise ermöglichten. Im Mai 1933 gehörten ihm 500 Mitglieder an, die sich auf sechs Orte verteilten. Im November desselben Jahres waren 14 000 Mitglieder in 86 Ortsgruppen organisiert, darunter 2400 auf »Hachschara«.²⁸

Die »Werkleute« und andere Ableger der »Kameraden« waren dabei nicht die größten Bünde der jüdischen Jugendbewegung. »Habonim«, 1933 aus einer

27 Siehe dazu Walter B. Godenschweger/Fritz Vilmar, Die rettende Kraft der Utopie. Deutsche Juden gründen den Kibbuz Hasorea, Frankfurt a. M. 1990.

28 Der deutsche Hechaluz im Jahre 1933, in: Jüdische Zeitung, 19.1.1934.

Reihe zionistischer Bünde gegründet, hatte eine größere Mitgliedschaft, ebenso »Makkabi Hazair«, eine Verbindung aus Wander- und Jugendbund. Der schon erwähnte »BdJJ« war 1933 aus den Ili-Jugendvereinen, die bis dahin nur Verein und nicht Jugendbewegung gewesen waren, der »Deutsch-Jüdischen Jugend-Gemeinschaft« und Teilen des SF entstanden. Ein Jahr nach Gründung wurde Bilanz gezogen:

»So leben denn geformte und ungeformte, bündisch geprägte und ungeprägte Menschen in unserer Gemeinschaft. [...] Bündisches Leben für jüdische Jugend war durch die verschiedenen Anordnungen offizieller Stellen immer mehr und mehr eingeengt, war von äußerer Peripherie jugendlichen Gemeinschaftslebens nach innen verlagert worden. Nicht mehr wehende Fahnen, taktrufende Trommeln, marschierende Gruppen wurden zum Ausdruck bündischer Bewegung, sondern Dinge der Innerlichkeit, der praktischen Lebensgestaltung.«²⁹

Es ist freilich nicht zu verkennen, dass es auch Diskrepanzen zwischen den Ideen der Führerschaft und dem wirklichen Gruppenleben gab, das sich, solange es ging, immer noch gemeinsam draußen in der Natur abspielte. Aber die Reglementierung der jüdischen Bünde schränkte deren Möglichkeiten rigoros ein. Fahrten und Ausflüge wurden – auch in Breslau – erschwert. Schon im April 1933 erfolgte der Ausschluss aller jüdischen Vereine aus dem Breslauer »Stadtaus-schuss für Jugendpflege«, dies bedeutete für sie den Wegfall der Ermäßigungen bei Fahrten sowie die Zugangsverweigerung zu allen städtischen Räumen.

Viele Erwachsene, die die Entwicklung der Jugendlichen aufmerksam beobachteten, gaben deren Aktivitäten in den Bünden aber Hoffnung. »Es hat mich fortgerissen, wenn man die jungen Leute so erfüllt von der Idee sieht; wir Juden sollten auch endlich lernen, etwas für uns selbst zu tun. Alles andere wird uns nicht gedankt«,³⁰ notierte der Breslauer Willy Cohn wenige Tage vor der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten in seinem Tagebuch. Cohns Tagebücher sind, auch und gerade für die Geschichte der jüdischen Jugendbewegung in Breslau im Nationalsozialismus, eine unverzichtbare Quelle. Als Lehrer, Zionist und Vater war er ein genauer und oft auch teilnehmender Beobachter:

»Immer wieder muss man feststellen, dass die ältere jüdische Generation noch gar nichts von den Kräften weiß, die in unseren jungen Menschen lebendig sind und die sie befähigen, ihr Schicksal aus eigener Kraft neu und andersartig zu gestalten, als die Generation, die rückwärts gewandt immer wieder an das denkt, was ihr verloren gegangen ist«,

schrrieb er 1934 in einem Bericht, anlässlich eines Besuches bei den Chaluzim in Klein-Silsterwitz am Zobten, dem Breslauer Hausberg. Weiter heißt es:

29 Ein Jahr Bund deutsch-jüdischer-Jugend, Schild (RjF), 18.1.1935.

30 Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums, 2 Bde., hrsg. v. Norbert Conrads, Bd. I, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 3 (22.1.1933).

Breslauer Habonim »auf Fahrt«, etwa 1934

»In der Arbeit wechselt man sich ab, Jungen wie Mädchen kommen zum Küchendienst heran, die Mädchen helfen aber auch auf dem Felde, wie es später in der palästinensischen Wirtschaft auch notwendig sein wird. [...] In diesem engen Zusammenleben von Menschen verschiedenster Herkunft liegt der Zwang zur gegenseitigen Rücksichtnahme und zur Überwindung aller individualistischen Regungen durch den Gemeinschaftsgedanken. [...] Mit der Vergangenheit haben sie abgeschlossen, froh schauen sie in die Zukunft, mit der sie gewissermaßen schon leben.«³¹

Dem Aufschwung der Bünde 1933 folgte ihr allmählicher Niedergang ab Mitte der 1930er-Jahre. Einige Bünde wurden zur Selbstauflösung gezwungen. Aber als das größte Problem erwies sich die Auswanderung vieler ihrer Mitglieder, vor allem aber der erfahrenen Führer und Führerinnen, bis dann 1938 auch die Aktivitäten der letzten Bünde dem Verbot zum Opfer fielen. An manchen Orten, auch in Breslau, wurden die »Heime« trotzdem weitergeführt. »Das Heim [wöchentliches Treffen der Breslauer »Werkleute«; K. B.] besteht jetzt nur noch aus Eva, Steffi und mir. [...] Wir haben überhaupt nicht gesungen. Wir lasen Cornet (Rilke) und sprachen über den Krieg«,³² schrieb am 3. Juni 1939

31 W.[illy] C.[ohn], Besuch bei den Chaluzim in Klein-Silsterwitz, in: Jüdische Zeitung, 21.9.1934.

32 Anita Lasker-Wallfisch, Ihr sollt die Wahrheit erben. Die Cellistin von Auschwitz. Erinnerungen, Bonn 1997, S. 25.

die fast 14-jährige Anita Lasker aus Breslau an ihre Schwester (und ehemalige »Werkleute«-Führerin) Marianne nach England. 25 Jahre vorher war es, aber unter gänzlich anderen Umständen, bei einem Heimabend des Breslauer »Blau-Weiß« um Ähnliches gegangen. Bloß diesmal gab es für die jungen Menschen, vor allem als Juden, kaum Hoffnung und natürlich keinen Patriotismus mehr, der 1914 junge Zionisten aus der Jugendbewegung bewogen hatte, freiwillig in den Krieg zu ziehen.

Anita und ihre Schwester Renate Lasker konnten Deutschland nicht rechtzeitig verlassen. Sie überlebten, mit viel Glück, die Konzentrations- und Vernichtungslager.

Viele andere, darunter zahlreiche ehemalige jüdische Jugendbewegte aus Breslau, hatten dieses Glück nicht. Bertl Grass, ehemaliger Hechaluz-Sekretär in der Stadt, hatte von Dänemark aus mit einem tollkühnen Plan versucht, junge Juden nach Palästina zu bringen. Er wurde verhaftet und ermordet.³³ Martin Brasch von den »Kameraden« war 1933 nach Berlin gegangen und hatte dort im Auftrag der Jüdischen Gemeinde mit der Gestapo verhandelt. 1939 wurde er verhaftet und starb im KZ.³⁴ Ernst Fabisch, von der FDJJ war ins »Vaterland der Werktätigen« – die Sowjetunion – geflüchtet und dort im Verlauf der »Säuberungen« verhaftet worden. Nach Deutschland ausgeliefert starb er im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.³⁵

In Palästina war schon Mitte der 1930er-Jahre von »Werkleuten« der Kibbuz Hazorea gegründet worden, der bis heute besteht. Mit David Freund, Max-Otto Katz und Herbert Yehuda Brieger zählten auch ehemalige Breslauer dazu. Als Historiker und Publizisten arbeiteten (und arbeiten) in den USA Günter Lewy und Walter Laqueur. Lewy kam von den »Greifen«, Laqueur war vom »Schwarzen Fähnlein« zu den »Werkleuten« gekommen. Der ehemalige Bundesführer der »Kameraden« – Walter Blass – ging nach überlebter KZ-Haft in die DDR. Sein Bruder Stefan war in den 1930er-Jahren nach Brasilien emigriert. Anita Lasker-Wallfisch lebte nach dem Zweiten Weltkrieg als Cellistin in England.

Aufgrund der unterschiedlichen Lebenswege und -ansichten der Überlebenden ist kein verbindliches Resümee darüber möglich, was die Jugendbewegung letztlich für das Leben der einzelnen Mitgliederinnen und Mitglieder bedeutet hat. Aber keiner unter ihnen würde anzweifeln, dass die jüdische Jugendbewegung in den Jahren ihrer Existenz von 1912 bis 1938 ihr Leben mit beeinflusst hat.

33 Siehe Israel A. Glück, *Der neue Weg. Wien – Dänemark – Auschwitz*, Wien/Köln/Weimar 1995.

34 Ernst G. Lowenthal (Hrsg.), *Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch*, Stuttgart 1965, S. 30 ff.

35 George Günther Eckstein, *The Freie Deutsch-Jüdische Jugend (FDJJ) 1932-1933*, in: *Leo Baeck Institute Year Book 26* (1981), S. 231-239.

IV Rund ums Buch

Der jüdische Buchdruck in Schlesien bis 1742

Als gegen Ende des 17. Jahrhunderts in Dyhernfurth die erste bedeutende jüdische Buchdruckerei eröffnet wurde, lebten in ganz Schlesien 210 jüdische Familien (35 in Breslau, 81 in Glogau und 94 in Zülz). In den folgenden Jahrzehnten stieg die Zahl der Juden leicht an und betrug 1725 ca. 300 Familien;¹ doch ein Jahr später erließ Kaiser Karl VI. eine Verfügung, nach der in Schlesien höchstens 119 Familien wohnen durften (im Vergleich dazu lebten in Böhmen 8541 und in Mähren 5106 jüdische Familien). 1738 wurde sogar die Ausweisung aller in Schlesien lebenden Juden angeordnet und vereinzelt durchgeführt. Als Friedrich II. 1740 Schlesien eroberte, verfahren auch die preußischen Behörden in dieser Hinsicht nicht weniger restriktiv, so verfügten sie 1745, dass in Breslau nur noch 19 jüdische Familien leben durften. Eine zahlenmäßig derart schwache jüdische Bevölkerung stellte allerdings keinen lohnenden Markt für jüdische Bücher dar. Die in Böhmen lebenden Juden kamen ebenfalls nicht als Abnehmer infrage, weil dort eine strenge Zensur für jüdische Publikationen bestand. Ohne Genehmigung der Zensurstelle war es verboten, jüdische Bücher nach Böhmen einzuführen, womit der dortige Markt praktisch verschlossen blieb.² Mit den jüdischen Buchdruckereien im übrigen Reich und in Amsterdam ließ sich wiederum schwer konkurrieren, sodass als sichere Abnehmer nur die Juden aus Polen-Litauen übrig blieben, die in hoher Zahl die großen Jahrmärkte in Breslau besuchten. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Faktoren – des polnisch-litauischen Markts und der Breslauer Jahrmärkte – sind somit Entstehung und Blüte des jüdischen Buchdrucks in Schlesien nicht zu verstehen.

Die Regulierung des Verlagsmarktes für jüdische Bücher im Reich und in Polen-Litauen

Im Heiligen Römischen Reich deutscher Nationen, zu dem Schlesien seit dem 14. Jahrhundert als böhmisches Nebenland gehörte, wurde der Verlags- und Buchmarkt ziemlich rasch reguliert. Bereits im Jahre 1521 wurde auf dem Reichstag zu Worms grundsätzlich beschlossen, die Herausgabe und den Verkauf von Publikationen im ganzen Land einer Kontrolle zu unterziehen. Diese Reichsabschiede sowie weitere in Nürnberg (1524), Speyer (1529) und Augsburg (1530) übertrugen den Fürsten und Magistraten der Reichsstädte die Verantwor-

1 Bernhard Brillling, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens. Entstehung und Geschichte*, Stuttgart/Berlin/Köln 1972, S. 4f., 16.

2 Zu Zensur und Kontrolle jüdischer Bücher siehe Alexandr Putik, *The Prague Jewish Community in the Late and Early 18th Centuries*, in: *Judaica Bohemiae* 35 (1999), S. 4-140.

tung für alles, was auf ihrem Territorium gedruckt und vertrieben wurde. Dies bedeutete die Einführung einer Zensur. Der Reichstag bestimmte ferner die konkreten Vorgaben: Jeder – gleichgültig ob Verfasser, Drucker oder Verkäufer von Büchern – sollte bei Verletzung der Vorgaben bestraft werden.³

Eine wichtigere Bedeutung hatten jedoch weitere Abschiede des Reichstags von Speyer 1570, die in die Reichspolizeiordnung von 1577 eingingen. Sie setzten fest, dass Druckpressen nur in kaiserlichen Städten, Universitäts- oder fürstlichen Residenzstädten zugelassen waren – also dort, wo sich die Herrschaftssitze befanden –, somit in Orten, wo sie einer entsprechenden Kontrolle unterlagen. Nur den dort ansässigen Offizinen konnten Druckprivilegien erteilt werden. »Winckeldruckereien«, so wurde hinzugefügt, würden nicht geduldet werden.⁴ Jedes Buch musste auf der Titelseite den Druckort, den Verfasseramen und das Erscheinungsjahr führen, damit eindeutig war, wer die Verantwortung für die Veröffentlichung trug. Kaiser Maximilian II. (Reg. 1564-1576) verschärfte die Kontrolle noch, als er eine Kaiserliche Bücherkommission mit Sitz in Frankfurt am Main berief.

In der polnisch-litauischen Adelsrepublik hingegen gab es kein gesamtstaatliches Druckprivileg. Ab 1539 hatte jeder Schlachtschitz (Adlige) das Recht, auf seinem Grund und Boden eine Offizin einzurichten. Für sie galten – je nach Lage – städtisches, königliches oder kirchliches Recht, beziehungsweise die Bestimmungen der jeweiligen Grundherren. In dem multi-religiösen Staat gab es auch keinerlei Präventivzensur, weder eine staatliche noch eine kirchliche. Die zahlreichen Versuche von Bischöfen im 16. Jahrhundert, dieses zu ändern, waren zufälliger Natur und hatten keine größeren Konsequenzen. In den einzelnen Kirchen gab es lediglich eine Binnenzensur in Form des Imprimatur. Auch die Juden in der polnisch-litauischen Adelsrepublik hatten ähnlich wie in anderen europäischen Staaten ihre eigene Binnenzensur.

3 Ulrich Eisenhardt, *Die kaiserliche Aufsicht über Druck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496-1806)*. Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher und Pressezensur, Karlsruhe 1970, S. 6; Herbert C. Zafren, *Dyhernfurth and Schabtaj Bass. A Typographic Profile*; in: Charles Berlin (Hrsg.), *Studies in Jewish Bibliography, History and Literature in Honor of I. Edward Kiew*, New York 1971, S. 543-580; sowie Moses Marx, *A Bibliography of Hebrew Printing in Dyhernfurth, 1688-1718*, in: ebd., S. 217-236; Michael Giesecke: *Der Buchdruck in der frühen Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1991, S. 185 ff.

4 Stephen G. Burnett, *The Regulation of Hebrew Printing in Germany, 1555-1630: Confessional Politics and the Limits of Jewish Toleration*; in: Max Reinhart/Thomas Robisheaux (Hrsg.), *Infinite Boundaries: Order, Disorder, and Reorder in Early Modern German Culture*, Kirksville 1998, S. 329-348, hier S. 331 f.

Die jüdische Binnenzensur

Das Fundament für eine jüdische Präventivzensur wurde am 21. Juni 1554 in Italien gelegt. Vierzehn Vertreter jüdischer Gemeinden, die sich an diesem Tag in Ferrara berieten, fassten den Beschluss, eine eigene Präventivzensur für jüdische Bücher einzuführen; dabei richteten sie sich nach der unlängst ins Leben gerufenen Zensur der römisch-katholischen Kirche. Den Druckern wurde untersagt,

»ein bisher nicht im Druck erschienenes Buch zu drucken, es sei denn mit dem Einverständnis von drei ordentlich ernannten Rabbinern und mit der Zustimmung der Ältesten jener Gemeinden, die dem Druckort am nächsten liegen, wenn die Ortschaft, in der sich die Offizin befindet, klein ist. Befindet sie sich aber in einer großen Stadt, sollte die Zustimmung der örtlichen Gemeindeältesten genügen, [aber] natürlich nur dann, wenn – wie früher erwähnt – das Einverständnis von drei ernannten Rabbinern vorliegt. Die Namen der Rabbiner und Führer der Gemeinde, die den Druck finanziell unterstützt, sind am Anfang des Bandes zu drucken. Andernfalls ist niemandem bei Strafe von 25 Scudi gestattet, das Buch zu kaufen. Die Geldstrafe ist an den Wohltätigkeitsfond derjenigen Gemeinde zu zahlen, welcher der Übeltäter angehört.«⁵

Es verging einige Zeit, bis die jüdische Zensur vollständig ausgebildet war und die gesamte europäische Judenheit umfasste. Eine Rabbinerversammlung, die 1602 in Frankfurt am Main tagte, verabschiedete eine noch restriktivere Resolution zur Einführung der Zensur. Dort wurde beschlossen, dass jedes im Reich erscheinende jüdische Buch drei Empfehlungsschreiben (*Haskama*, Pl. *Haskamot*) von den Vorsitzenden der Oberrabbinatsgerichte besitzen musste, die 1582 von der Rabbinersynode berufen worden waren. Diese Gerichte befanden sich in Frankfurt am Main, Worms, Fulda, Friedberg und Günzburg. Wurde diese Anordnung nicht befolgt, konnte das die Konfiskation derjenigen Bücher nach sich ziehen, welche die genannten drei Empfehlungen nicht besaßen.⁶ Da es aber keine zentralen jüdischen Institutionen mit Vollzugsberechtigung gab, die Beschlüsse dieser Rabbinerkonferenz zudem vom Reichsgericht verboten wurden, hatte dies zur Folge, dass sich die präventive Binnenzensur im Reich nicht vollständig durchsetzen ließ. Das einzige Land, in dem jüdische Zensurbestimmungen erfolgreich zur Anwendung gebracht werden konnten, war die

5 Zit. nach Amnon Raz-Krakotzkin, *The Censor, the Editor, and the Text. The Catholic Church and the Shaping of the Jewish Canon in the Sixteenth Century*, Philadelphia 2007, S. 117.

6 Stephen G. Burnett, *Hebrew Censorship in Hanau: A Mirror of Jewish-Christian Coexistence in Seventeenth-Century Germany*, in: Raymond B. Waddington/Arthur H. Williamson (Hrsg.) *The Expulsion of the Jews 1492 and After*, New York/London 1994, S. 199–220, hier S. 210; Volker Press, *Kaiser Rudolf II. und der Zusammenschluß der deutschen Judenheit. Die sogenannte Frankfurter Rabbinerverschwörung von 1603 und ihre Folgen*, Stuttgart [1981].

polnisch-litauische Adelsrepublik, in der es den *Waad Arba Arazot*, den jüdischen Vier-Länder-Sejm, gab. Er übernahm die Funktion des Oberzensors für jüdische Publikationen. Das Datum, an dem der *Waad* die Zensur für jüdische Drucke einführte, ist nicht bekannt. In einer *Haskama* heißt es, dass diese Verfügungen vor dem Jahr 1589/90 in Kraft treten würden.⁷ In einer Abschrift von Beschlüssen des *Waad* wird lakonisch daran erinnert, dass »kein Drucker Bücher ohne Genehmigung von Rabbinern und Führern der Gemeinden (*rabanim we-alufim*) drucken wird« und »wenn ein Drucker dieses Verbot übertritt, dann werden sie [*rabanim we-alufim*] die Druckerei schließen sowie den Drucker und alle in seiner Offizin Beschäftigten mit einem Fluch belegen.«⁸ Auf jeden Fall erteilten die Rabbiner im *Waad* oder aus den Gemeinden, die dort ihre Vertreter hatten, die Druckerlaubnis, und nicht etwa Rabbiner, die sich ein Herausgeber selbst ausgesucht hatte.

Das System der Rabbiner-Empfehlungen garantierte dem *Waad* jedoch keine volle Kontrolle über die Herstellung jüdischer Bücher. Nicht der *Waad*, sondern der Markt und die Mäzene entschieden hauptsächlich über das Verlagsprofil einer Offizin. Es war ebenfalls nicht leicht, den Druck bereits oftmals erschiener Positionen der jüdischen Klassik zu verbieten, selbst wenn diese nicht allzu gern gesehen wurden. Hinzu kam das Problem der immer populärer werdenden »Piratenausgaben«, die unter falschem Namen, als Druck einer ausländischen Offizin oder als Ergänzungsdruck erschienen. Nach dem Ausbruch der messianischen Erwartung im Jahre 1665 wuchs die Anzahl der – nach traditionaler Ansicht – häretischen Piraten- oder Winkeldrucke lawinenartig an. Das veranlasste den *Waad*, die Herstellung jüdischer Bücher immer restriktiver zu reglementieren. Zunächst wurde die Anzahl der Offizinen auf zwei – je eine in Krakau und Lublin – begrenzt und als nächster und letzter Schritt erfolgte das völlige Verbot der Herstellung jüdischer Bücher in der Adelsrepublik. Zwischen 1685 und 1700 war dort keine jüdische Druckerei mehr tätig. Der letzte Krakauer Druck stammt aus dem Jahre 1670, der letzte Lubliner Druck erschien 1685. Die Gründe für diesen Niedergang des jüdischen Druckereiwesens beruhen nicht auf einer fehlenden Nachfrage oder einer übermächtigen ausländischen Konkurrenz. Eine solche Konkurrenz hätte schließlich auch den nichtjüdischen Buchdruck betreffen müssen, der aber damals in Polen-Litauen prosperierte.

Im 16. Jahrhundert erschienen in der polnisch-litauischen Adelsrepublik insgesamt 8000 Titel, im 17. Jahrhundert waren es bereits mehr als 24 000. Dies ist mit Sicherheit noch eine zu niedrige Angabe, denn in diesem Zeitraum wurde sehr viel populäre Literatur gedruckt, von der nicht wenige Titel verloren gegangen sind, sodass keinerlei Informationen zu ihnen überliefert sind. Außerdem

7 Israel Halperin, *Haskamot Waad Arba Aracot be-Polin*, in: *Kirjath Sepher* 11 (1934) 1, S. 108.

8 Israel Bartal (Hrsg.), *The Records of the Council of the Four Lands*, Bd. 1: 1580-1792, zusammengestellt und kommentiert v. Israel Halperin, eingel. v. Shmuel Ettinger, Jerusalem 1990, S. 7.

wuchs im 17. Jahrhundert die Auflagenhöhe populärer Bücher.⁹ Ähnliches gilt für die Anzahl der Druckereien. Bis 1580 hatte es in Polen-Litauen 64 Druckereien gegeben, im Zeitraum 1580 bis 1650 waren es bereits 134, d. h. mehr als eine Verdoppelung der Zahl. Im 18. Jahrhundert existierten in mehr als 40 Orten Buchdruckereien, in denen in mindestens 65 bedeutenden Werkstätten Bücher in polnischer Sprache erschienen. Dazu kamen noch Offizine, in denen Titel in deutscher und ruthenischer Sprache gedruckt wurden.¹⁰

Das genaue Datum und der Inhalt von entsprechenden Anordnung(en) zur jüdischen Binnenzensur sind nicht bekannt, aber es besteht kein Zweifel, dass es sie gegeben haben muss. Die Mitglieder des *Waad Arba Arazot* schrieben am 3. September 1687 über den Jahrmarkt in Jaroslaw:

»Chajim Ben Jehoschua Regal stellte uns einen vorzüglichen Kommentar zur Tora und zu den fünf Megilot vor, das Buch Majim chajim, das er geschrieben hat, und bat uns, ihm eine [Druck-]Erlaubnis zu geben und es herauszugeben. Weil uns aber die Anordnung (takana) bindet, kein Buch [mehr] zu drucken, gaben wir ihm keine Erlaubnis. Doch die [Gemeinde-]Führer sagten ihm, sobald nur die Zeit käme und man [wieder] Bücher drucken könne, dass dann der Druck des Buches Majim chajim an erster Stelle stehe, um aus dem Brunnen das Wasser des Lebens (majim chajim) zu schöpfen.«¹¹

Diese Aufzeichnung ist ein indirekter Beweis, dass es Anordnungen gab, nach denen der Druck von jüdischen Büchern in der Adelsrepublik verboten war. Ein Grund dafür, dass sie erlassen wurden, wird mit Sicherheit der Wunsch gewesen sein, eine vollständige Kontrolle zu erlangen, um der immer häufiger auftauchenden häretischen Drucke habhaft zu werden, welche die Anhänger des Pseudomessias Schabtaj Zvi herausgaben.

Die angeführte Verordnung des *Waad* von 1687 war eine Art *Haskama*, auch wenn sie nicht die Erlaubnis für den Druck des Buches *Majim Chajim* in Polen-Litauen bedeutete, wozu die Wiedereröffnung einer der geschlossenen Druckereien in Krakau oder Lublin erforderlich gewesen wäre. Das Buch erschien also im Ausland – eben im schlesischen Dyhernfurth – und in den beiden Ausgaben von 1690¹² und 1703¹³ befindet sich auch jeweils die Empfehlung oder Zustimmung der Rabbiner.

In den folgenden Jahrzehnten besserte sich in Folge des Eingreifens von König Johann III. Sobieski die Lage auf dem jüdischen Buchmarkt ein wenig. Er holte 1693 den bankrotten jüdischen Drucker Uri Fajwusch aus Amsterdam in seine Privatstadt Żółkiew, gab ihm Kredit und ein Privileg, das den Druck jüdischer Bücher einschließlich des Talmuds ermöglichte.

9 Barbara Bieńkowska/Halina Chamera, *Zarys dziejów książki*, Warszawa 1987, S. 182.

10 Ebd., S. 218.

11 Majim Chajim, Dyhernfurth 1690.

12 Ebd.

13 Majim Chajim, Dyhernfurth 1703.

Bis zur Auflösung, genauer gesagt bis zum Auseinandertreiben des *Waad* im Jahre 1764 wurde keine jüdische Druckerei neu eröffnet, und auch die stillgelegten Offizine in Krakau und Lublin wurden nicht reaktiviert. Dabei lebten im 18. Jahrhundert nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 65 und 80 Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung weltweit in der polnisch-litauischen Adelsrepublik.¹⁴ Die Nachfrage nach jüdischen Büchern muss somit gewaltig gewesen sein. Polen-Litauen wurde zum größten Abnehmer von jüdischen und hebräischen Büchern in Europa. Die Erzeugnisse der schlesischen Drucker hatten somit insbesondere seit dem Ende des 17. Jahrhunderts Konjunktur.

Die kurzlebigen Druckereien in den schlesischen Orten Oels, Dyhernfurth, Hundsfield und Praustnitz

Das jüdische Druckereiwesen in Schlesien hatte seine Wurzeln in Prag, denn dort begann die Laufbahn von Chajim ben Dawid Schwarz (Sachor), dem ersten jüdischen Drucker, der in Schlesien tätig war. Mit Sicherheit druckte er zwischen 1515 und 1527 in Prag Bücher; nach Ansicht einiger Historiker soll er auch bereits beim Druck des ersten hebräischen Buches assistiert haben, das 1512 in Prag erschien.¹⁵ Er arbeitete mit Gerschon ha-Kohen zusammen und für eine kurze Zeit auch mit Meir Michtam, mit dem er gemeinsam ein zweibändiges Feiertagsgebetbuch (*Machzor*) sowie das *Sefer ha-jozrot*, eine Sammlung liturgischer Hymnen, herausbrachte. Er leitete die Offizin bis 1527, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, an dem König Ferdinand I. (Reg. als König von Böhmen 1526–1564) Gerschon ha-Kohen und seinen Nachkommen das alleinige Privileg für den Druck jüdischer Bücher im Königreich Böhmen verlieh.¹⁶

Schwarz verließ daraufhin noch im selben Jahr Prag und zog unter Mitnahme der gesamten Druckereiausrüstung zusammen mit seinem Geschäftspartner Dawid ben Jonathan nach Oels im schlesischen Herzogtum Oels, das damals von Herzog Karl I. Podiebrad regiert wurde. Dort begannen sie mit dem Druck des Pentateuch, den Schwarz schon zu Prager Zeiten mit seinem damaligen Kompagnon geplant hatte; und auch dieser hielt an dem Vorhaben fest. Beide brachten die fünf Bücher Mose im selben Jahr heraus – Gerschon in Prag und Schwarz in Oels, wo er den Druck am 29. Juli 1530 abschloss. Von dieser schönen und wertvollen Ausgabe sind nur zwei Exemplare erhalten geblieben.¹⁷

14 Salo Wittmayer Baron, *A Social and Religious History of the Jews*, Bd. 16: *Late Middle Ages and Era of European Expansion, 1200–1650: Poland-Lithuania 1500–1650*, New York 1976, S. 3; Dean Phillip Bell, *Jews in the Early Modern World*, Lanham u. a. 2008, S. 39.

15 Marvin J. Heller, *Printing the Talmud. A History of the Earliest Printed Editions of the Talmud*, New York 1992, S. 327.

16 Brillling, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens*, S. 138, 146.

17 Gotthard Münch, *Die jüdische Druckerei in Oels*, in: *Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte*, NF 53 (1974), S. 52–56.

Wie nicht anders zu erwarten, sah Gerschon ha-Kohen dem nicht untätig zu. Das, was Schwarz getan hatte, drohte sein Geschäft zu ruinieren und er konnte dessen Druck als rechtswidrig ansehen. Es ist nämlich nicht bekannt, dass Schwarz ein Privileg für den Druck hebräischer Bücher besessen hätte. Alles weist darauf hin, dass die bedruckten Bögen und ebenso die Druckereiausrüstung auf Gerschons Forderung hin beschlagnahmt wurden. Danach gelang es Chajim Schwarz nicht mehr, in Oels eine neue Offizin zu eröffnen. Er verließ die Stadt und ließ – eventuell zur Deckung seiner Schulden – sowohl die Pentateuch-Auflage als auch das Druckereigerät zurück. Zunächst ging er nach Augsburg (1530-1540), danach nach Ichenhausen (1543/44) und Heddernheim (1546), um sich schließlich in Lublin niederzulassen, wo er um das Jahr 1550 starb.¹⁸

An Chajim Schwarz' Stelle kam Schmuel Halitsch aus Krakau nach Oels und gründete 1534 zusammen mit seinem Schwager Elieser ben Schloma eine Druckwerkstatt, in der ein Gebetbuch und höchstwahrscheinlich auch eine Neuauflage des Pentateuch gedruckt wurden; allerdings ist kein Exemplar erhalten geblieben.¹⁹ Ihre Tätigkeit wurde von einem gewaltigen Wirbelsturm unterbrochen, der Oels am 1. September 1535 heimsuchte. Aus einer Beschreibung der Naturkatastrophe erfahren wir, dass sich in den Seitengebäuden der Synagoge, wo sich eine *fast werckliche drückerei* befand, Stöße von ungebundenen Bögen lagen, die vom Wind in der ganzen Stadt und Umgebung verstreut wurden. Der fürstliche Hofrat Knorr von Rosenroth schrieb in seinem Bericht, dass die Oelser Juden anfänglich das heraufziehende Unwetter als Zeichen für die Ankunft des Messias gehalten und deshalb alle Fenster und Türen geöffnet hätten.

»Aber wie der Sturm angegangen, jre thuren, heuser und die Sinagog also zurrissen und weggefuhr, haben sie jres Messias gar vergessen, mir [mit] sonderlichem anzeigen, wenn jr Messias nicht anders denn also kommen wolte, solte er nur aussen bleiben, sie beehrten sein auff solche weise nicht zu erwarten. Solliches haben die fürnemste unter jnen nachmals zu hochgedachter F[ürstlicher] G[naden] Hertzog Heinrichen etc. und zu viel andern geredet.«²⁰

Der protestantische Reformator Breslaus, Ambrosius Moibans, der mit dem Oelser Fürstenhaus befreundet war, hinterließ folgende Schilderung:

»Dergleichen so haben sie daselbst bey jnen eine fast werckliche drückerei zugericht, darinne sie das Alte testament, so jnn jrer sprache auff s new mit einer glossen und auslegung corrigiert worden, jnn Hebreischer zunge zu drucken furgenommen, welcher exemplar sie ein gantz gemacht alle vol gehabt. Dieses eingerissen, die Exemplar und gedruckten sexternen uber alle heuser jn die gassen, der stad, fuer die stad, auch jnn alle weitte feld gefurt eines jnn das ander gemenget, zurissen, an die zeune und beume gegangen, das man des

18 Burnett, *Hebrew Censorship*, S. 506.

19 Zweifel sind auch deswegen angebracht, weil ein Schmuel Halitsch auf Titelseiten von Büchern genannt wird, die erst 1534/35 in Krakau erschienen.

20 Münch, *Die jüdische Druckerei*, S. 55.

morgens, wie es tag worden, jnn und fur der stad, auch auff dem felde hin und wider geringes umb die stad die selber scarten und gedrucktes papir souviel und gantz dicke gelingen und funder jnn massen, wie es geschneiet hette.«²¹

Schmuel war nicht mehr imstande, seine Verlegertätigkeit fortzusetzen. Als die Juden als vermeintliche Verursacher der Naturkatastrophe aus der Stadt gewiesen wurden, verließ auch er Oels und kehrte nach Krakau zurück. 1536 druckte er dort nur ein einziges Buch. Ein Jahr später nahm er zusammen mit seinen Brüdern Eljakim und Ascher die Taufe.

Johann Ephraim Scheidel schreibt in seiner Geschichte des Breslauer Buchdrucks, dass die Juden, die 1535 nach dem berühmten Wirbelsturm aus Oels vertrieben worden waren, sich mit ihrer Druckerei in einem Ort niederließen, der in den Dokumenten Brzieg, Przieg oder Przieg genannt wird.²² Als Georg Abraham von Dyhrn, der Eigentümer des Ortes Brzeg 1663 von Kaiser Leopold I. die Stadtrechte für diesen Ort erhalten hatte, wurde Brzeg in Dyhernfurth umbenannt; heute heißt der Ort Brzeg Dolny.²³

Israel Rubin gibt gestützt auf Dokumente aus dem Breslauer Stadtarchiv an, dass etwa um 1660 die örtlichen Juden »die hebräische Buchdruckerei in mittung [hetten]«. ²⁴ Es hat sich ein Druck aus dem Jahre 1666 mit dem Gebet *Awinu Malkenu* erhalten, der aus der Dyhernfurther Offizin stammt. Er besteht aus vier Blatt im Oktavformat, ist ohne Titelblatt und beginnt mit den Worten *Nusach ha-seder Awinu Malkenu*. Der Name des Druckers ist jedoch nicht genannt. Am Ende des Kolophons ist der Druckort Dyhernfurth sowie das Jahr des Drucks in einem Chronogramm mit [5]426, d. h. 1666, angegeben. Es scheint also alles darauf hinzuweisen, dass in dieser Ortschaft bereits Druckgerät und sogar hebräische Lettern vorhanden waren, und durch das Druckprivileg, das Dyhernfurth 1667 erhielt, nur die vorher schon heimlich und unregelmäßig betriebene Drucktätigkeit legalisiert wurde.²⁵

21 Stephen G. Burnett, German Jewish Printing in the Reformation Era (1530-1633), in: Dean Philipp Bell/ders. (Hrsg.), *Jews, Judaism, and the Reformation in Sixteenth-Century Germany*, Leiden/Boston 2006, S. 507; Andreas Moibanus, Der XXIX Psalm Davids von der Gewalt der Stimme Gottes, in den luefften. An die hohen Regenten, sampt etlichen schrecklichen ungewittern, so sich in dem negst vergangenen Jare jnn der Slesien begeben haben, Wittenberg 1536.

22 Marcus Brann, Geschichte und Annalen der Dyhernfurther Druckerei, in: *Monatschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums* 40 (1896) 10, S. 474-480, hier S. 474.

23 Johann Ephraim Scheidel, Geschichte der seit dreihundert Jahren in Breslau befindlichen Stadtbuchdruckerei als ein Beitrag zur allgemeinen Geschichte der Buchdruckerkunst, Breslau 1804.

24 Israel Rubin, Aus Dyhernfurths jüdischer Vergangenheit, in: *Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt* (1929), Nr. 2, S. 10; Krzysztof Migoń, Drukarstwo orientalne i hebrajskie na Śląsku w XVI-XVIII w., in: *500-lecie polskiego słowa drukowanego na Śląsku. Materiały sesji naukowej 9-11.X.1975 Wrocław, Wrocław 1978*, S. 75 ff., hier S. 77.

25 Bernhard Brillling hat jedoch überzeugend nachgewiesen, dass dieses sehr unwahrscheinlich ist. In der Überschrift wird angegeben, dass das Gebet für den Gebrauch

Die Gebrüder Halitsch werden nach ihrem 1537 erfolgten Übertritt zum Christentum von Historikern unterschiedlich identifiziert. Nach Magda Teter und Edward Fram²⁶ nahm Schmuel den Namen Paweł (Paul) an, Ascher nannte sich Andrzej (Andreas) und Eljakim hieß nun Jan (Johannes). Schmuel (Paweł, Paul) Halitsch kehrte nach Schlesien zurück, nachdem er 1541 in Krakau Luthers Übersetzung des Neuen Testaments in hebräischen Lettern herausgegeben hatte. In Hundsfeld (Psie Pole) bei Breslau gab er am 21. Juli 1543 das jüdisch-deutsche Büchlein *Elementar oder Lesebüchlein, Doraus meniglich mit gutem grund underwisen wirt, wie man deutsche Büchlen, Missiuen [Missiven] oder Sendbriue [Sendbrive], Schuldbrive [Schuldbrive] [...] geschriben werden ... lesen und verstehen sol* heraus. Das einzige erhaltene Exemplar befindet sich in der Universitätsbibliothek in Wrocław. Schmuel (Paweł, Paul) selbst blieb nicht lange in Hundsfeld, bereits 1548 wird seine Anwesenheit in Breslau verzeichnet.²⁷

Die Gebrüder Halitsch hatten seit Langem Verbindungen nach Schlesien. Kurz nach ihrer Konversion 1537, als sie Kontakt zu polnischen Druckern in Krakau aufnahmen, kopierte Jan (Johannes) in Breslau den antijüdischen Text *Epistola albo list Rabi Samuela żyda* (Epistel oder Brief des Juden Rabi Samuel), den Helena Ungler 1538 herausgab. Im selben Jahr sandte sie Schmuel (Paweł, Paul) nach Breslau, um für sie eine Forderung von einem Schuldner in Empfang zu nehmen; 1538 erhielt Andreas, ein ebenfalls konvertierter Vetter der Gebrüder Halitsch, die Breslauer Stadtbürgerrechte. Die beiden Bücher *Tur (Jore dea)* und *Jozrot*, die sie in ihrer Offizin herausgegeben hatten, wurden von Johannes Kurtius (Josef Kurzius) aus Glogau finanziert.²⁸ Gegen Ende seines Lebens ging Schmuel (Paweł, Paul) nach Konstantinopel, wo er zur jüdischen Religion zurückkehrte. Dort gab er auch drei hebräische Bücher heraus, als letztes *Scha'arej Dura*, das die Brüder bereits 1534 in Krakau als erstes hebräisches Buch in Polen gedruckt hatten.

Einige Monate lang war auch in Prausnitz (Prusice) eine jüdische Offizin in Betrieb. In dieser Ortschaft im heutigen *powiat* Trzebnica (Trebnitz) eröffnete Baruch Buchbinder aus Wilna eine Druckerei.²⁹ Er war nicht direkt aus Litauen dorthin gekommen; sein Name erscheint bereits früher (1708 und 1709)

»in der Synagoge des berühmten vornehmen R. Eleasar s.g.l.ha-Levy s.A. in Breslau« bestimmt ist. Eleasar ha-Levy starb allerdings erst 1720, sodass das Büchlein folglich nur nach seinem Tode entstanden sein kann. Siehe Bernhard Brillling, Wann ist der erste hebräische Druck in Dyhernfurth erschienen?, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 7 (1937) 2-3, S. 109-112.

26 Magda Teter/Edward Fram, Apostasy, Fraud and the Beginnings of Hebrew Printing in Cracow, in: AJS Review, The Journal of the Association for Jewish Studies 30 (2006) 1, S. 31-66, hier S. 64.

27 Münch, Die jüdische Druckerei, S. 56.

28 Teter/Fram, Apostasy, S. 61.

29 Bernhard Brillling, Auras in Niederschlesien als Sitz einer jüdischen Druckerei; in: Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland (1936) 1, S. 24-28, hier S. 24.

in Büchern, die in der Berliner Werkstatt von Daniel Ernst Jabłoński gedruckt worden sind.

Es ist nicht bekannt, was ihn veranlasste, Berlin zu verlassen und ob er mit Prausnitz Zukunftspläne verband. Sollte dies der Fall gewesen sein, so wurde daraus nichts. Er erhielt kein Druckprivileg und höchstwahrscheinlich auch keine Erlaubnis für einen ständigen Aufenthalt, sodass er nach der Herausgabe von zwei Büchern wieder nach Berlin zurückkehren musste. Sein Name erscheint erneut zwischen 1712 bis 1717 in den Drucken der Offizin von Jabłoński. In Prausnitz hatte Baruch den Titel *Mea Brachot* von Schalom Schachna aus Lublin herausgegeben, ein Buch mit 48 Blatt in *sextodecimo* (16°), das sein Verwandter Nachum Kojdanower aus Wilna zusammengetragen hatte.³⁰

Auf welche Weise Buchbinder in Besitz der Druckwerkstatt kam, ist nicht bekannt. Aus der Zusammensetzung seiner Belegschaft lässt sich schließen, dass er sie an Ort und Stelle komplettierte. »Erster« Setzer, wie es auf dem Titelblatt des ersten Drucks heißt, war Kalonimos ben Itzchak aus Loslau (Wodzisław Śląski), zweiter Drucker war Majer ben Elieser Lipman Katz (Kohen Zedek) aus Żółkwi, der nächste war Mosche ben Josef aus Dyhernfurth, ein Enkel des Itzchak aus Loslau (Wodzisław Śląski). Buchbinder könnte sie alle der Offizin in Dyhernfurth abgeworben haben, wo damals nach einem Brand und erneuter Eheschließung des verwitweten Schabtaj Bas das Geschäft fast eingeschlafen war.

Ephemeriden waren die ersten Breslauer hebräischen Drucke – wenn sie denn tatsächlich aus Breslau stammen. Eine Broschüre von zehn Blatt im Oktavformat, ohne Titelblatt, erschien 1719. Als ihr Drucker bekannte sich Aharon Freiman. Verfasser war Jecheskel Joschua Fajwel ben Jona, der Sohn des Rabbi Jona Teomim-Fraenkel (1595-1669), der durch seinen Talmud-Kommentar *Kikajon de-Jona* (Amsterdam 1690) bekannt ist. Den Beinamen »Fraenkel« trug er, weil er aus Frankreich (Metz) nach Przemyśl gekommen war. Der genannte Druck betrifft einen Konflikt zwischen der Gemeinde in Przemyśl und dem Verfasser, der schließlich als Gemeinderabbiner abgesetzt wurde – womit der Streit ein Ende hat.

Auf den nächsten jüdischen Druck, eine Flugschrift von nur zwei Blatt Umfang, musste man in Breslau bis zum Jahr 1770 warten, und auch über 20 Jahre später (1791) war nur ein Blatt gedruckt worden. Als Druckort ist beide Male Breslau angegeben, aber nirgendwo erscheint der Name eines Druckers.

Der erste Verleger von hebräischen Büchern und Broschüren, der länger in Breslau seinem Beruf nachging, war ein Drucker namens Grass, der die *Grassische Stadtbuchdruckerey* gründete. Im Namen der Breslauer jüdischen Gemeinde veröffentlichte er 1793 eine siebenseitige hebräisch-deutsche Broschüre anlässlich

30 Moritz Steinschneider/David Cassel, *Jüdische Typographie und jüdischer Buchhandel*, Jerusalem 1938, S. 70; sowie Moritz Steinschneider, *Hebräische Drucke in Deutschland*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* (1888) 2, S. 200-203, hier S. 201.

des Aufenthalts von König Friedrich Wilhelm II. in der Stadt. Der deutsche Titel lautet *Freudenruf bey der glücklichen Ankunft [...] des Königs [...] Friedrich Wilhelm II.* Die nächsten Broschüren, die Grass 1796 druckte, stammten von Jehuda Leib Ben-Zeew und sollten beim Erlernen der hebräischen Sprache behilflich sein. Von demselben Verfasser stammte auch ein Handbuch der hebräischen Grammatik (*Talmud laschon iwri*).

Des Weiteren verlegte Grass 1796 einen kleinen Druck in Hebräisch und Deutsch (sieben Blatt und 16 Seiten in Quart) mit Liedern und Gebeten anlässlich der Vermietung der 1780 erbauten Tempel-Synagoge an die Erste Gesellschaft der Brüder, die sie bis 1817 benutzte. Auf dem Exemplar in der Amsterdamer Rosenthaliana-Bibliothek ist als Name des Verfassers von Hand »Naftali Hirtz Wisel« hinzugefügt. Der deutsche Titel des Drucks, der auf einem eigenen Titelblatt steht, lautet *Gesänge beim Einweihungsfeste der Synagoge von der Gesellschaft der Brüder*.

Dyhernfurth

Als der »Vater des jüdischen Buchdrucks in Schlesien« gilt dagegen Schabtaj ben Josef Bas, genannt Schabtaj der Bass-Sänger (1641-1718). Nach dem Tod seiner Eltern, die bei den Judenverfolgungen in Kalisz (1655) ermordet wurden, begab sich Schabtaj zur Ausbildung nach Prag, wo er den Talmud studierte und eine Gesangsausbildung erhielt. Er wurde als Kantor mit Bassstimme in der Prager Altneuschul, einer sehr angesehenen Synagoge, angestellt, woher auch sein Beinamen »Bass-Sänger« oder *Meschorer* (hebr. Sänger) stammte. Zwischen 1674 und 1679 studierte er an verschiedenen jüdischen Hochschulen in Mitteleuropa, so z. B. in Glogau, Kalisch, Krotoschin, Leschno, Posen und Worms. Anschließend ließ er sich in Amsterdam nieder, um den Beruf des Verlegers und Druckers zu erlernen. Bereits ein Jahr später (1680) gab er eigene Bücher heraus. Zwei davon erschienen in der Offizin von David Tartas: *Derech erez*, ein jiddischsprachiger Führer für Reisende und Kaufleute, der u. a. eine Beschreibung von Münzen, gebräuchlichen Maßen und Gewichten sowie eine Tabelle enthielt, in der die Entfernungen zwischen einigen europäischen Städten und die Transportmittel angegeben waren, mit denen man dorthin gelangte, und *Siftej jeschenim*, die erste hebräische Bibliografie in der Geschichte. – Sein Kommentar *Siftej chachamim* war in die Pentateuch-Ausgabe aufgenommen worden, die Uri Fajwusch ha-Lewi in seiner Offizin gedruckt hatte.³¹

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war Amsterdam bereits das Zentrum des jüdischen Buchdrucks. Anfänglich wurden die meisten der nach Dutzenden zählenden Offizinen von sefardischen Juden geleitet, später kamen auch Aschkenasim hinzu. Die Konkurrenz war so groß, dass man von einem Erfolg auf diesem Markt eigentlich nur träumen konnte. Für den polnischen Juden

31 Amsterdam 1860.

Schabtaj ben Josef Bas war Polen-Litauen gewissermaßen der natürliche Markt, zumal dort nach Schließung der beiden Offizinen in Krakau und Lublin, die eine Lizenz des *Waad Arba Arazot* besessen hatten, überhaupt keine jüdischen Bücher mehr gedruckt wurden. Weil die jüdische Offizin, die 1672 in Prag wieder die Arbeit aufgenommen hatte, ein Privileg besaß, das ihr das Monopol für Druck und Verlag jüdischer Bücher im Königreich Böhmen garantierte, gab es ebenfalls auf diesem Markt keine Chancen für ihn. Folglich beschloss er, seine Druckerei nahe an die Grenze zur polnisch-litauischen Adelsrepublik zu legen. In Frankfurt an der Oder, wo die bei den polnischen Juden so beliebten Jahrmärkte stattfanden, gab es bereits die Offizin des Johann Christoph Beckmann, eines Professors für Hebraistik an der dortigen Universität.³² Da also auch hier für Schabtaj, den »Bass-Sänger«, ein Druckprivileg außer Reichweite lag, blieb nur Schlesien übrig.

1684 ging er nach Wien, um dort eine entsprechende Erlaubnis auszuhandeln.³³ Da ihm als optimale Lage ein Ort in der Umgebung von Breslau vorschwebte, reichte er am 8. Januar 1685 eine dementsprechende Bittschrift an den Breslauer Magistrat ein.³⁴ In ihr stellte er ausführlich den Nutzen seines künftigen Unternehmens für den Staat dar. Die Herstellung von Büchern für den Export sei vorteilhaft für die örtlichen Papiermanufakturen und Buchbinderwerkstätten und bringe, insbesondere angesichts der gewaltigen Absatzmöglichkeiten in Polen-Litauen, auch erhebliche Steuereinnahmen. Sein Vorschlag stieß jedoch bei den Breslauer Stadträten auf wenig Begeisterung. In ihrem Schreiben an den kaiserlichen Hof beriefen sie sich auf ein Gutachten der Marie Albert, die das örtliche Druckprivileg besaß und Schabtajs Vorhaben entschieden ablehnte. Der Breslauer Magistrat gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass die neue Offizin auf dem polnischen Markt der Konkurrenz der Druckereien in Amsterdam und Frankfurt an der Oder nicht gewachsen sein werde, die versprochenen Vorteile deshalb trügerisch seien und die Ausfuhr in die Adelsrepublik nur als Vorwand diene, um Juden nach Schlesien zu bringen und demoralisierende Bücher für den Binnenmarkt herzustellen.³⁵ Er erinnerte den Kaiser folglich daran, dass es seit 1455 in Breslau und seit 1584 in ganz Schlesien Juden verboten sei, sich niederzulassen. Im Übrigen diene eine Verbreitung und Unterstützung von jüdischen Fehlern und Lügen selbst außerhalb der Landesgrenzen nicht dem Ruhme Gottes und könne föglich nicht geduldet werden. Ein weiteres Argument des

32 Max Freudenthal, Zum Jubiläum des ersten Talmuddrucks in Deutschland, in: Monatschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 42 (1848), S. 134-143.

33 Brann, Geschichte und Annalen, S. 516.

34 Nach Brann befand sich im Breslauer Staatsarchiv ein Vermerk, dass er ein »Keyserliches Rescript wegen vorhabender Aufrichtung einer Buchdruckerey ausser der Metylen von der Stadt Breslau überreicht« und um ein »favorables Kgl. Oberamtsgutachten« gebeten habe; ebd., S. 516.

35 Ebd., S. 517.

Magistrats lautete, dass eine Druckerei in einer kleinen abgelegenen Ortschaft nicht hinreichend kontrolliert werden könne.³⁶

Aus den Akten geht hervor, dass es dem »Bass-Sänger« nicht gelang, ein kaiserliches Privileg für den Druck jüdischer Bücher zu erhalten. Es wäre in der Tat schwierig gewesen, ein solches Privileg für Schlesien zu erteilen, wo die Juden kein Niederlassungsrecht besaßen. In Böhmen wiederum, wo sie dieses Recht hatten, besaß die Prager Offizin das alleinige Recht für die Herstellung jüdischer Bücher. Der Kaiser widersetzte sich zwar Schabtajs Vorhaben nicht, er unterstützte es sogar – wie sein Empfehlungsbrief beweist –, aber die Entscheidung überließ er seinen örtlichen Behörden. Der »Bass-Sänger« bestätigte dies übrigens in seiner Anhörung am 14. April 1712. Auf die Frage: »Nehmet ihr Kaiserl[iche] Privilegia über ihre Bücher?« gab er zur Antwort: »Kaiserliche Privilegia nehme ich nicht; der Herr von Dyhernfurth, Baron Glaubitz, aber hat Ein Privilegium auf eine Druckereien, welches der Baron Dyhr schon vorlängst erhalten.«³⁷

Für des Kaisers positive Haltung gibt es zwei Erklärungen: Die Jahrmärkte in Breslau, die sowohl für die Stadt als auch für den Kaiser eine wichtige Einnahmequelle darstellten, mussten vor allem mit dem nahe gelegenen Frankfurt an der Oder, das zu Brandenburg gehörte, konkurrieren. Dieses hatte Breslau gegenüber den großen Vorteil, dass dort mit jüdischen Büchern gehandelt wurde, die am Ort hergestellt wurden. In einer Situation, in der in Polen-Litauen keine jüdischen Bücher gedruckt werden durften bzw. konnten, hatte dies eine gewaltige Anziehungskraft für jüdische Kaufleute. Schabtaj versprach, dieses Übergewicht auszugleichen.

Schabtajs Initiative konnte zudem das örtliche Wirtschaftsleben anregen. Vor allem aber hatte er sich verpflichtet, Papier zu einem realen Preis ausschließlich aus der kaiserlichen Papiermühle in Steinau an der Oder (Ścinawa nad Odrą) zu beziehen,³⁸ was dieser den Absatz und dem kaiserlichen Schatzamt ein höheres Einkommen sichern würde.

Die Verhandlungen, deren Einzelheiten wir nicht kennen, zogen sich noch jahrelang hin, bis Schabtaj endlich 1687 oder 1688 ein Einverständnis erhielt. Was er ausgehandelt hatte, ist nicht genau bekannt, da die entsprechenden Dokumente nicht erhalten geblieben sind.³⁹ Alles deutet aber darauf hin, dass es sich nicht um ein reguläres Druckprivileg handelte, sondern eher um die

36 Ebd., S. 518.

37 Zit. nach Ludwig Oelsner, R. Sabbatai Basista und sein Prozess. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen, Leipzig 1858, S. 19.

38 Darauf berief sich später wiederholt sein Sohn Josef in amtlichen Schreiben; siehe Brillling, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens, S. 59.

39 Es findet sich kein entsprechendes Privileg für Schabtaj und auch kein anderes Privileg für Drucker von jüdischen Büchern, siehe Hans Joachim Koppitz, Die kaiserlichen Druckprivilegien im Haus- Hof- und Staatsarchiv Wien. Verzeichnis der Akten vom Anfang des 16. Jahrhunderts bis zum Ende des Deutschen Reichs (1806), Wiesbaden 2008.

Empfehlung, von einem der bereits erteilten Privilegien Gebrauch zu machen und auf dieser Grundlage eine Druckerei in Schlesien – aber außerhalb Breslaus – zu gründen. Anfangs hatte Schabtaj vor, seine Offizin in dem Städtchen Auras (Uraz) zu eröffnen, das 25 km nordwestlich von Breslau lag. Das Problem bestand jedoch darin, dass er zunächst einmal ein Druckprivileg erhalten, d. h. kaufen oder pachten musste, das nicht nur auf eine Person, sondern auch auf einen Ort lautete. Ein solches Privileg besaß Auras nicht, jedoch seit dem 12. Juli 1667 das nur 14 km entfernte Dyhernfurth, dessen Eigentümer Georg Abraham Reichsfreiherr von Dyhrn darüber verfügte. Als Erster hatte Jan Teofil Kopydłański das Privileg seit dem 1. Mai 1668 gepachtet, aber keinen Erfolg gehabt. Während der nächsten Jahre hatte sich kein anderer Drucker gefunden, der bereit gewesen wäre, von dem Recht Gebrauch zu machen, dort Bücher zu drucken. Dann entschloss sich der neue Eigentümer der Stadt, Christoph Franz Freiherr von Glaubitz, das Privileg an einen jüdischen Drucker zu verpachten.

Er schlug Schabtaj vor, sich auf seinen Gütern niederzulassen und von dem Druckprivileg Gebrauch zu machen. In diesem war nicht festgelegt, in welcher Sprache die Bücher gedruckt werden mussten, und sein Eigentümer konnte es daher nach Belieben unterverpachten. Schabtaj ließ sich zusammen mit zahlreichen Setzern, Druckern, Korrektoren und anderen jüdischen Arbeitern in Dyhernfurth nieder. Auf diese Art entstand eine kleine jüdische Gemeinde, die war zwar nicht den Status einer Gemeinde hatte, aber toleriert wurde. Schabtaj erhielt 1689 sogar die Genehmigung, einen jüdischen Friedhof anzulegen.

Aus anderen Quellen, die Bernhard Brillling zitiert,⁴⁰ geht jedoch hervor, dass zwischen 1695 und 1705 in Auras ebenfalls eine Offizin in Betrieb gewesen sein muss – höchstwahrscheinlich gleichzeitig mit jener in Dyhernfurth –, obwohl kein einziges Buch überliefert ist, in dem Auras als Druckort angegeben wäre. Dieses konnte auch schwerlich der Fall sein, da bekanntlich für diesen Ort nie ein Druckprivileg erteilt wurde. Höchstwahrscheinlich sind eine Reihe von Drucken ohne Angabe des Verlagsorts, die aber Schabtaj dem »Bass-Sänger« zugeschrieben werden – wie die Textauswahl aus dem *Sefer chasidim* oder *Bejt Jaakow* – und auch ein Teil der Drucke, in denen Dyhernfurth als Druckort genannt wird, in Wirklichkeit in Auras gedruckt worden. Bei der Anhörung im Jahre 1712 wurde Schabtaj die Frage gestellt: »Wie Lange habt Ihr die Buchdruckerei gehabt, und was pfeget Ihr darinnen zu Drucken« worauf er zur Antwort gab: »[E]tlich und 20 Jahr, theils zu Auras, theils zu Dyhernfurth und pfleg[t]e zu Drucken was man verkaufen kann, Gebetsbücher, Bücher Mosis, und was andere Leute bei mir Drucken lassen.«⁴¹

Alles weist darauf hin, dass die Offizin in Auras mit Zustimmung ihres Eigentümers betrieben wurde, denn der »Bass-Sänger« korrespondierte mit ihm offen darüber.⁴² Wir wissen jedoch nicht, wie lange dieser Zustand anhielt, ob die

40 Brillling, Auras, S. 24-28.

41 Oelsner, R. Sabbatai Basista, S. 18.

42 Brillling, Auras, S. 26-28.

Druckwerkstatt mit der Zeit nach Dyhernfurth verlegt wurde oder ob sie weiterhin parallel in Betrieb war und »Winkeldrucke« herstellte, bei denen entweder überhaupt kein Druckort genannt wurde oder aber ein falscher [Druck-]Ort und ein falsches [Erscheinungs-]Datum angegeben wurden. Dieser Usus blieb den Behörden allerdings nicht verborgen. Der Kaiser erließ am 18. November 1712 folgende Verordnung an das schlesische Oberamt:

»Liebe Getreue. Demnach wir vernehmen, dass verschiedene Bücher in Unseren Erbkönigreichen und Länder[n] gedruckt werden, welche [Bücher] ein und anderes Unanständige in sich anhalten [enthalten]; also befehlen wir [...] Euch hiermit gnädigst, die gehörige Verordnung dahin ergehen zu lassen, dass von nun an [sic! J.D./M.B.] ein jeder Buchdrucker bei Allem und Jedem, was in seiner Buchdruckerei in Druck aufgelegt wird, bei Vermeidung einer arbitratischen Geldstrafe, den Ort und die Jahrzahl nebst seinem – des Buchdruckers – Namen beirücken.«⁴³

Die Breslauer Jahrmärkte

Eine entscheidende Rolle für die Etablierung des jüdischen Buchdrucks in Schlesien und insbesondere der Offizin des Schabtaj *Basista* spielten die großen Breslauer Jahrmärkte, die zweimal im Jahr stattfanden und scharenweise von jüdischen Kaufleuten aus Polen-Litauen besucht wurden. Marcus Brann schätzte anhand von Dokumenten, dass zwei Drittel der Umsätze des Breslauer Handels, die sich auf mehrere Hunderttausend Taler jährlich beliefen, von Juden stammten.⁴⁴ Über Breslau trafen hebräisch- und jiddischsprachige Bücher aus Italien, Prag, den deutschen Ländern und Amsterdam in erster Linie auf den ausgehungerten polnisch-litauischen Markt.

Der große Vorteil der Lage der Dyhernfurter Offizin war ihre Nähe zu eben diesen Jahrmärkten. Doch ging es hierbei nicht allein um die niedrigen Transportkosten. Das wichtigste war die Möglichkeit, auf den Breslauer Jahrmärkten in direkten Kontakt mit Autoren, Sponsoren und Buchhändlern zu treten. Dieses lässt sich sehr gut an den Umständen zeigen, unter denen die Dyhernfurter Offizin Mitte August 1689 ihr erstes hebräisches Buch herausgab. Das Werk trug den Titel *Bejt Schmu'el* und war ein Kommentar zum *Schulchan aruch, Ewen ha-ezer* des polnischen Gelehrten Schmuel ben Uri Schragi Fejwusch, eines Rabbiners aus Szydłów in Kleinpolen. Er war persönlich nach Dyhernfurth gekommen und hatte selbst die Drucklegung beaufsichtigt.⁴⁵

Die Wahl des ersten Titels und die Tatsache, dass ein bekannter polnischer Rabbiner zur Zusammenarbeit herangezogen wurde, verdeutlichen, auf welchen

43 Kaiserliche Rescripte ans Oberamt, 1712, S. 643, zit. nach Oelsner, R. Sabbatai Basista, S. 41.

44 Brann, Geschichte und Annalen, S. 476.

45 Ebd., S. 520.

Schlomo Algazi, *Sefer ahawat olam*, Dyhernfurt 1693. Predigt-sammlung, die als ein früher Druck in der Offizin des Schab-taj Bas in Dyhernfurth erschien; als Drucker ist Schabtaj Meschorer (hebr. Sänger) angegeben.

Markt Schabraj Bas seine Produktion ausgerichtet hatte. So nahm er auch Kontakt zu anderen bekannten polnischen Rabbinern auf, wie Aharon ben Moshe Teomin aus Krakau oder Mosche ben Itzhak Sprintsnes ben Ojer aus Krzemieniec (Kremenez), der ihm den handschriftlichen Nachlass des berühmten Dawid ben Schmuel ha-Levi zugänglich machte.⁴⁶

Zu seinen Kontrahenten gehörte auch Aharon ben Jaakow ha-Lewi, der einen Kommentar zum ersten Teil des *Szulchan aruch* von Jehuda aus Kowel, dem Großvater seiner Ehefrau, herausgeben wollte. Leider wurde das Buch aus finanziellen Gründen nicht herausgegeben. Ein Jahr darauf gab der bereits erwähnte Chajim ben Jehoschua Regal sein *Majim chajim* in Dyhernfurth heraus.

In den Jahren 1698 und 1699 erschien kein Buch aus der Dyhernfurther Presse. In den übrigen Jahren wurden hauptsächlich liturgische Werke und Ge-

⁴⁶ Geschichte und Annalen der Dyhernfurther Druckerei (Fortsetzung), in: Monats-schrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 40 (1896) II, S. 515-526, hier S. 520.

betsbücher gedruckt – freilich auch nur in geringer Zahl. Somit ist zu fragen, ob es überhaupt möglich war, dass eine Druckerei innerhalb eines Zeitraums von mehr als zwei Jahren überhaupt nichts herstellte. Wovon lebten die knapp zwei Dutzend hoch qualifizierten Handwerker mit ihren Familien? Schabtaj hätte zumindest einen Teil der Belegschaft entlassen müssen, die dann jedoch schwer wieder zu komplettieren gewesen wäre. Wahrscheinlicher ist daher, dass weiterhin gedruckt wurde – nur nicht unter eigenem Firmennamen – und dass die Auflage gleich an die Auftraggeber geliefert wurde. Bernhard Brillling nimmt an, dass in den Jahren von 1697 bis 1702 in Dyhernfurth überhaupt nichts gedruckt wurde, sondern in der Werkstatt im benachbarten Auras, das jedoch auf keiner Titelseite als Druckort erschien.⁴⁷

Anders als die Bücher aus der Prager Offizin unterlagen die Bücher, die Schabtaj herstellte, keiner Präventivzensur. Ihr Verkauf im Königreich Böhmen musste also unweigerlich zu Konflikten mit der Zensurstelle führen. Die Zensur jüdischer Bücher übten seit 1560 die Prager Jesuiten aus. Diese waren daher empört, dass böhmische und mährische Kaufleute unzensierte Bücher aus Schabtajs Offizin erwarben. Die Käufer zu kontrollieren war aber zu schwierig. So beschlossen die Prager Jesuiten am 15. Juli 1694 auf einem Konsistorium, »die Bücher der Juden Sabet und Mendel [Menachem ben Itzchak Jaakow aus Prag *vel* Mendel Prager; J. D./M. B.] im Bucquay's Hofe, welche gottlos laesterliche Worte enthalten sollten, zu versiegeln und in sichere Verwahrung zu bringen, auch solche an des *Consistorii* Deputierte auszufolgen«.⁴⁸

Wie es scheint, kamen die städtischen Behörden diesem Wunsch jedoch nur teilweise nach. Sie übergaben die konfiszierten Bücher nicht den Jesuiten, sondern prüften selbst deren Inhalt. Wer dafür verantwortlich war, ist nicht bekannt. Aber wer es auch war, er muss Schabtaj Bas wohlgesinnt gewesen sein. Im Übrigen hatten die Behörden nicht die Absicht, einen Händler mit jüdischen Büchern zu schädigen. Nach zwei Wochen konnte »die gerichtliche Entsiegelung des Bücherkrams gestattet werden, weil die *confiscirten* und genau durchforschten Bücher keine Lästerung der christlichen Religion enthielten«.⁴⁹

Diese Vorgänge bestätigen, dass Schabtajs Bücherware, die von vornherein ausschließlich für den Export bestimmt war, keiner Präventivzensur unterlag, welche für die Prager Verlage und aus dem Ausland importierte Bücher bindend war. Schabtaj lagerte seine Bücher in Breslau, um sie auf den Jahrmärkten – angeblich nur an Kaufleute aus Polen-Litauen – zu verkaufen. Er bewahrte sie im Pokoyhof auf und später, wie er während eines Verhörs aussagte, in der Fechtschule.⁵⁰

Als im Jahre 1704 die Vorschriften verschärft wurden, nach denen es Juden verboten war, sich in der Stadt aufzuhalten, erhielt Schabtaj Bas dank der Pro-

47 Brillling, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens, S. 58.

48 Zit. nach Brann, Geschichte und Annalen, S. 561.

49 Zit. nach ebd.

50 Oelsner, R. Sabbatei Basista, S. 18.

tektion des ihm persönlich gut bekannten Andreas Akolut, der Inspektor der evangelischen Kirchen und Professor *linguarum orientalium* am St. Elisabeth-Gymnasium war,⁵¹ als einziger Jude vom Stadtrat das Aufenthalts- und Stapelrecht.⁵² Das geschah höchstwahrscheinlich deswegen, weil diese gestapelten Waren, d. h. seine Bücher, zur Ausfuhr vorgesehen waren. Problematisch wurde es in dem Augenblick, als der Verdacht aufkam, dass ein Teil davon illegal auf dem Binnenmarkt abgesetzt wurde. Deswegen ermahnte der Magistrat Schabtaj wiederholt, mit den Büchern nur auf den Jahrmärkten zu handeln,⁵³ wo der Handel leichter zu kontrollieren war. Schließlich wurde ihm sogar verboten, sich außer an den Markttagen in der Stadt aufzuhalten. In einem Protokoll vom 20. Juli 1706 heißt es schließlich: »Sabbatai *expellendus*.« – Sabbatai muss ausgewiesen werden.⁵⁴

Schabtaj übergab die Druckerei 1711 seinem Sohn Josef, der sich verpflichtete, seinem Vater wöchentlich vier Taler zukommen zu lassen und nach dessen Tod den Kindern aus zweiter Ehe eine gewisse Abstandssumme zu zahlen.⁵⁵ Nachdem Schabtaj die Offizin abgetreten hatte, verlegte er sich ganz auf den Handel mit jüdischen Büchern, der sich offenbar als ein sehr einträgliches Geschäft erwies.

Schabtajs Denunzierung und Verhaftung

Zu Beginn des Jahres 1712 erhob der Jesuit und Professor für Hebraistik an der Prager Universität, Franz Kolb, der damals auch die Funktion eines Zensors für jüdische Bücher ausübte, Anklage gegen Schabtaj Bas. Den Inhalt der Anklageschrift kennen wir nicht, aber die Königliche Appellationskammer zu Prag nahm in diesem Fall die Untersuchung auf. Sie forderte das schlesische Oberamt auf, der Sache nachzugehen. Der Kaiser selbst unterstützte diese Forderung mit einem eigenen Schreiben, in dem es heißt:

»Demnach Unsere Königliche Appellations=Kammer an Euch die Ansuchung gethan, um ein lästerliches sogenanntes Scharet Sion portae Syon intitulirtes jüdisches Büchel, welches zu Dyhernfurth unweit Bresslaw von einem jüdischen Sabathi Bahnis genannten und zu gedachtem Bresslaw in der Fecht-schul sich mehrentheils aufhaltenden Buchdrucker eingedruckt Worden, zu inquiriren, Uns anbey aber auch gehorsam angestehet hat, dessentwegen an Euch ein gnädigstes Excitatorium, womit solches Inquisitionswerk mit allem erforderlichen Eifer fortgesetzt werde, ergehen zu lasse[n]: Als ist hiermit Unser gnädigster Befehl an Euch, auf solche Inquisition nicht allein

51 Krzysztof Migoń, *Recepcja książki orientalistycznej na Śląsku do końca XVIII wieku*, Wrocław, Warszawa/Kraków 1969, S. 121.

52 Oelsner, R. *Sabbatei Basista*, S. 10.

53 Brann, *Geschichte und Annalen*, S. 205.

54 Ebd.

55 Oelsner, R. *Sabbatei Basista*, S. 15.

allmögliche Beflissenheit anzuwenden, sondern auch dergleichen lästerliche Bücher=Exemplaria, im Fall sich deren einige in Unserm Herzogthum Ober= und Niederschlesien befandeten, allenthalben zu confisciren Gegeben Wien, den ersten April anno 1712. Carl m. p.«⁵⁶

Am 11. April ordnete das Oberamt an, Schabtaj und seinen Sohn Josef zu verhaften und alle auf Lager befindlichen Drucke zu konfiszieren.

Zum Sachverständigen, der den Inhalt des angeklagten Buches untersuchen sollte, wurde Gottfried Pohl bestimmt, Professor für Hebräisch am St. Elisabeth-Gymnasium, der ebenfalls mit Schabtaj bekannt war. Der Drucker unterhielt engen Kontakt zu den Professoren dieses Gymnasiums. Er versah sie mit Büchern und druckte 1705 sogar ein Lobgedicht zu Ehren Kaiser Leopolds auf Hebräisch, Aramäisch und Jiddisch. Verfasst hatte es Daniel Springer,⁵⁷ ein Professor für orientalische Sprachen an besagtem Gymnasium. Er gab es in mehreren Sprachen heraus, darunter auf Deutsch als *Des Adlers Weg d. i. Verzeichniüss derer grossmutigen Thaten ... Leopoldi des Grossen*.

Der berühmte schlesische Hebraist Christian Bogumil Unger (1672-1719), »Sohn priesterlicher Eltern aus Polen«, Pastor in Luboszyce unweit von Dyhernfurth, stellte sogar den *Index typographicus Dyrrhenfurtensis* zusammen, ein Verzeichnis der Drucke aus der Offizin des Schabtaj.⁵⁸ Alle christlichen Orientalisten schätzten ihn als Gelehrten und Verfasser einer Bibliographie hebräischer Drucke.

Natürlich war Natan Hanovers Buch *Schaarej Zion*, das Schabtaj herausgegeben hatte, nur ein Vorwand für die Verhaftung gewesen. Das Buch war erstmals 1662 in Prag erschienen und dann noch einmal 1682 nachgedruckt worden. Außerdem war es auch in Amsterdam, Sulzbach und Frankfurt an der Oder veröffentlicht worden. Schabtaj selbst hatte es bereits zweimal verlegt, erstmals gleich zu Beginn seiner Druckertätigkeit (1689) und dann noch einmal 1705. Beim Verhör wurde er gefragt: »Ist euch der Inhalt dieses Buches Schare Tsion bekannt (so ihm gewiesen wurde) und habt ihr es gedruckt?« Schabtaj antwortete: »Ja, der Inhalt ist mir bekannt, und habe ich es auch gedruckt; es ist aber schon längst vorher, in Prag, zu Berlin durch den königlichen Hofprediger [Daniel Ernst Jabłoński], zu Dessau [Mosze ben Abraham Awinu], zu Amsterdam und an anderen Orten gedruckt gewesen.«⁵⁹

Diejenigen, die ihn verhörten, wussten nichts von der ersten Dyhernfurther Ausgabe und Schabtaj selbst erwähnte sie auch nicht. Zur Ausgabe von 1705 sagte er:

56 Zit. nach ebd., S. 16 f.

57 Migoń, Receptja, S. 121; Arno Herzig, Das Interesse an den Juden in der Frühen Neuzeit. Studien zur Kontinuität und zum Wandel des Judenbildes, Hamburg 2012, S. 52.

58 Migoń, Receptja, S. 12.

59 Zit. nach Oelsner, R. Sabbatei Basista, S. 19 f.; Marvin J. Heller, Moses ben Abraham Avinu and his Printing-Presses, in: ders., Studies in the Making the Early Hebrew Book, Leiden/Boston 2008, S. 218-228, hier S. 218.

Mordechaj ben Jehuda Leib Holisch, Sefer maamar Mordechaj, Dyhernfurth 1719; die Predigtsammlung erschien »in der Druckerei des Issachar Ber, Sohn des Nate Katz, gegründet von seinem Schwiegervater Schabtaj Meschorer aus Prag«.

»Es ist ein Jude, [mit] Namen Marckel aus Mähren von Ungarisch Brod vor sieben oder 8 Jahren hergekommen, welcher [sich] bei mir verdingt gehabt, das tägliche Gebetbuch, welches in größern Format gewesen, In diesem kleinern zu Drucken, und das Büchlein Schare Sion mit einzuschliessen, welches ich auf solche Weise gethan und hat er mich davon [davor] bezahlet [...] er hat Alles, so er [hat] drucken lassen, mitgenommen, und die etliche, so ich nachgeschoffen, hab ich auch alle theils weggeschickt, theils hier verkauft.«⁶⁰

Diese Antwort legt nahe, dass der tatsächliche Grund für seine Verhaftung der Verkauf des Buches auf dem mährischen Markt war, was er ohne Genehmigung der Zensur nicht hätte tun dürfen.

Am 16. April 1712 lieferte Gottfried Pohl sein Gutachten ab, in dem er das Buch von jeglichen Anschuldigungen freisprach. Nach Betrachtung und Ablehnung von Vorwürfen, die konkrete Formulierungen betrafen, schrieb er:

»So ist auch dieses Buch von Sabbatai nicht zuerst gedruckt und in die Welt gebracht Wordem [worden], sondern Lange vorher, an vielen Orten

60 Oelsner, R. Sabbatei Basista, S. 20f.

Elieser ben Icchak Ajsik aus Wy-sokie, Sefer kerem chemed, Dyhernfurth 1720; die Predigt-sammlung erschien »in der Druckerei des Issachar Ber, Sohn des Nate Katz, gegründet von seinem Schwiegervater Schabtaj Meschorer aus Prag«.

der Christenheit gedruckt worden [...], an welchen Orten ohne christliche Zensur und Permission ohne Zweifel [es] nicht hat dürfen gedruckt warden [werden]. Zu geschweigen anderer mir unbekanntten Editionen, derer mehr zu sein gewiss ist [...] dass also R. Sabbathei kein bedenken [hat] haben können, ein in der Christenheit so oft gedrucktes Büchlein wieder zu drucken.«⁶¹

Es lohnt sich, auf Pohls Argumentation näher einzugehen. Er macht darauf aufmerksam, dass das Buch, das er zu begutachten hatte, bereits häufiger herausgegeben worden war, doch nur in christlichen Ländern. Es drückte somit die Spiritualität der dort wohnenden Juden aus und richtete sich an diese, nicht aber an Juden allgemein. Und damit nicht genug; denn selbst christliche Drucker und Verleger hatten es herausgegeben, beispielsweise Michael Gottschalck in Frankfurt an der Oder (er hatte 1695 seine Offizin von Beckmann gekauft) oder der »Hofprediger« Daniel Ernst Jabłoński, der zweifellos ein christlicher Experte für jüdische Angelegenheiten war. Das hatte eine Bedeutung.

Das Gutachten des christlichen Hebraisten gab den Ausschlag. Nach zehnwöchigem Arrest verfügte das Oberamt die Freilassung von Schabtaj und dessen Sohn Josef gegen Kaution. Höchstwahrscheinlich wurden auch die konfiszierten Drucke freigegeben. Den erhaltenen Akten ist jedoch nicht zu entnehmen, wie das endgültige Urteil der Inquisition ausfiel. Die Druckerei in Dyhernfurth, die der Sohn Josef leitete, bestand weiter, aber ihre Produktion ging erheblich

61 Ebd., S. 25.

zurück. Schabtaj Bas war mehr an dem einträglichen und viel sichereren Handel mit Büchern interessiert als an deren Herstellung. Ludwig Oelsner stieß jedoch auf keinen Druck, der zwischen 1714 und 1718 in dieser Offizin hätte entstanden sein können.⁶²

Schabtaj Bas und sein Sohn Josef hatten offensichtlich genug: 1717 verkaufte Schabtaj seine Druckerei für 5000 Taler an seinen Schwiegersohn Itzchak Ber ben Natan aus Krotoszyn, der auch Berel Natan genannt wurde. Er selbst starb ein Jahr später.⁶³

Der neue Eigentümer begab sich, eingedenk der Erfahrungen seines Schwiegervaters, sofort nach dem Kauf freiwillig unter die Zensur von Pastor Christian Bogumil Unger aus Herrenlauschütz (1671-1719), dem er vor jedem Druck die Texte mit der Bitte zuschickte, ihm die der Zensur nicht genehmen Stellen zu zeigen.⁶⁴

In Dyhernfurth lebten damals zehn jüdische Familien, insgesamt 47 Personen, die in der Offizin arbeiteten.

Deutsch von Jürgen Hensel

62 Ebd., S. 39.

63 Brillling, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens, S. 59.

64 Oelsner, R. Sabbatei Basista, S. 39.

Die Breslauer Verlagsbuchhandlung von Salo Schottlaender

Eine jüdische Verlagsgründung in der frühen Phase des modernen Antisemitismus

Gründung, Entwicklung und Profil des Verlages

Die Breslauer Verlagslandschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde vorwiegend von Wissenschafts- und Schulbuchverlagen geprägt. Die schöne Literatur spielte hier nur eine untergeordnete Rolle. Breslau gehörte sogar zu den wenigen deutschen Städten, in denen nach dem Wegfall der Privilegien Cottas im Jahre 1867 keine Ausgaben der deutschen Klassiker verlegt wurden.¹ Umso wichtiger und aufschlussreicher erscheint in diesem Kontext die Tätigkeit des größten belletristischen Verlagshauses in Breslau: der Verlagsbuchhandlung von S. Schottlaender. Dieser Verlag agierte auf dem Literatur- und Zeitschriftenmarkt weit über die Grenzen Schlesiens hinaus mit Erfolg und zählte in mancher Hinsicht zu den führenden Verlagshäusern des Reiches.

Der Verlagsbuchhändler, königlich griechische Konsul und Rittergutsbesitzer Salo Schottlaender wurde am 19. Juni 1844 in Münsterberg in Schlesien als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Kaufmanns geboren. Er genoss eine verlagsbuchhändlerische Ausbildung in Hirschberg, Leipzig, Stuttgart und Paris, war danach allerdings zehn Jahre in verschiedenen landwirtschaftlichen Unternehmen der Familie Schottlaender in Breslau tätig. Im März 1876 gründete Salo Schottlaender seine eigene Firma, die »Verlags-Buchhandlung von S. Schottlaender«, und übernahm damit auch den Verlag der nationalliberalen Zeitung *Schlesische Presse*, die von seinem älteren Bruder Julius mitbegründet worden war.² In seinem Buchverlag spezialisierte sich Schottlaender von Anfang an auf die Belletristik. Dies betonte er auch im Katalog zum zehnjährigen Verlagsjubiläum im Jahre 1886: »Schon bei der Begründung meines Geschäfts leitete mich der Entschluß,

- 1 Einen ersten fundierten Überblick über die Verlagsverhältnisse in Breslau gibt Monika Estermann, Zur Problematik der Verlagsgeschichtsschreibung Breslaus für die Zeit von 1800 bis 1945, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 18 (2010), S. 178-192, hier S. 185. Ab dem 9. November des sogenannten »Klassikerjahres« 1867 durften sämtliche Werke deutscher Autoren, die vor dem 9. November 1837 verstorben waren, beliebig und honorarfrei verlegt werden. Danach entstanden im Reich unzählige Editionen.
- 2 Allgemein zur Person Schottlaenders und zu seinen buchhändlerischen Anfängen: Urszula Bonter, Die Gründungsstrategien des Verlegers Salo Schottlaender, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 18 (2010), S. 213-220.

dem im Allgemeinen etwas gesunkenen Roman-Verlag einen wesentlichen Theil meiner Kräfte zu widmen.«³

Das Profil des Verlages wurde durch eine im 19. Jahrhundert durchaus übliche enge Verbindung von Zeitungs- und Zeitschriftenverlag auf der einen und Buchverlag auf der anderen Seite bestimmt. Neben der Tageszeitung *Schlesische Presse* besaß Schottlaender zahlreiche Familienblätter; auch die elitäre Zeitschrift *Nord und Süd* von Paul Lindau, das Konkurrenzunternehmen zur großen *Deutschen Rundschau*, erschien ab dem Jahrgang 1879 bei ihm. In all diesen Blättern kamen zahlreiche Novellen und Romane zum Vorabdruck, die später als Zweitverwertung im Buchverlag erschienen. So führte Schottlaender in seinem Programm die Namen der populärsten und bedeutendsten Schriftsteller seiner Zeit: Theodor Fontane, Paul Heyse, Karl Gutzkow, Wilhelm Jensen, Otto Roquette, Paul Lindau und viele andere. Neben der Belletristik verlegte Schottlaender wissenschaftliche Werke, vornehmlich aus den Gebieten Nationalökonomie, Medizin, Theologie, Geschichte, Jura und Kultur- und Literaturgeschichte. In den Jahren 1882 bis 1888 brachte der Verlag die erfolgreiche Reihe »Deutsche Bücherei« heraus, deren Hefte jeweils einen abgeschlossenen Aufsatz eines namhaften zeitgenössischen Gelehrten darboten.

Auch im technischen und betriebsorganisatorischen Bereich befand sich das Breslauer Unternehmen auf der Höhe der Zeit. Knapp zwei Jahre nach der Gründung, im Februar 1878, war der Verlagsbuchhandlung eine äußerst moderne Buchdruckerei mit Schriftgießerei, Stereotypie, Galvanoplastik, Chromolithografie und Buchbinderei angegliedert worden, eine Ausstattung, die sich sonst nur die größten Verlage leisten konnten. Schottlaender stellte von nun an nicht nur seine Zeitungen und Zeitschriften selbst her, sondern war auch imstande, extrem kostspielige und typografisch aufwendige Prestigeprojekte auszuführen. Zu den wichtigsten gehörte die Prachtausgabe von Ariosts *Rasendem Roland* von 1880/81 mit zahlreichen Vollbildern und Hunderten in den Text integrierten Holzschnitten. Dieses Werk war zugleich als eine großartige Werbemaßnahme für den jungen Verlag konzipiert.⁴ Ein vergleichbar großes technisches Können verlangte die Herstellung des reich illustrierten dreibändigen *Bericht[s] über die allgemeine deutsche Ausstellung auf dem Gebiete der Hygiene und des Rettungswesens*, den Schottlaender in den Jahren 1885/86 mit Unterstützung des preußischen Kultusministeriums herausgab. Diese beiden Werke prangen auch nicht von ungefähr als Aushängeschild der Firma auf dem Umschlag des Jubiläumskatalogs von 1886. Schottlaender schöpfte die ihm zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten und Kapazitäten in jeder

3 S. Schottlaender Breslau, Verlags-Katalog 1876-1886, S. 1, Deutsches Buch- und Schriftmuseum der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig, Bibliothek des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (Deutsches Buch- und Schriftmuseum Leipzig), Sammlung Verlagskataloge.

4 Siehe dazu Urszula Bonter, Paul Heyse und der Breslauer Verleger Salo Schottlaender. Das Prestigeprojekt Ariosts »Rasender Roland«, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 66 (2011), S. 144-154.

Hinsicht aus und entwickelte parallel auch einen Kunstverlag für Öldruckbilder, Portraits und Genrebilder. Die wichtigste Abteilung bildeten hier allerdings die Heiligenbilder. Dieses Sortiment war nicht nur auf den Bedarf der katholischen Minderheit Breslaus gerichtet, sondern wahrscheinlich vor allem für den Markt in den benachbarten polnischen Gebieten bestimmt. Das Verzeichnis vorrätiger Heiligenbilder von 1886 umfasste mehr als hundert verschiedene Titel, darunter einige in polnischer Sprache.⁵

Ende 1889 wurde die Verlagsbuchhandlung von S. Schottlaender in eine Aktiengesellschaft mit dem Namen »Schlesische Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt, vormals S. Schottlaender« umgewandelt. Das Kapital betrug 1 500 000 Mark. Den Vorstand bildeten zunächst die beiden bisherigen Prokuristen Paul Schelosky und Gebhard Wagner, und dennoch behielt Schottlaender maßgeblichen Einfluss. Von 1893 bis zu seinem Tode im Jahre 1920 war Schottlaender wieder der alleinige Vorstand und Leiter der Aktiengesellschaft. Das Breslauer Unternehmen erlebte einen mächtigen Aufschwung. Die Neuauflage des Brockhaus von 1895 widmete dem Verlag einen eigenen Artikel. Demnach besaß die Schlesische Buchdruckerei in diesem Jahre 15 Buchdruck- sowie 17 Steindruckpressen und beschäftigte über 200 Personen.⁶

Die jüdische Sparte des Verlages war quantitativ eher klein, inhaltlich waren die Veröffentlichungen aber keineswegs unbedeutend. Bei Schottlaender erschienen mehrere Schriften des Rabbiners Manuel Joël und von Heinrich Graetz. Zu den Autoren gehörten auch Ludwig Philippson, Moritz Lazarus und David Rosin. Schottlaender war sich des mit diesen Namen verbundenen Prestiges durchaus bewusst. In seinem Verlagskatalog von 1882 zählte er die Übersetzung der Psalmen von Graetz schlicht und einfach zu seinen wichtigsten verlegerischen Unternehmungen der vorausgegangenen zwei Jahre.⁷ Parallel dazu stand Schottlaender auch im engen Kontakt mit Marcus Brann, dessen *Geschichte der Gesellschaft der Brüder* im Jahre 1880 ebenfalls im Schottlaenderschen Verlag erschien. Auch war der Verleger selbst bereits seit 1875 ein aktives Mitglied dieses aufklärerisch-wohltätigen Vereins und blieb diesem bis zu seinem Tode verbunden.⁸ Bei der Schlesischen Buchdruckerei wurden schließlich vier Jahrgänge der renommierten *Monatsschrift für die Geschichte und Wissenschaft des Judenthums* verlegt, nachdem Marcus Brann und David Kaufmann das Blatt im

5 S. Schottlaender Breslau. Verlags-Katalog 1876-1886, Abteilung V: Kunstverlag, Deutsches Buch- und Schriftmuseum Leipzig, Sammlung Verlagskataloge.

6 Zur raschen Entwicklung des Verlages in diesem Bereich siehe Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, 25.II.1889, Nr. 274, S. 6282 f.; Brockhaus Konversations-Lexikon, 14. vollstg. neubearb. Aufl. in 16 Bde., Bd. 14, Leipzig/Berlin/Wien 1895, S. 498 f.

7 Verlags-Katalog S. Schottlaender Breslau, Herbst 1882, Vorwort, Deutsches Buch- und Schriftmuseum Leipzig, Sammlung Verlagskataloge.

8 Siehe das Verzeichnis der Mitglieder in Marcus Brann, Geschichte der Gesellschaft der Brüder. Festschrift zur Säcular-Feier am 21. März 1880, Breslau 1880, S. 70. Siehe auch die Traueranzeige des Vorstands der Gesellschaft der Brüder auf Schottlaender, in: Breslauer Zeitung, 4.4.1920, Nr. 166, 2. Beilage.

Die Gebäude der Firma S. Schottlaender; aus einem Geschäfts Rundschreiben vom 12. Februar 1878

Jahre 1892 wiederbelebt hatten. Folgerichtig erschien im Jahre 1900 das *Gedenkbuch zur Erinnerung an David Kaufmann* ebenfalls bei Schottlaender. Anlässlich des 70. Geburtstages des Verlegers im Jahre 1914 würdigte die Breslauer *Jüdische Volkszeitung* voller Hochachtung Schottlaenders Verdienste bei der Verbreitung jüdischen Schrifttums: »Auch auf jüdisch-literarischem Gebiete trat er mit den ersten Männern in Beziehungen, sodaß sein jüdischer Verlag zugleich einen prägnanten Ausschnitt der Wissenschaft und Literatur des Judentums bedeutet.« Dabei hob das Blatt »die elegante Ausstattung« dieser Werke besonders hervor, welche »nicht wenig zu ihrer Verbreitung beigetragen« habe.⁹

Der Verlag als Zielscheibe im schlesischen Kulturkampf

Im Jahre 1878 wurden Salo Schottlaender und sein Verlag zum Gegenstand einer aggressiven publizistischen Kampagne in der ortsansässigen katholischen Presse. Die *Schlesische Volkszeitung* war nicht nur das wichtigste und beliebteste katho-

9 Salo Schottländer, in: *Jüdische Volkszeitung*. Unabhängiges Organ für die Interessen von Gemeinde, Schule und Haus, 19.6.1914, Nr. 25 (»Breslauer Lokal-Anzeiger«).

liche Blatt in der Provinz, sondern auch eines der führenden Zentrumsblätter in ganz Deutschland. In den Jahren 1878 bis 1881 prägten starke antisemitische Tendenzen das Blatt. Damit spiegelte das Organ allerdings die Meinung zahlreicher zeitgenössischer Glaubensgenossen wider, denn in der Abwehrhaltung des katholischen Milieus galten die Juden im hohen Maße als mitverantwortlich für den Kulturkampf. Katholische Stimmen setzten Liberalismus, Kulturkampf und Judentum in eins und wollten ausgerechnet in den Juden die eifrigsten Kulturkämpfer sehen. Schlesien zählte zu den wichtigsten Hochburgen dieses spezifischen Kulturkampfantisemitismus. Gerade die *Schlesische Volkszeitung* war schon während der »Inkubationsphase« der »ersten antisemitischen Welle« besonders aktiv. Im Sommer 1875 hatte die *Schlesische Volkszeitung* die antisemitische Kampagne der *Germania* unterstützt, zog sich aber bald darauf wieder zurück.¹⁰ Als Schottlaender im März 1876 die *Schlesische Presse* übernahm und seinen Verlag gründete, war er dem katholischen Blatt zunächst noch kein Dorn im Auge. Beide Organe pflegten sogar gewisse geschäftliche Verbindungen miteinander. In der *Schlesischen Volkszeitung* erschienen nämlich große Inserate für die neu gegründete Verlagsbuchhandlung Schottlaenders und seine Tageszeitung.¹¹ Knapp zwei Jahre später war die Stimmung in Breslau radikal umgeschlagen. Im Februar 1878 startete die *Schlesische Volkszeitung* ihre eigene antisemitische Offensive, bei der sie ausgerechnet jegliche Aktivitäten des Verlegers Schottlaender mit besonderer Gehässigkeit bekämpfte. Zum ständigen Angriffsziel wurde zunächst seine *Schlesische Presse*. Indem die *Schlesische Volkszeitung* minutiös die Berichterstattung der Breslauer liberalen Presse über den Tod von Papst Pius IX. verfolgte, bezichtigte sie das Blatt Schottlaenders der mit Abstand größten Voreingenommenheit: »Daß die ›Schlesische Presse‹ an Rohheit den Vogel wieder abschießt, nimmt uns von diesem Judenblatt nicht mehr Wunder. [...] Anständiger als die ›Presse‹ spricht sich sogar die aller Religion feindliche socialistische ›Wahrheit‹ aus.«¹² In den folgenden Berichten zu diesem Thema wurde die *Schlesische Presse* konsequent als äußerst negatives Fallbeispiel herangezogen. Dabei wurde Schottlaenders Zeitung in einem zunehmenden Maße zu einem ausschließlich jüdischen Organ abgestempelt und gleichzeitig zum allergrößten Aggressor und Hauptfeind des Katholizismus erklärt. Die

10 Zur Positionierung der Schlesischen Volkszeitung im Kulturkampf siehe Leonhard Müller, Der Kampf zwischen politischem Katholizismus und Bismarcks Politik im Spiegel der Schlesischen Volkszeitung. Ein Beitrag zur schlesischen Kirchen-, Parteien- und Zeitungsgeschichte, Breslau 1929, hier besonders das Kapitel »Der Antisemitismus und die Christlich-Sozialen«, S. 128-139. Über die zeitüblichen Deutungsmuster auf der katholischen Seite siehe Olaf Blaschke, Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1997, hier besonders das Kapitel »Die Feuertaufe des Milieus im Kulturkampf und die Bewährungsprobe des Antisemitismus«, S. 42-56; zur Periodisierung und räumlichen Verteilung des Kulturkampfantisemitismus siehe ebd., S. 119-121, 142 f.

11 *Schlesische Volkszeitung*, 19.3.1876, Nr. 65, 1. Beilage, S. 8.

12 »Der Tod des Heil. Vaters und die Breslauer liberale Presse«, in: *Schlesische Volkszeitung*, 10.2.1878, Nr. 34, 1. Beilage, S. 6.

Schlesische Volkszeitung geriet auch in das Fahrwasser des jüngst wiederbelebten Antitalmudismus:

»Die ›Schlesische Presse‹ nöthigt uns aber, erst noch in der Nähe zu bleiben und uns mit diesem schamlosen talmudjüdischen Blatte abzufinden. Sind doch ihre Papstartikel die gehässigsten und gemeinsten, welche überhaupt in diesen Tagen über den Heil. Vater geschrieben worden sind. [...] Auch der gestrige Leitartikel der ›Schles. Presse‹ zeigt ja, welcher infernale Haß gegen uns und unsere Religion in den Herzen vieler unserer jüdischen Mitbürger wohnt.«¹³

Hier übersah die *Schlesische Volkszeitung* geflissentlich, dass die *Schlesische Presse* gar kein strikt jüdisches, sondern schlicht und einfach ein nationalliberales Organ war. Nach seiner Übernahme hatte Schottlaender neben dem bisherigen politischen Profil des Blattes nur den Wirtschaftsteil zusätzlich aufgewertet. Die verantwortliche Redaktion wurde dem bekannten Volkswirt, Publizisten und Politiker Alexander Meyer anvertraut, während der verdienstvolle Breslauer Journalist Max Kurnik die Leitung des Feuilletons innehatte.¹⁴

Die *Schlesische Volkszeitung* fokussierte sich bei ihren Attacken jedoch ausschließlich auf den jüdischen Verleger. Der zuständige protestantische Chefredakteur Meyer wurde mit keinem Wort erwähnt. Am 16. Februar 1878 blies die *Schlesische Volkszeitung* in der lokalen Rubrik »Provinzielles und kleine Nachrichten« zum ersten Frontalangriff auf Salo Schottlaender. Im Nachhinein erklärte sie darin überhaupt die Gründung der *Schlesischen Presse* zum Grund allen Übels und machte sie für die vermeintliche Verschärfung der religiösen Antagonismen in Breslau verantwortlich. Die *Schlesische Volkszeitung* erhob sich zum Sprachrohr aller Stadteinwohner und rief heuchlerisch den Rabbiner auf, in Sachen Schottlaender einzuschreiten:

»Der Haß gegen das Talmudjudenthum ist seit etwa drei Jahren hier in Breslau in allen Schichten der Bevölkerung sehr groß geworden. Es datirt dies seit Entstehung der ›Schlesischen Presse‹. Dieses Blatt höhnt täglich in einer so unverschämten Weise namentlich den Katholicismus und hat in Folge dessen nicht nur die 80.000 Katholiken der Stadt, sondern auch angesehene und gutgesinnte evangelische Kreise so sehr erbittert, daß wir das genannte

13 »Der Tod des Heil. Vaters und die Presse«, in: *Schlesische Volkszeitung*, 12.2.1878, Nr. 35, 1. Beilage, S. 6. Zur Revitalisierung des Antitalmudismus im Kulturkampf trug in den 1870er-Jahren August Rohling mit seinen Schriften maßgeblich bei; siehe Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus*, S. 49 f.

14 Zu den personellen Änderungen unter Schottlaender siehe die Ankündigung in der *Schlesischen Presse*, 19.3.1876, Nr. 199. Näheres über die Mitarbeiter der Redaktion bei Bodo Langenstraßen, Alexander Meyer, in: Friedrich Andreae/Max Hippe/Otfried Schwarzer/Heinrich Wendt (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 1: Schlesien des 19. Jahrhunderts, Breslau 1922, S. 178-182; Hans Jessen, Max Kurnik. Ein Breslauer Journalist (1819-1881), Breslau 1927; »Dr. Max Kurnik«, in: *Schlesische Presse*, 9.4.1881, Nr. 250.

Blatt denn doch im Interesse der Breslauer Juden hiermit dringend warnen möchten, die Unverschämtheit nicht zu weit zu treiben. Wir haben jetzt fast täglich auf die Ausdrücke des pöbelhaften Religionsfanatismus hinweisen müssen, welche sich in diesem Blatte finden. Wir müssen es auch heute thun, wie gesagt zur Warnung, ob vielleicht der hiesige Oberrabbiner endlich seinen Einfluß geltend macht und Herrn Schottlaender die nöthigen Winke und Anweisungen giebt.«¹⁵

Die »Warnung« der *Schlesischen Volkszeitung* endete mit einer unmissverständlichen Drohung. Der jüdischen Bevölkerung der Stadt wurde eine mögliche Enteignung, Konfiszierung und Vertreibung vorausgesagt:

»Wir rathen aber, wie gesagt, der ›Schles. Presse‹, die Frechheit nicht zu übertreiben. Es könnte sonst dahin kommen, daß die Stimmen derer immer lauter würden, welche die Juden den Türken nach Asien nachzuschicken proponiren und den §1 der Verfassung: ›Das Eigenthum ist unverletzlich‹ durch ein zukünftiges Parlament so ausgelegt wissen wollen, wie man ihn z. B. gegen unsere Ordensleute auslegt.«¹⁶

Die *Schlesische Presse* ließ sich nicht leicht provozieren und ignorierte in der Regel die Angriffe der *Schlesischen Volkszeitung*. In diesem einen Extremfall reagierte das Blatt Schottlaenders allerdings doch. Am Folgetag fand sich der vollständige Text der »Warnung« in den »Lokal-Nachrichten« einfach unter der Überschrift »Zur Erheiterung« abgedruckt.¹⁷

Nur eine Woche später, am 23. Februar, traten die Attacken der *Schlesischen Volkszeitung* in eine neue, noch schärfere Phase. Sie richteten sich nicht mehr nur gegen die Tageszeitung Schottlaenders, sondern zielten auf das ganze Unternehmen und seinen Eigentümer. Die Verlagsbuchhandlung von S. Schottlaender wurde öffentlich kriminalisiert und bei den Behörden denunziert. Die *Schlesische Volkszeitung* verlangte in einem offenen Brief und im »Namen der

15 *Schlesische Volkszeitung*, 16.2.1878, Nr. 39, Beilage, S. 5. Dass sie sich selbst widersprach, schien verdrängt. Beim Erscheinen der ersten Nummer der *Schlesischen Presse* im Jahre 1873 hatte man in der Redaktion noch keinen Grund zur Beunruhigung gesehen. Das Blatt frohlockte vielmehr über die Unruhe im liberalen Lager: »Die erste Nummer der ›Schlesischen Presse‹, welche von morgen ab in den bisher von unserer Zeitung eingenommenen Räumen erscheint, wird dem Vernehmen nach in der Auflage von 15,000 und in einer Stärke von 5 Bogen gedruckt. Dieselbe wird den anderen hiesigen Zeitungen, namentlich auch der ›Schlesischen‹ bedeutende Concurrenz machen. Wir haben sie nicht zu fürchten. Unser Leserkreis ist nicht der der Zeitungen nationalliberaler Färbung. Im Gegentheile, wir hoffen, daß gute und treue Katholiken und auch gläubige Protestanten, wenn sie sehen, wo der Herr Nachbar seine neuesten Nachrichten hernimmt, immer mehr das Bedürfniß fühlen werden, dieselbigen Nachrichten auch zu haben, nur ohne daß sie vorher in Schön- resp. Schwarz-Färberei nationalliberaler Aferweisheit haben durchmachen müssen«; *Schlesische Volkszeitung*, 1.6.1873, Nr. 128, Beilage, S. 5.

16 *Schlesische Volkszeitung*, 16.2.1878, Nr. 39, Beilage, S. 5.

17 *Schlesische Presse*, 17.2.1878, Nr. 121, 1. Beilage.

christlichen Bevölkerung Breslau's« eine staatsanwaltliche Prüfung im Verlag Schottlaenders. Als Grund wurde die dort erschienene Schrift »Spanisches und Römisches« von Michael Georg Conrad genannt,¹⁸ der später zum führenden Kopf des deutschen Naturalismus, prominentem Wegbereiter der modernen Literatur und einflussreichem Herausgeber der Zeitschrift *Die Gesellschaft* wurde. Diese Schrift strotzte nach Sicht des katholischen Blattes »von Stellen frevelhaftester Gotteslästerung und schamlosester Verspottung der christlichen Religion«. Conrads Broschüre war allerdings unabhängig von ihrem tatsächlich sehr kirchenkritischen Inhalt nur ein willkommener Vorwand zum erneuten Angriff auf Schottlaender. Das Buch befand sich nämlich bereits seit ein paar Monaten auf dem Markt und hatte bisher kein Aufsehen erregt. Direkt aus der Druckpresse kam dagegen eine andere Schrift Conrads »Die letzten Päpste«, die allerdings durch die *Schlesische Volkszeitung* noch gar nicht richtig ausgewertet wurde. Einzig und allein aufgrund des Verlages ging man in der Redaktion von einem verfolgungswürdigen Inhalt aus:

»Da die Fabrik, aus der vorstehendes Buch stammt, genau dieselbe ist, so kann man sich, auch ohne es gelesen zu haben, leicht vorstellen, daß es von demselben Geiste, wie das oben charakterisirte, dictirt sein wird. Wir machen daher die königliche Staatsanwaltschaft auch auf dieses Elaborat aufmerksam.«¹⁹

Von dem inszenierten Charakter dieser Anklage zeugt nicht zuletzt die Tatsache, dass die *Schlesische Volkszeitung* dem Autor Conrad so gut wie gar keine Aufmerksamkeit schenkte. Die ganze Verbissenheit des Blattes galt eindeutig dem jüdischen Verleger. So wurde im Schlussteil der Denunziation noch einmal auf die vermeintlich gespannte konfessionelle Stimmung in Breslau eingegangen und eine scharfe Reaktion der Staatsanwaltschaft gefordert. Die *Schlesische Volkszeitung* deutete im entgegengesetzten Falle sogar die Möglichkeit von Judenpogromen in der Stadt an:

»Im Interesse und im Namen der christlichen Bevölkerung Breslau's ersuchen wir die königliche Staatsanwaltschaft, gegen diese, den öffentlichen Frieden störenden Ausbrüche fanatischen Religionshasses strafrechtlich einzuschreiten. Geschieht es nicht, so wird das Rechtsbewußtsein erschüttert, die Achtung vor der Justiz gemindert und die Gefahr heraufbeschworen, daß in unruhigen Zeiten verbitterte Christen Volksjustiz üben und eine Judenverfolgung insceniren. Im Mittelalter und auch in der neuesten Zeit ist aus ähnlichem Anlaß Dergleichen bereits vorgekommen.«²⁰

18 Michael Georg Conrad, *Spanisches und Römisches. Kritische Plaudereien über Don Emilio Castelar, Pio Nono, den vaticanischen Gott, und andere curiose Zeitgenossen*, Breslau 1877; *Schlesische Volkszeitung*, 23.2.1878, Nr. 45, Beilage, S. 5.

19 Ebd.; Michael Georg Conrad, *Die letzten Päpste. Ketzlerbriefe aus Rom*, Breslau 1878.

20 *Schlesische Volkszeitung*, 23.2.1878, Nr. 45, Beilage, S. 5.

Am 23. März involvierte die *Schlesische Volkszeitung* die Behörden direkt. Der Redakteur des Blattes Dr. Arthur Hager reichte bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Breslau eine offizielle, von ihm selbst namentlich unterschriebene Beschwerde gegen beide Schriften Conrads ein. Der Denunziant berief sich auf §166 des Strafgesetzbuches, welcher Gotteslästerung oder die Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft unter Strafe stellte. Hager wusste sehr wohl, dass Conrad im Ausland lebte und dadurch für die deutschen Gerichte unerreichbar war, und verlangte daher »eine möglichst strenge Bestrafung« des Verlegers.²¹ Aufgrund der geltenden Solidarhaftung waren alle am Produktions- und Vermarktungsprozess beteiligten Personen – vom Verleger bis zum Verbreiter – für den Inhalt der Schrift mitverantwortlich und durften im Falle eines Verstoßes gegen die Strafgesetze zur Verantwortung gezogen werden.²² Hager hatte für die Staatsanwaltschaft schon sorgfältig vorgearbeitet und in beiden Büchern die »besonders charakterisierenden Stellen« bunt markiert. Jede einzelne inkriminierte Passage ging schließlich im Lichte des Pressegesetzes auf das Konto von Schottlaender und konnte dem Verleger vor Gericht zum Verhängnis werden. Auch ergänzte Hager seine Beschwerde durch eine mit Seitenangaben versehene Spezifizierung der verschiedenen Vergehen, die er in beiden Texten Conrads entdeckt zu haben glaubte. Er hatte sie u. a. folgenden Kategorien zugeordnet: Gotteslästerungen, Verhöhnungen der Religion im Allgemeinen, der christlichen Abendmahlslehre, Beschimpfungen des Katholizismus, des Papsttums, der Dogmen von dem unfehlbaren Lehramte des Papstes und von der unbefleckten Empfängnis. Zur Wirkungsverstärkung pochte Hager zum Schluss noch auf den vermeintlich universalen Charakter seines Anliegens: »Hiermit dürfte ein Einschreiten im staatlichen und allgemein christlichen, nicht bloß katholischen Interesse wohl geboten scheinen.«²³ Mitte April trug die consequente Diffamierung Schottlaenders ihre ersten Früchte. *Spanisches und Römisches* und *Die letzten Päpste* von Conrad wurden in der Verlagsbuchhandlung polizeilich beschlagnahmt.²⁴

Der Prozess gegen Schottlaender fand am 18. Dezember 1878 vor der zweiten Criminal-Deputation des Königlichen Stadtgerichts in Breslau statt. Die Verhandlung dauerte zweieinhalb Stunden und lieferte allen lokalen Zeitungen

21 Der volle Text dieser Beschwerde wurde im Nachhinein in der Schlesischen Volkszeitung abgedruckt: 22.12.1878, Nr. 295, Beilage, S. 6.

22 Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen siehe Wolfram Siemann (zus. mit Andreas Graf), Verbote, Normierungen und Normierungsversuche, in: Georg Jäger (Hrsg., zus. mit Dieter Langewiesche/Wolfram Siemann), Geschichte des Deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Das Kaiserreich 1870-1918, T. 1, Frankfurt a. M. 2001, S. 87-121, hier vor allem den Abschnitt »Presse, Buchhandel und Verlagswesen in Abhängigkeit vom Strafrecht«, S. 95-100.

23 Schlesische Volkszeitung, 22.12.1878, Nr. 295, Beilage, S. 6.

24 Siehe dazu Schlesische Volkszeitung, 12.4.1878, Nr. 85, Beilage, S. 5; Schlesische Volkszeitung, 16.4.1878, Nr. 88, Beilage, S. 5; Schlesische Zeitung, 16.4.1878, Nr. 179, 1. Beilage.

willkommenen Stoff für eine umfangreiche Berichterstattung. Die Richter gaben dem Redakteur der *Schlesischen Volkszeitung* Hager recht und urteilten, dass sich in beiden Büchern in der Tat einige strafbare Stellen befanden, welche die katholische Religion verhöhnten. Somit durfte Schottlaender keine inhaltlichen, sondern lediglich formelle Einwände erheben. In Bezug auf *Spanisches und Römisches* konnte er eine Verjährung nachweisen, weil sich das Buch bereits seit Mai 1877, also seit mehr als sechs Monaten auf dem Markt befand. Ansonsten setzte sich der Verleger mit seiner Verteidigungsstrategie nicht durch. Das Gericht gab Schottlaenders Argument, dass er wegen überhäufte Geschäfte die inkriminierten Schriften nicht persönlich lesen konnte, kein Gehör. Auch der Tatsache, dass manche Kapitel bereits im Feuilleton der *Schlesischen Presse* vorab gedruckt worden waren, ohne auch für die kleinste Aufregung zu sorgen, maßen die Richter keine Bedeutung bei. In Bezug auf *Die letzten Päpste* wurde Schottlaender letztendlich eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausführung seiner Verlagsgeschäfte attestiert. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldbuße, eventuell 30 Tage Gefängnis, gegenüber den von der Anklage verlangten 500 Mark oder 100 Tagen Gefängnis. Darüber hinaus wurde die Vernichtung von *Spanisches und Römisches* samt den dazugehörigen Platten und Formen beschlossen. Da es technisch machbar war, sollten in *Die letzten Päpste* nur die strafbaren Stellen entfernt werden.²⁵

Die *Schlesische Volkszeitung* genoss diesen Erfolg in vollen Zügen und erinnerte ihr Publikum unter der Überschrift »Unser Kampf gegen die Schottländer'schen, die Religion verhöhrenden Verlagsartikel« nachdrücklich an die eigenen Verdienste. Der uneingeschränkte Applaus des Blattes galt außerdem den Breslauer Richtern:

»Unsere Leser werden sich entsinnen, daß wir vorigen Winter wochenlang gegen die bei Schottländer hierselbst erschienenen Conradschen Pamphlete zu Felde zogen [...]. Wir ließen uns in unserem Kampf nicht irre machen, obwohl selbst einzelne Freunde unserer Sache sagten: ›Was soll das? Es hilft euch doch nichts!‹ Wir blieben fest und unterstützten, um unsere Forderung in der Zeitung zu verstärken, dieselbe mit Einreichung einer Denunciation bei der kgl. Staatsanwaltschaft. Schon damals erreichten wir alsbald die vorläufige Confiscation der gedachten Broschüren und gestern endlich erreichten wir auch ein richterliches Urtheil, welches Tausende zu dem Ruf veranlaßt hat: ›Il y a encore de juges en Prusse!‹«²⁶

Trotz der ganzen Euphorie wollte die *Schlesische Volkszeitung* bei ihren Lesern den Eindruck von Unvoreingenommenheit erwecken. Denn sie lieferte keinen

25 Über den Verlauf des Prozesses und das gefällte Urteil siehe Breslauer Zeitung, 19.12.1878, Nr. 593, 1. Beilage; Schlesische Zeitung, 19.12.1878, Nr. 592; Schlesische Presse, 19.12.1878, Nr. 887.

26 Schlesische Volkszeitung, 20.12.1878, Nr. 293, Beilage, S. 6.

eigenen Prozessbericht, sondern übernahm stattdessen die umfangreiche Berichterstattung der *Breslauer Zeitung*.

Auch dieser Sieg stimmte das katholische Blatt nicht milder. Da die *Schlesische Presse* und sogar die *Breslauer Zeitung* in ihren Prozessberichten den Namen des Denunzianten offen genannt hatten, veröffentlichte die *Schlesische Volkszeitung* im Nachhinein den vollen Text der ursprünglichen Beschwerde vom März 1878 und spie erneut Gift und Galle über den »Jude[n] Schottlaender«. Eigentlich hätte man sich ein noch härteres Urteil gewünscht, setzte das Blatt nach:

»Nur die Verjährung hat Herrn Schottländer vor einer voraussichtlich sehr empfindlichen Gefängnißstrafe geschützt. Selbstverständlich gönnten wir ihm Letzteres, freuen uns aber im Interesse des christlichen Volkes darüber, daß die gotteslästerliche Schrift eingestampft werden muß.«²⁷

Der Autor Conrad wurde auch diesmal fast gänzlich übergangen. Über ihn hieß es nur, dass »der Schottländer'sche Pamphletist« ein in Italien lebender Freimaurer und »zwar Meister vom Stuhle« sein sollte. Im Fokus der *Schlesischen Volkszeitung* standen einzig und allein der Breslauer Verleger und seine Konfession. Das Blatt witterte sogar die Möglichkeit einer ominösen jüdischen Verschwörung im Breslauer Presse- und Gerichtsmilieu:

»Es hat uns daher im vorliegenden Falle natürlich auch nicht im Mindesten berührt, daß in der ›Schl. Presse‹ und in der ›Bresl. Ztg.‹ der Name des, das staatsanwältliche Einschreiten veranlassenden Dr. Hager öffentlich genannt wurde, obwohl dessen Name, wie uns heut von einem Ohrenzeugen mitgetheilt wird, in der ganzen öffentlichen Verhandlung nicht erwähnt worden ist, derselbe also nur durch Indiscretion wahrscheinlich seitens gewisser, diesen Blättern nahestehender und nicht näher zu bezeichnender Judenjünglinge aus den Acten verrathen worden sein kann.«²⁸

Die problematische Wahrnehmung Schottlaenders in der Gelehrtenrepublik

Für die Wahrnehmung von Salo Schottlaender und seinem Verlag ist allerdings noch ein weiteres Phänomen im engeren Zirkel der Literatenrepublik zu registrieren. Bei geschäftlichen Konflikten oder privaten Animositäten machten sich auch hier stereotype Reflexe bemerkbar. Selbst jüdische Intellektuelle wollten in Schottlaender keinen gleichberechtigten Partner, sondern vielmehr eine moderne Reinkarnation des Wucherers, einen verhassten Kapitalisten sehen, und frohlockten über seine geschäftlichen Missgriffe und Misserfolge. Dies galt etwa für den verdienstvollen frühen Heine-Forscher, den Mitgründer der *Jüdischen Presse*, den späteren Herausgeber der *Allgemeinen Zeitung des Judentums*

²⁷ Schlesische Volkszeitung, 22.12.1878, Nr. 295, Beilage, S. 6.

²⁸ Ebd.

und Mitbegründer und Vorstandsmitglied der »Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums« Gustav Karpeles.²⁹ In den Jahren 1878/79 berichtete Karpeles dem Verleger George Westermann in Braunschweig schadenfroh über Schottlaenders massive Kürzungen und Einsparungen bei der gerade von ihm übernommenen Zeitschrift *Nord und Süd*. Karpeles selbst redigierte zu diesem Zeitpunkt von Berlin aus die noblen *Westermanns Monatshefte*, war mit jeglichen Verlagsangelegenheiten bestens vertraut und deutete die Schritte Schottlaenders keinesfalls nur als eine übliche Geschäftsmaßnahme. Er verfolgte systematisch und mit großem Interesse die weitere Entwicklung von *Nord und Süd*. Karpeles setzte darauf, dass Schottlaender mit seiner Finanzpolitik sein neues Blatt schnell zugrunde richten und *Westermanns Monatshefte* der unliebsamen Konkurrenz entledigen würde. Mit auffällig großem Vergnügen zitierte Karpeles seinem Verleger Westermann gegenüber aus einem Brief von Karl Emil Franzos, nach dessen Meinung Schottlaender nur »zufällig mit neuen Büchern statt mit alten Hosen handle!«³⁰.

Auch Theodor Fontane und Paul Heyse konnten sich im Jahre 1885 spitze Bemerkungen über den Breslauer Verleger nicht verkneifen. Auf Bestellung des Herausgebers Paul Lindau hin hatten beide der Zeitschrift *Nord und Süd* ihre Gedichte zum 70. Geburtstag Bismarcks eingesandt. Unangenehm überrascht über die bei ihnen eingegangenen Honorare legten Fontane und Heyse in ihrer privaten Korrespondenz ihre ganze Ablehnung und Verachtung für den Geldmagnaten Schottlaender an den Tag. Fontane berichtete Heyse, dass er aus Protest auf das Geld verzichtet habe: »Wundervoll war dann am Schluß der die Honorarfrage behandelnde Brief der Firma Schottlaender. Kümmerlicheres habe ich lange nicht gelesen. Und vielfacher Millionär! Ich schrieb ihm, »es wäre mir eine Ehre gewesen.« Heyse teilte die Empörung seines Freundes, aber glaubte nicht an eine einschlagende Wirkung von Fontanes Beschämungsversuch: »Was den Breslauer Millionär betrifft, so wird er zu der ›Ehre‹, die Du Dir daraus gemacht, sich ins Fäustchen oder ins Portemonnaie gelacht haben. Ich habe ihm geantwortet, er möge 40 Mk. in meinem Namen an die Schillerstiftung schicken. Tu künftig ein Gleiches.«³¹

Auffälligerweise ist es Schottlaender auch nie gelungen, die in seinem Verlag vertretenen namhaften Autoren dauerhaft an sich zu binden. Nach einer in der Regel recht kurzen Zeit wechselten sie allesamt zu anderen Häusern. Gescheitert

29 Zur Person Karpeles und zu seinen Verdiensten um das jüdische Schrifttum siehe die Beiträge in: Jüdisches Volksblatt. Unabhängiges Organ für die Interessen von Gemeinde, Schule und Haus, 30.7.1909, Nr. 31.

30 Gustav Karpeles an George Westermann, 28.11.1878, Westermann Unternehmensarchiv Braunschweig, WUA 1/359. Weitere Urteile von Karpeles über die Geschäftsführung Schottlaenders finden sich in den Briefen an Westermann vom 3.12.1878, 9.12.1878, 18.7.1879 und 2.10.1879, Westermann Unternehmensarchiv Braunschweig, WUA 1/359.

31 Fontane an Heyse, 24.4.1885, in: Gotthard Erler (Hrsg.), Der Briefwechsel zwischen Theodor Fontane und Paul Heyse, Berlin/Weimar 1972, S. 163; Heyse an Fontane, 25.4.1885, in: ebd., S. 164.

waren auch mehrere Versuche Schottlaenders, einzelne Größen des damaligen Literaturbetriebs wie etwa Paul Heyse oder Georg Ebers von ihren angestammten Verlegern abzuwerben und in seine Verlagsbuchhandlung zu überführen. Dabei spielte der finanzielle Aspekt keinesfalls eine ausschlaggebende Rolle. Die späteren Lästler Fontane und Heyse hatten Anfang der 1880er-Jahre Schottlaender nämlich noch von seiner besten und großzügigsten Seite kennengelernt. Und trotzdem entschieden sich beide gegen eine feste Zusammenarbeit mit ihm.³² Schottlaender pflegte sich bei der Kontaktabahnung prinzipiell sehr generös zu zeigen. Prominenten Autoren bot er ohnehin automatisch sehr günstige Konditionen in der Hoffnung, die berühmten Namen nicht nur in seinen Zeitschriften, sondern schließlich auch in seinem Buchverlag vertreten zu sehen. Und dennoch und trotz aller dazugehörigen Verkaufsrhetorik liest sich die Einführung im Verlagskatalog von 1899 eigentlich wie eine Art Requiem auf die verflossene Glanzzeit des Unternehmens:

»Der Katalog selbst möge kundthun, in welchem Maße der Verlag an Umfang gewachsen ist, sowie daß er auf der litterarischen und künstlerischen Höhe sich behauptet hat. Er weist Namen von bestem Klange auf, und bei seinem Durchblättern wird man erkennen, *daß mancher heute hochgefeierte Autor in den Anfängen seiner litterarischen Laufbahn mit unserem Verlage verknüpft ist.*«³³

Was diesen Abgang jeweils verschuldet hat, bleibt eine offene Frage. Auf jeden Fall stand Schottlaender im Zeitalter der großen Verlegerpersönlichkeiten und der generell engen privaten Freundschaften zwischen Autoren und ihren Verlegern ziemlich isoliert da. Zum typisch intellektuellen Dünkel gegenüber dem schnöden Geschäftsmann gesellte sich in diesem Fall auch eine Voreingenommenheit gegenüber dem jüdischen Großverleger Schottlaender.

32 Siehe Bonter, Paul Heyse.

33 Verlagskatalog der Schlesischen Verlags-Anstalt v. S. Schottlaender in Breslau 1899, Deutsches Buch- und Schriftmuseum Leipzig, Sammlung Verlagskataloge (Hervorh. U. B.).

Vier Lebensbilder jüdischer Autoren aus Schlesien

Hans Otto Horch

Ephraim Moses Kuh (1731-1790)¹

Zwei Jahre, nachdem Ephraim Moses (gelegentlich auch Moses Ephraim) Kuh am 3. April 1790 in seiner Heimatstadt Breslau im Alter von fast 59 Jahren gestorben war, erschienen im renommierten Züricher Verlag Orell, Geßner, Füßli und Comp. zwei Bändchen mit den *Hinterlassenen Gedichten* des Dichters.² Das erste Bändchen war über die Hälfte ausgefüllt mit einer Biografie Kuhs, die der Breslauer Gelehrte und Nachlassverwalter Moses Hirschel verfasst hatte (Kuh, Bd. 1, 21-152). In der Vorrede, die von dem christlichen Arzt Dr. Johann Joseph Kausch (1751-1825) stammt – seines Zeichens Doktor der Arzneikunde und wirklicher Königlich Preußischer Kreisphysikus in Militsch (Milicz, Schlesien) sowie Mitglied der Kurmainzischen Akademie der Wissenschaften zu Erfurt –, werden die Leserinnen und Leser mit der Besonderheit des vorgelegten Œuvres bekannt gemacht. Diesem Werk eines jüdischen Dichters nämlich habe es »an jener Vollendung und Sichtung« gefehlt, die Voraussetzung für die Publikation sei, und so habe neben ihm selbst vor allem der »deutsche Horaz«, nämlich Karl Wilhelm Ramler (1725-1798), Hand an die Texte gelegt, um den Mangel an »Sprachrichtigkeit und Kritik«, an zuverlässigem Geschmack und professioneller Ausbildung, »welche uns eine gute Institution allein geben kann«, auszugleichen. Ramler habe dabei nur ein Ziel im Auge gehabt, nämlich seiner Liebe für

- 1 Werke: Ephraim Moses Kuh, *Hinterlassene Gedichte*, 2 Bde., bearb. v. Carl Wilhelm Ramler/Johann Joseph Kausch, hrsg. v. Johann Joseph Kausch/Moses Hirschel, Zürich 1792.
- 2 Ausgewählte Literatur: Moses Hirschel, *Biographie des jüdischen Gelehrten und Dichters Ephraim Moses Kuh*, in: ebd., Bd. 1, S. 21-152; Berthold Auerbach, *Dichter und Kaufmann. Ein Lebensgemälde*, Stuttgart 1840; Meyer Kayserling, *Der Dichter Ephraim Kuh. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Literatur*, Berlin 1864; Hans Rhotert, *Ephraim Moses Kuh*, München 1927; Arthur Galliner, *Ephraim Moses Kuh. Ein jüdisch-deutscher Dichter der Aufklärungszeit*, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 5 (1962), Nr. 19, S. 189-201; Regina Maria Seitz, *Verschwiegene Texte. Kritik an der Aufklärung bei Mendelssohn, Behr, Maimon und Kuh*, Ann Arbor, MJ. 1999, S. 197-248; Hans Otto Horch, *Unvollendete »Hedschra«*. Zu Leben und Werk des Breslauer Lyrikers Ephraim Moses Kuh (1731-1790), in: Jörg Deventer/Susanne Rau/Anne Conrad (Hrsg.), *Zeitenwenden. Herrschaft, Selbstbehauptung und Integration zwischen Reformation und Liberalismus Festgabe für Arno Herzog zum 65. Geburtstag*, Münster/Hamburg/London 2002, S. 143-161.

die deutsche Muse »auch im Cirkel der jüdischen Nation einen beliebten Priester« aufzustellen, da er nämlich diese jüdische Nation liebe (Kuh, Bd. 1, 3-20).

Das von Kausch wie von Ramler eingeschlagene Verfahren, Kuhs Gedichte rigoros nach dem Zeitgeschmack zu redigieren, war nicht unüblich. So positiv Kausch allerdings allen Bestrebungen gegenüberstehen mochte, die Situation der Juden zu verbessern und entsprechende Leistungen der Minderheit anzuerkennen, so vorsichtig ist er, Kritik an der offiziösen Politik allzu deutlich zu äußern. Dies beleuchtet den Stand der Judenemanzipation um das Jahr 1790 in Deutschland – zu einer Zeit, als in Frankreich sich durch die Revolution bereits ein grundlegender Wandel abzeichnete. Auch in den »Nacherinnerungen« am Ende des zweiten Bändchens (Kuh, Bd. 2, 190-273), in denen Kausch weitere Texte aus Kuhs Nachlass mit Kommentaren vorlegt, wird die etwas ambivalente Einstellung gegenüber der »noch immer im Ganzen in der Litteratur zurückstehende[n] jüdische[n] Nation« deutlich: Ramler erscheint nun als die Selbstlosigkeit in Person, dem es Kuh einzig zu verdanken hat, überhaupt ins Licht der Öffentlichkeit gekommen zu sein.

Der 1754 in Breslau geborene Gelehrte Moses Hirschel, der 1804 zum katholischen Christentum übergetreten ist und den Vornamen Christian Moritz angenommen hat, schreibt seine Biografie Kuhs als engagierter Jude, der eine harmonische Zusammenarbeit von Juden und Christen im Zeichen der Aufklärung herbeisehnt und zu Teilen bereits realisiert wähnt. Gerade weil man den Juden bis ins 18. Jahrhundert hinein »alle Empfindung fürs Schöne, Gute, Edle, kurz für alle Künste und Wissenschaften so ziemlich allgemein abgesprochen« habe, müssten nach dem Vorbild von Moses Mendelssohn, Marcus Herz, David Friedländer und Salomon Maimon auch Dichter wie Kuh ein Denkmal erhalten und so im Bewusstsein jüdischer wie christlicher Leser einen angemessenen Platz erhalten – umso mehr, als sie wie die christlichen Autoren auch die Literaturgeschichte Schlesiens zu bereichern vermögen.

Ephraim Moses Kuh wurde am 10. April 1731 als Sohn einer dort seit dem 17. Jahrhundert ansässigen reichen Kaufmannsfamilie in Breslau geboren. Zu dieser Zeit galt in dieser Stadt die Judenordnung von 1702, die den Juden ein Leben nur unter gravierenden Einschränkungen erlaubte. Der junge Kuh sollte, wie sich das für einen aufgeweckten Sohn gehört, Rabbiner werden; an dem hierfür nötigen Studium hatte er aber – trotz seiner Liebe für die hebräische Sprache – keine Freude. Es kam hinzu, dass Kuhs aus Polen stammender Talmud-Lehrer selbst bereits für das rabbinische Fach verloren war und seine Neigung zur Aufklärung, zu den säkularen Wissenschaften förderte. Dieser Lehrer hatte in Berlin studiert und seine Liebe zur deutschen Kultur entdeckt, die er eifrig propagierte; dafür wurde er vom orthodoxen Rabbinat aus der Gemeinde ausgestoßen und musste im Breslauer Hause Kuh sein Dasein als Hauslehrer fristen. Der Vater Kuhs, Moses Daniel Kuh, akzeptierte den Willen des Sohnes und ließ ihn für den Handel ausbilden. Diese Ausbildung implizierte Unterricht in Lesen, Schreiben und Rechnen sowie in modernen Sprachen und Latein – alles Disziplinen, die Kuh ungemein leicht fielen und die ihn zur Lektüre der

bedeutendsten Werke des Altertums und der neueren Zeit führten. All dies waren notwendige Vorbereitungen, um schließlich auch die deutsche Sprache als Instrument der Poesie kennen- und schätzen zu lernen – in der Familie sprach man selbstverständlich jiddisch. Nach dem Tod des Vaters erbt Kuh ein nicht unbeträchtliches Vermögen, das er aber zunächst in der Firma beließ.

1763 überredete ihn sein Berliner Onkel Veitel Ephraim, der als Münzpächter Friedrichs II. zu großem Reichtum gelangt war, als Kassierer bei ihm zu arbeiten. Kuh versah seine neue Stelle gewissenhaft, fühlte sich aber wohler im Kreis um Moses Mendelssohn, wo er seine Bildung arrondierte und nun auch selbst zu dichten begann. In Breslau war Kuh ganz auf sich allein gestellt gewesen, in Berlin fand er die Anregungen, derer seine auf Dialog angelegte Natur bedurfte. Kuh war aber selbstkritisch genug, um nicht von sich aus an die Öffentlichkeit zu treten. Karl Wilhelm Ramler wurde zum Lehrer in Prosodie und Versbau, er war es auch, der dem scheuen, zur Melancholie neigenden Dichter, für den das Rezensionswesen der Zeit ein Gräuel war, den Weg zu Veröffentlichungen seiner Gedichte in Zeitschriften und Almanachen öffnete, so vor allem im *Deutschen Museum*. Kuh war glücklich, von den Freunden anerkannt zu werden, er sammelte als wohlhabender Mann einen wahren Bücherschatz an, und er hatte ein weiches Herz gegenüber Armen und Unglücklichen. Dies wurde ihm zum Verhängnis und kostete ihn sein Vermögen. Von 1768 bis 1770 unternahm Kuh eine ausgedehnte Reise durch Holland, Frankreich, Italien, die Schweiz und einige deutsche Länder. Während dieser Reise musste er wiederholt erleben, dass er als Jude schikaniert und mit Leibzoll belegt wurde. Auf der Rückreise musste er in Gotha offenbar seine ganze noch übrig gebliebene Barschaft als Strafe dafür bezahlen, dass er gewagt hatte, als Mensch und nicht als Jude durch den Zoll zu gehen. Die dadurch hervorgerufene Verbitterung trug mit dazu bei, dass er nach seiner Rückkehr nach Breslau zunehmend depressiv wurde, obwohl er offenbar von seinen Verwandten ohne Vorwürfe aufgenommen und bis zum Lebensende gut behandelt wurde. Kuh war nicht in der Lage, aktiv im Familiengeschäft tätig zu sein; er studierte und schrieb Gedichte, beschäftigte sich mit seinen eigenen Problemen, ohne Rücksicht auf die orthodoxen Glaubenswächter seiner Heimatgemeinde, die seinen Lebenswandel und seine aufgeklärten Ansichten offenbar argwöhnisch verfolgten. Aber auch durch einige seiner christlichen Freunde wurde er in peinliche Situationen gebracht, da sie ihn zur Taufe zu überreden suchten. Seine Neigung zu Melancholie wuchs sich zunehmend zu einer Art Verfolgungswahn aus, der Suizidversuche als möglich erscheinen ließ. Sechs Jahre dauerte diese Krankheitsperiode; erstaunlicherweise aber hielt sie Kuh nicht vom Dichten ab, das offenbar als eine Art Therapie wirkte. Kuh bemühte sich um kompetente Kritik – zunächst bei Gotthold Ephraim Lessing, den er während dessen Breslauer Zeit kennengelernt hatte, dann bei Mendelssohn, der allerdings als Nicht-Poet den poetischen »riens« wenig abgewinnen konnte. Er riet ihm, sich mehr auf »malerische« bzw. lehrhafte Gedichte zu verlegen, was Kuh auch tat. Ohne Willen und Wissen Mendelssohns wurde sein bestes Gedicht in diesem

Genre, eine Ode *Zum Lobe Gottes*, nach Überarbeitung durch Mendelssohn als von diesem selbst stammend veröffentlicht, was Kuh sehr erregte und zu größtem Misstrauen allen gegenüber trieb, die Gedichte von ihm veröffentlichen wollten. Das Gros seiner Gedichte entstand zwischen 1777 und 1786, also dem vorläufigen Ende seiner sechsjährigen Krankheit und einem Schlaganfall, der ihn halbseitig lähmte und zeitweilig der Sprache beraubte. Während dieser Zeit besuchte ihn Salomon Maimon, der ähnliche Konflikte zu bestehen hatte wie Kuh und ebenfalls zwischen verlassenen jüdisch-orthodoxem Milieu und der christlichen Gesellschaft hin- und hergerissen war. Die letzte Lebenszeit wurde Kuh von seiner christlichen Schwägerin versorgt; bis zuletzt schrieb er Gedichte, soweit es ihm die Krankheit erlaubte, beschäftigte sich mit Lektüre vorwiegend poetischer Texte und unterstützte christliche wie jüdische Bedürftige. Kuhs Begräbnis scheint fast zu einem Skandal ausgeartet zu sein; denn seine alten Widersacher in der jüdischen Gemeinde versuchten, ihn am Rand des jüdischen Friedhofs, also in der Ecke der Außenseiter und Abtrünnigen, begraben zu lassen. Das Ansehen der Kuhschen Familie verhinderte dies im letzten Moment, sodass Kuh dann doch noch zu einem angemessenen jüdischen Begräbnis kam.

Moses Hirschel, dem die vorliegende Skizze des Lebenswegs als der einzig verfügbaren biografischen Quelle folgt, musste seinerseits zu nicht unerheblichen fiktionalen Mitteln und sogar zu Anachronismen greifen, um fehlende Fakten ersetzen und Kuh einen angemessenen Platz als einem aufgeklärten Dichter sichern zu können. Er lässt z. B. seinen Dichter lesend in der Rolle Werthers auftreten und eine »Sentimental Journey« u. a. nach Frankreich und Italien unternehmen, stets eine kostbare Bücherkiste im Gepäck wie im Fall des gebildeten Juden in Lessings früher Komödie »Die Juden«. In der Rolle Mendelssohns erlebt Kuh dessen Lavater-Schock nach. Der Tod vollzieht sich gemäß dem biblischen Vorbild Abrahams; ein würdiges Begräbnis muss allerdings – entsprechend der Frontstellung der Tradition gegenüber der Aufklärung – der Orthodoxie Breslaus abgerungen werden. Die Lektüre der Vorrede Kauschs lässt freilich Hirschels Stilisierung der Vita als verständlich erscheinen, denn der christliche Arzt wendet sich gegen die harsche Kritik des Biografen an der Intoleranz der Christen und verweist auf den Staat als alleinige Instanz einer »bürgerlichen Verbesserung«. Kuh selbst aber hatte unter dem Titel *Der Zöllner in E. und der reisende Jude* (Kuh, Bd. 1, 187) das Problem schnörkellos auf den Punkt gebracht:

»Z. Du, Jude, mußst drei Thaler Zoll erlegen.
 J. Drei Thaler? so viel Geld? mein Herr weswegen?
 Z. Das fragst du noch? weil du ein Jude bist.
 Wärest du ein Türk, ein Heid', ein Atheist,
 So würden wir nicht einen Deut begehren;
 Als einen Juden müssen wir dich scheren.
 J. Hier ist das Geld! – Lehrt euch dieß euer Christ?«

Die Lebensgeschichte Kuhs bezeugt also die Dialektik der Aufklärung, die das Projekt der Emanzipation von vornherein mit einer schweren Hypothek belastet. Kuhs relative Bekanntheit in seiner Zeit ist weniger seiner poetischen Potenz als seinem Judentum geschuldet, was dem Dichter selbst völlig klar war. Die Größenordnung, die sich Kuh selbst zubilligt, wird im programmatisch am Anfang platzierten Gedicht *An die Kritiker* (Kuh, Bd. I, 155) deutlich:

»Seid nicht zu streng', ihr Künsterichter!
 Verwerft nicht ganz der Dichter Müh',
 Verschiedne Vögel sind die Dichter,
 Verschieden ist die Melodie:
 Die Lerche Ramler singt im Steigen,
 Der Hänfling Geßner singt in Zweigen;
 Ich sums', als kleiner Kolibri.«

Der Kolibri ist ein nicht nur winziger, sondern auch exotischer Vogel, so exotisch, wie eben ein Jude auf dem deutschen Parnass erschienen sein mag, verglichen mit zeitgenössischen Literaturgrößen wie Ramler oder Salomon Geßner.

Immer wieder thematisiert Kuh seine Außenseiterstellung als Jude, der er eine ganze Reihe von Gedichten gewidmet hat. So wird die ungleiche Behandlung eines Kurfürsten und eines polnischen Juden bezüglich des Glaubenswechsels zum Gegenstand des Gedichts *Der polnische Jude, der ein Christ ward* (Kuh, Bd. I, 157):

»Ein grosser Kuhrfürst, dem kein Mangel droht,
 Verläugnet die Religion
 Um einen neuen Titel, einen neuen Thron:
 Und mich – mir fehlen Dach und Brodt –
 Mich tadelt ihr mit bitterm Hohn.«

Angespielt wird auf den sächsischen Kurfürsten August II., genannt der Starke, der 1697 katholisch wurde und so mit Unterstützung Österreichs die polnische Königswürde erlangte, während die polnischen Juden der pure Mangel an den einfachsten Lebensmitteln zur Konversion führte. Zugleich klingt hier auch die Schizophrenie der christlichen Gesellschaft an, die einerseits die Juden zu bekehren sucht, die Bekehrten dann aber keineswegs gleichberechtigt in ihre Reihen aufnimmt, sondern ihnen das Verlassen ihrer Religion zum Vorwurf macht.

Typisch anakreontisch ist das Gedicht *An den Paris* (Kuh, Bd. I, 186), in dem das Hauptthema der Liebe in mythologischer Variante vorgeführt wird, nämlich als Urteil des Paris.

»Drei nakende Göttinnen,
 Die schönsten, Paris, sahest du,
 Und bliebst bei deinen Sinnen?
 Dieß könnte nicht der Dichter Kuh.
 Säh' ich ein Mädchen nakend stehen,

Vergiege Hören mir und Sehen.
 Doch wie? auch dir vergiege der Sinn;
 Sonst hättest du, bei meinem Leben!
 Der Venus, der Betrügerinn,
 Den schönen Apfel nicht gegeben.«

Auffallend ist, dass der Verfasser sich selbst ganz direkt als »Dichter Kuh« mit ins Spiel bringt und gleichsam in ein Gespräch mit Paris eintritt. Was in der Mythologie nur den Anschein der Kühle und Unbeteiligtheit hervorruft, nämlich der Anblick eines nackten Mädchens, wird beim lebendigen Poeten zum unmittelbaren erotischen Schauer. Im Umkehrschluss allerdings wird nun diese unmittelbare Reaktion auch auf Paris bezogen, die Mythologie also gleichsam revitalisiert.

Direkt im Visier des Gedichts *Der Donner des Hofes* (Kuh, Bd. 2, 31) ist die höfische Sphäre als eine Welt, in der die Größe geschmäht, die kleine Gesinnung aber als nützlich akzeptiert wird.

»Der Donnerstrahl
 Verlezt Stahl,
 Die weiche Scheide nicht.
 Der neidische Tyrann
 Verfolgt den grossen Mann,
 Und schont den schlechten Wicht.«

Die Bildebene des Donners verweist auf die gleichsam naturwüchsige Qualität der Tyrannei, wie überhaupt im 18. Jahrhundert vor der Französischen Revolution in Deutschland kaum direkte politische Kritik geäußert wird, die etwa auf eine Revolutionierung des feudalen Systems abgezielt hätte – Fürstenerziehung schien den aufgeklärten Schriftstellern gegenüber Tyrannenmord die humanere Art einer Änderung des Herrschaftssystems zu sein. Die zahlreichen Gedichte auf Friedrich II., dessen menschenfeindliche Züge heute neben seinen aufgeklärten immer bewusster werden, zeigen, wie sehr man im Bann des aufgeklärten Absolutismus stehen blieb. Kuhs Zweizeiler *Unter ein Bildnis Friedrichs II. (Der Antonins Statue betrachtet)* (Kuh, Bd. 2, 102):

»Die ganze Welt sieht nur auf ihn,
 Und er nur auf den Antonin.«

ist zweifellos ein Beispiel der Friedrich-Verehrung; verglichen mit den anderen von ihm durchreisten Ländern war Preußen geradezu als liberaler Rechtsstaat erschienen. Dennoch ist der Zweizeiler in seiner Aussage ambivalent: denn Friedrich blickt auf den spätrömischen Kaiser Antoninus Pius, dessen Herrschaft (138-161) zwar als eine der besten der Kaiserzeit gilt, der aber durch seine Unterstützung der traditionellen römischen Religion und durch die Unterscheidung von privilegierten »Honestiores« und nichtprivilegierten »Humiliores« die bestehenden Ungleichheiten zementiert hat. So üblich die Ausrichtung der

absolutistischen Herrscher des 18. Jahrhunderts auf das Imperium Romanum und insbesondere auf die Kaiserzeit war – bei zunehmendem Wissen über die Antike konnten solche Bezüge durchaus auch einen kritischen Reflex erzeugen.

Kuh hat insgesamt wohl an die 5000 Gedichte verfasst, von denen etwa ein Zehntel veröffentlicht wurde. Kein Zweifel: Der Breslauer Poet gehört nicht in die erste Reihe der Dichter seiner Zeit, wohl nicht einmal in die zweite. Seine Bedeutung liegt darin, dass er als orthodox erzogener und sich unter großen Mühen säkular-westlich bildender Jude überhaupt dazu kam, in deutscher Sprache zu dichten. Dass er dabei nicht sehr originell war, ist kaum verwunderlich. Auch Mendelssohn hat sich nicht als Originalphilosoph verstanden, sondern gleichsam als Generalist, der das theologisch-philosophische sowie ästhetische Wissen seiner Zeit aufnahm und im Verein mit anderen an dessen Systematisierung und Popularisierung großen Anteil hatte. Gleichwohl ist das Auftreten der ersten deutschsprachigen jüdischen Dichter im 18. Jahrhundert bedeutsam: Sie markieren, wie unvollkommen auch immer, die Anfänge der deutsch-jüdischen Poesie, die in Heinrich Heine einen ersten weltliterarisch bedeutsamen Höhepunkt erreichen sollte und im 20. Jahrhundert zu einem mächtigen produktiven Gipfel geführt hat.

Alfred Kerr (1867-1948)¹

Alfred Kerr wird am 25. Dezember 1867 in Breslau, Schuhbrücke 54, geboren. Seine Familie gehört zum wohlhabenden Bürgertum. Der Vater Emanuel Kempner entstammt einer jüdischen Familie, die mit Wein handelt. Er hat zunächst am Ring eine Weinhandlung und seit Anfang der siebziger Jahre an einer repräsentativen Stelle, in der Schweidnitzer Straße 27, gegenüber dem Stadttheater eine Weinstube, die er mit einem französischen Sozios führt. In dieses Haus zieht auch die Familie um. Im Lokal verkehren das gut situierte Breslauer Bürgertum und polnische Aristokraten, zumal der Vater beide Sprachen beherrscht. Auch die Mutter Helene entstammt einer wohlhabenden jüdischen Familie. Ihr Vater Abraham M. Calé »war in dauernder Geschäftsverbindung mit polnischen Gutsbesitzern«, galt aber nach dem Zeugnis des Enkels auch als »vielbewunderte, allverehrte Schwerenotsgestalt, zumal seit er den Polizeipräsidenten von Breslau in reaktionären Sturmjahren verprügelt hatte«. Die Eltern sind deutsch gesinnte assimilierte Juden. Zwar lernt Kerr früh Diskriminierungen als Jude kennen, doch bekennt er: »die Sonderung war unnützlich«. Auf der Schule und an der Universität habe es keine »Sonderung« gegeben. Die jüdische Religion bleibt dem rational denkenden Kerr fremd, der sich an der von der technisch-wissenschaftlichen Revolution geprägten Gegenwart orientiert, freilich gesteht er, er habe »die Herkunft von diesem Fabelvolk immer als etwas Beglückendes gefühlt«. Ein Bewusstsein der Andersartigkeit, Besonderheit im deutschen Umfeld prägt Kerr und erklärt sicher unter anderem sein deutliches Selbstbewusstsein und seine Neigung, öffentlichem Streit nicht aus dem Weg zu gehen. Kerr wird durch französische Gouvernanten, danach von der Tochter eines ostpreußischen Gutsbesitzers erzogen. Später besucht er das Gymnasium St. Elisabeth. Als Sechzigjähriger bekennt er, durch den Griechisch- und Deutschlehrer Hermann Zimpel sehr geprägt worden zu sein: »Gedrängte Kraft. Selbstzucht. Kategorischer Imperativ. [...] Später kam

1 Werke: Godwi. Ein Kapitel deutscher Romantik, Berlin 1898; Die Welt im Drama. 5 Bde., Berlin 1917; Die Harfe, Berlin 1917; Die Welt im Licht, 2 Bde., Berlin 1920; New York/London, Berlin 1923; O Spanien!, Berlin 1924; Yankeeeland, Berlin 1925; Caprichos. Strophen des Nebenstroms, Berlin 1926; Es sei wie es wolle, es war doch so schön, Berlin, 1928; Die Allgier trieb nach Algier, Berlin 1929; Eine Insel heißt Korsika, Berlin 1933; Die Diktatur des Hausknechts, Bruxelles 1934, Neuaufgabe, hrsg. v. Walter Huder, Hamburg 1981; Melodien, Paris 1938; Walter Rathenau. Erinnerungen eines Freundes, Paris 1938; Ich kam nach England. Ein Tagebuch aus dem Nachlaß, hrsg. v. Walter Huder/Thomas Koebner, Berlin 1979; Werke in Einzelbänden, hrsg. v. Hermann Haarmann/Günther Rühle, Berlin 1989-2013; Wo liegt Berlin? Briefe aus der Reichshauptstadt, hrsg. v. Günther Rühle, Berlin 1997; Mein Berlin. Schauplätze einer Metropole, Berlin 1999; Warum fließt der Rhein nicht durch Berlin? Briefe eines europäischen Flaneurs, hrsg. v. Günther Rühle, Berlin 1999.

Gerhart Hauptmann, der hat den tieferen Eindruck gemacht; jedoch er hat den stärksten gemacht.« Schon früh zeigt sich die Liebe zum Theater gegenüber dem Wohnhaus:

»Also Wallenstein (Galerie). Nibelungen (unter Angelo Neumann). Meininger: Wilhelm Tell. Keine Darstellung des Don Juan als Gymnasiast versäumt; ich trank diese Musik. Beim Einzug der Gäste auf der Wartburg stets gekugelt. Trotzdem durch den Tannhäuser bis zum Schulschwänzen erregt.«

Die Liebe zur Musik wird gefördert durch den Klavier- und Bassunterricht bei Professor Bohn, dem Organisten der Kreuzkirche. In den Sommerferien fährt Kerr mit den Eltern ins Riesengebirge, oft in die Grafschaft Glatz, und nach Böhmen. In seinen Reisebildern in *Die Welt im Licht* (1920) und *Es sei wie es wolle, Es war doch so schön* (1928) berichtet Kerr liebevoll von Wanderungen durch seine schlesische Heimat. »Die Erinnerung an den Wölfelsfall hat mir noch den Niagara bißl entwertet.« Schon als Schüler packt ihn auch der Drang in die Ferne – so mit einer Wanderung durch das Lahntal. Später wird Kerr fast alle deutschen Landschaften erwandern und bereisen, schließlich auch ferne Länder und Erdteile, unter anderem Palästina (1903) und Amerika (zuerst 1914).

Obwohl der Vater in den achtziger Jahren seinen Anteil am Weinrestaurant verkauft und durch das Scheitern als Fabrikbesitzer in finanzielle Schwierigkeiten gerät, kann er seinem Sohn ein Studium ermöglichen – in Germanistik und Geschichte zunächst an der Breslauer Universität. Dort hört Kerr unter anderem »den edlen alten Nibelungenkenner Karl Weinhold«. Ansonsten erinnert er sich später an ausgedehnte Saufgelage mit anderen Studenten »nach dem Kolleg«. Schon der 15-jährige Schüler nennt sich mit dem Nachnamen Kerr – als Zusammenziehung aus Kempner. Der Grund liegt in der Assoziation des Vaternamens mit der schlesischen Dichterin Friederike Kempner: »Sie war meine Tante nicht. Sie waar es nichttt!!!« Die offizielle Erlaubnis zur Führung dieses Künstlernamens erteilt ihm die preußische Regierung erst 1911. Ein Aufsatz über den Breslauer Arzt Balthasar Ludewig Tralles, einen Gegner Lessings, ist Kerrs erste Publikation. Die Berliner *Tägliche Rundschau* nimmt ihn an, nachdem ihn die *Breslauer Zeitung* abgelehnt hatte. Seine Heimatstadt beschreibt Kerr später in den Texten *Liebes Breslau* und *Breslau im Kriege* mit dem distanzierten Blick des Weitgereisten, der dennoch im Vertrauten der Kindheit ein Stück Identität wiederentdeckt. In *Gerhart Hauptmann in Breslau* beschreibt er eine Begegnung zwischen dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert und dem Dichter Gerhart Hauptmann in der Oderstadt aus Anlass von dessen sechzigstem Geburtstag, die 1922 stattgefunden hat. Beide werden von den Breslauern in volksfestartiger Begeisterung gefeiert:

»Seit hundert Jahren ist in Deutschland kein Dichter so gefeiert worden. [...] Wir haben viel verloren [...] und einiges gewonnen. Sichtbar auf der Sonnenseite wird manchmal ein Aufstieg in der Gesittung. Breslau – sollst leben!«

Kerr hat sich sein Leben lang zu seiner schlesischen Herkunft bekannt: »Immer noch hör ich das schlesische Wort ›Madaamerle!‹, auch von Droschkenkutschern, wenn wir einstiegen, zu meiner Mutter. Sie antwortete lachend schlesisch. Immer, wenn ich nachmals im sogenannten Braus des Daseins einen Schlesier traf (und an der Sprechart sofort erkannte), floß ein heimatliches Glücksgefühl über mich.« In seinem ersten Berliner Haus am Rande des Grunewald richtet er sich ein schlesisches Zimmer ein mit Möbeln seiner Eltern.

Ab 1887 setzt Kerr das Studium in Berlin bei Erich Schmidt, dem »Weltmann auf dem Katheder« und »noblen Germanisten« fort. 1894 promoviert er mit einer Arbeit über Clemens Brentanos frühen Roman *Godwi*. Neben dem Studium vermittelt ihm die »Germanistenkneipe« Kontakte. Hier lernt er unter anderem viele Mitwirkende der Freien Bühne kennen, insbesondere deren Direktor Otto Brahm, den Kerr 1912 in einem Nachruf als den »deutschen Schöpfer eines europäischen Schauspiels« und »tiefsten Bahnbrecher seit Jahrhunderten« feiert. Durch Brahm lernt Kerr Henrik Ibsen und Gerhart Hauptmann schätzen; die Freie Bühne ist für ihn der Ort, an dem gegen massive Widerstände »alles Moderne im kommenden Drama« durchgesetzt werde. Das »Seelentheater« Brahms verteidigt Kerr später immer wieder gegen das Illusions- und »Mätzchentheater« Max Reinhards. Otto Brahm gelingt es, Kerr von einer Karriere als Wissenschaftler abzuhalten und ihn endgültig für den Beruf des Kritikers zu gewinnen. Ab 1895 beginnt Kerr für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften Theaterkritiken zu verfassen, unter anderem für *Magazin für Literatur*, *Neue Rundschau*, *Breslauer Zeitung*, *Königsberger Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Zeitung*, *Aktion*. Sein wichtigstes Medium wird bis 1919 die Berliner Tageszeitung *Tag*. Von 1912 bis 1915 ist er Mitbesitzer und Herausgeber der Zeitschrift *Pan*, die im Verlag Cassirer erscheint.

Kerr, weder Bismarck-Anhänger noch Kaiserfreund, lässt sich nur kurz von der nationalistischen Stimmung beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges mitreißen. Zunächst eher ein Vertreter einer bewusst einsiedlerischen Existenz wird er zum Kosmopoliten und überzeugten Demokraten; als Gegner von politischen Ideologien misstraut er der Macht. Schon früh prangert er die Schrecken des Krieges an. 1917 heiratet Kerr Inge Thormählen, die ein Jahr später einer Grippeepidemie zum Opfer fällt. 1920 heiratet er dann die Musikerin Julia Weissmann; die beiden haben einen Sohn (Michael) und eine Tochter, die bekannte Jugendbuchautorin Judith Kerr (*Als Hitler das rosa Kaninchen stahl*). Schon 1904 publiziert Kerr eine erste Sammlung seiner Theaterrezensionen unter dem Titel *Das neue Drama*. 1917 erscheint dann die fünfbändige Ausgabe seiner Rezensionen *Die Welt im Drama*, 1920 die Sammlung der Reisefeuilletons *Die Welt im Licht*. Es folgen weitere Reisebücher. Zusätzlich sammelt Kerr seine Gedichte, die er zuerst verstreut in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht (*Die Harfe*, 1917; *Caprichos*, 1926; *Melodien*, 1938). Von 1919 bis 1933 ist Kerr Theaterkritiker des im gebildeten Bürgertum einflussreichen, im Berliner Mosse-Verlag erscheinenden *Tageblatts*. Schon früh warnt Kerr in Zeitungs- und Rundfunkkommentaren vor den Nationalsozialisten: »Was Hitler,

der Mann des gebrochenen Ehrenworts, auch dreist dagegen lügen mag – die Herrschaft der NSDAP bedeutet Krieg! Letztes Elend! Deutschlands Zerfall!« Zugleich tritt Kerr für eine Volksfront ein. Bereits 1929 steht er entsprechend im *Völkischen Beobachter* auf einer Liste von Personen, die nach der Machtübernahme »an die Wand gestellt« werden sollen. Am 23. Januar 1933 erscheint Kerrs letzte Rezension über »Faust II«, im Februar 1933 muss er Hals über Kopf fliehen. Seine Bücher werden am 10. Mai vor der Berliner Universität verbrannt und als »Unrat und Schmutz der jüdischen Asphaltliteratur« aus den Bibliotheken verbannt; im August wird ihm die Staatsbürgerschaft aberkannt. Über Prag, Wien und Zürich gelangt die Familie Kerr zunächst nach Paris, ab 1936 nach London. Kerr schreibt politische Artikel und Kritiken für Exilzeitungen und -zeitschriften, für französische Zeitungen (*Le Figaro*, *Le Temps*, *Les Nouvelles Littéraires*) und verfasst politische Kommentare, Grußadressen und politische Aufrufe für die BBC. Zugleich tritt er auf Versammlungen und Kongressen auf, zum Beispiel bei dem Kongress zur »Verteidigung der Kultur« 1936. Von 1939 bis 1947 ist Kerr Präsident des Deutschen PEN Clubs in London. Nach dem Sieg über die Nazis wird er Mitarbeiter der *Neuen Zeitung* und der *Welt*. Bei einem Besuch in Hamburg 1948 als erstem Ort einer geplanten Vortragsreise durch deutsche Städte erleidet er einen Schlaganfall. Bald darauf, am 12. Oktober, setzt er seinem Leben ein Ende.

Kerrs Karriere als Kritiker ist ohne den Naturalismus nicht zu denken. Gerhart Hauptmann ist der Autor, für den er sich am intensivsten einsetzt. Die Uraufführung von *Vor Sonnenaufgang* im September 1889 in der »Freien Bühne« lässt Kerr in Hauptmann den Beginn einer neuen Dramatik als Abkehr von dem »Leeren und Spießigen« erkennen. Er schätzt die Personengestaltung des Autors und dessen kritischen Zeitbezug wie auch seine Fähigkeit, das Publikum durch die vorgeführten Konflikte zur Erschütterung zu bringen. Schwer fällt es Kerr, 1934 in einem offenen Brief *Hauptmanns Schande* die Freundschaft aufkündigen zu müssen, weil der Dramatiker sich nicht von den nationalsozialistischen Machthabern distanziert. Weitere Autoren, für die sich Kerr besonders einsetzt, sind Bernard Shaw, Henrik Ibsen, August Strindberg und Ernst Toller. Naturalismus und Impressionismus, zum Teil auch die Neue Sachlichkeit werden von Kerr befürwortet, die meisten Expressionisten lehnt er ab, allen voran Georg Kaiser, den neben Hauptmann meist gespielten lebenden Autor der Weimarer Zeit. Das Theater Erwin Piscators begrüßt Kerr wegen des Zeitbezugs, Brecht lehnt er freilich ab als angeblich überschätztes Genie und Plagiator.

Mit großem Selbstbewusstsein wertet Kerr die Rolle des Kritikers auf:

»Kritiker zu sein ist ein dummer Beruf, wenn man nichts ist, was darüber hinausgeht. Abgezogene Lehren werden schneller altbacken als Semmeln. Wert hat, wie ich glaube, nur Kritik, die in sich ein Kunstwerk gibt: so daß sie noch auf den Menschen wirken kann, wenn ihre Inhalte falsch geworden sind [...]. Die Kritik, die als eine Dichtungsart anzusehen ist.«

Bewusst hebt Kerr die Arbeitsteilung zwischen dem schöpferischen Autor und dem reflektierenden und interpretierenden Kritiker auf. Eine gelungene Kritik sei geprägt von der Subjektivität des Verfassers, die sich in der Bewertung des Werkes und in Sprache und Stil ausdrücke. »Bestand« habe nur, was gut gesagt werde. Daher bemüht sich Kerr um eine artifizielle Sprachgebung, Wortzusammenziehungen und Satzverknüpfungen, die Bevorzugung von Substantiven und Substantivierungen; ferner sind Wortspiele, die Mischung verschiedener Sprachebenen und der Einbau von Dialekt-elementen typische Stilmittel Kerrs. Oft gerät ihm die Einteilung der Kritiken in Einzelabschnitte fast zur Manier. Bewusst bekennt sich Kerr

Alfred Kerr, 25. Dezember 1927

zur Originalität des Kritikers. Folgerichtig prägt der Geniegedanke auch seine Auseinandersetzung mit den Autoren. Der Kritiker als selbstständiger Nachschöpfer des Werkes habe sich nicht an einem festen ästhetischen Wertsystem zu orientieren, sondern an seinem authentisch zu vermittelnden subjektiven Eindruck. »Aus dem Ich heraus vor allem andern den Maßstab des Erlebnisses der Kunst ergründen, und aus dem Ich heraus bejahen und Gerichtstag halten [...]«. Kerr teilt das nach der Jahrhundertwende zeittypische Pathos des »Lebens«. Das unumgängliche Leid im Leben ist ihm überwogen durch das »tiefe Lustgefühl zu atmen«. Künstler und Kritiker sollen über das notwendig darzustellende tragische Schicksal des Einzelnen hinaus das Lied des »Krudel-schönen dieser Erde« singen. Dementsprechend ist mangelnde Lebendigkeit für ihn einer der stärksten Vorwürfe gegen ein Werk. Der Dichter soll den Zuschauer »aus dem Schlummer [...] wecken: Ihn aus der Dösigkeit [...] stoßen. Kurz: der Sporn zur Tat.« Entsprechend wendet sich Kerr auch gegen eine Kunst, die nichts als Kunst sein will, aber auch gegen eine einseitige Tendenzkunst. Zugleich vertritt er den Primat des Werkes gegen das Regietheater, das für ihn statt der »Verkörperung eines Dichters« meist nur einen »Kommentar zu ihm« liefere.

Kerrs Art der Kritik und insbesondere ihr Stil sind »von einer ganzen Generation von Zeitungsschreibern nachgeahmt worden«, stellt Bernhard Diebold schon 1927 fest. Bei den Autoren und auf den Theaterbühnen ist die scharfe Zunge Kerrs gefürchtet. Diesem ist sehr bewusst, dass der Kritiker eine Machtposition im literarischen Feld innehat.

»Arm erscheint mir noch die glänzendste Theaterkritik, wenn ein Kampftrup nicht hindurchschwillt – über das Theater hinaus. Ein elender Kritiker, der nicht Menschen erzittern oder kreischen macht mit Worten, Weisungen, Klängen [...].«

Kerr scheut nicht die Polemik und lässt sich immer wieder in spektakuläre Fehden verwickeln, so mit Hermann Sudermann, der in seiner Aufsatzreihe über die *Verrohung in der Theaterkritik* (1902) vor allem auf Kerr zielt. Dieser sieht in Sudermann den Vertreter eines rückwärtsgewandten Theaters, dessen Einfluss begrenzt werden müsse, indem er (Kerr) »diesen Götterfreund Glied für Glied enthülle und die Watte nebst den Schienstücken herumreiche« (*Herr Sudermann, Der D..Di..Dichter. Ein kritisches Vademecum*, 1903). Weitere Streitigkeiten gibt es zum Beispiel mit Maximilian Harden, als Herausgeber des *Pan*, mit dem Berliner Polizeipräsidenten und Zensor Traugott von Jagow, ferner mit Karl Kraus, in der Weimarer Republik mit Herbert Ihering.

Entsprechend ist Kerr in seiner Zeit umstritten. Brecht polemisiert gegen ihn:

»Er ist nicht nichts. Er ist zu wenig. Er hat nichts für uns tun können. Jetzt reitet er über unser Schlachtfeld, über die Leichen, die er zerspellt, zur Fuchsjagd und daß man sieht, daß er reiten kann. Er kann gut reiten. Er hat gegrunzt und gekotzt bei uns. Spießt ihn auf! Schmeißt ihn hinaus! Er war nichts als eitel.«

Ernst Toller dagegen sieht in Kerr einen »schöpferischen Kritiker«.

»Weil Kerr Beziehung zur Zeit hat. [...] Weil er ein Dichter ist. Weil ihm, dem kämpferischen Menschen, Kunst nicht Nabelschau bedeutet, sondern – neben schönem Wesen – schönstes Mittel des Geistes, jenes soziale Leid, das nicht notwendig, das sinnlos ist, auszurotten mit nüchterner Bessenheit.«

Das hohe Ansehen Kerrs in der Weimarer Republik dokumentiert die von Joseph Chapiro herausgegebene Publikation *Für Alfred Kerr. Ein Buch der Freundschaft*, in der unter anderem Hermann Bahr, Gerhart Hauptmann, Kurt Hiller, Max Herrmann-Neiße, Arthur Schnitzler, Bernard Shaw und Ernst Toller sich zu ihm bekennen.

Freilich ist Kerr nicht nur Kritiker, er ist auch Lyriker, Tagebuch- und Briefschreiber und Verfasser zahlreicher Reportagen über fremde Länder, die zeigen, wie sein Ich sich durch Beobachtung und Beschreibung immer neu erfährt. Freude an der Vielfalt der Welt und Daseinslust werden immer wieder als Kennzeichen von Person und Werk Kerrs hervorgehoben – trotz seines bitteren Schicksals als Exilant. In der Aufzeichnung *Ich habe gelebt* aus den zwanziger Jahren heißt es:

»Immer war ich bemüht, mein Leben so einzurichten, daß ich, wenn der Tod plötzlich erschiene, sprechen kann: die köstlichsten Dinge der Welt sind mir nicht unbekannt geblieben. Auf manches blaue Meer sah ich Abende sinken.

In mancher Juninacht schritt ich durch manchen deutschen Wald. Ich sah die Völker des Erdballs. [...] Ein seliger Trieb hat mich das Unverlierbarste mit stillen Schauern umfassen lassen, von menschlichen Beziehungen schweig ich [...]; um es kurz zu machen: mein Dasein war so, daß ich in jedem Augenblick sagen könnte: ›Adieu – ich habe gelebt und ...‹.«

Der letzte Satz, den er vor seinem Selbstmord auf einen Zettel kritzelt, lautet: »Ich habe das Leben sehr geliebt, aber beendet, als es zur Qual wurde.«

Arnold Zweig (1887-1968)¹

»Geboren am 10. November 1887 in der Festung Glogau a. O., empfang ich die ganze Sorgfalt einer jüdischen Familie, die linde Luft niederschlesischer Landschaft, die retardierende Kraft einer wegab liegenden Kleinstadt und die stärksten Eindrücke preußischer, militärischer Sauberkeit, Strammheit, Genauigkeit in frühester Jugend – all das zu meinem Heil.«²

Über seine Jugend in Glogau und Kattowitz, über die schlesische Heimat, begann Arnold Zweig erst zu schreiben, als sie weit hinter ihm lag. Nach dem Zweiten Weltkrieg erschien ihm Glogau als ein »Jugendtraum«, Kattowitz wurde ihm bedeutsam als die Stadt seiner literarischen Anfänge; über die bedrückende kleinbürgerliche familiäre Enge in der düsteren Industriestadt, in der die Familie nach dem Konkurs des väterlichen Speditionsbetriebs in Glogau lebte, schrieb er nichts. Er hatte manchen Kampf zu bestehen, bevor er den Wunschtraum von einer Existenz als freier Schriftsteller gegen seine Eltern durchsetzen konnte. Schon als Gymnasiast in Kattowitz gehörte er einer Künstlergruppe an, aber die Jahre des Studiums, das er 1907 in Breslau aufnahm und später im Kreise literarisch interessierter Freistudenten in München, Berlin, Göttingen und Rostock fortsetzte, ohne es abzuschließen, wurden ihm in der Rückschau bedeutungsvoller als die schlesischen Anfänge. Denn während der Studienjahre begann er das Genre jener kurzen Erzählungen zu perfektionieren, die nach seinen eigenen Worten, »von illustrierten Wochenschriften gern abgedruckt und anständig honoriert wurden«. Im Verhältnis zu seinen meist dickleibigen Romanen werden diese frühen Erzählungen unterschätzt; unter ihnen ist mancher gelungene Wurf wie die *Aufzeichnungen über eine Familie Klopfer* (1909). Mit ihnen erwarb Zweig nicht zuletzt jene erzähltechnischen und stilistischen Fertigkeiten, die er dann in seinem ersten Roman, *Novellen um Claudia* (1912), so ostentativ zur Schau stellte, dass der Kritiker Moritz Goldstein mokant anmerkte, Zweig schreibe »nicht wie die beiden, sondern wie sieben Brüder Mann«. Nach diesem literarischen Achtungserfolg galt Zweig bei Insidern als ein frühreifes Talent in der Art jener jüdischen Décadence-Schriftsteller, deren soignierten Nihilismus Gustav Landauer als Phänomen moderner Bindungslosigkeit charakterisiert hatte: »Ihrer Familie sind sie entwachsen, es gibt kein soziales Gefüge, dem sie

1 Werke: Arnold Zweig, Werkausgabe. Berliner Ausgabe, wiss. Leitung Frank Hörnigk in Zusammenarbeit mit Julia Bernhard, hrsg. v. d. Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1996 ff. Ausgewählte Literatur: Maritta Rost, Bibliographie Arnold Zweig, Bd. 1: Primärliteratur, Bd. 2: Sekundärliteratur, unter Mitarb. v. Jörg Armer/Rosemarie Geist/Ilse Lange, hrsg. v. Gottfried Rost/Volker Riedel, Berlin/Weimar 1987.

2 Arnold Zweig (um 1920), in: Arnold Zweig 1887-1968. Werk und Leben in Dokumenten und Bildern. Mit unveröffentlichten Manuskripten und Briefen aus dem Nachlaß, hrsg. v. Georg Wenzel, Berlin/Weimar 1978, S. 3 f.

angehören, keinen Glauben, der mächtig und wonnevoll über ihnen zusammenschlägt, kein Volk, dem sie sich als Glieder, als Führer fühlen und kein Ziel und keine Zukunft, wonach es sie treibt.« Zweig fühlte sich seiner Familie und ihrer orthodoxen jüdischen Religiosität entfremdet, von den zionistischen Vereinsaktivitäten des Vaters abgestoßen; sein Nihilismus entstammte der Glaubensnot. Der Schriftsteller Arnold Zweig blieb lebenslang auf der Suche nach festem philosophischem Boden, nach einem Volk, als dessen Glied er sich fühlen konnte und nach einem intellektuellen Führer, der ihm den Weg weisen konnte.

All das glaubte er zu finden, als er sich am Jahresende 1912 der kulturzionistischen Bewegung Martin Bubers anschloss und mit diesem selbst in Kontakt trat. Bubers Schriften und Ideen brachten Zweig in Berührung mit einer kulturevolutionären und zugleich traditionsgespeisten jüdischen Geistigkeit, die es ihm ermöglichte, sich mit seiner jüdischen Herkunft zu identifizieren, seine Bindungslosigkeit durch Anschluss an zionistische Kreise zu überwinden und ein neues Selbstbewusstsein als jüdischer Schriftsteller deutscher Sprache zu entwickeln. Mit der für ihn charakteristischen Überidentifikation eiferte er in Publikationen wie *Die Demokratie und die Seele des Juden* (1913) gegen Kapitalismus und Demokratie; in seinem Essay *Zum Problem des jüdischen Schriftstellers in Deutschland* (1913) proklamierte er selbstbewusst die dichterische Produktivität einer »kommenden Generation naiver Juden«, deren Quelle ein innerlich erneuertes Judentum sein sollte. Zweig schrieb in seiner »zionistischen Phase« nur über jüdische Themen und erhielt für das programmatisch als »jüdische Tragödie« bezeichnete Stück *Ritualmord in Ungarn* 1915 den Kleist-Preis.

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges fand die Hinwendung zu jüdischen Themen ein rasches Ende. Zweig wurde, wie er selbst bekannte, »Militarist aus Überzeugung«. Er sah das deutsche Volk zu Kriegsbeginn von Grund auf geläutert: Aus der vom Geist der Demokratie geprägten mechanischen Gesellschaft der Vorkriegszeit war, so glaubten mit ihm große Teile des wilhelminischen Bildungsbürgertums, eine vom deutschen Idealismus beseelte organische Gemeinschaft geworden. Seiner Freundin Helene Weyl schrieb er in diesen Tagen:

»Ich nehme meinen leidenschaftlichen Anteil an unseres Deutschland Geschick, als Jude, auf meine mir eingeborene jüdische Art mache ich die deutsche Sache zu meiner Sache, ich höre nicht auf, Jude zu sein, sondern bin es immer mehr, je wilder ich mich freue, je tiefer ich empfinde, je heftiger ich nach Aktivität dränge.«³

Der Kriegswirklichkeit aber hielt der Kriegsenthusiasmus nicht stand. Da er wegen einer Sehschwäche zunächst nicht eingezogen wurde, konnte Zweig seiner Kriegsbegeisterung bis Ende 1914 nur in einigen chauvinistischen Kriegserzählungen Ausdruck verschaffen. Dann aber folgten die Kriegseinsätze als Ar-

3 Arnold Zweig/Beatrice Zweig/Helene Weyl, Komm her, wir lieben Dich. Briefe einer ungewöhnlichen Freundschaft zu dritt, hrsg. v. Ilse Lange, Berlin 1996, S. 78.

mierungssoldat in Nordfrankreich, Südungarn, Serbien und schließlich Verdun: »die schwerste Zeit meines Lebens«, wie Zweig später bekannte. Konfrontiert mit den Mühen des Kriegsalltags und dem ständig wachsenden Antisemitismus im Heer, besann Zweig sich auf seine zionistische Identität zurück. In einem Brief an Martin Buber bezeichnete er sich im Februar 1917 als »Zivilgefangenen und staatenlosen Ausländer«, der Deutschland gänzlich entfremdet war.

Eine entscheidende Vertiefung erfuhr das erneuerte Bekenntnis zum Zionismus in den Jahren 1917 und 1918, in denen Zweig, von der Westfront nach Białystok überstellt, in unmittelbare Berührung mit dem Ostjudentum gelangte. War der Bubersche Kulturzionismus bislang nur eine geglaubte Idee gewesen, so schien mit dem Ostjudentum für diese Theorie plötzlich das revolutionäre Subjekt gefunden; neuerlich beeinflusst durch Buber, betrachtete Zweig die ostjüdischen Gemeinden als Quelle und Hort all jener religiösen und humanen Werte, die das im Krieg brutalisierte und sich selbst entfremdete Deutschland verraten hatte. Der Ertrag seines schwärmerischen Ostjudenkults findet sich in den Texten, die er zu Lithografien Hermann Strucks für das Buch *Das Ostjüdische Antlitz* (1920) schrieb.

Das Ende des Ersten Weltkrieges stellte Arnold Zweig, der sich im Zuge der Russischen Revolution und des Novemberumsturzes unter dem Einfluss Gustav Landauers zum »proletarischen Zionisten« radikalisiert hatte, vor völlig neue Probleme. Das Ostjudentum, das durch den Vertrag von Brest-Litowsk in mehrere Nationalstaaten zerspalten war, kam als Erneuerungsfaktor für das gesamte Judentum nicht mehr in Betracht. Die Energien des politischen Zionismus konzentrierten sich nach der Konferenz von San Remo ganz auf die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina, die der Zionist Zweig in einer Reihe von Essays als linkes »Neues Kanaan« enthusiastisch pries, aber nicht aufsuchte. In dieser Situation wandte Zweig seine Aktivitäten als jüdischer Schriftsteller kritisch den deutschen Angelegenheiten zu; in dem Essayband *Lessing, Kleist, Büchner* (1925) bezeichnete er sich als »Deutscher von Erziehung, Jude von Grundwesen und Wahl, Geistiger aus Leidenschaft«.

1916 hatte Zweig seine Cousine Beatrice geheiratet, 1920 war sein erster Sohn, 1924 der zweite geboren worden; Zweig musste als Publizist den Lebensunterhalt seiner Familie bestreiten.

In Bubers Zeitschrift *Der Jude* und in der *Jüdischen Rundschau*, die Zweig 1924 in Berlin redigierte, forderte er von Deutschland in längeren Artikelserien nicht weniger als ein »Selbstgericht der Nation« und eine »Umkehr und Erneuerung des deutschen Wesens«. Den virulenten Antisemitismus, den er in München von 1920 bis 1923 erlebt hatte, beschrieb er in Anknüpfung an Freud als Verdrängung der Kriegsschuld und der militärischen Niederlage. Aber auch mit der Deutschen Revolution und dem Kommunismus ging er scharf ins Gericht. Nach der Auffassung Gustav Landauers nämlich, der neben Buber zu Zweigs Idol geworden war, sollte die Revolution vom Individuum und nicht von Klassen ausgehen, sie sollte über die innere Einkehr und Umkehr des Einzelnen in den Massen wirksam werden, sie sollte sich konsequent der Gewaltlosigkeit

verschreiben und ihr Ziel sollte kein proletarischer Internationalismus sein, sondern eine Föderation völkischer Gruppierungen.

Den endgültigen Durchbruch als Schriftsteller erzielte Zweig erst 1927 mit dem Roman *Der Streit um den Sergeanten Grischa*, der seinen internationalen Ruhm begründete. Bis 1932 erreichte das Buch in Deutschland eine Auflage von 200 000 Exemplaren, es wurde in viele Sprachen übersetzt und gilt als literarisch bedeutendster deutscher Roman über den Ersten Weltkrieg. Mit ihm brach Zweig die Tradition des – auf das Geschehen an der Front reduzierten – »Frontromans« und knüpfte, durch sorgfältige psychische und soziale Motivierung des Geschehens, den Kriegsroman an die Tradition des großen realistischen Gesellschaftsromans aus dem 19. Jahrhundert an. Der Roman enthält nicht nur eine Kritik am alldeutschen Militarismus, sondern auch an den ihm opponierenden Kräften – eine Kritik, die sich auch als Selbstkritik Zweigs deuten lässt, der sich und seine jüdischen Kameraden im »Ostjüdischen Antlitz« als »Mitschuldige der Zeit und des Grauens« bezeichnet hatte. Im Nachwort zum *Grischa*-Roman kündigte Zweig bereits an, dass dieser nur das Mittelstück eines »Triptychons« sei, das später von den Romanen *Erziehung vor Verdun* (1935) und *Einsetzung eines Königs* (1937) eingerahmt werden solle. Zuvor veröffentlichte er jedoch den zum Zyklus gehörigen Roman *Junge Frau von 1914* (1931), der in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückführt.

Nach einer Palästinareise entstand 1932 der Roman *De Vriendt kehrt heim*, der einen ungeklärten Mordfall an einem orthodoxen antizionistischen Juden zum Gegenstand hat. In den letzten Jahren der Weimarer Republik war Zweig ein angesehener Schriftsteller mit gefestigter Reputation. 1928 wurde er Vizepräsident, bald darauf Präsident des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller (SDS). Politisch rechnete er sich der Linken zu, als Pazifist und Demokrat blieb er aber gegenüber dem Kommunismus und der Sowjetunion äußerst kritisch eingestellt. Zweig verstand sich nunmehr als »bewußter Jude und Zionist, europäischer Geistiger und deutscher Dichter«. Die einstigen Idole Nietzsche, Buber, Landauer waren verblasst, sein neuer geistiger Führer wurde Sigmund Freud. Ihm hatte Zweig 1927 sein Buch *Caliban oder Politik und Leidenschaft* – eine überarbeitete Version der Antisemitismusstudien vom Beginn der zwanziger Jahre – »respektvoll« gewidmet, und ihm hatte er in einem Brief dafür gedankt, dass er mit seiner »neuen Seelenkunst« die Heilung der »Neurose« ermöglicht habe, unter der er seit der Kriegszeit gelitten hatte.

Auf die Machtübergabe an die Nationalsozialisten und den Terror des NS-Regimes war Zweig so wenig vorbereitet wie die meisten Intellektuellen der Weimarer Republik. Er verließ Deutschland erst am 13. März 1933 und dankte Freud später dafür, dass dieser ihn »vor der Tollkühnheit zurückgehalten« habe, »im Mai 33 noch einmal nach Eichkamp, d. h. ins Konzentrationslager und den Tod zu gehen«. Nachdem er die zweite Hälfte des Jahres 1933 im Hause seines Freundes Lion Feuchtwanger in Sanary-sur-Mer verbracht hatte, traf er am 21. Dezember 1933 in Haifa ein. Der Zionist Zweig kannte Palästina nur von einem kurzen touristischen Besuch und aus literarischen Darstellungen –

nicht zuletzt aus seinen eigenen. Der einstige Enthusiasmus für die jüdische Heimstätte aber hielt der Begegnung mit der Wirklichkeit Palästinas nicht stand. Vier Wochen nach seiner Ankunft in Haifa schrieb er an Sigmund Freud, er habe »keinerlei zionistische Illusionen mehr«, er sei jedoch dankbar »für die List der Idee«, die ihn »zwang, im Interesse unserer Kinder und jungen Freunde hierherzugehen«.

Für die gescheiterte Integration des Schriftstellers Arnold Zweig in den Jischuw, die jüdische Gemeinschaft Palästinas, gibt es ein ganzes Bündel von Ursachen. Zweig konnte weder materiell noch kulturell an die Existenz anknüpfen, die er in Deutschland verloren hatte. Er war von den westeuropäischen Exilzentren weit entfernt und sah sich in Palästina mit

Arnold Zweig, undatiert

der ihm gänzlich unbekanntem Siedler- und Pioniermentalität des im Aufbau befindlichen jüdischen Gemeinwesens konfrontiert. Er fand keine adäquaten Gesprächspartner, hatte wenig Geld und klagte darüber, dass keines seiner Stücke den Weg auf eine hebräische Bühne, keines seiner Bücher Zugang zum hebräischen Buchmarkt gefunden hatte, keine der hebräischen Zeitungen sich um seine Mitarbeit bemühte. Zweig lernte kein Iwrit, und der Jischuw lehnte die deutsche Sprache aus historischen und politischen Gründen ab. Eine entscheidende Ursache für alle Integrationsprobleme war jedoch, dass Zweig sich schon vier Wochen nach seiner Ankunft nicht mehr als Zionist verstand, sondern als »Emigrant«. 1935 schrieb er an Freud, er gehöre nicht nach Palästina, es sei alles »irrig« gewesen, was ihn hierhergebracht habe, er denke ans »Weggehen«. Zweig lebte in Palästina so in einer Art doppelten Exils: vertrieben aus dem Deutschland, das er in Briefen als »Heimat« zu bezeichnen nicht aufhörte, verbannt aus seinem Traum von Eretz Israel, in dem Juden und Araber einträchtig den Landauerschen Siedlungskommunismus in die Tat umsetzten.

Das von wechselseitigem Unverständnis und Feindseligkeit geprägte Verhältnis zwischen Zweig und dem Zionismus eskalierte in den Jahren 1942/43. Ein in deutscher Sprache gehaltener Vortrag Zweigs zugunsten der »Liga Victory für Russlandhilfe« wurde im Juni 1942 von rechtszionistischen Schlägertrupps gesprengt, und im Februar 1943 verwüstete ein Bombenanschlag die Druckerei der deutschsprachigen Zeitschrift *Orient*, an der Zweig mitgearbeitet hatte. Er reagierte maßlos verbittert und schrieb: »Wir gingen nicht hierher, um einem Faschismus zu entkommen und dem anderen zu verfallen.« Die Gegnerschaft

zum nationalistischen Zionismus war unüberbrückbar geworden. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges hatte Zweig engere Beziehungen zu einer Gruppe exilierter kommunistischer Publizisten wie Louis Fürnberg und Rudolf Hirsch aufgenommen; durch seine Tätigkeit für die »Liga Victory« war, wie er Lion Feuchtwanger im Dezember 1942 schrieb, sein »Kontakt mit Moskau recht eng geworden«. Nach der Abkehr vom politischen Zionismus war seine Hinwendung zum Kommunismus die praktische Konsequenz aus seiner antifaschistischen Orientierung, die ihn im Zweiten Weltkrieg die einst so deutlich artikulierten Vorbehalte gegen die Sowjetunion vergessen ließ.

Der schriftstellerische Ertrag der Exiljahre Zweigs ist erstaunlich, zumal Zweig in Palästina unter den langwierigen Folgen einer Augentuberkulose litt. Bereits 1934 erschien die *Bilanz der deutschen Judenheit 1933*, ein schmales Buch über die Ursachen des deutschen Antisemitismus und die Leistung der jüdischen Mitbürger für die deutsche Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst. 1935 bzw. 1937 wurden die Kriegsromane *Erziehung vor Verdun* und *Einsetzung eines Königs* veröffentlicht, die noch einmal des Niveau des *Grischa* erreichten und im Exil und in den USA an dessen Erfolg anknüpfen konnten. 1943 erschien eine hebräische Version des *Beil von Wandsbek*, das in deutscher Sprache erst 1947 veröffentlicht werden konnte. In dieser Aufzählung fehlen sowohl die zahlreichen publizistischen Beiträge Zweigs für die deutschen Exilzeitschriften als auch die erst posthum veröffentlichten Arbeiten: das 1939/40 entstandene *Alpenbuch*, in dem Zweig den »faschistischen Typus« psychoanalytisch als Wiederkehr des auf seinen Destruktionstrieb reduzierten »homo alpinus« charakterisierte, und die ersten beiden Teile des autobiografischen Buchs *Freundschaft mit Freud*.

Das Hauptwerk des palästinensischen Exils ist zweifellos der Roman *Das Beil von Wandsbek*. An der ebenso einfachen wie wirkungsvollen Fabel um den Aufstieg und Fall des Schlachter-Henkers Albert Teetje demonstriert Zweig symbolisch den Aufstieg und Fall Nazi-Deutschlands, und er verknüpft die Haupthandlung kunstvoll mit einer Vielzahl von Nebenhandlungssträngen, aus denen dem Leser plastische Gestalten aus allen Schattierungen des Bürgertums entgegentreten: ein Panoptikum des Bürgertums im NS-Staat. Selbst wenn der Roman nicht gleich, wie Zweig selbst es wollte, Thomas Manns *Dr. Faustus* an die Seite gestellt werden muss, handelt es sich beim *Beil von Wandsbek* zweifellos um einen der großen deutschen Romane des 20. Jahrhunderts.

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg hatte Zweig sich mit Remigrationsplänen getragen, aber die familiäre und die finanzielle Situation hinderten ihn ebenso an einer Entscheidung über ein neues Exil wie seine Einschätzung, dass es »fast gleich« ist, »wo man sitzt, wenn man nicht daheim sitzt«. Bereits 1936 hatte er die Hoffnung geäußert, »Deutschland werde in ein paar Jahren wieder offenstehen und mich dann gut brauchen können«. Im August 1944 signalisierte er dem Präsidenten des »Nationalkomitee Freies Deutschland«, Erich Weinert, dass er bereit sei, seine »Fachkenntnisse und politische Erfahrung« zum Wiederaufbau eines neuen, freien und demokratischen Deutschland einzusetzen. Als Weinert ihn im Mai 1947 offiziell nach Ost-Berlin einlud, ließ Zweig keinen Zweifel

daran, »wo ich stehe – nämlich bei euch, in euren Reihen, ohne Reserve, wenn auch mit mehreren Vorsichtsmaßnahmen, damit ich nicht wieder unter die Räder komme, wie in Palästina«. Zögerlich und mit zahlreichen taktischen Vorsichtsmaßnahmen remigrierte Zweig dann schließlich in die sowjetisch besetzte Zone.

Der Zenit seiner literarischen Schaffenskraft war zu diesem Zeitpunkt bereits überschritten: Zweig fügte seinem Lebenswerk in der DDR kein Werk von größerer Bedeutung hinzu. Sein politisches Verhalten in der DDR war geprägt durch »ungebrochene Identifikation mit dem sich etablierenden System« nach außen, kritischem Rasonnement nach innen und vereinzelte öffentliche Widersetzlichkeiten. Dennoch betrachtete er die DDR als neue politische Heimat; er diente ihr loyal als Repräsentant und erhielt zahlreiche Auszeichnungen. Was im Westen oft als schnöder Opportunismus ausgelegt wurde, galt in der DDR als konsequenter Abschluss eines lebenslangen und nur folgerichtig im Marxismus mündenden Lernprozesses. Zweig war Anhänger der Philosophie Nietzsches, des Buberschen Kulturzionismus, des Landauerschen Sozialismus, der Freudschen Psychoanalyse, des Marxismus – er war deutscher Nationalist und Antidemokrat, Zionist und Sozialist, Demokrat und Antikommunist, Pazifist, Antifaschist, Kommunist – vor dem Hintergrund dieser an Stationen überreichen Entwicklung kann von einer inneren Logik seiner politischen Entwicklung kaum die Rede sein. Seine Entscheidung zur Remigration in die sowjetisch besetzte Zone dürfte wohlwogene praktische Gründe gehabt haben – in den westlichen Besatzungszonen hätte Zweig nach 1948 von seiner schriftstellerischen Arbeit vermutlich kaum leben können und nicht die öffentliche Anerkennung erhalten, die ihm in der DDR zuteil wurde. Arnold Zweig, der am 26. November 1968 in Ost-Berlin starb, war kein politischer Denker oder Analytiker; er war ein begnadeter Fabelkonstrukteur und Schriftsteller von europäischem Rang, dessen Romane auch in Zukunft eine breite Leserschaft finden werden.

Walter Meckauer (1889-1966)¹

Der heute nahezu vergessene Schriftsteller Walter Meckauer wurde am 13. April 1889 in Breslau geboren.² Er entstammt einer assimilierten jüdischen Familie, die seit dem 18. Jahrhundert in Schlesien tief verwurzelt war. Die lange schlesische Tradition seiner Familie erfahren wir von Walter Meckauer selbst in dem Erinnerungsfragment *Die alte Stadt Kaiser Karls IV.* (Meckauer 1988, 31-41): Der Urgroßvater, ein erfolgreicher Kunstkennner, wurde gegen Ende der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts im Kreis Namslau (Namysłów), der zum Regierungsbezirk Breslau gehörte, ansässig. Sein Sohn Markus, der Großvater Walters, erlernte das Glaserhandwerk und spezialisierte sich auf die Herstellung edler Glaserzeugnisse. Gemeinsam mit seinem Bruder Paul gründete er in Neisse eine Glas- und Antiquitätengalerie, die unter dem Namen »Gebr. Meckauer« am Ring firmierte. 1848 verlegte der Großvater den Wohnsitz der Familie nach Breslau, wo er eine bessere Basis für den Vertrieb seiner Glasprodukte vermutete und als Kunstkennner mehreren Museen sowie Antiquitätenhändlern beratend zur

- 1 Werke (Auswahl): *Die Bergschmiede. Novellen schlesischer Dichter*, Konstanz 1916; *Der Intuitionismus und seine Elemente bei Henri Bergson*, Leipzig 1917; *Die Höllenfahrer. Novellen schlesischer Dichter*, Konstanz 1918; *Die Bücher des Kaisers Wutai*, Berlin 1928; *Die Sterne fallen herab*, München 1952; *Mein Vater Oswald*, Stuttgart 1954; *Die Nachtigall im Tintenfass. Die erste originalgetreue Sammlung schönster Gedichte der schlesischen Nachtigall Friederike Kempner*, hrsg. u. mit einem Vorwort versehen v. Walter Meckauer, München 1956; *Viel Wasser floß den Strom hinab. Roman*, München 1957; *Gassen in fremden Städten. Roman aus meinem Leben*, München 1959; *Das Reich hat schon begonnen. Ein modernes Mysterienspiel von der Ohnmacht der Macht*, München 1959; *Der Baum mit den goldenen Früchten*, München 1964; *Blume der Erinnerung. Ein Lesebuch*, mit einem Vorwort von Carel ter Haar, hrsg. v. Walter Meckauer-Kreis, Köln 1985; *Licht in der Finsternis. Fragmente*, mit einem Vorwort von Carel ter Haar [mit ausführlicher Bibliografie], Köln 1988.
- 2 *Ausgewählte Literatur*: Joachim Zeuschner (Hrsg.), *Walter Meckauer. Mensch und Werk*, München 1959; Brigitte Meckauer, *Die Zeit mit meinem Vater*, hrsg. v. Walter Meckauer-Kreis, Köln 1982. Zur Ausstellung: *Walter Meckauer-Kreis (Hrsg.), Walter Meckauer – der Mensch und das Werk*, Köln 1984; Carel ter Haar, Einleitung, in: *Walter Meckauer, Blume der Erinnerung. Ein Lesebuch*, hrsg. v. Walter Meckauer-Kreis, Köln 1985, S. 7-12; ders., »Nach zwanzig Jahren sah ich Deutschland wieder.«, in: *Walter Meckauer, Licht in der Finsternis. Fragmente*, mit einem Vorwort von dems. und einer ausführlicher Bibliographie, Köln 1988, S. 7-22; Eugeniusz Klin, »Der Drache Heimatlosigkeit«. *Walter Meckauers Dilemma von Universalität und Heimatliebe*, in: *Marek Adamski/Wojciech Kunicki (Hrsg.), Schlesien als literarische Provinz. Literatur zwischen Regionalismus und Universalismus*, Leipzig 2008, S. 154-162; ders., *Forschungen zur schlesischen Literatur (am Beispiel des deutsch-jüdischen Schriftstellers Walter Meckauer)*, in: *Zdzisław Wąsik/Peter Chmiel (Hrsg.), Schlesien in der germanistischen Forschung*, Wrocław 2010, S. 107-114; *Klaus Hildebrandt, Walter Meckauer (1889-1966)*, in: *Josef Joachim Menzel (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 7: Schlesien des 15. bis 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2001, S. 375-383.

Seite stand. Aus der Ehe mit der um zwanzig Jahre jüngeren Rosalie Hamburger ging am 1. September 1853 der Vater Walter Meckauers, Ludwig, hervor. Es war der Wunsch der Eltern, dass Ludwig, wie sein Großvater mütterlicherseits, Arzt werden sollte. Die Zeitumstände – es brach gerade der Krieg gegen Frankreich aus – sowie die Erkrankung des Vaters führten jedoch dazu, dass die Familie sich ein Studium nicht mehr leisten konnte und der junge Ludwig eine kaufmännische Lehre absolvieren musste. Wie Meckauer schreibt, war sein Vater zwar nicht als Kaufmann geeignet, fand seine Bestimmung aber als Beamter bei einer Versicherung, wo er es sogar zum Provinzdirektor brachte. Die Familie wohnte nun in einer geräumigen Wohnung in der Freiburger Straße 36. Der junge Meckauer besuchte in Breslau das König-Wilhelm-Gymnasium, wechselte dann auf Wunsch der Eltern auf die katholische Realschule am Nicolaigraben, um anschließend eine kaufmännische Lehre zu absolvieren. Seine Zukunft schien in festgelegten, klaren Bahnen zu verlaufen.

Aber zu diesem Zeitpunkt hatte sich bei ihm schon der Wunsch eingestellt, Schriftsteller und Philosoph zu werden. Der praktisch denkende Vater, der selbst seine künstlerischen Ambitionen zugunsten eines bürgerlichen Lebens zurückgestellt hatte, war jedoch noch nicht bereit, seinen Sohn in diesem Unterfangen zu unterstützen. Zudem wusste er die nun endlich mögliche Sesshaftigkeit nach Jahrhunderten der Wanderschaft, der das jüdische Volk ausgesetzt war, zu schätzen; daraus resultierte auch seine Liebe zu Schlesien und Breslau. Die tiefe Verwurzelung des Vaters mit der schlesischen Heimat hat Meckauer später in dem autobiografischen Roman *Viel Wasser floß den Strom hinab* (1957) eindringlich dargestellt. Der von Fernweh geplagte Meckauer entschied sich jedoch, der Enge seiner Heimatstadt und den Grenzen des vorbestimmten Lebensweges zu entfliehen, indem er von 1910 bis 1911 als Volontär einer Bank nach Peking ging. Dieser für die Entwicklung des Schriftstellers wichtige Aufenthalt in Asien sollte sich in seinen erfolgreichsten Publikationen *Die Bücher des Kaisers Wutai* (1928) und *Die Sterne fallen herab* (1952) niederschlagen. Nach der Rückkehr aus China legte er das Abitur ab, und der Vater gestattete ihm schließlich doch noch, ein Universitätsstudium zu beginnen. Meckauer studierte an der Breslauer Friedrich-Wilhelms-Universität Philosophie und Germanistik und promovierte im Jahr 1916 mit einer Arbeit über den französischen Philosophen Henri Bergson.

Aus dieser Zeit datieren auch seine literarischen Anfänge. Im selben Jahr gab er eine Sammlung schlesischer Novellen unter dem Titel *Die Bergschmiede* (1916) heraus, ein weiterer Band mit dem Titel *Die Höllenfahrer* (1918) folgte zwei Jahre später, kurz darauf erschienen der Novellenband *Begegnungen mit einem Faun* (1920) sowie die Erzählung *Herr Eßwein und der Rauch vor dem Walde* (1921). Seine Gedichte und Erzählungen ziehen ihren Stoff in dieser Zeit noch primär aus schlesischen Motiven. Meckauer war ein heimatverbundener Schriftsteller, der den stetigen Kontakt zu den literarischen Kreisen für die eigene Weiterentwicklung benötigte. Daher war er natürlich Mitglied in Carl Biberfelds »Breslauer Dichterschule«, welche sich anschickte, die Tradition der Schlesischen Dichterschulen des 17. und 18. Jahrhunderts fortzusetzen. Der

Verein, der sich regelmäßig im Café Fahrig am Zwingerplatz traf, gab auch eine Zeitschrift heraus: *Der Osten, Monatsschrift für ostdeutsche Literatur und Kultur*. Der junge Autor hatte dort die Gelegenheit, Essays, Gedichte und Erzählungen zu veröffentlichen. 1918 erschien sogar ein sogenanntes »Walter-Meckauer-Heft« in dieser Zeitschriftenreihe mit dem Dramafragment *Die Begegnung*, der Erzählung *Bruder*, gesammelten Gedichten und Rezensionen (Meckauer 1988, 102). In dem Frühwerk, so führt Carel ter Haar in seinem Vorwort zu dem Band *Licht in der Finsternis*, aus, erkenne man einen von Carl Hauptmann inspirierten Mystizismus und heimatlichen Einfluss (Meckauer 1988, 11).

In den frühen, bewegten Jahren der jungen Weimarer Republik wandte sich der Autor verstärkt dem Theater zu und veröffentlichte in schneller Folge die Dramen *Der blonde Mantel* (1920), *Genosse Fichte* (1920), *Der Ring um die Stadt* (1920), *Das glückhafte Schiff* (1920), *Götze* (1923), *Licht auf der Treppe* (1923), *Der Mäcen* (1924) sowie *Die Schaubude* (1924). Die meisten dieser Werke wurden in seiner Heimatstadt Breslau uraufgeführt, die übrigen fanden ihre Uraufführung in anderen Großstädten Deutschlands. Meckauer war aber keiner der politisch aktiven und kämpferischen Autoren, deren Manifeste die umkämpfte Republik bewegten, wie Carel ter Haar im Vorwort zu der Veröffentlichung des Meckauer-Kreises *Blume der Erinnerung* (Meckauer 1985, 7) hervorhebt:

»Er verstand sich in erster Linie als Schriftsteller, der sich unauffällig, oft auch in ländlicher Abgeschiedenheit, seinen literarischen Aufgaben zu widmen hatte. Das unmittelbare Handeln, wie es gerade auch im öffentlichen Agieren zum Ausdruck kommen kann, steht bei Walter Meckauer, der die Zeitprobleme primär aus dem Blickwinkel des Philosophen betrachtete und zu erfassen suchte, eindeutig an zweiter Stelle.«

Meckauer war bereits als Schriftsteller etabliert, als er 1922 seinen Wohnsitz in die Künstlerhochburg München verlegte. Er fand dort zwar sehr schnell Anschluss an die maßgeblichen literarischen Kreise, aber es hielt ihn nur knapp vier Jahre in der bayerischen Metropole. Bereits 1926 wagte er den Wechsel nach Berlin, wo er unter anderem als Dozent an der Schauspielschule des Deutschen Theaters tätig wurde und die Komödien *Krieg der Frauen* (1926), *Schule der Erotik* (1929) und die Tragikomödie *Spuk* (1928) zur Aufführung brachte. Der große literarische Durchbruch scheint mit der Verleihung eines von der Deutschen Buchgemeinschaft gestifteten Literaturpreises für den Roman *Die Bücher des Kaisers Wutai* (1928) erfolgt zu sein. Die außerordentliche Wirkung dieses Buches liege, so können wir Carel ter Haar weiter folgen, an dem authentischen Lokalkolorit, den Meckauer ja durch seine eigenen in China verbrachten Jahre sehr gut kannte, sowie an dem gestiegenen Interesse an diesem Land (Meckauer 1985, 7). Der literarische Ruhm kam jedoch zu einer Zeit, als der Rechtsruck in Deutschland nur allzu spürbar wurde – die Demokratie lag nunmehr in ihren letzten Atemzügen. Offensichtlich bekam auch der politisch recht zurückhaltende Walter Meckauer die immer schwieriger werdende Situation als jüdischer Autor zu spüren, denn zwischen 1929 und 1933 schrieb er für den Ullstein Verlag

in rascher Folge Unterhaltungsromane für ein breites Publikum. Die Titel der Publikationen, die er wahrscheinlich aus Gründen des Broterwerbs verfasste, sprechen Bände: *Mädchen in der Fürsorge* (1929), *Gespenster über dir* (1929/30), *Ruinierte Existenz* (1930), *Kleine Tänzerin wird gesucht. Roman im Varieté* (1931), *Man wundert sich über Ulrike* (1931), *Der Fall LK 101* (1932), *Kamerad Elena* (1932/33); zwei weitere, bereits angenommene Romane konnten wegen der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nicht mehr erscheinen. Mehrere ungedruckte Manuskripte gingen aufgrund der Zeitumstände verloren. Der Autor selbst befand sich, zusammen mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter, auf der Flucht. Walter Meckauer musste dabei während eines Zwischenaufenthalts in Ascona den mysteriösen Unfalltod seines Freundes Felix Mendelssohn erleben, mit dem ihn die gemeinsame Breslauer Schulzeit verband. Der bis heute ungeklärte Unglücksfall wurde von Meckauer in dem Fragment *Der Sturz ins Dunkel* (Meckauer 1988, 53-61) dramatisch geschildert. Über die Schweiz erreichte die Familie Italien und bezog vorerst ihren Wohnsitz in Rom, um wenig später nach Positano weiterzuziehen. Dort schrieb Meckauer zwar wieder, wegen der politischen Umstände und der Sprachbarriere allerdings lediglich für die Schublade. Nach seiner Ausbürgerung im Jahre 1938 musste er dann auch Italien verlassen, um nicht an Deutschland ausgeliefert zu werden. Er floh mit seiner kleinen Familie weiter nach Südfrankreich. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er nach einer vorübergehenden Trennung von der Familie, von den Franzosen in Internierungslagern in Antibes und Les Milles untergebracht. Die abenteuerliche Flucht und das wunderbare Wiedersehen mit seiner Familie nach vielen glückhaften Zufällen beschreibt er eindringlich in dem autobiografischen Bericht über die Zeit im Exil, *Gassen in fremden Städten* (1959). Die Meckauers fanden schließlich Unterschlupf in einem grenznahen Kloster und gelangten im Spätherbst 1942 durch die Hilfe eines katholischen Priesters in die Schweiz. Der Schriftsteller war in der Schweiz zwar mit Schreibverbot belegt, veröffentlichte aber unter dem Pseudonym Johann Maria Dominik von 1943 bis 1945 Artikel und politische Satiren, die unter dem Titel *Der Deutschespiegel* (unveröffentlichtes Manuskript) versammelt sind. Das beantragte Visum für die Vereinigten Staaten traf leider erst ein, als es wegen des unterbrochenen Schiffsverkehrs keine Möglichkeit mehr gab, aus Europa herauszukommen. So erlebte er das Ende des Krieges in der Schweiz. Obwohl er immer zur Rückkehr nach Deutschland entschlossen war, entschied er sich, aufgrund der immer noch unsicheren Lage im Nachkriegseuropa, das erhaltene Visum für die USA doch noch zu nutzen und übersiedelte 1947 in die USA. In New York begann eine neue, sehr produktive Phase, innerhalb kürzester Zeit verfasste er das Drama *The Hand Writing on the Wall* (1948), den Roman *Wolfgang und die Freunde* (1949), *Und sie alle prägen das Land* (1950-53) sowie *Mond über Asien* (1950) und den David-Roman *Der Vertriebene* (ca. 1950). Aber auch in der Stadt, die niemals schläft, ließ ihn die Erinnerung an die schlesische Heimat nicht los. Meckauer traf sich dort mit ebenfalls emigrierten Mitgliedern der jüdischen Studentenverbindung Akademischer Wissenschaftlicher Verein (AWV) aus Breslau, die nun

auch im Exil regelmäßig gesellschaftliche Abende und Treffen veranstaltete.³ In dem vorliegenden Mitgliederverzeichnis des Jahres 1952 sind immerhin 106 ehemalige Breslauer Studenten verzeichnet; Meckauer ist an 15. Stelle gelistet und trägt den Verbindungsnamen »Lurch«.⁴

Eine Wende in dem Leben von Meckauer trat mit der Veröffentlichung seines zweiten China-Romans *Die Sterne fallen herab* (1952) ein, für den er den Literaturpreis des Langen-Müller Verlags erhielt. Der Verlag lud ihn zu einem halbjährigen Aufenthalt und einer Lese-reise nach Deutschland ein. Der Roman, in dem die Flucht des kleinen Schreibers San Li mit Frau und Tochter durch das alte China und das erzwungene Leben in der Fremde im Zentrum der Handlung stehen, erinnert nicht von ungefähr an

Walter Meckauer (um 1960)

das Schicksal Meckauers und ist als Parabel zu verstehen. Ebenso wie San Li ist auch Walter Meckauer zur Rückkehr entschlossen und versucht dem Exil und dem Umherirren in der Fremde einen Sinn abzugewinnen. Carel ter Haar ist daher zuzustimmen, wenn er zu dem Schluss kommt: »Das Exil ist damit nicht mehr eine sinnlose Vertreibung, sondern es gewinnt seine Bedeutung und seinen Sinn als Weg und Mittel, der Notwendigkeit des Überlebens gerecht zu werden.« (Meckauer 1985, 17). Der zur Heimkehr bereite Schriftsteller nahm die Gelegenheit wahr und übersiedelte mit seiner Familie nach München, das ihm schon durch seinen erfolgreichen Aufenthalt während der frühen zwanziger Jahre ans Herz gewachsen war. Innerhalb kürzester Zeit gab der rührige Autor wieder den Ton in den Schwabinger Künstlerkreisen an; man traf sich regelmäßig in der »Seerose«. Es gelang ihm, im Gegensatz zu anderen Exilautoren, sich umgehend in das literarische Leben der jungen Bundesrepublik zu integrieren, wobei ihm, glaubt Carel ter Haar, seine Bereitschaft zur Versöhnung und die Verbundenheit mit der frühen Heimat und seinem Volk sehr entgegenkam (Meckauer 1985, 10). Sehr bald erschienen neue Werke. Es ist, als wolle Meckauer die verlorenen Jahre des Exils, das fast zwei Jahrzehnte andauerte, aufholen und die Bilder der Erinnerung vor dem Vergessen retten. Die schlesische Heimat, die nun für Deutschland verloren war, beschäftigte ihn wieder sehr. In dem Fragment *Zu-*

3 Brief der Tochter, Brigitte Kralovitz-Meckauer, an Arno Herzig v. 6.2.2012, Privataarchiv Arno Herzig.

4 Mitglieder-Verzeichnis Fraternity A.W.V., Stand v. 1.6.1952, Typoskript, Privataarchiv Brigitte Kralovitz-Meckauer.

rück nach Deutschland (Meckauer 1988, 76-83) schildert er den Tag nach seiner Ankunft in Bremerhaven. Nachts im Hotel verschmelzen Gedanken und Erinnerungen an die alte Heimat Schlesien: Der Erzähler schreitet, entbunden von der Zeit, durch die Schul- und Universitätszeit, die Menschen, die er einst in Breslau kannte, paradiert durch seine Träume, längst Vergessenes ist so nah wie gestern. Breslau und Schlesien haben ihn niemals losgelassen, er ist verwurzelt mit den Traditionen und diesen Menschen, deren Spezifik Meckauer in einem Spannungsfeld zwischen »eine(r) Tendenz nach Österreich oder Bayern« und einem »preußische(n) Pflichtbegriff« verortet (Meckauer 1964, 134). Auch in dem Gedicht *Das Bild vom Elternhaus* beschwört er das Doppelbild von Traum und Erinnerung (Meckauer 1985, 13):

»In manchen Nächten kommt zurück ein Traum
Den einst ich träumte, als ich noch zu Haus:
Es war in Breslau, im vertrauten Raum,
Wer weiß es heute noch, man glaubt es kaum,
Daß dies mein Leben war: die Zeit lief aus.«

Zwei Jahre nach seiner Rückkehr erschienen die schlesischen Erzählungen *Mein Vater Oswald* und *Blume der Erinnerung* (1954). Kurz darauf folgte im traditionsreichen Bergstadtverlag W. G. Korn, welcher nun auch in der Bundesrepublik Literatur über die Heimat Schlesien herausgibt, der autobiografisch gefärbte Roman *Viel Wasser floß den Strom hinab* (1957), in dem Meckauer Erinnerungen an seine Breslauer Jugend und an einen Menschenschlag, der nun in alle Winde verstreut zu sein scheint, verarbeitet hat. Eugeniusz Klin hat darauf hingewiesen, dass Meckauers »Erinnerungen an Breslau aber nicht frei von kritischen Bemerkungen« sind, so habe er auch den »ethische(n) Konformismus der damaligen Bürgerwelt« und »ihre Vorurteile gegenüber dem vierten Stand, der damals als asoziales Gesindel behandelt wurde«, kritisiert.⁵ Meckauers Liebe scheint besonders den sozialen Randfiguren, den schlesischen Originalen und den Künstlern, den »Odergeistern«, zu gelten, seine Sympathie liegt bei den Außenseitern, zu denen man gewiss auch die schlesischen Juden zählen darf. Er beschwört in seinem Roman noch einmal die schlesische Welt der Vielfalt, die nun auch das Schicksal der Heimatlosigkeit tragen muss. Eine Reihe weiterer früher Erzählungen mit heimatlichem Hintergrund, wie *Die Bergschmiede*, *Was der alte Freytag mir in die Lehre gab*, *Der Schmuggler* und andere, fasst der Autor noch kurz vor seinem Tode in dem Sammelband *Der Baum mit den goldenen Früchten* (1964) zusammen.

Einen Schwerpunkt in dem Schaffen Meckauers, der sich schon während des Exils herauskristallisierte, bilden die Werke, die im Zusammenhang mit einer Rückbesinnung auf das eigene Judentum stehen. Bereits im amerikanischen Exil entstand sein David-Roman *Der Vertriebene*. Nach der Heimkehr verarbeitete er

5 Klin, Forschungen zur schlesischen Literatur, S. 109.

das jüdisch-christliche Esther-Drama zu dem Mysterienspiel *Das Reich hat schon begonnen* (1959).

Bei der Beschäftigung mit Verfolgung und Vertreibung stand bei Meckauer immer die Bereitschaft zur Versöhnung im Vordergrund, wodurch ihm – so konstatiert Carel ter Haar – die schnelle und konfliktfreie Wiedereingliederung in das ebenfalls nach einem Neuanfang suchende Nachkriegsdeutschland möglich wurde (Meckauer 1988, 18). Er sieht in dem Kontext von Exil und Heimatlosigkeit gleichfalls das Schicksal der aus der schlesischen Heimat vertriebenen, in alle Winde verstreuten Menschen. Aber auch hier ist ihm der Appell zur Versöhnlichkeit und Neuanfang ein

Walter Meckauer (um 1960)

wichtiges Anliegen; in dem Vorwort zu *Der Baum mit den goldenen Früchten* schreibt er, dass die charakterlichen, geistigen, kulturellen und praktischen Leistungen dieser Menschen dort weiterleben, wo sie nun »leben, denken, arbeiten und planen« (Meckauer 1964, 11).

Ein universaler Zusammenhang zwischen Meckauers Liebe zu Schlesien, den China-Bezügen und seinem Verhältnis zur jüdischen Tradition spiegelt sich, so Klin, in dem Thema der Ansiedlung und der Heimatlosigkeit im zweiten China-Roman und der Heimatverbundenheit der in Schlesien sesshaft gewordenen Juden.⁶

Meckauers humanistisches und optimistisches Weltbild zeigt sich schließlich in einer Äußerung, die er in dem Selbstporträt *Die Zeit treibt die Zeit* kurz nach seiner Rückkehr machte (Meckauer 1985, 126):

»Auch ich bin durch zwei Kriege, eine Revolution, mehrere Inflationen und durch mannigfache Länder gegangen; ich erfuhr Verfolgung und erlitt den schmerzlichen Verlust meiner nächsten; ich lernte Einkerkерung, Heimatlosigkeit, Hunger, Verleumdung und Neid kennen, und daß ich all dies überlebt habe, verdanke ich meiner unzerstörbaren Liebe zum Menschen und zu jedem Lebewesen, meiner Heiterkeit, meinem Glauben und meiner festen Zuversicht.«

Im Jahre 1979 wurde in Köln der Walter-Meckauer-Kreis gegründet, der sich der Betreuung des Nachlasses des Dichters widmet. Als erste Vorsitzende wurden seine Tochter Brigitte Meckauer-Kralovitz und Rolf Kralovitz gewählt. Um die

6 Klin, »Der Drache Heimatlosigkeit«, S. 162.

teilweise nicht mehr verfügbaren Publikationen von Walter Meckauer neu herausgeben zu können, gründete der Kreis einen eigenen Verlag. Darüber hinaus wurde eine Ausstellung mit über zweihundert Exponaten organisiert, außerdem wurde die Walter-Meckauer-Plakette gestiftet, um das Engagement für verfolgte und vergessene Autoren anzuerkennen.

V Architektur und Bildende Künste

Jüdische Künstler aus Breslau – eine Einleitung

Die Juden in Schlesien mussten, nachdem ihnen durch das Emanzipationsedikt vom 11. März 1812 der Status als Inländer und preußischer Staatsbürger zuerkannt worden war, ihre Fähigkeiten nicht mehr ausschließlich Professionen in Handel oder Industrie widmen, deren Ausübung ihnen bisher erlaubt und gewissermaßen auf den Leib geschrieben war, sondern partizipierten nun auch immer häufiger am kulturellen Leben der Provinz. Unter den jüdischen Gemeinden in Preußen nahm Breslau (Wrocław) stets einen bedeutenden Platz ein. Der vorliegende Beitrag befasst sich von daher mit jüdischen Künstlern, die vom 18. Jahrhundert bis 1933 in Breslau lebten und wirkten.

Eine Beschäftigung mit dem lokalen jüdischen Künstlermilieu wirft Fragen auf, die erheblich über die ursprünglichen Interessen der Kunstgeschichte hinausgehen; denn sie berühren die Gesellschaft des preußischen Staates und deren Modernisierungsprobleme insgesamt, zudem Themen wie die Frage nach der Ausbildung einer Gruppenidentität bzw. die nach der Selbstwahrnehmung einzelner Personen. Dass es sich dabei um Künstler handelte, vereinfacht eine Beantwortung nicht. Die Darstellung des Anteils von Vertretern der jüdischen Minderheit am künstlerischen und kulturellen Leben Breslaus weitet sich gleichsam zur Geschichte einer Gemeinschaft aus, die sich in der Stadt innerhalb kurzer Zeit als Kerngruppe des Bürgertums etablierte und das Leben kulturell sowie ökonomisch bereicherte, als auch zu einer Geschichte einzelner Persönlichkeiten.

Darüber hinaus wird im Folgenden der Frage nachgegangen, ob von einem geschlossenen Zirkel jüdischer Künstler zu sprechen ist, diese Personen also gemeinsame Ziele und Absichten verfolgten. Eine andere wichtige Frage betrifft die Identität, d. h., in welchem Grad das künstlerische Schaffen dieser Frauen und Männer von einer Auseinandersetzung mit der jüdischen Kultur beeinflusst wurde; ferner, welche Folgen es hatte, dass sie sich mehr oder weniger bewusst in die deutsche oder allgemein europäische Kultur einfügten, aber dennoch spezifische Werte aus der jüdischen Tradition einbrachten.

Zudem ist es im üblichen methodologischen Rahmen notwendig, auch auf solche Probleme einzugehen, die sich aus der Tatsache ergeben, dass die jüdische Kultur den bildenden Künsten erst seit relativ kurzer Zeit Bedeutung zumaß.

Da Äußerungen vieler moderner jüdischer Intellektueller den Rückschluss erlauben, dass sich die Kunst besonders gut als Ausdrucksmittel jüdischen kulturellen Andersseins eigne, war es für den vorliegenden Beitrag besonders wichtig nachzuvollziehen, auf welche Weise die jüdische Identität ihren Niederschlag im Schaffen derjenigen Künstler fand, die der ersten Generation nach Erlass des Emanzipationsedikts angehörten. Es galt, mitunter sehr subtile, zuweilen kaum wahrnehmbare Signale einer Identität zu entdecken, die – um es mit den Worten von Franklin R. Ankersmit zu sagen – »vielleicht durch das

bestimmt ist, was wir bereits nicht mehr sind, was wir vergessen und was wir verworfen haben«¹.

Die große Anzahl von jüdischen Künstlern, die in Breslau ihre Ausbildung erhielten, sowie die jüdischen Galeristen und Mäzene, die dort zahlreiche Ausstellungen und Vorträge veranstalteten oder einen Salon führten, nahmen alle regen Anteil am kulturellen Leben der Stadt – und zwar durchgängig von den 1810er-Jahren,² als Juden sich erneut in der Stadt niederließen, bis in die Mitte der 1930er-Jahre. Im Verlauf dieser etwa 220 Jahre lassen sich drei verschiedene Phasen unterscheiden: 1. die gut einhundert Jahre vom 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, 2. die Wilhelminische Ära (1888-1914/18) und 3. die Jahre um 1900, als diejenigen geboren wurden, für die der Erste Weltkrieg eine prägende Erfahrung sein sollte. Einzelne Künstler vertraten persönlich Ansichten, die charakteristisch für ihre Epoche zu sein scheinen, aber trotzdem kann keiner von ihnen als Vertreter eines bestimmten *formalen* Milieus jüdischer Künstler gelten, das in Breslau schlicht nicht existierte. In ihren Arbeiten gingen sie außerdem häufig über den lokalen Kontext hinaus und reihten sich in die allgemeine Kulturgeschichte Deutschlands ein.

Die erste Generation nach 1812

Ein Künstler jüdischer Herkunft, den man als Symbolfigur für die erste Generation nach 1812 ansehen kann, war der in Potsdam geborene Maler Carl Daniel David Friedrich Bach (1756-1829)³ – ein kontroverser und schwer einzuschätzender Zeitgenosse. Er kam 1791 nach Breslau, nachdem Carl Georg von Hoym, dirigierender Minister von Schlesien, dort die Königliche Kunst- und Gewerbeschule gegründet und ihn zum Direktor dieser ersten Kunsthochschule in der schlesischen Hauptstadt ernannt hatte. Der damals 36-jährige Bach, der sich bis dahin – zumindest offiziell – zum Judentum bekannt hatte, trat 1792 zum Protestantismus über, da Juden keine Staatsämter bekleiden durften. Ob-

- 1 Franklin R. Ankersmit, *Wzniosłe odłączenie się od przeszłości albo jak być/stać się tym kim się już nie jest*, in: *Konteksty* (2003) 3/4, S. 25-41, hier S. 35.
- 2 Die Anwesenheit von Juden in Breslau und Schlesien ist bereits für das Mittelalter bezeugt. Jedoch war es ihnen seit 1453, als auf Veranlassung des Franziskaners Johannes Capistranus (Giovanni da Capistrano) die Juden die Stadt nach einem Pogrom verlassen mussten, verboten, sich in Breslau niederzulassen und eine Gemeinde zu gründen; siehe Willy Cohn, Capistrano, ein Breslauer Judenfeind in der Mönchskutte, in: *Menorah. Jüdisches Familienblatt für Wissenschaft, Kunst und Literatur* 4 (1926) 5, S. 262-265. Rechtlich abgesichert wurde die Ausweisung 1455 durch ein kaiserliches *privilegium de non tolerandis Judaeis*, das *de iure* bis 1744 in Kraft blieb, als die preußischen Behörden die seit 1741 bewilligte neue Gemeinde auf zwölf Familien festlegte; siehe auch Leszek Ziątkowski, *Die Geschichte der Juden in Breslau*, aus dem Polnischen übers. v. Barbara Kocowska, Wrocław 2000, S. 46-48, 51 u. 53.
- 3 Schummels *Breslauer Almanach*, Breslau 1801, S. 8; Benuel H. Brumberg, *Bach, Karl Daniel Friedrich*, in: *The Jewish Encyclopedia*, Bd. 2, New York/London 1902, S. 417.

wohl in seinem Œuvre jüdische Spuren fehlen – er vermittelte sein Können an einer privaten Zeichenschule, fertigte Entwürfe für die Steingutfabrik in Proskau (Prószków) oder Bunzlau an und verkehrte häufiger in polnischen aristokratischen und deutschen großbürgerlichen Kreisen als bei Familien, die der Synagogengemeinde Breslau angehörten –, ist er doch charakteristisch für jene erste Epoche. Er gehörte zu den ersten Juden, die die Chance zum sozialen Aufstieg nutzten. Bach absolvierte eine Ausbildung an der Berliner Akademie der Künste, unternahm Kunstreisen nach Holland, Frankreich sowie Italien und zog es vor, als weltläufiger Deutscher zu gelten, denn als Angehöriger einer tolerierten Minderheit.⁴ Nach den Idealen der *Haskalah* erzogen, entschied er sich aber für den Weg der totalen Integration, die mit dem Übertritt zum Christentum ihren radikalen Abschluss fand.

Die Biografien der ersten jüdischen Künstler aus Breslau zeichnen den langen Weg derer nach, die einen bisher unter Juden unüblichen Beruf wählten. Die Offenheit, wie sie der Beruf des Künstlers verlangte, stieß auf deutscher wie auf jüdischer Seite nicht immer auf Akzeptanz. Jüdische Künstler bewegten sich mithin an der Grenze zwischen zwei Welten. Künstlerische und stilistische Anregungen bot ihnen die säkulare zeitgenössische Kultur, doch gleichzeitig gehörten sie einer Generation an, deren Erinnerung an das eigene Elternhaus das Bild des traditionellen jüdischen Lebens in seinen hermetischen Strukturen bewahrte – ein Bild, das durch private Kontakte und Familienbande ständig in Erinnerung gerufen wurde. Eine solche Lebenssituation war mitunter schwierig zu meistern und zwang den jüdischen Künstlern eine besondere Bewältigungsstrategie auf. Viele von ihnen – wie der genannte Carl Daniel David Friedrich Bach – wählten die Konversion als einzig mögliche Option, die es ihnen erlaubte, den Beruf des Künstlers auszuüben und sich auf diese Weise in der städtischen bürgerlichen Gesellschaft zu etablieren. Andere, wie die Gebrüder Henschel – von ihnen wird später noch ausführlicher gesprochen –, die sich nicht für die Taufe entschieden, suchten und fanden innerhalb der Breslauer Synagogengemeinde ein Betätigungsfeld für ihre künstlerische Arbeit. Das schloss aber nicht aus, dass sie sich für die Akkulturation der jüdischen Minderheit einsetzten.

4 Davon zeugen seine vielen Vornamen, die gleichzeitig darauf hinweisen, wie sehr ihm daran gelegen war, das ihm verliehene Privileg zu nutzen, als gleichberechtigter Bürger des friederizianischen Preußen anerkannt zu werden. Vor dem Taufakt signierte er seine Arbeiten mit Carl Daniel, danach als Carl David oder Carl Friedrich. Diese Vornamen standen auch auf seinem Grabstein.

Chronisten der schlesisch-jüdischen Familien:
die Gebrüder Henschel und Julius Muhr

Das Jahr 1815 gilt in der Kunstgeschichte gemeinhin als Beginn der Biedermeierzeit, die mit der Revolution von 1848/49 zu Ende ging.⁵ In diesen vier Jahrzehnten pflegten Juden, insbesondere die Großstädter unter ihnen, eine Geselligkeit, die es ihnen – wie anderen preußischen Bürgern auch – erlaubte, ihre Neigungen und Vorlieben miteinander zu teilen. Die dem Biedermeier zugeschriebene Sehnsucht nach einem Universalismus⁶ deckte sich mit den Idealen der Emanzipation. Das Ethos des friedlichen bürgerlichen Lebens, das den Jahrhunderten *ewiger Wanderschaft* und der Unsicherheit jüdischer Existenz in der Diaspora ein Ende setzte, drang mehr und mehr in das Bewusstsein der jüdischen Bevölkerung. Die Kultur des jüdischen Biedermeier in Breslau hatte ihre Vertreter unter den jüdischen Künstlern, die größtenteils aus bildungsbürgerlichen Familien mit vollem Bürgerrecht oder aus der Finanzelite stammten. Sie betätigten sich hauptsächlich als erste malende Chronisten schlesischer jüdischer Familien, weshalb der Stil ihrer Werke auch als schlesisch-jüdisches Biedermeier bezeichnet werden kann. Die vorzüglichsten Vertreter dieser Epoche waren die vier Gebrüder Henschel: Friedrich, August, Wilhelm und Moritz Henschel wurden zwischen dem Ende der 1770er- und dem Beginn der 1780er-Jahre in eine Familie der Breslauer jüdischen Gemeinde geboren, erhielten ihre künstlerische Ausbildung aber in Berlin. Dort verkehrten sie im Salon der Rahel Levin (der später getauften und verheirateten Friederike Varnhagen von Ense) und in anderen aufgeklärten jüdischen Kreisen, hatten Verbindungen zum Berliner Theater und dadurch auch zu Angehörigen des preußischen Königshauses.⁷

Nach dem Tod von Augustus Henschel ließen sich die Brüder in den frühen 1830er-Jahren in Breslau nieder.⁸ Hier lebte ihr Verwandter Dr. Elias Henschel, ein bekannter Reformanhänger, für den sie eine Reihe von Porträtlithografien ausführten. Die Porträts aus der Werkstatt der Gebrüder Henschel tragen die für Stammbäume spezifischen Kennzeichen. Die Abbildungen zweier Angehöriger der Breslauer Rabbinerfamilie Tiktin – die von Abraham (1819) und die von Salomon (1834) – verbinden die Tradition von Biedermeier-Brustbildporträts mit zusätzlichen Widmungsfunktionen, die durch eine Inschrift in hebräischer Sprache an das Genre der *Laudatio* anschlossen, wie sie aus der jüdischen Grabkunst bekannt ist.⁹ Die Brüder verfertigten auch Porträts von aufgeklärten

5 Ernst Scheyer, *Schlesische Malerei der Biedermeierzeit*, Frankfurt a. M. 1965, S. II.

6 Ebd.

7 Sally Kirschstein, *Jüdische Graphiker aus der Zeit von 1625-1825*, Berlin 1918, S. 41-71.

8 Ebd., S. 66.

9 Die Inschrift unter dem Porträt von Abraham Tiktin lautet: »Das Konterfei des Antlitzes unseres Herrn Lehrers und/Meisters, des wahrhaftigen, berühmten/Fürsten und großen Gaons für/die Juden, unseres/Lehrers, Herrn und Meisters Avraham Tiktin,/des Vorsitzenden des Gerichts der heiligen Gemeinde Breslau und der Provinz.« Unter dem Porträt seines Sohnes steht: »Das Konterfei des Antlitzes des Rabbiners,

Breslauer Juden, wie das des bereits erwähnten Dr. Elias Henschel oder seines Biografen Davidson; diese Bildnisse unterschieden sich in ihrem Ausdruck völlig von den erwähnten Rabbinerporträts. Die aufgeklärten Männer trugen modische Gehörcke und präsentierten sich vor allem als Staatsbürger, deren jüdische Identität visuell nicht deutlich gekennzeichnet ist. Ihre Gestalten sollten, neben anderen Eigenschaften, eine universale *Menschlichkeit* im aufgeklärten und modernen Geiste ausdrücken, nicht aber eine bewusste »*jüdischkeit*«,¹⁰ die – wie im Fall der Rabbiner – durch eine Kopfbedeckung (Kippa) oder die hebräischen Porträtunterschriften gezielt hervorgehoben wurde. In Breslau trat also auch ein kulturelles Ereignis ein: Jener Konflikt zwischen Reform und Tradition, der häufig als charakteristisch für die Breslauer jüdische Gemeinde bezeichnet wurde,¹¹ ist in diesen Porträts aus der Werkstatt der Gebrüder Henschel auch visuell dokumentiert.

Das Œuvre von Julius Muhr (1819-1865), Sohn des aus Oberschlesien stammenden Emanzipationskämpfers Abraham Muhr, umfasst hingegen vor allem traditionelle Porträts. Die meisten zeigen Personen jüdischer Abstammung, hauptsächlich Verwandte des Künstlers. So malte Muhr unter anderem ein Kinderporträt von Jacob Bloch und ein Porträt seiner Schwägerin Johanna Muhr, geb. Altmann. Beide Bilder wurden 1936 auf der Ausstellung *Das jüdische Bildnis in Schlesien* gezeigt.¹² Von Muhr existierten auch Porträts der Breslauer Philanthropen David und Jonas Fraenckel, die wahrscheinlich im Zweiten Weltkrieg verloren gingen.

Zwischen Genrebild und Idealisierung:

die jüdischen realistischen Maler Alfred Graetzer und Siegfried Laboschin

Zur Übergangsgeneration zwischen dem jüdisch-schlesischen Biedermeier und der *per se* nur kurz währenden Avantgarde ist Alfred Graetzer (1875-1911) zu zählen, der als naturalistischer Maler überwiegend Landschaftsstudien anfertigte, häufig aber auch jüdische Themen aufgriff. Dabei handelte es sich zumeist um quasi typisierende Kopfstudien von osteuropäischen Juden, die er in *Ost und West* veröffentlichte, einer Zeitschrift, die dem Zionismus nahe stand.

Lichtes, / großen, scharfsinnigen / berühmten Gaons, / unseres Lehrers Shlomo Zalman Tiktin, / des Vorsitzenden des Gerichts / der heiligen Gemeinde der Hauptstadt Breslau, / der versammelt wurde zu seinen Ahnen / am Montag, den 18. Adar/II 603 / und er fand dort Ruhe« nach der kurzen / Zeitrechnung.« Die Übersetzung aus dem Hebräischen ins Polnische besorgte Jan Paweł Woronczak. Abbildungen beider Porträts befinden sich in Kirschstein, Jüdische Graphiker.

¹⁰ Diese Bezeichnung wird hier im geläufigen Verständnis von »Jüdischkeit« und nicht zur Kennzeichnung bestimmter kultureller Phänomene verwandt.

¹¹ Leszek Ziątkowski, *Dzieje Żydów we Wrocławiu*, Wrocław 2000, S. 70-78.

¹² Kurt Schwerin, *Das jüdische Bildnis in Schlesien*, in: *Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt* 13 (1936), Nr. 22, S. 6 f.

Alfred Graetzer, »Die Kirche St. Maria auf dem Sande in Breslau« (Sandkirche), 1910; Papier, Lithografie, 35,5 × 49,2 cm

Juden sind bei Graetzer arme, Mitleid heischende Shtetl-Bewohner – so wie deutsche Juden sich ihre »östlichen Glaubensbrüder«¹³ im Allgemeinen vorstellten. Das, wofür man sich früher hatte schämen müssen, bildete nun für die Zionisten die Basis ihrer Mission: Die Schaffung eines Asyls in Form eines eigenen Staates, in dem Juden aus den osteuropäischen Gettos Schutz finden sollten. Dadurch entwickelten Graetzers Grafiken evidente Genre-Eigenschaften und bezeugten zugleich das emotionale, ideologisch geprägte Verhältnis des Künstlers zu seinem Thema.

Graetzer war weder in Breslau geboren, noch beruflich mit der Stadt verbunden,¹⁴ allerdings besuchte er häufig seinen Vater und Bruder dort. Wie sein Freund und Biograf Karl Schwarz angibt, war die jüdische Tradition im Haus der Breslauer Graetzers nicht zu übersehen.¹⁵ Alfred Graetzer verkehrte

13 Karl Schwarz, Alfred Graetzer, in: *Ost und West* 12 (Juni 1912) 6, S. 539-546, hier S. 543.

14 Er wurde in Groß Strehlitz (Strzelce Opolski) geboren. Nach dem Studium, kürzeren Aufenthalten in Paris und einem längeren Aufenthalt in Ungarn ließ er sich mit seiner aus Neisse (Nysa) stammenden Frau Betti Guttmann in Dresden nieder; siehe Karl Schwarz, Alfred Graetzer. Ein Gedenkblatt, Berlin 1911, S. 11.

15 »In dem großen Speisesaal, in dem sich abends die Kinder und Enkel um den verehrten Greis scharten, lebte die alte jüdische Tradition, die weihevollte Stimmung eines geheiligten Familienlebens«, siehe ebd., S. 78.

auch in der Villa von Albert und Toni Neisser. Das beweisen eine kleine Grafiksammlung und eine lithografische Skizze, die den Kunstsammler Dr. Neisser schreibend an einem Tisch zeigt,¹⁶ sowie das Porträt eines unbekanntes Mannes (1910), das sich in der Grafikabteilung der Bibliothek *Na Piasku* in Wrocław befindet.¹⁷ Erhalten geblieben sind auch Skizzen und unvollendete Ansichten aus Breslau.¹⁸ Graetzers Arbeiten wurden in Breslau zu verschiedenen Anlässen gezeigt, zum Beispiel 1913 in einer Ausstellung, in der er den *Künstlerbund Schlesien* repräsentierte, oder in der 1934 präsentierten Ausstellung im Jüdischen Museum, wo man ihn für seine Fähigkeiten rühmte, die Stimmung einer Landschaft wiederzugeben sowie seinen Porträts Tiefe zu verleihen.¹⁹

Alfred Graetzer, »Porträt eines alten Mannes – Vater des Künstlers«, 1911; chinesisches Papier, Lithografie, 19,2 x 15,0 cm

Ähnliches lässt sich von Siegfried Laboschin (1868-1929) und dessen Arbeiten sagen.²⁰ In der Tradition von Friedrich Bernhard Werner (1690-1776) stehend, hatte er sich auf Stadtlandschaften spezialisiert. Bekannt sind vor allem seine Lithografienmappe *Malerisches Breslau* (1897) und die später entstandene Grafikkollektion *In und aus Breslau*, in der er die moderne Architektur der Stadt präsentierte.

In diesen beiden Portfolios, die in einem Abstand von fast 30 Jahren erschienen, sind zwei Gesichter der jüdischen Welt in Breslau dokumentiert. Natürlich nahm Laboschin auch Bestellungen für Porträts an, sodass heute Bilder von damaligen Honoratioren wie dem Geheimrat Freund (dessen Vorname nicht bekannt ist), Eduard Sachs, dem Vorstandsvorsitzenden der Gesundheitsfürsorge

16 Jüdisches Historisches Institut/*Żydowski Instytut Historyczny* (ŽIH), B-443/129.

17 Zbiory Biblioteki na Piasku, Inv. Graf. 6.724.

18 Nationalmuseum in Wrocław, Inv.Nr. VII – 1146 (Blick von der Oder auf Maria auf dem Sande; Uferansicht an der ul. Grodzka; Ansicht des Matthias-Gymnasiums).

19 Ausgestellt war die Grafik »Krankenhausgarten«; siehe Die jüdische Kunst-Ausstellung von L. B. Aschheim, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 11 (1934), Nr. 16S. 2.

20 In den mehr als 20 Jahren, in denen Laboschin, der auch Mitglied der Breslauer Gesellschaft der Kunstfreunde war, mit Hingabe das Ressort Kunst und Wissenschaft der Breslauer Zeitung leitete, war sein Name jüdischen wie christlichen Bürgern gleichermaßen bekannt.

und Begräbnisbruderschaft, und von Rabbiner Prof. Jacob Guttmann vorliegen. Damit blieb Laboschin der Tradition Breslauer Künstler treu, Porträts von Gemeindegeldnehmern anzufertigen. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Abbildungen hervorragender Persönlichkeiten bis heute erhalten geblieben sind, wenn auch in manchen Fällen nur als Reproduktion.

Für denjenigen, der Laboschins Kunst analysieren will, sind vor allem seine Genreszenen von Interesse, die anonyme Juden beim Gebet zeigen, wie das als Gemälde und als Grafik ausgeführte *Schacharit (Morgengebet)*.

»Shahrit (Morgengebet)«, 1900

Dargestellt ist ein aufrecht stehender alter, bärtiger Mann in vorchriftsmäßiger Gebetskleidung –

Tallit und *Zizijot* (Gebetsmantel und Schaufäden) –, der konzentriert auf ein großes Buch blickt, das er in beiden Händen hält. Laboschins Grafik ist eine fast fotografisch genaue ethnologische Aufzeichnung, die einen Zustand der Sammlung, das Festhalten einer bestimmten Wirklichkeit in ihrer alltäglichen Form, kennzeichnet. Die Welt der jüdischen Frömmigkeit sollte neben den Idealen der Emanzipation nicht in Vergessenheit geraten – die getreue Abbildung aller Kleidungsstücke, die zum *Schacharit* angelegt werden, ruft diese Welt auf lebendige Art und Weise wieder in Erinnerung. Für den aus Gnesen (Gniezno) stammenden Laboschin war ein solcher Anblick durchaus nicht so fremd und exotisch wie für jemanden, der aus Breslau stammte, wo fast keine osteuropäischen orthodoxen Juden lebten.

Nicht Jeschiwa, sondern Kunstsalon – jüdische Künstler an der Breslauer Kunstakademie: Eugen Spiro und Clara Sachs

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stieg an der Breslauer Akademie für Kunst und Kunstgewerbe die Zahl der Studenten jüdischer Herkunft, die sich in den Klassen für Zeichnung und Malerei sowie für Architektur einschrieben. In dieser Generation, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts geboren wurde, gab es die meisten Akkulturierten, deren bivalente Identität auch in ihrer Kunst sichtbar wurde. Die Ideale, die sie vertraten, und die Inhalte, die sie zum Ausdruck bringen wollten, waren weit entfernt von dem, was innerhalb der traditionellen jüdischen Gemeinde Geltung hatte und zur Sprache kam. Gleichzeitig finden

sich aber in ihren Arbeiten Spuren jüdischer Identität – entweder indem sie kontinuierlich jüdische Themen aufgriffen oder indem sie vorwiegend mit Künstlern, Intellektuellen oder Sammlern jüdischer Herkunft verkehrten. Dieser Personenkreis nahm gern am öffentlichen Leben teil und war vollkommen unabhängig. Die kulturelle Identifikation dieser Gruppe orientierte sich immer seltener an privaten Beziehungen zu bürgerlichen jüdischen Familien oder an Bindungen zur Synagogengemeinde. Insofern ist es schwer, jüdische Identitätsmuster in ihren Werken auszumachen. Gleichzeitig aber brachten die Künstler in diesem Zeitraum wie nie zuvor ihre jüdische Identität und Herkunft auf unterschiedliche Art zum Ausdruck.

Diese Generation verkörpert Eugen Spiro (1874-1972) wie kaum ein anderer. Spiro wurde 1874 als Sohn des damaligen Kantors der Breslauer Synagoge zum Weißen Storch geboren. Bereits als junger Mensch brach er mit dem traditionellen Gemeindeleben. Später verkehrte er in den Kreisen der Pariser Künstleraristokratie und wurde ein Vorbote des Impressionismus in Deutschland. Sein erster Förderer, der es ihm ermöglichte, sich als Künstler zu erproben, war der Breslauer Leopold Sachs, Eigentümer eines Geschäfts für Möbel und Damenkonfektion, bei dem Spiro beschäftigt war.

Eugen Spiro zeigte keine größere Neigung für jüdische Themen. Aber die meisten seiner Freunde und der von ihm porträtierten Personen waren jüdische Kunstmäzene, Künstler und Wissenschaftler. Von Spiro stammen beispielsweise die Porträts sehr bekannter jüdischer Breslauer: des Kunsthistorikers Richard Muther, des Geheimrats, Rechtsanwalts und Politikers Salomon Freud sowie zahlreiche Bilder, die Spiros Schwester, die Tänzerin Else Klossowski darstellen.

Eines seiner ersten Porträts zeigt seine Eltern. Bei seinem Vater, dem Kantor Abraham Baer Spiro (1833-1903), den er als Mann in den besten Jahren darstellte, fehlt jeglicher Hinweis auf dessen jüdische Orthodoxie.²¹ Zwischen 1900 und 1904 galt Eugen Spiro als einer der besten Porträtisten in Breslau, und seine private Mal- und Zeichenschule an der Kreuzung der heutigen Św. Mikołaj- und Rzeźnicza-Straße erfreute sich großen Zuspruchs, hauptsächlich bei Töchtern aus gutem und vermögendem Hause.²² Obwohl er seit 1904 in Berlin lebte und malte, wurden seine Arbeiten regelmäßig in Breslauer Zeitschriften bespro-

21 Abraham Baer Spiro war der erste orthodoxe Kantor an der Synagoge zum Weißen Storch, die in den Jahren 1827-29 nach Plänen von Carl F. Langhans im klassizistischen Stil für die erste Breslauer Reformgemeinde (Brüdergemeinde) erbaut worden war.

22 Richard Muther, *Wystawa Eugena Spiro i Lichtenberga*. Ausstellung von Werken Eugena Spiros und Lichtenbergs, in: *Eugen Spiro i potomkowie*. Eugen Spiro und Nachkommen (Wrocław 1874 – Nowy York 1972), hrsg. von Maciej Łagiewski, Wrocław 2002, S. 48 (zweisprachiger Ausstellungskatalog des Städtischen Museums Wrocław, übers. v. Piotr Łukaszewicz).

chen, darunter auch in solchen, die sich eigens an ein jüdisches Lesepublikum wandten.²³

Spiro war ein Künstler, dessen bivalente Identität deutlich zutage trat. Seine Kunst lässt sich nicht als eindeutig »jüdisch« bezeichnen. Da er aber aktiv am künstlerischen und intellektuellen Leben seiner Zeit teilnahm, war ihm wahrscheinlich bewusst, welche bedeutende Rolle insbesondere zur Zeit der Weimarer Republik das assimilierte Judentum spielte. Es kann angenommen werden, dass die Identifikation mit dem modernen, laizistischen und gleichzeitig jüdischen Teil der deutschen Gesellschaft dazu führte, dass Albert Einstein und Fritz Haber zu den ersten gehörten, die Spiro porträtierte. Die wenigen Gestalten betender Juden, Rabbiner oder jüdischer Jungen (*Drei Bachurim*), die in seinen Arbeiten auftauchen, verweisen darauf, dass er ein gewisses Sentiment für eine Welt bewahrt hatte, die langsam unterging, aber fraglos einen Teil seines kulturellen Erbes ausmachte. Diese Welt hatte nicht viel mit Breslau zu tun, doch sollte man nicht vergessen, dass sich hier Spiros ästhetischer Geschmack und das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem kulturellen und künstlerischen Milieu ausgebildet hatten, in dem bereits seit 1900 Personen jüdischer Herkunft eine bedeutende Rolle zu spielen begannen. Interessanterweise wollten auch die jüdischen Breslauer, insbesondere in der Zeit nach 1933, als das Jüdische Museum erstaunlich aktiv wurde, Spiro auszeichnen und seine schlesische Herkunft hervorheben. Seine Bilder wurden 1934, kurz nach seinem 60. Geburtstag, im Jüdischen Museum in der Ausstellung »Jüdische Künstler in Deutschland« gezeigt. Sie hingen dort neben denen von Ludwig Meidner, Isidor Aschheim, Martin Bloch und weiteren jüdischen Malern.²⁴

Zu den Breslauern, die Eugen Spiro besonders nahestanden, gehörte Clara Sachs (1862-1921), die Tochter seines bereits erwähnten ersten Arbeitgebers und Förderers. Vermutlich hatten sich ihre Wege noch zu einer Zeit gekreuzt, als sich Spiros künstlerische Persönlichkeit erst entfaltete. Aber obwohl er zwölf Jahre jünger war als Clara, der er die Grundbegriffe der Malerei beibrachte, lässt sich nicht übersehen, dass sich die beiden in der Kunst, in der Lebenswahl und im Geschmack gegenseitig beeinflussten.

Das väterliche Erbe – Reichtum und eine hohe soziale Stellung – ermöglichte Clara Sachs eine gründliche private Ausbildung als Malerin bei den besten Meistern. Auf ihrem Lebensweg entwickelte sie sich zu einer hochgebildeten Frau von Welt. Allerdings absolvierte sie kein reguläres Studium an der Breslauer

23 Kunstaussstellung Lessing Loge, in: Jüdisch Liberale Zeitung, 1921, Nr. 47; Margot Rieß, Schlesier in Berlin, in: Schlesische Monatshefte 3 (1926), S. 519 f.; Künstler in und aus Schlesien, 25.09-06.11.1932, Ausstellung des Künstlerbundes Schlesien im Alten Generalkommando, Breslau 1932.

24 Lydia Aschheim-Baruchsen, Die jüdische Kunstaussstellung, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt II (1934), Nr. 16, S. 1-3, hier S. 2.

Akademie.²⁵ In den 1870er- und 1880er-Jahren lernte sie bei dem Landschaftsmaler Hermann Bayer und bei Karl Schirm, der Adolf Dresslers Nachfolger als Direktor der Abteilung Landschaftsmalerei an der Breslauer Kunstakademie war, und der ebenfalls zu den sogenannten Landschaftlern gezählt wird. Als Schirm nach Berlin zog, nahm Sachs ab 1890 Privatunterricht bei dem in jüdischen Kreisen sehr geförderten und geschätzten Julius Jacob dem Jüngeren, einem Traditionalisten, der in der Schule von Barbizon und an der holländischen Malerei ausgebildet worden war.²⁶ Danach wandte sie sich dem Akademiker Carl von Marr zu, einem Spezialisten in der Historienmalerei. Sie verbrachte lange Zeit in München, von wo aus sie oft nach Paris reiste, um dort Stadtlandschaften zu malen oder im Louvre alte Meister zu kopieren. Nach dem Tod ihres Vaters, noch vor 1900, kehrte Clara Sachs nach Breslau zurück und ließ sich auf ihrem nahe der Stadt gelegenen Gut in Masselwitz (Maslitz, Maślice) nieder, das ihr häufig als Motiv diente. Aus dieser Zeit datiert ihre enge Freundschaft mit Eugen Spiro sowie dessen Freunden Erich Klossowski und Richard Muther, mit denen sie auch künstlerische Anregungen in Paris suchte.²⁷ Unter Eugene Spiros Einfluss versuchte sich Sachs ebenfalls im impressionistischen Stil. Die zentralen Themen ihrer Werke waren Blumen, Landschaftsstudien und Porträts.

Dass der Name Clara Sachs in Breslau zu ihren Lebzeiten und auch in der nachfolgenden Generation bekannt war, hing nicht ausschließlich mit ihrer Malerei zusammen. Sie gehörte mehreren Kultur- und Kunstvereinigungen in Schlesien an; unter anderem war sie Mitglied im Verband der Schlesischen Künstlerinnen und bekannt für ihr Engagement für die Frauenemanzipation. Sie blieb ledig, widmete sich der Malerei, unterstützte junge Künstler, sammelte Antiquitäten und scharte die Künstlerboheme der Stadt um sich. Nach ihrer Rückkehr aus Paris widmete sie der eigenen Malerei weniger Zeit und kümmerte sich stattdessen mehr um ihre Sammlungen und um Nachwuchskünstler. Sie führte ein offenes Haus und setzte nach dem Tod des berühmten Sammlerehepaars Albert und Toni Neisser die Tradition der Künstlertreffen in deren Villa fort. Clara Sachs – eine emanzipierte Jüdin und Feministin – verkörperte die ganze Komplexität einer jüdischen Künstlerin. Die »schlesische Gertrude Stein«, wie sie bei einigen hieß, trug mit dazu bei, dass die Breslauer sogenannte bessere Gesellschaft sich sowohl Juden als auch Frauen gegenüber respektvoller verhielt.²⁸

25 Damals hatten Frauen noch keinen Zutritt zu Hochschulen. An der Breslauer Kunsthochschule war das erst seit den 1880er-Jahren möglich; siehe Ksenia Stanicka-Brzezińska, *Artystki śląskie około 1880-1945*, Toruń 2004, S. 10 f., 25-41.

26 Ernst Scheyer, Eugen Spiro, Clara Sachs. Beiträge zur neueren schlesischen Kunstgeschichte, München 1977, S. 32.

27 Ebd., passim.

28 Ebd.

Die Breslauer Avantgarde und der jüdische Expressionismus

Im Grunde genommen hatte sich das künstlerische Leben in der schlesischen Hauptstadt bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts merklich belebt – konkret seit 1903, als Hans Poelzig Direktor der Breslauer Kunstschule wurde. Die Gründung des Künstlerbunds 1908, der mit zahlreichen Privatgalerien zusammenarbeitete, hatte zur Folge, dass sogar die Ausstellung zum 100. Jahrestag des Sieges über Napoleon nicht nur Anlass für ein historisches Gedenken bot, sondern auch als ein Plädoyer für neue Richtungen in der Kunst wirkte. Von der wachsenden Bedeutung der Breslauer Kunstakademie zeugt, dass sie 1911 den Status einer staatlichen Einrichtung erhielt (Staatliche Akademie für Kunst und Kunstgewerbe). Zu dieser Zeit beeinflussten jüdische Künstler und andere jüdische Bürger in verschiedenen Professionen und Positionen bereits vielfältige kulturelle Unternehmungen in der schlesischen Hauptstadt. Junge Talente aller Bekenntnisse konnten mit einer finanziellen Unterstützung der Fraenckel'schen Stiftung oder von Georg Heimann, einem Breslauer Bankdirektor, rechnen. In der jüdischen Presse erschienen außer Gemeindenachrichten auch Hinweise auf die in Breslau laufenden Ausstellungen – zugleich ein Hinweis dafür, dass das jüdische Publikum Interesse an der Kunst hatte.

Diese vielversprechende kulturelle Entwicklung wurde durch den Beginn des Ersten Weltkrieges unterbrochen. 1916 beendete auch Hans Poelzig seine Tätigkeit als Direktor der Akademie in Breslau.²⁹ Mit dem neuen Direktor August Endell begann nach dem Krieg ein gänzlich neues Kapitel in der Breslauer Kunstgeschichte. An der Breslauer Kunsthochschule hatten die Vertreter der verschiedenen Schulen oder Kunstrichtungen manche Konflikte ausgetragen. Meist war der Streit über die subjektive Bevorzugung einer Richtung entbrannt; doch seit den 1920er-Jahren hatte es die Breslauer Malerei, die tendenziell immer noch konservativ war, mit einer neuen Generation zu tun, die tatsächlich moderne und avantgardistische Ideen einbrachte. Die Nachkriegsjugend forderte eine emotionale, authentische und lebendige Kunst, deren Maß nicht allein handwerkliche Kunstfertigkeit und ästhetische Werte war, sondern der es um die Vermittlung innerer Erlebnisse des Individuums ging. Befürworter des neuen Kunstverständnisses stießen auf den Widerstand derjenigen, die die Bewahrung eines kunsthandwerklichen Profils und der Gebrauchskunst befürworteten. Gleichzeitig waren aber in dieser Zeit die meisten Hörer an der Breslauer Akademie jüdischer Herkunft, und von diesen wiederum gehörte die Mehrzahl zur Breslauer Avantgarde, die sich um den Expressionisten und Akademieprofessor Otto Mueller gruppierte.

29 Zur Breslauer Akademie: Johanna Brade, *Werkstätten der Moderne. Lehrer und Schüler der Breslauer Akademie 1903-1932*, Halle (Saale) 2004; dies., *Zwischen Künstlerbohème und Wirtschaftskrise. Otto Müller als Professor der Breslauer Akademie 1919-1930*, Görlitz/Zittau 2004.

Eine besonders hohe Anzahl von Künstlern jüdischer Herkunft ist zu den Vertretern des Expressionismus zu zählen.³⁰ Einige von ihnen verstanden ihre Kunst als Auflehnung gegen den Typ des saturierten Bürgers, mit dem sie sich nicht identifizieren wollten oder konnten. Es kann vermutet werden, dass der mitunter extreme Anarchismus, auf dem ihre Kunst psychologisch beruhte, auch aus einer gesellschaftlichen Leere herrührte, in der sie sich befanden. Auch wenn sie keine unmittelbare Verbindung zur jüdischen Religion hatten, so fühlten sie sich nicht im Einklang mit der deutschen Gesellschaft,³¹ in der sich bereits seit längerem nationalistische und antisemitische Stimmungen verstärkten. Zudem erinnerte sie der Expressionismus, der auf innere und geistige Erlebnisse abhob, an zwei jüdische mystische Richtungen – den *Chassidismus* und die *Kabbala*.

Eine Analyse von Werken jüdischer Expressionisten aus Breslau muss die soziokulturelle Lage in der schlesischen Hauptstadt nach 1918, während der Weimarer Republik, einbeziehen. Kriegsfolgen und Wirtschaftskrise hatten die jüdische Minderheit empfindlich getroffen. Eine Epoche ging zu Ende. Die bekannten jüdischen Familien, die durch den Krieg Teile ihres Vermögens verloren hatten, konnten nun weder den jüdischen Gemeinden noch jungen Künstlern Rückhalt bieten.

Im Chaos der Nachkriegszeit begann die junge Generation der Juden die kulturelle Leere zu spüren. Enttäuscht durch den Krieg und entmutigt von der Ideologie der Nationalisten erlebte sie eine Phase der Unsicherheit und Reflexion. Darüber hinaus stellte sie die Frage nach ihrer kulturellen Zugehörigkeit, insbesondere in Bezug auf die deutsche Kultur. Diese Reflexion weckte in der jungen Generation eine Sehnsucht, sich eine eigene Art von Asyl, eine Situation zu schaffen, in der sie bei ihrer künstlerischen Suche ihre eigene Identität finden konnten.

Die Atmosphäre an der Breslauer Akademie, insbesondere aber die künstlerische Persönlichkeit Otto Muellers, der dort als Professor wirkte, förderten eine solche Suche. Deshalb gelang es in diesen Jahren auch einer Reihe von maßgeblichen jüdischen Künstlern, sich im Breslauer Kulturleben einen Namen zu machen. Zu ihnen gehörten Ludwig Meidner, ein führender Kopf des jüdischen Expressionismus, Heinrich Tischler und Isidor Aschheim sowie die Malerinnen Käthe Ephraim Marcus, Paula Grünfeld und Margot Abraham.

30 Das entsprach einer damals in Deutschland festzustellenden Tendenz. Bezeichnend für die »goldenen« Zwanziger Jahre war eine erstaunlich hohe Anzahl herausragender Intellektueller, Schriftsteller und bildender Künstler; siehe dazu Peter Gay, *Jews and other Germans. Masters and Victims in Modernist Culture*, New York 1978, S. 154. Kunstkritiker jüdischer Herkunft gaben den Ton an; der Gründer der maßgeblichen Zeitschrift *Der Sturm* (1910) war der Kunstkritiker Herwarth Walden (geb. 1878 als Georg Lewin); siehe Cecil Roth, *Die Kunst der Juden*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1963, S. 136.

31 Siehe Martin Brenner, *The Renaissance of Jewish Culture in Weimar Germany*, New Haven/London 1996; John Milful, *Marginalität und Messianismus. Die Situation der deutsch-jüdischen Intellektuellen als Paradigma für die Kulturkrise 1910-1920*, in: Bernd Hüppauf (Hrsg.), *Expressionismus und Kulturkrise*, Heidelberg 1983, S. 147-157.

Ludwig Meidner (1884-1966)

Der in Bernstadt (Bierutów) geborene Maler, Grafiker und Dichter Ludwig Meidner gehört zu den bedeutendsten Vertretern des Expressionismus. Obwohl er nur kurze Zeit an der Breslauer Akademie arbeitete, von 1903 bis 1905, pflegte er auch nach seinem Weggang nach Berlin den Kontakt zu Breslauer Künstlern. Meidner war einer der Ersten, der sich für das Werk des schlesischen Barockmalers Michael Willmann interessierte. Dieser hatte als bereits reifer Mann und Künstler mit einem beachtlichen Œuvre eine tiefe Bekehrung erfahren. Besonders berührten ihn die Bilder, die ekstatische Visionen Heiliger darstellten oder Szenen des Martyriums. Die Barockmalerei eröffnete ihm die Welt der dort anschaulich dargestellten Mystik, die er in seinem künstlerischen Werk weiter zu entwickeln suchte. Meidner war überzeugt davon, dass sich das Wesen des Judentums in der chassidischen Mystik offenbare und schuf – hiervon beeinflusst – eine Reihe von religiös geprägten Werken mit jüdischer Thematik.³²

Bekannt war er vor allem als Mitbegründer der Gruppe »Die Pathetiker« (zusammen mit Jacob Steinhardt und Richard Janthur). Der Gruppe schwebte als Ziel vor, eine Kunst zu schaffen, die im Geiste des Expressionismus so erhabene Themen ausdrückte wie prophetische Visionen, die Apokalypse oder das Ende der Welt. Ihre Arbeiten stellte sie zum ersten Mal in der Galerie »Der Sturm« von Herwarth Walden aus.

Meidners prophetische Visionen repräsentieren den Stil des sogenannten ekstatischen Expressionismus. Von ihm stammt auch der Schlüsselbegriff des jüdischen Expressionismus: die Offenbarung. Offenbarung im expressionistischen Verständnis umschrieb die Entdeckung des eigenen jüdischen ICH.³³ Meidners Werk, das mystische mit jüdischen Elementen verband, hatte auch erheblichen Einfluss auf die Werke der aus Łódź stammenden Gruppe »Jung Idysz«. Meidner blieb in Kontakt mit den Mitgliedern der Gruppe, u. a. mit Ankiel Adler, und durch Ausstellungen, z. B. in Warschau, war sein Werk unter den polnischen jüdischen Künstlern bekannt.³⁴

Wie sehr auch Meidner Breslau häufig kritisierte, da er sich als Teil der Künstlerboheme Berlins betrachtete, kehrte er oft in seine Heimat zurück. Solange seine Mutter lebte, hatte er eine enge gefühlsmäßige Bindung an das heimatliche Bierutów, dort erholte er sich u. a. nach der Rückkehr aus dem Krieg 1919 und 1922, wo auch einige Porträts von seiner Mutter entstanden sowie Grafiken, die die Landschaft der Umgebung von Bierutów sowie von Bierutów selbst abbildeten (*Straße in Bernstein*, 1919). Der Künstler suchte in seiner Heimat auch nach Spuren seiner jüdischen Vorfahren, Thema seiner fast naturalistischen Skizzen

32 Siehe dazu Ljuba Berankova/Erik Riedel, Apokalypse und Offenbarung. Religiöse Themen im Werk von Ludwig Meidner, Sigmaringen 1996.

33 Hennoch Fuchs, Expressionistisches Judentum; in: Jüdisch-liberale Zeitung 4 (1924), Nr. 4, o. S. [S. 1].

34 Jerzy Malinowski, Malarstwo i rzeźba Żydów Polskich, Warszawa 2000, S. 174 f.

und Grafiken wurden die schlesischen jüdischen Friedhöfe (*Friedhof in Milocice*, 1925). Es scheint, dass Meidner sich nicht von dem Komplex freimachen konnte, ein Provinzler zu sein, was er selbst zugab. Aber indem er seine eigene Legende schuf, versuchte er dies als einen besonderen, einzigartigen Wert seiner Werke darzustellen. Er gab zu, dass die heimatliche Landschaft ihn inspirierte.³⁵

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befasste sich Meidner erneut mit dem Thema Heimat, als er sich – zum Erstaunen seiner Ehefrau und seiner Umwelt – entschied, aus der Londoner Emigration nach Deutschland zurückzukehren, wo er bis zu seinem Tod lebte. Meidner bekannte, dass er ein zwiespältiges Verhältnis zur heimatlichen Region hatte. Bierutów war seine geografische Heimat, seine geistige jedoch die jüdische Theologie und auch die Klassiker der deutschen Malerei und Philosophie.³⁶ Insbesondere in Bezug auf die künstlerische Tradition fühlte er sich mit der deutschen Kunst verbunden, obwohl es später gelegentlich vorkam, dass er dies mit Begründung auf die Ereignisse im Zweiten Weltkrieg bestritt. Charakteristisch ist jedoch der Satz, den er nach seiner Rückkehr nach Deutschland äußerte: »Ich weiß nicht, ob Deutschland weiterhin der Ort sein sollte, an dem Juden in größerer Zahl leben und arbeiten können. Aber ich kann nur dort leben, wo man deutsch spricht und schreibt.«³⁷

Ludwig Meidner, »Selbstbildnis als Prophet«, Stiftzeichnung, 1932

Heinrich Tischler (1892-1938)

Sowohl unter den Breslauer Avantgardisten als auch unter den jüdischen Künstlern war Heinrich Tischler ebenfalls eine Ausnahmeerscheinung (siehe sein »Selbstporträt« auf S. 547 oben). Er gehört zu den Künstlern der sogenannten verschollenen Generation, die oft als gefangen zwischen zwei Katastrophen beschrieben wird: zwischen der vernichtenden Erfahrung des Ersten Weltkrieges und der Katastrophe der Schoah, die nicht nur das Ende des Lebens vieler ta-

35 Ludwig Meidner, Das verborgene Feuer der Heimat – Gruß an Schlesien, in: Ernst Schremmer/Hanns Gottschalk (Hrsg., für die Künstlergilde), Erbe und Auftrag. Ostdeutscher Almanach, Augsburg 1960, S. 61-64, hier S. 62.

36 Hans Tramer, Das Judenproblem im Leben und Werk Ludwig Meidners, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 16/17 (1977/78), Nr. 53/54, S. 75-132, hier S. 101.

37 Zit. nach ebd., S. 124.

lentiefter Menschen bedeutete, sondern auch eine Epoche gewaltsam beendet. Die »verschollene Generation« wird häufig mit der zweiten Generation der Expressionisten gleichgesetzt. Das hängt mit dem Stigma der »entarteten Kunst« zusammen, das die Nationalsozialisten dem Expressionismus anhefteten, bezieht sich aber auch auf das Schicksal der betroffenen Künstler. In den 1930er-Jahren war die Kunst der Expressionisten dem Untergang geweiht, ihre Vertreter erwartete Vertreibung oder Tod. Das Gefühl nicht gegenwärtig zu sein, das in dem Wort »verschollen« enthalten ist, lässt sich auch auf Heinrich Tischler beziehen. Dieser Breslauer Künstler, eines der ersten Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungen in Deutschland, gilt als Symbolfigur für seine Generation. Aus seinen zerstreuten Arbeiten, die erst jetzt wieder zusammengetragen werden, ergibt sich das Bild eines künstlerischen Weges, das höchst interessantes Material für eine Analyse bietet.

Heinrich Tischler³⁸ wurde am 25. Mai 1892 in Cosel (Kędzierzyn-Koźle) geboren, lebte aber mit seinen Eltern bereits seit 1897 in Breslau. Nach dem Abitur (1910) machte er eine Tischlerlehre, die er mit der Gesellenprüfung abschloss. Als prägend für seine zukünftige Entwicklung erwies sich Hans Poelzig, der 1912 sein erster Meister wurde. Parallel dazu lernte er in der Werkstatt von Friedrich Pautsch. Allem Anschein nach war es jedoch nicht dieser Meister, der in dem jungen Tischler die Fantasie und Neigung zum Expressionismus freisetzte. Der junge Maler fand seine künstlerische und geistige Anregung in der Kunst von Otto Mueller, dessen informeller Schüler er war.

Tischler trat als Architekt von Fabriken und Geschäftsräumen hervor. Er war dazu ein ausgezeichnete Grafiker, in dessen Linolschnitten sich Hinweise auf die damalige Lage und Probleme der jüdischen Minderheit in Osteuropa finden. In moderner Manier zeigte er Gestalten betender Juden, anekdotische Szenen und selbst so schwierige Themen wie Fluchtszenen bei Pogromen. Seinen Bildern wurde eine kafkaeske Atmosphäre zugeschrieben. In den meisten der Tischlerschen grafischen oder malerischen Kompositionen werden jüdische Themen dargestellt, überwiegend betende Juden im Augenblick religiöser Ekstase.

Tischlers Interpretation geht weit über die typischen »Gettoansichten« hinaus, die Juden als Gegenstand einer ethnologischen Faszination zeigen. Die expressionistischen Formen zusammen mit dem mystischen Inhalt zeugen von einer weitaus tieferen Verbindung zwischen dem Künstler und der Welt seiner Bilder. Diese Interpretation wird dadurch gestützt, dass Tischler, außer bei Porträtarstellungen, sehr selten nach der Natur malte und selbst erklärte, dass seine Kunst antirealistisch und abstrakt sein solle. In einem künstlerischen Exposé spricht er von seinem Wunsch, etwas Universales und zugleich nicht Fassbares wie die Zeit abzubilden. Er wolle die Bewegung ausdrücken, die nur mithilfe von Farben und des Pinselstrichs zu erfassen sei. Die Annäherung an

38 Nach Bernhard Brillung war die Familie Tischler kohanitisch (d. h. Nachkommen der Tempelpriester) und kam aus Wartenberg; siehe ders., Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens. Entstehung und Geschichte, Stuttgart 1972, S. 34.

etwas, das nicht fassbar ist, sei nur in malerischer Form möglich, in der sich die erfasste Zeit in ihrer Hässlichkeit und Schönheit zeige: »Die Schönheit ihrer Unergründlichkeit aber finde ich unwiderstehlich in der Nähe des alttestamentarischen Mythos zur Gottheit.«³⁹

Tischlers Neigung zur Mystik, sein ekstatischer Stil sowie sein Kunstkonzept erinnern an den bereits vorgestellten Ludwig Meidner, was die zeitgenössische Kritik ziemlich früh wahrnahm. Neben Meidner wurde Oskar Kokoschka am häufigsten als sein Vorbild genannt.⁴⁰

Trotz vieler Einflüsse kennzeichnete Tischlers Arbeiten aber ein individueller Zug, der sich in dem Material zeigte, das er für seine Arbeiten verwendete. 1925, auf der Ausstellung junger Talente in der Breslauer Galerie Stenzel, lobte Franz Landsberger die Landschaften des Künstlers – »gezeigt in der schönen Kraft des Lichts und der Farbe«.⁴¹ Zugleich merkte er an, dass Tischlers bärtige »Masken« und kleinstädtische Gässchen noch interessanter seien. Der Breslauer Kritiker wusste auch dessen Fähigkeit, eine Stimmung wiederzugeben, überzeugend zu erklären. Wie er feststellte, »braucht [Tischler] wenigstens in seinen farbigen Stücken einen Stich ins Groteske, um zu voller Wirksamkeit zu gelangen«.⁴² Bereits Tischlers frühe Arbeiten belegen die hohe koloristische und formale Qualität seiner Kunst, die sich entschieden expressionistisch präsentierte.

Ein besonders gelungenes Beispiel für den Versuch, jüdische Themen mit expressionistischem Ausdruck zu verbinden, ist das Bild *Die Gasse* (siehe Abb. S. 547 unten). Vor einem nur angedeuteten Hintergrund, einer städtischen Straße in der Abenddämmerung, sind mehr oder weniger deutlich gezeichnete Gestalten zu sehen, unter denen auch Silhouetten von Juden im langen Überrock zu erkennen sind. Dargestellt sind ferner Verkäufer, deren gebeugte Gestalten an Geister erinnern, über ihnen befinden sich auftürmend die Stadtmauern, die von allen Seiten die Fläche um die Passanten abschließen. Diese Stimmung ist durch die düstere Umrahmung der Straße verstärkt, die nur hier und da von Laternenlicht erhellt wird. Auf diesem Bild gibt es kein eindeutiges Geschehen, jeder Passant schwebt gewissermaßen in seine Richtung. Aufmerksamkeit zieht allein ein jüdisches Paar in der Bildmitte auf sich. Dieses Motiv zeichnet sich durch eine gewisse Konventionalität der Form aus, eine Anonymität, die durch die Menge ausgedrückt und nur durch die erkennbar jüdische Kleidung gebrochen wird. Auch der neutrale Titel sagt nicht, um welche Gasse in welcher Stadt es sich handelt. Ist es eine Gasse im jüdischen Breslau? Die »kafkaeske« Stimmung ist auch auf diesem Bild zu spüren, dessen düstere Atmosphäre mit einer Art mystischer Geheimniskrämerei einhergeht, in der jede Gestalt in die

39 Heinrich Tischler über Heinrich Tischler, in: Das Graphische Jahr. Fritz Gurlitt, Berlin 1921, [S. 136].

40 Endres, J. (?), o. T., in: Kunstchronik und Kunstliteratur. Neue Folge 55 (1931), S. 388 f.

41 Franz Landsberger, Kunstausstellung in Breslau – Erste Ausstellung der Künstlerhilfe. Galerie Stenzel, in: Schlesische Monatshefte 2 (1925), S. 174 f., hier S. 174.

42 Ebd.

Sphäre der eigenen Emotionen verfangen zu sein scheint, und das Einzige, was die Passanten verbindet, die Klaustrophobie auslösende Kulisse der Gasse ist.

Isidor Aschheim (Ascheim) (1891-1968)

Isidor Aschheims und Heinrich Tischlers private sowie künstlerische Lebenswege weisen manche Schnittstellen auf. Beide gründeten 1925 gemeinsam eine private Zeichenschule.

Isidor Aschheim (geb. Posen 1891, gest. Jerusalem 1968) galt als einer der talentiertesten Schüler Otto Muellers. Neben expressionistischen Landschaftsstudien malte auch er bewegende Szenen von jüdischen Pogromflüchtlingen und Porträtstudien von Juden.

Er beteiligte sich an vielen Ausstellungen, war Bühnenbildner im Lobe-Theater und arbeitete bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges als Zeichenlehrer in verschiedenen jüdischen Schulen. 1940 ging er ins Exil nach Palästina, wo er eine Professorenstelle in der Jerusalemer Bezalel Kunstschule antrat. In Palästina und später in Israel schuf er fast ausschließlich Naturstudien. Die künstlerische Reife, die er an der Bezalel-Akademie erreichen sollte, trat an die Stelle der früheren elementaren Expressivität. Insbesondere nach dem Krieg erlangte er große Popularität, sodass er bis heute als einer der wichtigsten israelischen Künstler gilt.

Im Umkreis von Tischler und Aschheim bewegten sich auch die Künstlerinnen Irene Altmann, Käthe Ephraim Markus, Paula Grünfeld und Margot Abraham, die zwar Breslauer sozialen Frauenorganisationen angehörten, doch in ihrer Kunst selten soziale Themen aufgriffen. Sie malten vor allem Porträts von bekannten jüdischen Breslauerinnen und Breslauern. Käthe Ephraim-Marcus z. B. porträtierte die jüdische Feministin Paula Ollendorf sowie den Kunstsammler Ismar Littmann, dessen Porträt besonders große Bekanntheit erlangte.

Erwähnenswert sind auch vier weitere Künstler, die ebenfalls die Breslauer Akademie besuchten: Artur Schwarz, ein Grafiker und in den 1930er-Jahren ein aktiver Funktionär des Jüdischen Kulturbundes, ferner der Landschaftsmaler Isi Kon, Willy Braun, Mitglied der Gruppe 1922, sowie Johnny Friedlaender (1912-1992), ein weiterer Grafiker, dessen experimenteller Stil sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit Erfolg entfalten konnte.

Der vorliegende Beitrag erinnert an die Rolle und Beteiligung jüdischer Künstler und Künstlerinnen, Mäzene und Kulturkritiker, als im modernen Breslau eine neue Kultur entstand; er skizziert zudem, welche Ansichten und Einstellungen hinter diesem kulturellen Engagement standen und wie sie sich auf den Identitätswandel der Breslauer Juden zwischen März 1812 und Januar 1933 beziehen lassen. Dabei galt es, die spezifischen Momente der Stadt Breslau zu erfassen, die als Hauptstadt der Provinz Schlesien zwar Eigenschaften einer Metropole besaß,

Isidor Aschheim, ohne Titel [Gruppe jüdischer Männer], 1919; Radierung, signiert und datiert unten rechts

zugleich aber an der Peripherie Deutschlands lag und stets eher als Talent- und Ideenschmiede galt, denn als ein Zentrum künstlerischer Innovationen. Gleichzeitig bot die Stadt der jüdischen Gemeinde ein Dach, unter dem sie neben verschiedenen religiösen und sozialen Gruppen existierte. Breslau erfüllte eine wichtige Brückenfunktion zwischen Ost und West, da die Stadt enge Verbindungen zur Provinz Posen pflegte, über die gegen Ende des 19. Jahrhunderts viele osteuropäische Juden zuwanderten. Der soziale und ökonomische Aufstieg dieser Immigranten, die anderswo »Ostjuden« genannt wurden, vollzog sich rascher als in den meisten anderen deutschen Städten. Diese Integration war auch für die jüdischen Kultusfunktionäre in Breslau sowie für die Künstler nicht ohne Belang, weil sie Möglichkeiten eröffnete, um eine moderne säkulare Identität im Einklang mit traditionellen Elementen zu formen. Eine Analyse des künstlerischen Schaffens erlaubt lediglich eine Annäherung an diese Fragestellungen. Es bleibt daher zu hoffen, dass zukünftige Forschungen das Bild von der Beteiligung jüdischer Menschen am künstlerischen und kulturellen Leben der Stadt Breslau um weitere Facetten erweitern.

Deutsch von Jürgen Hensel

Von Delacroix bis van Gogh

Jüdische Kunstsammlungen in Breslau

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehörte die jüdische Gemeinde Breslau zu den größten in Deutschland. Innerhalb dieses recht unterschiedlich geprägten Milieus gab es eine Gruppe von liberalen Juden, die sich in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht der Breslauer nichtjüdischen Bevölkerung angeglichen hatten. Da sie zur wirtschaftlichen Elite zählten, konnten sich diese jüdischen Bürger Breslaus in verschiedenen kulturellen Bereichen betätigen, die vorher der jüdischen Bevölkerung kaum zugänglich gewesen waren.¹ Unter den verschiedenen Tätigkeitsfeldern ist das Sammeln von Kunst besonders erwähnenswert. Es waren vor allem jüdische Sammler, die im Verlauf der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts die bedeutendsten Privatsammlungen der Stadt zusammentrugen.² Die Vorliebe für Kunstsammlungen galt unter den Angehörigen der jüdischen Bevölkerungsminorität höchstwahrscheinlich als wichtiges Zeichen der Akkulturation, durch das sich die Juden Gewissheit verschafften, gleichberechtigte oder sogar besonders angesehene Teilnehmer des lokalen kulturellen Lebens zu sein. Die hohen Verdienste, die sich jüdische Breslauer Bürger mit der Schaffung hervorragender Privatsammlungen erwarben, sollte sie jedoch nicht vor der Beschlagnahmung der Kunstwerke, dem gesellschaftlichen Ausschluss und auch nicht vor der Ermordung nach 1941 schützen.

Unter den angesehensten Kunstsammlern verdienen Carl Sachs (1858-1943), Max Silberberg (1878-1945), Leo Lewin (1881-1965) und Ismar Littmann (1878-1934) besondere Erwähnung. Ihre Tätigkeit als Sammler begann im ersten bzw. zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Seitdem dienten ihre Villen als Begegnungsorte für Künstler sowie als wichtige Zentren für Vorlesungen zu Themen der Kunst. Die Kunstwerke aus jüdischem Privatbesitz konnten bei verschiedenen Kunstausstellungen vor allem in Breslau bewundert werden. Die Privatsammlungen, die jüdische Privatunternehmer mit Enthusiasmus anlegten, erreichten einen beachtlichen Umfang, doch nicht nur quantitativ, auch qualitativ waren sie von Bedeutung. Es fanden sich hier die Werke renommierter europäischer Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts, die unter den Zeitgenossen höchstes Ansehen genossen, wie in der Sammlung von Max Silberberg. Carl Sachs war berühmt als Sammler bedeutender Grafiken und Zeichnungen hauptsächlich aus dem Werk deutscher Künstler. Seine Gemäldesammlung war weniger umfangreich als die von Silberberg, aber auch sie umfasste Bilder

1 Małgorzata Stolarska-Fronia, *Udział Żydów wrocławskich w artystycznym i kulturalnym życiu miasta od emancypacji do 1933 roku*, Warszawa 2008.

2 Karl Scheffler, *Breslauer Kunstleben*, in: *Kunst und Künstler* 21 (1923), S. III-133.

des Realismus und Impressionismus. In der Villa von Leo Lewin waren außer Werken der französischen Realisten auch Gemälde zeitgenössischer Künstler zu sehen, unter anderem von Picasso und Munch. Einen großen Teil der Privatsammlung Lewins bildeten Werke der mit ihm persönlich bekannten Maler Max Slevogt und Max Liebermann und dem von ihm sehr geschätzten Adolph von Menzel, von dem er über fünfzig Zeichnungen besaß. Die Sammlung von Ismar Littmann unterschied sich in zweifacher Hinsicht von denen der drei anderen jüdischen Sammler. Der erste Unterschied bestand in der ausgesprochenen Vorliebe Littmanns für Werke von einheimischen Künstlern, meistens ausgebildet an der Breslauer Kunstakademie. Der zweite Unterschied beruht in der ungewöhnlichen Größe der Sammlung, die im Wesentlichen Werke des Expressionismus umfasste. Nach der Anzahl der zusammengetragenen Werke ist anzunehmen, dass Littmann die Werke von Lovis Corinth und Otto Mueller besonders hoch schätzte.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurden die Kunstsammlungen durch Verkäufe und Zwangsversteigerungen auseinandergerissen oder gingen im Zuge des »Arisierungs«-Prozesses in Staatsbesitz über. Die Vernichtung der Breslauer Juden geriet, nachdem Breslau 1945 polnisch geworden war, lange Zeit in Vergessenheit. Dies gilt auch für die Geschichte der Kunstsammlertätigkeit Breslauer Juden. Erst in den 1990er-Jahren, als die Erben der Sammler, gemäß der Washingtoner Erklärung über die Rückgabe der von den Nationalsozialisten widerrechtlich beschlagnahmten Vermögen von 1998, das verlorene Eigentum reklamierten, wurde das Thema der Breslauer jüdischen Privatsammlungen ebenfalls von der kunsthistorischen Forschung wieder aufgenommen.³

- 3 Anja Heuss, Die Sammlung Max Silberberg in Breslau, in: Andrea Pophanken/Felix Billeter (Hrsg.), Die Moderne und ihre Sammler. Französische Kunst in deutschem Privatbesitz vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Berlin 2001, S. 311-326; Annerose Klamm/Marius Winzeler, »Die moderne deutsche Kunst musste zur Geltung gebracht werden« – Zur Erwerbung von Kunstwerken aus jüdischem Eigentum für die Kunstsammlungen in Görlitz, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg., bearb. v. Ulf Häder), Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit Kulturgütern aus ehemaligem jüdischen Besitz, Magdeburg 2001, S. 118-143; Monika Tatzkow/Hans Joachim Hinz, Bürger, Opfer und die historische Gerechtigkeit. Das Schicksal jüdischer Kunstsammler in Breslau, in: Osteuropa 56 (2006), S. 155-171; Marius Winzeler, Jüdische Sammler und Mäzene in Breslau – von der Donation zur »Verwertung« ihres Kunstbesitzes, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste (Hrsg., bearb. v. Andrea Baresel-Brand), Sammeln. Stiften. Fördern. Jüdische Mäzene in der deutschen Gesellschaft, Magdeburg 2006, S. 131-150; Anja Heuss, Die Sammlung Littman und die Aktion »Entartete Kunst«, in: Inka Bertz/Michael Dormann (Hrsg.), Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute, Berlin 2008, S. 69-74; Melissa Müller/Monika Tatzkow, Verlorene Bilder, verlorene Leben. Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde, München 2008; Caroline Metzner, Die Sammlung Ismar Littmann. Eine jüdische Sammlung in Breslau während der Weimarer Republik, Freie Universität Berlin, Mag.-Arb., Berlin 2008.

Carl Sachs (1868-1943)

Carl Sachs, 1868 in Jauer geboren, war einer der ersten Sammler großformatiger Werke, deren sich die jüdische Gemeinde Breslau erfreuen konnte. Er begann seine Berufspraxis in der Handelsfirma seines Onkels, deren Sitz sich in Landeshut befand. Nach dem Tod des Onkels zog er nach Breslau und setzte seine Berufstätigkeit im Handel mit Kurzwaren in der Firma Forell & Co. fort. Die zuvor in finanzielle Schwierigkeiten geratene Firma, die sich mit Herstellung und Großverkauf von Kurzwaren, Unterwäsche und Fertigkleidung befasste, konnte ihre Handelsumsätze unter Sachs' Leitung bedeutend verbessern und neue Filialen in Berlin und Danzig eröffnen. Sachs heiratete die Tochter des Firmeninhabers, Margarete Forell, und bezog 1907 mit ihr die neu errichtete Villa in der Kleinburgstraße 18/20 (heute ul. Januszowicka).⁴ Den Entwurf für diese Villa hatte der Architekt Fritz Behrendt angefertigt. Die Innenräume der Villa wurden mit Gemälden aus dem Privatbesitz des Sammlers geschmückt.⁵ Unter den bedeutendsten Gästen, die in nachfolgenden Jahren die Privatsammlung von Sachs kennenlernen konnten, waren u. a. die Kunstkritiker Julius Maier-Graefe und Karl Scheffler.

Sachs, der Englisch, Französisch und Italienisch fließend beherrschte, verbrachte viel Zeit auf Reisen durch Europa und Nordafrika. Dank der lebhaften Kontakte mit bekannten Kunstkritikern und Künstlern vermehrte sich seine Sammlung rasant um neue hervorragende Werke. Bei der Sammlungsgestaltung folgte Sachs häufig den Ratschlägen Loÿs Henri Delteils, einem Experten für zeitgenössische Grafik, der ihm manchmal auch bei Erwerbungen half.⁶ Der Sammler kaufte zahlreiche Werke auf Kunstauktionen. So erstand er beispielsweise zahlreiche Grafiken von französischen Künstlern bei der Versteigerung der Sammlung von Tadeusz Natanson. Vermutlich bei der Auktion der bekannten Dresdner Sammlung von Adolf Rothermundt erwarb Sachs eine der Zierden seiner Sammlung, das *Portrait der Gräfin Pourtalès* von Pierre-Auguste Renoir. Sachs versah sich mit Neuerwerbungen auch bei Berliner Kunsthändlern, unter anderem bei Cassirer in Berlin, wo er wahrscheinlich ein anderes bedeutendes Gemälde erwarb – das *Portrait Victor Jacquemonts mit Regenschirm* von Claude Monet (heute im Kunsthaus Zürich). Dieses Meisterwerk konnte, zusammen mit achtzehn anderen Bildern aus der Sammlung von Sachs, in der vierten Ausstellung für Malerei der Gegenwart, die im Schlesischen Museum der Bildenden

4 Tatzkow/Hinz, Bürger, S. 157.

5 Margot Rieß, Breslauer Kunstbrief: Die Bilder der Sammlung Sachs, in: Kunstwanderer 3 (1921/22), S. 477 f.

6 Die Sammlung Carl Sachs. Graphik des XIX. Jahrhunderts. Versteigerung durch C. G. Boerner, Leipzig, und Paul Cassirer, Berlin, Leipzig 1931; Ewa Frąckowiak, Ryciny autorskie z drugiej połowy XIX wieku i początków XX wieku z kolekcji Carla Sachsa, in: Bogusław Czechowicz/Arkadiusz Dobrzyniecki/Izabela Żak (Hrsg.), Z dziejów rysunku i grafiki na Śląsku oraz w kolekcjach i zbiorach ze Śląskiem związanych, Wrocław 1999, S. 203-214.

Künste im Frühling 1911 veranstaltet wurde, von Breslauer Bürgern bewundert werden.⁷ Fünf Jahre später veranstaltete man im Kunstsalon Ernst Arnolds eine Schau, in der nur Bilder und Grafiken aus der Sammlung Sachs' präsentiert wurden.⁸

Von dem Arrangement der Kunstwerke in der Villa des Sammlers ist wenig bekannt. Es scheint jedoch, dass das Gemälde Renoirs *Portrait der Gräfin Pourtales* (heute im Museu de Arte de São Paulo) den Mittelpunkt der Sammlung bildete, denn die Kenner von Sachs' Sammlung räumten jenem Bild immer den Vorrang ein. Die Sammlung wurde durch Bilder von Gustave Courbet, Eugène Delacroix, Camille Pissarro und Alfred Sisley ergänzt. Einen wesentlichen Teil der Sammlung bildeten Werke von deutschen Künstlern, darunter Bilder von Max Liebermann, Max Slevogt, Lovis Corinth, Hans von Marées und Carl Spitzweg sowie Skulpturen von Georg Kolbe.

Der eigentliche Schwerpunkt der Sammlung von Sachs lag jedoch nicht auf Werken der Malerei. Das Hauptinteresse des Sammlers konzentrierte sich auf Grafiken. Zahlreiche grafische Werke wurden der Breslauer Öffentlichkeit 1916 in einer Ausstellung präsentiert. Man konnte damals unter anderem die Werke von Ludwig Richter, Hans von Marées, Käthe Kollwitz sowie die Zeichnungen des bekannten Breslauer Adolph von Menzel betrachten. Die Werke von einheimischen Künstlern wurden durch Grafiken von zeitgenössischen europäischen Künstlern ergänzt, so von dem berühmten aus Belgien stammenden Félicien Rops sowie von den Franzosen Louis Legrand und Adolphe Willette. Der Sammler begann die intensive Sammlung von Grafiken und Zeichnungen erst nach dem Ersten Weltkrieg. Eine große Präsentation von ausgewählten Werken aus der imposanten Sammlung Sachs' fand 1929 im Gebäude des Generalkommandos des VI. Armeekorps in der Schweidnitzer Straße statt.⁹ Dem Publikum wurden damals Werke der berühmtesten europäischen Grafiker gezeigt, u. a. von Honoré Daumier, Henri de Toulouse-Lautrec und Edvard Munch.

Die Weltwirtschaftskrise zwang Sachs im Jahr 1931, einen bedeutenden Teil seiner sorgfältig gestalteten Sammlung zu verkaufen. Der Sammler nahm dazu die Vermittlung der anerkannten Auktionshäuser Carl Gustav Boerner und Paul Cassirer in Anspruch.¹⁰ Von der hohen Qualität seiner Sammlung von Grafiken und Zeichnungen zeugt die Entscheidung der Kunsthändler, vor der Versteigerung eine Ausstellung zu veranstalten. Am 22. Oktober 1931 wurde im Amsterdamer Salon Paul Cassirers die grafische Sammlung des Breslauer Sammlers Carl Sachs einer breiten europäischen Öffentlichkeit präsentiert. Die Ausstellung

7 Vierte Ausstellung von Werken moderner Meister aus Breslauer Privatbesitz vom 17. April bis 14. Mai, Breslau 1911; Julius Brann, Breslauer Kunstbesitz, in: Schlesien 5 (1911), S. 466-472.

8 Arthur Lindner, Die Gemälde-Sammlung Carl Sachs, in: Kunstchronik, 9.6.1916, S. 362-364.

9 Gesellschaft der Kunstfreunde. Daumier, Lautrec, Munch, Zorn. Qualitätsdrucke aus der Sammlung Carl Sachs, Breslau 1929.

10 Die Sammlung Carl Sachs. Graphik des XIX. Jahrhunderts..

fand auch bei Cassirer in Berlin sowie im Leipziger Museum der Bildenden Künste ihre Fortsetzung, wo am 6. November 1931 die Versteigerung stattfand. Es wurden damals Grafiken (u. a. von Francisco de Goya, Jean-Baptiste Camille Corot, Edvard Munch, Pablo Picasso, Henri de Toulouse-Lautrec und James Abbot McNeill Whistler) sowie Originalzeichnungen (z. B. von Vincent van Gogh), insgesamt 460 Werke, ausgestellt.

Carl Sachs war über viele Jahre in Breslau als hervorragender Sammler berühmt, der die in der Stadt veranstalteten Ausstellungen durch Werke aus seiner eigenen Sammlung bereicherte. Besondere Anerkennung wurde ihm jedoch im Jahr 1931 zuteil, als er sich trotz herrschender Wirtschaftskrise entschied, seine Sammlung von Grafiken und Zeichnungen deutscher Künstler vollständig dem Schlesischen Museum der Bildenden Künste zu schenken.¹¹ Nach der Übergabe der Werke wurden diese in den Sälen des Museums eine Zeit lang ausgestellt, bevor sie dem Gesamtbestand zugeordnet wurden. Unter den Erwerbungen Sachs' von besonderem Wert waren Werke von zeitgenössischen Künstlern wie Max Liebermann, Max Slevogt, Lovis Corinth und Käthe Kollwitz; Werke, die die Sammlungen des Schlesischen Museums der Bildenden Künste erheblich bereicherten.

Mit der nationalsozialistischen »Machtergreifung« gerieten die jüdischen Sammler in bedeutende Schwierigkeiten. Sachs, der seit Anfang der dreißiger Jahre unter Scheschwierigkeiten litt, die für ihn als Kunstsammler besonders schmerzlich waren, erlebte 1933 eine Reihe von Demütigungen. Er wurde aus dem Kuratorium des Schlesischen Museums der Bildenden Künste ausgeschlossen, obwohl er diese Einrichtung über viele Jahre unterstützt und ihr einen wertvollen Teil seiner Sammlung überlassen hatte. Vom anerkannten Mäzen wurde er zum unerwünschten Museumsgast. Bald sah er ein, dass seine wertvolle Gemäldesammlung in Breslau nicht mehr sicher war. Bereits im September 1934 fasste er den Beschluss, vier seiner Bilder dem Kunsthaus Zürich in Verwahrung zu geben. Am Anfang des folgenden Jahres gingen weitere 22 Objekte in die Magazine dieser Einrichtung über, darunter die wertvollsten Bilder von Courbet, Delacroix, Monet, Pissarro, Sisley und Renoir, sowie von den deutschen Künstlern (u. a. Hans von Marées, Hans Thoma und Carl Spitzweg). Die Zwangsgebühren, mit denen die Juden belegt wurden, darunter die Judenvermögensabgabe und die Reichsfluchtsteuer, bedeuteten Sachs' Ruin. 1939 gelang es dem achtzigjährigen Sammler und seiner Frau in die Schweiz zu emigrieren, wo ihn, dank eigener Vorsorge, sein frühzeitig ausgelagerter Sammlungsteil erwartete. Vom gesamten Breslauer Vermögen blieben ihm nur zehn Mark übrig.¹²

Auf die in Zürich in Verwahrung gegebenen Werke nahm Sachs Kredite auf, die ihm den Lebensunterhalt im Ausland sicherten. Einige Bilder verkaufte er durch Vermittlung des Schweizer Galeristen und Kunsthändlers Fritz Nathan.

¹¹ Erich Wiese, Die Stiftung Carl Sachs für das Schlesische Museum der bildenden Künste in Breslau, in: *Zeitschrift für Kunstgeschichte* 1 (1932), S. 149-152.

¹² Tatzkow/Hinz, Bürger, S. 165.

Das *Portrait Jacquemonts* von Monet wurde 1939 vom Kunsthaus Zürich erworben, dessen Zierde es bis heute ist. Kurz nach Sachs' Ausreise in die Schweiz wurden die von ihm in Breslau zurückgelassenen Kunstwerke vom Staat konfisziert, trotz der Bemühungen des Eigentümers, die Auslagerung ins Ausland zu erreichen. Ein Teil der Werke gelangte ins Stadtmuseum in Görlitz. Carl Sachs starb 1943 in der Emigration in Basel.¹³

Max Silberberg (1878-1942)

Wenn im dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ein durchschnittlicher, am Kulturleben interessierter Bürger Breslaus gefragt worden wäre, wo in dieser Stadt die bedeutendste Privatsammlung zu finden sei, hätte er sicher die am Rand des Südparks stehende Villa genannt, deren Inhaber ein wohlhabender jüdischer Unternehmer namens Max Silberberg war.¹⁴ Die von ihm gestaltete Kunstsammlung war der Stolz der Stadt und gleichzeitig Ziel und Begegnungsort zahlreicher Kunstkenner. Diejenigen, die das Glück hatten, die von Silberberg gestaltete Sammlung persönlich betrachten zu können, verglichen den Begründer dieser Sammlung mit den bedeutendsten Sammlern seiner Zeit, beispielsweise mit dem Bankier Andrew Mellon, dessen Kunstsammlung den Grundstock der heutigen Washingtoner Nationalgalerie bildete.

Max Silberberg kam 1878 in der Familie eines Schneidermeisters in der brandenburgischen Kleinstadt Neuruppin zur Welt.¹⁵ Er muss ein intelligentes Kind gewesen sein, denn seine Familie beschloss, den Jungen auf ein Gymnasium zu schicken. Als Silberberg den Wehrdienst abgeleistet hatte, siedelte seine Familie, das heißt sein Vater Isidor und seine Schwester Margarete, nach Beuthen/OS über. Höchstwahrscheinlich hat der hochbegabte Max Silberberg dort seine Handelsausbildung absolviert. 1902 wurde er als Prokurist in der vier Jahre zuvor gegründeten Firma »M. Weissenberg« eingestellt, die sich zuerst mit dem Handel und der Anfertigung von Öfen, Schamottziegeln und Magnesiterzeugnissen befasste. Das Unternehmen entwickelte sich über Schlesien hinaus und wurde mit diesen Produkten marktbeherrschend in Europa. Kurz nach der Aufnahme seiner Tätigkeit heiratete Max Silberberg die Tochter des Firmengründers, Johanna Weissenberg. 1906 wurde der einzige Sohn geboren und auf den Namen Alfred getauft. In dieser Zeit traten die Kunstinteressen des Fabrikanten zutage.

Der Sammler begann seine Erwerbungen mit Werken Wilhelm Leibls und weiterer Künstler aus dem Leibl-Kreis. Silberberg weitete allmählich sein Inte-

¹³ Ebd., S. 165 f.

¹⁴ Alice Landsberg, Eine große deutsche Privatsammlung. Die Sammlung Silberberg in Breslau, in: Die Dame 16 (1930), S. 12-15; Karl Scheffler, Die Sammlung Max Silberberg, in: Kunst und Künstler 30 (1931), S. 3-18.

¹⁵ Heuss, Sammlung Max Silberberg, S. 311-326; Tatzkow/Hinz, Bürger, S. 158; Müller/Tatzkow, Verlorene Bilder, S. 115-129.

resse auf andere deutsche Künstler aus, unter ihnen Carl Schuch, Hans Thoma, Wilhelm Trübner und Hans von Marées. Die Konkurrenz zwischen Museen und Privatsammlern auf dem Kunstmarkt bestimmten Silberbergs Strategie, »einfache kaufbare« Werke zu erwerben, die dennoch von hoher Qualität waren, so vor allem französische Meister. Seine Sammlung in Breslau verfügte über eine hohe Zahl französischer Impressionisten. In die Landesmetropole war die Familie Silberberg 1920 von Beuthen/OS übergesiedelt. Silberberg wurde Mitinhaber des Unternehmens »M. Weissenberg« und verwaltete die Filialen in Schweidnitz und Düsseldorf.

Porträt von Max Silberberg, 1930

Seinen Wohlstand bezeugen die imposanten Dimensionen der von ihm erworbenen Villa in der Lands-

bergerstraße 1-3 (heute ul. Kutnowska) sowie die Ausgestaltung des Speisesaals durch den anerkannten Jugendstilarchitekten und Direktor der Breslauer Kunstakademie, August Endell. In diesem in künstlerischer Hinsicht einheitlichen Raum wurden die modernen Gemälde, unter anderem die *Brücke in Trinquetaille* van Goghs, die *Lektüre* Renoirs sowie *Jas de Bouffan* von Paul Cézanne, ausgestellt. Im selben Saal wurde auch eine Vitrine mit alten Kunstgewerbestücken eingerichtet.

An den Innenwänden der prunkvollen Villa Silberbergs hingen insgesamt zweihundertfünfzig Kunstwerke, darunter auch zahlreiche Werke von Impressionisten. Der Besucher konnte mindestens fünf Bilder von Pierre-Auguste Renoir bewundern sowie mindestens drei Bilder von Édouard Manet und Paul Cézanne, je zwei Gemälde von Claude Monet und Camille Pissarro sowie einige Pastellbilder von Edgar Degas. Die Sammlung enthielt auch Werke von Auguste Rodin, Vincent van Gogh und Pablo Picasso. Unter den Künstlern der älteren Generation waren dort Eugène Delacroix, Gustave Courbet und Jean-Baptiste Camille Corot mit Bildern vertreten. Heute hängen diese Gemälde aus der Breslauer Sammlung in führenden Museen der Welt, beispielsweise in den Pariser Musée d'Orsay und du Louvre, in der St. Petersburger Eremitage, in der Washingtoner Nationalgalerie bzw. im Museum of Modern Art in New York. Das New Yorker Museum of Modern Art besitzt aus der Sammlung Silberberg heute eine wunderschöne Zeichnung van Goghs, den Olivenhain bei Saint-Rémy darstellend; ein Werk, das sich bis 1999 in der Berliner Nationalgalerie

befand. Es war eines der ersten Werke, das den legitimen Nachkommen des Sammlers zurückerstattet wurde. Dies geschah aufgrund der Washingtoner Erklärung über die Rückgabe der von den Nationalsozialisten widerrechtlich beschlagnahmten Vermögen von 1998. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die den Besitz des Berliner Museums verwaltet, musste einräumen, dass die Auktion der Kunstwerke aus der Sammlung Silberbergs, die 1935 im Berliner Auktionshaus Paul Graupe stattfand, erzwungen worden war.¹⁶ Die Zeichnung van Goghs aus der Sammlung Silberberg wurde dessen Schwiebertochter Gerta Silberberg zurückgegeben. Diese ließ die Zeichnung im Londoner Sotheby's Salon versteigern. Dort erzielte die Zeichnung einen der höchsten Preise, die bisher für ein Werk auf Papier geboten worden waren: 8,5 Millionen Dollar! Zum Vergleich ist zu ergänzen, dass das Gemälde van Goghs, *Die Brücke in Trinquetaille*, das ebenfalls aus der Breslauer Sammlung von Silberberg stammte, 1987 im Konkurrenzauktionshaus Christie's in London zum Preis von 20,24 Millionen Dollar versteigert wurde. Damit handelt es sich um das drittteuerste Gemälde van Goghs. Das zeigt, welchen Wert die Sammlung Silberbergs gehabt hat.

Das Speisezimmer in der Villa Silberberg in Breslau, links neben dem Fenster hing Paul Cézannes *Jas de Bouffan*; nach 1923

Zu Beginn des dritten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts wurden die Sammlungen Silberbergs auch außerhalb der Stadtgrenzen Breslaus berühmt, dank zahlreicher Pressebeiträge, deren Verfasser begeistert von der Sammlung berichteten. Aufgrund dieser Berichte besuchten bekannte Kritiker und Kunstliebhaber die Sammlung in der Villa Silberberg, so Ludwig Justi, Direktor der Berliner Nationalgalerie, sowie Julius Maier-Graefe, der bekannte Kunstkritiker. Für diese Gäste veranstaltete Silberberg thematische Vorlesungen, die oftmals durch bekannte Mitarbeiter des Schlesischen Museums der bildenden Künste in Breslau, zum Beispiel Heinz Braune und Erich Wiese gehalten wurden. Auch für diejeni-

16 Dorothea Kathmann, Kunstwerke aus jüdischen Sammlungen – Möglichkeiten und Grenzen der Provenienzzermittlungen am Beispiel der Sammlung Silberberg aus Breslau, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Beiträge öffentlicher Einrichtungen, S. 26-37.

gen Kunstliebhaber, die Breslau nicht besuchen konnten, bestanden Möglichkeiten, die Gemälde oder Skulpturen aus der Sammlung Silberbergs in einer der Kunstmetropolen zu sehen, wo sie des Öfteren in Ausstellungen präsentiert wurden.

Die Finanzkrise zwang den Sammler, einen Teil seiner Sammlung 1932 im Pariser Salon Georges Petit versteigern zu lassen.¹⁷ Drei Jahre später wurde ihm, dem jüdischen Bürger, befohlen, seine prunkvolle Villa zu verlassen. Das Gebäude diente anschließend dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD) als Quartier. Dem Sammler wurde eine kleine Wohnung in der Kurfürstenstraße 28 (ul. Raławicka) zugeteilt, in der weder für seine imposante Sammlung noch für die umfangreiche Bibliothek genügend Raum vorhanden war. Von

Das Speisezimmer in der Villa Silberberg in Breslau mit Vincent van Goghs *Brücke in Trinquetaille*; nach 1923

den meisten Werken aus seiner Sammlung trennte sich Silberberg durch Vermittlung des Berliner Kunst- und Auktionshauses Paul Graupe, zum Beispiel bei einigen Kunstauktionen, die 1935 und 1936 stattfanden.¹⁸ Bei diesen Versteigerungen wurden insgesamt mehr als 160 Kunstobjekte ausgestellt. Die Verwüstungen vieler Synagogen, Wohnungen und Geschäfte von Juden sowie Gewaltaktionen gegen jüdische Bürger durch die Nationalsozialisten fanden einen ersten Höhepunkt im Novemberpogrom von 1938, der sogenannten Kristallnacht. Dabei wurde der einzige Sohn Silberbergs verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Er wurde allerdings nach wenigen Tagen unter der Bedingung freigelassen, das Land in Kürze zu verlassen. 1939 reiste er mit seiner Frau Gerta nach Großbritannien aus. Max Silberberg und seine Ehegattin Johanna entschieden, trotz schwerer wirtschaftlicher Lage – die

17 Collections de Messieurs S... et S..., Tableaux Modernes, Paris, 9 Juin 1932, Galerie Georges Petit, Paris 1932.

18 Gemälde und Zeichnungen des 19. Jahrhunderts aus einer bekannten schlesischen Privatsammlung und aus verschiedenem Privatbesitz, Versteigerung 141, 23.3.1935, Paul Graupe, Berlin 1935; Bibliographie, Kunstliteratur, Luxus- und Pressendrucke, Graphik, Handzeichnungen, Miniaturen, Verschiedenes, Versteigerung 148, 12.-14.12.1935, Paul Graupe, Berlin 1935; Gemälde, Plastik, Grafik, Zeichnungen des 20. Jahrhunderts, Versteigerung 149, 7.1.1936, Paul Graupe, Berlin 1936; Kunstliteratur, Luxus- und Pressendrucke, Verschiedenes, Versteigerung 150, 23.-25.3.1936, Paul Graupe, Berlin 1936.

Firma war 1938 »arisiert« worden –, in Breslau zu bleiben. Sukzessiv wurden sie gezwungen, sich von ihren Kostbarkeiten und den noch verbliebenen Kunstwerken zu trennen. 1941 wurde das Ehepaar Silberberg in das Zwischenlager für Juden im beschlagnahmten Zisterzienserkloster Grüssau bei Landshut eingeliefert, danach über das Konzentrationslager Theresienstadt nach Auschwitz deportiert, wo beide ermordet wurden.

Die von Max Silberberg zusammengetragene Sammlung war einmalig. Wenn sich die Kunstwerke aus den Sammlungen Sachs und Silberberg noch heute in Breslau befänden, würde die Stadt über eine der hochwertigsten Gemäldegalerien des Impressionismus verfügen.

Leo Lewin (1881-1965)

Der 1881 geborene Leo Lewin war das älteste von sechs Kindern Carl Lewins, einem bekannten Breslauer Fabrikanten und Großhändler von Textilprodukten. Die von seinem Vater gegründete Firma »C. Lewin« stellte anfangs Männerbekleidung her. Der Erfolg des Unternehmens entschied über die Erweiterung des Sortiments um Arbeiter- und Schutzkleidung sowie um Pferdedecken und Plaids, die in großer Zahl hergestellt wurden. Die Hauptprodukte der Firma Lewin konnten Breslauer Bürger im Firmengeschäft in der Gartenstraße 7 (ul. Piłsudskiego) erwerben.

Während des Ersten Weltkrieges prosperierte das Unternehmen dank der zahlreichen Aufträge für Uniformen. In dieser Zeit begann Leo Lewin vermutlich damit, Kunstwerke im großen Stil zu sammeln. Es ist bekannt, dass seine Sammlung von Gemälden Max Liebermanns und Max Slevogts bereits im Jahr 1917 beträchtlich war. Im selben Jahr kaufte der Kunstsammler eine geräumige Villa im vornehmen Stadtteil Breslaus, in Kleinburg (Borek), in der Akazienallee. Den Bedürfnissen des neuen Besitzers gemäß wurden die Innenräume der Villa umgestaltet. Mit dieser Aufgabe wurde Oskar Kaufmann, ein bekannter Architekt aus Berlin, betraut.¹⁹ Manche Wände wurden nur sparsam dekoriert und damit auf die neu zusammengetragene Gemäldesammlung ausgerichtet.

Lewins Villa entwickelte sich bald zum Treffpunkt für verschiedene, mit Lewin befreundete Künstler. Zu Gast waren bei ihm die beiden Maler Max Slevogt und Max Liebermann, deren Werke den Kern der künftigen Privatgalerie bildeten. Infolge dieser Besuche entstanden u. a. auch Porträts von Familienmitgliedern des Sammlers, die von den beiden Künstlern angefertigt wurden. Von 1917 an wuchs die Zahl der Kunstwerke in den Innenräumen der Villa rasch. Einige Werke erwarb der Sammler bei den Künstlern selbst oder auf Bestellung. Andere Ankäufe schloss er durch Vermittlung der Galerie Paul Cassirers in Berlin ab.

19 Oskar Bie, Der Architekt Oskar Kaufmann, Berlin 1928, S. 36f.

Den Kern der Sammlung Lewin bildeten Werke deutscher Maler, darunter die zahlreichen Bilder von Slevogt und Liebermann. Der dritte Lieblingskünstler Lewins war der Bildhauer August Gaul. Der Breslauer Sammler besaß als Einziger in Breslau den vollständigen *Kleinen Tierpark*, bestehend aus fünfzehn winzigen Bronze- und Silberfiguren. Zu den von Lewin bei Gaul bestellten Werken gehörte auch der Brunnen mit Gänsestatuen, eine Zierde im Villengarten in der Akazienallee. Die Zimmer waren mit Gemälden von Hans von Marées, Wilhelm Trübner, Lovis Corinth, Hans Thoma und Carl Spitzweg geschmückt – sowie mit Skulpturen von Georg Kolbe und Ernst Barlach, die der Sammler persönlich kannte. Lewin sammelte zudem Zeichnungen von Adolph von Menzel,

Porträt von Leo Lewin, 1920

von denen er einige Dutzend zusammentrug. Als Sammlungsjuwel galt das Gemälde dieses Künstlers, die *Prozession in Hofgastein* (heute in der Neuen Pinakothek zu München). Der Stolz der Privatsammlung Lewins waren aber nicht die Gemälde von deutschen Künstlern, sondern die Werke von bedeutenden europäischen Malern, vor allem des Impressionismus.

Unklar bleibt, wann Lewin damit begann, ausländische Künstler für seine Sammlung zu erwerben. Zahlreiche Bilder, darunter Gemälde von Honoré Daumier, Manet und Monet, erwarb er wahrscheinlich 1920 aus der Dresdner Privatsammlung von Adolf Rothermundt. Ein Jahr später, bei der Ausstellung Edvard Munchs in der Berliner Galerie Cassirer, gingen auch zwei Landschaftsbilder dieses Künstlers in seinen Besitz über. Zu den frühesten Erwerbungen des Sammlers gehört zudem ein Stilleben von Picasso (heute in der Tate Gallery in London). In der Sammlung von Lewin waren auch Werke von bedeutenden Künstlern des Realismus, nämlich von Corot (z. B. *Poesie*, heute im Wallraf-Richartz-Museum in Köln), von Daumier und Courbet (*Grand Pont*, heute in der University Art Gallery in Yale). In der Sammlung Lewins fehlte auch kein Werk des bekannten Künstlers aus der Übergangszeit vom Realismus zum Impressionismus – Édouard Manet. Es handelte sich um die im Sommer 1881 in Versailles entstandene Darstellung eines jungen Stiers auf der Wiese. Zwei Porträts von Renoir sowie eine Landschaft von Pissarro und eine frühe Bildkomposition von Cézanne bereicherten ebenfalls die Sammlung.

Ein wirkliches Schmuckstück der Sammlung war zudem das wunderschöne Gemälde von Monet, das die schneebedeckten Weinfelder bei Moulin

Das Herrenzimmer in der
Villa des Generaldirektors
Leo Lewin in Breslau, 1928

d'Orgemont zeigt. Das Interesse des Sammlers an den neuesten Richtungen in der Kunst bezeugen zwei Bilder von Edvard Munch. Beide Gemälde stellen Seelandschaften dar. Eines von ihnen wurde 1927 auf einer Kunstauktion verkauft und gelangte bald ins Baseler Kunstmuseum, wo es bis heute zu sehen ist. Das zweite, heute im Besitz eines Privatmannes, stellt eine Meeresküste bei Hvitsten in Norwegen dar.

Von drei Gemälden van Goghs in Lewins Besitz wurde eines als Fälschung erklärt. Als der Breslauer Sammler das Bild erwarb, wurde ihm durch fachliche Expertise die Echtheit des Bildes bestätigt, verfasst von dem angesehenen Kenner dieses Malers – Julius Maier-Graefe. Die Zweifel an der Zuschreibung bezüglich des zweiten Gemäldes, *Garten in Auvers*, wurden vor wenigen Jahren beseitigt und das Gemälde eindeutig als Werk van Goghs identifiziert. Das einzige von den drei van Goghs aus der Sammlung Lewins, das keinen Zuschreibungszweifeln unterliegt, ist die Darstellung eines Statuengipsabgusses, entstanden 1887 während eines Aufenthalts des Künstlers in Paris, wo ein von der antiken Kunst inspirierter Zyklus entstand. Dazu angeregt worden war van Gogh durch häufige Besuche im Louvre. Zur Sammlung des Breslauer Unternehmers zählte auch ein großer Bestand von Zeichnungen europäischer Künstler (u. a. von Cézanne, Delacroix, Daumier), gekrönt durch zwei Zeichnungen Rembrandts. Beide wurden aus der Sammlung Wilhelm von Bodes erworben, des langjährigen Generaldirektors der Berliner Museen.

Die Wirtschaftskrise in der Mitte der 1920er-Jahre traf auch Lewins Firma, denn der Sammler entschied schon 1927, einen großen Teil seiner Sammlung versteigern zu lassen. Die Auktion wurde von den beiden bekannten Kunst-



Eine Nische mit Wandstickereien und Bernstein-Schnitzereien aus Elfenbein in der Villa des Generaldirektors Leo Lewin in Breslau, 1928

händlern Paul Cassirer und Hugo Helbing durchgeführt.²⁰ Der Kunstauktion am 12. April 1927 ging eine dreitägige Besichtigungs-Ausstellung im Berliner Salon Cassirers in der Viktoriastraße 35 voraus. 1930 und 1932 beschloss Lewin, weitere Werke aus seiner Privatsammlung in eine Auktion zu geben.²¹ Sobald die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren, auf deren Veranlassung Lewin als Jude mit zusätzlichen Steuern belegt wurde, entschied sich der Sammler, die grafischen Werke in seinem Besitz auf einer Kunstauktion im Berliner Salon Max Perls zu verkaufen.²² Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wanderte die

Familie Lewin nach Großbritannien aus, wo sie während der folgenden Jahre die wenigen ihnen verbliebenen Kunstwerke aus ihrer Privatsammlung verkaufte. Die Bücher mit dem charakteristischen, von Max Slevogt entworfenen Exlibris (einen Jüngling abbildend, der zwei launische Pferde bändigt) aus der reichen Bibliothek, die ehemals in der Villa in der Akazienallee untergebracht war, kamen in den 1950er-Jahren auf den Londoner Antiquitätenmarkt. Sie sind immer noch in vielen europäischen Antiquariaten zu erwerben.

Ismar Littmann (1878-1934)

Ismar Littmann wurde 1878 in Groß-Strehlitz (Strzelce Opolskie) geboren. Im Jahr 1902 wurde er in Rechtswissenschaften promoviert, vier Jahre später übersiedelte er nach Breslau, wo er ein Notariat in der Schweidnitzer Straße (heutige ul. Świdnicka) eröffnete. Mit seiner Sammlertätigkeit begann Littmann vermutlich um 1912.

20 Sammlung Leo Lewin Breslau. Deutsche und Französische Meister des XIX. Jahrhunderts. Gemälde, Plastik, Zeichnungen. Auktionsleitung: Paul Cassirer und Hugo Helbing, Berlin 1927.

21 Meister des 19. und 20. Jahrhunderts aus der Sammlung Sims, Hamburg und aus Berliner und Breslauer Privatbesitz, Auktionsleitung: Paul Cassirer und Hugo Helbing, Berlin 1930; Gemälde Neuerer Meister – Adolph von Menzel. Guaschen, Aquarelle, Zeichnungen der Sammlung L. Breslau – Aquarelle und Zeichnungen, 23.2.1932, Rudolph Lepke's Kunst-Auctions-Haus, Berlin 1932.

22 Heuss, Sammlung Max Silberberg, S. 324.

Die eindrucksvolle Inventarisierung der über 5800 Grafikwerke fertigte der Sammler eigenhändig an.²³ Die Stiche wurden chronologisch in der Erwerbungsreihenfolge von Littmann verzeichnet. Ein anderes der bis heute erhaltenen Verzeichnisse führt Gemälde und Aquarelle auf, die 1930 durch den Breslauer Kunsthistoriker Bernhard Stephan katalogisiert wurden. Viele der Werke in Littmanns Besitz erwarb der Sammler persönlich von den Künstlern. Es handelt sich vor allem um die Künstler, die mit der Breslauer Kunstakademie verbunden waren, das waren sowohl Professoren (Otto Mueller, Alexander Kanoldt, Karl Mense) als auch Schüler (z. B. Isidor Aschenheim). Viele von ihnen waren Gäste in der geräumigen Wohnung der Familie Littmann, die sich in einem Haus in der Eichbornstraße (heutige ul. Ksawery Drucki-Lubecki) befand. Unter ihnen ist vor allem Mueller zu nennen, der ein Aktbild von einer der Töchter Littmanns, Eva, gemalt hat. Die Kontakte Littmanns beschränkten sich jedoch nicht auf das Breslauer Milieu. Er stand im Briefwechsel mit vielen Künstlern, z. B. mit Corinth und dessen Ehefrau Charlotte, mit Käthe Kollwitz und Max Liebermann. Bei Emil Nolde kaufte er persönlich den *Buchsbaumgarten* ein.²⁴

In der großen Sammlung Littmanns gab es 600 Werke von Lovis Corinth, darunter 13 Gemälde. Littmann favorisierte vor allem jüdische Künstler, die – wie Heinrich Tischler und Isidor Aschheim – mit der Breslauer Kunstakademie verbundenen waren. Darüber hinaus bevorzugte er auch Werke der Künstler aus der bekannten Gruppe »Die Brücke«. Dazu gehörten Max Pechstein und der mit dem Sammler befreundete Otto Mueller. Einen wesentlichen Teil der Sammlung bildeten die Werke von Expressionisten, darunter solche von Max Beckmann, Oskar Kokoschka, Ernst Barlach und Paul Klee. Eine andere künstlerische Richtung dieser Zeit war die Neue Sachlichkeit. Zu ihr zählten Karl Hofer, Alexander Kanoldt, Carlo Mense, Otto Dix und Georg Grosz. Weniger zahlreich waren die Werke französischer Künstler vertreten, es befanden sich jedoch unter ihnen auch Vertreter des Realismus (Henri Fantin-Latour, Édouard Manet), des Impressionismus (Auguste Renoir, Paul Cézanne) und des Fauvismus (André Derain, Maurice de Vlaminck, Henri Matisse, Raoul Dufy). Auch Werke der bekanntesten Kubisten wie Pablo Picasso und Juan Gris fehlten nicht. Vom Letzteren besaß der Breslauer Sammler zwei Stillleben. Seit dem Ende der 1920er-Jahre plante Littmann, seine Sammlung, die bisher nur seine Wohnung und Kanzlei schmückte, einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. 1929 stellte er deshalb zahlreiche Werke aus seiner Privatsammlung für eine Ausstellung zeitgenössischer Kunst im Schlesischen Museum der bildenden Künste zur Verfügung. Er begann damals auch mit der Suche nach geeigneten

23 Deborah Ascher Barnstone, Weimar Era Breslau and Ismar Littmann's Modern Art Collection, in: *The Art Book* 13 (2006), S. 28-30; Heuss, Sammlung Littmann, S. 69-74; Caroline Metzner, Die Sammlung Ismar Littmann.

24 Christoph Brockhaus, Zum Restitutionsgesuch der Erbgemeinschaft Dr. Ismar Littmann für das Bild »Buchsbaumgarten« (1909) von Emil Nolde, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Beiträge öffentlicher Einrichtungen, S. 78-89.

Ausstellungsräumen, wo die Kunstwerke aus seiner Sammlung der Breslauer Öffentlichkeit als ständige Ausstellung präsentiert werden konnten. Die ersten Schritte wurden im Frühling 1930 unternommen, als über fünfzig Gemälde, die ausschließlich aus seiner Sammlung stammten, in die Villa von Alfred und Toni Neisser überführt wurden. Während dieser Ausstellung konnten die Breslauer die Werke bekannter Künstler wie Maurice Utrillo, Juan Gris und Robert Delaunay bewundern. Die Kunstwerke aus der Sammlung Littmanns wurden in den Räumen der Villa Neisser im Jahr 1933 gezeigt, vor allem zahlreiche Werke Otto Muellers.

Die Finanzkrise der 1930er-Jahre traf auch Ismar Littmann. Der Sammler erkundigte sich schon 1931 bei dem befreundeten Direktor der Berliner Nationalgalerie, Ludwig Justi, ob diese an dem Ankauf der Werke von Käthe Kollwitz und Lovis Corinth interessiert sei. Im März des folgenden Jahres beschloss Littmann, über 200 Werke auf Papier bei Paul Graupe in Berlin versteigern zu lassen.²⁵ Im November desselben Jahres entschied er sich, weitere Kunstwerke zu veräußern. Die Auktion wurde durch das Breslauer Auktionshaus Kunstkabinett durchgeführt. Der ökonomische Zusammenbruch verhinderte eine weitere sammlerische Tätigkeit. Die sich ständig verschlechternde Finanzsituation zwang den Sammler, einen Kredit bei der Breslauer Sparkasse aufzunehmen und die Bilder, die im Neisser-Haus ausgestellt waren, verpfänden zu lassen. Nach 1933 wurde den meisten jüdischen Juristen das Recht zur Berufstätigkeit entzogen. Es ist nach wie vor ungeklärt, ob auch Littmann persönlich von diesen Restriktionen betroffen war. Auch wenn dies nicht der Fall gewesen sein sollte, so war seine berufliche Existenz doch gefährdet. Gleichzeitig hatten seine zeitgenössischen Kunstwerke, die von der nationalsozialistischen Regierung als »entartet« erklärt wurden, an Bedeutung verloren. Die Banken verlangten, alle Schulden durch Pfändung der Bilder ohne Verzögerung einzutreiben. Littmann sah in dieser Situation keinen Ausweg und setzte seinem Leben ein Ende.

Nach dem Tod des Sammlers am 23. September 1934 entschieden seine Frau und sein ältester Sohn, 156 Kunstwerke nach Berlin zu schicken, um diese im Auktionshaus Max Perls versteigern zu lassen. Die Werke sollten im Februar 1935 versteigert werden. Zwei Tage vor der geplanten Kunstauktion beschlagnahmte die Gestapo 64 Werke zeitgenössischer Künstler (darunter zwei Kunstwerke aus der ehemaligen Sammlung Littmanns) wegen »pornografischen«, bzw. »bolschewistischen« Charakters. Die 64 Werke wurden der Berliner Nationalgalerie übergeben, wo über den Wert der Bilder entschieden werden sollte. Der damalige Direktor wählte 18 Kunstwerke aus, darunter zwei Bilder von Mueller aus der Sammlung Littmanns. Die übrigen wurden als »entartete Kunst« im März 1936 verbrannt. Über ein Jahr später, im Juli 1937, wurde in München unter dem bezeichnenden Titel »Entartete Kunst« eine Ausstellung eröffnet, in welcher, un-

25 Sammlung Rudolf Ibach – Barmen und Beiträge aus der Sammlung Dr. Littmann – Breslau, Paul Graupe, Auktion 104, 21.-22.3.1932, Berlin 1932.

ter mehr als 600 präsentierten Kunstwerken, die (weit mehr als zwei Millionen) Besucher vier Gemälde aus der Sammlung Littmanns sehen konnten.²⁶

Nach dem Tod seines Vaters wanderte Hans Littmann in die USA aus und nahm die Sammlungsinventare sowie einige Hundert Kunstwerke mit. Die in den Magazinen der Breslauer Museen befindlichen Kunstwerke aus der Sammlung Littmann wurden vom Staat beschlagnahmt. Es ist bekannt, dass die Sammlung seit 1932 durch sukzessive Verkaufsaktionen ständig verringert worden war. Vorausgesetzt, dass bei den Kunstauktionen seitdem alle versteigerten Kunstwerke auch verkauft wurden, würde deren Gesamtzahl 700 Stücke nicht überschreiten. Bei der Kunstauktion durch Max Perls sollen 200 weitere Stücke ausgestellt worden sein. Wenn zu dieser Zahl noch die verstaatlichten Kunstwerke hinzugefügt und dazu noch einige Hundert Objekte addiert werden, die nach dem Tod des Sammlers in die USA überführt wurden, dann entspricht die Gesamtzahl kaum der Hälfte der ursprünglichen Sammlung Littmanns. Offen bleibt, was mit den übrigen dreitausend Objekten geschehen ist.

Fazit

Infolge immer noch unzureichender Forschungen zu Breslauer Kunstsammlungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fällt es schwer, den genauen Anteil von Sammlern mit jüdischem Hintergrund zu bestimmen; aber dass die vier im vorliegenden Beitrag vorgestellten Kollektionen unter den übrigen Sammlungen in der Stadt hervorragten, lässt sich zweifellos feststellen. Zudem wirkten außer diesen vier Sammlern in der Breslauer jüdischen Gemeinde auch zahlreiche andere Privatsammler zeitgenössischer Kunst wie Hugo Kolker (Werke von Matisse und Munch) oder Adolph Rothenberg (Werke von Gris und Picasso). Als herausragende Sammler moderner Kunst machten auch Leo Smoschewer, Emil Kaim, Franz Landsberger oder Felix Perle auf sich aufmerksam, zumal sich fast alle rege am kulturellen Leben der Stadt beteiligten und sich insbesondere für den Bau eines Jüdischen Museums einsetzten. Außerdem führte beispielsweise Albert Neisser (1855-1916) zusammen mit seiner Ehefrau Toni einen Salon, den viele Künstler regelmäßig besuchten. Nach Neissers Tod (1916) ging seine Villa mit allen Kunstwerken in städtisches Eigentum über und bestand noch 13 Jahre als kulturelle Einrichtung weiter.²⁷

26 Heuss, Sammlung Littmann, S. 69-74; Achim Sommer, Otto Muellers »Knabe vor zwei stehenden und einem sitzenden Mädchen (Landschaft mit Figuren)« von 1918/19 – Ein expressionistisches Gemälde aus der ehemaligen Sammlung Dr. Ismar Littmann, Breslau, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Beiträge öffentlicher Einrichtungen, S. 90-105.

27 Piotr Łukaszewicz, Dom Alberta i Toni Neisserów. Zapomniany rozdział z dziejów wrocławskich muzeów, in: Roczniki sztuki śląskiej 15 (1991), S. 39-57.

Zu den wichtigen Sammlungen zählte ferner die Galerie alter und zeitgenössischer Malerei, die Theodor Loewe (1855-1935), langjähriger literarischer bzw. künstlerischer Direktor der städtischen Theater, zusammengetragen hatte.

Zur vollständigen Erfassung und zutreffenden Bewertung der Sammlungen von Breslauer Juden ist die Erfassung und Bearbeitung anderer Privatsammlungen aus dieser Stadt unverzichtbar, auch derjenigen Sammlungen, deren Besitzer anderen Bekenntnissen angehörten. Erst die Kenntnis des Breslauer Kunstsammlungs panoramas würde eine abschließende Beantwortung der Frage ermöglichen, inwiefern die Sammlungen von Sachs, Silberberg, Lewin und Littmann im Breslau der Vorkriegszeit Besonderheiten aufwiesen.

Insgesamt erlaubt der heutige Wissensstand nicht, die genaue Anzahl von jüdischen Sammlern im damaligen Breslau festzustellen. Mit Bestimmtheit kann aber gesagt werden, dass sie unter den Sammlern des Breslauer Großbürgertums äußerst aktiv waren; denn bedenkt man, dass 1925, als es in Breslau die meisten jüdischen Kunstsammlungen gab, von den 557 000 Breslauern nur knapp über 20 000 jüdischer Abstammung oder Juden waren, so wird deutlich, wie außergewöhnlich ihre Betätigung gerade in diesem kulturellen Bereich war. Ihnen war es zu verdanken, dass Breslau auf diesem Gebiet des kulturellen Lebens nicht im Schatten von Berlin stand.

Deutsch von Bartłomiej Bartelmuś; das Fazit wurde von Jürgen Hensel übersetzt

Jerzy Krzysztof Kos

Schlesische Synagogen

Bestandsaufnahme einer zerstörten Baugattung¹

Die vorliegende Abhandlung rekonstruiert die Geschichte der Synagogenarchitektur in Schlesien vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert; sie umfasst räumlich Nieder- und Oberschlesien in den Grenzen von 1914. Literatur und Quellenfundus beruhen auf Archiv- und Bibliotheksrecherchen sowie einer Inventarisierung von Synagogenbauten in den Woiwodschaften von Niederschlesien, Oppeln, Grünberg (Lubuskie; der Woiwodschaft Schlesien). Mit Rücksicht auf den Umfang und das Ziel des Beitrages wurden lediglich diejenigen Synagogen berücksichtigt, die sich durch aufwendigere Architektur und Stilformen oder durch ihre besondere kultische Bedeutung als Gemeindegynagogen auszeichnen bzw. auszeichneten. Unberücksichtigt blieben dagegen Synagogen, die hinsichtlich ihrer Funktion oder Lage über keine architektonischen Besonderheiten verfügten oder nur geringere kultische Bedeutung besaßen. Hierunter fielen vor allem die in Schlesien zahlreich auftretenden kleinen privaten Betstuben und Bethäuser, ferner die meisten Breslauer Landschulen sowie Betstuben in Wohlfahrtseinrichtungen, wie beispielsweise in Krankenhäusern.

Der Artikel behandelt zwei Forschungsbereiche: In erster Linie bietet er eine Bestandsaufnahme der Kultarchitektur der schlesischen Juden, die Anzahl der errichteten Synagogen und die Chronologie ihrer Geschichte werden vorgestellt. Zweitens formuliert er einleitend neue Forschungsfragen zu architektonischen Formen und zum Stil sowie zu regionalen Unterschieden des Synagogenbaus und zu den Auftraggebern und Schöpfern (Maurermeistern, Baumeistern und Architekten).

1 Mit Rücksicht auf den Umfang des Artikels wurde die angeführte Fachliteratur auf ein Minimum begrenzt und die Bibliografie gekürzt.

Der Verfasser dankt nachfolgend genannten Personen und Institutionen für ihre Hilfe bei der Beschaffung wertvoller ikonografischer Quellen zur Baugeschichte der Synagoge: Anna Kwiecień, Bożena Kubit und Tamara Włodarczyk sowie dem Muzeum Architektury we Wrocławiu, dem Muzeum w Gliwicach und dem Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie (ŻIH). Eine erweiterte Version dieses Beitrags ist bereits auf Polnisch erschienen: Jerzy Krzysztof Kos, Judaistyczne budownictwo kultowe na Śląsku. Problem stylu i formy, in: Roczniki Sztuki Śląskiej XXII (2013), S. 9-45.

Quellen und Forschungsstand

Um die Geschichte und die architektonischen Formen von Synagogen zu rekonstruieren, die im Mittelalter auf schlesischem Boden entstanden, fehlt es noch an eingehenden Kenntnissen. Die einschlägige Fachliteratur ist nicht sehr umfangreich und stammt vorwiegend aus den 1930er-Jahren. Nach 1945 wurden diese Forschungen nicht fortgesetzt, die der Architekturhistoriker in Schlesien Alfred Grotte – damals der Einzige, der sich mit mittelalterlichen Synagogen in Schlesien befasste – in der Zwischenkriegszeit begonnen hatte.² Auch seine Ergebnisse wurden fast keiner Revision unterzogen.³ Inzwischen besteht die Chance, dass sich dieses ändert, da Historiker, Architekturhistoriker und Archäologen seit einigen Jahren zur Soziotopografie der mittelalterlichen schlesischen Städte forschen. Zu den ersten Ergebnissen gehören beispielsweise neue Erkenntnisse bezüglich der Lage der Synagoge in Schweidnitz (Świdnica) oder der Breslauer »Alten Schul«, deren bisher angenommene Situierung nicht bestätigt werden konnte.⁴

Quellen zur Geschichte und Architektur von Synagogen, die in der Neuzeit sowie im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts in Schlesien errichtet wurden, sind nur in Restbeständen überliefert; insbesondere Entwürfe, Baurechnungen sowie die Korrespondenz zwischen Initiatoren (Gemeinden, Privatpersonen und Vereinen), Architekten und Bauämtern, die für Architekturforschungen unerlässlich sind, sind rar. Die größten bisher bekannten Quellenbestände dieser Art befinden sich in Archiven in Polen und in Deutschland, vor allem im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts im. Emanuela Ringelbluma (ŻIH) in Warschau sowie im Archiv der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, aber auch in einigen kleineren schlesischen Archiven und Museen. Dabei handelt es sich um Restbestände von Archivalien zu einer Reihe von Synagogen, wie der Synagoge Zum Weißen Storch in Breslau (Wrocław) und den Synagogen in Oels (Oleśnica), Sagan (Żagań), Myslowitz (Mysłowice) oder Militsch (Milicz). Zweifellos werden weitere Archivrecherchen die bisherige Quellenbasis erweitern, was sich auch schon aufgrund der Ergebnisse bisheriger Inventarisierungen voraussehen lässt. Diese haben gezeigt, welche Bedeutung schwer zugänglichen lokalen Presse- und Buchpublikationen heute als Quellen

2 Eine Zusammenfassung der Ergebnisse seiner Forschungen erschien 1937, siehe Alfred Grotte, *Synagogenspuren in schlesischen Kirchen, Breslau 1937*.

3 Maria Piechotek/Kazimierz Piechotek/Bramy Nieba, *Bóznice murowane na ziemiach dawnej Rzeczypospolitej*, Warszawa 1999. Lediglich diese Publikation enthält kritische Beurteilungen einiger Hypothesen von Grotte. Diese wurden aber ohne neue architektonische Forschungen formuliert.

4 Mateusz Goliński, *Ze studiów nad Żydami świdnickimi w średniowieczu*, in: Krystyn Matwijowski (Hrsg.), *Z historii ludności żydowskiej w Polsce i na Śląsku*, Wrocław 1994, S. 11-31; ders., *The Jewish Street in Wrocław till the beginnings of the 15th century (part 1) [Ulica Żydowska we Wrocławiu do początków XV w. (cz. 1)]*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 67 (2012) 1, S. 3-27.

zukommt.⁵ Die ikonografische Dokumentation ist leider äußerst dürftig und zudem in den meisten Fällen bereits mehr als einmal veröffentlicht worden. Es handelt sich um Bildpostkarten, Fotografien aus Privatbesitz, seltener um qualitativ hochwertige Aufnahmen repräsentativen Charakters, die für Gemeinden oder zu Entwürfen von Synagogen angefertigt wurden. Leider handelt es sich dabei fast ausschließlich um Außenansichten der Synagogen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gebaut wurden. Innenansichten sind dagegen selten. Ein neuer Bestand von ikonografischen Quellen, die hin und wieder auch bisher unbekannte Außen- und Innenansichten von Synagogen zeigen, liefert seit einigen Jahren das Internet, beispielsweise mit den beiden spezialisierten Websites *Wirtualny Sztetl*⁶ und *Hydral*⁷, aber auch in einschlägigen Artikeln auf Wikipedia⁸.

Bisher liegen keine erschöpfenden historischen Forschungen zur Geschichte der schlesischen Synagogen vor. In den letzten Jahren sind aber neben einigen Monografien erste Versuche zu einer Gesamtsicht der Synagogen des 19. Jahrhunderts erschienen.⁹ Was den hier behandelten geografischen Raum betrifft, hat bisher allein Harold Hammer-Schenk den Typ komplexer historisch-architektonischer Forschungen in seiner methodisch innovativen Arbeit mit neuen Ergebnissen über die deutschen Synagogen im 19. und 20. Jahrhundert vorgelegt. In dieser mustergültigen Studie behandelt er auch einige wichtige Synagogen in Nieder- und Oberschlesien.¹⁰

- 5 Margret Heitmann/Andreas Reinke, *Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien*, 2 Bde., München 1995; Marcin Wodziński, *Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien II: Bibliography on the History of Silesian Jewry II*, München 2004; Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte der Juden in polnischen Archiven*, Bd. 2: *Ehemalige preußische Provinz Schlesien*, bearb. v. Claudia Nowak/Sabine Rüdiger-Thiem, München 2005.
- 6 *Das Portal des Museums der Geschichte der Polnischen Juden in Warschau* (Muzeum Historii Żydów Polskich, Warszawa), www.sztetl.org.pl [15.5.2013], <http://www.sztetl.org.pl/index.php?fraza=Synagoga&town=&text=on&foto=on&audio=on&video=on&app=search2> [15.5.2013].
- 7 Zum Beispiel unter <http://dolny-slask.org.pl> [15.5.2013].
- 8 Zum Beispiel unter http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Synagogen_in_Oberschlesien [15.5.2013].
- 9 Eleonora Bergman/Jan Jagielski, *Zachowane synagogi i domy modlitwy w Polsce* [Katalog], Warszawa 1996; Maciej Borkowski/Andrzej Kirmiel/Tamara Włodarczyk, *Śladami Żydów. Dolny Śląsk, Opolszczyzna, Ziemia Lubuska*, Warszawa 2008; Leszek Ziątkowski, *Synagogi we Wrocławiu od XVII do XX wieku*, in: Jerzy Rozpędowski, *Architektura Wrocławia*, Bd. 3: *Świątynia*, Wrocław 1998, S. 351-374; Magdalena Wawrzyniak, *»Nowa Synagoga« Edwina Opplera we Wrocławiu*, in: Jerzy Rozpędowski, *Architektura Wrocławia*, Bd. 3: *Świątynia*, Wrocław 1998, S. 389-405; Jerzy Krzysztof Kos, *Synagoga Pod białym Bocianem we Wrocławiu*, Wrocław 2002; Agata Koziół, *Dziewiętnastowieczna architektura synagogalna na Dolnym Śląsku*, in: *Dzieła i Interpretacje* 12 (2009), S. 33-46.
- 10 Harold Hammer-Schenk, *Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780-1933)*, T. 1-2, Hamburg 1981. Es handelt sich um

Im Verlauf der letzten zwanzig Jahre hat sich dagegen die faktografische und inventarische Basis zur Geschichte der Synagogen auf nieder- und oberschlesischem Boden erweitert; sie ist in Buchform, in gedruckten Inventaren¹¹, aber auch im Internet zugänglich.¹² Eleonora Bergmans Arbeit über die mitteleuropäischen Synagogen im maurischen Stil geht über die übliche Darstellung in einem Katalog hinaus.¹³ Wenn auch insbesondere die architektonisch-stilistische Herangehensweise der Verfasserin Interpretationen zu kurz kommen lässt, enthält die Arbeit einige wertvolle Feststellungen zu Präferenzen und zur Verbreitung von Stilen im schlesischen Synagogenbau.

Die Synagogen in Schlesien

Die Geschichte des Synagogenbaus in Schlesien umfasst einen Zeitraum von 700 Jahren. Die ersten Synagogen entstanden hier im frühen Mittelalter; die letzten wurden kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges errichtet. Dieser Zeitraum lässt sich in drei unterschiedlich lange Epochen des Synagogenbaus unterteilen, die der allgemeinen Periodisierung der Geschichte der jüdischen Bevölkerung in dieser Region entsprechen.¹⁴ Die älteste Epoche setzt mit dem Bau der ersten bekannten Judenschulen im 13. Jahrhundert ein und endet mit der Vertreibung der Juden aus Schlesien gegen Ende des Mittelalters. In der zweiten Epoche verschwanden jüdische Siedlungen in Schlesien und mit ihnen auch der Synagogenbau fast vollständig. Sie reicht vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zum Übergang des 17. in das 18. Jahrhundert, als sich in Schlesien wieder verstärkt Juden niederließen und mit ihnen auch die ersten neuzeitlichen Synagogen entstanden. Die dritte Epoche beginnt in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und dauert bis zur Zerstörung fast sämtlicher Synagogen in den Jahren von 1938 bis 1940. In dieser letzten Epoche erreichte das jüdische Kultbauwesen seine höchste Blüte.

die Synagogen in Breslau (Wrocław), Zülz (Biała), Kattowitz (Katowice) und Beuthen (Bytom) – dort finden sich auch umfangreiche Literaturhinweise zum Thema.

- 11 Eleonora Bergman, *Nurt mauretański w architekturze synagog Europy Środkowo-Wschodniej w XIX i na początku XX wieku*, Warszawa 2004. Die Publikation enthält eine umfangreiche Bibliografie zu einzelnen Gemeinden und Ortschaften.
- 12 Siehe Anm. 5 u. 7.
- 13 Siehe Bergman, *Nurt mauretański*. Besonders nützlich sind der Synagogenkatalog und der Illustrationsteil. Die Verfasserin ist Architektin.
- 14 Die Periodisierung des Synagogenbaus von der Mitte des 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts kann endgültig erst durch weitere historische Forschungen geklärt werden. Dazu gehört u. a. die Frage nach dem Auftreten und der Entwicklung der Reformsynagogen. Diese Gotteshäuser stellten eine architektonisch-stilistisch-funktionale Neuheit im 19. Jahrhundert dar, die eine neue Etappe im jüdischen Kultbauwesen bedeutete. Der Periodisierungsvorschlag beruht auf Leszek Ziątkowski, *Między niemożliwym a koniecznym*, Wrocław 2007, S. 106.

Die Klassifizierungs- und Analysekriterien, die zur Systematisierung der Geschichte des Synagogenbaus eingeführt wurden, betreffen vor allem Architektur- und Stilformen, lassen dagegen die prinzipiell wichtige Frage nach der religiösen Funktion außer Acht. Der Verzicht auf zusätzliche Kriterien, die spezifische historische, religiöse und soziale Bedingungen der analysierten Baugattung berücksichtigen könnten, erfolgt aufgrund des mangelnden Wissens über die religiöse Ausrichtung der einzelnen schlesischen Gemeinden, insbesondere in den Kleinstädten (shtetlekh). Zum Verständnis der Faktoren, welche Lage, Größe und Stil der Synagogen bedingten, wären zweifellos Kenntnisse über die Glaubensanschauungen der Synagogenstifter (Orthodoxie oder Reformjudentum) und der allgemeinen sozialen Lage der Gemeinden und deren Beziehungen zur christlichen Umwelt notwendig. Das Wissen über diese Art von »Mikrohistorie« böte die Möglichkeit, spezifischere Eigenschaften der Synagogen, wie architektonische Form, Größe, Lage, Stil, Organisation des Inneren und ihre Ausstattung (die Platzierung des Almemor, die verhangene oder offene Frauenempore usw.) zu erklären.

Unter Berücksichtigung der genannten inhaltlichen Beschränkungen wird im Folgenden die Zuordnung der betreffenden Synagoge zu einem der architektonischen Typen des Kultbauwesens vorgenommen. Die unterschiedliche Ein- bzw. Zuordnung erfolgt aufgrund der sich wiederholenden charakteristischen Lösungen von Grundrissformen und bei der äußeren Gestaltung der Synagoge. Diese Typen waren beständiger als die wechselnden Stile, insbesondere im außerordentlich differenzierten und entwickelten Synagogenbauwesen des 19. Jahrhunderts.

Bereits im Mittelalter gab es in Schlesien Judenschulen, damit sind Synagogen gemeint, die einzeln einem überregionalen Architekturtypus entsprachen und in den meisten Fällen vermutlich zum Typ der zweischiffigen Synagogen zählten. Die Entwicklung unterschiedlicher Bautypen und Stilrichtungen sowie die Wahl eines spezifischen Stils (durch die Auftraggeber) waren ein charakteristisches Phänomen vor allem für die Epoche des Historismus im 19. Jahrhundert. Im Verlauf der Suche nach der entsprechenden funktionalen liturgischen und architektonisch-stilistischen Form der Synagogen griff man im 19. Jahrhundert in Deutschland ebenso zu Lösungen der evangelisch-lutherischen Kirchenarchitektur wie zu mittelalterlichen architektonischen Stilformen der rheinischen Romanik. Resultierend aus der Entleihung und Adaptation dieser Muster verbreiteten sich auch auf schlesischem Gebiet folgende typische Lösungen:

1. nach dem Muster der protestantischen Normalkirche
2. nach dem Muster der Synagoge in Kassel
3. die zentrale Kuppelsynagoge
4. die rechteckige (blockhafte) Synagoge mit mit Kuppelhauben versehenen Westwerktürmen
5. die rechteckige (blockhafte) Synagoge mit zweitürmiger Fassade.

Diese Typen dominierten den schlesischen Synagogenbau im 19. Jahrhundert, stellten jedoch nicht die einzigen Formen dar. Neben den typischen Bauten entstanden auch andere, die sich durch individuelle architektonische und stilistische Züge auszeichneten. Dabei handelte es sich sowohl um Bauwerke von überdurchschnittlicher künstlerischer Bedeutung als auch um Durchschnittslösungen, die sich in anderer Hinsicht von den dominanten Typen unterschieden.

Außer Kriterien wie Typizität (Durchschnittlichkeit) und Exklusivität (Einmaligkeit) werden in der Analyse des historischen Materials auch allgemeine Stilkriterien angewandt. Die Kategorie der Neo-Stile aus dem 19. Jahrhundert wird in den Forschungen zur Synagogenarchitektur zwar oft und gewöhnlich auch mit Erfolg herangezogen – wobei sie mitunter das Hauptmerkmal zur Klassifizierung darstellt –, doch in der Praxis muss die Bezeichnung und Zuschreibung des Stils der jeweiligen Synagoge weder immer selbstverständlich sein noch eindeutig ausfallen; denn viele Synagogen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet wurden, besaßen einen eklektischen Stilcharakter. Dieser war z. B. durch gleichzeitig an einem Bau auftretende neoromanische, maurische und Rundbogenstilelemente gegeben. In einem solchen Fall wird man sich bei der Bestimmung des Stils einer Synagoge daran halten müssen, wie ihre Benutzer diesen im 19. Jahrhundert selbst bezeichneten. Die Stile des Synagogenbaus haben große historische Aussagekraft. Sie werden als symptomatisch für die politische und soziale Situation der betreffenden jüdischen Gesellschaftsgruppe interpretiert.¹⁵ Sie können auch als Kriterium für die Akzeptanz oder Ablehnung dieser Bevölkerungsgruppe durch ihre christliche Umgebung dienen. Situierung (Lage bzw. Wahl des Bauplatzes) und Stil der Synagoge standen zusammen mit den charakteristischen Merkmalen ihrer architektonischen Form in einem Kausalzusammenhang mit der Stufe der sozialen Integration.

Im vorliegenden Beitrag werden die Stilprobleme der architektonischen Form untergeordnet, d. h. den Fragen nach dem Typischen und dem Individuellen in der Synagogenarchitektur. Der Blick auf die Geschichte des Synagogenbaus sowie eine typologische Einordnung ermöglichen es, die Haupttendenzen der Sakralarchitektur, ihre genetischen Verbindungen und regionale Besonderheit aufzuzeigen. Vor dem Hintergrund typisierter Lösungen fällt es zudem leichter, lokale und individuelle Errungenschaften sowie das Spezifische in der Kulturarchitektur der schlesischen Juden wahrzunehmen.

15 Hammer-Schenk, Synagogen. Die Arbeit von Hammer-Schenk ist ein überzeugender Versuch, die Zusammenhänge zwischen dem Charakter von Architektur und Stil im Synagogenbau und der historischen Situation der Juden in Deutschland zwischen dem Ende des 18. Jahrhunderts und dem Jahr 1933 zu erklären.

Synagogen im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit
(vom 13. bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts)

Alfred Grotte – Architekt, Architekturhistoriker und Mitglied der Breslauer jüdischen Gemeinde – sind die ersten und bislang einzigen Untersuchungen zur Geschichte der mittelalterlichen Synagogen in Schlesien zu verdanken.¹⁶ Seine Ergebnisse hatten jedoch in hohem Grade hypothetischen Charakter, da er zu Schlussfolgerungen gelangte, die er vor allem aus vergleichenden Analysen mittelalterlicher Judenschulen (= Synagogen) in Worms, Prag und Eger mit ähnlichen Gebäuden in Schlesien zog. Soweit bekannt ist, führte er keine architektonischen und archäologischen Untersuchungen durch, sondern nahm nur Messungen an den Gebäuden vor. Grotte suchte nach Spuren von Synagogen in denjenigen Kirchen, die sich im Mittelalter in jüdischen Siedlungszentren befunden hatten und die die Funktion eines jüdischen Gotteshauses hätten erfüllen können. Seine Hauptargumente für die Hypothese, dass manche zeitgenössischen christlichen Gotteshäuser ursprünglich als Synagogen gedient hatten, waren zum einen schriftliche und ikonografische Quellen, die eine mittelalterliche Judenschule in der fraglichen Ortschaft erwähnten, und zum andern architektonische Eigenschaften des jeweiligen Kirchenkorpus. Als wichtiges Indiz galt ihm insbesondere das Vorhandensein einer zweischiffigen saalartigen Halle mit einem (Mulden-)Gewölbe, das auf einem oder zwei Stützelementen (Säulen) ruhte, die an den Typ der mittelalterlichen Synagoge, beispielsweise in Worms, erinnerten.

Per analogiam bestimmte Grotte zum Beispiel den westlichen Teil der St. Georgskirche in Münsterberg (Ziębice) potenziell als eine ehemalige Synagoge, deren »rätselhafte[n] und auffallende[n] Baumerkmale« von einer ursprünglichen Synagogenfunktion des zweischiffigen Kirchenkorpus zeugen könnten.¹⁷ Als möglicherweise vormaliges jüdisches Gotteshaus mit einer analogen Lösung des Innenraums, das aus dem Jahr 1330 stammt und im 15. Jahrhundert in die Corpus-Christi-Kirche umgewandelt worden sein könnte, bezeichnete er die Synagoge in Schweidnitz. Ihre Überreste identifizierte Grotte im Brauhaus in der früheren Judengasse.¹⁸ Von den damaligen Mediävisten konnte auch Grottes Vermutung nicht bestätigt werden, dass eine der drei mutmaßlichen mittelalterlichen Breslauer Synagogen später in die Matthiaskirche umgewandelt worden sei.¹⁹ Auch in diesem Fall führt er als Hauptargument die Gestaltung des – gegenwärtig nicht mehr in ursprünglicher Form erhaltenen – westlichen Teils des Kirchenkorpus an, der von Grotte als zweischiffiger saalartiger Innenraum mit einer zentral angebrachten Gewölbstütze rekonstruiert wurde. Seiner Argumentation zufolge hätte diese mutmaßliche Breslauer Synagoge um 1270 erbaut

16 Grotte, Synagogenspuren.

17 Ebd., S. 49-58.

18 Ebd., S. 34.

19 Ebd., S. 38-48.

worden sein können, wäre aber bereits im 14. Jahrhundert in eine christliche Kirche umgewandelt worden.

Wie die mittelalterliche Synagoge in Glogau (Głogów) aussah, über die eine Nachricht aus dem Jahre 1299 vorliegt, ist nicht bekannt. Die dortige Judenschule bestand bis 1442.²⁰

Mit einer ursprünglichen Synagogenfunktion im Mittelalter verband Grotte auch die für das Synagogenbauwesen außergewöhnliche, zentrale und oktogonale St. Adalbert-Kapelle in Jauer (Jawor) aus dem Jahre 1364.²¹ Auch der gründliche Umbau im Barockstil soll sie nicht ihren mehreckigen mittelalterlichen Grundriss gekostet haben.

Die den oben genannten Bauten zugeschriebene ursprüngliche Synagogenfunktion lässt sich – wie bereits erwähnt – nur durch architektonische Forschungen verifizieren. Keine Zweifel bestehen dagegen bezüglich der ursprünglichen Funktion der heutigen evangelischen St. Salvator Kirche in Oels (Abb. S. 548 oben).²² Sie entstand Ende des 14. Jahrhunderts eindeutig als Synagoge. Ursprünglich besaß sie einen zweischiffigen hallenartigen Innenraum mit zwei Stützen. Ihr Grundriss, aber auch ihre äußere Gestaltung erinnern daher an die mutmaßlichen Synagogen in Münsterberg und Breslau. Auch die gegenwärtige Barbarakirche in Striegau (Strzegom) könnte eine ehemalige Synagoge gewesen sein. Ihr kompakter einschiffiger rechteckiger Korpus stammt aus dem 14. Jahrhundert.²³

Mit der Vertreibung der Juden aus Schlesien gegen Ende des Mittelalters wurde eine kontinuierliche Entwicklung des jüdischen Kultbauwesens unterbrochen. Die damals bestehenden Synagogen wurden entweder zerstört oder erhielten eine neue Funktion, d. h. sie wurden in Kirchen umgewandelt.

Im Zeitraum zwischen der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung (15./16. Jahrhundert) aus fast allen schlesischen Städten und einer erneuten, von der christlichen Obrigkeit gebilligten jüdischen Ansiedlung ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts überdauerten in Schlesien nur kleine jüdische Gemeinden in Glogau und in Oberschlesien, hier vor allem in Zülz (Biała Prudnicka). Grotte ist eine Sammlung von Mitteilungen über die Glogauer Synagoge aus dem 17. Jahrhundert zu verdanken.²⁴ Die erste bekannte frühneuzeitliche schlesische Synagoge war 1636 hier erbaut worden und stand weitere vierzig Jahre. Wie bereits erwähnt, sind keinerlei Informationen über ihre Gestaltung überliefert.

20 Ebd., S. 59-61.

21 Die heutige St. Adalbert-Kapelle entstand 1364 als Synagoge, wurde 1420 in eine Spitalkapelle umgewandelt und erhielt ihre heutige Gestalt 1729; siehe Sławomir Brzezicki/Christine Nielsen/ Grzegorz Grajewski/Dietmar Popp (Hrsg.), *Zabytki sztuki w Polsce. Śląsk*, Warszawa 2006; *Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien*, begründet v. Georg Dehio, bearb. v. Sławomir Brzezicki u. Christine Nielsen, Berlin 2005, S. 347.

22 Ebd., S. 689.

23 Ebd., S. 881.

24 Grotte, Synagogenspuren, S. 63 f.

Die Synagogen neuen Typs (von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis ca. 1940)

Die dritte Epoche des Synagogenbaus umfasst beinahe 200 Jahre. Ihre Epochen-grenzen entsprechen den historischen Ereignissen. Den Anfang bildete die erneute Ansiedlung von Juden in Schlesien in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Das Schlussdatum setzt die Zerstörung fast aller schlesischen Synagogen in den Jahren 1938 bis 1940. Die für diesen Zeitraum charakteristischen und ungewöhnlich dynamischen Veränderungen von Formen und Stilen bedürfen klassifizierender Kategorien, um die architektonischen und stilistischen Eigenschaften sowie den zeitlichen Ablauf der Veränderungen im Synagogenbau feststellen zu können. Hinsichtlich ihrer architektonischen Eigenschaften lassen sich diese Synagogen in zwei Gruppen einteilen. Zur ersten gehören Bauten mit individuellen, manchmal sogar außergewöhnlichen Baustilen, zur zweiten gehören Gotteshäuser, die über-regionale Typen des Synagogenbaus repräsentieren, die dann auf unterschiedliche Weise in Schlesien modifiziert wurden. Die in der vorliegenden Abhandlung angewandte Chronologie der Veränderungen in der Synagogenarchitektur aus der Zeit zwischen der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und dem Beginn des 20. Jahrhunderts beruht auf Daten, an denen in Schlesien neue Typen der Synagogenarchitektur erschienen. Es handelt sich damit um einen Periodisierungsvorschlag, der sich nicht am Verlauf der allgemeinen historischen Prozesse orientiert, in denen sich die politische, rechtliche und soziale Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Schlesien zwischen Emanzipation und Holocaust gestaltete.

Ab der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Synagogenbaus lassen sich folgende Bauetappen unterscheiden:

1. Auf der Suche nach Stil und Form. Die Synagogen bis ca. 1840
2. Früher Historismus zwischen Klassizismus und Rundbogenstil. Die Synagogen aus den Jahren 1840-1870
3. Der reife Historismus: stilistische und formale Vielfalt. Der Höhepunkt des Synagogenbaus in Schlesien (1870-1900)
4. Tradition und Moderne. Die letzten Synagogen (1900-1940).

Auf der Suche nach Stil und Form. Die Synagogen bis ca. 1840

Von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis ca. 1840 wurden in Schlesien mindestens 30 Synagogen gebaut. Die autonome Struktur der einzelnen jüdischen Gemeinden in Schlesien, die zunehmenden Unterschiede in der religiösen Orientierung, das Verhältnis zur christlichen Umwelt sowie Größe und Wohlstand der Kultusgemeinden und damit auch ihr Zugang zu qualifizierten Baumeistern trugen sicherlich dazu bei, dass Form und Stil der Synagogen aus dieser Zeit höchst differenziert ausfielen. Allerdings ist einmal mehr nur wenig darüber zu sagen, wie die meisten Bauten genau aussahen. In dieser Zeit entstanden Synagogen

Die Landschule in Breslau, erbaut um 1750

vor allem in Kleinstädten, auf dem Land waren es erheblich weniger. In Breslau, dem größten jüdischen Zentrum in Schlesien, wurden drei Synagogen errichtet. Aus religiösen Gründen war die wichtigste schlesische Synagoge der frühen Emanzipationszeit (in der friderizianischen Epoche) die Breslauer Landschule.²⁵

In ihr amtierte der 1744 eingesetzte schlesische Landrabbiner. Die Landschule war höchstwahrscheinlich in der Mitte des 18. Jahrhunderts gebaut worden; ob dies im Zusammenhang mit der Berufung des Landesrabbiners geschah, ist nicht bekannt. Diese erste neuzeitliche Breslauer Synagoge wurde auf einem geschlossenen Innenhof errichtet, der zum Pokoyhof, einem jüdischen Gasthaus, gehörte. Ihr aus benachbarten Häusern nicht einzusehender Baukörper aus Fachwerk erinnerte ebenso an Breslaus zeitgenössische armselige Wohnarchitektur wie an die polnischen Holzsynagogen. Der rechteckige Grundriss, der Vorbau mit dem Eingang zu dem im ersten Stock gelegenen Betsaal und das hohe Mansardendach – nichts verriet die Funktion als Gotteshaus.

In Glogau, einem anderen wichtigen Zentrum schlesischer Juden, entstand die erste Synagoge in der friderizianischen Epoche vermutlich kurz nach 1741.²⁶ Grotte zufolge stand das rechteckige Gebäude an der Straßenfront, war von beträchtlicher Höhe und hatte eine Frauenempore. Es wurde 1877 in eine

25 Ziątkowski, *Synagoga we Wrocławiu*, S. 361f.

26 Franz D. Lucas/Margret Heitmann, *Stadt des Glaubens. Geschichte und Kultur der Juden in Glogau, Hildesheim/Zürich/New York* 1991, S. 264-266.

Querschnitt (1899) der Synagoge Zum Tempel in Breslau, erbaut 1796

Reformsynagoge umgewandelt und erhielt so u. a. auch eine Orgel. Wie die Fassade ursprünglich aussah, ist unbekannt.²⁷

Die einzige gegenwärtig noch halbwegs erhaltene Synagoge aus dem 18. Jahrhundert ist die Judenschule in Brieg (Abb. S. 548 unten). Es handelt sich um ein ebenfalls rechteckiges gemauertes Gebäude, das in den Jahren 1798/99 nach den Plänen eines örtlichen Maurermeisters an einer Straßenkreuzung errichtet wurde. Gemäß Bauvertrag sollten Pilaster in dorischer Ordnung seine Fassade schmücken.²⁸

Nur einige Jahre früher – 1796 – entstand im Zentrum des damaligen Breslauer Judenviertels die Synagoge Tempel.²⁹

27 Grotte, Synagogenspuren, S. 366-368.

28 Archiv Żydowski Instytut Historyczny (AŻIH), Prowincja Śląska 51: Entwurf der Synagoge ausgeführt von Maurermeister Schiffter.

29 Ziątkowski, Synagogi we Wrocławiu, S. 367.

Obwohl diese Synagoge von Mitgliedern der aufgeklärten Ersten Gesellschaft der Brüder gestiftet worden war, legte ihre bescheidene architektonische Form und Situierung auf einem geschlossenen Hof Zeugnis für eine allenfalls vorsichtige Manifestation der Aufklärungsidee durch eine fortschrittliche Splittergruppe der örtlichen jüdischen Gemeinde ab.³⁰ Der Tempel stand am Ende eines rechteckigen Innenhofes hinter einem Haus in der damaligen Antonienstraße. Er hatte einen rechteckigen Grundriss und berührte mit seinen längeren Seitenwänden die Nachbarhäuser. Die einzige sichtbare Fassade des Gotteshauses war lediglich sechseinhalb Meter breit und nach Norden ausgerichtet. Nach einer Dokumentation aus dem Jahre 1900 befand sich im rechteckigen Innenraum eine Frauenempore; die Heilige Lade, der Aron Hakodesch und das Toralesepult (die Bima) befanden sich an der Ostwand.³¹

Der architektonisch bedeutendste Kultbau jener Zeit war die ebenfalls von der Ersten Gesellschaft der Brüder angemietete Breslauer Synagoge Zum Weißen Storch³², die höchstwahrscheinlich 1820 entworfen wurde (Abb. S. 549). Ihr Bau erfolgte jedoch erst in den Jahren 1827 bis 1829. Genauso wie die beiden älteren Breslauer Synagogen stand auch sie in einem geschlossenen Innenhof. Aller Wahrscheinlichkeit nach stammt der Entwurf von dem damals berühmtesten Breslauer Architekten, Carl Ferdinand Langhans. Der klassizistische Stil des Gebäudes mit Elementen orientalischer Dekoration der Pilasterkapitelle sowie die Einrichtung des Innenraums, inspiriert von den evangelischen Kirchen mit Emporen des Carl Gotthard Langhans, waren Ausdruck der reformierten Einstellung des liberalen Flügels der Breslauer Gemeinde.

Trotz ihrer vorzüglichen architektonischen Form wurde die Synagoge Zum Weißen Storch jedoch nicht zum örtlichen Muster eines jüdischen Gotteshauses der beginnenden Emanzipationsepoche. Dafür ausschlaggebend waren wohl von vornherein die hohen Kosten eines so prächtigen Bauwerks wie auch die religiösen Auffassungen seiner Benutzer.

Einen entschieden streng klassizistischen Charakter erhielt die Synagoge, die 1827 in Militsch errichtet wurde. Ihre Fassade wurde 1866 nach neoromanischem Vorbild erneuert.³³

Über die Größe und das Aussehen der übrigen niederschlesischen Synagogen aus dieser Zeit ist wenig bekannt. Das betrifft unter anderem die Synagogen in Köben (Chocoń; Anfang des 18. Jahrhunderts?), Militsch (1766, Betstube?),

30 Eine annähernde Vorstellung von der Form dieses Gebäudes geben lediglich die architektonischen Zeichnungen, die um 1900 entstanden und im Architekturmuseum (Baumuseum) in Wrocław verwahrt werden.

31 Inventarverzeichnis Muzeum Architektury/Archiwum Budowlane – MA/AB, T 166. Siehe auch den Beitrag von Andreas Brämer in diesem Band.

32 Kos, Synagoga Pod białym Bocianem; Ziątkowski, Synagoga we Wrocławiu, S. 369–371; Agnieszka Zabłocka-Kos, Zrozumieć miasto. Centrum Wrocławia na drodze ku nowoczesnemu city, 1807–1858, Wrocław 2006, S. 155–161.

33 Archiv der Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum« (CJA), I, 75 A Mi 2 (Militsch), Nr. 11, #5073, Bl. 214: Fassade Synagoge in Militsch.

Die Synagoge Zum Weißen Storch in Breslau, erbaut 1829. Abbildung des Innenraums vor dem Umbau von 1905

Prusnitz (Prusice; 1804), Bernstadt (Bierutów; 1808), Groß Wartenberg (Syców; 1825) und Landeshut (Kamienna Góra; 1826). Die kleine Synagoge, die neben der hebräischen Druckerei in Dyhernfurth (Brzeg Dolny) stand, zeichnete sich vermutlich nur durch die kleine Kirchenglocke auf ihrem Dach als Besonderheit aus.

Ab Mitte des 18. Jahrhunderts wurden auch in Oberschlesien zunehmend mehr Synagogen gebaut.³⁴ Eine der ersten war höchstwahrscheinlich die große Synagoge in Langendorf (Wielowieś) bei Tost (Toszek), die – wenn auch stark verändert – noch heute existiert. Allerdings ist die Datierung ihrer Bauzeit auf die Jahre 1763 bis 1771 mehr als fraglich.³⁵ Das große Backsteingebäude besitzt alle Eigenschaften, die für Synagogen kennzeichnend sind, die nach 1840 entstanden. Aus dem Jahr 1774 stammte die gemauerte Synagoge in Zülz, der neben Glogau ältesten ununterbrochen seit der Frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert bestehenden Synagogengemeinde.

Harold Hammer-Schenk führte ihre prachtvolle barocke Form zu Recht auf den Einfluss der regionalen christlichen Sakralarchitektur in der zweiten Hälfte

34 Peter Maser/Adelheid Weiser, *Juden in Oberschlesien. T. 1: Historischer Überblick. Jüdische Gemeinden (I)*, Berlin 1992. Dabei handelt es sich um eine allgemeine Einführung in die Geschichte der oberschlesischen Juden.

35 Siehe *Wirtualny Sztetel, Wielowieś*, <http://www.sztetel.org.pl> [15.5.2013].

Ansicht der Fassade der Synagoge in Militsch; Zeichnung, um 1900

des 18. Jahrhunderts zurück.³⁶ Bei den übrigen oberschlesischen Synagogen aus dieser Zeit handelte es sich vermutlich meistens um Holzbauten, angeglichen an die überwiegende damalige Bebauung in dieser Region. Unbeständiges Baumaterial, geringe Ausmaße und eine einfache architektonische Form waren die Gründe dafür, dass diese ältesten jüdischen Gotteshäuser spätestens im 19. Jahrhundert durch prachtvolle gemauerte Bauten ersetzt wurden – so die Synagogen in Myslowitz (ca. 1750), Stedtel (Miejsce; 1780), Guttentag (Dobrodzień; 1781), Beuthen (Bytom; 1810/11), Gleiwitz (Gliwice; 1812), Rosenberg (Olesno; 1814) und Rybnik (1811).³⁷

36 Hammer-Schenk, Synagogen, T. 1, S. 32.

37 Die Datierung erfolgte nach der lokalen historischen Literatur und Wirtualny Sztetel, Wielowieś, <http://www.sztetel.org.pl> [15.5.2013].

Die Synagoge in Zülz, erbaut
1774; undatiert

Früher Historismus zwischen Klassizismus und Rundbogenstil.
Die Synagogen aus den Jahren 1840-1870

In den Jahren zwischen 1840 und 1860 wurden in Schlesien mindestens 16 Synagogen errichtet, zehn davon allein in Oberschlesien, von denen einige ältere Gotteshäuser ersetzten. Erstmals in der Geschichte der neuzeitlichen schlesischen Sakralarchitektur entstanden in diesen Jahrzehnten Bauten, bei denen man sich nach neuen, überregionalen Typen richtete: nach der Synagoge in Kassel (1836-1839) wie auch nach dem Typ der protestantischen Normalkirche.³⁸

Die Attraktivität der Synagoge in Kassel beruhte neben den liturgisch funktionalen Vorzügen ihres Innenraums darauf, dass ihre architektonische Form als angemessen für Synagogen der Emanzipationsepoche angesehen wurde.³⁹ Das Kasseler Vorbild gewann Nachahmer in ganz Ostmitteleuropa. Es war ebenso Entwurfsgrundlage für bescheidene Provinzsynagogen als auch – nach Modifizierung seiner architektonischen Formen – Ausgangspunkt für Synagogen mit mit Kuppelhauben versehenen Westwerktürmen, den Synagogentyp, der in dieser Region zur Vollkommenheit gelangte. In stilistischer Hinsicht repräsen-

38 Zur Bedeutung dieser Muster für die Synagogenarchitektur in Deutschland siehe Hammer-Schenk, Synagogen, T. 1, S. 114-123 u. 165-170.

39 Ebd., T. 1, S. 87-113.

tierte das Modell der Kasseler Synagoge den Rundbogenstil. In der architektonischen Praxis der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden ihm jedoch auch andere Stilformen gegeben.

Die Anfänge einer Adaptation von überregionalen und neuen Typen im Synagogenbau fallen in die 1840er-Jahre. Erste Beispiele waren die Synagogen in Münsterberg (1844/45; Abb. S. 550 und S. 551 oben)⁴⁰ und Liegnitz (Legnica; 1847).⁴¹

Ihre architektonische Konzeption, der Entwurf des Baukörpers und die Form der Fassade richteten sich nach dem Kasseler Modell. Dagegen kann man den erhalten gebliebenen Innenraum der Synagoge in Münsterberg als Variante einer typischen Lösung für die durchschnittliche schlesische Architektur der protestantischen Kirchen dieser Zeit ansehen. Zusammen mit der Synagoge in Neumarkt (Środa Śląska) von 1862 stellen diese beiden Ausführungen die einzigen heute bekannten niederschlesischen Varianten dieses Musters dar.

Synagogen nach dem Kasseler Modell entstanden in Schlesien zumindest bis in die 1870er-Jahre. Während es in Niederschlesien mit Sicherheit nur um die drei genannten Beispiele geht, kann man im Fall von Oberschlesien von einer größeren Popularität sprechen, ja, sogar von einer Weiterentwicklung dieses Vorbilds. Die Veränderungen bestanden in einer Umgestaltung der Fassade, die weiterhin in Übereinstimmung mit dem Vorbild gestaltet war,

Die Synagoge in Liegnitz, erbaut 1847

Die Fassade der Synagoge in Neumarkt in Schlesien, erbaut 1862 (Ausschnitt)

⁴⁰ Franz Hartmann, *Geschichte der Stadt Münsterberg in Schlesien von ihrer Gründung bis zur Gegenwart*, Münsterberg 1907, S. 390. Der Plan stammte von dem Königlichen Landbaumeister Tischler in Breslau. Die Ausschmückung des Synagogeninneren übernahm der Bildhauer Samuel Goldbaum aus Bromberg.

⁴¹ Hammer-Schenk, *Synagogen*, T. 1, S. 114f.

Die Synagoge in Gleiwitz, erbaut 1859-61; Lithografie

aber oft im Verhältnis zum Baukörper ein abgetrenntes Westwerk besaß, ein stark plastisch zergliedertes mit Risaliten versehenes Segment des Baukörpers. In den am stärksten veränderten Varianten war es gewöhnlich zentral durch eine Kuppel bekrönt, die mitunter noch von zwei Türmchen flankiert wurde. Offen bleibt die Frage nach einem Zusammenhang zwischen der Wahl des Kasseler Modells und der religiösen Orientierung der betreffenden Gemeinde.

Höchstwahrscheinlich wurde dieser Typ aber sowohl von reformierten als auch von orthodoxen Gemeinden akzeptiert. Erstmals verwirklicht wurde er in Oberschlesien beim Bau der großen Synagoge in Gleiwitz in den Jahren 1859 bis 1861.⁴²

Ein in den Aron Hakodesch integrierter Almemor wies auf einen reformierten religiösen Charakter des Gotteshauses hin. Ähnlich wie in Kassel wurden in ihr Rundbogenformen verwendet. Die fast gleichzeitig (1864/65) errichteten großen Synagogen in Tarnowitz (Tarnowskie Góry) und in Landsberg OS (Gorzów Śląski) waren weitere Varianten des Typs, die sich vom Prototyp durch eine erhöhte zentrale Partie des Westwerks unterschieden. Die dominierenden

42 Żydzi gliwicy. Materiały z konferencji, Muzeum w Gliwicach, 17-18 listopada 2005, Red. Bożena Kubit, Gliwice 2006, S. 9 f.

Die Synagoge in Tarnowitz, erbaut 1864

Stilelemente der Fassade dieser Synagogen stellten eine Mischung aus romanischen und Rundbogenelementen dar.

In dieser Zeit ist vermutlich auch die neue Synagoge in Langendorf gebaut worden. Der erhöhte turmartige Mittelteil der Fassade näherte die Form des Gebäudes den Kompositionsschemata an, die in den beiden bereits genannten oberschlesischen Synagogen auftraten.⁴³

Eine Anregung durch das Kasseler Modell lässt sich auch in der außergewöhnlichen Synagoge aus dem Jahre 1865 in Leobschütz (Głubczyce) feststellen. Das charakteristische Motiv des dreiteiligen Westwerks wurde hier in eine fast eintürmige Fassade umgestaltet, die – wie die übrigen Außenwände – mit plastischen Rundbogen-, romanischen und orientalischen Dekorationselementen verziert war.

Die letzte Synagoge dieses Typs wurde höchstwahrscheinlich 1877 in Neustadt (Prudnik) gebaut.

Die dreiteilige Fassade und die analog gestaltete Ostwand erhielten gemischte romanische und Rundbogenformen. Diesmal wurde jedoch auf die Erhöhung der zentralen Achse des Westwerks verzichtet. Zum Motiv des massiven von einer Kuppel bekrönten Westwerks kehrte man noch einmal im Jahr 1883 beim Ausbau der Alten Synagoge in Kattowitz (Katowice) zurück.⁴⁴

43 Illustration in *Wirtualny Sztetl, Wielowieś*, <http://www.sztetl.org.pl/pl/article/wielowieś/11,synagogi-domy-modlitwy-i-inne/41,synagoga-w-wielowski-ul-gminna> [15.5.2013].

44 Siehe http://pl.wikipedia.org/wiki/Stara_Synagoga_w_Katowicach [15.5.2013].

Die Synagoge in Neustadt OS (links), erbaut 1877

Eine wesentlich schlichtere Architektur repräsentierte eine gänzlich andere Art von Synagogenbau, die gleichzeitig mit dem Kasseler Modell auftrat, sich aber an der sogenannten Normalkirche orientierte. Hierbei handelte es sich um einen Musterentwurf der evangelisch-lutherischen Kirche in Preußen aus den 1820er-Jahren, der seitdem verbreitet worden war. Im Gegensatz zum Kasseler Modell offerierte das Modell Normalkirche praktische, in der Ausführung billige und funktionale Lösungen, die im Prinzip für weniger wohlhabende Auftraggeber gedacht waren. Charakteristisch für diesen Typ war ein Korpus mit rechteckigem Grundriss, gedeckt mit einem Satteldach und mit einer bescheidenen neoromanischen oder Rundbogendekoration. Gegenwärtig lässt sich nur schwer feststellen, wie verbreitet dieses Architekturmodell im schlesischen Synagogenbau war, aber die beiden dokumentierten Beispiele sind zweifellos nicht die einzigen. Der heute älteste bekannte Beweis für eine Rezeption ist die erhaltene neue Synagoge in Dyhernfurth, die um 1847 errichtet wurde (Abb. S. 551 unten).⁴⁵

Höchstwahrscheinlich waren auch die später umgebauten Synagogen in Oppeln (Opole; 1842 ; Abb. S. 552 oben), Hirschberg (Jelenia Góra; 1845-46), Strehlitz (Strzelce; 1850), Namslau (Namysłów; 1856), Oberglogau (Głógówek; 1864; Abb. S. 552 unten) und Groß Wartenberg (?) ursprünglich nach dem Muster der Normalkirche errichtet worden.

Die einzige bekannte Variante dieses Typs in einem überdurchschnittlich großen Maßstab war die Alte Synagoge in Kattowitz aus dem Jahre 1862.

Gleichzeitig mit der Rezeption beider Musterlösungen entstanden aber auch Bauten mit individuellen architektonischen Formen. Zu den herausragenden

45 Hammer-Schenk, Synagogen, T. 1, S. 174.

Die Synagoge in Kattowitz, erbaut 1861/62; um 1872

Die Synagoge in Rybnik, erbaut 1842-48

Beispielen gehörten auch einige Synagogen, von denen die Synagoge in Rybnik (1842-48) eine der ersten und gelungensten war.

Ihr rechteckiger Grundriss, die durch Pilaster gegliederten Fronten (Seitenwände) und die wie bei einem Tempel von einem Giebel-dreieck (Tympanon) bekrönte Lösung der Fassade zeugen von dem hohen Rang des Entwurfs, der sicherlich von einem der in Oberschlesien tätigen preußischen Architekten stammte, die unter dem Einfluss des Klassizismus und des Rundbogenstils von Karl Friedrich Schinkel ausgebildet worden waren.

Eine weitere Synagoge, die sich durch ihre außergewöhnliche architektonische Konzeption auszeichnete, war die Synagoge in Sagan, die 1856 eingeweiht wurde (Abb. S. 553).⁴⁶ Ihr Entwurf, der im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau aufbewahrt wird, stammte von einem örtlichen Maurermeister, Friedrich Schrader. Die Synagoge wurde in der für Kultzwecke adaptierten neuzeitlichen Bastei eingerichtet. Da der Almemor in der Mitte des Innenraums fehlte, könnte es sich um eine Reformsynagoge gehandelt haben.

Dagegen besaßen die Synagogen in Trebnitz (Trzebnica) und Oels eine der bloßen Funktion untergeordnete architektonische Form. Die neue Synagoge in Oels wurde nach einem Entwurf errichtet, der unter drei Varianten ausgewählt worden war, die ein örtlicher Maurermeister in den Jahren 1838-1840 vorgelegt hatte.⁴⁷ Einer der nicht verwirklichten Entwürfe sah ein Gebäude im Palladiostil vor, doch mit einem neogotischen Spitzbogenfenster über dem Toraschrein.

Die Gemeinde entschied sich jedoch für den schlichteren und billigeren Entwurf, d. h. für ein rechteckiges Gebäude mit einem Satteldach und Fronten, die ein schlichtes klassizistisches Dekorationselement zierte. Eine ähnliche Form

Ein Entwurf der Synagoge in Oels von Maurermeister Lehmann, 1838

Ein Entwurf der Seitenansicht der Synagoge in Oels von Maurermeister Lehmann, 1838

46 AŽIH, Prowincja Śląska, Nr. 106: Sagan, Entwurf Friedrich Schrader, Maurermeister.

47 AŽIH, Prowincja Śląska, Nr. 347-366: Oels, Entwurf Lehman, Maurermeister.

besaß auch die nur wenig dokumentierte Synagoge in Trebnitz, die höchstwahrscheinlich ebenfalls um die Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet worden war.⁴⁸

Der reife Historismus: stilistische und formale Vielfalt.
Der Höhepunkt des Synagogenbaus in Schlesien (1870-1900)

Zwischen 1870 und 1900 wurden in Schlesien mindestens 24 Synagogen errichtet, darunter erstmals auch zahlreiche Großbauten. Die meisten jüdischen Gotteshäuser aus dieser Zeit erreichten – verglichen mit denen aus den vorhergehenden Jahren – ein entschieden höheres architektonisches Niveau und benutzten eine ausgefeiltere, stilistisch differenziertere und mitunter sehr komplexe Formensprache. Die neuen historistischen Stile gingen mit einer Entwicklung in der Gestaltung von Gebäudeformen einher, die mit der bisher vorherrschenden Schlichtheit in Grundriss und Baukörper brach. Das wichtigste architektonische Charakteristikum der Synagogen aus dieser Zeit, der größten ebenso wie vieler von mittlerem und kleinem Ausmaß, waren Kuppeln und Türme. Diese beiden symbolischen und repräsentativen Formen wurden ab etwa 1870 zu einem neuen Element in den Silhouetten vieler schlesischer Städte, sie waren eine neue deutliche architektonische Demonstration der sozialen Position der jüdischen Minderheit.

Die Synagoge Am Anger in Breslau;
vor 1945

Insbesondere in Oberschlesien war in dieser Zeit die Bautätigkeit sehr hoch. Hier vor allem und nicht in Niederschlesien entstanden die großen Synagogen. Doch die erste, die als Muster für alle weiteren Synagogen Bedeutung gewann, wurde in Breslau errichtet. Dort entstand in den Jahren von 1866 bis 1872 nach einem Entwurf von Edwin Oppler die monumentale Synagoge Am Anger.

Mit diesem Bau, der in der wissenschaftlichen Literatur mehrfach besprochen worden ist,⁴⁹ verwirklichte Oppler seine Konzeption von Synagogenarchitektur,

48 AŻIH, Prowincja Śląska, Nr. 462: Trebnitz.

49 Hammer-Schenk, Synagogen, T. 1, S. 213-217; Wawrzyniak, »Nowa Synagoga«, S. 388-405; Saskia Rohde, Edwin Oppler (1831-1880), in: Josef Joachim Menzel (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 7: Schlesien des 15. bis 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2001, S. 220-227.

Die Synagoge in Glogau, erbaut
1891/92; Anfang des 20. Jahrhunderts

Der Innenraum der Synagoge in Glogau,
erbaut 1891/92; Anfang des 20. Jahr-
hunderts

die in rheinischer Neoromanik, mit einem zentralen Grundriss und einer großen dominierenden Kuppel über Breslaus südlicher Vorstadt Gestalt annahm.

Der Typ der neoromanischen Synagoge mit Zentralkuppel und vier Ecktürmchen, der in Breslau eingeführt wurde, bezeichnete die lokale Norm der jüdischen monumentalen Kultarchitektur in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er war Ausgangspunkt für die Entwürfe anderer großer Synagogen, die dann von verschiedenen Architekten in Glogau (1891/92)⁵⁰, Oppeln (1894-97)⁵¹ und Kattowitz⁵² errichtet wurden.

Diese Bauten haben viele äußere und stilistische Gemeinsamkeiten. Sie waren monumental, besaßen eine den Baukörper dominierende massive hohe Kuppel, waren im Stil der Neoromanik oder Neorenaissance erbaut und standen an exponierter Stelle. Einen analogen architektonischen und stilistischen Formenreichtum, nur in vereinfachter und reduzierter Form, wies auch die viel kleinere Synagoge in Schweidnitz auf, die 1877 ebenfalls nach einem Entwurf von Oppler erbaut wurde.⁵³

50 Entwurf von Hans Abesser und Jürgen Kroeger (Kröger), siehe Hammer-Schenk, Synagogen, T. 1, S. 400.

51 Entwurf von Felix Henry, siehe Borkowski/Kirmiel/Włodarczyk, Śladami Żydów, S. 134.

52 Entwurf von Ignatz Grünfeld (?).

53 Hammer-Schenk, Synagogen, T. 1, S. 329.

Die Synagoge in Oppeln, erbaut 1893-97; undatiert

Die Synagoge in Kattowitz, erbaut 1896-1900; undatiert

Die monumentalen Kuppelsynagogen in Schlesien beeinflussten das Kultbauwesen auch in den kleineren jüdischen Gemeinden. Unter dem Einfluss der Breslauer Synagoge, aber auch der damals in der Kultarchitektur überregional

Die Synagoge in Schweidnitz, erbaut 1877; undatiert

herrschenden Tendenzen, entstanden in Oberschlesien jüdische Gotteshäuser, welche die architektonisch repräsentative Form der großen Kuppelsynagogen mit der Ökonomie und Funktionalität einfacher Bethäuser verbanden. Ihre architektonische Form entstand aus der Verbindung eines rechteckigen langgezogenen Korpus mit einer dreigeteilten plastisch gestalteten Fassade vom Westwerktyp, bekrönt mit einer einzelnen oder mehreren Kuppeln. Synagogen dieses Typs, sämtlich im neoromanischen Stil gehalten und manchmal mit orientalischen Elementen ergänzt, standen in mindestens sechs Ortschaften. Die beiden frühesten in Cosel (Kozle; 1877-86) und in Kreuzburg (Kluczbork; 1886) stammten mit Sicherheit von ein und demselben Architekten.

Weitere folgten in Rosenberg (1887-89), Ruda (Ruda Śląska; 1891) und als einzige dieses Typs in Niederschlesien in Glatz (Kłodzko; 1884), nach einem Entwurf von Albert Grau.

Doch in den 30 Jahren zwischen 1870 und 1900 entstanden nicht nur typische Synagogenbauten in Schlesien. In diesen Jahren kamen auch einige Synagogen mit außergewöhnlichen architektonischen oder stilistischen Formen hinzu. Dazu gehörte unter anderem die kleine Synagoge in Bunzlau (Bolesławiec), die, wie es häufig geschah, von einem lokalen Maurermeister entworfen und gebaut wurde (1876-78).⁵⁴

54 Borkowski/Kirmiel/Włodarczyk, Śladami Żydów, S. 15.

Die Synagoge in Kreuzburg, Fassadenansicht; undatiert

Es war die einzige bekannte neuzeitliche Synagoge in Schlesien, die zentral angelegt war. Der vermutlich achteckige Korpus trug ein von einer kleinen Kuppel bekröntes Zeltdach. Der Platz des Aron Hakodesch und der Bima war durch einen rechteckigen Anbau vom Baukörper getrennt. Die Fassade war in einem gemischt romanisch-orientalischen Stil gehalten. Für Winzig (Wińsk) entwarf der renommierte Breslauer Architekt Carl Lüdecke 1862 eine eher kleine Synagoge mit einer schlichten neoromanischen Dekoration an der der Straße zugewandten Frontfassade. Wie der Innenraum aussah, ist auch in diesem Fall leider nicht bekannt. In einem neoromanischen Stil ist auch die erhaltene Synagoge in Reichenbach (Dzierżonów; 1875; Abb. S. 554 oben) gehalten.⁵⁵ Das frei stehende, nicht allzu große zweigeschossige Gebäude mit einem fast quadratischen Grundriss besitzt eine schlichte Dekoration in Gestalt eines Arkadenfrieses. Der Gebetsaal liegt im ersten Stock.

⁵⁵ Ebd., S. 21.

Die Synagoge in Glatz, erbaut 1884/85; undatiert

Die Synagoge in Bunzlau, erbaut 1876-78; undatiert

Die Synagoge in Waldenburg, erbaut 1882/83; 1883

Der Grundriss/Aufriss der Synagoge in Waldenburg, 1883

Die Synagoge in Waldenburg (Wałbrzych)⁵⁶ stammt aus den Jahren 1882/83. Es handelt sich um ein kleineres, gut proportioniertes, rechteckiges Gebäude mit einem abgeflachten Walmdach, das mit den eleganten Dekorationsdetails der Fassade harmonierte. Mit seinem italienischen Neorenaissancestil wich das Gotteshaus vom damals dominierenden Stilkanon des Synagogenbaus in Schlesien ab. Sein Äußeres verriet mit keinem Detail die jüdische Kultfunktion. Von wem

⁵⁶ Ebd., S. 52.

Die Synagoge in Beuthen, erbaut 1868/69

der Entwurf stammte, ist nicht überliefert. In derselben Zeit, 1883, entstand auch die Reformsynagoge in Grünberg (Zielona Góra).⁵⁷ Architektonisch stellte sie eine individuelle Interpretation des Kasseler Modells dar, an das sowohl die dreiteilig komponierte Westwerkfassade als auch der rechteckige, mäßig große Baukörper anknüpfte.

Mit der Lage an der Stadtmauer und der sich daraus ergebenden Gestalt des Grundstücks lässt sich vermutlich die untypische, lang gezogene, dreiteilige Fassade und der rechteckige, nicht allzu große Baukörper der erhaltenen Synagoge in Bernstadt erklären (Bierutów; 1895?; Abb. S. 554 unten).

Ihre schlichte neoromanische Dekoration gehört zu einer der grundlegenden Stilrichtungen von Synagogen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Ein wichtiges architektonisches Ereignis für Oberschlesien ist die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit großem materiellen Aufwand entstandene Gruppe von monumentalen Synagogen, die, mit charakteristischen zweitürmigen Vorderfronten und einer üppigen Fassadendekoration versehen, hinsichtlich ihrer architektonischen Bedeutung mit den gleichzeitig in Niederschlesien errichteten Kuppelsynagogen konkurrierten. Diese zweitürmigen Synagogen standen in Beuthen (1868/69)⁵⁸, Zabrze (1870-72)⁵⁹, Ratibor (Raciborz; 1887-89)⁶⁰ und Myslowitz (1895-99).⁶¹

Im Vergleich zu anderen großen schlesischen Synagogen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeichneten sie sich durch einen fast demonstra-

57 Ebd., S. 98.

58 Bergman, Nurt mauretański, S. 163.

59 Ebd., S. 166.

60 Ebd., S. 180.

61 Ebd., S. 177.

Die Synagoge in Myslowitz, erbaut 1895-99

tiven orientalischen Stil aus sowie in der Regel durch eine außergewöhnlich exponierte Lage an Hauptplätzen oder Hauptstraßen oberschlesischer Städte, wie in Beuthen und Myslowitz. Ihre architektonische Form – vor allem die zweitürmige Fassade – und der Stil waren vom jüdischen Kultbauwesen in Ungarn, Böhmen und Österreich beeinflusst. Die oberschlesischen Synagogen waren Ausdruck eines religiösen, sozialen und kulturellen Selbstbewusstseins der jüdischen Gemeinden im oberschlesischen Industriegebiet, das gleichzeitig mit dem Bau der großen Synagogen entstand.

Tradition und Moderne. Die letzten Synagogen (1900-1940)

Die beiden letzten Synagogen, die in Schlesien gebaut wurden, repräsentieren zwei vollkommen entgegengesetzte Stile. Von 1901 bis 1907 entstand in Löwen (Lewin Brzeski)⁶² eine kleine Synagoge im maurischen Stil, der im Synagogenbau damals bereits der Vergangenheit angehörte.

Auch ihre architektonische Form scheint – trotz guter Proportionen und einer gewissen Eleganz – einer Tradition aus der Mitte des 19. Jahrhunderts anzugehören. Man wird daher die Synagoge in Löwen als letzte Ausführung des Typs ansehen können, für den man in Schlesien den ursprünglichen Prototyp sowohl in der Normalkirche als auch in der Synagoge mit zweitürmiger Fassade fin-

62 Borkowski/Kirmiel/Włodarczyk, Śladami Żydów, S. 125.

den kann. Leider ist nichts über den Innenraum dieser Synagoge bekannt, die von Leo Baeck geweiht wurde.

Lediglich vier Jahre später, 1911, wurde die neue Synagoge in Görlitz⁶³ geweiht, mit deren Bau 1909 begonnen worden war (Abb. S. 555).

Ihre Eisenbetonkonstruktion und das vollständige funktionale Programm der modernen Synagoge – gefasst in eine historisierend-modernistische architektonische Form – stellen diesen Bau über die bisherigen Errungenschaften des schlesischen Synagogenbaus. Er blieb in dieser Region das einzige Beispiel für diese neuen Tendenzen. In der Weimarer Republik wurde höchstwahrscheinlich kein neues jüdisches Gotteshaus mehr in Schlesien errichtet.

Die Synagoge in Löwen, erbaut 1901-07

Der Synagogenbau in Schlesien: zusammenfassende Überlegungen

In der schlesischen Architektur ist die Synagoge die einzige Baugattung, die innerhalb von nur 24 Stunden fast vollständig verschwunden ist. Der Novemberpogrom von 1938 war ein Vorbote für das Schicksal der im polnischen Oberschlesien befindlichen Synagogen, die dann in den ersten beiden Monaten nach Beginn des Zweiten Weltkrieges zerstört wurden. Von dem gewaltigen Werk der Sakralarchitektur der schlesischen Juden überdauerten bis heute aller Wahrscheinlichkeit nach nur drei mittelalterliche Synagogen in Oels, Striegau und Jauer sowie mindestens 20 Synagogen, die im 19. und 20. Jahrhundert errichtet worden waren.⁶⁴ Von ihnen sind nur vier in einem Zustand erhalten, der dem ursprünglichen wenigstens annähernd entspricht: die Synagoge Zum Weißen Storch in Breslau sowie die Synagogen in Reichenbach, Münsterberg und Görlitz. Die Synagogen in Brieg, Dyhernfurth und Bernstadt haben noch die ursprüngliche Form des Baukörpers und teilweise auch die alte Gebäudedekoration. Alle übrigen ehemaligen jüdischen Gotteshäuser präsentieren sich vollständig umgebaut bzw. verändert.

Wie viele Synagogen in Schlesien im Mittelalter und in der Neuzeit errichtet wurden, lässt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht feststellen. Im

63 Norbert Haase, Die Synagoge zu Görlitz, Berlin 2010, S. 22-40.

64 Siehe das Verzeichnis der erhalten gebliebenen Synagogen am Ende des Beitrages.

Verlauf des 16. und 17. Jahrhunderts kam vermutlich nur eine einzige Synagoge hinzu, die Synagoge in Glogau. Zu dieser Zeit könnte auch in Zülz ein weiteres jüdisches Gotteshaus gestanden haben. Oberschlesien, wo es ab dem 17. Jahrhundert eine Reihe von größeren jüdischen Gemeinden gab, ist – was den Synagogenbau in dieser Zeit betrifft – eine *terra incognita*. Sicherlich dürfte es hier oder dort auch Judenschulen gegeben haben.

Die Liste von Synagogen, die von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1911 entstanden, als wahrscheinlich die letzte schlesische Synagoge errichtet wurde, umfasst nach heutiger Kenntnis 93 Objekte. Dabei handelt es sich um eine Schätzung, da vermutlich von mehr Synagogen auszugehen ist. An manchen Orten wurden im Verlauf des 19. Jahrhunderts beispielsweise nacheinander drei Kultgebäude errichtet, die die früheren somit ersetzten, welche den funktionalen oder repräsentativen Anforderungen nicht mehr genügten. Von den 93 heute bekannten Synagogen lagen 33 in Niederschlesien und 60 in Oberschlesien.

Die Synagogenbauer

Seit Mitte des 18. Jahrhunderts wurden Synagogen in Schlesien vor allem von örtlichen Maurer- und Zimmermeistern entworfen und gebaut; seltener von bekannten Architekten. Archivquellen und historische Regionalliteratur enthalten zahlreiche Namen von Maurer- und Zimmermeistern aus dem 19. und 20. Jahrhundert, denen der Entwurf von Synagogenbauten zugeschrieben wird. Ob Überlieferungen zu den regionalen Baumeistern und zu ihren Entwürfen existierten und diese aufbewahrt wurden, lässt sich nicht mehr feststellen. Architektonische Analysen lassen die Annahme zu, dass im Falle einiger Synagogen lokale Maurermeister fremde Entwürfe ausgeführt haben, die von erfahrenen Architekten stammten. Eine zweifelhafte Zuschreibung dieser Art kann man für einige überdurchschnittlich gut gelungene Synagogen in kleinen Gemeinden wie Bunzlau und Kreuzburg geltend machen, die angeblich von örtlichen Maurermeistern geplant wurden. Aber auch bei einigen jüdischen Gotteshäusern in Großstädten, wie z. B. der Großen Synagoge in Kattowitz, ist noch offen, wer den Entwurf tatsächlich verantwortete. Andererseits jedoch erlaubt es der augenblickliche Forschungsstand zur lokalen Architektur beider Teile Schlesiens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht, die Leistungen vieler der damals tätigen örtlichen Architekten einzuschätzen; ihre Entwürfe könnten besser sein, als heute vielfach angenommen wird.

Zur Gruppe derer, von denen die besten Entwürfe für Synagogen stammten, gehören sowohl schlesische Architekten wie Carl F. Langhans (Zum Weißen Storch in Breslau), Albert Grau (Glatz), Felix Henry (Oppeln) und Carl Lüdecke (Winzig) als auch ihre Fachkollegen aus Berlin, Dresden und Hannover: Hans Abesser und Jürgen Kröger (Glogau), William Lossow und Max H. Kühne (Görlitz) und Edwin Oppler (Breslau und Schweidnitz). Aber selbst über sie ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht genügend bekannt.

Bei der Entstehung und bei der Auswahl des Entwurfs für eine Synagoge, bei der Bestimmung ihres Stils, der Größe und der Situierung spielten neben den Architekten auch die jeweils zuständigen Gemeindevorstände und individuelle Geldgeber eine wichtige Rolle. Leider erlauben es die zur Verfügung stehenden Archivquellen ebenso wenig die Auswahl- und Entscheidungsprozesse zu rekonstruieren wie die Motive zu bestimmen, nach denen man sich richtete. Eine gewisse Vorstellung von den Entscheidungsvorgängen dieser Art vermitteln die im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau (ŻIH) aufbewahrten Protokolle einer Diskussion aus dem Jahre 1928 im Vorstand der vom konservativen Flügel der Breslauer Gemeinde genutzten Synagoge Zum Weißen Storch. Ziel und Zweck dieser Diskussion, die von Alfred Grotte geleitet wurde, war es, das Ausmaß der Renovierung und »Orthodoxisierung« dieser Breslauer Synagoge festzulegen, die aus Anlass der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag ihrer Erbauung geplant waren. Die Ansichten zur neuen malerischen Dekoration, zum Standort des Almemor usw., welche die Mitglieder des Synagogenvorstands äußerten, beruhten im Prinzip ausschließlich auf einem Wissen, das sie sich durch die Besichtigung vieler anderer Synagogen erworben hatten. Sicherlich hatten entsprechende Kenntnisse auch in früheren Zeiten den Ausschlag gegeben, wenn Entscheidungen über die Gestaltung einer Synagoge anstanden.

Mitunter fiel die Wahl eines Entwurfs im Wege der Entscheidung eines Architektenwettbewerbs (Görlitz 1909, Auswahl aus verschiedenen Entwürfen, aber ohne vorherigen Wettbewerb wie in Breslau 1865⁶⁵). Manchmal bestellten kleine Gemeinden mehrere Entwürfe, von denen schließlich derjenige gewählt wurde, der den Verantwortlichen am meisten zusagte. Eine solche Situation ist aus Oels bekannt, aber sicherlich war das kein Einzelfall. Von einem teilweise geänderten Entwurf der Fassade für die im Bau befindliche Synagoge – vielleicht auf Wunsch des Gemeindevorstands – ist in der Korrespondenz über den Bau der Synagoge in Neumarkt die Rede.⁶⁶

Bestimmung des Baustils

Ex post betrachtet war in Schlesien – ähnlich wie in den übrigen Regionen der deutschen Synagogenarchitektur – mit Beginn der Neuzeit die Kontinuität der mittelalterlichen Tradition des jüdischen Kultbauwesens unterbrochen worden. Die Synagogen, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden, zählten zu einer neuen Baugattung und ihre Schöpfer und Auftraggeber suchten nach einer entsprechenden architektonischen und stilistischen Form. Von der architektonischen Form und ihren allgemein-typischen und individuellen Varianten war im vorliegenden Beitrag die Rede. Aber wie entwickelten sich die Stile, die zwischen ca. 1750 und 1911 in der schlesischen Synagogenarchitektur Anwendung fanden?

65 Wawrzyniak, »Nowa Synagoga«, S. 391.

66 AZIH, Prowincja Śląska, 289, Neumarkt.

Die Stilformen, die in den ersten bekannten, neuzeitlichen, schlesischen Synagogen auftraten, basierten auf den zeitgenössischen barocken (Zülz) und klassizistischen Stilmustern (Brieg und Zülz). Dagegen handelte es sich im Fall der beiden Breslauer Synagogen (Landschule und Tempel) im Grunde genommen um stilllose Gebäude, deren Architektur und Dekoration rein utilitaristischen Erfordernissen untergeordnet waren.

Das erste bekannte Beispiel für eine schlesische Synagoge mit Stilmerkmalen, die ihre jüdische Kultbestimmung erkennen ließen, war die Breslauer Synagoge Zum Weißen Storch. Doch verglichen mit anderen Synagogen, wie z. B. denen in Karlsruhe oder Frankfurt am Main, die nicht wesentlich früher errichtet worden sind, blieben die architektonischen Merkmale, die von ihrer kultischen Bestimmung zeugten, lediglich auf die ägyptisierenden Formen der Pilasterkapitelle an den Risaliten der Süd- und Ostwand sowie der Kapitelle und Säulen der Empore im Innenraum beschränkt. Der dominierende Stil der Synagoge Zum Weißen Storch war der universale Klassizismus. Trotz ihrer gemäßigten stilistischen Innovation gehört die Synagoge Zum Weißen Storch zu den besten und größten deutschen Synagogen aus der Emanzipationszeit.

Seit den 1840er-Jahren verliert die Kultarchitektur der schlesischen Juden ihr bisheriges lokales, individualisiertes stilistisches Kolorit und übernimmt allgemein deutsche Stilmuster. Zuerst gelangten einfache Formen des Rundbogenstils nach Schlesien und fanden dort schnell Zuspruch. Ein Werk Opplers hingegen – die Breslauer Synagoge Am Anger – führte das volle Repertoire der von der romanischen Architektur des Rheinlandes inspirierten Neoromanik ein, an die dann die übrigen schlesischen Kuppelsynagogen anknüpften.

Der orientalische Stil, der in der Dekoration der Synagoge Zum Weißen Storch angekündigt worden war, zeigte sich erst wieder, und dann in weiterentwickelter Form, in den 1870er-Jahren. Orientalische Motive – hauptsächlich maurische – mitunter gemischt mit neoromanischen und Rundbogenformen traten vor allem in den oberschlesischen Synagogen auf. Hier hielten sie sich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts (Lewin). In Niederschlesien war die orientalische Stilistik dagegen viel weniger verbreitet. Eines der wenigen bekannten Beispiele dafür, dass maurische Motive z. B. bei der Fensterumrahmung Anwendung fanden, war die Synagoge in Bunzlau.

Ein Einfluss der Neogotik, der auf die Neoromanik zeitlich folgenden Stilkonzeption im 19. Jahrhundert, lässt sich beim gegenwärtigen Stand der Forschung nur im Fall eines nicht ausgeführten Entwurfs für die Synagoge in Oels feststellen. Wie bereits erwähnt blieb er lediglich auf das Maßwerk im Entwurf eines Fensters in der Ostwand der Synagoge beschränkt. Zu den Ausnahmen gehörte auch der Neorenaissancestil. Er zeigte sich frühzeitig in der wiederholt erwähnten Variante des Entwurfs für die Synagoge in Oels. Ihre Fassade sollte die Form eines venezianischen Fensters, einer sogenannten Serliana erhalten, hätte somit also einen Palladio- oder italienischen Stilcharakter gehabt. Ein viel späteres Beispiel für die Anwendung des italienischen Renaissancestils war die Synagoge in Waldenburg. Ihre schlichten Dekorationsformen zusammen mit

dem untypischen Baukörper machten sie zu einer Rarität in der schlesischen Synagogenarchitektur des 19. Jahrhunderts. Der letzte monumentale Ausdruck des Renaissancestils, diesmal jedoch in der nördlichen oder deutschen Version, findet sich in der Synagoge in Kattowitz.

Die oberschlesischen Juden schufen für ihre Synagogen eine eigene, separate Stilvariante. Ausgangspunkt ihrer stilistischen und architektonischen Lösungen war vor allem der Synagogenbau in Österreich, Ungarn und Böhmen. Für die großen oberschlesischen Synagogen wählte man eine dekorative Kombination von orientalischen Formen und erzielte damit den formalen Ausdruck einer in der niederschlesischen Architektur nicht anzutreffenden Sättigung.⁶⁷ Diese Bauten bezeugten, dass die jüdische Bevölkerung Oberschlesiens völlig andere kulturelle Bezüge und künstlerische Horizonte hatte als die niederschlesischen Juden.

Lage der Synagogen

Über den Rang und den Ausdruck eines jüdischen Gotteshauses entschieden nicht nur dessen architektonische Form, Stil und Größe. Nicht viel weniger Bedeutung besaß ihre Lage im städtischen Umfeld. Unter diesem Gesichtspunkt kann man die schlesischen Synagogen in drei Gruppen einteilen. Sie stehen entweder

- a) auf einem geschlossenen Innenhof
- b) an einer Straßenfront zwischen benachbarten Häusern oder
- c) in einem repräsentativen Teil eines Ortes, z. B. an einem Platz oder an einer Hauptstraße.

Zur ersten Gruppe gehören fast alle Breslauer Synagogen; nur in dieser schlesischen Stadt wurden jüdische Gotteshäuser konsequent auf isolierten Innenhöfen gebaut. Sowohl im Falle der schlichten Landschule aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, als auch des jüngeren Tempels und der Synagoge Zum Weißen Storch handelt es sich um Gebäude, die inmitten bebauter Hinterhöfe stehen und von den benachbarten Straßen aus nicht oder kaum sichtbar sind. Selbst Opplers große Synagoge Am Anger von 1872 wurde, obwohl sie frei stand, von einer Seite durch eine durchbrochene Umzäunung und ein vor ihr stehendes ehemaliges Hotel verdeckt.⁶⁸ In keiner anderen schlesischen Stadt gab es ein so konsequent beachtetes Bestreben nach Abschirmung jüdischer Kultorte wie im liberalen großstädtischen Breslau. Dies könnte – wie in Hamburg – auf Vorgaben der städtischen Behörden beruhen und somit nicht nur als Schutzfunktion zu interpretieren sein.

Höchstwahrscheinlich wurden die meisten Synagogen an einer Straßenfront zwischen Nachbarhäusern gebaut. Weitere Forschungen können die Motive für

⁶⁷ Bergman, Nurt mauretański, S. 78 f.

⁶⁸ Hierauf weist Wawrzyniak, »Nowa Synagoga«, S. 394, hin.

die Wahl einer solchen Lage erhellen. Vermutlich gaben jedoch ökonomische Gründe den Ausschlag sowie die Verfügbarkeit von freien Bauplätzen. In den meisten Fällen verliefen die Straßen, an denen eine Synagoge stand, in der Nähe von großen Marktplätzen. Weitere Forschungen könnten klären, ob sie eventuell auch auf dem Gebiet eines früheren Judenviertels lagen. Zwischen Mietshäusern in einer Straße wurden unter anderem sowohl die erste neuzeitliche Synagoge in Glogau (1741?) als auch die dortige große Synagoge aus dem Jahre 1892 erbaut. Dasselbe gilt auch für diejenigen Synagogen, die sich in Mietshäusern befanden wie in Frankenstein (Ząbkowice; erhalten) oder aber eine selbstständige architektonische Form besaßen, deren Dimensionen auf die Größe der benachbarten Gebäude zugeschnitten waren, wie beispielsweise in Winzig. Am Ende einer Straßenfront standen die Synagogen in Brieg und in Namslau.

An außergewöhnlichen Lagen waren vor allem die großen Synagogen in den oberschlesischen Städten platziert worden. Sie standen in einem Stadtpark (Oppeln), an repräsentativen Straßen oder auf ebensolchen Plätzen (die Große Synagoge in Kattowitz, Myslowitz, Beuthen, aber auch im kleinen Neustadt/Prudnik). Ähnlich war es in Reichenbach, wo die Synagoge einen exponierten Platz an der alten Stadtmauer erhielt. Die Synagoge in Bunzlau hingegen stand an der Stadtpromenade. Aber im Gegensatz zu den oberschlesischen Synagogen handelte es sich insgesamt doch um verhältnismäßig kleine Gebäude.

Forschungsperspektiven zwischen Ost und West

Der Versuch einer Bestandsaufnahme von Synagogen, wie er im vorliegenden Beitrag unternommen wurde, ist nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer künftigen allseitigen historischen Bearbeitung der Geschichte dieser Baugattung auf schlesischem Boden. Ein Forschungsvorhaben dieser Art ist ein dringendes Desiderat der Kunstgeschichte wie der Geschichte überhaupt. Zu Beginn müsste eine Grundlagenforschung zum Synagogenbau im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit stehen. Ausgangspunkt sollte eine empirische Überprüfung der Feststellungen Alfred Grottes sein. Für eine Rekonstruktion der ältesten Geschichte der schlesischen Synagogenarchitektur ist es erforderlich, Grottes Methodologie und Forschungsspektrum durch archäologisch-architektonische Untersuchungen des Geländes zu erweitern.

Vielseitige architekturhistorische Forschungen verlangt auch die Geschichte des jüdischen Kultbauwesens in der Zeit vom Anfang des 18. Jahrhunderts bis zu den Jahren 1938/40. Vor allem muss weiter nach ikonografischen Quellen gesucht werden. Dies sollte in Archiven und Museen in Deutschland, Israel, Russland, Tschechien und den USA geschehen.

Auf der Grundlage der bisherigen Kenntnis der schlesischen Synagogenarchitektur kann man jedoch bereits einige Fragen formulieren, die – wie es scheint – wichtige historische Probleme thematisieren. Diese Fragen betreffen unter anderem die Rolle Schlesiens als Ort des Transfers von architektonischen

Ideen zwischen der Welt der osteuropäischen Juden und dem Synagogenbau der deutschen Juden, oder den regionalen Unterteilungen der jüdischen Kulturarchitektur und den Gründen für die Entstehung derselben. Mit dem Blick auf Osteuropa ist auch zu fragen, ob Schlesien in dem hier behandelten Zeitraum zwischen der Mitte des 18. Jahrhunderts und dem Beginn des 20. Jahrhunderts nicht als separate, eigenständige Region des Synagogenbaus hervortrat. Eine solche Annahme wird allerdings in keiner Weise durch gegenwärtig bekanntes historisches Material gestützt. Doch es gibt Indizien dafür, dass mit den jüdischen Kaufleuten aus dem Osten und den sie begleitenden Kultusbeamten Elemente der dortigen religiösen Kunst seit der Mitte des 18. Jahrhunderts auch Eingang in Schlesien fanden. Dabei könnte es sich vor allem um die heute gänzlich verloren gegangene Polychromie des Innenraums der Synagogen gehandelt haben. Indizien, die noch aus den Anfangsjahren des 19. Jahrhunderts stammen und in den 1970er-Jahren unter dem Fußboden der Breslauer Synagoge zum Weißen Storch zum Vorschein kamen, sind Reste des ursprünglichen auffallend bunten Wandverputzes. Diese Spuren von sehr kräftigen, reinen Farben, in denen die Polychromie des Innenraums einmal gehalten gewesen sein muss, könnten eine stilistische Zwiespältigkeit *sui generis* dieser Breslauer Synagoge belegen: Die lebhaftige Farbgebung ihres Innenraums hätte zwangsläufig einen Kontrast zur maßvollen klassizistischen Architektur des Gebäudes gebildet. Ein ähnlicher Kontrast lag bei der etwas früher entstandenen Synagoge im nur 60 Kilometer von Breslau entfernten großpolnischen Kempen (Kępno) vor. Ihr klassizistischer Entwurf stammte sicherlich von einem Breslauer Architekten,⁶⁹ während die Innendekoration Züge der Kunst der polnischen Juden trug, die sich völlig von der architektonischen Form unterschied. Der architektonischen Tradition osteuropäischer Synagogen war auch die Form der Breslauer Landschule angenähert. Die Form des Baukörpers, die Bautechnik und das Vorhandensein eines Vorbaus mit einem Eingang in den Betsaal erinnerten an die polnisch-litauischen Synagogen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Über die stilistischen Verbindungen dieses Baus könnte jedoch der Charakter der Innenausschmückung am meisten aussagen. Doch von diesem ist wieder einmal nichts bekannt.

Man kann daher nicht ausschließen, dass bis zu einem bestimmten Zeitpunkt (etwa 1830?) die Kunst- und Bautradition der osteuropäischen Judentum in Schlesien auf die künstlerische Kultur des protestantischen Preußen traf; auf eine Kultur, die zusammen mit den voranschreitenden Akkulturationsprozessen neue Stilnormen und ästhetische Muster hervorbrachte und so immer stärker auf die Synagogenarchitektur und -kunst der schlesischen Juden einwirkte. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mochten damit die letzten Träger der osteuropäischen künstlerischen Tradition vor allem in jenen Gruppen der

69 Einige erhalten gebliebene Dekorationsdetails an den Außenwänden verweisen auf einen Architekten in der stilistischen Tradition des Breslauer Architekten Ch. V. Schulze. Das Innere der Synagoge in Kępno wurde während des Zweiten Weltkrieges zerstört.

jüdischen Bevölkerung zu finden sein, die am längsten in der traditionellen Form des Judentums verharrten und weiterhin durch vielfältige Kontakte mit den entfernten Regionen der jüdischen Siedlung in Polen, Litauen und in der Ukraine verbunden waren.

Aus einer Analyse der Stileigenheiten der großen Synagogen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, geht hervor, dass Schlesien hinsichtlich des Synagogenbaus keine einheitliche Region war. Der westliche Einfluss wird deutlich in dem neoromanischen Stil, in dem die Kuppelsynagogen errichtet wurden. Für den östlichen Einfluss sprechen die zweitürmigen Synagogen, die mit orientalischen Stilelementen von Böhmen (Pilsen) bis Ungarn (beide Pest), aber auch in Deutschland (Berlin) zu finden sind. Dieser Unterschied manifestiert sich in den repräsentativsten und monumentalsten Synagogen, die seit den 1860er-Jahren in Schlesien errichtet worden waren. Wovon zeugt dieser Unterschied? Vor dem Hintergrund welcher historischen Realität wurden diese ästhetisch-architektonischen Entscheidungen gefällt? Diese Fragen betreffen viele grundsätzliche Probleme, die an die bisher noch nicht geschriebene soziale, religiöse und politische Geschichte der schlesischen Juden zu stellen sind. Dies gilt für die Unterschiede zwischen Reformern und Orthodoxen in den einzelnen jüdischen Gemeinden und den sich daraus ergebenden künstlerischen Präferenzen; die Frage der Bedeutung von Kontakten der Gemeinden mit der näheren und weiteren Umgebung für die Wahl von architektonischen Formen oder die Bedeutungsfunktion (*architecture parlante*) von Elementen wie die bauliche Gestaltung, Größe und Situierung von Synagogen, durch die die Gemeinden zukünftige Ansprüche geltend machten, die aber auch die gegenwärtige soziale Lage der jüdischen Bevölkerung widerspiegeln. Eine Antwort auf diese und viele andere wichtige Fragen können nur entsprechende historische Forschungen erbringen. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme bestätigen lediglich, dass Schlesien in zwei Regionen zerfällt.

Die Grenze durch Schlesien, die seit den 1860er-Jahren ostwärts von Oppeln verlief, war zugleich die Grenze zwischen den Einflussbereichen zweier großer mitteleuropäischer Typen von monumentaler Synagogenarchitektur; denn beide architektonischen Grundtypen – die Kuppelsynagoge und die zweitürmige Synagoge – waren nicht in Schlesien entstanden. Sie wurden aus dem Fundus neuer mitteleuropäischer Muster der jüdischen Kultarchitektur übernommen; im westlichen Teil Schlesiens von einem Modell, das Edwin Oppler geschaffen hatte, im östlichen Teil dagegen von Architekten aus Österreich-Ungarn.

Stellte Schlesien demnach – aus ostmitteleuropäischer Sicht betrachtet – zwischen der Mitte des 18. Jahrhunderts und dem Beginn des 20. Jahrhunderts eine eigene Region im Synagogenbau dar? Die Antwort auf diese Frage fällt vorläufig so aus: In dieser preußischen Provinz wurden mehr Anregungen von außen aufgenommen, als dass dort eigene Architekturmuster geschaffen wurden, die dann sowohl auf eigenem, nämlich schlesischem Territorium als auch in den angrenzenden Regionen mit jüdischer Besiedlung (Böhmen, Mähren, Galizien und Großpolen) nachgeahmt wurden. Erklärungen dafür sind in den

Entstehungsbedingungen der schlesischen Architektur in der Zeit zwischen der Mitte des 18. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts zu suchen, aber auch in der historischen Situation, in der sich die Auftraggeber der neuen Synagogen befanden, also die Gemeinden und die privaten Stifter. Dieses Thema bedarf jedoch weiterer Forschungen.

Verzeichnis der erhalten gebliebenen schlesischen Synagogen

A. Aus dem Mittelalter in

1. Oleśnica (Oels)
2. Strzegom (Striegau)
3. Jawor (Jauer?)

B. Aus der Zeit zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert und ihre heutige Verwendung in

1. Bierutów (Bernstadt): Turnhalle
2. Brzeg (Brieg): Wohnhaus
3. Brzeg Dolny (Dyhernfurth): Spritzenhaus
4. Byczyna (Pitschen?)
5. Chojnów (Haynau): Turnhalle
6. Dzierżoniów (Reichenbach): Geplantes Museum der Geschichte der Juden in Dzierżoniów
7. Görlitz I (?)
8. Görlitz II: Denkmal
9. Głogówek (Oberglogau): Wohnhaus
10. Miejsce (Mistitz?)
11. Mysłowice (Myslowitz)
12. Namysłów (Namslau): Turnhalle
13. Opole (Oppeln): TV-Redaktionsgebäude
14. Strzelce Opolskie (Groß Strehlitz)
15. Syców (Groß Wartenberg): Wohnhaus
16. Wielowieś (Langendorf): Lagerhalle
17. Wrocław (Breslau): Synagoge Zum Weißen Storch/Jüdisches Kulturzentrum
18. Ząbkowice (Frankenstein): Wohnhaus
19. Ziębice (Münsterberg): Synagoge/Leerstand
20. Żory (Sohrau): Kino

Deutsch von Jürgen Hensel

Der alte jüdische Friedhof in Breslau

Jüdische Nekropolen in Breslau¹

In der Geschichte jeder größeren alten Stadt spielen Friedhöfe als historische Zeugnisse des menschlichen Lebens eine wichtige Rolle. Die bis heute erhaltenen europäischen Friedhöfe wurden überwiegend im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert auf großen Arealen außerhalb der Stadtgrenzen, fernab von Gotteshäusern, angelegt. Ihre Gestaltung erfolgte nach dem Vorbild von Park- oder Gartenanlagen, deren Grün einen harmonischen Hintergrund für die Grabsteine darstellte. Von den im 19. Jahrhundert in Breslau landschaftsparkähnlich gestalteten Nekropolen verschiedener Glaubensgemeinschaften haben wenige ihre Funktion als Begräbnisstätte behalten. Nur einer dieser Friedhöfe ist mit seinen originalen alten Skulpturen und Grabdenkmälern erhalten geblieben. Die Rede ist von dem hinter einer hohen Mauer an der ul. Ślężna (Lohestraße) verborgenen malerischen jüdischen Friedhof im Stadtteil Krzyki (Krietern).

Das Begräbnisfeld wird seit Langem nicht mehr genutzt – überdauerte aber als Zeugnis einer Gemeinschaft, deren Mitglieder während des Zweiten Weltkrieges vertrieben oder ermordet wurden. Bevor dieser Friedhof vorgestellt wird, wird zunächst nach dem Schicksal der ältesten Begräbnisstätten von Breslauer Juden gefragt.

Im Mittel- und Osteuropa des frühen Mittelalters entstanden jüdische Gemeinden hauptsächlich an den Handelsstraßen. Eine besondere Rolle im Handel mit dem Osten spielten dabei spanische, französische sowie rheinländische Juden. Breslau stellte damals ein bedeutendes Handelszentrum dar. Es lag im slawischen Raum, an der Kreuzung wichtiger, von Süden bis an die Ostsee sowie von Westen nach Osten führender Handelsrouten. In ihrer Nähe entstanden auch kleinere jüdische Siedlungen.

Vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert waren es ausschließlich Friedhöfe von Juden und Dissidenten, die außerhalb der Ortschaften angelegt wurden. So entstand der erste jüdische Friedhof in Breslau unmittelbar hinter dem Ohlauer Tor, am Stadtgraben, auf dem Gelände der heutigen Straßen ul. R. Traugutta (Klosterstraße), ul. Podwale (Ohlauer Stadtgraben) und ul. Z. Krasińskiego

¹ Ausgewählte Literatur: H. Liebermann (Hrsg.), Deutscher Volks-Kalender [und Jahrbuch]. Insbesondere zum Gebrauch für Israeliten, Breslau 1854-1901; Monik Krajewska, Czas kamieni, Warszawa 1982; Maciej Łagiewski, Der alte jüdische Friedhof in Wrocław (Breslau), Bonn 1988; ders., Macewy mówią, Wrocław 1991; ders., Wrocławscy Żydzi 1850-1944, Wrocław 1994; ders., Stary Cmentarz Żydowski we Wrocławiu, Wrocław 1995; ders., Breslauer Juden 1850-1944, Wrocław 1996; ders., Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau, Berlin 1999; Marcin Wodziński, Hebrajskie inskrypcje na Śląsku XIII-XVIII wieku, Wrocław 1996; Leszek Ziątkowski, Dzieje Żydów we Wrocławiu, Wrocław 2000.

(Feldstraße). Ein Teil der aus diesem Gelände stammenden Grabsteine ist im Städtischen Zeughaus, dem Sitz des Archäologischen Museums, sowie in der Umgebung des zum jüdischen Friedhof an der ul. Ślężna führenden Tores ausgestellt (Abb. S. 556).

Der mittelalterliche Friedhof in der Ohlauer Vorstadt wurde am 27. September 1345 auf Geheiß des Königs Johann von Böhmen aufgelassen. Der König hatte den Ratsmännern »der guten Stadt Breslau« erlaubt, »alle Steine des jüdischen Friedhofs, die sich auf oder unter der Erde befanden, zu nehmen, auszugraben, wegzuschaffen und zum Bau der Stadtmauer zu verwenden«, entgegen dem im Dezember 1315 gewährten Privileg, das den Juden die Unantastbarkeit ihres Friedhofs sowie die Steuerbefreiung des Begräbnisplatzes auf alle Zeiten zugesichert hatte. Zeugnis dieses Rechtsbruchs gibt eine Rechnung für den Transport von Grabsteinen. Die Grabsteine fanden später sowohl für die geplante Instandhaltung der Stadtmauer als auch für die Straßenpflasterung sowie für die Fundamentierung oder Errichtung von mittelalterlichen Bauwerken in Breslau Verwendung.

Zahlreiche Grabsteine dieses ältesten Breslauer Judenfriedhofs tauchten Jahrhunderte später an verschiedenen Orten wieder auf. 1716 wurden zwei und 1799 drei weitere, mit 1242 bis 1245 datierte Grabsteine im Gewölbe des Rathausgefängnisses, der sogenannten »Grüneiche«-Kammer, entdeckt. Leider ist keiner dieser Grabsteine erhalten. Bei Renovierungsarbeiten der Kellerräume des Rathhausturmes stieß man 1848 auf 16 gut erhaltene Grabsteinplatten des Ohlauer Vorstadtfriedhofs, die der Magistrat an die jüdische Gemeinde zurückgab. Diese beschloss, sie auf ihrem neuen Friedhof an der Claassenstraße (heute ul. Gwarna) aufzustellen. Durch ein Missverständnis zwischen der Stadtbehörde und einer jüdischen »Begräbnisbruderschaft« wurden diese Grabplatten jedoch zerstört. Durch die Zeichnungen von S. Nissen und von H. Liebermann im in Breslau herausgegebenen *Deutscher Volks-Kalender und Jahrbuch* sind über diese Grabplatten Informationen überliefert. Die Inschriften auf diesen Grabplatten stammen aus den Jahren 1303 bis 1343.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigte die jüdische Gemeinde großes Interesse an den aus dem Mittelalter stammenden Grabdenkmälern, die sie vorsorglich in die Friedhofsmauer an der Lohestrasse (ul. Ślężna) einsetzen ließ. Das älteste jüdische Grabdenkmal auf polnischem Boden ist der Grabstein, der Anfang September 1917 bei der Installierung eines neuen Heizkessels im Nordteil des Breslauer Doms (in der Nähe der Johanneskapelle) entdeckt wurde. Dieses Grabmal war am 4. August 1203 für den Kantor »Rabbi David mit der allerliebsten Stimme, Sohn von Rabbi Sar Schalom (Friedensfürst), verstorben am Montag, dem 25. Tag des Monats AV im Jahre 4963 der Weltschöpfung. Möge seine Seele eingebunden sein im Bunde des (ewigen) Lebens« errichtet worden. Die Grabplatte befindet sich heute im Königspalast (Abb. S. 557).

Im Zeughaus (Arsenal – Museum für Archäologie) befindet sich eine 1848 im Rathaus entdeckte Grabplatte mit dem Todesdatum der verstorbenen Person: 25. Dezember 1246 (nach der hebräischen Zeitrechnung 15. Tevet 5007). Weitere

mittelalterliche Grabplatten wurden am Friedhofstor an der ul. Ślężna (Lohestraße) ausgestellt, unter anderem der unvollständige Grabstein für Rabbi Jakob oder Isaak, Sohn von Rabbi Chaim, bestattet am 13. Mai 1343 (18. Ijar 5103), der am 12. Oktober 1936 auf dem Gelände zwischen der Kaiserbrücke (most Grunwaldzki) und der Lessingbrücke (most Pokoju) gefunden wurde.

Das größte und zugleich jüngste Grabmal stammt aus dem Jahr 1345. Es handelt sich damit um einen der letzten auf dem Friedhof in der Ohlauer Vorstadt aufgestellten Grabsteine, da mit dem besagten Erlass des Königs Johann von Böhmen die jüdische Nekropole in Breslau aufgelöst wurde (Abb. S. 558). War der am 1. Februar 1345 (28. Shevat 5105) verstorbene, »ehrbare Mann unbefleckten Herzens, der drangsalierte und zermürbte Rabbi Simon, Sohn des geachteten Rabbi Isaak, dessen Blut von dem grausamen Ungeheuer (Basilisk) vergossen wurde [...]«, wie die Inschrift verkündet, auf Befehl des strengen Herrschers getötet worden? Handelte es sich hier um einen symbolischen Vergleich mit der mythischen Königseidechse (vom Griechischen *basileus*, d. h. König, abgeleitet), deren Blick töten konnte? Dieser Grabstein wurde im Fundament eines alten, von der mittelalterlichen Stadt entfernt liegenden Pfarrhauses der katholischen Gemeinde in Deutsch Lissa (Leśnica), damals im Kreis Neumarkt (Środa Śląska), gefunden.

Es ist auch ein Grabstein erhalten geblieben, der einst zum Grab von Rabbi Aaron, Sohn des Rabbi Abraham, gehörte. Wissenschaftliche Untersuchungen datieren diese Grabplatte zwischen 1173/74 (4934) und 1239/40 (5000). Entdeckt wurde sie in einem Hof zwischen zwei Häusern (Herrenstraße 5/ul. Kielbaśnicza und Ring 6/Rynek). Im 19. Jahrhundert tauchte sie in der Zeichnungssammlung von Adrien Joseph von Hoverden-Plancken als ein aus drei Bruchstücken bestehender Stein auf. Diese Teile sind jedoch in späteren Jahren verschollen. Im Vergleich zu archivalischen Beschreibungen fehlen an dieser Grabplatte heute einige Fragmente. 1924 wurde die Grabplatte am Friedhofstor an der ul. Ślężna angebracht, wo sie heute noch steht.

Anlässlich von Renovierungsarbeiten stieß man auf weitere mittelalterliche jüdische Grabsteine, die jedoch nicht mehr geborgen werden konnten: Die Mittelsäule im Fürstensaal des Rathauses ruht bis heute auf jüdischen Grabsteinen. In der Südostecke des Turms der Elisabethkirche befanden sich früher hebräische Inschriften und 1984 wurde dort bei Renovierungsarbeiten unter einer Säule ein bisher unbekannter Grabstein freigelegt. All diese in Breslau entdeckten mittelalterlichen jüdischen Grabsteine sind seltene Zeugnisse vergangener Epochen und gehören zu den ältesten unwiderlegbaren Beweisen für jüdische Ansiedlungen auf polnischem Boden.

Nachdem die Breslauer Juden ihres eigenen Friedhofs beraubt worden waren, mussten sie ihre Verstorbenen über 400 Jahre lang in Dyhernfurth (Brzeg Dolny), Krotoschin (Krotoszyn), Glogau (Głogów), Rawitsch (Rawicz), Lissa (Leszno) oder in Zülz (Biała Prudnicka; Abb. S. 559 oben) beisetzen.

Während des Siebenjährigen Krieges erhielt die Breslauer Gemeinde 1760 die Genehmigung, einen eigenen Friedhof in der Schweidnitzer Vorstadt,

zwischen der heutigen ul. Gwarna (Claassenstraße) und der ul. Dworcowa (Bahnhofstraße), gegenüber dem Hauptbahnhof, anzulegen. Als »Wacht« dieser seit dem Mittelalter zweiten jüdischen Nekropole wurde ein großer Stein mit eingemeißelter Mahnung aufgestellt: »Wer diese Ruhestätte verletzt, Dem wird durch's Beil ein Schlag versetzt; Man haut durch's Beil die Hand ihm ab, der hier beschädiget das Grab«. Nach den Pogromen und der Verfolgung erhoffte sich die jüdische Bevölkerung von dieser Inschrift vermutlich Schutz für ihre neue Stätte der ewigen Ruhe. Dieser Friedhof existierte bis zum Zweiten Weltkrieg, obwohl er bereits am 16. November 1856 auf Veranlassung der Oberschlesischen Eisenbahn, die ein anliegendes Grundstück für den Bau eines Direktionsgebäudes erworben hatte, geschlossen worden war. Am nächsten Tag, dem 17. November 1856, wurde der Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężna) eingeweiht. Der jüngste und auch heute noch genutzte Begräbnisplatz der Juden in Breslau ist der 1902 im Wohnviertel Cosel (Kozanów) an der Frankfurter Chaussee (später Flughafenstraße, heute ul. Lotnicza) angelegte Friedhof.

Der Judenfriedhof an der Lohestraße (ul. Ślężna)

Zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts planten die meisten Breslauer Religionsgemeinschaften neue Begräbnisstätten auf dem wenig bebauten Gelände südöstlich der Schweidnitzer Vorstadt, entlang der heutigen ul. Ślężna (Lohestraße). Die jüdische Gemeinde erwarb hier als erste ein Grundstück. Am 17. November 1856 fand die erste Beisetzung auf der neuen jüdischen Nekropole im damaligen Dorf Gabitz (Gajowice), im Bereich der heutigen Straßen ul. Ślężna (Lohestraße), Sztabowa (Menzelstraße) und Kamienna (Steinstraße) – in der Siedlung Lehmgruben im Stadtviertel Krietern (Krzyki) – statt. Den neuen Gottesacker segnete an diesem Tag der liberale Rabbiner Abraham Geiger. Nach der Eingemeindung dieses Geländes nach Breslau im Jahr 1868 gehörte der Begräbnisplatz zu einem Komplex von insgesamt dreizehn umliegenden Friedhöfen. Seine heutige Form erhielt er gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Nach 1900 erfolgte noch eine geringe Erweiterung des Friedhofsgeländes: die Westmauer wurde um einige Meter verschoben, im Norden wurde ein Gelände dem Friedhof angegliedert.

In den ersten 50 Jahren dienten zwei bescheidene, hinter dem Friedhofstor zu beiden Seiten der Hauptallee angeordnete Pavillons als Leichenhaus und als Wohnung des Friedhofsinspektors (später Quartiere 19 und 20). Sie wurden jedoch 1912 abgerissen. Vor dem Eingang zum Friedhof, auf der Verlängerung der Hauptallee, wurden damals ein neues Leichenhaus (Bet Tahara) und, etwas westwärts, ein zweigeschossiges Wohn- und Dienstgebäude für die Friedhofsverwaltung gebaut. Auf einem Grundriss, der die Form eines gleicharmigen Kreuzes aufweist, ist eine Kapelle als Backsteinbau mit Kuppel dargestellt. Der traditionelle jüdische Trauerzug bewegte sich einst von der Leichenhalle zur Begräbnisstätte, die durch ein neogotisches Tor mit zwei voneinander unabhängigen

Seitenpforten betreten wurde. Die Säulen des monumentalen Eingangs waren durch drei Kielbögen miteinander verbunden. Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer häufiger entlang der Nordmauer angelegten Grabstätten machten einen Umbau des Eingangstors erforderlich. Dabei wurden die beiden Seitenpforten sowie der mittlere Bogen beseitigt.

Durch das Haupttor tretend erschließt sich heute für den Besucher eine exotische Welt aus Grabsteinen, die von üppigem Grün umgeben sind. Der Friedhof unterscheidet sich von den unregelmäßig gestalteten alten Friedhöfen Mittel- und Ostpolens wesentlich. Das quadratische Gelände des Breslauer Friedhofs nimmt eine Fläche von 4,6 Hektar ein und ist von einem Alleennetz durchschnitten. Die Hauptallee ist breiter als die anderen Alleen und stellt eine Verlängerung der vor dem Eingangstor angelegten Kastanienallee dar. Parallel zur Hauptachse verlaufen zwei Innenmauern, an welchen, ähnlich wie an den Außenmauern, Familiengräber angeordnet sind. Das Netz von Alleen und Wegen umschließt 20 rechteckige Quartiere von unterschiedlicher Größe. Viele der ältesten Friedhofsquartiere wurden mit der Zeit erweitert, während die Friedhofsalleen um die Hälfte verkleinert wurden (Abb. S. 559 unten).

Die erste Erweiterung der einzelnen Friedhofsquartiere erfolgte während des Ersten Weltkrieges, zusätzliche umfassende Erweiterungen wurden in den 1930er-Jahren unter dem Druck der NS-Verwaltung durchgeführt. In dieser Zeit verringerte sich die Zahl der Bestattungen auf den beiden Friedhöfen an der Lohestraße und an der Flughafenstraße. Infolge der antijüdischen Repressionen nach 1933 entschlossen sich viele Breslauer Juden zur Auswanderung, andere hofften sich Rettung durch den Austritt aus dem Judentum. In den Jahren 1940 bis 1942 wurden die Bestattungen auf dem Friedhof an der Lohestraße immer seltener – bis schließlich gar keine mehr stattfanden. Der 1943 geschlossene Friedhof wurde von einer in der Umgebung ansässigen Gärtnerei für fünf Jahre gepachtet. Ende Februar 1945 war der Friedhof Schauplatz erbitterter Kämpfe um die von den Nationalsozialisten zur »Festung Breslau« erklärte Stadt. Zahlreiche Spuren von Kugeleinschüssen an den Grabsteinen erinnern noch heute an diese Ereignisse.

In den Nachkriegsjahren geriet die Nekropole an der Lohestraße in Vergessenheit und verfiel allmählich. Erst am 24. Mai 1975 wurde der Friedhof in das Denkmalregister der Stadt eingetragen (Reg.-Nr. 169/75). Der lange Zeitraum von 1945 bis 1975, in dem der Friedhof keinen Schutz genossen hatte, führte zu einer Verwahrlosung des Areals.

In den ersten Plänen für die Sanierung des Friedhofs (1978-80) war ein geschlossenes Lapidarium für alte Sepulkralkunst vorgesehen. Die Arbeiten hierfür begannen 1981 mit der Ausbesserung von durchlöcherten Mauern. 1984 wurde das Haupttor renoviert, indem seine neuen Flügel mit Motiven des siebenarmigen Leuchters, der Menora, geschmückt wurden. Darüber hinaus wurde ein davon getrennter, mit einem sanften Bogen überwölbter und mit einer Zierpforte versehener Durchgang wiederhergestellt. Die gesamte Komposition wurde 1986 mit zwei erwähnenswerten, auf Torpylonen aufgestell-

ten schmiedeeisernen Laternen ergänzt. 1984 erfolgte auch die Restaurierung ausgewählter Grabsteine hervorragender Persönlichkeiten. Die Grabdenkmäler von Ferdinand Lassalle, Heinrich Graetz und Max Kayser rekonstruierte man anhand des erhaltenen ikonografischen Materials (Fotografien, Steinmetzpläne und bibliografische Quellen). Konservatorische Maßnahmen wurden unter anderem an beschädigten Grabsteinen und Gräften fortgeführt, indem man ihre Konstruktion verstärkte und die Grabmäler gegen schädliche Einflüsse von Niederschlägen, gegen Moos, Efeu und andere wuchernde Pflanzen sowie vor mechanischen Beschädigungen schützte. Auch die Friedhofsmauer und die an ihr befindlichen Grabmäler wurden restauriert. Der westliche Mauerabschnitt wurde erhöht und der zuvor trocken gelegte Nordteil der Mauer vom Pilzbefall befreit. Die Konstruktion der direkt an diesen Mauern befindlichen Grabdenkmäler wurde verstärkt. Dank dieser konservatorischen Maßnahmen konnten viele Denkmäler von hohem historischem und künstlerischem Wert vor dem Verfall bewahrt werden. Gerettet wurde ebenfalls eine große Anzahl von Bäumen und Sträuchern, die heute nur noch selten in Breslau vorkommen. Seit 1988 ist der Friedhof als Museum für Friedhofsarchitektur den Besuchern zugänglich. In den Jahren 1990/91 wurde eine Werkstatt für die Steinrenovierung errichtet sowie ein Sanitärgebäude nach alten Plänen wieder aufgebaut und an das städtische Wasserleitungs- und Kanalisationsnetz angeschlossen. Seit Januar 1991 ist der alte jüdische Friedhof eine Abteilung für Friedhofskunst innerhalb des Historischen Museums in Breslau (seit dem Jahr 2000 das Breslauer Stadtmuseum).

Die jüdische Grabkunst

Der jüdische Friedhof an der ul. Ślężna (Lohestraße) ist ein einzigartiger Komplex von Grabskulpturen und Werken der kleinen Architektur in Breslau, die sich in zwei Gruppen gliedern lassen: Grabbauten (Gruftkapellen, Gräfte in Form von Portiken, Baldachine, Portale u. a.) und Grabdenkmäler (Grabplatten, Stelen, Obelisken, Säulen, steinerne Baumstämme, Sarkophage, Portale u. a.). Im Laufe der Zeit veränderte sich das Aussehen der Grabsteine und der Gräfte auf einzelnen Friedhofsquartieren und an den Friedhofsmauern: von traditionellen, dicht nebeneinander aufgestellten »Matzewot«, die für alte jüdische Friedhöfe charakteristisch waren, bis hin zu monumentalen Grabdenkmälern, deren kühne Formen den traditionellen Religionsgrundsätzen widersprachen. Die Nekropole zeigt deutlich die rasche Entwicklung der jüdischen Gesellschaft nach 1812, als ein königliches Edikt die preußischen Juden erstmalig zu »Einländern und Staatsbürgern« erklärte. Die Grabsteine auf dem Friedhof an der ul. Ślężna spiegeln sowohl den sozioökonomischen Aufstieg als auch die Akkulturation der jüdischen Gesellschaft in Breslau vor allem seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wider.

Im Vergleich zu anderen jüdischen Nekropolen des alten Europas (insbesondere Osteuropas) weist der Breslauer Friedhof zahlreiche Gemeinsamkeiten,

jedoch auch deutliche Unterschiede auf. Sein einzigartiger Charakter ist vor allem auf die jüdische Aufklärungsbewegung *Haskala* zurückzuführen, die ihren Anfang in Deutschland nahm und dem Judentum den Weg in die Moderne weisen wollte. Im Breslau des 19. Jahrhunderts, einer damals modernen Stadt, propagierte diese Bewegung eine Erneuerung der jüdischen Gemeinschaft, die sich durch die Entwicklung einer säkularen Sphäre, die Reformierung des Unterrichts sowie durch die soziale Eingliederung in die nichtjüdische Umwelt vollziehen sollte. Dieser Prozess der Akkulturation manifestierte sich unter anderem in der Verwendung zweisprachiger Grabinschriften. Seitdem waren neben den mit hebräischer Schrift bedeckten Steinplatten auch Grabmäler mit Inschriften zu sehen, die mit »Hier ruht ...« begannen. Diese Formel verdrängte allmählich die Abkürzungen P“N (*po nitman, po nikbar*) oder P“T (*po tamun*), was auf Hebräisch »hier ruht« oder »hier liegt begraben, hier ist geborgen« bedeutet. Das einzige gemeinsame Merkmal der Grabmäler ist der Abschluss jedes Epitaphs mit den hebräischen Buchstaben TNZBH (*tehi Nafscho/Nafscha zruah Bizror Hachajim*): die Abkürzung des Spruchs »es sei seine (ihre) Seele eingebunden in den Bund des ewigen Lebens«. Auf älteren Epitaphien wurde dieser »Bund« in Arabesken oder Flechtbändern plastisch hervorgehoben.

Die überwiegende Mehrheit der Objekte auf dem Friedhof entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die Mode der Nachahmung zur Stillosigkeit führte. Die die Vergangenheit idealisierende Romantik brachte keinen einheitlichen architektonischen Stil hervor, was auf dem Friedhof in Nachahmungen verschiedener historischer Stile zum Ausdruck kam. Es sind Grabsteine und Grabmäler zu finden, deren Formen und Konstruktionen an die Kunst des Altertums, des Mittelalters, der Renaissance, des Barock und des Klassizismus anknüpfen. In zahlreichen Varianten wiederholen sich antike Säulen, die über Jahrhunderte den Kern der griechischen Architekturphilosophie darstellten. Die Säule, die im Altertum hauptsächlich als ein konstruktions-technisches Element und ein Bestandteil des Bauwerkes diente, wurde mit der Zeit zu einem dekorativen Motiv oder sogar zur Denkmalform. Hier stellen die Säulen nicht nur einen Bestandteil der Friedhofsarchitektur dar, dem eine tragende Funktion zukommt. Als freistehende, emporstrebende Säulendenkmäler symbolisieren sie die Affirmation des Lebens – das ewige Leben (Abb. S. 560).

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Grabsäule in Anlehnung an bekannte Architekturordnungen (Vitruvius, Vignola und Palladio) und häufig wurde das gleiche Baumaterial wie in der Antike (z. B. Marmor aus Carrara) verwendet. Man griff auf hervorragende Urmuster zurück – z. B. auf die römische Trajan- oder die Marcus-Aurelius-Säule. Es handelte sich um Säulen auf Postamenten, ein bei den Römern beliebtes Architekturelement, das nicht nur als Unterbau der Säulen diente, sondern sie vor allem schlanker wirken ließ. Postamente dienten auch zur Befestigung von Namenstafeln an Grabmälern. Ein charakteristisches plastisches Grabzeichen war die gebrochene Grabsäule, die Melancholie und die Tragik des abgebrochenen menschlichen Lebens versinnbildlichen sollte. Eine ähnliche Aussage haben Skulpturen in Form eines geknickten

Baumstammes. Die Formen mancher Stelen, Portiken und Kapellen sind freie Nachahmungen antiker Grabmäler und Tempel. Nur das Datum und das Fehlen eines figurativen Reliefs erlauben es, diese Grabsteine anderen Epochen und anderen Kulturen zuzuordnen. Man griff aber auch auf die romanische und die gotische Vergangenheit zurück, indem man halbrunde und spitzbogige Portale, Wandbaldachine sowie mit Blumenzierrat und Kriechblumen geschmückte Stelen, durchbrochene Mauern und Balustraden mit gemeißelten Maßwerken errichtete (Abb. S. 561).

In Grabwänden wurden gotische und romanische Fensteröffnungen eingelassen. Die von der Grabkunst des 19. Jahrhunderts bevorzugte Romanik knüpfte nicht nur an romanisch-gotische Formen an, sondern griff auch auf andere mittelalterliche Stile zurück, z. B. auf die byzantinische Architektur und die islamische Kunst (Abb. S. 562).

Es gibt auf dem Friedhof einige interessante Beispiele, die maurische Kunst aus der Alhambra in Granada nachahmen, mit ihren charakteristischen spitzenartigen Hufeisenbögen. Mehrfarbige Fliesen an den Wänden einer der Gräfte erinnern hingegen an Draperien, die für maurische Stickerei- oder Goldschmiedarbeiten charakteristisch waren.

Außerdem sind auch viele Objekte zu finden, die an die neuzeitliche Architektur anknüpfen. Charakteristisch für diese Grabmäler sind die auf Halbsäulen und Pilastern gestützten Giebeldächer sowie Arkadennischen, Gesimse, geometrische und Pflanzenornamente auf Umrandungen der Epitaphe wie auch verschiedenartige Bossierungen; Kassettendecken und Kuppeln sind zu sehen, die eigentlich beim Mausoleenbau selten auftreten. Dies sind nur einige Beispiele der an historische Stile anknüpfenden Architekturdetails. Sie bieten jedoch einen Überblick zur Geschichte der Architektur.

Es ist bekannt, dass sich die Kunst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch eine Vielfalt ästhetischer Richtungen und Stile auszeichnete, die sich parallel entwickelten und einander oft widersprachen. Durch die Kombination verwandter Kunstdisziplinen wie Architektur, Bildhauerkunst und Steinmetzhandwerk stellen die Grabdenkmäler vom Friedhof an der Lohestraße eine Art Kulturarchiv der vergangenen Epoche dar.

Die um die Jahrhundertwende und etwas später entstandenen Grabdenkmäler wurden im Geiste des Jugendstils und der Moderne geschaffen. So bediente sich der Jugendstil, eine neue Strömung in den bildenden Künsten, gern der asymmetrisch geschwungenen, wellenförmigen Dekorationsformen mit einem unruhigen Linienrhythmus, die sowohl in Stein wie auch in gusseisernen oder Edelmetallgussverzierungen sowie in handgeschmiedeten Zierelementen verwendet wurden. Handgeschmiedet wurden vor allem Namenstafeln, Gitter, Umzäunungen, Türen der Grabkapellen, Laternen, Blumen- und Fruchtgirlanden, Ketten, Flachreliefs mit Pflanzenmotiven sowie Grablampen, Fackeln und dergleichen. Viele prächtige Beispiele der Eisenguss- und Schmiedekunst sind leider nicht erhalten geblieben. Nur das Steinmaterial, das seine Dekorativität

allein der glatten und farbigen Struktur des Granits und Marmors verdankt, hat überlebt. Auf diesen Steinoberflächen kann man gelegentlich Jugendstil motive in Form von einzigartig gestalteten Zierpflanzen sehen. Die auf den Reliefs dargestellten Pflanzen stammen aus der natürlichen Umgebung des Friedhofs. Es sind Kletterpflanzen mit biegsamen Stängeln und sich spiralförmig windenden Ranken, also Efeu, Ackerwinde, wilder Wein sowie allgegenwärtiger Farn und Kastanienblätter; es sind aber auch Blumen von außerhalb des Friedhofs, wie z. B. Iris, Lilien, Sonnenblumen, Veilchen, Rosen, Narzissen, Mohnblumen und Maiglöckchen. Einige von ihnen erfreuten sich bei den Schöpfern der Grabdenkmäler besonderer Beliebtheit, allerdings nicht wegen ihrer modischen Form, sondern wegen symbolischer und poetischer Assoziationen mit Vergänglichkeit und der Zerbrechlichkeit des Lebens. Zu den beliebtesten Jugendstil motiven in der Grabkunst gehörte der blühende oder sich unter der Last seiner Früchte beugende sperrige Baum, dessen Wurzeln sichtbar waren. Die noch an manchen Stellen erhaltenen Inschriften vom Anfang des 20. Jahrhunderts sind meist in der Buchstabenform des Jugendstils gehalten, die auch die damalige Druckkunst mit Vorliebe verwendete (Abb. S. 563 oben).

Die Moderne, die sich nach 1910 in Opposition zu den Idealen des Jugendstils herausbildete, brachte eine neuartige Architektur hervor, mit der Betonung auf Übereinstimmung von Funktion und Form sowie mit einem Verzicht auf Zierelemente. Die Möglichkeit, interessante Effekte allein durch eine Komposition der Formen zu erzielen, schloss nicht aus, dass man in der Grabdenkmalkunst auf bewährte Muster vergangener Epochen, vor allem der Renaissance und des Barock, zurückgriff. Grundsätzlich fällt an den modernistischen Grabmälern die Schlichtheit der möbelartig angeordneten geometrischen Körper auf, die nicht immer dem guten Geschmack entsprachen, sondern nach dem Prinzip »wer zahlt, bestimmt die Musik« entstanden sind.

Die typisch jüdische Form der Friedhofsarchitektur ist die Matzewa, eine vertikal aufgestellte Steinplatte (meistens aus Sandstein) mit einem halbrunden oder dreieckigen Giebel, der von Palmetten und einem Akroterion bekrönt ist. Viele Matzewot sind ein Stilgemisch aus altertümlichen und mittelalterlichen Elementen. Sie sind durch eine starke Bindung an die Religion geprägt, die in der schlichten, sich bei einer ganzen Reihe von Grabdenkmälern wiederholenden Dekoration zum Ausdruck kommt (Abb. S. 563 unten).

In der Grabkunst aschkenasischer Juden sind Darstellungen der menschlichen Gestalt eher selten. Diese Zurückhaltung geht auf das biblische Bilderverbot zurück: »Du sollst dir kein Gottesbild machen und keine Darstellung von irgendetwas am Himmel droben, auf der Erde unten oder im Wasser unter der Erde«. Daher findet man auf den Grabplatten in der Regel symbolische Reliefs mit Darstellungen von Tieren, Pflanzenmotiven sowie Gegenständen des Kunstgewerbes. Grabzeichen, die sich direkt auf den Inhalt des Alten Testaments, des Talmud und anderer religiösen Schriften beziehen, haben folgende Bedeutung:

- Hände im Segensgestus: Zugehörigkeit zu den Nachfahren des Hohen Priesters Aaron (Abb. S. 564 oben)
- Kanne mit Schale oder Kanne allein: Nachfahren aus dem Stamm Levi, d. h. Priesterhelfer, die dem Priester vor dem Priestersegen Wasser über die Hände gießen
- Buch: Gelehrsamkeit und Frömmigkeit; Mensch, der Tora und Talmud studiert
- Krone: Frömmigkeit und Kenntnis der Tora und anderer religiöser Schriften
- Leuchter: vor allem Frauen, zu deren religiösen Pflichten es gehört, das Schabbat-Licht anzuzünden und zu segnen
- Menora: siebenarmiger ritueller Leuchter, uraltes Symbol des Judentums
- Davidstern (aus dem Hebr., Davids Schild): Symbol der nationalen Zugehörigkeit.

Abbildungen von Tieren beziehen sich auf die Namen der verstorbenen Personen:

- Löwe (hebr. Arie, jid. Lejb): Symbol für den Stamm Judah
- Hirsch (hebr. Zwi oder Naphthali, jid. Hersch oder Hirsz): Nachfahren von Naphthali.

Es kommt vor, dass Tiermotive eine andere, universelle Bedeutung beinhalten. So gelten z. B. Vögel als Allegorie der Seele; die Seelen der Gerechten sitzen als Vögel auf dem Thron des Herrn und singen sein Lob. Der Adler ist eine Metapher für die schützende Macht des Schöpfers; die Taube ist ein biblisches Friedenssymbol, an Grabmälern bedeutet sie Eintracht und eheliche Liebe. Die ihren eigenen Schwanz fressende eingerollte Schlange steht für das mythische Ungeheuer Leviathan – ein universelles Symbol der Ewigkeit und der Messianischen Zeit. In zwei Grabdenkmälern wurden Schmetterlinge eingemeißelt, die die Wanderung der Seele und das Anziehen eines neuen, besseren Gewandes versinnbildlichen. Die Pflanzenwelt ist auf den Breslauer jüdischen Grabmälern durch gebrochene Bäume und Blumen vertreten, die entweder auf einen tragischen Tod hinweisen oder allgemein als Metapher für den Tod stehen. Das uralte Motiv des Lebensbaumes war ein Symbol der messianischen Hoffnung (als »Lebensbäume« werden im Hebräischen auch die Stäbe der Torarollen bezeichnet). Die auf Grabsteinen erscheinende Palme symbolisiert Fülle und nationale Erlösung; Öl- und Granatbäume geben dem Heiligen Land Früchte, die geopfert und in der Liturgie verwendet werden. Ein universelles Symbol der Vergänglichkeit ist die geflügelte Sanduhr, ein beliebtes Dekorationsmotiv der ältesten Matzewot auf dem Friedhof. Weltliche Symbole auf Grabsteinen beziehen sich meist auf die Berufe der Verstorbenen. Auf dem Grabstein des Arztes ist z. B. die Äskulapsschlange zu sehen (Abb. S. 564 unten); den Bergbauingenieur symbolisieren zwei gekreuzte Hämmer; den Musiker eine Lyra und den Soldaten ein Helm (Abb. S. 565 oben) usw.

Auf einem Grabstein ist sogar ein Relief mit der Darstellung eines bekannten Breslauer Bankhauses zu sehen (Abb. S. 565 unten).

All diese Symbole sind in erster Linie auf den Breslauer Grabmälern der aschkenasischen Juden zu finden, obwohl sie vereinzelt auch auf Grabsteinen sefardischer Juden erscheinen. Die gesamte, vielfältige Grabsymbolik ist für die im 19. Jahrhundert entstandenen Grabmäler typisch. Jüngere Grabsteine auf diesem Friedhof wurden schon im Geiste der universellen Kunstauffassung geschaffen und stehen weder mit einer bestimmten ethnischen Gruppe noch mit einer Konfession oder mit einem religiösen Ritus in besonderem Zusammenhang, wie es auf Friedhöfen im Osten der Fall war.

Die vermögenden jüdischen Bürger bestellten für ihre »Häuser der Ewigkeit« reichere und teurere Materialien, um durch die ausgesuchten Formen ihrer Grabdenkmäler die Zugehörigkeit zur Elite des preußischen Staates zu verdeutlichen. Das Bild des Breslauer Friedhofs veränderte sich jedoch rasch um die Jahrhundertwende, als es durch die Produkte großer mechanisierter Steinmetzbetriebe, die nicht an herkömmliche jüdische Grabsteine erinnerten, dominiert wurde. Es wurden die damals sogenannten »Möbel-Grabstätten« angelegt, die aus heutiger Sicht kein gutes Zeugnis vom Stilempfinden ihrer Stifter ablegen. Obwohl sich diese Arbeiten durch eine sorgfältige Ausführung auszeichneten, handelt es sich in der Hauptsache um wenig gelungene, weil ästhetisch fragwürdige Werke.

Dank der finanziellen Mittel entstanden dort, wo der ausführende Künstler gestalterische Freiheiten genoss, auch echte Kunstwerke. Die Schöpfer der meisten Grabmäler und Grabkapellen auf dem Friedhof an der Lohestraße waren Bildhauer und Steinmetzmeister der zahlreichen lokalen Werkstätten; seltener waren es Architekten. Zu den führenden Breslauer Steinmetzwerkstätten gehörten: E. Bial, G. Bungenstab, Künzel & Hiller (später Künzel & Völkel), K. Lewing, L. Niggel, W. Röhlmann, L. Seegall, R. Siegert, F. Vogel, J. Vogel und die auch außerhalb Schlesiens bekannte Firma der Familie Thust. Die Firma W. Thust wurde 1819 in Gnadenfrei (Piława Górna) gegründet und betrieb Niederlassungen in Breslau, Groß Kunzendorf (Ślawniowice) und Schreiberhau (Szklarska Poręba). Bis heute bietet sie Grabdenkmalkunst in ihrer Handelsvertretung am Alten Jüdischen Friedhof in Breslau an. Entwürfe für Grabmäler stammten auch von Architekten, unter anderem von Edwin Oppler (Grabmäler der Familien Heimann und Kolker), Georg Schneider (Grabmal der Familie Marck), Felix Henry (Grabmal der Familie Nicolaier), Stiassny (Grabdenkmal für H. Cohn; Abb. S. 566) sowie von den Brüdern Richard und Paul Ehrlich (Grabmäler der Familien Lasker, Abramczyk, Lippmann, L. Cohn). Unter den Schöpfern der Grabmale findet man auch schlesische Firmen aus weiter entfernten Regionen. Beachtenswert sind große Grabdenkmäler, die von den Berliner Firmen M. L. Schleicher und H. Damm sowie von F. A. Sperling aus Frankfurt (Oder), P. G. Weber aus Neusalz (Nowa Sól), von E. Wenzl und L. Rosenthal aus Brieg (Brzeg) oder von Chr. Eisenberg aus Strehlen (Strzelin) geschaffen wurden. Ein Teil der Grabmäler wurde von den Schöpfern signiert, die entweder anhand von Musterbüchern ihrer Werkstätten arbeiteten oder individuelle

Projekte realisierten, indem sie auf jegliche Nachahmungen und Ähnlichkeiten verzichteten. Ideen für neue Projekte schöpfte man auch aus Katalogen der Ausstellungen, die zur Popularisierung der Friedhofskunst veranstaltet wurden (Stettin 1911, Breslau 1913). Ein Beispiel dafür ist das Grabmal von Hedwig Czapski, das zum ersten Mal auf der Breslauer Ausstellung der Friedhofskunst 1913 präsentiert wurde. Zahlreiche Grabdenkmäler von hohem künstlerischem Wert auf den jüdischen Friedhöfen vieler europäischer Städte zeugen davon.

Die Vielfalt des für die Grabmäler verwendeten Baumaterials gibt einen Überblick über die in ganz Europa gewonnenen edlen Gesteine. Steinimporte aus verschiedenen Ländern zeugen vom Wohlstand der Breslauer Juden. Marmorgesteine wurden aus der Toskana (z. B. schneeweißer Carrara-Marmor) und Granite aus den skandinavischen Ländern (z. B. schwarzer Gabbro-Granit aus Schweden oder roter Granit aus Finnland) eingeführt; der blau schimmernde Labradorit stammte dagegen aus Wolhynien oder aus der Gegend um Kiew. Die wichtigste Materialquelle war aber das an edlen Gesteinen reiche Schlesien. Einheimische Marmore, die hinsichtlich ihrer Qualität den italienischen Marmoren nicht nachstanden, stammten aus der Gegend um Neisse und Habelschwerdt (Bystrzyca Kłodzka). Die Mehrzahl der Granite stammte dagegen aus den Gegenden von Bad Kudowa (Kudowa), Strehlen, Striegau (Strzegom) und Schreiberhau; Syenite kamen aus der Gegend von Frankenstein (Ząbkowice Śląskie), Gnadenfrei (Piława Górna – Kośmin) sowie aus Kynau (Zagórze Śląskie). Der für Hunderte von Matzewot verwendete Sandstein wurde am Rande des Glatzer Kessels, in der Nähe von Albendorf (Wambierzyce) und in Wünschelburg an der Heuscheuer (Radków); cremefarbiger Sandstein in der Nähe von Schlegel (Ślupiec); roter Sandstein in der Nähe von Bunzlau (Bolesławiec); goldfarbene Sandsteine in Sirgwitz (Żerkowice) und in Rothlach (Rakowice) gewonnen. Seltener kamen verschiedene Abarten von Gneis (Eulengebirge/Góry Sowie), Porphyry (Lomnitz/Łomnica, Bolkenhain/Bolków) und Travertin (Thüringen) zur Anwendung, da sie wegen ihrer dekorativen Eigenschaften häufiger für verschiedene Beläge und Epitaph tafeln genutzt wurden. Die Breslauer Nekropole stellt heute eine Sammlung von ungewöhnlichen Baumaterialien dar, die um die Wende zum 20. Jahrhundert verwendet wurden.

Das Pantheon der Breslauer Juden

Als Ruhestätte der um Breslau, Schlesien und Europa verdienten Männer und Frauen, die heute oft vergessen sind, besitzt die Nekropole an der Lohestraße einen hohen historischen Wert. Ein Spaziergang auf Friedhofsalleen, an denen berühmte Persönlichkeiten aus Bildung, Kultur, Politik und Wissenschaft bestattet wurden, kann ein ausgezeichnete Unterricht zur Stadtgeschichte sein. Da die Friedhofsbücher verschollen sind und ein Großteil der Grabinschriften fehlt, war die Identifizierung mancher hier bestatteter Personen nur anhand von Traueranzeigen in der Breslauer Presse möglich.

Ihre letzte Ruhestätte auf dem Breslauer Friedhof haben unter anderen folgende Persönlichkeiten gefunden: Ferdinand Lassalle (1825-1864), Begründer und Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sowie der ersten Arbeiterpartei in Deutschland (Abb. S. 567); Heinrich Graetz (1817-1891), Mitbegründer der modernen jüdischen Geschichtswissenschaft und Dozent am Breslauer Jüdisch-Theologischen Seminar Fraenkel'sche Stiftung (Abb. S. 568); Leopold Auerbach (1828-1897), weltberühmter Arzt; Ferdinand Julius Cohn (1828-1898), Botaniker (Abb. S. 569); Friederike Kempner (1836-1904), schlesische Schriftstellerin und Publizistin; Clara Sachs (1862-1921), Malerin.

Bei der Beschreibung der Breslauer Nekropole dürfen die Namen zahlreicher Pädagogen und Organisatoren des jüdischen Bildungswesens, die mit dem von Jonas Fraenckel gestifteten Jüdisch-Theologischen Seminar verbunden waren, nicht vergessen werden. Zu den bekanntesten Dozenten dieses Seminars gehörten: Zacharias Frankel (1801-1875), Heinrich Graetz (1817-1891), Manuel Joël (1826-1890), Ferdinand Rosenthal (1838-1921), Marcus Brann (1849-1920) und Jakob Guttman (1881-1919), von denen einige, wie z. B. Heinrich Graetz, auch als Professoren an der Breslauer Universität lehrten. Zu erwähnen ist noch die Fraenckel'sche-Stiftung, aus welcher sich das Seminar entwickelte, sowie die Namen ihrer hervorragenden Kuratoren: Joseph Prinz (1791-1865), Löbel Milch (1798-1864), Immanuel Levy (1820-1864) und Hugo Milch (1836-1909), die auf dem Friedhof an der Lohestraße bestattet sind.

Seine große Bedeutung in der Wirtschaftsgeschichte des damaligen Europas verdankt Breslau unter anderem den einheimischen Juden, die in der Industrie, im Handel und Bankwesen eine wichtige Rolle spielten. Grabstätten und Mausoleen von ihnen sind auf dem Breslauer Friedhof keine Seltenheit. Hier seien die Namen einiger bedeutender jüdischer Familien genannt: Alexander, Bielschowsky, Breslauer, Caro, Friedlaender, Heimann, Kauffmann, Kolker, Marck, Milch, Oschinsky, Pringsheim, Rawack, Schottländer (Abb. S. 570) und Wertheim.

Die monumental Grabdenkmäler sind wie Visitenkarten nicht nur des Bankgewerbes und der Industrie, sondern auch des Wohlfahrtswesens. Die Stiftungen, Stipendien, Spenden und Vermächtnisse bildeten damals ein gut entwickeltes karitatives System und eine wichtige Quelle für die Selbstfinanzierung der jüdischen Gemeinde.

Auf jedem Friedhof, so auch auf dem hiesigen, wurden zuweilen Bürger anderer Staaten bestattet. Neben hebräischen und deutschen Grabinschriften sind hier auch Grabsteine mit Inschriften in polnischer, russischer und englischer Sprache zu finden. Der multinationale Charakter des Friedhofs spiegelt die jüdische Diaspora (hebr. galut) wider. Bei den hier und da auftauchenden polnischen Namen entsteht der Eindruck, als handle es sich um Gräber von in der Fremde verstorbenen Migranten. Eine polnische Inschrift aus dem Jahre 1885 auf dem Grabstein von Paweł Muszkat, einem Warschauer Kaufmann (Abb. S. 571), ist ebenso überraschend wie die Grabinschriften polnischer Juden, in denen die polnischen Ostgebiete in deutscher Sprache als »Russisch-Polen« bezeichnet werden.

Immer wieder sind polnische Namen vermerkt, z. B. Słomowska, Tarnowski, Warszawski, Wieruszowski und Złotnicki, deren Klänge und Schreibweisen auf Gebiete deuten, aus denen Juden nach Breslau gelangten. Es handelt sich vorwiegend um Namen, die von einem regen Handelsverkehr zwischen heute polnischen Gebieten (der Staat Polen existierte damals nicht) und Breslau zeugen. Dieser Handelsverkehr führte auch zu Ehen zwischen jüdischen Familien aus Breslau mit welchen aus Warschau (Warszawa), Łódź, Posen (Poznań), Krakau (Kraków) und anderen Städten. Da nach der alten talmudischen Regel das Begräbnis sofort nach dem Tod (spätestens am nächsten Tag) stattfinden muss, sind auf dem Breslauer Friedhof Gräber von aus entfernten Regionen stammenden Juden keine Seltenheit, so z. B. aus Bonn, Danzig, Hamburg und Lübeck, aus dem marokkanischen Tanger, aus Boston oder Warschau. Auf diesem Friedhof ist z. B. ein Grab von Henryk Toeplitz, einem Warschauer Bürger, der als Direktor der Süd-West-Eisenbahn zu Geschäften nach Breslau gekommen war, zu finden. In den Grabinschriften sind Namen genannt, die damals oft in Handelsanzeigen verschiedensprachiger Zeitungen von ganz Europa auftauchten. Bei der Lektüre von Annoncen Breslauer Firmen, die 1840 in der *Gazeta Warszawska* veröffentlicht wurden, fallen beispielsweise folgende jüdische Namen auf: C. Fuchs (kaiserlich- und königlich-ungarischer sowie königlich rumänischer Lieferant von Leinwand und Wäsche, Ring 26), Gebrüder Littauer (Stoffe, Ring 20), Adolf Sachs (Pariser Neuheiten, Ohlauerstraße 5/6), Moritz Sachs (Modehaus, Ring 32), Schlesinger (Leinwand und Wäsche, Ring 8) und David Immerwahr. Das berühmte Modegeschäft von David Immerwahr war, ähnlich wie das Geschäft von Moritz Sachs, ein Treffpunkt für viele Polen.

Beim Spaziergang über diesen Friedhof, der eine Fläche von etwa fünf Hektar umfasst, fällt dem Besucher auf, dass auf den meisten der insgesamt etwa 12000 Grabsteine Inschriften fehlen. Zu lesen sind vor allem deutsche und hebräisch-jiddische Inschriften mit fremd und hart klingenden Namen sowie mit seltsamen Titeln, »Kgl. Oberbriefträger«, »Kgl. Lotterie Collecteur«, »Kgl. Polizei Stadt Physikus«, »Kgl. Justizrat und Notar«, »Kgl. Griechischer Konsul«, »Kgl. Geh. Kommerzienrat« oder »Kgl. Sanitätsrat«.

Sehr häufig kommt in den Grabinschriften das Wort »Rentier« vor, mit welchem Personen bezeichnet wurden, die von den Zinsen des verliehenen Kapitals sowie von den Erträgen ihrer Wertpapiere und Obligationen etc. lebten. Die Grabinschriften geben also nicht nur Aufschluss über die Verstorbenen selbst, sondern auch über die Zeit, in der sie lebten, wenn auch die in vielen Inschriften verwendeten Eulogien die Geschichte und Taten des Verstorbenen verfälschen.

Dank dem Engagement von Konservatoren und Museumsmitarbeitern bei der Rettung dieses Breslauer Denkmals jüdischer Kultur erinnern die Denkmäler an vergessene Schicksale voller Arbeit, Mühe und Glauben. So besteht heute ein Erinnerungsort an eine Gemeinschaft, die einen bedeutenden Beitrag zur Geschichte Polens geleistet hat.

Verdiente Persönlichkeiten, die auf dem Jüdischen Friedhof in Breslau
an der Lohestraße bestattet sind (1856-1942)

Die meisten der in den biografischen Notizen enthaltenen Informationen wurden mit den Angaben auf den Grabtafeln abgeglichen und so verifiziert. In der Auflistung sind auch Namen von Personen vertreten, deren Grabstätten bislang nicht aufgefunden werden konnten, bei denen aber die Literatur eindeutig auf eine Bestattung auf dem Breslauer Friedhof hinweist.

Das Verzeichnis umfasst sowohl die ältesten als auch die jüngsten Grabmäler sowie andere, die eine interessante Besonderheit der jüdischen Nekropole darstellen. Bei den Familiennamen und Namen wurde die ursprüngliche Schreibweise beibehalten. Mittelalterliche Grabplatten (12. bis 14. Jahrhundert) befinden sich an der Außenmauer Nr. 1; Gedenktafel für 450 Soldaten, die während des Ersten Weltkrieges gefallen sind, an der Außenmauer Nr. 2.

Isidor und Neander Alexander, Bankiers, Besitzer der Bank am Königsplatz 8 (heute pl. 1 Maja), des sogenannten Alexanderhauses (gegründet 1833). Auf einem der Familiengräber befindet sich ein Relief mit der Darstellung des Gebäudes, in dem sich ab 1866 die Bank befand. Nordmauer, Nr. 38

Sigismund Asch (1825-1901), bekannter Breslauer Arzt, genannt »alter Asch«; der wegen seiner Beteiligung am Völkerfrühling 1848 verhaftet wurde; Stadtverordneter in den Jahren 1863-1879; während des Krieges 1866 Leiter eines Lazarett; Held der Komödie »Doktor Klaus« von Adolph L'Arronge. Quartier Vb, Nr. 33

Leopold Auerbach (1828-1897), Arzt; Schüler von Jan Evangelista Purkyně; Professor für Biologie und Histologie an der Breslauer Universität; hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Erforschung des Zellenaufbaus, der von ihm entdeckte Teil des Nervensystems des Dünndarms heißt »Auerbach'scher Plexus«. Innenmauer II, Nr. 63

Benno Badt (1844-1909), Professor am Johannes-Gymnasium in Breslau; Absolvent des Breslauer Jüdisch-Theologischen Seminars; Autor einer »Kinderbibel«. Quartier XVb, Nr. 71

Oscar Berger (1844-1909), Professor für Neurologie an der Breslauer Universität; langjähriger Arzt im städtischen Armenhaus. Innenmauer II, Nr. 65

Adolf Bielschowsky (1833-1898), Eigentümer der namhaften schlesischen Firma der Mühlenindustrie »Sozietät der Grossen Mühle Bielschowsky & Co« (gegründet 1870), der nachmaligen »Bielschowsky-Weigert A.-G.«, zu welcher die Mühle »Maria« auf der Sandinsel gehörte. Quartier XVIIb, Nr. 77

Eduard Bielschowsky (1830-1906), Besitzer des 1865 gegründeten, renommierten Einrichtungshauses »Ed. Bielschowsky jr. GmbH« (Nikolaistraße 76) mit Bekleidung, Leinenwaren, Weißwaren, Teppichen, Möbeln und anderen Einrichtungsartikeln. Quartier Va, Nr. 32

Moritz Boden (1844-1916), Kürschnermeister und Gründer einer der ältesten Pelzfirmen Breslaus (gegründet 1869; Ring 36); ab 1914 Königlich Preussischer Kommissionsrat. Quartier XI, Nr. 44

Marcus Brann (1849-1920), Professor für Geschichte, Schüler und Nachfolger von Heinrich Graetz am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau; Autor von zahlreichen Arbeiten zur Geschichte der Juden in Schlesien. Quartier X, Nr. 52

Emanuel Breslauer (1826-1899), Besitzer einer Fabrik für Mäntel und Damenkonfektion sowie eines Warenhauses mit Bekleidungs- und Konfektionsartikeln (Ring 43 und 46). Innenmauer II, Nr. 74

Julius Bruck (1840-1902), Professor für Medizin, erster Dozent für Stomatologie an der Breslauer Universität (1871). Innenmauer II, Nr. 66

Moritz Isaak Caro (1792-1860), Gründer der Eisengroßhandlung »M. I. Caro & Sohn«. Bekannt unter anderem für seine wohltätigen Stiftungen, in Breslau finanzierte er die Errichtung eines Waisenhauses, eines Altersheimes und einer Versicherungsgesellschaft. Ostmauer, Nr. 9

Robert Caro (1819-1875), Sohn von Moritz Caro; Gründer einer Eisenhütte; Teilhaber an der Gleiwitzer Drahtfabrik, die seinem Schwager Heinrich Kern gehörte. Seine Söhne Oskar (1852-1931) und Georg (1849-1913) übernahmen die Hütte »Julia«, die der Familie Friedländer gehört hatte, sowie das Stahlwerk des Industriellen Hagenscheidt und schufen einen der größten Konzerne Deutschlands, die »Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb«. Oskars Sohn Robert II Caro (geb. 1885) war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Waggonfabrik (Linke-Hoffmann-Busch-Werke) in Breslau. Ostmauer, Nr. 9

Michael Ciwkin (1869-1899), Kaufmann aus Jekaterinburg; seine Grabinschrift ist in der »Graschdanka«, der reformierten kyrillischen Schrift, gehalten. Quartier XVa, Nr. 68

Ferdinand Julius Cohn (1828-1898), Professor für Botanik und mehrjähriger Direktor des Instituts für Pflanzenphysiologie in Breslau, bei Untersuchungen am Milzbrandbazillus sowie am Impfstoff gegen den Milzbrand arbeitete er mit Robert Koch zusammen. Ehrenbürger der Stadt Breslau; 1908 wurde im Südpark sein Standbild (ein Werk von Ilse Conrat) enthüllt. Quartier X, Nr. 50

Hermann Cohn (1838-1906), Professor für Augenheilkunde, »Augen-Cohn« genannt; bahnte den Weg für die Augenhygiene in Schulen; zu seinen Patienten gehörten unter anderem der Altertumsforscher Heinrich Schliemann und Franz Liszts Tochter Cosima Wagner. Vater des Schriftstellers Emil Ludwig (1881-1948), der durch seine biografischen Romane über große historische Persönlichkeiten bekannt wurde. Hermann Cohns Ehefrau Valeska war die Schwester des bekannten oberschlesischen Industriellen Fritz von Friedländer-Fuld. Quartier Vb, Nr. 35

Louis Cohn (1843-1903), Kaufmann und Besitzer des Kaufhauses Trautner (Ring 49); Vater des Historikers und Gymnasialprofessors Willy Cohn (1888-1941), dem Autor der postum edierten Tagebücher aus den Jahren 1907-1941. Innenmauer II, Nr. 69

Anselm Davidson (1804-1888), Arzt, Geburtshelfer, Sanitätsrat; Autor der Biografie des berühmten Breslauer Arztes Elias Henschel. Innenmauer I, Nr. 40

Immanuel Deutsch (1847-1913), Rabbiner in Sohrau (Żory) und Lissa (Leszno); Bibliothekar und Religionslehrer in Breslau. Quartier III, Nr. 14

Moritz Deutsch (1818-1892), bekannter Kantor der Breslauer Synagoge, diese Stelle hatte er fast 50 Jahre lang inne. Sein Sohn Felix Deutsch (1858-1928) war Industrieller und Vorsitzender im Aufsichtsrat des Konzerns AEG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft). Quartier X, Nr. 47

Daniel Fränkel (1821-1890), Rabbiner in Frankfurt (Oder), Rybnik und Breslau; Assistenzrabbiner des berühmten Rabbiners Gedalja Tiktin. Quartier IX, Nr. 58

Ernst Fränkel (1884-1921), Professor für Gynäkologie an der Breslauer Universität; Stadtrat und Ratsältester (1903-1919). Quartier XIII a, Nr. 60

Sigmund Fränkel (1855-1909), Professor für Orientalistik an der Breslauer Universität; hervorragender Kenner der arabischen Kultur. Quartier X, Nr. 55

Wilhelm Salomon Freund (1831-1915), Rechtsanwalt, 1884-1914 Vorsitzender der schlesischen Anwaltskammer; 1887-1915 Vorsteher der Breslauer Stadtverordnetenversammlung, Landtags- und Reichstagsabgeordneter; spielte eine bedeutende Rolle in der Breslauer jüdischen Gemeinde; Ehrenbürger der Stadt Breslau und Ehrendoktor der Breslauer Universität. Westmauer, Nr. 81

Isidor Friedenthal (1812-1886), Markus Bär Friedenthals jüngster Sohn; Königlicher Kommerzienrat und vereidigter Handelsrat; langjähriger Präsident der Breslauer Handelskammer; von 1863 bis zu seinem Tod Vorsitzender der Synagogengemeinde Breslau. Nordmauer, Nr. 3

Markus Bär (Mordechai) Friedenthal (1780-1859), hebräischer Schriftsteller und vermöglicher Kaufmann; Autor zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen zu theologisch-philosophischen Themen sowie zu Publikationen über das Leben der damaligen jüdischen Gemeinde in Breslau. Die meisten Arbeiten übersetzte er ins Deutsche. Ostmauer, Nr. 5

Louis Galewsky (1819-1895), Gründer einer Kornbrennerei und Likörfabrik (1844), die unter anderem das beliebte Getränk »Breslauer Dom« herstellte. Quartier III, Nr. 12

Emilie Geiger (1808-1860), Ehefrau des Rabbiners der Breslauer Gemeinde Abraham Geiger (1810-1874), eines führenden Vertreters der jüdischen Reformbewegung; Mutter von Ludwig Geiger, Literaturforscher und Herausgeber des Goethe-Jahrbuchs (1880-1913) sowie Begründer der *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* (1887-1892). Ostmauer, Nr. 13

Leo Geisenheimer (1847-1893), geb. in Köln; Direktor der Oberschlesischen Bergbauschule in Tarnowitz (Tarnowskie Góry). Quartier XIVa, Nr. 64

Joseph Gotthelf (1826-1904), Kaufmann und Philanthrop; Stifter wissenschaftlicher Stipendien für Juden aus den Provinzen Schlesien und Posen sowie eines Mietshauses für sozial schwache Familien. Innenmauer II, Nr. 83

Georg Gottstein (1868-1935), Arzt, Professor für Chirurgie; habilitierte sich bei dem renommierten Breslauer Chirurg Professor Johannes von Mikulicz-Radecki; leitete über viele Jahre das jüdische Krankenhaus in Breslau (heute Eisenbahn-Krankenhaus an der ul. Sudecka); zu seinen Assistenten gehörte unter anderem Dr. Siegmund Hadda; letzter Chefarzt im jüdischen Krankenhaus. Quartier II, Nr. 17

Jacob Gottstein (1832-1895), Arzt; außerordentlicher Professor für Laryngologie an der Breslauer Universität; Vater von Georg Gottstein. Quartier II, Nr. 17

Heinrich Graetz (1817-1891), Professor für Geschichte an der Breslauer Universität (ab 1869); Dozent am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau (ab 1854); Mitbegründer und Autor der ersten synthetischen *Geschichte der Juden. Von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart*, 1853-1875 (polnische Ausgabe *Historia Żydów*, 1929), und vieler anderer Geschichtsarbeiten sowie bibelkritischer Abhandlungen. Sein Sohn Leo Graetz (1856-1941) war Professor für Physik an der Universität München und Schöpfer der elektrischen Gleichrichterschaltung zur vollperiodischen Stromgleichrichtung (die sogenannte Graetz'sche Schaltung). Quartier X, Nr. 48

Karl Siegfried Günsburg (1788-1860), Doktor der Philosophie, Schriftsteller und Religionslehrer (bis 1819 am Reformtempel in Berlin). Ostmauer, Nr. 10

Jacob Guttman (1845-1919), Professor für Philosophie; Landesrabbiner in Hildesheim; ab 1892 Rabbiner der Breslauer Gemeinde; ab 1910 Vorsitzender des Allgemeinen Rabbinerverbandes in Deutschland; Autor von zahlreichen Publikationen zur Geschichte der jüdischen Religionsphilosophie; Ehemann von Beate Guttman, der langjährigen Vorsitzenden des Jüdischen Frauenverbandes. Quartier X, Nr. 54

Siegfried Haber (1841-1920), Kaufmann; 1876-1912 Stadtrat und Ratsältester; Mitglied der Breslauer Handelskammer; seine Familie spielte über hundert Jahre lang eine wichtige Rolle im Handel und im öffentlichen Leben der Stadt. Sein Sohn Fritz Haber (1868-1934) war ein hervorragender Chemiker und gewann 1918 den Nobelpreis für die Bearbeitung der technischen Ammoniaksynthese. Westmauer, Nr. 86

Julius Hainauer (1827-1897), Kaufmann; betrieb einen Handel mit Musikartikeln und gründete 1851 einen Musikverlag (Schweidnitzer Straße 52). Innenmauer II, Nr. 76

Heinrich Heimann (1821-1902), Sohn von Ernst Heimann (1798-1867), dem Begründer eines der ältesten Bankhäuser (1819) in Breslau (Ring 33/34); vereidigter Kommerzienrat und stellvertretender Präsident der Breslauer Handelskammer. Er brachte die Firma seines Vaters zur Blüte, indem er sich auf Versicherungen sowie auf den Woll- und Zinkhandel spezialisierte. Seine Firma arbeitete mit der Bank »Ruffer & Co« bei der Entwicklung der schlesischen Eisenbahnen zusammen. In Danzig eröffnete er eine Filiale seiner Bank. Eine von ihm gegründete Stiftung beteiligte sich an der Elektrifizierung der Breslauer Straßenbahnen. Westmauer, Nr. 82

Felix Hirschberg (1863-1929), Justizrat; ab 1909 Vertreter der konservativen Fraktion im Gemeindevorstand der Breslauer Gemeinde. Quartier XIII b, Nr. 61

Salo (1836-1897), Jonas (1830-1888) und Georg (1868-1935) Hirschel, die Nachfahren einer aus Krakau stammenden Rabbinerfamilie; ihr Breslauer Urahn Moses Hirschel verbreitete die Ideen der Aufklärung und setzte sich für die Lehre der polnischen Sprache an der ersten jüdischen Reformschule Breslaus (Wilhelmschule, 1791) ein. Innenmauer II, Nr. 62

David Honigmann (1821-1885), Doktor der Rechtswissenschaften und Schriftsteller; Mitbegründer des 1969 gegründeten Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes; Generalsekretär der Oberschlesischen Eisenbahn und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Posen-Kreuzburger Eisenbahn. Sein Enkel, Dr. Hans

Honigmann, war Direktor des Breslauer Zoologischen Gartens. Quartier VII, Nr. 29

Saul Horovitz (1858-1921), Rabbiner; Absolvent des Breslauer Jüdisch-Theologischen Seminars und später selber dort als Dozent tätig; Autor von zahlreichen wissenschaftlichen Abhandlungen. Quartier X, Nr. 53

Jesaias Horwitz (1826-1893), Doktor der Medizin, machte sich im Kampf gegen die Choleraepidemie 1866 verdient; Ehrenmitglied der Jüdischen Heilanstalt und der Jüdischen Begräbnisgesellschaft. Quartier XI, Nr. 42

Philipp Immerwahr (1839-1908), Sohn von David Immerwahr; Professor für Chemie an der Technischen Hochschule in Zürich; Vater von Clara Immerwahr (1870-1915), Ehefrau des Nobelpreisträgers Fritz Haber. Quartier X, Nr. 46

David Joel (1815-1882), geb. in Hohensalza (Inowrocław); Doktor der Philosophie, Schüler des Rabbiners Akiba Eger in Posen; Rabbiner in Schwersenz (Swarzędz) und Krotoschin (Krotoszyn); zuletzt Dozent am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau. Quartier I, Nr. 22

Julius Kauffmann (1829-1890), Sohn von Meyer Kauffmann; Königlicher Kommerzienrat; Mitinhaber der Firma. Vater von Toni Neisser, der Ehefrau des bekannten Dermatologen Professor Albert Neisser. Ostmauer, Nr. 4

Max Kauffmann (1855-1893), Mitinhaber der Firma Meyer Kauffmann, leitete die Breslauer Baumwollspinnerei (Ohlauer Stadtgraben 2); Grabdenkmal als maurisches Mausoleum. Nordmauer, Nr. 78

Meyer Kauffmann (1796-1871), Textilindustrieller; seine erste Fabrik gründete er in Jauer (Jawor); 1824 zog die Fabrik nach Schweidnitz um; 1841 wurde eine Filiale in Breslau eröffnet. Die Erzeugnisse seiner Firma wurden regelmäßig auf den Messen in Breslau und Frankfurt (Oder) ausgestellt. 1852 führte er in seinen Werken in Tannhausen (Jedlinka) bei Waldenburg erste mechanische Webstühle ein. 1888 fusionierte seine Fabrik mit der Weberei der Berliner Firma »N. Reichenheim & Sohn«, einer der modernsten in Preußen. Ostmauer, Nr. 4

Salomon Kauffmann (1824-1900), ältester Sohn Meyer Kauffmanns; im Jahr 1839 begann er als Lehrling in der Firma seines Vaters, später übernahm er die Firma und führte sie zur Blüte; über vierzig Jahre stellvertretender Vorsitzender der Breslauer Handelskammer und langjähriger Vorsitzender des Breslauer Orchestervereins. In seinem Haus empfing er berühmte Künstler; persönliche Bekanntschaften mit Franz Liszt, Richard Wagner und Johannes Brahms. Sein Enkel Hans Schäfer wurde 1918 Generaldirektor der Firma »Meyer Kauffmann Textil-Werke A.-G.«. Ostmauer, Nr. 4

Max Kayser (1853-1888), sozialdemokratischer Politiker; Redakteur; von 1878 bis 1887 Abgeordneter des Reichstags. Quartier VII, Nr. 30

David Kempner (1823-1895), Bruder der Schriftstellerin Friederike Kempner; Landgutsbesitzer; 18 Jahre lang Mitglied der Stadtverordnetenversammlung; Gründer des »Bezirksvereins Ohlauer Vorstadt«. Südmauer, Nr. 21

Emanuel Kempner (1826-1900), Weinhändler; Vater des bekannten Literatur- und Theaterkritikers Alfred Kerr-Kempner (1867-1948). Quartier XVb, Nr. 70

Friederike Kempner (1828-1904), geb. in Opatów; Schriftstellerin und Dichterin; sie interessierte sich auch für soziale Fragen, unter anderem setzte sie sich für die Gefängnisreform, die Verbesserung der Sozialfürsorge, die allgemeine Bildung sowie für Bürgerrechte und die Abschaffung der Vivisektion ein; ihre Popularität verdankte sie nicht zuletzt der unfreiwilligen Komik ihrer Verse: sie wurde als »schlesischer Schwan« oder »jüdische Nachtigall« betitelt. Südmauer, Nr. 21

Hugo (1845-1915) und Bruno (Lebensdaten unbekannt) Kolker, Kaufleute; Besitzer einer Ölraffinerie, einer Maschinenfettfabrik sowie eines Großhandelslagers für Chemikalien und Fette am Königsplatz 3a (pl. 1 Maja); Sammler und Kunstkennner. Innenmauer II, Nr. 84

Selma Kretschmer (1864-12. September 1942), letzte Bestattung auf dem jüdischen Friedhof. Quartier XIX, Nr. 37

Heymann Lassal (1791-1862), eigentlich Chajim Wolfssohn, Vater Ferdinand Lassalles; stammte aus dem Städtchen Loslau (Oberschlesien), das auch bei der Wahl des Familiennamens Pate stand; erstes jüdisches Mitglied der Breslauer Stadtverordnetenversammlung (1841). Ostmauer, Nr. 18

Rosalie Lassal (1797-1879), geb. Heizfeld, Mutter von Ferdinand Lassalle. Ostmauer, Nr. 18

Ferdinand Lassalle (1825-1864), Schriftsteller und sozialistischer Politiker, Gründer und führender Ideologe der ersten Arbeiterpartei Deutschlands. Er wurde am 13. April 1825 (und nicht am 11. April 1825, wie auf dem 1959 aufgestellten Grabstein irrtümlich angegeben) in Breslau am Rossmarkt (heute pl. Bohaterów Getta) geboren; besuchte das Breslauer Magdalenen-Gymnasium und anschließend die Handelsschule in Leipzig; nach dem Abitur am Matthias-Gymnasium (1843) studierte er an der Breslauer Universität. Nach einem Jahr wechselte er für zwei Semester an die Universität Berlin. 1845 kehrte er nach Breslau zurück und setzte hier sein Studium fort. 1848 nahm er an der Revolution teil und unterhielt enge Kontakte zu Karl Marx, Friedrich Engels und Wilhelm Wolff.

Ab 1862 versuchte er in Auseinandersetzung mit den Liberalen seine eigenen politischen Konzepte zu realisieren. Am 23. Mai 1863 gründete er in Leipzig die erste deutsche Arbeiterpartei, den »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein«, deren erster Vorsitzender er wurde. Seine politische Tätigkeit kam jedoch durch seinen unerwarteten Tod jäh zum Ende. In einem Duell um eine Frau, das am 27. August 1864 bei Genf stattfand, wurde er von dem rumänischen Aristokraten Janko von Rakowitz verwundet. Er starb am 31. August 1864 im Alter von nur 39 Jahren im Genfer Hotel »Victoria« und wurde im Familiengrab auf dem jüdischen Friedhof in Breslau begraben. Ostmauer, Nr. 18

Leser Lazarus (1822-1879), geb. in Wieleń (Provinz Posen), Bruder des Philosophen Moritz Lazarus; Schüler der Rabbiner Akiba und Salomon Eger in Posen; 25 Jahre lang Rabbiner in Prenzlau; von 1875 bis 1879 Direktor des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau. Quartier XIII, Nr. 25

Abraham Moritz Levy (1817-1872), Professor für Geschichte und Altertumsforscher, spezialisierte sich auf Epigrafik, Autor der *Geschichte der jüdischen Münzen*; seine *Biblische Geschichte* erreichte eine Gesamtauflagenhöhe von 94 000 Exemplaren; zu seinen Schülern gehörten der Parlamentarier Eduard Lasker und der Literaturwissenschaftler Ludwig Geiger. Quartier III, Nr. 8

Albert (1828-1886) und Eugen (1858-1912) Marck, Bankiers, Mitinhaber des alten Breslauer Bankhauses »Prinz & Marck Jr.«, das später von einer Diskontgesellschaft übernommen wurde. Quartier II, Nr. 16

Ludwig Marcuse (1878-1940), letzter Oberinspektor des jüdischen Friedhofs in Breslau. Quartier XVb, Nr. 73

Hugo Milch (1836-1909), Doktor der Rechtswissenschaft, Sohn von Löbel Milch; Rechtsanwalt und Direktor der Schlesischen Kreditanstalt für die Landwirtschaft; 14 Jahre lang Vorsitzender der jüdischen Gemeinde; Kurator der Fraenckel'schen Stiftung. Westmauer, Nr. 80

Löbel Milch (1798-1864), erster Kurator der Fraenckel'schen Stiftung, die sozialkulturelle Aktivitäten der Breslauer jüdischen Gemeinde förderte; Mitglied des Gemeindevorstands. Ostmauer, Nr. 19

Paweł Muszkat (1834-1885), ein in Breslau tätiger Warschauer Getreidehändler; auf seinem Grabstein befindet sich die Inschrift in polnischer Sprache: »Hier ruhen die Gebeine von Paweł Muszkat seligen Andenkens«. Quartier VIII, Nr. 24

Moritz Neisser (1820-1896), Doktor, geheimer Sanitätsrat. Vater Albert Neissers (1855-1916), Dermatologe und Professor an der Breslauer Universität. Die Villa des Ehepaars Albert und Toni Neisser im Scheitniger Park (»Haus Albert und

Toni Neisser«) entwickelte sich zum gesellschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt Breslaus. Aus dem Vermächtnis des Ehepaars von 1920 wurde die Villa in eine Abteilung des Breslauer Kunstmuseums umgestaltet, in der die bürgerliche Wohnkultur der Jahrhundertwende, darunter prächtige Exemplare des frühen Jugendstils, präsentiert wurde. Quartier XVa, Nr. 72

Pinchas Neustadt (1823-1902), geb. in Borek (Provinz Posen), Rabbiner; Gründer der privaten Synagoge in Breslau, der sogenannten »Pinchas Schul«, sowie einer Schule, die er bis zu seinem Tode leitete; Träger des Preußischen Königlichen Kronenordens. Quartier Vb, Nr. 36

Salomon Nissen (1804-1872), Kenner der jüdischen Literatur, Autor einer dokumentarischen Beschreibung der Grabsteine auf dem ältesten jüdischen Friedhof in Breslau. Quartier VIII, Nr. 26

Paula Ollendorf (1860-1938), führende Persönlichkeit in der sozialen Fürsorge für die jüdische Gemeinde; nach 1918 Stadtverordnete der Deutschen Demokratischen Partei und Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde; gründete ein Haus für uneheliche Kinder und eine Schule für Hauswirtschaft; langjährige Leiterin des Kinderhauses des jüdischen Frauenbundes; verstorben in Jerusalem, wovon die Inschrift berichtet. Westmauer, Nr. 85

Heymann Oppenheim (Lebensdaten unbekannt), das Familiengrab der Oppenheims ist das älteste auf dem Breslauer Friedhof (1856). Ostmauer, Nr. 6

Felix Priebatsch (1867-1926), geb. in Ostrowo (Ostrów Wielkopolski), Doktor der Geschichte, Buchhändler und Verleger; Absolvent des Magdalenen-Gymnasiums; Mitarbeiter seines Vaters im Verlag; Autor zahlreicher Arbeiten, unter anderem zur Geschichte Schlesiens. Quartier Vb, Nr. 34

Leopold Priebatsch (1834-1903), Gründer der Priebatsch-Verlagsbuchhandlung (1861) an der Reuschestraße, ab 1876 am Ring 58. Quartier Vb, Nr. 34

Fedor Pringsheim (1828-1910), Bankier; Leiter des Schlesischen Bankvereins und später der Deutschen Bank in Breslau; Mitbegründer und Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Industriebetriebe; Stadtrat und Ratsältester von 1892 bis 1907. Nordmauer, Nr. 39

Prinz Joseph (1791-1865), Bankier, Kurator der Fraenckel'schen Stiftung; Ritter des Roten Adler-Ordens. Quartier III, Nr. 7

Jacob Rosanes (1842-1922), Professor für Mathematik und bekannter Schachspieler; einziger jüdischer Rektor der Breslauer Universität (1903/04). Quartier XVa, Nr. 67

Ferdinand Rosenthal (1887-1921), Rabbiner der Breslauer jüdischen Gemeinde; Dozent am Jüdisch-Theologischen Seminar. Quartier X, Nr. 51

David Rosin (1823-1894), Absolvent des Breslauer Elisabeth-Gymnasiums (1846); Dozent am Jüdisch-Theologischen Seminar; Autor zahlreicher religiöser Abhandlungen. Quartier X, Nr. 49

Clara Sachs (1862-1921), Malerin, Vertreterin des Breslauer Impressionismus (Landschaften und Blumen); ihr Haus im Scheitniger Park (Jagdschlösschen des Fürsten Hohenlohe-Ingelfingen) war bis zum Ersten Weltkrieg ein Versammlungsort für die Breslauer Kulturelite. Innenmauer II, Nr. 75

Eduard Sachs (1834-1925), Ältester der Breslauer jüdischen Gemeinde; über 30 Jahre lang Leiter der Israelitischen Kranken-Verpflegungs-Anstalt zu Breslau und Vorsitzender der Begräbnisgesellschaft; Gründer zahlreicher Wohlfahrts-einrichtungen, unter anderem des »Hauses der langen Krankheit« (1912) an der Menzelstraße (ul. Sztabowa). Quartier XI, Nr. 45

David Samosch (1790-1864), hebräischer Dichter, Autor des Biblischen Dramas »Pilegesch be-Giv'ah« (1818) sowie des Gedichtbandes »Resise ha-Melitzah« (1820); übersetzte Jugendbücher ins Hebräische. Quartier III, Nr. 11

Julius Schottländer (1835-1911), Rittergutsbesitzer in Hartlieb (Partynice); erster und einziger jüdischer Majoratsherr in Deutschland; gemeinsam mit seiner Frau Anna (geb. Galewsky) gründete er die sogenannte Schottländer-Stiftung, unter deren Patronat die Betreuungsanstalt an der Kirschallee (al. Wiśniowa) entstand; Stifter des Südparks in Krietern (Krzyki). Innenmauer I, Nr. 56

Loebel Schottländer (1802-1880), Vater von Julius und Salo Schottländer; als Kürschner kam er aus Münsterberg nach Breslau; gehörte zu den vermögendsten Grundbesitzern Schlesiens. Innenmauer I, Nr. 56

Paul Schottländer (1870-1938), Sohn von Julius Schottländer; Doktor der Philosophie; Mitbegründer und bis 1933 Vorsitzender des Breslauer Universitätsbundes; Ehrensensator der Breslauer Universität. Innenmauer I, Nr. 56

Salo Schottländer (1844-1920), Publizist und Verleger; griechischer Konsul in der Provinz Schlesien. Vater von Leo Rudolph Schottländer (1880-1959), Schweizer Komponist und Dirigent. Innenmauer I, Nr. 56

Löbel Seegal (1841-1876), Bildhauer und Steinmetzmeister; Schöpfer zahlreicher skulpturartiger Grabdenkmäler auf Friedhöfen in Breslau und Berlin. Quartier VIII, Nr. 27

Bernhard Selten (1824-1893), Königlicher Kommerzienrat, Stifter des Bezirkskrankenhauses in Lublinitz (Lubliniec) in Oberschlesien; Schwager von Friederike Kempner. Innenmauer II, Nr. 79

Israel Silberstein (1794-1877), Veteran der Befreiungskriege (1813-1815), kämpfte im Lützowschen Freikorps. Quartier VI, Nr. 31

Abraham B. Spiro (1833-1903), Kantor der Breslauer Synagoge zum Weißen Storch. Vater des Malers Eugen Spiro (1874-1972), Mitglied der »Münchener Sezession« und Präsident der Berliner »Alten Sezession«. Quartier IX, Nr. 59

Auguste Stein (1849-1936), geb. Courant. Mutter von Edith Stein (1891-1942), die seit 1987 als selige und seit 1998 als heilige Schwester Teresa Benedicta vom Kreuz bekannt ist; nach Abschluss des Philosophiestudiums begann sie ihre wissenschaftliche Karriere als Assistentin des berühmten Phänomenologen Edmund Husserl in Göttingen. 1922 ließ sie sich katholisch taufen und trat 1933 dem Konvent der unbeschuhten Karmeliterinnen bei, ohne ihre wissenschaftliche und schriftstellerische Tätigkeit aufzugeben. Sie wurde im Kloster Echt (Holland) von den Nationalsozialisten verhaftet und in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert, wo sie 1942 ermordet wurde; ihre zahlreichen philosophischen und religiösen Arbeiten werden weltweit veröffentlicht. Quartier VII, Nr. 28

Siegfried Stein (1844-1897), Vater von Edith Stein. Quartier XI, Nr. 43

Löbel Stern (1819-1856), im Beisein des Rabbiners Abraham Geiger als erster Verstorbener am 17. November 1856 auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt. Quartier I, Nr. 20

Georg Sternberg (1889-1917), Leutnant des 36. Feldartillerieregiments, gefallen im Kampf bei Lens. Quartier VIII, Nr. 23

Gedalja Tiktin (1810-1886), Rabbiner der Breslauer Gemeinde, Sohn von Rabbiner Salomon Tiktin und Enkel von Rabbiner Abraham Tiktin; seit 1854 erster Königlicher Landrabbiner in Schlesien. Quartier II, Nr. 15

Heinrich Toeplitz (1822-1891), Sohn von Teodor Toeplitz und Franziska Oesterreicher; Kaufmann und Bürger der Stadt Warschau; Eigentümer des Warenhauses »Franziska Toeplitz und Erben«; Gründer der Handelsbank und der Kompanie der Zuckerfabriken in Warschau; Handelsdirektor der Süd-West-Eisenbahn; Gründer der Gesellschaft zur Unterstützung verarmter Künstler; Freund und Mäzen des polnischen Komponisten Stanisław Moniuszko. Quartier IX, Nr. 57

Benedict Zuckermann (1818-1891), Dozent am Jüdisch-Theologischen Rabbiner-Seminar; ab 1857 Leiter der Seminarbibliothek. Quartier XI, Nr. 41

VI Nach der Katastrophe – Juden in Schlesien seit 1945

Das neue jüdische Leben in Polen – Juden in Niederschlesien nach 1945

Die Problematik der jüdischen Geschichte in Polen vom Mittelalter bis in die Moderne, mit einem Schwerpunkt auf dem 20. Jahrhundert, gehört zu den führenden Themen der zeitgenössischen polnischen Historiografie. Nach 1989 erreichte diese Forschung, die auf wachsendes gesellschaftliches Interesse traf, ihren Höhepunkt. Ein Teil der polnischen Bevölkerung zeigte sich fasziniert von der jüdischen Kultur und ihren Verbindungen mit der polnischen Kultur. Beliebt sind jüdische Musik und Literatur aus verschiedenen Epochen. Es entstanden Filme und Ausstellungsprojekte, allen voran das Konzept für ein Museum der Geschichte der polnischen Juden, das am 28. Oktober 2014 eröffnet werden soll.¹

In der historischen Forschung der letzten Jahrzehnte richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf das 20. Jahrhundert, besonders auf den Zeitraum nach 1939. In den 1990er-Jahren wurde die Forschung zu polnisch-jüdischen Beziehungen während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach intensiviert. Historiker beschäftigten sich nun mit Themen wie den Anzeichen eines polnischen Antisemitismus oder der Beteiligung von Juden an der kommunistischen Bewegung.² Die Probleme in den polnisch-jüdischen Beziehungen wurden jedoch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht aufgrund der Publikationen polnischer Historiker zum Gegenstand einer außerordentlich lebendigen, weitläufigen und langwierigen öffentlichen Debatte, sondern durch ein kleines Buch von Jan Tomasz Gross. Dieser 1968 aus Polen emigrierte Soziologe und Historiker, Professor an der Princeton University (USA), veröffentlichte im Jahr 2000 sein kurzes Werk mit dem Titel *Nachbarn*.³ Das Buch hat die Ermordung der jüdischen Einwohner des Städtchens Jedwabne (in der Gegend von Łomża, im Osten des heutigen Polens) durch ihre polnischen Nachbarn im Sommer 1941 zum Thema. Die Vorwürfe, die Gross erhebt, bestehen in dem freiwilligen Mitwirken von Polen am Holocaust als eine Folge des Antisemitismus der Vorkriegszeit und der Absicht, jüdischen Besitz zu rauben. Dies sowie das langjährige Schweigen der Forschung zu diesem Thema initiierten eine heftige Diskussion. Bereits in den 1980er-Jahren waren in unabhängigen intellektuellen Kreisen diese Fragen gestellt worden. Sie bezogen sich auf die polnische

- 1 Museum of the History of Polish Jews, <http://www.jewishmuseum.org.pl/en> [24.1.2013]. Siehe auch Gabriele Lesser, Das Museum der Geschichte der polnischen Juden, in: Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte 11 (2013), S. 185-197.
- 2 Krystyna Kersten, Polacy, Żydzi, komunizm: Anatomia półprawd 1939-1968, Warszawa 1992.
- 3 Jan Tomasz Gross, Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka, Sejny 2000 (dt. Ausg.: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001).

Reaktion im Hinblick auf die Ermordung der Juden, die Tätigkeit der Schmalzowniks und die antisemitische Kampagne von 1968.⁴ Die Debatte über Gross' Buch führte zu einer Verbreitung des Wissens über das Pogrom von Jedwabne sowie zu diversen Bekundungen von Bedauern, aber auch zu heftigen, bis heute andauernden negativen Reaktionen, die zu Spaltungen und Konflikten in der Gesellschaft führten. Ein Teil der Polen wies die Behauptungen einer polnischen Schuld zurück und hielt Gross' Buch für eine Lüge. Sie warfen ihm vor, auf den guten Namen Polens als Opfertation des Nationalsozialismus zu zielen. Genauso wurden seine darauffolgenden Arbeiten beurteilt, die die Verfolgung der Juden und die Aneignung ihres Besitzes nach dem Krieg durch Polen thematisieren.⁵ Deutlich wurde hier der Einfluss der früheren kommunistischen Propaganda, die die jüdischen Kriegssopfer marginalisiert hatte. Auschwitz war für sie vor allem ein Ort polnischen Martyriums, polnisch-jüdische Beziehungen wurden zu einem Tabuthema (sowohl der polnische Antisemitismus als auch das Engagement von Juden für den polnischen Kommunismus). Ging es jedoch um innerparteiliche Machtspiele, konnte sich die Propagandasprache gelegentlich geschickt antisemitischer Terminologien bedienen. Gross' Gegner blieben mit ihren Argumenten ohne Einfluss auf die Ergebnisse der gründlichen, vom Institut für Nationales Gedenken durchgeführten Untersuchungen, die in zwei umfangreichen Bänden veröffentlicht wurden.⁶

In der Argumentation des rechten Milieus sind historische Probleme mit den Problemen gegenwärtiger Politik verschmolzen. Man begann, wichtige, aber auch sehr schmerzhaft und komplizierte historische Fakten im Kontext einer recht eigenwillig ausgelegten polnischen Staatsräson zu prüfen. Dabei erhob man den Vorwurf, dass die unrühmlichen Ereignisse, die durch stetig neue Informationen über den Umgang von Polen mit Juden, aber auch mit Deutschen und Ukrainern, zutage traten, den Nationalstolz (was immer man dafür hielt) und das Einheitsgefühl untergraben würden. Dies schwäche das Polentum und Polens nationale Stellung. Es wurde sogar von einer antipolnischen Verschwö-

4 Den Beginn der Diskussion markierte der berühmte Essay von Jan Błóński, *Biedni Polacy patrzą na getto*, in: *Tygodnik Powszechny* 2 (1987), <http://web.archive.org/web/20090214142306/http://tygodnik.onet.pl/30,0,21303,2,artykul.html> [3.1.2014].

5 Die Reaktionen auf Gross' Bücher sind in verschiedenen Verlagen publiziert worden: Edmund Dmitrów/Paweł Machcewicz/Tomasz Szarota, *Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941. Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker*, Osnabrück 2004; Antony Polonsky/Joanna B. Michlic (Hrsg.), *The Neighbors Respond. The Controversy over the Jedwabne Massacre in Poland*, Princeton 2004; Robert Jankowski (Hrsg.), *Jedwabne. Spór historyków wokół książki Jana T. Grossa »Śąsiedzi«*, Warszawa 2002; *Wokół strachu*. Dyskusja o książce Jana T. Grossa. Wybór i układ tekstów Mariusz Gądek, Kraków 2008; Robert Jankowski (Hrsg.), *Cena »Strachu«. Gross w oczach historyków. Wybór publikacji*, Warszawa 2008; *Wokół »Złoty ch zniw«*. Debata o książce Jana Tomasza Grossa i Inreny Grudzińskiej-Gross. Wybór i układ tekstów Daniel Lis, Kraków 2011.

6 Paweł Machcewicz/Krzysztof Persak (Hrsg.), *Wokół Jedwabnego*, Bd. 1-2, Warszawa 2002.

rung gesprochen. Immer wieder wurde nach den verschiedensten Rechtfertigungen für die Täter der Verfolgungen gesucht oder nach versteckten, fremden Rädelsführern dieser Ereignisse (Deutsche, Russen, Kommunisten ...).

Gegner solcher Standpunkte, die sich für einen sogenannten kritischen Patriotismus aussprachen, zeigten hingegen, wie wertvoll eine ehrliche und gründliche öffentliche Diskussion über die Geschichte für die weitere Entwicklung sowohl der bürgerlichen Gesellschaft als auch der Demokratie in Polen sei. Sie glaubten, die Zeit sei reif, um endlich jene historischen Mythen zu zerstören, die in Zeiten der Unterdrückung eine verteidigende Funktion erfüllt hätten. Die Diskussion beweise die Fähigkeit zu eigenständiger und kritischer Reflexion. Obwohl sie Gross' Arbeitsfehler, voreilige Verallgemeinerungen oder eine allzu populärwissenschaftliche Erzählweise vorhielten, erkannten sie die Bedeutung der von ihm hervorgehobenen Ereignisse. Der Fall Jedwabne trug zu intensiven historischen Forschungen sowie zur Publikation einer Reihe von neuen Arbeiten bei, die ein sehr hohes sachliches Niveau aufweisen.⁷

Heute ist nun mehr über die tragischen polnisch-jüdischen Verflechtungen im 20. Jahrhundert, aber auch über den Zustand der polnischen Gesellschaft während des Zweiten Weltkrieges und der kommunistischen Epoche, bekannt.⁸ Einige Stimmen forderten darüber hinaus, sich nicht nur auf die negativen Fakten der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu konzentrieren, sondern auch daran zu erinnern, dass Polen über viele Jahrhunderte hinweg das Zuhause einer zahlreichen jüdischen Bevölkerung war. Hier habe ihr religiöses und kulturelles, gesellschaftliches und politisches Leben geblüht und die Kontakte zwischen Polen und Juden sowie die Assimilierung der jüdischen Intelligenz in die polnische Kultur hätten diese bis ins 20. Jahrhundert bereichert.

Diese vielseitige Welt jüdischen Lebens in Polen wurde während des Zweiten Weltkrieges infolge des nationalsozialistischen Genozids vernichtet.⁹ Von 3,5 Millionen polnischen Juden überlebten nur wenige den Krieg. Schätzungen sprechen meist von etwa 240 000 bis 250 000 Menschen. Nur ein Teil von ihnen

7 Unter anderem in Bezug auf die Kriegsjahre: Barbara Engelking, *Jest taki piękny, słoneczny dzień: Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942-1945*, Warszawa 2011; Jan Grabowski, *Ja tego Żyda znam! Szantażowanie Żydów w Warszawie 1939-1943*, Warszawa 2004; ders., *Judenjagd. Polowanie na Żydów. Studium dziejów pewnego powiatu*, Warszawa 2011; Andrzej Żbikowski (Hrsg.), *Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką 1939-1945. Studia i materiały*, Warszawa 2006; Adam Sitarek/Michał Trębacz/Ewa Wiatr (Hrsg.), *Zagłada Żydów na polskiej prowincji, Łódź 2012*.

8 Vor Kurzem erschien ein Überblick zur Lage und Atmosphäre in der polnischen Gesellschaft während der ersten Nachkriegsjahre: Marcin Zaremba, *Wielka Trwoga. Polska 1944-1947. Ludowa reakcja na kryzys*, Kraków 2012.

9 Trotz der Tatsache, dass Vertreter der eroberten Nationen in verschiedenem Umfang an der nationalsozialistischen Vernichtung der europäischen Juden beteiligt waren, bleibt doch die Rolle der Deutschen als Hauptverantwortliche und Täter unangefochten. Daher ist es für Polen eine besonders verletzend und traurige Angelegenheit, wenn in westlichen Medien gelegentlich Bezeichnungen wie »polnische Konzentrationslager« für Auschwitz und Majdanek genutzt werden.

überlebte auf der »arischen Seite«, hauptsächlich dank der Hilfe von Polen, die ihr eigenes und das Leben ihrer Familien riskierten.¹⁰ Paradoxaerweise überstand beinahe die Hälfte der Überlebenden den Krieg nur deshalb, weil sie Opfer der Repressionen im östlichen, 1939 von der UdSSR besetzten Teil Polens wurden. Die sowjetischen Machthaber ließen aus diesem Gebiet mindestens 100 000 Juden, Bürger der Zweiten Polnischen Republik, ins Innere ihres Territoriums deportieren (oder verhaften) und in Arbeitslager bringen.¹¹ Insgesamt gab es wohl etwa eine halbe Million Repressionsopfer. Damit lag der Anteil der jüdischen Deportierten erheblich über dem der übrigen Deportierten. Andererseits reiste ein erheblicher Teil polnischer Juden freiwillig, auf der Suche nach Arbeit, ins Innere der UdSSR aus.¹² Obwohl die Polen Zeugen dieser Deportationen von Juden waren, verstärkte sich doch das Stereotyp von der »Żydokomuna« (dt. Judäo-Kommune), das sich schon vor dem Krieg eingebürgert hatte. Dazu beigetragen hatte gleichfalls die Beteiligung eines Teils der jüdischen Bevölkerung an der Schaffung einer kommunistischen Regierung in den von der UdSSR besetzten Gebieten in den Jahren 1939 bis 1941. Obwohl der Kommunismus die jüdische Kultur und Religion zerstörte, feindlich gegenüber nationalen Tendenzen eingestellt war, wie etwa dem Zionismus und jeglichen anderen, nichtkommunistischen politischen Strömungen unter den Juden, und obwohl er jüdisches Eigentum verstaatlicht hatte, wurden Juden *en bloc* als Anhänger der UdSSR angesehen und damit als Feinde eines unabhängigen Polens.¹³ Denn der Kommunismus betonte den Internationalismus und die Gleichheit aller Bürger, unabhängig von ihrer Nationalität, verurteilte Antisemitismus (auch wenn er ihn manchmal benutzte) und nationale Diskriminierung und bot Juden – unter der Bedingung der ideologischen Akzeptanz – ihnen bisher verwehrt gesellschaftliche und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Wenn die Juden diese Möglichkeiten nutzten, wurde dies jedoch durch das nichtjüdische Umfeld als eine Privilegierung der Juden im kommunistischen System und als Beweis der jüdischen Illoyalität gegenüber dem polnischen Volk gedeutet; ja geradezu als

10 Mateusz Szpytma, *The Risk of Survival. The Rescue of the Jews by the Poles and the Tragic Consequences for the Ulma Family from Markowa*, Warszawa 2009; Aleksandra Namysło (Hrsg.), »Kto w takich czasach Żydów przechowuje?...« *Polacy niosący pomoc ludności żydowskiej w okresie okupacji niemieckiej*, Warszawa 2009.

11 Stanisław Ciesielski/Grzegorz Hryciuk/Aleksander Srebrakowski, *Masowe deportacje ludności w ZSRR*, Toruń 2003, S. 228f.; siehe auch Feliks Tych (Hrsg.), *Widziałem anioła śmierci. Losy deportowanych Żydów polskich w latach II wojny światowej*, Warszawa 2006.

12 Schätzungen gehen von 90 000 Menschen aus. Diese Art von Migration fand unter Polen überhaupt nicht statt, siehe Grzegorz Berendt, *Straty osobowe polskich Żydów w okresie II wojny światowej*, in: Wojciech Materski/Tomasz Szarota (Hrsg.), *Polska 1939-1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami*, Warszawa 2009, S. 62-75, hier S. 65.

13 Marek Wierzbicki, *Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II RP pod okupacją sowiecką (1939-1941)*, Warszawa 2001, S. 164-190.

Verrat angesehen. Diese Einschätzungen wirkten sich auch auf das Schicksal des polnischen Judentums nach dem Krieg aus.

Für die überlebenden Juden war Polen nach dem Krieg also vor allem ein riesiger Friedhof, und die Schatten der Verstorbenen, die Erinnerung an gesehene und erlebte Grausamkeiten und Verluste bewirkten, dass die Entscheidung, hier ein neues Leben aufzubauen, nicht selbstverständlich war. Offenkundig war zudem der Unwille, ja sogar der Hass, den ein Teil der Polen den Resten der jüdischen Diaspora, ihren ehemaligen Nachbarn, die doch überlebt hatten, entgegenbrachte. Die Gefühle waren für die Letzteren unverständlich, schrecklich und gefährlich. Sie entmutigten, sich für eine weitere Existenz in Polen zu entscheiden. Die Überlebenden suchten Sicherheit und Hilfe, Mitgefühl, die Möglichkeit ein Zuhause und Arbeit zu finden. Danach sehnten sich auch Millionen Polen, doch schuf dies keineswegs eine polnisch-jüdische Gemeinschaft. Zentralpolen wurde für Juden zu einem gefährlichen Gebiet.¹⁴ Banditen konnten eine Gefahr sein, aber auch Soldaten des antikommunistischen Untergrunds sowie normale Bürger. Es kam zu Überfällen und Morden, verbalen und tätlichen Angriffen. Obendrein war Polen in hohem Maße zerstört und teilweise überbevölkert.

Im September 1944 unterzeichnete die neue kommunistische Regierung Polens mit der UdSSR Verträge über die Umsiedlung von Polen und Juden aus den an die UdSSR abgegebenen Gebiete und schloss im Juli 1945 eine Abmachung über die Repatriierung der tief in die Sowjetunion Verbannten. Diese Verträge sollten die Ankunft von Hunderttausenden Menschen mit Transporten aus dem Osten ermöglichen.¹⁵ Erwartet wurden zudem Rückkehrer aus dem Westen: Zwangsarbeiter, Häftlinge und Kriegsgefangene, demobilisierte Soldaten und Flüchtlinge des Herbstes 1939. Für viele von ihnen, darunter auch Juden, sollten die von Stalin versprochenen deutschen Ostgebiete, darunter Niederschlesien, zu einem neuen Wohnort werden. Zu Beginn des Frühjahrs 1945 begann dort der Aufbauprozess einer polnischen Administration und die Vorbereitungen für eine polnische Ansiedlung. Es war die Zeit gewaltiger Veränderungen: riesige Migrationen, Konfrontationen – nicht selten gewalttätiger Art – zwischen Menschen verschiedener Nationen, der Vernichtung einer antikommunistischen Opposition, zudem Raubüberfälle von unvorstellbarer Anzahl, aber auch des Wiederaufbaus, von Schulgründungen, der Wiederaufnahme der Produktion, der Rückkehr zum sogenannten normalen Leben. Das Antlitz dieser Epoche prägte die Enteignung und Massenvertreibung bisheriger Bewohner sowie die Beseitigung ihrer Spuren, aber auch die Entstehung neuer Gemeinschaften, die Kriegswunden zu heilen hofften, und die Rückkehr zu

14 Siehe Feliks Tych/Monika Adamczyk-Grabowska, *Następstwa zagłady Żydów*. Polska 1944-2010, Lublin 2011.

15 Siehe Krystyna Kersten, *Repatriacja ludności polskiej po II wojnie światowej*, Wrocław 1974; Stanisław Ciesielski (Hrsg.), *Umsiedlung der Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Polen in den Jahren 1944-1947*. Ausgewählte Dokumente, Marburg 2006.

einer durch den Krieg zerstörten, friedlichen Existenz. Die mehrere Zehntausend Mitglieder zählende Gemeinschaft polnischer Juden sollte sich einige Jahre lang durch eine besondere Dynamik auszeichnen, deren neues Zuhause die niederschlesischen Städte und Städtchen wurden, allen voran Breslau (Wrocław).

Juden in Niederschlesien nach 1945: der Forschungsstand

Das Phänomen, das die Diaspora polnischer Juden in Niederschlesien darstellte, zog die Aufmerksamkeit der Forscher in der Volksrepublik Polen auf sich. Erste Darstellungen entstanden bereits Ende der 1940er-Jahre.¹⁶ In den 1960er-Jahren wurden diesem Thema eine Reihe von Untersuchungen gewidmet, die teilweise veröffentlicht wurden, meist in regionalen Verlagen. Zu den aktivsten Wissenschaftlern gehörten Szyja Bronsztejn, Arnold Goldsztajn und Kazimierz Pudło.¹⁷ Das Thema fand sich in ausführlichen und allgemein der Nachkriegsgeschichte der Juden gewidmeten Arbeiten wieder, oder aber in solchen zum Thema Migration.¹⁸ Sie behandelten unterschiedliche Fragen im Zusammenhang mit jüdischen Ansiedlungen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen. Die Autoren mussten mit eingeschränktem Zugang zum Archivmaterial und Druck seitens der Zensur rechnen. So stellten einige von ihnen nach dem politischen Umbruch von 1989/90 neue, vollständigere Darstellungen ihrer

16 Irena Nowakowska, *Analiza więzi społecznej ludności żydowskiej w Polsce powojennej*, Warszawa 1947; Herman Parnas, *Spółdzielczość żydowska na Ziemiach Odzyskanych. Charakterystyka ekonomiczna*, in: *Solidarność* 7/8 (1948); Jakub Egit, *Państwowy Urząd Repatriacyjny w latach 1945-1948 na Dolnym Śląsku*, Wrocław 1948.

17 Samuel Bat, *Ludność żydowska na Dolnym Śląsku*, in: *Rocznik Wrocławski* 5 (1962); Szyja Bronsztejn, *Badania ankietowe ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku*, T. 1, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historii* 47/48 (1963); dies., *Badania ankietowe ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku*, T. 2, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historii* 51 (1969); Arnold Goldsztej, *Problem żydowski w pierwszych latach Dolnego Śląska*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 17 (1962) 2a, S. 169-172; ders., *Ludność żydowska Dolnego Śląska 1945-1948*, unv. Diss., Uniwersytet Wrocławski, Wrocław 1968; ders., *Powstanie skupiska ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku w latach 1945-1947*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 22 (1967) 1-2, S. 191-202; Kazimierz M. Pudło, *Życie kulturalne dolnośląskiego skupiska żydowskiego (1945-1985)*, in: *Kultura dolnośląska* 3/4 (1985); ders., *Zarys życia zbiorowego ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku (1950-1989)*, in: *Sprawy narodowościowe* 3 (1989); ders., *Wybrane problemy z procesu przemian w środowisku ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku (1945-1968)*, in: *Rocznik Dolnośląski* 9 (1988).

18 Siehe unter anderem Jan Czerniakiewicz, *Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944-1948*, Warszawa 1987; Michał Grynberg, *Żydowska spółdzielczość pracy w Polsce w latach 1945-1949*, Warszawa 1986; Irena Hurwic-Nowakowska, *Przeobrażenia społeczne ludności żydowskiej w Polsce powojennej*, Warszawa 1965; Mikołaj Latuch, *Repatriacja ludności polskiej w latach 1955-1960 na tle zewnętrznych ruchów wędrownych*, Warszawa 1961; Bernard Mark, *Odrodzenie osiedla żydowskiego w PRL*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 51 (1964).

langjährigen Forschungsarbeit vor.¹⁹ Bald erschienen neue Arbeiten, basierend auf umfangreichen Archivrecherchen, Presseinformationen, Erinnerungen und Berichten. Hier sind die Arbeiten von Bożena Szaynok sowie Ewa Waszkiewicz hervorzuheben. Bożena Szaynok, Autorin der ersten Monografie über das Pogrom von Kielce im Jahr 1946, verfasste eine ausführliche Übersicht über jüdische Ansiedlungen in Niederschlesien während ihrer Blütezeit in den Jahren 1945 bis 1950.²⁰ Ewa Waszkiewicz beschäftigte sich in ihren seit den 1990er-Jahren veröffentlichten Arbeiten mit den Problemen jüdischer Kommunisten in der niederschlesischen Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, PPR) sowie der Geschichte der jüdischen Religion in Niederschlesien bis 1968.²¹ Die Forschung zur Nachkriegszeit ist gegenwärtig eine der stärksten Strömungen in der historischen Forschung zu Juden in Schlesien.²² Diese Thematik findet sich auch in der Forschung zur politischen Nachkriegsgeschichte der Region wieder.²³ Wichtiger Ort sowohl der Forschung als auch der Didaktik ist das seit 1993 bestehende Institut der Jüdischen Kultur und Sprache der Universität Wrocław, das mit Zentren und Wissenschaftlern zusammenarbeitet, die sich mit der Geschichte und Kultur der jüdischen Bevölkerung befassen, darunter mit ihrer schlesischen Diaspora.²⁴

- 19 Siehe unter anderem Szyja Bronsztejn, *Z dziejów ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku po II wojnie światowej*, Wrocław 1993; Arnold Goldsztajn, *Produktywizacja ludności żydowskiej w latach 1945-1948*, Wrocław 1991; Kazimierz M. Pudło, *Wybrane problemy z organizacji życia zbiorowego ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku (1950-1967)*, Wrocław 1991.
- 20 Bożena Szaynok, *Ludność żydowska na Dolnym Śląsku 1945-1950*, Wrocław 2000.
- 21 Ewa Waszkiewicz, *Kongregacja Wyznania Mojżeszowego na Dolnym Śląsku na tle polityki wyznaniowej Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej 1945-1968*, Wrocław 1999; dies., *Program i działalność polityczna Frakcji Żydowskiej Polskiej Partii Robotniczej we Wrocławiu w latach 1945-1948*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 49 (1994) 3-4, S. 299-310; dies., *Powstanie, rozwój i zanik skupiska Żydów na Dolnym Śląsku (1945-1968)*, in: dies. (Hrsg.), *Współcześni Żydzi – Polska i diaspora: wybrane zagadnienia*, Wrocław 2007, S. 13-69.
- 22 Siehe unter anderem Leszek Ziátkowski, *Między niemożliwym a koniecznym: reformy państwa pruskiego w końcu XVIII i na początku XIX wieku a proces równouprawnienia Żydów ze szczególnym uwzględnieniem sytuacji na Śląsku*, Wrocław 2007; dies., *Dzieje Żydów we Wrocławiu*, Wrocław 2000; dies., *Żydzi w Jaworze*, Jawor 2010; Marcin Wodziński, *Hebrajskie inskrypcje na Śląsku XIII-XVIII*, Wrocław 1996.
- 23 Waldemar Sęczyk, *Obraz Marca '68 na Dolnym Śląsku w prasie lokalnej*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 56 (2001) 3, S. 87-98; Włodzimierz Suleja, *Dolnośląski marzec '68*, Wrocław 2006.
- 24 Eines der Ergebnisse ist das Buch von Marcin Wodziński/Janusza Spyra (Hrsg.), *Jews in Silesia*, Cracow 2001.

Juden als Teil der Bevölkerungsmigration in Niederschlesien

Die nationalsozialistischen Verfolgungen nach 1933 führten zur Vernichtung der jüdischen Gemeinschaften in Schlesien, samt der einst drittgrößten jüdischen Gemeinde Deutschlands in Breslau. In der Hauptstadt der Region überlebten bis zu ihrer Belagerung nur etwa 200 bis 300 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder aus Mischehen. Es wird geschätzt, dass etwa zweitausend jüdische Schlesier gemeinsam mit ihren nichtjüdischen Familienmitgliedern das Kriegsende erlebten. Obwohl sie bis zum Äußersten verfolgte Opfer des Nationalsozialismus waren, war ihre Situation nach der Besetzung dieser Gebiete durch die Rote Armee und später nach ihrer Übernahme durch die polnische Verwaltung nicht einfach. Häufig wurden sie nicht von Deutschen unterschieden, ihren Erzählungen von der Verfolgung wurde kein Glauben geschenkt. Die Entscheidung der polnischen Zentralorgane – des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung –, ihnen einen besonderen Status zu verleihen, wurde infrage gestellt. Die von den wenigen verbliebenen deutschen Juden gegründeten Komitees wurden missachtet und bald beseitigt oder durch polnische Juden übernommen. Aufgrund ihrer Sozialisation in der deutschen Kultur, ihres Andersseins, das sie von der herbeiströmenden polnisch-jüdischen Bevölkerung unterschied, wurden sie meist als Deutsche behandelt, besonders jene aus gemischten Familien. Die letzten niederschlesischen Juden erfuhren daher nicht selten eine schlechte Behandlung und wurden Opfer von Überfällen. So wanderten sie ab dem Sommer 1945 in den Westen aus, theoretisch freiwillig, oder man siedelte sie zusammen mit den Deutschen aus. Fehlende Empathie bewiesen nicht nur Russen oder Polen. Auch polnische Juden, die während des Krieges Gefangene im KZ Groß-Rosen und seinen Außenlagern gewesen waren und nach der Befreiung in diesem Gebiet blieben, zeigten meist keine Anteilnahme mit ihrem eigenen Volk. Schreckliche Kriegserlebnisse, gesundheitliche Schäden, die unsichere Zukunft, das alles bewirkte, dass jeder Einzelne sich mit seinem eigenen Schicksal beschäftigte. »Es entwickelte sich keine jüdische Schicksalsgemeinschaft«, wie Helga Hirsch schreibt, die mit einigen Zeitzeugen gesprochen hat.²⁵ Polnische Juden übernahmen zwar einen Teil des materiellen Erbes der früheren, deutschen jüdischen Gemeinden, z. B. den Gebäudekomplex in der Włodkowica-Straße in Breslau oder in Reichenbach (Dzierżoniów), doch die jüdische Diaspora in Schlesien und ihr Werk wurden für lange Zeit zu einem vergessenen Kapitel der Geschichte. Denn die Reaktivierung jüdischen Lebens in Niederschlesien war nicht mit der Tradition der ehemals deutschen Juden verbunden, sondern mit dem Erbe der jüdischen Minderheit in Polen.

Polnische Juden, zumeist aus den Konzentrationslagern befreite Häftlinge, können zu den sogenannten Pionieren gezählt werden, also den ersten polnischen Siedlern neben ehemaligen Zwangsarbeitern und polnischen KZ-Häftlingen in

25 Helga Hirsch, *Gehen oder bleiben. Juden in Schlesien und Pommern 1945-1957*, Göttingen 2011, S. 40.

Schlesien. Sowjetische Soldaten befreiten in Niederschlesien etwa 15 000 Juden aus unterschiedlichen Ländern, darunter, nach Schätzungen von Historikern, etwa 5500 bis 7000 polnische Staatsbürger (Statistiken dieser Anfangszeit sind nicht unbedingt glaubwürdig).²⁶ Ein Teil dieser Juden zog nach Zentralpolen, ein Teil emigrierte. Die verbleibenden paar Tausend wurden systematisch durch herbeiströmende Überlebende aus anderen Regionen Polens unterstützt, die aufgrund einer feindlichen Umgebung nicht in ihrer ursprünglichen Heimat bleiben konnten oder es aufgrund von schmerzlichen Erinnerungen nicht wollten. Niederschlesien erschien ihnen – ähnlich wie den nach und nach ankommenden Polen – als ein guter Ort für den Neuanfang. Zum großen Teil war das Gebiet unzerstört, vor allem im Süden. Es verfügte über zahlreiche deutsche Landgüter, die hinsichtlich der vorhandenen Infrastruktur und dem Lebensstandard höher standen als polnische Landgüter. Es handelte sich zwar um den »wilden Westen«, der Angst einflößte, weil hier zu Beginn Gesetzlosigkeit herrschte, der neue Grenzverlauf ungewiss war und hier noch Millionen Deutsche lebten. Oftmals war jedoch die Situation auf polnischem Gebiet, besonders für Juden, noch schlechter. Das gleiche Schicksal sowie die gemeinsame Herkunft und Kultur bewirkten einen Zusammenhalt unter den Menschen. In diesen unsicheren Zeiten suchten sie instinktiv nach Halt und Sicherheit in der Gemeinschaft. Diese Aspekte lagen neben anderen der Entstehung der ersten jüdischen Ansiedlungen in Niederschlesien zugrunde.

Jüdische Funktionäre bemerkten diese Haltung schon zu Beginn und schöpften daraus Inspirationen für die Schaffung eines Konzepts für jüdische Ansiedlungen in der Region. Dieses Konzept wurde zu einem wesentlichen Element bei der Übernahme der Gebiete durch Polen. Auf diese Weise sollten nicht nur die Bedürfnisse der erschöpften und verarmten im Land verbliebenen polnischen Juden erfüllt werden, sondern auch eine Übereinstimmung mit dem politischen Plan der Rückkehr der »Ziemie Odzyskane« (dt. Wiedergewonnene Gebiete) ins polnische Vaterland hergestellt werden. Das Zentralkomitee der Juden in Polen (Centralny Komitet Żydów Polskich, CKŻP) entstand aus dem im Juli 1944 durch die quasi kommunistische Regierung des Polnischen Komitees zur Nationalen Befreiung einberufenen Referats zur Unterstützung der Jüdischen Bevölkerung (Referat ds. Pomocy Ludności Żydowskiej). Das CKŻP verfasste ein Konzept über die jüdische Ansiedlung und präsentierte es in einer Sonderdenkschrift im Juni 1945. Darin wurde geschätzt, dass mit Unterstützung seitens der Verwaltungsbehörden in Schlesien etwa 20 000 Juden angesiedelt werden könnten. Dazu zählten auch die aus dem Westen herbeiströmenden Menschen, mit denen eine gewünschte Veränderung in der Bevölkerungsstruktur der Juden erreicht werden sollte. Das Ziel wurde »Produktivierung« genannt und damit war eine Eingliederung gemeint, die eine Änderung der Berufsstruktur der Juden hin zu einer höheren Produktivität sowie die Ausübung nicht oder wenig vorhandener Berufe bedeutete. Juden sollten Produzenten, am besten Arbeiter,

26 Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 26.

und als solche Teil des großen von den Kommunisten geplanten Umbauprozesses der polnischen Gesellschaft werden. Es sollte daher Juden »bei der Aneignung von ehemals deutschem Besitz [geholfen werden] und bei der Organisation von Lebensmittel- und Arbeitsgenossenschaften [...] [sie] mit Rohstoffen versorgt werden [...]. Juden, die über die entsprechenden Qualifikationen verfügen, sollten entsprechende Stellen in der staatlichen und kommunalen Verwaltung erhalten [...] den Juden [geholfen werden] sich auf dem Land anzusiedeln.«²⁷

Diese Forderungen wurden dem Ministerium für Öffentliche Verwaltung übermittelt. Es stimmten jene jüdischen Funktionäre dafür, darunter jüdische Kommunisten der Fraktion Polnische Arbeiterpartei, deren Standpunkt es war, die Juden von einer Emigration aus Polen abzuhalten. Auch Mitglieder des Organisationskomitees der Polnischen Juden in Moskau, das mit dem Bund Polnischer Patrioten in der UdSSR zusammenarbeitete (einer 1943 durch Stalin zur Steuerung der polnischen Verbannten geschaffenen Organisation), reagierten sehr positiv auf den Vorschlag einer solcher Ansiedlung und erklärten die Absicht, zu »Pionieren des Polnischen Staatswesens« in den neuen Gebieten zu werden. Die Leiter des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung und des Staatlichen Repatriierungsamtes, die für die große Ansiedlungsaktion im Westen verantwortlich waren, akzeptierten den Vorschlag zur Bildung jüdischer Zentren. Auf diesem Weg wurden sie Teil des nationalen Programms zur Übernahme, Besiedlung und Eingliederung der »Ziemie Odzyskane«. Die polnischen Juden zeigten hier eine Aktivität und Begeisterung, die in dieser Zeit – im Sommer 1945 – vielen Polen fremd und unverständlich war, darunter jene, die ihre Heimat im Osten überstürzt verlassen mussten.

Die jüdischen Ansiedlungen entwickelten sich jedoch bis zum Beginn der Massenübersiedlungen aus dem Westen eher langsam. Im September 1945 lebten wohl etwa 10 000 Juden in Niederschlesien, im Januar 1946 etwa 18 000. Ein Hindernis stellte dabei das Problem dar, Wohnungen und Arbeit zu finden. Dieses Problem löste sich nach dem Beginn der Massenvertreibung der Deutschen aus Niederschlesien Ende Februar 1946.

Zum jüdischen Hauptzentrum wurde Reichenbach (Rychbach), gelegentlich das niederschlesische Jerusalem genannt oder in Bezug auf den deutschen und ersten polnischen Namen nach dem Krieg – eher ablehnend: Żydbach oder Judenbach. In dieser Zeit trafen die Transporte mit Übersiedlern und Repatrianten aus dem Westen ein, doch die jüdische Ansiedlung bildete die Spitze in diesem Ansiedlungsprozess. Monatlich strömten mehrere Tausend oder gar Zehntausend Juden in die Region. Im Laufe des Jahres 1946 kamen 85 000 repatriierte Juden an.²⁸ Probleme bei ihrer zügigen Verteilung führten zur Übersiedlung von über 20 000 von ihnen nach Stettin (Szczecin). So wurde Westpommern schnell zum zweiten jüdischen Ballungsgebiet nach Niederschlesien.

27 Memoriał Wydziału Produktywizacji CKŻP z 23.6.1945, in: Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 20.

28 Bronsztejn, *Z dziejów ludności*, S. 12.

Im Juli 1946 bewohnten Juden mindestens 43 niederschlesische Orte. Zum Jahresende wurde die größte Anzahl von Juden in Reichenbach (16 000 Menschen), Breslau (15 000 Menschen) und Waldenburg (Wałbrzych, 10 000 Menschen) verzeichnet. In Orten wie Liegnitz (Legnica), Schweidnitz (Świdnica) und Glatz (Kłodzko) lebten jeweils etwa 2 000 bis 3 000 Juden. Sie stellten somit einen bedeutenden Teil der neuen Bevölkerung dieser Orte dar. Im Sommer 1946 war ohne Zweifel der zahlenmäßige Höhepunkt der Juden in Niederschlesien erreicht. Ihre Anzahl könnte sich auf beinahe 100 000 belaufen haben (registriert wurden 82 000). Jenes Jahr war aber ebenfalls eine Zeit intensiver jüdischer Migration. Sie dauerte seit dem Kriegsende an und ihr lagen private Motive zugrunde (das

Die Synagoge in Reichenbach (Dzierżonów), 1946

Unvermögen, in Polen inmitten zerstörter Landschaften und persönlicher Verluste zu leben; der Drang nach einem neuen Anfang in einer neuen Umgebung) oder andere Überlegungen, wie der Wunsch, nach Palästina oder in die USA zu emigrieren. Aber auch die Flucht vor Antisemitismus oder die Abneigung gegenüber dem Kommunismus zählten dazu. Nach dem Pogrom von Kielce, infolgedessen im Juni 1946 über 40 Menschen ums Leben kamen, brach unter polnischen Juden eine wahre Ausreisepanik aus. Zu einzelnen antisemitischen Vorgängen kam es auch in Niederschlesien, wo es bisher in dieser Hinsicht eher ruhig gewesen war. Auslöser war – neben altbekannten Gründen – die wachsende Rivalität um ehemals deutsche Güter zwischen gleichwertigen Siedlergruppierungen.

Organisatorische Hilfe zu legalen und illegalen Ausreisen der jüdischen Bevölkerung leisteten verschiedene zionistische Organisationen, für die der Wiederaufbau jüdischen Lebens in Polen nicht zu den entscheidenden Zielen zählte. Besonders aktiv war die sogenannte Bricha, ein Netzwerk illegaler Ausreisearbeiters aus Polen. Es wurde offiziell ausgereist, aber auch über die »grüne Grenze« und sogar mit falschen Papieren gemeinsam mit Deutschen.²⁹ Ein Teil der Repatrianten aus der UdSSR machte sich nahezu unmittelbar im Anschluss an den sowjetischen Transport auf die weitere Reise. Die Ausreisestimmung übertrug sich auf solche, die ursprünglich Polen nicht hatten verlassen wollen;

29 Spuren dessen hat Helga Hirsch entdeckt und beschrieben, siehe Hirsch, *Gehen oder bleiben*, S. 106–108.

Jüdische Repatrianten aus dem Gebiet der Sowjetunion in Breslau, 1946

sie entschieden sich aus Angst vor Vereinsamung dafür. Für die Ausreise waren aber nicht nur Befürchtungen und Angst entscheidend, sondern auch ideologische Aspekte, z. B. der Wille, für einen jüdischen Staat in Palästina zu kämpfen (Schulung von Freiwilligen für die Hagana in einem Lager in Bolków). Trotz der Anstrengungen der Jüdischen Komitees und jüdischer Kommunisten wurde die jüdische Diaspora in Niederschlesien rasch kleiner. Intern gewannen, wenn auch nicht ganz selbstständig, die Zionisten bei dieser jüdischen Rivalität, die, so fasste es Jakub Egit, Vorsitzender des Woiwodschafts Komitees der Juden (WKŻ) zusammen, den Aufbau eines »Standortes in Palästina aus den Trümmern des jüdischen Lebens in Polen«³⁰ wählten.

Im Herbst 1946 bewohnten etwa 60 000 Juden Niederschlesien. Zu Beginn des Jahres 1947 hielten sich hier nur noch etwa 50 000 Juden auf.³¹ Bei einem Großteil von ihnen, etwa 30 000, handelte es sich um Männer. Kinder unter 14 Jahren gab es etwa 10 000. Mitte des Jahres 1949 wurden 43 000 Personen im Verzeichnis des CKŻP erfasst. Die Emigration hatte der neu gebildeten niederschlesischen Diaspora einen ersten Schlag versetzt. Die Anzahl an Ballungsräumen verringerte sich ebenfalls, denn die Verbleibenden siedelten in größere Städte über. Allen voran zählte nun Breslau 12 200 Juden, Waldenburg

30 Zit. nach Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 101 f.

31 Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 102 f.

7200 und erst an dritter Stelle Reichenbach 5600 Juden.³² Es existierten also weiterhin starke Zentren jüdischen Lebens. Der jüdischen Gemeinschaft war es jedoch nicht bestimmt – wie sich auf längere Sicht herausstellte –, neue Stabilität und Entwicklungsvoraussetzungen zu finden. Polnische Juden fanden sich, ähnlich wie der Rest der Gesellschaft Ende der 1940er-Jahre, in stalinistischen Verhältnissen wieder, unter deren Herrschaft differenzierte politische, wirtschaftliche und sogar kulturelle Aktivitäten unmöglich waren. Darüber hinaus war eine wirtschaftliche Unabhängigkeit ausgeschlossen, denn der Staat strebte die Kontrolle über alle Lebensbereiche an, zerstörte das private Unternehmertum und Handwerk und eignete sich Genossenschaften an, die nach dem Krieg unter den Juden besonders beliebt waren. Die Entstehung des Staates Israel im Mai 1948, dem Moskau und seine Verbündeten anfänglich ihre Unterstützung zusprachen, verbesserte die Lage der polnischen Juden nur für kurze Zeit. Eine plötzliche Änderung der außen- und innenpolitischen Linie des Kremls, und der damit verbundene Kampf gegen »nationalistische Abweichungen«,³³ darunter der Zionismus, führten erneut zu Attacken auf Juden. Man war bestrebt, sich illoyaler Zionisten zu entledigen.

Im September 1949 wurde der Öffentlichkeit die Entscheidung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) bekannt gegeben, nach der es die Möglichkeit gab, die israelische Staatsbürgerschaft zu wählen und infolgedessen aus Polen auszuwandern. Doch war man bestrebt, die Auswanderung auf »Zionisten, Kleriker und private Initiativen«³⁴ sowie alte Menschen zu beschränken, dagegen Arbeiter, technisches Personal, die geistige Elite sowie Mischfamilien von der Ausreise abzuhalten. Ausreiseanträge stellten jedoch Juden aus unterschiedlichen Gruppen. Als Grund wurde die Absicht angegeben, sich mit außerhalb Polens aufhaltenden Verwandten zu vereinen. In der Woiwodschaft Wrocław beantragten etwa 16 000 Juden die Ausreise, was ca. 30 bis 40 Prozent der jüdischen Bevölkerung in den größten Städten der Region ausmachte.³⁵ Infolge der Emigration in den Jahren 1945 bis 1951 waren in der niederschlesischen Bevölkerung nur noch 30 000 bis 32 000 Menschen jüdischer Herkunft. Viele von ihnen dachten noch über eine Emigration nach und stellten in den nächsten Jahren, allerdings erfolglos, individuelle Ausreiseanträge. In den neuen politischen Verhältnissen und bei bedeutend reduzierter Anzahl verlor, wie Bożena Szaynok es treffend beschreibt, »die niederschlesische Siedlung ihren besonderen Charakter und

32 Ebd., S. 194.

33 Zu den Bedingungen der polnischen Politik gegenüber Israel und deren Einfluss auf die Lage polnischer Juden siehe auch Bożena Szaynok, *Z historią i Moskwa w tle. Polska a Izrael 1944-1968*, Warszawa 2007 (engl. Ausg.: *Poland-Israel 1944-1968: In the Shadow of the Past and of the Soviet Union*, übers. v. Dominika Ferens, Warszawa 2012).

34 Dariusz Stola, *Kraj bez wyjścia. Migracje z Polski 1949-1989*, Warszawa 2010, S. 60.

35 Hirsch, *Gehen oder bleiben*, S. 197.

wurde nunmehr nur zu einem weiteren Gebiet der Umsetzung sozialistischer Vorhaben«³⁶.

Zu intensiven Migrationsbewegungen kam es in Polen erneut in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre. Neben Polen und Deutschen waren auch Juden daran beteiligt, wobei vor allem Vertreter von Minderheiten Polen verließen und dagegen Polen – oft nach jahrzehntelangem Aufenthalt im Ausland – zurückkehrten. Ähnlich wie unmittelbar nach dem Krieg wies die Migrationsrichtung sowohl nach Osten als auch nach Westen, wobei es sich bei der Migration nach Westen nicht nur um Ein-, sondern auch um Ausreisen handelte. Aus der Sowjetunion hingegen reisten die Migranten ausschließlich in die Volksrepublik Polen.³⁷ Diese Migrationsbewegung, die Hunderttausende Menschen betraf, war in den Jahren von 1956 bis 1959 am intensivsten. Die Voraussetzung dafür schuf zweifelsohne das post-stalinistische »Tauwetter«. Offiziell erklärte man die Migration meist mit dem menschlichen Wunsch nach Familienzusammenführung, obwohl ihre Gründe viel weiter reichten. Im Fall der aus Polen Auswandernden war meist der Wunsch ausschlaggebend, sich der eigenen Volksgruppe anzuschließen, sowie der Wille, die im armen Polen oft sehr einfachen Lebensverhältnisse der Familie zu verbessern. Für Juden aber lag die Ursache in der erneuten Verschärfung anti-semitischer Ressentiments. Hochgestellte Parteifunktionäre jüdischer Herkunft, aber auch jüdische Funktionäre des Sicherheits- und Armeeparats, wurden für die Verbrechen des Stalinismus verantwortlich gemacht. Die Rede war nun von der vermeintlichen überproportionalen Repräsentation von Vertretern der jüdischen Minderheit in leitenden Positionen sowie ihrer Unterstützung des Kommunismus. Es kam zu verbalen Attacken, sogar zu tätlichen Übergriffen und Arbeitsentlassungen. Den Vertretungen jüdischer Organisationen wurden die Fenster eingeschlagen. Im Herbst 1956 kam es zu einem Pogromversuch in Waldenburg. Jene Juden, die sich tatsächlich aktiv am Aufbau des kommunistischen Systems beteiligt hatten, erlebten zusätzlich eine große Enttäuschung, als auf dem 20. Parteitag der KPdSU in Moskau die Verbrechen Stalins bekannt gemacht wurden. Die gesamten Anstrengungen des letzten Jahrzehnts und ihr Glaube an das kommunistische Projekt erwiesen sich als vergebliche Mühe. Zudem verschärfte sich der Konflikt mit den Polen. Die Enttäuschung über den Kommunismus war ebenfalls bei den Repatrianten aus der UdSSR vorhanden. Nach 1956 wanderten neben etwa zweihunderttausend Polen etwa 18000 Juden von dort ein, die sich beinahe unmittelbar nach ihrer Ankunft um die weitere Emigration bemühten. Angesichts der Massenrepatriierung aus der UdSSR und der Notwendigkeit, die Repatrianten in einem wirtschaftlich zusammenbrechenden Land anzusiedeln, verwarfen die Behörden recht schnell die anfängliche Verhinderung dieser Minderheitenemigration. Die den Juden

36 Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 195.

37 Eine zusammenfassende Übersicht über die Migration in diesem Zeitraum bietet der Band der Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung 1939-1949. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas*, Bonn 2009.

gehörenden Wohnungen und Arbeitsplätze wurden nun für die aus der UdSSR zurückkehrenden Polen gebraucht. Für diese Entscheidungen ausschlaggebend mag der für den »Nationalkommunismus« charakteristische Wunsch einer weiteren ethnischen Homogenisierung der polnischen Gesellschaft gewesen sein. Deren Propagierung gehörte zur nationalistischen Rhetorik des neuen national-kommunistischen Parteivorstands.

Die Emigration von Juden erfolgte fast lawinenartig, auch dank der Agitation der israelischen Botschaft und der Organisation Joint, die Juden Unterstützung nach ihrer Ankunft in Israel versprach. In den Jahren 1956 und 1957 verließen etwa 23 000 Menschen Niederschlesien. Die Auswanderungswelle hielt noch die nächsten Jahre an, wenn auch in geringerem Umfang. Im Endeffekt verblieben zu Beginn der 1960er-Jahre etwa 7000 bis 8000 Juden in der Region.³⁸ Der Großteil von ihnen lebte in Breslau, Liegnitz und Waldenburg. Sie hatten sich an die polnische Kultur assimiliert und lebten oftmals in gemischten Ehen. Ein Teil von ihnen wanderte in den nächsten Jahren privat aus oder zog in andere Städte.

Die nächste und letzte Auswanderungswelle aus Polen fand Ende der 1960er-Jahre statt. Ihr lag erneut ein Anstieg antisemitischer Vorfälle zugrunde. Diese waren das Ergebnis eines vorsätzlichen Vorgehens jener Teile der Parteiführung, denen es vorteilhaft erschien, im Kampf um die Parteiherrschaft rassistische Parolen zu nutzen. Als Vorwand diente die vermeintlich pro-israelische Einstellung polnischer Juden (aber auch eines Teils der Polen), die während des Krieges zwischen Israel und den arabischen Ländern sichtbar wurde (während des Sechstagekrieges 1967). Moskau und seine Verbündeten unterstützten die politischen Gegner Israels, und so wurden die wechselnden Erfolge als eine Niederlage für die UdSSR angesehen und nicht selten in der antikommunistisch eingestellten Öffentlichkeit gefeiert. Die Tatsache, dass in der Regierung Israels sowie in seinem Militärkommando ehemals polnische Juden eine wichtige Rolle spielten, war Grund genug, stolz darauf zu sein. Dieser abweichende Standpunkt, der internationale Angelegenheiten und nicht die aktuelle Situation in der Volksrepublik betraf, deuteten die Machthaber in Polen als eine Äußerung staatsbürgerlicher Illoyalität und als eine Bedrohung ihrer Position. Die polnische kommunistische Partei befand sich zu dieser Zeit aufgrund eines innerparteilichen Bruchs (Bekämpfung des liberalen Flügels, der sogenannten Revisionisten und eines zunehmenden Einflusses des nationalistischen Flügels) in der Krise. Die Stellung des bisherigen Vorsitzenden, Władysław Gomułka, wurde in der Partei immer schwächer.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise verschlimmerte sich, während die geistigen Eliten immer stärker eine Veränderung und Liberalisierung des Systems forderten. Im März 1968 kam es zu brutal unterdrückten studentischen Streiks und Kundgebungen. Da einige der Teilnehmer Kinder aus Familien jüdischer Kommunisten waren, versuchte die Propaganda die Aufrührer mithilfe

38 Bronsztejn, *Z dziejów ludności*, S. 38.

antisemitischer Slogans zu diskreditieren. Die antisemitische Kampagne der Jahre 1968/69 fand ihren Niederschlag in den Medien, den Parteikomitees sowie in Betrieben, Universitäten und Schulen, soweit sie von der Partei kontrolliert wurden. Es ist eines der verwerflichsten Kapitel in der Geschichte Volkspolens.³⁹ Sehr aktiv engagierte sich hier der Sicherheitsdienst, auch der niederschlesische. Er unterstand dem Innenminister Mieczysław Moczar, einem Nationalkommunisten, der gemeinsam mit seinen Parteigängern, den sogenannten Partisanen, um die Führung in der Partei kämpfte. Der Sicherheitsdienst überwachte Juden und mit ihnen befreundete Polen, erstellte Listen mutmaßlicher Zionisten und stachelte gekonnt den Antisemitismus an. Er unternahm sogar den Versuch, die Sozial-Kulturelle Gemeinschaft der Juden in Breslau als »Zentrum der Inspiration« zu diskreditieren, das angeblich die antistaatlichen Vorfälle in Niederschlesien organisiere. Angehörige des Sicherheitsdienstes sammelten Gerüchte mit antisemitischem Charakter, die sie zweifelsfrei auch selbst erfanden, und gaben sie gegenüber ihren Vorgesetzten als allgemein verbreitete Einstellungen und Erwartungen der Gesellschaft aus. In der niederschlesischen Presse wurde eine Hetzjagd veranstaltet. Besonders aktiv waren die Zeitungen *Słowo Polskie* und *Wieczór Wrocławia*. Leidenschaftlich wurde an das Engagement einiger Juden im stalinistischen System erinnert. Laut des niederschlesischen Sicherheitsdienstes drohte die »zionistisch/jüdische Verschwörung« mit der Herrschaftsübernahme Polens durch »Fremde«.⁴⁰ Die antisemitische Propaganda wurde von jenen Teilen der polnischen Gesellschaft positiv aufgenommen, die ihre Frustrationen gerne gegen den ihnen von der Regierung präsentierten Sündenbock richteten.

In der vom Staat angeheizten Atmosphäre des Hasses wurde ein weiteres Leben in Polen für die meisten Juden unmöglich und sinnlos. Die Koexistenz mit polnischen Mitbürgern schien ihnen ausgeschlossen. Nicht selten erzwang das abgeneigte oder feindliche Umfeld (am Wohn- oder Arbeitsort) die Entscheidung zu emigrieren, selbst bei den Personen, die bisher nicht an Emigration gedacht und ihre jüdische Identität kaum kultiviert hatten. So geriet die jüdische Diaspora erneut unter den Druck des Auswanderungswahns. In den Jahren 1968 bis 1971 verließen 13 300 Menschen Polen, darunter allein bis zum Herbst 1968 über 3000 aus Niederschlesien.⁴¹ Nach dem Ende der Ausreisewelle hörte die jüdische Gemeinschaft in Niederschlesien praktisch auf zu existieren und ihr Erbe geriet – ähnlich dem der deutschen Juden – in Vergessenheit.

39 Siehe Dariusz Stola, *Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967-1968*, Warszawa 2000; Szaynok, *Z historią i Moskwą w tle*, S. 445f.

40 Am ausführlichsten sind die antisemitischen Aspekte der Ereignisse von 1968 in der Region Niederschlesien analysiert, angelehnt an Materialien des Sicherheitsdienstes, siehe Suleja, *Dolnośląski Marzec '68*, S. 231-270.

41 Ebd., S. 268; Albert Stankowski, *Nowe spojrzenie na statystyki dotyczące emigracji Żydów z Polski po 1944 r.*, in: Grzegorz Berendt/Albert Stankowski, *Studia z historii Żydów w Polsce po 1945 r.*, Warszawa 2000, S. 103-149, hier S. 143.

Organisationsstrukturen der jüdischen Diaspora in Niederschlesien

Als im Sommer 1945 die Delegation des CKŻP aus Warschau in Niederschlesien eintraf, stellte sie fest, dass sich hier, unabhängig von ihr, bereits Anfänge eines neuen jüdischen Lebens spontan entwickelt und Organisationsstrukturen etabliert hatten. In Orten wie Langenbielau (Bielawa), Reichenbach, Ludwigsdorf (Ludwikowice), Peterswaldau (Pieszyce) und Waldenburg sammelten sich direkt nach Ende der Kriegshandlungen gerettete Juden. Beinahe auf Anhieb entstanden Organisationsstrukturen in Form jüdischer Komitees, die vor allem Hilfe für die Personen leisteten, die sich in der schlechtesten Verfassung befanden – meist ehemalige KZ-Häftlinge. Es wurden Unterkünfte, Kleidung, medizinische Hilfe und Nahrungsmittel beschafft, wobei dafür die Hilfe sowjetischer Kommandanturen in Anspruch genommen wurde. Darüber hinaus half die erst neu gegründete polnische Verwaltung oder die Menschen bedienten sich des deutschen Besitzes. Eine interessante Form des Gemeinschaftslebens stellten die jüdischen Vertriebenenverbände dar, die gleich nach Kriegsende in Niederschlesien gegründet wurden und in denen aus einem gleichen Ort stammende Menschen zusammenkamen. Es entstand etwa ein Dutzend solcher Kreise.⁴²

Mitte Juni 1945 versammelten sich in Reichenbach Vertreter der in Niederschlesien agierenden jüdischen Komitees. Eines der Ergebnisse dieses Treffens war eine Denkschrift über jüdische Ansiedlungen in der Region. Es entstand auch das Jüdische Woiwodschafts Komitee in Niederschlesien, zunächst mit Sitz in Reichenbach und später in Breslau. An seiner Spitze stand Jakub Egit, Mitglied der PPR und leidenschaftlicher Befürworter einer möglichst autonomen jüdischen Gemeinschaft in Niederschlesien.

Organisationsstrukturen entwickelten sich gemeinsam mit der Ankunft weiterer Juden. Im Juli 1946 existierten bereits 43 aktive lokale Komitees. Das Zentrum des jüdischen Lebens bildete die Włodkowica-Straße in Breslau. Das WKŻ besaß hier ein ihr als Sitz dienendes Gebäude, in dem zahlreiche Abteilungen des Komitees arbeiteten, unter anderem die Allgemeine Abteilung, die Repatriierungs- und Eingliederungsabteilung, die Wohlfahrtsabteilung, die Abteilungen für Kultur und Propaganda sowie die Emigrations- und Kontrollabteilung. In dieser Straße befand sich auch eine unversehrt gebliebene Synagoge. Man eröffnete eine Schule, eine Mikwe und eine koschere Kantine. Das WKŻ organisierte regelmäßig Treffen lokaler Funktionäre und unterhielt, wenn auch nicht unproblematische, Kontakte zum CKŻP. Dieses der Staatsmacht nächstehende Organ bewertete die in Niederschlesien gestellten Forderungen und dort selbstständig unternommenen Aktivitäten nicht immer positiv.

Die Komitees und das WKŻ in besonderem Maße versuchten, die gesamte jüdische Bevölkerung in ihre Aktivitäten, aber auch in ihren Kontrollbereich, einzubeziehen. Das gelang nicht ganz. Die meisten Juden nutzten die sozialen Angebote des Komitees (Arbeits- und Wohnungsvermittlung, Nothilfe), deren

42 Siehe Ziomkostwa, <http://www.sztetl.org.pl/pl/article/wroclaw/31,ziomkostwa> [5.2.2013].

Das Präsidium beim Kongress des jüdischen Woiwodschaftskomitees (WKŻ) in Breslau; zweiter von links: der Vorsitzende des WKŻ, Jakub Egit; dritter von links: Abraham Rosenman, stellvertretender Vorsitzender des WKŻ; undatiert

politische und kulturelle Aktivitäten interessierten sie hingegen nur wenig. Manche suchten gar keinen Kontakt zu den Komitees, wählten den Weg individueller Assimilierung mit der polnischen Bevölkerung oder auch die schnellstmögliche Ausreise aus Polen. Die Fürsorgetätigkeiten der Komitees waren während der Masseneinreise von Repatrianten aus der UdSSR von besonderer Bedeutung. Die Ankömmlinge waren meist erschöpft und nicht selten krank. Die jüdische Bevölkerung war allgemein in sehr schlechter gesundheitlicher Verfassung – eine Folge ihres Schicksals während des Krieges. So gehörten eine ärztliche Betreuung, der Aufbau von Pflegeheimen, Sanatorien, Waisenhäusern und Übergangsunterkünften für Neuankömmlinge für die Komitees zu den wichtigsten Aufgaben in den ersten Jahren. Ohne Unterstützung aus dem Ausland wäre die Hilfe für viele Tausend Menschen nicht möglich gewesen. Eine wichtige Rolle spielte Joint (American Joint Distribution Committee), das die Komitees mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten versorgte. Das WKŻ bemühte sich 1946 trotz ansteigender Emigration aus Polen sehr darum, Verhältnisse zur Stabilisierung der jüdischen Gemeinschaft zu schaffen – besonders was Arbeitsbeschaffung und die Möglichkeit einer Berufsqualifikation betraf. »Produktivierung« – richtungsweisend zu einer »konstruktiven Arbeit« – wurde zum Motto des Tages. Aufmerksamkeit richtete man auf kulturelle und schulische Einrichtungen als Mittel, die Ausreisewilligkeit einzudämmen sowie eine Assimilierung zu verhindern.

1948 war in den Komitees eine immer stärker werdende Übereinstimmung mit den politischen Veränderungen in Polen festzustellen, positive Botschaften über die Volksrepublik und das sozialistische System nahmen zu, der Arbeits-

wettbewerb wurde propagiert, doch immer mit Betonung der jüdischen Eigenart. »Es wurde versucht, neue politische Realitäten umzusetzen, gleichzeitig aber den jüdischen Charakter zu erhalten«, lautete das spätere Urteil eines Historikers.⁴³ Der Erhalt ihrer Autonomie im bisherigen Umfang fand jedoch keine Zustimmung bei den Machthabern. Zu Beginn des Jahres 1949 wurde die von der Regierung erhobene Kritik an den Komitees immer stärker. Auf dem Delegiertentag der Komitees im Februar 1949 in Warschau waren die neue politische Ausrichtung und die unanfechtbare Überzahl an Mitgliedern der PZPR unter den Repräsentanten des jüdischen Umfelds bereits deutlich sichtbar. Die Kontrolle der PZPR über das WKŻ in

Das Woiwodschaftsgebäude des Jüdischen Komitees in Breslau; undatiert

Niederschlesien bestätigte sich auch auf deren Delegiertentag im April. Ihre Wahlen wurden so durchgeführt, dass die entscheidende Mehrheit der Mandate eben jene Kommunisten der neuen »vereinigten Partei« gewannen. In ähnlicher Art wurden lokale Komitees »reorganisiert«. Diese »Vereinheitlichung« sollte bald auch andere Bereiche der jüdischen Gesellschaft erfassen, auf eine ähnliche Weise, wie der im ganzen Land durchgeführte Prozess erfolgte.

Selbstverständlich hatte der politische Pluralismus, der bis dato in entscheidendem Maße das politische Leben der Juden geprägt hatte, keinen Platz im stalinistischen Modell. Im Nachkriegspolen hatte etwa ein Dutzend jüdischer politischer Organisationen, vom linken bis zum religiösen Spektrum, ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Dies war ein Zeichen des Wiederauflebens der jüdischen Gemeinschaft. In Niederschlesien waren beinahe alle politischen Richtungen vorhanden, sogar die nicht von der Regierung legalisierten (die religiöse Aguda Partei). Diese unterschiedlichen Strömungen fochten untereinander ihre Auseinandersetzungen aus, deren Grundlage stets in Meinungsverschiedenheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Ereignisse lag. Kommunisten und jüdische Sozialisten des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds sprachen sich für ein Bleiben in Polen aus. Zionisten aus verschiedenen Gruppierungen empfanden Polen als temporären Aufenthaltsort und erklärten Aktivitäten zur Stärkung des jüdischen Palästinas zu ihrem höchsten Ziel. Die Möglichkeiten zum Ausbau von Parteistrukturen und der Gewinnung von Unterstützern erweiterten sich 1946 beachtlich, nachdem infolge der Migrationswelle in Niederschlesien eine beinahe 100 000 Menschen zählende jüdische Gemeinschaft entstanden war.

43 Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 110.

Die wichtigsten Gruppierungen hatten Einfluss auf die Aktivitäten der jüdischen Komitees, denn sie besaßen Vertreter in den Vorständen dieser Organisationen. Hier wurden auch die Auseinandersetzungen hinsichtlich der geplanten jüdischen Ansiedlungen ausgetragen. Alle Seiten bemühten sich, das Interesse der Jugend zu gewinnen. Zionisten (am zahlreichsten Ichud sowie Poalej Zion, Hitachdut und Hashomer Hatzair) warben für die Ausreise Jugendlicher nach Palästina und bildeten sie militärisch und beruflich aus. Sie versuchten auch, Ausreisen für jüdische Waisen zu organisieren. Ichud unterhielt Kibbuzim und zahlreiche Produktivierungsbetriebe. Zionisten organisierten auch Kinderheime und Heime für zurückgekehrte Soldaten. Sie stellten die am weitesten verbreitete politische Orientierung unter niederschlesischen Juden dar. Andererseits minderten sie ihre Bedeutung, indem sie Massenausreisen propagierten und im Widerstreit zu den Kommunisten standen.

Im linken politischen Spektrum positionierte sich der »Bund«, eine sozialistische Partei mit langer Tradition, von der aber die Kommunisten deutlich Abstand hielten. Die Kommunisten wurden zu dieser Zeit immer aktiver, was an der wachsenden Zahl ihrer Mitglieder abzulesen war. In den ersten acht Monaten des Jahres 1946 entstanden 40 lokale Parteizellen, 1300 neue Mitglieder wurden aufgenommen und Ende des Jahres waren es schon über 4000. Obwohl diese Zahl immer noch um einiges niedriger war als die der Zionisten, hatten doch die Kommunisten einen großen Einfluss auf die Gremien der jüdischen Komitees, auch auf das WKŻ. Außerdem vertraten sie das Regierungslager, was ihre Kontakte mit der Staats- und Parteiverwaltung in Niederschlesien erleichterte. Sie gehörten darüber hinaus zu den wichtigsten Fürsprechern des jüdischen Programms zur Ansiedlung und Eingliederung, weil sie darin eine Strategie zur Modernisierung der jüdischen Gemeinschaft hin in eine »fortschrittliche« Richtung erkannten. Zudem erhofften sie eine stufenweise Schwächung des Antisemitismus sowie die Stärkung der eigenen Position als PPR-Fraktion. Die Ansichten der Kommunisten bezüglich der Eingliederung unterschieden sich von denen der anderen Befürworter des Programms. Sie setzten sich als Ziel, die jüdischen Arbeitnehmer zu Fabrikarbeitern zu machen, damit sie Teil der größtenteils polnischen Belegschaft würden. Die Arbeiterschaft wurde dann einer politischen Indoktrination unterzogen und dazu angetrieben, die aufgestellten Produktionspläne zu erfüllen.

Unterdessen entwickelte sich das jüdische Genossenschaftswesen, das für die Beschäftigten nicht nur eine Erwerbsquelle darstellte, sondern ihnen bei der Arbeit in einem kleineren Kollektiv ein Gefühl der Vertrautheit gab; auch konnten die vorhandenen Qualifikationen und persönlichen Neigungen besser genutzt werden. Zugleich entsprach es eher den ökonomischen Bedingungen, die die kleineren Städte Niederschlesiens boten. Um den Einfluss nicht zu verlieren, beteiligten sich die Kommunisten an dem Aufbau und der Verwaltung der Genossenschaften. Sie wollten eine zentralisierte Aufsicht darüber schaffen, obwohl sie schon 1946 feststellen mussten, dass sich dies hemmend auf die Entwicklung des Genossenschaftswesens auswirkte. Im darauffolgenden Jahr gab es über

100 jüdische Genossenschaften, was über die Hälfte der damals in ganz Polen vorhandenen Kooperativen ausmachte. Die Zahl der beschäftigten Juden wuchs langsam aber stetig, trotz der Ausreisewelle 1946. Als einen besonderen Erfolg der Eingliederungspolitik betrachtete man die Beschäftigung von Juden in der Schwerindustrie, vor allem in den Bergwerken. »Es stellte sich heraus, dass die Juden unter wirklich gleichberechtigten Bedingungen, durchdrungen vom edlen Geist des Baus und Aufbaus der Volksrepublik Polen, nicht schlechter als ihre arischen Genossen arbeiten können«, ist in einem der Presseberichte von 1948 zu lesen.⁴⁴ Neben dem Juden als Bergarbeiter wurde der Jude als Bauer zum Symbol für die Veränderungen, obwohl nur ca. 500 von ihnen von der Landwirtschaft lebten. Trotz der Unterstützung seitens der Regierung verringerte sich jedoch die Zahl der Beschäftigten in den Bergwerken und in der Industrie, dagegen wuchs die Anzahl der Genossenschaftler, unter anderem aufgrund der höheren Löhne.

Die Kommunisten sowie die jüdischen Komitees mit den meisten kommunistischen Mitgliedern legten großen Wert darauf, das Engagement der Juden bei den politischen Veränderungen in Polen hervorzuheben, indem diese z. B. an Kundgebungen, Umzügen oder am Wahlkampf teilnahmen. Die polnischen Mitbürger bewerteten dies jedoch oft negativ, wie z. B. in Waldenburg, wo 1946 während der Kundgebung zum 1. Mai nur die jüdischen Teilnehmer Stalin-Transparente mitführten. Die Kommunisten sorgten zugleich dafür, die Unterstützung der jüdischen Bevölkerung vor der sogenannten Volksabstimmung und den Wahlen zum Sejm im Januar 1947 für ihre Politik und die ihrer Verbündeten zu unterstreichen.

Der Pogrom in Kielce schwächte in den Augen der Juden sowohl die Glaubwürdigkeit des Programms zum Aufbau der Diaspora als auch der Regierenden, die ihnen trotz aller Beteuerungen keine Sicherheit gewährleisten konnten. In Niederschlesien, wie im ganzen Land, wurde mittels Propaganda versucht, die Verantwortung für den Pogrom ausschließlich den »reaktionären Kräften« aufzubürden. Das politische Leben der Juden in Niederschlesien in den Jahren 1947 und 1948 beeinflussten zudem internationale Ereignisse, die sich auf die Zukunft Palästinas und letztendlich auf die Bildung eines jüdischen Staates bezogen. Die Zionisten intensivierten ihre Bemühungen, ihre Landsleute von der Idee des *Eretz Israel* zu überzeugen. Immer öfter kam es zu innerjüdischen Auseinandersetzungen; charakteristisch dafür wurde der Streit um die Verwendung der Spenden. 1948 sammelten diejenigen, die in Polen bleiben wollten, Geld für das jüdische Theater. Ihre Gegner aber hielten es für ihre Pflicht, die Verfechter eines jüdischen Palästina nach Kräften zu unterstützen. Für dieses Ziel wurde mehr Geld zur Verfügung gestellt, was die Werteordnung der Mehrheit der Juden in Niederschlesien widerspiegelt.⁴⁵

Die Änderung der sowjetischen Politik gegenüber Israel im Herbst 1948 führte dazu, dass der Zionismus als Verbündeter von Kapitalismus und Reakti-

44 Zit. nach Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 110.

45 Hirsch, *Gehen oder bleiben*, S. 170.

onismus angesehen wurde. Sogar ein Teil der Anhänger des »Bundes« verdarb es sich mit den Kommunisten, weil sie zur Zeit der sogenannten Vereinigung der Arbeiterparteien einer Angliederung ihrer Gruppierung an die neu entstandene PZPR widersprachen. Die Regierung verzichtete nach und nach auf die bisherige Politik der Duldung der jüdischen Autonomie und damit auf die jüdische Vielfalt. Ein Beispiel dafür war die Entfernung des jüdischen Ausstellungspavillons auf der großen »Ausstellung der Wiedergewonnenen Gebiete« in Breslau.⁴⁶

In den Jahren 1949 und 1950 wurden die zionistischen Organisationen in Polen aufgelöst. Ihr Schicksal teilten ebenso die jüdischen Komitees. An ihrer Stelle wurde 1950 die Towarzystwo Społeczno-Kulturalne Żydów (TSKŻ, Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Juden) gegründet, gänzlich von der Regierung kontrolliert und von Mitgliedern der PZPR dominiert. Die Mitgliedschaft bei der PZPR war praktisch die einzige Möglichkeit für Juden, politisch aktiv zu bleiben. Der Staat übernahm ferner alle Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen. In der ersten Hälfte der 1950er-Jahre betrieb die TSKŻ hauptsächlich Stalinismus-Propaganda. Nach 1956 intensivierten sie ihre Aktivitäten, vor allem im Kulturbereich. Die TSKŻ musste nach 1968 ihre Tätigkeiten einstellen. Die Gründe dafür beruhten auf einer Schwächung durch die Emigration vieler Juden, einem Autoritätsverlust unter den eigenen Mitgliedern sowie dem Druck seitens der Staatsmacht (darunter des Sicherheitsapparates).

Auch Jakob Egit wurde ein Opfer der Veränderungen. 1949 wurde er aus der Leitung des WKŻ verdrängt. Einige Jahre später erfolgte seine kurzzeitige Inhaftierung, 1957 emigrierte er aus Polen. Mit seinem Schicksal besiegelte Egit die Niederlage des Programms »autonome jüdische Siedlung«, für das er verantwortlich war. Seine Erinnerungen, die er später verfasste, veröffentlichte er unter dem bitteren Titel *Grand Illusion*.⁴⁷

Das kulturelle Leben der Juden in Niederschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg

Zum Erscheinungsbild des wieder aufgebauten jüdischen Lebens nach dem Krieg gehörten umfangreiche kulturelle Aktivitäten. Schon im Juni 1945 fand das erste Konzert für jüdische Zuhörer, das in Dzierżoniów organisiert wurde, statt. Ziel der kulturellen Tätigkeit sollte die Erinnerung an die Leistungen der jüdischen Kultur in Polen sein. Darüber hinaus ging es darum, das intellektuelle Niveau der jüdischen Gemeinschaft zu heben und die Inhalte zu übermitteln, die mit der Ende der 1940er-Jahre immer stärker lancierten sogenannten sozrealistischen Kultur des sozialistischen Realismus verbunden waren. Die Wie-

46 Siehe auch Jakob Tyszkiewicz, *Sto wielkich dni Wrocławia. Wystawa Ziem Odzyskanych we Wrocławiu a propaganda polityczna Ziem Zachodnich i Północnych w latach 1945-1948*, Wrocław 1997.

47 Jakob Egit, *Grand Illusion*, Toronto 1991.

Klasse II der fünfklassigen allgemeinen jüdischen Schule Szolem Alejchem
in Breslau; undatiert

dergeburt der Kultur war der Grund für einen besonderen Stolz, sie bestätigte die Leistungskraft der Diaspora, die noch vor nicht allzu langer Zeit von den Nationalsozialisten bezichtigt worden war, die wahre Zivilisation zu zerstören, kulturelles Schmarotzertum zu betreiben und dazu verurteilt worden war, vernichtet zu werden. In den Ballungszentren der jüdischen Siedler entstanden Gemeinschaftsräume, Bibliotheken, manchmal Kulturzentren mit Veranstaltungsräumen. Da es an Büchern auf Jiddisch fehlte, wurden die Bestände mit Spenden aus dem Ausland ergänzt. In den neu errichteten Schulen für jüdische Kinder wurde jüdische Kultur und Geschichte unterrichtet.

Die Organisation des kulturellen Lebens übernahmen zuerst gesonderte Abteilungen der jüdischen Komitees und ab 1947 der *Żydowskie Towarzystwo Kultury i Sztuki* (TKiS, Jüdischer Kunst- und Kulturverein),⁴⁸ der 1948 8000 Mitglieder hatte. Um Kultur und Bildung zu verbreiten, wurde eine Volksuniversität gegründet, die zahlreiche Vorträge und Jiddisch-Sprachkurse veranstaltete sowie Kulturvermittler ausbildete. Der Verein förderte die Gründung von Chören, Orchestern und Laientheatergruppen in den Kulturhäusern, Genossenschaften und Internaten. Die Laienkünstler verliehen jedem Treffen und jeder Veranstaltung Glanz. Manche der Ensembles wiesen ein sehr hohes Niveau aus und gaben z. B. viele Konzerte, unter anderem das Orchester aus Waldenburg oder die Mandolinenspielergruppe »Orpheus«. Der Verein führte Treffen mit jüdischen Kunstschaaffenden und Kunstausstellungen durch und präsentierte

48 Bronsztejn, *Z dziejów ludności*, S. 71.

einen Überblick über die Kunstszene. Die Theater- und Entertainmentgruppen fingen mit ihren Tournéeen gleich nach dem Krieg an. Sie erfreuten sich großer Popularität bei dem Publikum, das sich nach Unterhaltung sehnte. Ein ambitioniertes Repertoire präsentierte die Schauspielergruppe aus Reichenbach und Breslau unter der Leitung von Zalman Koleśnikow. 1946 wurde aus der Gruppe das Niederschlesische Jüdische Theater (Dolnośląski Teatr Żydowski, Niderszlesisz Idisz Teater) gebildet, das mit Erfolg eine Tournee durch mehrere Ortschaften absolvierte. Das Theater hatte keinen festen Sitz. Erst 1949 wurde ein Theatergebäude eröffnet (anstelle eines zerstörten deutschen Kinos), finanziert aus Spenden der jüdischen Gemeinschaft. Das neue Theater bekam eine Schirmherrin in Person der her-

Plakat »Jüdische Kultur-Konferenz in Niederschlesien«, ca. 1946

vorragenden jüdischen Schauspielerin Esther Rachel Kamińska. Dieses bunte kulturelle Leben ließ jedoch Ende 1949 nach. Während des Kongresses des TKiS wurde hauptsächlich über die »fortschrittlichen« und »reaktionären« Teile des jüdischen Volkes sowie über die Bekämpfung von »Zionismus, Eklektizismus, Idealismus und Bundisten« diskutiert, es wurde zum »Kampf um den Sozialrealismus in Literatur, Kunst und Theater« aufgerufen.⁴⁹ Bald darauf wurde der TKiS in die neu entstandene Towarzystwo Społeczno-Kulturalnego Żydów (TSKŻ, Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Juden in Polen) eingegliedert. Damit wurde die unabhängige Arbeit des Niederschlesischen Theaters beendet, die Verstaatlichung erfolgte im Januar 1950. Das Theater war immer noch eine Wanderbühne. Erst 1955 erhielt es einen festen Sitz in Warschau.

Zu den unterschiedlichen Formen des kulturellen Lebens gehörte auch das Verlagswesen, das in jiddischer und polnischer Sprache publizierte. Ab Juli 1946 erschien die Zeitschrift *Nowe życie* und ab Dezember die jiddischsprachige Zeitung *Niderszlezje*, die von dem gleichnamigen Verlag herausgegeben wurde. In Waldenburg wurde der Verlag »Amicom« gegründet. Diese Verlage veröffentlichten unterschiedliche Bücher (Belletristik, historiografische Werke), Gedichte und Gelegenheitsdichtung. Der Stalinismus bewirkte jedoch Einschränkungen und eine Verflachung der kulturellen Aktivitäten. Eine Belebung fand zur Zeit des »Tauwetters« statt und dauerte, trotz der großen Emigrationswelle, bis Ende der 1960er-Jahre an. Besonders aktiv war die Breslauer Kulturszene. Die

49 Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 188.

TSKŻ organisierte im eigenen Kulturzentrum (im Gebäude des Niederschlesischen Jüdischen Theaters) viele Großveranstaltungen, die unter anderem mit dem Jahrestag des Kriegsendes, der Entstehung der jüdischen Gemeinschaft in der Region oder den Geburtstagen prominenter jüdischer Kunstschafter zusammenhingen. Beliebt waren zudem die elitären »Freitagabend«, an denen Gespräche mit Schriftstellern, Schauspielern und Akteuren der jüdischen Minderheit stattfanden. Das Jahr 1968 bedeutete jedoch auch für diesen Teil des kulturellen Lebens ein Ende. Eine symbolische Bedeutung hatte dabei die Beschlagnahme des Theatergebäudes durch den Staat, der eine antisemitische Hetzjagd in der niederschlesischen Presse veranstaltete.⁵⁰

Das religiöse Leben der Juden in Niederschlesien nach 1945

Ein wichtiger Teil der in Niederschlesien durchgeführten »Jüdischen Ansiedlung« war die Wiederaufnahme des religiösen Lebens. Die organisatorische Seite regelte die Verordnung des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung vom Februar 1945. Aufgrund dieser Verordnung wurde die Żydowska Kongregacja Wyznaniowa (Jüdische Glaubenskongregation) eingerichtet, die folgende Aufgaben hatte: Vorbereitung und Durchführung von religiösen Praktiken, Ritualen sowie Religionsunterricht. In Breslau nahm die Kongregation schon im Mai 1945 ihre Arbeit auf. Die Mitgliederzahl belief sich auf ca. 5000, später wurde die Zahl von den Migrationsbewegungen der Bevölkerung sowie dem Grad der religiösen Einstellung ihrer Mitglieder bestimmt. Viele Juden schränkten die religiösen Praktiken sowie den Kontakt mit der Kongregation ein. Parteimitglieder waren grundsätzlich Atheisten. Bis Anfang der 1950er-Jahre besaß die Kongregation in Breslau die Synagoge *Pod Białym Bocianem* (Zum Weißen Storch) in der Włodkowica-Straße 9, ferner eine sogenannte Kleine Synagoge und einige Gebetshäuser. Sie betrieb ein Ritualbad, eine koschere Kantine, eine Metzgerei mit koscherem Fleisch sowie eine Religionsschule.⁵¹ Zu ihren Aufgaben gehörte die Pflege der beiden jüdischen Friedhöfe. In zahlreichen niederschlesischen Städten existierten in der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre ähnliche Glaubensgemeinden. Sie verwalteten Gebetshäuser und Friedhöfe, einige von ihnen unterhielten Religionsschulen. Diese Tätigkeiten wurden von Mitgliedern der religiösen Parteien Aguda und Mizrahi ausgeübt.

Die führende Persönlichkeit der jüdischen religiösen Kreise war der Rabbi Shlomo Trajstman, der im Juli 1946 Rabbiner in Breslau und Vorsitzender der Kongregation im Bezirk Niederschlesien wurde. Darüber hinaus war er Mitglied des WKŻ. 1947 existierten 28 lokale Abteilungen der Kongregation. Neben den Glaubensfragen beschäftigten sie sich mit der Wohlfahrt und leiteten Bestat-

⁵⁰ Agnieszka Kołodyńska, Scena której nie ma, http://wroclaw.gazeta.pl/wroclaw/1,35771,5921315,Scena_ktojej_nie_ma.html?as=2 [5.2.2013].

⁵¹ Waszkiewicz, Kongregacja Wyznania Mojżeszowego, S. 81.

tungsunternehmen. Die Regierung war bestrebt, das jüdische religiöse Leben zu kontrollieren und die Einflüsse der religiösen sowie zionistischen Parteien auszuschließen. Helfen sollte dabei die Eingliederung in das WKŻ. 1947 wurde die sogenannte Matzenaktion durchgeführt, bei der Matzen verteilt wurden, um unter diesem Vorwand die religiösen Juden zu registrieren. Im April 1948 erließ der niederschlesische Woiwode eine Anordnung, die Kongregation und speziell ihre Finanzen zu kontrollieren. Im Juni desselben Jahres wurde die Kongregation den Jüdischen Komitees und dem CKŻP untergeordnet. Sie wurde in die propagandistischen Machenschaften hineingezogen; unter anderem unterstützte Rabbi Trajstman öffentlich die Regierungspolitik. 1949 wurde er zum Vorsitzenden des neuen Związek Religijny Wyznania Mojżeszowego (Religionsverband des Judentums) ernannt.⁵² Zu dieser Zeit erfolgte die Verstaatlichung der Bildungs-, Wohlfahrts- und Medizinaleinrichtungen jüdischer Organisationen. Dies betraf im gleichen Maße die Kongregation. Die religiösen Juden hatten im Alltag Probleme bei der Ausübung ihres Glaubens, u. a. durch Abwesenheit von der Arbeit an den jüdischen Feiertagen oder bei Besorgung von koscherem Fleisch und Matzen.

Zudem verursachte die Emigration der Juden einen stetigen Verlust an Gläubigen. Nach 1956 befand sich das religiöse Leben in den Städten außerhalb Breslaus in einer tiefen Krise, die dann in den 1960er-Jahren in gleicher Weise in der Hauptstadt Niederschlesiens zu spüren war.

Laut Erhebungen aus dem Jahr 1965 waren in der Woiwodschaft Wrocław nur noch 2200 Gläubige vertreten, die dem Judentum angehörten, also dreibis viermal weniger als die geschätzte Gesamtzahl der jüdischen Mitbürger. Der Prozess der Säkularisierung bildete sich demnach tiefer als in der polnischen katholischen Gemeinschaft aus. Sogar in Breslau gab es Schwierigkeiten, die Gebete regulär zu verrichten. 1962 schloss die Religionsschule, weil die Eltern ihre Kinder nicht mehr dorthin schicken wollten. Die Einnahmen der Kongregation verringerten sich drastisch. Das hatte schrittweise Finanzverluste der Objekte zur Folge, die noch im Besitz der Kongregation waren, darunter auch der Synagoge *Pod Białym Bocianem*. 1963 wurde ihr Zustand als sehr schlecht eingestuft, dem Haus drohte eine bauliche Katastrophe. Das Gebäude wurde gleichzeitig von Randalierern beschädigt. 1954 wurde eine Inspektion des geschlossenen Friedhofs in der Ślężna-Straße (Lohestraße) in Breslau ausgeführt, bei der große Zerstörungen an den historischen Gräbern festgestellt wurden. Ähnlich verhielt es sich mit dem Friedhof in der Lotnicza-Straße und mit anderen jüdischen Begräbnisstätten in der Region. Die Kongregation war nicht imstande, diese Orte vor Dieben und Randalierern zu schützen und die staatlichen Behörden leisteten keine ausreichende Hilfe. 1966 verließ der letzte Rabbiner Breslau. Die religiösen Versammlungen hörten auf. Zwei Jahre später gab es praktisch kein jüdisch-religiöses Leben mehr. Es blieben zwei kleine Gruppen Gläubige in Breslau und Liegnitz.⁵³ Die Synagoge, nach Ansicht der staatlichen Behörden

52 Szaynok, *Ludność żydowska*, S. 192.

53 Waszkiewicz, *Kongregacja Wyznania Mojżeszowego*, S. 129 f.

ein ehemals von Deutschen (sic!) aufgegebenes Besitztum, wurde 1974 von der polnischen Staatskasse übernommen. Obwohl schon 1970 in das Denkmalregister eingetragen, verfiel sie immer mehr zur Ruine, weil Nutzungsbemühungen misslangen (u. a. durch die Universität Wrocław).

Eine neue Ära nach 1989

Szyja Bronsztejn schätzt, dass Anfang der 1990er-Jahre in Niederschlesien 400 bis 500 Vertreter der jüdischen Minderheit lebten. Eine Frage ohne Antwort bleibt, inwieweit sie sich als Juden fühlten. Viele Kinder aus Mischehen kannten ihre Wurzeln nicht. Manche von ihnen betonten jedoch bewusst ihre jüdische Identität. Die aktivsten aus der jüdischen Gemeinschaft versuchten, das jüdische Leben wieder zu erneuern. 1993 bildete sich aus der Kongregation heraus die Glaubensgemeinde der Juden in Breslau. Über einige Jahre, seit 1999, war Jerzy Kichler ihr Vorsitzender, eine – nicht nur in der jüdischen Gemeinschaft – aktive Persönlichkeit, die sich um den polnisch-jüdischen Dialog verdient gemacht hat. Die Gemeinde hatte drei – heute nicht mehr vorhandene – Filialen: Waldenburg, Reichenbach und Sohrau (Żory). In Breslau besaß sie zwei Synagogen. Die ruinöse Synagoge *Pod Białym Bocianem* erhielt die Gemeinde Mitte der 1990er-Jahre zurück, nach langen Bemühungen und auch dank der Unterstützung des damaligen Erzbischofs Henryk Kardinal Gulbinowicz.⁵⁴ 1995 fand der erste Gottesdienst nach fast 30-jähriger Unterbrechung statt. Seit dem Jahr 2000 hat die Gemeinde einen fest angestellten Rabbiner. Der erste Rabbiner nach Neubildung der jüdischen Gemeinde war Ron Hoffberg aus den USA. In den Jahren 2006 bis 2011 war Icchak Rapoport, dessen Mutter 1968 aus Polen emigriert war, Rabbiner in Breslau. Heute hat die Gemeinde fast 300 Mitglieder und gehört zu den größten in Polen. Auch die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Juden in Polen ist wieder aktiv. Außer in Breslau gibt es Filialen in Waldenburg, Liegnitz und Reichenbach.⁵⁵ Die neuen Initiativen, die in den letzten zwei Jahrzehnten ihre Aktivitäten aufnahmen, bestimmen heute das Erscheinungsbild der jüdischen Gemeinschaft, auch in der Öffentlichkeit. Das Zentrum des jüdischen Lebens in Niederschlesien bleibt Breslau. Obschon die jüdische Gemeinschaft unter den Bewohnern des heutigen Breslaus zahlenmäßig kaum ins Gewicht fällt, spielt sie doch eine wichtige Rolle in der Kultur und dem neuen Traditionsbewusstsein sowie dem neuen Geschichtsverständnis. Nach der Befreiung vom Kommunismus begann Breslau eine neue Identität zu

54 Julia Gogol/Lutz Henke/Sebastian Hoffmann/Izabela Kazejak/Agata Sęczek, *Wielka tradycja bez kontynuacji. Gmina żydowska we Wrocławiu po 1945 r.*, <http://homepage.univie.ac.at/philipp.ther/breslau/html/wielka.html> [5.2.2013].

55 Auf der Seite der TSKŻ sind jedoch keine Details über die Aktivitäten der lokalen Gruppen ihrer Organisation zu erfahren, <http://www.tskz.pl/index.php/o-nas> [5.2.2013].

entwickeln – die einer mitteleuropäischen Metropole, einer Stadt mit großer historischer Tradition –, die von unterschiedlichen Völkern und Konfessionen, darunter Juden, geprägt wurde.⁵⁶

Im Allgemeinen machte sich in Polen schon in den 1980er-Jahren das Interesse für die alte Multikulturalität der Rzeczpospolita (dt. »Republik Polen«) bemerkbar, die seit der stalinistischen bzw. kommunistischen Ära praktisch zu existieren aufgehört hatte. Dass sich neu herausbildende Identitätsbewusstsein der ethnischen Minderheiten in Polen, sei es das deutsche, ukrainische sowie jüdische wirkt auch anziehend auf die an der Multikulturalität ihres Landes interessierten jungen Menschen. Das Erbe der jüdischen Gemeinde aus der Vorkriegszeit, das in den Zeiten der PRL vergessen und sogar von den Juden selbst nicht mehr anerkannt worden war, erwies sich jetzt als ein großartiger Schatz, auf den man stolz sein konnte. Nicht nur Juden, sondern auch Polen unternehmen viel, um die jüdische Tradition in Breslau populär zu machen. Paradoxerweise könnte man sagen, dass das deutsch-jüdische Erbe, das einst für die neue polnisch-jüdische Gemeinde unerwünscht war, im heutigen Traditionsempfinden die jüdische Tradition der Nachkriegszeit in den Schatten stellt. Erinnert wird an die Verdienste solcher Persönlichkeiten, wie die mit der Stadt verbundenen deutschen Nobelpreisträger jüdischer Abstammung, die Schriftsteller und Künstler sowie Politiker und Akteure der Gesellschaftspolitik. Bücher der Schriftsteller jüdischer Herkunft aus Breslau und Arbeiten zur Geschichte polnischer und ausländischer Autoren werden veröffentlicht.⁵⁷ Es wird der Opfer des Holocaust aus Breslau gedacht, darunter allerdings wegen ihrer Konversion eher problematische Persönlichkeiten; der Philosophin Edith Stein, die als Nonne jüdischer Herkunft im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurde und in der katholischen Kirche als Märtyrerin und Heilige verehrt wird. Die Einrichtung, die ihren Namen trägt, ist ein Ort der Begegnung und des Dialogs in einem übernationalen und überkonfessionellen Sinne.⁵⁸ Eine andere Persönlichkeit ist der Historiker Fritz Stern. Er ist ein Symbol, das als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Geschichtstraditionen von Breslau wahrgenommen wird, gleichzeitig ist er ein engagierter Historiker und genießt in der Stadt hohes Ansehen. Dieser herausragende amerikanische Historiker, der als Sohn einer jüdischen Arztfamilie in Breslau zur Welt kam und Ende der 1930er-Jahre nach Amerika emigrierte, besuchte seine Geburtsstadt das erste Mal nach dem Krieg im Jahr 1979. 2002 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Wrocław verliehen. Des Weiteren bekam er den Kulturpreis Schlesien. Eine

56 Zur Stadtgeschichte sowie zum Aufbau einer Lokalidentität siehe auch Dagmara Margiela-Korczewska/Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.), *Łągosiawiony kraj? Szkice o historii i pamieci Dolnego Ślaska*, Wrocław 2011.

57 Als Beispiel dienen hier Veröffentlichungen des Via Nova Verlages: Willy Cohn, *Żadnego prawa – nigdzie. Dziennik z Breslau 1933-1941*, Wrocław 2010; Abraham Ascher, *Oblężona społeczność. Wrocławscy Żydzi w czasach nazizmu*, Wrocław 2009.

58 Zu den Aktivitäten der Gesellschaft und des Edith-Stein-Hauses siehe auch <http://www.edytastein.org.pl> [5.2.2013].

andere Form, ihn zu ehren, ist eine Professur, die seinen Namen trägt und die von der Stadt Wrocław vergeben wird.

Auf der Landkarte von Breslau gibt es zwei Orte, die mit der jüdischen Kultur verbunden sind und in diesem Kontext eine große Rolle spielen: die Synagoge *Pod Białym Bocianem*, die der jüdischen Gemeinde gehört, und der alte Friedhof in der Ślężna-Straße, ein museales Objekt, das unter Denkmalschutz steht.

Die Synagoge wurde, nach ihrer Rüchgabe an die jüdische Gemeinde, einer langwierigen Restaurierung unterzogen. Finanziert wurde das Vorhaben aus unterschiedlichen Quellen (unter anderem aus den Mitteln der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und Mitteln der Europäischen Union). Erst 2010 war die Restaurierung beendet.⁵⁹ Neben ihren religiösen Funktionen dient die Synagoge für Kulturveranstaltungen, die die jüdische Kultur in unterschiedlicher Ausführung popularisieren. Außerdem gibt es an der Synagoge einen Chor. 1999 wurden auf Anregung von Jerzy Kichler, Stanisław Rybarczyk (dem Chordirigenten) und Karolina Szykier-Koszucka Begegnungen mit der Jüdischen Kultur organisiert, die nach einigen Jahren zum Festival der Jüdischen Kultur SIMCHA (hebr. Freude) umgewandelt wurden. Das Festival erfreut sich einer großen Beliebtheit beim niederschlesischen Publikum und darüber hinaus, weil die besten Künstler aus der ganzen Welt daran teilnehmen.⁶⁰ 2005 entstand das Centrum Kultury i Edukacji Żydowskiej (CKiEZ, Zentrum für jüdische Kultur und Bildung), das von der Bente Kahan Stiftung verwaltet wird. Bente Kahan, eine norwegische Musikerin jüdischer Herkunft, ist Direktorin des CKiEZ und künstlerische Direktorin der Synagoge. Für ihre Verdienste um die jüdische Kultur in Niederschlesien wurde ihr 2010 der Preis des Präsidenten der Stadt Wrocław (Ambassador of Wrocław) sowie der deutsch-polnische Kulturpreis Schlesien verliehen.

Der Jüdische Friedhof in der Ślężna-Straße gehört zu den größten touristischen Attraktionen in Breslau. Seine außergewöhnlichen Grabsteine sind ein Beweis für den Reichtum und die Bedeutung der jüdischen Gemeinde, die sie früher für die Stadt hatte. Der Friedhof ist auch ein Träger des historischen Gedächtnisses für andere Begräbnisstätten des alten Breslau, die nach dem Krieg zerstört wurden. Das Interesse an ihm wuchs schon in den 1980er-Jahren. Nachdem der Friedhof 1975 in das Denkmalregister eingetragen worden war, wurde mit den ersten Restaurierungsarbeiten begonnen. 1988 für die Besucher zugänglich gemacht, wurde der Friedhof aber erst in den 1990er-Jahren allgemein bekannt. Heute ist er als Muzeum Sztuki Cmentarnej (Museum für Friedhofskunst) ein Teil des Museums der Stadt Breslau (MMW). Große Verdienste um die Restaurierung

59 Durch die Renovierung erhielt die Synagoge ihre Form aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Im Inneren sind von der Originalausstattung lediglich Teile des Toraschreins (Aron Hakodesch) erhalten; Rafał Eysymontt/Ewa Różycka-Rozpędowska/Wojciech Bzewowski/Barbara Banaś (Hrsg.), *Leksykon architektury Wrocławia*, Wrocław 2011, S. 388 f., [http://pl.wikipedia.org/wiki/Synagoga_Pod_Bia %C5%82ym_Bocianem_we_Wroc %C5%82awiu](http://pl.wikipedia.org/wiki/Synagoga_Pod_Bia%C5%82ym_Bocianem_we_Wroc%C5%82awiu) [5.2.2013].

60 Festiwal Kultury Żydowskiej SIMCHA, <http://www.simcha.art.pl/2011/04/historia.html> [5.2.2013].

sowie allgemein für die Verbreitung des Wissens über den Friedhof aber auch über die Juden in Breslau hat Maciej Łagiewski, Autor zahlreicher Publikationen, heute Direktor des MMW und erster Preisträger des Kulturpreises Schlesien.⁶¹

Ein wesentlicher Unterschied zur kommunistischen Zeit besteht heute in der Offenheit gegenüber und der Zusammenarbeit mit der polnischen Bevölkerung. Dieser Wille zu gemeinsamen Aktivitäten ist auch aufseiten der polnischen Bevölkerung vorhanden. Die vielfältigen Begegnungen zwischen Juden, Polen und Deutschen sowie zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen sind ein wichtiges, konstruktives und kreatives Element des Lebens im heutigen Breslau. Die Juden in Breslau leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versöhnung und Verständigung sowie zur Förderung der Toleranz. Die bedeutendste Initiative, an der sie teilnehmen, ist das »Viertel der gegenseitigen Achtung«, auch »Viertel der vier Gotteshäuser« genannt. In einem Teil von Breslau gibt es, nicht weit voneinander entfernt, eine römisch-katholische Kirche, eine russisch-orthodoxe Kirche und eine Evangelisch-Augsburgische Kirche sowie die Synagoge *Pod Białym Bocianem*. 1995 realisierten diese vier Konfessionen das gemeinsame Projekt »Viertel der gegenseitigen Achtung«. Zu seinen Gründern gehörten Jerzy Kichler, Bischof Ryszard Bogusz, Pater Aleksander Konachowicz, Janusz Witt und Pater Jerzy Zytowiecki. Die Gläubigen dieser Konfessionen nehmen gegenseitig an ihren religiösen Ereignissen teil und beteiligen sich gemeinsam an Bildungs-, Kunst- und Sozialprojekten.⁶²

Die letzten beiden Jahrzehnte sind also sehr positiv verlaufen, wenn sie auch von Problemen begleitet und manchmal durch antisemitische Haltungen einiger Menschen gekennzeichnet waren. Die Ergebnisse der Anstrengungen sind größer als angesichts einer so kleinen Gemeinde erwartet werden kann. Dazu beigetragen haben die politischen Bedingungen, die Unterstützung von vielen Seiten, am meisten jedoch die Entschlossenheit der Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft, ohne die sich nicht viel geändert hätte. Die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft in Breslau ist schwierig vorherzusehen, da die meisten Gemeindeglieder einer älteren Generation angehören.⁶³ Ihr Tod könnte ein entscheidender Moment für die weitere Existenz der Gemeinde sein. Zweifellos ist das Erbe der niederschlesischen Juden, sowohl das vor 1945 als auch das danach, fest in die kulturhistorische Landschaft der Region und vor allem der Hauptstadt eingeschrieben. Es wird als ein Teil des gemeinsamen Erbes behandelt und entsprechend gepflegt.

Deutsch von Sabine Stekel

61 Seine erste Publikation ist Maciej Łagiewski, *Macewy mówią*, Wrocław 1991. Werke dieses Autors sind auch in deutscher Sprache erschienen, u. a. ders., *Breslauer Juden 1850-1944*, Wrocław 1996; ders., *Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau*, Berlin 1999. Siehe auch seinen Beitrag in diesem Band.

62 Fundacja Dzielnica Wzajemnego Szacunku Czterech Wyznań, siehe www.fundacja4wyznan.pl [05.02.2013].

63 Auf viele Probleme in der Funktionsweise der jüdischen Gemeinde haben Julia Gogol, Lutz Henke, Sebastian Hoffmann, Izabela Kazejak und Agata Sęczek hingewiesen.

Historiografie der Forschungen zur Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien

Bei der Beschäftigung mit der Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien stößt man auf zwei Feststellungen, die widersprüchlicher kaum sein könnten. Markus Brann, bis heute der wohl wichtigste und am meisten zitierte Erforscher dieses Themas, schrieb 1896 im Vorwort zu seiner in mehreren Lieferungen erschienenen *Geschichte der Juden in Schlesien*: »Da wichtige Funde, welche die Gesamtauffassung beeinflussen könnten, kaum noch zu erwarten sind, so habe ich nunmehr [...] die Darstellung begonnen [...]«¹; gut vier Jahrzehnte später stellte der Rechts- und Staatswissenschaftler Ludwig Feuchtwanger (1885-1947) in einem programmatischen Aufsatz – zwar nicht auf Schlesien bezogen, aber doch auch in Kenntnis des Werkes von Brann – apodiktisch fest: »Für das Riesengebiet des Mittelalters ist das Meiste von jüdischer Seite noch ungetan.«² Es kann in diesem Zusammenhang nicht darum gehen, den Wahrheitsgehalt der einen wie der anderen Aussage zu ermitteln; in ihrer Kombination aber zeigen sie, wie ungesichert das Terrain noch ist, dass es vermutlich noch vieler weiterer Anstrengungen bedarf und dass diese auch zu erwarten sind.

Darüber hinaus liegt noch eine Feststellung eines der besten Kenner der Geschichte der Juden in Schlesien, Bernhard Brillling, aus dem Jahr 1972 vor, die sich konkret auf die historische Entwicklung und nicht auf die Geschichtsforschung bezieht: »Im 16. Jahrhundert war Schlesien fast ganz von Juden frei.«³ Neben der Notwendigkeit, Brillings Diktum kritisch zu überprüfen, bietet diese Aussage eine gewisse Rechtfertigung für das Vorhaben, die Entwicklung der Forschung über die Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien als ein separates Kapitel der Historiografiegeschichte zu behandeln und zu untersuchen.⁴ Denn es gibt keinen Zweifel daran, dass, wie in anderen Gebieten

1 M[arkus] Brann, Vorwort, in: ders., *Geschichte der Juden in Schlesien*, Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis 1335, Breslau 1896, o. Pag.

2 Ludwig Feuchtwanger, *Neue Forschungsaufgaben für die Geschichte der Juden im Mittelalter*, in: *Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur* 30 (1937), S. 95-130, hier S. 99.

3 Bernhard Brillling, *Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens. Entstehung und Geschichte*, Stuttgart 1972, S. 1.

4 Eine vollständige bibliografische Erfassung aller einschlägigen Arbeiten wird nicht angestrebt; es wird z. B. auf die Nennung allgemeiner lokal- oder regionalgeschichtlicher Darstellungen, die auch Aussagen zur Geschichte der jeweiligen Judenschaft enthalten, verzichtet. – Das Thema wird hier nicht zum ersten Mal in dieser Art behandelt. Nachdem bereits 1990 der Krakauer Mediävist Jerzy Wyrozumski auf einer Tagung zur Geschichte der polnischen Juden bis 1939 einen gerafften Überblick über die Historiografie zu den Juden im mittelalterlichen Polen gegeben hatte (die Veröffentlichung erfolgte 1998; ders., *Dzieje Żydów Polski średniowiecznej w historiografii*, in: *Studia Judaica* 1 [1998], S. 3-17), in dem Schlesien nur sehr wenig Platz eingeräumt

der *Germania Judaica* auch, die Verfolgungen und Vertreibungen der Juden in Schlesien während des Spätmittelalters einen Einschnitt von weitreichender Bedeutung, eine Zäsur für das dortige jüdische Leben darstellten.

Die Geschichte der Juden in Schlesien (und anderen Territorien Deutschlands) ist erst seit der späten Aufklärung zu einem eigenständigen Thema der Landesgeschichtsforschung geworden. Nicht dass ältere Schlesienhistoriografen wie etwa Peter Eschenloer (gest. 1481), Nikolaus Pol (1564-1632), Jakob Schickfus (1574-1636), Georg Thebesius (1636-1688), Friedrich Wilhelm von Sommersberg (1698-1756) und vor allem Samuel Benjamin Klose (1730-1798)⁵ in ihren Werken den Juden keinerlei Beachtung geschenkt hätten, aber deren Geschehnisse interessierten die Verfasser nur insoweit, als sie ein besonderes Ereignis in der jeweiligen Fürstentums- oder Stadtgeschichte darstellten, vornehmlich also in Hinblick auf spektakuläre Verfolgungen. Ein Jahrzehnt nach der viel diskutierten staatspolitischen Programmschrift des preußischen Aufklärers Christian Wilhelm Dohm *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden* (1781) publizierte aus einem ganz ähnlichen Geist heraus der Breslauer »Kammer-Kalkulator« Friedrich Albert Zimmermann (1745-1815) erstmals ein 100 Seiten starkes Werk zur Geschichte und Verfassung der Juden in Schlesien,⁶ in welchem immerhin ein Fünftel dem Mittelalter gewidmet war. Zimmermann war als historisch stark interessierter, für die jüdischen Angelegenheiten zuständiger Regierungsbeamter Mitverfasser des verhältnismäßig liberalen Reglements, das 1790 für die Juden in Breslau erlassen wurde. Aus seinen erzieherischen Intentionen bei der Abfassung seines Werkes machte er keinen Hehl, indem er eingangs schrieb: »Man hat verschiedene Vorschläge gemacht, die jüdische Nation zu verbessern, [...] ich halte dafür, daß die Verbesserung am besten zu bewirken seyn würde, wenn man theils kurze Aufsätze in Bücher, die viel gelesen werden, ins Publikum brächte, theils die Geschichte dieses in vieler Hinsicht interessanten Volks von einzelnen

wurde, verfasste – teilweise darauf fußend – 2006 der Breslauer Doktorand Bartłomiej Stawiarski eine Studie zur Historiografie der schlesischen Juden im Mittelalter (ders., *Studium z historiografii Żydów śląskich w średniowieczu*, in: *Juvenilia* 1 (2006), S. 119-129). Allerdings sind speziell die Passagen zu den Arbeiten deutschsprachiger Autoren sehr stark ergänzungsbedürftig.

- 5 Siehe zuletzt Norbert Kersken, *Historiographiegeschichte*, in: Joachim Bahlcke (Hrsg.), *Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 93-124.
- 6 [Friedrich Albert] Zimmermann, *Geschichte und Verfassung der Juden im Herzogthum Schlesien*, Breslau 1791, ND Hildesheim/Zürich/New York 2007. Zu diesem Werk siehe zuletzt vor allem Arno Herzig, *Die Anfänge der deutsch-jüdischen Geschichtsschreibung in der Spätaufklärung. Zur Historiographie Anton Balthasar Königs und Friedrich Albert Zimmermanns*, in: ders., *Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte Schlesiens und der Grafschaft Glatz. Gesammelte Aufsätze zum 60. Geburtstag*, hrsg. von Johannes Hoffmann/Frank Golczewski/Helmut Neubach, Dortmund 1997, S. 144-164; sowie das Vorwort von Peter Baumgart im Nachdruck von 2007.

Provinzen in helleres Licht stellte.«⁷ Er wies dabei bereits auf eine empfindliche Hürde für ein solches Vorhaben hin: »Eine solche Geschichte hat freilich viele Schwierigkeiten, da der Quellen dazu so wenig sind.«⁸ Naturgemäß musste so seine Darstellung einen fragmentarischen Charakter erhalten, immerhin aber vermochte er aus »Annalen, Kroniken und Urkunden«⁹ auch für das Mittelalter ein Reihe von Ereignissen und Einzelheiten zu benennen, wobei er ausführlicher allerdings nur auf die Judenprivilegien der Herzöge Bolko von Fürstenberg (-Schweidnitz) von 1295 und Heinrich III. von Glogau von 1299 sowie auf die Judenverfolgungen im 15. Jahrhundert einging – Themen, die bis heute zu den zentralen Interessengebieten der Forschung zählen.

Zimmermanns engagierter Aufruf zur Beschäftigung mit der Geschichte des jüdischen Bevölkerungsanteils in Schlesien verhallte zunächst ungehört. Erst 1804 veröffentlichte der gelehrte Priebuser Pfarrer Johann Gottlob Worbs (1760-1833) dazu eine kleine Artikelserie¹⁰ in den von Friedrich Albert Zimmermann mitbegründeten und mitherausgegebenen *Schlesischen Provinzialblättern*¹¹, dem monatlich erscheinenden wichtigsten Nachrichtenmagazin für die gebildeten Schichten in Schlesien. Aus der »Vorerinnerung« (Einleitung) von Worbs geht hervor, dass er aus einer ganz ähnlichen Motivlage heraus wie Zimmermann handelte, dessen Schrift er aber auffälligerweise nicht gekannt zu haben scheint. Immerhin über die Hälfte seines Textes ist dem Mittelalter gewidmet; die Anmerkungen zeigen eine breitere Quellenkenntnis als bei Zimmermann – neben der Nennung von historiografischen Werken wird vereinzelt auch auf ungedruckte Urkunden verwiesen –, im Übrigen aber setzt er die gleichen Schwerpunkte wie dieser.

Vermutlich war es die allgemeine politische und ideologische Entwicklung im preußischen Staat nach 1815, die – ungeachtet des sich in den Forschungen von Worbs bereits ankündigenden wissenschaftlich-kritischen Geschichtsverständnisses¹² – die weitere Verfolgung des Themas »Geschichte der Juden in Schlesien« ins Stocken geraten ließ. Erst weit über drei Jahrzehnte nach Worbs

7 Zimmermann, *Geschichte und Verfassung*, S. 5.

8 Ebd. Das anhaltende Interesse Zimmermanns an einer »Verbesserung« der Lage der Juden wird auch daran deutlich, dass er sich für die Errichtung der ersten öffentlichen Schule der Breslauer jüdischen Gemeinde, der Wilhelmsschule, 1791 engagierte und deren Leitung bis zu seinem Tode vorstand.

9 Ebd., S. 6.

10 [Johann Gottlob] Worbs, *Geschichte der Juden in Schlesien*, in: *Schlesische Provinzialblätter* 40 (1804), S. 209-228, 405-428, 539-555. Zu Leben und Werk von Worbs siehe zuletzt Lucyna Harc, *Johann Gottlob Worbs (1760-1833). Theologe und Geschichtsschreiber*, in: Edward Białek/Łukasz Bieniasz (Hrsg.), *Hereditas Culturalis Soraviensis. Beiträge zur Geschichte der Stadt Sorau*, Dresden 2010, S. 203-222.

11 Siehe Michael Rüdiger Gerber, *Die Schlesischen Provinzialblätter 1785-1849*, Sigmaringen 1995.

12 Siehe Josef Joachim Menzel, *Die Anfänge der kritischen Geschichtsforschung in Schlesien zu Beginn des 19. Jahrhunderts*, in: *Festschrift Ludwig Petry, T. 2*, Wiesbaden 1969, S. 245-267.

setzte sie – in einer Zeit immer stärker werdender öffentlicher Diskussionen um die Gleichberechtigung der Juden in der bürgerlichen Gesellschaft – wieder ein, diesmal aber bereits in konzentrierterer Form. Zunächst veröffentlichte der Jurist und Privatdozent an der Universität Breslau August Geyder (1808-1874)¹³ ebenfalls in den *Schlesischen Provinzialblättern* zwei quellennahe Abhandlungen zu den Verfolgungen von 1453 und zu den mittelalterlichen Judenprivilegien.¹⁴ Kurze Zeit später publizierte der Grünberger Pastor Otto Wolff (1794-1877)¹⁵ im selben Organ erstmals eine Abhandlung, die sich ausschließlich auf die Geschichte der Juden in Schlesien während des Mittelalters beschränkte.¹⁶ Dieser Text ging deutlich über die Erkenntnisse von Zimmermann und Worbs hinaus, die er bemerkenswerterweise ebenso wenig wie Geyder zitierte. Stützen konnte er sich dabei u. a. auf neuere Quelleneditionen, vor allem von Gustav Adolf Harald Stenzel (1792-1854), dem Begründer der modernen schlesischen Historiografie, aber auch auf einige ungedruckte Urkunden und Annalen in dem nach der Säkularisation von 1810 neu gegründeten Provinzialarchiv in Breslau.

Kurze Zeit später erschien erstmals auch ein Beitrag eines jüdischen Autors zur Thematik; 1845 veröffentlichte B. Ginsberg¹⁷ im fünften Jahrgang des in Brieg erscheinenden *Volkskalenders für Israeliten*¹⁸ einen Aufsatz zur Geschichte

13 Kurzbiografie bei Gerber, *Schlesische Provinzialblätter*, S. 170, Nr. 226.

14 August Geyder, *Zur Geschichte der Juden in Schlesien*, in: *Schlesische Provinzialblätter* 108 (1838), S. 3-14; ders., *Ueber die Judenrechte im Mittelalter*, in: *Schlesische Provinzialblätter* 112 (1840), S. 301-310, 407-412.

15 Kurzbiografie bei Gerber, *Schlesische Provinzialblätter*, S. 279, Nr. 907.

16 O[tto] Wolff, *Geschichte der Juden in Schlesien*. Erster Abschnitt bis 1350, in: *Schlesische Provinzialblätter* 116 (1842), S. 199-211, 298-306, 395-402; ders., *Zur Geschichte der Juden in Schlesien*. Zweiter Abschnitt von 1350 bis 1500, in: *Schlesische Provinzialblätter* 117 (1843), S. 263-272, 377-385, 503-510, 611-620.

17 Nähere Angaben zu diesem Verfasser ließen sich bislang nicht finden.

18 Die in der Sekundärliteratur begegnenden bibliografischen Angaben zu diesem wohl zwischen 1841 und 1865 herausgebrachten Periodikum, von dem sich anscheinend kaum noch Exemplare erhalten haben, und dessen Beilage (Anhang?) *Jahrbuch des Nützlichen und Unterhaltenden für Israeliten* variieren sehr stark; siehe u. a. Helmut Rister, *Schlesische Periodica und Serien*, Wiesbaden 1975, S. 1171, Nr. 301; Margret Heitmann/Andreas Reinke (Hrsg.), *Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien*, Bd. 1, München u. a. 1995, S. 24, Nr. 0092; nach den Herausgebern wurde es auch mitunter als *Klein'scher Volkskalender* bzw. *Liebermann's Jahrbuch* bezeichnet. Zu diesen speziellen Pressezeugnissen siehe Gabriele von Glasenapp, *Jüdische Kalender, Almanache und Jahrbücher. Zur Geschichte und Bedeutung eines »vergessenen« Mediums*, in: Susanne Marten-Finnis/Markus Winkler (Hrsg.), *Die jüdische Presse im europäischen Kontext 1686-1990*, Bremen 2006, S. 73-88; allgemein zur deutsch-jüdischen Presse im 19. Jahrhundert siehe Johannes Valentin Schwarz, *The Origins and the Development of German-Jewish Press in Germany till 1850. Reflections on the Transformation of the German-Jewish Public Sphere in Bourgeois Society* (66th IFLA Council and General Conference, Jerusalem, Israel, 13-18 August 2000), <http://ifla.queenslibray.org/iv/ifla66/papers/106-144e.htm> [11.4.2011]; ders., »Der Gegenstand böte genügend Attraktion« – ein Forschungsüberblick zur Geschichte der jüdischen

der Breslauer Juden von den Anfängen bis zur Gegenwart.¹⁹ Es erscheint allerdings zweifelhaft, dass der Text größere Aufmerksamkeit gefunden hat, denn wenige Jahrzehnte später war er selbst Spezialisten wie Landsberger und Brann nicht mehr bekannt.²⁰ Das gilt allerdings noch nicht für den jüdischen Forscher, der einige Jahre später entscheidend über die Erkenntnisse seiner Vorgänger hinauskam: Ludwig Oelsner (1831-1910).²¹ Zehn Jahre nach einem ersten kleinen Beitrag über die Geschichte der schlesischen Juden vor den Verfolgungen im Mittelalter²² veröffentlichte der promovierte Historiker 1864 insgesamt 40 Quellentexte – Urkunden und Aktenstücke aus Breslauer Archiven – aus den Jahren 1345 bis 1464, die in dem renommierten Periodikum *Archiv für Kunde österreichischer Geschichts-Quellen* abgedruckt wurden. Dazu verfasste er eine umfangreiche Einleitung, in der er die Geschehnisse der Juden in diesem Zeitraum eingehend darlegte.²³ Das Besondere dabei war, dass Oelsner in einem weit stärkeren Maße als zuvor die Stadtbücher als eine besonders reichhaltige Quelle für die Ereignis- und Wirtschaftsgeschichte ausgewertet hatte und so zu wesentlich dichterem Aussagen kommen konnte. Dieses sehr sorgfältig erarbeitete Werk, das bis heute seinen Wert nicht verloren hat, erfreute sich sehr rasch einiger Aufmerksamkeit, und schon bald wurden weitere Quellen zur Thematik publiziert: zum einen durch den rührigen Leiter des Breslauer Provinzialarchivs Colmar Grünhagen (1828-1911)²⁴, zum anderen durch den Rechtswissenschaftler Otto Stobbe (1831-1887)²⁵. Letzterer, von 1859 bis 1872 Professor an der Breslauer

Presse des 18. bis 20. Jahrhunderts im deutschen Sprach- und Kulturraum, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 9 (2007), S. 3-75.

- 19 B. Ginsberg, *Geschichte der Juden in Breslau von ihrer Niederlassung bis zur neuesten Zeit*, in: *Volkskalender für Israeliten auf das Jahr 5605 – Jahrbuch des Nützlichen und Unterhaltenden für Israeliten* 5 (1845), S. 7-23 – der Beitrag war mir bislang nicht zugänglich.
- 20 Bernhard Brillling, *Geschichte der Juden in Breslau von 1454-1702*, Stuttgart 1960, S. 77 (Anm. 1). Brillling schreibt ausdrücklich, dass Landsbergers Aufsatz von 1883 die erste Arbeit zur Geschichte der Juden in Breslau gewesen sei.
- 21 Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.
- 22 Ludwig Oelsner, *Schlesische Juden im Mittelalter*, Breslau 1854 (21 S.) – dieser Text war mir bislang nicht zugänglich; es handelt sich allem Anschein nach um einen Sonderdruck aus dem *Jahrbuch für Israeliten* – Heitmann/Reinke, Bibliographie, S. 31, Nr. 0191, geben an: *Deutscher Volkskalender für Israeliten auf das Jahr 1855 (Jahrbuch)* 2 (1854), S. 111-120.
- 23 Ludwig Oelsner, *Schlesische Urkunden zur Geschichte der Juden im Mittelalter*, in: *Archiv für Kunde österreichischer Geschichts-Quellen* 31 (1864), S. 57-144; auch als Sonderdruck erschienen, Wien 1864.
- 24 Colmar Grünhagen, [Ergänzung zu] Ludwig Oelsner, *Schlesische Urkunden zur Geschichte der Juden im Mittelalter*, in: *Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens* 6 (1865/66), S. 369-379.
- 25 Otto Stobbe, *Mittheilungen aus Breslauer Signaturbüchern*, in: *Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens* 6 (1864-1865), S. 335-356; 7 (1866), S. 176-191, 344-362; 8 (1867-1868), S. 151-166, 438-453; 9 (1868-1869), S. 165-181; 10 (1870-1871), S. 192-196 – es handelt sich dabei nicht nur um Materialien, die Belange der Juden betreffen, diese nehmen aber darunter einen nicht unbedeutenden Platz ein.

Universität, wurde mit seinem 1866 veröffentlichten Werk über die *Juden in Deutschland während des Mittelalters*²⁶ zum Begründer einer eigenständigen Rechtsgeschichte der Juden in Deutschland. Zu einem nicht unerheblichen Teil stützte er sich dabei auf Beispiele aus Breslau, Glogau, Schweidnitz und anderen schlesischen Städten. Mit dieser Abhandlung hat Stobbe sicherlich Pionierarbeit geleistet, denn – wie er selbst in seiner Vorrede feststellt – waren damals die »Werke über Geschichte der Juden [...] in nicht jüdischen Kreisen so wenig bekannt, daß selbst die Gebildeten [...] über die Geschichte dieses Volks in Deutschland nur unvollkommen unterrichtet sind.«²⁷

Eine absolute Besonderheit in der schlesischen Historiografie des 19. Jahrhunderts bildete kurze Zeit später die über hundert Seiten starke Darstellung des geschichtsbewussten Glogauer Bürgermeisters Robert Berndt über die Geschehnisse der Juden in dieser Stadt²⁸, in der er die reichen einschlägigen Urkunden, Stadtbücher, Chroniken und Akten im dortigen Stadtarchiv, aber auch ergänzende Stücke aus dem Provinzialarchiv in Breslau intensiv auswertete. Ungeachtet der Tatsache, dass das inhaltsreiche Werk ohne Anmerkungsapparat geblieben ist und die Quellentexte zumeist paraphrasierend wiedergibt, ist es bis heute von hohem Wert, da die Bestände des Glogauer Stadtarchivs seit 1945 zum größten Teil verschollen und vermutlich vernichtet sind.

Berndts Arbeit war für längere Zeit der letzte größere, weiterführende Beitrag christlicher Autoren zur Historiografiegeschichte des Judentums in Schlesien, von nun an dominierten eindeutig Forschungen jüdischer Wissenschaftler. Diese Tatsache ist aufs Engste mit dem Umstand verbunden, dass in Breslau mit dem 1854 gegründeten Jüdisch-Theologischen Seminar Fraenckel'scher Stiftung²⁹ eine Ausbildungsstätte von weit überregionaler Bedeutung zur Verfügung stand, in der herausragende Gelehrte wie Zacharias Frankel (1801-1875) und vor allem Heinrich Graetz (1817-1891)³⁰, einer der Hauptvertreter der jüdischen

26 Otto Stobbe, *Die Juden in Deutschland während des Mittelalters* in politischer, sozialer und rechtlicher Beziehung, Braunschweig 1866. Zu Leben und Werk Stobbes siehe zuletzt Bettina Scholze, *Otto Stobbe (1831-1887). Ein Leben für die Rechtsgermanistik*, Berlin 2002; ferner Guido Kisch, *Otto Stobbe und die Rechtsgeschichte der Juden*, in: *Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik* 9 (1938), S. 1-41.

27 Stobbe, *Die Juden*, S. VII.

28 R[obert] Berndt, *Geschichte der Juden in Gross-Glogau, Glogau 1873*; dem Mittelalter sind darin 14 Seiten gewidmet.

29 Zur Geschichte dieses Instituts siehe vor allem M[arkus] Brann, *Geschichte des Jüdisch-Theologischen Seminars (Fraenckel'sche Stiftung) in Breslau*. Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum der Anstalt, Breslau 1904; Guido Kisch (Hrsg.), *Das Breslauer Seminar. Jüdisch-theologisches Seminar (Fraenckelscher Stiftung) in Breslau 1854-1938*. Gedächtnisschrift, Tübingen 1963.

30 Siehe die Lebensabrisse von Graetz durch Felix Priebsatsch, in: Friedrich Andreae/Max Hippe/Paul Knötel/Otfried Schwarzer (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 2: Schlesier des 18. und 19. Jahrhunderts, Breslau 1926, S. 286-290; Nils Römer, Heinrich Graetz (1817-1891), in: Arno Herzog (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 8: Schlesier

Universalgeschichte, tätig waren. Zwar hat Graetz in seiner viel diskutierten und mehrfach aufgelegten elfbändigen *Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart* verständlicherweise auf die Entwicklung in Schlesien nur in geringem Maße Bezug genommen und sich dabei ausschließlich auf gedruckte Quelleneditionen³¹ und Sekundärliteratur gestützt, seine Lehr- und Forschungstätigkeit wirkte aber zweifellos beispielgebend. Dass dies bereits für den ersten hier zu nennenden Autor, Joseph Landsberger, gegolten hat, ist zumindest naheliegend, denn dessen wichtigster Beitrag, ein Überblick über die mittelalterliche Geschichte der Breslauer Juden, erschien 1883 in der vom Breslauer Seminar herausgegebenen *Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums*, einem der zentralen Periodika der »Wissenschaft des Judentums«.³² Weitere kleinere kommentierte Quelleneditionen zum selben Thema ließ der promovierte Historiker ein knappes Jahrzehnt später in der *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* folgen.³³

Ein Schüler von Graetz und seit 1891 dessen Nachfolger auf dem Lehrstuhl für jüdische Geschichte, Bibelexegese und Pädagogik am Breslauer Seminar war Markus Brann (1849-1920), der – trotz aller späteren Ergänzungen und Korrekturen – die bis heute umfassendste und kompakteste Abhandlung über die Geschichte der Juden in Schlesien während des Mittelalters verfasst hat, die in vier Teilen von 1896 bis 1907 erschienen ist.³⁴ In seinem Vorwort gibt Brann an, dass er sich dabei auf eine über 700 Quartseiten starke Sammlung von Quellen-

des 14. bis 20. Jahrhunderts, Neustadt an der Aisch 2004, S. 190-195; Peter Maser, Heinrich Graetz (1817-1891), in: Dietrich Meyer (Hrsg.), *Über Schlesien hinaus. Zur Kirchengeschichte in Mitteleuropa. Festgabe für Herbert Patzelt zum 80. Geburtstag*, Würzburg 2006, S. 250-275; Markus Pyka, *Jüdische Identität bei Heinrich Graetz*, Göttingen 2009.

- 31 Neu scheint bei ihm allerdings die Berücksichtigung der jüdischen Responenliteratur zu sein, die den christlichen Verfassern aus sprachlichen Gründen nicht zugänglich war; siehe beispielsweise Heinrich Graetz, *Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart*, Bd. 8: Dritter Zeitraum. Vierte Periode. [I.] Epoche des gesteigerten Elends und Verfalles, Leipzig [1890], S. 195f. (Anm. 29-32).
- 32 J[oseph] Landsberger, *Die Juden in Breslau*, Abschnitt I. (Bis zur großen Verfolgung im Jahre 1349), in: *Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums* 32 (1883), S. 543-563. Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.
- 33 J[oseph] Landsberger, *Kleine Beiträge zur Geschichte der Juden in der Stadt Breslau (1347 und 1351)*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 5 (1892), S. 271-273; ders., *Mitteilungen aus den Breslauer Stadt-, Schöppen- und Rechnungsbüchern im 14. und 15. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 5 (1892), S. 376-381; ders., *Juden als Grundbesitzer in Schlesien nach 1349*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 5 (1892), S. 390-392.
- 34 M[arkus] Brann, *Geschichte der Juden in Schlesien*; T. 1: Breslau 1896; T. 2: Von 1335-1400, Breslau 1897; T. 3: Von 1400-1437, Breslau 1901; T. 4: Von 1437 bis 1526, Breslau 1907 (zwei weitere Teile, der Epoche bis zum Ende der habsburgischen Herrschaft in Schlesien gewidmet, erschienen ebenfalls in Breslau zwischen 1910 und 1917; alle Teilbände jeweils als Jahres-Bericht des jüdisch-theologischen Seminars Fränckel'scher Stiftung). Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

und Literaturabschriften von Dr. Hermann Kohn (1843-1870), eigene jahrelange Archivrecherchen und die seit 1870 veröffentlichte neuere Literatur »auf dem Gebiete der Provinzial- und Localgeschichte« Schlesiens gestützt habe. Der außerordentlich detailreiche Text ist sorgfältig und umfassend dokumentiert, in mehreren Anhängen werden eine Vielzahl von Quellenmaterialien – darunter auch einige in hebräischer Sprache – ediert und umfangliche Verzeichnisse zusammengestellt. Während der Arbeit an diesem seinem Hauptwerk, neben dem er noch eine große Zahl weiterer Veröffentlichungen³⁵ vorlegte, wurde Brann im Rahmen der 1902 gegründeten »Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums« zum Initiator des ambitionierten Forschungsvorhabens *Germania Judaica*. Dabei handelte es sich um ein historisch-topografisches Nachschlagewerk zur jüdischen Geschichte im Deutschen Reich von den Anfängen bis zum Wiener Kongress von 1815, in dem in einzelnen, umfassend dokumentierten und kommentierten Artikeln sämtliche Ortschaften aufgenommen werden sollten, an denen jemals Juden ansässig gewesen waren.³⁶ Für den ersten Band, der bis zum Jahr 1238 reichen sollte, verfasste Brann selbst nahezu alle schlesischen Ortsartikel. Allerdings konnte er nur noch das Erscheinen des ersten Teilbandes (für die Buchstaben A bis L) 1917 erleben, der Druck des zweiten Teils verzögerte sich bis 1934.³⁷

In seiner *Geschichte der Juden in Schlesien* sollte naturgemäß die Entwicklung »in der heutigen preussischen Provinz Schlesien« dargestellt werden, aber als exaktem Wissenschaftler war es Brann selbstverständlich bewusst, dass er aus Gründen des historischen Zusammenhangs »[ü]ber diesen Rahmen« hinaus »auch die südöstlichen Landschaften (Auschwitz, Zator, Teschen, Troppau, Jägerndorf), die zu Ober-Schlesien gerechnet wurden und unter habsburgischer Herrschaft geblieben sind«³⁸, berücksichtigen musste. Diese komplexen historischen Zusammenhänge und Interdependenzen waren auf der anderen Seite aber auch der Grund dafür, dass die Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien nicht nur bei deutschen Wissenschaftlern Interesse fand, sondern auch in dessen Nachbarländern. Schon 1895 hatte der mährische Politiker

35 Ein besonderes Interesse widmete er u. a. der Erforschung neu gefundener Grabsteine; siehe Markus Brann, Ein neuer Grabsteinfund in Breslau, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 62 (1918), S. 97-107; ders., Ein Breslauer Grabdenkmal aus dem Jahr 1203, in: Schlesische Geschichtsblätter (1919) 1, S. 11-16. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf Hermann Markgraf, Der älteste Judenkirchhof in Breslau, in: ders., Kleine Schriften zur Geschichte Schlesiens und Breslaus, Breslau 1915, S. 176-190.

36 Siehe Norbert Conrads, Die verlorene Germania Judaica – Ein Handbuch- und Autorenchicksal im Dritten Reich, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 15 (2007), S. 215-254.

37 *Germania Judaica*, Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis 1238, 2 Teilbde., hrsg. von Markus Brann/Aron Freimann/Ismar Elbogen/H. Tykocinsky, Frankfurt a. M. 1917/Breslau 1934, ND Tübingen 1963.

38 Brann, *Geschichte*, Vorwort, o. Pag.

und Historiker Christian Ritter d'Elvert (1803-1896) Materialien zu einer Geschichte der Juden in Mähren und Österreichisch-Schlesien zusammengetragen, in denen allerdings jene Abschnitte, die Schlesien (insgesamt) betrafen, nahezu ausschließlich auf seinen Literaturrecherchen basierten.³⁹ Ein gutes Jahrzehnt später veröffentlichten zwei Prager Historiker, der Kaufmann und Industrielle Gottlieb (Bohumil) Bondy (1832-1907) und der Direktor des Landesarchivs in Prag Franz Dworsky (František Dvorský, 1839-1907), eine umfangreiche – wenn auch nicht recht geglückte – Quellensammlung zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien, deren erster Teil dem Zeitraum von 906 bis 1576 gewidmet war.⁴⁰ In den Blickpunkt der Forschung zu den Juden in Polen wurde Schlesien durch die Arbeiten des aus Brody in Galizien gebürtigen Wiener Historikers, Kaufmanns und Beamten der Länderbank Hermann Sternberg (ca. 1826-1886) gerückt, der u. a. auf die Verwandtschaft der schlesischen und der großpolnischen Judenprivilegien aus dem 13. Jahrhundert hinwies.⁴¹ Seine diesbezüglichen Angaben ergänzte einige Jahre später der aus Ostoberschlesien stammende Posener Rabbiner Philipp Bloch (1841-1923).⁴² Weit wichtiger wurden allerdings die Forschungen des bedeutenden galizischen Wirtschaftshistorikers Ignacy Schiper (1884-1943), der in seinem bereits 1911 veröffentlichten Frühwerk über die Wirtschaftsbeziehungen der Juden in Polen während des Mittelalters in erheblichem Maße auf schlesische Quellen zurückgriff.⁴³

39 Christian d'Elvert, Zur Geschichte der Juden in Mähren und Österr.-Schlesien mit Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn überhaupt und die Nachbarländer, Brünn 1895; zu Schlesien siehe insb. S. 115-133.

40 Gottlieb Bondy/Franz Dworsky, Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien von 906-1620, T. 1: 906-1576, Prag 1906; zgl. Bohumil Bondy/František Dvorský, K historii Židů v Čechách, na Moravě a v Slezsku, t. I (906-1576), Praha 1906 (für Schlesien weitestgehend auf älteren Editionen und Darstellungen fußend).

41 Hermann Sternberg, Versuch einer Geschichte der Juden in Polen seit deren Einwanderung in dieses Land (um das IX. Jahrhundert) bis zum Jahre 1848, 1. Teil, Wien 1860; in stark überarbeiteter Fassung ders., Geschichte der Juden in Polen unter den Piasten und den Jagiellonen, nach polnischen und russischen Quellen bearbeitet, Leipzig 1878. Siehe Wyrozumski, Dzieje Żydów, S. 4. Für die Auskunft zum Lebenslauf von Sternberg danke ich herzlich Frau Dr. Anna L. Staudacher von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Biographische Sammlung der Austrian Jewish Biography beim Österreichischen Biographischen Lexikon).

42 Philipp Bloch, Die General-Privilegien der polnischen Judenschaft, in: Zeitschrift der historischen Gesellschaft für die Provinz Posen 6 (1891), S. 69-104, 139-174, 387-416; auch als Sonderdruck erschienen, Posen 1892; Biogramm von Bloch in: Michael Brocke/Julius Carlebach (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 2: Die Rabbiner im Deutschen Reich 1871-1945, bearb. v. Katrin Nele Jansen/Jörg H. Fehrs/Valentina Wiedner, München 2009, S. 86-89, Nr. 2037.

43 Ignacy Schiper, Studia nad stosunkami gospodarczymi Żydów w Polsce podczas średniowiecza, Lwów 1911 (jiddische Ausg.: Di virthaftsgeshikhte fun di Yidn in Poynln beysn Mitlalter, Varshe 1926); Biogramm von Schiper (auch »Schipper«) in: Polski Słownik Biograficzny 35 (1994), S. 506-508.

In der Zwischenkriegszeit intensivierten sich die Forschungen zur Geschichte der Juden, wenngleich manche der Arbeiten aufgrund der Verfolgungen durch die Nationalsozialisten und den Beginn des Zweiten Weltkrieges erst Jahrzehnte nach ihrer Entstehung veröffentlicht worden sind. Erstmals wurden jetzt auch akademische Qualifikationsarbeiten zu diesem Bereich erstellt, darunter auch zu mittelalterlichen Themen. Den Beginn machte Daniel Lewin (1901-?), der 1923 an der Breslauer Universität mit einer Dissertation zur Entwicklung des sogenannten Judeneides in Schlesien⁴⁴ zum Dr. jur. promoviert wurde; später wurde Lewin am Breslauer Jüdisch-Theologischen Seminar auch zum Rabbiner ordiniert. Ein knappes Jahrzehnt danach war der Breslauer Doktorand Werner Hayek (1910-1996) mit der Erstellung einer Dissertation über die mittelalterliche Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Löwenberg befasst, als er sich infolge der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zur Emigration nach Palästina entschloss. Ein bereits abgeschlossenes umfangreiches Kapitel über die Löwenberger Juden nahm er mit sich und veröffentlichte es kurz vor seinem Tode als Aufsatz.⁴⁵ Die 1935 von Franz Rosenthal am Jüdisch-Theologischen Seminar eingereichte Diplomarbeit über *Die ältesten Judenansiedlungen in Schlesien* gelangte mit anderen Bibliotheksbeständen des 1938 aufgelösten Seminars nach Kriegsende an das 1947 gegründete Jüdische Historische Institut (Żydowski Instytut Historyczny) in Warschau (Warszawa). 1960 wurden die Hauptkapitel dieser Untersuchung in polnischer Übersetzung in dem vom Institut herausgegebenen Periodikum publiziert.⁴⁶ Diese Untersuchungen sind deshalb bis heute von mehr als nur historiografischer Bedeutung, weil in ihnen teilweise Archivmaterial ausgewertet wurde, das inzwischen verloren ist. Vergleichbares gilt für einige kurze Artikel, in denen sich der Archivar am Breslauer jüdischen Gemeindearchiv, Bernhard Brilling (1906-1987), mittelalterlichen Themen widmete. Gedruckt wurden sie in den Spalten der von 1924 bis 1937 erschienenen *Jüdischen Zeitung für Ostdeutschland* oder in deren Beilagen.⁴⁷ Auch die aus einem antisemitischen Geist heraus verfassten Abhandlungen von Gustav Helmrich und Max Strecker über die Geschichte der Juden in Liegnitz

44 Daniel Lewin, Zur Entwicklung des »Judeneides« in Schlesien, Breslau 1923 (ein Exemplar ist in der Bibliothek des Herder-Instituts in Marburg vorhanden). Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

45 Werner Hayek, Geschichte der Juden in Löwenberg/Schlesien (bis 1453), in: Aschkenas 6 (1996) 2, S. 295-351. Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

46 Franciszek Rosenthal, Najstarsze osiedla żydowskie na Śląsku, aus dem Deutschen übers. v. Danuta Dąbrowska, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 34 (1960), S. 3-27 (ebenfalls in hebr. Übers. abgedr. in: Bleter far Geszichte. Tzeitsrif fun Jidish Historisn Institut in Poilin 14 (1961), S. 3-26). Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

47 Siehe die Bibliografie der Veröffentlichungen von Brilling aus den Jahren 1928 bis 1968 in: Theokratia. Jahrbuch des Institutum Judaicum Delitzschianum 1 (1967-1969), S. 195-223. Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

bzw. Brieg aus dem Jahre 1938 fußen teilweise auf heute nicht mehr zugänglichen Quellen.⁴⁸

Wie stets boten auch in diesem Zeitraum Jubiläen Anlass zu Rückblicken, in denen mitunter bis auf das Mittelalter zurückgegriffen wurde, so bei der Hundertjahrfeier der Liegnitzer jüdischen Gemeinde 1912 durch den Rabbiner Moritz Peritz (1856-1930),⁴⁹ zehn Jahre später bei den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der neuen Synagoge in Oppeln durch den Stadtarchivar Alfred Steinert (1880-1963)⁵⁰ und 1926 bei der Zweihundertjahrfeier der Israelitischen Kranken-Verpflegungs-Anstalt durch den Historiker, Schuldirektor und Rabbiner Louis Lewin (1868-1941).⁵¹ Sehr stark hypothetischen Charakter trägt eine 1937 erschienene Abhandlung des Architekten und Synagogenforschers Alfred Grotte (1872-1943), in der dieser Spuren älterer Synagogen in verschiedenen schlesischen Kirchen nachweisen zu können glaubte⁵² – eine Mutmaßung, die von der traditionellen Geschichtsforschung wohl zu Recht äußerst skeptisch betrachtet wurde.⁵³ Zu Grottes Kritikern zählte nicht zuletzt der Breslauer Historiker Willy Cohn (1888-1941), der in den Jahren 1939 bis 1941 für den seit 1936 in Arbeit befindlichen zweiten Band der *Germania Judaica* (für den Zeitraum von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts) eine Reihe von Artikeln vor allem zu schlesischen Ortschaften vorbereitete. Diese sind allerdings vor der Drucklegung verloren gegangen – einzig der gehaltvolle Artikel »Breslau« blieb als Durchschlag im Diözesanarchiv Breslau erhalten und wurde kürzlich von Norbert Conrads ediert.⁵⁴

Auch in Schlesiens Nachbarterritorien erlebte die Geschichtsforschung zu den Juden während der beiden Jahrzehnte zwischen den Weltkriegen eine kurze Blütezeit, wobei auch für die Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien interessante Erträge zu verzeichnen waren. So edierte der mährische Historiker und Archivar Bertold Bretholz (1862-1936) 1935 ein umfangreiches

48 Gustav Helmrich, Geschichte der Juden in Liegnitz, Liegnitz 1938; Max Strecker, Die Juden zu Brieg. Ein Beitrag zur Heimatgeschichte, Brieg 1938.

49 Moritz Peritz, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde in Liegnitz. Ein Beitrag zur Hundertjahrfeier am 27. November 1912, Liegnitz 1912. Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

50 Alfred Steinert, Geschichte der Juden in Oppeln. Fest- und Gedenkschrift der Oppelner Synagogengemeinde zur Erinnerung an das fünfundzwanzigjährige Bestehen der neuen Synagoge, Oppeln 1922.

51 Louis Lewin, Geschichte der israelit. Kranken-Verpflegungs-Anstalt und Beerdigungsgesellschaft zu Breslau 1726-1926, Breslau 1926. Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

52 Alfred Grotte, Synagogenspuren in schlesischen Kirchen, Breslau 1937; bereits früher hatte Grotte eine Arbeit über schlesische Judenfriedhöfe vorgelegt (ders., Alte schlesische Judenfriedhöfe [Breslau und Dyhernfurth], Berlin 1927), in der jedoch nur die Ausführungen zu Breslau, S. 7-10, dem Mittelalter gewidmet sind. Siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

53 Siehe Conrads, Die verlorene Germania Judaica, S. 250 f.

54 Ebd., S. 230-254. Zu Cohn siehe seine Kurzbiografie am Ende des Beitrages.

Regestenwerk mit Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren bis zum beginnenden 15. Jahrhundert, in dem auch das Troppauer Gebiet mit erfasst war.⁵⁵ Bernhard Suler, der zuvor schon mit mehreren Artikeln zum jüdischen Geistesleben in der *Encyclopaedia Judaica* hervorgetreten war, publizierte kurz darauf eine Auswahl von spätmittelalterlichen Responsen, die sich auf das Gebiet des Königreichs Böhmen bezogen und in denen u. a. Beispiele aus Breslau, Schweidnitz und Löwenberg enthalten waren.⁵⁶ Der aus Ostgalizien stammende, später zum Rabbiner in Teschen gewählte Historiker Aron Eisenstein (1902-?) wurde 1929 in Wien mit einer Dissertation über die Stellung der Juden in Polen im 13. und 14. Jahrhundert promoviert.⁵⁷ Wie bei ihm spielten auch in dem Hauptwerk von Ignacy Schiper über den Handel der Juden in den polnischen Gebieten Beispiele aus Schlesien eine wichtige Rolle.⁵⁸ Vergleichbares gilt ferner für die aus einem Vortragszyklus des Krakauer Mediävisten Roman Grodecki (1889-1964) in den Jahren 1936/37 hervorgegangene Synthese der Geschichte der Juden in Polen bis zum ausgehenden 14. Jahrhundert, die allerdings erst nach dem Tode des Verfassers publiziert wurde.⁵⁹

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen, die Ermordung zahlreicher jüdischer Wissenschaftler, die Emigration anderer, die schweren Archivalienverluste, aber auch die langjährigen Schwierigkeiten westlicher Forscher bei der Benutzung der nunmehr in polnischen Besitz übergegangenen Archive und Bibliotheken in Schlesien unterbrachen in Deutschland die Beschäftigung mit der Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien für Jahrzehnte. Zwar widmete sich Bernhard Brillling, der 1939 bei seiner Emigration nach Palästina seine Manuskripte und Quellenabschriften hatte mitnehmen können, auf deren Basis nach seiner Rückkehr nach Münster 1957 auch wieder Themen der schlesischen Geschichte, doch befasste er sich vornehmlich mit der Frühen Neuzeit. Immerhin ging er in seinem Hauptwerk, das auf einem Manuskript von 1938 fußte und sich den jüdischen Gemeinden in Mittelschlesien widmete, auch knapp auf deren Entwicklung im Mittelalter ein.⁶⁰ Der weiteren Mitarbeit am zweiten Band der *Germania Judaica*, für den er bereits vor seiner Emigration einige

55 Bertold Bretholz, Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren vom XI. bis zum XV. Jahrhundert (1067-1411), Prag 1935. Bereits ein Jahr zuvor erschien ders., Geschichte der Juden in Mähren im Mittelalter, Brünn 1934.

56 B[ernhard] Suler, Rabbinische Geschichtsquellen, in: Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik 8 (1936), S. 27-55; 9 (1938), S. 101-170.

57 Aron Eisenstein, Die Stellung der Juden in Polen im XIII. und XIV. Jahrhundert, Cieszyn 1934. Kurzbiografie von Eisenstein in: Karl Walter Neumann/Peter Andraschke (Bearb.), Ostschlesische Porträts. Biographisch-bibliographisches Lexikon von Österreichisch-Ostschlesien, Bd. 2: E-H, Berlin 1996, S. 5f.

58 Ignacy Schiper, Dzieje handlu żydowskiego na ziemiach polskich, Warszawa 1937.

59 Roman Grodecki, Dzieje Żydów w Polsce do końca XIV w., in: ders., Polska piastowska, Warszawa 1969, S. 595-702.

60 Brillling, Die jüdischen Gemeinden. Bereits zuvor hatte er eine Ergänzung zu der Grabsteininschriften-Sammlung von Brann publiziert, siehe Bernhard Brillling, Mit-

wenige Artikel zu schlesischen Gemeinden geschrieben hatte, entzog er sich aber wohl aus grundsätzlichen Erwägungen, sodass der Herausgeber Zvi Avneri (Hans Lichtenstein, 1901-1967) die meisten Texte selbst verfassen musste.⁶¹ Für den dritten Band stand Brillling dann wieder als Hauptverfasser der schlesischen Ortsartikel zur Verfügung.⁶² Auch im Polen der Nachkriegszeit war, wenngleich wohl teilweise aus anderen Gründen, das Interesse an der mittelalterlichen jüdischen Geschichte in der *Polonia* recht gering – mit Ausnahme von allgemeinen, zusammenfassenden Quellenübersichten.⁶³

Ein deutlicher Wandel, und zwar sowohl in Deutschland als auch vor allem in Polen,⁶⁴ setzte in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre ein. Begünstigt durch den kurz darauf erfolgenden weltpolitischen Wandel von 1989/90, die wechselseitige Öffnung der deutschen und der polnischen Schlesienforschung, die gegenseitigen Kontakte und Kooperationen ist es zu einer außerordentlichen Intensivierung der Forschung zur Geschichte der Juden in Schlesien – natürlich häufig auch zeitlich übergreifend und nicht auf das Mittelalter beschränkt – gekommen, die ungebrochen bis heute anhält. Fußten die meisten Beiträge zweier Breslauer Tagungen zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Schlesien (*Z dziejów ludności żydowskiej na Śląsku*) in den Jahren 1988 und 1990⁶⁵ noch

relaterliche jüdische Grabsteine aus Schlesien (Breslau–Brieg), in: *Theokratia* 1 (1967-69), S. 88-96.

- 61 Siehe dazu Conrads, *Die verlorene Germania Judaica*, S. 225f.; *Germania Judaica*, Bd. 2: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, 2 Teilbd., hrsg. v. Zvi Avneri, Tübingen 1968.
- 62 *Germania Judaica*, Bd. 3: 1350-1519. 1. Teilbd.: Ortschaftsartikel Aach-Lychen; 2. Teilbd.: Ortschaftsartikel Mährisch-Budwitz–Zwolle; 3. Teilbd.: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, hrsg. v. Arye Maimon/Mordechai Breuer/Yacov Guggenheim, Tübingen 1987-2003; der Gebietsartikel »Schlesien« in Teilbd. 3, S. 2004-2012, stammt aus der Feder des Autors.
- 63 Franciszek Kupfer/Tadeusz Lewicki, *Źródła hebrajskie do dziejów Słowian i niektórych ludów środkowej i wschodniej Europy: wyjątki z pism religijnych i prawniczych XI – XIII w.*, Wrocław/Warszawa 1956; Marian Gumowski, *Monety hebrajskie za Piastów*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 41 (1962), S. 3-19; 42 (1962), S. 3-44; Stawiarski, *Z historiografii Żydów śląskich*, S. 124f., erwähnt eine bei der Breslauer Mediävistin Ewa Maleczyńska (1900-1972) verfasste Magisterarbeit zu den schlesischen Juden im 14. und 15. Jahrhundert, die allerdings ungedruckt geblieben ist: H. Mirek, *Żydzi śląscy w XIV i XV wieku. Praca magisterska*, Wrocław 1965.
- 64 Siehe neben den in Anm. 4 genannten Aufsätzen auch Hugo Weczerka, *Juden in Schlesien. Ein Literaturbericht*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 47 (1998), S. 70-81; Peter Chmiel, *Contemporary German Research on the History of Upper-Silesian Jews*, in: Marcin Wodziński/Janusz Spyra (Hrsg.), *Jews in Silesia, Cracow 2001*, S. 423-430; sowie Marcin Wodziński, *Recent Developments in the Historiography of Silesian Jews*, in: *Polin. Studies in Polish Jewry* 14 (2001), S. 339-351.
- 65 Mittelalterlichen Themen widmeten sich Kazimierz Bobowski, *Ze studiów nad prześladowaniami i pogromami Żydów w Śląsku w dobie średniowiecza*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 44 (1989) 1, S. 5-11; Jan Drabina, *Kościół wobec Żydów na średniowiecznym Śląsku*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 44 (1989) 1, S. 13-33; Mateusz Goliński/Leszek Ziątkowski, *Średniowieczne cmentarze*

vornehmlich auf der älteren Literatur, so sind danach in immer stärkerem Maße auch genuine Forschungen auf der Basis intensiver Archivrecherchen sowie zusammenfassende Arbeiten⁶⁶ und neue Beiträge in einer vormals nicht erreichten Dichte und von einer deutlich größeren Zahl von Historikerinnen und Historikern erschienen, die sich einzelnen Orten (z. B. Breslau,⁶⁷ Glogau,⁶⁸ Liegnitz,⁶⁹ Oppeln,⁷⁰ Schweidnitz⁷¹), Regionen (Oberschlesien,⁷² Österreichisch-Schle-

żydowskie we Wrocławiu, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 44 (1989) 1, S. 35-43; Mateusz Goliński, Miejsce Żydów w gospodarce trzynastowiecznego Wrocławia, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 46 (1991) 2, S. 127-138; Marian Ptak, Źródła prawa określające status ludności żydowskiej na Śląsku do 1742 r., in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 46 (1991) 2, S. 139-149; siehe ferner ähnlich Jerzy Hauziński, Początki osadnictwa żydowskiego na Śląsku w wiekach średnich, in: Kazimierz Bobowski (Hrsg.), *Źródłoznawstwo i studia historyczne*, Wrocław 1989, S. 95-102. Bereits einige Jahre früher erschien Stanisław Gawlik, *Ludność żydowska w Brzegu od XIV w. do 1942 r.*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 36 (1986), S. 19-33.

66 Siehe Sławomir Witkowski, *Osadnictwo żydowskie na Śląsku do końca XVI wieku*, in: Dariusz Rozmus/Sławomir Witkowski (Hrsg.), *Z dziejów Żydów w Zagłębiu Dąbrowskim*, Sosnowiec 2006, S. 9-27; ders., *Żydzi na ziemiach polskich w średniowieczu: z uwzględnieniem Śląska i Pomorza Gdańskiego*, Olkusz 2007; Rafał Witkowski, *Jews in Medieval Poland: Culture, Religion and Language as Reflected in Sources*, in: *Studia Historica Slavo-Germanica* 28 (2008/09), S. 87-139.

67 Leszek Ziątkowski, *Dzieje Żydów we Wrocławiu*, Wrocław 2000 (dt. Ausg.: *Die Geschichte der Juden in Breslau*, übers. v. Barbara Kocowska, Wrocław 2000); Mateusz Goliński, *Wrocławskie spisy zastawów, długów i mienia żydowskiego. Studium z historii kredytu i kultury materialnej*, Wrocław 2006.

68 Franz D. Lucas/Margret Heitmann, *Stadt des Glaubens. Geschichte und Kultur der Juden in Glogau*, Hildesheim/Zürich/New York 1991; Janusz Chutkowski, *Dzieje Gminy Żydowskiej w Głogowie. The History of the Jewish Community in Głogów*, Głogów 1993; Jarosław Kuczer, *Osadnictwo żydowskie w księstwie głogowskim w świetle procesów społeczno-ekonomicznych Europy doby średniowiecza*, in: Jarosław Dudek/Daria Janiszewska/Urszula Świdarska-Włodarczyk (Hrsg.), *Europa Środkowo-Wschodnia. Ideologia, historia a społeczeństwo. Księga pamiątkowa poświęcona pamięci profesora Wojciecha Peltza*, Zielona Góra 2005, S. 485-499.

69 Mateusz Goliński, *Jews in Medieval Legnica – Their Location in the Municipal Area*, in: *Wodziński/Spyra, Jews in Silesia*, S. 17-32.

70 Maciej Borkowski, *Stan badań nad historią Żydów w Opolu*, in: *Studia Śląskie* 62 (2003), S. 217-226.

71 Mateusz Goliński, *Ze studiów nad Żydami świdnickimi w średniowieczu*, in: Krystyn Matwijowski (Hrsg.), *Z historii ludności żydowskiej w Polsce i na Śląsku*, Wrocław 1994, S. 11-31.

72 Peter Maser/Adelheid Weiser, *Juden in Oberschlesien. T. 1: Historischer Überblick. Jüdische Gemeinden (I)*, Berlin 1992; Zofia Kowalska, *Die jüdische Bevölkerung in den oberschlesischen Städten des Mittelalters*, in: Thomas Wünsch (Hrsg.), *Stadtgeschichte Oberschlesiens. Studien zur städtischen Entwicklung und Kultur einer ostmitteleuropäischen Region vom Mittelalter bis zum Vorabend der Industrialisierung*, Berlin 1995, S. 75-92; dies., *Die Anfänge der jüdischen Ansiedlung in Oberschlesien im 12. und 13. Jahrhundert*, in: *Oberschlesisches Jahrbuch* 14/15 (1998/99), S. 13-29; Dariusz Walerjański, *Z dziejów Żydów na Górnym Śląsku do 1812 roku*, in: *Orbis Interior. Pismo Muzealno-Humanistyczne* 5 (2005), S. 27-39; Sławomir Witkowski, *Początki*

sien⁷³), Themen (Friedhöfe und Grabinschriften,⁷⁴ Judenschutzpolitik⁷⁵) oder Ereignissen (Pogrome und Verfolgungen,⁷⁶ Juden als »Landwirte«⁷⁷) widmen. All diese Texte vertieften die Kenntnisse über die Geschichte der Juden im mit-

- osadnictwa żydowskiego nad Przemszą i Brynicą, in: Dariusz Rozmus/Sławomir Witkowski (Hrsg.), *Z dziejów Żydów w Zagłębiu Dąbrowskim*, Sosnowiec 2006, S. 28-36.
- 73 Janusz Spyra, *Żydowskie gminy wyznaniowe na Śląsku Austriackim (1742-1918)*, Katowice 2009 (mit Hinweisen zur mittelalterlichen Geschichte einzelner Judengemeinden); siehe auch ders., *Żydzi w Opawie (do 1848 r.)*, in: Opawa. Sborník k dějinám města 2 (2000), S. 15-26; ders., *Židé ve starém Krnově*, in: Sborník bruntálského muzea (2000), S. 15-24; ferner Erich Šefčík, *Židovští obchodníci s mincovním kovem ve Slezsku v době pozdního středověku*, in: Janusz Spyra/Marcin Wodziński (Hrsg.), *Židé ve Slezsku. Studie k dějinám Židů ve Slezsku*, Český Těšín 2001, S. 52-56.
- 74 Paweł Fijałkowski, *Najstarsze zabytki żydowskiej sztuki nagrobnej w Polsce*, in: *Studia Historyczne* 31 (1989), S. 3-16; Marcin Wodziński, *O »średniowiecznych« macewach z Cieszyna*, in: *Annales Silesiae* 22 (1992), S. 104-114; ders., *Średniowieczne macewy ze Świdnicy*, in: *Rocznik Świdnicki* (1992), S. 76-84; ders., *Średniowieczny cmentarz żydowski we Wrocławiu*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 49 (1994) 3-4, S. 341-344; ders., *Hebrajskie inskrypcje na Śląsku XIII-XVIII wieku*, Wrocław 1996; ders., *Najstarszy żydowski nagrobek na Śląsku. Reinterpretacja*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 59 (2004) 4, S. 583-589.
- 75 Zofia Kowalska, *Die großpolnischen und schlesischen Judenschutzbriefe des 13. Jahrhunderts im Verhältnis zu den Privilegien Kaiser Friedrichs II. (1238) und Herzog Friedrichs II. von Österreich (1244)*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 47 (1998), S. 1-20; Andreas Hanslok, *Die landesherrliche und kommunale Judenschutzpolitik während des späten Mittelalters im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Ein Vergleich der Entwicklungen am Beispiel schlesischer, brandenburgischer und rheinischer Städte*, Berlin 2000; Jürgen Bürstenbinder, *Judenschutz und Eigentum. Auseinandersetzungen um Juden an der Ostgrenze des Römisch-Deutschen Reiches im 13. und 14. Jahrhundert*, Saarbrücken 2010.
- 76 Marek Cetwiński, *Pogromy Żydów na Śląsku w XIV-XV wieku. Narodziny antysyemiczkiej stereotypów*, in: *Biuletyn Instytutu Filozoficzno-Historycznego WSP w Częstochowie* 5 (1994) 2, S. 8-19; Heidemarie Petersen, *Die Predigtstätigkeit des Giovanni di Capistrano in Breslau und Krakau 1453/54 und ihre Auswirkungen auf die dortigen Judengemeinden*, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit*, Hamburg 2003, S. 22-29; Bożena Wyrozumska, *Relacja o pogromie Żydów wrocławskich w 1453 roku*, in: *Roczniki Historyczne* 69 (2003), S. 189-194; Marek Derwich, *Jean Capistran et les Juifs: exemple de Silésie*, in: Michel Dmitriev/Daniel Toller/Élisabeth Teiro (Hrsg.), *Les Chrétiens et les Juifs dans les sociétés de rites grec et latin: Approche comparative: Actes du colloque organisé les 14-15 juin 1999 à la Maison des Sciences de l'Homme (Paris)*, Paris 2003, S. 59-75; Hanna Zaremska, *Zmowa śląskich Żydów*, in: Wojciech Brojer (Hrsg.), *Źródło: teksty o kulturze średniowiecza ofiarowane Bronisławowi Geremkowi*, Warszawa 2003, S. 135-162; Hermina Joldersma, *Specific of Generic »Gentile Tale« Sources on the Breslau Host Desecration (1453) Reconsidered*, in: *Archiv für Reformationsgeschichte* 95 (2004), S. 6-33; in größerem Zusammenhang Miri Rubin, *Gentile Tales. The Narrative Assault on Late Medieval Jews*, New Haven 1999, insb. S. 119-126.
- 77 Dariusz Walerjański, *Żydzi rolnicy – nieznanymi epizodami z dziejów Żydów śląskich w średniowieczu*, in: Wojciech Mielewczyk/Urszula Siekacz (Hrsg.), *Żydzi na wsi polskiej: sesja naukowa, Szreniawa, 26-27 czerwca 2006, Szreniawa 2006*, S. 12-23.

telalterlichen Schlesien in erheblichem Maße, warfen teilweise aber auch neue Fragen auf. Ein Ende dieser »Welle« ist noch nicht abzusehen.

Kurzbiografien

Markus Mordechai Brann, geb. 1849 in Rawitsch (Prov. Posen), gest. 1920 in Breslau; Theologie- und Geschichtsstudium an der Universität Breslau sowie am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau, 1873 Promotion zum Dr. phil. an der dortigen Universität, 1875 Rabbinerexamen, nach Tätigkeiten in Breslau, Berlin und Pleß seit 1891 Inhaber des Lehrstuhls für Bibelexegese, jüdische Geschichte und Pädagogik am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau, 1914 Verleihung des Professorentitels.⁷⁸

Bernhard Brilling, geb. 1906 in Tremessen (Prov. Posen), gest. 1987 in Münster (Westf.); Studium der klassischen Sprachen, Geschichte und Nationalökonomie an den Universitäten Berlin und Breslau und gleichzeitig Besuch der dortigen Rabbinerseminare, 1932 Rabbinerexamen, Promotionsabschluss verwehrt, Archivar am jüdischen Gemeindearchiv in Breslau, 1939 Emigration nach Palästina, verschiedene Tätigkeiten, zuletzt als Archivar in Tel Aviv, 1957 Rückwanderung nach Münster, 1958 Promotion zum Dr. phil. an der dortigen Universität, Leiter der Abt. zur Geschichte der Juden in Deutschland am Institutum Judaicum Delitzschianum, seit 1979 Honorarprofessor an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Sein Nachlass befindet sich im Archiv des Jüdischen Museums der Stadt Frankfurt am Main.⁷⁹

Willy Cohn, geb. 1888 in Breslau, gest. 1941 in Kaunas (Litauen); Geschichtsstudium an den Universitäten Breslau und Heidelberg, 1910 Promotion zum Dr. phil. an der Universität Breslau, Weltkriegsteilnehmer, seit 1919 Lehrer am Johannesgymnasium in Breslau, 1933 Entlassung aus dem Schuldienst, 1941 Deportation und Ermordung. Sein Nachlass befindet sich in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem.⁸⁰

Alfred Grotte, geb. 1872 in Prag, gest. 1943 im KZ Theresienstadt; Studium in Wien, Diplom 1897, 1904-1919 Tätigkeit in Posen als Architekt und Lehrer, Studium in Danzig an der Technischen Hochschule, dort 1914 Promotion zum

78 Brocke/Carlebach (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 2, S. 95-100, Nr. 2049.

79 Peter Freimark/Helmut Richter, (Hrsg.) Gedenkschrift für Bernhard Brilling, Hamburg 1988, passim; Robert Jütte, Die Emigration der deutschsprachigen »Wissenschaft des Judentums«. Die Auswanderung jüdischer Historiker nach Palästina 1933-1945, Stuttgart 1991, S. 196-200.

80 Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941, hrsg. v. Norbert Conrads, Köln u. a. 2006, S. IX-XXX.

Dr.-Ing., seit 1919 in Breslau tätig, bis 1935 Studienrat an der Staatl. Baugewerkschule in Breslau; 1921 Ernennung zum »Pfleger der Kunstdenkmäler der Provinz Schlesien«, Erbauer mehrerer Synagogen. 1942 Deportation. Sein Nachlass befindet sich teils im »Sonderarchiv« Moskau und teils im Leo Baeck Institute, Center for Jewish History in New York.⁸¹

Werner Hayek, geb. 1910 in Breslau, gest. 1996 in Israel; Geschichtsstudium an der Universität Breslau und gleichzeitig Besuch des Jüdisch-Theologischen Seminars, 1933 Emigration nach Palästina, zunächst Arbeit in einem Kibbuz, dann Leiter des Rechnungshofes in Haifa.⁸²

Joseph Landsberger, geb. 1848 in Kurnik (Prov. Posen), gest. nach 1918 (?); Studium der Geschichte an der Universität Göttingen, dort 1878 Promotion zum Dr. phil., Tätigkeit vermutlich in Breslau und (seit 1907?) in Posen. Sein Nachlass befindet sich in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem.⁸³

Daniel Lewin, geb. 1901 in Pinne (Prov. Posen), gest. nach 1978 (?); Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Breslau, dort 1923 Promotion zum Dr. jur., 1924-1926 Religionslehrer in Kattowitz, 1927-1929 Religionslehrer in Breslau, 1928-1930 Besuch des Jüdisch-Theologischen Seminars und Ausbildung zum Rabbiner; 1930-1937 Religionslehrer in Berlin, 1937 Emigration nach England, 1948 nach Kanada; dort als Rabbiner tätig.⁸⁴

Louis Lewin, geb. 1868 in Znin (Prov. Posen), gest. 1941 in Bne Brak (Tel Aviv); Geschichtsstudium an der Universität Heidelberg, dort 1892 Promotion zum Dr. phil., Besuch der Rabbinerschule in Berlin, Tätigkeit als Rabbiner in verschiedenen Gemeinden in der Provinz Posen, seit 1920 in Kattowitz, seit 1925 Direktor der »Erziehungsanstalt für hilfsbedürftige israelitische Kinder« am Rhedigerplatz in Breslau und Rabbiner der dortigen *Abraham Mugdan Synagoge*, 1939 Emigration nach Palästina. Sein Nachlass befindet sich in der Yeshiva University, New York.⁸⁵

81 Nachruf von Kurt Schwerin in: Aufbau 10 (1944), Nr. 49 (8.12.1944), S. 20 Sp. a; Rudolf M. Wlaschek, *Biographia Judaica Bohemiae*, Bd. 1, Dortmund 1995, S. 71.

82 Hayek, *Geschichte der Juden in Löwenberg/Schlesien*.

83 <http://sites.huji.ac.il/cahjp/RP050Landsberger.pdf> [3.11.2011].

84 Alfred Jospe, *Faculty and Students 1904-1938. Biographies and Bibliographies – Verzeichnis der Lehrer und Schüler des Seminars sowie ihrer Schriften 1904-1938*, in: Guido Kisch (Hrsg.), *Das Breslauer Seminar. Jüdisch-theologisches Seminar (Fraenckelscher Stiftung) in Breslau 1854-1938. Gedächtnisschrift*, Tübingen 1963, S. 425; *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, hrsg. v. Werner Röder, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben, München u. a. 1980, S. 440.

85 Ebd., S. 441; Brocke/Carlebach (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Rabbiner*, T. 2, S. 389-391, Nr. 2375.

Ludwig Oelsner, geb. 1831 in Bernstadt, gest. 1910 in Frankfurt am Main; Geschichtsstudium an der Universität Breslau, dort 1853 Promotion zum Dr. phil., 1856-1858 Lehrer an der israelitischen Gemeindeschule in Gleiwitz, seit 1859 Lehrer an der Schule der israelitischen Gemeinde »Philanthropin« in Frankfurt am Main, später Oberlehrer und Professor an der dortigen Wöhlerschule.⁸⁶

Moritz Peritz, geb. 1856 in Breslau, gest. 1930 in Liegnitz; Studium an der Universität Leipzig, dort 1881 Promotion zum Dr. phil., 1877-1884 Besuch des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau und Ausbildung zum Rabbiner, seit 1883 Rabbiner in Liegnitz.⁸⁷

Franz (auch Frank) Rosenthal, geb. 1911 in Beuthen/OS, gest. 1979 in Flossmoor, Cook, Illinois (USA); Studium an den Universitäten in Prag und Breslau, 1934-1939 Besuch des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau und Ausbildung zum Rabbiner, 1938 Rabbiner in Mannheim, 1939 Emigration, seit 1940 als Rabbiner in verschiedenen Gemeinden in den USA tätig.⁸⁸

86 Franz Kössler, Personenlexikon von Lehrern des 19. Jahrhunderts. Berufsbiographien aus Schul-Jahresberichten und Schulprogrammen 1825-1918 mit Veröffentlichungsverzeichnissen, Bd.: Obbarius – Oyen, <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2008/6120> [3.11.2011].

87 Brocke/Carlebach (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 2, S. 473 f., Nr. 2472.

88 Jospe, Faculty and Students, S. 431; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. 1, S. 617; Brocke/Carlebach (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 2, S. 512 f., Nr. 2514.

Neuere deutsche Forschungen zur Geschichte der Juden in Schlesien seit den 1990er-Jahren

In der nachfolgenden Literaturübersicht sind Titel deutscher oder im deutschen Sprachraum sozialisierter Historiker aufgenommen sowie ergänzend solche englischsprachiger Autoren, aber keine in deutscher oder englischer Sprache publizierten Arbeiten polnischer und tschechischer Wissenschaftler sowie – aus sprachlichen Gründen – keine Werke in hebräischer Sprache.* Auch unter diesen Prämissen mussten noch weitere Beschränkungen vorgenommen werden, um das Material nicht ausufern zu lassen. So wurde auf die Verzeichnung von Texten mit eher populärwissenschaftlichem, zusammenfassendem oder berichtendem Charakter verzichtet, wie sie beispielsweise in den Zeitschriften *Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer in Israel* oder *Kulturpolitische Korrespondenz* abgedruckt wurden. Unberücksichtigt blieben auch Abhandlungen, die sich ausschließlich der Interpretation von Werk und Inhalt geistiger oder materieller Erzeugnisse einzelner jüdischer Dichter, Künstler, Musiker, Theologen oder Wissenschaftler aus Schlesien widmen. Eine erneute Aufnahme bereits bei Margret Heitmann und Andreas Reinke oder Marcin Wodziński verzeichneter Titel erschien entbehrlich.¹ Anders als in diesen beiden Bibliografien gehandhabt, werden aber in stärkerem Maße auch räumlich über Schlesien hinausgreifende oder thematisch breiter angelegte Werke erfasst, sofern sie für die Geschichte der Juden in Schlesien wichtiges und weiterführendes Material enthalten.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg waren Forschungen von deutscher Seite zur Geschichte der Juden in Schlesien bis auf wenige Ausnahmen mit dem Namen Bernhard Brillling (1906-1987) verbunden, der als ehemaliger Archivar am jüdischen Gemeindearchiv in Breslau bei seiner Emigration nach Palästina 1939 seine Manuskripte und Quellenabschriften hatte mitnehmen können und der auf dieser Basis vor allem nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1957 zahlreiche Beiträge veröffentlichte.² Erst in den 1980er-Jahren lässt sich ein stärker wachsendes Interesse an dieser Thematik in breiteren Kreisen der

* Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf die weibliche Form verzichtet, der Literaturbericht erfasst selbstverständlich auch die Arbeit von Frauen.

1 Margret Heitmann/Andreas Reinke, *Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien*, 2 Bde., München 1995; Marcin Wodziński, *Bibliography on the History of Silesian Jewry II*. *Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien*, Bd. 2, München u. a. 2004.

2 *Bibliografie der Arbeiten Brillings (bis 1978)* in: *Theokratia. Jahrbuch des Institutum Judaicum Delitzschianum* 1 (1967-69), S. 195-223; 3 (1973-75), S. 263-270; auch die Artikel zu schlesischen Orten in den erst nach Brillings Tod erschienenen beiden ersten Teilbänden der *Germania Judaica*, Bd. 3: 1350-1519. 1. Teilbd.: Ortschaftsartikel Aach-Lychen; 2. Teilbd.: Ortschaftsartikel Mährisch-Budwitz-Zwolle; 3. Teilbd.: Gebiets-

»schlesischen« Geschichtsforschung feststellen.³ Man gewann damit allmählich wieder Anschluss an schon länger bestehende Tendenzen vornehmlich in der allgemeinen sozialgeschichtlichen Forschung. Bereits 1978 hatte sich auf private Initiative hin ein Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden Oberschlesiens⁴ konstituiert, der Kontakte zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat, zur Historischen Kommission zu Berlin, zur Historischen Kommission für Schlesien, zur Stiftung Kulturwerk Schlesien und zum Gerhard-Möbus-Institut für Schlesienforschung an der Universität Würzburg aufnahm. Auch wenn dem Verein keine allzu lange Lebenszeit beschieden war (er wurde bereits 1987 wieder aufgelöst) und die von ihm betriebenen Projekte rasch stecken blieben, ist ihm eine gewisse stimulierende Wirkung nicht abzusprechen. So bildeten die in den Jahren 1979 bis 1981 in Marburg, Köln und Hamburg veranstalteten Kolloquien den Auftakt zu weiteren Tagungen der genannten wissenschaftlichen Einrichtungen zur Geschichte der Juden im ostmitteleuropäischen Raum, mit Referaten auch zu Schlesien⁵ oder zu Epochen der schlesischen Geschichte mit eigenen Beiträgen zu jüdischen Themen.⁶ Weitere Publikationen standen mit wissen-

artikel, Einleitungsartikel und Indices, hrsg. v. Arye Maimon/Mordechai Breuer/Yacov Guggenheim, Tübingen 1987-95, stammen weitgehend aus seiner Feder.

- 3 Interessanterweise in gewisser Parallele zur Entwicklung in Polen; siehe Marcin Wodziński, *Recent Developments in the Historiography of Silesian Jews*, in: *Polin. Studies in Polish Jewry* 14 (2001), S. 339-351.
- 4 Siehe <http://www.uni-heidelberg.de/institute/sonst/aj/VERSCHIE/LUSTIG/einleitung.htm> [28.3.2012]; siehe auch Ernst Lustig, *Verein für die Geschichte der Juden Oberschlesiens. Späte Aufnahme eines Unterfangens*, in: *Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins* 42/44 (1980-82), S. 280-284.; ders., *Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden Oberschlesiens e. V.*, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 20 (1979), S. 276 f.; sowie ders., *Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden Oberschlesiens e. V.*, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 22 (1981), S. 260-262.
- 5 Stefi Jersch-Wenzel, *Die Juden als Bestandteil der oberschlesischen Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: dies. (Hrsg.), *Deutsche – Polen – Juden. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*, Berlin 1987, S. 191-209; Helmut Neubach, *Der Beitrag des ostdeutschen Judentums zur deutschen Politik*, in: Gotthold Rhode (Hrsg.), *Juden in Ostmitteleuropa. Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg*, Marburg/Lahn 1989, S. 115-150.
- 6 Manfred Agethen, *Die Situation der jüdischen Minderheit in Schlesien unter österreichischer und unter preußischer Herrschaft*, in: Peter Baumgart/Ulrich Schmilewski (Hrsg.), *Kontinuität und Wandel: Schlesien zwischen Österreich und Preußen. Ergebnisse eines Symposiums in Würzburg vom 29. bis 31. Oktober 1987*, Sigmaringen 1990, S. 307-331; Christian Andree, *Die Ausschaltung jüdischer Mediziner der Universität Breslau und die Gleichschaltung der Ärzteschaft durch den Reichsärztführer Gerhard Wagner*, in: Lothar Bossle (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien*, Sigmaringen 1989, S. 105-120; Peter Maser, *Oberschlesische Synagogen und ihre Gemeinden*, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 31 (1990), S. 217-238.

schaftlichen Vorhaben,⁷ Ringvorlesungen⁸ oder selbstständig erarbeiteten⁹ bzw. übernommenen Ausstellungen¹⁰ einer dieser Institutionen in Zusammenhang.

Nahezu zeitgleich nahmen 1988 zwei weitere Einrichtungen einschlägige Projekte in Angriff. Das Salomon Ludwig Steinheim-Institut in Duisburg, »An-Institut« an der dortigen Hochschule, initiierte das Forschungsvorhaben »Deutsch-jüdische Geschichte und Kultur in Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen«,¹¹ innerhalb dessen jeweils ein Schwerpunktthema bearbeitet werden sollte. Für Schlesien sind daraus – neben einem die wissenschaftlichen Anliegen und Archivalienbestände skizzierenden Heft¹² – eine umfangreiche Monografie zur Geschichte und Kultur der Juden in Glogau¹³, mehrere damit in Zusammenhang stehende Aufsätze,¹⁴ ein geraffter Gesamtüberblick¹⁵ und nicht

- 7 Hugo Weczerka, Die Herkunft der Studierenden des Jüdisch-Theologischen Seminars zu Breslau 1854-1938, in: Zeitschrift für Ostforschung 35 (1986), S. 88-139.
- 8 Toni Pierenkemper, Jüdische Industrielle in Oberschlesien im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 32 (1991), S. 197-220.
- 9 Margret Heitmann, Zur Geschichte der Juden in Glogau, in: Werner Bein/Johannes Schellakowsky/Ulrich Schmilewski (Bearb.), Glogau im Wandel der Zeiten – Głogów poprzez wieki, Würzburg 1992, S. 358-362; Adelheid Weiser, Die jüdische Gemeinde in Schweidnitz, in: Werner Bein/Ulrich Schmilewski (Bearb.), Schweidnitz im Wandel der Zeiten, Würzburg 1990, S. 284-286; Manfred Agethen, Die jüdische Gemeinde in Neisse, in: Werner Bein/Vera Schmilewski/Ulrich Schmilewski (Bearb.), Neisse. Das Schlesische Rom im Wandel der Jahrhunderte, Würzburg 1988, S. 224 f.
- 10 Josef Joachim Menzel (Hrsg.), Breslauer Juden 1850-1945. Katalog zur Ausstellung, St. Augustin 1990; Horst Kühnel (Hrsg.), Juden in Breslau 1850-1945. Beiträge zu einer Ausstellung, München 1993.
- 11 Siehe hierzu neben den Forschungsberichten des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte auch Matthias Weber, Schlesien in der gegenwärtigen historischen Forschung. Stand und Perspektiven, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 1 (1993), S. 187-199, hier S. 191 f.
- 12 Jörg Fehrs, Quellen zur Geschichte der Juden in Schlesien: die Bestände des Zentralen Staatsarchivs der DDR, Dienststelle Merseburg, in: Margret Heitmann/Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), 2. Steinheim-Kolloquium. Forschungen zur jüdischen Regionalgeschichte unter besonderer Berücksichtigung Schlesiens, Duisburg 1989, S. 9 f.; Arno Herzig, Thesen zur Problematik der Regional- und Lokalgeschichtsschreibung im Hinblick auf die deutsch-jüdische Geschichtsschreibung, in: ebd., S. 21-26; Stefi Jersch-Wenzel, Quellen und Fragestellungen zur Geschichte der Juden in Schlesien, in: ebd., S. 5-8; Andreas Reinke, Geschichte der Juden in Breslau: Bestände im Archiwum Państwowe we Wrocławiu, in: ebd., S. 11-12.
- 13 Franz D. Lucas/Margret Heitmann, Stadt des Glaubens. Geschichte und Kultur der Juden in Glogau, Hildesheim/Zürich/New York 1991.
- 14 Weczerka, Die Herkunft der Studierenden; Heitmann, Zur Geschichte der Juden in Glogau; Margret Heitmann, »Wünschen Sie nicht, diese Heimat in ihrer jetzigen Verfassung wiederzusehen ...«. Die jüdische Gemeinde Glogaus im 20. Jahrhundert, in: Hanna Nogossek (Hrsg.), Annäherungen. Ansichten von Glogau, Marburg 1997, S. 45-54.
- 15 Margret Heitmann/Harald Lordick, Zur Geschichte des Judentums in Schlesien, in: Gesellschaft für interregionalen Kulturaustausch (Hrsg.), Wach auf, mein Herz, und

zuletzt auch der erste bereits erwähnte Bibliografieband von Heitmann und Reinke hervorgegangen. Als ein zweiter – und gleichzeitig auch letzter – Band der vom Institut herausgegebenen *Beiträge zur Geschichte der Juden in Schlesien* publizierte das Institut eine Studie über die von 1924 bis 1937 in Breslau erschiene *Jüdische Zeitung für Ostdeutschland*.¹⁶

Ebenfalls 1988 startete die Stiftung Haus Oberschlesien in Zusammenarbeit mit der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster das Projekt »Oberschlesisches Judentum«, aus dem an veröffentlichten Ergebnissen ein Sammelband¹⁷ und kleinere Aufsätze¹⁸ hervorgegangen sind.¹⁹ Die geplante Schriftenreihe wurde nicht fortgesetzt.

Ein Grund dafür, dass manche dieser Publikationen von den Rezensenten zwar prinzipiell positiv und ermunternd, aber dennoch kritisch aufgenommen worden sind, lag zweifellos darin, dass einige der Autoren nur die ältere Literatur ausgewertet und nicht selten kritiklos zitiert hatten, von anderen zwar durchaus zuvor unveröffentlichtes Quellenmaterial benutzt, aber nicht immer *lege artis* verarbeitet und dargeboten worden war. Allgemein wurde auf die durch erhebliche Forschungslücken verursachte Unausgeglichenheit der Darstellungen hingewiesen. Diese Unausgewogenheit und Ungleichgewichtigkeit kann vielleicht als typisch für eine Phase erneuten Herangehens an einen über längere Zeit hin vernachlässigten oder allenfalls ausschnitthaft in den Blick genommenen Themenkomplex angesehen werden.²⁰ Das allgemein verspürte Bedürfnis nach einer umfassenden Erweiterung der Quellenbasis durch die Erschließung von Archivalienbeständen speziell zum 19. und 20. Jahrhundert hat die weitere Entwicklung ebenso entscheidend mit geprägt wie der Wunsch nach einer engeren Vernetzung mit internationalen Forschungseinrichtungen und vor allem mit Historikern in Polen, die schon bald auch auf diesem Gebiet der historischen

denke. Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg von 1740 bis heute (Deutsch/Polnisch) Berlin/Opole 1995, S. 52–60.

16 Joseph Walk, *Die »Jüdische Zeitung für Ostdeutschland« 1924–1937. Zeitgeschichte im Spiegel einer regionalen Zeitung*, Hildesheim/New York 1993.

17 Peter Maser/Adelheid Weiser, *Juden in Oberschlesien. T. 1: Historischer Überblick. Jüdische Gemeinden (I)*, Berlin 1992.

18 Maser, *Oberschlesische Synagogen*; Adelheid Weiser, *Der Schutz der jüdischen Rechte in Oberschlesien unter dem Mandat des Völkerbundes (1933–1937)*, in: Zenon Hubert Nowak (Hrsg.), *Emancypacja – Asymilacja – Antysemityzm. Żydzi na Pomorzu w XIX i XX wieku*, Toruń 1992, S. 173–189; dies., *Der Schutz der jüdischen Rechte in Oberschlesien unter dem Mandat des Völkerbundes (1933–1937)*, in: Friedrich-Carl Schultze-Rhonhof (Hrsg.), *Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert*, Hannover 1995, S. 37–53.

19 Siehe Hugo Weczerka, *Juden in Schlesien. Ein Literaturbericht*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 47 (1998), S. 70–81, hier S. 71 ff.; sowie Peter Chmiel, *Contemporary German Research on the History of Upper-Silesian Jews*, in: Marcin Wodziński/Janusz Spyra (Hrsg.), *Jews in Silesia*, Cracow 2001, S. 423–430; siehe ferner Winfried Irgang, [Literaturbericht] *Schlesien 1991–1997*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 139/140 (2003/04), S. 647–760, hier S. 707 ff.

20 Für die polnische Forschung in diesem Zeitraum trifft durchaus Ähnliches zu.

Schlesienforschung eine führende Stellung einnehmen konnten. Die Abhaltung gemeinsamer Tagungen, die Öffnung der Publikationsorgane der genannten Institutionen für die Forschungsergebnisse polnischer und tschechischer Historiker (zumeist in deutscher Übersetzung), die Arbeit an gemeinsamen Projekten sind in der Folgezeit immer mehr zur Normalität geworden. Besondere Verdienste um die Erschließung von Quellenbeständen und die Veröffentlichung wichtiger Quellen haben sich die Historische Kommission zu Berlin,²¹ bzw. nach deren Umstrukturierung 1996 die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften²² sowie der 1985 gegründete Projektbereich Schlesische Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart²³ erworben.

Neben einer Forschung, die sich primär aus einem Interesse an der Landesgeschichte Schlesiens – im weitesten Wortsinn (Peter Baumgart, Norbert Conrads, Konrad Fuchs, Winfried Irgang, Zofia Kowalska, Peter Maser, Helmut Neubach, Roland Otto, Toni Pierenkemper, Andrea Schmidt-Rösler und Hugo Weczerka) – speiste, ist in zunehmendem Maß auch Forschung aus Interesse an der allgemeinen deutsch-jüdischen Geschichte getreten, die Schlesien als einen lohnenden Arbeitsbereich entdeckt hat (Francesca Albertini, Margret Heitmann, Ingo Loose, Adelheid Weiser und Stefi Jersch-Wenzel). Bei Historikern wie Arno Herzog und Joseph Walk fielen, wie bereits zuvor bei Bernhard Brillling, beide Arbeitsbereiche zusammen. Hinzu kommen Forschungen zu Lebensbereichen, die vor allem im 19. Jahrhundert im Judentum eine besondere Rolle gespielt haben: Bürgertum (Manfred Hettling) sowie Wohlfahrts- und Bildungswesen (Roland B. Müller und Carsten L. Wilke). Diese Erweiterungen des Zugangs haben eine außergewöhnliche Intensivierung und Verbreiterung einschlägiger Forschungen zur Folge gehabt: Noch nie zuvor sind so viele akademische Qualifikationsarbeiten verfasst worden, die entweder direkt der Geschichte der Juden in Schlesien (Ramona Bräu, Anne-Margarete Brenker, Julia Cartarius, Beata Dudek, Katharina Friedla, Simone Laqua, Jana Leichsenring, Andreas Reinke, Andrea Rudorff, Till van Rahden, Helga Schuster und Isabell Sprenger) bzw. einzelnen, dort wirkenden herausragenden Persönlichkeiten

21 Manfred Jehle (Hrsg.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz, Bd. 1: Enquête des Ministeriums des Innern und der Polizei über die Rechtsverhältnisse der Juden in den preußischen Provinzen 1842-1843. Berlin, Provinzen Brandenburg, Preußen, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen; Bd. 3: Enquête des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die Kultus-, Schul- und Rechtsverhältnisse der jüdischen Gemeinden in den preußischen Provinzen 1843-1845. Provinzen Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen, München 1995-98.

22 Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der Juden in polnischen Archiven, Bd. 2: Ehemalige preußische Provinz Schlesien, bearb. v. Claudia Nowak/Sabine Rüdiger-Thiem, München 2005.

23 Willy Cohn, Verwehte Spuren. Erinnerungen an das Breslauer Judentum vor seinem Untergang, hrsg. v. Norbert Conrads, Köln/Weimar/Wien 1995; Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941, 2 Bde., hrsg. v. Norbert Conrads, Köln/Weimar/Wien 2006.

(Andreas Brämer und Markus Pyka) gewidmet sind oder – vom Ansatz her über Schlesien hinausgehend – wichtige Erkenntnisse oder Detailinformationen dazu enthalten (Klaus Berndt, Jürgen Bürstenbinder, Andreas D. Ebert, Ariane Goetz, Philipp Graf, Andreas Hanslok, Jens Hoppe, Gábor Lengyel, Miriam Rürup, Johannes Valentin Schwarz, Sybille Steinbacher und Margit Szöllösi-Janze). Und schließlich hat auch die heimatgeschichtliche Forschung das Thema »jüdische Geschichte« für sich entdeckt (Horst Adler, Bernhard Claudé, Johannes Czakai, Gertrud Maria Kaminsky-Rohe, Andreas Klose, Fritz Moses, Martin Richau und Manfred Rossa).

Einen Beleg für das gesteigerte Interesse an und die neu gewonnene Sensibilität gegenüber dem Thema bietet nicht zuletzt die Tatsache, dass in den neueren, umfangreicheren Gesamtdarstellungen zur Geschichte Schlesiens dem Judentum eigene Kapitel gewidmet sind.²⁴ Wie hier liegt auch in einigen aus unterschiedlichen Gründen abgefassten Überblicksdarstellungen zu Teilregionen²⁵ der Schwerpunkt auf dem Zeitraum von der Frühneuzeit bis zum Zweiten Weltkrieg; das Mittelalter wird allenfalls knapp gestreift. Zusammen mit dem dieser Epoche gewidmeten Gebietsartikel »Schlesien« im dritten Band der *Germania Judaica*²⁶ ist zwar die Möglichkeit zu einer knappen Gesamtschau auf die Geschichte der Juden in Schlesien geboten, eine umfassende Monografie bleibt freilich ein Desiderat.

Die durchaus reiche Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien,²⁷ zu der es in Polen inzwischen eine recht beachtliche Dichte von Untersuchungen gibt,²⁸ wird von der jüngeren deutsch- und englischsprachigen Forschung

24 Norbert Conrads, Das Judentum am Rande der Toleranz, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Schlesien, Berlin 1994, S. 231-239; Arno Herzig, Der Aufstieg der jüdischen Minderheit, in: ebd., S. 510 f.; Konrad Fuchs, Jüdisches Leben und Wirken in Schlesien, in: ebd., S. 654-661; Peter Maser, Das schlesische Judentum, in: Josef Joachim Menzel (Hrsg., zus. mit Konrad Fuchs/Hubert Unverricht), Geschichte Schlesiens, Bd. 3: Preußisch-Schlesien 1740-1945, Österreichisch-Schlesien 1740-1918/45, Stuttgart 1999, S. 333-360, 657-668.

25 Maser/Weiser, Juden in Oberschlesien. T. 1; Maser, Oberschlesische Synagogen; Herbert Patzelt, Zur Geschichte der Juden in Österreichisch-Schlesien, in: Oberschlesisches Jahrbuch 8 (1992), S. 25-41; Heitmann/Lordick, Zur Geschichte des Judentums; Helmut Neubach, Die Juden in Niederschlesien 1848-1933, in: Schultze-Rhonhof (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien, S. 23-35; Peter Maser, Das oberschlesische Judentum und seine Synagogen ab dem 19. Jahrhundert, in: Schultze-Rhonhof (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien, S. 9-22; siehe auch Albert S. Kotowski, Deutsche – Tschechen – Polen – Juden. Über die Bevölkerungsverhältnisse im Teschener Schlesien 1850-1914, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2000), S. 317-340.

26 Winfried Irgang, Schlesien, in: Germania Judaica, Bd. 3: 1350-1519, Teilbd. 3: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, hrsg. v. Maimon Arye/Mordechai Breuer/Yacov Guggenheim, Tübingen 2003, S. 2004-2012.

27 Siehe Irgang, Schlesien.

28 Siehe dazu meinen Beitrag »Historiografie der Forschungen zur Geschichte der Juden im mittelalterlichen Schlesien« in diesem Band.

lediglich ausschnittshaft in den Blick genommen, sei es in Arbeiten zu einzelnen Orten (dazu Weiteres später) oder Regionen,²⁹ sei es in Versuchen der Neubewertung herausragender Ereignisse wie des Breslauer Pogroms von 1453.³⁰ Eine gewisse Ausnahme bildet allerdings die Entwicklung der Judenschutzpolitik schlesischer Fürsten und Städte, die bereits wiederholt vergleichenden Betrachtungen unterzogen worden ist.³¹

Noch weniger Aufmerksamkeit begegnet der Epoche der habsburgischen Herrschaft seit 1526. Das liegt zweifellos auch mit an der sehr komplexen Quellenlage. Nach den Judenverfolgungen im Spätmittelalter, der Erlangung eines *privilegium de non tolerandis Iudaeis* durch eine Reihe von Städten und dem Ausweisungsdekret Rudolfs II. von 1582 gab es auf schlesischem Boden lediglich noch zwei staatlich geduldete jüdische Gemeinden in Glogau (dazu weiteres später) und Zülz. Zwar blieb die Zahl der jüdischen Ansiedlungen faktisch keineswegs auf diese beiden Orte beschränkt und nahm im Laufe der Zeit offenkundig sehr stark zu, die Quellen dazu sind allerdings weit verstreut und bislang erst punktuell ausgewertet. Zuzugsbemühungen von Juden aus anderen Territorien hat es augenscheinlich wiederholt gegeben, wie beispielhaft eine Studie zu den Hamburger Sefardim belegt.³² Stärkeres Interesse wird lediglich der Endphase der Habsburgerzeit in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts entgegengebracht, wobei die vergleichende Betrachtung der Wiener Gesetzgebung und Fiskalpolitik mit der Judenpolitik König Friedrichs II. von Preußen

- 29 Zofia Kowalska, Die jüdische Bevölkerung in den oberschlesischen Städten des Mittelalters, in: Thomas Wünsch (Hrsg.), Stadtgeschichte Oberschlesiens. Studien zur städtischen Entwicklung und Kultur einer ostmitteleuropäischen Region vom Mittelalter bis zum Vorabend der Industrialisierung, Berlin 1995, S. 75-92; dies., Die Anfänge der jüdischen Ansiedlung in Oberschlesien im 12. und 13. Jahrhundert, in: Oberschlesisches Jahrbuch 14/15 (1998/99), S. 13-29.
- 30 Hermina Joldersma, Specific of Generic »Gentile Tale«? Sources on the Breslau Host Desecration (1453) Reconsidered, in: Archiv für Reformationsgeschichte 95 (2004), S. 6-33; Miri Rubin, Gentile Tales. The Narrative Assault on Late Medieval Jews, New Haven 1999; Heidemarie Petersen, Die Predigtstätigkeit des Giovanni di Capistrano in Breslau und Krakau 1453/54 und ihre Auswirkungen auf die dortigen Judengemeinden, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 22-29.
- 31 Zofia Kowalska, Die großpolnischen und schlesischen Judenschutzbriefe des 13. Jahrhunderts im Verhältnis zu den Privilegien Kaiser Friedrichs II. (1238) und Herzog Friedrichs II. von Österreich (1244), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 47 (1998), S. 1-20; Andreas Hanslok, Die landesherrliche und kommunale Judenschutzpolitik während des späten Mittelalters im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Ein Vergleich der Entwicklungen am Beispiel schlesischer, brandenburgischer und rheinischer Städte, Berlin 2000; Jürgen Bürstenbinder, Judenschutz und Eigennutz. Auseinandersetzungen um Juden an der Ostgrenze des Römisch-Deutschen Reiches im 13. und 14. Jahrhundert, Saarbrücken 2010.
- 32 Arno Herzog, Die Hamburger Sephardim und ihr Taktieren um Niederlassungsrechte im Fürstentum Jägerndorf im 17. Jahrhundert, in: Aschkenas 4 (1994) 1, S. 133-140.

nach der Annexion des Großteils von Schlesien seit 1740 im Mittelpunkt steht; neues Quellenmaterial wurde jedoch nicht herangezogen.³³

Seit dem Emanzipationsdekret von 1812 und der damit zusammenhängenden Auflösung der bisherigen jüdischen Gemeindeverbände stellt sich die Geschichte der Juden in Schlesien noch weniger als zuvor als eine Geschichte des schlesischen Judentums insgesamt dar, sondern sie ist in noch stärkerem Maße eine »Geschichte einzelner jüdischer Gemeinden, Organisationen, Unternehmen oder Persönlichkeiten«³⁴ (dazu Weiteres später); auf der anderen Seite aber bildet sie einen integralen Bestandteil der Geschichte der Juden im Königreich Preußen³⁵ und ist innerhalb dieses größeren Zusammenhangs zu betrachten, zumal in vergleichender Gegenüberstellung.³⁶ Das heißt freilich keineswegs, dass in allen preußischen Landesteilen von Anfang an gleiche Rechtsverhältnisse gegolten hätten, ganz im Gegenteil: Auf Anordnung König Friedrich Wilhelms IV., dessen Thronbesteigung im Jahr 1840 auch die schlesischen Juden mit großen Hoffnungen verbanden,³⁷ wurden in den Jahren 1842 bis 1845 in allen Regierungsbezirken Untersuchungen über die rechtlichen, religiösen und schulischen Verhältnisse innerhalb der jüdischen Gemeinden durchgeführt, die eine Grundlage schaffen sollten für eine Bereinigung der teilweise sogar widersprüchlichen Gesetzeslage und für eine zukünftige einheitliche Rechtsordnung im gesamten Königreich. Die Edition der damals eingegangenen Enquêteberichte bietet interessante Einblicke in den Status der jüdischen Bevölkerung und deren Wahrnehmung durch die preußischen Behörden, aber auch in die jüdische Selbstwahrnehmung.³⁸ Zu einer Institution von weit überregionaler Bedeutung ist das 1854 in Breslau gegründete und 1938 aufgelöste Jüdisch-Theologische Seminar Fraenckel'scher Stiftung emporgestiegen, zu dessen Entwicklung, Ausstrahlung und Einfluss eine ganze Reihe von Untersuchungen

33 Agethen, Die Situation der jüdischen Minderheit; Helga Schuster, Die jüdische Bevölkerung Schlesiens im 18. Jahrhundert. Ein Vergleich der Gesetzgebung Karls VI. und Friedrichs II., Universität Wien, Dipl.-Arb., Wien 2010, http://othes.univie.ac.at/9152/1/2010-04-01_0348915.pdf [15.8.2012]; Peter Baumgart, Die jüdische Minorität in Breslau zwischen Habsburg und Preußen, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 45/46 (2004/05), S. 86-109.

34 Peter Maser, Das schlesische Judentum, in: Menzel (Hrsg.), Geschichte Schlesiens, Bd. 3, S. 333-360 u. 657-668, hier S. 344.

35 Jersch-Wenzel (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der Juden in polnischen Archiven, Bd. 2.

36 Arno Herzig, Landjuden – Stadtjuden. Die Entwicklung in den preußischen Provinzen Westfalen und Schlesien im 18. und 19. Jahrhundert, in: Monika Richarz/Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdisches Leben auf dem Lande, Tübingen 1997, S. 91-107.

37 Hans-Michael Haufsig, Ein Fest der Freude und des Dankes. Zur Huldigungs-Rede von Rabbiner Israel Deutsch anlässlich der Inthronisation des Geburtstages des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV., in: Arno Herzig/Hans Otto Horch/Robert Jütte (Hrsg.), Judentum und Aufklärung. Jüdisches Selbstverständnis in der bürgerlichen Öffentlichkeit, Göttingen 2002, S. 178-193.

38 Jehle (Hrsg.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens, Bd. 1 u. Bd. 3.

erschienen ist.³⁹ Der erste Direktor des Seminars, Zacharias Frankel, war auch der Hauptherausgeber der sehr angesehenen *Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums* (1851-1939), die von 1856 bis 1938 in Breslau gedruckt wurde. Es war dies zweifellos das renommierteste (wissenschaftliche) jüdische Periodikum auf schlesischem Boden, wenn auch nicht das älteste. Allerdings sind die Kenntnisse über andere, häufig nicht sehr langlebige Presseorgane wie Jahrbücher, Almanache und Kalender – wie im gesamten deutschsprachigen Raum – nicht selten sehr lückenhaft.⁴⁰ Gehört die Untersuchung des Wirkens

39 Konrad Fuchs, Zur Entstehung, Entwicklung und Schließung des Jüdisch-Theologischen Seminars zu Breslau (Fraenckelsche Stiftung), in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 31 (1990), S. 301-306; Andreas Brämer, Die Anfangsjahre des Jüdisch-Theologischen Seminars. Zum Wandel des Rabbinerberufs im 19. Jahrhundert, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause?, S. 99-112; Francesca Albertini, Das Judentum und die Wissenschaft. Zum 150. Gründungsjahr des Jüdisch-theologischen Seminars in Breslau, in: *Judaica* 60 (2004), S. 141-158; Francesca Yardenit Albertini, Kritische Religionsphilosophie und Wissenschaft des Judentums. Von Breslau nach Cincinnati, in: Wilhelm Schmidt-Biggemann/Georges Tamer/Catherine Newmark (Hrsg.), *Kritische Religionsphilosophie. Eine Gedenkschrift für Friedrich Niewöhner*, Berlin/New York 2010, S. 377-392; Francesca Albertini, Theologie und Geschichtsphilosophie am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau (1854-1938): Der Fall von Baruch Spinoza, in: Myriam Bienenstock (Hrsg.), *Der Geschichtsbegriff: eine theologische Erfindung?*, Würzburg 2007, S. 98-108; Gábor Lengyel, Moderne Rabbinerausbildung in Deutschland und Ungarn. Ungarische Hörer in den deutschen Rabbinerseminaren (1854-1938), Münster 2012; Carsten Wilke, Talmudschüler, Student, Seminarist: Breslauer rabbinische Studienlaufbahnen 1835-1870, in: *Aschkenas* 15 (2005) 1, S. 111-125; Carsten L. Wilke, Von Breslau nach Mexiko. Die Zerstreuung der Bibliothek des Jüdisch-theologischen Seminars, in: Birgit E. Klein/Christiane E. Müller (Hrsg.), *Memoria – Wege jüdischen Erinnerens. Festschrift für Michael Brocke zum 65. Geburtstag*, Berlin 2005, S. 315-338; siehe auch Andreas Brämer, Rabbiner Zacharias Frankel. Wissenschaft des Judentums und konservative Reform im 19. Jahrhundert, Hildesheim/Zürich/New York 2000; Johanna Brade, Von Breslau an die Bezalel-Schule für Kunst und Kunsthandwerk. Der Maler und Grafiker Isidor Aschheim, in: Maximilian Eiden (Hrsg.), *Von Schlesien nach Israel. Juden aus einer deutschen Provinz zwischen Verfolgung und Neuanfang*, Görlitz 2010, S. 34-45; Peter Maser, Heinrich Graetz (1817-1891), in: Dietrich Meyer (Hrsg.), *Über Schlesien hinaus. Zur Kirchengeschichte in Mitteleuropa. Festgabe für Herbert Patzelt zum 80. Geburtstag*, Würzburg 2006, S. 250-275; Markus Pyka, Jüdische Identität bei Heinrich Graetz, Göttingen 2009; Nils Römer, Heinrich Graetz (1817-1891), in: Arno Herzig (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder, Bd. 8: Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts*, Neustadt an der Aisch 2004, S. 190-195.

40 Johannes Valentin Schwarz, »Der Gegenstand böte genügend Attraktion« – ein Forschungsüberblick zur Geschichte der jüdischen Presse des 18. bis 20. Jahrhunderts im deutschen Sprach- und Kulturraum, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 9 (2007), S. 3-75; ders., The Origins and the Development of German-Jewish Press in Germany till 1850. Reflections on the Transformation of the German-Jewish Public Sphere in Bourgeois Society (66th IFLA Council and General Conference, Jerusalem, Israel, 13-18 August 2000), <http://ifla.queenslibrary.org/iv/ifla66/papers/106-144e.htm> [11.4.2011].

jüdischer Hochschullehrer an preußischen Universitäten⁴¹ eher in den Bereich biografischer Werke, da in diesem Kontext die Frage des Judentums zumeist keine herausragende Rolle spielte, so gilt dies keineswegs für die jüdischen Studentenverbindungen an den Universitäten.⁴² Entstand doch beispielsweise die 1886 in Breslau gegründete schlagende Verbindung *Viadrina* gerade aus dem Antrieb heraus, sich gegen den Antisemitismus zur Wehr zu setzen.⁴³ Anders als in nahezu allen Bereichen von Bildungswesen, Kultur, Politik, Sozialfürsorge und Wissenschaft, in deren Entwicklung das Judentum in Schlesien im 19. Jahrhundert weitestgehend gewissermaßen ein Abbild der allgemeinen Tendenzen im Königreich Preußen bzw. im Kaiserreich bot,⁴⁴ hat es auf einem Gebiet der Wirtschaft eine Art Sonderrolle gespielt: Kaum irgendwo sonst sind Juden in ähnlicher Anzahl als Unternehmer und Industrielle hervorgetreten.⁴⁵

Die kurze Zeit der Weimarer Republik stellte wie in so vieler Hinsicht auch für das schlesische Judentum eine Phase der Ambivalenz dar: Nach dem Fall der letzten Beschränkungen seit 1918 folgten auf der einen Seite Jahre gesteigerter kultureller und politischer Aktivitäten, die sich beispielsweise in den Spalten der in Breslau erscheinenden *Jüdischen Zeitung für Ostdeutschland* widerspiegeln⁴⁶ und die 1929 eine Art Höhepunkt in der Ausstellung »Juden in der Geschichte Schlesiens« in den Räumen des Schlesischen Museums für Altertum und Kunstgewerbe fanden.⁴⁷ Auf der anderen Seite aber erlebte es erneut Antisemitismuswellen,⁴⁸ die auch im Katholizismus einen gewissen Widerhall fanden, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie noch in den ersten Jahrzehnten

41 Andreas D. Ebert, *Jüdische Hochschullehrer an preußischen Universitäten (1870-1924)*. Eine quantitative Untersuchung mit biografischen Skizzen, Frankfurt a. M. 2008.

42 Miriam Rürup, *Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886-1937*, Göttingen 2008.

43 Lisa Fetheringill-Swartout, *Mut, Mensur und Männlichkeit. Die »Viadrina«, eine jüdische schlagende Verbindung*, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause?*, S. 148-166; siehe auch Walter Jacob, Benno Jacob. Kämpfer und Gelehrter, Berlin 2011.

44 Manfred Hettling, *Sozialstruktur und politische Orientierung der jüdischen Bevölkerung im Kaiserreich*, in: ders./Reinke/Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause?*, S. 113-130.

45 Konrad Fuchs, *Jüdisches Unternehmertum in Schlesien*, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 71-94; Pierenkemper, *Jüdische Industrielle; Konrad Fuchs, Pioniere in vielen Bereichen: Bedeutung des oberschlesischen Judentums für Industrie, Handel und Kultur*, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 32 (1993), Nr. 127, S. 184-200.

46 Joseph Walk, *Die »Jüdische Zeitung für Ostdeutschland« 1924-1937. Zeitgeschichte im Spiegel einer regionalen Zeitung*, Hildesheim/New York 1993.

47 Jens Hoppe, *Jüdische Geschichte und Kultur in Museen. Zur nichtjüdischen Museologie des Jüdischen in Deutschland*, Münster u. a. 2002.

48 Ingo Loose, *Antisémitisme et exclusion de la communauté juive à travers la presse juive de Breslau et de Basse-Silésie (1925-1938)*, in: *Mémoire(s) de Silésie: Terre multiculturelle, mythe ou réalité? Textes réunis par Florence Lelait/Agnieszka Niewiedzial/Małgorzata Smorag-Goldberg*, Paris 2009, S. 61-72.

des Kaiserreichs.⁴⁹ Lebendige, naturgemäß meist subjektiv gefärbte Einblicke in das Erleben dieser wechselvollen Jahre vermitteln nicht wenige der in stattlicher Zahl erschienenen Memoiren und Autobiografien (dazu Weiteres später), aber in ihrer Mehrzahl sind diese vor allem erschütternde Zeugnisse für das unmittelbar folgende finsterste Kapitel in der Geschichte des schlesischen Judentums, dem in der jüngsten Forschung die meiste Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Zwar setzten in Schlesien, wie im übrigen Deutschland auch, schon vor und dann vor allem nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten 1933 rasch die gegen die Juden gerichteten Maßnahmen zu deren Ausgrenzung und Verdrängung ein,⁵⁰ in einer Teilregion zeichnete sich aber für wenige Jahre noch eine Sonderentwicklung ab: In Oberschlesien genoss die jüdische Bevölkerung als nationale Minderheit den Schutz des Genfer Abkommens vom 15. Februar 1922. Als dort wie im ganzen Reich das antijüdische »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 in Kraft gesetzt wurde, führte eine Petition des als Angestellter entlassenen und nach Prag emigrierten Gleiwitzers Franz Bernheim beim Völkerbund dazu, dass die Reichsregierung einlenken und auf die Umsetzung der antisemitischen Gesetzgebung für Oberschlesien verzichten musste.⁵¹ In der Folgezeit engagierte sich ein jüdischer Aktionsausschuss weitgehend erfolgreich gegen die weiteren Versuche von Entrechtungs- und Diskriminierungsmaßnahmen.⁵² Mit dem Auslaufen des deutsch-polnischen Abkommens am 15. Juli 1937 endete aber schon bald auch dessen Schutzfunktion für die oberschlesischen Juden.

Die antijüdische Politik der Nationalsozialisten mit dem Ziel einer »Entjudung« Deutschlands war in den ersten Jahren in erheblichem Maße auf einen

49 Olaf Blaschke, »Das Judentum isolieren!« Antisemitismus und Ausgrenzung in Breslau, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause?, S. 167-184; ders., Tausend Jahre Bistum Breslau – Tausend Jahre Judenfeindschaft. Antijudaismus und moderner Antisemitismus im Katholizismus, in: Joachim Köhler/Rainer Bendel (Hrsg.), Geschichte des christlichen Lebens im schlesischen Raum, Münster/Hamburg/London 2002, S. 671-698.

50 Arno Herzig, Der »Fall Cohn« und die Gleichschaltung der Universität Breslau 1932/3, in: Rainer Sachs (Hrsg.), Armator Scientiae. Festschrift für Dr. Peter Ohr, Breslau 2004, S. 359-367.

51 Philipp Graf, Die Bernheim-Petition 1933. Jüdische Politik in der Zwischenkriegszeit, Göttingen 2008.

52 Weiser, Der Schutz der jüdischen Rechte in Oberschlesien, 1992; Andrea Schmidt-Rösler, Das Judentum in Deutsch-Oberschlesien nach der nationalsozialistischen Machtergreifung (1933-1937), in: Oberschlesisches Jahrbuch 13 (1997), S. 67-91; Weiser, Der Schutz der jüdischen Rechte, 1995; Julia Cartarius, Jewish Persecution in Western Upper Silesia, 1933-1943, University College London, M. A. Diss., London 2003; dies., The Jewish Community of Gleiwitz, 1933-1943, in: Żydzi gliwicy. Materiały z konferencji, Muzeum w Gliwicach, 17-18 listopada 2005, Red. Bożena Kubit, Gliwice 2006, S. 183-201; dies., Schutz und Verfolgung. Die oberschlesischen Juden in den Jahren 1933-1938, in: Heike Müns/Matthias Weber (Hrsg.), »Durst nach Erkenntnis ...«. Forschungen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, München 2007, S. 119-138.

Zwang zur Auswanderung ausgerichtet.⁵³ Auch aus Schlesien emigrierten viele Tausende;⁵⁴ darunter Historiker des Judentums wie Richard Koebner, Herbert Fischer (Arye Maimon) oder Bernhard Brillung.⁵⁵ Zu den Zielen der Emigranten zählte neben dem europäischen Ausland, Palästina, Nord- und Südamerika vornehmlich nach den November-Pogromen 1938 auch die »offene Stadt« Shanghai, wo freilich kaum einer der Geretteten die Fremdheitsgefühle überwinden konnte.⁵⁶ Nachdem im Sommer 1941 der Entschluss zur endgültigen »Endlösung der Judenfrage«, d. h. zur Vernichtung und Ermordung der Juden, gefallen war, gelang nur noch einer Minderheit Flucht oder Überleben. Auch wenn Ausgrenzungen, »Arisierungen« und Verfolgung »von oben« angeordnet waren, kam bei deren Durchführung den lokalen Behörden eine erhebliche Bedeutung zu. Zwar fehlen für viele Orte noch detaillierte Untersuchungen, doch lassen eingehendere Forschungen etwa zu Glatz,⁵⁷ Gleiwitz,⁵⁸ Glogau⁵⁹ oder Görlitz,⁶⁰ insbesondere aber zu Breslau,⁶¹ die nicht zuletzt auch auf den

53 Jana Leichsenring, Die Juden in Schlesien zwischen »Machtergreifung« und »Reichspogromnacht«, in: *Via Silesia* (1998), S. 83-93.

54 Wir sind die Letzten. Fragt uns aus. Gespräche mit den Emigranten der dreißiger Jahre in Israel, hrsg. v. Anne Betten/Miryam Du-nour, Gerlingen 1995; Ramona Bräu, Zwischen Schlesien und Palästina. Lebensläufe schlesischer Juden auf der Grundlage von Zeitzeugeninterviews, in: Eiden (Hrsg.), *Von Schlesien nach Israel*, S. 65-84.

55 Robert Jütte, Die Emigration der deutschsprachigen »Wissenschaft des Judentums«. Die Auswanderung jüdischer Historiker nach Palästina 1933-1945, Stuttgart 1991.

56 Ariane Goetz, Exil in Shanghai – Über Fremdheitserfahrungen in den Autobiographien deutscher Exilanten, Norderstedt 2004 [Freie Universität Berlin, Mag.-Arb.]; siehe Wolfgang Hadda, Knapp davongekommen. Von Breslau nach Schanghai und San Francisco. Jüdische Schicksale 1920-1947, hrsg. v. Erhard Roy Wiehn, Konstanz 1997.

57 Simone Laqua, Der Prozess der »Entjudung« in der schlesischen Stadt Glatz 1933-1945, in: Arno Herzig (Hrsg.), *Glaciographia Nova. Festschrift für Dieter Pohl*, Hamburg 2004, S. 301-316.

58 Cartarius, *The Jewish Community of Gleiwitz*.

59 Lucas/Heitmann, *Stadt des Glaubens*; Heitmann, »Wünschen Sie nicht, diese Heimat in ihrer jetzigen Verfassung wiederzusehen ...«.

60 Roland Otto, *Die Verfolgung der Juden in Görlitz unter der faschistischen Diktatur 1933-1945*, Görlitz 1990; Markus Bauer, *Die Vertreibung der Görlitzer Juden 1933 bis 1945. Das Schicksal jüdischer Bürger bleibt eine Forschungsaufgabe*, in: Martina Pietsch (Hrsg.), *Heimat und Fremde. Migration und Stadtentwicklung in Görlitz und Zgorzelec seit 1933*, Görlitz 2010, S. 25-30; Michael Guggenheimer, »Alles stehen gelassen und nie wieder zurückgekommen«. Die ersten Juden verlassen Görlitz im Mai 1933, in: Eiden (Hrsg.), *Von Schlesien nach Israel*, S. 85-95.

61 Andreas Reinke, *Stufen der Zerstörung. Das Breslauer Jüdische Krankenhaus während des Nationalsozialismus*, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 379-414; Moshe Ayalon, *Jewish Life in Breslau 1938-1941*, in: Leo Baeck Institute Year Book 41 (1996), S. 323-345; Abraham Ascher, *A Community Under Siege. The Jews of Breslau Under Nazism*, Stanford, CA 2007; Ramona Bräu, *Die »Arisierung« und Shoah der Breslauer Juden. Zum aktuellen Forschungsstand*, in: Cornelia Domaschke/Daniela Schmohl/Günter Wehner (Hrsg.), *Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien. In memoriam Fred Löwenberg*, Berlin 2009, S. 54-71; dies., »Arisierung« in Breslau. Die »Entjudung« einer deutschen Großstadt

Tagebüchern von Willy Cohn und Walter Tausk fußen,⁶² die Ausmaße des Terrors und des Schreckens erkennen. Zu dem auf schlesischem Boden errichteten Konzentrationslager Groß-Rosen im Kreis Schweidnitz und insbesondere zum Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz⁶³ auf annektiertem polnischen Gebiet, das 1939 dem neu geschaffenen ostoberschlesischen Regierungsbezirk Kattowitz angeschlossen worden war, sowie zu einigen der zahlreichen Außen- und Zwangsarbeitslagern liegen inzwischen akribische Untersuchungen und grauerneuernde Berichte vor.⁶⁴ Stellungnahmen von Täterseite zur natio-

und deren Entdeckung im polnischen Erinnerungsdiskurs, Saarbrücken 2008; Roland B. Müller, Vom Ende des jüdischen Schulwesens in Breslau, in: *Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung* 1 (2007), S. 1-28.

- 62 Tamar Gazit, *Life under Nazi Rule. The Jewish Community of Breslau, 1933-1941. Based on Documents and the Diaries of Dr. Willy Cohn*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 37 (2009), S. 299-304; Arno Herzig, »Die Deutschen können doch ganz einfach diesen Wahnsinn nicht mitmachen«. Die NS-Zeit in Breslau im Spiegel der jüdischen Memorialliteratur, in: Eiden (Hrsg.), *Von Schlesien nach Israel*, S. 10-22; Norbert Conrads, *Ein Zeuge des deutschen Judentums in Breslau. Willy Cohn (1888-1941) und seine bewegenden Tagebücher*, in: ebd., S. 23-33; Peter Maser, *Das Ende des schlesischen Judentums im Spiegel der Tagebücher von Walter Tausk und Willy Cohn*, in: *Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte* 8 (2007), S. 278-299.
- 63 Eine umfassende Bibliografie zum KZ Auschwitz sowie zu den Juden im Annexionsgebiet ist an dieser Stelle nicht intendiert; sie erscheint im Zusammenhang eines Literaturberichts zur Geschichte der Juden in Schlesien weder sinnvoll noch möglich.
- 64 Isabell Sprenger, »Der Judenblock bleibt stehen«. Jüdische Häftlinge in der ersten Kriegshälfte im Konzentrationslager Groß-Rosen in Schlesien, in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* 5 (1994), S. 415-433; Hans-Werner Wollenberg, ... und der Alptraum wurde zum Alltag. Autobiographischer Bericht eines jüdischen Arztes über NS-Zwangsarbeitslager in Schlesien (1942-1945), hrsg. v. Manfred Brusten, *Pfaffenweiler 1992; Inka Wajsbort, Im Angesicht des Todes. Von Chorzów über Zawiercie, Tarnowitz, Tschenstochau durch Auschwitz nach Malchow und Oschatz; jüdische Schicksale in Oberschlesien 1939-1945*, hrsg. v. Erhard Roy Wiehn, *Konstanz 2000; Rudolf Henke, Meine Erinnerungen an das jüdische Ghetto in Rothenburg 1941-1943*, in: Ulrich Hutter-Wolandt (Hrsg.), *Bausteine zur Rothenburger Stadt-, Kirchen- und Kulturgeschichte, Rothenburg (Oberlausitz) 1998*, S. 20-24; Coen Rood, »Wenn ich es nicht erzählen kann, muss ich weinen«. Als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie, Frankfurt a.M. 2002; Reinhard Leue, *Preisgegebene Menschen – Zwangsarbeiter und Jüdisches Ghetto Zoar/Martinshof in Rothenburg 1941/1942*, in: *Jahrbuch für schlesische Kirchengeschichte* 83 (2004), S. 135-152; Andrea Rudorff, *Arbeit und Vernichtung reconsidered: Die Lager der Organisation Schmelt für polnische Jüdinnen und Juden aus dem annektierten Teil Oberschlesiens*, in: *Sozial.Geschichte online* 7 (2012), S. 10-39, http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet/Document-30301/Sozial_Geschichte_Online_7_2012.pdf [29.8.2012]; Peter Hayes, *The Ambiguities of Evil and Justice. Degussa, Robert Pross, and the Jewish Slave Laborers at Gleiwitz*, in: Jonathan Petropoulos/John K. Roth (Hrsg.), *Gray Zones. Ambiguity and Compromise in the Holocaust and its Aftermath*, New York/Oxford 2005, S. 7-25; Nils Seidel, *Die KZ-Außenlager Görlitz und Rennersdorf. Ein Beitrag zur Aufklärung der Geschehnisse im Konzentrationslager Groß-Rosen*, Dresden 2008; Sybille Steinbacher, »Musterstadt« Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000; dies., *Ostoberschlesien*, in: Wolf Gruner/Jörg Osterloh (Hrsg.),

nalsozialistischen Judenpolitik aus jüngerer Zeit sind selten. Eine gewisse Ausnahme bildet eine Zusammenstellung von Dokumenten, eigenen Erinnerungen und Aussagen Betroffener durch den ehemaligen SS-Mann Fritz Arlt, von 1941 bis 1943 Stabsführer des Gauleiters von Oberschlesien, deren Auswahl freilich ausschließlich der Verteidigung gegen angeblich falsche Behauptungen über seine Rolle während der Jahre 1939 bis 1943 dienen sollte.⁶⁵ Widerstand gegen die Terrormaßnahmen konnte von jüdischer Seite nur in sehr bescheidenem Umfang geleistet werden; am ehesten konzentrierte er sich noch im Gebiet von Kattowitz.⁶⁶ Immer noch nicht umfassend aufgearbeitet ist die Frage der Haltung der christlichen Kirchen zu den Judenverfolgungen, man wird sie bestenfalls als uneinheitlich bezeichnen können. Die katholische Kirche sah es zumindest als eine ihrer Aufgaben an, Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung katholischer »Nichtarier« (im Sinne der nationalsozialistischen Gesetzgebung) zu unternehmen. So benannte der Breslauer Erzbischof Adolf Kardinal Bertram bereits 1937 Gabriele Gräfin Magnis zur »Sonderbeauftragten« für Oberschlesien mit Sitz in Beuthen, eine Aufgabe, die diese mit großer Beharrlichkeit und Fürsorge auch über ihren offiziellen Auftrag hinaus nicht nur für verfolgte Katholiken wahrnahm.⁶⁷ Innerhalb der in verschiedene Gruppierungen zerrissenen evangelischen Kirche wurde in Breslau eine ähnliche Hilfsstelle für evangelische »Nichtarier« eingerichtet, deren mutige Leiterin, die Stadtvikarin Katharina Staritz, aber bereits 1941 wegen ihres offenen Einsatzes für die Juden wieder abgesetzt und später ins Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert wurde.⁶⁸

Das »Großdeutsche Reich« und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den »angegliederten« Gebieten, Frankfurt a.M./New York 2010, S. 283-308; Ruth Klüger, weiter leben. Eine Jugend, München 1997.

- 65 Fritz Arlt, Polen-, Ukrainer-, Juden-Politik im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete 1939/40 und in Oberschlesien 1941/43 und im Freiheitskampf der unterdrückten Ostvölker. Dokumente, Äußerungen von Polen, Ukrainern und Juden, Richtigstellungen von Fälschungen, Erinnerungen eines Insiders, Lindhorst (1995).
- 66 Shmuel Ron, Die Erinnerungen haben mich nie losgelassen. Vom jüdischen Widerstand im besetzten Polen, aus dem Englischen übers. v. Esther Kinsky, Frankfurt a. M. 1998; Arno Lustiger, Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933-1945, Köln 1994.
- 67 Jana Leichsenring, Gabriele Gräfin Magnis – Sonderbeauftragte Kardinal Bertrams für die Betreuung der katholischen »Nichtarier« Oberschlesiens: Auftrag – Grenzüberschreitung – Widerstand?, Stuttgart 2000; dies., Die Katholische Kirche und »ihre Juden«. Das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin« 1938-1945, Berlin 2007; dies., Gabriele Gräfin Magnis (1896-1976), in: Karl Borchardt (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 10, Insing 2010, S. 217-228.
- 68 Hannelore Erhart, Der Einsatz von Katharina Staritz für Menschen jüdischer Herkunft im Kontext der schlesischen Vertrauensstelle des »Büro Pfarrer Grüber«, in: Jana Leichsenring (Hrsg.), Frauen und Widerstand, Münster 2003, S. 55-73; dies./Ilse Meseberg-Haubold/Dietgard Meyer, Katharina Staritz 1903-1953. Von der Gestapo verfolgt – von der Kirchenbehörde fallengelassen. Dokumentation, Bd. 1: 1903-1942, Neukirchen-Vluyn 1999; Christian-Erdmann Schott, Katharina Staritz (1903-1953), in: Herzog (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8, S. 296-303.

Wie viele schlesische Juden den Krieg in Schlesien selbst – in »privilegierten Mischehen« oder in Verstecken – überlebten und wie viele – aus Konzentrationslagern befreit oder geflüchtet – nach Kriegsende dorthin wieder zurückkehrten, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen; die Schätzungen schwanken zwischen 200 bis zu 1800. Die schwierigen Lebensbedingungen in dem weitgehend zerstörten, nunmehr von Polen verwalteten Breslau und die anhaltenden Diskriminierungen als »Deutsche« durch die zugewanderte polnische Bevölkerung – einschließlich polnischer Juden – veranlassten allem Anschein nach die meisten von ihnen, bereits 1945 das Oderland zu verlassen, zunächst zumeist ins Nachkriegsdeutschland, von wo aus sie nicht selten weiter nach Palästina (bzw. Israel) und Nord- oder Südamerika gewandert sind.⁶⁹ 1958 wurde in Israel der »Verband ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel e. V.« ins Leben gerufen, der bis heute besteht und ein eigenes Mitteilungsblatt herausgibt.⁷⁰ Aus Groß-Rosen und seinen Nebenlagern waren mehrere Tausend vornehmlich polnische und ungarische Juden befreit worden, von denen sich ein großer Teil im wenig zerstörten Riesengebirgsvorland niederließ. Bald setzte auch ein Zustrom polnischer Juden aus dem Landesinneren und aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten ein. Der aus Galizien stammende Sowjetsoldat Jakob Egit verfolgte – anfangs mit einigem Erfolg – als Vorsitzender des Zentralkomitees der Juden Niederschlesiens das Projekt, in Reichenbach (Rychbach, seit 1946 Dzierżoniów) ein jüdisches Gemeinwesen aufzubauen.⁷¹ 1946 sollen fast 90 000

69 Isabell Sprenger, *Schlesische Juden am Ende des Zweiten Weltkrieges. Wohin gingen die Überlebenden des Holocaust? Stand und Perspektiven der Forschung*, in: Matthias Weber/Carsten Rabe (Hrsg.), *Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag*, Würzburg 1998, S. 305-312; Helga Hirsch, *Gehen oder bleiben? Deutsche und polnische Juden in Schlesien und Pommern 1945-1957*, Göttingen 2011; Katharina Friedla, *Ego-Dokumente als Quellen zu Lebenswelten der Breslauer Juden*, in: Heinke M. Kalinke (Hrsg.): *Zeitzeugenberichte zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa im 20. Jahrhundert. Neue Forschungen*. Oldenburg, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 2011/12, <http://www.bkge.de/52803.html> [15.8.2012]; dies., *Von Breslau nach Erfurt – Deutsche Juden in Breslau und Niederschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Dan Diner (Hrsg.), *Eine deutsch-jüdische Nachkriegsgeographie*, München 2010, S. 42-56; Bräu, *Zwischen Schlesien und Palästina*; siehe auch Karla Wolff, *Ich blieb zurück. Die Überlebensgeschichte der Tochter einer christlichen Mutter und eines jüdischen Vaters im Nazideutschland und ihr Neuanfang in Israel*, Heppenheim 1990; Werner Ansoerge, *Meine ersten achtzig Jahre. Von Breslau nach Israel*, hrsg. v. Roland B. Müller, Würzburg 2009; Ignaz Bubis, zus. mit Peter Sichrovsky, *»Damit bin ich noch längst nicht fertig«. Die Autobiographie*, Frankfurt a. M./New York 1996; Daniela Fuchs-Frotscher, *Gespräche mit Fred Löwenberg über sich und seine Heimatstadt Breslau*, in: Domaschke/Schmohl/Wehner (Hrsg.), *Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand*, S. 11-20.

70 Ingo Loose, *Alte Heimat in der neuen. Der Verband ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel e. V. und seine Mitteilungen von 1958 bis heute*, in: Eiden (Hrsg.), *Von Schlesien nach Israel*, S. 46-64.

71 Jacob Egit, *Grand Illusion*, Toronto 1991.

Juden in Niederschlesien angesiedelt gewesen sein; eine Reihe antisemitischer Aktionen und immer wieder auftretende Verfolgungswellen veranlassten jedoch bald zahlreiche Personen zur Auswanderung und führten zu einem rapiden Rückgang der Zahl der jüdischen Bevölkerung, bis schließlich 1968 nur mehr wenige Hundert von ihnen in Schlesien lebten.

Neben Arbeiten zur Zeitgeschichte stellen Untersuchungen zur historischen Entwicklung einzelner Gemeinden einen weiteren Schwerpunkt in der jüngeren Forschung dar. Das stärkste Interesse, freilich so gut wie ausschließlich auf die Neuzeit konzentriert,⁷² gilt dabei naturgemäß Breslau, bestand hier doch die weitaus größte jüdische Gemeinde in Schlesien mit 23 240 Mitgliedern im Jahr 1925. Während die Beiträge zum ersten Jahrhundert der preußischen Herrschaft noch wenig neues Material enthalten,⁷³ ist die Ausbeute für den Zeitraum von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges sehr reichhaltig,⁷⁴ wobei die vielfältigen Fragen der Integration der Juden in die deutsche Gesellschaft der Odermetropole,⁷⁵ die jüdischen

72 Eine Ausnahme ist der Beitrag von Petersen, *Die Predigtätigkeit des Giovanni di Capistrano*.

73 Arno Herzig, *Die Juden Breslaus im 18. Jahrhundert*, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause?*, S. 46-62; Anne Brenker, *Das Ende der rabbinischen Gerichtsbarkeit in Breslau (um 1750)*, in: ebd., S. 74-80; Baumgart, *Die jüdische Minorität in Breslau*.

74 Menzel (Hrsg.), *Breslauer Juden 1850-1945*; Manfred Hettling/Andreas Reinke, *Handlungslogiken und Sinnkonstruktionen. Juden im Breslau der Neuzeit*, in: dies./Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause?*, S. 7-21; Andreas Reinke, *Gemeinde und Verein. Formen jüdischer Vergemeinschaftung im Breslau des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts*, in: ebd., S. 131-147; Horst Kühnel/Michael Berg (Hrsg.), *Juden in Breslau 1850-1945. Beiträge zu einer Ausstellung Breslauer Juden von 1850 bis 1945. Ergänzungsvortrag*, in: Kühnel (Hrsg.), *Juden in Breslau 1850-1945*, S. 43-50; Josef Joachim Menzel, *Die Juden in Breslau und Schlesien bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: ebd., S. 21-243; Joseph Walk, *Breslau. Vielfalt in der Einheit*, in: Willi Jasper/Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Deutsch-jüdische Passagen. Europäische Stadtlandschaften von Berlin bis Prag*, Hamburg 1996, S. 83-96.

75 Till van Rahden, *Intermarriages, the »New Woman«, and the Situational Ethnicity of Breslau Jews from the 1870s to the 1920s*, in: Leo Baeck Institute Year Book 46 (2001), S. 125-150; ders., *Sprechen und Handeln im Breslauer Antisemitismus des Kaiserreichs*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 9 (1998), S. 218-243; ders., *Die Grenze vor Ort – Einbürgerung und Ausweisung ausländischer Juden in Breslau 1860-1918*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 27 (1998), S. 47-69; ders., *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt 1860-1925*, Göttingen 2000; ders., *Mingling, Marrying, and Distancing. Jewish Integration in Wilhelminian Breslau and its Erosion in Early Weimar Germany*, in: Wolfgang Benz/Arnold Paucker/Peter Pulzer (Hrsg.), *Jüdisches Leben in der Weimarer Republik = Jews in the Weimar Republic*, Tübingen 1998, S. 197-222; ders., *Pluralismus, Kulturkampf und die Grenzen der Toleranz. Juden, Katholiken und das Breslauer Johannesgymnasium 1865-1880*, in: Florian Schuller/Giuseppe Veltri/Hubert Wolf (Hrsg.), *Katholizismus und Judentum. Gemeinsamkeiten und Verwerfungen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, Regensburg 2005, S. 193-208; ders., *Unity, Diversity, and Difference: Jews, Protestants, and Catho-*

Wohlfahrts-⁷⁶ sowie Bildungseinrichtungen;⁷⁷ zum Jüdisch-Theologischen Seminar Fraenckel'scher Stiftung (siehe oben), die innerjüdische Entwicklung⁷⁸ sowie schließlich die nationalsozialistische Zeit (siehe oben) besonders intensiv betrachtet worden sind. Auch zu Glogau, das für die schlesische Judenheit über Jahrhunderte hin eine ganz besondere Rolle gespielt hat, sind mehrere Darstellungen erschienen, in denen umfangreiches unveröffentlichtes Quellenmaterial aus deutschen und ausländischen Archiven ausgewertet worden ist.⁷⁹ Vergleichbares gilt für das erst seit dem Wiener Kongress 1815 zu Schlesien gehörenden Görlitz.⁸⁰ Eine Besonderheit stellt ein Aufsatz über die Juden im mittelalterlichen

lics in Breslau Schools during the »Kulturkampf«, in: Helmut Walser Smith (Hrsg.), *Protestants, Catholics and Jews in Germany, 1800-1914*, Oxford 2001, S. 217-242; ders., *Words and Actions: Rethinking the Social History of German Antisemitism*, Breslau, 1870-1914, in: *German History* 18 (2000), S. 413-438.

- 76 Reinke, *Stufen der Zerstörung*; ders., *Judentum und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Das jüdische Krankenhaus in Breslau 1726-1944*, Hannover 1999.
- 77 Andreas Reinke, *Zwischen Tradition, Aufklärung und Assimilation. Die Königliche Wilhelmsschule in Breslau 1791-1848*, in: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte* 43 (1991), S. 193-214; Peter Dietrich, *Die Rolle des preußischen Staates bei der Reform des jüdischen Schulwesens. Handlungsstrategien der preußischen Verwaltung gegenüber der jüdischen »Freischule« in Berlin (1778-1825) und der »Königlichen Wilhelmsschule« in Breslau (1791-1848)*, in: Britta L. Behm/Uta Lohmann/Ingrid Lohmann (Hrsg.), *Jüdische Erziehung und aufklärerische Schulreform. Analysen zum späten 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Münster u. a. 2002, S. 167-212; Roland B. Müller, *Schulische Bildung für die jüdischen Kinder und Jugendlichen zwischen 1918 und 1943*, in: Maria Zwierz (Hrsg.), *Breslauer Schulen. Geschichte und Architektur*, Wrocław 2005, S. 90-105; ders., *Schulzeit in Breslau. Schulische Bildung für die jüdischen Kinder und Jugendlichen zwischen 1918 und 1943*, Dresden 2004; ders., *Vom Ende des jüdischen Schulwesens*.
- 78 Joseph Walk, *Almemor und Gitter. Ein Kapitel zur Geschichte der Storch-Synagoge*, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 367-377; Brämer, Rabbiner Zacharias Frankel; Andreas Gotzmann, *Der Geiger-Tiktin-Streit – Trennungskrise und Publizität*, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause?*, S. 81-98; Pyka, *Jüdische Identität bei Heinrich Graetz*.
- 79 Margret Heitmann, *Flucht vor der Taufe. Der Übertritt von Marcus Joel aus Glogau und die Folgen*, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 349-365; Bernhard Gertkemper, *Die jüdische Gemeinde*, in: *Glogauer Heimatbund* (Hrsg.), *Das war Glogau. Stadt und Land an der Oder 1913-1945*, Hannover 1991, S. 296-307; Margret Heitmann, *Zur Geschichte der Juden in Glogau*, in: Bein/Schellakowsky/Schmielewski (Bearb.), *Glogau im Wandel der Zeiten*, S. 358-362; Lucas/Heitmann, *Stadt des Glaubens*; Margret Heitmann, *»Sie wirken in einer Gemeinde, die einen historischen Namen besitzt.« Zu Leben und Werk des letzten Glogauer Rabbiners Leopold Lucas (1872-1943)*, in: Weber/Rabe (Hrsg.), *Silesiographia*, S. 105-117; Jörg Deventer, *Die Juden in Glogau im frühneuzeitlichen Konfessionalisierungsprozess*, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause?*, S. 30-45; Heitmann, *»Wünschen Sie nicht, diese Heimat in ihrer jetzigen Verfassung wiederzusehen ...«*; Beata Dudek, *Juden als Stadtbürger in Schlesien. Glogau und Beuthen im Vergleich 1808-1871*, Hamburg 2009.
- 80 Roland Otto, *Die Verfolgung der Juden in Görlitz*; Helmut Eschwege/ders., *Zur Geschichte der Görlitzer Juden*, in: *»Auftrag für die Zukunft« – Juden und Synagoge in*

Löwenberg dar,⁸¹ handelt es sich dabei doch um ein bereits 1933 abgeschlossenes Kapitel aus einer Breslauer Doktorarbeit, das der Autor in die Emigration hatte mitnehmen können und das zumindest teilweise auf heute nicht mehr erhaltenen Quellen basiert. Der Beitrag macht zugleich aber auch deutlich, welch reiches Material zur spätmittelalterlichen Lokalgeschichte anderer Orte noch der Erschließung harren könnte. Zu einigen kleineren jüdischen Gemeinden in Niederschlesien wurden Materialien gesammelt.⁸² Dass ein größeres Forschungsprojekt zum oberschlesischen Judentum unvollendet abgebrochen worden ist, wurde bereits oben angesprochen. Der einzige erschienene Band enthält Abhandlungen zu den jüdischen Gemeinden in Beuthen, Bielitz, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte, Kreuzburg, Oberglogau, Oppeln und Sohrau sowie zu den dortigen Synagogen.⁸³ In der Folgezeit wurden aber auch unabhängig davon mehrere Arbeiten – teilweise auch mit Quelleneditionen – zu dem Thema allgemein,⁸⁴

Görlitz, hrsg. v. der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 1995, S. 27-100; Bauer, Die Vertreibung der Görlitzer Juden; Guggenheimer, »Alles stehen gelassen und nie wieder zurückgekommen«; Erhard Hartstock, Geduldet, angesehen und verfolgt. Aus der Geschichte der Juden in der Oberlausitz, in: Juden in der Oberlausitz, Bautzen 1998, S. 6-103; Roland Otto, Im Zentrum der Oberlausitzer Juden – Görlitz. Der Anteil jüdischer Bürger am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben in Görlitz, in: Juden in der Oberlausitz, Bautzen 1998, S. 104-133.

- 81 Werner Hayek, Geschichte der Juden in Löwenberg/Schlesien (bis 1453), in: Aschkenas 6 (1996) 2, S. 295-351.
- 82 Weiser, Die jüdische Gemeinde in Schweidnitz; Horst Adler, Materialien zu einer Geschichte der Juden in Schweidnitz im 19. und 20. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer in Israel (1996) 61, S. 16-22; Franz Gerstel, Ein Bericht, in: Fritz Moses (Hrsg.), Strehlen. Erinnerungen an eine schlesische Kleinstadt und ihre jüdischen Bürger, Bremen 1995, S. 126-131; Moses (Hrsg.), Strehlen; Walter Schnell, Erinnerungen an jüdische Familien in Strehlen, in: ebd., S. 108-111; ders., Erinnerungen an Strehlen und an seine jüdischen Bürger, in: ebd., S. 105-108; Bernhard Claudé, Zur Geschichte der Juden in Grünberg, in: Czesław Osękowski (Red.), Ziemia Zachodnie. Polska-Niemcy. Integracja europejska. Księga pamiątkowa z okazji siedemdziesiątej rocznicy urodzin prof. dra hab. Hieronima Szczegóły, Zielona Góra 2001, S. 55-73; Andreas Klose, Einige Nachrichten über die Juden in Freiburg, in: Schlesische Geschichtsblätter 37 (2010) 3, S. 109-112; Manfred Rossa, Die Gedenkfeier in Städtel 1936 mit einem Rückblick auf die jüdische Geschichte des Ortes, in: Zeszyty Eichendorffa – Eichendorff-Hefte (2011) 33, S. 50-61; ders., Jüdisches Leben in den Kreisen Namslau und Oppeln. Karlsruhe/Oberschlesien und Städtel/Niederschlesien in der Herrschaft Karlsruhe als Zuflucht für Juden, Eschborn 2003.
- 83 Maser/Weiser, Juden in Oberschlesien. T. 1; siehe auch Maser, Oberschlesische Synagogen.
- 84 Kowalska, Die jüdische Bevölkerung; Horst Fuhrmann, Von solchen, »die noch östlicher wohnen« – Deutsche, Polen, Juden im Oberschlesien des 19. Jahrhunderts, in: Paul-Joachim Heinig (Hrsg., Red. Barbara Krauß), Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw, Berlin 2000, S. 497-512; Kowalska, Die Anfänge der jüdischen Ansiedlung.

zu einzelnen dieser Gemeinden⁸⁵ oder zu anderen jüdischen Ansiedlungen in Oberschlesien⁸⁶ vorgelegt.

Zahlenmäßig weitaus am stärksten vertreten sind Arbeiten zu einzelnen jüdischen Persönlichkeiten, seien es Autobiografien, Erinnerungen, Lebensbeschreibungen, Interviews oder Biografien. Nicht alle vermögen immer strengen wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen (was im Übrigen auch für manche der ortsgeschichtlichen Beiträge gilt), dennoch bieten auch sie größere oder kleinere Mosaiksteine zu einer Gesamtgeschichte des schlesischen Judentums, selbst wenn manche der Porträtierten vielleicht nur eine kurze Spanne ihres Lebens in Schlesien verbrachten. Noch deutlicher als bisher schon aufgezeigt liegt der Schwerpunkt auf der Zeitgeschichte, nur verhältnismäßig wenige Titel betreffen aus dem Judentum hervorgegangene Persönlichkeiten des 18. und 19. Jahrhunderts: den Dichter Ephraim Moses Kuh,⁸⁷ die Wissenschaftler des Judentums Zacharias Frankel⁸⁸ und Heinrich Graetz,⁸⁹ den Verfasser hebräischer Schulbücher Herschel Heinrich Goldstein,⁹⁰ den sozialdemokratischen Politiker

85 Horst Fuhrmann, Die Einweihung der Kreuzburger Synagoge 1886, in: Oberschlesisches Jahrbuch 7 (1991), S. 157-162; Roger Lustig, The Jews Civil Vital Records in the Gliwice Archive and their Context, in: Żydzi gliwiccy, Red. Kubit, S. 17-30; Cartarius, The Jewish Community of Gleiwitz; Dudek, Juden als Stadtbürger.

86 Martin Richau, Nachweisung der wahlfähigen Juden im Kreise Oppeln einschließlich der Städte Krappitz und Oppeln (1853), in: Ostdeutsche Familienkunde 56, Bd. 18 (2008), S. 228-233; ders., Die Mitglieder des Synagogenverbandes Carlsruhe/Oberschlesien, in: ebd., S. 267-274; Manfred Rossa, Die Mitglieder des Synagogenverbandes Carlsruhe/Oberschlesien, in: Zeszyty Eichendorffa – Eichendorff-Hefte (2011) 34, S. 28-67; Johannes Czakai, Oberschlesisches Judentum. Zum jüdischen Leben in Oberschlesien am Beispiel von Leschnitz im 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Schlesische Geschichtsblätter 37 (2010) 3, S. 73-90; Gertrud Maria Kaminsky-Rohe, Jüdische Spuren in Oberschlesien. Kreis Grottkau Ottmachau-Neisse, Reinbek 2003; Rossa, Jüdisches Leben in den Kreisen Namslau und Oppeln.

87 Gunnar Och, Jüdische Schriftsteller im Breslau des späten 18. Jahrhunderts, in: Hettling/Reinke/Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause?, S. 63-73; Hans Otto Horch, Ephraim Moses Kuh (1731-1790), in: Herzig (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8, S. 148-154; ders., Unvollendete »Hedschra«. Zu Leben und Werk des Breslauer Lyrikers Ephraim Moses Kuh (1731-1790), in: Jörg Deventer/Susanne Rau/Anne Conrad (Hrsg.), Zeitenwenden. Herrschaft, Selbstbehauptung und Integration zwischen Reformation und Liberalismus. Festgabe für Arno Herzig zum 65. Geburtstag, Münster 2002, S. 143-161. Siehe dazu auch seinen Beitrag in diesem Band.

88 Brämer, Rabbiner Zacharias Frankel; Andreas Brämer, Zacharias Frankel (1801-1875), in: Herzig (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8, S. 181-189.

89 Maser, Heinrich Graetz; Pyka, Jüdische Identität bei Heinrich Graetz; Römer, Heinrich Graetz.

90 Julia Cartarius, Jüdische Emanzipation in den preußischen Ostprovinzen. Der Lebensbericht des Herschel Heinrich Goldstein, in: Georg G. Iggers (Hrsg.), Hochschule – Geschichte – Stadt. Festschrift für Helmut Böhme, Darmstadt 2004, S. 135-148.

Max Kayser,⁹¹ den Immunologen und Nobelpreisträger Paul Ehrlich,⁹² den Rabbiner Theodor Kroner⁹³ und den zum evangelischen Glauben konvertierten klassischen Philologen Franz Skutsch.⁹⁴ Zwei Darstellungen sind Vertretern der Aufklärung gewidmet, die zwar keine Juden waren, deren Wirken aber für die Judenemanzipation von einiger Bedeutung werden sollte: zum einen dem aus Breslau stammenden Juristen und Mitverfasser des Preußischen allgemeinen Landrechts Ernst Ferdinand Klein,⁹⁵ zum anderen dem für die jüdischen Angelegenheiten zuständige Regierungsbeamten der schlesischen Provinzialverwaltung und Historiografen Friedrich Albert Zimmermann.⁹⁶ In den Lebensläufen aller jüdischen Schlesier des 20. Jahrhunderts stellte die Zeit des Nationalsozialismus ein zentrales Kapitel dar, sei es als Zäsur mit weitreichender Bedeutung für die Geretteten, sei es als fürchterliches Ende für die Verfolgten und Ermordeten. Als unmittelbarste und informativste Zeugnisse müssen zweifellos die durch glückliche Umstände erhalten gebliebenen, bis wenige Tage vor ihrer Deportation ins Todeslager geführten Tagebücher zweier Breslauer Bürger, des Historikers und ehemaligen Studienrats Dr. Willy Cohn⁹⁷ und des zum Buddhismus neigenden Handelsvertreters Walter Tausk,⁹⁸ gewertet werden (siehe auch die vorhergehenden Ausführungen). Cohn hat zudem umfangreiche Lebenserinnerungen verfasst und dabei bewusst die Geschicke seiner Familie in die Geschichte des Judentums in Schlesien während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik eingebettet.⁹⁹ Autobiografische Quellen ermordeter Per-

91 Arno Herzig, Max Kayser (1853-1888), in: Josef Joachim Menzel (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 7: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2001, S. 241-246.

92 Axel C. Hüntelmann, Paul Ehrlich, *Leben, Forschung, Ökonomien, Netzwerke*, Göttingen 2011.

93 Arno Herzig, Theodor Kroner (1845-1923), in: ders. (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 8, S. 196-201.

94 Wolfhart Unte, Franz Skutsch (1865-1912), in: Borchardt (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 10, S. 165-177.

95 Klaus Berndt, Ernst Ferdinand Klein (1743-1810). Ein Zeitbild aus der zweiten Hälfte des Achtzehnten Jahrhunderts, Münster 2004.

96 Arno Herzig, Die Anfänge der deutsch-jüdischen Geschichtsschreibung in der Spätaufklärung. Zur Historiographie Anton Balthasar Königs und Friedrich Albert Zimmermanns, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 20 (1991), S. 59-75.

97 Cohn, *Kein Recht, nirgends*.

98 Walter Tausk, *Breslauer Tagebuch 1933-1940*, hrsg. v. Ryszard Kincel, Berlin 2000.

99 Cohn, *Verwehte Spuren; zu Cohns Leben und Werk* siehe ferner Norbert Conrads, *Die verlorene Germania Judaica – Ein Handbuch- und Autorenschicksal im Dritten Reich*, in: *Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* 15 (2007), S. 215-254; Ders., *Ein Zeuge des deutschen Judentums; Julia Becker, »Normannen-Cohn«*. Der Breslauer Historiker Willy Cohn (1888-1941), in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 87 (2007), S. 385-395; Arno Herzig, *Der Breslauer Historiker Willy Cohn (1888-1941)*, in: Miriam Gillis-Carlebach/Wolfgang Grünberg (Hrsg.), *»... der den Erniedrigten aufrichtet aus dem Staube und aus dem Elend erhöht den Armen«* (Psalm 113, 7). Die Fünfte Joseph Carlebach-Konferenz. *Unvollendetes Leben zwischen Tragik und Erfüllung*, Hamburg 2002, S. 99-105; Arno Herzig, *Die Grafschaft Glatz und die Grafschafter*

sönlichkeiten liegen auch vor für die aus einem Breslauer jüdischen Elternhaus stammende Philosophin und Karmeliterordensschwester Edith Stein¹⁰⁰ und den letzten Glogauer Rabbiner Leopold Lucas.¹⁰¹ Einen Lebensweg sehr eigener Art, den man als Kollaboration oder aber auch als besondere Form einer auf die jüdische Gesellschaft hin ausgerichteten Überlebensstrategie deuten kann, beschriftet der vermutlich ebenfalls in einem Vernichtungslager umgekommene Journalist Fritz Seifter, der in Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden seit 1934 im südostoberschlesischen Bielitz als Herausgeber der *Jüdischen Wochenpost* und seit 1940 bis Sommer 1942 in Krakau als Chefredakteur und Geschäftsführer der *Gazeta Żydowska* tätig war.¹⁰²

Von den autobiografischen Berichten Überlebender sind vor allem die bereits 1947 abgeschlossenen, aber erst 1988 in Australien wiedergefundenen Aufzeichnungen des jüdischen Arztes Hans-Werner Wollenberg, »Lagererinnerungen« an das grauenhafte Alltagsleben in schlesischen Zwangsarbeitslagern und KZ-Außenkommandos während der Jahre 1942 bis 1945, hervorzuheben.¹⁰³ Zu den überlebenden Insassen solcher Lager gehörten auch der aus dem kleinpolnischen Będzin stammende spätere Geschichtsforscher Arno Lustiger¹⁰⁴ und der Amsterdamer Schneider Coen Rood.¹⁰⁵ Das Kriegsende in Schlesien selbst erlebten die beiden Breslauer Klaus Aufrichtig,¹⁰⁶ dem die Flucht aus dem KZ Groß-Rosen gelang, und Karla Wolff,¹⁰⁷ die als Tochter einer christlichen Mutter und

- aus der Sicht des jüdischen Studienrats Dr. Willy Cohn zur Zeit des Nationalsozialismus, in: Arbeitsgemeinschaft Grafschaft Glatz – Mitteilungen (2009), Nr. 8, S. 64-71.
- 100 Elisabeth Franke, Das Wirken von Dr. Edith Stein in Breslau. Zusammengestellt aus Selbstbiographie und Briefen Edith Steins und ergänzt aus Jugenderinnerungen von Elisabeth Franke, geb. Seidel, Köln, früher Breslau, Annweiler/Essen 1998; Edith Stein, Aus dem Leben einer jüdischen Familie und weitere autobiographische Beiträge, neu bearb. u. eingel. v. Maria Amata Neyer, Freiburg im Breisgau 2002; siehe ferner Christian Feldmann, Edith Stein, Reinbek bei Hamburg 2004; Waltraud Herbstrith, Edith Stein – ihr wahres Gesicht? Jüdisches Selbstverständnis – Christliches Engagement – Opfer der Shoa, Münster u.a. 2006; Wolfdietrich von Kloeden/Hanna-Barbara Gerl-Falkowitz, Edith Stein, Berlin 2008; Cordula Koepcke, Edith Stein. Ein Leben, Würzburg 1991; Andreas Uwe Müller/Maria Amata Neyer, Edith Stein. Das Leben einer ungewöhnlichen Frau. Biographie, Düsseldorf 2002.
- 101 Margret Heitmann, »Sie wirken in einer Gemeinde, die einen historischen Namen besitzt«. Zu Leben und Werk des letzten Glogauer Rabbiners Leopold Lucas (1872-1943), in: Weber/Rabe (Hrsg.), Silesiographia, S. 105-117.
- 102 Lars Jockheck, Vom Agenten zum Kollaborateur? Die Zusammenarbeit des jüdischen Publizisten Fritz Seifter aus Bielitz mit den deutschen Behörden in den 1930er und 1940er Jahren, in: Joachim Tauber (Hrsg.), »Kollaboration« in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2006, S. 192-205.
- 103 Wollenberg, ... und der Alptraum wurde zum Alltag.
- 104 Arno Lustiger, Arno, Sing mit Schmerz und Zorn – Ein Leben für den Widerstand, Berlin 2004.
- 105 Rood, »Wenn ich es nicht erzählen kann, muss ich weinen«.
- 106 Später Kenneth James Arkwright, siehe ders., Jenseits des Überlebens. Von Breslau nach Australien, hrsg. v. Katharina Friedla u. Uwe Neumärker, Berlin 2011.
- 107 Wolff, Ich blieb zurück'.

eines jüdischen Vaters in den letzten Kriegsmonaten im Versteck zu überleben vermochte. Ebenfalls in den Untergrund, aber außerhalb ihrer Herkunftsregion Schlesien, konnten sich der sozialdemokratische Politiker Otto Landsberg¹⁰⁸ und der Musiker Konrad Latte¹⁰⁹ retten. Aus Konzentrations- oder Zwangsarbeiterlagern befreit wurden die aus Breslau gebürtigen Ignatz Bubis,¹¹⁰ Anita Lasker-Wallfisch,¹¹¹ Ferdinand »Fred« Löwenberg¹¹² und Werner Neufliess.¹¹³ Ebenfalls dem Tode in Lagerhaft entrinnen konnten die im östlichen Oberschlesien aufgewachsenen Samuel Rosencwajg¹¹⁴ und Inka Wajsbort.¹¹⁵ Unter denjenigen, die bereits 1933 bzw. noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges aus Schlesien emigrierten, waren die noch jugendlichen Breslauer Werner Ansoerge,¹¹⁶ Walter Laqueur¹¹⁷ und Fritz Stern,¹¹⁸ der im oberschlesischen Falkowitz geborene junge Helmut Seidel,¹¹⁹ der angehende Pädagoge Joseph Walk,¹²⁰ der an der Universität Breslau lehrende Rechtshistoriker und Soziologe Eugen Rosenstock-Huessy,¹²¹ der Neurochirurg Ludwig Guttman,¹²² der Görlitzer Jurist und Schriftsteller Paul Mühsam,¹²³ ferner der aus jüdischem Elternhaus

- 108 Hans-Ludwig Abmeier, Otto Landsberg (1869-1957), in: Menzel (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 7, S. 322-328.
- 109 Peter Schneider, »Und wenn wir nur eine Stunde gewinnen ...«. Wie ein jüdischer Musiker die Nazi-Jahre überlebte, Berlin 2001.
- 110 Ignatz Bubis, zus. mit Peter Sichrovsky, »Damit bin ich noch längst nicht fertig«.
- 111 Anita Lasker-Wallfisch, *Ihr sollt die Wahrheit erben. Die Cellistin von Auschwitz. Erinnerungen*, Reinbek 2007.
- 112 Fuchs-Frotscher, *Gespräche mit Fred Löwenberg*.
- 113 Gerhard Senft, *Breslau, Theresienstadt, Shavei Zion. Gezeiten eines Jahrhundertlebens*, Werner Neufliess (1908-2004), Wien 2007.
- 114 Später Ron, *Die Erinnerungen haben mich nie losgelassen*.
- 115 Wajsbort, *Im Angesicht des Todes*.
- 116 Ansoerge, *Meine ersten achtzig Jahre*.
- 117 Walter Laqueur, *Wanderer wider Willen. Erinnerungen 1921 bis 1951*, Berlin 1995; ders., *Mein 20. Jahrhundert. Stationen eines politischen Lebens*, Berlin 2011.
- 118 Fritz Richard Stern, *Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen*, München 2009.
- 119 Martin Richau, Helmut Seidel. Von Falkowitz nach Honduras. Ein jüdisches Schicksal, in: *Zeszyty Eichendorffa – Eichendorff-Hefte* (2008) 22, S. 94-121.
- 120 Joseph Walk, *Profil einer zionistischen Ortsgruppe 1903/04. Zur Sozialgeschichte des deutschen Zionismus*, in: ders., *Wider das Vergessen. Aufsätze und Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten*, hrsg. v. Paul Sauer, Gerlingen 1996, S. 179-187; ders., »Der Zionist«. Zur Geschichte der ältesten zionistischen Zeitung Deutschlands, in: ebd., S. 173-178; ders., *Breslau 1929 – Wrocław 1989*, in: ebd., S. 223-227; ders., *Breslau. Vielfalt in der Einheit*; ders., *Autobiographische Skizze, »Als religiöser Zionist in Breslau 1914-1936«*, in: Weber/Rabe (Hrsg.), *Silesiographia*, S. 545-547.
- 121 Michael Klein, Eugen Rosenstock-Huessy (1888-1973). »Die neun Leben einer Katze« und die Jahre in Breslau, in: Marek Hałub/Anna Mańko-Matysiak (Hrsg.), *Śląska Republika Uczonych – Schlesische Gelehrtenrepublik – Slezská vědecká obec*, Bd. 2, Wrocław 2006, S. 349-377.
- 122 Heinz Hinkel, Professor Sir Ludwig Guttman. Ein Arzt aus Schlesien, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 33 (1992), S. 187-200.
- 123 Paul Mühsam, *Ich bin ein Mensch gewesen. Lebenserinnerungen*, hrsg. v. Ernst Kretschmar, Gerlingen 1989.

stammende evangelische Pfarrer Heinz Helmuth Arnold.¹²⁴ Unmittelbar nach Kriegsbeginn konnte der Maler und Grafiker Isidor Aschheim nach Palästina fliehen;¹²⁵ den schwierigen Weg über Shanghai nahmen etwas später Wolfgang Hadda¹²⁶ und Evelyn Pike Rubin.¹²⁷ Groß ist die Zahl der in Schlesien geborenen Juden, die bereits als Kinder, als Jugendliche oder nach dem Studium ihre Heimatregion verlassen hatten und in anderen Teilen Deutschlands erfolgreich tätig geworden waren, bevor sie der nationalsozialistische Terror in die Emigration trieb; zu ihnen zählen der Philosoph Günther Anders,¹²⁸ die Publizistin Bertha Badt-Strauss,¹²⁹ der Reeder und Großunternehmer Arnold Bernstein,¹³⁰ der Philosoph Ernst Cassirer,¹³¹ der Mathematiker Richard Courant,¹³² der Soziologe Norbert Elias,¹³³ der zum evangelischen Glauben konvertierte Chemiker und Nobelpreisträger Fritz Haber,¹³⁴ der kommunistische Journalist Rudolf Herrnstadt,¹³⁵ der Rabbiner und Bibelkommentator Benno Jacob,¹³⁶ der

- 124 Dietmar Ness, Heinz Helmuth Arnold. Das Schicksal eines jüdenchristlichen evangelischen Pfarrers im Dritten Reich, in: *Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte* 69 (1990), S. 55-92.
- 125 Brade, Von Breslau an die Bezalel-Schule.
- 126 Hadda, Knapp davongekommen.
- 127 Evelyn Pike Rubin, Ghetto Schanghai. Von Breslau nach Schanghai und Amerika. Erinnerungen eines jüdischen Mädchens 1943-1947, 1995 und 1997, hrsg. v. Erhard Roy Wiehn, Konstanz 2002.
- 128 Eigentlich Günther Siegmund Stern; siehe Andrew Demshuk, »Wehmut und Trauer«. Jewish Travelers in Polish Silesia and the Foreignness of Heimat, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 6 (2007), S. 311-335.
- 129 Martina Steer, Bertha Badt-Strauss (1885-1970). Eine jüdische Publizistin, Frankfurt a. M. 2005.
- 130 Arnold Bernstein, Ein jüdischer Reeder. Von Breslau über Hamburg nach New York, aus dem Englischen übers. v. Lore Jacobi u. Ursula Feldkamp; mit einem Nachwort und der Schiffsliste vers. v. Arnold Kludas, Hamburg 2001.
- 131 Birgit Recki, Ernst Cassirer (1874-1945), in: Herzig (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 8, S. 231-241.
- 132 Konrad Fuchs, Der Mathematiker Richard Courant aus Lublinitz (1888-1972), in: *Oberschlesisches Jahrbuch* 8 (1992), S. 125-141; ders., Richard Courant (1888-1972), in: *Zeszyty Chorzowskie* 7 (2002), S. 5-19.
- 133 Norbert Elias, *Autobiographisches und Interviews*, Frankfurt a. M. 2005; Arend-Jan Heerma van Voss, Norbert Elias über sich selbst, Frankfurt a. M. 1990; Reinhard Blomert, *Soziologisches Sehen – Denkstationen des jungen Elias*, Breslau, Heidelberg, Frankfurt a. M., in: *Berliner Journal für Soziologie* 7 (1997) 2, S. 169-182; Hermann Korte, Norbert Elias (1897-1990), in: Herzig (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 8, S. 270-276; ders., Norbert Elias in Breslau. Ein biographisches Fragment, in: *Zeitschrift für Soziologie* 20 (1991), S. 3-11.
- 134 Margit Szöllösi-Janze, Fritz Haber. 1868-1934. Eine Biographie, München 1998.
- 135 Konrad Fuchs, Rudolf Herrnstadt (1903-1966), in: Borchardt (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 10, S. 229-237.
- 136 Jacob, Benno Jacob; Manfred Oeming (Red.), Benno Jacob – der Mensch und sein Werk, Heidelberg 2003.

Theaterkritiker Alfred Kerr,¹³⁷ der Dirigent Otto Klemperer,¹³⁸ der Maler und Dichter Ludwig Meidner,¹³⁹ die Schriftsteller Walter Meckauer,¹⁴⁰ Max Tau¹⁴¹ und Arnold Zweig;¹⁴² Vergleichbares gilt für den aus Ungarn stammenden und von 1906 bis 1930 an der Breslauer Universität tätigen Philosophen Richard Hönigswald.¹⁴³

Zu den Personen, welche die Nazizeit nicht überlebten, zählten auch so bedeutende Breslauer Kunstsammler und Mäzene wie der Rechtsanwalt Ismar Littmann und der Unternehmer Max Silberberg. Vor allem im Rahmen eines umfassenden Vorhabens zur Kulturgutdokumentation und zur Aufdeckung der Verluste von Kulturgütern, die aufgrund von Verfolgungen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihren Eigentümern entzogen wurden oder wegen drohender Repressionen veräußert werden mussten, sind den Schicksalen ihrer Sammlungen mehrere aufschlussreiche Untersuchungen gewidmet worden.¹⁴⁴ Ein Abschluss ist damit noch keines-

- 137 Hans-Gerd Winter, Alfred Kerr (1867-1948), in: Herzig (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 8, S. 242-247. Siehe dazu auch seinen Beitrag in diesem Band.
- 138 Lothar Hoffmann-Erbrecht, Otto Klemperer (1885-1973), in: Menzel (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 7, S. 357-360.
- 139 Idis B. Hartmann, Der schlesische Maler und Dichter Ludwig Meidner. Vom Propagandisten des Expressionismus zum bekennenden Juden, in: Hans Henning Hahn/Jens Stüben (Hrsg.), *Jüdische Autoren Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 78-112; Michael A. Meyer, Ludwig Meidner (1884-1966) – Künstler und Jude, in: Wolfgang Kemp/Gert Mattenkott/Monika Wagner/Martin Warnke (Hrsg.), *Vorträge aus dem Warburg-Haus*, Bd. 5, Berlin 2001, S. 121-164.
- 140 Klaus Hildebrandt, Walter Meckauer (1889-1966), in: Menzel (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 7, S. 375-383. Siehe dazu auch den Beitrag von Michael Segner in diesem Band.
- 141 Lucian Schiwietz, Aspekte jüdischen Kulturlebens in Schlesien und das Phänomen Max Tau, in: Detlef Haberland (Hrsg.), »Ein symbolisches Leben«. Beiträge anlässlich des 100. Geburtstages von Max Tau (1897-1976), Heidelberg 2000, S. 201-216.
- 142 Klaus Hildebrandt, Arnold Zweig – Leben und Werk. Zum 100. Geburtstag des Schriftstellers, in: *Schlesien. Kunst – Wissenschaft – Volkskunde* 33 (1988), S. 19-28; ders., Arnold Zweig (1887-1968) – Leben und Werk, in: Bein/Schellakowsky/Schmielewski (Bearb.), *Glogau im Wandel der Zeiten*, S. 299-308; Margret Heitmann, »Mein Leben begann also damit, dass ich zu Festung verurteilt wurde.« Arnold Zweig und seine Geburtsstadt Glogau, in: Julia Bernhard/Joachim Schlör (Hrsg.), *Deutscher, Jude, Europäer im 20. Jahrhundert. Arnold Zweig und das Judentum*, Bern u. a. 2004, S. 25-40; Klaus Hildebrandt, Arnold Zweig (1887-1968), in: Josef Joachim Menzel/Ludwig Petry (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 6: *Schlesien des 15. bis 20. Jahrhunderts*, Sigmaringen 1990, S. 254-264. Siehe dazu auch den Beitrag von Hans-Harald Müller in diesem Band.
- 143 »Aus der Einsamkeit«. Briefe einer Freundschaft. Richard Hönigswald an Ernst Lohmeyer, hrsg. v. Wolfgang Otto, Würzburg 1999.
- 144 Christoph Brockhaus, Zum Restitutionsgesuch der Erbgemeinschaft Dr. Ismar Littmann für das Bild »Buchsbaumgarten« (1909) von Emil Nolde, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg., bearb. v. Ulf Häder), *Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit Kul-*

wegs erreicht, aber sie sind ein weiteres Glied in der Kette einer erfreulicherweise außerordentlich produktiv gewordenen Forschung zur Geschichte der Juden in Schlesien.

turgütern aus ehemaligem jüdischen Besitz, Magdeburg 2001, S. 78-89; Anja Heuß, Die Sammlung Littmann und die Aktion »Entartete Kunst«, in: Inka Bertz/Michael Dorrnann (Hrsg.), Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute. Eine Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Frankfurt am Main, 19. September 2008 bis 25. Januar 2009 (Berlin), 22. April bis 2. August 2009 (Frankfurt am Main). Begleitbuch, Göttingen 2008, S. 68-74; dies., Die Sammlung Max Silberberg in Breslau, in: Andrea Pophanken/Felix Billeter (Hrsg.), Die Moderne und ihre Sammler. Französische Kunst in deutschem Privatbesitz vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Berlin 2001, S. 311-326; Dorothea Kathmann, Kunstwerke aus jüdischen Sammlungen – Möglichkeiten und Grenzen der Provenienzermittlungen am Beispiel der Sammlung Silberberg aus Breslau, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Beiträge öffentlicher Einrichtungen, S. 26-37; dies., Wege und Schicksale jüdischer Kunst- und Büchersammlungen: aufgezeigt am Beispiel der Sammlung Silberberg aus Breslau, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen 46 (1999), S. 363-374; dies., Wege und Schicksale jüdischer Kunstsammlungen aufgezeigt am Beispiel der Sammlung Silberberg aus Breslau. Der Versuch einer späten Wiedergutmachung, in: Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz 35 (1998), S. 165-177; Annerose Klammt/Marius Winzeler, »Die moderne deutsche Kunst mußte zur Geltung gebracht werden« – Zur Erwerbung von Kunstwerken aus jüdischem Eigentum für die Kunstsammlungen in Görlitz, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Beiträge öffentlicher Einrichtungen, S. 118-143; Achim Sommer, Otto Muellers »Knabe vor zwei stehenden und einem sitzenden Mädchen (Landschaft mit Figuren)« von 1918/19 – Ein expressionistisches Gemälde aus der ehemaligen Sammlung Dr. Ismar Littmann, Breslau, in: ebd., S. 90-105; Monika Tatzkow, Max Silberberg (1878-1945) Breslau, in: Melissa Müller/dies., Verlorene Bilder, verlorene Leben. Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde, München 2009, S. 114-129; dies./Hans-Joachim Hinz, Bürger, Opfer und die historische Gerechtigkeit. Das Schicksal jüdischer Kunstsammler in Breslau, in: Osteuropa 56 (2006) 1/2, S. 155-171; Marius Winzeler, Jüdische Sammler und Mäzene in Breslau – von der Donation zur »Verwertung« ihres Kunstbesitzes, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste (Hrsg., bearb. v. Andrea Baresel-Brand), Sammeln, stiften, fördern. Jüdische Mäzene in der deutschen Gesellschaft, Magdeburg 2008, S. 131-156. Siehe dazu auch den Beitrag von Magdalena Palica in diesem Band.

Beitrag Małgorzata Stolarska-Fronia

Heinrich Tischler,
ohne Titel
[Selbstporträt],
1934; Gouache,
signiert und
datiert unten
links

Heinrich Tischler,
Die Gasse, 1920;
Öl auf Leinwand,
80 × 80 cm

Beitrag Jerzy K. Kos

Die Synagoge in Oels;
erbaut gegen Ende des
14. Jahrhunderts. Heutige
Nutzung als Christus-
Salvator-Kirche der
Vereinigten Evangelikalen
Kirche in Polen; 2010

Die Synagoge in Brieg, erbaut 1799; 2011 erfolgte eine Renovierung; 2013

Die Synagoge Zum Weißen Storch in Breslau, südliche Fassade, erbaut 1829; 2010

Die Synagoge Zum Weißen Storch in Breslau; Abbildung des Innenraums nach dem Umbau von 1905; aufgenommen während der Renovierungsarbeiten 2010

Die Synagoge in Münsterberg, erbaut 1844/45; Ansicht der Fassade, 2011

Die Synagoge in Münsterberg, erbaut 1844/45; Innenansicht, 2011

Die Synagoge in
Dyhernfurth, erbaut
1848; 2011

Die Synagoge in Oppeln, erbaut 1842; 2011

Die Synagoge in Oberglogau, erbaut 1864; 2011

Die Synagoge in Sagan, erbaut 1857/58; der Entwurf stammt von Maurermeister Friedrich Schrader

Der Innenraum der Synagoge in Sagan, erbaut 1857/58; der Entwurf stammt von Maurermeister Friedrich Schrader

Die Synagoge in Reichenbach, erbaut 1875; 2011

Die Synagoge in Bernstadt, vermutlich 1895 erbaut; 2011

Die Synagoge in Görlitz, erbaut 1909-11; 2011

Der Innenraum der Synagoge in Görlitz, erbaut 1909-11; 2011

Beitrag Maciej Łagiewski

Neben dem Eingangstor des jüdischen Friedhofs an der ul. Ślężna (Lohestraße) in Breslau sind jüdische Grabsteine aus dem Mittelalter ausgestellt; 2004

Das polenweit älteste jüdische Grabmal von 1203 ist in der Dauerausstellung des Stadtmuseums in Breslau, im ehemaligen Königspalast an der ul. Kazimierza Wielkiego 35, zu sehen; 2005

Der Grabstein von 1345 stammt vom ältesten jüdischen Friedhof Breslaus, dem Friedhof in der Ohlauer Vorstadt. Er ist heute auf dem jüdischen Friedhof an der ul. Ślężnana (Lohestraße) in Breslau zu sehen; 2004

Grabsteine auf dem Friedhof in Zülz; 2012

Die Friedhofsquartiere auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężna) in Breslau sind von einem regelmäßigen Alleennetz durchschnitten; 2005

Der jüdische Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau: Die Grabsäule symbolisiert das ewige Leben; die gebrochene Säule den tragischen Ausdruck für das Ende eines Menschenlebens; 2004

Die Gruft der Familie Kolker auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau ist ein eindrucksvolles Bauwerk im neoromanischen Stil; 2004

Die Gruft von Max und Lina Kauffmann auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau ist ein Beispiel für die bei sefardischen Juden typische Verwendung von maurischen Kunstmerkmalen; 2002

Lilien mit gebogenen Formen
an einem im Jugendstil ge-
haltenen Grabmal einer früh-
zeitig verstorbenen Frau auf
dem jüdischen Friedhof an
der Lohestraße (ul. Ślężnana)
in Breslau; 2004

Der jüdische Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau: Die populärste Form des jüdischen Grabmals ist die Matzewa – eine vertikal aufgestellte, mit einem halbrunden oder dreieckigen Giebel abgeschlossene Steinplatte; 2004

Der jüdische Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau: Hände im charakteristischen Gestus am Grabmal eines Nachfahren des Hohen Priesters Aaron; 2004

Die Äskulapschlange ist ein weltliches Symbol des Arztberufes; Grabmal (Ausschnitt) auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau; 2004

Ein antiker Helm bekrönt das Grabmal von Georg Sternberg auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau, einem im Ersten Weltkrieg gefallenen Artillerieoffizier; 2004

Das modernistische Grabmal der Bankiersfamilie Alexander auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau schmückt ein Relief des Bankgebäudes, das sich einst am Königsplatz (heute Plac Jana Pawła II) erhob; 2004

Der Grabstein des bedeutenden Augenarztes Prof. Hermann Cohn und seiner Ehefrau Valeska Cohn auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau wurde von dem Wiener Architekten Wilhelm Stiassny (1842-1910) gestaltet; 2005

Das Grabmal von Ferdinand Lassalle (1825-1864) und dessen Eltern auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau wurde 1959 wiederhergestellt und 1984 restauriert; 2005

Das Grabmal von Professor Heinrich Graetz (1817-1891) auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Śląznana) in Breslau wurde 1984 restauriert. Die Tafel mit der Inschrift wurde 1991 anlässlich seines 100. Todestages gemeißelt; 2005

Das Grabmal von Professor Ferdinand Julius Cohn auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau. Die Tafel mit der Inschrift wurde 1998 zu seinem 100. Todestag angebracht; 2005

Ägyptisierendes Grabmal der Familie von Julius Schottländer, einem der wohlhabendsten Einwohner Schlesiens, auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau; 2004

Das Grabmal des Warschauer Kaufmanns Paweł Muszkat mit einer Inschrift »Ehrenbürger der Stadt Breslau« in polnischer Sprache auf dem jüdischen Friedhof an der Lohestraße (ul. Ślężnana) in Breslau; 2005

Abkürzungsverzeichnis

AAN	Archiwum Akt Nowych w Warszawie (Archiv für Neuakten in Warschau)
APK	Archiwum Państwowe w Katowicach (Staatsarchiv in Kattowitz)
APwO	Archiwum Państwowe w Opolu (Staatsarchiv in Oppeln)
APWr	Archiwum Państwowe we Wrocławiu (Staatsarchiv in Breslau)
AJS Review	The Journal of the Association for Jewish Studies
AŻIH	Archiwum Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie (Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Emanuel Ringelblum, Warschau)
AZJ	Allgemeine Zeitung des Judenthums
BArch	Bundesarchiv
CAHJP	The Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem
CJA	Archiv der Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«
CKiEZ	Centrum Kultury i Edukacji Żydowskiej (Zentrum für jüdische Kultur und Bildung)
CKŻP	Centralny Komitet Żydów Polskich (Zentralkomitee der Juden in Polen)
Defaka	Deutsches Familien-Kaufhaus
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
GDS	Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte e. V.
Gen.	Genosse
Gen. Priv.	Generalprivilegierung
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
Hervorh. i. Orig.	Hervorhebung im Original
HHStA ÖstA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Österreichisches Staatsarchiv
HJ	Hitler-Jugend
IdnJ	Israelit des 19. Jahrhunderts
IPN	Instytut Pamięci Narodowej (Institut für Nationales Gedenken)
IWS	Israelitische Wochen-Schrift
JMF	Jüdisches Museum Frankfurt a. M. – Archiv
JSFUB	Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau
JVB	Jüdisches Volksblatt. Unabhängiges Organ für die Interessen von Gemeinde, Schule und Haus
JVZ	Jüdische Volkszeitung
JZ	Jüdische Zeitung
JZWL	Jüdische Zeitschrift für Wissenschaft und Leben
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPO	Kommunistische Partei Opposition
KPP	Komunistyczna Partia Polski (Kommunistische Partei Polens)
KZ	Konzentrationslager
LBI Archives	Leo Baeck Institute Archives
LBI Jerusalem	Leo Baeck Institute Jerusalem
LBIYB	Leo Baeck Institute Year Book
LdO	Literaturblatt des Orients
MAP	Ministerstwo Administracji Publicznej (Ministerium für Öffentliche Verwaltung)
MdBGuM	Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumvereins
MGWJ	Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums
MKŻ	Miejski Komitet Żydowski (Jüdisches Stadtkomitee)
MMW	Muzeum Miejskie Wrocław (Museum der Stadt Breslau)
ND	Neudruck
NF	Neue Folge
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
OL	Oberlausitz
o. Pag.	ohne Paginierung
Orgesch	Organisation Escherich
ORMO	Ochotnicza Rezerwa Milicji Obywatelskiej (Freiwillige Reserve der Bürgermiliz)
OS, O. S., O/S	Oberschlesien
PKWN	Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego (Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung)
Pl.	Plural
PPR	Polska Partia Robotnicza (Niederschlesische Polnische Arbeiterpartei)
PRL	Polska Rzeczpospolita Ludowa (Volksrepublik Polen)
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
Reg.	Regierungszeit
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RFB	Republikanischer Führerbund
RLM	Reichsluftfahrtministerium
RM	Reichsmark
Rt	Reichstaler
SA	Sturmabteilung
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SB	Służba Bezpieczeństwa (Sicherheitsdienst)
SD	Sicherheitsdienst
SGV	Verband der Synagogen-Gemeinden der Provinz Oberschlesien

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Sig.	Signatur
SS	Schutzstaffel
T.	Teil
TKiS	Żydowski Towarzystwo Kultury i Sztuki (Jüdischer Kunst- und Kulturverein)
TSKŻ	Towarzystwo Społeczno-Kulturalne Żydów w Polsce (Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Juden in Polen)
TZW	Der Treue Zions-Wächter
UABr	Universitätsarchiv Breslau
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
ul.	ulica (Straße)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
v	verso (Rückseite)
VdJJV	Verband der jüdischen Jugendvereine
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VO	Verordnung
WKŻ	Wojewódzkiego Komitetu Żydowskiego (Jüdisches Woiwodschaftskomitee)
WZJT	Wissenschaftliche Zeitschrift für jüdische Theologie
ZA HD	Zentralarchiv Heidelberg
ZGJD	Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland
ŻIH	Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie (Jüdisches Historisches Institut Emanuel Ringelblum, Warschau)
ZJD	Zur Judenfrage in Deutschland
ZRGG	Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte
ŻTK	Żydowski Towarzystwo Kultury (Jüdischer Kulturverein)

Auswahlbibliografie zur jüdischen Geschichte in Schlesien

- Abmeier, Hans-Ludwig, Otto Landsberg (1869-1957), in: Josef Joachim Menzel (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 7: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2001, S. 322-328.
- Adler, Horst, Materialien zu einer Geschichte der Juden in Schweidnitz im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Tägliche Rundschau* 100 (April-Juni 1991), Nr. 2, S. 16-23.
- Adler-Rudel, Shalom, Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959.
- Agethen, Manfred, Die Situation der jüdischen Minderheit in Schlesien unter österreichischer und unter preußischer Herrschaft, in: Peter Baumgart/Ulrich Schmilewski (Hrsg.), *Kontinuität und Wandel: Schlesien zwischen Österreich und Preußen. Ergebnisse eines Symposions in Würzburg vom 29. bis 31. Oktober 1987*, Sigmaringen 1990, S. 307-331.
- Albertini, Francesca Yardenit, Kritische Religionsphilosophie und Wissenschaft des Judentums. Von Breslau nach Cincinnati, in: Wilhelm Schmidt-Biggemann/Georges Tamer (Hrsg., in Zusammenarbeit mit Catherine Newmark), *Kritische Religionsphilosophie. Eine Gedenkschrift für Friedrich Niewöhner*, Berlin u. a. 2010, S. 377-392.
- , Theologie und Geschichtsphilosophie am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau (1854-1938): Der Fall von Baruch Spinoza, in: Myriam Bienenstock (Hrsg.), *Der Geschichtsbegriff: eine theologische Erfindung?*, Würzburg 2007, S. 98-108.
- , Das Judentum und die Wissenschaft. Zum 150. Gründungsjahr des Jüdisch-theologischen Seminars in Breslau, in: *Judaica* 60 (2004), S. 141-158.
- Aleksium, Natalia, *Dokąd dalej? Ruch syjonistyczny w Polsce (1944-1950)*, Warszawa 2002.
- Alicke, Klaus-Dieter, *Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum*, 3 Bde., Gütersloh 2008.
- Alt, Arthur Tilo/Julia Bernhard (Hrsg.), Arnold Zweig. Sein Werk im Kontext der deutschsprachigen Exilliteratur, Akten des IV. Internationalen Arnold-Zweig-Symposiums Durham, N. C. 1996, Bern u. a. 1999.
- Alt, Arthur Tilo/Julia Bernhard/Hans-Harald Müller/Deborah Vietor-Engländer (Hrsg.), Arnold Zweig. Berlin – Haifa – Berlin. Perspektiven des Gesamtwerks. Akten des III. Internationalen Arnold-Zweig-Symposiums Berlin, Berlin 1995.
- Andree, Christian, Die Ausschaltung jüdischer Mediziner der Universität Breslau und die Gleichschaltung der Ärzteschaft durch den Reichsärztführer Gerhard Wagner, in: Lothar Bossle u. a. (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien*, Sigmaringen 1989, S. 105-120.
- Ankersmit, Franklin R., Wzniosłe odłączenie się od przeszłości albo jak być/stać się tym kim się już nie jest, in: *Konteksty* (2003) 3/4, S. 25-41.
- Ansorge, Werner, *Meine ersten achtzig Jahre. Von Breslau nach Israel*, hrsg. v. Roland Müller, Würzburg 2011.
- Arkwright, Kenneth James, *Jenseits des Überlebens. Von Breslau nach Australien*, hrsg. v. Katharina Friedla und Uwe Neumärker, Berlin 2011.
- Arlt, Fritz, Polen-, Ukrainer-, Juden-Politik im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete 1939/40 und in Oberschlesien 1941/43 und im Freiheitskampf der

- unterdrückten Ostvölker. Dokumente, Äußerungen von Polen, Ukrainern und Juden, Richtigstellungen von Fälschungen, Erinnerungen eines Insiders, Lindhorst 1995.
- Ascher, Abraham, *A Community Under Siege. The Jews of Breslau under Nazism*, Stanford, Calif. 2007.
- , *Obleżona społeczność. Wrocławscy Żydzi w czasach nazizmu*, Wrocław 2009.
- Ascher Barnstone, Deborah, *Weimar Era Breslau and Ismar Littmann's Modern Art Collection*, in: *The Art Book* 13 (2006) 4, S. 28-30.
- Baar, Lothar, *Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution*, Berlin 1966.
- Bajohr, Frank, »Arisierung« als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und »arischer« Erwerber, in: Irmlud Wojak/Peter Hayes (Hrsg., im Auftrag des Fritz Bauer Instituts), »Arisierung« im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a. M./New York 2000, S. 15-30.
- Ball-Kaduri, Kurt Jakob, *Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbericht*, Frankfurt a. M. 1963.
- Barkai, Avraham, *Die Juden als sozioökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik*, in: ders., *Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Hamburg 1998, S. 95-110.
- , *Zur Wirtschaftsgeschichte der Juden in Deutschland. Historiographische Quellen und Tendenzen vor und nach 1945*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 20 (1991), S. 195-214.
- , *Jüdische Minderheit und Industrialisierung. Demographie, Berufe und Einkommen der Juden in Westdeutschland 1850-1914*, Tübingen 1988.
- , *Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943*, Frankfurt a. M. 1988.
- , *Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik*, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hrsg.): *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart-Bonn 1986, S. 330-346.
- Barkai, Avraham/Paul Mendes-Flohr/Steven M. Lowenstein, *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 4: Aufbruch und Zerstörung 1918-1945*, München 1997.
- Bartal, Israel (Hrsg.), *The Records of the Council of Four Lands, Bd. I: 1580-1792*, zusammengestellt und kommentiert v. Israel Halperin, eingel. v. Shmuel Ettinger, Jerusalem 1990.
- Bat, Samuel, *Ludność żydowska na Dolnym Śląsku*, in: *Rocznik Wrocławski* 5 (1961).
- Bauer, Markus, *Die Vertreibung der Görlitzer Juden 1933 bis 1945. Das Schicksal jüdischer Bürger bleibt eine Forschungsaufgabe*, in: Martina Pietsch (Hrsg.), *Heimat und Fremde. Migration und Stadtentwicklung in Görlitz und Zgorzelec seit 1933*, Görlitz 2010, S. 25-30.
- Baumgart, Peter, *Die jüdische Minorität in Breslau zwischen Habsburg und Preußen*, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau* 45/46 (2004/05), S. 86-109.
- Becker, Julia, »Normannen-Cohn«. *Der Breslauer Historiker Willy Cohn (1888-1941)*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 87 (2007), S. 385-395.
- Behr, Stefan, *Der Bevölkerungsrückgang der deutschen Juden*, Frankfurt a. M. 1932.
- Bennathan, Esra, *Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden*, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932*, Tübingen 1964, S. 87-131.

- Benz, Wolfgang/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997.
- Berdahl, Robert M., *The Politics of the Prussian Nobility. The Development of a Conservative Ideology 1770-1848*, Princeton 1988.
- Berding, Helmut, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988.
- Berend, Grzegorz, *Straty osobowe polskich Żydów w okresie II wojny światowej*, in: Wojciech Materski/Tomasz Szarota (Hrsg.), *Polska 1939-1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami*, Warszawa 2009, S. 62-75.
- , *Polityka ekonomiczna Senatu Wolnego Miasta Gdańska wobec ludności żydowskiej (1933-1939)*, in: *Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi* 23 (2000), S. 199-230.
- Berghausen, Gregor, *Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845*, Köln 1994.
- Bergmann, Eleonora, *Nurt mauretański w architekturze synagog Europy Środkowo-Wschodniej w XIX i na początku XX wieku*, Warszawa 2004.
- Bergmann, Eleonora/Jan Jagielski, *Zachowane synagogi i domy modlitwy w Polsce*, Warszawa 1996.
- Berndl, Klaus, *Ernst Ferdinand Klein (1743-1810). Ein Zeitbild aus der zweiten Hälfte des Achtzehnten Jahrhunderts*, Münster 2004.
- Berndt, Robert, *Geschichte der Juden in Gross-Glogau*, Glogau 1873.
- Bernhard, Julia/Joachim Schlör (Hrsg.), *Deutscher, Jude, Europäer im 20. Jahrhundert. Arnold Zweig und das Judentum*, Bern 2004.
- Bernhardt, Rüdiger, *Wanderer in den Morgen. Louis Fürnberg und Arnold Zweig*, München 2005.
- Bernstein, Arnold, *Ein jüdischer Reeder. Von Breslau über Hamburg nach New York*, aus dem Englischen übers. v. Lore Jacobi u. Ursula Feldkamp; mit einem Nachwort und der Schiffsliste vers. v. Arnold Kludas, Hamburg 2001.
- Betten, Anne/Miryam Du-nour (Hrsg.), *Wir sind die Letzten. Fragt uns aus. Gespräche mit den Emigranten der dreißiger Jahre in Israel*, Gerlingen 1995.
- Bewahrung im Untergang. Ein Gedenkbuch*, hrsg. v. Ernst G. Lowenthal im Auftrag des Council of Jews from Germany, London, Stuttgart 1965.
- Bie, Oskar, *Der Architekt Oskar Kaufmann*, Berlin 1928.
- Bienek, Horst, *Die erste Polka*, München 1986.
- Bieńkowska, Barbara/Halina Chamerska, *Zarys dziejów książki*, Warszawa 1987.
- Blaschke, Julius, *Geschichte der Stadt Glogau und des Glogauer Landes*, mit 84 Bildern, Karten und Plänen, Glogau 1913, 3. Aufl., Hannover 1986.
- Blaschke, Olaf, *»Das Judentum isolieren!« Antisemitismus und Ausgrenzung in Breslau*, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit*, Hamburg 2003, S. 167-184.
- , *Tausend Jahre Bistum Breslau – Tausend Jahre Judenfeindschaft. Antijudaismus und moderner Antisemitismus im Katholizismus*, in: Joachim Köhler/Rainer Bendel (Hrsg.), *Geschichte des christlichen Lebens im schlesischen Raum*, Münster u. a. 2002, S. 671-698.
- , *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1997.
- Blecher, Jens, *Das Promotionswesen an der Juristenfakultät. Vom mittelalterlichen Promotionsprivileg zum Promotionsrecht im modernen Verfassungsstaat*, in: Thomas

- Henne (Hrsg.), *Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933-1945*, Leipzig 2007, S. 35-49.
- Bloch, Philipp, *Die General-Privilegien der polnischen Judenschaft*, in: *Zeitschrift der historischen Gesellschaft für die Provinz Posen* 6 (1891), S. 69-106, 139-175, 387-417.
- Blomert, Reinhard, *Soziologisches Sehen – Denkstationen des jungen Elias*: Breslau, Heidelberg, Frankfurt, in: *Berliner Journal für Soziologie* 7 (1997) 2, S. 169-182.
- Błóński, Jan, *Biedni Polacy patrzą na getto*, in: *Tygodnik Powszechny* 2 (1987); <http://web.archive.org/web/20090214142306/http://tygodnik.onet.pl/30,0,21303,2,artykul.html> [3.1.2014].
- Bobowski, Kazimierz, *Ze studiów nad prześladowaniami i pogromami Żydów w Śląsku w dobie średniowiecza*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 44 (1989) 1, S. 5-11.
- Bondy, Gottlieb/Franz Dworsky, *Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien von 906-1620*, Bd. 1: 906-1576, Prag 1906 (zgl. Bohumil Bondy/František Dvorský, *K historii Židů v Čechách, na Moravě a v Slezsku*, Bd. 1: 906-1576, Praha 1906).
- Bonter, Urszula, Paul Heyse und der Breslauer Verleger Salo Schottlaender. *Das Prestige-projekt Ariosts »Rasender Roland«*, in: *Archiv für Geschichte des Buchwesens* 66 (2011), S. 144-154.
- , *Die Gründungsstrategien des Verlegers Salo Schottlaender*, in: *Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* 18 (2010), S. 213-220.
- Borkowski, Maciej, *Gmina żydowska w Opolu w latach 1812-1944*, Opole 2009.
- , Kirmiel Andrzej, Włodarczyk Tamara, *Śladami Żydów. Dolny Śląsk, Opolszczyzna, Ziemia Lubuska*, Warszawa 2008.
- , *Stan badań nad historią Żydów w Opolu*, in: *Studia Śląskie* 62 (2003), S. 217-226.
- , *By nie przepadali w mroku ... Opolscy Żydzi 1812-1938*, in: Barbara Łuszczewska (Hrsg.), *Opolscy Żydzi 1812-1938*, Opole 1998, S. 11-42.
- Borowy, Robert W., *Wczoraj – dziś – jutro ... Kopalnia Katowice-Kleofas, Katowice 1997*.
- Brade, Johanna, *Von Breslau an die Bezalel-Schule für Kunst und Kunsthandwerk. Der Maler und Grafiker Isidor Aschheim*, in: Maximilian Eiden (Hrsg.), *Von Schlesien nach Israel. Juden aus einer deutschen Provinz zwischen Verfolgung und Neuanfang*, Görlitz 2010, S. 34-45.
- , *Werkstätten der Moderne. Lehrer und Schüler der Breslauer Akademie 1903-1932*, Halle (Saale) 2004.
- , *Zwischen Künstlerbohème und Wirtschaftskrise. Otto Müller als Professor der Breslauer Akademie 1919-1930*, Görlitz/Zittau 2004.
- Brämer, Andreas, Abraham Geiger und Zacharias Frankel – *Vergegnungen und Konfrontationen*, in: Christian Wiese/Walter Homolka/Thomas Brechenmacher (Hrsg.), *Jüdische Existenz in der Moderne: Abraham Geiger und die Wissenschaft des Judentums*, Berlin/New York 2013, S. 113-132.
- , Zacharias Frankel (1801-1875), in: Arno Herzig (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 8: *Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts*, Neustadt an der Aisch 2004, S. 181-189.
- , *Die Anfangsjahre des Jüdisch-Theologischen Seminars – Zum Wandel des Rabbinerberufs im 19. Jahrhundert*, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), *In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit*, Hamburg 2003, S. 99-112.

- , Rabbiner Zacharias Frankel. Wissenschaft des Judentums und konservative Reform im 19. Jahrhundert, Hildesheim/Zürich/New York 2000.
- , Rabbiner und Vorstand. Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Deutschland und Österreich 1809-1871, Wien/Köln/Weimar 1999.
- Brammer, Annegret H., Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847. Mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869, Berlin 1987.
- Brann, Julius, Breslauer Kunstbesitz, in: Schlesien 5 (1911), S. 466-472.
- Brann, Markus, Ein Breslauer Grabdenkmal aus dem Jahr 1203, in: Schlesische Geschichtsblätter (1919) 1, S. 11-16.
- , Ein neuer Grabsteinfund in Breslau, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 62 (1918), S. 97-107.
- , Abraham Muhr. Ein Lebensbild, in: Vorstand der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums (Hrsg.), Festschrift zum siebzigsten Geburtstag Martin Philippons, Leipzig 1916.
- , Die Juden in Schlesien, in: Schlesische Landeskunde 1 (1913), S. 133-139.
- , Die schlesische Judenheit vor und nach dem Edikt vom 11. März 1812, in: Jahresbericht des jüdisch-theologischen Seminars Fraenckelsche Stiftung für das Jahr 1912, Breslau 1913.
- , Geschichte des Jüdisch-Theologischen Seminars (Fraenckel'sche Stiftung) in Breslau. Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum der Anstalt, Breslau 1904.
- , Geschichte der Anstalt während des ersten Jahrhunderts ihres Bestehens, in: 100. Jahresbericht über die Industrieschule für israelitische Mädchen, Breslau 1901, S. 3-35.
- , Geschichte der Juden in Schlesien, Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis 1335, Breslau 1896.
- , Geschichte und Annalen der Dyhernfurther Druckerei (Fortsetzung), in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 40 (1896) 11, S. 515-526.
- , Geschichte und Annalen der Dyhernfurther Druckerei, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 40 (1896) 10, S. 474-480.
- , Geschichte des Landrabbinats in Schlesien. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen, in: Jubelschrift zum 70. Geburtstag des Professors Dr. Heinrich Graetz, Breslau 1887, Neudruck Hildesheim/New York 1973.
- , Geschichte der Gesellschaft der Brüder. Festschrift zur Jahrhundert-Feier am 21. März 1880, Breslau [1880].
- Bräu, Ramona, Zwischen Schlesien und Palästina. Lebensläufe schlesischer Juden auf der Grundlage von Zeitzeugeninterviews, in: Maximilian Eiden (Hrsg.), Von Schlesien nach Israel. Juden aus einer deutschen Provinz zwischen Verfolgung und Neuanfang, Görlitz 2010, S. 65-84.
- , Die »Arisierung« und Shoah der Breslauer Juden. Zum aktuellen Forschungsstand, in: Cornelia Domaschke/Daniela Schmohl/Günter Wehner (Hrsg.), Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien. In memoriam Fred Löwenberg, Berlin 2009, S. 54-71.
- , »Arisierung« in Breslau. Die »Entjudung« einer deutschen Großstadt und deren Entdeckung im polnischen Erinnerungsdiskurs, Saarbrücken 2008.
- Brenker, Anna-Margarete, Aufklärung als Sachzwang. Realpolitik in Breslau im ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg/München 2000.
- Brenner, Michael/Stefi Jersch-Wenzel/Michael A. Meyer, Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 2: Emanzipation und Akkulturation 1780-1871, München 1996.

- Bretholz, Bertold, Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren vom XI. bis zum XV. Jahrhundert (1067-1411), Prag 1935.
- , Geschichte der Juden in Mähren im Mittelalter, Brünn 1934.
- Brilling, Bernhard, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens. Entstehung und Geschichte, Stuttgart/Berlin/Köln 1972.
- , Geschichte der Juden zu Breslau (1702-1725), in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 16 (1971), S. 88-126.
- , Mittelalterliche jüdische Grabsteine aus Schlesien (Breslau – Brieg), in: Theokratia 1 (1967-1969), S. 88-96.
- , Zur Geschichte der Juden in Breslau. Die ersten in Breslau wohnenden Juden 1697-1707, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau 12 (1967), S. 126-143.
- , Geschichte der Juden in Breslau von 1454-1702, Stuttgart 1960.
- , Wann ist der erste hebräische Druck in Dyhernfurth erschienen?, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 7 (1937) 2/3, S. 109-112.
- , Auras in Niederschlesien als Sitz einer jüdischen Druckerei, in: Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland 6 (1936) 1, S. 24-28.
- , Aus der Vergangenheit der Breslauer Juden. Über den jüdischen Gottesdienst in Breslau vor 200 Jahren, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 8 (1931), Nr. 9.
- Brix, Thomas, Die normativen Grundlagen der Depromotion und das Verfahren, in: Thomas Henne (Hrsg.), Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933-1945, Leipzig 2007, S. 51-72.
- Brocke, Michael/Julius Carlebach (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Rabbiner, Teil 1: Die Rabbiner der Emanzipationszeit in den deutschen, böhmischen und großpolnischen Ländern 1781-1871, Bd. 1: Aach – Juspa, Bd. 2: Kaempf – Zuckermann, bearb. v. Carsten Wilke, München 2004; Teil 2: Die Rabbiner im Deutschen Reich 1871-1945, Bd. 1: Aaron – Kusznitzki, Bd. 2: Landau – Zuckermann, bearb. v. Katrin Nele Jansen/Jörg H. Fehrs/Valentina Wiedner, München 2009.
- Brockhaus, Christoph, Zum Restitutionsgesuch der Erbengemeinschaft Dr. Ismar Littmann für das Bild »Buchsbaumgarten« (1909) von Emil Nolde, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg., bearb. v. Ulf Häder), Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit Kulturgütern aus ehemaligem jüdischen Besitz, Magdeburg 2001, S. 78-89.
- Bronsztejn, Szyja, Z dziejów ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku po drugiej wojnie światowej, Wrocław 1993.
- , Badania ankietowe ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku. Teil 2, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 51 (1969).
- , Badania ankietowe ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku. Teil 1, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 47/48 (1963), S. 52-78.
- Bruch, J., Beuthener Erinnerungen, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 4 (1916).
- Bruer, Albrecht A., Geschichte der Juden in Preußen (1750-1820), Frankfurt a. M./New York 1991.
- Brzeżicki, Sławomir/Christine Nielsen/Grzegorz Grajewski/Dietmar Popp (Hrsg.), Zabytki sztuki w Polsce. Śląsk, Warszawa 2006.
- Buber, Martin, Jüdische Künstler, Berlin 1935.
- Bubis, Ignatz, zus. mit Peter Sichrovsky: »Damit bin ich noch längst nicht fertig«. Die Autobiographie, Frankfurt a. M./New York 1996.

- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung 1939-1949. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas, Bonn 2009.
- Burchard, Przemysław, Pamiątki i zabytki kultury żydowskiej w Polsce, Warszawa 1990.
- Bürkner, R./J. Stein, Geschichte der Stadt Breslau von ihrer Gründung bis auf die neueste Zeit, Bd. 2, Breslau 1851.
- Burnett, Stephen G., German Jewish Printing in the Reformation Era (1530-1633), in: Dean Philipp Bell/Stephen G. Burnett (Hrsg.), Jews, Judaism, and the Reformation in Sixteenth-Century Germany, Leiden/Boston 2006, S. 503-527.
- , The Regulation of Hebrew Printing in Germany, 1555-1630: Confessional Politics and the Limits of Jewish Toleration, in: Max Reinhart/Thomas Robisheaux (Hrsg.), Infinite Boundaries: Order, Disorder, and Reorder in Early Modern German Culture, Kirksville 1998, S. 329-348; <http://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1048&context=classicsfacpub> [18.10.2013].
- , Hebrew Censorship in Hanau: A Mirror of Jewish-Christian Coexistence in Seventeenth-Century Germany, in: Raymond B. Weddington/Arthur H. Williamson (Hrsg.), The Expulsion of the Jews 1492 and After, New York/London 1994; <http://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1045&context=classicsfacpub> [18.10.2013].
- Bürstenbinder, Jürgen, Judenschutz und Eigennutz. Auseinandersetzungen um Juden an der Ostgrenze des Römisch-Deutschen Reiches im 13. und 14. Jahrhundert, Saarbrücken 2010.
- Busch-Petersen, Nils, Leonhard Tietz (1849-1914). Fuhrmannssohn und Warenhauskönig. Von der Warthe an den Rhein, Berlin 2010.
- Cała, Alina, Wizerunek Żyda w polskiej kulturze ludowej, Warszawa 2005.
- Cała, Alina/Halina Datner-Śpiewak, Dzieje Żydów w Polsce 1944-1968. Teksty źródłowe, Warszawa 1997.
- Cartarius, Julia, Schutz und Verfolgung. Die oberschlesischen Juden in den Jahren 1933-1938, in: Heike Müns/Matthias Weber (Hrsg.), »Durst nach Erkenntnis ...«. Forschungen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Zwei Jahrzehnte Immanuel-Kant-Stipendium, München 2007, S. 119-138.
- , The Jewish Community of Gleiwitz, 1933-1943, in: Żydzi gliwicy. Materiały z konferencji, Muzeum w Gliwicach, 17-18 listopada 2005, Red. Bożena Kubit, Gliwice 2006, S. 183-201.
- , Jüdische Emanzipation in den preußischen Ostprovinzen. Der Lebensbericht des Herschel Heinrich Goldstein, in: Georg G. Iggers (Hrsg.), Hochschule – Geschichte – Stadt. Festschrift für Helmut Böhme, Darmstadt 2004, S. 135-148.
- , Jewish Persecution in Western Upper Silesia, 1933-1943, University College London, Mag.-Arb., London 2003.
- Cetwiński, Marek, Pogromy Żydów na Śląsku w XIV-XV wieku. Narodziny antysemitycznych stereotypów, in: Biuletyn Instytutu Filozoficzno-Historycznego WSP w Częstochowie (1994) 5, S. 8-19.
- Chałupczak, Henryk, II Rzeczpospolita a mniejszość polska w Niemczech, Poznań 1992.
- Chapiro, Joseph (Hrsg.), Für Alfred Kerr. Ein Buch der Freundschaft, Berlin 1928.
- Chmiel, Peter, Contemporary German Research on the History of Upper-Silesian Jews, in: Marcin Wodziński/Janusz Spyra (Hrsg.), Jews in Silesia, Cracow 2001, S. 423-430.
- Chroust, Peter, Die bürokratische Verfolgung. Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen 1933-1945 im Kontext der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, Gießen 2006.

- Chutkowski, Janusz, *Dzieje Gminy Żydowskiej w Głogowie*, Głogów 1993.
- , *Dzieje Głogowa*, Legnica 1991.
- Ciesielski, Stanisław/Hryciuk, Grzegorz/Srebrakowski Aleksander, *Masowe deportacje ludności w ZSRR*, Toruń 2003.
- Claudé, Bernhard, *Zur Geschichte der Juden in Grünberg*, in: *Ziemie Zachodnie. Polska-Niemcy. Integracja europejska. Księga pamiątkowa z okazji siedemdziesiątej rocznicy urodzin prof. dra hab. Hieronima Szczegóły*. Red. Czesław Osękowski, Zielona Góra 2001, S. 55-73.
- Cohn, Willy, *Žadnego prawa – nigdzie. Dziennik z Breslau 1933-1941*, Wrocław 2010.
- , *Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums*, 2 Bde., hrsg. v. Norbert Conrads, Köln/Weimar/Wien 2006.
- , *Verwehte Spuren. Erinnerungen an das Breslauer Judentum vor seinem Untergang*, hrsg. v. Norbert Conrads, Köln/Weimar/Wien 1995.
- Conrads, Norbert, *Die familiäre und kulturelle Herkunft Karl Ludwig von Zanthos aus dem jüdischen Breslau*, in: Annemarie Röder (Hrsg.) *Karl Ludwig von Zanth. Der Erbauer der Wilhelma in seiner Zeit*, Stuttgart 2012, S. 17-30.
- , *Ein Zeuge des deutschen Judentums in Breslau. Willy Cohn (1888-1941) und seine bewegenden Tagebücher*, in: Maximilian Eiden (Hrsg.), *Von Schlesien nach Israel. Juden aus einer deutschen Provinz zwischen Verfolgung und Neuanfang*, Görlitz 2010, S. 23-33.
- , *Die verlorene Germania Judaica – Ein Handbuch- und Autorenschicksal im Dritten Reich*, in: *Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* 15 (2007), S. 215-254.
- , *Das Judentum am Rande der Toleranz*, in: ders. (Hrsg.), *Deutsche Geschichte im Osten Europas: Schlesien*, Berlin 1994, S. 231-239.
- Conze, Eckart/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.
- Czakai, Johannes, *Oberschlesisches Landjudentum. Zum jüdischen Leben in Oberschlesien am Beispiel von Leschnitz im 18. und frühen 19. Jahrhundert*, in: *Schlesische Geschichtsblätter. Zeitschrift für Regionalgeschichte Schlesiens* 37 (2010) 3, S. 73-90.
- Czerniakiewicz, Jan, *Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944-1948*, Warszawa 1987.
- Demshuk, Andrew: *»Wehmut und Trauer«. Jewish Travelers in Polish Silesia and the Foreignness of Heimat*, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 6 (2007), S. 311-335.
- Dertinger, Antje, *Weißer Mäwe, gelber Stern*, Bonn 1987.
- Derwich, Marek, *La Silésie, les Juifs et Jean de Capistran*, in: Michel Dmitriev/Daniel Tollet/Élisabeth Teiro (Hrsg.), *Les Chrétiens et les Juifs dans les sociétés de rites grec et latin: Approche comparative: Actes du colloque organisé les 14-15 juin 1999 à la Maison des Sciences de l'Homme (Paris)*, Paris 2003, S. 59-75.
- Dietrich, Peter, *Die Rolle des preußischen Staates bei der Reform des jüdischen Schulwesens. Handlungsstrategien der preußischen Verwaltung gegenüber der jüdischen »Freischule« in Berlin (1778-1825) und der »Königlichen Wilhelmsschule« in Breslau (1791-1848)*, in: Britta L. Behm/Ingrid Lohmann/Uta Lohmann, *Jüdische Erziehung und aufklärerische Schulreform. Analysen zum späten 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Münster u. a. 2002, S. 167-212.
- Ditt, Thomas, *»Stoßtruppfakultät Breslau«. Rechtswissenschaft im »Grenzland Schlesien« 1933-1945*, Tübingen 2011.

- Długoborski, Waclaw, Bytom: Zarys rozwoju miasta, Warszawa-Kraków 1979.
- Dmitrów, Edmund/Paweł Machcewicz/Tomasz Szarota, Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941. Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker, Osnabrück 2004.
- Döpp, Suska, Jüdische Jugendbewegung in Köln 1906-1938, Münster 1997.
- Dove, Richard, Journey of no Return. Five German-speaking Exiles in Britain 1933-1945, London 2000.
- Drabina, Jan, Ludność żydowska w przedindustrialnym Bytomiu (do początków XIX wieku), in: Studia Judaica. Biuletyn Polskiego Towarzystwa Studiów Żydowskich 8 (2005) 1-2, S. 53-64.
- , Kościół wobec Żydów na średniowiecznym Śląsku, in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 44 (1989) 1, S. 13-33.
- Dudek, Beata, Juden als Stadtbürger in Schlesien. Glogau und Beuthen im Vergleich 1808-1871, Hamburg 2009.
- Ebert, Andreas D.: Jüdische Hochschullehrer an preußischen Universitäten (1870-1924). Eine quantitative Untersuchung mit biografischen Skizzen, Frankfurt a. M. 2008.
- Eckstein, Adolf, Joël als Seminarlehrer und seine Wahl zum Rabbiner in Breslau, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 70 (1926), S. 320-324.
- , Die Entstehungsgeschichte des Joël'schen Gebetbuches, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 63 (1919), S. 210-226.
- Egit, Jakub, Państwowy Urząd Repatriacyjny w latach 1945-1948 na Dolnym Śląsku, Wrocław 1948.
- , Grand Illusion, Toronto 1991.
- Ego, Anneliese, Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896-1948, Hamburg 1998
- Ehrenberg, Andreas, Arthur Guttmann: Forschung für den Eisenportlandzement, in: Beton-Informationen (2009) 1/2, S. 15-24.
- Eisenhardt, Ulrich, Die kaiserliche Aufsicht über Druck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496-1806). Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher und Pressezensur, Karlsruhe 1970.
- Eisenstein, Aron, Die Stellung der Juden in Polen im XIII. und XIV. Jahrhundert, Cieszyn 1934.
- Elbogen, Ismar, Der jüdische Gottesdienst in seiner geschichtlichen Entwicklung, Frankfurt a. M. 1931.
- Elias, Norbert, Autobiographisches und Interviews, Frankfurt a. M. 2005.
- , Über sich selbst, Frankfurt a. M. 1996.
- Eliav, Mordechai, Jüdische Erziehung in Deutschland im Zeitalter der Aufklärung und Emanzipation, Münster u. a. 2001.
- Ellenson, David, The Israelitische Gebetbücher of Abraham Geiger and Manuel Joël, in: Leo Baeck Institute Year Book 44 (1999), S. 143-164.
- Elvert, Christian d', Zur Geschichte der Juden in Mähren und Österr.-Schlesien mit Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn überhaupt und die Nachbarländer, Brünn 1895.
- Enderle, Irmgard, Breslau 1932/33, in: Anne-Marie Fabian (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Erwachsenenbildung. Festschrift für Walter Fabian zum 75. Geburtstag, Köln 1977, S. 199-204.
- Engelking, Barbara, Jest taki piękny, słoneczny dzień: Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942-1945, Warszawa 2011.

- Erhart, Hannelore/Ilse Meseberg-Haubold/Dietgard Meyer, Katharina Staritz 1903-1953. Von der Gestapo verfolgt – von der Kirchenbehörde fallengelassen. Dokumentation, Bd. 1: 1903-1942, Neukirchen-Vluyn 1999.
- Erhart, Hannelore: Der Einsatz von Katharina Staritz für Menschen jüdischer Herkunft im Kontext der schlesischen Vertrauensstelle des »Büro Pfarrer Grüber«, in: Jana Leichsenring (Hrsg.) *Frauen und Widerstand*, Münster 2003, S. 55-73.
- Eschwege, Helmut/Otto Roland, Zur Geschichte der Görlitzer Juden, in: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), »Auftrag für die Zukunft« – Juden und Synagoge in Görlitz, Dresden 1995, S. 27-100.
- Estermann, Monika, Zur Problematik der Verlagsgeschichtsschreibung Breslaus für die Zeit von 1800 bis 1945, in: *Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* 18 (2010), S. 178-192.
- Eysymontt, Rafał/Ewa Różycka-Rozpędowska/Wojciech Bzewowski/Barbara Banaś (Hrsg.), *Leksykon architektury Wrocławia*, Wrocław 2011.
- Feiner, Shmuel, Haskala – Jüdische Aufklärung. Geschichte einer kulturellen Revolution, Hildesheim/Zürich/New York 2007.
- Feldmann, Christian, Edith Stein, Reinbek bei Hamburg 2004.
- Feuchtwanger, Ludwig, Neue Forschungsaufgaben für die Geschichte der Juden im Mittelalter, in: *Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur* 30 (1937), S. 95-130.
- Fijałkowski, Paweł, Najstarsze zabytki żydowskiej sztuki nagrobnej w Polsce, in: *Studia Historyczne* 31 (1989), S. 3-16.
- Fink, Carole, *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews, and international Minority Protection, 1878-1938*, Cambridge 2004.
- Fischer, Albert, Jüdische Genossenschaftsbanken im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 54 (2006) 3, S. 417-432.
- Fischer, Horst, Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert. Zur Geschichte der staatlichen Judenpolitik, Tübingen 1968, S. 20-31.
- Frąckowiak, Ewa, Ryciny autorskie z drugiej połowy XIX wieku i początków XX wieku z kolekcji Carla Sachsa, in: Bogusław Czechowicz/Arkadiusz Dobrzyniecki/Izabela Żak (Hrsg.), *Z dziejów rysunku i grafiki na Śląsku oraz w kolekcjach i zbiorach ze Śląskiem związanych*, Wrocław 1999, S. 203-214.
- Franke, Elisabeth, *Das Wirken von Dr. Edith Stein in Breslau. Zusammengestellt aus Selbstbiographie und Briefen Edith Steins und ergänzt aus Jugenderinnerungen von Elisabeth Franke, geb. Seidel*, Köln, früher Breslau, Annweiler/Essen 1998.
- Freimark, Peter/Helmut Richterig (Hrsg.), *Gedenkschrift für Bernhard Brilling*, Hamburg 1988.
- Freudenthal, Max, Manuel Joël und die Kultusfrage, in: *Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums* 70 (1926), S. 330-347.
- Freund, Ismar, Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen, Berlin 1912.
- Freymark, Hermann, *Schlesiens Bedeutung für deutsche Wirtschaft und Kultur*, Breslau 1926.
- Friedla, Katharina, Ego-Dokumente als Quellen zu Lebenswelten der Breslauer Juden, in: Heinke M. Kalinke (Hrsg., im Auftrag des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa), *Zeitzeugenberichte zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa im 20. Jahrhundert. Neue Forschun-*

- gen, Oldenburg 2011/12; http://www.bkge.de/download/Friedla_Egodokumente.pdf [21.10.2013].
- , Von Breslau nach Erfurt – Deutsche Juden in Breslau und Niederschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dan Diner (Hrsg.), Eine deutsch-jüdische Nachkriegsgeographie, München 2010, S. 42-56.
- Fuchs, Henoeh, Expressionistisches Judentum, in: Jüdisch-liberale Zeitung 4, 1.3.1924, S. 1/2.
- Fuchs, Konrad, Rudolf Herrnstadt (1903-1966), in: Karl Borchardt (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 10, Insingon 2010, S. 229-237.
- , Richard Courant (1888-1972), in: *Zeszyty Chorzowskie* 7 (2002), S. 5-19.
- , Jüdisches Unternehmertum in Schlesien, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 71-94.
- , Der Mathematiker Richard Courant aus Lublinitz (1888-1972), in: Oberschlesisches Jahrbuch 8 (1992), S. 125-141.
- , Jüdische Unternehmer im deutschen Groß- und Einzelhandel dargestellt an ausgewählten Beispielen, in: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992, S. 177-195.
- , Zur Bedeutung des oberchlesischen Judentums. Ursachen und Wirkungen, in: ders., Gestalten und Ereignisse aus Schlesiens Wirtschaft, Kultur und Politik, Dortmund 1992, S. 74-91.
- , Zur Rolle des schlesischen Judentums bei der wirtschaftlichen Entwicklung Oberschlesiens, in: Zeitschrift für Ostforschung 28 (1979), S. 270-283.
- Fuchs-Frotscher, Daniela, Gespräche mit Fred Löwenberg über sich und seine Heimatstadt Breslau, in: Cornelia Domaschke/Daniela Schmohl/Günter Wehner (Hrsg.), Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien. In memoriam Fred Löwenberg, Berlin 2009, S. 11-20.
- Fuhrmann, Horst, Von solchen, »die noch östlicher wohnen« – Deutsche, Polen, Juden im Oberschlesien des 19. Jahrhunderts, in: Paul-Joachim Heinig (Hrsg., Red. Barbara Krauß), Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw, Berlin 2000, S. 497-512.
- , Die Einweihung der Kreuzburger Synagoge 1886, in: Oberschlesisches Jahrbuch 7 (1991), S. 157-162.
- Füllberg-Stolberg, Claus, Sozialer Tod – Bürgerlicher Tod – Finanztod. Finanzverwaltung und Judenverfolgung im Nationalsozialismus, in: Katharina Stengel (Hrsg.), Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 31-58.
- Galliner, Arthur, Ephraim Moses Kuh. Ein jüdisch-deutscher Dichter der Aufklärungszeit, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 5 (1962) 19, S. 189-201.
- Gawlik, Stanisław, Ludność żydowska w Brzegu od XIV w. do 1942 r., in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 36 (1986), S. 19-33.
- Gay, Peter, Freud, Jews and other Germans. Masters and Victims in Modernist Culture, New York 1978.
- Gazit, Tamar, Life under Nazi Rule. The Jewish Community of Breslau, 1933-1941, based on Documents and the Diaries of Dr. Willy Cohn, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 37 (2009), S. 299-304.
- Gehrke, Roland, Landtag und Öffentlichkeit. Provinzialständischer Parlamentarismus in Schlesien 1825-1845, Köln/Weimar/Wien 2009.

- Geiger, Ludwig, Abraham Geiger. Leben und Lebenswerk, Berlin 1910.
- , Aus den Kinderjahren der Reformbewegung, in: *Liberales Judentum I* (1908), S. 44-47. – (Hrsg.), Abraham Geiger's Leben in Briefen, Berlin 1878.
- , *Geschichte der Juden in Berlin*, Bd. 2, Berlin 1871.
- Gerber, Michael Rüdiger, *Die Schlesischen Provinzialblätter 1785-1849*, Sigmaringen 1995.
- Germania Judaica*, Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis 1238, 2 Teilbde., hrsg. von Markus Brann/Aron Freimann/Ismar Elbogen/H. Tykocinsky, Frankfurt a. M. 1917/Breslau 1934, Nachdruck Tübingen 1963.
- Germania Judaica*, Bd. 3: 1350-1519. 1. Teilbd.: Ortschaftsartikel Aach–Lychen; 2. Teilbd.: Ortschaftsartikel Mährisch-Budwitz–Zwolle; 3. Teilbd.: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, hrsg. v. Arye Maimon/Mordechai Breuer/Yacov Guggenheim, Tübingen 1987-2003.
- Gerstel, Franz, Ein Bericht, in: Fritz Moses (Hrsg.), *Strehlen. Erinnerungen an eine schlesische Kleinstadt und ihre jüdischen Bürger*, Bremen 1995, S. 126-131.
- Gertkemper, Bernhard, Die jüdische Gemeinde, in: *Glogauer Heimatbund e. V. (Hrsg.), Das war Glogau. Stadt und Land an der Oder 1913-1945*, Hannover 1991, S. 296-307.
- Geyder, August, Ueber die Judenrechte im Mittelalter, in: *Schlesische Provinzialblätter* 112 (1840), S. 301-310, 407-412.
- , Zur Geschichte der Juden in Schlesien, in: *Schlesische Provinzialblätter* 108 (1838), S. 3-14.
- Giesecke, Michael, *Der Buchdruck in der frühen Neuzeit*, Frankfurt a. M. 1991.
- Ginsberg, B., Geschichte der Juden in Breslau von ihrer Niederlassung bis zur neuesten Zeit, in: *Volkskalender für Israeliten auf das Jahr 5605 – Jahrbuch des Nützlichen und Unterhaltenden für Israeliten* 5 (1845), S. 7-23.
- Glasenapp, Gabriele von, Jüdische Kalender, Almanache und Jahrbücher. Zur Geschichte und Bedeutung eines »vergessenen« Mediums, in: Susanne Marten-Finnis/Markus Winkler (Hrsg.), *Die jüdische Presse im europäischen Kontext 1686-1990*, Bremen 2006, S. 73-88.
- Głowacki, Albin, Czy i dokąd wracać? Dylematy repatriacyjne Żydów polskich, in: Krzysztof Jasiewicz (Hrsg.), *Świat niepożegnany. Żydzi na dawnych ziemiach wschodnich Rzeczypospolitej w XVIII-XX wieku*, Warszawa 2004, S. 160-181.
- Goetz, Ariane, Exil in Shanghai – Über Fremdheitserfahrungen in den Autobiographien deutscher Exilanten, Freie Universität Berlin, Mag.-Arb., Berlin 2004.
- Goldstein, Hermann, Zur Geschichte der Oberschlesischen Holzindustrie A. G. Beuthen OS., in: *Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins* 19/20 (1958/59), S. 54-57.
- Goldstein, Walter B., Das jüdische Breslau zur Assimilationszeit (1806-1933), in: *Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel* 38 (1975), S. 10 f.
- Goldsztejn, Arnold, *Produktywizacja ludności żydowskiej w latach 1945-1948*, Wrocław 1991.
- , *Ludność żydowska Dolnego Śląska 1945-1948*, unv. Diss., Uniwersytet Wrocławski, Wrocław 1968.
- , *Powstanie skupiska ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku w latach 1945-1947*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 22 (1967) 1-2, S. 191-202.
- , *Problem żydowski w pierwszych latach Dolnego Śląska*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 17 (1962) 2a, S. 169-172.
- Goliński, Mateusz, *The Jewish Street in Wrocław till the Beginnings of the 15th century*

- (part 1) [Ulica żydowska we Wrocławiu do początków XV w. (cz. 1)], in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 67 (2012) 1, S. 3-27.
- , Wrocławskie spisy zastawów, długów i mienia żydowskiego. Studium z historii kredytu i kultury materialnej, Wrocław 2006.
- , Ze studiów nad Żydami świdnickimi w średniowieczu, in: Krystyn Matwijowski (Hrsg.), Z historii ludności żydowskiej w Polsce i na Śląsku, Wrocław 1994, S. 11-31.
- , Miejsce Żydów w gospodarce trzynastowiecznego Wrocławia, in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 46 (1991) 2, S. 127-138.
- Goliński, Mateusz/Leszek Ziátkowski, Średniowieczne cmentarze żydowskie we Wrocławiu, in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 44 (1989) 1, S. 35-43.
- Gotzmann, Andreas, Der Geiger-Tiktin-Streit – Trennungskrise und Publizität, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 81-98.
- Grabowski, Jan, Judenjagd. Polowanie na Żydów. Studium dziejów pewnego powiatu, Warszawa 2011.
- , Ja tego Żyda znam! Szantażowanie Żydów w Warszawie 1939-1943, Warszawa 2004.
- Grabski, August, Działalność frakcji PPR w CKŻP, in: ders./Grzegorz Berendt (Hrsg.), Między emigracją a trwaniem: komuniści i syjoniści żydowscy w Polsce po Holokauście, Warszawa 2003, S. 9-98.
- Graf, Philipp, Die Bernheim-Petition 1933. Jüdische Politik in der Zwischenkriegszeit, Göttingen 2008.
- Grodecki, Roman, Dzieje Żydów w Polsce do końca XIV w., in: ders., Polska piastowska, Warszawa 1969, S. 595-702.
- Gross, Jan Tomasz, Sąsiedzi historia zagłady żydowskiego miasteczka, Sejny 2008.
- Grotte, Alfred, Synagogenspuren in schlesischen Kirchen, Breslau 1937.
- , Alte schlesische Judenfriedhöfe (Breslau und Dyhernfurth), Berlin 1927.
- Gruner, Wolf, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933-1945, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995, S. 229-266.
- Grüttner, Michael, Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995.
- Grüttner, Michael/Sven Kinas, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007) 1, S. 123-186.
- Grynberg, Michał, Żydowska spółdzielczość pracy w Polsce w latach 1945-1949, Warszawa 1986.
- Gubser, Martin, Literarischer Antisemitismus. Untersuchungen zu Gustav Freytag und anderen bürgerlichen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1998.
- Güdemann, Moritz, Geschichte des Erziehungswesens und der Kultur der Juden in Deutschland während des XIV. und XV. Jahrhunderts, 3 Bde., Wien 1880, 2. Aufl. Amsterdam 1966.
- Guggenheimer, Michael, »Alles stehen gelassen und nie wieder zurückgekommen«. Die ersten Juden verlassen Görlitz im Mai 1933, in: Maximilian Eiden (Hrsg.), Von Schlesien nach Israel. Juden aus einer deutschen Provinz zwischen Verfolgung und Neuanfang, Görlitz 2010, S. 85-95.
- Gumowski, Marian, Monety hebrajskie za Piastów, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 41 (1962), S. 3-19.
- Guzy, Stefan, Nachweisung der wahlfähigen Juden im Kreise Oppeln einschließlich der

- Städte Krappitz und Oppeln (1853), in: *Ostdeutsche Familienkunde* 56, Bd. 18 (2008) 2, S. 228-233.
- Haar, Carel ter: »Nach zwanzig Jahren sah ich Deutschland wieder.«, in: Walter Meckauer-Kreis (Hrsg.), *Licht in der Finsternis. Fragmente, mit einem Vorwort v. Carel ter Haar und einer ausführlichen Bibliographie*, Köln 1988, S. 7-22.
- , Einleitung, in: Walter Meckauer-Kreis (Hrsg.), *Blume der Erinnerung. Ein Lesebuch*, Köln 1985, S. 7-12.
- Haase, Norbert, *Die Synagoge zu Goerlitz*, Berlin 2010.
- Hackeschmidt, Jörg, *Die Erfindung einer jüdischen Nation*, Hamburg 1997.
- Hadda, Wolfgang, *Knapp davongekommen. Von Breslau nach Schanghai und San Francisco. Jüdische Schicksale 1920-1947*, hrsg. v. Erhard Roy Wiehn, Konstanz 1997.
- Hahn, Hans-Werner, *Judenemanzipation in der Reformzeit*, in: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hrsg.), »Freier Gebrauch der Kräfte«. Eine Bestandsaufnahme der Hardenberg-Forschung, München 2001, S. 141-161.
- Hammer-Schenk, Harold, *Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780-1933)*, Hamburg 1981.
- Hanslok, Andreas, *Die landesherrliche und kommunale Judenschutzpolitik während des späten Mittelalters im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Ein Vergleich der Entwicklungen am Beispiel schlesischer, brandenburgischer und rheinischer Städte*, Berlin 2000.
- Happ, Sabine, *Politische und nicht politisch motivierte Aberkennung von akademischen Graden. Eine Auswertung der Rundschreiben deutscher Universitäten in der NS-Zeit*, in: dies./Ulrich Nonn, *Vielfalt der Geschichte – Lernen, Lehren und Erforschen vergangener Zeiten. Festgabe für Ingrid Heidrich zum 65. Geburtstag*, Berlin 2004, S. 283-296.
- Harc, Lucyna, *Johann Gottlob Worbs (1760-1833). Theologe und Geschichtsschreiber*, in: Edward Białek/Łukasz Bieniasz (Hrsg.), *Hereditas Culturalis Soraviensis. Beiträge zur Geschichte der Stadt Sorau*, Dresden 2010, S. 203-222.
- Harrecker, Stefanie, *Degradierete Doktoren: Die Aberkennung der Doktorwürde an der Ludwig-Maximilians-Universität München während der Zeit des Nationalsozialismus*, München 2007.
- Hartmann, Idis B., *Der schlesische Maler und Dichter Ludwig Meidner. Vom Propagandisten des Expressionismus zum bekennenden Juden*, in: Hans Henning Hahn/Jens Stüben (Hrsg.), *Jüdische Autoren Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 78-112.
- Hartshorne, Edward Y., *The German Universities and National Socialism*, London 1937.
- Hartstock, Erhard, *Geduldet, angesehen und verfolgt. Aus der Geschichte der Juden in der Oberlausitz*, in: *Juden in der Oberlausitz*, m. Beitr. v. dems./Roland Otto/Hans-Eberhard Kaulfürst/André Bockholt/Katrin Griebel, Bautzen 1998, S. 6-103.
- Haubig, Hans-Michael, *Ein Fest der Freude und des Dankes. Zur Huldigungs-Rede von Rabbiner Israel Deutsch anlässlich der Inthronisation des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV.*, in: Arno Herzig/Hans Otto Horch/Robert Jütte (Hrsg.), *Judentum und Aufklärung. Jüdisches Selbstverständnis in der bürgerlichen Öffentlichkeit*, Göttingen 2002, S. 178-193.
- Hauziński, Jerzy, *Początki osadnictwa żydowskiego na Śląsku w wiekach średnich*, in: Kazimierz Bobowski (Hrsg.), *Źródłoznawstwo i studia historyczne*, Wrocław 1989, S. 95-102.

- Haverkamp, Alfred (Hrsg.), Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen, 3 Teile, Hannover 2002.
- Hayek, Werner, Geschichte der Juden in Löwenberg/Schlesien (bis 1453), in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 6 (1996) 2, S. 295-351.
- Hayes, Peter, The Ambiguities of Evil and Justice. Degussa, Robert Pross, and the Jewish Slave Laborers at Gleiwitz, in: Jonathan Petropoulos/John K. Roth (Hrsg.), Gray Zones. Ambiguity and Compromise in the Holocaust and its Aftermath, New York/Oxford 2005, S. 7-25.
- Heiber, Helmut, Universität unterm Hakenkreuz, Teil 2, Bd. 1: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München u. a. 1992.
- , Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München u. a. 1991.
- Heid, Ludger, Sigmund Freud und Arnold Zweig. Psychogramm einer Freundschaft, in: Renate Heuer/ders. (Hrsg.), Deutsche Kultur – jüdische Ethik. Abgebrochene Lebenswege deutsch-jüdischer Schriftsteller nach 1933, Frankfurt a. M. 2011, S. 73-95.
- Heinsohn, Kirsten, Eva Gabriele Reichmann, in: Hiram Kümper (Hrsg.), Historikerinnen. Ein biobibliographisches Lexikon für den deutschen Sprachraum, Kassel 2009, S. 170-174.
- Heitmann, Margret, »Mein Leben begann also damit, dass ich zu Festung verurteilt wurde.« Arnold Zweig und seine Geburtsstadt Glogau, in: Julia Bernhard/Joachim Schlör (Hrsg.), Deutscher, Jude, Europäer im 20. Jahrhundert. Arnold Zweig und das Judentum, Bern u. a. 2004, S. 25-40.
- , »Sie wirken in einer Gemeinde, die einen historischen Namen besitzt«. Zu Leben und Werk des letzten Glogauer Rabbiners Leopold Lucas (1872-1943), in: Matthias Weber/Carsten Rabe (Hrsg.), Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag, Würzburg 1998, S. 105-117.
- , »Wünschen Sie nicht, diese Heimat in ihrer jetzigen Verfassung wiederzusehen ...«. Die jüdische Gemeinde Glogaus im 20. Jahrhundert, in: Hanna Nogossek (Hrsg.), Annäherungen. Ansichten von Glogau, Marburg 1997, S. 45-54.
- , Flucht vor der Taufe. Der Übertritt von Marcus Joel aus Glogau und die Folgen, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 349-365.
- , Zur Geschichte der Juden in Glogau, in: Glogau im Wandel der Zeiten – Głogów poprzez wieki, bearb. v. Werner Bein/Johannes Schellakowsky/Ulrich Schmilewski, Würzburg 1992, S. 358-362.
- Heitmann, Margret/Andreas Reinke, Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien, 2 Bde., München 1995.
- Heller, Marvin J., Studies in the Making the Early Hebrew Book, Leiden/Boston 2008.
- , Printing the Talmud. A History of the Earliest Printed Editions of the Talmud, New York 1992.
- Helmrich, Gustav, Geschichte der Juden in Liegnitz, Liegnitz 1938.
- Henke, Rudolf, Meine Erinnerungen an das jüdische Ghetto in Rothenburg 1941-1943, in: Ulrich Hutter-Wolandt/Steffen Menzel (Hrsg.), Bausteine zur Rothenburger Stadt-, Kirchen- und Kulturgeschichte, Rothenburg (Oberlausitz) 1998, S. 20-24.
- Hennings, Verena, Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 2008.

- Herbst, Ludolf, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt a. M. 1996.
- Herbstrith, Waltraud, Edith Stein – ihr wahres Gesicht? Jüdisches Selbstverständnis – Christliches Engagement – Opfer der Shoa, Berlin u. a. 2006.
- Hermund, Jost, Arnold Zweig mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten dargestellt, Reinbek bei Hamburg 1990.
- Herskovics, Isabella, Alfred Kerr als Kritiker des Berliner Tageblattes. Grenzen und Möglichkeiten einer subjektiv geprägten Publizistik, 1919-1933, Berlin 1990.
- Herzig, Arno, Das Interesse an den Juden in der Frühen Neuzeit. Studien zur Kontinuität und zum Wandel des Judenbildes, Hamburg 2012.
- , Schlesien. Das Land und seine Geschichte in Bildern, Texten und Dokumenten, Hamburg 2008, 2. Aufl. 2010.
- , »Die Deutschen können doch ganz einfach diesen Wahnsinn nicht mitmachen«. Die NS-Zeit in Breslau im Spiegel der jüdischen Memorialliteratur, in: Maximilian Eiden (Hrsg.), Von Schlesien nach Israel. Juden aus einer deutschen Provinz zwischen Verfolgung und Neuanfang, Görlitz 2010, S. 10-22.
- , Die Bernheim-Petition für die Rechte der jüdischen Minderheit in Oberschlesien und die Haltung des Völkerbundes 1933, in: Prague Papers on the History of International Relations (2010) 1, S. 174-179.
- , Die NS-Zeit in Breslau im Spiegel der jüdischen Memorialliteratur, in: Mark H. Gelber/Jakob Hessing/Robert Jütte (Hrsg.), Integration und Ausgrenzung, Berlin/New York 2009, S. 269-282.
- , Die Grafschaft Glatz und die Grafschafter aus der Sicht des jüdischen Studienrats Dr. Willy Cohn zur Zeit des Nationalsozialismus, in: Arbeitsgemeinschaft Grafschaft Glatz – Mitteilungen (2009), Nr. 8, S. 64-71
- , Der »Fall Cohn« und die Gleichschaltung der Universität Breslau 1932/3, in: Rainer Sachs (Hrsg.), Amator Scientiae. Festschrift für Dr. Peter Ohr, Breslau 2004, S. 359-367.
- , Theodor Kroner (1845-1923), in: ders. (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8: Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts, Neustadt an der Aisch 2004, S. 196-201.
- , Die Juden Breslaus im 18. Jahrhundert, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 46-62.
- , Konfession und Heilsgewissheit. Schlesien und die Grafschaft Glatz in der Frühen Neuzeit, Bielefeld 2002.
- , Der Breslauer Historiker Willy Cohn (1888-1941), in: Miriam Gillis-Carlebach/Wolfgang Grünberg (Hrsg.), »... der den Erniedrigten aufrichtet aus dem Staube und aus dem Elend erhöht den Armen« (Psalm 113, 7). Unvollendetes Leben zwischen Tragik und Erfüllung, die fünfte Joseph Carlebach-Konferenz, Hamburg 2002, S. 99-105.
- , Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2001.
- , Max Kayser (1853-1888), in: Josef Joachim Menzel (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 7: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2001, S. 241-246.
- , Die Anfänge der deutsch-jüdischen Geschichtsschreibung in der Spätaufklärung. Zur Historiographie Anton Balthasar Königs und Friedrich Albert Zimmermanns, in: Johannes Hoffmann/Frank Golczewski/Helmut Neubach (Hrsg.), Arno Herzig. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte Schlesiens und der Grafschaft Glatz. Gesammelte Aufsätze zum 60. Geburtstag, Dortmund 1997, S. 144-164.

- , Landjuden – Stadtjuden. Die Entwicklung in den preußischen Provinzen Westfalen und Schlesien im 18. und 19. Jahrhundert, in: Monika Richarz/Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte, Tübingen 1997, S. 91-107.
- , Der Aufstieg der jüdischen Minderheit, in: Norbert Conrads (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas: Schlesien, Berlin 1994, S. 510-511.
- Hertling, Manfred, Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz von 1860 bis 1918, Göttingen 1999.
- Hertling, Manfred/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003.
- Hertling, Manfred/Andreas Reinke, Handlungslogiken und Sinnkonstruktionen. Juden im Breslau der Neuzeit, in: dies./Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 7-21.
- Heuberger, Rachel, »Weshalb soll der Mensch nur eine Richtung haben?«. Leo Baecks Studium und Rabbinertätigkeit in den Jahren 1891 bis 1912, in: Georg Heuberger/Fritz Backhaus (Hrsg.), Leo Baeck 1873-1956. Aus dem Stamme von Rabbinern, Frankfurt a. M. 2001, S. 26-43.
- Heuß, Anja, Die Sammlung Littman und die Aktion »Entartete Kunst«, in: Inka Bertz/Michael Dormmann (Hrsg.), Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute, eine Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Frankfurt a. M., 19. September 2008 bis 25. Januar 2009 (Berlin), 22. April bis 2. August 2009 (Frankfurt am Main); Begleitbuch, Göttingen 2008, S. 68-74.
- , Die Sammlung Max Silberberg in Breslau, in: Andrea Pophanken/Felix Billeter (Hrsg.), Die Moderne und ihre Sammler. Französische Kunst in deutschem Privatbesitz vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Berlin 2001, S. 311-326.
- Hildebrandt, Klaus, Walter Meckauer (1889-1966), in: Josef Joachim Menzel (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 7: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2001, S. 375-383.
- , Arnold Zweig (1887-1968) – Leben und Werk, in: Werner Bein/Johannes Schellakowsky/Ulrich Schmilewski (Bearb.), Glogau im Wandel der Zeiten – Głogów poprzez wieki, Würzburg 1992, S. 299-308.
- , Arnold Zweig (1887-1968), in: Josef Joachim Menzel/Ludwig Petry (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 6: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, Sigmaringen 1990, S. 254-264.
- , Arnold Zweig – Leben und Werk. Zum 100. Geburtstag des Schriftstellers, in: Schlesien. Kunst – Wissenschaft – Volkskunde 33 (1988), S. 19-28.
- Hirsch, Helga, Gehen oder bleiben? Deutsche und polnische Juden in Schlesien und Pommern 1945-1957, Göttingen 2011.
- Hoffmann-Erbrecht, Lothar, Otto Klemperer (1885-1973), in: Josef Joachim Menzel (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 7: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2001, S. 357-360.
- Hofmann, Andreas, Die Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945-1948, Köln 2000.
- Holtz, Marcus, Rahmenbedingungen an der Universität Würzburg für die Depromotionen im Dritten Reich, in: Universität Würzburg (Hrsg.), Die geraubte Würde. Die

- Aberkennung des Doktorgrads an der Universität Würzburg 1933-1945, Würzburg 2011, S. 14-43.
- Hoppe, Jens, Jüdische Geschichte und Kultur in Museen. Zur nichtjüdischen Museologie des Jüdischen in Deutschland, Münster u. a. 2002.
- Horch, Hans Otto, Unvollendete »Hedschra«. Zu Leben und Werk des Breslauer Lyrikers Ephraim Moses Kuh (1731-1790), in: Jörg Deventer/Susanne Rau/Anne Conrad (Hrsg.), Zeitenwenden. Herrschaft, Selbstbehauptung und Integration zwischen Reformation und Liberalismus. Festgabe für Arno Herzig zum 65. Geburtstag, Münster 2002, S. 143-161.
- , Ephraim Moses Kuh (1731-1790), in: Arno Herzig (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8: Schlesien des 14. bis 20. Jahrhunderts Schlesien des 14. bis 20. Jahrhunderts, Neustadt an der Aisch 2004, S. 148-154.
- Hummel, Karl-Joseph, Gebremste Offensive, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (31.03.2007), Nr. 77, S. 7.
- Hüntelmann, Axel C., Paul Ehrlich: Leben, Forschung, Ökonomien, Netzwerke, Göttingen 2011.
- Hurwic-Nowakowska, Irena, Żydzi polscy 1947-1950. Analiza więzi społecznej ludności żydowskiej, Warszawa 1996.
- , Przeobrażenia społeczne ludności żydowskiej w Polsce powojennej, Warszawa 1965.
- Irgang, Winfried, Schlesien 1991-1997 [Literaturbericht], in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 139/140 (2003/04), S. 647-760.
- , Schlesien, in: Germania Judaica, Bd. 3: 1350-1519, 3. Teilbd.: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, hrsg. v. Arye Maimon/Mordechai Breuer/Yacov Guggenheim, Tübingen 2003, S. 2004-2012.
- Jacob, Walter, Benno Jacob. Kämpfer und Gelehrter, Berlin 2011. Jankowski, Robert (Hrsg.), Cena »Strachu«. Gross w oczach historyków. Wybór publikacji, Warszawa 2008.
- Jarosz, Dariusz, Problem antysemityzmu w Polsce w latach 1949-1956 w świetle akt niektórych centralnych instytucji państwowych i partyjnych, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego (1997) 2, S. 49-57.
- Jaworski, Rudolf, Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871-1914), Göttingen 1986.
- Jehle, Manfred (Hrsg.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz, 4 Teile, München 1998.
- Jersch-Wenzel, Stefi (Hrsg., im Auftrag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften), Quellen zur Geschichte der Juden in polnischen Archiven, Bd. 2: Ehemalige preußische Provinz Schlesien, bearb. v. Claudia Nowak/Sabine Rüdiger-Thiem, München 2005.
- (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer, Bd. 6/1: Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«, bearb. v. Barbara Welker, München 2001.
- , Die Juden als Bestandteil der oberschlesischen Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: dies. (Hrsg.), Deutsche – Polen – Juden. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 191-209.
- Jessen, Hans, Max Kurnik. Ein Breslauer Journalist (1819-1881), Breslau 1927.
- Jockheck, Lars, Vom Agenten zum Kollaborateur? Die Zusammenarbeit des jüdischen Publizisten Fritz Seifter aus Bielitz mit den deutschen Behörden in den 1930er und

- 1940er Jahren, in: Joachim Tauber (Hrsg.), »Kollaboration« in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2006, S. 192-205.
- Jodliński, Leszek, Petycja Bernheima. Zwycięstwo Dawida nad Goliatem, in: Żydzi gliwicy. Materiały z konferencji, Muzeum w Gliwicach, 17-18 listopada 2005, Red. Bożena Kubit, Gliwice 2006, S. 219-254.
- Joldersma, Hermina, Specific or Generic »Gentile Tale«? Sources on the Breslau Host Desecration (1453) Reconsidered, in: Archiv für Reformationsgeschichte 95 (2004), S. 6-33.
- Jonca, Karol, Die Vernichtung der schlesischen Juden 1933-1945, in: Gesellschaft für Interregionalen Kulturaustausch e. V. Berlin (Hrsg.), »Wach auf mein Herz und denke«. Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg von 1740 bis heute, Berlin 1995, S. 317-327.
- , Polityka narodowościowa Trzeciej Rzeszy na Śląsku Opolskim 1933-1940, Katowice 1970.
- Jütte, Robert, Die Emigration der deutschsprachigen »Wissenschaft des Judentums«. Die Auswanderung jüdischer Historiker nach Palästina 1933-1945, Stuttgart 1991.
- Kaczmarek, Ryszard, Narastanie antysemityzmu w prasie gliwickiej 1933-1939, in: Żydzi gliwicy. Materiały z konferencji, Muzeum w Gliwicach, 17-18 listopada 2005, Red. Bożena Kubit, Gliwice 2006, S. 203-218.
- Kahn, Herbert, Die jüdischen Handwerker in Deutschland. Eine Untersuchung auf Grund statistischer Unterlagen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, unter Mitwirkung von W. Ansbach, Berlin 1936.
- , Umfang und Bedeutung der jüdischen Einzelhandelsbetriebe innerhalb des gesamten deutschen Einzelhandels. Hauptergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung, Berlin 1934.
- Kalinowskiej-Wójcik, Barbary/Dawida Keller (Red.), Żydzi nagórnym Śląsku w XIX i XX wieku, Rybnik/Katowice 2012.
- Kaminsky-Rohe, Gertrud Maria, Jüdische Spuren in Oberschlesien. Kreis Grottkau Ottmachau-Neisse, Reinbek 2003.
- Kampmann, Christoph, Emancipation and Violence. On the Interpretation of the Anti-Jewish Riots in the German »Vormärz«, in: Richard Bonney (Hrsg.), Religion und Politik in Deutschland und Großbritannien/Religion and Politics in Britain and Germany, München 2001, S. 63-93.
- Kaplan, Marion, Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien im Nationalsozialismus, Berlin 2001.
- Kastan, J., Breslauer Erinnerungen (Aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts), in: Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur 26 (1925), S. 53-68.
- Kathmann, Dorothea, Kunstwerke aus jüdischen Sammlungen – Möglichkeiten und Grenzen der Provenienzzermittlungen am Beispiel der Sammlung Silberberg aus Breslau, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg., bearb. v. Ulf Häder), Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit Kulturgütern aus ehemaligen jüdischen Besitz, Magdeburg 2001, S. 26-37.
- , Wege und Schicksale jüdischer Kunst- und Büchersammlungen: aufgezeigt am Beispiel der Sammlung Silberberg aus Breslau, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen 46 (1999), S. 363-374.
- , Wege und Schicksale jüdischer Kunstsammlungen aufgezeigt am Beispiel der Samm-

- lung Silberberg aus Breslau. Der Versuch einer späten Wiedergutmachung, in: Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz 35 (1998), S. 165-177.
- Katz, Jacob, Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700-1933, München 1989.
- Kayserling, Meyer, Der Dichter Ephraim Kuh. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Literatur, Berlin 1864.
- Kemlein, Sophia, Die Posener Juden 1815-1848. Entwicklungsprozesse einer polnischen Judenheit unter preußischer Herrschaft, Hamburg 1997.
- Kennecke, Andreas, »HaMe'assef« – die erste hebräische Zeitschrift, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 12 (2001), S. 171-188.
- Kersten, Krystyna, Polacy, Żydzi, Komunizm, Anatomia półprawd, Warszawa 1992.
- Kipp, Angelika, Jüdische Arbeits- und Berufsfürsorge in Deutschland 1900-1933, Berlin 1999.
- Kirschner, Ann, Salas Geheimnis. Die Geschichte meiner Mutter, Frankfurt a. M. 2008.
- Kisch, Guido (Hrsg.), Das Breslauer Seminar. Jüdisch-theologisches Seminar (Fraenckel'scher Stiftung) in Breslau 1854-1938, Gedächtnisschrift, Tübingen 1963.
- , Otto Stobbe und die Rechtsgeschichte der Juden, in: Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslovakischen Republik 9 (1938), S. 1-41.
- Klammt, Annerose/Marius Winzeler, »Die moderne deutsche Kunst mußte zur Geltung gebracht werden« – Zur Erwerbung von Kunstwerken aus jüdischem Eigentum für die Kunstsammlungen in Görlitz, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg., bearb. v. Ulf Häder), Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit Kulturgütern aus ehemaligem jüdischen Besitz, Magdeburg 2001, S. 118-143.
- Klein, Eugeniusz: »Der Drache Heimatlosigkeit«. Walter Meckauers Dilemma von Universalität und Heimatliebe, in: Marek Adamski/Wojciech Kunicki (Hrsg.), Schlesien als literarische Provinz. Literatur zwischen Regionalismus und Universalismus, Leipzig 2008, S. 154-162.
- Klein, Michael, Eugen Rosenstock-Huessy (1888-1973). »Die neun Leben einer Katze« und die Jahre in Breslau, in: Marek Hałub/Anna Mańko-Matysiak (Hrsg.), Śląska Republika Uczonych – Schlesische Gelehrtenrepublik – Slezská vědecká obec, Bd. 2, Wrocław 2006, S. 349-377.
- Klinn, Eugeniusz, Forschungen zur schlesischen Literatur (am Beispiel des deutsch-jüdischen Schriftstellers Walter Meckauer), in: Zdzisław Waśnik/Peter Chmiel (Hrsg.), Schlesien in der germanistischen Forschung, Wrocław 2010, S. 107-114.
- Kloeden, Wolfdietrich/Hanna-Barbara von Gerl-Falkowitz, Edith Stein, Berlin 2008.
- Klose, Andreas, Einige Nachrichten über die Juden in Freiburg, in: Schlesische Geschichtsblätter 37 (2010) 3, S. 109-112.
- Klüger, Ruth, weiter leben. Eine Jugend, München 1997.
- Koepcke, Cordula, Edith Stein. Ein Leben, Würzburg 1991.
- Koltun-Fromm, Ken, Abraham Geiger's Liberal Judaism, Bloomington, Ind. u. a. 2006.
- Konieczny, Alfred, Pozbawienie niemieckich Żydów-emigrantów stopni doktorskich Uniwersytetu Wrocławskiego w latach 1938-1942, in: Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi 17 (1994), S. 287-321.
- Korte, Hermann, Norbert Elias (1897-1990), in: Arno Herzig (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8: Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts, Neustadt an der Aisch 2004, S. 270-276.

- , Norbert Elias in Breslau. Ein biographisches Fragment, in: *Zeitschrift für Soziologie* 20 (1991), S. 3-II.
- Kos, Jerzy Krzysztof, Judaistyczne budownictwo kultowe na Śląsku. Problem stylu i formy, in: *Roczniki Sztuki Śląskiej* XXII (2013), S. 9-45.
- , Synagoga Pod białym Bocianem we Wrocławiu, Wrocław 2002 (dt. Ausg.: *Synagoge »Zum Weissen Storch«, Wrocław 2002*).
- , Synagoga »Pod Białym Bocianem« we Wrocławiu, in: *Sobótka Śląski Kwartalnik Historyczny* 46 (1991) 2, S. 191-203.
- Kössler, Franz, Personenlexikon von Lehrern des 19. Jahrhunderts. Berufsbiographien aus Schul-Jahresberichten und Schulprogrammen 1825-1918 mit Veröffentlichungsverzeichnissen, Bd.: Obbarius – Oyen, <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2008/6120> [23.9.2013].
- Kotowski, Albert S., Deutsche – Tschechen – Polen – Juden. Über die Bevölkerungsverhältnisse im Teschener Schlesien 1850-1914, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 49 (2000), S. 317-340.
- , Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939, Wiesbaden 1998.
- Kouli, Yaman, Die materielle Illusion oder Ohne Wissen ist alles nichts. Die Bedeutung von Wissen für industrielle Produktion am Beispiel Niederschlesiens 1936-1956, Chemnitz, Technische Universität, Diss., 2012 (unveröffentlicht).
- Kowalska, Zofia, Die Anfänge der jüdischen Ansiedlung in Oberschlesien im 12. und 13. Jahrhundert, in: *Oberschlesisches Jahrbuch* 14/15 (1998/99), S. 13-29.
- , Die großpolnischen und schlesischen Judenschutzbriefe des 13. Jahrhunderts im Verhältnis zu den Privilegien Kaiser Friedrichs II. (1238) und Herzog Friedrichs II. von Österreich (1244), in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 47 (1998), S. 1-20.
- , Die jüdische Bevölkerung in den oberschlesischen Städten des Mittelalters, in: Thomas Wunsch (Hrsg.), *Stadtgeschichte Oberschlesiens. Studien zur städtischen Entwicklung und Kultur einer ostmitteleuropäischen Region vom Mittelalter bis zum Vorabend der Industrialisierung*, Berlin 1995, S. 75-92.
- Koziół, Agata, Dziewiętnastowieczna architektura synagogalna na Dolnym Śląsku, in: *Dzieła i Interpretacje* 12 (2009), S. 33-46.
- Krajewska, Monika, *Czas kamieni*, Warszawa 1982.
- Kranich, Kai, *Anpassung im Nationalsozialismus. Die Universität Breslau und die Aberkennung von Dokortiteln*, Wrocław 2012.
- , »Wenn die Vorgänge, die sich in dieser Fakultät abgespielt haben, geduldet werden, erleben wir die offene nationalsozialistische Sabotage.« Die Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Breslau (1933-1935) zwischen Widerstand, Opposition und Dissens, in: *GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte* 9 (2011), S. 113-136.
- Krochmalnik, Daniel, Scheintod und Emanzipation. Der Beerdigungsstreit in seinem historischen Kontext, in: *Trumah* 6 (1997), S. 107-149.
- Krone, Kerstin von der, *Wissenschaft in Öffentlichkeit. Die Wissenschaft des Judentums und ihre Zeitschriften*, Berlin/Boston 2012.
- Kubit, Bożena, *Żydzi gliwicy*, Muzeum w Gliwicach, Gliwice 2005.
- Kuczer, Jarosław, Osadnictwo żydowskie w księstwie głogowskim w świetle procesów społeczno-ekonomicznych Europy doby średniowiecza, in: Jarosław Dudek/Daria Janiszewska/Urszula Świdarska-Włodarczyk (Hrsg.), *Europa Środkowo-Wschodnia. Ideologia, historia a społeczeństwo. Księga pamiątkowa poświęcona pamięci profesora Wojciecha Peltza*, Zielona Góra 2005, S. 485-499.

- Kupfer, Franciszek/Tadeusz Lewicki, Źródła hebrajskie do dziejów Słowian i niektórych ludów środkowej i wschodniej Europy: wyjątki z pism religijnych i prawniczych XI-XIII w., Wrocław/Warszawa 1956.
- Kwiet, Konrad, Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 545-659.
- Łagiewski, Maciej, Wrocławscy Żydzi 1850-1944. Zapomniany rozdział historii. Wydanie trzecie, poszerzone, Wrocław 2010.
- , Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau, Berlin 1999.
- , Breslauer Juden 1850-1944, Wrocław 1996.
- , Macewy mówią, Wrocław 1991.
- , Der alte jüdische Friedhof in Wrocław (Breslau), Bonn 1988.
- Landsberg, Alice, Eine große deutsche Privatsammlung. Die Sammlung Silberberg in Breslau, in: Die Dame 16 (1930), S. 12-15.
- Landsberger, Joseph, Kleine Beiträge zur Geschichte der Juden in der Stadt Breslau (1347 und 1351), in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 5 (1892) 2, S. 271-273.
- , Mitteilungen aus den Breslauer Stadt-, Schöppen- und Rechnungs-Büchern im 14. und 15. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 5 (1892) 3, S. 376-381.
- , Juden als Grundbesitzer in Schlesien nach 1349, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 5 (1892) 3, S. 390-392.
- , Die Juden in Breslau, Abschnitt I (Bis zur großen Verfolgung im Jahre 1349), in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 32 (1883), S. 543-563.
- Langenstraßen, Bodo, Alexander Meyer, in: Friedrich Andreae/Max Hippe/Otfried Schwarzer/Heinrich Wendt (Hrsg.), Schlesien des 19. Jahrhunderts, Breslau 1922, S. 178-182.
- Lansberger, Franz, Kunstausstellung in Breslau – Erste Ausstellung der Künstlerhilfe. Galerie Stenzel, in: Schlesische Monatshefte 2 (1925), S. 174 f.
- Laqua, Simone, Der Prozess der »Entjudung« in der schlesischen Stadt Glatz 1933-1945, in: Arno Herzig (Hrsg.), Glaciographia Nova. Festschrift für Dieter Pohl, Hamburg 2004, S. 301-316.
- Laqueur, Walter, Mein 20. Jahrhundert. Stationen eines politischen Lebens, Berlin 2011.
- , Wanderer wider Willen. Erinnerungen 1921-1951, Berlin 1995.
- , Heimkehr. Reisen in die Vergangenheit. Begegnungen mit Schlesien und dem Utopia der Jugendzeit, Berlin 1964.
- Lasker-Wallfisch, Anita, Ihr sollt die Wahrheit erben. Die Cellistin von Auschwitz. Erinnerungen, Bonn 1997, 4. Aufl., Reinbek 2002.
- Lässig, Simone, Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert, Göttingen 2004.
- Latuch, Mikołaj, Repatriacja ludności polskiej w latach 1955-1960 na tle zewnętrznych ruchów wędrowniczych, Warszawa 1961.
- Lehmann, Hans Georg, Acht und Ächtung politischer Gegner im Dritten Reich. Die Ausbürgerung deutscher Emigranten 1933-45, in: Michael Hepp (Hrsg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Bd. 1: Listen in chronologischer Reihenfolge, München 1985, S. 9-23.

- Leichsenring, Jana, Gabriele Gräfin Magnis (1896-1976), in: Karl Borchardt (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 10, Inzingen 2010, S. 217-228.
- , Die Katholische Kirche und »ihre Juden«. Das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin« 1938-1945, Berlin 2007.
- , Gabriele Gräfin Magnis – Sonderbeauftragte Kardinal Bertrams für die Betreuung der katholischen »Nichtarier« Oberschlesiens: Auftrag – Grenzüberschreitung – Widerstand?, Stuttgart 2000.
- , Die Juden in Schlesien zwischen »Machtergreifung« und »Reichspogromnacht«, in: Via Silesia (1998), S. 83-93.
- Lenarcik, Mirosława, A Community in Transition. Jewish Welfare in Breslau-Wrocław, Opladen u. a. 2010.
- , For the Well-being of the Family and the Community. Jewish Foundations in Breslau, in: Andreas Ludwig/Kurt Schilder (Hrsg.), Jüdische Wohlfahrtsstiftungen. Initiativen jüdischer Stifterinnen und Stifter zwischen Wohltätigkeit und sozialer Reform, Frankfurt a. M. 2010, S. 55-78.
- Lengyel, Gábor, Moderne Rabbinerausbildung in Deutschland und Ungarn. Ungarische Hörer in den deutschen Rabbinerseminaren (1854-1938), Münster 2012.
- Leo, Anette, Briefe zwischen Kommen und Gehen, Berlin 1991.
- Lesser, Gabriele, Das Museum der Geschichte der polnischen Juden, in: Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte 11 (2013), S. 185-197.
- Lestschinsky, Jakob, Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums. Aufstieg, Wandel, Krise, Ausblick, Berlin 1932.
- Leue, Reinhard, Preisgegebene Menschen – Zwangslager und Judenghetto Zoar/Martinhof in Rothenburg 1941/42, in: Jahrbuch für schlesische Kirchengeschichte 83 (2004), S. 135-152.
- Lewin, Daniel, Zur Entwicklung des »Judeneides« in Schlesien, Breslau 1923.
- Lewin, Louis, Geschichte der israelit. Kranken-Verpflegungs-Anstalt und Beerdigungsgesellschaft zu Breslau 1726-1926, Breslau 1926.
- Liberles, Robert, Leopold Stein and the Paradox of Reform Clericalism, 1844-1862, in: Leo Baeck Institute Year Book 27 (1982), S. 275-277.
- Liebermann, H. (Hrsg.), Deutscher Volks-Kalender [und Jahrbuch]. Insbesondere zum Gebrauch für Israeliten, Breslau 1854-1901.
- Liepach, Martin, Das Krisenbewusstsein des jüdischen Bürgertums in den »Goldenen Zwanzigern«, in: Andreas Gotzmann/Rainer Liedtke/Till van Rahden (Hrsg.), Juden, Bürger, Deutsche. Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800-1933, Tübingen 2001, S. 395-417.
- Lindner, Arthur, Die Gemälde-Sammlung Carl Sachs, in: Kunstchronik (9.6.1916), S. 362-364.
- Lindner, Erik, Carl Heymann. Lebensbilder eines Verlegers, Köln 1996.
- Linek, Bernard, Deutsche und polnische nationale Politik in Oberschlesien 1922-1989, in: Kai Struve/Philipp Ther (Hrsg.), Die Grenzen der Nationen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit, Marburg 2002, S. 137-168.
- Lis, Michał, Górny Śląsk. Zarys dziejów do połowy XX wieku, Opole 2001.
- Loose, Ingo, Alte Heimat in der neuen. Der Verband ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel e. V. und seine Mitteilungen von 1958 bis heute, in: Maximilian Eiden (Hrsg.), Von Schlesien nach Israel. Juden aus einer deutschen Provinz zwischen Verfolgung und Neuanfang, Görlitz 2010, S. 46-64.

- , Antisemitisme et exclusion de la communauté juive à travers la presse juive de Breslau et de Basse-Silésie (1925-1938), in: *Mémoire(s) de Silésie : Terre multiculturelle, mythe ou réalité? Textes réunis par Florence Lelait, Agnieszka Niewiedział et Małgorzata Smorağ-Goldberg*, Paris 2009, S. 61-72.
- , Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939-1945, München 2007.
- , Das Schicksal polnischer Juden in Breslau und Niederschlesien nach 1933, in: *Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer in Israel* 82 (2007), S. 10 f.
- Loose, Ingo/Christoph Kreuzmüller/Benno Nietzel, Nazi Persecution and Strategies for Survival. Jewish Businesses in Berlin, Frankfurt am Main, and Breslau, 1933-1942, in: *Yad Vashem Studies* 39 (2011) 1, S. 31-70.
- Lowenstein, Steven M., The 1840s and the Creation of the German-Jewish Religious Reform Movement, in: Werner E. Mosse/Arnold Paucker/Reinhard Rürup (Hrsg.), *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History*, Tübingen 1981, S. 255-299.
- Lowenthal, E. G. (Hrsg., im Auftrag des Council of Jews from Germany), *Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch*, London/Stuttgart 1965.
- Lucas, Franz D./Margret Heitmann, *Stadt des Glaubens. Geschichte und Kultur der Juden in Glogau*, 2. Aufl., Hildesheim/Zürich/New York 1992.
- Lustig, Ernst, Verein für die Geschichte der Juden Oberschlesiens. Späte Aufnahme eines Unterfangens, in: *Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins* 42-44 (1980-82), S. 280-284.
- , Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden Oberschlesiens e. V., in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau* (1981), S. 260-262.
- , Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden Oberschlesiens e. V., in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau* 20 (1979), S. 276 f.
- , *Materialsammlung Ernst Lustig zur Geschichte der Juden in Oberschlesien*, <http://www.uni-heidelberg.de/institute/sonst/aj/VERSCHIE/LUSTIG/einleitung.htm> [15.10.2013].
- Lustig, Roger, The Jews Civil Vital Records in the Gliwice Archive and their Context, in: *Żydzi gliwiccy. Materiały z konferencji*, Muzeum w Gliwicach, 17-18 listopada 2005, Red. Bożena Kubit, Gliwice 2006, S. 17-30.
- Lustiger, Arno, *Sing mit Schmerz und Zorn – Ein Leben für den Widerstand*, Berlin 2004.
- , *Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933-1945*, Köln 1994.
- Machciewicz, Paweł, *Polski rok 1956*, Warszawa 1993.
- Machciewicz, Paweł/Krzysztof Persak (Hrsg.), *Wokół Jedwabnego*, Bd. 1-2, Warszawa 2002.
- Maciejewski, Marek, Silesian Nazi Nationalism and Anti-Semitism 1921-1933, in: Marcin Wodziński/Janusz Spyra (Hrsg.), *Jews in Silesia*, Cracow 2001, S. 141-158.
- Marcus, Alfred, *Die wirtschaftliche Krise des deutschen Juden. Eine soziologische Untersuchung*, Berlin 1931.
- Margalioth, Abraham, The Reaction of the Jewish Public in Germany to the Nuremberg Laws, in: *Yad Vashem Studies* 12 (1977), S. 75-107.
- Margiela-Korczevska, Dagmara/Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.), *Błogosławiony kraj? Szkice o historii i pamięci Dolnego Śląska*, Wrocław 2011.
- Mark, Bernard, *Odrodzenie osiedla żydowskiego w PRL*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 51 (1964).

- Markgraf, Hermann, Der älteste Judenkirchhof in Breslau, in: ders., Kleine Schriften zur Geschichte Schlesiens und Breslaus, Breslau 1915, S. 176-190.
- , Die Geschichte Breslaus nach ihren Namen, Breslau 1896.
- Marschall, Werner, Geschichte des Bistums Breslau, Stuttgart 1980.
- Marx, Moses, A Bibliography of Hebrew Printing in Dyhernfurth, 1688-1718, in: Charles Berlin (Hrsg.), Studies in Jewish Bibliography, History and Literature in Honor of I. Edward Kiew, New York 1971, S. 217-236.
- Maser, Peter, Das Ende des schlesischen Judentums im Spiegel der Tagebücher von Walter Tausk und Willy Cohn, in: Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte 8 (2007), S. 278-299.
- , Heinrich Graetz (1817-1891), in: Dietrich Meyer (Hrsg.), Über Schlesien hinaus. Zur Kirchengeschichte in Mitteleuropa. Festgabe für Herbert Patzelt zum 80. Geburtstag, Würzburg 2006, S. 250-275.
- , Die eigentliche Heimat. Das »Breslauer Tagebuch« des Walter Tausk und seine Geschichte, in: Rudolf Mohr (Hrsg.), »Alles ist euer, ihr aber seid Christi«. Festschrift für Dietrich Meyer, Köln 2000, S. 1009-1028.
- , Das schlesische Judentum, in: Josef Joachim Menzel (Hrsg., im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien in Verbindung mit Konrad Fuchs und Hubert Unverricht), Geschichte Schlesiens, Bd. 3: Preußisch-Schlesien 1740-1945, Österreichisch-Schlesien 1740-1918/45, Stuttgart 1999, S. 333-360 u. 657-668.
- , Oberschlesische Synagogen und ihre Gemeinden, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau 31 (1990), S. 217-238.
- Maser, Peter/Adelheid Weiser, Juden in Oberschlesien, Teil 1: Historischer Überblick. Jüdische Gemeinden (I.), Berlin 1992.
- Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986.
- Meckauer, Brigitte: Die Zeit mit meinem Vater, Köln 1982.
- Mendel, Edward, Studia nad stosunkami społecznymi i politycznymi w Opolu w latach 1933-1939, Opole 1988.
- Metzner, Caroline, Die Sammlung Ismar Littmann. Eine jüdische Sammlung in Breslau während der Weimarer Republik, Freie Universität Berlin, Mag.-Arb., Berlin 2008.
- Meyer, Franz, Der Breslauer Bund, in: 50 Jahre Blau-Weiß. Das Jubiläumstreffen, Naharia 18.-19. Mai 1962, zusammengestellt von Fritz W. Pollack, [Naharia] 1962.
- Meyer, Michael A. (Hrsg., in Zusammenarbeit mit Bärbel Such), Leo Baeck Werke, Bd. 6: Brief, Reden, Aufsätze, Gütersloh 2003.
- , Ludwig Meidner (1884-1966) – Künstler und Jude, in: Wolfgang Kemp/Gert Matenkloft/Monika Wagner/Martin Warnke (Hrsg.), Vorträge aus dem Warburg-Haus, Bd. 5, Berlin 2001, S. 121-164.
- , Antwort auf die Moderne. Geschichte der Reformbewegung im Judentum, Wien/Köln/Weimar 2000.
- (Hrsg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, 4 Bde., München 1996-2000.
- , The Orthodox and the Enlightened. An Unpublished Contemporary Analysis of Berlin Jewry's Spiritual Condition in the Early Nineteenth Century, in: Leo Baeck Institute Year Book 25 (1980), S. 101-130.
- , Rabbi Gedaljah Tiktin and the Orthodox Segment of the Breslau Community (1845-54) (Hebr.), in: Shlomo Simonsohn/Tacob Toury (Hrsg.), Michael. On the History of the Jews in the Diaspora, Bd. 2, Tel Aviv 1973, S. 92-107.
- Midgley, David/Hans-Harald Müller/Luc Lamberechts (Hrsg.), Arnold Zweig – Psyche,

- Politik und Literatur. Akten des II. Internationalen Arnold-Zweig-Symposiums, Gent 1991, Bern u. a. 1993.
- Midgley, David/Hans-Harald Müller/Geoffrey Davis (Hrsg.), Arnold Zweig – Poetik, Judentum und Politik. Akten des Internationalen Arnold-Zweig-Symposiums aus Anlaß des 100. Geburtstags, Cambridge 1987, Bern u. a. 1989.
- Migoń, Krzysztof, Drukarstwo orientalne i hebrajskie na Śląsku w XVI – XVIII w., in: K. Maleczyńska (Hrsg.), 500-lecie polskiego słowa drukowanego na Śląsku. Materiały sesji naukowej 9-11.X.1975 Wrocław, Wrocław 1978, S. 75 ff.
- , Recepja książki orientalistycznej na Śląsku do końca XVIII wieku, Wrocław, Warszawa/Kraków 1969.
- Mirek, H., Żydzi śląscy w XIV i XV wieku. Praca magisterska, Wrocław 1965 (ungedruckt).
- Mosse, Werner E., The German-Jewish Economic Élite 1820-1935. A Socio-cultural Profile, Oxford 1989.
- , Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Élite 1820-1935, Oxford 1987.
- Mühsam, Paul, Ich bin ein Mensch gewesen. Lebenserinnerungen, hrsg. v. Ernst Kretzschmar, Gerlingen 1989.
- Müller, Andreas/Maria Amata Neyer, Edith Stein. Das Leben einer ungewöhnlichen Frau. Biographie, Düsseldorf 2002.
- Müller, Melissa/Monika Tatzkow, Verlorene Bilder, verlorene Leben. Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde, München 2008.
- Müller, Roland B., Vom Ende des jüdischen Schulwesens in Breslau, in: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 1 (2007), S. 1-28.
- , Schulische Bildung für die jüdischen Kinder und Jugendlichen zwischen 1918 und 1943, in: Maria Zwierz (Hrsg.), Breslauer Schulen. Geschichte und Architektur, Wrocław 2005, S. 90-105.
- , Schulzeit in Breslau. Schulische Bildung für die jüdischen Kinder und Jugendlichen zwischen 1918 und 1943, Dresden 2004.
- Münch, Gotthard, Die jüdische Druckerei in Oels, in: Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte 53 (1974), S. 52-56.
- Muther, Richard, Wystawa Eugena Spiro i Lichtenberga, Łukaszewicz, Piotr (tłum.), in: Eugen Spiro i potomowie. Katalog wystawy, Muzeum Miejskie Wrocławia, Wrocław 2002.
- Muzeum Dawnego Kupiectwa (Hrsg.), Dzieje Świdnicy w Datch, Świdnica 2009.
- Namysło, Aleksandra (Hrsg.), »Kto w takich czasach Żydów przechowuje?...« Polacy niosący pomoc ludności żydowskiej w okresie okupacji niemieckiej, Warszawa 2009.
- Neubach, Helmut, Im Kaiserreich (1871-1918). Vielfalt und Blüte der Wirtschaft, in: Winfried Irgang/Werner Bein/Helmut Neubach (Hrsg.), Schlesien. Geschichte, Kultur und Wirtschaft, Köln 1995, S. 185-191.
- , Der Beitrag des ostdeutschen Judentums zur deutschen Politik, in: Gotthold Rhode (Hrsg.), Juden in Ostmitteleuropa. Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1989, S. 115-150.
- Neumann, Karl Walter/Peter Andraschke (Bearb.), Ostschlesische Porträts. Biographisch-bibliographisches Lexikon von Österreichisch-Ostschlesien. Bd. 2, Berlin 1996.
- Neumann, Moritz, Im Zweifel nach Deutschland. Geschichte einer Flucht und Rückkehr, Springe 2005.

- Neyer, Maria Amata (Bearb.), Edith Stein, Aus dem Leben einer jüdischen Familie und weitere autobiographische Beiträge, Freiburg im Breisgau 2002.
- Nowakowska, Irena, Analiza więzi społecznej ludności żydowskiej w Polsce powojennej, Warszawa 1947.
- Och, Gunnar, Jüdische Schriftsteller im Breslau des späten 18. Jahrhunderts, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 63-73.
- Oelsner, Ludwig (Hrsg.), Schlesische Urkunden zur Geschichte der Juden im Mittelalter, Wien 1864.
- , R. Sabbatai Basista und sein Prozess. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen, Leipzig 1858.
- Olbrisch, Gabriele, Landrabbinat in Thüringen 1811-1871. Jüdische Schul- und Kulturreform unter staatlicher Regie, Köln u. a. 2003.
- Oseka, Piotr, Syjoniści, inspiratorzy, wiczryciele: Obraz wroga w propagandzie Marca 1968, Warszawa 1999.
- Otto, Roland, Im Zentrum der Oberlausitzer Juden – Görlitz. Der Anteil jüdischer Bürger am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben in Görlitz, in: Juden in der Oberlausitz, m. Beitr. v. Erhard Hartstock/dems./Hans-Eberhard Kaulfürst/André Bockholt/Katrin Griebel, Bautzen 1998, S. 104-133.
- Otto, Wolfgang (Hrsg.), »Aus der Einsamkeit«. Briefe einer Freundschaft. Richard Höningwald an Ernst Lohmeyer, Würzburg 1999.
- Paczkowski, Andrzej, Żydzi w UB: próba weryfikacji stereotypu, in: Tomasz Szarota (Hrsg.), Komunizm, Ideologia, Ludzie, Warszawa 2001, S. 192-204.
- Parnas, Herman, Spółdzielczość żydowska na Ziemiach Odzyskanych. Charakterystyka ekonomiczna, in: Solidarność 7/8 (1948).
- Parzer, Robert, Oberschlesische jüdische Unternehmer zwischen Schutzbestimmungen des Völkerbundes und nationalsozialistischem Vernichtungswillen, Freie Universität Berlin, Mag.-Arb., Berlin 2011.
- Peritz, Moritz, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde in Liegnitz. Ein Beitrag zur Hundertjahrfeier am 27. November 1912, Liegnitz 1912.
- Perlick, Alfons, Zur Geschichte der Firma Friedländer, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 15/16 (1954/55), S. 39-44.
- Petersen, Heidemarie, Die Predigtätigkeit des Giovanni Capistrano in Breslau und Krakau 1453/54 und ihre Auswirkungen auf die dortigen Judengemeinden, in: Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.): In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 22-29.
- Petuchowski, Jakob J., Abraham Geiger the Reform Jewish Liturgist, in: ders. (Hrsg.), New Perspectives on Abraham Geiger. An HUC-JIR Symposium, New York 1975, S. 42-54.
- , Prayerbook Reform in Europe. The Liturgy of European Liberal and Reform Judaism, New York 1968.
- Philippsthal, Herbert, Die jüdische Bevölkerung Breslaus, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 8 (1931), Nr. 4, S. 52; Nr. 5, S. 67 f.; Nr. 7, S. 98.
- Pierenkemper, Toni, Jüdische Industrielle in Oberschlesien im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau 32 (1991), S. 197-220.
- Plum, Günter, Wirtschaft und Erwerbsleben, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, 3. Aufl., München 1993, S. 268-313.

- Połomski, Franciszek, Die ›Arisierung‹ des jüdischen Vermögens in Schlesien 1933-1945, in: Friedrich-Carl Schultze-Rhonhof (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumentation einer Tagung in Breslau, Hannover-Münster 1995, S. 67-74.
- , Niemiecki Urząd do Spraw Mniejszości 1922-1937, Wrocław/Warszawa/Kraków 1965.
- Polonsky, Antony/Joanna B. Michlic (Hrsg.), The Neighbors Respond. The Controversy over the Jedwabne Massacre in Poland, Princeton 2004.
- Posch, Herbert, »Würdig« und Recht? Aberkennung der Doktorate im Nationalsozialismus – Nichtigerklärung der Aberkennung, in: ders./Friedrich Stadler (Hrsg.): »... eines akademischen Grades unwürdig«. Nichtigerklärung von Aberkennungen akademischer Grade zur Zeit des Nationalsozialismus an der Universität Wien, Wien 2005, S. 25-50.
- Pracht, Elfi, M. Kempinski & Co., hrsg. v. d. Historischen Kommission zu Berlin, Berlin 1994.
- Press, Volker, Kaiser Rudolf II. und der Zusammenschluß der deutschen Judenheit. Die sogenannte Frankfurter Rabbinerverschwörung von 1603 und ihre Folgen, Stuttgart 1981.
- Priebatsch, Felix, Graetz, Heinrich, in: Friedrich Andreae/Max Hippe/Paul Knötel/Ot-fried Schwarzer (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 2: Schlesier des 18. und 19. Jahr-hunderts, Breslau 1926, S. 286-290.
- Prinz, Arthur, Juden im Deutschen Wirtschaftsleben 1850-1914. Soziale und wirtschaft-liche Struktur im Wandel 1850-1914, bearb. u. hrsg. v. Avraham Barkai, Tübingen 1984.
- Prowalski, Abraham, Spółdzielczość żydowska w Polsce odrodzonej, in: Ignacy Schiper/Arjeh Tartakower/Aleksander Haffika (Hrsg.), Żydzi w Polsce odrodzonej. Działalność społeczna, gospodarcza, oświatowa i kulturalna, t. II, Warszawa 1933, S. 590-617.
- Ptak, Marian, Źródła prawa określające status ludności żydowskiej na Śląsku do 1742 r., in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 46 (1991) 2, S. 139-149.
- Pudło, Kazimierz M., Wybrane problemy z organizacji życia zbiorowego ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku (1950-1967), Wrocław 1991.
- , Zarys życia zbiorowego ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku (1950-1989), in: Sprawy narodowościowe 3 (1989), S. 91-130.
- , Wybrane problemy z procesu przemian w środowisku ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku (1945-1968), in: Rocznik Dolnośląski 9 (1988), S. 37-50.
- , Życie kulturalne dolnośląskiego skupiska żydowskiego (1945-1985), in: Kultura dolnośląska 3/4 (1985).
- Putik, Alexandr, The Prague Jewish Community in the Late and Early 18th Centuries, in: Judaica Bohemiae 35 (1999), S. 4-107.
- Pyka, Markus, Jüdische Identität bei Heinrich Graetz, Göttingen 2009.
- Rabin, Israel, Die Juden in Zülz, in: Johannes Chrzyszcz (Hrsg.), Geschichte der Stadt Zülz in Oberschlesien, Zülz 1926, S. 117-163.
- , Jonas Fränkel, in: Friedrich Andreae (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder. Bd. 3: Schle-sier des 17. bis 19. Jahrhunderts, 2. Aufl., Sigmaringen 1985, S. 195-202.
- Rác, Gabriella, »Kunstvolle Maskerade«. Modernität und Epigonalität in Arnold Zweigs »Die Novellen um Claudia«. Untersuchungen zur Erzählstruktur, Veszprém/Wien 2005.
- Rahden, Till van, Pluralismus, Kulturkampf und die Grenzen der Toleranz. Juden, Katholiken und das Breslauer Johannesgymnasium 1865-1880, in: Florian Schuller/Giuseppe Veltri/Hubert Wolf (Hrsg.), Katholizismus und Judentum. Gemeinsam

- keiten und Verwerfungen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Regensburg 2005, S. 193-208.
- , Unity, Diversity, and Difference: Jews, Protestants, and Catholics in Breslau Schools during the »Kulturkampf«, in: Helmut Walser Smith (Hrsg.), Protestants, Catholics and Jews in Germany, 1800-1914, Oxford 2001, S. 217-242.
- , Inter marriages, the »New Woman«, and the Situational Ethnicity of Breslau Jews from the 1870s to the 1920s, in: Leo Baeck Institute Year Book 46 (2001), S. 125-150.
- , Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000.
- , Word and Actions: Rethinking the Social History of German Antisemitism, Breslau 1870-1914, in: German History 18 (2000), S. 413-438.
- , Sprechen und Handeln im Breslauer Antisemitismus des Kaiserreichs, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 9 (1998), S. 218-243.
- , Mingling, Marrying, and Distancing. Jewish Integration in Wilhelminian Breslau and its Erosion in Early Weimar Germany, in: Wolfgang Benz/Arnold Paucker/Peter Pulzer (Hrsg.), Jüdisches Leben in der Weimarer Republik = Jews in the Weimar Republic, Tübingen 1998, S. 197-222.
- , Die Grenze vor Ort – Einbürgerung und Ausweisung ausländischer Juden in Breslau 1860-1918, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 27 (1998), S. 47-69.
- Raz-Krakotzkin, Amnon, The Censor, the Editor, and the Text. The Catholic Church and the Shaping of the Jewish Canon in the Sixteenth Century, Philadelphia 2007.
- Recki, Birgit, Ernst Cassirer (1874-1945), in: Arno Herzog (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8: Schlesien des 14. bis 20. Jahrhunderts, Neustadt an der Aisch 2004, S. 231-241.
- Reichmann, Eva, Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck, in: Hajo Funke, Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil, Frankfurt a. M. 1989, S. 311-335 (ebenfalls in: Deutsche, Linke, Juden. Ästhetik und Kommunikation 14 (1983) 51, S. 51-70).
- , Die Juden in Oppeln. Kindheitserinnerungen an Rabbiner Dr. Baeck (1968), in: dies., Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz. Zeugnisse einer tragischen Begegnung, Heidelberg 1974, S. 257-260.
- Reinke, Andreas, Judentum und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Das jüdische Krankenhaus in Breslau 1726-1944, Hannover 1999.
- , Zwischen Tradition, Aufklärung und Assimilation. Die Königliche Wilhelmsschule in Breslau 1791-1848, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 43 (1991), S. 193-214.
- Rhotert, Hans, Ephraim Moses Kuh, München 1927.
- Richarz, Monika (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1945, 3 Bde., Stuttgart 1982.
- Richau, Martin, Die Mitglieder des Synagogenverbandes Karlsruhe/Oberschlesien, in: Ostdeutsche Familienkunde 56, Bd. 18 (2008) 3, S. 267-274.
- , Helmut Seidel. Von Falkowitz nach Honduras. Ein jüdisches Schicksal, in: Zeszyty Eichendorffa – Eichendorff-Hefte 22 (2008), S. 94-121
- , Nachweisung der wahlfähigen Juden im Kreise Oppeln einschließlich der Städte Krappitz und Oppeln (1853), in: Ostdeutsche Familienkunde 56, Bd. 18 (2008) 2, S. 228-234.
- Riedel, Volker, Die zögerliche Entdeckung eines bekannten Autors. Probleme der

- Arnold-Zweig-Edition, in: Berliner Hefte zur Geschichte des literarischen Lebens 5 (2003), S. 148-160.
- Rieß, Margot, Breslauer Kunstbrief: Die Bilder der Sammlung Sachs, in: Kunstwanderer 3 (1921/22), S. 477f.
- Rister, Helmut, Schlesische Periodica und Serien, Wiesbaden 1975.
- Rogowski, Stanisław, Ochrona praw mniejszości żydowskiej na Górnym Śląsku w latach 1933-1937 w świetle zasad międzynarodowej ochrony mniejszości, in: Krystyn Matwijowski (Hrsg.), Z dziejów ludności żydowskiej na Śląsku, Wrocław 1991, S. 53-75.
- Rohrbacher, Stefan, Deutsche Revolution und antijüdische Gewalt (1815-1848/49), in: Peter Alter (Hrsg.), Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999, S. 29-47.
- , Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815-1848/49), Frankfurt a. M./New York 1993.
- Rola, Henryk, Huta Pokoju (Friedenshütte), Katowice 1989.
- Römer, Nils, Heinrich Graetz (1817-1891), in: Arno Herzig (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8: Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts, Neustadt an der Aisch 2004, S. 190-195.
- Ron, Shmuel, Die Erinnerungen haben mich nie losgelassen. Vom jüdischen Widerstand im besetzten Polen, aus dem Englischen übers. v. Esther Kinsky, Frankfurt a. M. 1998.
- Rood, Coen, »Wenn ich es nicht erzählen kann, muss ich weinen«. Als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie, Frankfurt a. M. 2002.
- Roos, H.-D., Der Theaterkritiker Alfred Kerr, München 1959.
- Rosenthal, Franciszek, Najstarsze osiedla żydowskie na Śląsku, aus dem Deutschen übers. v. Danuta Dąbrowska, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 34 (1960), S. 3-27.
- Rosenthal, Jacob, »Die Ehre des jüdischen Soldaten«. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen, Frankfurt a. M./New York 2007.
- Rossa, Manfred, Die Mitglieder des Synagogenverbandes Carlsruhe/Oberschlesien, in: Zeszyty Eichendorffa – Eichendorff-Hefte (2011) 34, S. 28-67.
- , Die Gedenkfeier in Städtel 1936 mit einem Rückblick auf die jüdische Geschichte des Ortes, in: Zeszyty Eichendorffa – Eichendorff-Hefte (2011) 33, S. 50-61.
- , Jüdisches Leben in den Kreisen Namslau und Oppeln. Carlsruhe/Oberschlesien und Städtel/Niederschlesien in der Herrschaft Carlsruhe als Zuflucht für Juden, Eschborn 2003.
- Rost, Maritta, Bibliographie Arnold Zweig. Bd. 1: Primärliteratur, Bd. 2: Sekundärliteratur, unter Mitarb. v. Jörg Armer u. a., hrsg. v. Gottfried Rost/Volker Riedel, Berlin/Weimar 1987.
- Roth, Cecil, Die Kunst der Juden, Frankfurt a. M. 1963.
- Rubin, Evelyn Pike, Ghetto Schanghai. Von Breslau nach Schanghai und Amerika. Erinnerungen eines jüdischen Mädchens 1943-1947, 1995 und 1997, hrsg. v. Erhard Roy Wiehn, Konstanz 2002.
- Rubin, Miri, Gentile Tales. The Narrative Assault on Late Medieval Jews, New Haven 1999.
- Rudorff, Andrea, Arbeit und Vernichtung *reconsidered*: Die Lager der Organisation Schmelt für polnische Jüdinnen und Juden aus dem annektierten Teil Oberschlesiens, in: Sozial.Geschichte online 7 (2012), S. 10-39, http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-30301/Sozial_Geschichte_Online_7_2012.pdf [15.10.2013].

- Rürup, Miriam, Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886-1937, Göttingen 2008.
- Schad, Margit, Rabbiner Michael Sachs. Judentum als höhere Lebensanschauung, Hildesheim/Zürich/New York 2007.
- Scheffler, Karl, Die Sammlung Max Silberberg, in: Kunst und Künstler 30 (1931), S. 3-18.
- , Breslauer Kunstleben, in: Kunst und Künstler 21 (1923), S. 111-133.
- Scheyer, Ernst, Eugen Spiro, Clara Sachs. Beiträge zur neueren schlesischen Kunstgeschichte, München 1977.
- Schiper, Ignacy, Dzieje handlu żydowskiego na ziemiach polskich, Warszawa 1937.
- , Studia nad stosunkami gospodarczymi Żydów w Polsce podczas średniowiecza, Lwów 1911 (jiddische Ausg.: Di virthaftsgeshikhte fun di Yidn in Poyln beysn Mitlalter, Varshe 1926).
- Schiwietz, Lucian, Aspekte jüdischen Kulturlebens in Schlesien und das Phänomen Max Tau, in: Detlef Haberland (Hrsg.), »Ein symbolisches Leben«. Beiträge anlässlich des 100. Geburtstages von Max Tau (1897-1976), Heidelberg 2000, S. 201-216.
- Schmelz, Usiel O., Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 8 (1982), S. 31-72.
- Schneider, Hans, E. Heimann. 100 Jahre eines Breslauer Privatbankhauses, Breslau 1919.
- Schneider, Hubertus, Alfred Kerr als Theaterkritiker. Untersuchung zum Wertsystem des Kritikers, Rheinfelden 1984.
- Schneider, Peter, »Und wenn wir nur eine Stunde gewinnen ...«. Wie ein jüdischer Musiker die Nazi-Jahre überlebte, Berlin 2001.
- Schnell, Walter, Erinnerungen an Strehlen und an seine jüdischen Bürger, in: Fritz Moses (Hrsg.), Strehlen. Erinnerungen an eine schlesische Kleinstadt und ihre jüdischen Bürger, Bremen 1995, S. 105-108.
- , Erinnerungen an jüdische Familien in Strehlen, in: Fritz Moses (Hrsg.), Strehlen. Erinnerungen an eine schlesische Kleinstadt und ihre jüdischen Bürger, Bremen 1995, S. 108-111.
- Schöllmann, Traute, Ein Weg zur literarischen Selbstverwirklichung, Alfred Kerr. Zur Eigenart und Wirkung seiner kritischen Schriften, München 1977.
- Schöne, Lothar, Neuigkeiten vom Mittelpunkt der Welt. Der Kampf ums Theater in der Weimarer Republik, Darmstadt 1994.
- Scholem, Gershom, Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Gespräch, in: ders., Judaica 2, Frankfurt a. M. 1970, S. 7-11.
- Scholze, Bettina, Otto Stobbe (1831-1887). Ein Leben für die Rechtsgermanistik, Berlin 2002.
- Schorsch, Ismar, Zacharias Frankel and the European Origins of Conservative Judaism, in: Judaism 30 (1981), S. 344-354.
- Schott, Christian-Erdmann, Katharina Staritz (1903-1953), in: Arno Herzig (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 8: Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts, Neustadt an der Aisch 2004, S. 296-303.
- Schultze-Rhondorf, Friedrich-Carl (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1995.
- Schulz, Ursula, Wilhelm Levysohn (1815-1871). Ein schlesischer Verleger und Politiker, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau 14 (1969).
- Schuster, Helga, Die jüdische Bevölkerung Schlesiens im 18. Jahrhundert. Ein Vergleich

- der Gesetzgebung Karls VI. und Friedrichs II., Universität Wien, Dipl.-Arb., Wien 2010, http://othes.univie.ac.at/9152/1/2010-04-01_0348915.pdf [12.9.2013].
- Schwarz, Johannes Valentin, »Der Gegenstand böte genügend Attraktion« – ein Forschungsüberblick zur Geschichte der jüdischen Presse des 18. bis 20. Jahrhunderts im deutschen Sprach- und Kulturraum, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 9 (2007), S. 3-75.
- , The Origins and the Development of German-Jewish Press in Germany till 1850. Reflections on the Transformation of the German-Jewish Public Sphere in Bourgeois Society, 66th IFLA Council and General Conference, Jerusalem, Israel, 13-18 August 2000, <http://archive.ifla.org/IV/ifla66/papers/106-144e.htm> [16.9.2013].
- Schwarz, Karl, Alfred Graetzer, in: Ost und West 12 (1912) 6, S. 539-546.
- Schwede, Ludwig, Geschichte der Großhandelsfirma August Krüger's Nachfolger 1858-1945, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 21/22 (1960).
- Schwerin, Kurt, Die jüdische Bevölkerung in Schlesien nach der Emanzipation, in: Gotthold Rhode (Hrsg.), Juden in Ostmitteleuropa. Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1989, S. 85-98.
- , Die Juden in Schlesien. Aus ihrer Geschichte und ihrem Beitrag zu Wirtschaft und Kultur, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 19 (1980) 56/57, S. 1-85.
- Śęczyk, Waldemar, Obraz Marca '68 na Dolnym Śląsku w prasie lokalnej, in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 56 (2001) 3, S. 87-98.
- Šefčík, Erich, Židovští obchodníci s mincovním kovem ve Slezsku v době pozdního středověku, in: Janusz Spyra/Marcin Wodziński (Hrsg.), Židé ve Slezsku. Studie k dějinám Židů ve Slezsku, Český Těšín 2001, S. 52-56.
- Seidel, Niels, Die KZ-Außenlager Görlitz und Rennersdorf. Ein Beitrag zur Aufklärung der Geschehnisse im Konzentrationslager Groß-Rosen, Dresden 2008.
- Seitz, Regina Maria, Verschwiegene Texte. Kritik an der Aufklärung bei Mendelssohn, Behr, Maimon und Kuh, Ann Arbor, MJ. 1999.
- Seligmann, Caesar, Rabbiner Dr. Manuel Joël zu seinem hundertjährigen Geburtstage 19. Oktober 1926. Sein Leben und seine Persönlichkeit, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 70 (1926), S. 305-315.
- Senft, Gerhard, Breslau, Theresienstadt, Shavei Zion. Gezeiten eines Jahrhundertlebens: Werner Neufliess (1908-2004), Wien 2007.
- Seydewitz, Ruth, Alle Menschen haben Träume. Meine Zeit – mein Leben, 2. Aufl., Berlin 1978.
- Sitarek, Adam/Michał Trebacz/Ewa Wiatr (Hrsg.), Zagłada Żydów na polskiej prowincji, Łódź 2012.
- Sodeikat, Ernst, Die Verfolgung und der Widerstand der Juden in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1945, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 8 (1965) 30, S. 107-149.
- Sommer, Achim, Otto Muellers »Knabe vor zwei stehenden und einem sitzenden Mädchen (Landschaft mit Figuren)« von 1918/19 – Ein expressionistisches Gemälde aus der ehemaligen Sammlung Dr. Ismar Littmann, Breslau, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg., bearb. v. Ulf Häder), Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit Kulturgütern aus ehemaligen jüdischen Besitz, Magdeburg 2001, S. 90-105.
- Sprenger, Isabell, Schlesische Juden am Ende des Zweiten Weltkrieges. Wohin gingen die Überlebenden des Holocaust? Stand und Perspektiven der Forschung, in: Matthias Weber/Carsten Rabe (Hrsg.), Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen

- Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag, Würzburg 1998, S. 305-312.
- , »Der Judenblock bleibt stehen«. Jüdische Häftlinge in der ersten Kriegshälfte im Konzentrationslager Groß-Rosen in Schlesien, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 415-433.
- Spyra, Janusz, Żydowskie gminy wyznaniowe na Śląsku Austriackim (1742-1918), Katowice 2009.
- , Żydzi w Opawie (do 1848 r.), in: Opawa. Sborník k dějinám města 2 (2000), S. 15-26.
- , Židé ve starém Krnově, in: Sborník bruntálského muzea (2000), S. 15-24.
- Stanicka-Brzezicka, Ksenia, Artystki śląskie ok. 1880-1945, Toruń 2004.
- Stankowski, Albert, Nowe spojrzenie na statystyki dotyczące emigracji Żydów z Polski po 1944, in: Grzegorz Berendt/August Grabski/ders. (Hrsg.), Studia z historii Żydów w Polsce po 1945 roku, Warszawa 2000, S. 103-149.
- Steer, Martina, Bertha Badt-Strauss (1885-1970). Eine jüdische Publizistin, Frankfurt a. M. 2005.
- Steinbacher, Sybille, Ostoberschlesien, in: Wolf Gruner/Jörg Osterloh (Hrsg.), Das »Großdeutsche Reich« und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den »angegliederten« Gebieten, Frankfurt a. M./New York 2010, S. 283-308.
- , »Musterstadt« Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000.
- Steinert, Alfred, Geschichte der Juden in Oppeln. Fest- und Gedenkschrift der Oppelner Synagogengemeinde zur Erinnerung an das fünfundsiebenzigjährige Bestehen der neuen Synagoge, Oppeln 1922.
- Steinschneider, Moritz, Hebräische Drucke in Deutschland, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 4 (1890) 1, S. 103-105.
- Steinschneider, Moritz/David Kassel, Jüdische Typographie und jüdischer Buchhandel, Jerusalem 1938.
- Stern, Fritz Richard, Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen, München 2009.
- , Niemiecki świat Einsteina. Eseje o historii Niemiec XX wieku, tłum. Łukasz Gałeczki, Warszawa 2001.
- Stern, Selma, Der preußische Staat und die Juden, 3. Teil: Die Zeit Friedrichs des Großen, 2. Abt.: Akten, 2. Halbbd., Tübingen 1971.
- Sternberg, Hermann, Geschichte der Juden in Polen unter den Piasten und den Jagiellonen, nach polnischen und russischen Quellen bearbeitet, Leipzig 1878.
- , Versuch einer Geschichte der Juden in Polen seit deren Einwanderung in dieses Land (um das IX. Jahrhundert) bis zum Jahre 1848, 1. Teil, Wien 1860.
- Sternburg, Wilhelm von, »Um Deutschland geht es uns.« Arnold Zweig – die Biographie, Berlin 1998.
- Stobbe, Otto, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters in politischer, sozialer und rechtlicher Beziehung, Braunschweig 1866.
- , Kraj bez wyjścia. Migracje z Polski 1949-1989, Warszawa 2010.
- Stola, Dariusz, Kampania Antysyjonistyczna, Warszawa 2000.
- Stolarska-Fronia, Małgorzata, Udział Żydów wrocławskich w artystycznym i kulturalnym życiu miasta od emancypacji do 1933 roku, Warszawa 2008.
- Stoob, Heinz/Peter Johaneck, Oppeln, in: dies. (Hrsg.), Schlesisches Städtebuch, Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 317-323.
- Strecker, Max, Die Juden zu Brieg. Ein Beitrag zur Heimatgeschichte, Brieg 1938.

- Suleja, Włodzimierz, *Dolnośląski Marzec '68: Anatomia protestu*, Warszawa 2006.
- Suler, Bernhard, *Rabbinische Geschichtsquellen*, in: *Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik* 9 (1938), S. 101-170.
- , *Rabbinische Geschichtsquellen*, in: *Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik* 8 (1936), S. 27-55.
- Szaynok, Bożena, *Z historią i Moskwą w tle. Polska a Izrael 1944-1968*, Warszawa 2007 (engl. Ausg.: *Poland-Israel 1944-1968: In the Shadow of the Past and of the Soviet Union*, übers. v. Dominika Ferens, Warszawa 2012).
- , *Ludność żydowska na Dolnym Śląsku 1945-1950*, Wrocław 2000.
- Szöllösi-Janze, Margit, *Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie*, München 1998.
- Szpytma, Mateusz, *The Risk of Survival. The Rescue of the Jews by the Poles and the Tragic Consequences for the Ulma Family from Markowa*, Warszawa 2009.
- Sztydzisz, Marcin, *Społeczność żydowska na Dolnym Śląsku w latach 1950-1989 w świetle działalności Towarzystwa Społeczno – Kulturalnego Żydów w Polsce*, Wrocław 2005.
- Tatzkow, Monika, Max Silberberg (1878-1945), Breslau, in: *Melissa Müller/Monika Tatzkow, Verlorene Bilder, verlorene Leben. Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde*, München 2009, S. 114-129.
- Tatzkow, Monika/Hans Joachim Hinz, *Bürger, Opfer und die historische Gerechtigkeit. Das Schicksal jüdischer Kunstsammler in Breslau*, in: *Osteuropa* 56 (2006), S. 155-171.
- Tausk, Walter, *Breslauer Tagebuch 1933-1940*, Frankfurt a. M. 1977.
- Thalmann, Rita/Emmanuel Feinermann, *Die Kristallnacht*, Hamburg 1993.
- Ther, Philipp, *Einleitung. Eine Stadt erfindet sich neu*, in: *Das polnische Breslau als europäische Metropole – Erinnerung und Geschichtspolitik aus dem Blickwinkel der Oral History*, Frankfurt (Oder) 2004, <http://homepage.univie.ac.at/philipp.ther/breslau/html/einleitung.html> [12.9.2013].
- , *Chancen und Untergang einer multinationalen Stadt: Die Beziehungen zwischen den Nationalitäten in Lemberg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *ders./Holm Sundhausen (Hrsg.), Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert: Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich*, Wiesbaden 2001, S. 123-146.
- Thum, Gregor, *Die fremde Stadt Breslau 1945*, Berlin 2003.
- Teter, Magda/Edward Fram, *Apostasy, Fraud and the Beginnings of Hebrew Printing in Cracow*, in: *ASJ Review* 30 (2006) 1, S. 31-66.
- Toller, Ernst, *Eine Jugend in Deutschland*, Leipzig 1990.
- Tomaszewski, Jerzy, *Preludium Zagłady. Wygnanie Żydów polskich z Niemiec w 1938 r.*, Warszawa 1998 (dt. Ausg.: *Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938*, übers. v. Victoria Pollmann, Osnabrück 2002).
- Torańska, Teresa, *Die da oben. Polnische Stalinisten zum Sprechen gebracht*, München 1986.
- Toury, Jacob, *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation*, Düsseldorf 1977.
- Tych, Feliks (Hrsg.), *Widziałem anioła śmierci. Losy deportowanych Żydów polskich w ZSRR w latach II wojny światowej*, Warszawa 2006.
- , *Próby odbudowy życia żydowskiego w powojennej Polsce*, in: *Gołda Tencer (Hrsg.), Pamięć. Historia Żydów Polskich przed, w czasie i po Zagładzie*, Warszawa 2004.
- Tyszkiewicz, Jakub, *Sto wielkich dni Wrocławia. Wystawa Ziem Odzyskanych we*

- Wrocławiu a propaganda polityczna ziem zachodnich i północnych w latach 1945-1948, Wrocław 1997.
- Universität Würzburg (Hrsg.), Die geraubte Würde. Die Aberkennung des Doktorgrads an der Universität Würzburg 1933-1945, Würzburg 2011.
- Unte, Wolfhart, Franz Skutsch (1865-1912), in: Karl Borchardt (Hrsg.), Schlesische Lebensbilder, Bd. 10, Inzingen 2010, S. 165-177.
- Vietor-Engländer, Deborah, Arnold Zweig in Palästina, in: Études Germaniques 63 (2008), S. 909-921.
- Volkov, Shulamit, Die Erfindung einer Tradition. Zur Entstehung des modernen Judentums in Deutschland, München 1992.
- Vollhals, Clemens, Jüdische Selbsthilfe bis 1938, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945, 3. Aufl., München 1993, S. 314-411.
- Walerjański, Dariusz, Żydzi rolnicy – nieznaní epizod z dziejów Żydów śląskich w średniowieczu, in: Wojciech Mielewczyk/ Urszula Siekacz (Hrsg.), Żydzi na wsi polskiej: sesja naukowa, Szreniawa, 26-27 czerwca 2006, Szreniawa 2006, S. 12-23.
- , Z dziejów Żydów na Górnym Śląsku do 1812 roku, in: Orbis Interior. Pismo Muzealno-Humanistyczne 5 (2005), S. 27-39.
- Walk, Joseph, Breslau. Vielfalt in der Einheit, in: Willi Jasper/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Deutsch-jüdische Passagen. Europäische Stadtlandschaften von Berlin bis Prag, Hamburg 1996, S. 83-96.
- , »Der Zionist«. Zur Geschichte der ältesten zionistischen Zeitung Deutschlands, in: ders., Wider das Vergessen. Aufsätze und Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten, hrsg. v. Paul Sauer, Gerlingen 1996, S. 173-178.
- , Profil einer zionistischen Ortsgruppe 1903/04. Zur Sozialgeschichte des deutschen Zionismus, in: ders., Wider das Vergessen. Aufsätze und Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten, hrsg. v. Paul Sauer, Gerlingen 1996, S. 179-187.
- , Breslau 1929 – Wrocław 1989, in: ders., Wider das Vergessen. Aufsätze und Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten, hrsg. v. Paul Sauer, Gerlingen 1996, S. 223-227.
- , Almemor und Gitter. Ein Kapitel zur Geschichte der Storch-Synagoge, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 5 (1994), S. 367-377.
- , Die »Jüdische Zeitung für Ostdeutschland« 1924-1937. Zeitgeschichte im Spiegel einer regionalen Zeitung, Hildesheim/Zürich/New York 1993.
- Walter, Rolf, Jüdische Bankiers in Deutschland bis 1932, in: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992, S. 78-99.
- Walter Meckauer-Kreis (Hrsg.), Walter Meckauer – der Mensch und das Werk, Köln 1984.
- Wasserstein, Bernard, Europa ohne Juden. Das europäische Judentum seit 1945, Köln 1999.
- Waszkiewicz, Ewa, Program i działalność polityczna Frakcji Żydowskiej Polskiej Partii Robotniczej we Wrocławiu w latach 1945-1948, in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 49 (1994) 3-4, S. 299-310.
- , Kongregacja Wyznania Mojżeszowego na Dolnym Śląsku na tle polityki wyznaniowej Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej 1945-1968, Wrocław 1999.
- , Powstanie, rozwój i zanik skupiska Żydów na Dolnym Śląsku (1945-1968), in: dies. (Hrsg.), Współcześni Żydzi – Polska i diaspora: wybrane zagadnienia, Wrocław 2007, S. 13-69.

- Wawrzyniak, Magdalena, »Nowa Synagoga« Edwina Opplera we Wrocławiu, in: Jerzy Rozpędowski (Hrsg.), Architektura Wrocławia, Bd. 3: Świątynia, Wrocław 1998, S. 389-405.
- Weber, Matthias, Schlesien in der gegenwärtigen historischen Forschung. Stand und Perspektiven, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 1 (1993), S. 187-199.
- Webersinn, Gerhard, Gustav Heinrich Ruffer. Breslauer Bankherr – Pionier des Eisenbahngedankens – Förderer schlesischer Wirtschaft, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau 8 (1996), S. 154-196.
- , »Heimann, Ernst«, in: Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 8, Berlin 1969, S. 270f.
- Weczerka, Hugo, Juden in Schlesien. Ein Literaturbericht, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 47 (1998), S. 70-81.
- , Die Herkunft der Studierenden des Jüdisch-Theologischen Seminars zu Breslau 1854-1938, in: Zeitschrift für Ostforschung 35 (1986), S. 88-138.
- Weichselbaum, Willy, Der Rechtsschutz der Juden in Deutsch-Oberschlesien nach dem Genfer Abkommen von 1922, Dresden 1935.
- Weiser, Adelheid, Der Schutz der jüdischen Rechte in Oberschlesien unter dem Mandat des Völkerbundes 1933-1945, in: Friedrich-Carl Schultze-Rhonhof (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert, Hannover/Münster 1995, S. 37-53.
- Weiss, Yfaat, Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933-1940, München 2000.
- , Polish and German Jews between Hitler's Rise to Power and the Outbreak of the Second World War, in: Leo Baeck Institute Year Book 44 (1999), S. 205-223.
- Weissmann, Georg, Die Durchsetzung des jüdischen Minderheitsrechts in Oberschlesien 1933-1937, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 6 (1963) 22, S. 154-198.
- Weltsch, Robert, Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck. Eine Aufsatzreihe der »Jüdischen Rundschau« zur Lage der deutschen Juden, Nördlingen 1988.
- Wessinhage-Okon, M., Toleranz – ihr Lebensmotto, in: Oppelner Heimatblatt 48 (1997), Nr. 4 u. 5.
- Wiatrowski, Leszek/Stanisław Zyga, Żydzi na Śląsku w XIX i na początku XX wieku. Struktura demograficzna, działalność gospodarcza, naukowa i kulturalna, in: Krystyn Matwijowski (Hrsg.), Z dziejów ludności żydowskiej na Śląsku, Wrocław 1991, S. 5-31.
- Wicke, Joseph, Heinrich Simons Kampf gegen das Disziplinalgesetz vom 29. März 1844, Breslau 1912.
- Wierzbicki, Marek, Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II RP pod okupacją sowiecką (1939-1941), Warszawa 2001.
- Wiese, Erich, Die Stiftung Carl Sachs für das Schlesische Museum der bildenden Künste in Breslau, in: Zeitschrift für Kunstgeschichte 1 (1932), S. 149-152.
- Wilke, Carsten, »Den Talmud und den Kant«. Rabbinerausbildung an der Schwelle zur Moderne, Hildesheim/Zürich/New York 2003.
- Wilke, Carsten L., Talmudschüler, Student, Seminarist: Breslauer rabbinische Studienlaufbahnen 1835-1870, in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 15 (2005), S. III-125.
- , Von Breslau nach Mexiko. Die Zerstreuung der Bibliothek des Jüdisch-theologischen

- Seminars, in: Birgit E. Klein/Christiane E. Müller (Hrsg.), *Memoria – Wege jüdischen Erinnerns*. Festschrift für Michael Brocke zum 65. Geburtstag, Berlin 2005, S. 315-338.
- Winter, Hans-Gerd, Alfred Kerr (1867-1948), in: Arno Herzig (Hrsg.), *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 8: Schlesier des 14. bis 20. Jahrhunderts, Neustadt an der Aisch 2004, S. 242-247.
- Winzeler, Marius, Jüdische Sammler und Mäzene in Breslau – von der Donation zur »Verwertung« ihres Kunstbesitzes, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg., bearb. v. Ulf Häder), *Sammeln. Stiften. Fördern. Jüdische Mäzene in der deutschen Gesellschaft*, Magdeburg 2008, S. 131-156.
- Wippermann, Wolfgang, Probleme und Aufgaben der Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen, Polen und Juden, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), *Deutsche – Juden – Polen. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*, Berlin 1987, S. 1-47.
- Witecka, Helena, *Kopalnia węgla kamiennego »Rozberek«*. Zarysy dziejow 1824-1984, Katowice 1985.
- Witkowski, Rafał, Jews in Medieval Poland: Culture, Religion and Language as Reflected in Sources, in: *Studia Historica Slavo-Germanica* 28 (2008/09), S. 87-139.
- Witkowski, Sławomir, *Żydzi na ziemiach polskich w średniowieczu: z uwzględnieniem Śląska i Pomorza Gdańskiego*, Olkusz 2007.
- , Osadnictwo żydowskie na Śląsku do końca XVI wieku, in: Dariusz Rozmus/ders. (Hrsg.), *Z dziejów Żydów w Zagłębiu Dąbrowskim*, Sosnowiec 2006, S. 9-27.
- , Początki osadnictwa żydowskiego nad Przemszą i Brynicą, in: Dariusz Rozmus/ders. (Hrsg.), *Z dziejów Żydów w Zagłębiu Dąbrowskim*, Sosnowiec 2006, S. 28-36.
- Włodarczyk, Tamara/Anna Juraszek/Sonia Kierzkowska, *Przewodnik po Świecie Kłodzkich Żydów. Wegweiser durch die Welt der Glatzer Juden*, Kryżowa 2007.
- Wodziński, Marcin, *Bibliography on the History of Silesian Jewry II*. Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien, Bd. 2, München u. a. 2004.
- , Najstarszy żydowski nagrobek na Śląsku. Reinterpretacja, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 59 (2004) 4, S. 583-589.
- , Recent Developments in the Historiography of Silesian Jews, in: *Polin. Studies in Polish Jewry* 14 (2001), S. 339-351.
- , Hebrajskie inskrypcje na Śląsku XIII-XVIII wieku, Wrocław 1996.
- , Średniowieczny cmentarz żydowski we Wrocławiu, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 49 (1994) 3-4, S. 341-344.
- , O »średniowiecznych« macewach z Cieszyna, in: *Annales Silesiae* 22 (1992), S. 104-114.
- , Średniowieczne macewy ze Świdnicy, in: *Rocznik Świdnicki* (1992), S. 76-84.
- Wodziński, Marcin/Janusza Spyra (Hrsg.), *Jews in Silesia*, Kraków 2001.
- Wolff, Karla, *Ich blieb zurück. Erinnerungen an Breslau und Israel*, mit einem Geleitwort von Uwe Neumärker, hrsg. und mit einem Nachwort versehen v. Ingo Loose, Berlin 2012.
- Wolff, Otto, Zur Geschichte der Juden in Schlesien. Zweiter Abschnitt von 1350 bis 1500, in: *Schlesische Provinzialblätter* 117 (1843), S. 263-272, 377-385, 503-510, 611-620.
- , Geschichte der Juden in Schlesien. Erster Abschnitt bis 1350, in: *Schlesische Provinzialblätter* 116 (1842), S. 199-211, 298-306, 395-402.
- Worbs, Johann Gottlob, *Geschichte der Juden in Schlesien*, in: *Schlesische Provinzialblätter* 40 (1804), S. 209-228.

- Wrzesiński, Wojciech, Antypolska polityka władz hitlerowskich na Śląsku opolskim w latach 1933-1939 w świetle raportów konsulów polskich, Wrocław 1970.
- Wyrozumka, Bożena, Relacja o pogromie Żydów wrocławskich w 1453 roku, in: *Roczniki Historyczne* 69 (2003), S. 189-194.
- Wyrozumski, Jerzy, Dzieje Żydów Polski średniowiecznej w historiografii, in: *Studia Judaica* 1 (1998), S. 3-17.
- Yuval, Israel Jacob, Magie und Kabbala unter den Juden in Deutschland des ausgehenden Mittelalters, in: Karl E. Grözinger (Hrsg.): *Judentum im deutschen Sprachraum*, Frankfurt a. M. 1991, S. 173-189.
- Zablocka-Kos, Agnieszka, Zrozumieć miasto. Centrum Wrocławia na drodze ku nowoczesnemu city, 1807-1858, Wrocław 2006.
- Zafren, Herbert C., Dyhernfurth and Schabtaj Bass: A Typographic Profile, in: Charles Berlin (Hrsg.), *Studies in Jewish Bibliography, History and Literature in Honor of I. Edward Kiew*, New York 1971, S. 543-580.
- Zaremba, Marcin, Wielka Trwoga. Polska 1944-1947. Ludowa reakcja na kryzys, Kraków 2012.
- Zaremska, Hanna, Zmowa śląskich Żydów, in: Wojciech Brojer (Hrsg.), *Źródło: teksty o kulturze średniowiecza ofiarowane Bronisławowi Geremkowi*, Warszawa 2003, S. 135-162.
- Zeuschner, Joachim (Hrsg.), Walter Meckauer. Mensch und Werk, München 1959.
- Ziątkowski, Leszek, Żydzi w Jaworze, Jawor 2010.
- , Między niemożliwym a koniecznym, Wrocław 2007.
- , Dzieje Żydów we Wrocławiu, Wrocław 2000 (dt. Ausg.: *Die Geschichte der Juden in Breslau*, übers. v. Barbara Kocowska, Breslau 2000).
- , Ludność żydowska we Wrocławiu w latach 1812-1914, Wrocław 1998.
- , Roswój liczebny ludności Żydowskiej we Wrocławiu w latach 1742-1914, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 46 (1991) 2, S. 169-189.
- Żbikowski, Andrzej (Hrsg.), Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką 1939-1945. *Studia i materiały*, Warszawa 2006.
- Zimmermann, [Friedrich Albert], *Geschichte und Verfassung der Juden im Herzogthum Schlesien*, Breslau 1791, Neudruck Hildesheim/Zürich/New York 2007.
- Zimmermann, Moshe, »Die aussichtslose Republik«: Zukunftsperspektiven deutscher Juden vor 1933, in: ders., *Deutsch-jüdische Vergangenheit: Der Judenhaß als Herausforderung*, Paderborn 2005, S. 238-257 (zuerst abgedruckt in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* 1 (1990), S. 152-183).
- Zivier, Ezechiel, *Geschichte der Juden in Beuthen* (Nach einem Vortrag des fürstl. Pleß'schen Archivars Dr. Zivier), in: *Aus dem Beuthener Lande. Mitteilungen der heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft im Beuthener Land* 1 (1924), S. 6 f.
- Arnold Zweig, hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold (mit einer Auswahlbibliographie v. Deborah Vietor-Engländer), in: *Text+Kritik* (1989) 104.

Abbildungsverzeichnis

Wir haben uns bemüht, die Rechteinhaber der Abbildungen ausfindig zu machen. In Fällen, in denen weder der Rechteinhaber noch der Rechtsnachfolger ermittelt werden konnte, möchten wir den Rechteinhaber auffordern, ggf. mit den Herausgebern in Kontakt zu treten. Sollten trotz der sorgfältigen Prüfung Rechte Dritter verletzt werden, bitten wir die Rechteinhaber, sich bei den Herausgebern zu melden.

Karte im Vorsatz: Schlesien 1857. Synagogengemeinden und -bezirke. Quelle: Philipp Wertheim (Hrsg.), Kalender und Jahrbuch auf das Jahr 5618 für die jüdischen Gemeinden Preußens, Berlin 1858, Anhang, S. 29-40. Bearbeitung: Dagmar Wienrich

- S. 21: Foto: Mirosław Łanowiecki, Wrocław; Quelle: Norbert Conrads, Schlesiens frühe Neuzeit (1469-1740), in: ders. (Hrsg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Schlesien, Berlin 1994, S. 233; mit freundlicher Genehmigung von Prof. Dr. Norbert Conrads
- S. 23: Foto und Quelle: Marek Maruszak, Opole
- S. 39: Heinrich Wendt, Das erste Jahrhundert der Kaufmännischen Zwinger- und Ressourcen-Gesellschaft in Breslau 1805-1905. Festschrift zur Jubelfeier, Breslau 1905, unpag. Abbildungsteil
- S. 73: Archiv der sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung
- S. 77: Archiv der sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung
- S. 95: Leo Baeck Institute, New York, F 9815/PID 869752; mit freundlicher Genehmigung
- S. 107: Archiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Nachlass Hans Thieme
- S. 124: Von Friedrich Bernhard Werner gezeichnete und von Johan Mathias Steidlin ausgeführte Radierung, 1730; Quelle: Angelika Marsch, Friedrich Bernhard Werner, 1690-1776. Corpus seiner europäischen Städteansichten, illustrierten Reisemanuskripte und der Topographien von Schlesien und Böhmen-Mähren, Weißenhorn 2010, S. 238, Abb. 307; Herder-Institut Marburg, Bildarchiv, Inv.-Nr. 509; Kunstforum Ostdeutsche Galerie Regensburg
- S. 137: Quelle: Universitätsarchiv Breslau, #3309
- S. 144: Henryk Rola (Hrsg.): Huta »Pokój«: dzieje zakładu i załogi 1840-1990, hrsg. v. Silesian Institute in Katowice, Katowice 1989, S. 10; die Publikation befindet sich im Bestand des Governmental Research Institute – Silesian Institute in Opole, Sig. III 22860
- S. 178: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt 3 (17.6.1926), Nr. 6, S. 92
- S. 186: Teilverzeichnis der jüdischen Geschäfte in Breslau, hrsg. v. Amt für Handwerk und Handel bei der NSDAP-Gauleitung Schlesien, Breslau 1936
- S. 187: Verzeichnis der bekanntesten jüdischen Firmen in Breslau, hrsg. v. d. NSDAP-Gauleitung Schlesien, Breslau 1936
- S. 223: Schwadron Portrait Collection, The National Library of Israel
- S. 225: Schwadron Portrait Collection, The National Library of Israel
- S. 229: Leo Baeck Institute, New York, F 2200/PID: 891829; mit freundlicher Genehmigung
- S. 236: Gidal-Bildarchiv im Steinheim-Institut Nr. 791

- S. 239: Schwadron Portrait Collection, The National Library of Israel
- S. 253: Foto: N. Raschkow Jr., Quelle: Schwadron Portrait Collection, The National Library of Israel
- S. 262: Archiv der sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung
- S. 263: Foto: Lotte Meitner-Graf, London; Quelle: Leo Baeck Institute, New York, F 3700/PID: 884116; mit freundlicher Genehmigung
- S. 270 (links): Leo Baeck Institute, New York, F 2210/PID: 891845; mit freundlicher Genehmigung
- S. 270 (rechts): Leo Baeck Institute, New York, F 80546/PID: 926107; mit freundlicher Genehmigung
- S. 271: Henry Kosterlitz Collection, AR 5234; Leo Baeck Institute, New York, mit freundlicher Genehmigung
- S. 272: Bundesarchiv, Bild 146-1985-010-10, mit Genehmigung
- S. 279: Georg Wiener Collection, Leo Baeck Institute, New York, mit freundlicher Genehmigung
- S. 280: Leo Baeck Institute, New York, F 9875/PID: 869872; mit freundlicher Genehmigung
- S. 285 (oben und unten): Marianne Dreyfus; freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Jüdischen Museum in Frankfurt am Main
- S. 301: Privatarchiv Knut Bergbauer
- S. 320: Jüdisches Historisches Institut (ŻIH), Warschau, mit freundlicher Genehmigung
- S. 324: Jüdisches Historisches Institut (ŻIH), Warschau, mit freundlicher Genehmigung
- S. 325: Jüdisches Historisches Institut (ŻIH), Warschau, mit freundlicher Genehmigung
- S. 330: Deutsches Buch- und Schriftmuseum der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig, Bibliothek des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, Bö-GR/S/1150
- S. 351: Foto: vermutlich Lotte Jacobi; Quelle: Lotte Jacobi Collection, University of New Hampshire/Akademie der Künste Berlin, Alfred-Kerr-Archiv, 763
- S. 358: Manuel Wiznitzer, Arnold Zweig, Das Leben eines deutsch-jüdischen Schriftstellers, Königstein/Taunus 1983, Titelbild
- S. 365: Foto: Ewald Hoinkis, Frankfurt; Quelle: Walter Meckauer – Mensch und Werk, hrsg. v. Joachim Zeuschner, München 1959, nach dem Haupttitel; mit freundlicher Genehmigung des Archivs Walter Meckauer Kreis e. V.
- S. 367: Quelle: Walter Meckauer, Licht in der Finsternis. Fragmente, mit einem Vorwort von Carel ter Haar und einer ausführlichen Bibliographie, Köln 1988, Umschlaginnen-seite; mit freundlicher Genehmigung des Archivs Walter Meckauer Kreis e. V.
- S. 376: Foto: Piotr Ligier; Quelle: Muzeum Narodowe w Warszawie, Inv.-Nr. Gr.Ob.N. n.178906
- S. 377: Foto: Piotr Ligier; Quelle: Muzeum Narodowe w Warszawie, Inv.-Nr. Gr.Ob.N. n.177266
- S. 378: Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Emanuel Ringelblum, Warschau (Archiwum Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie), Inv.-Nr. B-443/124
- S. 385: Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Emanuel Ringelblum, Warschau (Archiwum Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie), Inv.-Nr. B 443/23/14
- S. 389: Schlesisches Museum zu Görlitz, Inv.-Nr. 2003/0059
- S. 396: ullstein bild, #00414258

- S. 397: Akademie der Künste Berlin, August-Endell-Sammlung, Sig. End-20-32/F. 1
 S. 398: Akademie der Künste Berlin, August-Endell-Sammlung, Sig. End-20-32/F. 5
 S. 400: ullstein bild, #00626040
 S. 401: Der Architekt Oskar Kaufmann, mit einem Vorwort v. Oscar Bie, Berlin 1928, S. 50
 S. 402: Der Architekt Oskar Kaufmann, mit einem Vorwort v. Oscar Bie, Berlin 1928, S. 53
 S. 416: : Biblioteka Uniwersytetu Wrocławskiego, inw. fot. 152, aus: Maciej Łągiewski, Wrocławscy Żydzi 1850-1944, Wrocław 1994
 S. 417: Architekturmuseum Wrocław (Muzeum Architektury we Wrocławiu)
 S. 419: Architekturmuseum Wrocław (Muzeum Architektury we Wrocławiu)
 S. 420: Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Archiv, Bestand Jüdische Gemeinde Militsch; CJA, 1, 75, A Mi 2, Nr. 11, #5073, Bl. 214
 S. 421: Harold Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780-1933), T. 2, Hamburg 1981, Abb.-Nr. 28
 S. 422 (oben): Opitz Bibliothek Herne, mit freundlicher Genehmigung
 S. 422 (unten): Privatarchiv Tamara Włodarczyk
 S. 423: Archiv Muzeum w Gliwicach, aus den Beständen des »Willa Caro« Museums in Gleiwitz
 S. 424: Archiv Muzeum w Gliwicach, aus den Beständen des »Willa Caro« Museums in Gleiwitz
 S. 425: Herder-Institut Marburg, Inv.-Nr. 108690
 S. 426 (oben): L. A. Lamche, Album von Kattowitz, Biblioteka Śląska, Katowice
 S. 426 (unten): Jan Delowicz, Gmina wyznania mojżeszowego w Żorach 1511-1940: zbadana nad historią miasta, Żory 2002, S. 45
 S. 427 (oben und unten): Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Emanuel Ringelblum, Warschau (Archiwum Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie)
 S. 428: Herder-Institut Marburg, Inv.-Nr. 129692
 S. 429 (links und rechts): Privatarchiv Tamara Włodarczyk
 S. 430 (oben und unten): Archiv Muzeum w Gliwicach, aus den Beständen des »Willa Caro« Museums in Gleiwitz
 S. 431: Privatarchiv Tamara Włodarczyk
 S. 432: Muzeum im. Jana Dzierżona in Kluczbork
 S. 433 (oben): Privatarchiv
 S. 433 (unten): Privatarchiv Tamara Włodarczyk
 S. 434 (oben): Privatarchiv Tamara Włodarczyk
 S. 434 (unten): Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Emanuel Ringelblum, Warschau (Archiwum Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie)
 S. 435: Archiv Muzeum w Gliwicach, aus den Beständen des »Willa Caro« Museums in Gleiwitz
 S. 436: Archiv Muzeum w Gliwicach, aus den Beständen des »Willa Caro« Museums in Gleiwitz
 S. 437: Privatarchiv Tamara Włodarczyk
 S. 483: Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Emanuel Ringelblum, Warschau (Archiwum Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie)

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- S. 484: Archives of the Department of Jewish Studies, University of Wrocław
S. 490: Archives of the Department of Jewish Studies, University of Wrocław
S. 491: Archives of the Department of Jewish Studies, University of Wrocław
S. 495: Archives of the Department of Jewish Studies, University of Wrocław
S. 496: Graphic Material Collection, Jewish Public Library Archives, Montreal; 1297_104
S. 547 (oben) : Schlesisches Museum zu Görlitz, Inv.-Nr. 2003/2062
S. 547 (unten): Jüdisches Museum Berlin; Foto: Jens Ziehe.
S. 548-552: Fotos: Jerzy K. Kos
S. 553 (oben und unten): Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Emanuel Ringelblum, Warschau (Archiwum Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma w Warszawie)
S. 554-555: Fotos: Jerzy K. Kos
S. 556-558: Via Nova Verlag, Wrocław; Foto: Stanisław Klimek
S. 559 (oben): Foto: Marek Maruszak, Opole
S. 559 (unten)-571: Via Nova Verlag, Wrocław; Foto: Stanisław Klimek

Autorinnen und Autoren

MAGDALENA BENDOWSKA, M. A., Kuratorin der Sammlung alter Drucke im Jüdischen Historischen Institut in Warschau; Doktorandin der École doctorale, Pratiques et théories du sens, Études juives et hébraïques der Universität Paris 8. Forschungsschwerpunkt: Geschichte des jüdischen Drucks.

KNUT BERGBAUER, Sozialpädagoge; Promotionsstudent an der Bergischen Universität Wuppertal. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, Widerstand im Nationalsozialismus, jüdische Jugendbewegung in Deutschland.

URSZULA BONTER, Professorin am Institut für Germanistik der Universität Wrocław. Forschungsschwerpunkte: Sozialgeschichte der deutschen Literatur, deutscher Realismus, Buch- und Verlagsgeschichte, literarische Öffentlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert, Romane und Romantheorie der Aufklärung, Populärliteratur.

ANDREAS BRÄMER, Dr. PD, Judaist und Historiker; stellvertretender Direktor am Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg. Forschungsschwerpunkt: Deutsch-jüdische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

JULIA CARTARIUS, M. A., Historikerin; Studium der jüdischen Geschichte und Kultur mit Schwerpunkt Holocaust Studies am Department of Hebrew and Jewish Studies des University College London; wissenschaftliche Mitarbeiterin im Jüdischen Historischen Institut Warschau (2001-2002), im Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland (2004) und im Jüdischen Museum Berlin (2007-2012). Forschungsschwerpunkt: Geschichte der Juden Oberschlesiens während des Nationalsozialismus.

JAN DOKTÓR, Dr. habil., Wirtschaftswissenschaftler, Historiker; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Jüdischen Historischen Institut Warschau und Chefredakteur des Jewish History Quarterly. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der jüdischen Spiritualität in Mitteleuropa, Christianisierung der Juden.

BEATA DUDEK, Dr. phil., Historikerin; Studium der Kulturgeschichte Osteuropas und Geschichte mit dem Schwerpunkt Neuere Geschichte an der Universität Bremen; Promotion an der Technischen Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Schlesiens, Geschichte der Juden in Schlesien.

ROLAND GEHRKE, apl. Professor für Neuere und Ostmitteleuropäische Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart. Forschungsschwerpunkte: Frühparlamentarismus und -konstitutionalismus in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, Geschichte Preußens, Geschichte Schlesiens (insbesondere von 1740 bis 1945), Geschichte Polens von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, Geschichte des Nationalismus in Ostmitteleuropa seit Beginn des 19. Jahrhunderts.

KIRSTEN HEINSOHN, Dr. phil., Associate Professor für moderne deutsche Geschichte an der Universität Kopenhagen (Department of English, German and Romance Studies).

Forschungsschwerpunkte: Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, insbesondere Frauen- und Geschlechtergeschichte, Geschichte der konservativen Parteien und deutsch-jüdische Geschichte.

ARNO HERZIG, Professor (em.) für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Frühe Neuzeit am Historischen Seminar der Universität Hamburg, Forschungsschwerpunkte: Geschichte geistlicher Orden, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert sowie der Unterschichtenkultur und des Unterschichtenprotests im 18. und 19. Jahrhundert, Geschichte der Juden in Deutschland, Geschichte des Konfessionellen Zeitalters, Geschichte Schlesiens.

HANS OTTO HORCH, Professor (em.) für Deutsch-Jüdische Literatur- und Kulturgeschichte am Institut für Germanistische und allgemeine Literaturwissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der deutsch-jüdischen Literatur und Kultur, Erzählliteratur des Realismus (Fontane, Auerbach, Raabe), Literatur der Moderne (Benn, Rühmkorf), Hölderlin-Wörterbuch, Digitalisierung von diversen Textcorpora und Bereitstellung im Internet (Compact Memory, Judaica Frankfurt).

WINFRIED IRGANG, Dr. Dr. h. c. (Uniwersytet Wrocławski); ehem. Direktor des Herder-Instituts in Marburg (Lahn). Forschungsschwerpunkte: Geschichte Schlesiens, Kirchengeschichte Ostmitteleuropas im Mittelalter, Urkundenforschung, Historiografiegeschichte.

JERZY K. KOS, Dr., Kunsthistoriker; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kunstgeschichte der Universität Breslau. Forschungsschwerpunkte: Architektur Mitteleuropas im 18. und 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Schlesiens, künstlerische Beziehungen zwischen Brandenburg und Schlesien in der Zeit von 1740 bis 1815, mitteleuropäische synagogale Architektur vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Leben und Werk Carl Gotthard Langhans.

KAI KRANICH, M.A., Historiker; Studium der Politikwissenschaft, Neueren und Neuesten Geschichte sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Dresden und Breslau; aktuelles Promotionsvorhaben über die Hochschulreform und die Wissenschaftskonkurrenz am Beispiel der Zusammenlegung der Universität Breslau mit der Technischen Hochschule Breslau zwischen 1930 und 1938. Forschungsschwerpunkte: Schlesien in der Zeit des Nationalsozialismus, Hochschulen in Breslau, »Lost Places« in Schlesien.

MACIEJ ŁAGIEWSKI, Dr., Historiker; Direktor der Städtischen Museen Breslau. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Stadt Breslau in dem 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte der Breslauer jüdischen Gemeinde.

INGO LOOSE, Dr. phil., Historiker; Studium der Geschichte und Slavistik in Hamburg, Berlin, Warschau und Moskau, seit 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Editionsprojekt »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945« (VEJ) am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Forschungsschwerpunkte: Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust, Geschichte der deutschen und polnischen Juden im 19. und 20. Jahrhundert.

MICHAEL A. MEYER, Professor (em.) für jüdische Geschichte mit dem Schwerpunkt jüdische Geschichte in der Neuzeit am Hebrew Union College-Jewish Institute of Religion in Cincinnati, Ohio; internationaler Präsident des Leo Baeck Institutes von 1991 bis 2013. Forschungsschwerpunkte: Religionsgeschichte der Juden in Deutschland, Geschichte der Reformbewegung im Judentum, Wissenschaft des Judentums, Jüdische Kultur in Deutschland, Jüdische Historiografie, Zionismus und Antisemitismus.

HANS-HARALD MÜLLER, Professor (em.) für Neuere deutsche Literatur an der Universität Hamburg, Gastprofessuren in Cambridge (St. John's College), Johannesburg, St. Louis und Rostock. Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftsgeschichte, Theorie und Geschichte der Literaturwissenschaft, Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts, Poetik, Strukturalismus und Narratologie.

MAGDALENA PALICA, Dr., Kunsthistorikerin. Forschungsschwerpunkte: Kunstsammlungen in Schlesien, mit besonderer Berücksichtigung der Sammlungen von Adligen und von Juden (Ergebnis ist das wissenschaftliche Projekt »Schlesische Kunstsammlungen«, www.schlesischesammlungen.eu), Geschichte des Museumswesens, Provenienzforschung von Kunstwerken, Probleme des Kunstgeschmacks und seines Wandels.

KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ, Professor, Historiker; Direktor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland und Europastudien der Universität Wrocław, Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte am dortigen Zentrum; Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Willy Brandt Stiftung, des Hannah Arendt Instituts und des Präsidiums der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Geschichte Schlesiens im 20. Jahrhundert, Geschichte der europäischen Integration, internationale Schulbuchforschung.

MAŁGORZATA RUCHNIEWICZ, Dr. habil.; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Wrocław. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert (insbesondere das Schicksal der Polen in den ehemaligen polnischen Ostgebieten und in der UdSSR), Geschichte Weißrusslands im 20. Jahrhundert, Geschichte Niederschlesiens und der Grafschaft Glatz.

MICHAEL SEGNER, Dr. phil., Literaturwissenschaftler; Studium der Germanistik und Publizistik an der Freien Universität Berlin; Promotion über Kurt Tucholsky an der Universität Breslau; Tätigkeit als Lektor und Journalist in Deutschland, Polen und Österreich, zurzeit als Dozent für Deutsch als Fremdsprache in Hamburg. Forschungsschwerpunkte: deutsche Literatur der Weimarer Republik, deutsche Romantik und die neueste deutsche Prosa.

MAŁGORZATA STOLARSKA-FRONIA, Dr., Kunsthistorikerin; Autorin des Buches »Der Anteil Breslauer Juden am kulturellen und künstlerischen Leben der Stadt seit Emanzipation bis 1933«, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Nicolaus Copernicus Universität in Toruń; ehemalige Leiterin der wissenschaftlichen Abteilung des Museums für die Geschichte der polnischen Juden in Warschau, Kuratorin einer der Galerien der ständigen Ausstellung; 2013-2016 Forschungsprojekt »Jüdischer Expressionismus – auf der Suche nach einem kulturellen Raum«, finanziert vom Nationalen Wissenschaftszentrum

in Polen. Forschungsschwerpunkt: Kunst in der jüdischen Kultur, insbesondere der zeitgenössischen.

HANS-GERD WINTER, Professor (em.) für Neuere deutsche Literaturgeschichte am Institut für Germanistik der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Literatur der Aufklärung und des Sturm und Drang (insbesondere Jakob Michael Reinhold Lenz), Literatur nach 1945 (insbesondere Nachkriegszeit), Gegenwartsliteratur, Literatur- und Kulturgeschichte Hamburgs, Literarisches Feld, Literaturoper.

Personenregister

Kursive Seitenzahlen verweisen auf Erwähnungen ausschließlich in den Fußnoten.

- Aaron, Josef 139
Abesser, Hans 429, 438
Abraham, Margot 383, 388
Abramczyk (Familie) 456
Adamczyk, Josef 86
Adler, Ankiel 384
Agnes (Herzogin von Schweidnitz-Jauer) 18 f.
Aharon ben Jaakow ha-Lewi 320
Aharon ben Moshe Teomin 320
Akolut, Andreas 322
Albert, Marie 316
Alexander (Familie) 565
Alexander, Henschel 72, 135 f., 160
Alexander, Isidor 171, 460
Alexander, Jacob 135 f., 160
Alexander, Neander 460
Altmann, Irene 388
Anders, Günther 543
Angress, Werner 298
Anhalt-Köthen-Pleß, Heinrich Fürst zu 46
Ansoerge, Werner 184, 188, 535, 542
Ariost[o], Ludovico 328
Arlt, Fritz 534
Arnheim, Heymann 236
Arnold, Ernst 393
Arnold, Heinz Helmuth 543
Asch, Loebel Joseph 128
Asch, Sigismund 460
Aschenheim, Isidor 403
Aschheim [Ascheim], Isidor 14, 377, 380, 383, 388 f., 403, 543
Auerbach, Leopold 458, 460
Aufrichtig, Klaus 541
August II. (Kurfürst von Sachsen) 344
Avneri, Zvi 515
- Bach, Carl Daniel David Friedrich 372 f.
Badt, Benno 460
Badt-Strauss, Bertha 543
Baeck, Leo 13, 101, 213, 263, 270 f., 282-286, 437
Bahr, Hermann 352
Bamberger, Samuel Hirsch 151
Bandmann, Eugen 71
Bandmann, Martin 294 f.
Barasch, Arthur 165, 176, 197, 206
Barasch, Georg 165, 176, 197, 206
Barlach, Ernst 400, 403
Bas, Josef 322 f., 325 f.
Bas, Schabtraj ben Josef 314-319, 320-323, 325 f.
Bayer, Hermann 381
Beckmann, Johann Christoph 316
Beckmann, Max 403
Behrendt, Fritz 392
Benedikt, Israel 22
Benjamin, Walter 62
Berend-Corinth, Charlotte 403
Berger, Oscar 460
Bergson, Henri 362
Berliner (Kaufmann) 150
Berliner, Cora 290
Berliner, Mendel 256
Berndt, Robert 508
Bernfeld, Siegfried 63
Bernheim, Franz 87, 88, 92, 202, 531
Bernstein, Arnold 543
Bernstein, Eduard 61
Bertram, Adolf Kardinal 534
Beyer, Erich 116
Biberfeld, Carl 362
Bie, Rolf 116
Bielschowsky (Familie) 168, 196, 206, 458
Bielschowsky, Adolf 460
Bielschowsky, Eduard 165, 461
Bielschowsky, Emanuel 196
Bienek, Horst 206
Bismarck, Otto von 57, 338
Blass, Stefan 302
Blass, Walter 298, 302
Bloch, Fritz Elieser 114
Bloch, Jacob 375
Bloch, Lippmann 290
Bloch, Martin 380
Bloch, Philipp 511
Blumenfeld, Kurt 258, 288 f.
Bode, Wilhelm von 401
Boden, Moritz 461
Böhm, Abraham 139
Böhmen, Johann von 447 f.
Boerner, Carl Gustav 393
Bogusz, Ryszard 502
Bohn (Professor) 348

PERSONENREGISTER

- Bolko II. (Herzog von Schweidnitz) 18
 Bondy, Curt 298
 Bondy, Gottlieb [Bohumil] 511
 Born, Max 156
 Brahm, Otto 349
 Brahms, Johannes 465
 Brann, Marcus [Markus] 10, 15, 18, 22, 316,
 319, 329, 458, 461, 503, 507, 509 f., 514, 518
 Brasch, Martin 302
 Brassert, Hoffiscal 128
 Braun, Willy 388
 Braune, Heinz 397
 Braunschweiger, David 270
 Brecht, Bertold 350, 352
 Brentano, Clemens 349
 Breslauer, Emanuel 461
 Bretholz, Bertold 513
 Brieger, Herbert Yehuda 302
 Brilling, Bernhard 10, 312 f., 318, 321, 386, 503,
 507, 512, 514 f., 518, 521, 525, 532
 Bromberger, Michael Levin 130
 Bronsztejn, Szyja 478, 499
 Bruck, Julius 461
 Brückner, Helmuth 86, 93
 Buber, Martin 297, 355-357
 Bubis, Ignatz 542
 Buchbinder, Baruch 313 f.
- Calé, Abraham M. 347
 Calonder, Felix 81, 89 f., 94
 Capistran, Johann 19 f.
 Caro (Familie) 137, 162, 168
 Caro (Unternehmer) 151
 Caro, Georg 461
 Caro, Jacob 249, 458
 Caro, Moritz Isaac [Isaak] 135, 162, 461
 Caro, Moses Hirsch 125 f.
 Caro, Oskar [Oscar] 162, 461
 Caro, Robert 135, 161 f., 461
 Caro, Robert II 461
 Cassirer, Ernst 543
 Cassirer, Paul 393, 399, 402
 Cézanne, Paul 396 f., 400 f., 403
 Chapiro, Joseph 352
 Chayes, Ilse 99
 Ciwkin, Michael 461
 Cohen, Hermann 284
 Cohn, Benno 295
 Cohn, Ernst 105 f.
 Cohn, Ferdinand Julius 569, 461, 458
 Cohn, Hermann 566, 462, 456
 Cohn, Jacob Beer 149
 Cohn, Louis 176, 456, 462
- Cohn, Michel Ansel 149
 Cohn, Nathan Beer 149
 Cohn, Oskar 66, 276
 Cohn, Salomon 270
 Cohn, Samuel Ezechiel 150
 Cohn, Tobias 253
 Cohn, Valeska 288, 462, 566
 Cohn, Willy 77, 83, 95, 98, 156, 176, 182, 186,
 202, 210, 300, 462, 513, 518, 533, 540
 Conrad, Michael Georg 334-337
 Conrat, Ilse 461
 Corinth, Lovis 391, 393 f., 400, 403 f.
 Corot, Jean-Baptiste Camille 394, 396, 400
 Cotta (Familie) 327
 Courant, Richard 543
 Courbet, Gustave 393 f., 396, 400
 Czapski, Hedwig 457
- d'Elvert, Christian Ritter 511
 Danziger, Rudi 292
 Darf, R. 73
 Daumier, Honoré 393, 400 f.
 David jr., Salomon 130
 Davidson, Anselm 375, 462
 Dawid ben Jonathan 310
 Dawid ben Schmuel ha-Levi 320
 Degas, Edgar 396
 Delacroix, Eugène 393 f., 396, 401
 Delaunay, Robert 404
 Delteils, Loy Henri 392
 Demmich, Ernst 67
 Derain, André 403
 Deutsch, David 237 f., 250 f.
 Deutsch, Felix 462
 Deutsch, Immanuel 238, 258, 462
 Deutsch, Israel 237-240
 Deutsch, Moritz (Vater von Felix) 462
 Diebold, Bernhard 351
 Dix, Otto 403
 Dohm, Benjamin Levin 221
 Dohm, Christian Wilhelm 504
 Dohna[-Schlobitten], Friedrich Ferdinand
 Alexander zu 135
 Doktor, Felix 71
 Dominik, Johann Maria [bürgerlicher Name
 → Meckauer, Walter] 364
 Donnersmarck, Georg Friedrich Henckel
 von 139
 Donnersmarck, Hugo Henckel von 146
 Dresdener, M. 141
 Dressler, Adolf 381
 Dufy, Raoul 403
 Dworský, František [Dworsky, Franz] 511

PERSONENREGISTER

- Dyhr[n], Georg Abraham (Reichsfreiherr) von
312, 317 f.
- Eberle, Franz Xaver 118
- Ebers, Georg 339
- Ebert, Friedrich 348
- Eckstein, Ernst 60-62, 64, 68-77
- Eckstein, Theodor 77
- Egells, Franz Anton 144
- Eger, Akiba 465
- Eger, Salomon 237, 467
- Egit, Jakob 484, 489 f., 494, 535
- Ehrlich, Paul 114, 456, 539 f.
- Ehrlich, Richard 456
- Einsiedel, Graf Detlev von 144
- Einstein, Albert 380
- Eisenstein, Aron 514
- Elias, Norbert 156, 164, 171-173, 543
- Elieser ben Schloma 311
- Elsner, Moritz 49
- Endell, August 382, 396
- Enderle, Irmgard 75
- Engels, Friedrich 466
- Ephraim Markus, Käthe 383, 388
- Ephraim, Veitel 342
- Eschenloer, Peter 504
- Escherich, Georg 70
- Ewers, Arnold 209
- Fabisch, Ernst 302
- Fajwusch, Uri [→ Uri Fajwush ha-Lewi] 309,
315
- Falk, Jakob 225, 229
- Fantin-Latour, Henri 403
- Fassel, Hirsch Bär 242 f., 245
- Feinberg, Gerson 84
- Ferdinand I. (König von Böhmen) 310
- Fernbach, Löbel 249
- Feuchtwanger, Lion 77, 357, 359
- Feuchtwanger, Ludwig 503
- Fischer, Herbert [Arye Maimon] 532
- Fischer, Siegfried 114
- Förster, Wilhelm 141
- Fontane, Theodor 14, 328, 338 f.
- Forell, Margarete 392
- Fränckel [Fraenckel], David 134
- Fränckel [Fraenckel], Edel 124, 134
- Fränckel, Joel Wolff 134
- Fränckel, Jette 134
- Fränckel [Fraenckel], Jonas 134, 250, 375, 458
- Fraenckel, Joseph Jonas 123 f., 130, 134
- Fraenkel, Benjamin 132
- Fränkel, Daniel 462
- Fränkel, Ernst 462
- Fränkel, Gerson 197
- Fränkel, Samuel 149
- Fränkel, Siegmund 462
- Frankel, Zacharias 235-237, 243 f., 245, 248-251,
253, 256, 258, 458, 508, 528, 539
- Frankfurter, David 117
- Franzos, Karl Emil 338
- Freiman, Aharon 314
- Freud, Salomon 379
- Freud, Sigmund 356-359
- Freund (Geheimrat) 377
- Freund, David 302
- Freund, M. 141
- Freund, Wilhelm 228 f., 231, 246 f.
- Freund, Wilhelm Salomon 462
- Freyhan, Michael Salomon 126, 133
- Freyhan, Wilhelm 115
- Freytag, Gustav 166
- Freytag-Loringhoven, Axel Freiherr von 116
- Friedenthal, Isidor 462
- Friedenthal, Markus Bär [Mordechai] 133,
462 f.
- Friedlaender (Familie) 458
- Friedlaender, Johnny 388
- Friedländer (Familie) 141, 143, 146, 154, 168,
461
- Friedländer, Anna 142
- Friedländer, Bernhard 268
- Friedländer, David 220 f., 341
- Friedländer, Emanuel 146
- Friedländer, Fritz 161
- Friedländer, Joel 141 f.
- Friedländer, Johanna 136
- Friedländer, Joseph 136
- Friedländer, Madlene, geb. Böhm 142
- Friedländer, Marcus 268
- Friedländer, Max 269
- Friedländer, Moritz 55, 135, 142, 144 f., 161
- Friedländer, Otto 142, 145 f.
- Friedländer, Siegfried 269
- Friedländer, Simon 141-143, 145
- Friedländer-Fuld, Fritz von 462
- Friedrich II. (Kaiser) 18
- Friedrich II. (König von Preußen) 25 f., 123,
127, 135, 305, 345
- Friedrich Wilhelm II. (König von Preußen)
315
- Friedrich Wilhelm III. (König von Preußen)
32, 49, 135, 222
- Friedrich Wilhelm IV. (König von Preußen)
46, 48 f., 57, 238, 240, 528
- Fuchs, C. 459

PERSONENREGISTER

- Fürnberg, Louis 359
 Fürst, Max 297
 Fürstenberg, Bolko von 505
- Gad, Isaac 128
 Galewsky, Louis 463
 Gaul, August 400
 Geiger, Abraham 46, 156, 227, 229-234,
 236-238, 240-248, 250-254, 256 f., 258, 269,
 282 f., 293, 449, 463, 470
 Geiger, Emilie 463
 Geiger, Ludwig 226, 463, 467
 Geisenheimer, Leo 463
 George, Stefan 287
 Gerschon ha-Kohen 310 f.
 Gerson, Hermann 297
 Gerson, Peter 297
 Geßner, Salomon 344
 Geyder, August 506
 Ginsberg, B. 506
 Glaubitz, Christoph Franz Freiherr von 317 f.
 Godulla, Karl 142
 Göring, Hermann 206
 Goetzen, Leopold von 125, 127
 Goldmann, Felix 270
 Goldmann, Nachum 63
 Goldner, Martin 296
 Goldschmidt 148
 Goldstein, David 268
 Goldstein, Herschel Heinrich 539
 Goldstein, Johanna, geb. Perl 146
 Goldstein, Moritz 354
 Goldstein, Sigismund 146 f.
 Goldsztajn, Arnold 478
 Gomułka, Władysław 487
 Gotteiner, Abraham 130
 Gotthelf, Joseph 463
 Gottschalck, Michael 325
 Gottstein, Georg 463
 Gottstein, Jacob 463
 Gottstein, L. A. 165
 Goya, Francisco de 394
 Graetz, Heinrich 10, 15, 156, 244, 329, 451,
 458, 461, 463, 508 f., 539, 568
 Graetz, Leo 463
 Graetzer, Alfred 375-377
 Grass, Bertl 302
 Grass, Friedrich Sigismund (Drucker) 314 f.
 Grau, Albert 431, 438
 Graupe, Paul 397 f., 404
 Gris, Juan 403-405
 Grodecki, Roman 514
 Gross, Jan Tomasz 473-475
- Grosz, Georg 403
 Grotte, Alfred 408, 413 f., 416, 439, 442, 513,
 518
 Grünfeld, Louis 268
 Grünfeld, Paula 383, 388
 Grünfeld, Walter 80
 Grünhagen, Colmar 507
 Günsburg, Carl [Karl] Siegfried 222-224, 464
 Guido (päpstlicher Legat) 17
 Gulbinowicz, Henryk Kardinal 499
 Gustloff, Wilhelm 117
 Guttman, Beate 464
 Guttman, Jacob 464
 Guttman, Arthur 114
 Guttman, Elias Isaac 126
 Guttman, Jacob [Jakob] 378, 458
 Guttman, Loebel 141
 Guttman, Ludwig 542
 Guttman, Michael 141, 145
 Gutzkow, Karl 328
- Haber, Fritz 156, 380, 464 f., 543
 Haber, Siegfried 464
 Hadda, Siegmund 463
 Hadda, Willy 209
 Hadda, Wolfgang 543
 Hager, Arthur 335 f., 337
 Hahn, Hugo 68
 Hainauer, Julius 464
 Halitsch, Ascher [nach der Taufe: Halitsch,
 Andrzej (Andreas)] 313
 Halitsch, Eljakim [nach der Taufe: Halitsch,
 Jan (Johannes)] 313
 Halitsch, Schmuël [nach der Taufe: Halitsch,
 Pawel (Paul)] 311, 313
 Hamburger, Alfred 171
 Hamburger, Max 171
 Hamburger, Rosalie 362
 Hanover, Natan 323
 Harden, Maximilian 352
 Hardenberg, Karl August von 32, 36-38, 44, 132
 Hauptmann, Carl 363
 Hauptmann, Gerhart 163, 348 f., 350, 352
 Hayek, Werner 512, 519
 Hecht, Lothar 297
 Hei[y]mann, Moses 123
 Heimann (Familie) 137, 168, 456, 458
 Heimann, Elkan [Ernst] 135-137, 159 f., 464
 Heimann, Georg 382
 Heimann, Heinrich 171, 464
 Heimann, Wolf 136
 Heine, Heinrich 346
 Heines, Edmund 60, 74 f., 198

PERSONENREGISTER

- Heinke, (Notar) von 126
 Heinrich III. (Herzog von Glogau) 505
 Heinrich IV. (Herzog von Schlesien) 18
 Heinrich, Berthold 117
 Helbing, Hugo 402
 Helfritz, Hans Hugo 68
 Helmrich, Gustav 512
 Henry, Felix 438, 456
 Henschel (Gebrüder; August, Friedrich, Moritz und Wilhelm) 136, 160, 373, 375
 Henschel, Abraham 126
 Henschel, August[us] 374
 Henschel, Elias 374f., 462
 Henschel, Friedrich 374
 Henschel, Moritz 374
 Henschel, Wilhelm 374
 Herrmann, Artur 115
 Herrmann-Neiße, Max 352
 Herrnstadt, Rudolf 543
 Herxheimer, Salomon 229
 Herz, Marcus 341
 Heymann (Kaufmann) 143
 Heymann, Carl 153
 Heymann, Maximilian 153
 Heyse, Paul 14, 328, 338f.
 Hiller, Kurt 352
 Himmler, Heinrich 113, 211
 Hirsch, Rudolf 359
 Hirschberg, Erich 292
 Hirschberg, Felix 464
 Hirschberg, Hans 270
 Hirschberg, Josef 292
 Hirschel, Georg 464
 Hirschel, Jonas 464
 Hirschel, Moses [nach der Taufe: Hirschel, Christian Moritz] 340f., 343, 464
 Hirschel, Salo 464
 Hirschfeld, Hirsch 237
 Hitler, Adolf 118, 189, 287, 349
 Höningswald, Richard 544
 Höppe, Kaufmann 47
 Hofer, Karl 403
 Hoffberg, Ron 499
 Hofmann (Gebrüder) 162
 Hohenstein 270
 Holdheim, Samuel 229
 Hollstein, Moritz 153
 Zedner, Isaac 153
 Mordechaj ben Jehuda Leib Holisch 324
 Holzmann, Günter 298
 Honigmann, David 464
 Honigmann, Hans 464f.
 Horowitz, Saul 465
 Horwitz, Jesaias 465
 Hoverden-Plancken, Adrien Joseph von 448
 Hoym, Carl Georg von 372
 Husserl, Edmund 470

 Ibsen, Henrik 349f.
 Ihering, Herbert 352
 Immerwahr, Clara 465
 Immerwahr, David 459
 Immerwahr, Philipp 465
 Isaac, Getzel 149
 Israel, Benedikt 147
 Isserlein, Israel 18
 Itzhak Ben ben Natan 326
 Itzig, Daniel 123

 Jabłoński, Daniel Ernst 314, 323, 325
 Jacob, Benno 543
 Jacob, Isidor 148
 Jacob, Julius (der Jüngere) 381
 Jacoby, Johann 51
 Jäger, Hans 60
 Jaffé, Rudolf 116f.
 Jagow, Traugott von 352
 Janthur, Richard 384
 Jecheskel Joschua Fajwel ben Jona 314
 Jehuda (aus Kowel) 320
 Jehuda Leib Ben-Zeew 315
 Jensen, Wilhelm 328
 Joachim, Esaias Levin 130
 Joël, Manuel 253-256, 329, 458
 Joel, David 465
 Johann III. Sobieski (König von Polen) 309
 Jungmann, Adolf 263f.
 Jungmann, Agnes 264
 Jungmann, Elisabeth 264
 Jungmann, Eva 261, 264, 273
 Jungmann, Otto 264, 278f.
 Justi, Ludwig 397, 404

 Kahan, Bente 16, 501
 Kahlberg, Albert 114
 Kaim, Emil 405
 Kaiser, Georg 350
 Kalonimos ben Itzhak 314
 Kamińska, Esther Rachel 496
 Kanoldt, Alexander 403
 Karfunkel, L. 249
 Karl I. Podiebrad 21, 310
 Karl IV. 18
 Karl VI. (Kaiser) 305
 Karpe (Textilhaus) 206
 Karpeles, Gustav 338

PERSONENREGISTER

- Katz, Max-Otto 298, 302
 Katz, Nate 324 f.
 Katzmann, Friedrich 206
 Kauf[f]mann, Meyer 163, 465
 Kauf[f]mann, Salomon 163, 171, 465
 Kauffmann (Familie) 458
 Kauffmann, Lina 562
 Kauffmann, Max 465
 Kaufmann, David 329 f.
 Kaufmann, Julius 465
 Kaufmann, Max 465
 Kaufmann, Oskar 399
 Kausch, Johann Joseph 340 f., 343
 Kaysner, Max 11, 451, 466, 539
 Keller, von 88
 Kempinski, M. 165
 Kempner, David 466
 Kempner, Emanuel 347, 466
 Kempner, Friederike 348, 458, 466, 470
 Kempner, Helene 347
 Kempner, Leopold 151
 Kern, Heinrich 461
 Kerr, Alfred 14, 156, 347, 348-353, 544
 Kerr, Judith 349
 Kerr, Michael 349
 Kerr-Kempner, Alfred 466
 Kichler, Jerzy 499, 501 f.
 Klee, Paul 403
 Klein, Arnold 114
 Klein, Ernst Ferdinand 540
 Klemperer, Otto 544
 Kley, Eduard 222
 Klocke, Friedrich 49
 Klose, Samuel Benjamin 504
 Klossowski, Else 379
 Klossowski, Erich 381
 Knobelsdorf, (Freiherr) von 126 f., 133
 Knoblauch, Karl 145, 147
 Kober, Hermann 114
 Koch, Robert 461
 Kochmann, Arthur 89, 94 f., 97, 100 f., 191
 Koebner, Richard 532
 Königsfeld, Ernst 85, 99
 Kohn, Hermann 510
 Kojdanower, Nachum 314
 Kokoschka, Oskar 387, 403
 Kolb, Franz 322
 Kolbe, Georg 393, 400
 Koleśnikow, Zalman 496
 Kolker (Familie) 456, 458, 561
 Kolker, Bruno 466
 Kolker, Hugo 405, 466
 Kollwitz, Käthe 393 f., 403 f.
 Kon, Isi 388
 Konachowicz, Aleksander 502
 Kopydłański, Jan Teofil 318
 Koreff (Doktor) 127
 Koreff, Güttel, geb. Kuh 127
 Korherr, Richard 211
 Kottwitz, (Freiherr) von 126, 133
 Kralovitz, Rolf 367
 Kramst, Gustav 145
 Kraus, Karl 352
 Krause, Tobias 57
 Kretschmer, Selma 466
 Kröger, Jürgen 429, 438
 Kroner, Theodor 540
 Kronheim, Max 150
 Kronheim, Valentin 150
 Krüglar, August 147
 Kühne, Max H. 438
 Kuh (Familie; Daniel, Israel, Lazarus, Meyer, Zacharias) 127-129, 134, 343
 Kuh, Abraham 127
 Kuh, Daniel [nach der Taufe: Kuh, Christian Daniel] 124, 127, 130, 160
 Kuh, Ephraim Moses 14, 160, 340-346, 539
 Kuh, Friedrich Wilhelm 129
 Kuh, Heinrich August 129
 Kuh, Israel 127, 130 f.
 Kuh, Lazarus 127
 Kuh, Meyer 127
 Kuh, Moses Daniel 341
 Kuh, Philippine 129
 Kuh, Zacharias 127
 Kuh. sen., Daniel 127
 Kurnik, Max 332
 Kurtius, Johannes [Josef Kurzius] 313
 L'Arronge, Adolph 460
 Laboschin, Siegfried 375, 377 f.
 Łagiewski, Maciej 15, 25, 502
 Lamm, Hans 265
 Landau, Ascher 225, 228
 Landauer, Gustav 63, 354, 356 f.
 Landsberg, Elias 249
 Landsberg, Lewin 237
 Landsberg, Otto 115
 Landsberger, Emmanuel 151
 Landsberger, Franz 387, 405
 Landsberger, Joseph 10, 509, 519
 Landsberger, Otto 542
 Landsberger, Samuel Löbel 149, 168
 Langhans, Carl Ferdinand 15, 379, 418, 438
 Langhans, Carl Gotthard 418
 Laqueur, Walter 205, 287, 302, 542

PERSONENREGISTER

- Lasker (Familie) 456
 Lasker, Alfons 198
 Lasker[-Wallfisch], Anita 302, 542
 Lasker, Eduard 467
 Lasker, Marianne 302
 Lasker, Renate 302
 Lassal, Heymann [→ Wolfssohn, Chajim] 466
 Lassal, Rosalie, geb. Heizfeld 466
 Lassalle, Ferdinand II, 15, 156, 451, 458, 466, 567
 Latte, Konrad 542
 Laurence, Alfred [früher: Lomnitz] 297
 Lazarus, Leser 467
 Lazarus, Moritz 329, 467
 Legrand, Louis 393
 Lehfelder, Wilhelm 151
 Lehmann (Maurermeister und Architekt) 427
 Lehmann, Markus 255
 Lehmann, W. 152
 Leibls, Wilhelm 395
 Leopold I. (Kaiser) 22, 312
 Lessing, Gotthold Ephraim 342 f., 348
 Leubuscher (Landgerichtsrat aus Ratibor) 86
 Leuchtag, Richard 171
 Levin, Rahel [nach Eheschließung und Taufe: – Varnhagen von Ense, Friederike] 374
 Levy, Abraham Moritz 467
 Levy, Immanuel 458
 Levy, Jacob Wolff 132
 Levy, Jakob 250
 Levy, Simon 135, 143, 161
 Levy, Süß Joel 149
 Levysohn, [Friedrich] Wilhelm 152 f.
 Levysohn, Heymann 148, 153
 Lewin, Carl 399
 Lewin, Daniel 512, 519
 Lewin, Leo 390 f., 399-402, 406
 Lewin, Louis 513, 519
 Lewkowitz, Arnold 104
 Lewy jr., Louis 165
 Lewy, Günter 302
 Lewy, Ruth, geb. Seydewitz 260
 Lewysohn, Abraham 249
 Lichnowsky, (Graf) von 125
 Lichtenstaedt, Raphael Abraham 132
 Liebermann, Max 391, 393 f., 399 f., 403
 Liebknecht, Karl 65
 Lilienhain, M. 150
 Lindau, Paul 328, 338
 Linke, Gottfried 162
 Lippmann (Familie) 456
 Liszt, Franz 462, 465
 Littauer (Gebrüder) 459
 Litten, Hans 297
 Littmann, Eva 403
 Littmann, Hans 405
 Littmann, Ismar 388, 390 f., 402-406, 544
 Löbe, Paul 65, 67
 Löbel, Aaron 139
 Löbel, Isaac 139
 Löser, Lazarus 128
 Loewe, Theodor 406
 Löwe, Simon 235, 249
 Löwenberg, Ferdinand [Fred] 535, 542
 Löwenfeld, David 135, 144 f., 161
 Löwenstein, J. D. 149
 Löwenthal, Rosalie 141
 Loewy [Levy, Löwi, Leowi], Simon 143 f., 145
 Loewy, Michele, geb. Sohrauer 143
 Lohnstein, Wolf 137
 Lossow, William 438
 Lubinski, Dagobert 61
 Lucas, Leopold 541
 Ludnowsky 99
 Ludwig, Emil 117, 462
 Lüdecke, Carl 432, 438
 Lustiger, Arno 541
 Luxemburg, Rosa 65, 71
 Lyon, Felix 176
 Magiera 71
 Magnis, Gabriele Gräfin 534
 Maier-Graefe, Julius 392, 397, 401
 Maimon, Salomon 130, 341, 343
 Majer ben Elieser Lipman Katz 314
 Manet, Édouard 396, 400, 403
 Mann, Thomas 359
 Mannheimer (Kaufmann) 143
 Mannheimer, Löbel 150
 Marck (Familie) 456, 458
 Marck, Albert 160, 467
 Marck, Clara 171
 Marck, Eugen 160, 467
 Marck, Moritz 160
 Marck, Siegfried 71 f., 114
 Marckel (aus Mähren) 324
 Marcus (Familie) 268
 Marcus, Israel 130
 Marcus, Joseph 290 f.
 Marcus, Käthe Ephraim 383, 388
 Marcuse, Ludwig 467
 Marées, Hans von 393 f., 396, 400
 Margulies, Emil 87
 Markowicz, Erich 292 f.
 Markowicz, Ludwig M. 293
 Markowicz, Salomon 23

PERSONENREGISTER

- Marr, Carl von 381
 Marx, Karl 466
 Matisse, Henri 403, 405
 Matuschka (Graf) 91, 96
 Maximilian II. (Kaiser) 306
 Mayer, Emil [als Dr. Mayer] 176
 Mayer, Berle 139
 Mayer, Paul Yogi 298
 Meckauer, Ludwig 362
 Meckauer, Markus 361
 Meckauer, Paul 361
 Meckauer, Walter [Pseudonym → Dominik, Johann Maria] 14, 115, 361-368, 544
 Meckauer-Kralovitz, Brigitte 367
 Meidner, Ludwig 14, 380, 383-385, 387, 544
 Meier, Josef 93
 Mellon, Andrew 395
 Menachem ben Itzchak Jaakow 321
 Mendelsohn, Erich 165, 168
 Mendelsohn, Felix 364
 Mendelsohn, Moses 341 f., 343, 346
 Mense, Carlo 403
 Mense, Karl 403
 Menzel, Adolph von 129, 391, 393, 400
 Merckels, Friedrich Theodor [von] 45, 54
 Meyer, Alexander 332
 Meyer, Franz 290
 Meyer, Jacob David 132
 Meyer, Joel 132
 Meyer, Lippmann 124, 126, 130 f.
 Meyer, Ludwig Franz 292
 Michtam, Meir 310
 Mieth (Bürgermeister aus Gleiwitz) 85
 Mikulicz-Radecki, Johannes von 463
 Milch (Familie) 458
 Milch, Hugo 458, 467
 Milch, Löbel 250, 458, 467
 Milde, Carl August 49
 Moczar, Mieczysław 488
 Moibans, Ambrosius 311
 Monet, Claude 392, 394-396, 400
 Moniuszko, Stanisław 470
 Mordechai Brann, Markus 518
 Mosche ben Itzchak Sprintsjes ben Ojer 320
 Mosche ben Josef 314
 Mosze ben Abraham Awinu 323
 Moyses, Jacob 148
 Mucha, Simon 147
 Mühsam, Paul 542
 Mueller [Müller], Otto 14, 382 f., 386, 388, 391, 403 f.
 Münster, Isaac 268
 Muhr, Abraham 45, 46, 221, 235, 238, 375
 Muhr, Johanna, geb. Altmann 375
 Muhr, Julius 374 f.
 Munch, Edvard 391, 393 f., 400 f., 405
 Mundelein (Kardinal) 118
 Munk, Raphael Löbel [Leobel] 132 f.
 Muszkat, Paweł 458, 467, 571
 Muther, Richard 379, 381
 Nagler, Johannes 109 f.
 Napoleon Bonaparte 382
 Natanson, Tadeusz 392
 Nathan, Fritz 394
 Naumann, Max 298
 Neisser, Albert 377, 381, 404 f., 465, 467 f.
 Neisser, Moritz 467
 Neisser, Toni 377, 381, 404 f., 465, 467 f.
 Neufliess, Werner 542
 Neugebauer, August 264
 Neumann, Angelo 348
 Neustadt, Pinchas 468
 Nicolaier (Familie) 456
 Nietzsche, Friedrich 357, 360
 Nissen, Salomon 447, 468
 Nixdorf, Kurt 60-62
 Nolde, Emil 402
 Noske, Gustav 70
 Nothmann, Martin 292
 Nothmann, Sam. 288
 Nowak, Peter 19
 Obenaus, Herbert 32, 40
 Ochs (Rabbiner) 85, 98
 Oelsner, Ludwig 10, 326, 507, 520
 Oesterreicher, Franziska 470
 Ollendorf, Paula 388, 468
 Oppenheim, Heymann 468
 Oppler (Zigarrenfabrikbesitzer) 269
 Oppler, Edwin 15, 428 f., 438, 440 f., 444, 456
 Oschinsky (Familie) 458
 Ottokar II. Přemysl (König von Böhmen) 18
 Pappenheim, Salomon 221
 Parl, Marcus 141
 Pautsch, Friedrich 386
 Pechstein, Max 403
 Peisach, Louis 152
 Peritz, Edith 292
 Peritz, Moritz 258, 513, 520
 Perl (Familie) 146
 Perls, Max 171, 402, 404, 405
 Perle, Felix 405
 Perls (Bankier) 168
 Petersdorff, Rudolf 165

PERSONENREGISTER

- Pfeffer, Simon 171
 Pflingst, Gustav 270
 Philippson, Ludwig 229, 244, 253, 329
 Picasso, Pablo 391, 394, 396, 400, 403, 405
 Piscator, Erwin 350
 Pischner, Hans 76
 Pissarro, Camille 393f., 396, 400
 Pius IX. (Papst) 331
 Plessner, Salomon 225f.
 Plettenberg-Mietingen, Maximilian von 126
 Poelzig, Hans 382, 386
 Pohl, Gottfried 323-325
 Pol, Nikolaus 504
 Posthumus, Ladislaus 19f.
 Prager, Abraham Isaac 150
 Prager, Joseph 150
 Prager, Mendel 321
 Prager, Salomon 149
 Prausnitz, H. (Verleger) 153
 Priebatsch, Felix 468
 Priebatsch, Leopold 468
 Pringsheim (Familie) 168, 458
 Pringsheim, Fedor 171, 468
 Pringsheim, Julius 269
 Prinz, Joachim 283
 Prinz, Joseph 135f., 160, 458, 468
 Proskau, Georg Christoph von 21
 Pudło, Kazimierz 478
 Purkyně, Jan Evangelista 460
- Rabinkoff, Salman 63
 Racusin, Sergey 297
 Rakowitz, Janko von 467
 Ramler, Karl Wilhelm 340-342, 344
 Rapoport, Icchak 499
 Rausch, Max 76
 Rawack (Familie) 458
 Rechnitz (Familie) 143
 Rechnitz, Löbel 140
 Rechnitz, Michael 140
 Reden, Friedrich Wilhelm Graf von 138
 Regal, Chajim ben Jehoschua 309, 320
 Reichmann, Eva, geb. Jungmann 261, 263-265, 279, 281
 Reichmann, Hans 261
 Reinersdorff, Ferdinand Freiherr von 35
 Reinhard, Max 349
 Reisner, Hirsch 153
 Rembrandt van Rijn 401
 Renard, (Graf) Andreas Maria 145
 Renoir, Pierre-Auguste 392-394, 396, 400, 403
 Richter, Hirschel 141
 Richter, Ludwig 393
- Ries (Familie) 134
 Ries, Isaias Moses 129, 131
 Rilke, Rainer Maria 287, 301
 Rodin, Auguste 396
 Ronge, Johannes 257
 Rood, Coen 541
 Roosevelt, Franklin D. 118
 Rops, Félicien 393
 Roquette, Otto 328
 Rosanes, Jacob 468
 Rosenberg, Fritz 112
 Rosencwajg, Samuel 542
 Rosenfeld, Kurt 73
 Rosenroth, Knorr von 311
 Rosenstiel, Simon 150
 Rosenstock-Huessy, Eugen 542
 Rosenthal, Ferdinand 458, 469
 Rosenthal, Franz [Frank] 512, 520
 Rosin, David 329, 469
 Rothenberg, Adolph 405
 Rothermundt, Adolf 392, 400
 Rubaschow, Salman 66
 Rubin, Evelyn Pike 543
 Rubin, Israel 312
 Rudolf II. (Kaiser des Heiligen Römischen Reiches) 22, 147
 Ruffer, C. H. (Bankier) 161
 Rust, Bernhard 106, 108f.
 Rybarczyk, Stanisław 501
- Sachs, Adolf 459
 Sachs, Carl 390, 392-395, 399, 406
 Sachs, Clara 378, 380f., 458, 469
 Sachs, Eduard 377, 469
 Sachs, Leopold 379
 Sachs, Michael 245
 Sachs, Moritz 459
 Sack, Johann August 130, 132
 Salis, Freiherr von 125
 Salomon, Fritz 62
 Salomon, Isaak 138, 139
 Salomon, Raphael, geb. Wolf 126
 Sammter, Ascher 227
 Samosch, David 469
 Samson, Jacob 139
 Spiro, Eugen 378f., 380f., 470
 Spiro, Abraham Baer 379, 470
 Saurma, (Freiherr) von 126
 Schachna, Schalom 314
 Schacht, Joseph 114
 Schäfer, Hans 465
 Schaffgotsch, Graf Johann Anton von 24
 Scheffler, Karl 392

PERSONENREGISTER

- Scheidel, Johann Ephraim 312
 Scheier, David 150
 Scheier, Hugo 150
 Scheier, Julius 150
 Schelosky, Paul 329
 Schemm, Hans 109
 Schickfus, Jakob 504
 Schieweck, Paul 72
 Schinkel, Karl Friedrich 427
 Schiper, Ignacy 511, 514
 Schirm, Karl 381
 Schlabrendorf, Gustav Graf von 132
 Schlamm, Hans 297
 Schlesinger 459
 Schlesinger, Erich 82, 85, 100
 Schlesinger, Hugo 99
 Schlesinger, Michael 131
 Schliemann, Heinrich 462
 Schlich, Robert 65
 Schmelt, Albrecht 211
 Schmidt, Erich 349
 Schmucl ben Uri Schragi Fejwusch 319
 Schneider, Georg 456
 Schnitzler, Arthur 352
 Schönaich-Carolath, Georg Freiherr von 22
 Scholem, Gershom 63 f., 183
 Schottländer (Familie) 196, 458, 570
 Schottländer, Anna, geb. Danziger 62
 Schottländer, Anna, geb. Galewsky 469
 Schottländer, Bernhard 11, 60-68, 70, 76 f.
 Schottländer, Bertha 171
 Schottländer, Julius 171, 469
 Schottländer, Leo Rudolph 469
 Schottländer, Loebel 469
 Schottländer, Moritz 62
 Schottländer, Paul 469
 Schottländer [Schottlaender], Salo 14, 327-339, 469
 Schrader, Friedrich 427, 553
 Schreiber, Hermann 114
 Schuch, Carl 396
 Schuckmann, Kaspar Friedrich von 37
 Schummel, Johann Gottlieb 130
 Schwarz, Artur 388
 Schwarz, Chajim 21, 310 f.
 Schwarz, Karl 376
 Schwerin, Adolf 171
 Schwerin, Ernst 114
 Seegal, Löbel 469
 Seidel, Alfred 76
 Seidel, Helmut 542
 Seifter, Fritz 541
 Selten, Bernhard 470
 Seydewitz, Max 73, 261
 Seydewitz, Ruth, geb. Lewy 73, 261-265, 281
 Shaw, Bernard 350, 352
 Siebert, Martin Wilhelm 153
 Silberberg, Alfred 395, 398
 Silberberg, Gerta 397-399
 Silberberg, Isidor 395
 Silberberg, Johanna, geb. Weissenberg
 [→ Weissenberg, Johanna] 395, 398
 Silberberg, Margarete 395
 Silberberg, Max 196 f., 390, 395 f., 398 f., 544
 Silberstein, Israel 470
 Silberstein, Jakob 226
 Simon, Heinrich 49
 Simonsohn, Isi 293
 Simonsohn, Max 293
 Singer, Juda Veit 130
 Sisley, Alfred 393 f.
 Skutsch, Franz 540
 Slevogt, Max 391, 393 f., 399 f., 402
 Smoschewer, Leo 405
 Sohrauer [Sorauer] (Familie) 141
 Sohrauer, Jacob [→ Sorauer, Jacob] 141, 142
 Sohrauer, Marcus 141, 142
 Sohrauer, Michele 143
 Sommersberg, Friedrich Wilhelm von 504
 Sorauer, Jacob [→ Sohrauer, Jacob] 140
 Sperling, F. A. (Firma) 456
 Spieler, Hermann 115
 Spitzweg, Carl 393 f., 400
 Springer, Daniel 24, 323
 Stalin, Josef 477, 482, 486
 Stargardter, Hans 192
 Staritz, Katharina 534
 Staub, Max 296
 Stein, Abraham 253
 Stein, Auguste, geb. Courant 470
 Stein, Edith 470, 500, 541
 Stein, Gertrude 381
 Stein, Leopold 252 f.
 Stein, Siegfried 470
 Steinert, Alfred 260, 513
 Steinert, Paul 273
 Steinhart, Jacob 384
 Stenzel, Gustav Adolf Harald 506
 Stephan, Bernhard 403
 Stern, Fritz 500, 542
 Stern, Löbel 470
 Sternberg, Fritz 61
 Sternberg, Georg 470, 565
 Sternberg, Hermann 511
 Sternberger, Kurt 115
 Stiassny, Wilhelm 456, 566

PERSONENREGISTER

- Stillfried, (Graf) von 126, 128
 Stobbe, Otto 507 f.
 Strachwitz, (Graf) von 126
 Stranz, Herbert 102, 112 f.
 Streckler, Max 512
 Streitschwerdt, E. von 200
 Strindberg, August 350
 Struck, Hermann 356
 Struensee, Carl Gustav 125
 Sudermann, Hermann 352
 Sulkowska (Fürstin) 145
 Szaynok, Bożena 479, 485
 Szykier-Koszucka, Karolina 501
- Tannhäuser 348
 Tartas, David 315
 Tau, Max 544
 Tausk, Walter 210, 533, 540
 Teichgräber, Charlotte 94
 Tell, Wilhelm 348
 Teomim-Fraenkel, Jona 314
 Thebesius, Georg 504
 Thoma, Hans 394, 396, 400
 Thormählen, Inge 349
 Tietz, Leonhard 150
 Tiktin, Abraham 223, 374, 375, 470
 Tiktin, Gedalja[h] 240-243, 248, 250 f., 252, 254 f., 462, 470
 Tiktin, Salomon 225 f., 228, 230-234, 240, 374, 470
 Tillich, Paul 115
 Tischler, Heinrich 14, 383, 385-388, 403, 547
 Toeplitz, Heinrich 470
 Toeplitz, Henryk 459
 Toeplitz, Teodor 470
 Toller, Ernst 64, 350, 352
 Toulouse-Lautrec, Henri de 393 f.
 Trajzman, Shlomo 497 f.
 Tralles, Balthasar Ludewig 348
 Treitschke, Heinrich von 40
 Trotzki, Leo 105
 Trübner, Wilhelm 396, 400
 Tschocke, Johann Gottfried 49
- Unger, Christian Bogumil 323, 326
 Ungler, Helena 313
 Uri Fajwush ha-Lewi [→ Fajwusch, Uri] 309, 315
 Utrillo, Maurice 404
- van Gogh, Vincent 394, 396-398, 401
 Varnhagen von Ense, Friederike [→ Levin, Rahel] 374
- Veitel, Sina 130
 de Vlaminck, Maurice 403
 Vogelstein, Hermann 183, 270
 Vogelstein, Max 104
 Voigt, Fritz 65, 72
- Wagner, Cosima 462
 Wagner, Gebhard 329
 Wagner, Richard 465
 Wajsbort, Inka 542
 Walden, Herwarth 383, 384
 Waldmann, Fritz 93
 Walk, Joseph 525, 542
 Walz, Gustav Adolf 106, 109
 Waszkiewicz, Ewa 479
 Weber, Max 64
 Weinert, Erich 359
 Weinhold, Karl 348
 Weinstein, J. 150
 Weissenberg, Johanna [→ Silberberg, Johanna] 395
 Weissmann, Georg 84, 89, 93, 96, 98, 276, 277
 Weissmann, Julia 349
 Weltsch, Robert 183, 203
 Werner, Friedrich Bernhard 377
 Wertheim (Familie) 458
 Wessely, Naphthali Herz 315
 Westermann, George 338
 Weyl, Helene 355
 Whistler, James Abbot McNeill 394
 Wiener, Adolf 260
 Wiener, Adolph M. 256
 Wiener, Alfred 261, 270
 Wiener, Arnold 83
 Wiener, E. Wolff 150
 Wiener, Georg 260, 270, 275, 277, 278, 280 f.
 Wiese, Erich 397
 Willette, Adolphe 393
 Willmann, Michael 384
 Wisel, Naftali Hirtz [→ Wessely, Naphtali Herz] 315
 Witt, Janusz 502
 Wolf, Aaron 139
 Wolfarth, Theodor 116 f.
 Wolff, Ernst 297
 Wolff, Harry 279 f.
 Wolff, Karla 210 f., 541
 Wolff, Otto 506
 Wolff, Wilhelm 466
 Wolfssohn, Chajim [→ Lassal, Heymann] 466
 Wollenberg, Hans-Werner 541
 Wollheim, Caesar 146
 Worbs, Johann Gottlob 505 f.

PERSONENREGISTER

- Wulff, Lion 130
 Wyneken, Gustav 62

 Zewi, Sabbatai 322, 324
 Ziegler 72
 Zils-Eckstein, Clara, geb. Zils 71
 Zimmermann, Friedrich Albert 130,
 504-506, 540

 Zimpel, Hermann 347
 Zuckermann, Benedict 470
 Zunz, Leopold 236
 Zvi, Schabtaj [→ Zewi, Sabbatai] 309
 Zweig, Arnold 14, 354-360, 544
 Zweig, Beatrice 356
 Żytowiecki, Jerzy 502

Ortsregister

Kursive Seitenzahlen verweisen auf Erwähnungen ausschließlich in den Fußnoten. Kursive Ortsnamen verweisen auf Schreibweisen, die nicht im Text vorkommen.

- Albendorf (Wambierzyce) 457
Amsterdam 305, 309, 314-316, 319, 323
Antibes 364
Augsburg 21, 305, 311
Auras (Uraz) 318, 321
Auschwitz (Konzentrationslager) 89, 101, 210, 211, 279, 302, 399, 470, 474, 475, 500, 533
Auschwitz (*Oświęcim*) (Stadt) 510

Bad Königsdorff (Jastrzemb) 82
Bad Kudowa (Kudowa) 457
Barbizon 381
Basel 19, 285, 395
Bayern 109 f., 165, 293, 366
Będzin → Bendzin
Bendzin (Będzin) 541
Berlin 13, 15, 26, 35, 45, 56, 65 f., 80, 85, 86, 89, 96, 99 f., 101, 103, 104 f., 109 f., 130, 144, 146, 148, 152 f., 161, 165, 170, 175, 185, 188, 198, 203, 205 f., 218, 219, 222-224, 227, 231, 245 f., 261, 273, 279, 282-284, 286, 302, 314, 323, 338, 341 f., 349 f., 354, 356, 359 f., 363, 374, 379, 381, 384, 392, 394, 399, 404, 406, 408, 438, 444, 464, 466, 469, 518 f., 522, 525
Bernburg 229
Bernstadt (Bierutów) 384 f., 419, 435, 437, 445, 520, 554
Beuthen (Bytom) 55, 82-84, 91, 94, 97-99, 133, 135, 138-147, 152, 154, 158, 161, 165, 169, 188, 197, 201, 211, 238, 395 f., 410, 420, 435 f., 442, 520, 534, 538
Beuthen-Tarnowitz (Landkreis) 139
Biała Prudnicka → Zülz
Białystok 356
Bielawa → Langenbielau
Bielitz-Biela (*Bielsko-Biała*) 538, 541
Bielsko-Biała (s. Bielitz-Biela)
Bierutów (s. Bernstadt)
Bne Brak 519
Bolesławiec (s. Bunzlau)
Bolkenhain (Bolków) 457, 484
Bolków (s. Bolkenhain)
Bonn 103, 107, 459
Borek → Kleinburg
Borek (Provinz Posen) (*Borek Wielkopolski*) 399, 468
Borek Wielkopolski → Borek (Provinz Posen)
Boston 459
Brandenburg (Provinz) 31, 37, 54, 220, 317
Braunschweig 106, 136, 338
Bremerhaven 366
Breslau (Wrocław) 11, 13-20, 23-26, 31, 37, 39 f., 47, 49, 56, 60-65, 67, 69-71, 73-77, 86, 102-119, 123-125, 127, 129, 130-137, 140, 142, 144, 148, 153, 156-167, 169-176, 180, 182, 184-188, 190 f., 193, 195 f., 198-200, 205-208, 210 f., 217 f., 220-224, 226 f., 229, 230, 231-234, 237, 221-224, 226 f., 229, 230, 231-234, 237, 244-247, 250, 253, 258, 261, 269, 282, 287-293, 296-298, 300-302, 305, 313 f., 316-319, 321, 327, 329, 331 f., 334 f., 340-343, 347 f., 354, 361-364, 366, 371-384, 386-392, 394-402, 406, 408, 410, 414, 416 f., 418, 419, 422, 428 f., 437-439, 441, 443, 445-452, 456-469, 478-480, 483-485, 487-491, 494-502, 504, 506, 508, 512-514, 516, 518-521, 524, 528-530, 532, 534-536, 540, 542, 544, 549, 556-571
Brieg (Brzeg) 20, 34, 133, 136, 143, 187, 236, 312, 417, 437, 440, 442, 445, 456, 506, 513, 548
Brody 511
Brzeg → Brieg
Brzeg Dolny → Dyhernfurth
Buchenwald 100, 205, 398
Bunzlau (Bolesławiec) 47, 373, 431, 433, 438, 440, 442, 457
Burg Greifenstein 297
Byczyna → Pitschen
Bystrzyca Kłodzka → Habelschwerdt
Bytom → Beuthen

Carlowitz (bei Breslau) (*Karlowice*) 67
Carrara 452, 457
Chojnów → Haynau
Chocień → Köben
Cieszyn → Teschen
Cosel (*Koźle*) 386, 431, 449

Danzig (*Gdańsk*) 203, 392, 459, 464, 518

ORTSREGISTER

- Dessau 323
 Deutsch Lissa (Leśnica) 448
 Dobrodzień → Guttentag
 Dresden 235, 243, 376, 438
 Duisburg 523
 Düsseldorf 396
 Dyhernfurth (Brzeg Dolny) 305, 309 f., 312,
 314 f., 317-326, 419, 425, 437, 445, 448, 551
 Dzierżonów → Reichenbach
- Echt 470
 Eger (HU) 413
 Erlangen 103, 107
- Falkowice* → Falkowitz
 Falkowitz (*Falkowice*) 542
 Ferrara 307
Filehne (Wieleń) 467
Flossmoor 520
 Frankenstein (Ząbkowice Śląskie) 442, 445,
 457
 Frankfurt am Main 17, 103, 154, 243, 252,
 306 f., 440, 518, 520
 Frankfurt an der Oder/Frankfurt (Oder) 136,
 229, 316 f., 323, 325, 456, 462, 465
 Friedberg 307
 Fulda 307
 Fürstenberg 26, 505
- Gabitz (Gajowice) 449
 Gajowice (s. Gabitz)
 Galizien (Region) 444, 511, 514, 535
Gdańsk → Danzig
 Genf 79, 87, 89, 98, 174, 202 f., 275, 467
 Gieschewald (Giszowiec) 288
 Giszowiec → Gieschewald
 Glatz (Kłodzko) 20, 348, 431, 433, 438, 483,
 532
 Gleiwitz (Gliwice) 82, 85-89, 91-94, 96, 97,
 98-100, 135, 141, 146, 165, 169, 191, 197, 201,
 207, 210 f., 237, 258, 420, 423, 520, 532, 538
 Gliwice (s. Gleiwitz)
 Glogau (Głogów) 12, 17, 20, 22, 24-26, 125, 131-
 133, 138, 147-154, 165, 168, 236, 258, 305, 313,
 315, 354, 414, 416, 419, 429, 438, 442, 445,
 448, 505, 508, 516, 523, 527, 532, 537
 Głogów → Glogau
 Głogówek → Oberglogau
 Głubczyce → Leobschütz
 Gnadenfrei (Piława Górna) 456 f.
 Gnesen (Gniezno) 292, 378
 Gniezno → Gnesen
 Gogolin 274
- Görlitz (*Zgorzelec*) 15, 258, 395, 437-439, 445,
 532, 537, 555
 Gorzów Śląski → Landsberg OS
 Gotha 342
 Göttingen 103, 354, 470, 519
 Granada 453
 Groschwitz (Groszowice) 274
 Groszowice → Groschwitz
 Groß Kunzendorf (Sławniowice) 456
 Groß-Rosen (Konzentrationslager) 480, 533,
 535, 541
 Groß Wartenberg (Syców) 419, 425, 445
 Großpolen (Region) 444
 Groß-Strehlitz (Strzelce Opolskie) 55, 84, 376,
 402, 445
 Grünberg (Zielona Góra) 153, 258, 407, 435
 Grüssau 210, 211, 399
 Günzburg 307
 Guttentag (Dobrodzień) 420
- Habelschwerdt (Bystrzyca Kłodzka) 457
 Haifa 357 f., 519
 Hamburg 103, 222, 224, 350, 441, 459, 522
 Hannover 85, 103, 106, 438
 Hartlieb (Partynice) 469
 Haynau (Chojnów) 445
 Heddenheim 311
 Heidelberg 63, 103, 261, 518 f.
 Heiligkreuz (Szydłów) 319
Heinrichshof → Sosnowice
 Herrenlauschütz 326
 Hessen-Nassau 229
 Hildesheim 464
 Hindenburg (Zabrze) 82, 85, 87 97, 139, 142,
 201, 210, 435
 Hirschberg (Landkreis) 132, 151, 258, 327
 Hirschberg (Stadt) (Jelenia Góra) 425
 Hohensalza (Inowrocław) 465
 Homel 292
 Hultschin (*Hlučín*) 82
 Hundsfeld (Psie Pole) 26, 310, 313
Hlučín → Hultschin
 Hvitsten (NO) 401
- Ichenhausen 311
 Inowrocław → Hohensalza
- Jägerndorf (OS) 510
Jaroslau (Jarosław) 309
Jaroslau → *Jaroslau*
 Jastrzemb → Bad Königsdorff
 Jauer (Jawor) 18, 20, 392, 414, 437, 445, 465
 Jawor → Jauer

ORTSREGISTER

- Jedlinka → Tannhausen
 Jedwabne 473-475
 Jekaterinburg 461
 Jelenia Góra → Hirschberg (Stadt)
 Jena 64, 107, 227
 Jerusalem 388, 468, 482, 518 f.
- Kalisch (Kalisz) 315
 Kalisz → Kalisch
 Kamienna Góra → Landeshut (Stadt)
Karlowitz → Carlowitz, bei Breslau
 Karlsruhe 440
 Kassel 289, 411, 421, 423
 Katowice → Kattowitz
 Kattowitz (Katowice) 80 f., 88, 89, 145, 208,
 211, 258, 354, 410, 424-426, 429 f., 438,
 441 f., 519, 533 f., 538
 Kaunas (Kovno) 210, 518
 Kempen (Kępno) 443
 Kępno → Kempen
 Kielce 479, 483, 493
 Kiew 457
 Kischiniew 292
 Kleinburg (Borek) 399, 468
 Klein-Silsterwitz (Sulistrowiczki) 300
 Kłodzko → Glatz
 Kluczbork → Kreuzburg
 Köben (Chocień) 418
 Köln 107, 293, 367, 400, 463, 522
 Königshütte 288, 538
 Konstanz 19
Körnig → Kurnik
 Kovno → Kaunas
Koźle → Cosel
Krakau (Kraków) 19, 308-313, 316, 320, 459,
 464, 541
 Kraków → *Krakau*
 Kremenez (Krzemieniec) 320
 Kreuzburg (Kluczbork) 431 f., 438, 538
 Krietern (Krzyki) 446, 449, 469
 Krotoschin (Krotoszyn) 125, 315, 326, 448, 465
 Krotoszyn → Krotoschin
 Krzemieniec → Kremenez
 Krzyki → Krietern
 Kudowa → Bad Kudowa
 Kurnik (*Körnig*) 519
 Kynau (Zagórze Śląskie) 457
- Lamsdorf (*Łambinowice*) 66
 Landeshut (Kreis) 392
 Landeshut (Stadt) (Kamienna Góra) 419
 Landsberg OS (Gorzów Śląski) 207, 423
 Langenbielau (Bielawa) 489
- Langendorf (Wielowieś) 23, 419, 424, 445
Lebus (Lubuskie) (Woiwodschaft) 407
 Legnica → Liegnitz (Stadt)
 Leipzig 43, 103, 107, 205, 327, 466 f., 520
 Lemberg (*Lwiv*, *Lwow*) 125, 165, 175
 Lens 470
 Leobschütz (Głubczyce) 151, 211, 236, 424
 Les Milles 364
 Leschno 315
 Leszno → Lissa
 Leśnica (s. Deutsch Lissa)
 Leubus (*Lubiąż*) 34
 Lewin Brzeski → Löwen
 Liegnitz (Bezirk) 20, 37, 140, 148, 152, 158,
 160, 172, 188, 217, 227, 258, 487, 498 f., 512,
 516, 520
 Liegnitz (Stadt) (Legnica) 422, 483
 Lissa (Leszno) 125, 165, 282, 448, 462
 Lomnitz (Łomnica) 297, 457
 London 85, 114, 136, 261 f., 350, 397, 400
 Loslau (Wodzisław Śląski) 249, 314, 466
 Löwen (Lewin Brzeski) 436 f.
 Löwenberg (*Lwówek Śląski*) 297, 512, 514, 538
 Lübeck 459
Lubiąż → Leubus
 Lublin 125, 165, 173, 308-311, 314, 316
 Lubliniec → Lublinitz
 Lublinitz (Lubliniec) 236, 249, 258, 470
Luboschütz (Luboszyce) 323
 Luboszyce → *Luboschütz*
 Lubuskie (Woiwodschaft) → *Lebus*
 Ludwigsdorf (Ludwikowice) 489
 Ludwikowice → Ludwigsdorf
Lwiv → Lemberg
Lwow → Lemberg
Lwówek Śląski → Löwenberg
Łambinowice → Lamsdorf
 Łódź 384, 459
 Łomnica → Lomnitz
 Łomża 473
- Magdeburg 17, 136, 229, 244
 Malapane Ozimek 274
 Mannheim 520
 Marburg 103, 522
 Maślice → Masselwitz
 Masselwitz (Maslitz, Maślice) 381
 Merseburg 297
 Metz 314
 Metzlersreuth 296
 Milicz → Militsch
 Militsch (Milicz) 340, 408, 418, 420
 Mistitz (Miejsce Odrzańskie) 445

ORTSREGISTER

- Moskau 359, 482, 485-487, 519
 Moulin d'Orgemont 400f.
 München 63, 80, 103, 107, 354, 356, 363, 365,
 381, 400, 404, 463
 Münster 10, 103, 514, 518, 524
 Münsterberg (Ziębice) 126, 327, 413f., 422,
 437, 445, 469, 550f.
 Mysłowice → Myslowitz
 Myslowitz (Mysłowice) 23, 238, 258, 408, 420,
 435f., 442, 445

 Namslau (Namysłów) 361, 425, 442, 445
 Namysłów → Namslau
 Neisse/Neiße (*Nysa*) 82, 201, 211, 236, 361,
 376, 457
 Neumarkr (Środa Śląska) 422, 439, 448
 Neuruppin 395
 Neusalz (Nowa Sól) 456
 Neustadt (Prudnik) 82, 92, 136, 149, 236,
 424f., 442, 468
 New York 364, 396, 519
 Nikolsburg 18
 Nowa Sól → Neusalz
 Nürnberg 305
Nysa → Neisse/Neiße

 Oberglogau (Głógówek) 425, 445, 538, 552
 Oberlausitz (Region) 42
 Oderland (Kreis) 32, 55, 535
 Oels (Oleśnica) 21, 27, 71, 75, 258, 310-312,
 408, 414, 427, 437, 439f., 445, 548
 Ohlau (*Olawa*) 160, 446-448, 465f., 558
Olawa → Ohlau
 Oleśnica → Oels
 Olesno → Rosenberg
 Opatów 466
Opava → Troppau
 Opole → Oppeln
 Oppeln (Opole) 13, 15, 26, 37, 82f., 89, 93, 96,
 99, 133, 140, 158, 165, 167, 201-204, 210f.,
 217, 235f., 256, 258, 259-268, 270-286, 407,
 425, 429f., 438, 442, 444f., 513, 516, 538, 552
 Osobowice → Oswitz
 Ostpreußen (Provinz) 32, 220, 297
 Ostrów Wielkopolski → Ostrowo
 Ostrowo (Ostrów Wielkopolski) 468
Oświęcim → Auschwitz (Stadt)
 Oswitz (Osobowice) 60

 Paris 87, 141, 327, 345, 350, 376, 381, 401
 Partynice → Hartlieb
 Peiskretscham (*Pyskowitz*) 86, 236, 249
 Peking 362

 Pest 444
 Peterswaldau (Pieszyce) 489
 Pieszyce → Peterswaldau
 Piława Górna → Gnadenfrei
 Pilsen 444
 Pinne (*Pniewy*) 519
 Pitschen (Byczyna) 445
 Plagwitz 34
 Pleß/Pless (*Pszczyna*) 45, 221, 235, 238, 258, 518
Pniewy → Pinne
 Pommern (*Provinz*) 37, 50, 54, 58, 220, 523
 Posen (Poznań) 37, 42, 50, 54, 55, 58, 125, 165,
 174, 192, 230f., 234, 237, 255, 282, 289, 315,
 388f., 459, 463-465, 467f., 518f.
 Positano 364
 Potsdam 253, 372
 Poznań → Posen
 Prag 17f., 21, 23, 87, 104, 310, 315f., 319, 321-
 325, 350, 413, 511, 518, 520, 531
 Prausnitz (Prusice) 313f., 419
Prędocice → Tormersdorf
 Przemyśl 314
 Prenzlau 467
 Proskau (Prószków) 373
 Proßnitz 243
 Prószków → Proskau
 Prudnik → Neustadt
 Prunn 295
 Prusice → Prausnitz
 Przieg → Dyhernfurth 312
 Psie Pole → Hundsfeld
Pszczyna → Pleß/Pless
Pyskowitz → Peiskretscham

 Raciborz → Ratibor
 Radków → Wünschelburg
 Rakowice → Rothlach
 Ratibor (Raciborz) 26, 82, 86, 97, 133, 201,
 235, 249, 258, 435
 Ravensbrück 534
 Rawicz → Rawitsch
 Rawitsch (Rawicz) 448, 518
 Reichenbach (Dzierżoniów, Rychbach) 15f.,
 432, 437, 442, 445, 480, 482f., 485, 489,
 494, 496, 499, 535, 554
 Rheinland (Provinz) 31, 440
 Riebnig 210, 211
 Riga 210
 Rom 364
 Rosenberg (Olesno) 112, 133, 236, 420, 431
 Rossberg (*Rozbark*) 145f.
 Rostock 103, 354
 Rothlach (Rakowice) 457

ORTSREGISTER

- Rozbark* → Rossberg
 Ruda (Ruda Śląska) 142, 431
 Ruda Śląska → Ruda
 Rybnik 82, 236, 249, 420, 426 f., 462
 Rychbach → Reichenbach

 Sachsenhausen 261
 Sachsenheim 295
 Sagan (*Żagań*) 47, 57, 408, 427, 553
 Saint-Rémy 396
 San Remo 356
 Sanary-sur-Mer 357
 Schlegel (Ślupiec) 457
 Schreiberhau (Szkłarska Poręba) 456 f.
 Schweidnitz (Świdnica) 18, 20, 137, 149, 163,
 188, 236, 254, 258, 396, 408, 413, 429, 431,
 438, 448 f., 465, 483, 505, 508, 514, 516, 533
 Schweidnitz-Jauer (Herzogtum) 18
 Schwersenz (Swarzędz) 465
 Sirgwitz (Żerkowice) 457
 Ślupiec → Schlegel
 Sobibór 210
 Sohrau (Żory) 238, 251, 258, 445, 462, 499, 538
 Sosnowice (*Heinrichshof*) 204
Sosnowiec → Sosnowitz
 Sosnowitz (*Sosnowiec*) 100
 Speyer 305 f.
 Stedtel (Miejscje) 420
 Steglitz 287, 289
 Steinau an der Oder (Ścinawa nad Odrą) 317
 Stettin (Szczecin) 116, 457, 482
 Strehlen (Strzelin) 456 f.
 Strehlitz (Strzelce) 425
 Strzegom → Striegau
 Strzelce → Strehlitz
 Strzelce Opolskie → Groß-Strehlitz
 Strzelin → Strehlen
 Striegau (Strzegom) 414, 437, 445, 457
 Stuttgart 327, 525
 Südhannover-Braunschweig (Gau) 106
 Sulistrowiczki → Klein-Silsterwitz
 Sulzbach 323
 Swarzędz → Schwersenz
 Syców → Groß Wartenberg
 Szczecin → Stettin
 Szkłarska Poręba → Schreiberhau
 Szydłów → Heiligkreuz
 Ślawniowice → Groß Kunzendorf
 Ścinawa nad Odrą → Steinau an der Oder
 Środa Śląska → Neumarkt
 Świdnica → Schweidnitz

 Tannhausen (Jedlinka) 465
 Tarnowitz (Tarnowskie Góry) 11, 55, 139, 258,
 423 f., 463
 Tarnowskie Góry → Tarnowitz
 Tel Aviv 87, 518 f.
 Terezín → Theresienstadt
 Teschen (*Cieszyn*) 510, 514
 Theresienstadt (Terezín) 210, 279, 282, 399,
 518
 Tormersdorf (*Prędocice*) 210, 211
 Tost (Toszek) 23, 206, 419
 Toszek → Tost
 Trebnitz (Trzebnica) 298, 313, 427 f.
 Tremessen (*Trzemeszno*) 518
 Troppau (*Opawa*) 510, 514
 Trzebnica → Trebnitz
Trzemeszno → Tremessen
 Tschenstochau (Czenstochau, *Częstochowa*) 204

 Uraz → Auras

 Versailles 400

 Wachsdorf (Wrzesiny) 57
 Wałbrzych → Waldenburg
 Waldenburg (Wałbrzych) 16, 258, 434, 440,
 465, 483 f., 486 f., 489, 493, 495 f., 499
 Wambierzyce → Albendorf
 Warschau (Warszawa) 36, 170, 173, 205, 261,
 281, 384, 408, 427, 439, 459, 470, 489,
 491, 496, 512
 Warszawa → Warschau
 Westfalen (Provinz) 10, 31
 Wickersdorf 62
 Wieleń → *Filehne*
 Wielowieś → Langendorf
Wien 18, 63, 103, 111, 200, 224, 316, 323, 350,
 514, 518
 Wiesbaden 229 f.
 Wilna 313 f.
 Wińsk → Winzig
 Winzig (Wińsk) 432, 438, 442
 Wittgenborn 297
 Wodzisław Śląski → Loslau
 Wolhynien 125, 457
 Worms 17, 305, 307, 315, 413
 Wrocław → Breslau
 Wrzesiny → Wachsdorf
 Wünschelburg (Radków) 457
 Württemberg (Region) 114
 Würzburg 103, 522

 Ząbkowice Śląskie → Frankenstein

Tanger 459

ORTSREGISTER

- Zabrze → Hindenburg
 Zagórze Śląskie → Kynau
 Zator 510
Zgorzelec → Görlitz
 Ziębice → Münsterberg
 Zielona Góra → Grünberg
 Zittau (*Zytawa*) 290
 Znin (*Znin*) 519
 Zülz (Biała Prudnicka) 20-26, 125, 131, 237 f.,
 256, 268, 305, 410, 414, 419, 421, 438, 440,
 448, 527, 559
- Zürich 81, 350, 392, 394 f., 465
Żagan → Sagan
 Żerkowice → Sirgwitz
Žnin → Znin
 Żółkiew 309
 Żółkwi 314
 Żory → Sohrau
Żytawa → Zittau

